
Umschlagabbildung:

Finanzminister Paul Reynaud anlässlich einer Rundfunkansprache in seinem Büro in der Rue de Rivoli, Januar 1939
(Agence Keystone, Paris)

Stefan Grüner ist Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg. Veröffentlichungen zur deutschen und französischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Oldenbourg

Stefan Grüner
Paul Reynaud (1878–1966)

Quellen und Darstellungen zur
Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte
Band 48

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Stefan Grüner

Paul Reynaud
(1878–1966)

Biographische Studien
zum Liberalismus in Frankreich

R. Oldenbourg Verlag München 2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Grüner, Stefan:

Paul Reynaud (1878–1966): biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich / Stefan Grüner. – München : Oldenbourg, 2001

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 48)

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 1997

ISBN 3-486-56523-0

© 2001 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56523-0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	IX
I. Einleitung	1
II. Der politische Werdegang eines französischen Liberalen: Paul Reynaud (1878–1966)	11
III. Zur Theorie und Praxis des politischen Liberalismus in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg	25
1. Liberalismus in Frankreich nach 1870: Von der Gründungsphase der Dritten Republik bis zur Jahrhundertwende	25
2. Die „Alliance Républicaine Démocratique“: Ihre Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg	30
3. Reynaud und das liberale Erbe: Republikanische Tradition und politische Praxis	40
a) Reynauds Waldeck-Rousseau-Rezeption.....	42
b) Die erste Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat im Frühjahr 1914.....	53
IV. Paul Reynaud im Ersten Weltkrieg.....	61
V. Grundzüge einer liberalen Deutschlandpolitik in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg.....	71
1. Der Eintritt in die große Politik: Liberale Programmatik am Rande des Bloc National.....	71
2. Die Idee des Weges zwischen den Extremen: Paul Reynauds reparationspolitische Vorstöße 1921–1923	78
a) Vorschläge für den Ausbau der Sachlieferungsoption	79
b) Regelung der Reparationsfrage durch Aktienbeteiligungen an der deutschen Industrie?	94
c) Vermittlungsgespräche in Deutschland im Frühjahr 1923	101
VI. Zwischen „Cartel des Gauches“ und „Union nationale“ 1924–1928 .	109
1. Zur Formierung antikartellistischer Opposition: Die Nachwahlen im zweiten Wahlbezirk von Paris 1926	110
2. Reorganisations- und Koalitionsbemühungen in der liberal- konservativen Opposition 1926–1928	124
3. Programmatische Neuorientierung im Vorfeld der Wahlen von 1928	135

VII. Nach der Rückkehr ins Parlament 1928–1930	145
1. „Le petit caporal de la majorité“. Paul Reynaud und die Ratifizierung der interalliierten Schulden im Juli 1929 – Karrierewege im liberalen Milieu	147
2. „Néo-nationalisme“ als Krisenlösungskonzept: Pläne und Gespräche für einen Interessenausgleich mit der deutschen Rechten 1929/30.	162
a) Reynauds Deutschlandbesuch im Frühjahr 1929 und die Reaktionen in Frankreich	162
b) Zur Fortentwicklung der deutschlandpolitischen Ideen Reynauds seit 1923	172
c) Französische Deutschlanddebatten im Zeichen deutschen Revisionsstrebens: die konzeptionelle Annäherung Reynauds an die Vorstellungen André Tardieus.	175
VIII. Die Bewährung in der Regierungsverantwortung: Finanzminister im zweiten Kabinett Tardieu 1930 – Kolonialminister unter Laval 1931/32	183
1. Personelle Konstellation und politische Ausgangslage	183
2. Finanzpolitik in Zeiten beginnender wirtschaftlicher Depression .	188
a) „Politique de prospérité“ und „Plan d’outillage national“: Modernisierung im Zeichen der sich anbahnenden Krise.	188
b) Interferenzen von politischer Doktrin und finanzpolitischem Handeln: die Politik der „dégrèvements“	191
c) Liberale Finanzpolitik und herausziehende Weltwirtschafts- krise	196
3. Kolonialpolitik in Zeiten des Umbruchs 1931/32.	199
IX. Der liberal-konservative Reformer	217
1. Die Erneuerung des parlamentarischen Systems	219
a) Faschismus, liberaler Staat und Wirtschaftskrise: Reynauds Auseinandersetzung mit dem „Néo-socialisme“ Marcel Déats	219
b) Die Vorstellungen Paul Reynauds zur Reform der Verfassung von 1875.	223
c) Die Institutionalisierung der Verfassungsreform: Reynaud in der „Commission de la Réforme de l’Etat“	231
2. Paul Reynaud und die Debatte um die Abwertung des französischen Franc 1934–1936	239
a) Etappen einer Konversion: Reynauds Weg vom „déflationiste“ zum „dévaluationiste“	240
b) Die Franc-Abwertung im Widerstreit der Argumente	243

3. De Gaulle und Reynaud: Die Idee der Schaffung autonomer Panzerkorps 1934–1936.	254
a) Zu den deutschland- und sicherheitspolitischen Vorstellungen Reynauds seit Hitlers Machtantritt.	255
b) Das Konzept des „corps spécialisé“ und seine Gegner.	260
X. Der Akteur im Überlebenskampf der Dritten Republik.	269
1. Das Vorspiel: Paul Reynaud und die Wirtschaftspolitik der Volksfront 1936/37.	269
2. Liberale Wirtschaftspolitik und Staatskrise: Reynaud als Minister im Kabinett Daladier 1938–1940.	278
a) „Le miracle français“ - Möglichkeiten und Grenzen einer liberalen Wirtschaftspolitik.	285
b) „Réarmement et conciliation“ - Paul Reynaud und die Deutschlandpolitik Edouard Daladiers.	295
3. Die Katastrophe: Ministerpräsidentenamt und Gefangenschaft. ...	309
a) Die Ausgangslage.	311
b) „Malheureux essai de dynamisme“: Die Versuche aktiver Kriegführung.	317
c) Vom Subjekt zum Objekt der Politik: Abschied von der Macht, Inhaftierung und Deportation.	340
XI. Epilog: Von einer Republik zur anderen. Paul Reynaud nach 1945.	349
1. „Au lieu de rester dans l'ombre ...“ – Die öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der politische Neuanfang.	350
2. Ein neuer Poincaré? Der Wiederaufstieg der Rechten und die Rückkehr Reynauds ins Finanz- und Wirtschaftsressort.	356
3. Frankreich – Deutschland – Europa.	362
XII. Schlußbetrachtung: Paul Reynaud zwischen republikanisch-liberaler Tradition und „Rationalisierung der Politik“.	383
Abkürzungsverzeichnis.	393
Quellen- und Literaturverzeichnis.	395
Personenregister.	421

Vorwort

Die Beschäftigung mit der politischen Kultur eines Landes wie Frankreich, das uns nahe steht und doch oft auch so fern erscheint, bedarf der Geduld und mancher Helfer. Und wer das Privileg genießt, Auslandsforschung zu betreiben, der erweitert die ohnehin große Dankesschuld, die sich in der Regel mit der Abfassung einer wissenschaftlichen Studie verbindet. Es ist mir nichtsdestoweniger eine Freude, mich all jener zu erinnern, die in Deutschland und in Frankreich Beistand und fachliche Hilfe geleistet haben.

Mein erster und besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte. Er hat mir nicht nur die idealen Arbeitsmöglichkeiten dieses Hauses eröffnet, sondern meine Studien von Anfang an mit Geduld, Vertrauensvorschuß und wissenschaftlicher Liberalität begleitet. Seiner Ermunterung und seiner kontinuierlichen Unterstützung ist es zu verdanken, daß die Arbeit in der vorliegenden Form entstehen konnte.

Das Deutsche Historische Institut Paris gewährte mir ein fünfmonatiges Forschungsstipendium. Dafür und für die Gelegenheit, vier Wochen lang in der einzigartigen Atmosphäre des „Hôtel Duret de Chevy“ wohnen und arbeiten zu können, danke ich Herrn Professor Dr. Werner Paravicini sehr herzlich. Verpflichtet weiß ich mich auch Herrn Dr. Stefan Martens, der dem tastend Suchenden in einer Frühphase der Arbeit erste Orientierung vor Ort verschaffte.

Daß der Eintritt in die französische Archivlandschaft so reibungslos verlief, verdanke ich auch Madame René-Bazin von den Pariser Archives Nationales, die Kontakte herstellte und wertvolle Hinweise gab. Darüber hinaus geht mein Dank an all jene Mitarbeiter größerer und kleinerer Bibliotheken und Archive in Frankreich und Deutschland, die es oft verstanden, das zunächst unmöglich Scheinende möglich zu machen.

Die vorliegende Arbeit bildet die erweiterte Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 1997 von der Philosophischen Fakultät III der Universität Regensburg angenommen wurde. Herr Professor Dr. Franz J. Bauer (Regensburg) war so freundlich, das Zweitgutachten zu verfassen, wofür ich ihm sehr verbunden bin. Mit Dankbarkeit erinnere ich mich auch an die Förderung durch Herrn Professor Dr. Dieter Albrecht (Regensburg)(†), der dem an Frankreich interessierten Studenten erste thematische Wege ins Nachbarland bahnte.

Die Zusammenarbeit mit Herrn Professor Dr. Andreas Wirsching (Augsburg) war und ist eine Quelle fachlicher wie menschlicher Bereicherung. Daneben haben eine ganze Reihe von Freunden und Kollegen in Bonn, München und Paris meine Arbeit durch ihre Kenntnisse, durch Kritik und Ratschläge unterstützt, darunter Dr. Corinna Franz, Dr. Manfred Kittel, Dr. Daniela Neri, Dr. Thomas

Schlemmer, Dr. Thibault Tellier und Dr. Petra Weber. Dr. Thomas Raithel war mir stets ein aufmerksamer und kritischer Gesprächspartner. Ein besonderer Dank geht auch an Georg Maisinger, der meine Arbeit mit Interesse verfolgt und nach Kräften zur Sicherung der materiellen Basis beigetragen hat.

Für die Aufnahme der vorliegenden Studie in die „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ danke ich dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte. Den Weg zur Druckfassung begleiteten Professor Dr. Udo Wengst, Petra Mörtl M. A., Veronika Stroh und Elke Seefried M. A. (Oldenbourg Verlag) mit wertvoller Hilfe.

In bester Erinnerung ist mir die Gastfreundschaft, die ich in Frankreich erfahren habe. Sie wurde mir in der Familie Paul Reynauds zuteil, in Gesprächen und Hinweisen, die mir insbesondere Madame Colette Dernis und Madame Evelyne Demey gewährten. Besonders wertvoll war mir darüber hinaus die freundschaftliche Hilfe von Hélène Homps vom „Musée de la Vallée“ in Barcelonnette, dem Geburtsort Paul Reynauds. Geradezu unentbehrlich wurden die Freunde in Paris – Dr. Christine Botte, Dr. Monique Gaspérini und Michel Taquet. Sie sorgten dafür, daß über den wissenschaftlichen Höhenflügen der Kontakt zum Leben nicht verloren ging.

Die dauernde, vertrauensvolle Unterstützung meiner Eltern schließlich hat mein Studium von Anbeginn begleitet; Ihnen und Dir, Barbara, sei deshalb dieses Buch gewidmet.

München, im Herbst 1999

Stefan Grüner

I. Einleitung

Wenige französische Politiker des 20. Jahrhunderts hatten bereits zu Lebzeiten so sehr gegen Anfeindungen nicht zuletzt aus dem eigenen politischen Lager zu kämpfen, wenige nur waren so sehr Gegenstand abschätziger Beurteilung in der zeitgenössischen politischen Publizistik wie Paul Reynaud. Als „germanophil“ und als Vertreter großindustrieller Interessen apostrophiert, gleichermaßen als „sowjetfreundlich“ wie als „Feind der Arbeiterklasse“ beschimpft, als „Kriegstreiber“ angeprangert und wegen seiner währungspolitischen Ansichten mit dem Tode bedroht, wurde er schließlich als einer der „Totengräber“ der Dritten Republik diffamiert. Sein glückloses Agieren als Regierungschef im Jahre 1940 und die Umstände seines Rücktritts, durch den der Ernennung Pétains zum Ministerpräsidenten der Weg geebnet wurde, verknüpften seinen Namen in der historischen Forschung mit dem „tragischsten Moment“¹ der französischen Geschichte. Die katastrophale militärische Niederlage und die daran anschließende, fast widerstandslose Selbstpreisgabe der parlamentarischen Demokratie überschatteten so das politische Lebenswerk eines Mannes, der doch in den zwanziger und dreißiger Jahren als einer der innovativsten, mutigsten und engagiertesten Verfechter der innen- und außenpolitischen Konsolidierung Frankreichs in Erscheinung getreten war. Relativ spät erst in politische Führungsämter berufen – er hatte das fünfzigste Lebensjahr bereits überschritten, als er das erste Mal zum Minister ernannt wurde – prägte er das politische Leben Frankreichs spätestens seit dem Ende der zwanziger Jahre in mehr als durchschnittlichem Maße mit, nachdem er sich zu einem der führenden Akteure der rechten Mitte entwickelt hatte.

Die Bedeutung Paul Reynauds für die Geschichte der Dritten Französischen Republik ist mittlerweile unbestritten. Dennoch existiert bislang keine größere, aus den zugänglichen Quellen kritisch erarbeitete monographische Studie zu seiner Person.² Bezeichnend für das Stigma, das Reynaud geraume Zeit anhaftete,

¹ Jean-Baptiste Duroselle, *L'abîme. 1939–1944 (Politique étrangère de la France)*, Paris²1986, S. 232.

² Keiner der aus dem Kreis der Familie bzw. der politischen Weggefährten Reynauds bisher vorgelegten monographischen Versuche kann den genannten Anspruch erfüllen: Evelyne Demey, *Paul Reynaud, mon père*, Paris 1980; Jean Viel, *Paul Reynaud*, Paris 1940; Jean Latour, *Paul Reynaud*, Paris 1946. Ein unveröffentlichter wissenschaftlicher Essay beschäftigt sich mit den Aktivitäten Reynauds nach 1945: Thibault Tellier, *Paul Reynaud 1945–1966. Contribution à une histoire des droites après la Seconde guerre mondiale. Mémoire de DEA, Université de Lille 1992*. Als Extrakt daraus ist erschienen: Ders., *La contribution politique de Paul Reynaud aux grands débats nationaux de 1945 à 1966*, in: *Francia* 23/3 (1996), S. 93–111. Erst nach Abschluß des Manuskripts der vorliegenden Studie war mir zugänglich: Raymond Krakovitch, *Paul Reynaud dans la tragédie de l'histoire*, Paris 1998.

Darüber hinaus liegen bislang nur kürzere Gesamtwürdigungen vor: Martin Ernst Pasemann, *Paul Reynaud*, in: *Zeitschrift für Politik* 4/5 (1940), S. 203–207; Léon Martinlaud-Deplat, *Un parlementaire*, in: *La Revue des Deux Mondes* 21 (1966), S. 3–8; Marcel Plaisant, *Un portrait inédit de Paul Reynaud*, in: *Revue politique et parlementaire* 68 (1966), S. 38–48; Discours de Mlle. Valérie Main-

verweist dieses erstaunliche Faktum daneben auf ein gewisses politisches Einzelgängertum, das die Entstehung eines „Schülerkreises“ verhinderte und damit einer frühen, traditionsstiftenden Beschäftigung mit seinem Werk wenig förderlich war. In seinem politischen Individualismus entsprach Paul Reynaud einem Politikertypus, wie er als geradezu paradigmatisch für das Milieu der bürgerlichen rechten Mitte in Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen gelten kann. Parteigeschichtlich-institutionell nur schwer faßbar und politisch jenseits seiner republikanischen und laizistischen Orientierung kaum auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen, verkörperte dieses Milieu den großbürgerlichen, rechten Flügel des französischen Liberalismus.³ Am Beispiel eines herausragenden Vertreters dieser politischen Strömung wird im folgenden ein Feld der Geschichte Frankreichs erkundet werden, das die französische wie die internationale Forschung bislang noch weitgehend brachliegen ließ.

Eine umfassende Geschichte des französischen Liberalismus und insbesondere seiner Fortentwicklung in der Zeit zwischen den Weltkriegen steht nach wie vor aus.⁴ Das Interesse der historischen Frankreichforschung konzentrierte sich bis heute vorwiegend auf Strömungen und Gruppen an den Randbereichen des politischen Spektrums, die aufgrund ihrer elaborierten Doktrin, ihrer exponierten Stellung innerhalb des krisenhaften Verlaufs der späten Dritten Republik oder ihrer verhältnismäßig straffen Organisation besondere Ergiebigkeit im Hinblick auf zentrale Themen der Zeitgeschichtsforschung versprachen und überdies historiographisch klar faßbar waren.⁵ Das breite Mittelfeld gemäßigt-bürgerlicher, lai-

trieu (Audience solennelle de rentrée de la Conférence du stage, 29 juin 1984), in: *Gazette du Palais*, 4 au 6 novembre 1984, S. 6-12.

³ Zur begrifflichen Differenzierung: Roland Höhne/Ingo Kolboom, Sozialliberalismus in Frankreich. Ambivalenzen und Grenzen des französischen Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, in: Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hg.), *Sozialer Liberalismus*, Göttingen 1986, S. 149-170, hier: S. 150f.

⁴ Abgesehen von wenigen Ausnahmen liegen lediglich Darstellungen zur Periode bis 1875 vor, die zudem vorwiegend ideengeschichtlicher Natur sind: André Jardin, *Histoire du libéralisme politique de la crise de l'absolutisme à la constitution de 1875*, Paris 1985; Louis Girard, *Les libéraux français 1814-1875*, Paris 1985; Georges Burdeau, *Le libéralisme*, Paris 1979; Pierre Guiral, *Der Liberalismus in Frankreich (1815-1870)*, in: Lothar Gall (Hg.), *Liberalismus*, Königstein/Ts. ³1985, S. 283-307; als Beispiel für eine vergleichende ideengeschichtliche Studie: Lothar Gall, Benjamin Constant. Seine politische Ideenwelt und der deutsche Vormärz, Wiesbaden 1963. In internationaler Perspektive, doch aufgrund des breiten Ansatzes von den Anfängen der liberalen Bewegung im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart eher überblickshaft und ohne wirklich vergleichenden Ansatz: Nicolas Roussellier, *L'Europe des libéraux*, Paris 1991; vgl. auch den Überblicksartikel: Ders., *Libéralisme*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 585-589.

Als Studien zur politischen Praxis des französischen Liberalismus sind darum die einschlägigen Beiträge des folgenden Sammelbandes besonders erwähnenswert: Dieter Langewiesche (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 79), Göttingen 1988, vor allem die Aufsätze von Rainer Hudemann, Politische Reform und gesellschaftlicher status quo. Thesen zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: ebenda, S. 332-352 sowie von Gerd Krumeich, Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg, in: ebenda, S. 353-366. Von politologischer Warte aus nehmen das Phänomen in den Blick: Höhne/Kolboom, *Sozialliberalismus*, in: Holl/Trautmann/Vorländer (Hg.), *Sozialer Liberalismus*, S. 149-170.

⁵ So bildet die französische kommunistische Partei die für die Zwischenkriegszeit mit Abstand am intensivsten erforschte Partei. Vgl. stellvertretend für eine Fülle von Arbeiten: Annie Kriegel, *Aux origines du communisme français*, Paris 1969; Philippe Robrieux, *Histoire intérieure du parti communiste*. Band I: 1920-1945, Paris 1980. Der extremen parlamentarischen Rechten galten zwei

zistischer Strömungen trat demgegenüber lange Zeit in den Hintergrund. Zwar existiert mit der Studie von Serge Berstein mittlerweile eine breit angelegte Untersuchung zur parteigeschichtlich relativ gut eingrenzenden „kleinbürgerlichen“ Ausformung der französischen liberalen Bewegung, wie sie sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts im „Parti Radical“ organisierte.⁶ Zum erwähnten rechten Flügel, der sich nach 1919 um starke Einzelpersonlichkeiten wie André Tardieu, Pierre-Etienne Flandin, Alexandre Millerand, Louis Barthou oder eben Paul Reynaud kristallisierte, liegen aber nach wie vor nur einzelne monographische Studien vor, die ihren Gegenstand biographisch orientiert vertiefend behandeln.⁷

Daß dem personalen Zugriff auf diesem Forschungsfeld gegenüber dem parteipolitischen die entscheidende Bedeutung zukommt, liegt im historischen Phänomen selbst begründet. Die wichtigste Sammlungspartei des nicht im „Parti Radical“ organisierten politischen Liberalismus Frankreichs, die bislang bezeichnenderweise nur in Ansätzen erforschte „Alliance Républicaine Démocratique“, stellte eine organisatorisch nur lose gefaßte, programmatisch wenig profilierte Gruppierung dar. Noch nach 1919 wies sie kaum Ähnlichkeit etwa mit deutschen

neue, quellengestützte parteigeschichtliche Studien: William D. Irvine, *French Conservatism in Crisis. The Republican Federation of France in the 1930's*, Baton Rouge 1979. Unter anderem zur „Fédération Républicaine“ auch: Hermann Weinreis, *Libérale oder autoritäre Republik. Regimekritik und Regimekonsens der französischen Rechten zur Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs in Deutschland (1928–1934)* (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 54), Göttingen-Zürich 1986.

Die antiparlamentarische Rechte rückte wie faschistische Phänomene im Frankreich der zwanziger und dreißiger Jahre überhaupt in den letzten Jahren besonders in den Blickpunkt der Forschung. Stellvertretend wiederum seien genannt: Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999; Robert Soucy, *French Fascism. The First Wave, 1924–1933*, New Haven/London 1986; Ders., *French Fascism. The Second Wave, 1933–1939*, New Haven/London 1995; Pierre Milza, *Fascisme français. Passé et présent*, Paris 1987. Umstritten: Zeev Sternhell, *Ni droite ni gauche. L'idéologie fasciste en France*, Brüssel 1987.

⁶ Serge Berstein, *Histoire du Parti Radical*. 2 Bände, Paris 1980/1982. Zu erwähnen sind für die angesprochene Periode auch einige ältere Arbeiten: Jean-Thomas Nordmann, *Histoire des Radicaux, 1820–1973*, Paris 1974; ders., *La France radicale*, Paris 1977; Claude Nicolet, *Le radicalisme*, Paris 1967; Gérard Baal, *Le radicalisme*, Paris 1994.

⁷ Als neueste biographische Studie zu André Tardieu sei an dieser Stelle genannt: François Monnet, *Refaire la République. André Tardieu: une dérive réactionnaire (1876–1945)*, Paris 1993. Zu Pierre-Etienne Flandin existiert bislang keine größere monographische Studie; vgl. deshalb Donald G. Wileman, Pierre-Etienne Flandin and the Alliance Démocratique, 1929–1939, in: *French History* 4 (1990), S. 139–173. Zu den liberalen Jahren des sozialistischen Dissidenten Millerand: Marjorie Milbank Farrar, *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York/Oxford 1991; Stefan Martens, *Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré*, in: *Historische Mitteilungen* 5 (1992), S. 96–113. Zu Louis Barthou liegt vor: Robert J. Young, *Power and Pleasure. Louis Barthou and the Third Republic*, Montreal 1991. Vgl. daneben: Jean Vavasseur-Desperriers, *République et liberté. Charles Jonnart, une conscience républicaine (1857–1927)*, Villeneuve-d'Ascq 1996. Mit einer Reihe von weniger bekannten, doch parlamentarisch durchaus gewichtigen Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit wie Jean Fabry, Léon Baréty oder Henri Franklin-Bouillon hat sich die Forschung nach wie vor nicht eingehender als im Rahmen von Überblicksdarstellungen beschäftigt.

Vereinzelte Hinweise zum politischen Verhalten und zur Organisation der rechten Mitte finden sich in breiter angelegten Überblicksdarstellungen und Aufsatzsammlungen zur französischen Rechten: René Rémond, *Les droites en France*, Paris 1982; Jean-François Sirinelli (Hg.), *Histoire des droites en France*. 3 Bände, Paris 1992.

Beispielhaft für die umfassende Untersuchung einer Politikerpersönlichkeit des rechtsliberalen Spektrums, deren Wirkungszeitraum allerdings außerhalb der hier betrachteten Periode liegt: Pierre Sorlin, *Waldeck-Rousseau*, Paris 1966.

Parteien der gleichen Tendenz auf und konnte zeit ihrer Existenz den Charakter einer in erster Linie auf die Wahlvorbereitung ausgerichteten Notabelvereinigung nicht ablegen.⁸ Die Potenz zur programmatischen Bindung oder zur organisatorischen Disziplinierung ihrer Mitglieder besaß sie nicht, und dies traf in besonderem Maße auch für Paul Reynaud zu, der der Gruppierung bis 1938 angehörte. Soweit er überhaupt parteipolitisch aktiv war, war sein Agieren auf die „Alliance“ bezogen; ein Parteipolitiker im strengen Sinne war Reynaud jedoch nie, und auch damit blieb er durchaus repräsentativ für das politische Milieu, dem er entstammte.

Reynauds Politikverständnis ist nicht aus dem Bekenntnis zu einer Partei, sondern in erster Linie aus seiner Verwurzelung in der republikanisch-liberalen Tradition Frankreichs zu begreifen. Die Fortentwicklung der parlamentarischen Republik, die Reform ihrer Institutionen, die Anpassung ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik an die veränderten Problemlagen, denen sich Frankreich nach 1919 gegenüber sah – das blieben Kernziele der politischen Arbeit Reynauds, seit er im gleichen Jahr Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer geworden war.

Die in vielfacher Hinsicht epochenscheidende Wende des Ersten Weltkriegs ließ in Frankreich neuartige Problemstellungen in den Mittelpunkt der politischen Debatte treten, ältere verloren an Bedeutung oder wurden in anderer Form wieder virulent. Systemgefährdende Qualität wie im Deutschland der zwanziger Jahre erreichten die Krisenphänomene zunächst nicht, stellten aber die Problemlösungskapazität von Staat und politischen Gruppen bereits auf eine ernsthafte Probe. Hinter dem Ideenstreit zur Durchsetzung liberaler Grundforderungen, der im wesentlichen abgeschlossen war – die demokratische, laizistische, auf der Achtung der Individualrechte basierende Republik war unangefochten etabliert –, tauchten

⁸ Nach wie vor gibt es keine befriedigende Gesamtdarstellung zu dieser rechtsliberalen Gruppierung. Die bei William D. Irvine entstandene Arbeit von Donald G. Wileman, *L'Alliance Républicaine Démocratique. The Dead Centre of French Politics, 1901–1947*, Downsview/Ontario 1988, die bezeichnenderweise nach wie vor nicht im Druck erschienen ist, bleibt über weite Strecken hin enttäuschend. Konzeptlos und weitgehend ohne Berücksichtigung von Fragestellungen der modernen Parteienforschung dringt die essayhafte Darstellung kaum zu einer – zweifellos schwierigen – Aufarbeitung der programmatischen Grundlagen, der soziologischen Basis oder selbst des konkreten politischen Handelns dieser Gruppierung vor. Damit liegen neben der zeitgenössischen und eher als Werbeschrift konzipierten Jubiläumsbroschüre von Georges Lachapelle, *L'Alliance démocratique. Ses origines, ses hommes, son rôle*, Paris 1935 sowie kürzeren einschlägigen Abschnitten in Überblicksdarstellungen bisher lediglich kleinere fundierte Arbeiten zu Teilaspekten vor:

Bernard Mouraz, *L'Alliance Démocratique et la Guerre 1914–1919*, *Mémoire de Maîtrise*, Université Paris 1 1971; Rosemonde Sanson, *L'Alliance démocratique*, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), *La France et les Français en 1938/1939*, Paris 1978, S. 327–339; Dies., *L'Alliance démocratique et la perception de la puissance en France en 1938–1939*, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 31 (1984), S. 658–666; Dies., Louis Barthou, leader de l'Alliance démocratique, in: Michel Papy (Hg.), Barthou, un homme, une époque. *Actes du colloque de Pau*, 9 et 10 novembre 1984, Pau 1987, S. 303–315; Dies., Adolphe Carnot et l'Alliance républicaine démocratique, in: Gilles Le Béguec u. a. (Hg.), *Une lignée républicaine. Les Carnot sous la Troisième République. Actes du Colloque de Limoges, novembre 1987*, Paris 1989, S. 85–103; Dies., Centre et Gauche (1901–1914): *L'Alliance Républicaine Démocratique et le Parti radical-socialiste*, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 39 (1992), S. 493–512; Dies., *ARD ou AD (Alliance démocratique)*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 48–53; François Audigier, *L'Alliance démocratique de 1933 à 1937 ou l'anachronisme en politique*, in: *Vingtième Siècle* 47 (1995), S. 147–157. Frau Sanson bereitet zur Zeit eine Thèse d'Etat über die „Alliance“ vor.

„technischere“ Fragen nicht zuletzt als Folge des Krieges auf.⁹ Im insgesamt neu zu regelnden Verhältnis zu Deutschland nahm das Reparationsproblem bisher nicht gekannten Raum ein, und die Problematik des dauerhaften Gewinns von nationaler Sicherheit verband sich damit. Das Verhältnis zu den ehemaligen Alliierten Großbritannien und USA erhielt im Zusammenhang der Kriegsschuldenfrage ebenfalls eine finanz- und wirtschaftspolitische Komponente, wie überhaupt das Gewicht ökonomischer Fragen auch im innenpolitischen Bereich schon weit vor dem in Frankreich verzögerten Einbruch der Weltwirtschaftskrise bedeutend zunahm. Als sich dann mit Beginn der dreißiger Jahre auch in Frankreich politische, ökonomische, soziale und intellektuelle Krisenphänomene zu einer umfassenden Infragestellung der demokratischen Republik verdichteten, erlangte die effektivere Organisation des Parlamentarismus, das Repräsentationsproblem sowie die Frage der Einbindung neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kräfte verstärkte Bedeutung. Die Destabilisierung des internationalen Systems und die außen- und innenpolitische Herausforderung Frankreichs durch die europäischen Diktaturen forderten ebenfalls innovative Antworten seitens der etablierten politischen Klasse. Mit all diesen Problemkreisen befaßte sich Paul Reynaud in oft unkonventioneller, gelegentlich für seine Zeitgenossen schockierender Art und Weise. Er zeigte dabei einen ausgeprägten Modernisierungswillen und ein spezifisches Modernisierungsverständnis, das in seiner Eigenart als „modernisme libéral“ beschrieben werden kann.¹⁰ Die eigentümliche Verschränkung von Innovation und Traditionsbewahrung offenzulegen, die in dieser Grundhaltung zum Ausdruck kam, ist ein zentrales Ziel der Arbeit.

Die vorliegende Studie begreift ihren biographischen Ansatz als hermeneutischen Rahmen, der dazu verhelfen wird, liberale Politik in Frankreich zwischen den Weltkriegen durch die Einheit eines politischen Lebens hindurch in den Blick zu nehmen. Sie will deshalb kein „Itinerar“ des politischen Werdegangs Reynauds bieten, das unter gleichmäßiger Beleuchtung aller Lebensabschnitte etwa auf dokumentarische Vollständigkeit zielt. Vielmehr soll anhand der Politikfelder, auf denen Reynaud bevorzugt tätig war, der Kern seiner liberalen Politikauffassung erschlossen und ein Profil liberaler Reformpolitik, ihres Innovationspotentials und ihrer Begrenzungen, erarbeitet werden.

Diese Erkenntnisziele bestimmen den Aufbau der Arbeit. Im thematischen Mittelpunkt wird neben Reynauds politischer Herkunft (Kapitel III.1.–3.a), früher republikanischer Prägung und Praxis (III.3.b, IV) sowie seinen parteipolitischen Ansätzen (VI) in erster Linie der Deutschland- und Finanzpolitiker (V, VII, VIII, X, XI.2–3), der Reformdenker auf konstitutionellem (IX.1), volkswirtschaftlichem (IX.2) und militärpolitischem Gebiet (IX.3) stehen, der sich mit Fragen beschäftigte, die für das heutige historische Verständnis der späten Dritten

⁹ Allgemeiner zu dieser Signatur der Epoche: Edouard Bonnefous, *Histoire politique de la Troisième République*. Band VII (1938–1940), Paris 1967, S. VIIIff.; im Überblick auch: Horst Möller, *Europa zwischen den Weltkriegen*, München 1998, S. 107ff.; Charles Bloch, *Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870–1940)*, Stuttgart 1972, S. 255ff.; Karl Dietrich Bracher, *Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917*, Frankfurt a.M. u.a. 1979, S. 138ff.

¹⁰ Zur Begrifflichkeit: Jean Touchard, *Histoire des idées politiques*. Band 2: *Du XVIII^e siècle à nos jours*, Paris 1973, S. 826–828, hier: S. 826.

Republik ebenso zentral sind wie die je spezifischen, zeitgenössischen Antwortversuche des Politikers aufschlußreich erscheinen für die Eingrenzung von Elementen „rechtsliberaler“ Politik. Anhand ausgewählter Themenfelder wie der Wirtschafts- und Deutschlandpolitik sollen seine politischen Konzepte bis in die Zeit nach 1945 verfolgt und unter den Aspekten von Kontinuität und Wandel untersucht werden (XI.2–3).

Die gerade für den französischen Fall besonders feststellbare, „proteushafte“ Vielgestaltigkeit des Phänomens „Liberalismus“ spiegelt sich unter anderem in der uneinheitlichen Verwendung des Begriffs in der Forschung. Bezeichnet er vielfach lediglich die klassische „Hochphase“ der französischen liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts – die in einigen Arbeiten bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs ausgedehnt wird¹¹ –, so wird er gelegentlich schlichtweg mit „radicalisme“ gleichgesetzt.¹² Zeitgenössisch wurde der Begriff nach dem Ersten Weltkrieg kaum verwendet. Besonders für die Vertreter des heterogenen rechten Flügels bürgerte sich eine Vielzahl von Bezeichnungen ein, die vom pauschalen und teils bereits negativ besetzten „modérés“¹³ bis zu Kunstschöpfungen reichten, in denen die Standardepitheta des französischen politischen Lebens wie etwa in der Benennung als „républicains nationaux“, „républicains de gauche“ oder „républicains modérés“ vielfältige Verbindungen eingehen konnten.

Mangels einer tragfähigen Liberalismustheorie¹⁴ wird in der vorliegenden Studie der Begriff des „Liberalismus“ als ein analytischer verwendet werden, der für das Frankreich der Dritten Republik und insbesondere die Zeit zwischen den Weltkriegen durch ein schrittweises, induktives Vorgehen allmählich näher zu bestimmen sein wird. Ausgehend von der Darstellung der organisatorischen und programmatischen Grundzüge liberaler Politik seit 1871 und der – im weitesten Sinne – parteiinstitutionellen Sammlung des hier interessierenden rechten Flügels ab Beginn des 20. Jahrhunderts, kann in einem zweiten Schritt Paul Reynauds Verankerung in dem so eingegrenzten Traditionskorpus in den Blick genommen werden. Das Anliegen des dritten und bei weitem den Hauptteil der Arbeit umfassenden Schrittes wird es dann sein, die Realisierung und Fortentwicklung seines politischen Credo anhand der genannten, großen Themenfelder zu verfolgen.

Da die Möglichkeit des parteigeschichtlichen Zugriffs weitgehend entfällt, wurde zur Situierung des Standorts des Protagonisten im politischen Kräftefeld über die Jahre hinweg eine Kombination von institutions- und ideengeschichtlichen, philologischen, diplomatie- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansätzen gewählt. Sie wurden der Absicht untergeordnet, das politische Profil Reynauds in erster Linie über das stete Inbezugsetzen seiner Positionen zu konkreten Sachfragen, zum Meinungsspektrum innerhalb der politischen Klasse oder zur politischen Tradition des eigenen Milieus zu zeichnen. Die Untersuchung verbindet da-

¹¹ So etwa bei Jardin, *Libéralisme politique*; Girard, *Libéraux français*.

¹² So z. B. in Bernhard Schmidt u. a. (Hg.), *Frankreich-Lexikon*. Band 2, Berlin 1983, S. 152 ff. In dem Nachschlagewerk von Gisèle et Serge Berstein, *La Troisième République. Les noms, les thèmes, les lieux*, Paris 1987, fehlt der Begriff völlig und wird auch durch den Artikel zum „radicalisme“ nicht abgedeckt.

¹³ Als bereits „klassische“, polemisch geprägte kritische Darstellung: Abel Bonnard, *Les modérés. Le drame du présent*, Paris 1936.

¹⁴ Lothar Gall, Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Liberalismus*, Königstein/Ts. 31985, S. 9–19, hier: S. 9.

bei einen im wesentlichen chronologisch orientierten Aufbau mit einem systematischen Zugriff. Es versteht sich von selbst, daß dabei der Fokus der Betrachtung unterschiedliche „Brennweite“ anzunehmen hatte. Im Ergebnis erwies sich die detaillierte Analyse einzelner Parlamentsdebatten oder Wahlkämpfe als ebenso aussagekräftig wie die Betrachtung längerfristiger politischer Denk- und Handlungsstränge im Leben Reynauds.

Die analytische Betrachtung eines politischen Lebenslaufes, der sich über Jahrzehnte bewegter französischer Geschichte erstreckte, erfordert naturgemäß die Berücksichtigung einer Vielzahl von verschiedenartigen Quellengruppen. Dabei hat sich die Untersuchung der grundlegenden Tatsache zu stellen, daß in der politischen Kultur Frankreichs mindestens in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg weitaus weniger auf die schriftliche Dokumentation kollektiver Entscheidungsprozesse Wert gelegt wurde, als dies etwa in Deutschland der Fall war. Bezeichnend ist das völlige Fehlen von Ministerratsprotokollen für die Zwischenkriegszeit; weiterhin sind aus dem gleichen Zeitraum kaum Fraktionsprotokolle politischer Parteien überliefert. Diese allgemeinere Beobachtung hat sich im Hinblick auf die Aussagekraft der Politikernachlässe bestätigt, die für die vorliegende Arbeit eingesehen wurden. Die Unterlagen Reynauds, die sieben Jahre nach seinem Tod im Pariser Nationalarchiv hinterlegt wurden, bilden die wichtigste Quellengrundlage der Untersuchung, stellen jedoch einen Bestand von durchaus ambivalentem Charakter dar. Der Nachlaß enthält unter anderem gesammelte Drucksachen, Redemanuskripte, persönliche Notizen und Korrespondenz zu den politischen Aktivitäten Reynauds seit 1914; tagebuchartige Aufzeichnungen des Politikers sind aber lediglich für seine frühen Reisen und die Zeit seiner Inhaftierung während des Zweiten Weltkriegs überliefert.¹⁵ Auch handelt es sich um einen rein politischen Nachlaß: Aufschlüsse über bürgerliche Lebensweise und Lebenswelten des Protagonisten sind aus ihm nicht zu gewinnen. Insgesamt erwiesen sich die Papiere aufschlußreich insbesondere für Reynauds politische Anfänge auf nationaler Ebene, seine Deutschlandkontakte zu Beginn und gegen Ende der zwanziger Jahre sowie für die Zeit als Finanzminister ab November 1938. Unbefriedigend blieben sie besonders im Hinblick auf die Periode der Ministerpräsidentschaft zwischen März und Juni 1940 sowie die personellen Verflechtungen im liberalen Milieu. Es drängte sich bei der Durchsicht der Eindruck auf, daß der Bestand in erster Linie jene Dokumente enthält, die als Grundlage für die Abfassung der Memoiren Reynauds dienten, und der Forschung nurmehr in bereits stark gefiltertem Zustand überlassen wurde.

Der Ergänzung und Überprüfung des hier Vorgefundenen dienten deshalb unter anderem die reichen Aktenbestände des Inlandsgeheimdienstes „Sûreté nationale“. Die einschlägigen Artikel der Serie „F7“ des Nationalarchivs, die die Jahre 1910 bis 1936 abdecken, wurden 1945 vom Innenministerium abgegeben und enthalten neben Berichten von Präfekten, Polizeibeamten und Informanten zur öffentlichen Meinung und zur innenpolitischen Lage insbesondere Informationen

¹⁵ Die Aufzeichnungen der Zeit als Gefangener liegen mittlerweile in gedruckter Form vor: Paul Reynaud, *Carnets de captivité 1941–1945*, Paris 1997.

über die extremistischen Parteien auf der linken und der rechten Seite des politischen Spektrums. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie erwiesen sich die Berichte über die politische Lage in Reynauds Heimatdepartement als ebenso nützlich wie die regelmäßig vorgenommenen Wahlanalysen der „Sûreté“ auf nationaler oder – für Paris – auch kommunaler Ebene. Die ungewöhnlich ausführliche Dokumentation der Nachwahlen im Pariser zweiten Wahlbezirk vom Frühjahr 1926, an denen Reynaud als Kandidat teilnahm, erlaubt so intensive Einblicke in Wahlvorbereitung, Organisation und Koalitionsverhalten in den Reihen der „modérés“. Die Dossiers der „Archives de Paris“, des ehemaligen Regionalarchivs des Departements „Seine“, bilden mit ihren Sammlungen von Auszahlungsergebnissen, Wahlkampfbroschüren und -plakaten eine wertvolle Ergänzung für die Auswertung der frühen Kampagnen Reynauds auf Pariser Ebene ab 1926.

Von zentraler Bedeutung für die Rekonstruktion und Analyse des politischen Denkens und Handelns Reynauds über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg waren die gedruckten stenographischen Protokolle der Sitzungen der Abgeordnetenversammlung, der er seit 1919 mit nur kurzer Unterbrechung zwischen 1924 und 1928 angehörte. Auf archivalischer Ebene konnten sie gezielt und punktuell durch die in der Forschung noch wenig berücksichtigten, ungedruckten Sitzungsprotokolle der parlamentarischen Ausschüsse ergänzt werden. Insbesondere die Bestände der „Commission de la Réforme de l'Etat“ ermöglichten eine eingehende Beleuchtung der praktischen Verfassungsreformpolitik Reynauds.

Neben seinen in Buchform erschienenen Werken bot in erster Linie seine kontinuierliche publizistische Tätigkeit in Provinz- oder wirtschaftlichen Fachblättern, in der eigens geschaffenen Wahlkampf- und in der großen Pariser Tagespresse eine Fülle verwertbaren Materials im Hinblick auf die Gesamtheit seines politischen Werdegangs oder auf einzelne öffentliche Kampagnen, wie etwa sein Eintreten für die Franc-Abwertung seit 1934.

Wenig aussagekräftig waren dagegen die Bestände des „Parteiarchivs“ der „Alliance Républicaine Démocratique“: Hier spiegelte sich die schwach ausgeprägte Organisationsstruktur und Kohäsion der Formation in der Quantität und Qualität der archivalischen Hinterlassenschaft wider. Die Papiere des aus lediglich fünf zugänglichen Kartons bestehenden Fonds, der in der Handschriftenabteilung der Nationalbibliothek aufbewahrt wird, umfassen Statuten, Werbebroschüren, Presseauszüge und nur wenig parteibezogene Korrespondenz. Die Mitgliederkartei ist bis auf weiteres nicht für die Benutzung zugänglich, scheint aber ohnehin im Rahmen des Themas von geringem Interesse zu sein: Weder in den allgemeinen noch in den allein auf Paris bezogenen „Fichiers“ finden sich Informationen über das Parteimitglied Paul Reynaud.¹⁶

Als unverzichtbar erwiesen sich schließlich die in der Forschung bisher insgesamt ebenfalls nur zurückhaltend, für Reynauds erste Amtszeit als Finanzminister im Jahre 1930 überhaupt noch nicht ausgewerteten Akten des Finanzministeriums. Da die für die Zwischenkriegszeit zu konstatierende Lückenhaftigkeit dieser Fonds ein annähernd vollständiges Bild der Arbeit des Ministeriums erst ab 1945

¹⁶ Schriftliche Mitteilung der Handschriftenabteilung der Nationalbibliothek an den Verfasser vom 23. 10. 1995.

erlaubt¹⁷ und überdies kein einheitlicher Ministerbestand erhalten ist, bedurften auch diese Dokumente der Ergänzung etwa durch die parlamentarischen Äußerungen Reynauds. Die im Archiv der „Banque de France“ einsehbaren Sitzungsprotokolle ihrer obersten Leitungsgremien „Conseil Général“ und „Comité Permanent“ lieferten ebenfalls wertvolle ergänzende Hinweise zur Einschätzung der finanzpolitischen Maßnahmen Reynauds. Ähnlich wie in den Beständen des Finanzressorts liegt auch in der Überlieferung des Kolonialministeriums kein einheitlicher Kabinettsbestand vor, der Reynauds Intermezzo in der Rue Oudinot 1931/32 geschlossen dokumentiert.

Als von unerwarteter Reichhaltigkeit dagegen gerade im Vergleich zur oft ernüchternden Kargheit französischer Bestände der zwanziger und dreißiger Jahre entpuppten sich die herangezogenen diplomatischen Akten im Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn. Vor allem in den Serien „Büro des Staatsministers“, „Büro des Staatssekretärs“ und der „Politischen Abteilung II“ fand sich Aufschlußreiches über Reynauds deutschlandpolitische Aktivitäten seit den frühen zwanziger Jahren. Daneben bilden die Beobachtungen der deutschen Botschafter über Kabinettsbildungen, -krisen und -stürze sowie wichtigere innenpolitische Gegebenheiten ganz allgemein eine stets mit Gewinn zu konsultierende Quelle. Weniger Spuren hinterließen Reynauds Vorstöße dagegen in den diplomatischen Dossiers auf französischer Seite. Weder in den auf Deutschland bezogenen Serien im Archiv des Pariser Quai d'Orsay noch in den nach Nantes ausgelagerten, gezielt gesichteten Beständen der Berliner Botschaft war umfangreicheres Material enthalten.

Die nach wie vor unveröffentlichten diplomatischen Dokumente der Kriegsjahre bieten sich im Quai d'Orsay unter der Bezeichnung „Papiers 1940“ zur Benutzung an. Unübersehbar allerdings sind die Spuren, die der militärische und staatliche Zusammenbruch Frankreichs vom Frühsommer 1940 in der Struktur des Bestands hinterließ. So umfaßt der hier einsehbare Teilfonds „Papiers Reynaud“ zwar einen Großteil der erhaltenen Dokumente aus seiner Ministerpräsidentenzeit zwischen März und Juni 1940, welcher in Teilen bereits bis Oktober 1939 zurückreicht. Er bildete ursprünglich jedoch höchstwahrscheinlich eine Einheit mit dem unter der irreführenden Bezeichnung „Papiers Dejean“ ebenfalls in die Serie eingegliederten Bestand. Letzterer war ohne erkennbares leitendes Prinzip von den übrigen Kabinettspapieren getrennt und im Juni 1940 unter abenteuerlichen Umständen im Gepäck zweier Mitarbeiter Reynauds beschlagnahmt worden, die Auftrag hatten, ihn über Spanien in die Vereinigten Staaten zu transportieren.¹⁸ Weitere Teile der Handakten Reynauds finden sich schließlich im eigentlichen amtlichen Nachlaß seines Kabinettsdirektors Maurice Dejean, der innerhalb der Serie „Papiers d'agents“ ebenfalls im Archiv des Quai d'Orsay aufbewahrt wird. Für die Rekonstruktion des politischen Vorgehens Reynauds im Jahr 1940 ist die kombinierte Benutzung dieser drei Fonds unerlässlich.

¹⁷ Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget, Archives économiques et financières, Sommaire général des Fonds, Paris 1992, S. II.

¹⁸ Ministère des Affaires Etrangères, Inventaire de la collection des Papiers 1940, Paris 1990, S. 157–160 und 235–247.

Als weitgehend redundant hingegen erwiesen sich die Kabinettpapiere des Verteidigungsministeriums im Armeearchiv von Vincennes. Einzelne Ministerialunterlagen Reynauds waren in dessen Bestände eingegangen, nachdem er am 18. Mai 1940 neben seinem Amt des Regierungschefs die Funktion des Kriegsministers übernommen hatte. Ein weiterhin unter der Bezeichnung „Papiers Paul Reynaud“ hier verwahrter Teil seiner Kabinettpapiere enthält jedoch lediglich einige Unterlagen über die Öffentlichkeitsarbeit Reynauds in eigener Sache während der Jahre 1939/1940.

Interessante Einblicke in seinen frühen persönlichen und seinen professionellen Werdegang als Anwalt und Politiker erlaubten die Personaldossiers, die sich in den Archiven der „Ecole des Hautes Etudes Commerciales“ in Jouy-en-Josas, im Archiv der Pariser Anwaltsvereinigung „Ordre des Avocats à la Cour de Paris“ und in den beiden Regionalarchiven der Départements „Alpes-de-Haute-Provence“ und „Hautes-Alpes“ fanden.

Einzelne Hinweise auf die politischen Beziehungen Reynauds zu Politikerkollegen konnten deren Nachlässen entnommen werden, insgesamt blieb diese Quellengattung in ihrer Ergiebigkeit jedoch eher enttäuschend. Ausführliche Briefwechsel fanden sich in den konsultierten Papieren in keinem Falle; selbst da, wo eine langjährige freundschaftliche Beziehung vorgelegen hatte, wie mit André Tardieu, blieben die erhaltenen Bestände lückenhaft und von belanglosem Inhalt. Auch die in der „Fondation Nationale des Sciences Politiques“ in Paris verwahrten Handakten Léon Blums, die sich vorwiegend aus seinen Artikeln für den „Populaire“ zusammensetzen, erwiesen sich für die Beziehungen zu Paul Reynaud als unergiebig. Der eigentliche Nachlaß des sozialistischen Parteiführers gelangte im Zweiten Weltkrieg in seinen Hauptteilen zunächst in deutsche, nach Kriegsende dann in sowjetische Hände und wird erst gegenwärtig wieder nach Frankreich überführt. Die Einsichtnahme war zum Zeitpunkt der Quellenrecherchen für die vorliegende Arbeit noch nicht möglich. Der geringe Überlieferungsgrad von persönlichen Anschreiben könnte bedingt sein durch die „Kompromittierung“ Reynauds als Ministerpräsident in den Augen der deutschen Besatzer, die seine Inhaftierung zunächst in Frankreich, dann in Deutschland zur Folge hatte. So mag es manchem Briefpartner oder dessen Nachkommen als inopportun erschienen sein, Dokumente über Kontakte mit ihm in den eigenen Papieren aufzubewahren.

Als unentbehrliche, freilich mit besonderer Vorsicht zu benutzende Quellengattung wurden schließlich einschlägige zeitgenössische Tagebücher und die Memoirenliteratur herangezogen. Sie fungierten jedoch meist nur als Ergänzung der archivalisch gewonnenen Erkenntnisse. Aufgrund der erwähnten Absenz von Kabinettsprotokollen bildeten die autobiographischen Berichte beteiligter Minister allerdings oft die einzigen Informationsquellen für die Beratungen dieses zentral wichtigen Gremiums.¹⁹

¹⁹ Vgl. zu den Titeln im einzelnen die entsprechende Rubrik im Literaturverzeichnis.

II. Der politische Werdegang eines französischen Liberalen: Paul Reynaud (1878–1966)

Paul Reynaud wurde am 15. Oktober 1878 im südfranzösischen Barcelonnette (Département Basses-Alpes¹) als zweites von vier Kindern einer wohlhabenden Familie des mittleren Bürgertums geboren. Sein Vater, Alexandre Reynaud, der einfachen bäuerlichen Verhältnissen entstammte, war als Siebzehnjähriger im Jahre 1857, unter dem Druck wirtschaftlicher Not und einer lokalen Tradition folgend, nach Mexiko ausgewandert und hatte sich dort als Geschäftsmann ein nicht unbedeutendes Vermögen erworben. Dabei waren ihm zweifellos die persönlichen Verbindungen zugute gekommen, die seinen Heimatort mit dem überseeischen Land verknüpften: Seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts bestand in Mexiko eine französische Kolonie, die sich im wesentlichen aus „Barcelonnettes“ zusammensetzte und erfolgreich in der Getränke-, Textil- und Papierproduktion betätigte.² In die Heimat zurückgekehrt, konsolidierte Alexandre Reynaud seinen gesellschaftlichen Aufstieg durch die Heirat mit Amélie Gassier, der Tochter eines einflußreichen und wohlhabenden ortsansässigen Bankiers und Lokalpolitikers. Damit hatte er familiäre Bande mit einer der bedeutendsten Notabelfamilien der Region angeknüpft: Selbst Sohn eines langjährigen Bürgermeisters des Bergisdorfes St. Paul, zählte Alexandre Reynaud nun mit seinem Schwiegervater, dem Bürgermeister und Conseiller Général von Barcelonnette, Hippolyte Gassier, sowie dessen Söhnen, dem Conseiller Général Adrien Gassier und dem Abgeordneten und späteren Senator des Départements Basses-Alpes, Aimé Gassier, einige der einflußreichsten Politiker der Gegend zu seinem engsten Familienkreis.

Streng, ernst und nüchtern, aber auch großzügig und rechtschaffen – so beschreibt Paul Reynaud im Rückblick seinen Vater, dem die Familie mit Bewunderung, doch nicht ohne Furcht begegnet sei. Die Mutter, klösterlich erzogen und einer jansenistischen Lebenssicht zuneigend, scheint nur geringen Einfluß auf die Entscheidungen des dominierenden Vaters genommen und, wie dieser, ein nur wenig vertrauliches Verhältnis zu ihren Kindern unterhalten zu haben.³ Nach einigen in Nizza verbrachten Wintern verlegte die Familie – der Sohn Paul war fünf Jahre alt – ihren Wohnsitz dauerhaft nach Paris, wo sie sich im bürgerlichen fünften Arrondissement, nicht weit von Panthéon und Jardin du Luxembourg ent-

¹ Im Jahre 1979 wurde dieses Département in „Alpes-de-Haute-Provence“ umbenannt.

² Vgl. hierzu Raymonde Antiq-Auvaro, *L'émigration des Barcelonnettes au Mexique*, Nice 1992; François Arnaud u. a., *Les Barcelonnettes au Mexique. Récits et témoignages*, Barcelonnette³1994; Paul Reynaud, *Mémoires*. Band I: *Venu de ma montagne*, Paris 1960, S. 23–26. Nach Angaben Paul Reynauds hatte sein Vater mehrere Brüder seiner späteren Frau Amélie Gassier bereits in Mexiko kennengelernt (Reynaud, *Mémoires* I, S. 27).

³ Reynaud, *Mémoires* I, S. 26–39.

fernt, niederließ. Man legte nun Wert auf einen standesgemäßen Lebensstil, der die sorgfältige Ausbildung der vier Kinder einschloß. Zusammen mit seinem älteren Bruder besuchte Paul Reynaud den angesehenen Lycée Montaigne, dann die katholische Ecole Bossuet und den Lycée Louis-le-Grand. Die Mutter, die insbesondere während der regelmäßigen mehrmonatigen Geschäftsreisen des Vaters nach Mexiko die Hauptlast der Erziehung wahrnahm, brachte ihren Kindern den bürgerlichen Bildungskanon nahe: Klavierspiel, Lektüre, Kunstbetrachtung.

Entgegen dem Wunsch des Vaters, der den Eintritt des Sohnes in sein Unternehmen erhofft hatte, entschied sich Paul Reynaud nach bestandem Baccalauréat für das Rechtsstudium, akzeptierte jedoch die väterliche Bedingung, während der beiden ersten Studienjahre ab Oktober 1896 gleichzeitig an der „Ecole des Hautes Etudes Commerciales“ Kurse zu besuchen. Als 64. von 118 Jahrgangsgenossen beendete er seine dortige Ausbildung im Juli 1898 mit der Gesamtnote „Assez bien“.⁴ Nachdem er im Juli 1899 die Licence en droit⁵ erworben hatte – eine erste Voraussetzung für die Zulassung zum Anwaltsberuf⁶ – leistete Reynaud beim 37. Infanterieregiment in Nancy seinen zweijährigen Wehrdienst ab, nach eigenem Bekunden ohne größeren Widerwillen.⁷

Im März 1901 als „avocat stagiaire“⁸ bei der Pariser Anwaltskammer zugelassen, unterbrach Reynaud schon sehr bald ein erstes Mal seine „stage“, um zwischen Januar 1903 und Januar 1907 in mehreren Pariser Anwaltsbüros als Praktikant, schließlich als Kanzleileiter zu arbeiten und gleichzeitig sein juristisches Doktorat vorzubereiten. Im Jahr 1904 promovierte er im Fach Handelsrecht zum Thema des Vergleichs bei Aktiengesellschaften.⁹ Mit Unterstützung seines Vaters entschloß sich Paul Reynaud im Januar 1907 zu einer Weltreise, die ihn in Begleitung eines Freundes durch Mexiko, die USA, Japan, China, Rußland und Deutschland führte.¹⁰ Im September des selben Jahres nach Paris zurückgekehrt,

⁴ „Dossier d'élève. Promotion 1898. Reynaud, Paul“ und „Bulletin de notes de M. Reynaud, Elève de Deuxième Année“ (Ecole des Hautes Etudes Commerciales, Dossier Paul Reynaud).

⁵ Diese und die folgenden Angaben zur juristischen Laufbahn Paul Reynauds entstammen seinem Personaldossier, das sich im Archiv des Ordre des Avocats à la Cour de Paris (künftig abgekürzt als: Archives de l'Ordre) befindet. Der Archivar der Pariser Anwaltsvereinigung, Herr Yves Ozanam, gewährte mir freundlicherweise in Auszügen Einblick.

⁶ Vgl. hierzu Fernand Payen/Gaston Duveau, *Les règles de la profession d'avocat et les usages du barreau de Paris*, Paris ²1926, S. 153.

⁷ Vgl. Reynaud, *Mémoires* I, S. 53.

⁸ Die „stage“, d. h. der für die Kandidaten des Anwaltsberufes bis heute obligatorische Ausbildungsabschnitt zwischen Universitätsstudium und der Aufnahme in die Anwaltskammer, umfaßte zur Zeit Reynauds einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Die „avocats stagiaires“ hatten während dieser Phase bereits das Recht, vor Gericht zu plädieren, und waren den „avocats inscrits“ in ihrem Rechtsstatus weitgehend gleichgestellt. Im Gegensatz zu den letztgenannten durften sie ihre anwaltliche Tätigkeit aber vorläufig nur auf Widerruf ausüben. Die „stage“ konnte zur Ableistung des Wehrdienstes oder auch für die praktische Tätigkeit bei einem „avoué“ unterbrochen werden, der angehende Anwalt hatte in diesem Falle aber weiterhin an den berufsspezifischen Ausbildungsveranstaltungen teilzunehmen und durfte darüber hinaus kein Mandat annehmen. Die fakultative Unterbrechung der „stage“ diente für gewöhnlich vor allem dem Sammeln berufspraktischer Erfahrung und dem Anbahnen von Kontakten zu einem künftigen Mandantenkreis (vgl. Payen/Duveau, *Règles*, S. 159–187).

⁹ Paul Reynaud, *Des Concordats de Sociétés anonymes après faillite ou liquidation judiciaire*, Paris 1904. Die *Soutenance* der Arbeit erfolgte am 20. Juni 1904.

¹⁰ Siehe hierzu den Reisebericht in seinen *Memoiren*: Reynaud, *Mémoires* I, S. 62–85. Irrtümlicherweise gibt Reynaud hier 1906 als Reisejahr an.

betätigte sich Reynaud ein weiteres Jahr als Sekretär unter anderem bei einem am Handelsgericht zugelassenen Anwalt, bevor er mit Wirkung vom 14. August 1908 endgültig in den Anwaltsstand aufgenommen wurde.

Sein bald zutage tretendes rhetorisches Talent trug Reynaud rasch erste Ehren ein und bot ihm Gelegenheit für erste politische Bewährungsproben. Nach einem traditionell seit Beginn des 18. Jahrhunderts einmal jährlich stattfindenden internen Rhetorikwettbewerb wurde er 1910 zum Ersten Sekretär der hochangesehenen „Conférence des Avocats“ gewählt. Die Bedeutung jener auch „Conférence du stage“ genannten Generalversammlung der Pariser Anwaltskammer für die Rekrutierung politischer Eliten im Frankreich der Dritten Republik wurde bereits von den Zeitgenossen konstatiert, ebenso wie der Korpsgeist, der die einander ablösenden Generationen von ehemaligen Sekretären – alljährlich wurden 12 neue Würdenträger durch die Versammlung gewählt – verband.¹¹ Der Anspruch, eine besondere Berufung zum Eintritt in politische Ämter zu besitzen, war unter den Mitgliedern durchaus nicht unüblich und wurde als Teil einer langen Tradition gesellschaftlich akzeptiert.¹² Auch Reynaud war die Überzeugung, einer Elite anzugehören, nicht fremd: In einem Artikel zur alljährlichen feierlichen „rentrée“ der Anwaltskonferenz qualifizierte er den Kreis ihrer ehemaligen Sekretäre als „eine Art von Aristokratie“ und verwies selbstbewußt auf die Reihe seiner illustren Amtsvorgänger: „Gambetta, Ribot, Poincaré, Millerand, Barthou, Viviani ...“.¹³ Trotz der unbestreitbaren Verbindungen zur Politik blieben indes öffentliche Auseinandersetzungen mit politischem Hintergrund im „Palais“ eher die Ausnahme. Um so größere Aufmerksamkeit weit über das juristische Milieu hinaus erregte deshalb die öffentliche Diskussion um Reynauds Abschiedsrede als Erster Sekretär, die ihm Gelegenheit bot, sich durch ein weithin konsensfähiges Bekenntnis zum „republikanischen Modell“ gegenüber einer Minderheit konservativer Anwälte zu profilieren.

Neben der turnusmäßigen Vorbereitung von juristischen Diskussionsgegenständen für die wöchentlichen Zusammenkünfte der „Conférence du stage“ gehörte es zu den traditionellen Hauptaufgaben des Ersten Sekretärs, gegen Ende seiner einjährigen Amtszeit eine akademische Lobrede auf ein berühmtes Mitglied der Anwaltskammer oder einen ihrer ehemaligen Präsidenten zu halten.¹⁴ Paul Reynaud wählte für die feierliche „rentrée“ des Jahres 1911 den republikanischen Politiker René Waldeck-Rousseau als Vortragsthema – eine Wahl, die von einigen der „Action Française“ nahestehenden Anwälten als Provokation verstanden wurde. Man drohte öffentlich, die Laudatio nötigenfalls durch „action directe“ zu verhindern. In Protestbriefen entfaltete man einen Katalog von heftigsten Vor-

¹¹ Vgl. hierzu die Ausführungen, die Fernand Payen und Gaston Duveau in ihrem zeitgenössischen Handbuch zur „Conférence du stage“ machen (Payen/Duveau, *Règles*, S. 184–187, bes. 185).

¹² Vgl. hierzu etwa die Äußerung des ehemaligen Ersten Sekretärs des Jahrgangs 1912/13, Marcel Héraud: „Nous avons pour le Parlement une vocation pour ainsi dire congénitale“ (Gilles Le Béguec, *L'entrée au Palais-Bourbon: Les filières privilégiées d'accès à la fonction parlementaire (1919–1939)*. Unveröff. Thèse d'Etat, Paris X – Nanterre 1989, S. 707–710, Zitat: S. 708). Le Béguec vergleicht die „Conférence du stage“ im Hinblick auf die Rekrutierung des politisch-administrativen Nachwuchses der Dritten Republik mit der „Ecole Normale d'Administration“ und qualifiziert ihre ehemaligen Sekretäre als „élite de la parole publique“ (Ebenda, S. 708).

¹³ Paul Reynaud, „La rentrée de la Conférence“, in: *La Renaissance*, 13. 12. 1913.

¹⁴ Vgl. Payen/Duveau, *Règles*, S. 185–187.

würfen gegen Waldeck-Rousseau, die vor allem auf dessen laizistische Kirchenpolitik und seine Bemühungen zur Bestrafung der Schuldigen an der Dreyfus-Affäre während seiner Zeit als Ministerpräsident zwischen 1899 und 1902 abzielten. Der Sprecher der protestierenden Anwaltsfraktion, Challamel, resümierte: „Waldeck-Rousseau a déshonoré notre Ordre; son image ne doit pas être placée dans la galerie de nos maîtres“.¹⁵

Auf Bitten der Witwe Waldeck-Rousseaus, die sich in einem ebenfalls öffentlich gemachten Schreiben an den Präsidenten der Anwaltsvereinigung gegen die geplante „éloge“ aussprach, um zu erwartende Zwischenfälle und die damit verbundene Schädigung des Ansehens ihres verstorbenen Mannes zu verhindern, entzog der „Conseil de l'Ordre“ Reynaud das bereits zugesagte Thema.¹⁶ Der Beschluß versetzte den Pariser Justizpalast in tagelange helle Aufregung, Solidaritätsbekundungen für Reynaud seitens einer größeren Zahl von Anwälten blieben nicht aus: Ein förmliches Protestschreiben gegen das Redeverbot erhielt innerhalb von wenigen Tagen 224 Unterschriften, darunter diejenigen von René Viviani, Maurice Bokanowski und Léon Bérard. In einem offenen Brief, unterzeichnet unter anderem von Champetier de Ribes, Charles Reibel, Henri Payen, Paul Istel, Alexandre Millerand und Anatole de Monzie, bot die Vereinigung der „Secrétaires et anciens secrétaires de la conférence des avocats“ Reynaud an, die Publikation seiner Rede zu finanzieren.¹⁷ Die gemäßigte Presse sprach von „procédés terroristes“ und „tentatives d'intimidation“ und publizierte Aufrufe zur Wiederherstellung der „confraternité professionnelle“ und der politischen Toleranz innerhalb des Anwaltsstandes.¹⁸

Nach kurzem Zögern gab Reynaud seinen Verzicht auf die geplante Eloge in der Presse bekannt, nicht ohne jedoch genüsslich die Versuche des „Conseil de l'Ordre“ zu schildern, ihn ohne Aufsehen zu einer Themenänderung zu bewegen.¹⁹ Intern erklärte er sich gegenüber den Vertretern des Conseil bereit, seinen Redeentwurf nicht vor Ablauf von vier Wochen nach der feierlichen „rentrée“

¹⁵ „L'éloge de Waldeck-Rousseau“, in: *L'Action Française*, 12. 7. 1911. Diese Äußerung trug Challamel eine Duellforderung des Schwiegersohns Waldeck-Rousseaus ein (*Le Temps*, 20. 7. 1911, gibt den Briefwechsel zwischen den Kontrahenten unter der Rubrik „L'éloge de Waldeck-Rousseau et la conférence des avocats“ ausführlich wieder). Vgl. auch die ähnlich drastisch formulierten Vorbehalte des Anwalts Ognier (Brief an Reynaud vom 24. 7. 1911, abgedruckt in: *La Patrie*, 24. 7. 1911 und *L'Eclair*, 25. 7. 1911).

¹⁶ „L'éloge de Waldeck-Rousseau à la conférence des avocats“, in: *Le Temps*, 21. 7. 1911. Der Brief findet sich abgedruckt in: *Le Temps*, 20. 7. 1911. In einem Brief an Reynaud vom 19. 7. 1911 bedauerte Madame Waldeck-Rousseau die Ereignisse und bat Reynaud zu einem persönlichen Gespräch (Archives de l'Ordre, Dossier „W.R.“).

¹⁷ Zu den beiden Schreiben und den an der Unterschriftenaktion beteiligten Anwälten siehe: „L'éloge de Waldeck-Rousseau. Les couloirs du Palais en ébullition“, in: *Le Matin*, 20. 7. 1911 und 21. 7. 1911 sowie „A propos de l'éloge de Waldeck-Rousseau“, in: *Le Matin*, 22. 7. 1911. Raymond Poincaré weigerte sich in einem Brief an Reynaud vom 22. 7. 1911, das Schreiben der Sekretärsvereinigung zu unterzeichnen, da damit eine Entscheidung des „Conseil de l'Ordre“ in Frage gestellt werde. Er sei indes bereit, sich an der Subskription zugunsten der geplanten Veröffentlichung zu beteiligen (Archives de l'Ordre, Dossier „W.R.“). Reynaud kommentierte das Verhalten Poincarés in der Rückschau lakonisch: „Il pensait au bâtonnat.“ (Reynaud, *Mémoires* I, S. 93).

¹⁸ „Au Palais“, in: *Le Temps*, 21. 7. 1911 sowie *Le Matin*, 22. 7. 1911.

¹⁹ Vgl. „L'éloge de Waldeck-Rousseau à la conférence des avocats. Une conversation avec M. Paul Reynaud“, in: *Le Temps*, 22. 7. 1911. Der als Interview inszenierte Artikel basiert auf einem nahezu wörtlich übernommenen handschriftlichen Entwurf Reynauds (AN, 74 AP 6).

außerhalb des Palais zu veröffentlichen.²⁰ Für seine Rede am 2. Dezember 1911 wählte er schließlich das weniger Anstoß erregende Thema „Le procès de Charles Ier d'Angleterre“, nicht ohne jedoch – wiederum als Spitze gegen die Anhänger der Action Française unter seinen Zuhörern gedacht – seine Sympathien für Cromwell und das Prinzip des Königssturzes kundzutun.²¹

Reynauds beabsichtigte Würdigung jenes Politikers der linken Mitte, der für Maurras und seine Anhänger wie kein zweiter die Politik der „défense républicaine“ und der anti-kirchlichen Gesetzgebung verkörperte²², darf als sein erstes faßbares Bekenntnis zur demokratischen Republik und zur Laizität verstanden werden. Seinem beruflichen und gesellschaftlichen Fortkommen schadete der Vorfall, nach dem er laut eigenem Bekunden in den Kreisen der Pariser Anwaltschaft als „Revolutionär“ gegolten habe²³, nicht. Nur wenige Monate nach seinem öffentlichkeitswirksamen Eintreten für die Prinzipien der laizistischen Republik und der „défense républicaine“ ehelichte er im Februar 1912 die Tochter des späteren Präsidenten der Pariser Anwaltskammer, Henri-Robert.²⁴ Reynaud fand damit nicht nur Anschluß an führende Pariser Juristen, sondern trat so auch in enge Beziehung zur Politiker- und Wissenschaftlerfamilie Appell.²⁵

Er galt nun einem weiteren Kreis als vielversprechender Anwalt und Nachwuchspolitiker; die gelegentliche Neigung zur Widerborstigkeit und zum mangelnden Respekt vor Autoritäten sah man ihm nach. Seine Fähigkeit zur prägnanten Formulierung, seine Schlagfertigkeit und der oft beißende Witz, den er zu entfalten verstand, prädestinierten ihn zum rhetorischen „Florettfechter“, als der er ab den zwanziger Jahren parlamentarische Debatten immer wieder zu dominieren verstand. Stets tadellos gekleidet, kleingewachsen und agil, von präziser, aggressiver Intelligenz in der Reaktion auf politische Angriffe – so präsentierte er sich in der Öffentlichkeit. Als Person spaltete er jene, die ihn kannten, in Bewunderer und Skeptiker; gleichgültig ließ er kaum. Die politisch sensiblen Felder, die er betrat, und die oft unpopulären Positionen, die er einnahm, verstärkten diesen Effekt. Man hat Reynaud in der Rückschau mit Edmond Rostands allegorischer Figur des „Chantecler“ verglichen. So pathetisch diese Anknüpfung an das Bild des romantischen Helden sein mag, der im Kampf für seine Ideale an der Dummheit und am Egoismus der Umwelt scheitert – ganz von der Hand zu weisen ist sie nicht. Wenig volksnah und vom Wert der eigenen Vorstellungen überzeugt, über-

²⁰ Vgl. die Gesprächsnotiz Reynauds vom 25. 7. 1911 über eine Unterhaltung mit dem scheidenden Präsidenten Busson-Billault und seinem Nachfolger Labori, in dessen Verlauf er von dieser Bedingung des „Conseil de l'Ordre“ unterrichtet wurde (Archives de l'Ordre, Dossier „W.R.“) [Zum Zeitpunkt der Einsichtnahme besaß der Bestand keine eigene Signatur].

²¹ Reynauds Rede wurde, wie allgemein üblich, auf Kosten der Anwaltsvereinigung gedruckt: Barreau de Paris. Le procès de Charles Ier d'Angleterre. Discours prononcé à l'ouverture de la Conférence des Avocats le 2 Décembre 1911 par M. Paul-Reynaud, Avocat à la Cour d'Appel, Paris 1912 (Archives de l'Ordre, Discours de rentrée des conférences. Avocats stagiaires 1911–1920). Vgl. dazu auch Reynaud, Mémoires I, S. 94.

²² Vgl. Yves-Marie Hilaire, 1900–1945. L'ancrage des idéologies, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), Histoire des droites en France. Tome 1. Politique, Paris 1992, S. 519–565, hier: 533.

²³ Reynaud, Mémoires I, S. 94.

²⁴ Die imposanten Feierlichkeiten finden sich beschrieben in: *Le Cri de Paris*, Februar 1912, unter dem süßfahigen Titel: „Le Barreau marie sa fille“.

²⁵ Die Ehefrau Henri-Roberts, Jeanne, war die Cousine der Gattin von Paul Appell (1855–1930) (Vgl. Le Béguec, L'entrée, S. 726f.).

nahm Reynaud spätestens gegen Mitte der dreißiger Jahre die Dauerrolle des unbequemen Mahners und Krisenanalysten. Sie trug ihn nur, solange er in seiner politischen Position kaum angreifbar war. Als der persönliche Erfolg im Mai/Juni 1940 ausblieb, geriet er ohne größeres Sympathiepolster aus der Bevölkerung zwischen die politischen Fronten, denen er sich in den Jahren zuvor nie eindeutig hatte zurechnen lassen wollen.²⁶

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges²⁷ wurde Reynaud zunächst als Unteroffizier in verschiedenen Unterstützungs- und Transporteinheiten eingesetzt. Nachdem er sich im Verlauf der Schlacht an der Somme 1916 eine Rippenfellentzündung zugezogen hatte, berief man ihn nach kurzem Lazarettaufenthalt in Paris in die „Services de la Présidence du Conseil“ des kurzlebigen Ministeriums Painlevé. Diese Heimatverwendung und der damit verbundene Eintritt in das Milieu der Pariser Ministerialbürokratie waren vermutlich ein Resultat der erworbenen familiären Bande und scheinen auf Vermittlung Emile Borels, des Schwiegersohns von Paul Appell, zustandegekommen zu sein.²⁸ Zwischen Juli 1917 und März 1918 beschäftigte sich Reynaud so als Mitarbeiter des späteren Staatspräsidenten Paul Doumer mit der Anwerbung freiwilliger Tschechen, Slovaken und Polen für den militärischen Einsatz gegen die Mittelmächte. Im Rahmen dieser Tätigkeit trat der junge Sous-Lieutenant in engen Kontakt mit der tschechischen Unabhängigkeitsbewegung in Paris und erhielt als Mitglied einer diplomatisch-militärischen Mission bald auch Gelegenheit, an einer Episode in der Geschichte der tschechischen Staatswerdung teilzuhaben, die legendären Ruf erlangte: an der „Anabasis“ der tschechischen Legion in Sibirien.²⁹

Mit der Rückkehr nach Frankreich – die für Reynaud ohne erkennbare Wiedereingliederungsprobleme vonstatten ging – machte sich der demobilisierte Leutnant zielstrebig an den Ausbau seiner politischen Karriere, die er bereits vor Beginn seines Kriegseinsatzes vergeblich von der regionalen auf die nationale Ebene zu verlagern versucht hatte.³⁰ Nach einem Wahlkampf in seinem Heimatdepartement, den er unter dem Vorzeichen des antibolschewistischen Engagements und der Union aller reformbereiten Kräfte geführt hatte³¹, gelang ihm über eine dem Bloc National nahestehende „Liste d’Union et de Concentration Républicaine“

²⁶ Der „Chantecler“-Vergleich findet sich bei: Violet Trefusis, *Prélude au désastre*, Paris 1990, S. 15–27; stellvertretend für Charakterisierungen aus dem Mitarbeiterkreis: Alfred Sauvy, *De Paul Reynaud à Charles de Gaulle. Un économiste face aux hommes politiques 1934–1967. Scènes, tableaux et souvenirs*, Paris 1972, S. 13 ff.; Claude Popelin, *Arènes politiques*, Paris 1974, S. 45–55.

²⁷ Ausführliche Quellen- und Literaturangaben zu diesem wie zu ausgewählten weiteren Abschnitten seiner politischen Biographie finden sich jeweils in den einschlägigen Kapiteln dieser Arbeit.

²⁸ Borel hatte das Amt des „Secrétaire général de la Présidence“ unter Painlevé von September 1917 bis zu dessen Sturz im November 1917 inne. Vgl. hierzu den aufschlußreichen Bericht der Schriftstellerin Berthe Borel, der Ehefrau Emile Borels, die in ihren unter Pseudonym verfaßten Memoiren über die Umstände der Berufung Reynauds Auskunft gibt: Camille Marbo, *A travers deux siècles. Souvenirs et rencontres (1883–1967)*, Paris 1968, S. 166 f. und 240.

²⁹ Vgl. dazu im einzelnen Kapitel IV dieser Arbeit. Die Angaben zu Reynauds militärischem Werdegang sind seinem Personalakt im französischen Heeresarchiv entnommen: „Etat des Services de M. Reynaud, Jean, Paul“ (Service Historique de l’Armée de Terre (SHAT), Dossier No. 42325: Reynaud, Jean, Paul, Capitaine de réserve du train). Vgl. auch Reynaud, *Mémoires I*, S. 109 f.

³⁰ Zu seiner gescheiterten Bewerbung um einen Abgeordnetensitz des Départements Hautes-Alpes im Mai 1914 vgl. Kapitel III.3.b) dieser Arbeit.

³¹ Vgl. dazu etwa: André Honnorat/Paul Reynaud, „A nos amis, les électeurs de Barcelonnette“, in: *Journal de Barcelonnette*, 29. 11. 1919 sowie ausführlich unter Kapitel V.1.

im November 1919 erstmals der Sprung in die Kammer der Abgeordneten. Mit 41 Jahren trat Reynaud damit relativ spät in die „große“ Politik ein; nichtsdestoweniger hatte er Anteil an einem allgemeinen Generationswechsel in der politischen Klasse Frankreichs nach dem Ersten Weltkrieg, gehörte er doch jener Generation der zwischen 1871 und 1880 Geborenen an, die – nicht zuletzt bedingt durch die Kriegsverluste unter den jüngeren Jahrgängen – mit den Wahlen von 1919 eine außergewöhnlich dominierende Stellung innerhalb der parlamentarischen Rechten einzunehmen begann.³² Als Mitglied der neugegründeten Kammerfraktion der „Action républicaine et sociale“, in der sich Sympathisanten des „Mouvement de la Quatrième République“ mit Vertretern der Rechten und der rechten Mitte zusammenfanden, stand er Maurice Bokanowski, Joseph Barthélemy und Pierre Taittinger nahe. Der neugewählte Abgeordnete, der sich ein Vergnügen daraus machte, von den hintersten Bänken der Kammer aus kritische Bemerkungen über die rhetorischen Qualitäten der Redner mit seinem Nachbarn, dem ebenfalls frisch eingetretenen Deputierten Marcel Plaisant, auszutauschen³³, begnügte sich nicht lange mit der Rolle des bloßen Beobachters. Galt seine parlamentarische Arbeit zunächst den „großen“ Themen des französischen Liberalismus, wie der „décentralisation“ der Staatsverwaltung oder der Reform des parlamentarischen Systems, so kristallisierten sich bald auch persönliche Vorlieben heraus, insbesondere die Außen- und Wirtschaftspolitik. Auf diesen Feldern entfaltete Reynaud in den Jahren seiner Tätigkeit als Parlamentarier und dann als Minister zwischen 1919 und 1924 sowie 1928 und 1940 seine wichtigsten Initiativen, die ihn im Laufe der Zeit in Gegensatz zu allen bedeutenden politischen Strömungen bringen sollten.

Seit 1921 verfügte Reynaud über Sitz und Stimme in der prestigeträchtigen außenpolitischen Kommission der Abgeordnetenkammer, für die er sich unter anderem durch eine erfolgreiche Mission zur Verteidigung französischer Finanzinteressen in Mexiko im Herbst 1920 empfohlen hatte.³⁴ Hier wie im Plenum und in der Presse profilierte sich der Wirtschaftsexperte Reynaud als kompetenter und innovativer Kritiker der französischen Deutschland- und Reparationspolitik der frühen zwanziger Jahre. In Opposition zur Politik Briands und gegen den Willen eines Teils der französischen Industrie forderte er ab Anfang 1921 die Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorwiegend durch Sachleistungen für den Wiederaufbau der kriegszerstörten nordostfranzösischen Gebiete. Enttäuscht

³² Jean-Luc Pinol, 1919–1958. Le temps des droites?, in: Jean-François Sirinelli, *Histoire des droites en France*, Paris 1992, S. 291–389, hier: 296–299.

³³ Marcel Plaisant, Un portrait inédit de Paul Reynaud, in: *Revue politique et parlementaire* 68 (1966), S. 38–48.

³⁴ Ende September 1920 war Paul Reynaud, der sich zu diesem Zeitpunkt in Südamerika aufhielt, durch den Quai d'Orsay mit einer halboffiziellen Mission in Mexiko beauftragt worden. Diese hatte den Zweck, im Auftrag eines britisch-französischen Gläubigerkonsortiums die im Verlaufe der mexikanischen Revolution in Frage gestellte Anerkennung der Auslandsverbindlichkeiten des Landes zu sichern. Reynaud führte einige Gespräche mit Staatspräsident Obregon und Außenminister Hidalgo, konnte aber keine festen Zusagen erreichen. Eine ausführliche Dokumentation hierzu findet sich in: *Archives du Ministère des Affaires Etrangères* (künftig: MAE), B-Amérique, Mexique, 55. Vgl. auch den Bericht des französischen Botschafters in Mexiko an den Quai d'Orsay, 4. 10. 1920 (*Centre des Archives Diplomatiques de Nantes* (CAD/Nantes), Botschaftsakten Mexiko, 12).

vom faktischen Scheitern des Wiesbadener Abkommens legte er im Frühjahr 1922 ein neues, aufsehenerregendes Konzept vor, das in bewußter Absetzung von den Schwächen der reparationspolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages neben der Festlegung einer exakten Zahlungssumme die Einhaltung eines bestimmten Zahlungsmodus vorsah, der von der Unmöglichkeit höherer deutscher Leistungen ausging. Im einzelnen sollten durch die Erhöhung des Kapitals deutscher Aktiengesellschaften und die Hypothekenbelastung des deutschen Immobilienbesitzes zugunsten der alliierten Gläubiger regelmäßige französische Reparationseinkünfte garantiert werden. Langfristig erhoffte sich Reynaud darüber hinaus eine gemeinsame Nutzung der Ressourcen beider Länder, insbesondere der französischen Eisenerz- und der deutschen Kohlevorkommen, welche den beiderseitigen Interessen gerecht werden und so die künftigen deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in den Rahmen des gesamteuropäischen Wiederaufbaus stellen sollte. Das ehrgeizige Projekt, zu dessen Umsetzung Reynaud Verbindungen zur deutschen Industrie geknüpft hatte, scheiterte am Mißtrauen deutscher Regierungsstellen und am Unwillen Poincarés, sich in der Reparationsfrage auf bilaterale Verhandlungen mit Deutschland einzulassen.³⁵

Obwohl sich Paul Reynaud mit seinen Vorstößen deutlich außerhalb seiner eigenen Mehrheit gestellt hatte, brachte die Niederlage des Bloc National bei den Parlamentswahlen vom Mai 1924 auch für ihn das vorläufige Ende seines Abgeordnetenmandats. Als Kandidat einer Liste, die unter der Bezeichnung „Républicains de gauche“ antrat, konnte er zwar deutlich mehr Stimmen auf seinen Namen vereinen als noch im Jahre 1919, doch favorisierte die Wählerschaft des Départements Basses-Alpes – entsprechend dem nationalen Trend – eine Liste aus Sozialisten und Radikalen.³⁶ Bei Nachwahlen nur wenig später unterlag er erneut einem sozialistischen Mitbewerber.³⁷

In der nun folgenden Zeit eines vierjährigen „Exils“³⁸ fern des parlamentarischen Mandats wandte sich Reynaud wieder seinem Anwaltsberuf zu und führte daneben bis 1926 einen verbissenen Kampf gegen die Politik des regierenden Linkskartells. In Presseveröffentlichungen und auf Reisekampagnen, die ihn durch ganz Frankreich führten, kritisierte er insbesondere die Innen- und Finanzpolitik des Kartells, dem er falsche Versprechungen und Unfähigkeit vorwarf.³⁹ Sein Einsatz, seine beredte Intelligenz und nicht zuletzt sein gutes Verhältnis zu Alexandre Millerand, dessen „Ligue Républicaine Nationale“ den organisatorischen Rahmen für Reynauds Redekampagnen bildete, machten ihn zum geeigneten Kandidaten der „modérés“ für die Nachwahlen, die im März 1926 im zweiten Sektor von Paris stattfanden. Zusammen mit einem Kandidaten der nationalen Rechten, dem Publizisten Henri de Kerillis, trat Reynaud unter einem besonders auf die mittelständische Bevölkerung des Wahlkreises zugeschnittenen Programm

³⁵ Vgl. dazu im folgenden ausführlich Kapitel V.

³⁶ Zu den aufgeschlüsselten Wahlergebnissen im Département siehe: „Résultat des Elections du 11 Mai 1924“, in: *Journal de Barcelonnette*, 29. Juni 1924.

³⁷ Vgl. „Résultats des Elections du 17 Aout 1924“, in: *Journal de Barcelonnette*, 31. August 1924.

³⁸ Reynaud, *Mémoires* I, S. 202.

³⁹ Ebenda. Vgl. hierzu seine Stellungnahme im Rahmen einer Umfrage über die Rolle der Opposition nach der Wahl Niederlage des „Bloc National“: „Après le combat. La Chambre du 11 mai et les devoirs de la minorité“, in: *Revue Hebdomadaire*, 19. 7. 1924, S. 336–344.

an, mußte sich indes nach dem zweiten Wahlgang knapp einer durch Jacques Duclos geführten kommunistischen Liste geschlagen geben. Der Festigung seiner Position innerhalb der gemäßigten Rechten auch in der Hauptstadt tat die unerwartete Niederlage jedoch keinen Abbruch: Als Kandidat der „Républicains Nationaux“ im bürgerlichen 2. Pariser Arrondissement erreichte er bei den Parlamentswahlen vom April 1928 einen überwältigenden Sieg gegen seinen radikal-sozialistischen Hauptkonkurrenten und zog erneut in die Deputiertenkammer ein.⁴⁰

Mit der 14. Legislaturperiode vollzog sich ein Wechsel im politischen Führungspersonal Frankreichs, in dessen Verlauf altbewährte Politiker wie Briand, Poincaré und Caillaux aus dem öffentlichen Leben zurücktraten und einer neuen Generation Platz machten, zu der neben Pierre Laval, Edouard Daladier, Pierre-Etienne Flandin und André Tardieu bald auch Paul Reynaud gezählt wurde.⁴¹ Daß dieser sich bis Mitte 1929 als einer der Führer der neuen Mitte-Rechts-Mehrheit in der Kammer profilieren konnte, lag nicht zuletzt an seinem erfolgreichen Engagement für die Ratifizierung des Mellon-Bérenger-Abkommens vom April 1926, das die Rückzahlung der französischen Kriegs- und Nachkriegsschulden gegenüber den USA regeln sollte. Sein Eintreten für eine unzweideutige Erfüllung der französischen Verpflichtungen traf gleichermaßen auf den Widerstand der zögernden Linken um Herriot und Blum wie denjenigen der extremen Rechten. Seine Intervention war mitentscheidend für die Überwindung von Widerständen innerhalb der Regierungsmehrheit und die denkbar knappe Ratifizierung durch die Kammer im Juli 1929.⁴²

Hatte Reynauds deutschlandpolitisches Engagement seit 1923 kaum mehr Aufsehen erregt, so änderte sich das, als im September 1929 bekannt wurde, daß er im April des gleichen Jahres während einer Informationsreise in Deutschland Gespräche nicht nur mit Reichstagsabgeordneten aller Schattierungen, sondern auf Vermittlung des deutschen Industriellen Arnold Rechberg auch mit Vertretern der außerparlamentarischen nationalistischen Rechten und des Stahlhelm geführt hatte. Angesichts einer heftigen Pressekampagne gegen ihn ging er um die Jahreswende 1929/30 selbst zur Offensive über und präsentierte der Öffentlichkeit sein umfassendes Konzept eines „néo-nationalisme“. Er forderte darin die Ergänzung der traditionellen, auf Ausbau der französischen Militärmacht und die Bildung von Allianzen mit osteuropäischen Partnern gerichteten französischen Sicherheitspolitik durch den gezielten Interessenausgleich mit der deutschen Rechten, insbesondere auch mit großindustriellen Kreisen, und plädierte unter anderem für den Verzicht auf eine fortdauernde Besetzung des Rheinlandes.⁴³

Andere, technischere Fragestellungen traten mit Beginn seines ersten Ministeramtes im zweiten Kabinett Tardieu, in dem ihm das Finanzressort zufiel, in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit. Zwischen März und Dezember 1930 hatte er unter

⁴⁰ Siehe hierzu im einzelnen Kapitel VI dieser Arbeit.

⁴¹ Zum Generationswechsel vgl. Bonnefous, *Histoire politique* V, S.V.

⁴² Vgl. zur Debatte und zur Wirkung der Intervention Reynauds: Bonnefous, *Histoire politique* IV, S. 348–359; eingehender dazu im folgenden Kapitel VII.1.

⁴³ Vgl. dazu die Artikelreihe in der *Revue Hebdomadaire* vom Januar/Februar 1930, in der er in Auseinandersetzung mit dem Herausgeber der Zeitschrift, François Le Grix, seine Thesen entwickelte (Kapitel VII.2).

anderem die finanzpolitische Seite eines umfassenden Modernisierungsprogrammes zu vertreten und Strategien gegen die mittlerweile weltweit grassierende Wirtschaftskrise zu entwickeln. Nichts deutete zu diesem Zeitpunkt indessen bereits darauf hin, daß der Politiker sich bis Mitte der dreißiger Jahre zu einem Vertreter ausgesprochen unorthodoxer währungspolitischer Ansichten wandeln würde. Im Januar 1931 übernahm Reynaud das Ressort des Kolonialministers in der ersten Regierung Pierre Laval und erhielt nach dessen Sturz in der kurzlebigen dritten Regierung Tardieu (Februar – Juni 1932) die Funktion des Justizministers übertragen.⁴⁴

Mit der erneuten Linksverschiebung der seit 1928 bestehenden parlamentarischen Mehrheit als Folge der Wahlen des Jahres 1932 fand sich Reynaud von neuem in der Rolle des Oppositionspolitikers wieder. Mehr als sechs Jahre lang blieb er nun allen Regierungssäckern fern, arbeitete gegen das erneuerte Linkskartell der Jahre 1932 bis 1934 ebenso wie gegen die Volksfront zwischen 1936 und 1938. Fern hielt er sich jedoch auch dem Versuch einer „Union nationale“ unter Gaston Doumergue im Jahre 1934, deren politisches Profil – der Regierung gehörten Vertreter aller gemäßigten Parteien außer den Sozialisten an – eine Teilnahme Reynauds nahegelegt hätte, oder den folgenden rechtsgerichteten Regierungen Flandin und Laval. Stattdessen führte er ab 1934 mehrere verbissene Kampagnen, in denen er teils einschneidende Reformen vorschlug, um der wirtschaftlich prekären Lage, den daraus resultierenden sozialen Unruhen sowie der zunehmenden Kritik am parlamentarischen Regime zu begegnen und nicht zuletzt Frankreichs Außenpolitik auf entschlossenen Widerstand gegen die hegemonialen Ansprüche des deutschen Nachbarn auszurichten. Diese Initiativen sollten ihn in Gegensatz zu nahezu der gesamten politischen Klasse Frankreichs bringen und selbst langjährigen Weggefährten aus dem eigenen Lager entfremden.

So setzte sich Reynaud neben André Tardieu und René Coty in der im März 1934 gegründeten „Commission de la Réforme de l'Etat“ für Maßnahmen zur Stärkung der Exekutive und zur effizienteren Parlamentsarbeit ein. Als einer der ersten französischen Politiker verfocht er angesichts der Frankreich benachteiligenden weltwirtschaftlichen Entwicklung seit der Abwertung von englischem Pfund und amerikanischem Dollar ab Juni 1934 öffentlich die Abwertung des Franc unter dessen Goldwert von 1926. Seine Forderung berührte ein Tabuthema und stieß auf entschlossenen Widerstand aus allen Parteien des politischen Spektrums, von Handelskammern und Arbeitgebervereinigungen.⁴⁵ Nahezu parallel hierzu griff Reynaud im Rahmen der Diskussion um die Verlängerung des Militärdienstes, die im Frühjahr 1935 in Öffentlichkeit und Parlament in der Frage einer angemessenen Antwort auf die deutsche Hochrüstung entbrannte, ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema auf. In Anlehnung an Vorschläge des damaligen Oberstleutnants de Gaulle und gegen die Vorstellungen führender Militärs wie Pétain, Weygand und Gamelin forderte er – vergeblich – die Schaffung eines autonomen Panzerkorps als schneller Eingreifreserve und zur Untermauerung der französischen Bündnisverpflichtungen gegenüber den östlichen Verbündeten. In

⁴⁴ Reynaud, *Mémoires* I, S. 299–337.

⁴⁵ Julian Jackson, *The politics of depression in France 1932–1936*, Cambridge 1985, S. 187.

Opposition zur kompromißbereiten, italienfreundlichen Außenpolitik Lavals während der Äthiopienkrise verweigerte sich Reynaud – wiederum mit Blick auf die von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr – Ende 1935 jedem Entgegenkommen an Mussolinis Gebietsansprüche, das Frankreich letztlich von der sanktionswilligen öffentlichen Meinung Großbritanniens trennen und so Hitler in die Hände arbeiten werde.⁴⁶ Sein Engagement, das ihn an die Seite Léon Blums und der Mehrheit der Radicaux gegen nahezu die gesamte Rechte stellte, führte zum Bruch mit André Tardieu.⁴⁷ Ein Jahr später entfremdete sich Reynaud durch sein Eintreten für eine französisch-russische Allianz als Gegengewicht gegen das deutsche Ausgreifen nunmehr dauerhaft weite Teile des eigenen rechten Lagers.⁴⁸

Mit dem definitiven Ende der Volksfront und der Rückkehr eines ins bürgerliche Lager übergewechselten Daladier an die Macht erhielt Reynaud im April 1938 die Chance zum Wiedereintritt in die Regierungsverantwortung. Obwohl er bekanntermaßen eine andere Konzeption in Verteidigungsfragen vertrat als Daladier und – wie sich bald zeigen sollte – auch dessen Deutschlandpolitik kritisierte, führte an dem Finanzexperten und mittlerweile führenden Kopf der gemäßigten Rechten kein Weg mehr vorbei. Zunächst auf das zweitrangige Amt des Justizministers beschränkt, übernahm er nach einer Kabinettsumbildung im November 1938 das Finanzressort und zeichnete bald verantwortlich für eine Neuorientierung der französischen Wirtschaft im liberalen Sinne, die von außerordentlicher Tragweite sein sollte. Unterstützt durch einen hochkarätigen Stab junger Mitarbeiter, darunter Alfred Sauvy und Michel Debré, machte Reynaud mittels einer Serie von Dekreten wichtige Errungenschaften der Volksfront, u. a. die Vierzig-Stunden-Woche, weitgehend rückgängig, setzte staatliche Sparmaßnahmen durch und erweiterte Arbeitgeberrechte. Über eine prononcierte Austeritätspolitik erreichte er so bis Sommer 1939 einen bemerkenswerten Wiederaufschwung der französischen Wirtschaft; ein kommunistisch inspirierter Generalstreik hatte Ende November 1938 aufgrund der verbreiteten Sympathie für Daladiers Wiederaufrüstungspolitik in der Bevölkerung und selbst in den Gewerkschaften nur geringe Resonanz gefunden. Mit Ausbruch des Krieges leitete Reynaud die Umstellung der französischen Wirtschaft auf die Kriegsproduktion in die Wege, wobei er auf insgeheim bereits vorbereitete Maßnahmen unter anderem zur Devisenbewirtschaftung zurückgreifen konnte.⁴⁹

Am 20. März 1940 stürzte Daladier, da er es in den Augen der konservativen Abgeordneten und der Öffentlichkeit nicht vermocht hatte, die lastende Atmosphäre der „drôle de guerre“ durch einen befreienden Schlag an der Peripherie des europäischen Kriegsgeschehens zu entspannen.⁵⁰ Am nächsten Tag ernannte

⁴⁶ Siehe hierzu insbesondere Reynauds Parlamentsrede vom 27. Dezember 1935 (Journal Officiel (künftig: JO), Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 27 décembre 1935, S. 2815f.).

⁴⁷ Zu den Motiven Tardieus vgl. dessen offenen Brief an *Le Temps* vom 31. Dezember 1935, in dem er insbesondere seine Freundschaft zu Laval und seine Bewunderung für Mussolini zum Ausdruck brachte.

⁴⁸ Vgl. dazu unten Kapitel X.1.

⁴⁹ Ausführlich hierzu Kapitel X.1 dieser Arbeit.

⁵⁰ Über die entscheidende Debatte berichtet ausführlich: Hans-Jürgen Heimsoeth, *Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der „Drôle de Guerre“* (1939/1940), Bonn 1990, S. 277–279.

Staatspräsident Lebrun Paul Reynaud zum Nachfolger, der sein Amt unter ungünstigsten Bedingungen antrat. Unbeliebt in der Bevölkerung und ohne großen parlamentarischen Rückhalt, erreichte er bei der Präsentation seiner Regierung aus Radikalsozialisten, Sozialisten und einigen Vertretern der Rechten – die *Fédération Républicaine* um Louis Marin war aus Protest gegen den Eintritt der Sozialisten ferngeblieben – nur die denkbar knappe Kammermehrheit von einer Stimme. Nicht ohne Bedenken nahm Reynaud sein Amt und die damit verbundene Herausforderung auf entschlosseneren Kriegführung an.⁵¹ Sein Drang zur Aktion erlitt indes rasch gravierende Rückschläge und brachte ihn zunehmend in Gegensatz zu jenen, die im Grunde seine engsten Verbündeten sein sollten – zur eigenen militärischen Führung und zu den britischen Alliierten.⁵² Am 9. Mai kündigte Reynaud seinen Rücktritt an, widerrief ihn aber bereits am folgenden Tag unter dem Eindruck des deutschen Angriffs auf Frankreich. Angesichts des bereits eine Woche später sich abzeichnenden Desasters versuchte er, durch Regierungsumbildungen am 18. Mai und am 5. Juni, in deren Verlauf Weygand und Pétain, schließlich auch de Gaulle in das Kabinett aufgenommen wurden, die Voraussetzungen für eine Konzentration aller Kräfte zu schaffen. Nachdem jedoch im Kabinett eine immer stärker werdende Strömung für einen Waffenstillstand eintrat und ein letzter verzweifelter Plan zur Gründung einer englisch-französischen Staatengemeinschaft keine Mehrheit gefunden hatte, trat Reynaud, der sich nach wie vor für eine Fortsetzung des Kampfes von Afrika aus aussprach, am 16. Juni 1940 von seinem Amt zurück. Zu seinem Nachfolger ernannte Präsident Lebrun noch am selben Tag Pétain, der am 17. Juni ein Waffenstillstandsersuchen an die deutsche Regierung richtete.⁵³ Reynaud, der nach einigem Zögern das Amt des Botschafters in den Vereinigten Staaten ablehnte, das ihm Pétain offerierte, wurde im September 1940 verhaftet und zunächst im Pyrenäenort Portalet interniert. Auf deutsches Verlangen hin im November 1942 ausgeliefert und in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, schließlich zeitweise zusammen mit Gamelin und Weygand auf Schloß Itter in Tirol gefangengehalten, wurde er dort im Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit.

Nach 1945 hatte es Reynaud schwer, in die gewohnt einflußreichen Positionen zurückzukehren, die Wiederherstellung seines beschädigten politischen Rufes gelang ihm ohnehin nie mehr völlig. Dies schloß die Übernahme von Ministerämtern nicht aus: Mit Ausnahme einer einjährigen Tätigkeit als stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung seines politischen Freundes aus Vorkriegszeiten, Joseph Laniel (28. 6. 1953–13. 6. 1954), beschränkten sich seine erneuten Erfahrungen jedoch auf Intermezzi von wenigen Tagen bzw. Wochen in den ephemeren Kabinetten Marie (26. 7.–28. 8. 1948) und Queuille (2. 7.–4. 7. 1950). Das Kriegsende hatte mit der Niederlage des Vichy-Regimes die klassische und die gemäßigte Rechte Frankreichs in ihrer Gesamtheit zumindest vorläufig diskreditiert, und andere Kräfte drängten in den Vordergrund: Der neugegründete christdemokratische MRP und der PCF gingen aus den Wahlen zu den ersten verfassungsgebenden

⁵¹ Vgl. zu den Umständen der Berufung Reynauds: Ebenda, S. 279 f.

⁵² Im einzelnen dazu ausführlich und präzise: Ebenda, S. 280–297.

⁵³ Siehe unten Kapitel X.2.

Versammlungen vom Oktober 1945 und Juni 1946 jeweils als Sieger hervor und etablierten sich zusammen mit der SFIO zunächst als die drei führenden politischen Strömungen.⁵⁴ Aus seinem angestammten Wahlkreis im Herzen von Paris verdrängt, hatte sich Reynaud zum zweitenmal in seinem Leben als „parachuté“ in einem ihm völlig fremden Bezirk zu bewerben und erreichte im Juni bzw. November 1946 als Kandidat von Dünkirchen den Wiedereinzug ins Parlament.⁵⁵ Die Kammer- und Gremientätigkeit auf nationaler und internationaler Ebene machte ab nun den Hauptteil seines politischen Lebens aus. Als einer der ersten Vertreter des rechten politischen Spektrums in Frankreich setzte er sich engagiert für die europäische Einheit und ein direkt gewähltes europäisches Parlament ein; im August 1954 gehörte er in der Assemblée Nationale zu den Befürwortern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.⁵⁶ Auch alte thematische Schwerpunkte hatte er rasch wieder aufgegriffen: So war er in der entscheidenden Parlamentsdebatte vom Juni 1948 wiederum als Exponent einer verschwindenden Minderheit im rechten Lager für die Ratifizierung der „Londoner Empfehlungen“ eingetreten, da er die Eingliederung des neuzugründenden deutschen Staates in ein föderalistisch organisiertes Europa als Lösung des jahrhundertealten deutsch-französischen Antagonismus begriff.⁵⁷

Nach 1946, nunmehr als bereits knapp 70jähriger, machte er sich für die Reform der Verfassung der Vierten Republik im Sinne einer Stärkung der Exekutive stark. Das jahrzehntealte persönliche Anliegen, das durch die fehlende Stabilität auch der neuen republikanischen Staatsschöpfung reaktiviert worden war, ließ ihn erneut zum Förderer de Gaulles werden. Enttäuscht wandte Reynaud sich noch in seinen letzten Lebensjahren ab, als er erkennen mußte, daß weder dessen Europapolitik noch die „bonapartistische“ Ausübung der Präsidentschaft seinen politischen Grundsätzen entsprachen.⁵⁸

Am 21. September 1966 starb Paul Reynaud im Pariser Vorort Neuilly.

⁵⁴ Rémond, *Droites*, S. 238 f.; Jacques Chapsal, *La vie politique en France de 1940 à 1958*, Paris 1984, S. 159.

⁵⁵ Tellier, Paul Reynaud, S. 154–158.

⁵⁶ Alfred Grosser, *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*, München/Wien 1986, S. 136 f.; Tellier, Paul Reynaud, S. 190–194 und 227–231. Reynaud veröffentlichte seine Europagedanken in einer programmatischen Schrift: Paul Reynaud, *S'unir ou périr*, Paris 1951. Vgl. Kapitel XI.3.

⁵⁷ Vgl. JO, Assemblée Nationale, *Débats parlementaires*, Séance du 16 juin 1948, S. 3579–3581; zu den Debatten vom 11. bis 16. Juni 1948 vgl. Gerhard Kiersch, *Parlament und Parlamentarier in der Außenpolitik der IV. Republik*, Diss. Berlin 1971, S. 193–206.

⁵⁸ Jean Lacouture, *De Gaulle. Band 2: Le Politique 1944–1959*, Paris 1985, S. 555–557 sowie Ders., *De Gaulle. Band 3: Le Souverain 1959–1970*, Paris 1986, S. 338 und 565 ff., bes. S. 581, 585 f. Seine Kritik an de Gaulles Außenpolitik faßte Reynaud zusammen in: Paul Reynaud, *La politique étrangère du Gaullisme*, Paris 1964.

III. Zur Theorie und Praxis des politischen Liberalismus in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg

1. Liberalismus in Frankreich nach 1870: Von der Gründungsphase der Dritten Republik bis zur Jahrhundertwende

Anders als etwa in Deutschland, wo mit der Reichsgründung zwar das demokratische Männerwahlrecht eingeführt wurde, von echter Parlamentarisierung jedoch nach wie vor keine Rede sein konnte¹, kehrte man in Frankreich im Jahr 1870 nicht nur zum erstenmal seit 1852 zur republikanischen Staatsform zurück. Vielmehr wurde das de facto bereits unter dem Zweiten Kaiserreich wieder eingeführte allgemeine Wahlrecht² durch ein modernes parlamentarisches System ergänzt. Diese spezifische historische Ausgangslage bot dem politischen Liberalismus³ in seinen verschiedenen Ausprägungen ein ungemein breites Betätigungsfeld und förderte insbesondere seine parlamentarische Ausdifferenzierung in eine nur schwer überschaubare und bislang lediglich für die Frühphase der Republik bis 1875 genauer untersuchte Fülle von politischen Gruppierungen und Meinungsspektren.⁴ Dabei bestimmte ein nicht gering zu veranschlagendes Maß an Kontinuität über den Wechsel der Staatsform hinweg zumindest in der ersten Phase nach der Republikgründung das Gesicht „liberaler“ Politik. So überdauerte der in seiner Tradition bis in die Juli-Monarchie zurückreichende konservative, der konstitutionellen Monarchie zuneigende Liberalismus nicht von ungefähr bis weit in die Konsolidierungsphase der Republik hinein. Erst mit dem Zurücktreten der ihn im wesentlichen tragenden Notabeln aus den führenden Positionen und dem

¹ Die Besonderheit des deutschen Falles hebt hervor: Dieter Langewiesche, *Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich: Konzeption und Ergebnisse*, in: Ders. (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, S. 11–19, hier: S. 14; zum verfassungsrechtlichen Hintergrund: Hans Boldt, *Deutsche Verfassungsgeschichte. Politische Strukturen und ihr Wandel. Band 2: Von 1806 bis zur Gegenwart*, München ²1993, S. 168–184.

Einen allgemeinen Vergleich zwischen deutschem und französischem Liberalismus vor dem Ersten Weltkrieg bietet auch: Hartmut Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991, S. 59–86.

² Die Verfassung des zweiten Empire von 1852, ergänzt durch ein Ausführungsdekret vom 2. Februar 1852, hatte die Rückkehr zum allgemeinen Wahlrecht bestimmt, das bereits durch die Zweite Republik 1848 eingeführt, durch das Gesetz vom 31. Mai 1850 jedoch starken Beschränkungen unterworfen worden war (Raymond Huard, *Le suffrage universel en France (1848–1946)*, Paris 1991, S. 69–100).

³ Zur Forschungs- und Literaturlage hinsichtlich des französischen Liberalismus vgl. Kap. I dieser Arbeit.

⁴ Vgl. Rainer Hudemann, *Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871–1875)*, München 1979.

Einschwenken eines Großteils der Orleanisten ins republikanische Lager formierte sich im Verlauf der 1880er Jahre eine „neue“ liberale Bewegung. Deren personelle Zusammensetzung und Programmatik hatten sich entsprechend den veränderten Gegebenheiten innerhalb des demokratisch organisierten Verfassungsstaates gewandelt. Um 1880 umfaßte sie im wesentlichen ein politisches Spektrum, das vom rechten Flügel der Radicaux über die bürgerlichen, liberalen Republikaner bis zu den ehemals orleanistischen „Vernunftrepublikanern“ im „Centre gauche“ reichte.⁵

Auf parlamentarischer Ebene, wo sich nach Zusammentreten der Nationalversammlung im Februar 1871 bereits die ersten Fraktionen konstituiert hatten, sammelten sich Abgeordnete liberaler Tendenz auf der Linken in der „Gauche républicaine“ um die führenden Politiker Grévy, Ferry und Simon sowie in der nicht ganz zu Recht als Sammelbecken der Radikalen des Empire angesehenen „Union républicaine“. Diese wurde bereits vor der Spaltung des Radikalismus 1879 allmählich mehr und mehr von dessen republiktragendem Flügel unter Gambetta dominiert, der seit 1876 durch seine politischen Gegner als „opportuniste“ verunglimpft wurde.⁶ Innerhalb der Gesamtheit des „parti républicain“, also der republikanisch gesinnten Deputierten der Kammer, wurde diese Fraktion ab 1881 zur stärksten Kraft. Sie vereinte vorwiegend Abgeordnete einer Politikergeneration von oft aus einfachen Verhältnissen aufgestiegenen „homines novi“, die insbesondere nach der Abspaltung des sozialistisch geprägten Flügels unter Louis Blanc und Ledru-Rollin in Abgrenzung von der extremen Linken eine dezidierte Politik zugunsten des mittleren Bürgertums vertraten. Man forderte Kontrollmechanismen sowohl gegen schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus wie gegen den wachsenden Einfluß des „Großkapitals“ und favorisierte die Idee der Gewerkschaftsfreiheit. Die politischen Unterschiede zur benachbarten „Gauche républicaine“ manifestierten sich – wie allgemein mindestens in der Frühphase parlamentarischer Organisation in der Dritten Republik – weniger in Form klarer und bindender programmatischer Aussagen, sondern in der Regel im ganz konkreten politischen Vorgehen der Fraktionen und, wie in diesem speziellen Fall, in der Sozialstruktur der Gruppen.⁷ Dominiert von Parlamentariern, die dem wohlhabenden, alteingesessenen Bürgertum entstammten, zeigte sich die „Gauche républicaine“

⁵ Dieser Aufriß orientiert sich an dem Versuch einer systematisierenden Gesamteinschätzung des französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert bei Hudemann, Politische Reform, S. 332–352, hier: S. 339–342 sowie dessen Analyse der Kammerfraktionen für die Jahre 1871–1875: Ders., Fraktionsbildung, bes. S. 32–109 und 142–148. Zur politischen Kräfteverteilung ab 1880 vgl. auch: Pierre Lévêque, Histoire des forces politiques en France. Band 2: 1880–1940, Paris 1994, S. 7–29.

⁶ Die Frage, ob und ab wann die Radikalen dem Liberalismus zuzuordnen seien, hat bislang sehr verschiedene Beantwortung erfahren: Während Jardin den Radikalismus ohne weitere Erläuterungen bereits seit dem zweiten Empire einbezieht, schlägt Hudemann aufgrund der Beobachtung seines politischen Verhaltens eine Zurechnung erst ab Beginn der 80er Jahre vor, während Krumeich noch für die Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg eher die fortbestehenden Unterschiede betont und die Vorkriegsradikalen als „Partei der bürgerlichen Linken“ mit starken „zentristischen“ Neigungen versteht (Jardin, Libéralisme; Hudemann, Politische Reform, S. 332 und 341; Krumeich, Liberalismus, S. 365, Anm. 5).

⁷ Für die Zeit ab 1880: Lévêque, Forces politiques II, S. 8f.; für die Phase bis 1875: Hudemann, Fraktionsbildung, S. 36–48, 143f. Eine pertinente Analyse der Struktur der beiden Fraktionen „Union républicaine“ und „Gauche républicaine“ bietet Pierre Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 191–198. Aufgrund des ergebnislosen Vergleichs der programmatischen Äußerungen beider Gruppierungen reduziert er allerdings die Unterschiede allein auf die soziale Herkunft der Mitglieder.

skeptischer gegenüber allem staatlichen Interventionshandeln, sei es auf politischem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet. Sie vertrat eine „liberal-bürgerliche, laizistisch geprägte Republik“ und mißtraute insbesondere dem populistischen Vorgehen Gambettas.⁸

Das eigentliche Zentrum der Kammer, hervorgegangen aus einer Gruppe liberal-konservativer Politiker, die sich während der Endphase des Kaiserreichs als oppositionelle „Union libérale“ um ihren Wortführer Thiers organisiert hatten, spaltete sich bis 1873 in zwei konkurrierende Lager, die sich ihrerseits mehrfach in programmatisch nurmehr schwer zu differenzierende Fraktionen teilten. Zunächst war man in der „Union libérale“ ab 1869 noch gemeinsam unter anderem für die Dezentralisierung der französischen Verwaltung und für die Liberalisierung des Wahl- und Presserechts eingetreten. Nach dem Regimewechsel zerfiel die Einheit an der Frage einer möglichen Koalition des „Centre gauche“ mit der radikalen Fraktion, die von der rechten Mitte überwiegend abgelehnt wurde. Die Frage der neuen Staatsform spielte bei dieser Entscheidung offenbar eine untergeordnete Rolle. Nachdem die unmittelbare Restauration der Monarchie im Oktober 1873 gescheitert war, arrangierte man sich im „Centre droit“ mehrheitlich mit der Republik und arbeitete zusammen mit Teilen der Rechten die verfassungsrechtliche Konstruktion des präsidentiellen Septennats als Kompromiß- und Übergangslösung für eine eventuelle monarchistische Restauration aus. Das „Centre gauche“ andererseits hatte sich bereits von Anbeginn seiner Existenz an mehrheitlich für die republikanische Staatsform ausgesprochen.⁹ Im Hinblick auf die politische oder wirtschaftspolitische Orientierung und die soziale Zusammensetzung ließen die beiden zentristischen Gruppierungen kein klar voneinander unterscheidbares Profil erkennen, sieht man von den erwähnten ausschlaggebenden Vorbehalten des rechten Flügels gegenüber einer Annäherung an die „Repräsentanten der neuen Mittelklassen-Demokratie“ um Gambetta ab.¹⁰

Dieser französische Liberalismus, wie er sich bis 1890 in seiner parlamentarisch faßbaren Form entwickelt hatte, stand in mehrfacher Frontstellung sowohl gegen die „radikal-egalitäre“, antiparlamentarische Linke, gegen bonapartistische Strömungen und die alte monarchistische wie die neue nationalistische Rechte.¹¹ Entsprechend läßt sich ein gemeinsamer Grundkonsens, so wenig er sich in Form eines „Programms“ niederschlug und so wenig einheitlich selbst innerhalb organisatorisch isolierbarer Gruppen das politische Verhalten in konkreten Sachfragen war¹², am ehesten in einer gemeinsamen politischen Kultur finden. Diese blieb in ihrem Kern bis 1940 charakteristisch für die liberale Mitte in Frankreich. In ihr verbanden sich das Bekenntnis zur demokratischen Republik als Ausdruck der Volkssouveränität und der Ideen von 1789 mit der Ablehnung der plebiszitären Form der Demokratie, deren Instrumentalisierbarkeit im autoritären Regime des Kaiserreichs man nur zu gut in Erinnerung hatte. Hinzu trat als konstituierendes

⁸ Lévêque, *Forces politiques* II, S. 9; Hudemann, *Fraktionsbildung*, S. 48–55, Zitat: S. 52.

⁹ Hudemann, *Fraktionsbildung*, S. 73–109.

¹⁰ Hudemann, *Fraktionsbildung*, S. 362.

¹¹ Hudemann, *Politische Reform*, S. 341; Zitat: Thomas Nipperdey, *Einführung*, in: Langewiesche (Hg.), *Liberalismus*, S. 279–281, hier: S. 280.

¹² Vgl. hierzu das Resümee bei Hudemann, *Fraktionsbildung*, S. 359–364.

Element ein unterschiedlich akzentuierter Antiklerikalismus mit Blick auf die anzustrebende Laizisierung des Staates unter Ausschaltung des politischen und sozialen Zugriffs der Kirche. Deren systemstabilisierende Haltung unter dem Ancien Régime, in der Restaurationszeit und unter dem Zweiten Kaiserreich hatte sie in dieser Sicht als republiktragende Kraft disqualifiziert. Einheitlich lehnte man die Idee des Klassenkampfes ab, setzte vielmehr auf eine begrenzte Politik sozialer Verbesserungen unter dem Vorzeichen der Integration divergierender Interessen. In der Umsetzung dieser „großen“ Prinzipien dominierte freilich ein eher pragmatisches Vorgehen, das über Gambettas Postulat des stufenweisen, reformerischen Herangehens an die sich stellenden Probleme hinausreichte. Von entschlossener Flexibilität in der Verteidigung der neuen Staatsform zeugen etwa die Milderung der Laizitätspolitik im Hinblick auf eine Annäherung an die „rallierten“, also zur Republik bekehrten Katholiken zwischen 1896 und 1898; davon zeugen auch die Beschränkungen liberaler Grundrechte, wie sie sich in der Gewährung voller Vereinigungsfreiheit nicht vor 1901, in der gesinnungskritischen Bereinigung des öffentlichen Dienstes zwischen 1877 und 1883 oder der Armee nach 1902 manifestierten.¹³

Anders als der deutsche Liberalismus erlebte sein französischer Gegenpart in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen kontinuierlichen Zuwachs an parlamentarischem Gewicht. Dieser ließ zunächst die seit 1885 in ihrer Mehrzahl in der „Union des Gauches“ vereinten „gemäßigten“ Republikaner, die „opportunistes“, zur stärksten Kraft werden, bevor ab der Jahrhundertwende die Radikalen die führende Rolle übernahmen. Zusammen verfügten die liberalen Gruppierungen bis zum Ersten Weltkrieg durchgehend über die parlamentarische Mehrheit und stellten sämtliche Regierungschefs.¹⁴ Das mit dieser Dominanz verbundene innenpolitische Werk – zu umfangreich und vielgesichtig, um es hier einer eingehenden Betrachtung unterziehen zu können – bedingte in seiner Eigenart spezifische Stärken und Schwächen des französischen Liberalismus. Zwar konnten seine Vertreter in Frankreich ebenso wenig wie in Deutschland darauf verweisen, daß ein wesentliches Anliegen der liberalen Bewegung, die Nationsbildung, durch sie selbst eingelöst worden war. Hingegen waren anders als in Deutschland die Begründung, der Ausbau und die Festigung nationaler, die neue Staatsform tragender Institutionen und Bewußtseinslagen im Frankreich der Dritten Republik in unvergleichlich stärkerem Maße, ja nahezu ausschließlich das Werk liberaler Politiker. Und wenn wie im wilhelminischen Kaiserreich liberale Grundgedanken insbesondere in ihrer nationalen Ausprägung auch in Frankreich allmählich zu „politischem Allgemeingut“¹⁵ wurden, so verlief dieser Prozeß nicht wie in Deutschland zu Lasten des politischen Profils der Liberalen. Er stärkte im Gegenteil ihren Führungsanspruch im Hinblick auf die Vertretung der nationalen und damit – spätestens seit 1879 – der republikanischen Sache.¹⁶ Bis zur Jahrhundertwende

¹³ Hierzu im Überblick: Lévêque, *Forces politiques* II, S. 13–20.

¹⁴ Kaelble, *Nachbarn am Rhein*, S. 66 f.; zu den deutschen Liberalen im Umfeld der Reichsgründung auch: Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt 1988, S. 128–164; für die französische Seite: Lévêque, *Forces politiques* II, S. 20–25.

¹⁵ Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, S. 164;

¹⁶ Vgl. zum Grundgedanken dieses knappen Vergleichs: Kaelble, *Nachbarn am Rhein*, S. 66–69.

war diese Verankerung der demokratischen Republik bereits weit vorangeschritten, und zwar nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern auch im Bereich der politischen Mentalitäten: das demonstrierte die erfolgreiche Abwehr der Republikgegner von links und rechts im Verlauf der Boulanger-Krise 1887–1889 oder auch die Bewältigung der schwersten Krise der Konsolidierungsphase, der Dreyfus-Affäre.

Andererseits zeigte es sich, daß eben jene Rolle der „regierenden Partei“ und der damit verbundene Zwang zur Bewährung in der Verantwortung das Ansehen der Liberalen stärker kompromittieren, auch die Schwächen der Doktrin deutlicher zutage treten lassen konnte, als dies bei gezwungenermaßen in der Opposition verharrenden Gruppierungen nach deutschem Muster möglich war. Die zumindest anfängliche Konzeptlosigkeit in der Reaktion auf die sozialpolitische Herausforderung durch die aufkommende Arbeiterbewegung, welche in die teils blutige Niederschlagung von Streikbewegungen mündete, wurde bereits von den Zeitgenossen als eines von vielen Anzeichen für eine Anpassungskrise des Liberalismus erkannt. Modelle zur Bewältigung dieser sozialen Frage wurden in politiknahen Kreisen von Intellektuellen, Industriellen und Sozialwissenschaftlern vorwiegend liberaler Orientierung entwickelt.¹⁷ Sozialphilosophen und Soziologen überdachten daneben in allgemeinerer Weise das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft neu, stellten insbesondere heraus, daß die Ausweitung staatlicher Einflusssphären nicht zwangsläufig mit der Verminderung persönlicher Freiheit einhergehen mußte.¹⁸ Damit wurden die theoretischen Grundlagen gelegt für die allmähliche Abkehr der französischen Liberalen von der Maxime staatlicher Nichtintervention im gesellschaftlichen Bereich und für die zaghafte Ausbildung erster Ansätze des bürgerlichen Wohlfahrtsstaates.¹⁹ Die anvisierten Reformpläne blieben jedoch vor 1914 im wesentlichen unverwirklicht, die staatliche Sozialgesetzgebung im Vergleich etwa zur Bismarckschen Arbeitsschutz- und Sozialpolitik rudimentär.²⁰

Die Neujustierung des politischen Standorts der „gemäßigten“, also nicht-radikalen, liberalen Republikaner ab Beginn der neunziger Jahre, die bei weitgehend gleichbleibender personeller Zusammensetzung die Bezeichnung „opportunistes“ zugunsten von „progressistes“ abzulegen begannen, vollzog sich dann auch nicht auf philosophisch-theoretischem, sondern auf politisch-praktischem Gebiet. Die Bildung der Regierung Waldeck-Rousseau im Juni 1899 unter dem Vorzeichen der „Défense républicaine“ war nicht zuletzt Ausdruck einer Neuformierung der liberalen Kammermehrheit in Reaktion auf die vorangegangene, fortgesetzte Rechtstendenz „progressistischer“ Regierungen. Getragen von Ministern so unterschiedlicher politischer Herkunft wie dem Sozialisten Millerand oder General

¹⁷ Vgl. hierzu Sanford Elwitt, *The Third Republic Defended. Bourgeois Reform in France, 1880–1914*, Baton Rouge/London 1986.

¹⁸ William Logue, *From Philosophy to Sociology. The Evolution of French Liberalism, 1870–1914*, DeKalb/Illinois 1983, hier: S. 217.

¹⁹ Logue, *Philosophy to Sociology*, S. 10f.

²⁰ Beispiele staatlicher Sozialgesetzgebung in Frankreich vor 1914 finden sich bei Léon Duguit, *Traité de droit constitutionnel*. Band I, Paris 1921, S. 142f.; es bietet eine umfassende Gesamtein-schätzung: Judith F. Stone, *The Search for Social Peace. Reform Legislation in France, 1890–1914*, Albany 1985.

Galliffet, fand Waldecks Kabinett die Unterstützung der Radikalen, eines Teils der Sozialisten und all jener „progressistes“ um Poincaré, Jonnart und Barthou, die die allzu unentschlossene Haltung der Regierung Dupuy angesichts der nationalistischen Attacken gegen die Republik im Gefolge der Dreyfus-Affäre zu größter Besorgnis veranlaßt hatte.²¹ Die entschlossen laizistische, anti-nationalistische Politik Waldeck-Rousseaus führte zur Spaltung der „progressistes“ und zur Gründung der wichtigsten Gruppierung des nicht-radikalen Liberalismus in Frankreich vor 1940, der „Alliance Républicaine Démocratique“.

2. Die „Alliance Républicaine Démocratique“: Ihre Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

Die liberale Bewegung Frankreichs organisierte sich erst im Zuge der Neuformation der politischen Kräfte des Landes zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in politischen Parteien, welche gleichzeitig die ersten Vereinigungen dieser Art in Frankreich darstellten. Diese liberalen Parteigründungen waren Teil einer Gründungswelle, die nahezu das gesamte politische Spektrum im europäischen Vergleich relativ spät erfaßte. Nicht zufällig konstituierten sich im gleichen Zeitraum der „Parti socialiste, Section française de l'Internationale ouvrière“ (1905) und die bald bedeutendste konservative Partei der Dritten Republik, die „Fédération Républicaine“ (1903). Formale Grundlage und konkreten Auslöser dafür bildete insbesondere die Aufhebung der restriktiven Praxis des Vereinigungsrechts des Empire, nachdem ein Gesetz vom 1. Juli 1901 die Bildung nicht-religiöser Vereinigungen ohne die vorherige Genehmigung durch die Behörden ermöglicht und staatliche Unterstützung in Aussicht gestellt hatte.²²

So kam es im Vorfeld der Parlamentswahlen des Jahres 1902 zur Gründung des „Parti républicain, radical et radical-socialiste“, der sich in Anknüpfung an „radikalistische“ Strömungen des 19. Jahrhunderts im Juni 1901 als programmatisch und organisatorisch locker konzipierte Interessenvertretung des selbständigen Kleinbürgertums zusammenfand.²³ Im Mai des gleichen Jahres hatte sich mit der „Alliance Républicaine Démocratique“ bereits eine Gruppierung konstituiert, die ebenfalls mit Blick auf die anstehenden Wahlen als bürgerliche Sammlungspartei zwischen den linksliberalen „Radicaux“ und der republikfeindlichen Rechten gedacht war und sich als Vertretung großbürgerlicher Belange verstand.²⁴ Die Bildung einer Mitte-Rechts-Formation lag insbesondere deshalb nahe, da mit der Spaltung der „Opportunistes“ im Gefolge der Dreyfus-Affäre das bisherige Sam-

²¹ Mayeur, *Troisième République*, S. 161–186; Lévêque, *Forces politiques II*, S. 20–26.

²² Zur Loi du 1er juillet 1901 vgl. Adhémar Esmein, *Eléments du droit constitutionnel français et comparé*. Band II: *Le droit constitutionnel de la République française*, Paris ⁸1928, S. 640–648. Olivier Martin, *Les institutions et les lois de la Troisième République*, Paris 1936, S. 12.

²³ Berstein, *Parti Radical I*, S. 35–49; zum französischen Parteiensystem zwischen den Kriegen immer noch grundlegend: Rudolf von Albertini, *Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich*, in: *HZ* 193 (1961), S. 529–600, hier: S. 572–582.

²⁴ Zur Entstehungsgeschichte der Partei: Albertini, *Parteiorganisation*, S. 582–585; Wileman, *L'Alliance*, S. 8–20. Vgl. zur Literaturlage hinsichtlich der „Alliance Républicaine Démocratique“ das Einleitungskapitel dieser Arbeit.

melbecken des französischen Rechtsliberalismus entscheidend geschwächt worden war. So fungierte als parlamentarischer Träger und personeller Kern der neuen Parteigründung nicht von ungefähr eine Gruppe von 115 ehemaligen „opportunistischen“ Abgeordneten: Sie hatten sich am Höhepunkt der Affäre für die Unterstützung der zur Durchsetzung einer schiedlichen Lösung entschlossenen, sozial-reformerischen Regierung Waldeck-Rousseau und deren Programm der „Défense républicaine“ entschieden. Entsprechend sprach man sich in der Präambel des ersten offiziellen Parteiprogramms gleichermaßen gegen „kollektivistische Utopien“ von links wie für soziale Reformen aus und grenzte sich andererseits klar gegen die Widersacher der Republik von rechts ab.²⁵ Mit der Berufung auf Waldeck-Rousseau, dessen politisches Reformwerk von Anbeginn einen konstituierenden Teil des Selbstverständnisses der neuen Gruppierung darstellte – man nahm für sich in Anspruch, jene große republikanische Partei ins Leben gerufen zu haben, die dieser anlässlich eines Banketts in Toulouse angeregt hatte²⁶ –, ging die Übernahme der liberalen Losung „ni réaction ni révolution“ einher, wie sie seit Jules Ferry zum Kernbestand des politischen Credos der „modérés“ gehörte. In den ersten programmatischen Überlegungen der Partei vom Oktober 1901 findet sich dieser Grundsatz ausgeführt: Ziel sei die Herstellung und Sicherung der „République ordonnée et libérale, respectueuse de tous les droits, basée sur une justice égale pour tous; anticollectiviste mais constamment et passionnément préoccupée du progrès social; antinationaliste mais jalouse gardienne de l'honneur et de la puissance de la patrie; anticléricale mais non antireligieuse; vraiment démocratique, sage et profondément réformatrice“.²⁷

Dieser im republikanischen Lager zwischen Sozialisten und rechten Republikgegnern allgemein konsensfähige Katalog an politischen Zielen – Verteidigung der liberalen Republik, Antikollektivismus, sozialer Fortschritt, gemäßigter Nationalismus und Laizität – zeigt klar den Anspruch der „Alliance“ auf Vertretung einer weitgefaßten politischen Mitte. – Ein Anspruch, der indes nicht ohne Berücksichtigung der zweiten, nahezu gleichzeitig erfolgten republikanischen Parteigründung einzulösen war. Er begründete vielmehr eine dauerhafte Konkurrenzsituation mit dem Parti Radical um die Besetzung des mittleren Spektrums im politischen System Frankreichs. Diese nahm bis zum Ende der Dritten Republik zwar in variierender Gestalt von Abgrenzungs- und Annäherungsbemühungen Form an, blieb jedoch ein Leitmotiv des Verhältnisses zwischen den zentristischen Gruppen.²⁸ Die beiden Gründungen und das damit verbundene Bemühen um parteipolitische Sammlung aller republikanischen Kräfte entsprachen zweifellos zu allererst der Sorge, den organisatorischen Anstrengungen der Linken entgegenzu-

²⁵ Vgl. hierzu das Exemplar einer ausgearbeiteten Programmschrift der Alliance vom 8. August 1907 (Bibliothèque Nationale (BN), papiers Alliance Républicaine Démocratique, Carton 1); dazu auch: Wileman, *L'Alliance*, S. 20.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Zitiert nach Sanson, *Centre et Gauche*, S. 498. Der insbesondere in Wahlkampfzeiten oft wieder-gegebene Text findet sich leicht verändert auch bei Lachapelle, *L'Alliance démocratique*, S. 19. Vgl. hierzu außerdem: Krumeich, *Liberalismus*, hier: S. 358 f.

²⁸ Für die ersten eineinhalb Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts stellt die Problematik des Anspruchs der liberalen Strömungen auf Besetzung des politischen Zentrums im Überblick dar: Krumeich, *Liberalismus*. Die These von der engen Abhängigkeit der „Alliance“ in ihrer politischen Selbstdefinition und Praxis vom Parti Radical entfaltet auch Sanson, *Centre et Gauche*.

treten, die mit der Jahrhundertwende den entscheidenden Rückschlag des gescheiterten Kommuneaufstandes überwunden hatte. Doch manifestierte sich im Zusammenschluß der „Alliance Républicaine Démocratique“ darüber hinaus zugleich die Furcht vor der völligen Absorption der schlecht organisierten „modérés“ durch die radikalsozialistische Partei. Erhob diese doch den Anspruch, maßgeblicher „parti républicain“ zu sein, was auch darin zum Ausdruck kam, daß man die Figur Waldeck-Rousseaus bereits symbolträchtig in den eigenen Gründungsmythos eingefügt hatte.²⁹

Organisatorisch konnte bei der Gründung der „Alliance“ wie auch bei derjenigen des Parti Radical auf bereits bestehende Strukturen zurückgegriffen werden, die bis dahin nur auf der Ebene von Wahlkreisen und als jeweils ad hoc sich zusammenfindende Wahlkomitees in Erscheinung getreten waren.³⁰ Unterschiede blieben allerdings bestehen: Zwar war der Parti Radical bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges noch weit von einer effektiv organisierten, kohärenten und programmatisch klar konturierten Massenpartei entfernt, doch zeigte er sich immerhin über seine lokalen Komitees fest im Land verankert; die Pariser Parteizentrale unternahm ernsthafte Anstrengungen zur einheitlichen Leitung.³¹ Dagegen hat die „Alliance“ in der gleichen Periode weder im Hinblick auf die Mitgliederbasis oder die Parteistruktur noch die Durchsetzung eines einheitlichen Führungswillens oder die Kontinuität der Parteiarbeit je den Charakter einer im wesentlichen auf die Wahlvorbereitung ausgerichteten Honoratiorenpartei verloren.

So bildete die tragende personelle Schicht weniger der Typus des „militant“, der die Stärke der sozialistischen Gruppierungen und des Parti Radical ausmachte. Auch fehlte jene enge Verflechtung mit Freimaurerlogen, die der radikalen Partei in den ersten Jahren ihrer Existenz wirksamen Ersatz für die fehlende Massenbasis und das schwach ausgeprägte institutionelle Gerüst geboten hatte, wenngleich insbesondere zu den Führungsgremien der „Alliance“ personelle Verbindungen bestanden.³² Vielmehr stützte sich die Partei im wesentlichen auf das Engagement lokaler Notabeln, welche ihrerseits nicht gewillt waren, zentrale Parteinstanzen aufzubauen, die ihre politische Handlungsfreiheit wesentlich zu beschränken imstande waren.³³

²⁹ Zur organisatorischen Sammlung der Linken als Anstoß für die Gründung der „Alliance“: Wileman, *L'Alliance*, S. 15 f. Zur Konkurrenz mit den „Radicaux“ vgl. Berstein, *Troisième République*, S. 22. Zum Anspruch des Parti Radical auf die Vorläuferschaft Waldeck-Rousseaus: Berstein, *Parti Radical I*, S. 39 und 41 f.; auf Sammlung aller republikanischen Kräfte und auf den Titel „parti républicain“: Ebenda, S. 42 f. Zu den Gründungsmotiven der „Alliance“ insgesamt auch: Sanson, *Centre et Gauche*, S. 499.

³⁰ Zum Parti Radical: Berstein, *Parti Radical I*, S. 33–35. Zur „Alliance“, doch ohne genauere Angaben: Wileman, *L'Alliance*, S. 16.

³¹ Zu den organisatorischen Fortschritten des Parti Radical bis 1914: Berstein, *Parti Radical I*, S. 41, 45 f., 47, 73–75.

³² Zur Verbindung des Parti Radical mit den „Franc-Maçons“: Berstein, *Parti Radical I*, S. 47–49; Albertini, *Parteiorganisation*, S. 584. Rosemonde Sanson hat herausgestellt, daß unter den Gründungsmitgliedern der „Alliance“ ein Anteil von 26% mit Sicherheit den Freimaurern zuzuordnen war; im Ehrenkomitee, das die Patronage der Kandidaten der Partei für die Parlamentswahlen von 1902 betrieb, figurierten über 40% Logenmitglieder! (Sanson, *Centre et Gauche*, S. 501).

³³ Wileman, *L'Alliance*, S. 17. Albertini, *Parteiorganisation*, S. 583 f. Solange die Mitgliederkartei der „Alliance“ der Forschung nicht zugänglich ist – der einschlägige Karton 1 der „Papiers Alliance Républicaine Démocratique“ ist bis auf weiteres für die Benutzung gesperrt – müssen Einschätzungen der Mitgliederstruktur notwendig indiziengestützte Vermutungen bleiben.

In der für Honoratiorengruppierungen typischen Weise kam die Auswahl der Parteiführung nicht durch einen „basisdemokratischen“ Akt der Mitglieder zustande. Lediglich das 250 Mitglieder umfassende „Comité directeur“ wurde durch die jährliche Mitgliederversammlung – die „Assemblée générale“ – auf vier Jahre direkt gewählt. Das eigentlich leitende Parteigremium, die 35 Mitglieder umfassende „Commission centrale exécutive“, der die alltägliche Geschäftsführung oblag, wurde hingegen durch Kooptation aus den Reihen des „Comité directeur“ bestimmt. Das Präsidium der Partei besetzten erfahrene Politiker, die teils bereits vor ihrem Eintritt in die „Alliance“ weitreichende parlamentarische und ministerielle Erfahrung ebenso wie politisches „standing“ erworben hatten: Louis Barthou, Paul Doumer, Raymond Poincaré, nach dem Ersten Weltkrieg schließlich Pierre-Etienne Flandin und Paul Reynaud.³⁴

Auf der wichtigen Ebene zwischen lokalen Komitees und den Pariser Zentralgremien, auf der Stufe von Arrondissements und Départements, war die Struktur der Partei nur schwach ausgeprägt. Versuche zur dauerhaften Begründung von Wahlkreisorganisationen blieben vor 1914 offenbar auf die Anfangszeit der Partei und insbesondere das Umfeld der Wahlen von 1902 beschränkt. Zwischen 1904 und dem Beginn der dreißiger Jahre dagegen stand der Aufbau einer effektiven und schlagkräftigen Basisorganisation nicht im Mittelpunkt der Aktivitäten. Als man nach 1933 unter Parteichef Flandin ernsthafte Anstrengungen dazu unternahm, blieb das Ergebnis enttäuschend.³⁵ Die „Alliance“ behielt vielmehr den Charakter eines losen Zusammenschlusses zur propagandistischen und logistischen Unterstützung ihrer Kandidaten vorwiegend in Wahlkampfzeiten, konnte allerdings selbst diesem beschränkten Anspruch nicht immer gerecht werden. So mußte noch im Jahre 1926 Paul Reynaud die bittere Erfahrung machen, daß seine Partei nicht einmal in Paris über eine vernetzte und geeinte Organisation verfügte, obwohl formal durchaus eine Vielzahl von Komitees und ehrenamtlichen Helfern zur Verfügung stand.³⁶

Diese geringe Beachtung der Organisationsfrage über Jahrzehnte hinweg kann nur verstanden werden aus der konkreten Entstehungssituation der Partei und der politischen Mentalität ihrer Mitglieder. Organisationshemmende theoretische Faktoren verbanden sich hier mit solchen psychologischer oder wahltaktischer Art und verhinderten die Ausbildung straffer Strukturen, verknüpft mit kontinuierlicher Mitgliederwerbung oder energischer politischer Schulungs- und Propagandatätigkeit.³⁷ Anders als etwa die tragende Schicht der zur gleichen Zeit sich neu formierenden Arbeiterbewegung besaßen die Initiatoren der „Alliance“ – wie gesehen – im allgemeinen bereits gesicherten politischen Einfluß, ja zum großen

³⁴ Zur Organisation der Führungsgremien in der „Alliance“: Albertini, *Parteiorganisation*, S. 583 f.

³⁵ Albertini, *Parteiorganisation*, S. 583; Wileman, *L'Alliance*, S. 27–34; Audigier, *L'Alliance démocratique*.

³⁶ Bericht der Sûreté über eine Rede Reynauds im Kreis seiner Parteifreunde, 3. 4. 1926 (AN, F⁷13254); vgl. dazu ausführlich Kapitel VI dieser Arbeit.

³⁷ Eine Untersuchung, die die Entstehung und frühe Gestalt der Parteien der politischen Mitte Frankreichs im Hinblick auf organisatorische, weltanschauliche und praktisch-politische Bedingungsfaktoren umfassend analysieren würde, liegt bislang nicht vor. Vgl. hingegen: Raymond Huard, *La naissance du parti politique en France*, Paris 1996.

Teil sogar ein Abgeordnetenmandat.³⁸ So entstand die Partei nicht primär zur Eroberung der politischen Macht und überdies nicht außerhalb des Parlaments, sondern als Unterstützungsorganisation, deren Ursprünge im Parlament lagen und deren Wirken auf den Machterhalt im Rahmen der parlamentarischen Vertretung ausgerichtet blieb. Der Aufbau eines national tätigen Agitations- und Parteiapparates machte nicht das Hauptinteresse der führenden Mitglieder aus, da sie sich in der Regel ja bereits auf eine feste Wählerklientel in ihrem Wahlkreis, auf die Unterstützung zumindest eines Teils der lokalen Presse und diejenige ihrer Komitees stützen konnten. Zudem konnte die systematische Erweiterung der Parteibasis nicht im Interesse von Politikern liegen, deren Vereinigungsziel zuvörderst in der parlamentarischen Elitenbildung bestand: Von einer Erhöhung der Mitgliederzahl hatten sie vor allem die verstärkte innerparteiliche Konkurrenz um Einfluß und Positionen zu befürchten.

Daß sich andererseits die bestehenden lokalen Strukturen nicht wie die in Deutschland zur gleichen Zeit existierenden Honoratiorengruppen schon allein aus ganz praktischen Gründen der Koordination mit Nachbarkomitees oder der Absprache mit anderen Gruppierungen allmählich von der Basis her zu Parteiorganisationen verfestigten³⁹, ist in hohem Maße auf den Parteibegriff der liberalen Formationen und der sie tragenden Schichten zurückzuführen. In „vorparteilicher“ Zeit verwurzelt und in seinen Grundzügen bis ins 20. Jahrhundert fortwirkend, gingen in ihm die durch die Französische Revolution begründete politische Tradition und daran anschließende theoretische Überlegungen zum Wesen des repräsentativen Systems eine enge Verbindung ein. Aus dem Zusammenspiel mit der allgemeinen, individualistisch geprägten Disposition des liberalen Bürgertums als wichtigstem Träger der liberalen Bewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts, seinem Mißtrauen gegenüber der Politisierung breiter Massen⁴⁰ entwickelten sich so die Grundzüge einer politischen Mentalität, die sich als genügend resistent erwies, um Bemühungen zur Bildung homogener Massenparteien im mittleren politischen Spektrums Frankreichs während der Dauer der Dritten Republik scheitern zu lassen.

Dabei hatte sich der „wesentlich negativ[e]“⁴¹ Parteibegriff der Revolutionszeit durchaus in Richtung einer positiveren Interpretation fortentwickelt. Bereits nach 1815 wurde er durch einzelne Stellungnahmen wichtiger Staatstheoretiker wie Benjamin Constant und Duvergier de Hauranne aufgewertet, die geneigt waren, Parteien als nützlichen Teil des parlamentarischen Systems zu interpretieren. Daneben aber kam es zunächst noch weder zu Versuchen der theoretischen Fundierung des Parteienwesens noch zur Fortschreibung von Ansätzen zur Bildung na-

³⁸ Die seit 1905 in der „S.F.I.O.“ vereinigten Sozialisten besaßen im Jahr 1902 erst 14 Abgeordnete, im Jahr 1906 deren 20, dies bei einer Gesamtzahl von Parlamentariern in der „Chambre des Députés“, die etwa bei 600 lag (Maurice Duvergier, *Le système politique français. Droit constitutionnel et systèmes politiques*, Paris 1898, S. 113).

³⁹ Vgl. zur Situation in Deutschland: Thomas Nipperdey, *Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918*, in: HZ 185 (1958), S. 550–602, hier: S. 559–563; Ders., *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961, S. 42–54, 86 ff.

⁴⁰ Zur Schwierigkeit, insbesondere die Trägerschichten der rechtsliberalen Parteien auf eine ausgeprägte Gruppensolidarität zu verpflichten, vgl. Albertini, *Parteiorganisation*, S. 583.

⁴¹ Albertini, *Parteiorganisation*, S. 546.

tionaler Wahlorganisationen, die sich im Vorfeld der Revolution von 1830 bereits gezeigt hatten. Initiativen einzelner Politiker wie die vergeblichen Bemühungen Gambettas zur Schaffung einer homogenen republikanischen Partei als Stütze einer stabilen Regierungsmehrheit blieben Ausnahmefälle. Vielmehr behielt auch im veränderten Kontext das Repräsentationsmodell der Großen Revolution einen Gutteil seiner Wirkkraft. In seinem Rahmen aber wurden politische Parteien als unzulässige Institutionalisierung von Partikularinteressen und als Gefährdung des objektiven Willensbildungsprozesses der Gesamtnation begriffen. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts dominierte die Skepsis gegenüber wohlorganisierten „corps intermédiaires“ nicht nur in Kreisen der republikfeindlichen Rechten, wo man die Schwächen des Parteiensystems als Angriffspunkt für grundsätzliche Kritik an der „République des Comités“ und am parlamentarischen System schlechthin instrumentalisierte. Selbst in der liberalen Publizistik der Jahrhundertwende äußerte sich unverhohlene Parteienkritik, die teils auf die Notwendigkeit einer klaren Trennung von Staatsgewalt und Gesellschaft unter Verzicht auf Zwischeninstanzen zur Wahrung der Individualrechte abhob, teils die Entscheidungskompetenz des Parlaments durch die Eigendynamik vorparlamentarischer Instanzen gefährdet sah.⁴²

Die dennoch allmählich voranschreitende Wandlung des Parteienbegriffs wie auch die Schwierigkeiten eines neuen Verständnisses spiegelten sich in der französischen Staatsrechtslehre der Jahrhundertwende. Hier zeichnete sich durchaus eine vorsichtige Tendenz zur Öffnung gegenüber den Organisationstendenzen im vorstaatlichen Bereich und der Erscheinung der modernen Parteiendemokratie insgesamt ab. So verstand der wichtigste zeitgenössische Staatsrechtstheoretiker, Adhémar Esmein, die Bildung politischer Interessengruppen in der 1906 erschienenen, vierten Auflage seines verfassungsrechtlichen Standardwerkes bereits als „natürlich“ und „unvermeidlich“ und empfahl, diese trotz ihrer Mängel als immerhin greifbare und „moralisch verantwortliche“ Organisationen hinzunehmen. Bezeichnenderweise beschränkte sich seine Parteienrechtfertigung aber darauf, deren außerparlamentarische Kanalisierungsfunktion hervorzuheben. Mit Blick auf das englische Zweiparteiensystem blieb er bei der Verurteilung der Kammerfraktionierung in eine Vielzahl von „groupes“, die er nicht nur als Hindernis für das reibungslose Funktionieren des parlamentarischen Systems und die Bildung großer Parteien, sondern als Hauptursache für die Instabilität der Regierungen überhaupt ausmachte.⁴³ Ähnlich gespaltene Zustimmung zeigte der Politologe und Professor an der „Ecole libre des Sciences politiques“, Charles Benoist, hinter dessen grundsätzlicher Parteienrechtfertigung die klassische Kritik an der Vesselbständigung des „Apparats“ und an der Brechung des Wählerwillens durchschien. Entscheidende Funktion zur Organisation politischer Willensbildung jen-

⁴² Siehe dazu die Beispiele bei Albertini, *Parteiorganisation*, S. 566 f.

⁴³ Adhémar Esmein, *Éléments de droit constitutionnel et comparé*, Paris 41906, S. 172 f. und 181–185. Diese Sicht Esmeins wurde bis weit in die zwanziger Jahre hinein fortgeschrieben. Zunächst unverändert in der unter gleichem Titel erschienenen 5. Auflage von 1909: S. 198–200; dort inhaltlich entsprechend auch die Kritik an den *groupes*: S. 210–214. Noch in der 8., durch einen Schüler besorgten Auflage des Werks finden sich die Gedanken übernommen: Ders., *Éléments de droit constitutionnel français et comparé*. Revue par Henry Nézard, Band I, Paris 81927, S. 262 f. und 279–284. Vgl. auch Albertini, *Parteiorganisation*, S. 561–564 und S. 567 f.

seits bloßer Lokalinteressen nahmen die entstehenden Parteien dagegen im Werk von Félix Moreau ein, der sie in eine moderne Theorie parlamentarischer Vertretung einbettete und so eine Brücke zwischen Organisationsbestrebungen im gesellschaftlichen Bereich und effektiver Staatsverfassung zu schlagen versuchte.⁴⁴

Wenngleich also in der zeitgenössischen Staatslehre der Weg für ein neues Verständnis bereitet war und durch die Ansätze zu einer „gruppenbezogenen Staats- und Gesellschaftslehre“ im Umkreis von Emile Durkheim, Léon Duguit und Maurice Hauriou weitere Unterstützung fand⁴⁵, blieb das Honoratiorenmodell in der politischen Praxis der gemäßigten bürgerlichen Gruppierungen bis in die III. Republik hinein dominierend. Um 1830 mit Erstarken der liberalen Bewegung ausgebildet, zeigte es seine ganze Beharrungskraft noch im Streit um die Reform des Wahlsystems, der ab 1907 auf nationaler Ebene einsetzte und 1909 Eingang in die Debatten der *Chambre des Députés* fand. Die Einführung des Verhältniswahlrechts, welche nicht zuletzt die Bildung homogener und überregionaler Parteien impliziert hätte, scheiterte vor dem Ersten Weltkrieg am Widerstand gerade aus Gruppen der parlamentarischen Mitte, insbesondere der radikalen Partei und ihrer Anhänger im Senat. Diese verteidigten mit der Mehrheitswahl neben Zielen der Parteiräson ein System von Ordnungsvorstellungen, worin wesentliche Aspekte des Honoratiorensystems einen zentralen Platz einnahmen, etwa die Kleinträumigkeit der Willensbildung auf Arrondissementsebene und die damit verbundene Wählernähe.⁴⁶

Auch die „Alliance“ blieb ein „Verband ohne Unteroffiziere und Mannschaften“⁴⁷, dessen Bindekraft gegenüber den eigenen Parlamentariern gering war, wenngleich Aufrufe zur strafferen Führung der Mitglieder bereits seit den ersten Parteikongressen regelmäßig wiederkehrten. So traten ihre Kandidaten bis ins Jahr 1910 in Wahlkämpfen kaum unter dem Parteinamen an⁴⁸, und Doppelmitgliedschaften von Einzelpolitikern, ja ganzen Komitees in der „Alliance“ und insbesondere im *Parti Radical* waren an der Tagesordnung. Erst 1910 beschloß der Parteikongreß der Radikalen ein Verbot dieser Praxis und trieb damit die bis dahin unvollkommene organisatorische und ideologische Differenzierung beider zentristischer Strömungen einen entscheidenden Schritt voran.⁴⁹ Die Umbenennung der

⁴⁴ Vgl. etwa Charles Benoist, *Comment on capte le suffrage et le pouvoir*, in: *Revue des Deux Mondes* 3 (1904), S. 885 ff.; Ders., *Le suffrage universel et l'évolution des partis politiques*, in: *Revue des Deux Mondes* 2 (1904), S. 520 ff.

Félix Moreau, *Régime parlementaire et principe représentatif*, in: *Revue politique et parlementaire* 27 (1901), S. 331 ff. und 28 (1901), S. 61 ff.; Ders., *Précis élémentaire de droit constitutionnel*, Paris 1911. Dazu auch: Klaus von Beyme, *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München 1970, S. 228 f.; Werner Scherer, *Verhältniswahl und Reform der politischen Ordnung. Die Auseinandersetzung um den Proporz in Frankreich bis zur Wahlreform von 1919*, Diss. Heidelberg 1982, S. 343–347.

⁴⁵ Dazu Scherer, *Verhältniswahl und Reform*, S. 277–315.

⁴⁶ Vgl. zur Frage der Wahlrechtsreform in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg allgemein: Scherer, *Verhältniswahl und Reform*; zu den Argumenten der „Antiproportionalisten“ insbesondere die *Senatsdebatten vom März 1913* und die sie vorbereitenden *Kommissionsstudien*: Ebenda, S. 597–614.

⁴⁷ So Nipperdey, *Organisation der deutschen Parteien*, S. 87 zur Kennzeichnung der Organisationsstruktur der nationalliberalen Partei in Deutschland bis etwa in die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

⁴⁸ Darauf weist wiederholt hin: Wileman, *L'Alliance*, S. 16 f., 33 f.

⁴⁹ Berstein, *Parti Radical I*, S. 67.

„Alliance Républicaine Démocratique“ in „Parti Républicain Démocratique“ im Dezember 1911 entsprang unter anderem auch dem Wunsch nach dezidiierterer Abgrenzung; der kam auch im offiziellen Beschluß über die Unvereinbarkeit von Doppelmitgliedschaften seitens des PRD im Oktober 1912 erneut deutlich zum Ausdruck.⁵⁰

Im Unterschied zu den Radikalsozialisten, die ihre Abgeordneten seit 1913 auf den Eintritt in eine gemeinsame Parlamentsfraktion verpflichteten und damit auch in der Chambre des Députés verstärkt eigenes Profil anstrebten⁵¹, bildete die „Alliance“ nie eine einheitliche parlamentarische Gruppe. Fraktionszwang und obligatorische Unterordnung unter Entscheidungen der Parteileitung blieben in ihren Reihen ausgesprochen unpopulär und wurden im allgemeinen als Ausfluß falsch verstandener parlamentarischer Repräsentation oder als schädliche Abart des imperativen Mandats verworfen.⁵² Die für den Parteibildungsprozeß in Deutschland im 19. Jahrhundert so entscheidende Verknüpfung außerparlamentarischer (Vereins)organisationen mit den parlamentarischen Fraktionen gelang im Bereich der rechten Mitte Frankreichs noch über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg nicht.⁵³

Einen gewissen Ersatz für die fehlende organisatorische Basis boten der Partei ihre guten Beziehungen zu Handelskammern und wirtschaftlichen Interessengruppen. Insbesondere wurde die Verbindung zum „Comité républicain de Commerce, de l'Industrie et de l'Agriculture“ von großer Bedeutung für den politischen Einfluß der Partei und ihre Verankerung innerhalb der sie tragenden Klientel. Diese nach ihrem Gründer auch „Comité Mascuraud“ genannte, auf nationaler Ebene organisierte und arbeitende Vereinigung hatte es sich seit 1898 zur Aufgabe gemacht, die Interessen von Handel und Industrie zu bündeln und politisch unter anderem durch die finanzielle Unterstützung vielversprechender Kandidaten zur Geltung zu bringen. Stand sie zunächst dem Parti Radical nahe, so wirkte sie nach dem Ersten Weltkrieg in erster Linie als Wahlhilfsorganisation der „Alliance“, von deren Unterstützung nicht zuletzt Paul Reynaud profitierte.⁵⁴ Die politische Rolle, die die „Alliance“ spielte, – und die noch weit davon entfernt ist, hinreichend geklärt zu sein –, resultierte in erster Linie aus den oft bedeuten den Positionen, die ihre Mitglieder in den Regierungen der Dritten Republik einnahmen. Ohne genügendes parlamentarisches Potential, um aus eigener Kraft zu

⁵⁰ Sanson, *Centre et gauche*, S. 507–509. Immerhin standen von den 1902 gewählten Abgeordneten der „Alliance“ knapp die Hälfte dem Parti Radical nahe oder waren dort Mitglied. Im Jahr 1906 waren gar 51 der 99 gewählten und in den Führungsgremien der „Alliance“ sitzenden Parlamentarier im Umfeld der Radikalsozialisten anzusiedeln (Ebenda, S. 499). Im folgenden wird der Einfachheit halber die Bezeichnung „Alliance“ beibehalten, der gegenüber sich der neue Parteiname nicht durchsetzen konnte und zu der man folgerichtig ab 1926 in der Variante „Alliance démocratique“ zurückkehrte (Sanson, *ARD ou AD*), S. 50.

⁵¹ Berstein, *Parti Radical I*, S. 75.

⁵² Wileman, *L'Alliance*, S. 18, Anm. 20; Albertini, *Parteiorganisation*, S. 584; Audigier, *L'Alliance démocratique*.

⁵³ Dieter Langewiesche, *Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324–361.

⁵⁴ Im Jahr 1918 kam es im Zuge der Hochverratsanklage gegen den Parteivorsitzenden Caillaux zum Bruch zwischen „Comité Mascuraud“ und „Parti Radical“; vgl. hierzu Berstein, *Parti Radical I*, S. 96; allgemein zum Comité: Albertini, *Parteiorganisation*, S. 584 f. Zu den Verbindungen Reynauds und Mascurauds vgl. Kapitel VI dieser Arbeit.

regieren, doch zeitweise stark genug, um entscheidend zum Sturz unerwünschter linksstehender Koalitionen beizutragen, konnte die Partei ihre Stellung in der *Chambre des Députés* zwischen 1902 und 1910 auf etwa 120 Abgeordnete ausbauen, bevor sie kurz vor dem Ersten Weltkrieg eine Schwächung ihrer parlamentarischen Position hinnehmen mußte. Genaue Zahlenangaben zur personellen Stärke der Gruppierung in der Kammer bleiben allerdings aufgrund der fortbestehenden Doppelmitgliedschaften und der geringen Neigung der Parlamentarier, die ihr nahestanden, sich zu ihrer Partei zu bekennen, auch für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kaum möglich.⁵⁵

Die ursprüngliche programmatische Nähe zum *Parti Radical* resultierte nicht zuletzt aus der Unbestimmtheit der frühen theoretischen Entwürfe beider Parteien: Man hatte sich ja gleichermaßen die Durchsetzung und Sicherung der laizistischen Republik, die Verteidigung eines gemäßigten Nationalismus und das Eintreten für einen weit gefaßten sozialen Fortschritt auf die Fahnen geschrieben.⁵⁶ Erst im Verlauf der politischen Auseinandersetzungen der frühen Jahre ihres Bestehens stellte sich eine gewisse Ausdifferenzierung der jeweiligen Ziele insbesondere auf den Gebieten der Sozial- und Wirtschafts-, schließlich auch der Verteidigungspolitik ein. Es zeigte sich insbesondere die Skepsis der „Alliance“ gegenüber Ansätzen zur Ausbildung des modernen Interventionsstaates: Einer intensivierten staatlichen Sozialgesetzgebung mißtraute man ebenso wie dem im *Parti Radical* sehr populären „solidarisme“ Léon Bourgeois'. Auf wirtschaftlichem Gebiet gab man sich überzeugt antikollektivistisch, wandte sich gegen jedes Staatsmonopol und die Einführung der Einkommensteuer, die seit Jahrhundertanfang zum Standardprogramm der weitaus „interventionsfreudigeren“ *Radicaux* gehörte.⁵⁷

In dem Maße, in dem die Notwendigkeit zur Verteidigung der republikanischen Errungenschaften nach dem Ende der Regierung Waldeck-Rousseau abnahm, schwand auch die Bereitschaft in der „Alliance“, jenen koalitionspolitischen Kompromiß aufrechtzuerhalten, der die eigene Gründungsphase geprägt hatte. Innerhalb des zentristischen Glaubensbekenntnisses der „Alliance“ mußte die antikollektivistische Komponente in dem Maße an Gewicht gewinnen, in dem das übergeordnete republikanische Ideal nicht mehr die Zurückstellung der Vorbehalte gegenüber den Sozialisten und all jenen Gruppen zu gebieten schien, die bereit waren, mit der extremen Linken zusammenzuarbeiten. So blieb die aktive Mitarbeit der „Alliance“ im „*Bloc des Gauches*“, jener durch Waldeck-Rousseau begründeten parlamentarischen Mehrheit, die von den Sozialisten bis zu den „*républicains modérés*“ reichte und zwischen 1899 und 1909 eine ungewöhnlich lange Abfolge relativ stabiler Regierungen garantierte⁵⁸, nur von begrenzter Dauer. War man noch anläßlich der Parlamentswahlen von 1906 bereit, eigene Kandidaten im zweiten Wahlgang zugunsten aussichtsreicherer radikalsozialisti-

⁵⁵ Die Zahlenangaben beruhen auf den Schätzungen von Sanson, *Centre et Gauche*, S. 499 und 508. Sie sind aus den genannten Gründen mit Vorbehalt zu betrachten.

⁵⁶ Sanson, *Centre et Gauche*, S. 498.

⁵⁷ Ebenda, S. 499; Krumeich, *Liberalismus*, S. 361 f.

⁵⁸ Zu Entstehung, Geschichte und Auflösung des „*Bloc des Gauches*“ vgl. Jean-Marie Mayeur, *La vie politique sous la Troisième République*, Paris 1984, S. 175–215.

scher oder sozialistischer Bewerber zurückzuziehen⁵⁹, so ging man in der Folge sehr bald von der bisherigen Mitte-Links-Taktik zu einer dezidierten Abgrenzungspolitik über. Mit der – letztlich gescheiterten – Lancierung eines zentristischen „Bloc républicain démocrate“⁶⁰ unter Ausschluß der Sozialisten und als Alternative zur bestehenden Mehrheit kündigte man im August 1907 de facto die Zusammenarbeit auf. Die damit eingeleitete Konsolidierung der „Alliance“ im Bereich der rechten Mitte ging einher mit weiterer personeller Entflechtung und politischer Entfremdung zwischen den beiden zentristischen Gruppen, vor allem nach der entschiedenen Weigerung der Radicaux, von Wahlbündnissen mit der sozialistischen Linken Abstand zu nehmen. Insbesondere in der Diskussion um die Einführung des dreijährigen Wehrdienstes und die Finanzierung der damit verbundenen neuen Rüstungsanstrengungen nahm die „Alliance“ eine überaus nationalistische, von sozialkonservativen Tendenzen geprägte Position ein. Sie stand im Gegensatz zur sachlicheren Haltung der eigenen Parlamentsmehrheit und veranlaßte selbst prinzipiell im gleichen Sinne optierende, antiradikale Gruppierungen dazu, auf Distanz zu gehen.⁶¹ Am Vorabend des Ersten Weltkrieges standen die beiden wichtigsten Gruppierungen des französischen Liberalismus in konkurrierenden Lagern. Nach dem Beitritt der „Alliance“ zur „Fédération des Gauches“ Briands, die als „parteiähnliches Gegengewicht zur radikalen Partei“⁶² konzipiert war, war das Bemühen zum erklärten Ziel der „Alliance“ avanciert, der „coalition d'extrême gauche réunissant radicaux-socialistes et collectivistes“⁶³ bei den Parlamentswahlen von 1914 eine Niederlage beizubringen – notfalls auch durch die Zusammenarbeit mit der gemäßigten Rechten. Der Wahlsieg der SFIO brachte der Gruppierung nicht nur die erste große Niederlage ihrer Geschichte bei, sondern machte deutlich, daß ihre Wählerschaft nicht gewillt war, diese Rechtsverschiebung der wichtigsten parlamentarischen Vertretung des nichtradikalen Liberalismus zu unterstützen.⁶⁴

Paul Reynaud wählte von Beginn seiner Politikerlaufbahn an rechtsliberale oder allgemein „republikanische“ Etikettierungen, wenn es darum ging, in der Öffentlichkeit politisch Flagge zu zeigen. Während seiner ersten beiden Bewerbungen um ein Abgeordnetenmandat in Wahlkreisen des französischen Südostens trat er 1914 als Exponent der „Fédération des Gauches“, 1919 als Mitglied einer dem „Bloc national“ nahestehenden Liste auf. In beiden Fällen verknüpfte er das vage politische Signum mit stark individuell eingefärbter Programmatik. Die Positionen von liberalen politischen Gruppen, die auf nationaler Ebene, d. h. vorwiegend in Paris agierten, spiegelten sich darin nur tendenziell wider. Sein Fall illustriert

⁵⁹ Auf diese Praxis der „désistements“ während der Wahlen von 1902 und 1906 weist Sanson, *Centre et Gauche*, S. 499 hin.

⁶⁰ Zum „Bloc des républicains démocrates“ und zur Rechtswendung der „Alliance“: Sanson, *Centre et Gauche*, S. 505–510.

⁶¹ Zur Haltung der Alliance in dieser Frage und im Wahlkampf von 1914: Gerd Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Band 96), Wiesbaden 1980, S. 170, 178 f., 219–243.

⁶² Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 178.

⁶³ „La Fédération des gauches“, in: *L'Alliance Républicaine Démocratique*, 11. 1. 1914. Vgl. dazu: Sanson, *Centre et Gauche*, S. 510–512.

⁶⁴ Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 229.

deshalb einmal mehr die relative Eigengesetzlichkeit des regionalen politischen Lebens in Frankreich noch unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg: Nationale Wahlbündnisse konnten vor Ort eine eher unkonventionelle Umsetzung erfahren, und oft blieb genug Raum, um die programmatischen Festlegungen flexibel an die konkrete Wahlkampfsituation anzupassen.⁶⁵

Vom Eintritt in eine der auf nationaler Ebene existierenden Parteien war sein schließlicher Wahlerfolg von 1919 nicht abhängig gewesen. Erst nach dem Antritt seines Parlamentsmandats entschied sich Reynaud mit einer gewissen, nicht weiter thematisierten Selbstverständlichkeit für die Zusammenarbeit mit dem 1911 aus der „Alliance“ hervorgegangenen „Parti Républicain Démocratique et Social“, nachdem er seine beiden ersten Wahlkämpfe noch ohne Parteienbindung bestritten hatte. Persönliche Herkunft und wirtschaftsbürgerliche Sozialisation, die frühen Kontakte zu den „modérés“ seiner Heimatregion und die daraus resultierende Selbstwahrnehmung legten die Wahl nahe; ohne weiteres zwingend war sie im Rückblick betrachtet dennoch nicht. Der intellektuelle Republikanismus seiner frühen politischen Jahre machte Reynaud zeitweise empfänglich auch für Elemente linksliberaler Programmatik, ohne daß er deshalb freilich je geneigt gewesen wäre, seine politische Heimat etwa im Radikalsozialismus zu verorten. Die Disposition zum programmatischen Eklektizismus aber blieb ein Wesenselement seiner politischen Person, auch dann noch, als er sich zunehmend zur rechten Mitte hin orientierte. Gebändigt und gebündelt wurde diese Neigung zeit seines Lebens weniger durch das Bekenntnis zu einer Partei als durch jenes zur demokratischen Republik und zu ihrer Reform als Daueraufgabe.

Es bietet sich an, sein republikanisches „Glaubensbekenntnis“ zunächst näher zu bestimmen, um es dann in seiner praktischen Umsetzung während der Wahlkämpfe von 1914 und 1919 in den Blick zu nehmen. Da das Erlebnis des Ersten Weltkriegs für Reynaud mehr als für die Masse der Frontgeneration unmittelbare politische Konnotation hatte, wird es in dieser hinführenden Bestandsaufnahme ebenfalls zu berücksichtigen sein.

3. Reynaud und das liberale Erbe: Republikanische Tradition und politische Praxis

Was bedeutete es, so kann man in Anlehnung an Jean Touchard⁶⁶ fragen, Republikaner zu sein im Frankreich des frühen 20. Jahrhunderts? Zweifellos hat die Frage in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg jene politische Brisanz verloren, die sie noch um 1900 besessen hatte. Der „Mut zur Einsamkeit“, der zumal in den konservativen Regionen Westfrankreichs noch im ausgehenden 19. Jahrhundert unabdingbar gewesen war, um sich als Anhänger der Republik zu exponieren, war im hauptstädtischen politischen Getriebe der Vorkriegsjahre sicherlich nicht mehr

⁶⁵ Mit Blick auf die Radikalsozialisten kommt zum gleichen Ergebnis: Berstein, *Parti Radical I*, S. 119–128. Vgl. für die Periode zwischen 1871 und 1910 das Pionierwerk französischer Wahlsoziologie: André Siegfried, *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*, Paris 1913.

⁶⁶ Jean Touchard, *La gauche en France depuis 1900*, Paris 1981, S. 27–33, 69 ff.

vonnöten. Die Verteidigung der Republik gegen ihre Gegner hatte sich innerhalb zweier Jahrzehnte von einem zentralen Thema des politischen und publizistischen Tageskampfes zu einem Gegenstand etablierter politischer Tradition und intellektueller Vergangenheitspflege gewandelt. Was vordem die wichtigste Scheidelinie zwischen Links und Rechts gewesen war, hatte sich zu einem politischen Modell mit hohem emotionalen Gehalt verdichtet, das von der sozialistischen Linken über die Radicaux bis zu den Modérés als verbindlich akzeptiert wurde.⁶⁷ Im Laufe der ideologischen Verankerung der Republik seit 1871 angereichert und bewährt, verbanden sich in ihm historische Bezüge, philosophische Grundlegungen und verfassungspraktische Erfahrungen. Die Werte der Revolution, die siegreiche Auseinandersetzung mit den reaktionären Mächten von „Säbel und Weihwasserwedel“ während der Affären um Dreyfus und Boulanger, schließlich der Verfassungskonflikt von 1877 bildeten wichtige Fixpunkte, die in der republikanischen Historiographie und im laizistischen Schulwesen mit großer Breitenwirkung überformt und tradiert wurden.⁶⁸

Zweierlei ideologisch-politische Konstanten fanden mit dem „modèle républicain“ Eingang in die politische Kultur Frankreichs. Zum einen wuchs der Republik ein „Gründungsmythos“ zu, der sie im kollektiven Bewußtsein dauerhaft hinaushob über eine bloße Regierungsform. Daneben verband sich allmählich ein konkretes politisches Programm mit dem Epitheton „republikanisch“: „Défense républicaine“, Antibonapartismus und Antiboulangismus, laizistische Staatsauf-fassung und der prinzipielle Vorrang der parlamentarischen Versammlung im Kräftespiel der Gewalten wurden in dieser Phase zu wesentlichen Determinanten des „republikanischen Konsensus“.⁶⁹

Republikaner sein hieß also um 1911/13 zunächst einmal, den eigenen Standort gegenüber einem in wichtigen Bestandteilen noch jungen Traditionskorpus zu definieren. Es gehört zu den bis heute überdauernden Usancen französischer Politiker, zu solchem Zweck auf personale Leitbilder zurückzugreifen⁷⁰; Paul Reynaud machte hiervon keine Ausnahme. Sein Verhältnis zur politischen Tradition Frankreichs manifestierte sich zu Beginn nicht in theoretischen Programmschriften oder weltanschaulichen Abhandlungen und auch nicht in der Entscheidung für eine Partei. Selbst eher zum pragmatischen Vorgehen als zur breit angelegten Reflexion neigend, zeigte er sich in seinen ersten greifbaren traditionsbezogenen Äußerungen – der erwähnten Preisrede Waldeck-Rousseaus – stark beeinflusst

⁶⁷ Ebenda, S. 32 (Zitat), 70.

⁶⁸ Vgl. Serge Berstein/Odile Rudelle, Avant-propos, in: Dies. (Hg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992, S. 7–10. Zum Thema der republikanischen Synthese liegt mittlerweile eine reiche Literatur vor, als wichtigste Titel sind zu nennen: Claude Nicolet, *L'idée républicaine en France (1789–1924)*. *Essai d'histoire critique*, Paris 1982; Ders., *La République en France. Etat des lieux*, Paris 1992; Ders./Michel Vovelle/Raymond Huard/Roger Martelli, *La passion de la République. Un itinéraire français*, Paris 1992. Insgesamt aufschlußreich auch die Beiträge des Sammelbandes: Paul Isoart/Christian Bidegaray (Hg.), *Des Républiques françaises*, Paris 1988.

⁶⁹ Dazu im einzelnen: Michel Winock, *Le mythe fondateur: l'affaire Dreyfus*, in: Berstein/Rudelle, *Modèle républicain*, S. 131–145; Touchard, *Gauche en France*, S. 27–29.

⁷⁰ In den sechziger Jahren durch die Presse befragt, reklamierte Valéry Giscard d'Estaing den Politiker Waldeck-Rousseau als politisches Vorbild, Georges Pompidou nannte Jean Jaurès; Michel Debré hingegen führte regelmäßig Jules Ferry ins Feld (zitiert nach Touchard, *Gauche en France*, S. 33).

durch den liberalen Politiker, der wie er einen eher unkonventionellen politischen Ansatz pflegte.

a) Reynauds Waldeck-Rousseau-Rezeption

Die Würdigung Waldeck-Rousseaus, die Reynaud ursprünglich für einen berufsständischen Rahmen vorgesehen hatte, ging in ihrer schließlich veröffentlichten Fassung⁷¹ deutlich über das hinaus, was in den Preisreden der Pariser Anwaltskammer an Inhalt und Anspruch für gewöhnlich geboten wurde.⁷² Nicht die Laudatio des brillanten Juristen stand im Mittelpunkt der Darlegungen, sondern die Reminiszenz an den Politiker und Staatsmann, der im Frankreich der Vorkriegszeit wie wenige andere die siegreiche laizistische Republik und das politische Profil „gemäßigten“ Republikanertums verkörperte. Eine Reminiszenz freilich, die keineswegs dokumentarischen Anspruch in den Vordergrund rückte. Zwar lag ihr durchaus intensives Quellen- und Literaturstudium, ergänzt durch die Befragung von Zeitzeugen, zugrunde. Die Grenzen des den Zeitgenossen vorliegenden historischen Wissens über den Politiker zu erweitern vermochte sie jedoch nicht.⁷³ Die Studie reihte sich vielmehr bewußt ein in die früh nach dem Tode Waldeck-Rousseaus beginnende Auseinandersetzung mit dessen politischem Lebenswerk, in der sie nicht kritiklos, doch deutlich von Bewunderung geprägt Stellung bezog. Ein Akt des Republikschutzes in akuter Gefahrensituation war sie kaum, auch wenn sich Reynaud redlich mühte, den großen republiktragenden Stellungnahmen eines Poincaré oder Zola im Gestus nahezukommen. Er gab „seinen“ Waldeck-Rousseau und bot damit in erster Linie ein gerüttelt Maß an Selbstpräsentation. So ist es weniger der Untersuchungsgegenstand selbst, der das eigentliche Interesse der Darstellung ausmacht: Vielmehr erscheint hinter der skizzenhaften politischen Biographie der Schattenriß eines spezifischen Geschichts-, Politik- und Reformverständnisses ihres Autors.

Im Mittelpunkt steht ein Dreistufenmodell französischer Geschichte seit 1870, dessen politische Wirkabsicht sich auf die Gegenwart richtet. Einer Phase hoffnungsvoller Reformansätze während der Ministerpräsidentenschaft Gambettas 1881/82 folgte in Reynauds Wahrnehmung eine krisenhafte Periode der Instabilität, geprägt von außenpolitischen Niederlagen, innenpolitischen Skandalen und der Bedrohung der Republik durch rechtsextreme Strömungen. Erst das Eingreifen Waldeck-Rousseaus zwischen 1899 und 1902 habe eine erneute Konsolidierungsphase eingeleitet, in der über Reformen insbesondere im Bereich der Sozial-

⁷¹ Paul Reynaud, Waldeck-Rousseau, Paris 1913.

⁷² Vgl. dazu einen Querschnitt in: „Discours de rentrée des conférences. Avocats stagiaires 1911–1920“ (Archives de l'Ordre des Avocats à la Cour de Paris).

⁷³ Zum Zeitpunkt der Abfassung der Studie Reynauds lag als erste und bis dahin einzige quellenmäßig abgesicherte Darstellung die Arbeit von Henry Leyret vor, der als junger Journalist das Vertrauen Waldeck-Rousseaus gewonnen hatte und nach dessen Tod 1904 durch die Witwe mit der Abfassung einer Biographie betraut worden war. Auf der Grundlage des Nachlasses des Politikers, zu dem er freien Zugang hatte, veröffentlichte er 1908 einen bis ins Jahr 1889 reichenden ersten Teilband des geplanten Werks: Henry Leyret, Waldeck-Rousseau et la Troisième République (1869–1889), Paris 1908. Nachdem er ohne Einwilligung der Familie unbekannte Stücke des Nachlasses dem konservativen *Matin* zugespielt hatte, war an eine Fortsetzung des Werks nicht zu denken (Pierre Sorlin, Waldeck-Rousseau, Paris 1966, S. 529 f. und 549).

ordnung die Grundlagen des modernen Frankreich gelegt worden seien. Diese neugewonnene Synthese der gesellschaftlichen Antagonismen durch eine Politik der Restauration der „republikanischen Idee“ erscheint Reynaud zum Zeitpunkt der Abfassung der Studie allerdings bereits wieder stark gefährdet.

Daß es sich hierbei um eine äußerst selektive Darstellung handelt, liegt auf der Hand. Aufschlußreich aber sind neben Reynauds Stellungnahmen zum konkreten politischen Handeln Waldeck-Rousseaus in erster Linie die Ursachenanalysen von Krise und Wiederaufschwung. Bei Reynaud erscheint der Sturz Gambettas im Januar 1882 durch eine reformfeindliche Koalition als Symptom für eine gravierende „Krise des Parlamentarismus“, ausgelöst durch die Niederlage des „republikanischen Ideals“ gegenüber eigensüchtigem Wahlkalkül und schädlichen Partikularinteressen.⁷⁴ In scharfer Gesellschafts- und Parlamentarismuskritik werden die tieferen Wurzeln auf zweierlei Ebenen verortet: in der Dekadenz des politischen Personals, dessen Eigennützigkeit durch Mängel des Verfassungsrechts wie beispielsweise die Persönlichkeitswahl gefördert werde, einerseits; in der indifferenten Haltung der Öffentlichkeit, die ohne Protest zugesehen habe, als „der Tiger den Dompteur tötete“, andererseits.⁷⁵ Reynaud verlagert damit die stärker personenzentrierte und tagespolitisch orientierte Argumentation seiner Vorlage, der Studie Leyrets, auf eine grundsätzliche Ebene: Er diagnostiziert ein zerstörerisches Klima der Gleichgültigkeit gegenüber der republikanischen Tradition, das er gleichermaßen verantwortlich macht für den Sturz des „patriotischen“ Reformers wie letztlich auch für das Aufkommen reaktionärer Strömungen und deren Angriffe auf die Republik im Verlauf der Dreyfus-Affäre.⁷⁶ Das Bild, das Reynaud von der Widerstandskraft der republikanischen Öffentlichkeit Frankreichs am Vorabend jener Bewährungsprobe entwirft, ist vernichtend. Pessimismus, Zynismus und politische Gewalttätigkeit dominierten neben Klassengegensätzen, die durch politische Parteiungen eher verstärkt denn überbrückt worden seien; sie hätten Politik und Gesellschaft unfähig zur Lösung jener latenten Antagonismen gemacht, die sich um die Ideenkreise von „Révolution“ und „contre-Révolution“ gruppierten. Impulse zur Reform kamen demnach weder aus dem „peuple“, der ohne „ambition collective“ lediglich nach persönlichem Wohlergehen strebte, noch aus den adeligen und bürgerlichen Führungsschichten, die sich angesichts der Mißstände vom öffentlichen Leben abgewandt oder auf eine Art „nihilisme bourgeois“ zurückgezogen hätten.⁷⁷

Zur Beschreibung der komplexen historischen Realität wenig geeignet, zielte Reynauds Analyse im Stile einer rückwärtsgewandten Utopie auf die kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Situation. Kaum verdeckt griff der junge Anwalt daher die Topoi einer Reformdiskussion auf, die etwa seit der Jahrhundertwende die politische Öffentlichkeit Frankreichs in all ihren Schattierungen erfaßt hatte.

Krisenbewußtsein und Reformstreben nährten sich unter anderem aus der Er-

⁷⁴ Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 79.

⁷⁵ Ebenda, S. 77–81.

⁷⁶ Ebenda, S. 80. In der Darstellung Leyrets erscheint der Sturz Gambettas vorwiegend durch die Vorbehalte des Parlaments gegenüber vermeintlichen bonapartistischen Tendenzen des Regierungschefs begründet (Leyret, Waldeck-Rousseau, S. 203–208).

⁷⁷ Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 166–170.

fahrung einer neuen Periode politischer Turbulenzen, die die Phase relativer Stabilität zwischen der Regierungsübernahme Waldeck-Rousseaus und dem Sturz der Regierung Clemenceau im Jahre 1909 abgelöst hatte. Die rasche Abfolge teils äußerst kurzlebiger Regierungen – in den verbleibenden fünf Jahren bis zum Ersten Weltkrieg nahmen elf Kabinette die Regierungsgeschäfte wahr – bildete den objektiv erfahrbaren Hintergrund für das verbreitete und oftmals eher diffuse Ungenügen an einer allgemeinen „malaise“ des politischen Lebens. Wachsende Zweifel an der Effizienz einer „Honoratiorendemokratie“ verbanden sich darin mit Thesen von der Dekadenz des politischen Personals und mit der Kritik an Defiziten sozialer Teilhabe. Charakteristisch für diese Vertrauenskrise des herrschenden politischen Systems und des Parlamentarismus im besonderen war es, daß sie sich parallel zur Stabilisierung der Republik angebahnt hatte. Auch wenn die parlamentarische Demokratie spätestens nach den Verwerfungen der Dreyfus-Affäre gefestigt und nicht mehr unmittelbar gefährdet war, hatte sie weiterhin wie überhaupt seit der Republikgründung mit antiparlamentarischem Denken zu konkurrieren. Vorzufinden war es sowohl auf seiten der extremen Linken wie auf der Rechten, und eine ganze Reihe von politischen Skandalen hatte dazu beigetragen, daß es Rückhalt auch in der öffentlichen Meinung fand. Um die Jahrhundertwende war ein neuformierter rechter Nationalismus als Erbe boulangistischer und bonapartistischer Strömungen neben der syndikalistischen Bewegung zum lautstärksten Träger geworden. Im Neo-Royalismus der „Action Française“ um Charles Maurras bündelten sich dann antirepublikanische, antiparlamentarische und antidemokratische rechte Tendenzen in einer neuen Doktrin mit reformistischem Anspruch, wenngleich schwer bestimmbarer Einfluß.⁷⁸

Teilweise in Reaktion darauf manifestierte sich eine demokratische, republikanische Erneuerungsbewegung. Ihre Krisenlösungskonzepte umfaßten ein weites Spektrum, ausgehend von Plänen für eine Verstärkung plebiszitärer Elemente in der Verfassungsstruktur bis hin zu allgemeinen Appellen zur Restauration des Geists der Republikgründer. Daneben standen Überlegungen, die aus der empirisch fundierten Einsicht der Sozial- und Staatswissenschaften in die fortschreitende Verflechtung von Staat und Gesellschaft theoretisch untermauert werden konnten. Begünstigt durch die Rehabilitierung der in der nachrevolutionären Staatslehre als reaktionär stigmatisierten „corps intermédiaires“ wurden in Politik und Publizistik verschiedenster Couleur Reformpläne entwickelt, die der veränderten gesellschaftlichen Situation über die parteipolitisch oder korporativ orientierte Organisation des Willensbildungsprozesses Rechnung zu tragen versuchten. Die Forderung nach Einführung der Verhältniswahl geriet zu einem Schwerpunkt dieser durchaus vielgestaltigen und heterogenen Erneuerungsbewegung, deren Anhängerschaft aus allen im Parlament vertretenen politischen Richtungen kam.⁷⁹

⁷⁸ Mayeur, *Troisième République*, S. 215; Madeleine Rebérioux, *La République radicale? 1898–1914* (Nouvelle histoire de la France contemporaine 11), Paris 1975, S. 137. Zur Entwicklung der Rechten: René Rémond, *Les Droites en France*, Paris 1982, S. 148–180; Dominique Borne, *Antiparlementarisme*, in: Sirinelli (Hg.), *La vie politique française*, S. 36–38; Eugen Weber, *L'Action française*, Paris 1985.

⁷⁹ Bislang existiert keine zusammenfassende Aufarbeitung dieser komplexen und vielgesichtigen Reformbewegung, die die öffentliche Diskussion im Frankreich der Vorkriegszeit stark beeinflusste.

Darüber hinaus trat die soziale Frage wieder in den Vordergrund, nachdem sie seit den neunziger Jahren durch die Problemkreise „Défense républicaine“ und „laïcité“ weitgehend aus der öffentlichen Diskussion verdrängt worden war. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschichten, ab 1904 in einer Welle von Streiks konkretisiert, verwies ebenso wie das Erstarken des revolutionären Syndikalismus auf dringenden sozialpolitischen Handlungsbedarf. Die bürgerlichen Regierungen der Vorkriegszeit stellten sich diesem zwar, kamen ihm jedoch nur in einem Maße nach, das weit unter den Forderungen der Sozialisten lag.⁸⁰ Allerdings hatte sich seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auch auf diesem Feld eine Vielzahl von Lösungsmodellen manifestiert. Das Ideenspektrum reichte von paternalistisch geprägten Genossenschaftsmodellen über Léon Bourgeois' Theorie des „solidarisme“ bis zu Plänen für eine „économie sociale“. Ein zentrales Prinzip, das diesen bürgerlichen Reformplänen zugrundelag, strahlte auch auf führende republikanische Politiker aus, unter anderem auf Waldeck-Rousseau: die wirtschaftliche und kulturelle Integration der Arbeiterschaft und ihre Immunisierung gegen sozialistische Ideen durch die Heranbildung einer Solidarbeziehung zwischen Kapital und Arbeit.⁸¹

Reynauds Initiative stand in diesem weitgespannten und von zukunftsweisen den Ansätzen gekennzeichneten Diskussionsrahmen. Einem einzelnen der neuen Theorieansätze ließ sie sich indes keineswegs eindeutig zuordnen. Staatsreform, Laizität und soziale Frage erörterte er vielmehr im Zusammenhang eines allgemein gehaltenen Republikanismus, Reformansätze nahm er durch das politische Werk Waldeck-Rousseaus hindurch auf. Zwei Ideenschichten unterschiedlichen Abstraktionsgrades lassen sich hierbei voneinander trennen.

Da ist zunächst der Gedanke der notwendigen Einheit aller republiktragenden Kräfte in Zeiten der Krise. Mehr als ein bloßer rhetorischer Topos, rührte Reynauds Appell auf Neubelebung des Erbes Waldeck-Rousseaus an eine Tiefenschicht republikanischer Kultur. Diese in der konkreten historischen Situation zu aktivieren hieß, systemsprengende autoritäre, nationalistische oder antiparlamen-

Zu ihren Hintergründen und Inhalten mit besonderem Blick auf den Aspekt der Wahlreform: Werner Scherer, Verhältniswahl und Reform der politischen Ordnung. Die Auseinandersetzung um den Proporz in Frankreich bis zur Wahlreform von 1919, Diss. Heidelberg 1982; zur Haltung der Parteien und zu deren durchaus nicht immer uneigennütigen Motiven: Ebenda, S. 413–544. Den Reformaspekt der Stärkung der präsidentiellen Stellung erörtert u. a. auch für die Zeit vor 1914: Hugues Tay, *Le régime présidentiel et la France. Etude d'histoire des idées juridiques et politiques*, Paris 1967, S. 61–64; allgemein auch: Rebérioux, *République radicale?*, S. 138 f.; Mayeur, *Troisième République*, S. 219 f.

⁸⁰ Georges Bonnefous, *Histoire politique de la Troisième République*. Band I: *L'avant-guerre (1906–1914)*, Paris 1965, passim; Wilfried Loth, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Stuttgart u. a. 1987, S. 11–19, hier: S. 18.

⁸¹ Elwitt, *Third Republic Defended*; speziell zu Waldeck-Rousseau: S. 202, 197, 99 f.; Stone, *Search for Social Peace*, passim.

Stufenweise hat die Forschung die lange vorherrschende Auffassung vom sozialpolitischen Desinteresse der französischen „modérés“ eingeschränkt und differenziert. Konnte Pierre Sorlin in seiner Studie über Waldeck-Rousseau die These zunächst anhand einer prägenden Einzelpersonlichkeit relativieren, wurden in Studien allgemeinerer Art (François Ewald, *La politique sociale des opportunistes, 1879–1885*, in: Serge Berstein/Odile Rudelle (Hg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992, S. 173–187, bzw. Serge Berstein, *La politique sociale des Républicains*, in: ebenda, S. 189–208) oder in den empirisch fundierten Untersuchungen von Elwitt und Stone Belege für ein umfassenderes sozialpolitisches Reformpotential in den Reihen der Liberalen geliefert.

tarische Erneuerungsvorstellungen zurückzuweisen. Spektakulär war das nicht, behielt aber seine Aussagekraft, wenn es sich wie hier mit der Bereitschaft verband, demonstrativ auf die Entwicklungsfähigkeit des Bewährten zu setzen. Jene wird sichtbar, sobald man eine zweite Schicht verfassungs- und gesellschaftstheoretischer Vorstellungen zu isolieren versucht, die auf Reynauds republikanischem Glaubensbekenntnis aufbauten und es zugleich präzisierten. So ließ er keinen Zweifel daran, daß nach seinem Verständnis von parlamentarischer Demokratie das Wechselspiel zwischen Exekutive und Legislative nicht zu Ungunsten ersterer ausschlagen durfte. Reynaud setzte sich damit ab von den Anhängern strikter parlamentarischer Präponderanz, zeigte sich beeinflusst von parlamentarismuskritischen Tendenzen seiner Zeit und vermied doch den letzten, systemtranszendierenden gedanklichen Schritt. Abhilfe gegen die fortwährende Kabinettsinstabilität und die Praxis rein destruktiver Kammermehrheiten tat auch in seinen Augen not, und die Stärkung der Exekutive kam dabei als Reformstrategie durchaus in Frage. Das Betreten von Tabuzonen jenseits des engeren republikanischen Referenzsystems vermied er freilich sorgfältig. Dazu gehörten insbesondere Pläne zur Stärkung der präsidentialen Stellung über die Ausweitung des Wählergremiums, wie sie in der nationalistischen „Ligue des Patriotes“ von Paul Déroulède oder der gemäßigeren „Action libérale populaire“ um Charles Benoist ohne umfassendere Resonanz formuliert worden waren.⁸² Als starkes Gegengewicht gegen die Übermacht des „gouvernement d'assemblée“ favorisierte Reynaud den mit Autorität und Führungskraft begabten *Regierungschef*: „Dans une démocratie, il faut que le chef du gouvernement soit un conducteur d'hommes. Le premier, Waldeck-Rousseau le fut. Il comprit qu'un chef de gouvernement n'est vraiment un chef qu'à la condition de prendre sur l'opinion publique un point d'appui contre les intrigues du Parlement“.⁸³ Das Idealbild, das Reynaud konstruierte, versah den „Président du Conseil“ zusätzlich mit jenen Attributen, die dem Staatspräsidentenamt nach dem faktischen Entzug seiner im engeren Sinne politischen Prärogativen seit 1877 noch geblieben waren: So stilisierte er Waldeck-Rousseau zum beispielhaften überparteilichen Meinungsbildner und Integrationsfaktor.⁸⁴

Im Ansatz ähnelte diese Lösung dem Konzept, das Léon Blum wenige Jahre später in seinen „Lettres sur la Réforme gouvernementale“ vortrug: Der Ministerpräsident sollte demzufolge als wahrer „Chef“ in „autokratischer“ Manier und mit einem institutionalisierten Hilfsapparat ausgestattet die Leitung der Regierungsgeschäfte in Händen halten.⁸⁵ Systematischer und konsequenter als die Vorstellungen Reynauds präsentierten sich diese Überlegungen allerdings in zweierlei

⁸² Tay, Régime présidentiel, S. 43–64; Mayeur, Troisième République, S. 219; unsystematisch: Jochen Hoock, Le problème de la Réforme de l'Etat en France, 1880–1935, Thèse Paris 1970, S. 64 ff.

⁸³ Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 179.

⁸⁴ „C'est lui [Waldeck-Rousseau, A.d.V.] cependant qui, en ces temps troublés, fit apparaître au Parlement et au pays la grande figure de la loi. Il gouverna non comme un partisan qui dispose de la force publique mais comme l'exécuteur des lois. Il rétablit le silence dans les assemblées et sur toutes les grandes questions, il enseigna au pays ce qu'il devait penser“ (Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 178).

⁸⁵ Léon Blum, Lettres sur la Réforme gouvernementale, Paris 1918, in: L'Oeuvre de Léon Blum. Band 3/1, 1914–1928, Paris 1972, S. 507–574; dazu die Interpretation bei: Gilbert Ziebura, Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik. Band I: 1872 bis 1934, Berlin 1963, S. 148–160, bes. S. 154–156; Jean Lacouture, Léon Blum, Paris 1977, S. 141–144.

Hinsicht. Sie implizierten zum einen die bis dahin nicht bestehende rechtliche und praktische Verankerung des Ministerpräsidentenamts im politischen System Frankreichs – ein Schritt zur Stabilisierung der Exekutive, der de facto erst 1935 erfolgte. Zum andern gruppieren sich die Reformideen Blums um eine Kernforderung, die zweifellos erfüllt sein mußte, um die so oft vermißte Handlungseinheit zwischen Kammermehrheit und Regierung herzustellen: die Herausbildung wohlorganisierter, disziplinierter Parteien. Sicherlich war auch Blum realistisch genug, nicht auf unmittelbare Umsetzung zu hoffen, und um 1918 konnte von einem organisatorischen Vorsprung der sozialistischen Partei gegenüber ihren bürgerlichen Konkurrenten erst in Ansätzen die Rede sein. Eine möglichst geeinte, schlagkräftige Partei blieb aber im politischen Handeln Blums ein kontinuierlich verfolgtes Ideal, auch wenn der Weg dorthin von vielen Rückschlägen begleitet sein mochte.⁸⁶

Historiographisch faßbaren Stellenwert erlangte der Parteigedanke als Reformidee im politischen Denken Reynauds erst nach 1919. Auch dann noch wahrte er ihm gegenüber ein ambivalentes, widersprüchliches Verhältnis, das weniger auf prinzipieller intellektueller Negation beruhte als auf der praktischen Unvereinbarkeit mit der politischen Kultur, der er sich zeit seines Lebens zugehörig fühlte. Bei allem Reformstreben blieb Reynaud bis in die letzten Wochen seiner politischen Tätigkeit prononcierter Verfechter des deliberativen Parlamentarismus und der politischen Konnotationen, die ihm anhafteten: die Verkörperung der Nation in der souveränen Volksvertretung, die Ablehnung des imperativen Mandats und die Skepsis gegenüber intermediären Instanzen zwischen Nation und „député“. Der notwendigen Bündelung der politischen Kräfte in der Kammer und im Land als *einem* Element zur Modernisierung der französischen Demokratie verschloß er sich schon vor 1914 keineswegs. Trotz mancher Reformpläne vor allem nach 1926 aber förderte und nutzte er im Laufe seiner politischen Karriere in parteiorganisatorischer Hinsicht eher Vor- oder Teilformen wie Fraktion, Wahlkomitee und quasi- bzw. „parapolitische“ Vereinigungen, die die Meinungs- und Handlungsfreiheit ihrer Mitglieder nur in Ansätzen beschnitten.⁸⁷ Daneben rückte er – wie zu zeigen sein wird – vorwiegend *parteiinabhängige* Reformmechanismen in den Vordergrund, die technischer, ideeller und personengebundener Art waren, so etwa die Revision des Kammerreglements oder später des parlamentarischen Auflösungsrechts.⁸⁸ Seine Waldeck-Laudatio belegt zwei frühe Varianten: den konzeptionellen Rückgriff auf die starke, überparteiliche und einheitstiftende Rettergestalt in Krisenzeiten, zum einen. Als kollektiver politischer Reflex zur Umgehung von Systemschwächen kannte dieses Modell im Frankreich des 20. Jahrhunderts, von Poincaré bis de Gaulle, eine erstaunliche Karriere, die nach wie vor der systematischen Erforschung harrt.

⁸⁶ Zieburg, Léon Blum, S. 154 und 215 ff. Speziell für die Periode nach der Spaltung von Tours: Tony Judt, *La reconstruction du parti socialiste, 1921–1926*, Paris 1976, S. 55–68.

⁸⁷ Zu den Organisationsformen der politischen Mitte und der Rechten in Frankreich im Überblick: Gilles Le Béguec, *Le parti*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Histoire des Droites en France*. Band 2: *Cultures*, Paris 1992, S. 13–59; Serge Berstein, *Les partis*, in: René Rémond (Hg.), *Pour une histoire politique*, Paris 1988, S. 49–85; Jean-Pierre Rioux, *L'association en politique*, ebenda, S. 87–120.

⁸⁸ Vgl. dazu Kapitel IX.1.b).

Zum andern zeigte sich Reynaud einer Änderung des Wahlrechts aufgeschlossen gegenüber, wie sie Waldeck-Rousseau in Form des „scrutin élargi“ zur Eindämmung lokaler Einflüsse auf die Deputierten unterstützt hatte. Reynaud brauchte sich dabei gar nicht als Befürworter der Verhältniswahl zu exponieren: allein der Name Waldecks stand bereits für die Einführung des Listenwahlsystems anstelle der geltenden Mehrheitswahl auf Arrondissementsebene. Wie sein Vorbild erwartete er davon zu allererst die Konstituierung einer auf Sachfragen hin orientierten, funktionsfähigen Opposition und das Ende der Praxis rein destruktiver Mehrheiten, jener „Krankheit“, die, so Reynaud, den französischen Parlamentarismus neben der Schwäche der politischen Mitte zeichne. Das Zwischenglied funktionierender Parteien war zur Erlangung dieses Effekts im Waldeck/Reynaud'schen Verständnis nicht nötig: Es genügte bereits, daß voraussichtlich ein neuer Abgeordnetentypus favorisiert würde, der weniger die Mikrointeressen seiner Klientel als das imaginäre allgemeine Wohl im Auge hätte.⁸⁹ – Ein Politiker-typus, dem sich Reynaud zweifellos selbst zurechnete.

Nicht die konsequent angelegte Parteiendemokratie also schwebte Reynaud vor, sondern eine revidierte Honoratiorendemokratie, deren Volksvertreter in klassisch deliberativer Manier über das allgemeine Beste zu befinden hatten. – Weitestgehend unbehelligt von Zwängen verbindlicher Doktrinen und diszipliniert eher aus frei verantworteter eigener Entscheidung denn über sanften prozeduralen Druck. Es handelte sich dabei um ein in mehrfacher Hinsicht an republikanisch-liberalen Traditionen orientiertes Modell, das weder die Verfassungsgesetze von 1875 antastete noch den seit 1877 verfassungspraktisch gesicherten „Sieg des parlamentarischen Prinzips“⁹⁰ über das präsidiale Amt in Frage stellte. Reynaud verlor im Laufe seiner parlamentarischen Arbeit einige Illusionen über die Reformierbarkeit des politischen Systems seines Landes, an den hier formulierten Präferenzen aber hielt er dauerhaft fest.

In solchem Rahmen kam es eher einer republikanischen Pflichtübung gleich, wenn er die religionspolitischen Maßnahmen Waldeck-Rousseaus, insbesondere sein Vorgehen gegen die Ordensgemeinschaften im Zusammenhang des Gesetzesprojekts vom November 1899, befürwortete und beredt verteidigte. Die Rechtfertigung gesetzlicher Maßnahmen zum Verbot mißliebiger Kongregationen, die er bot, entfaltete das argumentative Standardprogramm, das bis in die Fünfte Republik zur Begründung laizistischer französischer Staatlichkeit herangezogen wurde. Es finden sich zum einen die historisch-politisch-rechtlichen Gründe, so insbesondere der Gedanke, die mißbräuchliche Einmischung einiger, vom Geist der Gegenrevolution beseelter Kongregationen in die Politik abzuwenden, dem unmäßigen Anwachsen des Besitzes der „toten Hand“ zu steuern und nicht zuletzt das ungeregelte Verhältnis zwischen Staat und „clergé régulier“ auf eine gesetzliche Basis zu stellen. Zum andern aber führte Reynaud den entscheidenden staatsphilosophischen Aspekt ins Feld: die seit der Revolution prinzipiell vorgegebene säkulare Grundlegung der Republik. Deren Nichtanerkennung bringe

⁸⁹ Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 74–76, 105 f. Zu den Ideen Waldecks hierzu: Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 225–229; zur Reformdiskussion allgemein: Mayeur, *Troisième République*, S. 217–220.

⁹⁰ Klaus von Beyme, *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München ²1973, S. 226.

jene Kreise der katholischen Kirche, die sich nicht der Aufforderung Leos XIII. zum „ralliement“ fügen wollten, notwendigerweise in Gegensatz zu einem fundamentalen „Lebensgesetz“ des so begründeten Staatswesens: „[...] si l'autorité n'est légitime qu'à la condition de descendre de Dieu par les échelons de la hiérarchie de l'Eglise, il y a un antagonisme irréductible entre l'Eglise catholique et la société issue de la Révolution française“.⁹¹ Spektakulär war dies weniger als entschieden staatstragend. Seitenhiebe dieser Art sicherten Reynaud in jedem Falle die dauerhafte Feindschaft der „Action Française“.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik entwickelte er in Anlehnung an Waldeck-Rousseau den entschiedensten Standpunkt. Reynaud bezog hier engagiert Stellung für das Gewerkschaftsgesetz von 1884, das für die Beurteilung Waldecks durch die Nachwelt schnell zentrale Bedeutung und im Verlaufe der sozialen Unruhen ab 1904 dann unerwartete Aktualität erhalten hatte. Lebhaft stilisierte er den Streit um die Legalisierung der „syndicats“ zur Auseinandersetzung zwischen „optimisme révolutionnaire qui croit que rien de mauvais ne peut sortir de la liberté“ und „pessimisme chrétien sur la faiblesse de la nature humaine“, zwischen Orientierung am Wählerwillen und „despotisme éclairé“.⁹² Freilich war es nicht die Sicht des Gewerkschaftsaktivisten, die sich Reynaud zu eigen machte: Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter verstand er mit Waldeck-Rousseau nicht als Mobilisierungs-, sondern als Kanalisierungsinstrument, als Mittel, die Masse der Lohnabhängigen an die demokratische Ordnung zu binden, letztlich als Auffangbecken zur Mäßigung extremistischer Tendenzen und zur reformerischen Umsetzung revolutionären Potentials: „Le mouvement syndical a mis fin aux bombes anarchistes“.⁹³ Klassisch liberales Denken bestimmte diese Interpretation, der nicht der Gedanke des unausweichlichen Antagonismus gesellschaftlicher Kräfte, sondern der Glaube an die Selbstregulation sozialer Konflikte zugrunde lag: Trotz aller eigensüchtigen Motive auf beiden Seiten werde sich die Gewerkschaftsbewegung letztlich nicht der höheren Logik der wirtschaftlichen Prozesse entziehen können, von denen sie selbst abhängt.⁹⁴ Zwischen den Interessen der Allgemeinheit und denjenigen der Arbeiterschicht lagen in dieser Sehweise keine grundsätzlichen und unüberbrückbaren Unterschiede; vielmehr entsprach

⁹¹ Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 196–226, hier: S. 209. Zur Aktion Waldeck-Rousseaus in diesem Zusammenhang: Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 423–460; Maurice Larkin, *Church and State after the Dreyfus Affair. The Separation Issue in France*, London 1974, S. 80–91; John McManners, *Church and State in France, 1870–1914*, London 1972, S. 118–128. Der verhältnismäßig geringe Anteil Waldeck-Rousseaus an der endgültigen, verschärften Fassung des Gesetzes vom 1. Juli 1901, den Sorlin herausarbeitet, war Reynaud noch nicht bekannt.

Als Beispiel einer modernen Rechtfertigung der Laizität der französischen Republik und allgemein zum Problem des Verhältnisses von „République et laïcité“ vgl. Nicolet, *République en France*, S. 100–121.

⁹² Ebenda, S. 96 f.

⁹³ Ebenda, S. 98 f. (Zitat: S. 99).

⁹⁴ „Il est vrai que le tempérament national est impressionnable et nerveux, que les grèves semblent apparaître aux ouvriers comme des épopées périodiques dans la vie morne de l'usine et que, poussés par la faim, ils se montrent parfois alors aussi peu respectueux de la loi que la fraction la plus avancée des partis d'opposition. Il est cependant dans la force des choses que ces mouvements soient limités comme les ressources mêmes de ceux contre qui ils sont dirigés. Les ouvriers pourront exiger une participation de plus en plus grande dans les bénéfices du patron, Etat ou particulier, et rendre ainsi les créateurs d'affaires plus timorés dans leurs entreprises, mais ils n'auront jamais intérêt à supprimer l'industrie dont ils vivent“ (Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 100 f.).

es dem Interesse des Ganzen, eine so bedeutende gesellschaftliche Strömung zur Entfaltung kommen zu lassen: „[...] lorsqu'un mouvement de cette importance est en voie de formation, le plus grand péril pour la société consiste à le mettre en antagonisme avec la loi“.⁹⁵ Den zunehmenden Wohlstand der Arbeiter wie auch ihrer Vertretungen verstand Reynaud als Korrektiv, um gleichsam auf „natürlichem“ Wege die Anerkennung der bestehenden Sozialordnung durch die zu politischem Bewußtsein erwachten Arbeiterschichten voranzutreiben.⁹⁶

Das Harmoniemodell, das Reynaud vortrug, hatte von Anbeginn der Diskussion um die Zulassung berufsständischer Vereinigungen den Standpunkt der bürgerlichen Befürworter geprägt, als es nach 1871 darum gegangen war, die faktische Duldung jener „syndicats“, die seit Niederschlagung der Kommune neu entstanden waren, durch eine klare rechtliche Regelung zu ersetzen. So figurierte die „Erziehungs-“ und Integrationsfunktion der Gewerkschaften in der Begründung des ersten Gesetzesprojekts zur Einführung der „liberté syndicale“ im Jahre 1876. In der Folge wurde sie gleichermaßen Teil des frühen „Sozialprogramms“ der Radikalen und der linken Mitte um Gambetta wie des Selbstverständnisses des minoritären gemäßigten Flügels der entstehenden Gewerkschaftsbewegung.⁹⁷ Durch Waldeck-Rousseau aufgegriffen, bildete die Konzeption des „syndicalisme coopérateur“⁹⁸ die Grundlage für die zeitweise Zusammenarbeit zwischen den „Opportunisten“ bzw. der durch Waldeck geleiteten Regierung und den dem Klassenkampfgedanken kritisch gegenüberstehenden „syndicats modérés“ nach 1882, schließlich während der großen Streikwelle zwischen 1899 und 1901.⁹⁹ Wenn auch die anvisierte Kooperation noch während der großen Streiks von Creusot, Montceau und Saint-Etienne tatsächlich zustande kam, so zeigte doch aber spätestens die Folge von Arbeitsniederlegungen ab 1904, daß die Idee der Syndikate als Ort des Ausgleichs und des Kennenlernens der Bedürfnisse der jeweils anderen Seite nicht umzusetzen war. Angesichts der zunehmenden Isolierung der „anti-sozialistischen Mustergewerkschaft[en]“¹⁰⁰ konnten sie genausowenig wie die übrigen bürgerlich inspirierten Reformansätze den sozialen Frieden dauerhaft sicherstellen.¹⁰¹ Umso erstaunlicher ist es, daß Reynaud die Streikwellen der Jahre 1904–1909 nicht als Dementi seines Harmoniemodells begriff. Er baute vielmehr darauf, daß die französische Gewerkschaftsbewegung wie die englische nach einer notwendig unruhigen Gründungsphase zu mehr „systemkonformem“ Verhalten zurückkehren werde.¹⁰² In einem Punkt nur hielt er eine Modifikation des nicht-

⁹⁵ Ebenda, S. 101 f. (Zitat: S. 102).

⁹⁶ „Waldeck-Rousseau pensait que l'enrichissement des ouvriers les attacherait à l'ordre social en faisant d'eux de petits bourgeois. [...] Leur donner la richesse, c'est leur donner la solvabilité, c'est créer en eux le sens de la responsabilité de leurs actes“ (Ebenda, S. 103 f.).

⁹⁷ Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 244–252; Peter Schöttler, Die Entstehung der „Bourses du Travail“. Sozialpolitik und französischer Syndikalismus am Ende des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/New York 1982, S. 42–56.

⁹⁸ Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 250.

⁹⁹ Ebenda, S. 256–298, 463–480.

¹⁰⁰ Schöttler, Bourses du Travail, S. 53.

¹⁰¹ Reberieux, République radicale?, S. 90 f.; Elwitt, Third Republic Defended, S. 297.

¹⁰² „Comme tous les organismes sociaux, les syndicats ont besoin de s'adapter à la vie et il est permis d'espérer que, tout en gagnant en puissance, ils s'assagiront comme l'ont fait les syndicats anglais, dont la création fut suivie, il y a un demi siècle de nombreux excès“ (Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 103).

interventionistischen Konzepts für unausweichlich: Für den Fall drohender Generalstreiks – eine Gefahr, die im Gegensatz zu den Zeiten Waldeck-Rousseaus nun nicht mehr nur eine theoretische war¹⁰³ – befürwortete er reglementierende staatliche Eingriffe im öffentlichen Interesse.¹⁰⁴

Als bloße Ideologie zur Kaschierung von Klasseninteressen sind diese Vorstellungen nicht abzutun. Der geringe Organisationsgrad der Arbeiterbewegung in Frankreich noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die Tatsache, daß der revolutionäre Syndikalismus nach 1907 zu einem stärker reformistischen Verständnis zurückgekehrt war, gab derartigen Harmonievorstellungen eine reale Basis. Die Idee von der Interessengemeinschaft des republikanischen Bürgertums mit der Arbeiterbewegung hatte sich in der Dreyfus-Affäre bewährt, und sie machte auch noch um 1911 durchaus Sinn.¹⁰⁵ Ungeachtet dessen sind theoretische Konzepte im biographischen Zusammenhang an ihrer Fortentwicklung und an den resultierenden Handlungen zu messen. Im Falle Reynauds ist die Bilanz eindeutig: Auch nach dem Ersten Weltkrieg gelangte der Politiker nicht zu einem den neuen Realitäten angepaßten, eigenständigen sozialpolitischen Konzept. Das Wachstum der Wirtschaft und die ökonomische Sättigung der Arbeiterschaft blieben für ihn auf Dauer die wichtigsten Remedien im Umgang mit der sozialen Frage.

Was also bedeutete es für Paul Reynaud, so kann man resümierend noch einmal fragen, Republikaner zu sein im Frankreich des frühen 20. Jahrhunderts? Es hieß zunächst einmal, überzeugt zu sein von der Reformierbarkeit der Verhältnisse, vom Gewicht der Vernunft, vom Nutzen des allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritts und vom Wert des idealerweise entideologisierten, individuellen politischen Engagements. Konkreter bedeutete es für ihn, sein politisches Denken in der Traditionslinie der „*Républicains de gouvernement*“ und „*Républicains modérés*“ vom Schlage eines Waldeck-Rousseau oder Jules Ferry zu definieren, mit den politischen Grundorientierungen, die sich damit verbanden: die demokratische, parlamentarische, laizistische, antiblebiszitäre und wehrhaft-antiextremistische Republik, sicherlich; aber auch bürgerlicher Führungsanspruch und Erhalt der Eigentumsverhältnisse, somit ein gesellschaftspolitischer Konservatismus, der die wichtigste Scheidelinie zur Linken hin bildete.

„*Modéré*“ zu sein hieß für Reynaud, Politik zu konzipieren mit dem Anspruch auf Umsetzung eines weitgefaßten Mittelwegs zwischen „*Reaktion*“ und „*Revolution*“. Insofern enthielt seine Teleologie der Republik von 1913 zugleich in nuce ein allgemeineres Reformverständnis, das er bei allen Konkretisierungen und Anpassungen der folgenden Jahrzehnte nie aufgab. Gefahr drohte der Demokratie demzufolge in erster Linie vom potentiellen Versagen ihrer Führungsschichten oder von der freigesetzten Willkür entfesselter Massen. So galt es, durch die Wiederherstellung des überparteilichen republikanischen Konsensus, durch Weiter-

¹⁰³ Sorlin, Waldeck-Rousseau, S. 474.

¹⁰⁴ Reynaud, Waldeck-Rousseau, S. 102 f.

¹⁰⁵ Hierzu in vergleichender Perspektive und mit Ausblicken auf die Organisationsgeschichte: Friedhelm Boll, *Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert*, Bonn 1992, S. 164 ff.; allgemein zur Arbeiterbewegung in Frankreich vor 1940: Roger Magraw, *Workers and the bourgeois republic (A history of the French working class 2)*, Oxford 1992, hier: S. 3–128; Georges Lefranc, *Le syndicalisme en France*, Paris 1975.

entwicklung der Institutionen und die ökonomische Teilhabe benachteiligter Schichten den Zerfall der Nation an der politischen Malaise oder der sozialen Frage zu verhindern. Ein emphatischer, vorstaatlicher Republikbegriff sollte dafür, wie gesehen, die tragende Basis bilden, und in der Verwendung bei Reynaud schimmerte dessen Herkunft als weltanschaulich aufgeladener „Kampfbegriff“ der Revolutionszeit noch durch. Entsprechend ist Reynauds Schrift über Waldeck-Rousseau durchdrungen vom Appell an die Tugend des „civisme“, an jenen staatsbürgerlichen Gemeinsinn also, der in der liberalen Ethik seit Montesquieu als „erste Pflicht des 'citoyen'“ in den Vordergrund gerückt wurde: Die Republik hatte nicht nur in ihren Organen, sondern im gemeinschaftstragenden Verhalten jedes einzelnen Menschen gegenwärtig zu sein.¹⁰⁶ Der erste und wichtigste Ansatzpunkt für die produktive Fortentwicklung des Bestehenden lag damit in der Überzeugungsarbeit und in der Aufklärung: Die Arbeiterschaft mußte zur Einsicht in die Erfordernisse des Ganzen und in die gegebenenfalls zu erbringenden Opfer kommen; die bürgerlichen Schichten hatten sich ihres bei Reynaud als selbstverständlich zugrundegelegten Führungsanspruchs zu erinnern und durch die Bereitschaft zum politischen Engagement und den Verzicht auf selbstsüchtige Interessenpolitik würdig zu erweisen. Der prinzipiell universelle Anspruch der Republik auf kontinuierliche Perfektionierung findet sich bei Reynaud nurmehr in gebrochener Form: Die Revolution war beendet, das Konzept der egalisierenden sozialen Umwälzung zur Domäne der sozialistischen Linken geworden. Das republikanische Erbe war durch Veränderungen innerhalb des bestehenden Systems einzulösen, im Rahmen der Verfassung und auf evolutionärem Wege.¹⁰⁷

Während die Beschäftigung mit der sozialen Frage innerhalb der persönlichen Präferenzen Reynauds klar zurücktrat, entwickelte sich der Aspekt der Bourgeoisie-Kritik zu einem Motiv, das sich durch sein gesamtes politisches Denken und Arbeiten ziehen, an der Basis einer Reihe von Ideen und Kampagnen liegen und nicht zuletzt eine gewisse Reserviertheit begründen sollte, mit der ihm die eigene politische Klasse trotz allen immer wieder bekundeten Respekts begegnete.

Bis Jahresende 1913 allerdings handelte es sich bei diesen Ideen um nicht mehr oder weniger als die Reformvorstellungen eines bislang im wesentlichen lediglich regionalpolitisch tätigen Juristen. Mit dem Wahljahr 1914 erst ergab sich die Chance zur Bewährung auf nationaler Ebene und die Notwendigkeit zur Präzisierung des Reformwillens.

¹⁰⁶ Burdeau, *Le libéralisme*, S. 113–117 (Zitat). Im deutsch-französischen Vergleich auch: Dieter Langewiesche, *Republik und Republikaner. Von der historischen Entwertung eines politischen Begriffs* (Stuttgarter Vorträge zur Zeitgeschichte 1), Essen 1993, hier: S. 33 (Zitat).

¹⁰⁷ Allgemein zu den hier erwähnten Konnotationen des Republikbegriffs in Frankreich: Nicolet, *L'idée républicaine*, S. 441–445, 497f. Als Beispiel für eine moderne Interpretation, die das Ende der Revolution mit der Festigung der Dritten Republik ansetzt: François Furet, *Penser la Révolution française*, Paris 1978, hier: S. 17. Zum Reformbegriff: Eike Wolgast, *Reform, Reformation*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Hg. v. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, Stuttgart 1984, S. 313–360, bes. S. 344.

b) Die erste Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat im Frühjahr 1914

Die Wahlkämpfe liberaler Politiker der französischen Zwischenkriegszeit wurden bislang in der Forschung noch kaum systematisch in den Blick genommen.¹⁰⁸ Im folgenden soll deshalb anhand der frühen Kampagnen Reynauds bis zu seiner Etablierung als Abgeordneter des zweiten Pariser Arrondissements im Jahre 1928 deren praktischer Ablauf und programmatische Gestaltung exemplarisch untersucht werden. Damit wird es insbesondere möglich sein, Mechanismen der Wahlpromotion zu studieren, das Verhältnis von weltanschaulichen, sachpolitischen und taktischen Motivationen abzuwägen, den postulierten politischen Individualismus des Protagonisten Reynaud näher zu bestimmen und nicht zuletzt – am Beispiel der Nachwahlen von 1926 – die bekannt geringe Kohäsion im rechtsliberalen Milieu konkreter als bisher festzumachen.¹⁰⁹

Paul Reynauds erste Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat auf nationaler Ebene – er war seit August 1913 bereits Conseiller Général für den Canton Saint-Paul in seinem Heimatdépartement Basses-Alpes¹¹⁰ – verlief unter denkbar ungünstigen Umständen. Ohne genauere persönliche Kenntnis des Wahlkreises und seiner politischen Gegner, ohne Gelegenheit zur eingehenden Vorbereitung seiner Kampagne, trat er im April 1914 in der erhitzten Atmosphäre eines Wahlkampfes an, der unter dem Vorzeichen der zähen und langwierigen Debatte um die Reform der französischen Wehrverfassung stand.

Im Juli 1913 war in der Kammer der Abgeordneten nach monatelanger öffentlicher Diskussion ein Gesetz zur Verlängerung des Wehrdienstes von zwei auf drei Jahre verabschiedet worden. Seitens der zivilen und militärischen Führung in erster Linie mit der Gefahr eines deutschen Überraschungsangriffs begründet, in Wahrheit jedoch Ergebnis längerfristiger strategischer und bündnispolitischer Überlegungen, war das Projekt auf erheblichen Widerstand im internationalistisch orientierten sozialistischen und auch im linksrepublikanischen Milieu gestoßen. Dort vertrat man eine andere Verteidigungskonzeption und interpretierte die geplante Vergrößerung des stehenden Heeres als Symptom einer bevorstehenden „reaktionären Wende“ in der Innenpolitik des Landes. Das geschickte Vorgehen der Regierung Barthou, die unter anderem eine baldige Rücknahme der Regelung in Aussicht stellte und versprach, im Zusammenhang der Armeereform die im Lager der Linken und der linken Mitte seit langem geforderte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff zu nehmen, hatte die Verabschiedung des Gesetzes mit den Stimmen auch eines bedeutenden Teils der linksrepublikanischen Abgeordneten ermöglicht. Im Wahlkampf von 1914 stand die Frage erneut auf der Tagesordnung, da sich in der Radikalen Partei, dem numerisch stärksten Träger der Neuregelung im Parlament, das Kräfteverhältnis zwischen Gegnern und skeptischen Befürwortern des Kompromisses zugunsten ersterer neu eingependelt hatte. So

¹⁰⁸ Für die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts: Elfi Bendikat, *Wahlkämpfe in Europa 1884–1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Wiesbaden 1988; auf Parteebene bietet für die Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen vereinzelte Hinweise: Berstein, *Parti radical* I und II, passim.

¹⁰⁹ Siehe dazu auch unten die Kapitel V.1, VI.1 und VI.3.

¹¹⁰ Vgl. hierzu die Wahlaufrufe Reynauds: „Elections au Conseil Général du 3 août 1913. Aux Electeurs du Canton de Saint Paul“ (AN, 74 AP 8).

hatte sich die Parteileitung genötigt gesehen, während des Parteikongresses von Pau im Oktober 1913 ein „Minimalprogramm“ verabschieden zu lassen, in das die Rückkehr zur zweijährigen Wehrpflicht wenn auch nicht als verbindliches, so doch als langfristig anzuvisierendes Ziel aufgenommen worden war. Nicht zuletzt diese fluktuierende Haltung der Radicaux, die zudem im Dezember 1913 mit dem Ministerium Doumergue an die Regierung gelangt waren, hatte zur Bildung einer „liberal-konservative[n] Sammlungsbewegung“, der „Fédération des Gauches“ unter Briand und Barthou geführt. Sie hatte sich gleichermaßen die Verteidigung des Wehrgesetzes und die Bekämpfung der durch die radikale Partei anvisierten Steuerreform auf ihre Fahnen geschrieben.¹¹¹

Ohne parteipolitisch vorbelastet zu sein, erhielt Paul Reynaud im Frühjahr 1914 unter der klaren Vorgabe, für die Verteidigung der „Loi de trois ans“ einzutreten, die Chance zur Kandidatur um einen Sitz in der Chambre des Députés. Seit seinem effektvollen Auftreten als Erster Sekretär der Anwaltskammer hatte für den jungen Juristen der berufliche, gesellschaftliche und private Erfolg nicht auf sich warten lassen. Klug hatte er es vermieden, die Konfrontation auf die Spitze zu treiben, hatte es bei der öffentlichkeitswirksamen Geste unabhängiger Denkart bewenden lassen und die zunächst hartnäckig für einen erweiterten Rahmen außerhalb des „Palais“ angekündigte Rede zu Ehren Waldeck-Rousseaus erst nach Verebben der Unmutswogen publik gemacht. Seit Oktober 1911 als Anwalt an der Pariser „Cour d’assises“, dann am Appellationsgerichtshof tätig, hatte er – seiner Würde als preisgekrönter Gerichtsredner und seinem rasch erworbenen Ruf als vielversprechendes Nachwuchstalents entsprechend – unmittelbar Gelegenheit erhalten, in aufsehenerregenden Fällen von Mord und Bandenwesen zu plädieren.¹¹² Der durchaus wechselhafte Erfolg seiner Tätigkeit als Strafverteidiger tat der wachsenden Achtung keinen Abbruch, die man ihm in Pariser Juristenkreisen entgegenbrachte¹¹³ und die ihm ab Sommer 1912 die Mitarbeit an einer juristischen Kolumne im Feuilletonteil von „Le Temps“ eingetragen hatte.¹¹⁴ Seine Heirat mit der Tochter des einflußreichen Anwalts und späteren Präsidenten der Pariser Anwaltskammer, Henri-Robert, im Februar 1912 als großes gesellschaftliches Ereignis in Szene gesetzt, hatte ihm endgültig Eintritt in führende juristische,

¹¹¹ Zu den Debatten um die „Loi de Trois Ans“ im Überblick: Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 272–281 (Zitat: S. 279). Zur Diskussion der Frage im Vorfeld der Wahlen von 1914 auch: Jean-Jacques Becker, 1914: Comment les Français sont entrés dans la guerre. Contribution à l’étude de l’opinion publique, printemps-été 1914, Paris 1977, S. 62–83. Serge Berstein geht in seiner Überblicksstudie kaum auf die Haltung des Parti Radical zur Frage der Wehrverfassung ein: Berstein, Parti Radical I, S. 77.

¹¹² Vgl. Reynaud, Mémoires I, S. 94–99; „Renseignements concernant Paul Reynaud extraits de son dossier individuel“ (Archives de l’Ordre des avocats à la Cour de Paris).

¹¹³ In seinem ersten Mordprozeß konnte Reynaud die Verurteilung des Angeklagten zum Tode nicht verhindern (Reynaud, Mémoires I, S. 94 f.). Vgl. dagegen die Sammlung von Gratulationsschreiben, die Reynaud im Februar 1913 nach seiner erfolgreichen Prozeßführung für den Anarchisten Reinert zuzugingen, u. a. von Paul Cresson, César Campinchi und Jean Bardoux: „[...] Je n’y était pas, malheureusement pour moi – mais l’écho du Palais qui est bien plus qu’un affectueux témoignage d’un ami, m’est parvenu et tu l’auras entendu déjà toi aussi. Tu as eu un très beau succès. Je m’en réjouis sans en être surpris le moins du monde. [...]“ (Bardoux an Reynaud, undatiert, vermutlich Februar 1913; AN, 74 AP 6).

¹¹⁴ Unter der Rubrik „La vie et le droit“ stellte Reynaud in unregelmäßigen Abständen Rechtsfälle vor und gab juristische Ratschläge in unterhaltsamer Form (vgl. *Le Temps* vom 7. 7., 28. 7., 13. 9., 13. 10., 17. 11., 24. 12. 1912, vom 9. 2., 1. 6., 1. 7., 31. 8., 28. 11. 1913 und 14. 4. 1914).

intellektuelle und politiknahe Kreise verschafft.¹¹⁵ Darüber hinaus unterhielt Reynaud teils verwandtschaftlich begründete Verbindungen zu Honoratiorenkreisen in seiner Heimatregion, die seiner politischen Karriere eindeutig zugute kamen. So war bereits seine Wahl zum Conseiller Général durch die wohlwollende Unterstützung eines Onkels, des Bankiers und ehemaligen Senators des Départements Basses-Alpes, Adrien Gassier, nachhaltig gefördert worden. Für die neuerliche Kandidatur bahnte die Vermittlung und Wahlkampfhilfe eines Senators der Hautes-Alpes, Balthazar Blanc, den Weg.¹¹⁶

Reynaud trat als Ersatzkandidat an, durch den der „parti modéré“ des Départements das „désistement“ seines Bewerbers gegenüber dem erfolgreicherem radikalsozialistischen Kandidaten aufzufangen versuchte, nachdem dieser im ersten Wahlgang vom 26. April knapp ein Drittel der Wählerstimmen auf sich hatte vereinen können. Die geringen Chancen, gegen den Radikalen zu bestehen, der das Département bereits zwei Jahre als Abgeordneter vertreten hatte, hatten Reynaud vor dem ersten Durchgang auf die angetragene Bewerbung verzichten lassen. Auch im Vorfeld des zweiten Wahlgangs jedoch verfügte er im wesentlichen nur über indirekt wirksames Kapital: die Protektion des amtierenden Senators des Départements, der ihn auf seiner kurzen Wahlkampfreise begleitete, die guten geschäftlichen Beziehungen seines Onkels in die Region und schließlich die Schwungkraft der Ideen, die er vertrat. Den unter dem geltenden Persönlichkeitswahlrecht mitentscheidenden „Standortvorteil“ des engen persönlichen Kontakts zur Wählerschaft konnte der im Département völlig unbekannte Pariser Anwalt kaum mehr für sich erschließen.¹¹⁷

Wenn die radikale Partei traditionell im äußersten Südosten Frankreichs, im Rhône-tal und im mittelmeeerischen Süden eine eher schwache Stellung einnahm, so bildete das Département Hautes-Alpes hiervon eine bemerkenswerte Ausnahme.¹¹⁸ Die Bevölkerung hatte sich zudem anlässlich der sozialistischen Petiti-

¹¹⁵ Zum Empfang anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeiten war nahezu das gesamte „Palais“ vertreten, ein eindrucksvoller Ordnungsdienst mühte sich um die Bändigung der Menschenmassen: vgl. „Le Barreau marie sa fille“, in: *Le Cri de Paris*, Februar 1912.

¹¹⁶ „M. Reynaud, originaire de Barcelonnette (Basses-Alpes), est neveu de M. Gassier, banquier en cette ville, ancien député et sénateur des Basses-Alpes. C'est grâce à l'influence très grande de son parent, que M. Reynaud est devenu, l'an dernier, conseiller général dans ce département. [...]“ („Département des Hautes Alpes. Elections législatives du 26 avril 1914.“ – Präfektenbericht an das Innenministerium, 5. 5. 1914; Archives Départementales des Hautes-Alpes (künftig: AD Hautes-Alpes), 3 M 242). In den entsprechenden Abschnitten seiner Memoiren schweigt sich Reynaud über diesen Aspekt seines politischen Fortkommens weitgehend aus: Reynaud, *Mémoires* I, S. 102–104.

¹¹⁷ „[...] C'est à raison, également, des relations qu'entretient M. Gassier, nommé banquier, dans le départ des Htes Alpes, que M. Reynaud a songé à se présenter dans l'arr^t de Gap où, personnellement, il était complet¹ inconnu, jusqu'à ces dernières semaines. [...]“ (Präfektenbericht an das Innenministerium, 5. 5. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242). Nur 10 Tage vor Durchführung der zweiten Abstimmungsrunde hatte sich Reynaud in einer knapp gehaltenen, an die Wähler des Kreises adressierten Wahlkampfbroschüre vorgestellt und zu persönlichem Kennenlernen im Beisein des Senators Blanc gebeten (30. 4. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242).

In einem Rundbrief an die Wählerschaft bat ein amtierender Conseiller Général darum, „Aktivität“ und „Einfluß“ zugunsten der Kandidatur Reynauds zu entfalten. Beigefügt waren zwei Wahlzettel auf den Namen Reynaud (Auguste Tourrés, Rundbrief v. 7. 5. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242). Zu den Umständen der Aufstellung Reynauds und zu den Beziehungen des Senators Gassier im Département vgl. den Präfektenbericht v. 30. 4. 1914 (AD Hautes-Alpes, 3 M 242).

¹¹⁸ Berstein, *Parti Radical* I, S. 84.

onskampagne vom Frühjahr 1913 als überdurchschnittlich mobilisierbar gegen die „loi de trois ans“ erwiesen, und dies, obwohl die SFIO von ihrem Mitgliederstand her im Département nur unterdurchschnittlich präsent war.¹¹⁹

Offiziellerseits als der „Fédération des Gauches“ nahestehend betrachtet¹²⁰ und von der radikalsozialistischen Presse als „Briandiste“ angesprochen¹²¹, trat Reynaud als unabhängiger republikanischer Kandidat unter dem vagen Etikett des „Républicain de Gauche“ auf.¹²² Er berief sich damit auf eine reputierte Gruppierung, die in der Chambre des Députés neben der „Gauche démocratique“ traditionell als wichtigster Sammlungsort der rechts vom „Parti Radical“ stehenden parlamentarischen Mitte auftrat.¹²³ Wie bereits im Vorfeld seiner Kandidatur vermutet worden war¹²⁴, präsentierte er sich über eine klar republikanisch ausgerichtete „profession de foi“, ohne sich zum Wahlprogramm einer der bestehenden politischen Parteien zu bekennen. Als ein der „Alliance Républicaine Démocratique“ nahestehender Politiker ist Reynaud erst gegen Jahresende 1921 faßbar, als er am Parteitag der Gruppierung intervenierte.¹²⁵ Ein Bekenntnis zu dieser Gruppierung wäre nach deren Rechtswendung im Vorfeld der Wahlen in der konkreten Situation auch politisch wenig opportun gewesen und hätte zweifellos der Taktik der radikalsozialistischen Partei in die Hände gearbeitet. Diese betrieb den Wahlkampf auch im Département unter dem Anspruch, die Werte der laizistischen Republik gegen jene „reaktionäre“ Koalition aus Anhängern der „Loi de trois ans“ zu verteidigen, zu der sich traditionell konservative Gruppen mit eher gemäßigten Kreisen zusammengefunden hätten.¹²⁶

So war Reynaud in seinem Wahlprogramm spürbar bemüht, jeden Verdacht illiberaler Gesinnung von vorneherein zu entkräften, mehr noch, auch linksliberalen Wählern Möglichkeiten zur Identifizierung zu bieten. Er stellte die „Loi de trois ans“ in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes und übernahm die gängige Argumentation ihrer Befürworter vom drohenden deutschen Überraschungs-

¹¹⁹ Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 75–77. Nach seinen Berechnungen ergibt sich für das Département Hautes-Alpes ein Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Anzahl der eingereichten Petitionen von 186:1; angesichts eines Durchschnittswerts von 1453:1 für die Gruppe der Départements, die bezüglich der Präsenz der SFIO als vergleichbar angesetzt werden konnten, kann also eine bemerkenswerte „Ansprechbarkeit der Bevölkerung“ für die Kampagne festgestellt werden. Die geschätzte Mitgliederzahl der SFIO im Département betrug dagegen unter 100, was die Region im nationalen Vergleich im untersten Bereich rangieren ließ (Ebenda, S. 76, Anm. 97).

¹²⁰ Präfektenbericht, 5. 5. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242.

¹²¹ *Les Alpes Républicaines*, 11. 5. 1914.

¹²² Wahlbroschüre Reynauds, 30. 4. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242.

¹²³ Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 233.

¹²⁴ „[...] Je vous fixerai, dès que j'en aurai connaissance, sur l'étiquette politique que prendra M. Reynaud. Il est vraisemblable que, par tactique électorale, il va établir une profession de foi nettement républicaine.“ (Präfektenbericht, 30. 4. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242).

¹²⁵ Vgl. *La République Démocratique*, 25. 12. 1921. Das genaue Eintrittsdatum in die „Alliance“ ist nicht mehr festzustellen. Auch die noch für die Benutzung gesperrte Personalkartei der Partei scheint hierüber aber keine Informationen zu bieten (Mitteilung der Handschriftenabteilung der Pariser Nationalbibliothek an den Verfasser, 23. 10. 1995).

¹²⁶ Vgl. dazu die Stellungnahme des „Comité Exécutif“ des Parti Radical zu den bevorstehenden Wahlen, in: *Le Radical*, 12. 4. 1914; dazu auch Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 222 f. Zur entsprechenden Argumentation des radikalsozialistischen Kandidaten im Département Hautes-Alpes, Victor Peytral, vgl. etwa „Victoire Républicaine“, in: *Les Alpes Républicaines*, 11. 5. 1914.

angriff¹²⁷, hütete sich aber vor nationalistischen Übertreibungen. Mit der Forderung nach baldmöglichster Wiederabschaffung setzte er sich zudem klar vom dogmatischeren Standpunkt der „Fédération des Gauches“ ab, was ihn aber nicht hinderte, sich in diesem Zusammenhang auf deren Führer Briand und Barthou ebenso zu berufen wie auf den radikalsozialistischen Regierungschef Doumergue, der sich in seiner Antrittserklärung zu loyaler Ausführung des verabschiedeten Wehrdienstgesetzes bereit gezeigt hatte.¹²⁸

Eine ähnliche Gratwanderung zwischen rechts- und linksrepublikanischen Positionen vollführte Reynaud in der Frage der Reform des Steuerwesens, die nach Amtsantritt der Regierung Doumergue und unter Federführung des Finanzministers Caillaux wieder zu einem tagespolitischen Thema ersten Ranges avanciert war. Im Jahre 1909 durch die Deputiertenkammer beschlossen, war die Modernisierung des in seinen Grundzügen noch auf den Regelungen der Französischen Revolution beruhenden Einkommensteuersystems bis dahin am Widerstand des Senats gescheitert. Der Vorschlag Caillaux' auf Einführung einer Kapitalsteuer nicht zuletzt zur Finanzierung der geplanten Aufrüstungsmaßnahmen hatte die Debatte im Januar 1914 neu entfacht, zumal das von ihm unterstützte Kammergesetz ebenfalls vorwiegend die begüterteren Schichten zur Finanzierung der kommenden finanzpolitischen Lasten heranzuziehen drohte. Ende März 1914 hatte die Kammer trotz einer heftigen Kampagne in der konservativen Presse, die mit Caillaux die allgemeine Linksbewegung der französischen Innenpolitik zu treffen versucht hatte, mit großer Mehrheit dem Kern der Einkommensteuerreform zugestimmt. Damit war nicht nur die relativ stärkere Belastung der vermögenden Schichten festgeschrieben, sondern überdies das Prinzip der progressiven Steigerung des Steuersatzes und die Pflicht zur Offenlegung der Einkommensverhältnisse in das französische Steuersystem eingeführt worden.¹²⁹

Reynaud zeigte wiederum wenig Berührungsängste gegenüber der radikalsozialistisch inspirierten Steuerreform, die in der öffentlichen Diskussion von konservativer Seite als Fanal des Systemsturzes verunglimpft und immerhin auch durch die „Fédération des Gauches“ noch vor Beginn des Wahlkampfes als zum gegebenen Zeitpunkt verfrüht abgelehnt worden war.¹³⁰ Klar trat er für die Einführung der Einkommensteuer in der kommenden Legislaturperiode ein und

¹²⁷ Nach eigenen Angaben durch eine Rede Louis Barthous von der drohenden deutschen Gefahr überzeugt, veranschaulichte Reynaud seine Kampagne für die Beibehaltung der Wehrdienstverlängerung in den Wahlversammlungen durch die Demonstration des deutschen Angriffsplanes über belgisches Territorium (Reynaud, *Mémoires* I, S. 103 f.).

¹²⁸ „Je crois comme les ministères Poincaré, Briand, Barthou et Doumergue que la loi de trois ans est indispensable à la défense du territoire: c'est la rançon de la paix. Si les circonstances le permettent un jour, je serai des premiers à demander l'allègement de ce lourd fardeau. [...]“ (Paul Reynaud, „Aux Electeurs de l'Arrondissement de Gap“, April/Mai 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 243).

Zur Regierungserklärung Doumergues vgl. Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 175–178.

¹²⁹ Der Senat verabschiedete das Gesetz Mitte Juli 1914; Ende März hatte die Finanzkommission der Abgeordnetenversammlung zudem Caillaux' Kapitalsteuerprojekt in seinen großen Linien übernommen. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhinderte die Verabschiedung und Anwendung der Reform.

Zu den Debatten um und den Hintergründen der Steuerdiskussion vgl. Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 187–218. Zur Vorgeschichte auch: Rudolf von Albertini, *Die Diskussion um die französische Steuerreform, 1907–1909*, in: Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte 13 (1955), S. 183–201.

¹³⁰ Dazu Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik*, S. 210 f.

befürwortete in verklausulierter Form auch die zu diesem Zeitpunkt noch nicht verabschiedete Steuer auf Kapitalerträge. Diese Zustimmung zur Steuerreform, die er, wie sich gezeigt hatte, mit einer weit in die Mitte reichenden parlamentarischen Mehrheit teilte, ist als Tatsache allein weniger interessant als die Art und Weise, in der er sein Engagement mit „antikapitalistischer“ Argumentation verband.¹³¹ Der Gedanke lag in der Luft, seit der Vorgänger Doumergues' im Amt des Regierungschefs, Louis Barthou, versprochen hatte, zur Aufbringung der Kosten der „Loi de trois ans“ besonders die vermögenden Schichten heranzuziehen. Reynaud nutzte die Diskussion, um sich als Verteidiger der Interessen der „classe moyenne“ zu stilisieren. Sein Vorgehen implizierte nicht nur die Wendung gegen die härtesten organisierten Gegner der finanzpolitischen Neuregelungen wie die führenden Wirtschaftsverbände und die Handelskammern.¹³² Er zeigte sich überdies unbeeindruckt von der ungemein heftigen Kampagne, die seit Anfang Januar 1914 nahezu in der gesamten bürgerlich-gemäßigten und rechten Presse unter dem Vorzeichen des Systemerhalts und der Verteidigung sozio-ökonomischer Besitzstände gegen die Steuerpolitik der Regierung Doumergue/Cailiaux geführt worden war.¹³³ Im Hinblick auf die Kluft, die sich in dieser Frage zwischen bürgerlicher Interessenpolitik und öffentlicher Meinung auftat, hatte sich Reynaud für die zweifellos populäre Forderung nach mehr Steuergerechtigkeit zum baldmöglichsten Zeitpunkt entschieden. Daß er mit der Ablehnung der Deklarationspflicht für Einkommen einen zentralen Kritikpunkt der Reformgegner aufgriff, änderte nichts daran, daß er sich durch seine Thesen gegen die erklärten Interessen der „besitzenden Schichten“ exponiert hatte. Der Programmpunkt verrät sicherlich ein gerüttelt Maß an wahltaktisch begründetem Entgegenkommen gegenüber der radikalsozialistischen Klientel seines Gegners; er stellt aber auch die logische Fortsetzung der Bourgeoisie-Kritik dar, die Reynaud im Vorjahr so vehement vorgetragen hatte. Diese war in der Tat kein beliebiges Accessoire in einer für gewöhnlich eher wenig aussagekräftigen „profession de foi“. Sie war mehr noch eine Denkfigur, die sich zu einem Leitmotiv des politischen Handelns Reynauds entwickeln sollte. Dies gilt in ähnlicher Weise für weitere seiner programmatischen Festlegungen: Sowohl die Idee der Einführung eines „scrutin élargi avec représentation des minorités“, also des Verhältniswahlrechts, wie auch seine Vorschläge zur Revision der Verfassung im Sinne einer Beschleunigung der parlamentarischen Arbeit prägten im Kern bereits seine Hommage an Waldeck-Rousseau und beschäftigten ihn im Verlaufe seines politischen Lebens bei durch- aus unterschiedlicher Akzentsetzung wiederholt.

Der Vergleich der Wahlkampfprogramme Reynauds und seines wichtigsten Gegners Peytral zeigt darüber hinaus, daß die Unterschiede zwischen den Positionen bei Nähe besehen bedeutend weniger groß waren, als dies von beiden in ihren

¹³¹ „[...] Il est indispensable que l'impôt sur le revenu soit voté par la prochaine législature. Mais je suis l'adversaire de la déclaration contrôlée qui entraînerait l'inquisition fiscale, la violation du secret des familles et des affaires et finalement la faillite de cette réforme. J'estime que la réforme fiscale ne doit pas être un moyen d'oppression de la classe moyenne au profit des capitalistes qui pourraient se soustraire à l'impôt par l'émigration des capitaux.“ (Paul Reynaud, „Aux Electeurs de l'Arrondissement de Gap“, April/Mai 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 243).

¹³² Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 208 f.

¹³³ Zur Pressekampagne vgl. Ebenda, S. 209–218.

Wahlkampfpublikationen dargestellt wurde. Das gilt für die Stellung zum Wehrgesetz, hinsichtlich dessen sich der Radikalsozialist auf den Formelkompromiß des Parteikongresses von Pau berief und Reynaud eine klare, aber nicht dogmatische Position einnahm ebenso wie für das Steuerproblem, in dessen Behandlung Reynaud sich dem radikalen Standpunkt annäherte. Die in der Forschung lange thematisierte, vermeintlich dramatische Blockbildung im Wahlkampf von 1914 zwischen der Linken und der Rechten, zwischen Gegnern und Anhängern der „Lois de trois ans“ fand im Département Hautes-Alpes nicht statt. Die Position Reynauds ist ein schlagendes Beispiel dafür, daß von der durch die zeitgenössische extreme Linke und Rechte postulierten zwangsläufigen Koppelung der verteidigungspolitischen Option für das Wehrgesetz und der „reaktionären“ Ablehnung der Steuerreform selbst für den Wahlkampf nicht-radikaler Republikaner nicht gesprochen werden kann.¹³⁴ Die schwach ausgeprägte Parteidisziplin und die geringe Bindekraft von ad hoc gebildeten Wahlhilfskomitees republikanischer Kandidaten favorisierten die Ausformung persönlicher Programmatiken. Im Falle Reynauds resultierte daraus eine „profession de foi“, die sehr viel deutlicher von der unabhängigen Beurteilung von Sachfragen und der taktischen Rücksichtnahme auf die Wählerschaft als von der bewußten Unterordnung unter eine „linke“ oder „rechte“ Doktrin zeugte.

Entsprechend dem nationalen Trend knapp fiel das Ergebnis des zweiten und entscheidenden Wahlganges aus. Zwar wurde Reynaud um über tausend Stimmen geschlagen, doch gelang es ihm in immerhin 5 von 14 Cantons des Arrondissements, darunter im Hauptort Gap, die Stimmenmehrheit zu erlangen.¹³⁵ Diese von außenstehenden Beobachtern erstaunlich exakt vorhergesagte Niederlage¹³⁶ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Reynaud in der Region in ein dauerhaftes und sich fortspinnendes Netz persönlicher Solidaritäten eingebunden war, das selbst Wahlen auf nationaler Ebene nahezu Kooptations-Charakter verlieh. So wie sich seine beiden Onkel Aimé und Adrien Gassier als „Kandidatenmacher“ des Départements Basses-Alpes hervorgetan und die Wahl unter anderem des späteren Erziehungs- und Kultusministers André Honnorat entscheidend befördert hatten¹³⁷, so unterstützte der gleichermaßen begünstigte Reynaud 1914 selbst die Kandidatur seines Freundes Honnorat im Nachbardépartement. Im Jahre 1919 leistete der installierte Abgeordnete Honnorat dann umgekehrt Reynaud Wahlhilfe, als dieser sich im Département Basses-Alpes erneut um ein Mandat be-

¹³⁴ Dieser Befund stützt die Kritik Gerd Krumeichs an der „Polarisierungs-These“ u.a. in den Arbeiten von François Goguel, Georges Bonnefous und Jean-Jacques Becker (Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik, S. 219f.; dort auch genauere Nachweise zu den kritisierten Textstellen).

¹³⁵ Reynaud unterlag mit 5803 gegen 7217 Stimmen seines Konkurrenten. Zu den Ergebnissen des zweiten Wahlgangs vom 10. Mai 1914 vgl. Georges Lachapelle, Elections législatives des 26 avril et 10 mai 1914, Paris 1914; *Les Alpes Républicaines*, 11. 5. 1914.

¹³⁶ In seinem Resümee nach dem ersten Wahlgang hatte der Präfekt bereits die Prognose abgegeben, daß Reynaud durch seinen Gegner um über tausend Stimmen geschlagen werden würde (Präfektenbericht, 30. 4. 1914; AD Hautes-Alpes, 3 M 242).

¹³⁷ „[...] Ils eurent, pendant toute leur vie, son frère Aimé et lui [Adrien Gassier; A.d.V.], tous deux conseillers généraux, une influence politique qui alla jusqu'à faire élire député de Barcelonnette un chroniqueur parisien, Henry Fouquier [...]. Ils eurent la main plus heureuse en choisissant ensuite un homme de valeur, Paul Delombre qui fut ministre du commerce. [...] Paul Delombre battu, ils firent ensuite élire mon ami André Honnorat [...]“ (Reynaud, Mémoires I, S. 28f.)

warb.¹³⁸ Die „Berufung“ Ortsfremder war dabei wie im Falle Reynauds kein Einzelereignis, sondern besonders in den alpinen Départements des französischen Südostens durchaus an der Tagesordnung. Das Interesse ambitionierter Kandidaten an einem „aufnahmebereiten“ Wahlkreis traf sich hier mit dem Wunsch lokaler Honoratioren nach einem einflußreichen bzw. immerhin vielversprechenden Bewerber oder dem Bestreben regionaler Eliten, örtliche Konkurrenten durch die Einführung außenstehender „parachutés“ auszusteichen, welche dann wiederum ihren Förderern verpflichtet sein würden.¹³⁹

Trotz der vorhersehbar geringen Erfolgsaussichten scheint Reynaud seine Niederlage nicht ohne Enttäuschung aufgenommen zu haben. In einer Dankesadresse an seine Wähler konstatierte er mit bitterem Unterton, als „Fremder“ denunziert worden zu sein, und beklagte sich über „unwürdige“ Eingriffe der Verwaltung zugunsten des radikalsozialistischen Gegners.¹⁴⁰ Bald jedoch sollten für den ambitionierten Jungpolitiker andere und bedeutendere Umstände privater und überpersönlicher Art in den Vordergrund seines Interesses treten. So galt es im Frühjahr 1914 zunächst, die Verwaltung des nicht unbedeutenden Erbes zu regeln, das nach dem Tod des Vaters Alexandre Reynaud am 15. Dezember 1913 der Witwe und den vier Kindern zugefallen war, ohne daß durch testamentarische Verfügung das weitere Schicksal des in Mexiko und Paris ansässigen Familienunternehmens bereits bestimmt gewesen wäre.¹⁴¹ Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und dem frühen Tod des älteren Bruders Albert, der als Nachfolger in der Geschäftsleitung vorgesehen gewesen war, sah sich Reynaud neuen familiären Problemen gegenüber. Ihm erwuchs daraus die zusätzliche Bürde, als neues Oberhaupt der Familie insbesondere für deren finanzielle Belange Vorsorge treffen zu müssen.¹⁴²

Zunächst aber forderte der Krieg auch von ihm seinen Tribut. Ab dem ersten Tag mobilisiert, blieb er bis April 1919 Soldat, war an der Westfront eingesetzt und bereiste in besonderer Mission den russischen Kriegsschauplatz.

¹³⁸ Vgl. den durch Reynaud mitunterzeichneten Wahlaufruf zugunsten André Honnorats: „Elections législatives du 26 avril 1914. Aux Electeurs de l'Arrondissement de Barcelonnette“, in: *Journal de Barcelonnette*, 22. 4. 1914. Zur Bewerbung Reynauds im November 1919 vgl. Kapitel V.1 dieser Arbeit.

¹³⁹ Vgl. Le Béguec, *L'entrée au Palais-Bourbon*, S. 582 f. Eine systematische Untersuchung des Phänomens steht noch aus, allerdings scheint eine ähnliche Situation auch in den Départements Lot und Corrèze zu beobachten gewesen zu sein. Für das Département Alpes-Maritimes wurden die Beziehungen zwischen ortsfremden Kandidaten und lokalen Eliten genauer untersucht durch die Arbeiten von Jacques Basso, u.a.: Ders., *Les élections législatives dans le département des Alpes-Maritimes 1860–1939*, Paris 1968.

¹⁴⁰ Das Dankschreiben Reynauds an seine Wähler findet sich abgedruckt in: *Journal de Barcelonnette*, 17. 5. 1914.

¹⁴¹ Vgl. dazu etwa den Brief Reynauds an seinen mexikanischen Anwalt Uribe vom 11. 5. 1916 (AN, 74 AP 6). Nach einer Aufstellung des Notars der Familie belief sich das Gesamtvermögen Alexandre Reynauds auf knapp eine Million Francs, genau auf 976 842 Francs 80 Centimes („Notoriété après le décès de M. Reynaud Alexandre“, 12. 6. 1914; ebenda).

¹⁴² Reynaud, *Mémoires I*, S. 109.

IV. Paul Reynaud im Ersten Weltkrieg

Daß die kriegserische „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, die soldatische Erfahrung von permanenter unmittelbarer Existenzgefährdung und Tod, der Verlust naher Angehöriger und das Erlebnis der Verwüstung heimatlicher Landstriche Paul Reynaud ebenso tief prägte wie eine ganze Generation französischer Frontsoldaten, zeichnet sich in den wenigen erhaltenen Äußerungen ab, vor allem in den Resten seines Frontbriefwechsels.¹ Anders aber als dem Großteil jener „génération du feu“, und anders auch als einem Teil der politischen Klasse, mit der Reynaud nach 1918 in engen Kontakt treten sollte, blieben ihm das „Grabenerlebnis“ und der längere Dienst in einer Kampfeinheit erspart. An den persönlichen Solidaritäten und den Ansätzen zu einer gemeinsamen Mentalität der Frontgeneration, die daraus erwachsen und die in der Zwischenkriegszeit bedeutende historische Wirkmächtigkeit erlangten, hatte Reynaud daher nur in begrenztem Maße Anteil. Noch im Jahre 1940 etwa konnte er dem Image des „ancien combattant“, das ein Edouard Daladier geschickt nutzte, um Autorität und Kompetenz in militärischen Fragen zu demonstrieren, wie auch dem daraus resultierenden Rückhalt seines politischen Konkurrenten in Frontkämpferkreisen und in der Generation der neuerlich zu den Waffen Gerufenen nur wenig entgegensetzen.²

Reynauds Kriegserleben unterschied sich von dem der breiten Masse seiner Generation, da er aufgrund seiner ausgesprochen privilegierten Verwendung den Kontakt mit der Sphäre des „Zivilisierten“, mit geistiger Tätigkeit und auch mit dem Bereich des Politischen nicht lange verlor. So sind in den erhaltenen Aufzeichnungen, die sein Kriegserlebnis widerspiegeln, persönliche Betroffenheit und Fronterlebnis weitaus weniger faßbar als die Lust am Erkennen und Bewerten politischer Zusammenhänge, Vermittlerleidenschaft und nicht zuletzt ein Zug von Weltläufigkeit und Abenteuerertum.

Als Sergent und Mitglied der Territorialarmee leistete er zunächst Dienst in verschiedenen motorisierten Nachschub- und Krankentransporteinheiten, bevor er nach schwerer Krankheit ab Juli 1917 für einige Monate durch das Kriegsministerium abgestellt wurde, um als Mitarbeiter eines direkt dem Ministerpräsidenten

¹ Einige Überreste seines Briefwechsels mit einem Familienmitglied, vermutlich seinem Cousin Maurice Gassier, von Juni bis Dezember 1916 finden sich im Nachlaß (AN, 74 AP 6).

² Der sechs Jahre jüngere Edouard Daladier, im Juli 1914 Bürgermeister von Carpentras (Vaucluse), beendete den Krieg als mehrfach verwundeter und ausgezeichneter Frontsoldat (Elisabeth du Réau, Edouard Daladier. 1884–1970, Paris 1993, S. 28–36); zu Geschichte, sozialer Struktur und Mentalität der französischen Frontkämpfervereinigungen vgl. Antoine Prost, Les anciens combattants et la société française (1914–1939), 3 Bände, Paris 1977. Bezeichnend für das schwierige Verhältnis Reynauds zu den Frontkämpfern ist der Tagebucheintrag Jean-Paul Sartres vom 28. März 1940: „Les soldats, ici, reprochent à Reynaud de n'avoir pas dit un mot dans son allocution radiodiffusée sur ‚l'héroïsme de nos vaillants soldats‘. ‚Daladier n'y manquerait jamais, lui!‘ disent-ils avec regret.“ (Jean-Paul Sartre, Les carnets de la drôle de guerre. Novembre 1939 – Mars 1940, Paris 1983, S. 431).

unterstellten Komitees an der Rekrutierung slawischer Freiwilliger mitzuwirken.³ Die Bewährung in dieser Funktion verschaffte ihm im Sommer 1918 die Chance, in Begleitung des französischen Oberkommandierenden der neugegründeten tschechischen Armee seine Fähigkeiten zu erproben.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs war die seit mehr als einem halben Jahrhundert schwebende Frage einer tschechischen Nationalstaatsgründung neu in Bewegung geraten.⁴ Vor dem Hintergrund der kriegsbedingten Einschränkung parlamentarischer und staatsbürgerlicher Rechte in Österreich-Ungarn und konfrontiert mit der Gefahr der Rücknahme bereits erreichter Reformen im deutsch-tschechischen Verhältnis, zweifelte man in den tschechischen Bevölkerungsteilen der Habsburgermonarchie zunehmend an der Ausgleichsbereitschaft der Staatsführung. Neben einer wachsenden innerösterreichischen Oppositionsbewegung in Böhmen und Mähren entstand bereits seit den ersten Kriegsjahren eine exil-tschechische Bewegung, die sich auf Kolonien in den USA, in Großbritannien, Frankreich und Rußland stützen konnte und durch die unermüdliche Reise- und Vermittlungstätigkeit dreier Exilpolitiker – Thomas Masaryk, Edvard Beneš und Milan R. Štefánik – bis Sommer 1917 weitgehend auf das nationaltschechische Programm Masaryks und Beneš' eingeschworen wurde. So hatte man bereits im Februar 1916 in Paris, das die stärkste tschechische Kolonie in Westeuropa beherbergte, einen „Conseil national des pays tchèques“ gegründet, dem künftig die einheitliche Interessenvertretung gegenüber der Entente zukommen sollte. Man entfaltete – zunächst in Paris, dann nach ähnlichem Muster auch in London – eine intensive Propagandatätigkeit, die Kontakte zu slawophilen Kreisen in Presse, Universität und Politik schuf und nutzte, um die eigenen, der Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannten Anliegen bekanntzumachen.⁵

Zu definitiven Zusagen war die französische Regierung, der Hauptansprechpartner des Pariser Nationalrats, indes gegenüber der exiltschechischen Bewegung so lange nicht bereit, als die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Österreich-Ungarn und damit eine möglicherweise kriegsentscheidende Spaltung der Mittelmächte nicht auszuschließen war.⁶ Angesichts dieser Konstellation setzten Masaryk und Beneš zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zunehmend auf den Aufbau einer tschechischen Armee und deren Eingreifen in den Krieg gegen die Mittelmächte. In Verhandlungen, die Edvard Beneš zwischen Juni und September 1917 mit dem Quai d'Orsay führte, einigte man sich darauf, tschechische Truppen

³ „Etat des Services de M. Reynaud, Jean, Paul“ (SHAT, Dossier Reynaud, Paul, No. 42325); vgl. auch Reynaud, *Mémoires* I, S. 109f.

⁴ Die folgenden Ausführungen beruhen im wesentlichen auf der nach wie vor besten Überblicksdarstellung: Ernst Birke, *Der Erste Weltkrieg und die Gründung der Tschechoslowakei 1914–1919*, in: Karl Bosl (Hg.), *Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder*. Band III, Stuttgart 1968, S. 239–446, hier: 274–446, sowie auf: Piotr S. Wandycz, *France and Her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962, S. 3–26.

Vgl. dazu auch: Frantisek Kolár, *Edouard Beneš et le Conseil national tchécoslovaque*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 169 (1993), S. 9–15; Martin Nechvatal, *La naissance d'une armée tchécoslovaque en France*, ebenda, S. 37–41; Jörg K. Hoensch, *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1978*, Stuttgart u. a. 21978, S. 11–26.

⁵ Vgl. Birke, *Gründung*, S. 311; Kolár, Beneš, S. 9–11.

⁶ Vgl. Birke, *Gründung*, S. 316 und 359f.; Wandycz, *Eastern Allies*, S. 9–11.

aus aller Welt in Frankreich zusammenzuziehen, als unabhängige Einheiten im Rahmen der französischen Armee der alleinigen politischen Führung durch den Pariser Nationalrat zu unterstellen und an der Westfront einzusetzen.⁷ Dabei galt das besondere Augenmerk sowohl der exiltschechischen Führung als auch der französischen Organisatoren des ambitionierten Planes zunächst dem russischen Kriegsschauplatz, baute man doch auf die Remobilisierung des enormen, in russischen Kriegsgefangenenlagern festgesetzten Potentials an tschechischen, ehemals unter österreichischer Fahne kämpfenden Soldaten. Nach Rekrutierungsreisen Stefániks und Masaryks im Jahre 1916 und im Sommer 1917 umfaßte das mit Genehmigung des russischen Generalstabs aufgestellte Kontingent bis Ende 1917 etwa acht Regimenter in zwei Divisionen, von denen im Frühjahr 1918 Teile in Kämpfe mit den in die Ukraine vorrückenden deutschen Truppen verwickelt wurden.⁸ Zum Oberbefehlshaber der tschechischen Truppen wurde General Maurice Janin, ehemals Leiter der französischen Militärmission in Rußland, ernannt, der im August 1918 nach Sibirien abreiste.⁹

Mit dem Ausbruch der russischen Revolution und dem Friedensschluß von Brest-Litowsk im März 1918 hatten sich die diplomatischen Rahmenbedingungen wie auch die innerrussischen Gegebenheiten, die für das weitere Schicksal der tschechischen Legion bestimmend sein sollten, grundlegend geändert. Seitens der Alliierten begann nun im Kontext der Verhandlungen um die Wiedererrichtung einer Front im Osten ein intensives Tauziehen um die weitere Verwendung dieser Truppen, die nach dem Ausscheiden des russischen Bündnispartners den einzigen nennenswerten alliierten Verband auf russischem Boden bildeten. Dabei gab die französische Führung, ursprünglich angesichts der bedrohlichen Lage an der Westfront im Frühjahr 1918 an der Einschiffung einer möglichst großen Zahl tschechischer Soldaten nach Frankreich interessiert, bis zum Sommer 1918 ihren zähen Widerstand gegenüber der britischen Forderung, die Legion als Kern einer alliierten Interventionstruppe in Sibirien zu belassen, weitgehend auf.¹⁰ Für diese

⁷ Über die langwierigen Verhandlungen berichtet Beneš ausführlich in seinen Memoiren: *Edvard Beneš, Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution*, Prag 1928, S. 214–231, 351–353. Vgl. auch Birke, *Gründung*, S. 361.

Am 21. April 1918 schloß Stefánik mit der italienischen Regierung ein ähnliches Abkommen über die Bildung einer unabhängigen tschechoslowakischen Armee aus ehemaligen Kriegsgefangenen ab (Unterberger, *United States*, S. 63).

⁸ Vgl. Birke, *Gründung*, S. 314 und 351 f.

⁹ Maurice Janin, im Dezember 1915 zum Brigadegeneral ernannt, war nach Kriegseinsätzen an der Westfront und einer Verwendung im Stab des Generals Joffre im April 1916 als ausgewiesener Rußlandexperte zum Leiter der französischen Militärmission in Petrograd ernannt worden. Bis zu seiner Abreise Ende 1917 leistete er vor allem Vermittlerdienste zwischen dem französischen und dem russischen Oberkommando und versuchte, den Kriegseintritt Rumäniens an der Seite der Entente zu erreichen. Im August 1916 machte Janin hier die Bekanntschaft von Milan R. Stefánik, woraus sich eine langjährige enge Zusammenarbeit entwickeln sollte (vgl. Dusan Kovác, *Deux hommes dans la Grande Guerre: Maurice Janin et Milan Rastislav Stefánik*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 169 (1993), S. 51–58).

¹⁰ Vgl. zu den langwierigen französisch-englischen Verhandlungen um die Verwendung der tschechischen Legion ab Februar 1918: Michael Jabara Carley, *Revolution and intervention: the French Government and the Russian civil war, 1917–1919*, Kingston 1983, S. 33 ff.

Die Studie von Michael Kettle, *Russia and the Allies 1917–1920. Band 2: The Road to Intervention. March–November 1918*, London/New York 1988, datiert die Wende der französischen Haltung anhand englischen Archivmaterials auf Anfang August (Kettle, *Russia*, S. 49–302, hier: 302). Unter Zuziehung einzelner französischer Archivalien gibt die Gespräche wieder: Betty Miller Unterber-

Entscheidung waren der Entschluß Wilsons, amerikanische Truppen in begrenztem Maße an der Intervention zu beteiligen, ebenso maßgeblich wie die im Sommer 1918 sich stabilisierenden Transporte amerikanischer Truppen nach Europa und das endgültige Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive an der Westfront im Juli. In einer Direktive an General Janin vom 7. August 1918 wies Clemenceau die tschechischen Verbände zu enger Zusammenarbeit mit den alliierten Landungstruppen an, um so, ausgehend von der sibirischen Transkontinentalen, ein dichtes Widerstandsnetz gegen die deutsche Ausdehnung nach Osten zu knüpfen.¹¹

Reynauds Tätigkeit in der Rekrutierungskommission hatte ihm nicht nur die Bekanntschaft mit Edvard Beneš eingetragen, sondern auch die besondere Aufmerksamkeit seines militärischen Vorgesetzten, General Maurice Janin. Intelligenz, Takt, Diskretion und nicht zuletzt Welterfahrenheit waren es, die dieser offenbar an seinem Mitarbeiter schätzte, dessen er sich im August 1918 erinnerte, als es darum ging, einige Offiziere zur Einrichtung eines regelmäßigen Kurierdienstes zwischen Paris und der sibirischen Mission auszuwählen. Nach fünfmonatiger weiterer Verwendung als Zugführer in einer Sanitätstransporteinheit, die während der deutschen Frühjahrsoffensive an der Aisne 1918 schwere Verluste erlitt, wurde Reynaud nach Paris zurückbeordert und auf ausdrückliches Verlangen Janins dessen Delegation mit Wirkung vom 31. August 1918 zugeteilt.¹²

Am 10. September 1918 verließ Reynaud Frankreich von Brest aus an Bord des Passagierschiffs „France“, das als Truppentransporter amerikanische Soldaten nach Europa gebracht hatte. Mit ihm traten nur einige als Instruktoren für die amerikanische Armee bestimmte Offiziere die Reise auf dem menschenleeren Schiff an – begleitet von ständiger Furcht vor der Torpedierung durch deutsche Unterseeboote und, was Reynaud anging, in wehmütiger Erinnerung an den Beginn seiner Weltreise elf Jahre zuvor.¹³ Nach Zwischenaufenthalten in New York

ger, *The United States, Revolutionary Russia, and the Rise of Czechoslovakia*, Chapel Hill/London 1989, passim. Sie sieht einen Wendepunkt der französischen Außenpolitik im Hinblick auf eine Verwendung der tschechischen Truppen in Sibirien bereits Ende Juni 1918 erreicht (Unterberger, *United States*, S. 212f. und 231–235). Vgl. auch Dies., *Woodrow Wilson and the Russian Revolution*, in: Arthur B. Link (Hg.), *Woodrow Wilson and a Revolutionary World, 1913–1921*, Chapel Hill 1982, S. 49–104. Beide Autoren analysieren den diplomatischen Prozeß, ohne umfangreicheres französisches Material zu benutzen.

¹¹ „Instructions pour M. le Général Janin“, 7. 8. 1918, S. 1f. (SHAT, 7 N 628). Kettle, *Intervention*, S. 302f. datiert die Anweisungen auf den 5. 8. und gibt sie anhand einer Kopie wieder, die Clemenceau am 19. August an Lloyd George übersandte.

¹² Reynaud kommandierte die 128. Section Sanitaire vom 1. April bis 30. August 1918 („Etat des Services de M. Reynaud, Jean, Paul“, SHAT, Dossier Reynaud, No. 42325); In einem Schreiben an den Generalstab hatte Janin im August sechs Offiziere als Verbindungsleute angefordert. Zwei davon, darunter Reynaud, sollten die Mission sofort begleiten. In dem Schreiben hieß es unter anderem: „Les officiers courriers n'étant pas uniquement convoyeurs de colis mais apportant avec eux une série de nouvelles, d'atmosphère de la Patrie, emportant également une impression de ce qu'ils ont vu, je serais désireux de voir figurer à cet emploi quelques officiers dont j'ai pu apprécier déjà l'intelligence, le tact, la discrétion nécessaires et qui sont habitués aux voyages en pays étrangers.“ (Janin an Etat-Major de l'Armée, Bureau Slave, 23. 8. 1918; SHAT, 7 N 628).

In einem Telegramm an den kommandierenden General der Nord- und Nordostarmeen hatte Janin zuvor bereits persönlich um die Freistellung Reynauds gebeten (Janin an Général Comdt. en Chef, No. 1784, 14. 8. 1918; ebenda). Vgl. dazu auch Reynaud, *Mémoires* I, S. 109f.

¹³ Vgl. den Eintrag Reynauds in sein Reisetagebuch vom 10. September 1918 (AN, 74 AP 6). Zwi-

und Washington, die er zu Kontakten mit der dortigen französischen Kolonie nutzte, nach der Reise durch den amerikanischen Kontinent und der Überquerung des Pazifiks stieß Reynaud Ende Oktober in Tokio zu Janin, in dessen Begleitung er am 13. November 1918 in Vladivostok eintraf.¹⁴ Im Gefolge von General Stefánik, der sich als neuernannter Verteidigungsminister der mittlerweile gegründeten tschechoslowakischen Republik der Mission Janin angeschlossen hatte, brach er fünf Tage später ins Landesinnere auf.

Dort hatten sich seit April die Rahmenbedingungen für einen Abtransport der tschechischen Legion nach Europa grundlegend verändert, nachdem die sowjet-russischen Behörden den Militärzügen durch Repressalien die Weiterfahrt erschwert hatten. Einzelne blutige Zwischenfälle waren bis Ende Mai in eine allgemeine Aufstandsbewegung der tschechischen Truppen gegen örtliche Sowjets gemündet, in deren Verlauf die Legion bis Ende August die gesamte transsibirische Bahnlinie von der Wolga bis nach Vladivostok unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Zudem war sie in Kämpfe an der Seite „weißer“ Truppen verwickelt worden, die seit November 1917 gegen die Bolschewiki vorgingen.¹⁵ Damit hatte sie sich nicht nur von Masaryks Vorgabe, in den innerrussischen Auseinandersetzungen neutral zu bleiben, gelöst; die Truppe, die während einiger Monate von der Außenwelt und von alliierter Führung abgeschnitten geblieben war, hatte sich darüber hinaus politisch gespalten und Selbstverwaltungsorgane eingerichtet, die den Anspruch der Moskauer Außenstelle des Pariser Nationalrats auf politische Führung des Korps bewußt beschnitten hatten.¹⁶ Mit den ersten Niederlagen gegen die bolschewistischen Truppen ab Anfang September begann die Moral in der Legion mehr und mehr zu schwinden. Nachdem man von der Gründung der tschechischen Republik am 28. Oktober 1918 erfahren hatte, griff Kriegsmüdigkeit und der Wunsch um sich, möglichst bald den Heimweg anzutreten.¹⁷

Während der knapp dreiwöchigen Bahnreise nach Tscheljabinsk, dem Hauptquartier der tschechischen Legion und vorläufigen Ziel Stefániks, entwickelte sich zwischen dem 38jährigen General und dem um zwei Jahre älteren Leutnant allmählich ein Vertrauensverhältnis, das sich in mehreren längeren Gesprächen manifestierte, über die Reynaud ausführliche Mitschriften anfertigte. Offiziell lediglich als Kurier vorgesehen, erschloß er sich in Abwesenheit des in Vladivostok festgehaltenen Janin nach und nach einen weiteren Aufgabenbereich. Nicht zuletzt aufgrund seiner noch in Paris erworbenen Sachkenntnis wuchs er in die Rolle eines Vermittlers zwischen französischen und tschechischen sowie tschechischen und polnischen Belangen, der die Parteien mit diplomatischem Geschick im Sinne französischer Interessen auszusöhnen und miteinander zu koordinieren bemüht war. So versuchte er, den schwankenden und auf seine Popularität bei den heim-

schen dem 10. September 1918 und dem 14. Februar 1919 führte er ein Journal, dem er persönliche Eindrücke, Gesprächsnotizen und Kopien offizieller Dokumente anvertraute, die im Laufe seiner Tätigkeit entstanden waren. Siehe auch Reynaud, *Mémoires I*, S. 110f.

¹⁴ Vgl. die Tagebucheinträge zwischen 18. September und 13. November 1918 (AN, 74 AP 6).

¹⁵ Vgl. hierzu Thunig-Nittner, *Tschechoslowakische Legion*, S. 45–80; Birke, *Gründung*, S. 356–358; Bradley, *Czechoslovak Legion*, S. 77–105.

¹⁶ Vgl. Thunig-Nittner, *Tschechoslowakische Legion*, S. 52–55 und 67–69; Bradley, *Czechoslovak Legion*, S. 94.

¹⁷ Vgl. Thunig-Nittner, *Tschechoslowakische Legion*, S. 76–80.

kehrwilligen Truppen bedachten Stefánik von der Notwendigkeit des Verbleibs in Sibirien zu überzeugen¹⁸, seine Beschwerden über nicht eingehaltene alliierte Versprechen zu entkräften und tschechische Ressentiments gegen die Bildung polnischer Verbände in Sibirien abzubauen.¹⁹ Zwar blieb der Erfolg seiner Bemühungen begrenzt: nach einer vierwöchigen Inspektionsreise veranlaßte Stefánik noch im Januar 1919 den Rückzug der erschöpften Legion aus den Kämpfen.²⁰ Auch wurde dem widerstrebenden Reynaud bereits am 7. Dezember mitgeteilt, daß er auf Verlangen seines Schwiegervaters als Kurier nach Frankreich zurückzukehren habe.²¹ In der Folge mit verschiedenen vertraulichen militärisch-diplomatischen Missionen betraut, die er auf seinem Rückweg nach Vladivostok wahrnahm²², agierte Reynaud indes weiter so geschickt und engagiert, daß ihm zumindest die persönliche Genugtuung zuteil wurde, durch Janin für die Aufnahme in die Ehrenlegion vorgeschlagen zu werden.²³

Nach einer nicht ohne abenteuerliche Zwischenfälle verlaufenen Rückreise mit der Transsibirischen Eisenbahn von Omsk nach Vladivostok und per Schiff über Hiroshima und Tokio nach Washington hatte Reynaud ein weiteres Mal Gelegenheit, diplomatische Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Bereits im Oktober 1918 hatte Janin den Quai d'Orsay für seinen Vorschlag gewinnen können, dem Informationsdefizit in den USA im Hinblick auf die Vorgänge in Sibirien und Rußland gezielt entgegenzuwirken. Jene „mission de propagande“ setzte Reynaud Anfang 1919 mit Energie und Einfallsreichtum um.²⁴ In Begegnungen mit Vertretern der französischen Hohen Kommission, mit Botschafter de Chambrun, Offizieren des amerikanischen Geheimdienstes und des Generalstabs gab er zwischen dem 10. und 12. Februar 1919 aktuelle Lageberichte über die Situation in Sibirien, die im wesentlichen den Beobachtungen und Analysen entsprachen, die er in seinem Abschlußbericht an Clemenceau vom 15. Februar noch in New York niederlegte.²⁵

Der kenntnisreich, doch eigenwillig verfaßte Bericht Reynauds reicht, ohne die mündliche Lageeinschätzung zu vernachlässigen, die er durch Janin zur Berichterstattung in Paris mit auf den Weg gegeben bekam, in seinen konstruktiven Überlegungen und Schlußfolgerungen weit über jene hinaus.²⁶ Ausgehend von

¹⁸ Vgl. die Tagebucheintragung Reynauds vom 21. November 1918 sowie seine Notizen über ein ausführliches Gespräch mit Stefánik am 22. November 1918 (AN, 74 AP 6).

¹⁹ Vgl. Reynauds Unterredungen mit Stefánik vom 27. November sowie seinen Rechenschaftsbericht gegenüber dem General am 1. und 2. Dezember 1918 (Ebenda).

²⁰ Thunig-Nittner, Tschechoslowakische Legion, S. 81 f.

²¹ Siehe dazu den Tagebucheintrag vom 7. Dezember 1918 (AN, 74 AP 6). In seinen Memoiren stellt Reynaud seine Abreise als Akt eigenen Willens dar (Reynaud, *Mémoires* I, S. 123).

²² Vgl. die Anweisung Janins an Reynaud vom 17. Dezember 1918 und dessen Berichte vom 30. Dezember 1918 und 2. Januar 1919 (AN, 74 AP 6).

²³ Vgl. Reynauds Notizen vom 20. und 21. Dezember 1918 (AN, 74 AP 6). Die Ernennung zum Chevalier de la Légion d'Honneur erfolgte erst per Dekret vom 5. 11. 1928, da man seine Verdienste während des Einsatzes in Frankreich nicht als ausreichend erachtete, bzw. den fehlenden Fronteinsatz bemängelte (Etat-Major de l'Armée, 2e Bureau. *Mémoire de proposition pour Chevalier de la Légion d'Honneur*, Juni 1919 bzw. Januar 1920; SHAT, Dossier Reynaud, No. 42325).

²⁴ MAE an Etat-Major de l'Armée – Bureau Slave, No. 3703 vom 1. 10. 1918 (SHAT, 7 N 628).

²⁵ Vgl. zu seinem Aufenthalt in Washington und seinen Unterredungen mit General Collardet, Oberst Langlois und Botschafter de Chambrun die Tagebucheintragungen vom 10., 11. und 12. Februar 1919 (AN, 74 AP 6).

²⁶ Die Instruktionen, die Janin Reynaud mit auf den Weg gab, betrafen vor allem die eingeschränkte Kampf-tauglichkeit der tschechischen Legion und der weißrussischen Truppen und zeichneten ein

einer vernichtenden Analyse des sibirischen und russischen „Volkscharakters“, dem Wertebindung oder Patriotismus fremd seien, kritisiert Reynaud hier die bürgerliche Oberschicht des Landes. Sie ermangle jeder Befähigung zur politischen Führung und scheue wie die breite Masse des Volks insbesondere im östlichen Landesteil um ihrer wirtschaftlichen Interessen willen selbst ein Arrangement mit den Bolschewisten nicht: „Quoique le Sibérien soit un peu plus avancé que le Russe, les facteurs généraux leurs sont communs. Ils dérivent d'une amoralité complète aux points de vue familial, commercial et politique. L'absence totale de patriotisme qui en dérive est connue [...]“.²⁷ Angesichts der Schwäche der tschechischen Legion, der mangelnden Verlässlichkeit ihrer weißrussischen Verbündeten und der geringen französischen Präsenz sei ein Eingreifen alliierter Truppen in Divisionsstärke unabdingbar, um das weitgehend antibolschewistisch eingestellte West- und Zentralsibirien durch einen „cordon sanitaire“ zu schützen und das Vordringen der bolschewistischen Propaganda nach Westen zu verhindern.²⁸ Kernstück dieser Strategie müsse der Verzicht der USA auf ihr bloß halbherziges Engagement in Rußland sein. Das Vordringen amerikanischer Wirtschaftskraft auf den sibirischen Markt könne gleichermaßen den bisherigen Konkurrenten Deutschland verdrängen und bolschewistischer Agitation den Boden entziehen: „[...] ce serait un premier pas dans la reconstitution de la Russie avec la seule base qui puisse être proposée à un peuple dépourvu de patriotisme: l'intérêt social. C'est seulement en enrichissant les Sibériens qu'on peut les rééduquer à la civilisation.“²⁹ Falls diese Aktion nicht zustande komme, müsse dagegen mit dem Zusammenbruch der Front, mit der Ausweitung des bolschewistischen Einflußbereichs nach Westen und schließlich mit der propagandistischen Intervention der Bolschewiki in der moslemischen Welt und im französischen Einflußbereich Afrikas gerechnet werden.³⁰

Vor dem Hintergrund der interventionistischen Grundhaltung seiner Regierung entwickelte Reynaud hier also eine Argumentationsstrategie, die zwei wesentliche Elemente umfaßte. Zum einen vertrat er gegenüber Paris den Standpunkt Janins, der mehrfach vergeblich bei Clemenceau um Entsendung von Truppen zur Unterstützung der sibirischen Front ersucht hatte. Der Ministerpräsident hatte sich im Oktober 1918 zwar entschieden, die französische Osteuropapolitik gleichermaßen auf ein Zurückdrängen des Bolschewismus wie die Bekämpfung der Mittelmächte auszurichten. Angesichts des geschwächten Kriegspotentials Frankreichs war er jedoch nur zu begrenzter Intervention mit eigenen Kontingenten bereit und dies nur im südrussischen Bereich, wo er die englische Konkurrenz um Einflußsphären im Kaukasus und im Nahen Osten fürchtete. Im übrigen

cher pessimistisches Bild: „[...] Dites à Paris que situat[ion] dangereuse. En face, les Bolch[évi-ques] consolidés, plus nombreux, mieux commandés.“

Reynaud kommentierte die ihm anvertrauten Mitteilungen lakonisch: „Il ne me dit rien de vraiment sérieux“ (Tagebucheinträge Reynauds vom 21. Dezember 1918; ebenda).

²⁷ „Le Lieutenant Reynaud de l'E.M.A. 2e bureau C.E. à Monsieur le Président du Conseil, Ministre de la Guerre“, Februar 1919, S. 6 (AN, 74 AP 6). In Auszügen findet sich der Bericht auch wiedergegeben in: Reynaud, *Mémoires* I, S. 126–128.

²⁸ „Le Lieutenant Reynaud...“, S. 13–18.

²⁹ Ebenda, S. 18 f.

³⁰ Ebenda, S. 5.

setzte Clemenceau auf diplomatisches Vorgehen, um insbesondere die USA von der Notwendigkeit eines interalliierten Eingreifens zu überzeugen.³¹ In diesem Konzept, das in der Ukraine und in Westsibirien lediglich defensiv ausgerichtete Hilfe zur Selbsthilfe für die weißrussischen Verbände vorsah, hatten die Beistandsersuchen Janins und anderer keinen Platz.³²

Deshalb zielte Reynauds Vorgehensvorschlag zum zweiten darauf, Clemenceaus starre Option für ein bewaffnetes Vorgehen gegen die bolschewistische Bewegung durch ein an deren sozio-ökonomischen Ursachen orientiertes, effektiveres Eindämmungsmodell zu ergänzen. Es konnte angenommen werden, daß ein solches, auf handelspolitische Interessen gestütztes, differenziertes Vorgehen dazu beitragen würde, den interventionsfeindlichen Teilen der amerikanischen Führung und Öffentlichkeit ein Eingreifen im revolutionären Rußland in französischem Sinne nahezubringen.

Tatsächlich hatte sich der amerikanische Präsident, aufgrund prinzipieller Bedenken ein dezidierter Gegner jeder umfassenden alliierten Intervention, im Juli 1918 nur unter großen Vorbehalten zur Entsendung eines auf 7000 Mann begrenzten Kontingents bereitgefunden. Dessen Haupteinsatzzweck sollte in der Unterstützung der tschechischen Legion bis zu ihrem erfolgreichen Abtransport nach Europa und in der Kontrolle des gleichzeitig entsandten japanischen Kontingents liegen. Weder die Wiederherstellung einer Ostfront gegen das deutsche Vorrücken noch ein Eingreifen gegen die Bolschewiki fand demgegenüber seine Billigung. Wenngleich die amerikanische Intervention bis Herbst 1918 de facto mehr und mehr den Charakter einer aktiven Parteinahme im russischen Bürgerkrieg annahm, verweigerte sich Wilson doch hartnäckig den englischen und französischen Pressionen auf Entsendung weiterer Truppen.³³ Dies hatte der amerikanische Präsident unter anderem auch gegenüber Janin deutlich gemacht, als dieser ihm auf dem Weg nach Sibirien im September 1918 einen entsprechenden Wunsch Clemenceaus überbracht hatte.³⁴

Reynauds Abschlußbericht an seinen Regierungschef berücksichtigte diese Konstellation und versäumte es deshalb nicht, auf Handlungsspielräume und Ansatzmöglichkeiten für eine Revision der amerikanischen Haltung hinzuweisen: Sowohl im Generalstab der USA als auch im Kongreß gebe es durchaus gewichtige Stimmen, die mit der Haltung Wilsons nicht einverstanden seien und auf mehr moralische Unterstützung durch Frankreich hofften.³⁵

Noch vor der Rückkehr nach Europa wurde Reynaud mit Billigung seines Vorgesetzten Janin erneut selbst in diesem Sinne tätig. In einem Brief an den Herausgeber der *New York Times* wiederholte er nun öffentlich seine Werbung um Entsendung einer amerikanischen Division zur Unterstützung der „demokratischen“

³¹ Zur Haltung der Alliierten gegenüber der russischen Frage im Januar 1919: Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919*, London 1968, S. 284–343; zur französischen Position: S. 294–308.

³² Vgl. hierzu die Telegramme Clemenceaus an Janin vom 13.12. und 22. 12. 1918, in denen er seine Defensivstrategie in Sibirien erläuterte (abgedruckt bei Mayer, *Peacemaking*, S. 300f.).

³³ Zu den Motiven und Entscheidungen des Präsidenten im Hinblick auf eine amerikanische Beteiligung an der alliierten Intervention in Rußland vgl. Unterberger, Wilson, S. 57–88.

³⁴ Unterberger, Wilson, S. 77.

³⁵ „Le Lieutenant Reynaud...“, S. 20f.

tschechischen Legion gegen das „autokratische“ bolschewistische Regime.³⁶ Deutlich optimistischer als noch in seiner internen Lageanalyse gab er sich hier überzeugt vom baldigen Fall des neuen Regimes und von der Möglichkeit, die Bevölkerung im demokratischen Sinne „umzuerziehen“.³⁷ Sein Hinweis auf die immensen Rohstoffvorräte Sibiriens zielte auf die Anhänger einer aktiven amerikanischen Einflußpolitik im Fernen Osten; die Erwähnung amerikanischer Open-door-Interessen in Sibirien traf ein genuines Anliegen Wilsons: „The question of yesterday was the question of Europe; the question of tomorrow is the question of the Pacific. If the United States is to be a factor in the control of the Pacific, it is essential that the United States have a strong position in Siberia – an open-door policy for a fair commercial competition. With the United States well entrenched in Siberia, the position of all the Allies would be strengthened.“³⁸

Als vielseitig verwendbar hatte sich Reynaud erwiesen, als nützlich und effektiv, auch wenn das mittelfristig angestrebte Ziel, die USA stärker zu binden, in der Folge in erster Linie aufgrund der Macht des Faktischen erreicht wurde. Nicht der klare Meinungswandel Wilsons, sondern die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten bereits zu intensiv engagiert waren, die Erfahrung auch, daß eine neutrale Position amerikanischer Truppen vor Ort nicht aufrechtzuerhalten war, verstrickte die amerikanische Politik zusehends mehr in den russischen Bürgerkrieg. Bekanntlich aber blieb die schließlich gemeinsam unternommene Unterstützung Koltshaks durch die Alliierten auf längere Sicht erfolglos.

Die Stimme eines unbekannten französischen Leutnants in halb militärischer, halb politischer Mission war in diesem alliierten Tauziehen um die angemessene Politik gegenüber den russischen Bürgerkriegsparteien sicherlich von geringem Gewicht gewesen. Aufschlußreicher als hinsichtlich des interalliierten Entscheidungsprozesses sind die beschriebenen Vorgänge deshalb zur Einschätzung seiner Person selbst.

Loyal gegenüber seinem militärischen Mentor Janin, orientiert an der Strategie Clemenceaus – sein Vorschlag entsprach in den Grundzügen exakt dessen Plan eines „cordon sanitaire“ zum Schutz von Ukraine, Kaukasus und Westsibirien³⁹ – und unter Aufnahme der Kritik republikanischer Kreise in den USA an Wilson hatte Reynaud die These entschlossener alliierter Intervention vertreten. Er hatte seinen Vorschlag exakt in Lage und Auftrag eingepaßt und dabei den verfügbaren Spielraum seiner privilegierten Verwendung genutzt und ausgeweitet. Er hatte es überdies verstanden, auf sich aufmerksam zu machen und offensichtlich war er dabei ganz in seinem Element gewesen. Von der Mehrheitsmeinung in der Öffentlichkeit und der politischen Führung seines Landes brauchte er sich dabei nicht zu entfernen. Seine Position entsprach der interventionistischen Tendenz in der gemäßigten und rechten Presse Frankreichs ebenso wie der Unterstützung, die Cle-

³⁶ „One American division would be perfectly sufficient to take the place of the Czecho-Slovaks and make the front absolutely safe.“ (Durchschlag eines Briefes Reynauds „To the Editor of The New York Times“, undatiert, vermutlich vor dem 18. Februar 1919 entstanden, S. 2; AN, 74 AP 6).

³⁷ „They do not know that there is a form of government and civilization which will benefit them. The Allies must teach them this.“ (Ebenda, S. 3).

³⁸ Ebenda, S. 4. Dazu Unterberger, Wilson, S. 80f.

³⁹ Vgl. die Beschreibung seiner Absichten, die Clemenceau in einem Telegramm an Janin vom 13. 12. 1918 gab (abgedruckt bei Mayer, Peacemaking, S. 300).

menceau in der Kammer der Abgeordneten seitens des Zentrums und der rechten Mitte gefunden hatte. Uneins in der Frage der zu wählenden Mittel, stimmte das bürgerliche Lager doch darin überein, daß das bolschewistische Regime so rasch wie möglich eingedämmt und gestürzt werden müsse – bei möglichst geringem Aufwand.⁴⁰ Vor dem Hintergrund dieses breiten, parteiübergreifenden antibolschewistischen Konsensus in Frankreich, der bis in Teile der sozialistischen Partei reichte, kam Reynauds Aktion somit einem weiteren Ausweis verlässlicher republikanischer Gesinnung gleich.⁴¹

Zwei Jahre nach Ausbruch der russischen Revolution und lange vor deren endgültiger Konsolidierung hatte er durch das Erlebnis des Bürgerkriegs aus nächster Nähe die Überzeugung gewonnen, daß die neue Bewegung genügend Anziehungskraft und steigende politische Wirkmächtigkeit besaß, um die Grundlagen des Gesellschaftsmodells in Gefahr zu bringen, das er favorisierte. Reynaud ging aus dem Weltkrieg als dezidiert Bolschewismus-Gegner hervor, was ebenso wenig erstaunt wie die Tatsache, daß ihn neben den politischen Verfolgungen insbesondere die Maßnahmen zur Enteignung der Bevölkerung empörten. Wie selbstverständlich hatte er deshalb eine französische Rußlandpolitik mitvollzogen, die ihren antibolschewistischen Impetus nach dem Waffenstillstand vom November 1918 nicht mehr im Krieg gegen die Mittelmächte verbergen konnte. Die Doktrin vom „Kreuzzug“ gegen das Vordringen der kommunistischen Doktrin nach Westen und zur Rettung universaler zivilisatorischer Werte fand in Reynaud einen willigen und überzeugten Verfechter: „Ce n'est pas seulement un devoir d'humanité que remplissent les Alliés en allant, par delà les océans, secourir les héroïques légions tchécoslovaques en lutte avec les germano-bolcheviks et tendre la main à leurs frères malheureux de Russie qui subissent les atroces persécutions bolchevistes [...]. En allant en Sibérie et en Russie, ils participent directement à la bataille unique qui se livre dans le monde.“⁴²

⁴⁰ Eine Analyse der Haltung von *Le Temps*, *L'Echo de Paris* und *Le Figaro* um die Jahreswende 1918/19 wie auch der Parlamentsdebatten vom 27. und 29. 12. 1918 findet sich bei Mayer, *Peacemaking*, S. 303–308.

⁴¹ Zum Konsens ausführlich: Serge Berstein/Jean-Jacques Becker, *Histoire de l'anticommunisme en France*. Band 1: 1917–1940, Paris 1987; dies., *L'anticommunisme en France*, in: *Vingtième Siècle* 15 (1987), S. 17–27; Jean-Jacques Becker, *La France en guerre (1914–1918)*. *La grande mutation*, Paris 1988, S. 101 f., 186–191; Ziebur, Léon Blum, S. 179 f., 186 ff.

⁴² Handschriftliche Ausarbeitung Reynauds: „La leçon de l'armistice bulgare. Agissons en Sibérie“, undatiert, auf Briefpapier des „Palace Hotel, San Francisco“ zwischen dem 15. Januar und 10. Februar 1919 verfaßt (AN, 74 AP 6). Zum Begriff des „antibolschewistischen Kreuzzugs“: Marc Ferro, *Der große Krieg. 1914–1918*, Frankfurt 1988, S. 363–368, hier: 366.

V. Grundzüge einer liberalen Deutschlandpolitik in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg

1. Der Eintritt in die große Politik: Liberale Programmatik am Rande des Bloc National

Als Mitglied des Rekrutenjahrgangs 1898 wurde Reynaud nach seiner Rückkehr aus den USA noch mit der ersten Demobilisierungswelle im April 1919 aus dem aktiven Dienst in der Armee entlassen und nahm ohne ersichtliche Schwierigkeiten seine Tätigkeit als Anwalt wieder auf. Sein Offiziersstatus, das familiäre Vermögen und ein weitgehend unversehrtes Netz persönlicher Verbindungen ersparten ihm das Schicksal vieler „poilus“, die aufgrund organisatorischer Probleme in den Demobilisierungsbehörden, einer verspäteten und ungünstigen Regelung des Entlassungsgeldes und selbst- oder fremdverschuldeter Schwierigkeiten bei der Rückkehr an den alten Arbeitsplatz oft in Enttäuschung, Verbitterung und Unzufriedenheit, nicht selten auch in materielle Not verfielen.¹ Ohne zu zögern, knüpfte Reynaud an sein politisches Engagement der Vorkriegszeit wieder an, das er noch nicht einmal für die gesamte Dauer seines Militärdienstes unterbrochen hatte. So hatte er regelmäßig die Perioden seiner Heimaturlaube genutzt, um im Conseil Général seines Départements zu regionalen wie zu übergeordneten Fragen Lösungsvorschläge anzubieten, etwa im April 1917, als er vor wirtschaftlicher Nachkriegskonkurrenz für Frankreich durch seine ehemaligen Alliierten wie durch Deutschland warnte.² Im August 1918, kurz vor seiner Abreise nach Sibirien, hatte er die Gelegenheit ergriffen, sich anlässlich eines Regierungsprojekts zur Erneuerung der Verwaltungseinteilung des Landes im Namen des Conseil Général der Basses-Alpes gegen die Einführung der „Region“ und statt dessen zugunsten einer grundlegenden Verfassungsreform auszusprechen.³ Für seine erneute Kandidatur um ein Abgeordnetenmandat wählte Reynaud im Herbst 1919 sein Heimatdépartement Basses-Alpes.

¹ Die erste Welle der allgemeinen Demobilisierung, die nicht Einheit für Einheit vorgenommen wurde, sondern um der größeren Gerechtigkeit willen einen Einberufungsjahrgang nach dem anderen erfaßte, betraf die Klassen 1887 bis 1906, die zwischen Dezember 1918 und April 1919 entlassen wurden. Dazu und zur Lage der Entlassenen vgl. Prost, *Anciens combattants* I, S. 47–53. Wichtige Ergebnisse seiner Studie sind in kondensierter Form enthalten in: Ders., *Die Demobilmachung, der Staat und die Kriegsteilnehmer in Frankreich*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 178–194.

² Vgl. den Bericht dazu in: *Journal de Barcelonnette*, 3. 11. 1919.

³ Der Text seines Berichts vom 28. 8. 1918 findet sich in: Conseil Général du département des Basses-Alpes. *Rapports du Préfet et procès-verbaux des délibérations*, 2e session ordinaire 1918 (Archives Départementales des Alpes-de-Haute-Provence, 1 N 44). Er ist auch wiedergegeben in: *Journal de Barcelonnette*, 22./23./24. 9. 1918. Vgl. Reynaud, *Mémoires* I, S. 104–108.

Die Parlamentswahlen vom November 1919 beendeten einen „Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden“⁴, der das politische Leben Frankreichs noch knapp ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstands mit Deutschland gekennzeichnet hatte. In mehrfacher Hinsicht hatten bis dahin auch auf politischem Gebiet die Übergangsregelungen der Kriegszeit fortgedauert. So war nicht nur die Regierung Clemenceau unverändert im Amt geblieben, auch die seit den Wahlen vom Mai 1914 tätige *Chambre des Députés* hatte ihr im Frühjahr 1918 erschöpftes Mandat zunächst fortgeführt. Für die anstehenden Neuwahlen, die neben der Kammer der Abgeordneten, den Gemeinde- und *Départementsräten* auch einen Teil des Senats betrafen, setzte Clemenceau im Oktober einen Zeitplan durch, der die Kammerwahlen als ersten einer bis Januar 1920 dauernden Folge von Wahlgängen vorsah.⁵

Das *Département Basses-Alpes* war in ganz besonderer Weise von der Strukturkrise betroffen, die die Gesamtheit der ärmeren alpinen Regionen Frankreichs seit Beginn des 19. Jahrhunderts heimsuchte und die in einer teilweise dramatischen Abwanderung der Bevölkerung ihren Ausdruck fand. Zwischen 1806 und der Mitte des 20. Jahrhunderts verlor es 35% seiner Einwohner, wobei ein besonders starker Rückgang während des Jahrzehnts zwischen 1911 und 1921 – nicht zuletzt bedingt durch die Folgen des Krieges – zu verzeichnen war.⁶ Das stark landwirtschaftlich geprägte *Département*, dessen Bevölkerungszahl in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter 100 000 Einwohnern lag, hatte im Herbst 1919 mit sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die im wesentlichen aus national wirksamen wie regional begründeten Problemen bei der Beseitigung der Kriegsfolgen und der Umstellung auf die Friedenswirtschaft resultierten. Die Industrieproduktion des *Départements* war auf drei während des Krieges errichtete Fabriken zur Herstellung chemischer Ausgangsprodukte für Sprengstoffe und Kampfgas konzentriert geblieben und nach Kriegsende weitgehend zum Erliegen gekommen. Die rasch in Angriff genommene Umrüstung der Betriebe auf die Produktion von Elektrizität aus Wasserkraft bzw. auf am Friedensbedarf orientierte Chemieprodukte hatte zu Entlassungen und einschneidenden Gehaltskürzungen bei den verbliebenen Arbeitern geführt. Neuen Elan hatte die landwirtschaftliche Tätigkeit in der Region mit der Rückkehr der demobilisierten Landwirte erhalten: Man zeigte sich offen für Innovationen, und neubelebte genossenschaftliche Vertretungen entfalteten intensive Aktivitäten zur Einführung der Motorkraft in den Ackerbau. Grundsätzlichere Mängel wie das Fehlen von chemischem Dünger gefährdeten jedoch auch künftig die Ernten. Die Auswirkungen der Inflation waren im *Département* in Form einer allgemeinen starken Steigerung der Lebenshaltungskosten spürbar geworden, was nicht zuletzt zu einer Überlastung der staatlichen Fürsorgestellen und zur Verdoppelung der Zahl von Kindesaussetzungen innerhalb weniger Monate seit Jahresmitte 1919 geführt hatte. Die aufgrund der Wirtschaftslage prekäre Finanzsituation des *Départe-*

⁴ René Rémond, *Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil 1918–1958* (Geschichte Frankreichs 6), Stuttgart 1994, S. 59.

⁵ Ebenda, S. 59 f.; Mayeur, *Troisième République*, S. 251–254.

⁶ Christiane Vidal, *Chronologie et rythmes du dépeuplement dans le département des Alpes de Haute-Provence depuis le début du XIXe siècle*, in: *Provence Historique* 21 (1971), S. 281–291. Bisher existiert keine wissenschaftliche Geschichte des *Départements*.

ments wiederum hatte trotz deutlicher Erhöhung der Gemeindeabgaben die Verschiebung dringender Ausgaben um ein halbes Jahr nötig gemacht, die Beschäftigten der Départementsverwaltung konnten bis auf weiteres nur durch Vorschüsse auf ihr Einkommen bezahlt werden.⁷

Vor diesem regionalen Hintergrund gingen die Wahlen erstmals nach dem neuen modifizierten Verhältniswahlrecht vor sich, welches das seit 1889 gültige Mehrheitswahlrecht mit Wirkung vom 12. Juli 1919 abgelöst hatte. Es stellte einen Kompromiß dar, der die stagnierende Frage der Wahlrechtsreform wieder in Fluß gebracht hatte, nachdem ein stark durch den Proporzgedanken geprägter Kammerentwurf vom Juli 1912 noch im Jahr 1913 am Veto der Verhältniswahlgegner im Senat gescheitert war.⁸ Das neue Wahlgesetz erweiterte die Wahlkreise von der Ebene des Arrondissements auf diejenige des Départements und sah die Abstimmung nach Listen vor, an die die Sitze entsprechend der erreichten Stimmenzahl auf der Basis eines komplexen Schlüssels vergeben werden sollten. Das Mehrheitsprinzip lebte darin in revidierter Form fort: Einen besonderen Bonus erhielten jene Listen, worin mindestens ein Mitglied die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht hatte. Sie bekamen diese Mandate zusätzlich zu ihren nach der Verhältnisklausel ermittelten Sitzen zugewiesen.⁹

Bis zum Wahltermin hatten sich im Département sechs Listen gebildet. Zusammen mit seinen vier Mitbewerbern der „Liste d'Union et de Concentration Républicaine“ – darunter neben André Honnorat zwei weitere ehemalige Abgeordnete – stellte sich Reynaud während einer Rundreise durch die Orte des Wahlkreises vor und präsentierte das gemeinsame Programm. Es wies wie alle übrigen Entwürfe der bürgerlichen Gruppen, einschließlich derjenigen der sozialistischen Partei und des radikalsozialistischen Kandidaten eine starke Komponente zugunsten der Demobilisierten auf: Einhellig sprach man sich für die verbesserte finanzielle Unterstützung der „ancien combattants“ aus und favorisierte die strikte Besteuerung überhöhter Kriegsgewinne wie die Reduzierung des Wehrdienstes auf ein Jahr im Rahmen allgemeiner Abrüstung in Europa.¹⁰ Daneben bot man unter allen Bewerbern den detailliertesten Katalog konkreter Maßnahmen. Unter dem allgemeinen Vorzeichen antibolschewistischen Engagements, das besonders durch

⁷ Préfecture des Basses-Alpes. Cabinet du Préfet. Rapport Mensuel. Mois de Septembre 1919, 29. 9. 1919 (AN, F713030). Bedauerlicherweise sind die im Pariser Nationalarchiv aufbewahrten Präfektenberichte für das Département Basses-Alpes äußerst lückenhaft, fehlen für die zwanziger Jahre fast völlig und sind erst ab Beginn der dreißiger Jahre in größerer Dichte vorhanden.

⁸ Zur Geschichte der Einführung der Verhältniswahl nach dem Ersten Weltkrieg und zu den vorausgegangenen langwierigen Diskussionen: Scherer, Verhältniswahl, S. 632–708.

⁹ Zum Wahlmodus im einzelnen: Georges Lachapelle, Elections législatives du 16 novembre 1919. Résultats officiels, Paris 1920. Mangels offizieller Statistiken gab Lachapelle die Zahlen anhand der „Procès-verbaux des commissions de recensement général des votes“ wieder und analysierte sie. Irrtümlich spricht er allerdings bei der Beschreibung des Wahlmodus davon, daß eine Liste mit einem durch absolute Mehrheit gewählten Kandidaten *alle* zu vergebenden Sitze erhalte (S. 15f.). Dies geht aus dem Wahlgesetz jedoch nicht hervor (Das Gesetz vom 12. 7. 1919 findet sich abgedruckt bei Scherer, Verhältniswahl, S. 737–740).

¹⁰ Die Wahlergebnisse und die „professions de foi“ aller sechs Listen des Départements finden sich abgedruckt in: Chambre des Députés. Douzième Législature. Session de 1920. Annexe au procès-verbal de la séance du 28 juillet 1920. Programmes, Professions de foi et engagements électoraux de 1919, Paris 1920, in: Chambre des Députés. Douzième Législature. Impressions. Projets de lois, propositions, rapports, etc. Tome XIX, No. 1431 (Programmes électoraux), Paris 1924, S. 1–1028, hier: S. 30–43.

Reynaud in seiner ersten öffentlichen Rede im Département betont wurde, rückte man die Notwendigkeit sozialer, finanztechnischer und allgemein politischer Reformen zur Stabilisierung des Landes in den Mittelpunkt. Maßnahmen wie die Erhöhung der Einkommensteuer auf große Verdienste, die Einführung einer Kapitalsteuer mit Erleichterungen für Investoren und große Familien sollten die Konsolidierung des Staatshaushalts und die Regelung der Kriegsschulden ermöglichen, die Einführung der Zwangsschlichtung bei Arbeitskämpfen, die Kompetenzerweiterung der Gewerkschaften und der erleichterte Zugang der Arbeiter zum Besitz den sozialen Frieden garantieren. Von der Bildung schließlich einer großen, mehrheitsfähigen republikanischen Partei, von parlamentarischen Reformen wie der obligatorischen Trennung des Abgeordnetenmandats vom Ministeramt oder der Einführung einer „Présidence du Conseil“ erwartete man die Behebung des Übels instabiler Regierungen und unzuverlässiger parlamentarischer Mehrheiten.¹¹ Als einzige aller im Département angetretenen Listen bekannte man sich als dem „Bloc national républicain“ nahestehend.¹²

Dieses auf nationaler Ebene im Oktober 1919 aus der Taufe gehobene Wahlbündnis entsprach weder vor noch nach dem Wahlgang vom 16. November jenem geschlossenen „Block“, den die Namensgebung suggerierte. Nicht zuletzt mit Blick auf das neue Wahlrecht, das die Bildung möglichst großer, einheitlicher Listen nahelegte, sollten alle Fraktionen des einen „parti républicain“ unter dem programmatischen Vorzeichen einer über das Kriegsende hinaus fortzuführenden „union sacrée“ vereint werden. Das Gründungsmanifest vom 22. Oktober 1919 umfaßte denn auch neben der klassischen Rechten in der „Fédération Républicaine“ die „Alliance Républicaine Démocratique“, den „Parti républicain radical et radical socialiste“, den „Parti Républicain Socialiste“ und die Interessenvertretung „Comité Républicain du Commerce, de l'Industrie et de l'Agriculture“ des Senators Mascuraud. Strikte Bindekraft gewann das Wahlbündnis allerdings nicht, und angesichts der lockeren Strukturen der beteiligten Gruppierungen war dies auch kaum zu erwarten. Durch deren Pariser Führungskader konzipiert und abgeschlossen, konkretisierte sich das Bündnis vor Ort schon im Vorfeld der Wahlen in einer proteushaften Vielfalt von Listenkombinationen. Sie verliehen ihm entgegen seinem übergreifenderen Anspruch de facto im Lande den Charakter einer losen Allianz der Rechten mit der rechten Mitte unter Einschluß nationalistischer Gruppen und der katholischen „Action Libérale Populaire“. Trotz des offiziellen Austritts des Exekutivkomitees der Radikalsozialisten aus dem „Bloc“ am 7. November figurierten nicht selten Mitglieder dieser Partei weiterhin auf den Listen des Bündnisses; vereinzelt wurden sogar Listen unter Beteiligung der monarchistischen „Action française“ gebildet.¹³ Entsprechend der heterogenen Zusammen-

¹¹ Ebenda, S. 31–33; *Journal de Barcelonnette*, 3. 11. 1919. Ein Bericht über eine Wahlveranstaltung der Liste Reynauds findet sich unter dem Titel: „La liste d'Union et de concentration républicaine à Barcelonnette“, ebenda, 12. 11. 1919.

¹² So in der gemeinsamen „profession de foi“ der Liste: Chambre des Députés. Douzième Législature. Session de 1920. Annexe au procès-verbal de la séance du 28 juillet 1920. Programmes, Professions de foi et engagements électoraux de 1919, in: Impressions. Tome XIX, S. 33. Auch berief man sich auf die den „Bloc national“ unter anderem begründende Rede Clemenceaus in Strasbourg vom 3. 11. 1919; *Journal de Barcelonnette*, 12. 11. 1919.

¹³ Der „Appell du 22 octobre 1919“ findet sich abgedruckt in: Chambre des Députés. Douzième

setzung des Blocks nahm man zudem bewußt davon Abstand, die beteiligten Gruppen auf ein allzu präzises gemeinsames Programm zu verpflichten.¹⁴ Allerdings kristallisierte sich ein Kernbestand von Punkten heraus. Dieser wird aus den Analysen deutlich, die eine durch die Kammer bestellte Kommission nach Auswertung der „professions de foi“ aller im Herbst 1919 angetretenen Listen vorlegte. Erstmals präsentierte der so im Juli 1920 zustandegekommene „Rapport Marin“ auch die Wahlaussagen der nicht gewählten Bewerber, um Minderheitsmeinungen zum Ausdruck kommen zu lassen. Ganz in der Tradition der „Barodets“ der Vorkriegszeit blieb der wichtigste Anstoß für die Zusammenstellung auch nach 1918 die stärkere Anbindung der Kammer an den Wählerwillen: „Pour maintenir le souvenir de nos engagements et stimuler, à leur endroit, notre activité, pour armer le contrôle de la Nation, un Barodet est souhaitable. Il serait plus souhaitable encore de pouvoir, au bout de quatre années d'efforts, l'apporter au corps électoral si celui-ci pouvait dire: Voilà vos promesses: je reconnais qu'elles sont réalisées“.¹⁵

Die Liste Reynauds reflektierte in ihren wesentlichen Aussagen den im Bericht umschriebenen Kernbestand, den sie im Département vertrat. So entsprach sowohl die grundlegende Reformstimmung des Programms wie dessen antibolschewistische Ausrichtung oder die Forderung nach überparteilicher Solidarität vor der Aufgabe des materiellen und geistigen Wiederaufbaus einer allgemeinen Tendenz in den Wahlprogrammen des Bloc national. Dort fand sich regelmäßig die Betonung von Solidarität statt Klassenkampf, von öffentlicher Ordnung, Privatbesitz, die Akzeptanz einer in legalen Bahnen bleibenden Gewerkschaftsbewegung, die Forderung nach Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung und nach Entflechtung der Gewalten. Auch mit spezielleren Wünschen im Hinblick auf die Modernisierung der Landwirtschaft stand die Liste Reynauds nicht allein,

Législature. Impressions. Projets de lois, propositions, rapports, etc. Tome XIX, No. 1431 (Programmes électoraux), Paris 1924, S. 174.

Allgemein zum „Bloc national“: Mayeur, Troisième République“, S. 254–256; Jean-Jacques Becker/Serge Berstein, Victoire et frustrations 1914–1929 (Nouvelle histoire de la France contemporaine 12), Paris 1990, S. 188–190.

¹⁴ Vgl. „Appell du 22 octobre 1919“, in: Impressions XIX, S. 174.

¹⁵ „Rapport fait au nom de la commission chargée de réunir et de publier les programmes et engagements électoraux des candidats aux élections législatives de novembre 1919, par M. Louis Marin, Député“, in: Chambre des Députés. Douzième Législature. Impressions. Projets de lois, propositions, rapports, etc. Tome XIX, No. 1431 (Programmes électoraux), Paris 1924, S. 1–232, hier: S. 13.

Ausdrückliches Ziel der Zusammenstellung und Analyse von „professions de foi“ war es schon vor dem Ersten Weltkrieg gewesen, „d'examiner les vœux de la nation consultée, dans des conditions de sécurité suffisante“ (Ebenda, S. 12). Bestrebungen aus Parlamentarierkreisen, über die Erfassung der Wahlprogramme einzelner Kandidaten und ganzer Listen ein Abbild der „volonté nationale“ zu gewinnen und die Kontrollfunktion des „corps électoral“ zu stärken, reichen bis in die Zeit der Assemblée Constituante von 1789 zurück. Der erste, im offiziellen Auftrag der Kammer erstellte Bericht dieser Art, der „Rapport Pelletan“ datiert aus dem Jahre 1882. Er kam zustande, nachdem die hartnäckigen Bemühungen des wichtigsten nachrevolutionären Initiators dieser Idee, des Abgeordneten Désiré Barodet, sich gegen Bedenken einer Reihe von parlamentarischen Gegnern hatten durchsetzen können. Jene wollten durch das Verfahren die Gewissens- und Handlungsfreiheit der Abgeordneten gefährdet sehen und befürchteten die indirekte Einführung des imperativen Mandats. Die Tradition der regelmäßig erstellten und nach ihrem Begründer bald „Barodet“ genannten Kommissionsberichte wurde nach dem Ersten Weltkrieg auf Vorschlag der Parlamentarier Louis Marin und Georges Bonnefous wiederaufgenommen.

ebensowenig wie mit der Forderung nach strikter Ausführung des Versailler Vertrags. Ein Programmpunkt stach indes heraus: Die vorgeschlagene Einführung der Kapitalsteuer und die Anhebung der Einkommensabgabe bei Bessergestellten bis zu einem Satz von 50 Prozent [!] unter Appell an den „patriotisme fiscal“ der Betroffenen unterstrich die Nähe der Liste zu linksrepublikanischen Positionen, die überdies bereits durch die Aufnahme eines radikalsozialistischen „co-listiers“, des Abgeordneten Raoul Anglès, zum Ausdruck gekommen war.¹⁶ Die Handschrift des Listenmitglieds Reynaud ist an dieser Schlüsselstelle des Programms unverkennbar, auch wenn nun die bourgeoisie-kritische Komponente im Vergleich zu seinen Wahläußerungen des Jahres 1914 stark zurückgenommen worden war. Wiederum stand Reynaud durch die Punkte, die er (mit)vertrat, der radikalsozialistischen Position nahe: Die „Liste Radicale-Socialiste“ des Départements wies programmatisch tatsächlich in den zentralen Fragen keine markanten Alternativen auf zu den Vorschlägen seiner Kandidatengemeinschaft, die zweifellos am linken Rand des durch den „Bloc national“ umrissenen Spektrums anzusiedeln war.¹⁷

Bemerkenswert ist, daß weder für die organisatorische Abwicklung noch für die programmatische Ausrichtung des Wahlkampfes, den Reynaud im Herbst 1919 führte, das parteipolitische Element im engeren Sinne eine erkennbare Rolle spielte. In keinem der Wahlmanifeste seiner Liste wurde auf eine der bestehenden Parteien Bezug genommen, die Parteizugehörigkeit des radikalsozialistischen Mitkandidaten wurde in den eigenen Verlautbarungen nicht thematisiert. Kein Mitglied seiner Liste schließlich war parteipolitisch aktiv in der wichtigsten und ihr programmatisch am nächsten stehenden Vertretung des nicht-radikalen Liberalismus, der „Alliance Républicaine Démocratique“.¹⁸ Ausschlaggebendes Kriterium für den Zusammenschluß der „Liste d'Union et de Concentration Républicaine“ war nicht die gemeinsame Parteizugehörigkeit; maßgeblich war das wahltaktische Kalkül ihrer Gründer ebenso wie deren grundsätzliche Übereinstimmung im Hinblick auf die Restabilisierung der kriegsgeschwächten französischen Republik unter demokratischen und antikollektivistischen Vorzeichen. Ein solcher Konsens war sicherlich schon aufgrund seiner Weite nur von beabsichtigt geringer Bindekraft für seine Träger. Auch gelang es damit keineswegs, in der Konkurrenz zwischen den bürgerlichen Listenverbindungen unverwechselbares Profil zu zeigen. Insofern hatten die Wahldeklarationen der nichtsozialistischen

¹⁶ Zu dessen Parteizugehörigkeit vgl. Reynaud, *Mémoires* I, S. 131.

¹⁷ Das Wahlprogramm der radikalsozialistischen Liste findet sich in: *Impressions* XIX, S. 42f.

¹⁸ Die Angaben des Parteiblattes *La République Démocratique* in dieser Frage sind widersprüchlich, lassen aber diesen Schluß zu. So figurieren im November 1919 unter der Rubrik „Nos candidats“ für das Département Basses-Alpes die Kandidaten André Honnorat und Joseph Reinach irrigerweise als Mitglieder einer gemeinsamen Liste der „Alliance“ (*La République Démocratique*, 9. 11. 1919). Nach den Wahlen allerdings taucht für das Département kein siegreicher Kandidat der „Alliance“ auf, weder auf einer „Liste des Adhérents de l'Alliance, élus le 16 novembre et ayant reçu son investiture“ noch auf einer „Liste des candidats investis par l'Alliance ou élus sur son programme, bien que ne figurant pas encore sur ses contrôles“ („Les élus de l'Alliance Républicaine Démocratique“, in: ebenda, 23. 11. 1919).

(Das Parteiblatt der „Alliance“ wechselte zweimal seinen Namen: Nannte es sich zwischen 1902 und 1921 *L'Alliance Républicaine Démocratique*, trug es bis 1930 die Bezeichnung *La République Démocratique*, bevor es in *L'Alliance Démocratique* umbenannt wurde).

Gruppen in der politischen Auseinandersetzung zwar mobilisierende, doch nur begrenzt strukturierende Kraft und Funktion. Darauf kam es den Kandidaten aber auch gar nicht in erster Linie an. Es ging vielmehr darum, die allgemeine Tendenz ihres politischen Engagements zu signalisieren und über die Kooperation mit regional bekannten Honoratioren zu untermauern. Als Erfolgsrezept war die Präsenz dreier bereits etablierter Volksvertreter auf der Liste Reynauds von mindestens ebenso großer Bedeutung wie die Formulierung des gemeinsamen Wahlprogramms.¹⁹

Das neue Wahlrecht hatte die Ausrichtung der Listenprogramme auf Fragen von stärker überregionaler Tragweite zweifellos gefördert: Auch Reynauds Liste stellte die „großen“ Probleme in den Mittelpunkt. Die prekäre Lage im Département trat demgegenüber in den Hintergrund und spiegelte sich nur indirekt in den Forderungen wider.²⁰ Nicht erreicht worden war dagegen die Abkehr vom Prinzip persönlichkeitsorientierter Bewerbungen zugunsten eines Mehr an Parteidemokratie – eines der Ziele der Verfechter des Verhältniswahlrechts. Noch 1919 zeigte der Verlauf des nationalen Wahlgangs in Frankreich bei allen regionalen Differenzierungen starke Züge der Persönlichkeitswahlen früherer Jahrzehnte. Die Bedeutung von „informellen Strukturen“, von Verwandtschafts- und Klientelbeziehungen für den Karriereverlauf der bürgerlichen politischen Eliten dominierte noch weithin und wurde erst allmählich überlagert durch das zunehmende Gewicht modernerer, institutionsgebundener Rekrutierungsmechanismen.²¹ Mit den Strukturen erwiesen sich die politischen Mentalitäten als außerordentlich zählebig, und dies traf auch zu für jene, die wie Paul Reynaud antraten, das politische System zu reformieren.

Nach einem insgesamt wenig lebendigen Wahlkampf ohne Höhepunkte oder größere Wahlveranstaltungen²² erreichte die Liste Reynauds bei der Abstimmung am 16. November 1919 einen klaren Sieg. Von insgesamt 22 233 aktiven Wählern erhielt sie 48 957 Stimmen und konnte damit absolut wie auf die Zahl ihrer Mitglieder bezogen mit Abstand das beste Ergebnis verbuchen: Von den fünf Abgeordneten des Départements stellte sie alleine drei. Paul Reynaud hatte seinen Abgeordnetensitz den Überresten des Mehrheitsprinzips im neuen Wahlmodus zu verdanken. Da ein Listenmitglied, der Publizist Raoul Anglès, die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich hatte vereinen können, erhielt die Liste drei statt der ihr rechnerisch zustehenden zwei Mandate. Paul Reynaud zog als dritter erfolgreicher Bewerber der „Liste d'Union et de Concentration Républicaine“ in die erste französische Nachkriegskammer ein.²³

¹⁹ Allgemein zur Charakteristik der Wahlen vom November 1919 im nationalen Rahmen: Nicolas Roussellier, *Le parlement de l'éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre*, Paris 1997, S. 24–37.

²⁰ *Impressions XIX*, S. 31. Die Tendenz zur Verlagerung der programmatischen Ansätze auf die nationale Ebene beobachtete der „Rapport Marin“: *Impressions XIX*, S. 15.

²¹ Roussellier, *Parlement de l'éloquence*, S. 35f.; Heinz-Gerhard Haupt, *Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789*, Frankfurt a.M. 1989, S. 211–218 (Zitat: 215).

²² So das rückblickende Urteil Reynauds: Reynaud, *Mémoires I*, S. 130–133.

²³ Wäre die Mandatsverteilung nach reinem Verhältniswahlrecht vorgenommen worden, so hätte ein Konkurrent den Platz Reynauds erhalten. Zu den Wahlergebnissen und der genannten Alternative vgl. Lachapelle, *Elections législatives du 16 Novembre 1919*, S. 46–48.

2. Die Idee des Weges zwischen den Extremen: Paul Reynauds reparationspolitische Vorstöße 1921–1923

Die Frage der einzuschlagenden deutschlandpolitischen Orientierung Frankreichs hatte im Wahlkampf Reynauds keine Rolle gespielt. Auch trat das Verhältnis Frankreichs zu seinem deutschen Nachbarn für Paul Reynaud nie in dem Maße in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit wie etwa für seinen langjährigen Parteifreund in der „Alliance Républicaine Démocratique“, André François-Poncet. Dennoch begleitete Reynaud die Deutschlandpolitik Frankreichs über die Jahrzehnte hinweg zunächst als kritischer Beobachter und Kommentator, wurde dann aktiv als Vermittler und Mitgestalter, bevor er als Ministerpräsident 1940 das Erbe einer Politik antrat, deren Folgen er ab 1938 nur teilweise hatte mildern können. Weniger aus Neigung oder Affinität zum deutschen Nachbarn denn aus klarer Einsicht in die Bedingungen für den Wiederaufbau Europas nach dem Ersten Weltkrieg und in die Interdependenz von Siegern und Besiegten bezog er bereits in den frühen zwanziger Jahren dezidiert Stellung zugunsten einer kontrollierten Annäherung.

Es lag nahe, daß der Wirtschaftsexperte Reynaud, der seit seiner halboffiziellen Mission auf dem amerikanischen Kontinent vom Herbst 1920 über erste Erfahrungen im Bereich internationaler Finanzverhandlungen verfügte, sich mit dem Reparationsproblem auch jener Frage zuwenden würde, die bis weit in die zwanziger Jahre hinein die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland dominierte.

Im März 1922 gab er sich in einem beiderseits des Rheins aufmerksam zur Kenntnis genommenen Artikel in der rechtsstehenden Zeitung *Le Matin* als Anhänger einer Regelung der französischen Reparationsforderungen über Aktienbeteiligungen an der deutschen Industrie zu erkennen²⁴, nachdem er bis dahin mehrmals öffentlich für den Wiederaufbau der zerstörten Regionen durch deutsche Sachlieferungen und Arbeitsleistungen eingetreten war.²⁵ Beide Lösungen waren zwar bereits seit den Versailler Friedensvertragsgesprächen immer wieder diskutiert worden, letztere hatte mit den Wiesbadener Abmachungen vom Oktober 1921 und dessen Folgevereinbarungen sogar Eingang in deutsch-französische vertragliche Regelungen gefunden; mehrheitsfähig waren diese Konzepte jedoch weder in Deutschland noch in Frankreich geworden. Nichtsdestoweniger stellten Bestrebungen zur Anbahnung der direkten Kooperation beider Länder und zur Einbettung des Reparationsproblems in den gesamteuropäischen Wiederaufbau, wie sie in den Plänen von Louis Loucheur, Emile Haguenin, Jacques Seydoux und schließlich auch von Paul Reynaud zum Ausdruck kamen, einen „bedeutende[n] Strang“ in der französischen Reparationspolitik dar, der sich etwa bis Mitte 1922 in Konkurrenz zu einer unnachgiebigeren Linie behaupten konnte.²⁶

²⁴ *Le Matin*, 14. 3. 1922.

²⁵ So etwa in „Comment faire payer l'Allemagne?“, in: *Journal de Barcelonnette*, 1. 9. 1921; „L'exécution, la turquification, la Ruhr ou une nouvelle politique?“, ebenda, 26. 11. 1921.

²⁶ Auf die Defizite bei der Erforschung dieser Tendenz weist hin: Clemens A. Wurm, Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden in den 20er Jahren, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 6), München 1985, S. 315–334, hier: 320f. (Zitat: S. 320).

a) Vorschläge für den Ausbau der Sachlieferungsoption

Bereits im Januar 1921 hatte sich Reynaud vor der Finanzkommission der Chambre des Députés, der er nach seiner Reise durch den amerikanischen Kontinent unter anderem über seine Eindrücke von der aktuellen Finanzsituation in den USA berichtete, für ein deutsch-französisches Sachlieferungsabkommen zur direkten Beseitigung der Kriegsschäden in den „régions dévastées“ und zur Entlastung des französischen Staatshaushalts ausgesprochen.²⁷ Während der fünfjährigen Parlamentsdebatte um den Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 nahm Reynaud als Sprecher einer überparteilichen Gruppe von Abgeordneten der Mitte und der Rechten, zu der unter anderem Charles Reibel, Edouard de Warren, Pierre Taittinger, Edouard Soulier, Marcel Plaisant und Georges Bonnefous zählten, in einer Intervention erneut in diesem Sinne Stellung.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz der Alliierten (30. April – 5. Mai 1921), die der deutschen Regierung in ultimativer Form am 5. Mai übermittelt wurden, hatten das Reparationsproblem auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt, die bis zur Annahme des Dawes-Planes 1924 maßgeblich bleiben sollte. Es war damit nach den vergeblichen Anläufen von Spa und Brüssel gelungen, das im Versailler Vertrag formulierte Gebot auf Festlegung einer fixen Reparationsforderung einzulösen und die deutsche Führung, die noch den Pariser Zahlungsplan vom 29. Januar 1921 abgelehnt hatte, nach der Besetzung mehrerer westdeutscher Industriestädte zur Annahme am 11. Mai 1921 zu bewegen.²⁸ Aufgrund französischer Kompromißbereitschaft und englischen Insistierens sah der Londoner Reparationsplan, dem sich nach einigem Zögern die interalliierte Reparationskommission angeschlossen hatte, eine für die deutsche Seite deutlich günstigere Regelung vor, als sie noch im Januar 1921 festgelegt worden war. Anstelle der zunächst angestrebten 42 festen und variablen Annuitäten, die sich von zwei Milliarden Goldmark rasch auf sechs Milliarden steigern und außerdem 12,5% aller deutschen Exporte umfassen sollten, forderte man nun feste Annuitäten von zwei Milliarden Goldmark und variable Jahresleistungen, die allmählich von 12,5% auf 26% der deutschen Ausfuhren anwachsen würden. Statt einer Gesamtsumme von 226 Milliarden Goldmark²⁹ waren nunmehr Bonds im Werte von 132 Milliarden durch Deutschland zu bezahlen, die sich in ihrem Ertrag vermutlich noch einmal vermindert hätten.³⁰

²⁷ Vgl. u. a. den Bericht „Aux Etats-Unis. Les Conséquences d'une Politique d'Isolément“, in: *Journale de Barcelonnette*, 9. 1. 1921.

²⁸ Zum Verlauf der interalliierten Reparationsverhandlungen von den Beratungen im Vorfeld des Versailler Vertrags bis zum Londoner Ultimatum vgl. Marc Trachtenberg, *Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923*, New York 1980, S. 1–211.

²⁹ Zur Berechnung dieses vermutlichen Ertrags des Pariser Reparationsplans vgl. Etienne Weill-Raynal, *Les réparations allemandes et la France*, 3 Bände, Paris 1947, hier: Band I, S. 680–682. Trachtenberg gibt keine genauen Zahlen (Trachtenberg, *Reparation*, S. 189); zur Problematik der Erstellung und des Vergleichs von Zahlenangaben zu den von den Alliierten geforderten Reparationssummen siehe Peter Krüger, *Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung*, in: VfZ 29 (1981), S. 21–47, bes. S. 23–30.

³⁰ Vgl. Trachtenberg, *Reparation*, S. 188 f. und 210 f.; zur Forschungsdiskussion um den Wert der tatsächlich aufgrund des Londoner Zahlungsplans durch Deutschland zu erbringenden Leistungen: Ebenda, S. 385, Anm. 85.

Mühsam nur und gegen große Bedenken in der Kammer war es der seit Januar 1921 amtierenden Regierung Briand gelungen, in der Debatte um die Beschlüsse der Pariser Reparationskonferenz insbesondere die Abgeordneten der Mitte und der Rechten von der Notwendigkeit der gemachten Zugeständnisse zu überzeugen und ein Vertrauensvotum des Parlaments zu erreichen.³¹ Als besonders hinderlich hatte sich dabei die Tatsache erwiesen, daß der politische Schwerpunkt des Kabinetts im Bereich der linken Mitte lag und damit nicht der weiter rechts anzusiedelnden Grundtendenz der Kammer entsprach.³² Entsprechend schwierig gestaltete sich die Kammerratsprache über den reduzierten Londoner Zahlungsplan. Da erstmals eine durch Deutschland akzeptierte, in Gesamtsumme und Zahlungsmodus festgelegte Reparationsregelung zur Debatte stand, gerieten die Kammersitzungen vom 19., 20. und 24. bis 26. Mai zu einer der ersten größeren deutschland- und reparationspolitischen Grundsatzdebatten der *Chambre des Députés*.

Ministerpräsident Briand, der der Kammer den genauen Text der Vereinbarungen nicht zur Kenntnis gebracht und auch nicht in Form eines Gesetzesvorschlages zur Ratifizierung vorgelegt hatte, zielte auf ein Vertrauensvotum durch einfachen *Ordre du Jour*. Der Kern der Reparationslösung, die er zusammen mit seinem Minister für die befreiten Regionen, Loucheur, vortrug, bestand in der Anwendung der in London beschlossenen Zahlungsmodalitäten durch die Mobilisierung der deutschen Schuld. Die deutschen Obligationen sollten an Käufer in aller Welt veräußert und somit die Last der Schuldeneintreibung durch ihre Internationalisierung verteilt werden. Hinter dem schließlich erreichten scheinbar eindeutigen Votum von 419 gegen 171 Stimmen³³ zugunsten dieses Vorgehens stand indessen eine in sich äußerst uneinige Kammer, die allein über acht verschiedene *Ordres du Jour* zu befinden hatte. Hinsichtlich der Lösung des Reparationsproblems zeichneten sich drei große Strömungen ab: Die „*droite clemenciste*“ mit ihrem wichtigsten Sprecher André Tardieu, der sich seit 1919 unermüdlich als Verfechter einer orthodoxen Auslegung des Versailler Vertrages hervorgetan hatte³⁴, stand für die kompromißlose Ablehnung der Londoner Vereinbarungen und eine Politik des Zwangs und der Faustpfänder, die im Bedarfsfalle insbesondere durch die Besetzung des Ruhrgebiets eingelöst werden sollte. Demgegenüber befürwortete eine „schweigende“, keinen Debattenredner stellende, doch umfangreiche Gruppe, die sich um François Arago, den Fraktionsführer der stärksten, am rechten Rand des „*Bloc National*“ stehenden Kammergruppe „*Entente Républicaine Démocratique*“ scharte, in einem letztlich von der Kammermehrheit akzeptierten *Ordre du Jour* den Regierungsstandpunkt und mit ihm die Londoner Verhandlungsergeb-

³¹ Vgl. Bonnefous, *Histoire politique* III, S. 224–229.

³² Jean-Marie Mayeur, *La vie politique sous la Troisième République, 1870–1940*, Paris 1984, S. 264.

³³ JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 mai 1921*, S. 2430. Bonnefous, *Histoire* III, S. 238 gibt versehentlich ein Abstimmungsergebnis an, das sich nur auf einen Teil des schließlich verabschiedeten *Ordre du Jour* bezieht.

³⁴ Vgl. Rudolph Binion, *Defeated Leaders. The Political Fate of Caillaux, Jouvenel, and Tardieu*, New York 1960, S. 285 f. Die erste, auf die verfügbaren archivalischen Quellen gestützte biographische Studie zu Tardieu – François Monnet, *Refaire la République. André Tardieu, une dérive réactionnaire (1876–1945)*, Paris 1993 – legt ihren Schwerpunkt auf den Innen- und Reformpolitiker und behandelt die deutschlandpolitischen Ideen und Aktionen Tardiens nur am Rande.

nisse.³⁵ Eine dritte Strömung schließlich³⁶, getragen von den Sozialisten und von gemäßigten Abgeordneten aus dem breiten parlamentarischen Mittelfeld zwischen der radikalsozialistischen Fraktion und der „Entente Républicaine Démocratique“, optierte für einen Kompromiß: Man lehnte teils aus grundsätzlichen, teils aus ganz praktischen Gründen den Londoner Zahlungsplan ab, bemühte sich aber andererseits, gangbare Alternativen zu präsentieren, die eine Zwangspolitik überflüssig machen konnten. Das Schwergewicht in den durch die Debattenredner Pierre Forgeot, Vincent Auriol, Georges Noblemaire, Maurice de Rothschild und Paul Reynaud entwickelten Vorschlägen lag bei deutschen Sachlieferungen, die man nicht nur aufgrund des komplexen Transferproblems favorisierte, dessen Tragweite man erkannt hatte. Die Haupteinwände richteten sich gegen den Kern der Londoner Vereinbarungen: Man bezweifelte die Mobilisierbarkeit der deutschen Obligationen, deren Attraktivität für ausländische Bankiers von der Stabilität der deutsch-französischen Beziehungen abhängen mußte (Auriol³⁷), wies hin auf den Widerspruch zwischen der notwendigen Steigerung deutscher Exporte zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen und zunehmenden Zollbarrieren in Europa einerseits, dem französischen Interesse an der Entwicklung der eigenen Exporte andererseits (Forgeot, Auriol³⁸), und man machte klar, daß die Londoner Beschlüsse ein deutsches Unterlegenheitsverhältnis gegenüber Frankreich zugrundelegten, das nicht über Jahrzehnte hinweg aufrechtzuerhalten sei (Forgeot, Reynaud³⁹).

Als letzter planmäßiger Debattenredner erläuterte Paul Reynaud einen Entschließungsantrag auf Neuverhandlung des Londoner Zahlungsplanes, den er als Wortführer einer Gruppe von 28 Abgeordneten der parlamentarischen Mitte vorgelegt hatte. Er faßte dabei nochmals die wichtigsten Vorteile der „*prestations en nature*“ zusammen.⁴⁰ Wie seine Vorredner Auriol und Forgeot zeigte sich Reynaud überzeugt, daß als Alternative zu langfristig angelegten und von unkalkulierbaren politischen Wechselfällen abhängigen Annuitäten allein Sachlieferungen die Chance böten, den *raschen* Wiederaufbau der zerstörten Regionen Nordostfrankreichs zu ermöglichen und diese wichtigen Industriegebiete möglichst schnell wieder in das französische Wirtschaftsleben zu integrieren; weder neue Steuern noch Anleihen könnten die dazu erforderlichen Summen erbringen.⁴¹

³⁵ Zum Text des ausschließlich von Abgeordneten der Fraktion „Entente Républicaine Démocratique“ unterzeichneten und von der Kammer verabschiedeten Ordre du Jour: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 mai 1921, S. 2417 und 2430.

³⁶ Bonnefous, Histoire III, S. 237f. hebt in seiner Darstellung des Debattenverlaufs lediglich zwei Tendenzen hervor und übergeht sowohl die „Entente Républicaine Démocratique“ und ihren beiführenden Ordre du Jour als auch die bedingte Zustimmung der gemäßigten Mitte. So gelangt er zu der irreführenden Behauptung, die Linke habe die Außenpolitik Briands am energischsten unterstützt und übersieht dabei, daß Sozialisten und Radicaux alleine niemals die schließlich erreichte Zahl von über 400 Stimmen hätten mobilisieren können.

³⁷ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 24 mai 1921, S. 2364–2369, hier: S. 2368.

³⁸ Ebenda, Séance du 20 mai 1921, S. 2339–2346, hier: S. 2342f. (Forgeot); ebenda, Séance du 24 mai 1921, S. 2368 (Auriol).

³⁹ Ebenda, Séance du 20 mai 1921, S. 2345 (Forgeot); ebenda, Séance du 26 mai 1921, S. 2428 (Reynaud).

⁴⁰ Ebenda, Séance du 26 mai 1921, S. 2427f.

⁴¹ Ebenda, S. 2428. Die gleiche Argumentation findet sich auch in den Beiträgen von Forgeot und Auriol: Ebenda, Séance du 20 mai 1921, S. 2343f. bzw. ebenda, Séance du 24 mai 1921, S. 2367f.

Eben jene deutschen Wiederaufbauleistungen aber, die durch ihre Anrechnung auf die letzte und unsicherste Tranche von Obligationen eine unverzügliche Mobilisierung der deutschen Schuld erbringen könnten, würden durch die Londoner Regelungen praktisch unmöglich gemacht.⁴² Unter Beifall faßte er in gewohnter Prägnanz seinen Eindruck von der hinter diesem Verhandlungsergebnis stehenden allzugroßen Rücksichtnahme der Regierung Briand auf die heimische Industrie und deren Interesse am Wiederaufbaugeschäft zusammen:

„Nous savons qu'il y a des intérêts puissants qui sont opposés à la réparation en nature. (*Applaudissements sur divers bancs à l'extrême gauche, à gauche et sur divers bancs au centre et à droite.*) Nous savons qu'il y a les profiteurs de la reconstruction, comme il y a eu les profiteurs de la guerre. Votre politique consiste à nous interdire pratiquement de nous adresser à l'Allemagne pour les réparations en nature“.⁴³

Daß jedoch im Zweifelsfalle die Bedürfnisse der zerstörten Regionen und die Beseitigung von Produktionsengpässen Vorrang hätten vor den Interessen der intakten Produktionsstätten in Kernfrankreich, daran ließ Reynaud ebensowenig Zweifel wie vorher schon Forgeot, Auriol und de Rothschild.⁴⁴

Wenn die Entschließungsanträge, die den Londoner Zahlungsplan im Sinne jener Reparationslösung modifiziert wissen wollten, nicht zum Zuge, ja nicht einmal zur Abstimmung kamen, dann lag dies wohl zu allererst daran, daß die Kammernmehrheit nicht bereit war, durch die Infragestellung der Londoner Vereinbarungen den Bruch mit den englischen Alliierten in Kauf zu nehmen.⁴⁵

Das Verhalten der „modérés“ in der Debatte um die Londoner Vereinbarungen vom Mai 1921 zeigt, wie wenig das Bild eines homogenen „Bloc National“ auch auf dem Feld der Deutschlandpolitik der parlamentarischen Wirklichkeit tatsächlich entsprach. Neben einem hauptsächlich durch die Abgeordneten der „Entente Républicaine Démocratique“ getragenen rechten Flügel, welcher es sich zur Regel gemacht hatte, die Außenpolitik der durch den „Bloc National“ gestellten Regierungen zu stützen⁴⁶ – nicht ohne jedoch Briand in seinem Vertrauensvotum auf eine entschlossene Deutschlandpolitik zu verpflichten –, trat innerhalb der Mehrheit eine weitere, heterogene Strömung hervor, die sich in reparationspolitischer Hinsicht als außerordentlich innovativ erwies. Ohne Berührungsängste mit sozialistischen Konzepten, auf die man sich teilweise sogar berief⁴⁷, favorisierte man eine bis dahin zwar in Expertenkreisen immer wieder ins Auge gefaßte, doch im internationalen politischen Kontext noch kaum umgesetzte Variante der Repara-

⁴² Ebenda, Séance du 26 mai 1921, S. 2427 f. Artikel 10 der Londoner Vereinbarungen erlaubte Sachleistungen zwar grundsätzlich, machte sie aber durch die Auflage ihrer Bezahlung in Gold oder nächstfälligen Coupons für die französischen Geschädigten uninteressant. Die Kritik an diesem Passus findet sich ebenso bei de Rothschild und Auriol (Ebenda, Séance du 24 mai 1921, S. 2368 f. (Auriol), ebenda, Séance du 26 mai 1921, S. 2423 (de Rothschild)).

⁴³ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 mai 1921, S. 2427 f.

⁴⁴ Ebenda, Séance du 20 mai 1921, S. 2344 f. (Forgeot); ebenda, Séance du 26 mai 1921, S. 2423 f. (de Rothschild).

⁴⁵ Bonnefous, Histoire III, S. 237 f.

⁴⁶ Carrère/Bourgin, Manuel, S. 66.

⁴⁷ So zeigten Forgeot (JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 20 mai 1921, S. 2344), Noblemaire (Ebenda, Séance du 25 mai 1921, S. 2384) und de Rothschild (Ebenda, Séance du 26 mai 1921, S. 2423) Sympathien für die Vorschläge Auriols.

tionspolitik. In Frankreich wie in Deutschland innenpolitisch umstritten, stellte die Sachlieferungsoption auch in den zwischenstaatlichen Verhandlungen ein „heißes Eisen“ dar.

Zwar hatte der Versailler Vertrag in seinen Artikeln 235 und 236 sowie weiteren spezifizierenden Abschnitten⁴⁸ grundsätzlich die Voraussetzungen für eine Begleichung der deutschen Reparationsschuld durch Sachlieferungen geschaffen, doch war die Regelung genauer Liefermengen und -modalitäten im wesentlichen den späteren Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland sowie der Festlegung durch die Reparationskommission überlassen worden.⁴⁹ Die bald zerfallende reparationspolitische Einheit zwischen den Siegern und insbesondere zwischen Frankreich und Großbritannien machte die gemeinsame Durchführung dieser Bestimmungen indes bald unmöglich. Das sehr viel bedeutendere Ausmaß der Zerstörungen auf französischem Boden und die Tatsache, daß die britischen Sachforderungen mit der Übergabe deutscher Handelsschiffe rasch erfüllt worden waren, ließ das Interesse an einem Ausbau der Sachlieferungsoption im wesentlichen auf seiten der französischen Alliierten fortbestehen. Die britischen Erwartungen richteten sich in der Folge vorwiegend auf finanzielle Reparationsleistungen. Hinzu trat die britische Sorge um Absatzmärkte für die eigene Kohleproduktion, die ein genuin angelsächsisches Interesse an der Beschränkung deutscher Kohlelieferungen nach Frankreich schuf und eine deutsch-englische Interessennäherung in dieser Frage zur Folge hatte.⁵⁰

Die deutsche Seite zeigte sich gegenüber der Lösung des Reparationsproblems durch Sachlieferungen nicht abgeneigt, zog jedoch anstelle von Kohlelieferungen, die den Aufschwung der eigenen Stahlindustrie bremsen mußten, den auch für die heimische Wirtschaft förderlichen direkten Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch deutsche Unternehmer vor.⁵¹ Für den Bereich der Kohlelieferungen, deren Regelung überragende Bedeutung für den industriellen Wiederaufstieg Deutschlands wie Frankreichs zukam, war es bereits seit Ende 1918 zu Vereinbarungen gekommen. Sie waren als erste Schritte zur Wiederherstellung des kriegsbedingt unterbrochenen Austauschsystems von deutscher Kohle und französischen Eisenerzen gedacht. Bilaterale Wirtschaftsverhandlungen, bei denen man sich neben den großen alliierten Konferenzen teils auf Veranlassung der Regierungen, teils

⁴⁸ Es handelt sich im einzelnen um Anhang III (Handelsschiffe), IV (Lieferungen in die „régions dévastées“), V (Kohle und Koks) und VI (Chemieprodukte) in Teil VIII des Versailler Vertrags (Weill-Raynal, *Réparations* I, S. 368 und 380).

Von den in diesen Abschnitten festgelegten Sachlieferungen im eigentlichen Sinne sind die hier nicht zu behandelnden Kategorien der Restitutionen, „livraisons d'armistice“ und des „matériel abandonné“ zu unterscheiden (vgl. Weill-Raynal, *Réparations* I, S. 368–379).

⁴⁹ Zum folgenden siehe Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*. 10 Novembre 1918 – 10 janvier 1925, de l'Exécution à la Négociation, Paris 1977, S. 76–82.

⁵⁰ Vgl. hierzu: Christoph Stamm, Lloyd George zwischen Innen- und Außenpolitik. Die britische Deutschlandpolitik 1921/22, Köln 1977, S. 14 ff.; Bernd Dohrmann, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921–1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik, München u. a. 1980, S. 71–84; Anne Orde, *British Policy and European Reconstruction after the First World War*, Cambridge 1990, S. 65 ff.

⁵¹ Bariéty, *Relations*, S. 81 f.; Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25), Stuttgart 1973, S. 172–174.

auf Privatinitiative des Industriellen Hugo Stinnes mit dieser Frage beschäftigt hatte, blieben jedoch immer den Klimaschwankungen des allgemeinen, komplexen deutsch-französischen Verhältnisses unterworfen und brachten bis Sommer 1920 keine wesentlichen Fortschritte. Im Vorfeld der Konferenz von Spa im Juli 1920 war die Kohlenfrage aufgrund deutscher Rückstände bei den friedensvertraglich festgelegten Liefermengen in den Mittelpunkt des französischen Interesses getreten. Nun wurde jene Periode der durch beide Regierungen geförderten Wirtschaftsverhandlungen durch eine härtere französische Politik abgelöst, in der das Mittel des Ultimatums und der Sanktionsdrohung mindestens gleichgewichtig neben der fortbestehenden prinzipiellen Verhandlungsbereitschaft stand.⁵²

Die Idee des Wiederaufbaus der zerstörten französischen Regionen durch Einsatz deutscher Arbeitskräfte und Materialien andererseits, vorgesehen in Anhang IV des Versailler Vertrages, war bereits unmittelbar nach dessen Unterzeichnung zwischen Juli und Dezember 1919 Gegenstand deutsch-französischer Verhandlungen gewesen.

Der Arbeitskräfteeinsatz scheiterte indes an Differenzen über die Leitung der Wiederaufbaumaßnahmen vor Ort, an innerfranzösischen Widerständen sowie an der Änderung der innenpolitischen Situation in Frankreich nach Regierungsantritt des Bloc National.⁵³ Die vorgesehenen Warenlieferungen ihrerseits kamen, auch nachdem die Reparationskommission ab Januar 1920 ihre Abwicklung zu erleichtern versuchte, de facto ebenfalls nur in einem für Frankreich enttäuschenden Ausmaß zustande. In einer Anfang November 1920 entstandenen „Note sur les paiements en nature“ schätzte der Generalsekretär der französischen Delegation bei der Reparationskommission, Alexandre Aron, den jährlichen Ertrag allein der aufgrund Anhang IV des Versailler Vertrags den zerstörten Regionen zukommenden Sachlieferungen auf einen Wert von 634 Millionen Goldmark. Tatsächlich gingen im gesamten Zeitraum zwischen Ende 1919 und dem 1. Mai 1921 aufgrund dieses Artikels lediglich Waren im Wert von knapp 4 Millionen Goldmark an Frankreich.⁵⁴ Verantwortlich hierfür waren sowohl Verzögerungen bei der Angebotserstellung durch die deutsche Regierung und Uneinigkeiten bei der Preisgestaltung als auch bis Sommer 1922 weitgehend fehlende Zollerleichterungen für die Geschädigten. Die allgemeine Vernachlässigung dieser Reparationsoption gegenüber Kohlelieferungen durch die französische Regierung kam erschwerend hinzu und begründete die Tatsache, daß vor 1921 keine effektive Organisation zur Bedarfsfeststellung und zur Verteilung der gelieferten Waren ins Leben gerufen

⁵² Einen ausführlichen, quellengestützten Überblick über die genannten Verhandlungen vom Waffenstillstand 1918 bis zum Wiesbadener Abkommen 1921 bietet: Peter Wulf, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924 (Kieler Historische Studien 28), Stuttgart 1979, S. 169–221 und 241–293, hier: S. 169–196.

⁵³ Weill-Raynal, *Réparations I*, S. 442–444; Stephen D. Carls, Louis Loucheur and the Shaping of Modern France 1916–1931, Baton Rouge/London 1993, S. 180–182.

⁵⁴ Weill-Raynal, *Réparations I*, S. 454 f. und 441. Weill-Raynal schätzt, daß von den zwischen 1919 und Ende 1922 durch Frankreich erbrachten Wiederaufbauleistungen im Umfang von etwa 19 Mrd. Goldmark nur ein Anteil von ca. 570 Millionen durch deutsche Sachlieferungen aller Art – davon etwa 24 Millionen auf der Basis des Anhang IV – abgedeckt wurde: „Il apparaît donc que jusqu'à la période de l'occupation de la Ruhr et de la mise en vigueur du plan Dawes, l'utilisation des prestations en nature allemandes pour la reconstitution des régions dévastées a été pratiquement nulle“ (ebenda, S. 470 f.).

wurde. Bis Sommer 1921 stützte sich der beginnende Wiederaufbau deshalb vorwiegend auf Waren heimischer und dritter Provenienz oder solche, die aufgrund privater Vereinbarungen zwischen französischen Interessenten und deutschen Anbietern in die zerstörten Gebiete gelangten.⁵⁵

Dabei standen dieser weitgehend ungenutzten Reparationsoption sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite durchaus Ansätze für eine umfassende Lösung gegenüber. So hatte Hugo Stinnes in einer Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Millerand bereits im Juli 1920 vor der Konferenz von Spa unter anderem seine Vorstellungen von einem koordinierten Wiederaufbau der zerstörten Regionen zur Sprache gebracht; wegen anders begründeter Meinungsverschiedenheiten waren sie nicht weiter verfolgt worden.⁵⁶ Stinnes, einflußreicher Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie, war bis Frühsommer 1920 zu einem gewichtigen Berater bei der Formulierung der deutschen Reparationspolitik geworden, dessen Sachverstand und Urteil von beiden Parteien anerkannt wurden.⁵⁷ Den gemeinsamen Wiederaufbau Nordostfrankreichs verstand er – nicht ohne konkrete geschäftliche Hintergedanken – als notwendige Vorbereitungsphase für eine allgemeine Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen, deren Endziel die weitergehende wirtschaftliche Kooperation im Rahmen einer mitteleuropäischen Zollunion sein sollte.⁵⁸

Im Verlauf der Gespräche von Spa, an denen Stinnes als Sachverständiger der Bergbauindustrie teilnahm, knüpfte die deutsche Delegation mit einem ausgearbeiteten Vorschlag an die abgebrochenen Gespräche des Jahres 1919 an. Sie präsentierte einen Rekonstruktionsplan, der den Ausbau der Sachlieferungsoption vorsah und die Initiative für die Durchführung des Wiederaufbauprogramms einem internationalen Unternehmerverbund zuschachte. An eine Expertenkommission weitergegeben, wurden die Vorschläge, die den Interessen der französischen und englischen Industrie am Wiederaufbaugeschäft widersprachen, schließlich abgewiesen.⁵⁹

Weitaus größeres Gewicht für den Verlauf der Reparationsverhandlungen bis zum Londoner Ultimatum erlangten hingegen die Konzeptionen, die der Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Jacques Seydoux, seit Spätsommer 1920 entwickelte. Wie einige andere französische Spitzenbeamte erkannte er die Vorteile, die deutsche Sachlieferungen für den raschen Wiederaufbau des Landes, die Entlastung des Staatshaushalts und die Verknüpfung der eigenen Rekonstruktionsanstrengungen mit dem deutschen Wiederaufschwung haben konnten.⁶⁰ Mit politischer Rückendeckung durch Ministerpräsident Millerand, der eine „pragmatische Verständigungspolitik“⁶¹ Gewaltmaßnahmen vorzog,

⁵⁵ Weill-Raynal, *Réparations I*, S. 446–452; hier auch ein Abriß der praktischen Schwierigkeiten, auf die die Lieferungen und ihre Anbahnung stießen sowie der Beratungen der Reparationskommission zu deren Behebung; ebenda, S. 453–472.

⁵⁶ Wulf, Stinnes, S. 203 f.

⁵⁷ Ebenda, S. 195.

⁵⁸ Ebenda, S. 201 f.

⁵⁹ Bariéty, *Relations*, S. 82. Die Protokolle der Unterredungen finden sich abgedruckt in: *Documents on British Foreign Policy 1918–1939, First Series*, Band VIII, S. 422–648. Vgl. auch Weill-Raynal, *Réparations I*, S. 562–578, hier: 569–571.

⁶⁰ Bariéty, *Relations*, S. 83.

⁶¹ Krüger, *Außenpolitik*, S. 117.

sollte durch die Kombination verschiedener Reparationsmöglichkeiten unter Betonung der Sachlieferungen eine vernachlässigte Reparationsquelle erschlossen werden. Die Mängel der bisherigen Praxis versuchte man insbesondere durch die Vereinfachung von Geschäftsbeziehungen zwischen Geschädigten und Lieferanten und eine günstigere Regelung der Preisfestsetzung auszugleichen. Bei der Reichsregierung wie bei der deutschen Industrie stieß man damit aber nur auf skeptische Resonanz. Der Sturz Millerands und der deutschlandpolitisch ebenfalls kompromißbereiten Regierung Leygues im September 1920 bzw. im Januar 1921 entzog den französischen Vorschlägen zunächst die innenpolitische Basis.⁶² Die Befürworter einer an den ökonomischen Realitäten orientierten Politik der Zusammenarbeit setzten ihre Bemühungen jedoch auch nach Regierungsantritt Briands fort, dessen vielgesichtige Deutschlandpolitik trotz aller zur Schau getragenen Aggressivität einige Zeichen für eine konziliantere Haltung erkennen ließ.⁶³

In der Debatte um die Londoner Abmachungen vom Mai 1921 trafen so die wichtigsten in der Kammer vertretenen deutschlandpolitischen Positionen aufeinander und warben um die Zustimmung des Regierungschefs, über dessen Haltung sich weder die regierungstragende Mehrheit noch die Anhänger einer pragmatischen Politik inner- und außerhalb des „Bloc national“ restlos im klaren waren. Das Konzept der „réparations en nature“ kristallisierte sich nun auf parlamentarischer Ebene als die wichtigste Alternativlösung zur Position der Regierung heraus. Louis Loucheur, der die Darlegung des Kabinettsstandpunkts für die finanziellen Aspekte der Londoner Vereinbarungen übernommen hatte, ging darauf jedoch in seiner Stellungnahme nur ausweichend ein: Er verwies auf die mangelnde Akzeptanz Hunderttausender deutscher Arbeiter in den betroffenen Regionen und die Gefahr der Etablierung deutscher Exporteure in Frankreich. „Fournitures en nature“ hatten in seinen Plänen nur in einem zu den Interventionen Forgeots, Reynauds und Auriols konträren Sinne Platz: als Teil deutscher Exporte sollten sie dem Schuldner die nötigen Devisen für Barzahlungen verschaffen.⁶⁴

Mit umso größerer Befriedigung nahmen deshalb die Initiatoren des parlamentarischen Vorstoßes um Reynaud die Aufnahme von deutsch-französischen Verhandlungen zur Kenntnis, die ab Juni 1921 zwischen dem neuen deutschen Minister für den Wiederaufbau, Rathenau, und Loucheur eingeleitet wurden und gerade jene alternativen Prinzipien ins Auge faßten, die in der Kammer so vehement diskutiert worden waren. Reynaud selbst verstand die Besprechungen, die auf deutsche Initiative und das Entgegenkommen Briands hin gegen einen mit Blick auf innerfranzösische Widerstände eher zögernden Loucheur zustande kamen⁶⁵, als indirekte Bestätigung seines Entschließungsantrags und der dahinterstehenden Vorschläge.⁶⁶ So ging er mit Beginn der Parlamentsferien daran, seine Reparationsvorstellungen in mehreren Artikeln fortzuentwickeln, zu verdichten und einer

⁶² Zum Seydoux-Plan: Krüger, Außenpolitik, S. 116–122; immer noch grundlegend: Georges Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, in: VfZ 23 (1975), S. 237–270.

⁶³ Krüger, Außenpolitik, S. 120.

⁶⁴ Vgl. die Stellungnahme Loucheurs: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 20 mai 1921, S. 2347f.

⁶⁵ Carls, Louis Loucheur, S. 229f.

⁶⁶ Paul Reynaud, „L'accord de Wiesbaden ou De la coupe du producteur allemand aux lèvres du sinistré français“, in: *Journal de Barcelonnette*, 1. 12. 1921.

außerparlamentarischen Öffentlichkeit vorzustellen. Dabei erneuerte er seine Bedenken gegenüber den Londoner Regelungen und unterzog die französische Reparationspolitik als Ganze einer fundierten Kritik. Sie versuchte sowohl das komplizierte Neben- und Gegeneinander der alliierten Interessen als auch das Verhältnis zum deutschen Gläubiger realistisch zu erfassen und in ein zunächst nach wie vor auf Sachlieferungen ausgerichtetes Gesamtkonzept einzubinden.

Anstelle einer Politik ständig neuer Zugeständnisse gegenüber den Alliierten, die im Gegenzug nicht mehr als die nur widerwillig gewährte Erlaubnis zu Zwangsmaßnahmen einbrachte, sei eine wirtschaftspolitische, den Wiederaufbau Gesamteuropas berücksichtigende und nicht allein finanzpolitische Lösung erforderlich. Nur so könnten gleichermaßen die widerstreitenden handelspolitischen Interessen der Beteiligten befriedigt und die Ursachen des ständigen englischen Drucks auf Verminderung der deutschen Reparationssumme beseitigt werden. Die Schwerpunktverlagerung auf Sachlieferungen in Wiederaufbaubereiche könnte gleichermaßen dem deutschen Exportbedürfnis, der englischen und amerikanischen Furcht vor dem Überhandnehmen billiger deutscher Ausfuhr Güter auf dem Weltmarkt und dem französischen Bedarf an Fertigwaren und Baumaterial entgegenkommen. Überdies wäre auf diesem Umweg die in den Versailler Verhandlungen noch verweigernde Priorität für Reparationen an Frankreich zu erreichen.⁶⁷

Mit großer Treffsicherheit erfaßte Reynaud die Schwächen der bis dahin durch die französische Politik anvisierten Standardlösungen, die auf freiwillige deutsche Zahlungen, auf eine effektive Tätigkeit der Reparationskommission oder auf die Besetzung des Ruhrgebiets setzten. Ausgehend von der präzisen Kenntnis der innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Deutschland bezüglich der Reparationsfrage und anders als Briand, der öffentlich Vertrauen in den neuen Kanzler Wirth demonstrierte⁶⁸, gab er sich keinen Illusionen über den Kern der deutschen Erfüllungspolitik und ihren Ertrag für Frankreich hin. Er begriff sie zu Recht als Revisionspolitik mit anderen Mitteln, die zunehmend auf englische Unterstützung und das Gewicht der Weltmeinung baute: „Exécuter? Il n’y a pas un Allemand en Allemagne disposé à exécuter intégralement l’état des paiements du mois de mai dernier, connu sous le nom de l’accord de Londres“⁶⁹. Im Gegensatz zur großen Mehrheit der nichtsozialistischen Politiker Frankreichs aber lehnte er die These vom „betrügerischen Bankrott“ ab. Ihr zufolge hielt die deutsche Regierung zur Umgehung der Verpflichtungen des Versailler Vertrags bewußt das Steueraufkommen niedrig und plante überflüssige Staatsausgaben ein, um eine Fassade der Bedürftigkeit zu schaffen, hinter der sich gleichwohl ein durch günstige Exporte auf den Weltmarkt erworbener Wohlstand verberge.⁷⁰ Zwar erkannte der Finanz-

⁶⁷ Paul Reynaud, „D’une politique d’application du Traité de paix en ce qui concerne les Réparations“, in: *Revue Hebdomadaire*, 13. 8. 1921, S. 214–225. Der Artikel wurde in seinen wesentlichen Inhalten in Reynauds Heimatdépartement publik gemacht unter dem Titel: „Comment faire payer l’Allemagne? La thèse de M. Paul Reynaud“, in: *Journal de Barcelonnette*, 1. 9. 1921.

⁶⁸ Vgl. dazu Bonnefous, *Histoire* III, S. 237 f.

⁶⁹ Paul Reynaud, „Pour que l’Allemagne paie. L’exécution, la turquification, la Ruhr ou une nouvelle politique?“, in: *Journal de Barcelonnette*, 15. 12. 1921.

⁷⁰ Ein Bericht der deutschen Botschaft in Paris vom 20. 9. 1921 resümierte die zentralen Elemente dieser in der Presse und Öffentlichkeit Frankreichs weitverbreiteten These: Zur Schwächung der Mark und zur Rettung von Devisen vor alliiertem Zugriff erhöhe die deutsche Regierung unablässig die umlaufende Geldmenge, placierte die Industrie ihre bei Vollbeschäftigung erzielten üppigen

experte sehr wohl, daß man in Deutschland auf den seit Juni 1921 drastisch sich verschärfenden inflationären Markverfall spekulierte, um daraus wirtschaftlichen und politischen Gewinn zu ziehen.⁷¹ Er übersah deshalb aber nicht die Kehrseite jener Politik, durch die Deutschland nun seiner Ansicht nach wirtschaftlich bedeutend schlechter gestellt sei als noch vor 1914. Als belastend erkannte er etwa die hohen Zollschränken in ganz Europa, die den Export der inflationsbedingt billigeren deutschen Waren zunehmend erschwerten, die Warenknappheit in Deutschland selbst und nicht zuletzt die zunehmende soziale Krise zu Lasten vor allem der Mittel- und Unterschichten.⁷² Bemerkenswert sachkundig hielt Reynaud dem französischen Publikum die wichtigsten Faktoren vor Augen, die die Produktion nationalen Reichtums in Deutschland auf deutlich geringerem Niveau hielten, als es die äußerlich intensive Auslastung der Industrie vermuten ließ: Faktoren, die insofern die Fähigkeit des Reiches zu Reparationsleistungen vermindern mußten. Insbesondere die Verluste von Industrieregionen und landwirtschaftlichen Nutzflächen aufgrund von Gebietsabtretungen, die übermäßige Absorption von Arbeitskräften im öffentlichen Dienst, die Bindung industrieller Kapazitäten zur Versorgung des eigenen Landes sowie die Auswirkungen des Achtstundentages erkannte er zu Recht als Ursachen relativ schwacher deutscher Exportraten im Vergleich zur Vorkriegszeit und Auslöser einer klar negativen Handelsbilanz des Reiches für das Jahr 1921.⁷³

Wie nur sehr wenige französische Politiker des bürgerlichen Spektrums äußerte er angesichts dieser Umstände dringende Zweifel, ob Deutschland bei einer voraussichtlichen Exportleistung von 7 Milliarden Goldmark im Jahr 1921 die durch den Londoner Zahlungsplan geforderten Summen tatsächlich in Devisen werde aufbringen können. Als Alternative empfahl er erneut, den undurchführbaren Londoner Plan zugunsten von Neuverhandlungen aufzugeben und, falls Großbritannien nicht bereit sei, die Lösung der „*prestations en nature*“ mitzutragen,

Gewinne im Ausland und verweigerten potente Steuerzahler mit staatlicher Duldung ihre Leistungen, um zu Lasten insbesondere der kleinen Lohnempfänger bewußt auf den Staatsbankrott hinzuarbeiten (wiedergegeben nach: Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York u.a. 1993, S. 377f.).

Diese Anschauung entsprach unter anderem auch den Berichten französischer Deutschlandreisender, die die Krisenerscheinungen hinter dem scheinbaren Wohlergehen nicht wahrnahmen (Vgl. etwa Albert Londres, „*Nous occupons l'Allemagne et les Allemands nous occupent* (Huit jours à Dusseldorf)“, in: *Revue Hebdomadaire*, 9. 4. 1921). Einem mit den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten nicht vertrauten Beobachter mußten insbesondere die Zusammenhänge zwischen den inflationär sich steigenden Staatsausgaben und der real nahezu erreichten Vollbeschäftigung sowie der Steigerung der Produktion verborgen bleiben (dazu: Gerald D. Feldman/Heidrun Homburg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977).

⁷¹ Reynaud, *L'exécution*. Den komplexen Vorgang der Instrumentalisierung der Inflation in der internationalen Reparationsdebatte durch die Regierung und verschiedene gesellschaftliche Gruppen in Deutschland beleuchtet ausführlich: Peter Krüger, *Die Auswirkungen der Inflation auf die deutsche Außenpolitik*, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 6), München 1985, S. 297–314.

⁷² Reynaud, *L'exécution*.

⁷³ Paul Reynaud, „*L'Allemagne vaincue et les réparations* (Notes de voyage)“, in: *Journal de Barcelonnette*, 1. 4. 1922.

nötigenfalls jedem Alliierten die Sorge der Einigung mit Deutschland selbst zu überlassen.⁷⁴

Um die Jahreswende 1921/22 konstatierte Reynaud deshalb ein weitgehendes Scheitern der französischen Reparationspolitik. Dabei unterschied sich seine Kritik an der Verminderung der deutschen Schuld und an ihrer gescheiterten Mobilisierung, an der verfehlten Einhandlung zusätzlicher Garantien und an der mißlungenen Regelung des interalliierten Schuldenproblems⁷⁵ nicht wesentlich von den Vorwürfen, die in der Kammer von der gemäßigten Mitte bis zur nationalistischen Rechten gegen die Deutschlandpolitik Briands laut geworden waren. Zusammen mit wenigen anderen Repräsentanten der „modérés“ und in prinzipieller Übereinstimmung mit den Vorschlägen der sozialistischen Fraktion hatte er indes über die bloße Kritik hinausgehend ein tragfähiges Alternativkonzept auf die Ebene der parlamentarischen Diskussion gehoben, das zwar bereits in Expertenplänen ins Auge gefaßt worden war, doch erst mit den Vereinbarungen des Wiesbadener Abkommens ernsthaft Eingang in deutsch-französische Reparationsregelungen finden sollte. Gemäßigter als ein Briand der scharfen Töne, der nicht zuletzt mit Rücksicht auf die rechte Kammermehrheit im April 1921 die sofortige Ruhrbesetzung forderte, sah er in dieser Sanktion eine bei fortgesetzter deutscher Weigerung zwar denkbare, doch nur in allerletzter Konsequenz anzustrebende „solution du désespoir“⁷⁶. Sachkundiger als ein verständigungsbereiter Briand faßte Reynaud das Wiesbadener Abkommen vom Oktober 1921 als hoffnungsvolles Zeichen für eine neue Haltung der Verantwortlichen in beiden Ländern auf, erkannte aber klar eine wesentliche Schwachstelle der Vereinbarungen. Das geplante System direkter Bestellungen der französischen Geschädigten in Deutschland mußte ja tatsächlich von vorneherein in Frage gestellt werden, solange der deutsche Staat nur unter Schwierigkeiten seinen Industriellen den Wert der gelieferten Waren in stabiler Währung bezahlen konnte und weiterhin in Gefahr stand, in Kürze bankrott zu gehen.⁷⁷

In zweifacher Hinsicht erscheinen die Reynaudschen Vorschläge – über ihren Innovationsgehalt für die Regelung der internationalen Finanzbeziehungen hinausgehend – auch im Hinblick auf ihre Verankerung im innenpolitischen Kontext bemerkenswert. So muß das ostentativ bekundete Hinweggehen Reynauds über die Interessen der heimischen Industrie am Wiederaufbaugeschäft auf den ersten Blick erstaunen bei einem Abgeordneten, dessen politische Heimat für gewöhnlich in der Nähe der Geschäftswelt vermutet wird. Und in der Tat hatten die Publikationsorgane verschiedener Industriezweige, hatten Handelskammern, Arbeitgeberverbände und Einzelpersonlichkeiten aus der Wirtschaft keinen Zweifel an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber Sachlieferungen gelassen oder zeigten sich allenfalls gewillt, solche Produkte zuzulassen, die die französische Industrie selbst nicht in ausreichender Menge bereitstellen konnte.⁷⁸ Der einflußreiche In-

⁷⁴ Reynaud, *L'exécution*.

⁷⁵ Vgl. etwa Reynaud, *L'accord de Wiesbade*.

⁷⁶ Reynaud, *L'exécution*.

⁷⁷ Reynaud, *L'accord de Wiesbade*.

⁷⁸ Vgl. hierzu die Belege bei: Hermann Rupieper, *The Cuno government and reparations 1922–1923. Politics and economics*, Den Haag u.a. 1979, S. 8, Anm. 21; Jean-Noël Jeanneney, *François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir 1914–1940*, Paris 1976, S. 128 f.; Weill-Raynal, *Répa-*

dustrielle, Abgeordnete und Präsident des französischen Schwerindustriellenverbands „Comité des Forges“, François de Wendel, Vertreter einer harten Linie gegenüber Deutschland, gehörte ebenso wie sein Bruder Humbert zu den Meinungsführern einer Strömung in der französischen Wirtschaft, die sich aus „malthusianischer Furcht“ vor deutscher Konkurrenz gegen die Durchführung der Wiesbadener Abmachungen wandte.⁷⁹ Freilich war sein Einfluß zumindest auf parlamentarischer Ebene zu diesem Zeitpunkt noch begrenzt. In der Debatte um die Londoner Abmachungen vom Mai 1921 hatte er es nicht vermocht, seine Fraktionskollegen von der „Entente Républicaine Démocratique“ zur Enthaltung oder Opposition gegenüber Briands Deutschlandpolitik zu bewegen.⁸⁰ Auch entzogen sich de Wendel in der Sachlieferungsfrage gerade jene Zirkel elsässischer Abgeordneter, in denen er für gewöhnlich auf den größten politischen Rückhalt zählen konnte: Immerhin befanden sich unter den 28 Unterzeichnern des von Reynaud in der Debatte vom 26. Mai vertretenen „Ordre du Jour“ nicht weniger als 11 Abgeordnete Elsaß-Lothringens und der „régions dévastées“!⁸¹ Indes scheint man in Industriekreisen durchaus Zuflucht zu subtileren Methoden der Einflußnahme auf meinungsbildende Abgeordnete genommen zu haben. Zumindest im Falle Reynauds, der von einem französischen „Großindustriellen“, dessen Identität er verschweigt, um die Abkehr von seinen reparationspolitischen Vorstellungen angegangen worden war, blieben solche Versuche ergebnislos.⁸²

Wesentlich größeres Gewicht im Kalkül Reynauds, der stets mit Gespür für Strömungen in der Bevölkerung agierte, hatte dagegen der offenkundige Widerwille weiter Teile der öffentlichen Meinung in Frankreich, deutsche Unternehmer und Arbeitskräfte in den Wiederaufbauregionen am Werk zu sehen – ein Gedanke, der in den deutschen Vorschlägen seit 1919 immer wieder aufgetaucht war. So hütete er sich in allen seinen Äußerungen zum Reparationsthema streng, den Einsatz deutscher Arbeiter befürwortend zu thematisieren. In der öffentlichen Diskussion, die sich um diese Frage im Verlauf des Jahres 1921 entzündet hatte, konnten sich dazu nahezu ausschließlich sozialistische Politiker und Gewerkschaftsvertreter durchringen.⁸³ Dagegen paßte Reynaud seine Initiativen exakt dem Erwartungsprofil der Bevölkerung in den „régions dévastées“ an: Dort war man an einer Beschleunigung des schleppenden Wiederaufbaus interessiert, und

rations II, S. 59; Camille Didier, *L'accord de Wiesbaden au point de vue de l'industrie et des sinistrés français*, Paris 1921.

⁷⁹ Jeanneney, de Wendel, S. 128.

⁸⁰ Ebenda, S. 133.

⁸¹ Im einzelnen waren dies: Charles Frey (Bas-Rhin), Robert Schuman (Moselle), Charles Scheer (Haut-Rhin), Désiré Ferry (Meurthe-et-Moselle), Edouard de Warren (Meurthe-et-Moselle), Georges Mazerand (Meurthe-et-Moselle), Robert Sérot (Moselle), Henri Philippoteaux (Ardenne), Charles Altorffer (Bas-Rhin), Camille Simonin (Bas-Rhin) und Eugène Müller (Bas-Rhin). Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß mit Sérot ein Abgeordneter unterzeichnete, der noch 1919 mit de Wendel auf einer gemeinsamen Liste kandidiert hatte. (JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 mai 1921*, S. 2417. Die Angaben zu den Abgeordneten sind entnommen aus: Jean Jolly (Hg.), *Dictionnaire des parlementaires français. Notices biographiques sur les ministres, députés et sénateurs français de 1889 à 1940*, 8 Bände, Paris 1960–1977).

⁸² Reynaud, *Mémoires* I, S. 152–154.

⁸³ Die Debatte um den Einsatz deutscher Arbeiter in den französischen Wiederaufbaubetrieben resümiert: Ralph Schor, *Les travailleurs allemands et la reconstruction de la France au lendemain de la Grande Guerre (1919–1923)*, in: *Revue Historique* 272 (1984), S. 113–130.

stand, wie gesehen, über die Stimmen der eigenen parlamentarischen Vertreter einer Forcierung des Sachlieferungsprogramms offen gegenüber.⁸⁴

Mit dem Sturz der Regierung Briand – bezeichnenderweise über die Reparationsproblematik – veränderten sich die innenpolitischen Bedingungen für die Formulierung der französischen Deutschland- und Reparationspolitik grundlegend. Der neue Ministerpräsident Poincaré hatte sich bereits 1919, damals noch Präsident der Republik, als Kritiker der Verhandlungsführung Clemenceaus und als Anhänger eines Sicherheitsfriedens hervorgetan, der garantierte deutsche Reparationszahlungen und insbesondere die fortdauernde Besetzung des Rheinlands bis zur vollständigen Erfüllung der deutschen Verpflichtungen einschließen sollte. Wenngleich aufgrund der verfassungsrechtlichen Grenzen seines Amtes und des politischen Gewichts des „Tigers“ seine diesbezüglichen Interventionen erfolglos blieben, galt Poincaré am Ende seines Septennats im Februar 1920 als einer derjenigen Staatsmänner, die sich während des vierjährigen Krieges größte Verdienste um Frankreich und ein entsprechend fundiertes Mitspracherecht in deutschlandpolitischen Belangen erworben hatten. Bis Januar 1922 lebte er in freiwilliger Enthaltsamkeit von allen Regierungsgätern. Vor allem als Mitglied des Senats und als Präsident seiner einflußreichen außenpolitischen Kommission schaffte er es in dieser Zeit, seine persönliche Niederlage erneut in hohe politische Autorität umzumünzen. Insbesondere erwarb er sich den Ruf eines engagierten Verfechters der Belange der zerstörten Regionen sowie der strikten Anwendung des Versailler Vertrags.⁸⁵

Zwischen März 1920 und Januar 1922 nahm Poincaré regelmäßig in *Le Matin*, *Le Temps* und insbesondere in einer vierzehntägig erscheinenden politischen Chronik der *Revue des Deux Mondes* zu außen-, finanz- und vor allem reparationspolitischen Themen Stellung.⁸⁶ Ausgehend von der Kritik am Versailler Vertrag und an dessen Urhebern zeichnete er hier ein pessimistisches Bild des deutsch-französischen Kräfteverhältnisses. Ein in seiner internationalen Bedeutung, seinem Selbstvertrauen und seiner finanziellen Leistungskraft geschwächtes Frankreich stand in Poincarés Darstellung einem revanchelüsternten Deutschland gegenüber, das die These seiner alleinigen Kriegsschuld leugne. Im Vertrauen auf englische Unterstützung setze man dort alles daran, um sich den für Frankreich überlebenswichtigen Reparationszahlungen durch eine verantwortungslose Aus-

⁸⁴ Zur Haltung der Bevölkerung, die wie die gesamte Wiederaufbauproblematik eine vertiefte Studie verdienen würde: Schor, *Travailleurs*, S. 116 und 129f.

Ein im November 1921 auf Initiative der Gewerkschaft CGT organisiertes Referendum erbrachte in der Region von Chaulnes (Somme), die in Absprache mit der Regierung für einen ersten Versuch ausgewählt worden war, die Zustimmung von 84% der Bevölkerung. In einer zweiten Befragung, die auf Verlangen Loucheurs nur einen Monat später durch die Präfektur durchgeführt wurde, sprachen sich nach einer „Informationskampagne“ der Regierung nurmehr 49% dafür aus (Schor, *Travailleurs*, S. 124–127; Weill-Raynal, *Réparations II*, S. 64–67).

⁸⁵ Pierre Miquel, Poincaré, Paris 1961, S. 381–441.

⁸⁶ Zur publizistischen Tätigkeit Poincarés zwischen 15. 3. 1920 und 15. 1. 1922: Georges Wormser, *Le septennat de Poincaré*, Paris 1977, S. 255–263.

Die Beiträge in der *Revue des deux Mondes* wurden bereits kurz nach ihrer ersten Veröffentlichung in vier Bänden gesammelt und neu herausgegeben: Raymond Poincaré, *Histoire politique. Chroniques de quinzaine*, 4 Bände, Paris 1920–22.

gaben- und Inflationspolitik zu entziehen.⁸⁷ Bitter konstatierte er die englischen Pressionen, die darauf abzielen würden, das ohnehin bereits nach großen französischen Zugeständnissen zustandegekommene Versailler Vertragssystem einer grundlegenden Revision zu unterwerfen.⁸⁸ Anders jedoch als Vertreter der nationalistischen Rechten wie Léon Daudet oder Maurice Barrès verfiel Poincaré keineswegs in die undifferenzierte Verdammung alles Deutschen. Er erkannte durchaus an, daß der wirtschaftliche Wiederaufstieg, ja Wohlstand der besiegten Nationen die unverzichtbare Vorbedingung für die Erholung Gesamteuropas sein würde und daß dazu auch die begrenzte wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Kriegsgegner ins Auge gefaßt werden müsse.⁸⁹ Freilich aber implizierte sein Deutschlandbild das fortwährende Mißtrauen gegenüber einem östlichen Nachbarn, dessen „atavistische Eroberungsinстинkte“⁹⁰ nur durch die Achtung vor französischer Stärke im Zaum gehalten werden könnten:

„Je veux bien admettre qu'il ne soit pas nécessaire de nous faire craindre par l'Allemagne; mais, dans l'intérêt même de nos relations futures, il est, à tout le moins, indispensable qu'elle nous respecte et qu'elle nous estime; et, si elle nous sent faibles, nous ne serons jamais à ses yeux qu'un peuple inférieur. Que la France soit à même de traiter avec elle d'égale à égale, c'est la meilleure façon de préparer, pour l'avenir, un rapprochement sincère entre les deux nations.“⁹¹

Gab Poincaré sich zunächst in der Kritik an den Regierungen des „Bloc national“ noch zurückhaltend, so ging er mit Machtantritt Briands offen auf Oppositiionskurs. Eine breite rechte Strömung in der Kammer, die dem außenpolitischen Handeln des Ministerpräsidenten gegenüber Deutschland, in der Orient- und in der Abrüstungsfrage ab Herbst 1921 zunehmend kritisch gegenüberstand, nahm ihn daraufhin immer dringender als möglichen Nachfolger in den Blick.⁹² Dies geschah in dem Maße, in dem klar wurde, daß Briand in bezug auf die zwei Alternativen, welche bisher in seiner Deutschlandpolitik in unterschiedlicher Gewichtung zum Tragen gekommen waren, allmählich eine deutliche Präferenz entwickelte: Zwischen der harten Zwangs- und Sanktionspolitik einerseits und dem Versuch einer pragmatischeren Lösung „im Vertrauen auf das demokratische Deutschland“⁹³ und unter Berücksichtigung der englischen Interessen andererseits, neigte der Ministerpräsident zunehmend der zweiten Option zu. Der Mitverantwortliche für das Ultimatum an Deutschland im Februar 1921, für den Einmarsch in mehrere rechtsrheinische Orte im folgenden Monat und für eine konse-

⁸⁷ Miquel, Poincaré, S. 420–428. Zum Revanchevorwurf: Poincaré, *Histoire politique* I, S. 272 (1. 9. 1920). Zu seiner Kritik an der Ausgabenpolitik des deutschen Reiches: Ebenda II, S. 207–216 (15. 1. 1921).

⁸⁸ Vgl. u. a. Ebenda I, S. 77f. (1. 5. 1920), S. 127f. (1. 6. 1920), S. 88–92 (1. 5. 1920), S. 113f. (15. 5. 1920).

⁸⁹ Ebenda I, S. 48 (1. 4. 1920) und S. 119 (15. 5. 1920). Als rücksichtsloser Vertreter einer Gewaltpolitik gegenüber Deutschland und „Anwalt eines schrankenlosen Nationalegoismus“ erscheint Poincaré als Verfasser der „Chroniques de quinzaine“ einseitig dargestellt bei Norbert Ohler, *Deutschland und die deutsche Frage in der „Revue des deux Mondes“ 1905–1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes*, Frankfurt 1973, S. 142–164 passim (Zitat S. 157).

⁹⁰ Ebenda I, S. 63 (15. 4. 1920) und ebenda II, S. 191 (1. 1. 1921).

⁹¹ Ebenda II, S. 192 (1. 1. 1921).

⁹² Miquel, Poincaré, S. 428f; Bonnefous, *Histoire* III, S. 261–282.

⁹³ So Briand in seiner Stellungnahme vor dem Senat (Bonnefous, *Histoire* III, S. 266).

quente Oberschlesienpolitik zum Nutzen Frankreichs hatte sich nicht nur ab Frühsommer 1921 auf bilaterale deutsch-französische Gespräche eingelassen oder im September zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen die besetzten rheinischen Gebiete bereitgefunden. Mit seinem Eingehen auf Verhandlungen über den englischen Vorschlag eines Tauschgeschäfts britischer Sicherheitsgarantien für Frankreich gegen die Neuverhandlung des Londoner Zahlungsplans hatte er sich endgültig auf den Weg der reparationspolitischen Revision des Versailler Vertrags begeben.⁹⁴

Paul Reynaud hatte die Entwicklung des siebten Kabinetts Briand nicht ohne Sympathie verfolgt. Weniger jedoch die Nähe zur politischen Persönlichkeit des Ministerpräsidenten war es, die ihn über weite Strecken des Jahres 1921 hin zur kritischen Loyalität veranlaßt hatte, sondern vielmehr die Hoffnung auf entschiedenere Umsetzung einer Deutschlandpolitik, für die er in der zweiten Jahreshälfte verheißungsvolle Ansätze hatte konstatieren können. Wenngleich er nie die Skepsis verlor gegenüber einem Briand, der die ausgeprägte Fähigkeit besaß, feindselige parlamentarische Stimmungen aufzufangen und so gedeckt auf internationaler Ebene in beunruhigendem Maße eigene Wege zu gehen, zeigte sich Reynaud nicht unzugänglich gegenüber der sachlichen Notwendigkeit von Zugeständnissen in der Reparationsfrage. Bis zuletzt jedoch bemängelte er die Konzeptionslosigkeit der Regierung Briand in dieser Hinsicht, auf die er das Scheitern der vielversprechenden Ansätze von Wiesbaden zurückführte.⁹⁵

Dem im Hintergrund gegen Briand wirkenden Poincaré hatte Reynaud einen Vertrauensvorschuß entgegengebracht, der in erster Linie der Person galt und dem, was sie verkörperte. In der Tat bot Poincaré in seiner Regierungserklärung vom 19. Januar kaum neue deutschlandpolitische Inhalte. Sein Bekenntnis zum Versailler Vertrag und zur Aufrechterhaltung der Allianzen mit dessen Garantiemächten stellte eher eine unspektakuläre, „akademisch“ eingefärbte Pflichtübung dar.⁹⁶ Ungeachtet dessen rückte Reynaud aufatmend den vielversprechenden „neuen Geist“ in den Vordergrund, der mit dem Amtsantritt des Regierungschefs in die Deutschlandpolitik Frankreichs Einzug gehalten habe:

„Par son langage, par son attitude, par sa voix mordante et nette, par l'autorité qui émane de sa personne et de ses anciennes fonctions, M. Poincaré a ranimé tout d'abord la fierté de la victoire oubliée.“⁹⁷

Das Potential der „neuen Politik“ Poincarés erschöpfte sich in seinen Augen nicht in kompromißloser Härte: Er erwartete zustimmend eine energischere, effektivere Nutzung der im Versailler Vertrag angelegten Möglichkeiten einschließlich der Anwendung direkter Sanktionsdrohung gegen Deutschland, doch traute er ihr auch die entscheidende Nuance zu, die seiner Meinung nach daneben nicht fehlen durfte:

„Mais ce n'est là que l'une des deux branches de la politique que nous devons adopter à l'égard de l'Allemagne. Il faut menacer d'une main, mais il faut offrir de

⁹⁴ Vgl. Becker/Berstein, *Victoire et frustrations*, S. 212–214.

⁹⁵ Paul Reynaud, „Vers le Redressement de la Politique Française?“, in: *Journal de Barcelonnette*, 1. 2. 1922.

⁹⁶ Bonnefous, *Histoire III*, S. 284 f.

⁹⁷ Reynaud, *Redressement*.

l'autre. Gardons-nous surtout de montrer à l'Allemagne, dont le désarroi moral est profond, un avenir sans espoir.“⁹⁸ Denn: „La vérité est que le peuple allemand, qui a plus souffert qu'aucun autre pendant la guerre, parce qu'il a vécu en vase clos, alors que nous étions ravitaillés par le monde entier, a subi le poids d'une révolution économique qui est venu doubler l'effondrement moral de la défaite.“⁹⁹

Einmal mehr ergriff Reynaud den Anlaß, die Elemente seines deutschlandpolitischen Credos vorzutragen. Das Eingehen auch auf die Bedürfnislage der Gegenseite, das Einbetten des Reparationsproblems in den gesamteuropäischen Rahmen und die Erarbeitung eines Wiedergutmachungsplans, der der Tatsache Rechnung zu tragen habe, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Londoner Zahlungsplan nicht in bar werde erfüllen können, stellten für ihn unabdingbare Konstanten eines „gemäßigten“ Konzepts dar.¹⁰⁰

Ob ihm freilich verborgen geblieben war, daß Poincarés Bereitschaft zu entgegenkommendem Vertrauen in die Leistungsbereitschaft der deutschen Seite deutlich geringer ausgeprägt war als die eigene, muß bezweifelt werden. Einem aufmerksamen Leser der „Chroniques de quinzaine“ konnte nicht entgangen sein, daß die These vom „betrügerischen Bankrott“ des deutschen Staates, die er, Reynaud, so fundiert und beredt zu relativieren versucht hatte, ein Kernstück der Poincaré'schen Doktrin bildete.¹⁰¹ Daß der neue Ministerpräsident überdies deutsche Sach- und Arbeitsleistungen als Teil eines Täuschungsmanövers zum Schaden der französischen Industrie verstand und nur als „außergewöhnlichen“ und „übergangsweisen“ Zahlungsmodus zu akzeptieren bereit war, hatte er bereits seit langem wiederholt klargemacht.¹⁰² So entsprang es wohl nicht nur rein volkswirtschaftlichen Überlegungen, als Reynaud im Frühjahr 1922 sein reparationspolitisches Konzept in einem entscheidenden Punkt modifizierte.

b) Regelung der Reparationsfrage durch Aktienbeteiligungen an der deutschen Industrie?

Mitte März 1922, knapp zwei Monate nach Regierungsantritt Poincarés, legte Reynaud in der konservativen Tageszeitung *Le Matin* einen neuen Plan vor, der versuchte, der veränderten internationalen Lage Rechnung zu tragen und gleichermaßen außenwirtschaftliche, psychologische, reparations- und sicherheitspolitische Aspekte berücksichtigte. Inspiriert durch das System deutscher Kontributionsentnahmen aus den besetzten Gebieten Nordostfrankreichs während des Ersten Weltkriegs und in bewußter Anknüpfung an Vorschläge des deutschen Wirtschaftsexperten Julius Hirsch, sah sein Konzept die Aufstockung des Kapitals

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Reynaud, *L'Allemagne vaincue et les réparations*.

¹⁰⁰ Reynaud, *Redressement*.

¹⁰¹ Anhand einer ausführlichen Analyse des deutschen Budgets für das Jahr 1921 versuchte Poincaré etwa zu demonstrieren, daß überflüssige Ausgaben eingespart und zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden könnten (Poincaré, *Histoire politique* II, S. 207–217). Zum Bild von der rasch wiedererstehenden deutschen Industrie auch: Ebenda, S. 237–240 (1. 2. 1921).

Der Gedanke findet sich auch in seiner Regierungserklärung vom 19. Januar 1922: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 19 janvier 1922*, S. 37f., hier: S. 38.

¹⁰² Ebenda I, S. 63–65 (15. 4. 1920); ebenda, S. 117–120 (15. 5. 1920); ebenda II, S. 216f. (15. 1. 1921). Dazu auch Trachtenberg, *Reparations*, S. 238.

deutscher Aktiengesellschaften um ein Fünftel ihres Wertes und die Hypothekenbelastung des gesamten Immobilienbesitzes im gleichen Ausmaß jeweils zugunsten der Übereignung dieser Anteile an die Reparationskommission vor. In logischer Fortentwicklung dieses Verflechtungsansatzes sollten über deutsch-französische Handelsverträge, über die Zusammenarbeit im Bereich des Bergbaus und des Hüttenwesens gemeinsam Preisvorteile erreicht und neue Märkte etwa in Rußland erschlossen werden. Daß Reynauds Überlegungen ganz konkrete wirtschaftliche Ziele zugrundelagten wie die Sicherung von Absatzmärkten für die französische Industrie und die wirksame Kontrolle der günstiger produzierenden deutschen Konkurrenz, gab er offen zu. Fernziel blieb jedoch die politische Annäherung auf der Basis der „moralischen Abrüstung“ und inneren Stabilisierung Deutschlands, die sich in Verträgen zur Garantie der gegenseitigen Grenzen und in der Verminderung der französischen Besatzungstruppen im Nachbarland niederschlagen sollte.¹⁰³

Neu war auch diese Lösung der Übernahme von Anteilen am deutschen Kapital- und Produktionsvermögen zu Reparationszwecken nicht. Seitens der deutschen Regierung waren bereits im Umfeld der Friedensverhandlungen zwischen dem Waffenstillstand vom November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Vertrags Ende Juni 1919 Pläne für eine alliierte Beteiligung an deutschen Industrieunternehmen aufgegriffen worden. Sie gingen zurück auf den deutschen Industriellen Arnold Rechberg, der sie zunächst mit Blick auf eine wirtschaftliche Annäherung an den englischen Kriegsgegner seit Januar 1918 wiederholt in Kreisen der Industrie und des Auswärtigen Amts vorgetragen hatte. Kurzzeitig deutete sich so im Frühjahr 1919 die Möglichkeit einer deutsch-französischen industriellen Zusammenarbeit unter antienglischem Vorzeichen an: Tatsächlich fanden die deutschen Vorschläge an die Alliierten, die im Mai 1919 mit Billigung der Industrie darauf abzielten, durch die Preisgabe von Anteilen deutscher Kohlenzechen an französische Unternehmen die drohende Abtrennung deutscher Industriegebiete zu vermeiden, zunächst ermunternde Aufnahme seitens der französischen Unterhändler. Erst aufgrund des Meinungsumschwungs der Delegierten Frankreichs, der vermutlich mit Rücksicht auf Großbritannien erfolgte, blieben sie dann doch nur Episode.¹⁰⁴

Waren die deutschen Angebote vom Mai 1919 in erster Linie entstanden, um unter Zugzwang in der Reparationsfrage Schlimmeres zu verhüten, ohne daß bereits umfassendere Vorstellungen für interne Regelungen zwischen der Reichsregierung und der Industrie entwickelt worden waren¹⁰⁵, so änderte sich das, als das Konzept im Mai 1921 durch den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Julius Hirsch, erneut aufgenommen wurde. Den Anlaß für den Rückgriff auf die Option der Kapitalbeteiligung bildete diesmal die Annahme des Londoner Ultimatums durch die Regierung Wirth. Ergab sich doch daraus die Notwendigkeit, angesichts der maroden Staatsfinanzen langfristig wirksame Alternativen zur

¹⁰³ Paul Reynaud, „Un moyen d'éviter un désastre européen. Affecter aux réparations une partie du capital du Reich“, in: *Le Matin*, 14. 3. 1922.

¹⁰⁴ Vgl. hierzu Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, S. 174–181; Wulf, Stinnes, S. 177–179.

¹⁰⁵ Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19, S. 180.

Finanzierung deutscher Reparationsleistungen über die Erhöhung des Steueraufkommens zu finden, welche sich in der Vergangenheit bereits als nicht hinreichend effektiv erwiesen hatte. Kern des Konzepts über die „Belastung der Sachwerte als Teil des Reparationsprogramms“ war der Gedanke, zur Deckung des defizitären Etats und der Reparationsschuld anstelle der bisher weitgehend betroffenen Kapitaleigner nun verstärkt die Besitzer von Sachwerten und Produktionsmitteln heranzuziehen.¹⁰⁶ Dazu schlug Hirsch die Belastung des landwirtschaftlichen Grund- und städtischen Wohnbesitzes durch eine zwanzigprozentige Hypothek sowie die Übernahme von Anteilen in gleicher Höhe an allen Industrie- und Handelsunternehmen jeweils zugunsten des deutschen Staates vor. Diesem sollten im Ergebnis nicht nur die entsprechenden Sach- und Jahreserträge zugute kommen, sondern darüber hinaus verstärkt In- und Auslandskredite zufließen, denen die belasteten Werte als Sicherheiten dienen würden.¹⁰⁷ Ziel war also letztlich, durch die Deckung des deutschen Haushaltsdefizits über die „Mobilisierung von Substanzwerten“ den weiteren inflationären Verfall der deutschen Währung zu bremsen und so ihre Kreditwürdigkeit im Ausland zu stärken; mit der Erfüllung einer regelmäßig vorgebrachten alliierten Forderung hoffte man zudem, „unorganische Eingriff[e]“ der Entente in den deutschen Staatshaushalt zu vermeiden.¹⁰⁸

Die Widerstände gegen den von der SPD gestützten und stark innenpolitisch motivierten Vorschlag aus dem Reichswirtschaftsministerium warfen ein bezeichnendes Licht auf die Stimmungslage, auf die das Konzept Reynauds in Deutschland treffen mußte. Entgegen der Annahme seiner konservativen Kritiker zielte Hirsch zwar keineswegs auf eine verdeckte Sozialisierung der deutschen Wirtschaft; viel eher erstrebte er ihre „kontrollierte Liberalisierung“ zur Förderung von Rationalisierung und Konkurrenzfähigkeit.¹⁰⁹ Er scheiterte gleichwohl an der Unentschlossenheit Reichskanzler Wirths, der entgegen anderslautender öffentlicher Äußerungen den Plan angesichts der schwankenden Basis seiner Regierung politisch nicht für durchsetzbar hielt. Ausschlaggebend waren zudem Widerstände in den konservativen Parteien und im Reichsfinanzministerium, in denen sich im Kern Vorbehalte gegen das Konzept der Erfüllungspolitik insgesamt manifestierten. Insbesondere der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Heinrich Zapf, wandte sich gegen den Versuch, durch ein so weitgehendes Programm die anzustrebende Einsicht der Alliierten in die deutsche Zahlungsunfähigkeit hinauszuzögern oder gar zu verhindern. Er fürchtete zudem – und dieses Sorge wurde von Kabinettsmitgliedern wie Wiederaufbauminister Rathenau geteilt –, den Kontrollinstitutionen der Entente ein nur allzu probates Mittel an die Hand

¹⁰⁶ Der Plan wurde am 19. Mai 1921 im Kabinett diskutiert und bis 27. Juni zu einer Denkschrift ausgebaut. Die Schrift findet sich in ihrer Erstfassung abgedruckt in: Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921. 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922. Band I, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard 1973, S. 7–13. Die erweiterte Form bei: Julius Hirsch, Die deutsche Währungsfrage (Kieler Vorträge 9), Jena 1924, S. 58–69. Allgemein zu den Vorschlägen Hirschs: Feldman, *Great Disorder*, S. 350–354. Zur Vorgeschichte auch: Wulf, Stinnes, S. 266–268.

¹⁰⁷ Hirsch, *Währungsfrage*, S. 60–65.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 67f.; Zitate: S. 68.

¹⁰⁹ Feldman, *Great Disorder*, S. 351.

zu geben, um unerwünschten Einfluß auf die von staatlicher Hand gehaltenen Anteile und damit auf die deutsche Wirtschaft zu nehmen. Angesichts dieser vereinten Gegnerschaft verliefen die Bemühungen Hirschs bis Herbst 1921 endgültig im Sande. Kabinett und Finanzministerium blieben zur Haushaltskonsolidierung weiterhin auf das traditionelle Mittel der Steuergesetzgebung verwiesen.¹¹⁰ Auf reparationstechnischem Gebiet bildete im Sommer 1921 die Sachlieferungsoption für die Reichsregierung nach wie vor die wichtigere Alternative, um das schier unlösbar erscheinende Transferproblem zumindest teilweise zu entschärfen.¹¹¹

Die Grenzen dieses im Wiesbadener Abkommen festgeschriebenen Ansatzes waren indes bis Jahresbeginn 1922 deutlich geworden und hatten Reynaud laut eigenem Bekunden zur Änderung seiner Haltung bewogen. Er hielt nun die Sachlieferungslösung aufgrund neuer, ungünstiger Rahmenbedingungen für zunehmend undurchführbar und erachtete sie in deutlicher Annäherung an die Position Poincarés nurmehr als Zusatzoption für akzeptabel: Sah er doch, daß der in der zweiten Jahreshälfte 1921 einsetzende rapide Markverfall und die verfehlte Konsolidierung des deutschen Staatshaushalts dem vorgesehenen System staatlicher Ausgleichszahlungen an deutsche Industrielle extrem abträglich sein würden.¹¹²

Es muß erstaunen, daß damit das System der Sachlieferungen einen seiner engagiertesten Befürworter in Frankreich zu einem Zeitpunkt verlor, als diese Option noch bei weitem nicht an die Grenzen ihrer Ausbaumöglichkeiten gestoßen war. Immerhin sah das Jahr 1922 mit dem Cuntze-Bemelmans-Abkommen, den Gillet-Ruppel-Vereinbarungen und dem Stinnes-Lubersac-Abkommen eine Folge von teils staatlichen, teils zwischen Industrievertretern geschlossenen Sachlieferungsverträgen, die die Schwächen der Wiesbadener Bestimmungen teils erfolgreich ausglich.¹¹³ Freilich hatten die Vereinbarungen bis dato vor allem wegen des Widerstandes der Schwerindustrien beider Länder, aufgrund widerstreitender handelspolitischer Interessen der deutschen und der französischen Seite sowie der Vorbehalte der Alliierten Frankreichs nicht die erhofften Ergebnisse gebracht.¹¹⁴ Auch konnte Reynaud davon ausgehen, daß sein neuer Vorschlag in Kreisen der Industrie auf zumindest vereinzelte Sympathien stoßen würde.¹¹⁵ Mit ausschlaggebend für die Hartnäckigkeit, mit der er über Jahre hinweg an der Idee der Indu-

¹¹⁰ Ebenda, S. 352–354. Zu den Argumenten Zapfs: Kabinette Wirth I und II, Band I, S. 6 f. (Chefbesprechung vom 19. 5. 1921), zur Haltung Rathenaus: Ebenda, S. 118 (Kabinettsitzung vom 29. 6. 1921).

¹¹¹ Feldman, *Great Disorder*, S. 356.

¹¹² Reynaud, *Un moyen d'éviter un désastre européen*; Ders., *L'Allemagne vaincue et les réparations*.

¹¹³ Zu den genannten Vereinbarungen im Überblick: Wulf, Stinnes, S. 324–329.

¹¹⁴ Zur Kritik der deutschen Schwerindustrie am Wiesbadener Abkommen vgl. Wulf, Stinnes, S. 320–324 sowie Feldman, *Great Disorder*, S. 356–358; die ablehnende Haltung der französischen Industrie findet sich erläutert bei Jeanneney, de Wendel, S. 127–130. Dazu auch Wurm, *Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden in den 20er Jahren*, in: Feldman, *Nachwirkungen*, S. 321 sowie Krüger, *Außenpolitik*, S. 146 f. Zu den Widerständen allgemein: Weill-Raynal, *Réparations II*, S. 52–67.

¹¹⁵ So hatte etwa Henry de Peyerimhoff, Generalsekretär der französischen Grubenvereinigung „Comité des Houillères“ öffentlich vorsichtige Zustimmung bekundet. François de Wendel stand allerdings auch diesem Konzept Reynauds ablehnend gegenüber und übte auf das Direktorium des „Comité des Forges“ im Frühjahr 1922 entsprechenden Einfluß aus (Jeanneney, de Wendel, S. 152 f.).

strie-beteiligungen festhielt und diese noch im Jahr 1929 erneut politisch nutzbar zu machen versuchte, dürfte indes die Tatsache geworden sein, daß ihm durch die Bekanntschaft mit Arnold Rechberg ein deutscher Verbündeter für die Verteidigung seiner Idee erwachsen war.

Der wohlhabende Industrielle und politische Schriftsteller Rechberg hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg versucht, als dilettierender Privatmann Einfluß auf den Gang der deutsch-französischen Beziehungen zu nehmen. Seit 1904 in Paris ansässig, war er mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Deutschland zurückgekehrt und pflegte dort Beziehungen u. a. zu Matthias Erzberger, nach Kriegsende auch zur nationalistischen Rechten sowie zu Vertretern der Entente. Daneben entfaltete er eine umfangreiche publizistische Tätigkeit in der deutschen, englischen und französischen Presse, wo er seit 1920 Pläne für eine antibolschewistische Koalition Westeuropas entwickelte. In diesem Zusammenhang hatte er neben Militärprojekten insbesondere die Idee der europäischen Wirtschaftsverflechtung über alliierte Aktienbeteiligungen an der deutschen Industrie in die Diskussion gebracht.¹¹⁶

Einer der französischen Gesprächspartner Rechbergs, der Leiter der „ständigen Delegation des Garantiekomitees der Reparationskommission in Berlin“, Emile Haguenin¹¹⁷, war auf den Artikel Reynauds in *Le Matin* vom März 1922 aufmerksam geworden. Er bahnte daraufhin den Kontakt an und informierte Reynaud ausführlich über die Pläne Rechbergs.¹¹⁸ Auf Einladung des deutschen Industriellen kam es so im Oktober 1922 zu einem ersten Treffen in Berlin. Hier vermittelte Rechberg seinem Gast unter anderem ein Treffen mit General Ludendorff, den er seit Kriegsende für seine Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit Frankreich unter antisowjetischem Vorzeichen zu gewinnen suchte.¹¹⁹ Das Gespräch, in dem Ludendorff offensichtlich Interesse an Reynauds Reparationsidee zeigte und seine Zustimmung zu einer gütlichen Lösung hinsichtlich Elsaß-Lothringens andeutete¹²⁰, bestärkte Reynaud in seinen Ansichten und ließ ihn, mit neuen Argumenten versehen, nach seiner Rückkehr erneut verstärkt deutschlandpolitisch aktiv werden.

¹¹⁶ Vgl. Eberhard von Vietsch, Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg, Koblenz 1958; Werner Bührer, Rechberg, Arnold, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 265 f.

¹¹⁷ Zur Person Emile Haguenins vgl. Henning Köhler, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1980, passim sowie Stefan Martens, Einleitung, in: Ders. (Hg.), Documents Diplomatiques Français sur l'Allemagne 1920. Französische Diplomatenberichte aus Deutschland 1920, Band 1 (Pariser Historische Studien 33/1), Bonn/Berlin 1992, S. 29–149, hier: S. 44–55.

¹¹⁸ Vgl. das Schreiben Rechbergs an Reynaud vom 21. 3. 1922 (AN, 74 AP 11) sowie die Note Haguenins „Les idées de M. Rechberg sur le problème des réparations et la reconstitution économique“ vom 13. 4. 1922 (ebenda), in der dieser vorab die Thesen einer angekündigten Buchveröffentlichung Rechbergs analysierte. Die Arbeit erschien schließlich unter dem Titel: Arnold Rechberg, Was kostet der Friedensvertrag die Entente?, München 1922. Von Vietsch, der Reynaud irrtümlich verwandtschaftliche Beziehungen zur Industriellenfamilie Schneider-Creusot unterstellt, setzt die Kontaktaufnahme beider Männer fälschlicherweise erst für den Herbst 1922 an (von Vietsch, Rechberg, S. 85 f.).

¹¹⁹ Zum vielschichtigen Verhältnis Rechbergs zu Ludendorff: von Vietsch, Rechberg, S. 65–73.

¹²⁰ Über die halbstündige Unterredung mit dem General gibt Reynaud Aufschluß in einer Gesprächsnotiz vom 9. 10. 1922 (AN, 74 AP 11).

Bereits im Mai hatte Reynaud keinen Hehl aus seiner Ansicht gemacht, daß das faktische Scheitern der Konferenz von Genua nicht zuletzt als Folge der traditionellen englischen Kontinentalpolitik interpretiert werden müsse, die nicht umhin könne, die Isolierung der Industriemacht Frankreich anzustreben. In Deutschland dagegen könnten selbst nationalistische Zirkel nicht an der Einsicht vorbei, daß die Entwicklung des eigenen Industriepotentials der Isolierung des französischen Nachbarn entgegenstehe.¹²¹ Diese richtig beobachtete Interessenskollision lag in der Tat den vielfältigen Ansätzen zu deutsch-französischen Industrieverhandlungen zugrunde, die sich im Herbst 1922 auf Initiative beider Seiten ergaben.¹²² Mit großem Nachdruck griff Reynaud deshalb das Stichwort auf, das ihm Ludendorff gegeben hatte, und präsentierte die versöhnlichen Äußerungen des Weltkriegsgenerals als weiteren Beleg für das „natürliche“ Interesse auch konservativer deutscher Kreise am Ausgleich – ein Interesse, das er in diesem Falle auf die in seinen Augen berechtigte Sorge vor bolschewistischen Unruhen zurückführte.¹²³

In einer großen und von den Abgeordneten mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommenen Parlamentsrede faßte Reynaud am 20. Oktober 1922 seinen Standpunkt zusammen. Er verwies auf den weitgehenden Verfall der Autorität eines aus der „Scham der Niederlage“ geborenen deutschen Staates und auf die allgemeine Zerrüttung seines Wirtschaftslebens. Und er vertrat zum wiederholten Male die Aussichtslosigkeit des Unterfangens, durch immer neue Kontroll- und Zwangsmaßnahmen deutsche Zahlungen zu erreichen. Die Idee der Industriebeteiligungen stellte er unter expliziter Berufung auf die Alternativvorschläge Arnold Rechbergs und Julius Hirschs in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Ohne eine Besetzung der Ruhr definitiv auszuschließen, übte er außerdem heftige Kritik an der Politik regelmäßig wiederholter ineffektiver Drohungen Poincarés, die ebenso wenig wie diejenige seines Vorgängers zu einem geschlossenen, der Weltöffentlichkeit vermittelbaren und erfolgreichen Reparationsprogramm geführt hätte: „[...] le monde, et la France en particulier, sont fatigués par le rythme des conférences précédées de discours menaçants et suivies de discours désabusés. [...] Messieurs, s'il est vrai que l'Allemagne est telle que je l'ai comprise et que je la dépeins, il ne faut pas essayer de s'adresser à l'Etat allemand. J'entends bien que c'est avec lui que nous négocions. Mais ce n'est pas lui qu'on pourra faire payer. Ce n'est pas par l'impôt prélevé sur la masse que nous pourrions être payés. [...] La richesse allemande a quitté la masse, elle est montée vers quelques puissants seigneurs: c'est à eux qu'il faut s'adresser. [...]“¹²⁴ Und unter Verwendung eines Zitats aus dem *Vorwärts* ergänzte er: „[...] Il ne manque certainement pas, en Allemagne, de gens

¹²¹ Paul Reynaud, „Et maintenant, quelle politique?“, in: *Revue Hebdomadaire*, 27. 5. 1922; wieder abgedruckt in: *Journal de Barcelonnette*, 10. 6. 1922.

¹²² Vgl. das Resümee dieser Gespräche bei Wulf, Stinnes, S. 329–343.

¹²³ „Ce qu'a dit le Général Ludendorff à M. Paul Reynaud“, in: *Journal de Barcelonnette*, 31. 10. 1922. Zu Reynauds Besorgnis vor bolschewistischen Unruhen in Deutschland angesichts der prekären Wirtschaftslage siehe seine Pressenotizen über seinen Deutschlandbesuch (AN, 74 AP 11, Dossier: „Voyage à Berlin, octobre 1922. Notes pour journaux“).

¹²⁴ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 20 octobre 1922, S. 2756–2765 (Zitate: S. 2756 und 2760. Vgl. auch Bonnefous, Histoire III, S. 335–337. Bariéty datiert die Rede Reynauds irrtümlicherweise auf den 12. 10. und geht nicht auf dessen Reparationsvorschlag ein. So entsteht der unzutreffende Eindruck, Reynaud habe alternativelos die Ruhrbesetzung empfohlen (Bariéty, Relations, S. 106).

capables de payer, mais leur patriotisme aurait fort besoin d'être aidé par un huissier impartial. 'Monsieur le président du conseil, cet huissier impartial, dont nous regrettons tant et si cruellement l'absence à la Société des nations (*Très bien! très bien!*), à défaut de mieux, ce pourrait être vous. Car pour cela, oui, l'action, d'accord avec une fraction de l'opinion publique allemande, pour cela, oui, même la Ruhr, quand il s'agit d'imposer une solution définitive au problème; mais pas la Ruhr tous les deux mois, pour obtenir quelques millions. [...] Je demande à la Chambre la permission de croire que, entre la politique de l'autruche et la politique du taureau, il peut y avoir une troisième politique qui soit une politique de réalisations; c'est celle-là que je viens proposer à la Chambre.'¹²⁵

Im Unterschied zu zwei anderen, seit Mai 1922 in Regierungskreisen kursierenden Plänen, die wie Reynauds Konzept die Übernahme französischer Kontrolle über deutsches Industriekapital vorsahen, empfahl Reynaud weder die Ruhrbesetzung als vorrangiges Ziel noch eine darauf aufbauende separatistische Rheinlandpolitik. Er verstand eine Besetzung der Ruhr vielmehr als letztes und stärkstes Druckmittel, um die deutsche Industrie zur Annahme einer Partizipationslösung zu bringen, die letztlich auf das ganze Reichsgebiet Anwendung finden sollte.¹²⁶ Dabei bestand zum Zeitpunkt seiner Intervention durchaus noch Anlaß zur Hoffnung, die offizielle Haltung Frankreichs in dieser Frage zu beeinflussen. Zwar hatte Poincaré eine „politique des gages“ mit Besetzung der Ruhr seit Juni als mögliche Lösung ins Auge gefaßt; seine endgültige Entscheidung fiel der Regierungschef jedoch erst Mitte November. Bis dahin warben widerstreitende Tendenzen um seine Unterstützung, getragen vor allem von hohen Beamten in den besetzten rheinischen Gebieten auf der einen, von Finanzminister de Lasteyrie auf der anderen Seite.¹²⁷ Der Moment war mithin gut gewählt, um Gehör zu finden.

Poincaré hielt die Vorschläge Reynauds für immerhin so wichtig, daß er darauf in einer ausführlichen, ablehnenden Replik im Rahmen einer Kammerrede einging, in der sein Mißtrauen gegenüber den deutschen Urhebern des Plans zum Ausdruck kam. Der vermutliche geringe Ertrag der vorgeschlagenen Lösung und praktische Ausführungsprobleme standen im Mittelpunkt seiner Erklärungen, die das vorläufige Aus für alle Hoffnungen auf eine mögliche rasche Umsetzung des „Reichberg-Reynaud-Plans“ bedeuteten und von der Kammer ohne erkennbaren Widerstand aufgenommen wurden.¹²⁸ Mehr noch als die angeführten Gründe, deren Stichhaltigkeit mit Recht bezweifelt werden konnte¹²⁹ war wohl für Poincarés

¹²⁵ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 20 octobre 1922, S. 2761.

¹²⁶ Zu den Plänen des Oberkommandierenden der Rheinarmee, Degoutte, sowie den vermutlich durch Tirard inspirierten Vorschlägen des Abgeordneten Dariac vom 2. bzw. 28. Mai 1922 vgl. Bariéty, Relations, S. 96–101; Ludwig Zimmermann, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, Göttingen 1971, S. 78–81. Bariéty betont die Parallelitäten zwischen den Entwürfen Degouttes, Dariacs und Reynauds (Bariéty, Relations, S. 106).

¹²⁷ Vgl. Bariéty, Relations, S. 97 bzw. 101–108.

¹²⁸ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 17 novembre 1922, S. 3241–3248, hier: S. 3245–3247. Vgl. zu den Ausführungen Poincarés auch den ausführlichen Bericht der deutschen Botschaft vom 18. 11. 1922 (PA-AA, R 70715).

¹²⁹ So etwa durch ein Mitglied einer pazifistischen Gruppe, der „Deutschen Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland)“, die den Plan wohlwollend diskutiert hatte (Brief Kuczynski an Reynaud vom 25. 11. 1922; AN, 74 AP 11).

Ablehnung die Tatsache ausschlaggebend, daß die Grenzen seiner Bereitschaft zum Experiment mit Sachlieferungen, Industriegesprächen und anderen Alternativlösungen jenseits rein finanzpolitischer Regelungen seit dem Vertrag von Rapallo, seit den wiederholten deutschen Moratoriumsbitten vom März und Juli 1922 und insbesondere seit den gescheiterten interalliierten Reparationsgesprächen vom August 1922 erreicht waren.¹³⁰ Poincaré war im Herbst 1922 aufgrund einer Vielzahl eng miteinander verwobener Gründe, wozu der starke innenpolitische Druck seitens der parlamentarischen Rechten sowie sicherheits- und finanzpolitische Gegebenheiten zählten, nicht mehr bereit, sich in eine Situation bringen zu lassen, in der er gezwungen sein konnte, seinen entschiedenen Kurs gegenüber Deutschland zu differenzieren.¹³¹ Dies zeigte sich in seiner systematischen Weigerung, die ab Herbst 1922 laufenden direkten deutsch-französischen Industrieverhandlungen durch die Entgegennahme eines deutschen Angebots zu sanktionieren.¹³² Auf anderer Ebene manifestierte sich diese Haltung aber auch in der unmißverständlichen Absage an Reynauds Pläne wie an dessen folgendes Angebot, in direkten Gesprächen mit Hugo Stinnes doch noch zu einer Einigung über den „Rechberg-Reynaud-Plan“ zu kommen.

c) Vermittlungsgespräche in Deutschland im Frühjahr 1923

Reynaud war entschlossen, nach den ermutigenden Erfahrungen seiner Reise vom Oktober 1922 die Vermittlertätigkeit in Unterredungen mit deutschen offiziellen Stellen wie auch mit Industriekreisen fortzusetzen. Die Gelegenheit dafür schien ihm bereits nach dem Scheitern der Konferenz von Genua außerordentlich günstig zu sein, aus deren Verlauf er Schlußfolgerungen gezogen hatte, die denen seines Regierungschefs diametral entgegenstanden. Zwar teilte er dessen zunehmen-

¹³⁰ Becker/Berstein, *Victoire et frustrations*, S. 215. Die gravierende Verschärfung des Klimas in den deutsch-französischen Beziehungen nach Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo analysiert insbesondere Renata Fritsch-Bournazel, *Rapallo: naissance d'un mythe. La politique de la peur dans la France du Bloc national*, Paris 1974, S. 168 ff.

Speziell zur sich verhärtenden Haltung Poincarés in der Frage inoffizieller Industrieverhandlungen ab Sommer 1922 vgl. auch Trachtenberg, *Reparation*, S. 239, der damit unter anderem ältere Thesen von der sofortigen konzeptionellen Revision der Reparationspolitik Briands nach Amtsantritt des neuen Regierungschefs widerlegt. Daß Poincaré hingegen in der Anwendung seiner Politik insbesondere im Hinblick auf eine härtere Kontrolle der deutschen Zahlungsfähigkeit sehr rasch einen schärferen Kurs einschlug, muß Trachtenberg einräumen (Ebenda, S. 237 ff., hier: S. 240).

¹³¹ Vgl. zu den Motiven Poincarés am Vorabend der Ruhraktion die pertinente Analyse bei Denise Artaud, die die französische Entscheidung für die Invasion in den Gesamtzusammenhang von Reparationen, interalliierten Schulden und alliierten Plänen für ein Moratorium an Deutschland stellt. Sie rückt gegenüber älteren Interpretationen, die vorwiegend den innenpolitischen Druck auf Poincaré oder den Sicherheitsaspekt betonten, insbesondere das gescheiterte Bemühen des französischen Regierungschefs in den Vordergrund, eine im Herbst 1922 in Form eines alliierten Moratoriums für Deutschland sich abzeichnende erneute Verminderung des Reparationsertrags für Frankreich durch die Verringerung der französischen Kriegsschulden in den USA aufzufangen (Denise Artaud, *A propos de l'occupation de la Ruhr*, in: *Revue de l'Histoire Moderne et Contemporaine* 17 (1970), S. 1–21; Dies., *Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden*, in: *VfZ* 27 (1979), 241–259 sowie Dies., *La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe (1917–1929)*, Lille-Paris 1978, S. 419 ff.). Der Analyse Artauds schließt sich an: Rupieper, *Cuno Government*, S. 86–96.

¹³² Vgl. hierzu Wulf, *Stinnes*, S. 339–341. Zur innenpolitischen Situation Poincarés: Bonnefous, *Histoire III*, S. 331–335.

des Mißtrauens gegenüber den englischen Alliierten, die offenbar nicht einmal durch den Affront von Rapallo zu einer Annäherung an den französischen Standpunkt und zu härterer Kontrolle in der Reparationsfrage zu bringen waren.¹³³ Im Unterschied zu Poincaré, der nun öffentlich klarmachte, daß er im Falle neuerlicher deutscher Rückstände auch ohne englische Unterstützung zur Ruhrbesetzung schreiten würde, sah Reynaud in der englisch-französischen Entfremdung die Chance, gerade in diesem Moment, da Frankreich die Rolle des Juniorpartners der englischen Politik abgelegt habe, bilaterale Gespräche mit Deutschland anzuknüpfen: „Les Allemands ont vu la France s'affranchir de l'Angleterre à Gênes. La personne et l'attitude de M. Poincaré leur en imposent. L'heure est venue de causer avec eux. La laisserons-nous passer?“¹³⁴

So unternahm Reynaud zwischen dem 3. und 8. Januar 1923 eine neuerliche Berlinreise, in deren Verlauf er vermutlich auf Vermittlung Rechbergs mit Vertretern der Reichsbank, mit Reichsfinanzminister Hermes und mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Maltzan, zusammentraf, um seine reparationspolitischen Vorstellungen zu erörtern. Die Wahl Hermes' als Gesprächspartner war kein Zufall, hatte sich dieser doch im Gefolge der Konferenz von Genua, als es für die deutsche Seite darum ging, die Feststellung eines „manquement volontaire“ durch die Reparationskommission und damit die akut drohende Ruhrbesetzung abzuwenden, als entgegenkommender Verhandlungspartner erwiesen.¹³⁵ Daher lag es für Reynaud nahe, sich in der zugespitzten Situation des Januar 1923 an jenes Kabinettsmitglied zu wenden, das bereits einmal genügend Rückgrat bewiesen hatte, um selbständige Lösungswege zu vertreten. Eile tat dabei not, denn Anfang Dezember war im französischen Kabinett die Entscheidung für den Ruhreinsmarsch getroffen worden, am 26. Dezember hatte die Reparationskommission ein erstes Mal deutsche Lieferrückstände konstatiert. Nun zeigte sich allerdings sehr schnell, daß man in Deutschland zu diesem Zeitpunkt kaum mehr an die Möglichkeit einer schiedlichen Lösung glaubte. So gab sich Hermes in einem Gespräch mit dem französischen Abgeordneten am 5. Januar überzeugt von der Unvermeidbarkeit der Ruhrbesetzung und erachtete den Plan Reynauds in Deutschland für nicht durchsetzbar.¹³⁶ Staatssekretär von Maltzan, dem Reynaud am gleichen Tage sein bekanntes Programm vorstellte, reagierte zunächst inhaltend.¹³⁷ In einem zweiten Gespräch am 7. Januar zeigte er sich ebenfalls wenig optimistisch bezüglich des Ertrags der Reynaudschen Vorschläge wie insbesondere ihrer Akzeptanz in

¹³³ Zur Position Poincarés nach Genua und Rapallo: Trachtenberg, Reparations, S. 243 f. Die Analyse Reynauds findet sich in: Reynaud, *Et maintenant, quelle politique?*

¹³⁴ Reynaud, *Et maintenant, quelle politique?* Poincaré hatte seine Entschlossenheit zum Alleingang in einer vielbeachteten Rede in Bar-le-Duc am 24. April 1922 erklärt (Trachtenberg, Reparations, S. 243 f.).

¹³⁵ Eingehend zur Verhandlungsführung Hermes' und zur Kabinettskrise, die sein gegenüber der Reparationskommission gegebenes Versprechen auf eventuelle Einführung zusätzlicher Steuern zur Konsolidierung des deutschen Haushalts und als Voraussetzung für eine internationale Anleihe auslöste: Laubach, Kabinette Wirth, S. 224–236. Vgl. auch Trachtenberg, Reparations, S. 244–246.

¹³⁶ Vgl. die Gesprächsnotiz Reynauds über das Gespräch mit Hermes am 5. Januar 1923 (AN, 74 AP 11, Dossier „Voyage de Berlin. 3–8 janvier '23“).

¹³⁷ Vgl. die Aufzeichnung Maltzans vom 5. 1. 1923 (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig abgekürzt: PA-AA), R 35992; teilweise abgedruckt in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie A, Band VII, Göttingen 1989, S. 26, Anm. 1).

Deutschland, behielt sich aber die weitere Prüfung vor. Überdies weigerte er sich strikt, angesichts der „militärischen Drohungen Poincarés“ bindende Gespräche irgendeiner Art zu führen. Reynaud hatte bereits in der Unterredung vom 5. Januar mit Kritik an Poincarés Pfänderpolitik nicht zurückgehalten und bemühte sich nun nachdrücklich, die Grenzen der deutschen Gesprächsbereitschaft und die Möglichkeiten für einen Kompromiß bei Abmilderung der Poincaréschen Lösung auszuloten. Auch als er die Möglichkeit einer Beschränkung der Ruhraktion auf die rein „administrative und nicht militärische Besetzung“ oder auf die bloße Errichtung einer Zollgrenze andeutete, wurde ihm indes eine deutliche Abfuhr seitens des Staatssekretärs zuteil. Ein Gespräch mit Reichsaußenminister von Rosenberg, das Reynaud wünschte, kam nicht zustande.¹³⁸

Unbeirrt von der mittlerweile vollzogenen Ruhrbesetzung versuchte Reynaud in einem zweiten Anlauf, direkten Kontakt mit der deutschen Industrie aufzunehmen, die ja Hauptbetroffene seines Vorschlages sein würde. Seit Mitte Dezember 1922 stand Rechberg in brieflichem Kontakt mit Hugo Stinnes, um diesem seine Idee der Industriebeteiligungen nahezubringen, hatte jedoch seither nicht mehr als kühle Ablehnung geerntet. Ende Januar 1923 stellte er Paul Reynaud schriftlich vor, nicht ohne allerdings dessen Einfluß in politischen und industriellen Kreisen Frankreichs stark zu übertreiben.¹³⁹ Die wiederum ablehnende Reaktion Stinnes' richtete sich vor allem gegen die Vermittlung Rechbergs. Unter der Bedingung, daß die Initiative von französischer Seite käme, zeigte sich Stinnes zu Gesprächen mit „kompetente[n] französische[n] Persönlichkeiten“ durchaus bereit.¹⁴⁰ Auf erneutes Insistieren Rechbergs hin, der in ausgesprochen zudringlicher Weise seine Bedeutung als Vermittler herauszustreichen bemüht war, wiederholte Stinnes in scharfem Ton seine Ablehnung einer Beiziehung Rechbergs ebenso wie seine prinzipielle Bereitschaft zu einem Treffen mit Reynaud.¹⁴¹ Dieser war nun offensichtlich entschlossen, den von Stinnes ungeliebten Mittelsmann aus dem Spiel zu halten und zudem ganz auf die Karte von Industriegesprächen zu setzen. Während er in einem bedauernden Schreiben an Rechberg Anfang März 1923 jegliche Verständigungsbasis mit der deutschen Regierung angesichts deren „selbstmörderischer Politik“ verneinte und den Vorschlag öffentlicher Initiativen der französischen Politik zurückwies¹⁴², forderte er Hugo Stinnes über dessen Pariser

¹³⁸ Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Freiherr von Maltzan, 7. 1. 1923 (ADAP A VII, Dok. 12, S. 26f.).

¹³⁹ So präsentierte Rechberg Reynaud als ehemaligen „Privatsekretär Millerands“ und Mitglied der Industriefamilie Schneider (Rechberg an Stinnes, 29. 1. 1923; PA-AA, R 28189k). Vgl. hierzu und zu Reynauds Vermittlungsaktion im Frühjahr 1923 insgesamt auch Wulf, Stinnes, S. 361–369, hier: S. 361 f. Weitere Belege für Rechbergs Vorstöße bei Stinnes und im Auswärtigen Amt während des Jahres 1923 finden sich in: PA-AA, R 30184k.

¹⁴⁰ Stinnes an Rechberg, 16. 2. 1923 (PA-AA, R 28189k).

¹⁴¹ „[...] Ich habe Ihnen wiederholt mitgeteilt, daß, wenn Herr Reynaud oder andere hervorragende Franzosen sich mit mir benchmen wollten, so würden sie mich zu finden wissen.“ (Stinnes an Rechberg, 23. 2. 1923; ADAP A VII, S. 213, Anm. 8). Vgl. auch den vorhergegangenen Brief Rechbergs an Stinnes, 19. 2. 1923; ebenda, Dok. 96, S. 211–213.

In Schreiben vom 12. 1. und 1. 3. 1923 hatte Stinnes den Briefwechsel mit Rechberg aus der Zeit zwischen Dezember 1922 und Februar 1923 an Außenminister von Rosenberg zur Kenntnisnahme übersandt (vgl. PA-AA, R 28189k).

¹⁴² „Je crois malheureusement que le moment n'est pas encore venu où l'intelligence pourra reprendre ses droits et où une conversation utile pourra avoir lieu. Le gouvernement allemand suit une politique de suicide qui, malheureusement, ne le concerne pas lui seul, mais aussi son pays. [...]“

Vertreter für das Stinnes-Lubersac-Abkommen, Dr. Albert Schmidt, zu einem vertraulichen Treffen in der Schweiz auf. In engem Rahmen – Reynaud dachte für sich lediglich an die Begleitung durch Henri Lichtenberger¹⁴³ – sollte frei über den Reparationsvorschlag gesprochen werden. Für den Fall einer Einigung bot Reynaud an, eine Kammermehrheit aus dem linken Flügel der radikalen Partei und Vertretern des Zentrums zu bilden, um Poincaré die gefundene Lösung entweder aufzuzwingen oder ihn zum Rücktritt zu veranlassen. Stinnes, für gewöhnlich nicht zurückhaltend, wenn es darum ging, ohne Wissen offizieller deutscher Stellen Unterredungen mit ausländischen Partnern zu führen, zögerte angesichts der Brisanz der Vorschläge nicht, Außenminister Rosenberg über das Gesprächsangebot zu informieren.¹⁴⁴

Im Auswärtigen Amt begann man nun, sich verstärkt für jenen Abgeordneten zu interessieren, über dessen kritische Kammerrede vom 20. Oktober 1922 man durch die Pariser Botschaft ebenso informiert worden war wie über einen öffentlichen Vortrag an der „Ecole Interalliée des Hautes Etudes Sociales“ am 21. Februar des Folgejahrs. Hier hatte Reynaud das System der Bildung französischer Anteile an deutschem Vermögen erneut vorgetragen, ohne allerdings in der zugespitzten Situation der Ruhrbesetzung auf die Idee industrieller Kooperation zurückzukommen.¹⁴⁵ Auf Initiative Rosenbergs prüfte man nun sowohl amtsintern wie über eine als „ganz geheim“ deklarierte Rückfrage bei der Pariser Botschaft die Erfolgsaussichten der Verhandlungsoption. „Charakter, standing und Einfluß Reynauds“ galt es herauszufinden, um eine fundierte Entscheidung darüber treffen zu können, ob er „das richtige Pferd“ sei.¹⁴⁶ An der Generallinie, die man dabei einzuschlagen gewillt war, ließ von Rosenberg gegenüber Stinnes keinen Zweifel: Die Reichsregierung würde in jedem Falle abwartend im Hintergrund

(Reynaud an Rechberg, 2. 3. 1923; AN, 74 AP 11). Vgl. dazu auch bereits Reynauds Brief vom Januar (Reynaud an Rechberg, 19. 1. 1923; Bundesarchiv Koblenz (BAK), NL 49, Dossier 57) und Rechbergs Anschreiben (Rechberg an Reynaud, 22. 1. 1923; AN, 74 AP 11).

Peter Wulf, dem das Schreiben Reynauds nur in der indirekten Wiedergabe einer Aufzeichnung Mutius' vorlag, in der der Adressat Rosenberg im Passus „da die deutsche Regierung in ihrer selbstmörderischen Politik verharre“ den Ausdruck „deutsche Regierung“ handschriftlich durch „französische Regierung“ ersetzt hatte, unterstellt Reynaud hier zu Unrecht Kritik an der Regierung Poincaré. Reynaud schätzte durchaus die *deutsche* Politik als „selbstmörderisch“ ein (Wulf, Stinnes, S. 364. Vgl. hierzu die Aufzeichnung Mutius', 7. 3. 1923; teilweise abgedruckt in: ADAP A VII, S. 298, Anm. 12).

¹⁴³ Der an der Sorbonne lehrende Germanist Henri Lichtenberger (1864–1941) hatte sich in seinen anerkannten Publikationen mit Sprache, Literatur, Philosophie und Geschichte Deutschlands beschäftigt, war als kühl abwägender und um Objektivität bemühter Beobachter des deutsch-französischen Verhältnisses hervorgetreten und gehörte mit Louis Bourgeois und anderen zu den ersten Verfechtern einer realistischen, nüchternen Politik der Annäherung (Siebert, Aristide Briand, S. 234). Paul Reynaud, mit dem er seit Anfang der zwanziger Jahre in regelmäßigem Meinungsaustausch stand, schätzte er als einen jener innovativen Politiker, die sich um gangbare Alternativen in der Reparationsproblematik bemühten (Henri Lichtenberger, *L'Allemagne d'aujourd'hui dans ses relations avec la France*, Paris 1922, S. 272; Reynaud, *Mémoires I*, S. 162).

¹⁴⁴ Außenminister Rosenberg an den deutschen Geschäftsträger in Paris, von Hoesch, 4. 3. 1923 (PA-AA, R 28340k).

¹⁴⁵ Hoesch an AA, 27. 2. 1923. In der Anlage des Telegramms findet sich eine durch den Pariser Gesandtschaftsrat Martius erstellte, ausführliche Zusammenfassung des Vortrags Reynauds vom 21. 2. 1923 (PA-AA, R 28340k).

¹⁴⁶ Rosenberg an Hoesch, 4. 3. 1923 (PA-AA, R 28340k; teilweise abgedruckt in: ADAP A VII, S. 296, Anm. 3). Vgl. auch die Aufzeichnung des Gesandten z.D. Mutius für Rosenberg, 3. 3. 1923 (PA-AA, R 28340k).

bleiben und sich auch bei einer positiven Auskunft aus Paris nicht durch öffentliches Zuraten exponieren.¹⁴⁷ So weit kam es jedoch nicht: In einer an Reichsminister von Rosenberg persönlich adressierten, ausführlichen Nachricht übermittelte der Pariser Geschäftsträger von Hoesch schon am nächsten Tag eine präzise Einschätzung, in der sich die durchaus positive Charakteristik der Persönlichkeit des Abgeordneten mit einer überaus skeptischen Beurteilung der Erfolgchancen seines Projekts verband. Als eines der wenigen jungen Talente der Kammer, als „integer und begabt“, wenngleich auch etwas eigenbrötlerisch – so präsentierte Hoesch den Politiker, dem seine Reparationsideen zwar eine gewisse Anhängerschaft, doch keinen „[a]usschlaggebenden Einfluß“ verschafft hätten. In seiner politischen Ausrichtung am linken Rand des „Bloc national“ anzusiedeln, unterhalte Reynaud auch keine nachweisbaren Verbindungen zu „besonderen Industrie- oder Bankgruppen“. So gelangte Hoesch, ohne auf den Inhalt des Reynaudschen Plans überhaupt wertend einzugehen, allein aus seiner Analyse der innenpolitischen Kräfte- und Interessenverhältnisse zu einer abratenden Einschätzung: Weder sei man in den führenden politischen Kreisen Frankreichs bereit, eine Einigung zwischen Industriellen vor einer endgültigen politischen Lösung der Ruhrfrage zuzulassen, noch müsse Poincaré zur Zeit um seine Position innerhalb des „Bloc national“ fürchten.¹⁴⁸

Diese Beurteilung war entscheidend für die weitere Verfolgung der Angelegenheit durch das Auswärtige Amt. So stand die dilatorische Behandlung des Gesprächsersuchens bereits fest, als sich Rechberg offensichtlich ohne Kenntnis des Vorstoßes Reynauds, doch unter Verweis auf dessen Brief vom 2. März mit der Bitte um Abstimmung des weiteren Vorgehens an das Auswärtige Amt wandte.¹⁴⁹ Inzwischen hatte nämlich der mittlerweile mit der Angelegenheit befaßte persönliche Referent Rosenbergs, Gesandtschaftsrat von Mackensen, nicht nur das Telegramm Hoeschs in gekürzter Form an Stinnes übermittelt, sondern im Auftrag des Ministers überdies eine deutliche Warnung vor dem beabsichtigten Treffen ausgesprochen.¹⁵⁰

Weniger die Vorbehalte des Außenamts als vielmehr die Tatsache, daß Reynaud seinen vorgesehenen Gesprächspartner Hugo Stinnes in Paris als den eigentlich an einer Begegnung Interessierten darstellte, ließen die Annäherungsbemühungen kurzzeitig in Gefahr geraten. Prinzipiell blieb Stinnes nach wie vor bereit zu einem Treffen, für das er gegebenenfalls seine Essener Privatwohnung zur Verfügung stellen wollte.¹⁵¹ Eine für den 16. März vereinbarte Zusammenkunft in Wiesbaden scheiterte dann aber am Veto der französischen Regierung und an der Wei-

¹⁴⁷ Aufzeichnung Rosenbergs, 4. 3. 1923 (PA-AA, R 28340k; teilweise abgedruckt in: ADAP A VII, S. 298, Anm. 9).

¹⁴⁸ Hoesch an Rosenberg, 5. 3. 1923 (ADAP A VII, Dok. 123, S. 296–298).

¹⁴⁹ Vgl. die Aufzeichnung Mutius' für Rosenberg vom 7. 3. 1923 über ein Gespräch mit Rechberg vom gleichen Tag (PA-AA, R 28340k; teilweise abgedruckt in: ADAP A VII, S. 298, Anm. 12).

¹⁵⁰ Vgl. hierzu die handschriftlichen und auf den 5. 3. bzw. 6. 3. 1923 datierten Bemerkungen von Mackensens auf der um die Namen der Beteiligten gekürzten Fassung der Depesche Hoeschs (PA-AA, R 28340k).

¹⁵¹ Aufzeichnung Rosenbergs über ein Gespräch mit Reichswirtschaftsminister Becker und Hugo Stinnes, 18. 3. 1923 (PA-AA, R 28189k). Anders als Wulf aus diesem Dokument entnimmt, fand die Gesprächsbereitschaft beider Seiten somit zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs ihr Ende (Wulf, Stinnes, S. 364).

gerung der Behörden, Reynaud auf deutsches Territorium einreisen zu lassen.¹⁵² In einem Gespräch mit Poincaré tags darauf unterwarf sich Reynaud dieser Entscheidung, nicht ohne jedoch gegenüber seinem skeptischen Ministerpräsidenten weiterhin auf den Vorteilen inoffizieller bilateraler Gespräche zu beharren.¹⁵³ Dessen Abneigung gegen Unterredungen dieser Art verhinderte im Verlauf des Jahres 1923 eine Folge weiterer Vorstöße Reynauds, die darauf abzielten, mit offizieller Billigung doch noch in Verbindung zu deutschen Gesprächspartnern zu treten. Ein über Henri Lichtenberger Ende April unter geradezu konspirativen Umständen anvisiertes Treffen mit Stinnes stieß ebenso auf die Ablehnung Poincarés¹⁵⁴ wie ein erneuter Versuch im Juni¹⁵⁵ oder Pläne für ein Treffen mit Stresemann, das Rechberg – unter klarer Überschreitung seiner Kompetenzen – im August und September in Aussicht stellte.¹⁵⁶

Der offensichtliche Mißerfolg seiner Bemühungen ließ Reynaud nun vorläufig von einer weiteren Verfolgung seiner Ideen Abstand nehmen. Über fast drei Jahre hinweg hatte er versucht, Alternativmodelle für eine die Interessenlage von Siegern und Besiegten gleichermaßen einbeziehende Reparationslösung mehrheitsfähig zu machen, was ihm weder auf parlamentarischer Ebene noch über den Weg direkter inoffizieller Gespräche gelungen war. Zwar konnte er als Bestätigung seines Vorstoßes verstehen, daß es in unmittelbarem zeitlichem Anschluß an die thematisch gleichgerichteten Parlamentsdebatten vom Mai 1921, die er mitgeprägt hatte, zur Einleitung deutsch-französischer Sachlieferungsgespräche gekommen war. Die Schwierigkeiten, das Wiesbadener Abkommen in die Tat umzusetzen, zeigten aber auch ihm, wie hart sich die Positionen im Raume stießen, wenn es galt, die praktische Umsetzung selbst vielversprechender Ansätze zu erreichen. Nachdem das deutsche Moratoriumsgesuch den offensichtlichen Fehlschlag auch des Sachlieferungskonzepts signalisierte, hatte er sich einer Alternative zuge-

¹⁵² Am 15. März hatte Poincaré den französischen Hochkommissar im Rheinland, Tirard, davon in Kenntnis gesetzt, daß er kein Treffen zwischen Stinnes und Reynaud wünsche (Rupieper, Cuno Government, S. 144).

¹⁵³ Seinen eigenen Notizen zufolge hielt Reynaud Poincaré u.a. entgegen: „Je lui dis si vous attendez que le gouv[ernement] all[eman]d v[ous] d[eman]de officiel[lement] de causer, il y aura l'Anglais, l'Italien, l'Américain, v[ous] retombez d[an]s la politique] des conférences et v[ous] perdez le bénéfice de l'opération faite par nos seuls efforts & dont nous courons tous les risques.“ (Handschriftliche Aufzeichnung Reynauds über ein Gespräch mit Poincaré, 17. 3. 1923; AN, 74 AP 11).

¹⁵⁴ Peretti de la Rocca, der Leiter der politischen Abteilung im Außenministerium, teilte Reynaud Anfang Mai 1923 im Auftrag Poincarés telephonisch sinngemäß mit: „Le [Président] du Conseil v[ous] laisse libre mais il n'approuve pas; il trouve que c'est inutile et dangereux“ (Handschriftliche Gesprächsnotiz Reynauds vom 3. 5. 1923; AN, 74 AP 11). Zuvor hatte Reynaud in einem Brief an den Ministerpräsidenten erneut sein Interesse an Sondierungen in „qualifizierten deutschen Kreisen“ bekundet, hatte eine Note Stinnes' zur Reparationsfrage in Aussicht gestellt und Poincarés Einverständnis für sein Vorgehen erbeten (Reynaud an Poincaré, 27. 4. 1923; AN, 74 AP 11).

¹⁵⁵ Vgl. dazu Wulf, Stinnes, S. 364, Anm. 93 sowie Reynaud, Mémoires I, S. 170f.

¹⁵⁶ Vgl. hierzu die Briefe Rechbergs an Reynaud vom 14.8. und 5. 9. 1923, die Anschreiben Reynauds an Poincaré vom 27.8. und 16.9. sowie die Antwort Poincarés, in der dieser Reynaud lediglich autorisierte, für den Fall der Beendigung des passiven Widerstands die Gesprächsbereitschaft der französischen Regierung zu signalisieren: „[...] Je vois le plus grand inconvénient à ces pourparlers indirects, qui ne peuvent amener qu'obscurité et contradiction.“ (Poincaré an Reynaud, 21. 9. 1923; zitiert nach: Reynaud, Mémoires I, S. 172f., hier: S. 173. Die genannten Briefe finden sich, obwohl in seinen Memoiren erwähnt und in Auszügen wiedergegeben, nicht im Nachlaß Reynauds). Vgl. dazu auch die Briefe Reynauds an Rechberg vom 9.5. und 27. 8. 1923 (BAK, NL 49, Dossier 57).

wandt, die die Stärken des alten Vorschlags – die Umgehung des Transferproblems unter Befriedigung der Interessen beider Seiten und die Option auf weiterreichende Zusammenarbeit – vergeblich mit den Präferenzen Poincarés in Einklang zu bringen versuchte. Hatte er bislang nicht davor zurückgeschreckt, seine Ideen gegen die weitgehend schweigende eigene parlamentarische Mehrheit vorzutragen und unpopuläre Lösungen vorzuschlagen, so ging er im Frühjahr 1923, enttäuscht von der Reparationspolitik Poincarés, bis hart an die Grenze der Illoyalität gegenüber seinem Regierungschef. Seine Gesprächsversuche kurz vor und während der Ruhrbesetzung scheiterten weder an selbstaufgelegter Zurückhaltung noch am Desinteresse seines Verhandlungspartners Hugo Stinnes. Sie scheiterten vorwiegend an der Gesprächsunwilligkeit beider Regierungen, die Anfang Januar 1923 bereits zum passiven Widerstand bzw. zur Härte entschlossen waren, sowie nicht zuletzt an seinem eher begrenzten parlamentarischen Einfluß, der ihn auf deutscher Seite als zu wenig potenten Mittler erscheinen ließ. Ein versuchter Sturz Poincarés hätte, falls die Angaben der deutschen Berichtstatter in diesem Punkt der Wahrheit entsprechen, für den an parlamentarischen Jahren noch jungen Abgeordneten ein durchaus gewagtes Unterfangen bedeutet. Wahrscheinlich ist, daß eine derartige Absichtserklärung gerade den fehlenden starken Rückhalt suggerieren sollte. Im Mai 1921 war Reynaud Teil und Träger einer ad hoc sich unter dem gemeinsamen Nenner der Sachlieferungslösung zusammenfindenden Interessenskoalition gewesen. Die Idee der Übernahme von deutschen Industrieanteilen besaß diese Zugkraft nicht mehr: In der Debatte vom 22. Oktober 1922 machte Reynaud nicht einmal mehr den Versuch, einen entsprechenden Entschließungsantrag einzubringen.

Am Ende der 12. Legislaturperiode der französischen Kammer konnte die persönliche Bilanz Reynauds dennoch positiv ausfallen. Zusammen mit Pierre Forgeot hatte er als einer der ersten Abgeordneten der „modérés“ die Idee der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland der starren Zwangspolitik entgegengesetzt. Zu unabhängig in seinem Urteil, um sich mit mehrheitlich vertretenen Lösungen zufriedenzugeben, genügend selbstbewußt, um Alternativen präzise zu formulieren und den Versuch zu unternehmen, sie in die Tat umzusetzen, hatte er die Spitzen der Vorkriegsgeneration französischer Politiker, Briand und Poincaré, herausgefordert und war in die Schranken seiner noch beschränkten politischen Wirksamkeit gewiesen worden. Seit seinen allzu nahe an sozialistischen Lösungsmodellen liegenden und in politiknahen Unternehmerkreisen ausgesprochen unpopulären Reparationsvorschlägen beobachtete ihn der tragende rechte Flügel der eigenen Mehrheit mit abwartender Skepsis, ohne daß er von der Linken dagegen erkennbar als willkommener Bundesgenosse akzeptiert worden wäre. Auch waren seine deutschlandpolitischen parlamentarischen Aktivitäten nicht im parteipolitischen Rahmen vor sich gegangen. Er hatte im Mai 1921 ohne Parteimandat im Namen einer kleinen Gruppe von Abgeordneten gesprochen, die verschiedenen Parteien bzw. Fraktionen der Mitte und der Rechten entstammten.¹⁵⁷ Konzeptionell standen seine Bemühungen um den rational fundierten Ausgleich mit

¹⁵⁷ Georges Bonnefous etwa gehörte wie Edouard de Warren, Pierre Taittinger und Edouard Soulier der „Fédération Républicaine“ an, Charles Reibel war Mitglied der „Alliance“; vgl. Kapitel V.2.a).

Deutschland geradezu im Gegensatz zu den offiziellen Äußerungen der „Alliance Républicaine Démocratique“. Dort favorisierte man – ohne wirklich klare Programmatik in der Reparationsfrage – bereits im Mai 1921 die Besetzung der Ruhr und die Politik der Einforderung von Faustpfändern, lehnte die These von der beschränkten deutschen Zahlungsfähigkeit ab und stand Sachlieferungen nur vorsichtig abwartend gegenüber.¹⁵⁸

Rhetorische Brillanz, scharfes Differenzierungsvermögen und die Lust am sachbezogenen Meinungsstreit hatten Reynaud als Persönlichkeit, nicht als Parteipolitiker Achtung in der politischen Klasse und die regelmäßige Aufmerksamkeit der Kammer erworben.¹⁵⁹ Über den Rahmen eines engagierten und in außen- und finanzpolitischen Fragen überdurchschnittlich sachkundigen Abgeordneten war er jedoch noch nicht hinausgetreten. Allzuwenig hatten dazu die Kammertreffen während der hochspezialisierten Reparationsdiskussionen wirklich greifbare Ergebnisse gezeitigt oder den Nerv des öffentlichen Interesses berührt.

Bekanntheit bei politischen Beobachtern auf nationaler Ebene und Gewicht als ein Sprecher und potentieller Führer der rechten Mitte erlangte Reynaud im Zusammenhang spektakulärerer politischer Kraftproben, vor allem nach den allgemein mit Aufmerksamkeit betrachteten Nachwahlen in Paris vom März 1926.

¹⁵⁸ Vgl. die Stellungnahmen in der Parteipresse: „D’abord saisir un gage, causer après“, in: *La République Démocratique*, 1. 5. 1921; „Avant le débat sur les accords de Londres“, ebenda, 15. 5. 1921; „Les solutions pratiques“, ebenda, 29. 5. 1921.

¹⁵⁹ Es sei daran erinnert, daß etwa Poincaré es als nötig erachtete, auf die Reparationsvorschläge Reynauds in ausführlichen Einlassungen zu reagieren (JO, Chambre des Députés, 2^e Séance du 17 novembre 1922, S. 3245–3247).

VI. Zwischen „Cartel des Gauches“ und „Union nationale“ 1924–1928

Mit dem Wahlsieg des radikalsozialistisch dominierten, durch die Sozialisten tolerierten „Cartel des Gauches“ vom Mai 1924 wurde eine innen- wie außenpolitisch klare Wende in der französischen Politik eingeleitet.¹ Unter Anlehnung an die Vorstellungen Briands verfolgte der neue Ministerpräsident Herriot auf internationaler Ebene gewandelte Konzeptionen, deren Grundzüge verkörpert in der Person des Außenministers bis zum Ende des Jahrzehnts überdauerten. Er betrieb die Abkehr von der strikten Zwangspolitik gegenüber Deutschland, leitete eine umfassende Abrüstungspolitik in die Wege und akzeptierte die reparationspolitischen Regelungen des Dawes-Plans, die damit auch das Verhältnis zu den ehemaligen angloamerikanischen Alliierten auf eine neue Basis stellten. Innenpolitisch setzte man eine intensive Laizisierungspolitik in Gang und beschritt auf sozialpolitischem Feld neue Wege etwa im Ausbau des staatlichen Schlichtungswesens bei Arbeitskämpfen.

Paul Reynaud hatte bei den Maiwahlen seinen Parlamentssitz im Heimatdépartement „Basses-Alpes“ gegen die Bewerber einer sozialistischen Konkurrenzliste verloren.² Gezwungenermaßen kehrte er nun in den Anwaltsberuf zurück, nicht ohne allerdings auf regelmäßigen, sonntäglichen Redereisen in die Provinz vor allem die Deutschlandpolitik der neuen Regierung unter Beschuß zu nehmen³ und auf innenpolitischem Gebiet ein veritables Schreckensszenario zu skizzieren. Der drohende Verlust des Budgetgleichgewichts, das Wiederaufleben des revolutionären Syndikalismus, Streiks im öffentlichen Dienst, Nepotismus bei der Besetzung von Schlüsselstellen und das allgemeine Fehlen eines wirklichen Reformprogramms waren die Schlüsselbegriffe seiner Kritik am Kartell, die sich in den folgenden zwei Jahren zu Topoi seiner außerparlamentarischen Oppositionsrhetorik entwickelten.⁴ Sie standen auch zunächst im Mittelpunkt seiner erneuten Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat im Frühjahr 1926.

¹ Zum Wahlsieg des Linkskartells vgl. François Goguel, *La politique des partis sous la IIIe République*, Paris 1953, S. 225 ff.; Serge Berstein/Pierre Milza, *Histoire de la France au XXe siècle*. Band I: 1900–1930, Brüssel 1990, S. 509–511. Zu seiner Geschichte vgl. die Gesamtdarstellung von Jean-Noël Jeanneney, *Leçon d'histoire pour une gauche au pouvoir. La faillite du Cartel 1924–1926*, Paris 1977; Ders., *De Wendel*, S. 194–318; Berstein, *Parti Radical I*, S. 390–434; Berstein/Milza, *Histoire I*, S. 511–522.

² Dazu: Reynaud, *Mémoires I*, S. 187–197.

³ Zur Fortentwicklung der deutschlandpolitischen Vorstellungen Reynauds seit 1923 siehe unten Kapitel VII.2.b).

⁴ Vgl. als einen Beleg für viele Äußerungen in ähnlichem Sinne: Paul Reynaud, „Le douze mai“, in: *Revue Hebdomadaire*, 24. 5. 1924; Reynaud, *Mémoires I*, S. 202–214. Ein Resümee des kartellistischen Wahlsiegs hatte Reynaud im Rahmen einer großangelegten Umfrage gezogen, die die *Revue Hebdomadaire* im Sommer 1924 in den Reihen der unterlegenen Abgeordneten veranstaltet hatte (vgl. „La chambre du 11 mai et les devoirs de la minorité“, in: *Revue Hebdomadaire*, 19. 7. 1924).

1. Zur Formierung antikartellistischer Opposition: Die Nachwahlen im zweiten Wahlbezirk von Paris 1926

Die Nachwahlen im zweiten „secteur électoral“ von Paris, an denen Reynaud als Kandidat einer dem ehemaligen „Bloc national“ verbundenen Liste teilnahm, markierten eine wichtige Etappe nicht nur seines persönlichen politischen Werdegangs. In der bislang ungeschriebenen Geschichte dieses Wahlentscheids⁵ läßt sich gleichsam paradigmatisch vor dem Hintergrund eines von deutlichen Auflösungstendenzen gezeichneten „Cartel des Gauches“ die organisatorische und programatische Lage der rechtsliberal-konservativen Opposition zwei Jahre nach ihrer Wahlniederlage vom Mai 1924 fassen. Als Probe aufs Exempel für die Dauerhaftigkeit der zerfallenden Regierungskoalition und die Akzeptanz alternativer Problemlösungen von rechts und links verstand schon die zeitgenössische politische Öffentlichkeit den Vorgang, standen sich doch die politischen Kräfte in weitgehend identischer Konstellation wie bei den Maiwahlen des Jahres 1924 gegenüber.⁶ Zusätzliche Brisanz erhielt der Termin vor dem Hintergrund der seit 1924 erfolgten zunehmenden Polarisierung der innenpolitischen Situation. In Reaktion auf die Machtübernahme durch das „Cartel“ war es auf seiten der kommunistischen Linken wie der konservativen Rechten zu einer Radikalisierung der Positionen und der politischen Agitation unter „antikartellistischen“, „antifaschistischen“ bzw. „antikommunistischen“ Vorzeichen gekommen, die bis 1926/27 das politische Geschehen in Paris bestimmte. Während der Nachwahlen vom März 1926 standen sich beide Tendenzen teils aktiv, teils im Hintergrund beobachtend gegenüber; zwischen beiden Extremen hatte Paul Reynaud im Verlauf der Wahlkampagne und dessen Nachgeschichte seinen Weg zu bestimmen. Die staatlichen Überwachungsorgane des Innenministeriums waren in Vorwegnahme dieser Konstellation gerüstet und hatten ihre im oppositionellen Milieu platzierten Informanten zur besonderen Aufmerksamkeit angehalten.⁷

Der Tod zweier Abgeordneter während der laufenden Legislaturperiode hatte die Nachwahlen erforderlich gemacht, deren erster Durchgang für den 14. März vorgesehen war. Da die Bewerberlisten jeweils nur zwei Kandidaten umfaßten, konnte auf die Anwendung des Verhältniswahlrechts verzichtet werden, vielmehr wurde festgelegt, daß der erste Wahlgang durch die absolute, der vorgesehene zweite durch die relative Mehrheit entschieden werden sollte. Zwei allgemeine Wahlgänge hatten in dem aus dem 1., 2., 3., 4., 11., 12. und 20. Arrondissement bestehenden Bezirk innerhalb der vorangegangenen zwei Jahre bereits stattgefunden.

⁵ Knappen Aufschluß bieten Bonnefous, *Histoire politique* IV, S. 127 sowie die *Memoires* von Paul Reynaud und seines kommunistischen Gegenkandidaten Jacques Duclos, der ein ganzes Kapitel seiner Erinnerungen unter den Titel „Elu député contre Paul Reynaud“ stellt (Jacques Duclos, *Mémoires* I (1896–1934). *Le chemin que j'ai choisi. De Verdun au Parti communiste*, Paris 1968, S. 243–293, bes. S. 243–251; Reynaud, *Mémoires* I, S. 214–223).

⁶ So die zutreffende Analyse von *Le Temps*, 7. 3. 1926.

⁷ Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 271 ff., 396, 546. Allgemein zum Zustandekommen der in der sogenannten „Serie F7“ im Pariser Nationalarchiv erhaltenen Informantenberichte vgl. Jean-Paul Brunet, *La police de l'ombre. Indicateurs et provocateurs dans la France contemporaine*, Paris 1990.

den, wobei die angetretenen bürgerlichen Gruppen jeweils deutlich die Oberhand über die kartellistischen oder kommunistischen Listen behalten hatten. Sowohl aus den Parlamentswahlen vom 11. Mai 1924 wie den Stadtratswahlen vom 3. Mai 1925 war die konservative „Union Républicaine Nationale“ entgegen dem nationalen Trend als deutliche Siegerin hervorgegangen, gefolgt von den Listen des „Cartel des Gauches“ (1924) bzw. der SFIO (1925) und den unter der Bezeichnung „Bloc Ouvrier et Paysan“ angetretenen Kommunisten. Dabei war es der bürgerlichen Gruppierung 1924 gelungen, allein sechs ihrer Kandidaten zu einem Parlamentssitz zu verhelfen, darunter Pierre Taittinger und die verstorbenen Abgeordneten Bonnet und Ignace. Das „Cartel des Gauches“ entsandte drei Bewerber, unter ihnen Léon Blum; die kommunistische Liste erhielt immerhin noch zwei Mandate. In der Tendenz hatte die Union Républicaine zwischen beiden Wahlen ihren Stimmenanteil in etwa gehalten, während das Cartel seinen Anteil um mehrere Tausend Stimmen zu Ungunsten der Kommunisten hatte ausbauen können.⁸ Anhaltspunkte für sichere Voraussagen boten diese Tendenzen wegen des unterschiedlichen Charakters der Urnengänge allerdings kaum. Angesichts ihrer Bedeutung bereiteten sich neben thematisch eng konzipierten Interessengruppen oder reinen Protestlisten die großen politischen Strömungen dennoch mit einer Sorgfalt vor, die eher für nationale Wahlgänge typisch war.

Paul Reynaud war die Bewerbung Anfang 1926 durch Alexandre Millerand angetragen worden.⁹ Damit verbunden erhielt er die Investitur durch die „Ligue Républicaine Nationale“, die von dem ehemaligen Staatspräsidenten im November 1924 als außerparlamentarisches Forum zur Sammlung der konservativen, antikartellistischen und antikommunistischen Kräfte gegründet worden war. Die Gruppierung verstand sich als Hilfskorps zur Unterstützung der Staatsmacht im Falle bolschewistischer Unruhen; daneben agierte sie als Wahlhilfs- und Propagandaorganisation, ohne sich selbst im engeren Sinne parteipolitisch engagieren zu wollen.¹⁰ Versehen mit so starkem Rückhalt konnte sich Reynaud innerhalb des Wahlkomitees der „Alliance Républicaine Démocratique“ des zweiten Wahlbezirks von Paris problemlos gegen einen Mitbewerber durchsetzen und wurde am 23. Februar einstimmig als Kandidat aufgestellt. Am 10. Februar bereits hatte die konservative „Fédération Républicaine“ auf persönliche Intervention unter anderem von Louis Marin hin den konservativen Publizisten Henri de Kerillis als Bewerber für den zweiten Listenplatz vorgeschlagen. Ein Kongreß aller an der Konstituierung der Liste „Union Républicaine Sociale et Nationale“ beteiligten Gruppierungen, die nicht nur ihrem Namen nach an das konservative Wahlbündnis von 1924 anknüpfte, einigte sich schließlich am 25. Februar 1926 auf Reynaud und de Kerillis als gemeinsame Kandidaten der „républicains modérés“.¹¹

⁸ Vgl. „Prévisions au sujet des élections complémentaires du 14 mars 1926 dans la deuxième circonscription législative du département de la Seine“, 11. 3. 1926 (AN, F713254).

⁹ Reynaud, *Mémoires* I, S. 214.

¹⁰ Vgl. Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 278–280; Marjorie M. Farrar, *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York/Oxford 1991, S. 383–387. Siehe dazu auch unten Kapitel VI.2.

¹¹ „Prévisions au sujet des élections complémentaires...“ (AN, F713254). Vgl. auch die in den sogenannten „Notes Jean“ enthaltenen Informantenberichte „A. 810. Election de Députés dans le deuxième secteur de Paris“, 14. 1. 1926, „A. 862. Au sujet des élections dans le 2ème Secteur de Paris“,

Für Reynaud brachte die letzten Endes verabschiedete Kombination die erste Begegnung mit einem Politiker, der ihm trotz aller sachlicher Kontroversen bis zu dessen Tod im Jahr 1958 ein geschätzter und regelmäßig konsultierter Weggefährte bleiben sollte. Sohn eines Admirals und dekoriertes Weltkriegssoldat, hatte de Kerillis nach einer mehrjährigen Tätigkeit in der Flugzeugindustrie die zunächst nur sporadische journalistische Mitarbeit bei der rechten Tageszeitung *L'Echo de Paris* schließlich zum Beruf gemacht und dort ab 1925 die Leitung der innenpolitischen Redaktion übernommen. Politisch am rechten Rand des republikanischen Spektrums angesiedelt, war der entschiedene Antikommunist und politische Heißsporn seit 1924 indes weniger durch rhetorische oder programmatische Brillanz denn durch die Vehemenz seiner verbalen Attacken gegen die herrschende Linkskoalition aufgefallen. Sein politischer Aktivismus, der Einfluß, den er über ein nicht unbedeutendes Organ der Rechtspresse ausübte und nicht zuletzt seine Mitgliedschaft in der rechtsstehenden „Fédération Républicaine“ hatten ihn für die Kandidatur in dem Pariser Wahlkreis empfohlen, mit der er sich erstmals auf die politische Bühne begab.¹²

Von den zwölf konkurrierenden Listen, die im Bezirk antraten, sollten lediglich drei einige Bedeutung erlangen: Auf Vorschlag des zuständigen lokalen Komitees des PCF hatte das Zentralkomitee der Partei bereits am 16. Februar die im Wahlbezirk unbekannten Aktivisten Albert Fournier und Jacques Duclos als Kandidaten des „Bloc Ouvrier et Paysan“ nominiert.¹³ Die Leitung der SFIO mußte nach internen Streitigkeiten über die Beteiligung an einer radikalsozialistischen Liste die Kandidaten Inghels und Osmine ex officio bestimmen, während das durch die Radikalsozialisten ursprünglich unter Ausgriff auf die Sozialisten umfassender geplante Wahlbündnis um die Kandidaten Lenoir und Jean Bon schließlich nicht über den „Parti Républicain Socialiste“ und den „Parti Socialiste Français“ hinausreichte. Damit hatten es die dem ehemaligen Bloc national nahestehenden Wahlkomitees und Ligen – nicht ohne Mühe allerdings – im Gegensatz zur regierenden kartellistischen Mehrheit geschafft, eine einheitliche Liste zu präsentieren.¹⁴ Neben diesen dominierenden Kräften vermochten weder ein bonapartistischer „Parti Républicain Plébiscitaire“ noch andere, anarchistisch oder rein lokalpolitisch geprägte Listen in den Verlauf der Wahlauseinandersetzung einzugreifen. Anders als noch 1924 bildete darüber hinaus die „Action Française“ keine eigene Kandidatenliste und versagte überdies den bürgerlichen Bewerbern ihre

10. 2. 1926, und „A. 880. Au sujet des élections dans le 2^e Secteur de Paris“, 19. 2. 1926 (AN, F712954).

¹² Zur Person Henri de Kerillis' vgl. Christian Lovighi, Henri de Kerillis (1889–1950), Thèse IEP Paris 1992 und Jean-Yves Boulic/Anne Lavaure, Henri de Kerillis 1889–1958. L'absolu patriote, Rennes 1997 sowie die ältere, nur auf Presseanalysen beruhende Darstellung von Olivier Gaudry, Henri de Kerillis, Mémoire IEP Paris 1966. Zum Verhältnis de Kerillis' zur Fédération Républicaine in den dreißiger Jahren vgl. William D. Irvine, French Conservatism in Crisis. The Republican Federation of France in the 1930s, Baton Rouge/London 1979, passim.

¹³ Vgl. Duclos, Mémoires I, S. 245 f.

¹⁴ Vgl. *Le Temps*, 10. 3. 1926. Zum Verhalten der Abgeordneten Henri Paté und Louis Puech, die im Mai 1924 über die „Liste d'Union Républicaine Sociale et Nationale“ gewählt worden waren, im Frühjahr 1926 aber nur mühsam von der Aufstellung konkurrierender Bewerber zur offiziellen Liste Reynauds und de Kerillis' abgehalten werden konnten, vgl. die Sûreté-Berichte vom 3. 3., 5. 3. und 12. 3. 1926 (AN, F713254).

Unterstützung: Noch vor dem ersten Wahlgang hatte Maurras seinen Anhängern die Stimmenthaltung nahegelegt.¹⁵

Nach Einschätzung der Sûreté begünstigte das vorherrschende politische Klima, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Finanzpolitik der Regierung und mit der Unfähigkeit des Parlaments, insbesondere das Problem der stetig steigenden Lebenshaltungskosten in den Griff zu bekommen, vor allem jene Listen, die sich als Alternative zur regierenden Mehrheit darboten: auf der Rechten also die Liste Reynauds, auf der Linken die SFIO und die Kommunisten. Und in der Tat konnte sich diese Einschätzung der Erfolgsaussichten auch auf die Beobachtung stützen, daß im Vorfeld der Wahlen nicht nur, wie gewöhnlich, der PCF durch eine besonders intensive Propagandatätigkeit hervorstach. Daneben entwickelte die Liste Reynaud/de Kerillis ein für bürgerliche Gruppierungen ungewohntes Maß an Aktivitäten, unterstützt von der konservativen Presse, darunter *Le Temps*, *L'Echo de Paris* und *Le Nouveau Siècle*, von Mascurauds „Union des Intérêts Economiques“, einem Konsortium von Industriellen und der „Ligue Républicaine Nationale“ Millerands.¹⁶ Dazu zählte nicht nur der kontinuierliche argumentative Schlagabtausch zwischen *L'Humanité* und *L'Echo de Paris* über Wochen hinweg; die beiden bürgerlichen Kandidaten entfalteten darüber hinaus eine intensive Versammlungstätigkeit, die am Vorabend des ersten Wahlgangs im Auftritt vor einer kommunistischen Massenveranstaltung gipfelte.¹⁷

Für die erste öffentliche Veranstaltung am 3. März begab man sich allerdings noch nicht allzu weit auf unsicheres Terrain. So wählte man als Versammlungsort die Gegend der Rue d'Argenteuil im ersten Arrondissement, ein Viertel, das bekanntermaßen seit langem fest in der Hand der konservativen Gegner des „Cartel des Gauches“ war. Dankbar akzeptierte Unterstützung erhielt man üerdies seitens der „Ligue des Chefs de Section“ Binet-Valmers¹⁸ und der „Jeuneses Patriotes“ Taittingers, die sich bereiterklärten, den Saalschutz aller Wahlversammlungen Reynauds und de Kerillis' zu übernehmen.¹⁹ Die beiden Kandidaten profitierten hier von der auf die Bildung einer „breiten republikanisch-konservativen Einheitsfront“ abgestellten Politik der antirepublikanischen Sammlungsbewegung „Jeuneses Patriotes“, die ungeachtet ihres allgemein parlamentsfeindlichen Auftretens zwischen 1924 und 1926 gezielt die Annäherung an Politiker der rechten Mitte und der bürgerlichen Rechten betrieb.²⁰ Eine erste „Massenveranstaltung“

¹⁵ Vgl. „A nos amis du deuxième secteur“, in: *L'Action Française*, 14. 3. 1926; Bericht der Sûreté vom 17. 3. 1926 (AN, F713254).

¹⁶ „Prévisions au sujet des élections complémentaires...“ (AN, F713254). In Kreisen der Linken begann man bereits, den Bewerbern der SFIO und der Radikalsozialisten ein zu zaghaftes Vorgehen im Wahlkampf vorzuwerfen (Sûreté-Bericht, 5. 3. 1926; ebenda).

¹⁷ Noch Jahrzehnte später erinnerten sich die Kontrahenten Reynaud und Duclos gleichermaßen genützlich an den Schlagabtausch während der im übrigen wenig innovativen Veranstaltung; vgl. Reynaud, *Mémoires I*, S. 217–220; Duclos, *Mémoires I*, S. 246–248.

¹⁸ Zu dieser im Januar 1919 gegründeten Reserveoffiziers-Vereinigung vgl. Philippe Machefer, *Ligues et fascismes en France (1919–1939)*, Paris 1974, S. 9f.

¹⁹ Bericht der Sûreté, 4. 3. 1926 (AN, F713254).

²⁰ Zu den „Jeuneses Patriotes“ grundlegend: Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 284–289; Klaus-Jürgen Müller, *Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934*, in: *Francia* 8 (1980), S. 465–524, hier: S. 471–483; Zitat: S. 481. Müllers Interpretation, die die Entstehung der „Jeuneses Patriotes“ im Gegensatz zu der in der französischen Forschung nach wie vor maßgeblichen These nicht als bloße

am 5. März in der „Salle Japy“ bot de Kerillis und Reynaud Gelegenheit, nachdrücklich Präsenz und breite Anhängerschaft zu demonstrieren. Um den Erfolg der Veranstaltung zu garantieren, hatte man allen Mitgliedern der „Ligue Républicaine Nationale“ der Pariser Region sowie angegliederten Gruppierungen wie dem „Parti de la Rénovation Démocratique“, der „Fédération Républicaine“ und dem „Parti Républicain Démocratique et Social“ Eintrittskarten zukommen lassen. Darüber hinaus erhielten aus dem eigentlichen Wahlbezirk nur ausgesuchte, den Komitees der Kandidaten persönlich bekannte Wähler die Zutrittsberechtigung. Um dennoch Zugang zu der Veranstaltung zu gewinnen, hatte der PCF ähnlich aussehende Eintrittskarten drucken lassen und an einzelne Genossen ausgegeben. Vor schließlich mehr als 7800 Zuhörern, geschützt durch ein Kontingent von 600 „Jeunes Patriotes“, die demonstrativ unterhalb der Rednerbalustrade Aufstellung genommen hatten, entwickelte Alexandre Millerand den politischen Rahmen, bevor die eigentlichen Kandidaten ihr Programm vorstellten.²¹

In einem Rundbrief an die Wähler des Bezirks definierten Reynaud und de Kerillis ihre Politik im wesentlichen als Kampf gegen die Mitte-Links-Mehrheit in Kammer und Regierung, die sie pauschal als verantwortlich für den Kursverfall des Franc, für Arbeitslosigkeit und Straßenunruhen anprangerten. Unverzichtbare Bedingung für alles weitere Vorgehen müsse deshalb die Beseitigung der „Chambre du Cartel“ sein. Erst dann könne man an die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, die Stabilisierung des Franc und des Wirtschaftslebens insgesamt gehen. Die zu treffenden Maßnahmen freilich blieben eher unklar. Zwar sprach man davon, rein technischen Erwägungen den Vorzug vor politischen Rücksichten zu geben, verurteilte die Steuerpolitik des „Cartel“ und forderte strikte Ausgabenkürzungen; weitere konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der genannten Ziele schienen im offiziellen Programm der Liste jedoch nicht auf. Auch auf außenpolitischem Gebiet lebte das Programm der beiden Politiker vorwiegend von der Verurteilung des „Cartel“, ohne ansonsten den Bereich allgemeiner Erwägungen zu verlassen: „Nous voulons utiliser tous les facteurs de la paix, facteurs moraux tels que la Société des Nations, facteurs matériels tels que la puissance industrielle, sans en sous-estimer ni en surestimer aucun.“²²

Die kommunistische Partei hatte hingegen von Anbeginn auf eine gezielte Werbekampagne bei jenen gesetzt, die man als die wichtigste zu gewinnende Wählergruppe einschätzte, namentlich „fonctionnaires et petits commerçants“. Speziell

Reaktion auf den Wahlsieg des „Cartel des Gauches“ im Mai 1924, sondern als Teil einer umfassenderen und in ihren Wurzeln weiter zurückreichenden Bewegung zur Modernisierung der Rechten begreift, ist nicht unumstritten. Insbesondere die Zurückstellung des antikommunistischen Elements hat neuerdings Kritik hervorgerufen; vgl. Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 280 ff.

²¹ Vgl. den Informantenbericht „Note. Communication de M. Bressat“, 5. 3. 1926 (AN, F713254); zu den organisatorischen Dispositionen vgl. auch den unbetitelten Bericht der Sûreté vom 4. 3. 1926 (Ebenda). Der Verlauf der Veranstaltung und die Reden Millerands, de Kerillis' und Reynauds sind ausführlich dokumentiert: „Une grande réunion politique dans le 2^e secteur de la Seine“, in: *Le Temps*, 7. 3. 1926.

²² Ein Exemplar der Wahlkampfbroschüre beider Kandidaten findet sich im ehemaligen Archiv des Départements Seine: „Election législative du 14 mars 1926 (2^e secteur). Liste d'Union Sociale et Nationale du 2^e Secteur. Candidatures Paul Reynaud, Henri de Kerillis“, S. 3f.; Zitat: S. 4 (Archives de Paris, Série D3M², Carton 12).

für die Nachwahlen erstellte Sondernummern von *L'Humanité* sollten bis zum 8. März in 200 000 Exemplaren zusammen mit einem vorbereiteten Stimmzettel an die Wähler versandt werden. Neben einer Präsentation der Kandidaten enthielten sie das Parteiprogramm und insbesondere ein die Verdienste der kommunistischen Abgeordneten des Wahlbezirks um die Belange des Kleinhandels hervorhebendes „tableau récapitulatif des votes des députés du 2^{me} secteur sur toutes les questions se rattachant au petit commerce“.²³

Dieses auf den ersten Blick ungewöhnliche Engagement des PCF für mittelständische Interessen war Bestandteil einer ideologisch durchaus abgestützten und ab 1925/26 umgesetzten kommunistischen Mittelstandspolitik, die aus der Beobachtung eines wachsenden „antikapitalistische[n] Protestpotential[s]“ innerhalb der „couches moyennes“ hervorgegangen war.²⁴ Ihre theoretische Verankerung hatte sie in der Anpassung des Marxschen Postulats von der zwangsläufigen Absorption des unabhängigen Mittelstandes durch das Proletariat an die spezifischen Gegebenheiten in Frankreich gefunden. Demnach sah sich hier, wo mittelständische Produktionsweisen bis nach dem Ersten Weltkrieg typisch geblieben waren, das unabhängige Kleinbürgertum dem zerstörerischen Druck einer übermächtigen Großkonkurrenz in Handel und Industrie ausgesetzt, fand sich somit in seiner existentiellen Betroffenheit durch den Machtwillen der „Großbourgeoisie“ in einer bereits historisch verwurzelten und überdies ökonomisch nachzuweisenden, weitgehenden Interessenidentität mit der Arbeiterklasse wieder.²⁵ Den konkreten Ansatzpunkt für eine vorläufige „Koalition der Opfer“ erkannte man in der Welle des Protests, die die Pariser mittelständischen Gewerbetreibenden seit 1925 in Reaktion auf die Finanzpolitik des „Cartel des Gauches“ erfaßt hatte. Wiederholt war es zu Demonstrationsmärschen oder ostentativen Geschäftsschließungen gekommen, und noch unmittelbar vor den Nachwahlen hatte sich Anfang März 1926 ein großer Teil der Pariser Ladenbesitzer aus Protest gegen die Einführung einer rückwirkenden Umsatzsteuer während eines ganzen Tages geweigert, ihr Geschäft zu öffnen.²⁶ Die auf mehrere Ebenen hin ausgerichtete Taktik des PCF, der sich zur Durchführung seiner Mittelklassenpolitik teils auf aussichtslose, doch publikumswirksame parlamentarische Interventionen, teils auf mittelständische Interessenverbände stützte, hatte hier einen unzweifelhaften Erfolg erzielt: Es war gelungen, die Protestbewegung den gemäßigteren, alten Standesvertretungen weitgehend aus der Hand zu nehmen.²⁷ Dennoch rechnete man selbst in den Führungskreisen der Partei nicht einhellig mit der unmittelbaren

²³ „Réunion de la Commission Electorale du 2^{ème} Secteur du Parti Communiste, le 3 mars“, 4. 3. 1926 (AN, F713254). Offenbar war es der Sûreté gelungen, einen Informanten in Pariser Führungsgremien des PCF einzuschleusen.

²⁴ Eine Pionierstudie zu diesem bislang unbeachteten Feld kommunistischer Politik liegt vor in der Arbeit von Andreas Wirsching, Kleinbürger für den Klassenkampf? Theorie und Praxis kommunistischer Mittelstandspolitik in Frankreich 1924–1936, in: Horst Möller/Gérard Raulet/Andreas Wirsching (Hg.), *Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland* (Beihefte der Francia 29), Sigmaringen 1993, S. 95–116; Zitat: S. 103.

²⁵ Ebenda, S. 96–101.

²⁶ Vgl. etwa „La grève des commerçants“, in: *Le Temps*, 5. 3. 1926, zu den Geschäftsschließungen vom Vortag; Wirsching, Kleinbürger, S. 108.

²⁷ Wirsching, Kleinbürger, S. 104–108.

Umsetzbarkeit dieser Resultate in einem Wahlbezirk, der nur zum Teil, nämlich in seinem 20. Arrondissement, ein „relativ geschlossenes proletarisches Milieu“²⁸ aufwies, wie es sich als besonders fruchtbar für die erhofften Solidarisierungseffekte erwiesen hatte. Im kommunistischen Wahlkomitee des zweiten Sektors baute man angesichts der krisenhaften Finanzlage und der außenpolitisch schwierigen Situation in Syrien und Marokko optimistisch auf die Protestwählerschaft; die führenden Parteimitglieder Cachin und Marrane bezweifelten dagegen die Mobilisierbarkeit nicht-kommunistischer Wähler – eine Einschätzung, die von den Beobachtern im Innenministerium geteilt wurde.²⁹ Offenbar existierten sogar Absprachen mit der SFIO darüber, daß im Falle besserer Resultate der sozialistischen Liste die kommunistischen Kandidaten nach dem ersten Wahlgang zurückgezogen werden würden.³⁰ Um so überraschender kam für Beteiligte wie außenstehende Betrachter das gute Abschneiden von Duclos und Fournier am 14. März: Bei einer ungewöhnlich hohen Quote von Enthaltungen, die etwa 38% ausmachte, landeten sie mit 37658 bzw. 37614 Stimmen unerwartet knapp hinter Reynaud und de Kerillis, deren Gesamtergebnis – auf Reynaud waren 47223, auf de Kerillis 47075 Stimmen entfallen – klar unter dem erhofften und für einen sicheren Gesamtsieg nötigen Resultat lag. Zwar hatten die bürgerlichen Kandidaten wie zu erwarten vor allem im 1. bis 4. Arrondissement eindeutig dominiert. Bereits im 11. und 12. Arrondissement aber war ihr Sieg nicht mehr klar genug ausgefallen, um die im 20. Bezirk erfolgreichen Kommunisten deutlicher zu distanzieren. Abgeschlagen waren die Sozialisten mit zusammen 31000, die Radikalsozialisten mit insgesamt 23377 Stimmen auf den Plätzen gelandet.³¹ Die kommunistischen Kandidaten konnten von daher anders als erwartet auf ein sozialistisches „désistement“ zu ihren Gunsten hoffen.

Im Lager der Sympathisanten der Liste Reynaud/de Kerillis begann sich nun hinter dem Zweckoptimismus, den man in Kreisen der „Ligue Millerand“, der „Jeunesses Patriotes“ und der „Fédération Républicaine“ weiterhin zur Schau trug, Unruhe breitzumachen. Nicht genug, daß man die Wahlhilfe potentiell dissidenter Lokalhonoratioren, die man durch „Kompensationen“ erkaufte zu haben glaubte, nun doch nicht erhalten hatte. Bitter vermerkte man, daß überdies die Action Française, auf deren stillschweigende Solidarität zumindest de Kerillis gebaut hatte, von ihrer neutralen Haltung nicht abgegangen war. Entrüstet sprach man vom Versuch der Royalisten, über eine „politique du pire“ willentlich die Ausbreitung der extremen Linken zu fördern, um sich in der so geschaffenen allgemeinen Panik dann zur letzten Bastion von Recht und Ordnung stilisieren zu können.³² Trotz des insgesamt enttäuschenden Ergebnisses war man jedoch seitens der politischen Mentoren der bürgerlichen Liste, Millerand und Taittinger,

²⁸ Ebenda, S. 109.

²⁹ „Signalé de source communiste“, 10. 3. 1926 (AN, F713254).

³⁰ Informantenbericht der Sûreté, 15. 3. 1926 (AN, F713254).

³¹ Vgl. zu den Gesamtergebnissen im 2. Wahlbezirk wie zur Aufschlüsselung nach Arrondissements: Département de la Seine. Election de deux Membres de la Chambre des Députés. Recensement général des votes émis le 14 mars 1926 dans la deuxième circonscription du Département de la Seine (1er, 2e, 3e, 4e, 11e, 12e, et 20e arrondissements de Paris). Premier Tour. Supplément au Bulletin Municipal Officiel du vendredi 19 mars 1926, S. 1475f. und 1478.

³² Vgl. den Abschlußbericht der Sûreté zum ersten Wahlgang vom 15. 3. 1926 (AN, F713254).

entschlossen, den Wahlkampf in der bestehenden Besetzung fortzuführen. In erster Linie betraf dies de Kerillis, dessen politisches Profil in vielen Komitees des Bezirks besonders nach einer Kampagne des regierungsnahen *Le Quotidien* gegen ihn als zu rechtslastig empfunden worden war. Er konnte sein Wahlergebnis als ermutigende Bestätigung auffassen, trennten ihn doch nur wenige Stimmen von dem allgemein mit Wohlwollen aufgenommenen Reynaud.³³

Endlich entschloß man sich nun im bürgerlichen Lager auch zu einer längst fälligen Modifizierung des programmatischen Vorgehens. Auf der Basis der Einsicht, daß besonders die hohe Zahl von Stimmenthaltungen zu Lasten des eigenen Ergebnisses gegangen und dabei vor allem das Desinteresse des umfangreichen Wählerpotentials der mittelständischen „commerçants“ zu Buche geschlagen hatte³⁴, entfaltete man nun hektische Aktivitäten, um dieses Defizit bis zum zweiten Wahlgang am 28. März auszugleichen. Als „Schaltstellen“ für die neue Taktik fungierten der Liste nahestehende Abgeordnete, Stadträte und berufsständische Interessengruppen. Ihr Einfluß sollte den Effekt befürchteter Stimmenübertragungen an die Kommunisten eindämmen und vor allem zur Mobilisierung der bislang vernachlässigten gewerbetreibenden Wählerschaft beitragen.³⁵ Als besonders besorgniserregend stufte man das Verhalten der „Fédération de la Seine“ der radikal-sozialistischen Partei ein, die beschlossen hatte, ihre Kandidaten im zweiten Wahlgang zugunsten der kommunistischen Bewerber zurückzuziehen. Nachdem diese Entscheidung in der Parlamentsfraktion des Parti Radical selbst auf heftige Kritik gestossen war, setzten nun de Kerillis und Reynaud alles daran, den Zwist weiter zu schüren. Wenn die Entscheidung schon nicht rückgängig gemacht werden konnte, sollte zumindest eine Spaltung der Radikalsozialisten und ihrer Wähler herbeigeführt werden; in dem radikalen Abgeordneten Franklin-Bouillon hatte man auch bereits einen Verbündeten für dieses Vorgehen gefunden.³⁶

Im Zuge einer konzertierten Plakat-, Rundbrief- und Veranstaltungskampagne begann man daneben, die antikartellistische Argumentation der vorangegangenen Wochen ersatzlos gegen eine antikommunistische Kampagne unter Aufnahme von Themen kleingewerblicher Interessenpolitik auszutauschen. Im Mittelpunkt der Wahlveranstaltungen standen jetzt die Folgen, die „petits commerçants“ und „classe moyenne“ insgesamt unter kommunistischem Regime zu gewärtigen hätten.³⁷ Reynaud wie Kerillis beschworen ein Schreckensszenario, das sich frei an den revolutionären Ereignissen in Rußland, Ungarn, Bulgarien, Deutschland und Italien orientierte und einen kommunistischen Wahlerfolg in Frankreich in Verbindung setzte mit geplünderten Ladengeschäften, geöffneten Gefängnissen, Arbeitslosigkeit, Verfall des Franc und Stagnation des Wirtschaftslebens zum Scha-

³³ Ebenda; Berichte der Sûreté vom 4.3. und 16. 3. 1926 (AN, F713254).

³⁴ Bericht der Sûreté, 23. 3. 1926 (ebenda).

³⁵ Dieser Wandel der Taktik blieb bei den Informanten der „Sûreté Générale“ nicht unbemerkt, vgl. den Bericht „A. 922. A/S des élections du 2ème Secteur de Paris“, 17. 3. 1926 (AN, F712954 („Notes Jean“)).

³⁶ „A. 931. Au sujet des élections dans le 2ème Secteur de Paris“, 20. 3. 1926 (AN, F712954); Berichte der Sûreté, 18.3., 19.3. und 22. 3. 1926 (AN, F713254);

³⁷ Vgl. etwa den Versammlungsbericht der Sûreté vom 21. 3. 1926: „Election législative complémentaire du 2^e secteur. Candidatures: Reynaud – de Kerillis. Réunion privée organisée par l'Union Républicaine et sociale, le 20 mars“ (AN, F713254).

den der kleinen Sparer und der mittelständischen Geschäftsleute.³⁸ Die argumentative Innovationskraft der beiden Kandidaten hielt sich dabei allerdings in eher engen Grenzen. Im Grunde bot man wenig mehr als einen mittelständisch angeereicherten Rückgriff auf zentrale Topoi des antikommunistischen Diskurses, wie er sich seit 1921 in der nichtkommunistischen Öffentlichkeit Frankreichs entwickelt hatte: Hier wie da hob man ab auf die Rolle der Kommunisten als Fremdkörper in der politischen Kultur Frankreichs, als „parti de l'étranger“, der sich aufgrund seines ideologisch verankerten Internationalismus und seiner Ablehnung der liberalen Demokratie in eklatanten Gegensatz zum „republikanischen Konsensus“ und zu dem in ihm kondensierten Referenzsystem an politischen Werten gestellt hatte. Neben dem genannten Verweis auf die sowjetrussische Bolschewisierungspraxis übernahmen die beiden Politiker die in der öffentlichen Diskussion Frankreichs stets virulente Verknüpfung kommunistischer Agitation mit dem Aspekt deutschen Revanchestrebens, ebenso wie die verbreitete Kritik an der militanten antikolonialen Politik des PCF in der Frage des Rif-Krieges.³⁹ Hauptsächlich aber richteten Reynaud und de Kerillis ihre wahltaktischen Argumente auf die Stellung der neuentdeckten kleinhändlerischen Klientel in einer sozialistisch geprägten Gesellschaftsordnung aus. Sie trafen damit den zwischen Ende 1925 und Frühjahr 1926 erst allmählich sich verdichtenden Kern der neuen marxistischen Mittelstandstheorie. Daß sie hier tatsächlich eine mögliche Blöße in der kommunistischen Doktrin erfaßt hatten, belegen die dringenden Anfragen, die die Führung des PCF aus den Reihen nahestehender „commerçants“ mit der Bitte um Aufklärung über ihr Schicksal nach einem revolutionären Umsturz erhalten hatte.⁴⁰ Grund zur Besorgnis gab es in der Tat, war doch spätestens seit Anfang Januar 1926 parteioffizielle Stellungnahmen zu entnehmen, daß dem unabhängigen Kleinhandel nach kommunistischer Lesart in einer nachrevolutionären Gesellschaftsordnung nur übergangsweise Existenzberechtigung bis zur allgemeinen

³⁸ So in ihrer Wahlkampfbroschüre „Election législative – Scrutin de ballottage du 28 mars 1926. Liste d'Union Républicaine Sociale et Nationale du 2^e Secteur“ (Archives de Paris, Série D3M², Carton 12).

³⁹ Ebenda. Die Förderung der bolschewistischen Revolution durch den deutschen Generalstab 1917, die tatkräftige Kampagne des PCF gegen die Ruhrbesetzung 1923 hatten die Vorstellung von der engen Interessenverklammerung der politischen Aktion der französischen Kommunisten mit antifranzösischen Bestrebungen in der deutschen Politik als regelmäßig wiederkehrenden Topos in die Äußerungen nicht nur vulgärkonservativer Publizisten vom Schlage eines François Coty eingehen lassen. In ähnlichem Sinne äußerte sich etwa der Liberale André François-Poncet während einer Wahlveranstaltung der Liste Reynauds (Bericht der Sûreté, 21. 3. 1926; AN, F713254). Allgemein zu den Argumentationsstrategien der französischen Kommunismusgegner vgl. Serge Bernstein/Jean-Jacques Becker, *Histoire de l'anticommunisme en France*. Band I: 1917–1940, Paris 1987, bes. S. 111–202; zu Coty: S. 118–123; zur Haltung des PCF während der Ruhrbesetzung: S. 162–170; Zitat: S. 124.

Die Kampagne der französischen Kommunisten gegen den durch die Regierung Painlevé 1925 eingeleiteten Feldzug zur Niederwerfung der marokkanischen Aufständischen um Abd el-Krim, die von wiederholten Solidaritätsbekundungen und dem Aufruf zum Generalstreik im Oktober 1925 begleitet wurde, löste nach der Ruhraktion eine neuerliche Welle antikommunistischen Ressentiments aus. Besondere Entrüstung hatte die Aufforderung Jacques Doriots an die französischen Soldaten ausgelöst, sich mit den Aufrührern zu verbrüdern. Das Wort vom „kommunistischen Verrat“ und von der bolschewistisch-deutschen Interessenkoalition bestimmte daraufhin die Berichterstattung der bürgerlichen und der rechtsgerichteten Presse (Vgl. Bernstein/Becker, *Anticommunisme*, S. 170–179).

⁴⁰ Vgl. dazu Wirsching, Kleinbürger, S. 102 f.

Kollektivierung des Wirtschaftslebens zukommen würde.⁴¹ Unter Rückgriff auf Berichte über die Situation des russischen Kleinhandels nach der Oktoberrevolution, die *L'Humanité* entnommen waren, stießen Reynaud und de Kerillis in diese Bresche: „Les communistes vous promettent une propriété commerciale, intégrale, alors que l'article premier de leur programme est la suppression de la propriété! En fait de propriété intégrale, c'est l'émeute dans la rue qu'ils vous donneraient. Vos devantures seraient défoncées, vos boutiques pillées, vos coffres forcés“.⁴² In einer dichten Abfolge von Wahlversammlungen teils speziell für die „commerçants“ des Wahlbezirks führte man diesen Kerngedanken in mannigfachen Variationen und unter Einsatz einer Phalanx von Rednern des „gemäßigten“ Spektrums aus.⁴³

Das eigene Programm, das man der mittelständischen Klientel anzubieten hatte, und das als zugkräftige Alternative gedacht war, besaß dann aber von vorneherein so wenig unabhängiges Profil, daß es kaum konkurrenzfähig war. In wenigen Sätzen schlagwortartig konzentriert, war es teils bestimmt von Gemeinplätzen klassischer liberaler Wirtschaftspolitik wie Steuergleichheit, Begrenzung der Staatsausgaben und des obrigkeitlichen Interventionswesens zugunsten freier Entfaltung des Wirtschaftslebens in einer Atmosphäre von Ruhe und öffentlicher Ordnung. Teils griff es Themen auf, die zwar seit einiger Zeit tatsächlich das Herzstück der Interessenpolitik mittelständischer Verbände bildeten, doch durch die kommunistische Mittelstandspolitik seit Monaten in weitaus öffentlichkeitswirksamerer Weise besetzt worden waren. Dem schlichten Bekenntnis Reynauds und de Kerillis', gegen die Einführung rückwirkender Gewerbesteuern und für eine Abänderung des Gesetzes zur Regelung kommerzieller Mietverhältnisse zu sein⁴⁴ – ein für den Kleinhandel geradezu existentielles Thema, gab es doch keinen wirksamen Schutz gegen willkürliche Kündigungen bei Auslaufen des Mietverhältnisses –, stand auf seiten der Kommunisten ein bereits seit Mitte 1925 inner-

⁴¹ In diesem Sinne etwa Charles Le Gléo, Mitglied der 1925 gegründeten Parteikommission zur Behandlung von Mittelstandsfragen, in einer dem Problem gewidmeten Artikelfolge; Ders., La question des classes moyennes (Suite et fin), in: Cahiers du Bolchévisme, 1. 1. 1926, S. 12 f., zitiert nach Wirsching, Kleinhandel, S. 102, Anm. 39. Der Parteikongreß des PCF verabschiedete im Mai 1926 in Lille eine Grundsatzresolution, die klar die Absicht bekundete, an der These von der gesetzmäßigen Auflösung mittelständischer Wirtschaftsformen festzuhalten (Wirsching, Kleinbürger, S. 102).

⁴² So unter der Rubrik „Aux commerçants“ in der Broschüre „Election législative – Scrutin de ballottage du 28 mars 1926. Liste d'Union Républicaine Sociale et Nationale du 2^e Secteur“ (Archives de Paris, Série D3M², Carton 12; die Broschüre findet sich auch im Nachlaß Reynauds: AN, 74 AP 8). Unter Berufung auf Berichte u. a. in *L'Humanité* entwickelte man bei verschiedenen Gelegenheiten die skizzierte Argumentation, gelegentlich vermehrt durch an der russischen Revolution orientierte Voraussagen über eine drastische Entvölkerung von Paris nach einem kommunistischen Umsturz: vgl. etwa „Commerçants-Détaillants, on ne vous „aura“ pas!“ (Archives de Paris, Série D3M², Carton 12).

⁴³ Auf zwei Veranstaltungen am 25.3. sprachen neben Reynaud und de Kerillis u. a. Pierre-Etienne Flandin und César Campinchi; vgl. „Réunion organisée par l'Union Républicaine Sociale et Nationale. Cinéma „Lyon-Palace“, le 25 Mars 1926“ und „Liste d'Union Républicaine Sociale et Nationale, MM. Paul Reynaud et de Kerillis. Réunion organisée au Cinéma „Étoile-Gambetta“, le 25 Mars 1926“ (AN, F⁷13254).

⁴⁴ [...] „Nous sommes partisans de la révision de la loi sur les baux commerciaux. [...] Nous sommes les adversaires déterminés des monstrueux impôts rétroactifs“ („Election législative – Scrutin de ballottage du 28 mars 1926. Liste d'Union Républicaine Sociale et Nationale du 2^e Secteur“; Archives de Paris, Série D3M², Carton 12).

wie außerparlamentarisch bekundetes Engagement in eben diesem Sinne gegenüber. Die stets mehrheitlich abgelehnten Entschließungsanträge der kommunistischen Kammerfraktion konnten zwar weder die Steuerpolitik der Regierung noch das schließlich am 1. Juli 1926 verabschiedete Mieterschutzgesetz wesentlich beeinflussen. Zusammen mit der erfolgreichen kommunistischen Verbandsarbeit aber trugen sie ganz entscheidend zum Anwachsen des Sympathiepotentials zugunsten des PCF in den betroffenen Schichten bei.⁴⁵

Reynaud und de Kerillis setzten unterdessen weiter auf den Ausbau ihrer politischen Klientel unter den politisch Etablierten und den als genügend einflußreich Erachteten. Sie erreichten, daß eine Gruppe von Stadträten aus dem zweiten Wahlbezirk, die sich selbst als „Conseillers Municipaux Républicains anti-Communistes“ bezeichneten, ihre Zurückhaltung aufgaben und einen energischen Wahlauf Ruf zugunsten der bürgerlichen Kandidaten in Plakat- und Briefform verbreiteten, dem die bewährte Gegenüberstellung von „Ordnungspartei“ und „revolutionärer Bewegung“ die argumentative Struktur gab.⁴⁶ Auch die großen, bürgerlichen Interessenverbände wie die „Union des Intérêts Economiques“, die „Confédération des groupes commerciaux et industriels de France“ oder das „Comité de l’Alimentation“, die sich vor dem ersten Wahlgang nicht hatten entschließen können, der Liste Reynaud/de Kerillis ihre Patronage zu gewähren, gaben angesichts der neuen Konstellation und auf Bitten der beiden Kandidaten ihre Reserve auf. An die jeweiligen Mitglieder erging die dringende Empfehlung, für die bürgerlichen Bewerber zu stimmen, „pour barrer la route au communisme, à la révolution“.⁴⁷ Sicher war der Liste überdies das Wohlwollen katholischer Organisationen, die unabhängig von der Haltung der „Action Française“ Druck auf die ihnen bekannten Nichtwähler ausübten. Außerdem gab man an die Wahlleitung der bürgerlichen Liste die Adressen jener weiter, an die entsprechendes Propagandamaterial versandt werden sollte.⁴⁸ Damit schien das Kalkül der beiden Politiker mehr und mehr aufzugehen, zumal auch die ohnehin krisengeschüttelte und seit Mitte Februar nicht nur in der Frage der Fortführung der „Cartel“-Koalition in sich gesplante radikalsozialistische Partei es nicht vermocht hatte, zu einer einheitlichen und der eigenen Wählerschaft Orientierung gebenden Haltung zu ge-

⁴⁵ Zum Komplex dieser parlamentarischen und verbandspolitischen Aktivitäten des PCF vgl. Wirsching, Kleinbürger, S. 105–108. Zur großen Resonanz, die die dynamischeren kommunistisch inspirierten Mittelstandsvereinigungen im kleinhändlerischen Milieu gefunden hatten, auch: „Prévisions au sujet des élections complémentaires du 14 mars 1926 dans la deuxième circonscription législative du département de la Seine, 11. 3. 1926“, S. 9 (AN, F713254).

⁴⁶ „Citoyens, après les résultats du 1er tour, deux listes restent en présence pour le scrutin de ballottage. D’un côté, la liste de l’Union républicaine et sociale avec les candidats Paul Reynaud et Henri de Kerillis représentant les partis qui veulent le progrès dans l’ordre et la légalité. De l’autre côté, les candidats du Parti communiste, c’est-à-dire le Parti de la Révolution par tous les moyens, le parti de ceux qui veulent faire dans notre pays l’expérience qui, en Russie, n’a eu d’autres résultats que la misère, la famine et des massacres épouvantables dans toutes les classes de la Société. [...]“ („Appell des Conseillers Municipaux Anti-Communistes du 2^e Secteur“; Archives de Paris, Série D3M², Carton 12). Hier findet sich auch der Entwurf eines Rundbriefs an die Wähler des Bezirks. Zur Entstehung des Aufrufs vgl. die Berichte der Sûreté vom 17.3. und 22. 3. 1926 (AN, F713254).

⁴⁷ Sûreté-Bericht, 23. 3. 1926 (AN, F713254).

⁴⁸ Informantenbericht vom 20. 3. 1926 (AN, F713254).

langen. Reynaud wagte daher die Prognose auf eine starke Neigung der radikalen Wählerschaft zur Enthaltung bzw. sogar zum Votum für die Bürgerlichen.⁴⁹

Überhaupt kehrte nun, wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang, der Optimismus ins bürgerliche Lager zurück: „Fédération Républicaine“, „Ligue Millerand“ und „Union des Intérêts Economiques“ gaben sich nun wie alle anderen sympathisierenden Komitees wieder vom Sieg überzeugt. Die Vorzeichen schienen in der Tat eindeutig genug, um selbst bei den kommunistischen Widersachern Zweifel am eigenen Erfolg aufkommen zu lassen.⁵⁰

Als schier bodenlosen Fall aus der angewachsenen Siegesgewißheit erlebten die bürgerlichen Kandidaten das Bekanntwerden der Wahlergebnisse in ihrem Hauptquartier am Abend des 28. März. Zutiefst überrascht und bestürzt nahm man die Nachricht von der Niederlage gegen Duclos und Fournier entgegen, eine Niederlage, die zudem unerwartet deutlich ausgefallen war.⁵¹ Erste, hastig angestellte Analysen ergaben, daß die Liste des „Bloc Ouvrier et Paysan“ in etwa all jene Stimmen auf sich hatte vereinen können, die im ersten Wahlgang auf Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialisten entfallen waren. Somit schien klar, daß sich nur wenige radikalsozialistische Wähler dem Aufruf der „Fédération de la Seine“ der Partei entzogen und antikommunistisch abgestimmt hatten.⁵² Zweifellos war für das schlechte Abschneiden der bürgerlichen Liste die erneut hohe Quote von Enthaltungen maßgeblich geworden, die bei etwa 30% lag: Naturgemäß mußte dadurch die Gruppe der Protestwähler sehr viel stärker an Gewicht gewinnen, als dies unter normalen Umständen der Fall gewesen wäre. Zwar hatte man seit dem ersten Durchgang etwa 14 500 neue Stimmen hinzugewinnen können, wofür zu etwa einem Drittel der Meinungswandel der „Action Française“ verantwortlich war. Deren Führung hatte noch am Vorabend der Wahl die Stimmabgabe ihrer Mitglieder zugunsten Reynauds und de Kerillis’ „angeordnet“. Ganz offensichtlich aber war es beiden Kandidaten nicht gelungen, ihre eigentliche mittelständische Klientel in hinreichendem Maße zu mobilisieren. Dafür mochten zum Teil auch wahltaktische Überlegungen der Zielgruppe verantwortlich gewesen sein: Offenbar war unter anderem bei manchen Sympathisanten der radikalsozialistischen Partei die Überlegung ausschlaggebend gewesen, daß zwei Kommunisten mehr an der bestehenden Linksorientierung der Kammer nichts ändern,

⁴⁹ Berstein, *Parti Radical I*, S. 421–426; Sûreté-Bericht vom 26. 3. 1926 (AN, F713254).

⁵⁰ Sûreté-Berichte vom 24.3. und 26. 3. 1926 (AN, F713254); Marcel Cachin äußerte in den Gängen der Chambre des Députés die Sorge, daß bei Stimmenthaltung der sozialistischen Wähler die Wahl Reynauds und de Kerillis wohl als sicher anzunehmen sei (Informantenbericht „A. 943. Au sujet des élections législatives dans le 2ème Secteur de Paris“, 25. 3. 1926; AN, F712954).

⁵¹ Der ersten offiziellen Auswertung zufolge erhielten Henri de Kerillis 61582, Paul Reynaud 61758, Albert Fournier 63140 und Jacques Duclos 63254 Stimmen. Die gegenüber den ersten offiziellen Meldungen aus dem Wahlkreis (vgl. Telegramm Préfet Seine an Innenministerium, 28. 3. 1926, 23h20; AN, F713254) korrigierten Zahlen finden sich in: „Procès-verbal du recensement général des votes émis dans les collèges électoraux du département de la Seine (2^e circonscription). 2^e tour de scrutin“, 30. 3. 1926 (Archives de Paris, Série D2M², Carton 52); abgedruckt in: Département de la Seine. Elections à la Chambre des Députés. Mai 1924 – Mars 1928. Résultats par Arrondissements pour les circonscriptions de Paris et par communes pour la circonscription des arrondissements de Saint-Denis et de Sceaux, Paris 1928 [ohne Seitenzählung].

Zur Stimmung im Wahlhauptquartier Reynauds und de Kerillis’: Sûreté-Bericht vom 29. 3. 1926 (Ebenda).

⁵² Sûreté-Bericht zu den Ergebnissen des zweiten Wahlgangs, 29. 3. 1926 (AN, F713254).

zwei neue bürgerliche Abgeordnete aber die „Reaktion“ entscheidend stärken würden.⁵³ Dennoch bleibt zu konstatieren, daß letztere es nicht verstanden hatten, hinreichend überzeugende Gegenpositionen zu bieten. Ihre verzögerte Parteinahme für die Anliegen einer wichtigen Wählergruppe des Bezirks mußte neben den kommunistischen „Vorgaben“ rein reaktiv und aufgesetzt wirken. Sie dokumentiert eine gewisse Hilflosigkeit im Lager jener, die sich als legitime Nachfolger des „Bloc national“ verstanden, gegenüber den Methoden wie den Inhalten kommunistischer Agitation zu einem Zeitpunkt, da diese mit dem seit 1921 entwickelten argumentativen Instrumentarium nicht mehr wirksam zu attackieren waren. Die Taktik der Ausgrenzung der Kommunisten aus dem Bereich des republikanischen Konsensus verlor in dem Moment an Wirkung, in dem es ihnen – wie hier auf lokaler Ebene – gelang, vorhandenes Protestpotential im Bürgertum aufzunehmen und den Eindruck größerer Kompetenz in der Vertretung partikularer Belange zu erwecken. Bei solcher Konstellation genügte der Appell „modellkonformer“ Politiker an ein alles umschlingendes Band republikanischer Identität nicht mehr, um programmatische Defizite aufzuwiegen – selbst dann nicht, wenn sie keineswegs für die zur Diskussion stehenden politischen Fehler des „Cartel des Gauches“ verantwortlich gemacht werden konnten!

Taktische Fehler oder programmatische Mängel wurden bezeichnenderweise in den Ursachenanalysen der Anhänger Reynauds und de Kerillis' nicht diskutiert. Man beschränkte sich darauf, die hohe Zahl an Enthaltungen zu bedauern und das „verräterische“ Abstimmungsverhalten des linken Flügels des ehemaligen „Bloc national“ im Wahlbezirk zu kritisieren.⁵⁴ Wenig Einsicht zeigte man im Hinblick darauf, daß zwar für die Niederlage wohl die strukturelle Unterlegenheit gegenüber der kommunistischen Partei ausschlaggebend gewesen war, daß daneben aber die eigenen wahltaktischen Machinationen einen Teil der laizistisch-republikanisch gesonnenen Anhängerschaft vor den Kopf gestoßen und ins Lager der Protestwähler gedrängt hatten. Stein des Anstoßes waren die Wandlungen des Verhältnisses der bürgerlichen Liste zur „Action Française“. Nachdem im Vorfeld des ersten Wahlgangs Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen an programmatischen Differenzen gescheitert waren, hielt man sich seitens der Organisation Daudets im Verlauf der Kampagne lange bedeckt. – Bis sich Henri de Kerillis, überzeugt, die Stimmen des linken, anti-monarchistischen Flügels des bürgerlichen Lagers sicher zu haben, wenige Tage vor dem zweiten Durchgang auf eigene Faust zu Zugeständnissen in der Frage der Laizität bereitfand und dadurch die Unterstützung der Organisation einwarb. Um den Rückhalt auf der Linken nicht zu gefährden, kam man – so die Beobachtung der Sûreté – vertraulich überein, vor der Öffentlichkeit eine „Komödie“ zu inszenieren. Zum spätestmöglichen Zeitpunkt, am Vorabend der Wahl, wurde daraufhin in einer öffentlichen Veranstaltung der Liste Reynaud/de Kerillis das Wahlbündnis in der Art einer „spontanen“ Hinwendung der Monarchisten in Szene gesetzt – obwohl bereits

⁵³ So vermutete man im Innenministerium aufgrund einer Stimmungsanalyse im Wahlkreis: Bericht der Sûreté vom 20. 3. 1926 (AN, F⁷13254).

⁵⁴ Abschlußbericht der Sûreté zum zweiten Wahlgang vom 29. 3. 1926 (AN, F⁷13254).

24 Stunden zuvor revidierte Instruktionen an die Bezirkschefs der „Action Française“ im Wahlkreis ergangen waren.⁵⁵

Reynaud hielt sich bei diesen Manipulationen im Hintergrund. Das geschah notgedrungen, war er doch von Anbeginn des Wahlkampfes darauf bedacht gewesen, sich von den im Lager der „modérés“ mit Unmut aufgenommenen Rechtstendenzen seines Listenkollegen zu distanzieren und als verlässlicher Kandidat im Sinne des republikanisch-laizistischen Konsensus zu empfehlen. Falls sein „co-listier“ de Kerillis der Versuchung nachgeben würde, den programmatischen Forderungen der „Action Française“ entgegenzukommen, so hatte er öffentlich erklärt, dann würde er seinen Listenplatz zurückgeben.⁵⁶ Konsequenzen aus der taktischen Rechtswendung zog nun zwar ein Teil der Wählerschaft, die durch eine sofort ins Werk gesetzte kommunistische Plakatkampagne informiert worden war, nicht aber Reynaud selbst. Ohne der Initiator des wetterwendischen Verhaltens seiner Liste zu sein, war er bereit, die Neuorientierung mitzutragen. Daß dies aus freiem politischem Willen geschah, ist anzunehmen, besaß er doch nach vier Jahren Parlamentserfahrung zweifellos genügend „standing“ im rechtsrepublikanischen Lager, um den eigenen Standpunkt gegenüber dem Journalisten geltend zu machen, der in Kreisen konservativer Verbände trotz aller Umtriebigkeit eher als „politisches Leichtgewicht“⁵⁷ eingeschätzt wurde. Sein Entschluß, nicht von der Kandidatur zurückzutreten, entsprang einem Gefühl persönlicher Loyalität in bezug auf de Kerillis, mit dessen politischem Schicksal im Wahlgang er ostentativ und rhetorisch wirksam sein eigenes verknüpfte.⁵⁸ Ein Zug Opportunismus mochte freilich im Spiel gewesen sein, als er sich entschied, die so mühsam erarbeitete aussichtsreiche Position nicht in letzter Stunde aufzugeben und die angestrebte Wiederwahl aus eigenem Entschluß zu verfehlen. Seine widersprüchliche Haltung konnte ihm zudem um so leichter fallen, als die fraglichen Äußerungen de Kerillis' in einem Teil der „großen“ bürgerlichen Presse nur stark entschärft erschienen, die Tragweite der ohnehin nur verklausuliert vorgetragenen programmatischen Annäherung also in der Öffentlichkeit keineswegs klar geworden war.⁵⁹ Daß Reynaud diese Vorgänge keineswegs als ein Ruhmesblatt seiner politi-

⁵⁵ Ebenda und Sûreté-Bericht vom 2. 4. 1926 (AN, F⁷13254). Zum Ablauf der Wahlversammlung vgl. etwa „MM. Paul Reynaud et Henri de Kerillis à Ba-Ta-Clan“, *L'Avenir*, 27. 3. 1926; *Le Temps*, 28. 3. 1926.

⁵⁶ Vgl. den Polizeibericht vom 17. 3. 1926 (AN, F⁷13254).

⁵⁷ So etwa in der „Ligue Républicaine Nationale“: Bericht der Sûreté, 29. 1. 1927 (AN, F⁷13237).

⁵⁸ Laut Presseberichten über die Versammlung im „Ba-Ta-Clan“ betonte Reynaud: „S'il y avait un électeur qui ait la tentation de supprimer le nom de Kerillis, qu'il supprime aussi le mien. Je ne voudrais pas de son bulletin!“ (vgl. z. B. *L'Avenir*, 27. 3. 1926).

⁵⁹ Nach Angaben von *L'Avenir* habe de Kerillis auf die Frage eines führenden Mitglieds der „Action Française“, wie er denn zum Laizitätsproblem stehe, unter Bezug auf die Tätigkeit weiblicher Orden geantwortet: „Je suis membre de la Fédération républicaine de France, qui est partisan de la liberté pour tous. Je considère comme une honte que dix femmes aient le droit de s'enfermer dans une maison pour s'y prostituer et qu'elles n'aient pas celui d'y enseigner les enfants et d'y soigner les malades.“ Auf diese Erklärung hin sei der Aufruf zur Wahlhilfe an die Anhänger der Gruppierung ergangen (*L'Avenir*, 27. 3. 1926). Ein Polizeibericht über die Veranstaltung bestätigt und erweitert diese Version: „[...] En effet, interrogés par M. de Roux, avocat, les deux candidats se sont déclarés partisans de l'abolition des lois laïques et le retour des congrégations religieuses“ („A. 951. Au sujet du résultat des élections législatives du 2^e secteur“, 29. 3. 1926; AN, F⁷13254). *Le Temps* dagegen kürzte die entscheidende Passage und erwähnte die Wahlhilfe der „Action Fran-

schen Karriere begriff, gestand er im Rückblick zumindest indirekt selbst ein, hat er doch in seinen vierzig Jahre später erschienenen Memoiren bezeichnenderweise über das Wahlbündnis mit der monarchistischen Gruppierung kein Wort verloren!⁶⁰

2. Reorganisations- und Koalitionsbemühungen in der liberal-konservativen Opposition 1926–1928

Die wichtigste Lektion, die Reynaud für sich und seine politische Arbeit aus dem Wahlkampf von 1926 zog, war organisatorischer Natur. Während der Kampagne bereits hatte er mehrfach intern seine Enttäuschung darüber bekundet, daß die Unterstützung, die die oppositionellen Ligen und Komitees ihm vor Bekanntgabe seiner Bewerbung seitens sympathisierender Gruppierungen im Wahlbezirk versprochen hatten, kaum vorhanden sei.⁶¹ In einer Stellungnahme vor Parteifreunden des „Parti Républicain Démocratique“, der die Enttäuschung über die unerwartet bittere Niederlage anzumerken war, beklagte er sich wortreich über das nahezu vollständige Fehlen einer effektiven Wahlhilfsorganisation in seinem Wahlkreis. Auf den ersten Blick könne man angesichts der offensichtlichen Fülle an Komitees, Parteivertretungen und Ligen, an Plakataktionen, Presseaufrufen und Rundbriefen tatsächlich den Eindruck einer imposanten „force électorale“ erhalten. „Or, vienne une élection, comme celle-ci, et l'on a, comme je l'ai eue, la désagréable surprise d'un manque à peu près total d'organisation. Des comités squelettiques où l'on ne trouve guère que le bureau, des cadres et quelques fidèles, mais pas un seul groupement réellement important. D'autre part, aucun lien, aucune cohésion entre ces divers comités. L'opposition est si peu unie que ceux-ci n'ont même pas entre eux de relations; les seules qu'ils aient parfois sont généralement mauvaises, tant ils se jalouent, se dénigrent et même se combattent. Donc, aucune coordination de leurs efforts, aucun travail en commun, sans doute parce que les programmes ne sont pas plus d'accord que les personnes.“⁶²

Diese Situation hatte im Verlauf des vergangenen Wahlkampfes dazu geführt, daß Reynaud, anstatt sofort allgemeine und einmütige Hilfe zu erhalten, erst mühsam einzelne „comités de quartier“, die der eigenen Wahlleitung unbekannt waren, ausfindig machen und auf den Kurs der Liste hatte einschwören müssen. Programmatische und persönliche Rivalitäten innerhalb des republikanischen Lagers hatten die Koordination zusätzlich erschwert: „Et encore, ajoute M. Reynaud, je ne parle pas des groupes qui ne voulaient avoir rien de commun entre eux, les uns se disant de gauche, les autres n'étant que de demi-gauche, ceux-ci avant tout militaristes et patriotes, ceux-là catholiques d'abord, je n'en finirais plus si je les comptais tous, et aucun, ne constituant en réalité une organisation réellement

çaise“ nicht: vgl. „La campagne électorale dans le 2^e secteur. A Ba-Ta-Clan“, in: *Le Temps*, 28. 3. 1926.

⁶⁰ Vgl. seinen Kommentar zum zweiten Wahlgang (Reynaud, *Mémoires* I, S. 223).

⁶¹ Informantenbericht vom 17. 4. 1926 (AN; F⁷13254).

⁶² Informantenbericht vom 3. 4. 1926 (AN; F⁷13254).

importante“.⁶³ Bei den Geldgebern der großen Ligen glaube man nach wie vor an diesen „Bluff“, wo doch in Wahrheit bedeutende Summen oft eher den Bedürfnissen des jeweiligen Generalsekretariats zugute kämen als für Propaganda oder Organisation aufgewendet würden.⁶⁴ Nachdem nicht einmal die großen Organisationen wie „Ligue Millerand“, „Fédération Républicaine“ und „Parti Républicain Démocratique“ befriedigenden Rückhalt geboten hätten, habe man jetzt unverzüglich zumindestens in Paris an den Aufbau einer zentralen Koordinations- und Leitungsinstanz zu gehen: „[...] il faut que l'opposition, constatant que ce qu'elle a jusqu'ici comme organisation est à peu près nul ou très défectueux, se mette sans retard et vigoureusement à l'oeuvre pour créer, en réalité cette fois, des groupements reliés à un comité qui leur impose une action commune“.⁶⁵

Als unmittelbare Folge dieser Wahlkampfverfahren kam es im Frühjahr 1926 zu einem neuerlichen Versuch in der bereits langen Reihe von Ansätzen zur organisatorischen Neufundierung der gemäßigten Rechten Frankreichs. Anfang Mai, wenige Wochen nach der mißlungenen Bewerbung um ein Abgeordnetenmandat, gründete Henri de Kerillis sein „Centre de Propagande des Républicains Nationaux“ als Unterstützungs-, Koordinations- und Propagandaorganisation zur Vorbereitung der nächsten Wahlen.⁶⁶ Dabei legte er großen Wert darauf zu betonen, daß bestehenden Ligen oder Parteien keine Konkurrenz in Form einer neuen politischen Bewegung gemacht werden sollte. Vielmehr werde versucht, alle mobilisierbaren antikomunistischen Kräfte zusammenzufassen und den existierenden Gruppierungen der Rechten und der rechten Mitte zur Verfügung zu stellen: u. a. „Ligue Républicaine Nationale“, „Fédération Républicaine“, „Alliance Républicaine Démocratique“, „Parti Démocrate Populaire“, „Radicaux et Socialistes Nationaux“, „Le Redressement Français“ und „Union des Intérêts Economiques“.⁶⁷ A priori definierte sich die Zielsetzung als von ganz praktischer Art: Wählerlisten sollten überprüft und auf dem neuesten Stand gehalten, Freiwillige zur Verteilung von Werbematerial rekrutiert, eine Equipe von Versammlungsrednern ausgebildet und nach Bedarf eingesetzt werden. Als Ergänzung dieser eher traditionellen, wenngleich natürlich erst einmal in die Tat umzusetzenden Betätigungsfelder einer Wahlhilfsorganisation sah man solche neuer Art vor. Zur Steigerung der Effektivität künftiger Wahlkampagnen strebte de Kerillis die Ausbildung eines Netzes von politischen Informanten an, die einerseits die Ausspähung konkurrierender politischer Gruppen betreiben, andererseits ein Maximum an Auskünften

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Informantenbericht vom 17. 4. 1926 (AN; F⁷13254).

⁶⁵ Informantenbericht vom 3. 4. 1926 (AN; F⁷13254).

⁶⁶ Zum „Centre de Propagande des Républicains Nationaux“, das bislang noch kein eingehenderes Interesse der Forschung fand, am ausführlichsten: Malcolm Anderson, *Conservative Politics in France*, London 1974, S. 209–213; Boulic/Lavaure, Kerillis, S. 87 ff.; Gaudry, Kerillis, S. 39–59; Jean-Luc Pinol, 1919–1958. Le temps des droites?, in: Sirinelli, *Histoire des Droites I*, S. 308; Gilles Le Béguec, *Le parti*, in: Sirinelli, *Histoire des Droites II*, S. 51 f.

⁶⁷ Diese Aufzählung sympathisierender Gruppen findet sich in einer Werbebroschüre des „Centre“, die unter dem bezeichnenden Titel „Gare au socialisme! Gare au communisme! Une organisation en vue des prochaines Elections ouverte à tous les gens d'ordre, à quelques tendances, à quelque parti républicain, à quelques confessions qu'ils appartiennent“ vermutlich Ende 1927 verbreitet wurde (Archives de Paris, Série D3M², Carton 13).

über interessante Wählergruppen zusammentragen sollten.⁶⁸ Sympathisanten wurden in Rundbriefen und Broschüren aufgefordert, Angaben zu den politischen Präferenzen und Aktivitäten ihrer unmittelbaren Umgebung an die Organisation weiterzuleiten, um so die gezielte Beeinflussung all jener Unentschlossenen oder typischen „abstentionnistes“ zu ermöglichen, die ein besonders vielversprechendes Potential darzustellen schienen – auf Wunsch konnten diese Informationen auch unter Chiffre anonym abgegeben werden.⁶⁹ Besonders tatkräftige Hilfestellung leisteten bei dieser Konstituierung von Wählerdossiers offenbar neben dem „Parti Démocrate Populaire“ auch der katholische Klerus, der in den Versammlungen de Kerillis’ regelmäßig anzutreffen war.⁷⁰

Paul Reynaud beobachtete die Aktivitäten seines ehemaligen „co-listiers“ mit wohlwollender Zurückhaltung. In einem gemeinsamen Auftritt vor mehrtausendköpfigem Publikum hatte man im Juni im Rahmen einer durch die „Ligue Millebrand“ organisierten Großveranstaltung die organisatorischen Konsequenzen skizziert, die aus der verlorengegangenen Nachwahl zu ziehen waren. Als nachahmenswertes Muster präsentierten die Politiker die innere Verfaßtheit und propagandistische Tätigkeit der englischen Parteien, die sie im Verlauf einer Reise unmittelbar vorher studiert hatten.⁷¹ Dieses Engagement für die Belange einer auf die französischen Verhältnisse zugeschnittenen Wahlhilfsorganisation antikommunistischer und antikartellistischer Orientierung setzte Reynaud durchaus fort. Sein Name tauchte in Werbebroschüren der Organisation de Kerillis’ auf, er leistete materielle und ideelle Unterstützung, empfahl seinen Mitbewerber weiterhin der Wählergunst.⁷² Dennoch blieb das „Centre de propagande des Républicains Nationaux“ wesentlich das Werk de Kerillis’. Denn obgleich nun, nach gemeinsam

⁶⁸ So hatte de Kerillis am 18. 1. 1927 vor einer etwa 200 Sympathisanten umfassenden Versammlung in Paris sinngemäß erklärt: „Les buts de notre agence électorale peuvent ainsi se résumer: organisation et préparation des élections en dehors de la période électorale, propagande politique. Au point de vue organisation et préparation des élections, nous nous proposons: 1. de tenir à jour des listes électorales; 2. de recueillir des renseignements politiques sur le plus grand nombre possible d’électeurs; 3. de former des équipes d’informateurs politiques; 4. de créer des équipes bénévoles qui se chargeront de la distribution de tracts et journaux; 5. d’avoir à notre disposition plusieurs conférenciers; 6. d’organiser un service de renseignements au sein de comités et de partis adverses.“ (Polizeibericht vom 19. 1. 1927; AN, F⁷13237).

⁶⁹ „[...] Pour conduire économiquement notre travail de propagande, il est capital de recueillir des indications sur les tendances politiques du plus grand nombre possible d’électeurs: l’aide peut-être la plus féconde que vous puissiez donc nous donner serait de nous fournir ces renseignements strictement politiques sur toutes les personnes de votre connaissance: parents, amis ou fournisseurs, commerçants, propriétaires, ouvriers, etc.“ („Echo de Paris. Propagande politique & Organisation électorale. Agence du 3e secteur de Paris“, 19. 2. 1927; AN, F⁷13237). In ähnlichem Sinne äußerte sich de Kerillis während einer öffentlichen Versammlung am 25. Februar („Réunion de propagande électorale organisée par l’Echo de Paris, le 25 février“, 26. 2. 1926; ebenda).

⁷⁰ Die Verdienste dieser beiden Gruppen um seine Organisation rühmte de Kerillis im Rahmen einer Werbeveranstaltung Mitte Februar 1927 („Réunion organisée par le groupement catholique „Les semailles de Notre-Dame des Victoires“, 17. 2. 1926; AN, F⁷13237). Allgemein zum christdemokratischen PDP: Jean-Claude Delbreil, *Le parti démocrate populaire, des origines au MRP*, Paris 1990.

⁷¹ Vgl. den Polizeibericht „Réunion organisée par la Ligue Républicaine Nationale. Salle Wagram – le 15 juin“, 16. 6. 1926 (AN, F⁷13237). Die Veranstaltung war in der gesamten Rechtspresse angekündigt worden (Informantenbericht vom 14. 6. 1926; ebenda).

⁷² Vgl. die Broschüre „Une organisation en vue des prochaines élections ...“, S. 1 (fiktiv) (Archives de Paris, Série D3M², Carton 13); Informantenbericht „Réunion organisée par le Groupe des jeunes de la Ligue Républicaine Nationale“, 18. 12. 1926 (AN, F⁷13237).

durchfochtenem Wahlkampf und den daraus entstandenen persönlichen Bindungen⁷³, für Reynaud keine Rede mehr davon sein konnte, sich öffentlich vom politischen Gebaren des Journalisten abzugrenzen, machten sich bald grundlegende Meinungsverschiedenheiten bemerkbar.

Unterschiedliche Auffassungen hatten sich bereits Mitte April angedeutet, als es darum gegangen war, den beschworenen Restrukturierungsprozeß einzuleiten. Intern vorgetragen und diskutiert, sollten die kritisierten Gravamina nach dem Willen Reynauds auch durch intern eingeleitete Reformen aus der Welt geschafft werden, war er sich doch darüber im klaren, daß öffentliche Klagen die Spendenwilligkeit der bisherigen Geldgeber in fataler Weise mindern würden. Anders de Kerillis: Ohne Rücksicht auf derartige Bedenken avisierte er eine Artikelfolge in *Echo de Paris*, die sich in scharfer Form coram publico mit der Frage organisatorischer Mängel in den Reihen der Kartellgegner auseinandersetzen wollte. Erst auf erheblichen Druck aus den Führungsebenen von „Fédération Républicaine“ und „Parti Républicain Démocratique et Social“ war er zur Mäßigung bereit. Immer noch gegen den Willen dieser Gruppierungen erschienen die Artikel schließlich später als vorgesehen und in abgemilderter Form.⁷⁴

Die Frontstellung de Kerillis' zumindest gegenüber einem Teil der etablierten Verbände und Gruppen, die traditionellerweise die Vertretung des republikanischen Spektrums rechts der radikalen Partei für sich beanspruchten, verschärfte sich, als dort wenige Monate nach der Gründung des „Centre“ mehr und mehr klar wurde, daß er sich nicht mit bloßer politischer Dienstleistungstätigkeit zufriedengeben würde. Schon forsche Äußerungen, wonach seine Organisation in Kürze zur „mächtigsten Gruppierung der Rechtsparteien“ aufsteigen würde⁷⁵, waren nicht gerade zur Beruhigung allfälliger Überrumpelungängste bei den etablierten Parteien geeignet. Die Befürchtungen fanden neue Nahrung, als im Frühjahr 1927 die Aufteilung des politischen Erbes der „Ligue Républicaine Nationale“ anstand. Seit ihrer Gründung im November 1924 unter anderem als organisatorische Plattform für Oppositionsredner im ganzen Land wirksam, hatte sie die weiterreichenden Erwartungen der assoziierten Gruppen in hohem Maße enttäuscht. So kam kaum Bedauern auf, als ihr Gründer Alexandre Millerand am 15. Januar 1927 den Rücktritt von seinem Amt als Vorsitzender erklärte. Das zu diesem Zeitpunkt als endgültig angesehene Ausscheiden Millerands aus dem politischen Leben⁷⁶ bedeutete nach allgemeiner Ansicht auch das Ende seiner „Ligue“, die man als „überlebt“ und nun „zu Tode getroffen“ einschätzte. De Kerillis gehörte zu jenen, die die Selbstauflösung der Gruppierung gefordert und damit in besonderem Maße den Unwillen ihrer Anhänger erregt hatten. Mit dem Ruf behaftet, Günstling Louis Marins zu sein, dessen „Fédération Républicaine“ vernehmbar den Anspruch auf die Nachfolge in der Führung des gemäßigten rechten

⁷³ Vgl. dazu etwa ein Schreiben de Kerillis' an Reynaud vom 6. 4. 1926, in dem er diesen seiner Bewunderung und Unterstützung versichert (AN, 74 AP 20).

⁷⁴ Vgl. dazu den Informantenbericht vom 17. 4. 1926 (AN; F⁷13254).

⁷⁵ So etwa in einer politischen Versammlung im 3. Wahlsektor von Paris am 18. Januar 1927 (Polizeibericht vom 19. 1. 1927; AN, F⁷13237).

⁷⁶ Senator des Départements Seine seit April 1925, gewann Millerand den im Januar 1927 verlorenen Sitz bereits im Oktober für das Département Orne zurück und behielt ihn noch über 12 Jahre hinweg (Farrar, *Principled Pragmatist*, S. 383–388).

Lagers erhob, galt er sehr bald als Werkzeug zur Verwirklichung dieser Hegemoniebestrebungen. Daß er überdies aus ähnlichen Gründen führende Männer der „Alliance Républicaine Démocratique“ gegen sich aufgebracht und aus der „Union des Intérêts Economiques“ Ernest Billiets den Vorwurf auf sich gezogen hatte, die Einverleibung dieses Interessenverbandes zu betreiben, fügte dem so entstandenen Bild weitere dunkle Schattierungen hinzu.⁷⁷ Auch der Großindustrielle und einflußreiche Gönner der Gruppierung Billiets, François de Wendel, zeigte sich unangenehm berührt von den Aktivitäten de Kerillis', dem er vorwarf, durch die Art seines Vorgehens eher eine Zersplitterung als eine Sammlung des konservativen Potentials zu bewirken.⁷⁸ Letztlich lag in diesen Vorgängen der Jahre 1926/27 die Wurzel für das hartnäckige Mißtrauen, das die traditionelle Rechte gegenüber den Modernisierungsbestrebungen de Kerillis' und seiner Neigung zur Intriganz nicht erst in den dreißiger Jahren an den Tag legte.

Paul Reynaud war nicht gewillt, de Kerillis' Weg abseits gewachsener Strukturen mitzugehen. So wie es ihm nicht eingefallen war, jene Organisationen, denen er immerhin seine Kandidatenaufstellung im März 1926 zu verdanken gehabt hatte, öffentlich zu desavouieren, sah er nun die Lösung des Reorganisationsproblems nicht in der provozierenden Aktion *gegen* die überkommenen Organisationsformen, sondern in der bestmöglichen Nutzung des *in* ihnen enthaltenen Potentials. Auf der entscheidenden Sitzung des „Comité Directeur“ der „Ligue Républicaine Nationale“ stimmte er zusammen u. a. mit André Maginot, Pierre-Etienne Flandin und André François-Poncet für den Fortbestand und die innere Erneuerung des Verbandes.⁷⁹ Ein Gefühl der Loyalität gegenüber seinem frühen politischen Mentor Millerand mochte daneben dazu beigetragen haben, daß Reynaud dessen „Ligue“ noch über zwei Jahre hinweg bis ins unmittelbare Vorfeld der Wahlen vom April 1928 als organisatorische Basis für seine Vortragstätigkeit gegen die Politik des „Cartel“ nutzte. Freilich konnten weder der voluntaristische Akt einiger Präsidiumsmitglieder noch die ostentative Solidarität Reynauds Wesentliches an der sich immer deutlicher abzeichnenden Tatsache ändern, daß die politische Auszehrung der „Ligue Millerand“ nach dem Rücktritt ihres Gründers und dem Tod ihres Generalsekretärs Emmanuel Brousse auf Dauer nicht mehr aufzuhalten war.

Der allmähliche politische Abstieg der „Ligue Millerand“ als dritter Säule jener antikartellistischen, bürgerlichen Oppositionsbewegung, die sich nach den Maiwahlen von 1924 unter dem Vorzeichen der „Union Nationale“ konstituiert hatte, versah die „Alliance Républicaine Démocratique“ wie die „Fédération Républicaine“ als verbleibende wichtige Formationen innerhalb des republikanisch-oppositionellen Lagers mit neuem Gewicht.⁸⁰ Nicht ausbleiben konnte dabei zum einen, daß Bemühungen zur *interparteilichen* Einigung der Opposition neuen

⁷⁷ Zur Situation der „Ligue Millerand“ im Januar 1927 vgl. die Polizeiberichte vom 15. 1. und 25. 6. 1927 sowie die Analyse der „Agence technique de la presse. Service quotidien d'informations“, 20. 1. 1927 (AN, F⁷13237). Die Einschätzung de Kerillis' in Kreisen der traditionellen Gruppen findet sich in einer Note vom 29. 1. 1927 (Ebenda).

⁷⁸ Vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 374.

⁷⁹ Polizeibericht vom 15. 1. 1927 (AN, F⁷13237).

⁸⁰ Vgl. den Überblicksbericht der Sûreté zur Lage der bürgerlichen Opposition vom 25. 6. 1927 (AN, F⁷13237).

Schwung gewannen, nun allerdings hauptsächlich in Form von Koalitionsüberlegungen zwischen bereits existierenden Gruppen. Die Auswirkungen der neuen Konstellation im Sinne einer Verengung *inner*parteilicher Handlungsspielräume, welche andererseits spürbar wurden, berührten ebenso wie die erstgenannten auch die politische Arbeit Paul Reynauds.

Bis zum Sommer 1926 hatte sich Reynaud zu einem der aktivsten Vortragsredner der „Ligue Républicaine Nationale“ entwickelt und unternahm an den Wochenenden regelmäßig ausgedehnte Reisen in die Provinz, die ihm seitens scharfzüngiger politischer Gegner den Titel eines „Handlungsreisenden in Sachen Reden“ eingetragen hatten.⁸¹ Dabei trat er nicht nur mit Vertretern der organisatorisch federführenden „Ligue Millerand“ oder mit Mitgliedern seiner Partei, der „Alliance“, auf, sondern wiederholt auch mit Politikern der „Fédération Républicaine“ wie Louis Marin, Georges Bonnefous, Maurice Le Corbeiller, Jean Guiter, Louis Duval-Arnould, Edouard Soulier und nicht zuletzt Henri de Kerillis.⁸² Im März 1926 hatte er darüber hinaus zusammen mit de Kerillis am Parteitag der „Fédération Républicaine“ in Paris teilgenommen und war ausdrücklich durch Louis Marin begrüßt worden.⁸³ Daß diese Auftritte mehr als bloße Pflichtübungen im Rahmen des antikartellistischen Aktionsprogramms der „Ligue“ gewesen waren, sondern durchaus politische Präferenzen ankündigten, zeigte sich ab Herbst 1926, als sich Reynaud in der Frage des künftigen koalitionspolitischen Vorgehens der „Alliance“ zunächst gegen die Führung der eigenen Partei wandte.

Seit der Berufung Poincarés ins Amt des Ministerpräsidenten im Juli 1926 und dem folgenden Zerfall der Kartellsmehrheit war die Frage nach dem künftigen politischen Verhalten der Radicaux als stärkster Fraktion in den Mittelpunkt der Überlegungen aller wichtigen Gruppierungen getreten.⁸⁴ Noch auf ihrem Kongreß vom Oktober 1926 hatte sich die mit vier Ministern an der Regierung Poincaré beteiligte, intern jedoch tief gespaltene Partei nicht auf eine eindeutige Marschroute zwischen klarer gouvernementaler Loyalität und entschiedener Opposition festlegen wollen. Diese krisenhafte Umbruchssituation innerhalb der radikalen Partei nahm man in Führungskreisen der „Alliance“ zum Anlaß, um dem geschwächten Partner zur Linken ein Angebot auf Zusammenarbeit zu unterbreiten. Es sollte vorerst auf die Senatswahlen von 1927 beschränkt sein, visierte im Anspruch aber die Herstellung einer neuen zentristischen Mehrheit unter Ausschluß der Sozialisten an. Die Avancen schienen umso aussichtsreicher, als das Verhältnis der Radicaux zu ihrem ehemaligen Koalitionspartner im „Cartel des Gauches“ seit dem radikalsozialistischen Eintritt in die Regierung Poincaré au-

⁸¹ Vgl. etwa den Vortragsplan der „Ligue Millerand“ für Frühjahr 1926 in: *L'Avenir*, 3. 2. 1926. Das Wort vom „commis-voyageur en discours“ prägte der radikalsozialistische Abgeordnete Gaston Hulin während einer „conférence contradictoire“ mit Reynaud am 8. Mai 1927 (*La République Démocratique*, 15. 5. 1927).

⁸² So etwa im Januar 1926 auf Veranstaltungen mit Le Corbeiller, im Februar mit Marin und Bonnefous, im Juni mit de Kerillis, Guiter, Soulier und Duval-Arnould, im November erneut mit Soulier, Le Corbeiller und Bonnefous, etc. Vgl. hierzu: Informantenberichte vom 12. 1., 14. 6., 16. 6., 27. 11. 1926 sowie 12. 4. und 21. 5. 1927 (AN, F⁷13237); *L'Echo de Paris*, 22. 2. 1926; Präfektenbericht des Départements Pyrénées-Orientales an Innenminister, 21. 6. 1926 (F⁷13237).

⁸³ Vgl. „Le congrès de la Fédération républicaine“ in: *Le Temps*, 12. 3. 1926.

⁸⁴ Vgl. etwa die Reflexionen Léon Blums in dieser Frage und die interne Debatte in der S.F.I.O im Frühjahr/Sommer 1927 (Ziebur, Léon Blum, S. 373–380).

ßerordentlich gespannt war, zumal nachdem Léon Blum die ideologischen Reorientierungs- und Annäherungsversuche des neuen Parteichefs Maurice Sarraut in schroffer Form zurückgewiesen hatte.⁸⁵ Erstmals während ihres Straßburger Parteikongresses vom November 1926, dann mehrfach im Juli 1927 lancierte die „Alliance“ ihr Angebot eines Zusammengehens von „Radicaux“ und „Modérés“, das seitens der Führung der Radikalen hingegen wiederholt und unzweideutig ablehnend beschieden wurde.⁸⁶

Paul Reynaud, einer der Kongreßredner von 1926, setzte den durch die Delegierten mit „äußerster Aufmerksamkeit“ und wiederholtem Beifall zur Kenntnis genommenen Kontrapunkt zur offiziellen, auf die Bildung einer zentristischen „concentration républicaine“ gerichteten Position seiner Partei.⁸⁷ Nicht nur, daß er den allgemein antikartellistischen Ton der Parteitagsdeklarationen um eine energische Abrechnung speziell mit radikalsozialistischer Finanz- und Außenpolitik bereicherte; die erklärte koalitionspolitische Offenheit seiner Parteiführung nach links veranlaßte ihn darüber hinaus zu einer klaren Absage an entsprechende Tendenzen, die vor allem auch in den Reihen der Parlamentsabgeordneten der „Alliance“ auf Resonanz gestoßen waren: „Dans un pays où aucun parti n’a la majorité à lui seul, il faut s’allier à d’autres partis, ou mettre leurs chefs coupables en déroute, pour puiser dans leurs troupes débandées. A ce contact, un parti risque de perdre son individualisme, tels, à l’issue du cartel, le parti radical qui fait aujourd’hui du socialisme larvé, et le parti socialiste qui s’est embourgeoisé [...]“.⁸⁸ Die Anspielung war eindeutig, umschrieb sie doch eben jene Taktik, die man im „Comité directeur“ der „Alliance“ um Parteichef Ratier, Generalsekretär Mamelet und Pierre-Etienne Flandin im Hinblick auf den rechten Flügel der Radicaux verfolgte. Dieser hatte sich aus Protest gegen die Bildung eines neokartellistischen „Bloc des Gauches“ um den Abgeordneten des Wahlkreises „Seine et Oise“, Henri Franklin-Bouillon, gesammelt.⁸⁹ Am Höhepunkt einer durch André Tardieu und Jean-Charles Chaumet Anfang Juli 1927 initiierten erneuten Kooperationskampagne wurde Reynaud noch deutlicher: Alle derartigen Vorstöße seien als

⁸⁵ Zu den taktischen Wendungen und internen Auseinandersetzungen der Partei zwischen Juli 1926 und dem Vorfeld der Wahlen von 1928 vgl. Berstein, *Parti Radical II*, S. 17–50; zum Parteikongreß von Bordeaux im Oktober 1926 auch: Bonnefous, *Troisième République IV*, S. 196–200.

⁸⁶ Zum Parteikongreß der „Alliance“ vom 5.–7. November 1926 vgl. „Le Congrès de Strasbourg“, in: *Le Temps*, 7. 11. 1926 sowie die Wiedergabe der Reden: Ebenda, 6., 7., 8. 11. 1926. Der in der Pariser Nationalbibliothek verwahrte Bestand der Parteizeitung *La République Démocratique* weist für die Zeit zwischen 10. 10. 1926 und 20. 3. 1927 eine schmerzhaft Lücke auf. Sehr knapp und unter falscher Datumsangabe zum Kongreß: Bonnefous, *Troisième République IV*, S. 200f. Allgemein zu den Annäherungsversuchen der „Alliance“: Berstein, *Parti Radical II*, S. 39–41.

⁸⁷ So etwa stellvertretend für das „Comité directeur“ der Partei Charles Reibel in seiner Rede während des Abschlußbanketts des Kongresses („Congrès de l’Alliance Républicaine Démocratique (Parti républicain démocratique et social)“, in: *Le Temps*, 8. 11. 1926. Die offizielle Haltung war auch in einer durch André François-Poncet verlesenen Abschlußerklärung des Parteitags zum Ausdruck gekommen: „[...] Comme elle [die Alliance, A.d.V.] l’a toujours proclamé, elle donnera tout son concours aux partis républicains qui, se plaçant sur le terrain national, comprendront qu’une collusion avec les partis internationalistes et révolutionnaires ne saurait mener la France qu’à sa ruine. [...]“ (Ebenda).

⁸⁸ Die Reden Reynauds finden sich abgedruckt in: *Le Temps*, 7. 11. und 8. 11. 1926 (Zitat).

⁸⁹ Zu den Tendenzen in der Führung der „Alliance“ vgl. den resümierenden Informantenbericht vom 25. 6. 1927 (AN, F⁷13237); zu den Initiativen Franklin-Bouillons, eines Anhängers der „Union nationale“, in seiner Partei: Berstein, *Parti Radical II*, S. 23 ff.

demütigende Anbiederung an eine bei nächster Gelegenheit zur Rückkehr in die Kartellpolitik bereite radikale Partei, als „politique sans fierté“ um der Erringung einiger parlamentarischer Vorteile willen zu betrachten.⁹⁰ Der nach außen hin nur in Andeutungen sichtbare innerparteiliche Dissens hätte deutlicher nicht ausfallen können. Obwohl durch Reynaud selbst unter harmonisierender Einheitsrhetorik kaschiert, standen sich doch grundsätzlich verschiedene Ansätze zur Neubildung einer tragfähigen Alternativmehrheit im Vorfeld der Wahlen von 1928 und damit zur Neudefinition des Standorts des nicht-radikalen Liberalismus im politischen Spektrum gegenüber. Für Reynaud stand fest, daß sich die parlamentarische Rechte – verkörpert in der „Fédération Républicaine“ Louis Marins – endgültig als vertrauenswürdiger Bündnispartner qualifiziert hatte: „[...] nous affirmons que le péril, pour la République, n'est plus à droite, mais à gauche, suivant le mot prophétique de Jules Ferry“⁹¹; die Gruppe um Ratier lehnte dagegen gerade die Anlehnung an eine Partei ab, der man eine zunehmend reaktionäre Entwicklung unterstellte.⁹²

Waren sich am Parteitag von Straßburg im November 1926 die beiden Optionen noch unversöhnt gegenübergestanden, zeichnete sich ein Jahr später eine innerparteiliche Kompromißformel ab. Sie verdankte ihr Zustandekommen in hohem Maße den Erfordernissen der bevorstehenden Wahlen. Die Erklärungen und Referate des Kongresses von Rouen (27.–29. 11. 1927) lokalisierten den künftigen Standort der „Alliance“ nun nicht mehr in einer Mitte-Links-Gruppierung, sondern im Zentrum einer Kräftekoalition, die von den regierungsnahen Radikalen bis zum gemäßigten Flügel der Partei Marins reichen sollte – ein Kompromiß, den sich auch Reynaud zu eigen gemacht hatte: „A notre gauche, avec tous les radicaux nationaux, c'est-à-dire avec tous ceux qui répudient l'alliance socialiste, avec M. Franklin-Bouillon et ses amis [...]. A notre droite, avec les démocrates populaires et avec la Fédération républicaine qui a joint ses voix aux nôtres chaque fois qu'un vote impopulaire nous a été demandé [...]. L'Alliance démocratique est désormais le pivot des partis républicains nationaux.“⁹³

Zweifelloos war die Verabschiedung eines gemeinsamen Nenners leichter gefallen, seit sich bei den Radikalsozialisten eine interne Klärung der Fronten vollzogen hatte. Der linke Mehrheitsflügel der Radicaux hatte während des Pariser Parteikongresses vom Oktober 1927 die Oberhand über die der „Union nationale“

⁹⁰ „M. Paul Reynaud à Mamers“, in: *La République Démocratique*, 3. 7. 1927.

⁹¹ Ebenda.

⁹² „[...] C'est avec ces éléments-là [mit dem rechten Flügel der Radicaux; A.d.V.] que M. Ratier, M. Flandin, reprenant la manoeuvre préconisée par M. Mamelet, voudraient se grouper, et non avec les nationaux de la Fédération Républicaine qu'ils supportent beaucoup plus qu'ils ne les recherchent. A leurs yeux, en effet, la Fédération ne représente pas seulement l'aile droite de l'Union Nationale Républicaine mais le parti qui reprend peu à peu la politique et le programme plus ou moins avoués des cléricaux et des anciens nationalistes.“ (Informantenbericht, 25. 6. 1927; AN, F⁷13237).

⁹³ „Discours de M. Paul Reynaud“ – „Les débats du Congrès. Cinquième Séance. Mardi 29 Novembre 1927, après-midi“, in: *La République Démocratique*, 4. 12. 1927.

Zuvor hatte Generalsekretär Mamelet in einem Rechenschaftsbericht das Ziel der Parteiführung dahingehend bestimmt, „[...] de grouper autour de son programme national et social tous les électeurs républicains nationaux, depuis les modérés de la Fédération républicaine jusqu'aux radicaux et républicains socialistes d'union nationale“ („La Propagande et l'Action Electorale de l'Alliance Démocratique. Rapport présenté au nom du Comité directeur de l'Alliance par M. Mamelet, Secrétaire général“, in: *La République Démocratique*, 27. 11. 1927).

um Poincaré nahestehende Gruppe um Franklin-Bouillon behalten und diesen Anfang November zum Parteiaustritt veranlaßt.⁹⁴ In der Folge entschied sich die „Alliance“ dafür, dessen neugegründeten „Parti radical-unioniste“ bei den Wahlen von 1928 zu unterstützen.⁹⁵ Reynaud konnte die explizite Nennung der „Fédération Républicaine“ im Schlußkommuniqué des Parteitags der „Alliance“ als Erfolg seiner Bemühungen auffassen; umgekehrt aber ging auch seine Annäherung an die offizielle Parteilinie so weit, daß er sich in der Folge nur mit Mühe von dem Verdacht befreien konnte, seine Sympathien für die Gruppierung Marins aufgeben zu haben. In einer auf seine Initiative hin zustande gekommenen „Conférence contradictoire“ mit Edouard Daladier, dem am 29. Oktober 1927 neugewählten Parteichef und Exponenten des linken Flügels der Radicaux, zeigte er sich beflissen genug, programmatische Parallelen zwischen „Alliance“ und Radikalen offenzulegen, ja zur Zusammenarbeit aufzurufen, um die Rechtspresse mit Befremden reagieren zu lassen und eine Richtigstellung seinerseits erforderlich zu machen.⁹⁶ Nichtsdestotrotz galt er in der radikalsozialistischen Presse weiterhin als „Werber“ für ein Rechtsengagement der „Alliance“.⁹⁷

Die geschilderten Vorgänge sind in mehrfacher Hinsicht bezeichnend, tragen sie doch die Signatur umfassenderer, komplizierter Umstrukturierungs- und Neuformationsvorgänge im Lager der liberalen Mitte und der republikanischen Rechten Frankreichs nach 1924. Sie prägten das politische Handeln Reynauds nicht unwesentlich und taten das weiterhin, wurden umgekehrt aber in ihrer Schwungkraft und konkreten Ausformung auch durch ihn beeinflusst. Ohne Zweifel hatte sich Reynaud in der Frage der Reorganisation der Opposition – und überdies, wie noch zu zeigen sein wird, auch im Bereich der Inhalte seiner Wahlkampf-taktik für 1928 – in einem für seine Person erstaunlichen Maße an die Linie einer Partei angepaßt. In dieser Annäherung spiegelte sich, mehr als bloßer Opportunismus, in erster Linie die Bedeutung, die die „Alliance Républicaine Démocratique“ mit dem Niedergang der „Ligue Républicaine Nationale“ für Reynauds politische Tätigkeit zurückgewann. In dem Maße, in dem diese als politisches Widerlager und als Alternativmedium für effektive Wahlkampf- und Propagandaarbeit die hochgespannten Hoffnungen enttäuschte, trat jene verstärkt als Aktionsrahmen in ihr Recht zurück. War Reynauds erste Bewerbung in einem Pariser Wahlkreis vom März 1926 noch in engem Zusammenspiel beider Organisationen zustande gekommen und durchgeführt worden, so lag auf der Hand, daß Mille-rands „Ligue“, die unter der neuen Leitung eines wenig engagierten André Magi-not nurmehr ein Schattendasein führte⁹⁸, im Hinblick auf den kommenden Wahl-

⁹⁴ Zum Kongreß der radikalen Partei in Paris, Oktober 1927, vgl. Berstein, *Parti Radical* II, S. 42–50.

⁹⁵ Informantenbericht vom 19. 11. 1927 (AN, F⁷12955). Zu Franklin-Bouillons Parteigründung auch: Berstein, *Parti Radical* II, S. 44 f.

⁹⁶ „Un communiqué paru dans divers journaux [...] me représente comme m'étant désolidarisé de la Fédération républicaine. Ai-je besoin de dire qu'il n'en fut rien?“ („La vérité sur la Conférence contradictoire de Poitiers. Les questions de Paul Reynaud à M. Edouard Daladier“, in: *La République Démocratique*, 5. 2. 1928).

Zu den wahltaktischen Motiven des Vorschlags Reynauds vgl. „A. 2886. A/S de ‚l'Alliance Démocratique‘ et de la proposition Paul Reynaud“, Informantenbericht, 9. 12. 1927 (AN, F⁷13962).

⁹⁷ Vgl. „L'Alliance, Alexandre-le-Syrien et le ‚débaucheur‘ Raynaud“(!), in: *L'Ere Nouvelle*, 3. 12. 1927.

⁹⁸ Informantenbericht, 25. 6. 1927 (AN, F⁷13237).

gang von 1928 allenfalls als ergänzendes Band fungieren konnte. Zur Bündelung sympathisierender politischer Kräfte setzte Reynaud nun – vergeblich – auf die organisatorische Straffung und Disziplinierung der Partei selbst, die künftig in einer einheitlichen Kammerfraktion zusammengefaßt werden sollte: „[...] nous sommes décidés à voir notre parti représenté, à la Chambre, pendant la prochaine législature, par un groupe unique et discipliné.“⁹⁹ Die Unterordnung unter das im Sinne des Parteiinteresses Notwendige entsprach also Reynauds ureigenstem Anliegen.

Hinter seiner werbenden Annäherung an die radikale Partei stand zudem eher eine taktische Wendung im Vorfeld der Wahlen als ein grundsätzliches Aufgeben von Prinzipien: Wenn auch vorläufig zurückgestellt, blieb der innerparteiliche Dissens um die künftige Orientierung der „Alliance“ latent bestehen. Schon im Verlauf des Kongresses von Dijon im März 1929 kam es erneut zum Eklat, als Reynauds Wunschvorstellung einer großen rechten Sammlungsbewegung als Vorstufe für ein bipolares System nach englischem Muster auf den offenen Widerstand von Pierre-Etienne Flandin stieß. Dieser trat weiterhin für eine Lösung der „concentration républicaine“ unter Einschluß von Radicaux und rechtem Zentrum ein. Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Flandin im März 1933 geriet diese Linie zur offiziellen Position der „Alliance“. Ohne daß je klar auf die Zusammenarbeit mit der Partei Marins insbesondere zu Wahlkampfzeiten verzichtet wurde, kam eine generelle Rechtskoalition nun kaum mehr in Frage. Die „Alliance“ hatte dadurch nicht unwesentlichen Anteil an der zunehmenden Isolierung der „Fédération Républicaine“ und an deren partieller Abwanderung ins antirepublikanische Lager bis gegen Ende der dreißiger Jahre.¹⁰⁰

Paul Reynaud reagierte auf diese langfristige Orientierung der „Alliance“ ab den frühen dreißiger Jahren mit der zunehmenden Verselbständigung seiner Position. Je mehr sein politisches Gewicht in der „Chambre des députés“ wuchs, desto unabhängiger von Parteirücksichten agierte er. Seine großen Reforminitiativen orientierten sich ebensowenig wie seine Politik in verschiedenen Ministerämtern an der inhaltlichen Abstützung durch die Formation, der er offiziell bis 1938 angehörte. Dazu trug auch die persönliche Rivalität mit Flandin bei, die ab 1937 den Charakter einer weltanschaulichen Auseinandersetzung um die angemessene Antwort auf das Hitlersche Expansionsstreben annahm. Entscheidend wurde daneben seine Ernüchterung über die mangelnde Reformfähigkeit der Gruppierung. Ohne seine Kontakte zu de Kerillis aufzugeben, hatte er sich aus Gründen der politischen Opportunität gegen den allzu engen Pakt mit den Modernisierungsbestrebungen des politischen Unruhestifters und für die Arbeit im Rahmen der etablierten Organisationen entschieden. Dort aber sah er sich schon bald vor kaum überwindbare Hindernisse gestellt. Bezeichnend dafür war es, daß die Initiative zur Gründung einer effektiven Wahlkreisorganisation der „Alliance“ in Paris, die er 1928 unter anderem zusammen mit André François-Poncet ins Leben rief, nur

⁹⁹ Zitat aus: Rede Reynauds am Abschlußbankett des Parteikongresses vom November 1926, 7. 11. 1926, abgedruckt in: *Le Temps*, 8. 11. 1926.

¹⁰⁰ Zu dieser Tendenz der „Fédération Républicaine“: Irvine, *French Conservatism*, S. 69f.

auf eine erschütternd geringe Resonanz traf.¹⁰¹ Auch in der Folge gewann die „Alliance“ über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg nie den Charakter einer organisierten Partei. Sie gruppierte weiterhin in erster Linie Persönlichkeiten mit gewissen politischen Affinitäten, die sich nicht auf eine rigide Abstimmungsdisziplin verpflichten ließen und sich in der Abgeordnetenkammer regelmäßig auf mehrere Fraktionen verteilten. Die inhaltliche Ausdifferenzierung, die in den Parteitageprogrammen der „Alliance“ nach dem Sieg des Linkskartells abzulesen war, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der wirklich gemeinsame politische Nenner kaum über einen engen Kernbestand hinausreichte: das Bekenntnis zur Republik, die Absage an politische Extreme oder die Bewahrung wirtschaftsliberaler Prinzipien. Es war auch weiterhin an der Tagesordnung, daß sich Mitglieder der „Alliance“ in Wahlkämpfen nicht zu ihrer Partei bekannten oder mit offiziell eingesetzten Kandidaten konkurrierten. Trotz aller aufkommenden Modernisierungsrhetorik blieb in den Reihen der Gruppierung de facto ein Politikmodell dominierend, dessen Wurzeln im liberalen Assoziationsgedanken und in der politischen Notabelnkultur des 19. Jahrhunderts lagen.¹⁰²

Für Paul Reynaud, der seine eigene politische Sozialisation in eben jener politischen Kultur erfahren hatte, wurden die Erfahrungen seit 1926 prägend. Sie bestätigten ihn in einer Parteienskepsis, die er fortan bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und buchstäblich bis in die letzten Jahre seiner politischen Laufbahn pflegte. Daß innere Machtkämpfe, persönliche Rivalitäten und programmatische Uneinigkeit weiterhin die effektive Kandidatenpromotion verhinderten, daß mangelnde Abstimmungsdisziplin in der Kammer häufige Regierungsstürze provozierte – das disqualifizierte die existierenden Gruppierungen im Lager der „modérés“ als Instrumente zur Strukturierung oder Reform des politischen Lebens. Reynaud suchte die politische Innovation zwangsläufig auf anderen Wegen, die auch ohne den Rückgriff auf eine organisierte Partei gangbar waren: über die Idee der „technisch“ gehaltenen Erneuerung des parlamentarischen Verfahrens ab 1934, über die Zusammenarbeit mit starken Einzelpersonlichkeiten wie etwa André Tardieu ab 1929/30; schließlich über das ganz traditionelle Mittel des Werbens um ad-hoc-Mehrheiten im Plenum anhand von zugkräftigen politischen Konzepten.

Die Distanzierung Reynauds verlief im Rahmen einer Rechtsverlagerung seiner politischen Positionen, die sich zunächst noch im Rahmen der Parteientwicklung bewegte.

¹⁰¹ Dazu sein Bericht in: *La République Démocratique*, 24. 3. 1929; Wileman, *L'Alliance Républicaine Démocratique*, S. 182 f.

¹⁰² Vgl. dazu im Überblick: Audigier, *L'Alliance Démocratique*, S. 147 ff.

3. Programmatische Neuorientierung im Vorfeld der Wahlen von 1928

Reynauds Engagement in der Koalitionsfrage ist nur ein Indiz für eine deutliche persönliche Entwicklung weg von linksrepublikanischen Positionen und politischen Affinitäten. Stand er noch in der „Chambre Bleu-Horizon“ zwischen 1919 und 1924 in der Frage, in der er parlamentarisch am klarsten und nachhaltigsten Stellung bezog, in der Deutschlandfrage, aufgrund seines unkonventionellen Ansatzes gelegentlich sozialistischen Positionen näher als denen des tragenden rechten Flügels des „Bloc national“, favorisierte er noch zu Beginn der zwanziger Jahre eine sachbezogene Zusammenarbeit mit den Radikalsozialisten, so hatte sich das mit seinem Eintritt in die Opposition und dem Kampf gegen die Politik der regierenden Mitte-Links-Koalition des „Cartel des Gauches“ allmählich geändert.

Sichtbar wurde diese Entwicklung in geradezu paradigmatischer Weise in seiner Haltung gegenüber einer schon klassischen „Wasserscheide“ zwischen radikalsozialistischen und rechtsrepublikanischen Positionen, der Frage der Einführung einer Steuer auf Kapitalbesitz.¹⁰³ Noch in seinem Pariser Wahlkampf vom März 1926 hielt er sich wohl mit Blick auf die radikalsozialistische Klientel des Wahlbezirks in diesem Punkt bedeckt und vollzog damit bereits eine klare Abkehr von seiner befürwortenden Einstellung in den Wahlkämpfen von 1914 und 1919.¹⁰⁴ Im Vorfeld der Wahlen von 1928 paßte er sich dann aktiv an die ablehnende Haltung seiner Partei an.¹⁰⁵

Diese – anhand seines Wahlkampfprogramms für 1928 weiter auszuführende – allgemeine Rechtsentwicklung seiner politischen Positionen und die Annäherung an Parteistandpunkte wurde beeinflusst von der Ausdifferenzierung, der die „Alliance“ ihr Parteiprogramm in der weiteren Vorbereitungsphase auf die Wahlen von 1928 unterwarf. Voll entfaltet seit dem Kongreß vom Herbst 1927, spürbar aber bereits in den Deklarationen des Parteitags vom Vorjahr, hatte die Gruppierung nicht nur relativ eindeutige koalitionspolitische und organisatorische Absichtserklärungen getroffen, sondern auch neue thematische Schwerpunkte in ungewohnter Breite behandelt.¹⁰⁶ Ein aus der liberalen Selbstdefinition der Partei resultierender obligatorischer Rest an Zweideutigkeit und Offenheit der Programmatik blieb freilich nach wie vor erhalten.

In einer Grundsatzerklärung hatte das Präsidiumsmitglied André François-Poncet im November 1927 im Namen der „Alliance“ eine programmatische Skizze vorgelegt, in der neben der Frage der Instabilität des parlamentarischen Systems und dem Problem der Friedenssicherung in Europa wirtschaftlich-soziale Themen die Schwerpunkte bildeten. Letztere betrafen vor allem die Modernisierung des Wirtschaftslebens durch Rationalisierungs- und Konzentrationsmaß-

¹⁰³ Für die Streitfrage der Einkommensteuer vor dem Ersten Weltkrieg: Krumeich, Liberalismus, S. 361f.

¹⁰⁴ Vgl. hierzu oben die Kapitel III.3.b), V.1 und VI.1.

¹⁰⁵ So etwa in seiner Rede in Saint-Georges, nahe Poitiers, am 8. 5. 1927: „MM. Paul Reynaud et A. Mamelet dans la Vienne“, in: *La République Démocratique*, 15. 5. 1927.

¹⁰⁶ Zur programmatischen Neuorientierung der „Alliance“ im Herbst 1927 vgl. den Informantenbericht „A. 2675. A.s. de l'Alliance Démocratique“, 1. 12. 1927 (AN, F⁷13962).

nahmen. Ziel war die Produktionssteigerung als Mittel zur Konsolidierung der In- und Auslandsschuld, zur Erleichterung der Steuerlast und zur Wahrung der neuerreichten Währungsstabilität. Begrenzt orientiert am amerikanischen Vorbild, sollte dieses Modell durch eine stärkere soziale Komponente abgefedert werden, insbesondere über die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und „patrons“. Der beiderseitige Verzicht auf die „Schimäre“ der „sozialen Revolution“ einerseits, auf das Feindbild „Gewerkschaften“ andererseits hatte der Verwirklichung voranzugehen. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter war hier erklärtermaßen nicht nur moralische Pflicht einer „Elite des Herzens und der Intelligenz“, sondern Mittel, um „jene, die leiden, revolutionärer Aufstachelung zu entreißen“.¹⁰⁷ Zur Behebung der ministeriellen Instabilität führte der Bericht knapp unter anderem die Verlängerung des Abgeordnetenmandats auf sechs Jahre und die erleichterte Auflösung der Kammer als Lösungsvorschläge an. Zur Friedenssicherung in Europa begrüßte François-Poncet im Namen der „Alliance“ die Arbeiten des Völkerbunds und das Werk von Locarno, nicht ohne auf der Bedeutung einer „soliden Landesverteidigung“ zu beharren.¹⁰⁸

Damit lag seitens der „Alliance“ ein durchaus umfassenderes Modernisierungskonzept vor, dessen Geschlossenheit zweifellos auch der intellektuellen Kompetenz seines Verfassers zu verdanken war. Die verstärkte Berücksichtigung „sozialer“ Belange entsprach dabei allerdings einer Tendenz in allen größeren Parteien, die sich mit Blick auf die kommenden Wahlen bereits im Herbst 1927 und im Frühjahr 1928 zur Publikation entsprechender Manifeste bemüht gefühlt hatten. Neben der „Alliance“ hatte so auch die „Fédération Républicaine“ während ihres Herbstkongresses Fragen des Verhältnisses von Arbeit und Kapital, der berufsständischen Vertretung und der industriellen Rationalisierung diskutiert. Bei den Radikalsozialisten lag das Schwergewicht der sozialpolitischen Diskussionen deutlicher auf dem Arbeiterschutz, während die Sozialisten, die das Programm der C.G.T. übernommen hatten, sehr konkrete Änderungen zur allgemeinen Einführung des Achtstundentags, des bezahlten Jahresurlaubs oder zur Ausweitung des Sozialversicherungssystems anmahnten.¹⁰⁹

Für Reynaud blieb auch nach der Wahlniederlage vom März 1926 die Kritik an Versäumnissen und Fehlern des „Cartel des Gauches“ ein Leitmotiv, das er in regelmäßigen Auftritten mit lokalen Honoratioren oder Vertretern der „Ligue“, der „Alliance“ und der „Fédération“ ausführte. Ab Juli trat die Befriedigung über die Rückkehr Poincarés an die Macht und das darin enthaltene Versagenseingeständnis der Kartellsführung als regelmäßig wiederholtes Argument hinzu. Besonderen Wert legte er darauf, die Entstehung einer politischen „Dolchstoßlegende“ von vorneherein zu verhindern: Das Ende des kartellistischen Experiments, so Reynaud, sei nicht durch den Einfluß der Hochfinanz herbeigeführt, sondern letztlich durch den Vertrauensverlust der kleinen Sparer bewirkt worden. Anhand schlüs-

¹⁰⁷ André François-Poncet, „Les idées et le programme de l'Alliance Démocratique“, in: *La République Démocratique*, 27. 11. 1927, Abschnitte „La production“ und „La solidarité“.

¹⁰⁸ Ebenda, Abschnitte „L'administration du pays“, „La défense nationale“ und „National n'est pas belliqueux“.

¹⁰⁹ „Le programme social des partis“, Bericht der Sûreté, 2. 3. 1928 (AN, F713258); „A. 2963. A.s. d'un programme qui serait présenté aux élections prochaines par les Partis de Gauche“, Bericht der Sûreté, 2. 2. 1928 (AN, F713257).

siger Zahlen den Beweis zu führen, daß eben jenes Vertrauen in die Beständigkeit der staatlichen Finanzpolitik seit Juli 1926 zurückgekehrt sei, bereitete ihm denn auch keine große Mühe.¹¹⁰

Die dezidierte Unterstützung der Person und der finanziellen Rekonstruktionspolitik Poincarés bildete, entsprechend auch der offiziellen Haltung der „Alliance“, die feste Basis der Wahlkampffargumentation Reynauds¹¹¹ – zumindest nach außen hin und in seinen für ein breites Publikum bestimmten Äußerungen. Daß gleichwohl das Verhältnis zu Poincaré selbst für jene, die die Politik des Ministerpräsidenten inner- und außerhalb der Kammer unterstützten, nicht immer unproblematisch war, zeigte sich im Sommer 1927 anlässlich der Debatten um die Wiedereinführung des „scrutin d'arrondissement“. Am 10. März 1927 hatte Innenminister Albert Sarraut in einem Gesetzesprojekt die Rückkehr zum Schema des Vorkriegswahlrechts vorgeschlagen, zu Einmannwahlkreisen also, in denen in zwei Durchgängen und nach dem Prinzip der absoluten Mehrheit über die Entsendung eines Kandidaten entschieden werden sollte. Begründet mit der Notwendigkeit, die weitere Zunahme kommunistischer Mandate zu verhindern, stand zu erwarten, daß das Projekt vor allem den Radikalen und der S.F.I.O. zugute kommen würde, die naturgemäß zu seinen Befürwortern gehörten. Sowohl „Fédération Républicaine“ als auch „Alliance“ lehnten eine Reform entschieden ab. Sie konnte ihre Aussichten auf Ablösung der bestehenden Kartellsmehrheit ebenso gefährden wie die Wahlkampf Vorteile, die man aus dem finanziellen Wiederaufbauwerk Poincarés für die eigene Sache bezog. Der Ministerpräsident, dem vor allem aus den Reihen der „Fédération Républicaine“ nicht zu Unrecht vorgeworfen wurde, allzuwenig Sympathien für den rechten Flügel seiner eigenen Parlamentsmehrheit zu zeigen, hielt sich zum Entsetzen dieser Gruppe neutral in der Auseinandersetzung, die über mehrere Wochen hinweg die Diskussionen in der Kammer der Abgeordneten bestimmte. So erwog man in der „Fédération“ und in der „Alliance“ Anfang Juli, am Höhepunkt der Debatten, den Rückzug Marins aus der Regierung Poincaré einzuleiten – ein Schachzug, der unweigerlich deren Sturz bewirkt und die Wahlrechtsänderung zumindest vorläufig suspendiert hätte.¹¹²

Paul Reynaud gehörte nicht zu den Anhängern dieser Option. Er zog es vor, Poincaré keine Gelegenheit zu lassen, seinen Affinitäten zur Linken hin nachzugeben: „Poincaré sera satisfait, dans le fond de son coeur, de tomber à gauche, et de dénoncer nos amis comme faisant passer la rancune née de leurs intérêts électoraux froissés avant le redressement du franc et par conséquent l'intérêt national. Et nous perdrons, aux yeux de la foule, qui est simpliste, une plate-forme électorale

¹¹⁰ Rede Reynauds in Poitiers vom 1. Juli 1926 („Commissariat spécial de Poitiers. Le Commissaire spécial à M. le Préfet de la Vienne“, 2. 7. 1926; AN, F713237); Rede in Saint-Georges (Vienne), 8. 5. 1927, in: *La République Démocratique*, 15. 5. 1927; Rede am Parteitag der „Alliance“, 29. 11. 1927, in: ebenda, 4. 12. 1927.

¹¹¹ In einer Wahlrede in Bordeaux etwa sprach sich Reynaud am 4. März 1928 dafür aus, „mit allen Kräften Poincarés Politik des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufschwungs zu unterstützen“ („Ville de Bordeaux. Commissariat de Police du 4e arrondissement“, 4. 3. 1928; AN, F713237). Das finanzpolitische Programm der „Alliance“ stammte im wesentlichen aus der Feder von Georges Lachapelle.

¹¹² Zum Stand der Beziehungen zwischen Poincaré und der „Fédération Républicaine“ im Sommer 1927 vgl. Jeanneney, de Wendel, S. 363–371. Zum Verlauf der Kammerdebatten: Bonnefous, Troisième République IV, S. 221–227.

aux prochaines élections. Nous ne pourrions plus dire: 'Après avoir fait sa politique, et mené le pays au bord du gouffre, le Cartel a dû revenir à la nôtre en s'écriant: Au secours, monsieur Poincaré!'"¹¹³ Wenige Tage vor der Annahme der Wahlrechtsreform durch die Kammer am 12. Juli 1927 – einer von sieben Wahlrechtsänderungen zwischen 1870 und 1940¹¹⁴ – war sich Reynaud darüber im klaren, daß Poincaré als populäre Symbolfigur der Konsolidierung nicht zu ersetzen war. Besser also, eine mögliche formale Benachteiligung in Kauf zu nehmen, als die Schuld am Sturz Poincarés auf die Schultern der Kartellgegner zu laden und sich eines unschätzbaren argumentativen Faustpfandes zu begeben... In der „Alliance“ akzeptierte man Reynauds Appell zur Disziplin. Der Meinungsbildner und Sprecher der Partei in dieser Frage, George Lachapelle, ehemaliger Generalsekretär des „Comité Républicain de la Représentation Proportionnelle“ und seit Jahren bereits beredter Verteidiger des reinen Verhältniswahlrechts, beschränkte sich darauf, die Wahlrechtsänderung argumentativ zu bekämpfen. Daneben legte er besonderen Wert darauf, harmonisierend den engen Schulterschuß in dieser Frage mit Poincaré hervorzuheben.¹¹⁵ Paul Reynaud, der schon vor der Einführung des modifizierten Verhältniswahlrechts 1919 mit Kritik an dem reinen Mehrheitsverfahren nicht zurückgehalten hatte, griff die hier ausgebreiteten Argumente auf und folgte der Parteilinie.¹¹⁶

Bedingt durch die Änderung des Wahlrechts hatte der Wahlkampf für die Besetzung der neuen Kammer de facto bereits im Juli 1927, also knapp zehn Monate vor dem eigentlichen Urnengang eingesetzt. Entbunden vom Zwang, möglichst umfassende Mischlisten zu bilden, um von der „prime à la majorité“, also vom Bonus für die Gewinner der absoluten Mehrheit profitieren zu können, besannen sich alle großen Parteien darauf, mehr programmatisches Profil zu zeigen. Diese Tendenz zeichnete sich insbesondere während ihrer Herbstparteitage 1927 ab. Den Kandidaten stellte sich allerdings das Problem, einen aussichtsreichen Wahlkreis für ihre Einzelbewerbung suchen zu müssen. Diese Schwierigkeit traf wie Reynaud vor allem jene besonders, die ihr Mandat 1919 über den Listenmodus erungen hatten und deshalb nicht in ihr „altes“ Arrondissement aus Vorkriegszeiten zurückkehren konnten. Paul Reynaud wählte die für ihn naheliegende Lösung und kündigte bereits Mitte Juli 1927 seine Kandidatur im zweiten Pariser Arrondissement an¹¹⁷, wo er bei den kurz zurückliegenden Nachwahlen im März 1926 die kommunistischen Konkurrenten deutlich hatte distanzieren können. Lediglich im ersten Bezirk war sein Vorsprung deutlicher ausgefallen, dort aber führte

¹¹³ Brief Reynaud an Charles Reibel, 8. 7. 1927 (AN, 317 AP 73) (Der Brief gelangte auf Umwegen in den Nachlaß Marin).

¹¹⁴ Alistair Cole/Peter Campbell, *French Electoral Systems and Elections since 1789*, Aldershot u.a. 1989, S. 48.

¹¹⁵ George Lachapelle, *La question du mode de scrutin*, in: *La République Démocratique*, 20. 3. 1927; vgl. auch: Ders., *Le scrutin d'arrondissement. Nos pronostics*, ebenda, 14. 8. 1927; Ders., *A propos du nouveau mode de scrutin*, ebenda, 11. 9. 1927; Ders., *Les élections générales de 1928. Tactique et prévisions*, ebenda, 12. 2. 1928. Lachapelle war Mitglied des „Comité directeur“ der „Alliance“.

¹¹⁶ So etwa in seiner Stellungnahme in Saint-Georges (Vienne) am 8. 5. 1927 (*La République Démocratique*, 15. 5. 1927).

¹¹⁷ Vgl. *La Liberté*, 22. 7. 1927; *L'Echo de Paris*, 19. 7. 1927; *Paris-Soir*, 26. 7. 1927. Vgl. zu seinem Wahlkampf von 1928 auch: Reynaud, *Mémoires* I, S. 256–258.

an Taittinger als bürgerlichem Bewerber für 1928 kein Weg vorbei.¹¹⁸ Die einstimmige Einsetzung durch die Führungsgremien der „Alliance Républicaine Démocratique“ Ende Februar machte ihn im Wahlkreis gleichzeitig zum einzigen Kandidaten der „Ligue Républicaine Nationale“, der „Fédération Républicaine“ und des christdemokratischen „Parti démocrate populaire“, welche mit seiner Partei unter dem Vorzeichen der „Union nationale“ antraten. Diese Tatsache, ebenso wie die Aufstellung in einem verhältnismäßig „sicheren“ Wahlbezirk im Herzen von Paris war bezeichnend für die Position des Hoffnungsträgers, die sich Reynaud im rechtsrepublikanischen Milieu mittlerweile erworben hatte.

Das stark kommerziell geprägte zweite Arrondissement, Sitz der Börse und großer Pressenhäuser, durchschnitten und begrenzt von den „Grands Boulevards“, beherbergte Ende der zwanziger Jahre eine vergleichsweise geringe Wohnbevölkerung mit nurmehr etwa zwölftausend Wahlberechtigten. Abgesehen vom Viertel „Bonne-Nouvelle“ im Nordosten lebten hier überwiegend mittelständische Kleinhändler und selbständige Handwerker, die zum großen Teil in der Herstellung von Luxuswaren beschäftigt waren. Politisch hatte der Wahlkreis noch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts radikalsozialistisch optiert, bevor bereits vor dem Ersten Weltkrieg der Umschwung erfolgte. Bei den ersten Nachkriegswahlen war eine Liste des „Bloc national“ erfolgreich gewesen, im Mai 1924 konnte dann entgegen dem nationalen Trend eine Liste der „Union nationale“ mit deutlichem Vorsprung ihre Kandidaten platzieren. Nach Ansicht politischer Beobachter hatten dennoch zu weit rechts stehende Bewerber dort kaum eine Chance. Die besten Siegesaussichten glaubte man einem liberalen „républicain de gauche“ voraussagen zu können, dem auch ein leichter Einschlag von „radicalisme“ nicht zum Schaden gereichen würde.¹¹⁹

Reynauds einziger ernsthafter Widersacher, der ehemalige Stadtrat und Senator Louis Dausset, hatte sich im Laufe seiner längeren politischen Karriere von der Rechten zur radikalsozialistischen Linken hin entwickelt, ohne jedoch für den Wahlkampf von 1928 die offizielle „Investitur“ dieser Partei erhalten zu haben. Ausschlaggebend dafür war in erster Linie, daß er noch bis Mitte Februar 1927 Mitglied der „Alliance Républicaine Démocratique“ gewesen war, die er erst unter Protest verließ, nachdem sich die Partei für Reynaud als Kandidaten entschieden hatte.¹²⁰

Zwischen diesen beiden Bewerbern entwickelte sich ein Wahlkampf, der ein neues Maß an Professionalität, Intensität und finanziellem Einsatz erreichte. Zwei eigens gegründete, konkurrierende Wahlkampfzeitungen für die Wähler des Arrondissements – *Le Républicain National du 2^e Arrondissement* und *Le Réveil du Deuxième* – boten eine Mischung von programmatischen Artikeln, Versamm-

¹¹⁸ Im zweiten Wahlgang am 28. März 1926 konnte Reynaud im 2. Arrondissement 5103 Stimmen gegenüber 2624 und 2617 für Duclos und Fournier auf sich vereinen, im ersten Arrondissement betrug das Verhältnis 5383 zu 2138 bzw. 2129 Stimmen („Recensement général des votes“, 30. 3. 1926; Archives de Paris, Série D2M², Carton 52).

¹¹⁹ Aufschlußreich und fundiert hierzu: „Une promenade électorale à travers Paris“, in: *Paris-Soir*, 28. 11. 1927. Die Zeitung stellte im November und Dezember 1927 in einer ausführlichen Artikelserie die 39 Pariser Wahlkreise und die voraussichtlich antretenden Bewerber vor.

¹²⁰ Vgl. „A l'Alliance Démocratique“, in: *Le Matin*, 26. 2. 1928.

lungsberichten und Elogen aus der Feder der Kandidaten und sympathisierender Politiker.¹²¹ Dabei überwog in der für Wahlkämpfe unter dem Mehrheitswahlrecht typischen Weise die Auseinandersetzung mit der Person des Gegenkandidaten weitaus die Diskussion von programmatischen Standpunkten. Reynaud wie Dausset scheuten sich nicht, auf charakterliche Mängel des Gegenübers anzuspiesen, dessen „Fremdheit“ im Arrondissement anzuprangern oder die jeweilige Verbundenheit mit den Anliegen der kleinhändlerisch geprägten Wählerschaft in Frage zu stellen. Anhand gegenseitiger Analysen des Abstimmungsverhaltens als Senator bzw. Abgeordneter versuchte man, Schwachstellen aufzudecken. Reynaud hatte dabei allerdings aufgrund der unklaren Etikettierung seines Gegners, dessen politisch recht wetterwendischen Verhaltens in der Vergangenheit und dessen ungeschickter Argumentation eher leichtes Spiel, diesen rasch in die Defensive zu drängen.¹²² In der Schlußabrechnung überwog dann, daß es dem im Wahlkreis seit 1926 über einige Bekanntheit verfügenden Reynaud gelang, den hartnäckig als „Candidat républicain d'Union Nationale“¹²³ auftretenden Dausset als radikalsozialistisch geförderten Dissidenten erscheinen zu lassen, der nicht wie er über den Rückhalt der wichtigsten Gruppierungen der „Union Nationale“ verfügte.

Der sachliche Meinungsstreit hielt sich gegenüber dieser personenbezogenen Argumentation in sehr engen Grenzen. Bezeichnend für diese Ausrichtung der Wahlkampfauseinandersetzung war es, daß sich in der offiziellen „profession de foi“ Reynauds neben der erwähnten Gegenüberstellung eigener politischer Verdienste und „Fauxpas“ des Gegners keinerlei konkrete Sachfragen angesprochen fanden – ganz im Gegensatz etwa noch zu seinem „Barodet“ von 1919!¹²⁴ Dabei trat Reynaud durchaus mit sehr differenzierten Vorschlägen an, ohne daß diese indes im Schlagabtausch eine Rolle spielten. Er hatte die Intensivierung und Differenzierung der programmatischen Aktivitäten der „Alliance“ seit dem Parteitag von Rouen im November 1927 weitgehend mitvollzogen und legte in Entsprechung dazu ein Konzept vor, das sich um Themen der Stabilisierung des politischen Systems, „sozialpolitische“ Fragen sowie Probleme der Steuerreform und der Friedenssicherung gruppierte.¹²⁵ Erstmals hatte er außerdem im Vorfeld dieser Wahlen eine Idee aufgegriffen, die fortan im Mittelpunkt seiner Reformvorstellungen zur Erneuerung des Parlamentarismus in Frankreich stand. Um künftig häufige Kabinettswechsel zu vermeiden, sollte nach englischem Vorbild mit dem

¹²¹ Die beiden Wahlzeitungen sind in den Sammlungen der Pariser Nationalbibliothek nur unvollständig erhalten. Für Reynauds *Le Républicain National* liegen lediglich die Nummern vom 25. 3., 4. 4., 13. 4. und 19. 4. 1928 vor, von Daussets *Le Réveil du Deuxième* nur eine Ausgabe vom 12. 4. 1928.

¹²² Vgl. etwa die Schilderungen der ersten „Conférence contradictoire“ beider Kandidaten am 31. 3. 1928: „Les questions précises de Paul Reynaud. Les réponses équivoques de M. Dausset“, in: *Le Républicain National du 2^e Arrondissement*, 4. 4. 1928 und „Une mise au point. La Réunion Reynaud du 31 Mars“, in: *Le Réveil du Deuxième*, 12. 4. 1928. Wichtigstes „Argument“ Daussets gegen Reynaud war die Tatsache, daß dieser 1926 in einem Stadtteil gegen kommunistische Gegner unterlegen war, wo diese üblicherweise nicht über die Mehrheit verfügten.

¹²³ *Le Réveil du Deuxième*, 12. 4. 1928.

¹²⁴ Vgl. Reynauds „profession de foi“ unter: „Circonscription unique du 2^e arrondissement. M. Reynaud“, in: *Chambre des Députés. Quatorzième Législature. Impressions. Projets de lois, propositions, rapports, etc.* Tome XLIII, No. 3814 (Programmes électoraux), Paris 1932, S. 1231 f.

¹²⁵ Informantenbericht „A. 2675. A.s. de l'Alliance Démocratique“, 1. 12. 1927 (AN, F⁷13962).

Regierungssturz automatisch die Auflösung der Kammer einhergehen. Die Befugnis hierzu, so der Vorschlag Reynauds, sollte dem Staatspräsidenten über eine geringfügige Änderung der Verfassung zugestanden werden, wodurch das Haupthindernis für eine derartige Neuregelung, die Zustimmungspflicht des Senats zum Auflösungsbeschuß, abgeschafft würde.¹²⁶

In bezug auf das Verhältnis von Arbeit und Kapital sowie die Rolle der Gewerkschaften gab sich Reynaud wie bereits in früheren Äußerungen vom Frühjahr 1928 versöhnlich, zeigte sich aufgeschlossen gegenüber der Zusammenarbeit mit einer „realistisch“ gewordenen C.G.T., die zunehmend ihren überholten revolutionären Anspruch zugunsten einer Zusammenarbeit der Klassen aufgebe, und sprach selbst begrenzter Arbeitermitverwaltung in Betrieben das Wort. Daß es dagegen, was den staatlichen Bereich anlangte, die Eindämmung syndikalistischen Einflusses und die Förderung von Eliten in der Verwaltung anzustreben gelte, daran ließ er andererseits keinen Zweifel. Überhaupt gelte es, einen politisch handlungsfähigen, starken Staat zu schaffen, der auf wirtschaftlichem Gebiet die notwendige Zurückhaltung walten lasse und lediglich als „Ratgeber und Stütze“ der Ökonomie in Erscheinung trete: „Pas d'Etat industriel, pas d'Etat commercial“. Produktionssteigerung, Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie, Fusionen von Gesellschaften habe der Staat durch die entsprechende Gesetzgebung zu erleichtern, um die nötigen Investitionsanreize zu geben. So entsprach es nicht nur wahltaktischem Opportunismus oder der Lehre aus seinen Erfahrungen von März 1926, wenn Reynaud ganz im Sinne seiner wichtigsten Klientel im Wahlkreis die Abschaffung bzw. Modifikation von Steuern in den Mittelpunkt rückte, die die mittelständischen Gewerbetreibenden ganz besonders trafen und wie die „taxe sur le chiffre d'affaires“ teils erst unter Poincaré verabschiedet worden waren.¹²⁷

Gegenüber Deutschland schließlich favorisierte er in dieser Wahlkampfstellungnahme eine gemäßigte, wachsame Politik, in der sich die Stärkung der aktiven und passiven Verteidigungsbereitschaft Frankreichs mit der Nutzung der Mittel des Völkerbunds und der Bereitschaft zu Verhandlungen insbesondere in der Frage des polnischen Korridors verbinden sollte.¹²⁸

¹²⁶ Das Verfassungsgesetz vom 25. Februar 1875 sah vor, daß eine Parlamentsauflösung auf Anordnung des Präsidenten nur „sur l'avis conforme du Sénat“ vorgenommen werden durfte (Stéphane Rials, *Textes constitutionnels français*, Paris 1994, S. 74).

Ausführlich zum historischen Hintergrund dieser Verfassungsfrage und zu ihrem Stellenwert im Denken und verfassungspolitischen Handeln Reynauds siehe unten Kapitel IX.1 dieser Arbeit.

¹²⁷ Vgl. dazu: Paul Reynaud, „La rationalisation de la politique“, in: *Le Républicain National du 2^e Arrondissement*, 25. 3. und 4. 4. 1928; Ders., *Mon programme*, in: Ebenda, 13. 4. 1928 (Zitate); vier Wahlplakate Reynauds, undatiert, herausgegeben von der „Fédération des Comités d'Union Républicaine Sociale et Nationale du 2^e Arrondissement“: „Mon programme“, „Citoyens, nous vous remercions de l'accueil chaleureux [...]“, „M. Dausset devient nerveux“ (Archives de Paris, Série D3M², Carton 6, Dossier Reynaud, Paul) und „Le Cartel au secours de M. Dausset“ (ebenda, Carton 13).

Für entsprechende programmatische Äußerungen Reynauds im Vorfeld vgl.: „M. Paul Reynaud parle de la C.G.T. et du contrôle ouvrier“, in: *La République Démocratique*, 12. 2. 1928.; „M. Paul Reynaud à Barbézieux“, Ebenda. „Un discours de M. Paul Reynaud à l'Union du Commerce et de l'Industrie“, in: *L'Avenir*, 23. 3. 1928.

¹²⁸ Ebenda. Zur Entwicklung der deutschland- und reparationspolitischen Positionen Reynauds seit 1923 siehe unten Kapitel VII.2.b).

Dieses bisher elaborierteste Wahlkampfprogramm seiner politischen Laufbahn zeigt Reynaud noch in disziplinierter Übereinstimmung mit der „Alliance Républicaine Démocratique“. Bis in einzelne Details hinein spiegeln seine Vorstellungen die offizielle Position der Partei wider, ergänzt freilich durch einige persönliche Pinselstriche, in denen vor allem die Ausrichtung auf die speziellen Bedürfnisse der Pariser Wähler zum Ausdruck kam. Auch ein Bestand an unvermeidlichen und für das republikanische Lager überparteilich gültigen Schlagworten fehlte nicht: Laizität des Staates, konfessionell neutrales Schulwesen, Steuergerechtigkeit, schließlich das Eintreten für die Belange der Kriegsoffer und „anciens combattants“.

Insgesamt handelte es sich bei dem Entwurf Reynauds in seinem „sozialpolitischen“ Teil um ein sozialkonservatives Harmoniemodell mit etwas stärkeren Sympathien für die Belange der Arbeitgeberseite als in den offensichtlich durch Léon Bourgeois' Konzept des „Solidarisme“ inspirierten Überlegungen François-Poncets. Der zentrale Gedanke war offensichtlich: Nur das Wohlergehen der Wirtschaft könne die kontinuierliche Verbesserung des Lebensstandards der arbeitenden Schichten gewährleisten. Diese wiederum diene der Entschärfung möglichen Unmutspotentials und schaffe ihrerseits die unabdingbare Voraussetzung für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung. Arbeitervertretungen hatten in diesem Konzept ihren Platz als Ort des „Ausgleichs zwischen den Klassen“¹²⁹ – in dieser Hinsicht war Reynaud seinen aus der Rezeption Waldeck-Rousseaus geschöpften Ansichten in erstaunlicher Weise treu geblieben.

In seinem Kernbestand an politischen Forderungen war das Programm paradoxerweise den „professions de foi“ radikalsozialistischer Kandidaten nicht unähnlich, deren große Mehrzahl entgegen den Vorgaben der Parteileitung von der Anlehnung an die Erfolge Poincarés zu profitieren suchte und deshalb in ihren Wahlaussagen eine moderate Rechtswendung vollzogen hatte.¹³⁰ Auch in dem extrem facettenreichen Programm seines den Radikalsozialisten nahestehenden Gegners figurierten nun so untypische Punkte wie der „Schutz von Besitz und Kapital“ und die explizite Berufung auf Poincaré.¹³¹ Gleichwohl waren es die Prioritäten, die Reynaud in der sozialen Frage im weiteren Sinne setzte, die ihn mittlerweile klar von echten linksrepublikanischen Positionen trennten. Wenige Wochen später sprach er seine sozialkonservative Option noch einmal deutlich aus: Sozialpolitische Maßnahmen hatten in erster Linie den Zweck, den „revolutionären“ Bewegungen den Wind aus den Segeln zu nehmen und so die bestehende Gesellschaftsordnung bewahren zu helfen.¹³²

Bereits im ersten Wahlgang am 22. April 1928 erhielt Reynaud eine derart klare Stimmenmehrheit, daß sein Konkurrent Dausset es vorzog, zum zweiten Durch-

¹²⁹ Paul Reynaud, „Mon programme“, in: *Le Républicain National du 2^e Arrondissement*, 13. 4. 1928.

¹³⁰ Zu diesem grundsätzlichen Widerspruch innerhalb der radikalsozialistischen Partei, die nach wie vor an der Regierung Poincaré beteiligt war, die Wahlen von 1928 jedoch unter dem programmatischen Vorzeichen der „Union des Gauches“ anging: Berstein, *Parti Radical II*, S. 51–56.

¹³¹ Wahlplakat Louis Daussets, „Mon programme“, herausgegeben von einem „Comité de Concentration Républicaine et d'Union Nationale et de Défense des Intérêts de Paris“, 1928 (Archives de Paris, Série D3M², Carton 13, Dossier Louis Dausset).

¹³² Paul Reynaud, „La nouvelle Chambre doit faire une oeuvre sociale“, in: *Revue Hebdomadaire*, 2. 6. 1928.

gang nicht mehr anzutreten. Mit 6600 gegen 1832 Stimmen für den Zweitplatzierten wurde er am 29. April zum Abgeordneten des 2. Pariser Arrondissements gewählt, das er fortan bis zum Ende der Dritten Republik in der Kammer der Abgeordneten repräsentierte.¹³³

¹³³ Im ersten Wahlgang hatte Reynaud von 10696 abgegebenen gültigen Stimmen 5112 gegenüber 3097 für seinen Konkurrenten Dausset erhalten; vgl. für die Ergebnisse der beiden Durchgänge: Département de la Seine. Elections à la Chambre des Députés. Avril 1928 à Décembre 1931. Résultats par quartiers (Paris) et par communes (Arrondissements de Saint-Denis et de Sceaux), Paris 1931, S. 1. Die Zahlen stimmen überein mit denjenigen bei Georges Lachapelle, Elections Législatives. 22–29 Avril 1928. Résultats Officiels, Paris 1928, S. 246 f.

VII. Nach der Rückkehr ins Parlament 1928–1930

Als Paul Reynaud am 29. Januar 1928 zum ersten Mal mit dem neuen radikal-sozialistischen Parteichef Edouard Daladier in öffentlichem Streitgespräch die Klingen kreuzte¹, standen sich zwei Politiker gegenüber, die gleichermaßen einer „Scharniergeneration“ angehörten. 1878 bzw. 1884 geboren, hatten beide die Frühphase der Republik, den Höhepunkt der Dreyfus-Affäre und die Abwehr republikfeindlicher Strömungen von rechts als bereits erwachsene Männer erlebt. Politisch waren sie verwurzelt in dieser Schlüsselphase der Konstituierung des republikanischen Konsensus und gelangten doch noch jung genug an die Schwelle echter und vielversprechender politischer Wirksamkeit, um mit angewachsener Erfahrung den Anspruch auf politische Reform noch nicht beiseitegelegt zu haben. Hoffnungsträger ihrer Generation im Hinblick auf die Bewältigung der neuartigen Probleme der Nachkriegszeit, waren gegen Ende der zwanziger Jahre beide Politiker geworden: nach glänzender Parteikarriere, die innerhalb weniger Jahre aus „zweiter Reihe“ in Schlüsselpositionen auf parteipolitischer und staatlicher Ebene geführt hatte, der eine; nach parteipolitisch abgestützter, doch insgesamt weniger durch sie gebundener Karriere am Rande des Bloc national, dann als zunehmend bedeutender Sprecher der bürgerlichen Opposition, der andere. Begünstigt durch die allgemeine wie die parteiinterne politische Entwicklung hatte sich freilich Daladier bereits einen „Karrierevorsprung“ erarbeitet. Dabei waren die Ausgangspositionen auf den ersten Blick durchaus vergleichbar gewesen. Wie Reynaud war auch Daladier als Befürworter der „Loi de trois ans“ im Wahlkampf von 1914 gescheitert und erst 1919, geprägt vom Erlebnis des Weltkriegs, zum erstenmal in die Kammer der Abgeordneten eingezogen. Dann aber hatte es der Protégé Herriots ab Juni 1924 bereits mehrfach zum Minister in den Kabinetten Herriot, Painlevé und Briand gebracht, bevor er als Vertreter einer neuen Generation Ende 1927 an die Spitze des „Parti républicain, radical et radical-socialiste“ gewählt worden war.²

Daladier und Reynaud verkörperten in geradezu idealtypischer Weise Varianten von Werdegängen im liberalen Milieu, die ihren Ausgang in sehr verschiedener sozialer Herkunft genommen und die mit sehr unterschiedlichen politischen Temperamenten begabten Politiker bei allen äußeren Berührungspunkten bis 1927 an

¹ Vgl. dazu den Bericht „La propagande de l'Alliance. A Poitiers. M. Paul Reynaud fait le procès du cartellisme“ sowie die Erläuterungen Reynauds: „La vérité sur la Conférence contradictoire de Poitiers. Les questions de Paul Reynaud à M. Edouard Daladier“, in: *La République Démocratique*, 5. 2. 1928.

² Zur Person Edouard Daladiers grundlegend: Elisabeth du Réau, Edouard Daladier. 1884–1970, Paris 1993; Berstein, *Parti Radical II*, S. 45–50.

entgegengesetzte Pole der politischen Mitte geführt hatten. So trat der aus einfachen Verhältnissen stammende Bäckerssohn und Gymnasiallehrer Daladier, dessen wortkarges, ja als mürrisch empfundenen Wesen ihm in Verbindung mit seinem bulligen Äußeren den Ruf entschlossener Energie eingetragen hatte, als Exponent einer linken Reformströmung seiner Partei ins neue Amt. Der ebenso hartnäckige, doch geschmeidigere, dialektisch geschulte, zu eloquenter Selbstdarstellung neigende Industriellensohn und Anwalt Reynaud auf der anderen Seite kehrte dagegen 1928 als Vertreter des rechten Flügels der „Alliance“ ins Parlament zurück.³ Die in dieser Konstellation sich andeutenden unterschiedlichen politischen Standpunkte konkretisierten sich im Verlauf der dreißiger Jahre in diversen ernsteren Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Politikern. Das daraus erwachsene, durch persönlich begründete Animositäten zusätzlich belastete Verhältnis verhinderte nicht, daß beide nach der Rechtswendung Daladiers im Herbst 1938 zur Zusammenarbeit unter dem Vorzeichen der „Défense nationale“ fanden; erst im Umfeld der Ministerpräsidentenschaft Reynauds erfolgte der endgültige Bruch.

Zu Beginn der 14. Legislaturperiode freilich beeinflussten sich beider politische Wirkungskreise nur indirekt. Daladier war in die Wahlen vom April 1928 mit dem erklärten Programm gegangen, dem unklaren Verhältnis seiner Partei zur „Union nationale“ ein Ende zu bereiten und gezielt auf eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten unter dem Vorzeichen der „Union des Gauches“ zuzusteuern. Es dauerte dann allerdings noch bis zu der Linkswendung des Kongresses von Angers im Oktober 1928 und der Klärung der Kräfteverhältnisse in der Kammer im Januar 1929, bis die radikalsozialistische Partei unter seiner Führung endgültig in die Opposition zur Regierung Poincaré trat. Als Folge dieser Wendung wurde Daladier mit starker innerparteilicher Gegnerschaft seitens der Anhänger einer Koalition nach rechts konfrontiert und konnte die Ablösung als Parteichef zugunsten seines zum Rivalen gewordenen Mentors Herriot nur mit Mühe abwenden. Daß er dann auch die erste Chance seiner politischen Laufbahn zur Regierungsbildung im Oktober 1929 aufgrund des Unwillens der vergeblich umworbenen Sozialisten nicht nutzen konnte, besiegelte das endgültige Scheitern seines seit 1927 in Angriff genommenen Linksexperiments. Wie bei Reynaud die Erfahrungen aus dem Wahlkampf von 1926 maßgeblich geworden waren für seine Skepsis gegenüber einem Wahlbündnis mit der republikanischen Linken, so wirkte das Erlebnis des „sozialistischen Verrats“ vom Herbst 1929 prägend auf Daladier, der fortan wie die übrige radikalsozialistische Führung einem Bündnis mit den Sozialisten zutiefst mißtrauisch gegenüberstand.⁴ Die Niederlage des Parteichefs barg daneben in sich bereits den Keim für die Rückkehr eines traditionelleren, auf wahlpolitische Unabhängigkeit bedachten Radikalismus in die Führungsspitze. So bedeutete die Wiederwahl Herriots als Parteichef im September 1931 nurmehr die formale Be-

³ So die Einschätzung der Sûreté in ihrem Bericht „A. 2877. A/s d'un congrès de l'Alliance démocratique et du Parti Radical-socialiste“ vom 3. 12. 1927 (AN, F⁷13962). Zusammen mit Barthélemy stellte ihn die Analyse einem Linksflügel um Flandin, François-Poncet und Le Trocquer gegenüber.

⁴ Zur Entwicklung der radikalsozialistischen Partei und ihres Chefs Daladier zwischen dem Kongreß von Angers und Herbst 1929 vgl. Berstein, *Parti Radical II*, S. 70–151.

stätigung seines Status als „président sans titre“, den er angesichts des rapiden Machtverlusts Daladiers de facto bereits seit Sommer 1930 innehatte.⁵

Für Paul Reynaud dagegen leitete die seit den Wahlen von 1928 einsetzende und mit dem Austritt der radikalsozialistischen Minister aus der Regierung Poincaré konsolidierte Rechtsverschiebung der parlamentarischen Mehrheit⁶ eine neue Etappe seiner politischen Karriere ein. Der Wiederaufstieg der „modérés“ zur dominierenden Gruppe in der Regierungsmehrheit eröffnete ihm neue parlamentarische Handlungsmöglichkeiten, die er nutzte, um sich bis Sommer 1929 als einer ihrer Führer zu profilieren. Die vorher so favorisierten sozialpolitischen Fragen spielten dabei in seiner Politik keine Rolle. Vielmehr bot sich die Gelegenheit im Rahmen einer inner- wie außerparlamentarischen Debatte, die eines der wichtigsten Probleme der französischen Außenpolitik seit Kriegsende, in zeitgenössischer Einschätzung „eine der bedeutendsten Debatten der Dritten Republik“⁷ betraf: die Frage der Regelung der „dettes interalliées“.

1. „Le petit caporal de la majorité“.⁸ Paul Reynaud und die Ratifizierung der interalliierten Schulden im Juli 1929 – Karrierewege im liberalen Milieu

Bei Beginn des Jahres 1926 zählte Frankreich zu den letzten europäischen Staaten, die noch keine Vereinbarung zur Konsolidierung ihrer während und nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber den Vereinigten Staaten entstandenen Schulden abgeschlossen hatten.⁹ Die französischen Verpflichtungen umfaßten eine „politische“, d. h. im Zuge amerikanischer Hilfeleistungen an das kriegführende Frankreich entstandene, und eine rein „kommerzielle“ Schuld. Sie resultierten einerseits aus Krediten, die die USA zum Kauf von Rüstungsgütern auf dem amerikanischen Markt und – nach dem Waffenstillstand – als Wiederaufbauhilfen gewährt hatten; andererseits beinhalteten sie jene Verbindlichkeiten, die Frankreich durch die Übernahme größerer Mengen von Kriegsmaterial eingegangen war, das die amerikanischen Truppen in Europa zurückgelassen hatten. Der Gesamtwert dieser Verpflichtungen belief sich bis Juni 1925 auf etwa 4,2 Milliarden Dollar.¹⁰ Erst am

⁵ Ebenda, S. 151–185.

⁶ Mayeur, *Troisième République*, S. 287–290.

⁷ „La ratification des accords“, in: *Le Temps*, 22. 7. 1929.

⁸ *Paris-Midi*, 7. 6. 1929.

⁹ Zum Verlauf des diplomatischen Prozesses um die Regelung der Schuldenfrage: Denise Artaud, *La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe (1917–1929)*, 2 Bände, Paris 1978; Dies., *Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden*, in: *VfZ* 27 (1979), S. 241–259; Dies., *La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe*, in: *Revue Historique* 261 (1979), S. 363–382; Ellen Schrecker, *The Hired Money. The French Debt to the United States, 1917–1929*, New York 1978. Als faktenreiche Analyse ist auch für dieses Thema die Darstellung von Weill-Raynal immer noch unersetzlich, hier: Ders., *Réparations III*, S. 365–392; daneben: Robert Lacour-Gayet, *Le problème de la dette française envers les Etats-Unis après la Première Guerre mondiale (1917–1932)*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 75 (1961), S. 10–24; als aufschlußreiche zeitgenössische Darstellung: Lucien Petit, *Histoire des finances extérieures de la France. Le règlement des dettes interalliées, 1919–1929*, Paris 1932.

¹⁰ Die genauen Summen beliefen sich bezüglich der „politischen“ Schuld auf 2,933 Mrd. Dollar, zu-

29. April 1926 wurde in Washington eine amerikanisch-französische Vereinbarung unterzeichnet, worin die rein kommerzielle, also a priori in jedem Falle voll rückzuerstattende Schuld mit der „politischen“ Kriegsschuld gleichgesetzt wurde. Für die französische Seite bedeutete der „Accord Mellon-Béranger“ insofern einen Gewinn, als erstere nicht, wie ursprünglich vorgesehen, nach zehnjähriger Laufzeit zum 1. August 1929 beglichen werden mußte, sondern gemäß den günstigeren Zinssätzen und der Verteilung auf 62 Annuitäten, die für letztere galten, behandelt wurde. Am 12. Juli 1926 kam in London eine ähnlich gestaltete Vereinbarung mit Großbritannien zur Unterzeichnung.¹¹

Bis Sommer 1929 freilich hatten Parlament und Regierung Poincaré die Ratifizierung immer wieder hinausgeschoben, wofür ein eng verflochtenes Bündel von innenpolitischen, binnen- wie außenwirtschaftlichen und reparationspolitischen Faktoren maßgeblich geworden war.

Der neue Ministerpräsident selbst hatte sich wenige Tage vor seiner Berufung am 14. Juli 1926 gegen die Annahme der Verträge in unmodifizierter Form ausgesprochen und dabei jene Argumente wiederaufgegriffen, die in einer ersten Kammerdebatte zu den Washingtoner Verträgen zwischen dem 6. und 9. Juli 1926 von den Ratifizierungsgegnern ins Feld geführt worden waren: die Gefahr einerseits, daß bei einer möglichen Kommerzialisierung der französischen Schuld Obligationen in die Hand auch deutscher Gläubiger geraten könnten, die damit ein willkommenes Druckmittel zur Revision des Versailler Systems gewännen; das Fehlen von Vorbehaltsklauseln andererseits, die Vorsorge für den Fall einer Einschränkung der französischen Zahlungsfähigkeit trafen, insbesondere beim Ausbleiben deutscher Reparationsleistungen.¹² Unklar blieben allerdings die Art und Tragweite der Modifikationen, die die neue Regierung der Kammer empfehlen und gegenüber den Gläubigern vertreten würde. Die einfache Ratifizierung, sei sie auch verbrämt durch juristisch unerhebliche, erläuternde „considérants“, die als Kompromißmöglichkeit ins Auge gefaßt worden waren, konnte bei der ablehnenden Stimmungslage in der Kammer die Existenz der Regierung gefährden. Eine klare Ablehnung oder auch mit Änderungsanträgen in Form von „amendements“ versehene Zustimmung dagegen barg nach ersten offiziellen Reaktionen aus den USA die Gewißheit der sofortigen Fälligkeit der kommerziellen Schuld, die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den politischen Teil und das Risiko einer nachfolgenden Verschärfung der Zahlungsbedingungen in sich. Poincaré setzte vorerst auf Zeitgewinn.¹³

Dabei hatten die rein finanzpolitischen Problemlagen, die sich ursprünglich einer Ratifikation entgegengestellt hatten, seit 1926 bedeutend an Gewicht verloren. Mit der faktischen Konsolidierung des Staatshaushalts durch Poincaré, der massiven Rückkehr von Devisen und Goldbeständen nach Frankreich und der Stabilisierung des Franc ab Juli 1926 war eine Schuldenregelung rein finanztechnisch

zügig 881 Mio. Dollar Zinsschuld am 15. Juni 1925, für den „kommerziellen“ Teil auf 407 Mio. Dollar (Weill-Raynal, *Réparations* III, S. 377 f.).

¹¹ Artaud, *Dettes interalliées*, S. 774–807; Schrecker, *Hired Money*, S. 219–234, 344–366.

¹² Zu den Äußerungen Poincarés in der spanischen Tageszeitung *Vanguardia* vom 14. 7. 1926 vgl. Weill-Raynal, *Réparations* III, S. 394 f.

¹³ Ebenda, S. 396.

sehr viel mehr in den Bereich des Möglichen getreten, als das noch unmittelbar nach Kriegsende oder selbst im Frühjahr 1926 der Fall gewesen war. Dennoch hielt die französische Führung weiterhin an ihrem Grundsatz vom Vorrang des Erhalts deutscher Zahlungen vor der Begleichung der eigenen Schulden fest, der seit 1919 das diplomatische Vorgehen bestimmt und die öffentliche Meinung im Land tief geprägt hatte.¹⁴

Ausschlaggebend für die über beinahe drei Jahre fortgesetzte Verzögerungstaktik war deshalb vielmehr, daß sich erst im Frühsommer 1929 eine befriedigende Lösung zur Koordinierung der interalliierten Rückzahlungen mit deutschen Reparationsleistungen abzeichnete.¹⁵ Die Idee der Verknüpfung beider Komplexe war bereits während der Versailler Friedensverhandlungen seitens der englischen Regierung angesprochen und zu Beginn der zwanziger Jahre zu einem Konzept ausgebaut worden, in dem sich die Annullierung der gegenseitigen Verpflichtungen mit der drastischen Reduzierung der deutschen Schuld verbinden sollte. Ebenso wie ein Plan des französischen Finanzministeriums vom Januar 1922, der die Verwendung der Bons der sogenannten C-Obligationen des Londoner Schuldenabkommens von 1921 zur Begleichung der interalliierten Verbindlichkeiten Frankreichs vorsah, trafen alle derartigen Vorschläge auf die hartnäckige Ablehnung der USA. Das wachsende Zerwürfnis Poincarés mit Großbritannien, das sich mit der Balfour-Note vom August 1922 den französischen Plänen auf Bildung einer gemeinsamen europäischen Schuldnerfront gegenüber den USA entzogen hatte und ins „Gläubigerlager“ übergewechselt war, trug seinerseits zur Verzögerung einer Klärung bei.¹⁶ Der Dawes-Plan vom April 1924 schließlich war zwar von seinen Urhebern auch als Rahmen zur Lösung der Schuldenfrage gedacht. Da er aber nach wie vor die Zahl der durch Deutschland zu leistenden Annuitäten nicht festlegte, erwies er sich als ungeeignete Basis für eine daran orientierte interalliierte Schuldenvereinbarung.¹⁷ Da die Arbeit des im Dezember 1928 neuerlich einberufenen Expertengremiums zur Erstellung eines Zahlungsplans im wesentlichen eben der Beseitigung dieses Mangels und der Festlegung neuer Annuitäten galt¹⁸, lag es für Poincaré nahe, die Beratungen abzuwarten, bevor er in die Kammerdebatte eintrat. Die Young-Kommission aber legte ihre Vorschläge, in denen zum erstenmal eine faktische Korrelation zwischen deutschen Reparationen und interalliierten Schulden vorgesehen war, am 7. Juni 1929 vor.¹⁹

Einfluß auf die zögernde Haltung Poincarés, sich dem Thema entschlossen zu nähern, hatten daneben die weitverbreiteten Ratifikationsvorbehalte in der öffentlichen Meinung, die bis ins Parlament hinein ausgestrahlt hatten. War man dort, gestützt auch auf beruhigende Versicherungen der eigenen Staatsführung, seit

¹⁴ Artaud, *Dettes interalliées*, S. 908 f.; Dies., *Hintergründe*, S. 244–246 (Seiten im Druck vertauscht).

¹⁵ Im Rückblick motivierte Poincaré selbst seine Taktik mit der Hoffnung, diese Verknüpfung herstellen zu können; vgl. seine Parlamentsrede in der Ratifizierungsdebatte: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 1ère Séance du 12 juillet 1929, S. 2494.

¹⁶ Die komplexen diplomatischen Vorgänge können hier natürlich nicht annähernd wiedergegeben werden. Vgl. deshalb: Artaud, *Dettes interalliées*, S. 66–694; Dies., *Hintergründe*; Weill-Raynal, *Réparations III*, S. 365–383.

¹⁷ Ebenda, S. 390–392.

¹⁸ Ebenda, S. 419 f. und 438–461.

¹⁹ Ebenda, S. 463–467; dort auch eine Analyse der enthaltenen Ungleichbehandlung des deutschen und der alliierten Schuldner.

Kriegsende weithin von einem Schuldennachlaß durch die USA ausgegangen, so mußte man nun zur Kenntnis nehmen, daß jener nicht gewährt wurde, während die als Kompensation erhofften deutschen Reparationszahlungen im Young-Plan eine neuerliche Reduzierung erfuhren.²⁰ Da das Thema sensibelste Bereiche der kollektiven Erinnerung an die Leiden und Opfer des Weltkrieges berührte, neigte man in der Öffentlichkeit zu einer irrationalen und schließlich auch ungerechten Betrachtungsweise. Angesichts der amerikanischen Unnachgiebigkeit kursierte das Wort von den Soldaten, „die die Mäntel selbst zu bezahlen haben, in denen sie sich töten ließen“. In empörten Stellungnahmen geriet das Bild Frankreichs als Opfer des exzessiven Gewinnstrebens der amerikanischen Kriegsindustrie zu einem regelmäßig zitierten Topos.²¹ Erklärbar ist die Heftigkeit der Attacken nur vor dem Hintergrund eines seit Mitte des 19. Jahrhunderts in der französischen Gesellschaft virulenten, kulturkritisch bestimmten Antiamerikanismus, dem das Schuldenproblem noch vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein weiteres konstituierendes Element hinzufügte.²²

Unbeschadet der insgesamt dilatorischen Politik Frankreichs im Hinblick auf eine verbindliche Regelung war es zwischen 1927 und Sommer 1929 allerdings zu einer Reihe von provisorischen Vereinbarungen mit Großbritannien und den USA gekommen, in denen sich die französische Regierung zur Leistung von Abschlags- und Zinszahlungen noch vor Inkrafttreten der eigentlichen Verträge verpflichtet hatte. Diese hatten allmählich den Charakter eines „fait accompli“ anzunehmen begonnen und wurden durch den amerikanischen Kongreß am 19. Juni 1929 mit der Zusicherung honoriert, als neues Zahlungsziel für den „kommerziellen“ Teil der Schuld den 1. Mai 1930 einzuräumen, falls die französische Kammer die „Accords Mellon-Béranger“ vor dem ursprünglichen Fälligkeitstermin des 1. August 1929 ratifizieren würde.²³ Bis Frühsommer 1929 hatte man sich im französischen Finanzministerium nach sorgfältiger Prüfung der Alternativen – etwa einer Zahlung der kommerziellen Schuld mit anschließenden Neuverhandlungen – zudem davon überzeugt, daß auch vom finanzpolitischen Standpunkt die Ratifikation die günstigste Lösung darstellte; Poincaré hatte sich jener Position angeschlossen.²⁴ Es ging nun darum, Parlament und Öffentlichkeit diese Einsicht nahezubringen.

Unter Zeitdruck und belastet durch die Hypothek eines mißglückten letzten Aufschubsversuchs leitete die Regierung Poincaré am 9. Juli 1928 die parlamentarische Beschäftigung mit dem Washingtoner Schuldenabkommen durch die Vorlage eines Ratifizierungsantrags ein.²⁵ Bei Beginn der neuen Sitzungsperiode geriet

²⁰ Bonnefous, *Histoire* IV, S. 348–350.

²¹ Vgl. etwa die Kampagne des politischen Publizisten Chéradame in seiner Zeitschrift *Le Français Réaliste* im Herbst 1928 und seine 1931 veröffentlichte Publikation „Sam, à votre tour, payez“ (Artaud, *Dettes interalliées*, S. 909).

²² Zur Geschichte antiamerikanischer Tendenzen in Frankreich im Überblick: Michel Winock, *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris 1990, S. 50–76; zu deren Wurzeln im 19. Jahrhundert: René Rémond, *Les Etats-Unis devant l'opinion française 1815–1852*, Paris 1962.

²³ Ebenda, S. 396–399.

²⁴ Artaud, *Dettes interalliées*, S. 909–912.

²⁵ Die Parlamentsdebatte zeichnet nach: Bonnefous, *Histoire* IV, S. 348–360; zum Antrag Franklin-Bouillons, Poincaré zu einem letzten Vorstoß bei der amerikanischen Regierung zu bewegen: S. 350f.

das Thema allmählich in den Blickpunkt der Fraktionen, bevor ab Frühsommer 1929 die parlamentarischen Beratungen einsetzten. Nachdem weder die Finanzkommission noch der Auswärtige Ausschuß der Kammer bereit waren, sich den Regierungsstandpunkt zu eigen zu machen und die Ratifizierung ohne Auflagen zu empfehlen, entschloß sich Poincaré, das Schicksal seines Ministeriums über die Vertrauensfrage an die erfolgreiche Ratifikation der Washingtoner Verträge zu binden.²⁶ Die im Vorfeld bereits angekündigte Opposition der sozialistischen Linken und die ablehnenden Stellungnahmen führender Politiker der Mehrheit wie Louis Marin, Louis Dubois, Edouard Soulier und François de Wendel verhiessen keinen leichten Kampf.²⁷

So entwickelte ein bereits von Krankheit gezeichneter Ministerpräsident in einer über drei Sitzungen vom 11. bis zum 16. Juli 1929 sich erstreckenden, fakten-gesättigten Parlamentsrede den Regierungsstandpunkt. Im Mittelpunkt stand ein schlagendes Argument: Es könne im Grunde gar nicht die Rede davon sein, sich in der Frage der eingegangenen Schuld zur Nichtanerkennung befugt zu glauben. Letztlich nämlich unterliege lediglich der im Washingtoner Abkommen festgesetzte Zahlungsmodus einschließlich des implizit enthaltenen Schuldennachlasses der Ratifikation durch die Kammer, nicht jedoch die bereits seit langem erfolgte Anerkennung der Schuld selbst. Eine Nichtratifikation könne überdies die im Young-Plan erreichte faktische Abgleichung deutscher Zahlungen an Frankreich und französischer Verpflichtungen gegenüber den USA gefährden.²⁸

In der nachfolgenden Diskussion von Änderungsanträgen zum Regierungsentwurf zeigten sich Regierungsmehrheit wie Opposition angesichts der Brisanz der Materie gleichermaßen gespalten. Die wichtigste Mehrheitsgruppierung, die rechtsstehende „Union républicaine démocratique“, zugleich parlamentarisches Sammelbecken der „Fédération Républicaine“ seit der Legislaturperiode 1924–1928²⁹, hatte darauf verzichtet, einen offiziellen Redner zu bestellen. Louis Marin sprach ebenso wie der ehemalige Vorsitzende der alliierten Reparationskommission, Louis Dubois, nur in eigenem Namen.³⁰ Im Gegensatz zum Regierungsentwurf lehnten sie die Ratifizierung ab und forderten die Wiederaufnahme der interalliierten Verhandlungen, ein Standpunkt, dem sich der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol anschloß. Das schlagendste und schlechterdings nicht von der Hand zu weisende „technische“ Argument der Ratifizierungsgegner bezog sich auf die im Young-Plan tatsächlich nur in Form von Transfermodi, doch nicht juristisch eindeutig festgeschriebene Verknüpfung deutscher Reparationszahlungen und französischer Verbindlichkeiten gegenüber den USA. Edouard Herriot als Sprecher des in sich uneinigen Parti Radical monierte ebenso wie der Sozialist Vincent Auriol die Ungleichbehandlung deutscher und interalliierten Schulden bei Moratoriumsbedingungen und Transferkonditionen: Tatsächlich war für den Fall

²⁶ Bonnefous, Histoire IV, S. 352.

²⁷ Jeanneney, de Wendel, S. 420; Artaud, Dettes interalliées, S. 913 f.

²⁸ Vgl. die Debattenberichte vom 11., 12. und 16. Juli 1929; hier: JO, Chambre des Députés, Séance du 11 juillet 1929, S. 2463 und Ebenda, Séance du 16 juillet 1929, S. 2545 f.

²⁹ Vgl. Jean Carrère/Georges Bourgin, Manuel des partis politiques en France, Paris 1928, S. 77; Irvine, Conservatism, S. 51.

³⁰ Bonnefous, Histoire IV, S. 353 spricht irrtümlicherweise von einer offiziellen Bestellung Dubois' als Sprecher der „Union Républicaine Démocratique“.

einer Verminderung alliierter Schuldenzahlungen die Reduzierung auch der deutschen Annuitäten vorgesehen, umgekehrt jedoch kein alliierter Schuldennachlaß bei deutschen Zahlungsproblemen.³¹

Die offizielle Stellungnahme der sozialistischen Fraktion, enthalten in einem Änderungsantrag Léon Blums, zielte als einzige über rein technische Fragestellungen hinaus auf eine umfassendere Regelung. Darin sollten der Truppenabzug aus dem Rheinland, die Annahme des Young-Plans durch Deutschland und die somit wiederum gewährleistete französische Zahlungsfähigkeit gegenüber den alliierten Gläubigern eine enge Verbindung eingehen. Ohne eine solch grundlegende Verankerung der wichtigsten aus dem Krieg resultierenden Probleme in einer allgemeinen Friedenspolitik war man nicht zur Ratifikation bereit.³²

Am 18. Juli entwickelte Paul Reynaud als Sprecher der „Action démocratique et sociale“, einer 31 Mitglieder umfassenden Fraktion der rechten Mitte³³, seine Sehweise der Sachlage, die in den Reihen der Rechten und der Mitte auf breite Zustimmung stieß.³⁴ Ohne die Berechtigung von Vorbehalten gegen die Verträge abzustreiten, wandte er sich energisch gegen solche, die geeignet sein konnten, die Ratifizierung scheitern zu lassen. Im Vordergrund seiner Argumentation stand das Bemühen, die Debatte weitestmöglich aus dem Reparationskontext herauszulösen und von der rein wirtschaftlichen Ebene auf eine „moralische“ zu verlagern. Es gelte, so Reynaud, die Beziehungen zum Kriegspartner USA nicht zu gefährden, Großzügigkeit walten zu lassen, die Isolierung Frankreichs zu vermeiden und nicht dessen Gegnern in den USA und in Großbritannien in die Hände zu spielen, die bei Neuaufnahme der Verhandlungen auf eine Verschärfung der Bedingungen hofften. Nachdem die vorhergegangene Debatte über weite Strecken auf prozedurale Taktiken zur Relativierung der Ratifikation, zur nachträglichen Verknüpfung französischer Zahlungen mit deutschen Reparationsleistungen oder deren völlige Abwendung abgestellt gewesen war, machte sich Reynaud daran, das Kaleidoskop solcher „petites habiletés procédurières“³⁵, wie er diese Überlegungen nannte, Punkt für Punkt zu entkräften. Er blieb dabei nicht unwidersprochen durch den zuständigen Rapporteur des Auswärtigen Ausschusses, war aber doch immerhin überzeugend genug, um die Fraktion der „Union républicaine et démocratique“ in der Mehrheit von ihrer ablehnend gestimmten Führung abzubringen und den entscheidenden Baustein für einen knappen Sieg der Befürworter einzufügen.

Es sei gleichermaßen irrig, so Reynaud, auf Transferprobleme und eine etwa daraus resultierende amerikanische Ablehnung französischer Zahlungen zu hoffen, wie auch nach dem Einfügen juristisch wirksamer Vorbehaltsklauseln in das

³¹ JO, Chambre des Députés, Séance du 16 juillet 1929, S. 2543 (Herriot); ebenda, 2^e Séance du 18 juillet, S. 2635 f. (Auriol). Zu den einschlägigen Passagen des Young-Plans: Weill-Raynal, Réparations III, S. 463–465.

³² Ziebura, Léon Blum, S. 394 geht kaum auf die Debatte ein; vgl. Bonnefous, Histoire IV, S. 354 f.

³³ André Siegfried, Tableau des partis en France, Paris 1930, S. 176. Die Mitglieder der „Alliance“ verteilten sich in der 1928 gewählten Kammer auf nicht weniger als sieben Fraktionen, zu denen neben der erwähnten „Action démocratique et sociale“ etwa auch die rechts von ihr stehende „Union républicaine et démocratique“ zählte (Wileman, L'Alliance, S. 383).

³⁴ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2^e séance du 18 juillet 1929, S. 2643–2649.

³⁵ Ebenda, S. 2647.

Ratifizierungsgesetz noch die Annahme durch den amerikanischen Senat zu erwarten. Hieran könnten auch juristische Feinheiten wie die Zweiteilung des Vorbehaltsartikels nichts ändern. Zudem sei es – wie die Erfahrungen mit dem Dawes-Plan ja in der Tat gezeigt hatten – höchst unwahrscheinlich, daß es tatsächlich zu der im Debattenverlauf immer wieder angesprochenen, befürchteten Kommerzialisierung der französischen Schuld durch die USA kommen werde, da die dem Mellon-Bérenger-Abkommen inhärenten Bedingungen dafür hinreichend ungünstig seien, um potentielle private Anleger abzuschrecken.³⁶ Gegen den Versuch vor allem der S.F.I.O., die Ratifizierungsdebatte als Hebel für den Sturz der Regierung Poincaré zu benutzen, aber auch gegen die Ratifizierungsgegner im Lager der Mehrheit stellte Reynaud rhetorisch wirksam das nationale Interesse: „[...] la ratification est une condition préalable à toute politique, quelle qu'elle soit, politique de droite ou politique de gauche, et les routes bifurquent non pas avant la ratification, mais après la ratification.“³⁷

Am 20. Juli 1929 stimmte die Kammer mit der knappen Mehrheit von nur 300 gegen 292 Stimmen dem Ratifikationsgesetz zum Washingtoner Abkommen zu. Kurz vorher war mit ähnlichen Mehrheitsverhältnissen eine juristisch unverbindliche „motion“ verabschiedet worden, die einmal mehr den Anspruch auf Dekkung der französischen Zahlungen durch deutsche Leistungen untermauerte.³⁸ Vor die Alternative gestellt, entweder die Regierung Poincaré zu desavouieren und danach die eventuelle Rückkehr einer Linkskoalition in Kauf nehmen zu müssen oder aber der Ratifikation zuzustimmen, hatte sich der Kern der Regierungsmehrheit, das Zentrum und die Rechte, gegen die Stimmen der Sozialisten und die fast geschlossene Opposition der Radikalsozialisten überwiegend für Poincaré entschieden.³⁹ Noch mehr als dreißig Jahre später zählte Paul Reynaud genüsslich die Namen derer auf, die Poincaré ihre Unterstützung verweigert hatten: Cachin, Blum, Daladier, Herriot, Franklin-Bouillon, de Wendel, Mandel, Marin und Flandin.⁴⁰

Wenn sich im Verlauf der Debatten überzeugend genug herauskristallisiert hatte, daß ein Mittelweg zwischen beiden Optionen sachlich und „ratifikations-technisch“ nicht gangbar war, so kam das Verdienst hieran in hohem Maße Reynaud zu. Neben Poincaré, Außenminister Briand und Finanzminister Chéron war er der wichtigste Redner gewesen, der der schweigenden Gruppe der Befürworter im Parlament Stimme verliehen hatte.⁴¹ Daß dies in gewohnter Gedankenscharfe und rhetorischer Brillanz geschehen war, hatte seine Wirkung sicherlich gefördert, ebenso wie das erworbene Gewicht, das nicht zuletzt aus der Nominierung zum Debattenredner sprach.

³⁶ Ebenda, S. 2646.

³⁷ Ebenda, S. 2648.

³⁸ Abgedruckt in: JO, Chambre des Députés, Séance du 20 juillet 1929, S. 2739. Zur Auswertung des Abstimmungsergebnisses: „La ratification des accords“, in: Le Temps, 22. 7. 1929. Vgl. auch Artaud, Dettès interalliés, S. 917.

³⁹ Vgl. hierzu die Analyse des Entscheidungsprozesses in der Fédération Républicaine bei Jeanneney, de Wendel, S. 432–435.

⁴⁰ Reynaud, Mémoires I, S. 272.

⁴¹ Neben den Genannten hatten unter anderem die Abgeordneten Champetier de Ribes (Démocrates Populaires) und Guernut (Indépendants de Gauche) im Namen ihrer Gruppen, Engerand (Union Républicaine Démocratique) in eigenem Namen für die Ratifizierung gesprochen.

Nicht übersehen werden darf freilich auch, daß er – entgegen dem Eindruck, den er im nachhinein zu erwecken versuchte – keineswegs alleine einer Phalanx von Gegnern gegenüberstand.⁴² Vielmehr konnte er sich auf eine Meinungsbewegung stützen, die ihm noch vor der Ratifizierungsdebatte wertvolle Bundesgenossen verschafft hatte. So war es beim bedeutendsten Mehrheitsbeschaffer „Fédération Républicaine“ buchstäblich am Vorabend der ersten Debattensitzung vom 11. Juli zu einer „Palastrevolution“ gekommen, in deren weiterem Verlauf sich die Parlamentsfraktion der Partei dem Einfluß ihrer bekanntermaßen ablehnend gestimmten Führung um Louis Marin entzogen hatte. Nicht genug, daß man die parlamentarische Redezeit Marins, Dubois' und de Wendels durch den Verzicht auf eine offizielle Rednerbenennung von einer Stunde auf die für private Interventionen vorgesehenen fünfzehn Minuten beschnitten hatte. In der vorentscheidenden Abstimmung über den Antrag Dubois verweigerten am 16. Juli 80 von 100 Abgeordneten der „Union Républicaine Démocratique“ ihrem Parteikollegen die Stimme. In das Ergebnis des Schlußvotums vom 20. Juli schließlich gingen allein 84 befürwortende Stimmen der URD ein.⁴³

Auch scheint im Milieu des politiknahen Großhandels und der Industrie, wo der entschiedene Ratifikationsgegner de Wendel weitgehend alleine stand, die gegenteilige Tendenz deutlich die Oberhand gewonnen zu haben, ebenso wie bei den Frontkämpfervereinigungen, die noch im Juni in Großdemonstrationen ihrer Indignation Luft gemacht hatten.⁴⁴ Als wertvolles Faustpfand auf seiten der Regierung und des eigenen Standpunkts konnte Reynaud zudem die Unterstützung der bedeutendsten Zeitungen liberaler und konservativer Prägung verbuchen, deren Meinungsbildung Poincaré Mitte Juni durch finanzielle Zuwendungen nachgeholfen hatte.⁴⁵

Paul Reynaud hatte bereits am 7. Juni in einem Interview für eines der geförderten Blätter, die konservative Tageszeitung *Paris-Midi*, seine Argumente konzipiert und einen geschickten Appell an die Parlamentsmehrheit gerichtet. Nachdem die Opposition aus den Reihen der URD nicht ohne Wirkung auf den Reparationsentwurf des Expertenkomitees geblieben sei, so Reynaud, sei es nun an der Zeit, sich in die Realitäten zu fügen: „Après ce nouveau service rendu au pays, la majorité nationale peut se rendre à l'évidence des faits et laisser à l'opposition antigouvernementale la lourde responsabilité d'une mauvaise manoeuvre, laquelle échouera d'ailleurs sûrement.“⁴⁶

⁴² Reynaud, *Mémoires* I, S. 258–273. Bonnefous, *Histoire* IV, S. 355–357, der sich vorwiegend auf die Betrachtung der Parlamentsdebatten stützt, hebt ebenfalls die prädominante Rolle Reynauds hervor.

⁴³ Jeanneney, de Wendel, S. 420–423.

⁴⁴ Ebenda, S. 423 f.; Bonnefous, *Histoire* IV, S. 350.

⁴⁵ Laut einem Bericht der amerikanischen Botschaft zählten dazu *Le Matin*, *Le Journal*, *Le Petit Parisien*, *Le Petit Journal*, *L'Echo de Paris*, *L'Action Française*, *Le Temps*, *Le Journal des Débats*, *L'Intransigeant*, *La Liberté*, *Le Figaro* und *Paris-Midi* (zitiert bei Artaud, *Dettes interalliées*, S. 96, Anm. 105). Zumindest im Falle der militant antiratifikatorisch auftretenden *L'Action Française* scheint das Unterfangen allerdings vergeblich gewesen zu sein.

⁴⁶ „Avant la bataille des dettes... Conversation avec le „petit caporal“ de la majorité. M. Paul Reynaud nous dit son plan politique de ratification“, in: *Paris-Midi*, 7. 6. 1929; wiederabgedruckt in: *La République Démocratique*, 16. 6. 1929.

Daß man diese goldene Brücke genutzt und sich in der Mehrheit zur Ratifizierung bequemt hatte, verschaffte Reynaud einen der größten Erfolge seiner bisherigen politischen Laufbahn. Der geglückte Coup machte ihn zu einem der neuen Meinungsführer im regierungstragenden Lager von der rechten Mitte bis zur republikanischen Rechten, und zwar gegen einen Louis Marin, der sich mit seinen extrem nationalistischen Ansichten einmal mehr selbst ins Abseits gestellt hatte. Wieder einmal auch hatte Reynaud damit einem Gegner von Gewicht den Fehdehandschuh hingeworfen.

1871 im lothringischen Faulx geboren, gehörte der Jurist und Anthropologe Louis Marin zum parlamentarischen „Urgestein“ der Dritten Republik. Seit 1905 vertrat er das 2. Arrondissement von Nancy in der Kammer und nahm dieses Mandat in der Folge über nicht weniger als 46 Jahre hinweg wahr. Er profilierte sich als hart arbeitender, ungewöhnlich wohlinformierter Abgeordneter, dessen Autorität ihn in seinem politischen Leben an die Spitze einer großen Zahl von Parlamentskommissionen getragen hatte. Wenn ihn die sechs Ministerämter seiner Laufbahn indes nie an wirkliche Schlüsselpositionen führten, so lag der Grund dafür hauptsächlich in seiner hypertrophen nationalistischen Grundhaltung. Sie machte ihn in den Augen des liberalen Zentrums zu einer „bête noire“ des politischen Lebens, die man im Rahmen bestimmter koalitionspolitischer Notwendigkeiten in der gemeinsamen Regierungsmannschaft eher ertrug als wirklich schätzte. Seine bereits sprichwörtliche Germanophobie hatte ihn 1919 als einen von zwei nichtsozialistischen Abgeordneten gegen den Versailler Vertrag votieren lassen, da er ihn als zu gemäßigt einstufte. Sie machte ihn in der Folge zum Verfechter seiner kompromißlosen Ausführung und naturgemäß zum entschiedenen Gegner der Versöhnungsansätze Briands. Mit dem Sieg des Linkskartells war er im Zuge der allgemein auf der Rechten zu beobachtenden organisatorischen und ideellen Umstrukturierung im Juni 1925 an die Spitze der „Fédération Républicaine“ gelangt, die er in kurzer Zeit durch seine politische Persönlichkeit prägte. Sein autokratischer Führungsstil und sein oft selbstgerechtes Beharren auf einmal eingenommenen Positionen hatten ihm in dieser Funktion nicht nur Freunde geschaffen, insbesondere unter der jüngeren Generation von Parteimitgliedern wie Henri de Kerillis.⁴⁷ Im Juli 1926 war er von Poincaré als Minister für die Soldatenpensionen in seine Regierung der „Union nationale“ aufgenommen worden, um durch dieses Zugeständnis die Unterstützung der „Fédération Républicaine“ zu gewinnen. Im Kalkül des Ministerpräsidenten, dessen Abneigung gegen den nationalistischen Flügel seiner Mehrheit notorisch war, hatte Marin vor allem die Rolle eines Moderators zu erfüllen, der allzu forsche deutschlandpolitische Vorstöße der Linken und Briands einzudämmen und Poincaré damit von einem persönlichen Eingreifen weitgehend zu dispensieren hatte.⁴⁸ Nach dem Austreten der radikalsozialistischen Minister aus dem Kabinett im November 1928 hatte Poincaré dann auch Marin geopfert, um damit die Loyalität der mehr und mehr in die

⁴⁷ Nachdem eine aus den verfügbaren Quellen gearbeitete Gesamtbiographie Marins nach wie vor nicht vorliegt, sind als neueste Darstellungen heranzuziehen: Irvine, *Conservatism*, S. 6–11; Jean-François Eck, Louis Marin, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 630 f.; Jeanneney, de Wendel, S. 427–431 und passim.

⁴⁸ Zu diesem Aspekt des Verhältnisses Poincaré-Marin: Jeanneney, de Wendel, S. 364 f.

Opposition abgleitenden Radicaux zu erhalten.⁴⁹ Der damit verbundene Autoritätsverlust Marins bildete die Voraussetzung für die nachfolgende Insubordinationsbewegung unter dessen innerparteilichen Gegnern, zu denen neben Henri de Kerillis auch de Lasteyrie, de Monicault und d'Audiffret-Pasquier zählten.

Im Zuge der Ratifikationsdebatte hatte die Gruppe um Marin und de Wendel der vermeintlich besseren Option im Sinne des nationalen Interesses den Vorrang vor der Einheit der Partei und vor dem Erhalt der Regierung Poincaré gegeben, die doch ihren Zielen zumindest als „geringstes Übel“ weitgehend entsprach.⁵⁰ Die Orientierungskrise in der „Fédération“, die anlässlich der Schuldenfrage manifest wurde und während der gesamten Legislaturperiode fort dauern sollte, hatte zur Spaltung der Partei, ja zu ihrer Lähmung geführt und neuen Kräften den Weg bereitet. Paul Reynaud gehörte zu jenen, die davon unmittelbar profitiert hatten – um den Preis freilich eines nach dem Wort Daladiers „brudermörderischen Kampfes“⁵¹ mit Louis Marin. Daß er in dieses Kräfteressen ganz wider Willen eintrat, ist nicht anzunehmen. Sicherlich hatte er der „Fédération“ und ihrem Parteichef nach 1926 die Hand zum dankbar akzeptierten Wahlbündnis gereicht und damit deutlich größere Affinitäten gegenüber dem prinzipientreuen Nationalisten gezeigt als die eigene Parteiführung in der „Alliance Républicaine Démocratique“.⁵² Dennoch konnte es keinerlei Zweifel unterliegen, daß ihn etwa in der Deutschlandfrage ein unüberbrückbarer Graben von Louis Marin trennte. Vor allem auf diesem Gebiet kam es in den dreißiger und noch in den vierziger Jahren wiederholt zu Kontroversen zwischen beiden Politikern: im Jahr 1938 etwa, als Marin im Unterschied zu Reynaud die Beschwichtigungspolitik Bonnets gegenüber Deutschland unterstützte, und noch im Juni 1948, als beide Politiker in der Kammerdebatte um die Ratifizierung der Londoner Empfehlungen mit gegensätzlichen Vorstellungen aufeinandertrafen. Gravierende Folgen für das politische Schicksal Reynauds hatte die Haltung Marins im Frühjahr 1940: Da der Parteichef der „Fédération“ sich weigerte, in Reynauds am 21. März gebildete Regierung einzutreten, fehlte ihr damit von vorneherein die Unterstützung der parlamentarischen Rechten – mit gravierenden Folgen für ihr weiteres Schicksal. Die Wurzeln aber für ein solcherart auch persönlich problematisches Verhältnis der beiden Politiker lagen im wesentlichen in den Ereignissen des Sommers 1929. Bei Beobachtern ganz entgegengesetzter politischer Provenienz glaubte man zu diesem Zeitpunkt klare Anzeichen dafür auszumachen, daß Louis Marins politischer Einfluß endgültig im Sinken begriffen sei. In der Tat übernahm mit den ausgehenden

⁴⁹ Ebenda, S. 418 f.

⁵⁰ Ebenda, S. 434 f. und 364 f. (Zitat: S. 365).

⁵¹ Zitiert nach Jeanneney, de Wendel, S. 421.

⁵² Ein Informantenbericht vom Juni 1927 beschreibt die Haltung der Parteiführung der „Alliance“ gegenüber der „Fédération“ so: „C'est avec ces éléments-là [mit den rechten Radikalsozialisten; A.d.V.] que M. Ratier, M. Flandin, reprenant la manoeuvre préconisée par M. Mamelet, voudraient se grouper, et non avec les nationaux de la Fédération Républicaine qu'ils supportent beaucoup plus qu'ils ne les recherchent. A leurs yeux, en effet, la Fédération ne représente pas seulement l'aile droite de l'Union Nationale Républicaine mais le parti qui reprend peu à peu la politique et le programme plus ou moins avoués des cléricaux et des anciens nationalistes.“ Bericht vom 25. 6. 1927 (AN, F⁷13237).

Zu den positiven Reaktionen in der „Fédération Républicaine“ auf die Avancen vgl. den Polizeibericht „A. 2891. A/s du Congrès de la Fédération Républicaine“, 12. 12. 1927 (AN, F⁷13962).

zwanziger Jahren und mit dem Abtreten von Persönlichkeiten wie Poincaré und Briand allmählich eine neue Generation die Schlüsselpositionen in der Politik Frankreichs. Das kursierende Gerücht, wonach Reynaud der verantwortliche Drahtzieher für den Abfall der „groupe Marin“ gewesen sei, mag von der „Action Française“ böswillig in Umlauf gebracht worden sein; doch nicht nur dort war man mit gutem Grund davon überzeugt, daß einer der neuen führenden Männer der parlamentarischen Mehrheit nun Paul Reynaud hieß.

In der Pariser Presse nahm man die Machtkämpfe im Lager der „modérés“ mit Neugier und einem Anflug von Ironie zur Kenntnis, die sich im Wort vom „petit caporal de la majorité“ widerspiegelte, das man Reynaud zuschrieb.⁵³ Das Zusammentreffen von geringer Körpergröße und herausgehobener Position, von persönlichem Ehrgeiz und Karrierestreben in seiner Person konnte die Anspielung auf den Beinamen Napoléon Bonapartes durchaus nahelegen. Der Vergleich hinkte dort, wo er die handstreichartige „Usurpation“ der Macht als ausschlaggebenden Faktor für den politischen Aufstieg Reynauds suggerieren sollte.

Es bedurfte einer ganzen Reihe von Voraussetzungen und Fähigkeiten, um politisches Gewicht in einem System zu erlangen, das nicht von der Dominanz überregionaler Parteien und ihrer Apparate, sondern von jener des Parlaments geprägt war. Als Instrumente basisverbundener politischer Elitenbildung spielten allenfalls die Linksparteien eine gewisse Rolle. Die „Alliance“ pflegte weder den entsprechenden Anspruch noch verfügte sie über das personelle Reservoir an „militants“, um vergleichbare Funktionen zu übernehmen. Eine Parteikarriere von der Pike auf war in dieser Gruppierung nicht möglich, ihre Bedeutung als Instrument zur integralen Förderung politischer Karrieren deshalb begrenzt. Der Werdegang Reynauds bis ins Jahr 1929 illustriert dieses Faktum. Für ihn wurde die Zusammenarbeit mit der „Alliance“ überhaupt erst von Wert und Interesse, als er bereits auf nationaler Ebene politisch arriviert war. Dann aber lag es aus seiner Sicht nahe, sich der bestehenden Strukturen da zu bedienen, wo sie ein Mindestmaß an Tragkraft aufzuweisen schienen: im hauptstädtischen politischen Getriebe, wo er bei den Nachwahlen von 1926 erstmals als Kandidat der „Alliance“ auftrat, und im Rahmen der parlamentarischen Arbeit seit 1920/21. Bis dorthin und weit darüber hinaus aber lassen sich in Reynauds Laufbahn auch andere Faktoren von mindestens gleichrangiger Bedeutung für Vorankommen und politischen Aufstieg ausmachen. In mancher Hinsicht überlagerten sich darin traditionelle Karrieremuster mit Elementen jüngerer Art.⁵⁴

⁵³ *Paris-Midi*, 7. 6. 1929 (Zitat). Vgl. dazu etwa die Lageanalysen: „Le réprouvé“, in: *Le Populaire*, 20. 7. 1929; *L'Action Française*, 20. 7. 1929.

⁵⁴ Die Genese und Struktur parlamentarischer Eliten im Frankreich der Zwischenkriegszeit war, abgesehen von regional orientierten Studien, bislang noch kein Schwerpunktthema der historischen Forschung. Leider von begrenztem Nutzen ist die bislang ungedruckte Studie von Gilles Le Béguet, *L'entrée au Palais Bourbon: Les filières privilégiées d'accès à la fonction parlementaire (1919–1939)*. Thèse d'Etat, Paris 1989; in komprimierter und thematisch zugespitzter Form erneut: ders., *De la république des avocats à la république des énarques*, in: Louis Dupeux/Rainer Hudemann/Franz Knipping (Hg.), *Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen. Elites en France et en Allemagne aux XIX^{ème} et XX^{ème} siècles. Structures et relations*, Band II, München 1996, S. 79–89. Systematischer und in Anlehnung an Bourdieus Konzept des „capital culturel“ hat François Grèzes-Rueff versucht, anhand eines ausgewählten Samples von Abgeordneten der III. und IV. Repu-

Enge verwandtschaftliche und politische Beziehungen ins regionale Honoratiorenmilieu hatten die Grundlage für seinen erfolgreichen Wahlkampf von 1919 gelegt, und solide Verbindungen in Kreise politiknaher Pariser Juristen kamen ihm seit seiner Heirat mit Jeanne Henri-Robert weiterhin zupass. Ungewöhnlich genug angesichts einer Mehrzahl von Abgeordneten, die in der Regel dem Département treu blieben, das sie einmal entsandt hatte, schaffte Reynaud bis 1928 den Sprung nach Paris. Der Weg aus dem wenig entwickelten, überwiegend agrarisch strukturierten südfranzösischen Wahlkreis ins mittelständisch geprägte Zentrum der Hauptstadt war sicherlich biographisch angelegt, bildete doch der Geburtsort Barcelonnette schon seit langem nicht mehr den Lebensmittelpunkt des ambitionierten Anwalts. Er brachte darüber hinaus das mittlerweile gewonnene politische Profil zum Ausdruck, den Ehrgeiz auch, sich aus der zweiten Reihe einmal erfolgreicher und dann 1924 abgewählter Politiker des rechtsliberalen Spektrums herauszuarbeiten. Anders als vielleicht zu erwarten, erwiesen sich die Eigenheiten des 1927 wiedereingeführten Mehrheitswahlrechts im Arrondissementsrahmen dabei nicht als hinderlich. Im Gegenteil: Reynauds politischer Wahlkampfstil war auf die Profilierung vor Ort, nicht auf den Weg über Parteienlisten ausgerichtet, und das neue Wahlrecht belohnte all jene Kandidaten, die sich eben darauf verstanden.⁵⁵ Daneben profitierte der Politiker davon, daß er sich vor dem Zweiten Weltkrieg stets nur einem relativ begrenzten Wählerkreis zu stellen hatte. Im Jahre 1919 zählte sein Département Basses-Alpes mit etwas über 31 000 Wahlberechtigten zu den am schwächsten besetzten Frankreichs; in seinem Pariser Wahlkreis traf Reynaud bei der Wiederwahl von 1928 auf etwa 12 000 eingetragene Wähler. Diese Tatsache allein konnte Niederlagen wie jene von 1926 natürlich nicht verhindern, erleichterte ihm aber unter den Bedingungen der annähernden bzw. reinen Persönlichkeitswahl jeweils den Neuanfang im Wahlkreis.⁵⁶

Über diese punktuell wirksamen oder sehr persönlichen Elemente eines politischen Werdegangs hinaus zeichnen sich zwei allgemeinere Qualifikationsstränge ab, entlang derer sich die Karriere Paul Reynauds entwickelte. Bis Mitte der zwanziger Jahre hatte er einen makellosen, *republikanischen* „*cursus honorum*“ zurückgelegt, wichtig für Ansehen und Wahlchancen. Das Amt des „Conseiller

blik mehrere Parlamentarierkategorien von jeweils gemeinsamer politischer „Kultur“ zu fassen: François Grèzes-Rueff, *La culture des députés français (1910–1958). Essai de typologie*, Toulouse 1994. Aus den ab den fünfziger Jahren geführten, theoretisch gehaltenen Elitendebatten zwischen Soziologen und Politologen gingen auch einige historisch orientierte Darstellungen hervor, darunter: Pierre Birnbaum, *Les sommets de l'Etat. Essai sur l'élite du pouvoir en France*, Paris 1977, S. 30–47. Dazu zählen auch die Arbeiten von Mattei Dogan, auf deren statistische Erhebungen die Forschung bezeichnenderweise bis heute angewiesen ist, etwa: Mattei Dogan, *Les filières de la carrière politique en France*, in: *Revue française de Sociologie* 8 (1967), S. 468–492. Ein Standardwerk, doch beschränkt auf die Entstehungsphase der Republik: Christophe Charle, *Les Elites de la République (1880–1900)*, Paris 1987.

Bereits ein Klassiker, verfaßt von einem Zeitgenossen und voller interessanter Beobachtungen: Robert de Jouvenel, *La République des camarades*, Paris 1914. Polemischer und vom Standpunkt konservativer Parlamentarismuskritik aus: André Tardieu, *La profession parlementaire*, Paris 1937.

⁵⁵ Zur Analyse des Wahlrechts und zu den Diskrepanzen zwischen Wählervotum und Kammerzusammensetzung, die daraus resultierten: Lachapelle, *Elections législatives*, 22–29 avril 1928, S. V–XV.

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 246 f.; ders., *Elections législatives du 16 Novembre 1919*, S. 46; zu den Wahlkreisunterschieden im Jahr 1928 auch: Mayeur, *Troisième République*, S. 286 f.

Général“ stand am Anfang. Mehr und mehr war es seit Beginn des Jahrhunderts üblich geworden, den Eintritt in die nationale Politik über kommunale oder regionale Funktionen anzubahnen⁵⁷, und Reynaud hatte die damit verbundene Chance durch ambitionierte Arbeit genutzt. Dazu kamen in der Folge der Dienst an der Republik im Weltkrieg und in verschiedenen diplomatischen Missionen, das publizistisch-kämpferische Eintreten für den republikanischen Wertekanon und gegen die „Action Française“, die öffentlichkeitswirksamen Auftritte mit den kommunistischen Gegenkandidaten im Wahlkampf von 1926: Heterogene Elemente dieser Art addierten sich zu einem Bild verlässlicher republiktragender Gesinnung und ihrer erfolgreichen Umsetzung in den Institutionen und im politischen Alltag. Der theoretische und praktische Rekurs auf ein wenig präzise gehaltenes republikanisches Referenzsystem hatte also über sein politisch mobilisierendes Potential hinaus karrieresteuernde Wirkung. Für den Aufstieg im liberalen Lager bildete er eine notwendige, wenngleich alleine noch nicht hinreichende Bedingung.⁵⁸

Spezifischer noch und zugleich präziser faßbar in der Bedeutung für parlamentarische Karrierewege war die traditionell enge personelle und funktionale Verflechtung juristischer Berufe und insbesondere des Pariser Anwaltsmilieus mit der nationalen Politik. Allein die numerische Präsenz von Angehörigen des Rechtsmetiers in den Abgeordnetenkammern der Dritten und Vierten Republik war überdurchschnittlich hoch: Knapp ein Drittel der zwischen 1910 und 1958 aktiven Parlamentarier verfügte zumindest über eine „Licence en droit“. Über die Legislaturperioden hinweg ging ihre Zahl zwar tendenziell zugunsten anderer sozio-professioneller Gruppen zurück, etwa der Mediziner, der Gymnasial- und Volksschullehrer und der kleinen Angestellten, nach 1945 auch der Arbeiter. Doch verkörperten sie weiterhin zusammen mit den Angehörigen freier Berufe insgesamt und dem mittleren wie kleinen Beamtentum die schrittweise erfolgte Ablösung älterer parlamentarischer Eliten; diese hatte seit Beginn der Dritten Republik zu Lasten von Besitzbürgertum und hohen Staatsbeamten Raum gegriffen.⁵⁹

Die Gründe für die fortbestehende Dominanz lagen zum großen Teil in allgemeineren, strukturellen Ähnlichkeiten zwischen den zeitgenössischen juristischen Ausbildungs- bzw. Tätigkeitsfeldern und der parlamentarischen Arbeit. Das Bild vom Abgeordneten als Anwalt der Wählerinteressen wirkte ebenso karrierefördernd wie die ganz praktische Routine rechtskundiger Volksvertreter im Umgang mit komplizierten gesetzestechnischen Materien. Die ohnehin ausgeprägte rhetorische Kompetenz juristischer Berufe kam im Rahmen der parlamentarischen Kultur Frankreichs ganz besonders zum Tragen. Keineswegs zufällig hatte ein juristischer Rhetorikwettbewerb – die „Conférence du stage“ – das Ansehen eines Ausleseinstruments für Anwärter auf Spitzenpositionen in Staat und Politik ge-

⁵⁷ Zwischen 1900 und 1940 verfügten mehr als zwei Drittel der gewählten Abgeordneten über einen Sitz in einem Stadtrat oder Generalrat; vgl. Birnbaum, *Sommets de l'Etat*, S. 40.

⁵⁸ Zu den Elementen eines republikanischen Karrieremusters und zur Bedeutung der Weltkriegsteilnahme bei den Wahlen von 1919: Roussellier, *Parlement de l'éloquence*, S. 43–48.

⁵⁹ Birnbaum, *Sommets de l'Etat*, S. 30ff.; Grèzes-Rueff, *Culture des députés français*, S. 101–125; Dogan, *Les filières de la carrière politique*.

wonnen.⁶⁰ Wer hier wie Paul Reynaud reüssierte, hatte sich in den Augen des „Palais“ und der interessierten Öffentlichkeit für höhere Aufgaben qualifiziert: Er konnte der Aufmerksamkeit einflußreicher Gönner wie der weiteren Förderung sicher sein. „Jeune homme, lorsque l'on sait parler à la Conférence, on sait parler partout.“⁶¹ – Die herablassende Bemerkung des Präsidenten der Pariser Anwaltsvereinigung gegenüber dem frischvermählten Paul Reynaud enthielt etwas von dieser Hochschätzung des juristisch geschulten Redners. Im politischen Leben Frankreichs war sie durchaus repräsentativ noch zwischen den Weltkriegen und darüber hinaus.

Freilich galt das Karriereschema, das ein Zeitgenosse Reynauds aus der politischen Erfahrung des frühen 20. Jahrhunderts sehr pointiert formuliert hatte, nicht mehr uneingeschränkt: „Il fallait être bachelier pour être licencié en droit, licencié en droit pour être avocat, avocat pour être député, député pour être notable dans les commissions, rapporteur de commission pour être ministre, ministre pour l'avoir été, rester important, avoir la publicité qui assure le retour intermittent au pouvoir.“⁶² Ein neuer Typus von Abgeordneten hatte begonnen, sich zumindest in den parlamentarischen Führungsrängen bemerkbar zu machen, und Paul Reynaud gehörte dazu. Wie die Mehrzahl jener juristisch versierten Parlamentarier, die im Laufe ihrer Karriere in wichtigere politische Positionen gelangten, hatte er seine juristische Ausbildung durch weitere Qualifikationen ergänzt, die in der politischen Arbeit zur Anwendung gebracht werden konnten. Das Studium der Wirtschaftswissenschaften und die Promotion über ein handelsrechtliches Thema hatten ihm ein Maß an ökonomischem Sachverstand gesichert, das in der Kammer der Abgeordneten bis in die dreißiger Jahre noch selten anzutreffen war. Es verschaffte ihm gerade in den zahlenmäßig zunehmenden finanz- und reparationspolitischen Debatten wachsende Autorität.⁶³

In dieser Hinsicht stand Reynaud für eine neue Elitengeneration in der Gruppe der „députés juristes“: einer Generation, in der gegenüber Politikern wie Poincaré oder Briand der Erwerb technischer Expertenkenntnisse allmählich die klassisch-humanistisch und stark rhetorisch orientierte Ausbildung ergänzte und verdrängte. Gleichwohl blieb der Typus des politisch aktiven Spezialisten der Verwaltungs- und Staatswissenschaften, wie ihn einige Jahrzehnte später Michel Debré verkörperte, in der Kammer vorerst noch die Ausnahme. Auch hier ist Reynauds Beispiel charakteristisch. Zum kleinen Kreis führender Parlamentarier zählte Reynaud in erster Linie deshalb, weil er auf traditionell hochbewerteten Kompetenzfeldern brillierte. Legt man eine Typologie zugrunde, die die intellektuelle Wertschätzung eines Parlamentariers in der Kammer anhand des jeweiligen Anteils an einer in sich vielgestaltigen „Abgeordnetenkultur“ zu fassen versucht, dann reüssierte Reynaud aufgrund von Schlüsselqualifikationen in den drei seit dem 19. Jahrhundert essentiellen Bereichen: dem juristischen, dem literarisch-

⁶⁰ Gilles Le Béguec, *L'aristocratie du barreau, vivier pour la République. Les secrétaires de la Conférence du stage*, in: *Vingtième Siècle* 30 (1991), S. 22–31.

⁶¹ Reynaud, *Mémoires* I, S. 94.

⁶² Anatole de Monzie, *L'Entrée au forum: vingt ans avant*, Paris 1920, S. 239.

⁶³ Grèzes-Rueff, *Culture des députés français*, S. 108f; Julian Jackson, *The politics of depression in France 1932–1936*, Cambridge 1985, S. 12f.

historischen und dem rhetorischen.⁶⁴ Reynaud war ein Mann des Übergangs, der sich seit dem Beginn seiner politischen Laufbahn parlamentarismuskritischen Zeitströmungen und damit der an das politische Personal insgesamt gerichteten Kompetenzfrage zu stellen hatte. Er antwortete darauf mit einer Reihe von Reformansätzen, zu denen die Revision der Kammergeschäftsordnung oder, wie noch zu zeigen sein wird, Überlegungen zur Neubalance des Verhältnisses von Regierung und Parlament gehörten. Den forcierten Rückgriff auf das ausgewiesene Expertentum als Lösungsparadigma für neuartige Problemstellungen der Zwischenkriegszeit lehnte er nicht ab; während seiner Amtszeit als Finanzminister in der Regierung Daladier sammelte er einen „brain-trust“ junger Wirtschaftsfachleute um sich, durch den manch alte Kontakte der Vorjahre institutionalisiert wurden.⁶⁵ Ein Technokrat in politischen Führungsrängen war er jedoch selbst nicht und er wollte es auch nicht sein. Sein Idealbild war umfassender und trug manche Züge der Profile führender Liberaler des 19. Jahrhunderts, darunter die persönlich-berufliche Autonomie oder die klassisch-rhetorisch orientierte Ausbildung.

Bei allem Neuerungsanspruch absolvierte Paul Reynaud eine parlamentarische Karriere im traditionellen Stil. Ein gewisses Maß an Konformismus in der Wahrnehmung von Aufstiegschancen kam dabei sicher zum Tragen. Nicht zu vernachlässigen ist aber auch, daß sein politisches Selbstverständnis sich mit der im deliberativen System geforderten Politikerrolle weitgehend deckte. Reynauds Verhältnis zur parlamentarischen Rhetorik mag hierfür als Illustration dienen.⁶⁶

Reynaud pflegte zeit seines Lebens in mündlichen Äußerungen und in Publikationen den gehobenen Stil und verstand sich gleichzeitig auch auf diesem Feld als Neuerer, als Vertreter einer moderneren Art von Rhetorik: spartanischer, direkter, ohne den üblichen Zierat an Zitaten aus den „Klassikern“ und – wiederum – orientiert am Vorbild Waldeck-Rousseaus. Diese Selbsteinschätzung allerdings traf allenfalls im Verhältnis zu den hypertrophen Kunstformen juristischer Redekunst zu, wie Reynaud sie noch in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg erlebt hatte und im Rückblick beschrieb.⁶⁷ Auch für ihn gehörte die geschliffene Redewendung, gehörten gelehrte Anspielungen auf die antike Mythologie oder die französische Geschichte und Literatur zum rhetorischen Standardrepertoire, das er regelmäßig entfaltete, und dies nicht nur, um die persönlichen Defizite an körperlicher Impozanz und Tragkraft der Stimme auszugleichen.⁶⁸ Reynaud war williger Erbe und

⁶⁴ Vgl. dazu den Ansatz von Grèzes-Rueff und besonders die entsprechende Kategorisierung der Abgeordneten der III. und IV. Republik: Grèzes-Rueff, *Culture des députés français*, S. 163 f., 170–172.

⁶⁵ Vgl. Gérard Brun, *Technocrates et technocratie en France, 1918–1945*, Paris 1985, S. 167–169 sowie Kapitel X.2. dieser Arbeit.

⁶⁶ Die Beschäftigung der Forschung mit der französischen politischen Rhetorik des 20. Jahrhunderts erfolgte bislang stark unter dokumentarischen, quantitativen oder textlinguistischen Gesichtspunkten: vgl. etwa Sylvianne Rémi-Giraud (Hg.), *Les mots de la nation*, Lyon 1996; Jacques Guilhaumou, *La rhétorique du discours, objet d'histoire (XVIII^e–XX^e siècles)*, Lille 1981. François Grèzes-Rueff bereitet zur Zeit eine These über die Rolle des historischen Arguments im parlamentarischen Diskurs vor.

⁶⁷ Vgl. dazu das Memoirenkapitel, das Reynaud seinen Anfängen im Pariser Anwaltsmilieu widmete: Reynaud, *Mémoires* I, S. 86–94.

⁶⁸ Ebenda, S. 92.

Träger einer französischen Rhetoriktradition, die in ihrer parlamentarischen Anwendung das logische Gegenstück zum Ideal des deliberativ ausgerichteten Parlamentarismus bildete. Der prinzipielle Vorrang des Parlaments im politischen Kräftespiel, dessen Bedeutung als Ort der geregelten diskursiven Auseinandersetzung möglichst unabhängiger Persönlichkeiten, die Identifikation von Repräsentation und Diskussion, das Überzeugenwollen durch die Kraft der Vernunft und die Macht des Worts – das blieben Grundannahmen, an denen er bei allen Reformvorstößen im einzelnen festhielt, Grundannahmen auch, die bereits im Bereich einer tieferliegenden politischen Mentalität ihren Sitz hatten. Wer so dachte, für den war selbstverständlich, daß eine herausgehobene Karriere in der Volksvertretung in ganz besonderem Maße an die rednerische Bravourleistung in der Debatte geknüpft war. Parlamentarischer Einfluß manifestierte sich zwangsläufig unter anderem in der Fähigkeit eines Redners, die fluiden Fraktionsstrukturen zu nutzen und hinreichend Stimmen aus benachbarten Lagern für das Zustandekommen einer sachbezogenen Ad-hoc-Mehrheit zu mobilisieren – selbstverständlich nach vorbereitender Überzeugungsarbeit hinter den Kulissen. Eben in dieser Kunst hatte sich Reynaud im Juli 1929 erfolgreich bewiesen.

Die gewonnene Position trug ihn in fast logischer Zwangsläufigkeit ins erste Ministeramt, als mit André Tardieu wieder ein Regierungschef aus den Reihen der gemäßigten Rechten antrat. Leicht retardierende Wirkung auf dem Wege dahin hatte allerdings die öffentliche Diskussion, die im Herbst 1929 in bezug auf Reynauds wenige Monate zuvor wiederaufgenommenes, aktives deutschlandpolitisches Engagement einsetzte. In ihrer Heftigkeit in erster Linie ein Beleg dafür, daß das politische Tun und Lassen des Politikers mittlerweile im Blickpunkt einer weiteren Öffentlichkeit stand, bezeichnete die Debatte seine Stellung im politischen Kräftefeld und wurde ihm gleichzeitig zum Ausgangspunkt für ihre weitere deutschlandpolitische Ausdifferenzierung.

2. „Néo-nationalisme“ als Krisenlösungskonzept: Pläne und Gespräche für einen Interessenausgleich mit der deutschen Rechten 1929/30

a) Reynauds Deutschlandbesuch im Frühjahr 1929 und die Reaktionen in Frankreich

Während einer sechswöchigen Auslandsreise in den USA und in Mexiko erreichte Paul Reynaud Ende September 1929 die Nachricht, daß in Paris eine heftige Pressekampagne gegen ihn im Gange sei. Stein des Anstosses waren die Gespräche, die er im April des gleichen Jahres auf Einladung von Arnold Rechberg in Berlin geführt hatte. Aufgrund von innenpolitisch motivierten Enthüllungen in der deutschen Presse, insbesondere in Stresemanns *Nationalliberaler Korrespondenz*, im Blatt des Jungdeutschen Ordens und in einer nachfolgenden Presseerklärung deutschnationaler Politiker war publik geworden, daß er Ende April in Unterredungen unter anderem mit einem Vertreter des „Stahlhelm“ und einem Mitar-

beiter Hugenbergs über Deutschland und Frankreich betreffende außenpolitische Fragen gesprochen hatte. Nach ersten Berichten der Pariser Presse war es dabei zu weitgehenden, allerdings nur in persönlichem Namen erfolgten Vorschlägen Reynauds im Hinblick auf eine Reduzierung der Annuitäten des Dawes-Plans, auf die Rückgabe des polnischen „Korridors“ an Deutschland und ein deutsch-französisches Militärbündnis gekommen.⁶⁹

In einem kontinuierlich sich verschärfenden Crescendo nahmen Blätter der Linken, der linken Mitte und der extremen Rechten diese Enthüllungen vom 23. September an zum Anlaß, den neuen Mehrheitsführer mit scharfer Kritik zu belegen. Einhellig und nur in der Wahl der Argumente abgestuft verurteilten die Parteizeitungen des PCF und der SFIO die Initiative ebenso wie Blätter im Umkreis der radikalsozialistischen Partei oder die antirepublikanische *L'Action Française*. In den wenigsten ablehnenden Stellungnahmen drang man dabei allerdings zu einer wirklichen Diskussion der außenpolitischen Wunsch- oder Machbarkeit der vermeintlich besprochenen Inhalte vor. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Entrüstung über die Tatsache des Kontakts mit der nationalistischen Rechten in Deutschland, die man je nach politischem Standort unter dem Aspekt der klassen- oder nationalstaatsbezogenen Gegnerschaft in den Blick nahm. Wo *L'Humanité* die antisowjetische Wendung der Allianzpläne kritisierte, entwarf *Le Populaire* unter der Wortführung von Paul Faure das Szenario einer unter dem Vorzeichen der „Internationale du sang“ vereinten deutsch-französischen Kriegsindustrie zum Schaden der arbeitenden Klassen beider Länder.⁷⁰ *L'Action Française* führte die „Machenschaften“ Reynauds mit den „schlimmsten Feinden Frankreichs“ auf dessen Bestreben zurück, eine „führende Rolle zu spielen“ und kritisierte einmal mehr die Schwäche der Regierung, die solche Alleingänge zulasse.⁷¹ In der radikalsozialistischen und der unabhängigen linken Presse betonte man, wie beispielsweise Léon Blum im *Populaire*, die Andersartigkeit des eigenen Verständigungsansatzes⁷² und begrüßte Reynaud ironisch im Lager der „Ausgleichswilligen“.⁷³ Vereinzelt nur setzte man sich mit den nicht von der Hand zu weisenden Rückwirkungen der Pläne auf die europäische Staatenordnung und mit den machtpolitischen Reaktionen auf eine deutsch-französische Interessenskoalition auseinander.⁷⁴

⁶⁹ Vgl. „Une histoire de tractations franco-allemandes“, in: *Le Temps*, 23. 9. 1929; „Un patriote à l'oeuvre“, in: *L'Action Française*, 23. 9. 1929; „D'étranges tractations“, in: *Le Soir*, 23. 9. 1929; „Les tractations qui préparent la guerre“, in: *L'Humanité*, 23. 9. 1929.

Auch in der deutschen Diplomatie begann man bereits früh auf die „Enthüllungen“ aufmerksam zu werden, Botschaftsrat Rieth nahm die Reaktionen zum Anlaß für mehrere ausführliche Presseberichte (Rieth an AA, 23. 9. 1929 und 25. 9. 1929; PA-AA, R 70562).

⁷⁰ „Une entente militaire franco-allemande contre les Soviets“, in: *L'Humanité*, 23. 9. 1929; „Les tractations „patriotiques“ de Paul Reynaud“, in: *Le Populaire*, 24. 9. 1929; „Le drapeau sur la marchandise“, Ebenda, 30. 9. 1929 (Zitat); „Pacifisme d'affaires“, Ebenda, 11. 10. 1929.

⁷¹ „Un patriote à l'oeuvre“, in: *L'Action Française*, 23. 9. 1929 (Zitate); „A propos de l'affaire Paul Reynaud“, Ebenda, 24. 9. 1929; „L'affaire Paul Reynaud“, Ebenda, 25. 9. 1929, und öfter.

⁷² Vgl. etwa: „Bric-à-brac diplomatique“, in: *L'Ere Nouvelle*, 1. 10. 1929; „Les explications de M. Paul Reynaud“, Ebenda, 10. 10. 1929; „L'impossible alliance“, in: *La Volonté*, 3. 10. 1929; Léon Blum, „Signe des temps“, in: *Le Populaire*, 6. 10. 1929.

⁷³ „Une recrue“, in: *L'Oeuvre*, 10. 10. 1929; „Paul Reynaud a raison“, in: *La Volonté*, 3. 10. 1929; „Les explications de M. Paul Reynaud“, in: *L'Ere Nouvelle*, 10. 10. 1929.

⁷⁴ Vgl. etwa „L'impossible alliance“, in: *La Volonté*, 3. 10. 1929.

Zustimmung erneteten die Gespräche – nicht unbedingt die sich abzeichnenden Zukunftsvisionen – vorwiegend in der gemäßigten rechten Presse. Mit einer Ausnahme allerdings: Der nationalistische Publizist Gustave Hervé, der bereits Ansprechpartner Rechbergs gewesen war, betrachtete die Initiative unter dem Aspekt der Annäherung der „Eliten“ beider Länder und der Konstruktion einer antibolschewistischen Bastion in Zentraleuropa als wichtige Alternative zu „pazifistischen“ Versöhnungsbemühungen. Zur dauerhaften Fundierung und Ergänzung der Rechbergischen Allianzpläne schlug er den Austausch deutscher linksrheinischer Gebiete gegen Madagaskar und ehemalige deutsche Kolonien vor.⁷⁵

Abgesehen von solchen in Frankreich nicht mehrheitsfähigen Außenseiterinterventionen waren es lediglich die rechtsliberalen Blätter *L'Intransigeant* und *Le Temps*, die Reynauds Erkundungsreise offensiv verteidigten. Bezeichnenderweise spielten auch hier kaum projektbezogene Betrachtungen eine Rolle, vielmehr beharrte man in erster Linie auf dem privaten Charakter der Unterredungen, betonte die „Pflicht“ führender Politiker, die Annäherungschancen auch mit politischen Gegnern im Ausland auszuloten, und präsentierte Reynauds Vorstoß als Attacke auf das „Monopol“ der Linken im Bereich der Friedenspolitik: „C'est précisément de cela que socialistes et valoisians ne peuvent s'accommoder. La paix [...] est leur chasse gardée: et c'est de braconnage qu'en définitive ils accusent M. Paul Reynaud.“⁷⁶

Was war nun eigentlich geschehen? In der Tat hatte sich Reynaud vom 23. bis 27. April 1929 zu Sondierungsgesprächen in Berlin aufgehalten. Sein Landsmann Pierre Viénot, seit Oktober 1926 Leiter der Berliner Außenstelle des „Comité franco-allemand d'Information et de Documentation“ und engagierter Mittler für Kontakte zwischen Vertretern des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Spektrums beider Länder⁷⁷, war als Verbindungsmann vor Ort tätig geworden

⁷⁵ Der Gymnasiallehrer und „Agrégé d'histoire“ Gustave Hervé (1871–1944) hatte seine politischen Aktivitäten vor dem Ersten Weltkrieg als Sozialist und militanter Kriegsgegner begonnen und bereits um 1912 die Idee eines deutsch-französischen Ausgleichs über den Austausch von Elsaß-Lothringen gegen die Insel Madagaskar entwickelt. Mit Kriegsausbruch wandelte er sich zum entschiedenen Patrioten und näherte sich den Ideen Déroulèdes an. 1918 aus der SFIO ausgeschlossen, gründete er den rechtsextremen „Parti Socialiste National“ und trat in seiner Tageszeitung *La Victoire* für die Schaffung einer autoritären Republik innerhalb der „natürlichen und historischen Grenzen“ Frankreichs, seit Ende der zwanziger Jahre auch wieder für die deutsch-französische Annäherung ein. Den italienischen Faschismus und aufkommenden Nationalsozialismus betrachtete er mit Sympathie und machte *La Victoire* ab Juni 1940 zur Verfechterin der Kollaboration mit dem Besatzer (Vgl. zu Hervé mangels einer nach wie vor ausstehenden Gesamtbiographie: Richard Griffiths, Hervé, Gustave, in: *Biographical Dictionary of French Political Leaders since 1870*, New York u. a. 1990, S. 203 f.; aufschlußreich für seine programmatischen Vorstellungen Ende der zwanziger Jahre ist sein Artikel „Le programme nationaliste“, in: *La Victoire*, 3. 10. 1929 (Zitat). Seine Ideen für den deutsch-französischen Ausgleich legte Hervé gesammelt dar in: Gustave Hervé, *France-Allemagne. La réconciliation ou la guerre*, Paris 1931).

⁷⁶ „L'affaire Rechberg“, in: *L'Intransigeant*, 2. 10. 1929; „Encore la chasse gardée“, in: *Le Temps*, 11. 10. 1929 (Zitat).

⁷⁷ Zur Person Viénots vgl. Hans Manfred Bock, „Connaître l'Allemagne et la reconnaître.“ Zu Entstehung und Zusammenhang der Deutschland-Analyse von Pierre Viénot 1922 bis 1932, in: *Le Monde* 66 (1992), S. 27–48; Ders., Friedrich Sieburg et Pierre Viénot ou la fin du „Locarno intellectuel“, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 105 (1988), S. 84–99; Alois Schumacher, Annäherung durch Verneinung. Pierre Viénot und die deutsch-französischen Beziehungen in den zwanziger Jahren, in: *Méditations ou le métier de germaniste. Mélanges offerts à Pierre Bertaux, Asnières 1977*, S. 271–277.

und hatte ihm zu einem Treffen mit den „bestinformierten“ Franzosen in Berlin, mit Oswald Hesnard⁷⁸ und Botschafter Pierre de Margerie verholffen.⁷⁹ Auf Vermittlung dieser beiden Ansprechpartner und Arnold Rechbergs war Reynaud dann im weiteren Verlauf seines Aufenthalts unter anderem mit den Reichstagsabgeordneten Werner von Rheinbaben (DVP), Hartmann von Richthofen (DVP), Gottfried Reinhold Treviranus (DNVP) und Moritz Klönne (DNVP) zusammengetroffen. Weitere Gesprächspartner waren der ehemalige Finanzminister Heinrich Köhler (Zentrum), der Verleger Franz Ullstein sowie der Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium, Weismann, ein führender Vertreter des Reichsbanners, Karl Mayr, daneben Kapitänleutnant Ehrhardt, der „Hochmeister“ des „Jungdeutschen Ordens“ Artur Mahraun, Walter Eberhard von Medem als Vertreter des „Stahlhelm“ sowie Otto Kriegk, ein Mitarbeiter Hugenberg, gewesen. Auf Empfehlung des Botschafters hin hatten sich schließlich der Leiter des Sonderreferats „Wirtschaftsverhandlungen, Wirtschafts- und Reparationspolitik“ im Auswärtigen Amt, Ritter, sowie Außenminister Stresemann bereit erklärt, Reynaud zu empfangen.

Zumindest im Falle der Gespräche im Auswärtigen Amt sind die angesprochenen Themen eindeutig dokumentiert. Reynaud unterbreitete hier lediglich einen Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage. Die deutschen Verpflichtungen sollten zweigeteilt werden: Den geringeren Teil, der den französischen Wiederaufbaubedürfnissen zugute kommen sollte, wollte Reynaud in eine kommerzielle Schuld umgewandelt wissen. Auf den größeren Teil dagegen, vorgesehen zur Deckung der französischen Schulden gegenüber den USA, war Reynaud bereit zu „verzichten“, was er mit politischen Hintergedanken verband: Wenn Deutschland nach einiger Bekundung guten Willens letztlich doch ein Moratorium erbitten müsse, dann würde Frankreich seinerseits seine Zahlungen gegenüber den Vereinigten Staaten suspendieren können.⁸⁰

Die deutsche Diplomatie reagierte äußerst zurückhaltend auf die vorgetragenen Ideen. Während das Gespräch mit Stresemann ohnehin auf ganz allgemeiner Ebene blieb und betont als rein „private“ Aussprache eingestuft wurde⁸¹, hatte sich Ritter in einer deutlich konkreter gehaltenen Unterredung kühl gegeben und war auch auf den Vorstoß Reynauds, „Europa müsse sich gegenüber der wirtschaftlichen Übermacht der Vereinigten Staaten zusammenschließen“, nicht weiter eingegangen.⁸² Staatssekretär von Schubert schließlich, der durch den Abgeordneten Klönne über den Besuch Reynauds unterrichtet worden war, hatte sei-

⁷⁸ Zu Hesnard: Jacques Bariéty, *Un artisan méconnu des relations franco-allemandes: le professeur Oswald Hesnard, 1877–1936*, in: *Media in Francia... Recueil de mélanges offert à Karl Ferdinand Werner à l'occasion de son 65e anniversaire par ses amis et collègues français*, Paris 1989, S. 1–18.

⁷⁹ Vgl. dazu die Briefe Viénots an Reynaud vom 9. 4. und 15. 4. 1929 (Zitat) sowie die Antworten Reynauds vom 9. 4. und 17. 4. 1929 (AN, 74 AP 11). Zur Reiseorganisation auch: Reynaud an Rechberg vom 5. 4., 19. 4., 22. 4. und 30. 4. 1929 (BAK, NL 49, Dossier 57).

⁸⁰ Aufzeichnung Ritters über ein Gespräch mit Paul Reynaud, 26. 4. 1929 (PA-AA, R 29079 k). Vgl. auch die Niederschrift des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Schubert, über einen Bericht Stresemanns zu seinem Gespräch mit Reynaud vom 27. 4. 1929 (ADAP B XI, S. 451, Anm. 2). Handschriftliche Aufzeichnung Reynauds über seinen Besuch bei Stresemann, 27. 4. 1929 (AN, 74 AP 11).

⁸¹ Niederschrift von Schuberts, 27. 4. 1929, (ADAP B XI, S. 451, Anm. 2).

⁸² Aufzeichnung Ritters, 26. 4. 1929 (PA-AA, R 29079 k).

nem Informanten gegenüber deutlich erkennen lassen, daß er das Vorgetragene für nichts weiter hielt als unverbindliche und angesichts der komplexen Problemlage allzu unrealistische Einlassungen.⁸³ Die Einschätzung von Schuberts bezog sich besonders auch auf jenen Teil der Vorschläge Reynauds, die dieser bei seinen Gesprächen im Auswärtigen Amt weggelassen und nach Bekunden seiner deutschen Gesprächspartner offenbar nur in privatem Kreise in Gegenwart Rechbergs, Klönnes, von Medems und Kriegks vorgetragen hatte. Hier war nach Aussagen Klönnes auch die Rede von einem deutsch-französischen Militärpakt mit gemeinsamem Generalstab bei einem Kräfteverhältnis von drei zu fünf zugunsten Frankreichs gewesen sowie von der Zusage „freundschaftlichen Drucks“ auf Polen zugunsten einer Restitution des Korridors an Deutschland.⁸⁴

Reynaud verteidigte sich gegen die nach seiner Rückkehr erhobenen Vorwürfe gewandt, ohne indes allzusehr in Details zu gehen. Noch von den Vereinigten Staaten aus nahm er in einem Pressetelegramm zu seiner „Studienreise“ Stellung, hob das Treffen mit Stresemann hervor und erklärte, der ganzen Angelegenheit zu wenig Bedeutung zugemessen zu haben, um davon Mitteilung an die Öffentlichkeit oder seine Abgeordnetenkollegen zu machen.⁸⁵ Nach seiner Rückkehr Anfang Oktober bekräftigte er den rein informatorischen Charakter des Berlinaufenthalts: „Les prétendues négociations se ramènent à un simple voyage d'études que j'ai fait à Berlin au mois d'avril [...]. L'Allemagne officielle est pacifique, mais il y a aussi une minorité fanatique qui pourrait, dans des circonstances conditionnelles, reprendre le pouvoir. J'ai tenu à me rendre compte avec précision du péril. Je voulais voir l'Allemagne complète. J'ai rencontré des hommes de tous les partis, depuis l'extrême gauche jusqu'à l'extrême droite. Tous m'ont accueilli avec une courtoisie que je me plais à reconnaître. Nous avons parlé. Il est facile de transformer des conversations privées en „négociations secrètes. [...]“⁸⁶

Daß er eine zehnprozentige Ermäßigung der nach dem Dawes-Plan festgesetzten Annuitäten in Aussicht stellt habe – so ein Vorwurf in der Pariser Presse –, bestritt er ebenso wie den Vorschlag einer deutsch-französischen Militärallianz gemäß den Vorstellungen Arnold Rechbergs. Entsprechende Ideen seien nur von deutscher Seite vorgetragen und von ihm unter Hinweis auf die öffentliche Meinung in Frankreich zurückgewiesen worden. Als denkbare Alternative habe er allerdings ein gemeinsames Agieren deutscher und französischer Truppen unter dem Dach des Völkerbunds ins Gespräch gebracht. In der Polenfrage wies Reynaud laut eigenem Bekunden auf die Bündnisverpflichtungen Frankreichs hin und machte eine Lösung der strittigen Grenzfragen von der Einstellung nationalisti-

⁸³ Aufzeichnung von Schuberts, 26. 4. 1929 (ADAP B XI, Nr. 198, S. 449 f.) sowie seine zweite Niederschrift vom gleichen Tage (Ebenda, S. 450, Anm. 2).

⁸⁴ Aufzeichnung von Schuberts über ein Gespräch mit Klönne, 26. 4. 1929 (ADAP B XI, Nr. 198, S. 449).

⁸⁵ Das Telegramm wurde veröffentlicht im Rahmen eines Artikels von Marcel Hutin in: *L'Echo de Paris*, 25. 9. 1929. Die deutsche Botschaft verfolgte die Entwicklung der Kampagne aufmerksam: vgl. etwa Rieth an AA, 25. 9. 1929 (PA-AA, R 70562).

⁸⁶ *L'Echo de Paris*, 9. 10. 1929; inhaltsgleich auch in *Le Matin*, 9. 10. 1929. Vgl. dazu den Bericht von Botschaftsrat Rieth an das Auswärtige Amt vom 9. 10. 1929 (PA-AA, R 29079 k).

scher Revisionskampagnen in Deutschland und von der Verbesserung der internationalen Lage abhängig.⁸⁷

Diese nachträglich gegebenen, widersprüchlichen Erklärungen der Beteiligten erlauben kein eindeutiges Urteil darüber, ob insbesondere die militärpolitischen Vorschläge Reynauds in der Tat so gemacht wurden, und wie genau die Reaktionen seiner privaten deutschen Gesprächspartner aussahen. Der deutschnationale Abgeordnete Klönne zumindest beharrte ab September 1929 nurmehr auf dem reparationspolitischen Aspekt der Gespräche. Da er wie Reynaud heftigen Presseangriffen ausgesetzt war, die sich vor allem gegen die „doppelte Moral“ der Deutschnationalen und den Widerspruch zwischen offiziell frankreichfeindlichen Äußerungen und vermeintlichen militärischen Bündnisplänen richteten, hatte er allerdings auch ein starkes Interesse daran, eventuelle Gesprächsinhalte dieser oder gebietspolitischer Art im Rückblick geflissentlich zu übergehen.⁸⁸ Auch war Reynaud ganz offensichtlich nicht an einer detaillierten Aufklärung interessiert. Zumindest für den reparationspolitischen Teil der diskutierten Gesprächspunkte kann aber wohl aufgrund der durchaus vertrauenswürdigen Niederschrift Ritters und entgegen Reynauds relativierenden Presseerklärungen davon ausgegangen werden, daß er ganz konkrete Vorschläge unterbreitete, die auf eine klare Verminderung der deutschen Schuld hinausliefen. Auf seiten seiner deutschen Gesprächspartner konnten diese als Aufforderung zur teilweisen Nichtbezahlung unter der Voraussetzung interpretiert werden, daß Frankreichs Wiederaufbaubedürfnisse befriedigt würden.

So realistisch diese Ideen vom Prinzip der Reduzierung der deutschen Reparationslast her sein mochten – die seit Januar 1929 laufenden Expertenberatungen zur Revision des Dawes-Plans verfolgten ja eben jenes Ziel –, so deutlich trat hier doch ein ganz anders argumentierender Reynaud auf als dann in den Debatten zur Ratifikation des Mellon-Bérenger-Abkommens einige Monate später. Stand in seiner öffentlichen Stellungnahme dort der Aspekt der Loyalität gegenüber dem Kriegssalliierten demonstrativ an erster Stelle, so versuchte er in den vertraulich gehandhabten Sondierungsgesprächen vom April 1929, die Möglichkeiten für eine elegante Umschiffung der französischen Verbindlichkeiten mit deutscher Beihilfe auszuloten. Auf inoffiziell Umwege sollte eine Komplizenschaft zwischen Sieger und Besiegtem begründet werden, die unter moralischem Aspekt nichts weniger als einen illoyalen Akt gegenüber dem überseeischen Gläubiger darstellte. Zwar stand er damit nicht allein, da der Gedanke, mit dem deutschen Reparationsschuldner „gemeinsame Sache“ gegen die Vereinigten Staaten zu machen, ab 1928 seitens der französischen Diplomatie wiederholt vertraulich ins Gespräch gebracht worden war.⁸⁹ Es leuchtet aber dennoch ein, daß Reynaud wenig daran

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Vgl. dazu Klönnes Briefe an Schubert vom 22. 9. 1929 (Köpke an Schubert, 23. 9. 1929; PA-AA R 70562), vom 30. 9. und 11. 10. 1929 (PA-AA, R 29079 k). Zu den Reaktionen der großen deutschen Zeitungen siehe die Analysen der Presseabteilung des Auswärtigen Amts vom 21.9., 22.9. und 23. 9. 1929 (PA-AA, R 29079 k).

⁸⁹ Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 417 f. und 448 f. (Zitat: S. 418). Daß Reynaud seinen Vorstoß als Mittelemann Poincarés unternahm, ist angesichts des wenig vertrauensvollen Verhältnisses zwischen beiden Politikern äußerst unwahrscheinlich; Poincaré wies Vermutungen dieser Art strikt zurück (vgl. dazu das Telegramm Rieth an AA, 25. 9. 1929 (PA-AA, R 70562)).

gelegen sein konnte, einen solchen Abspracheversuch an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Zweifelloos hatte Reynaud im Sommer 1929 klarsichtiger und früher als jene, die noch während der Ratifizierungsdebatten an eine Umgehung der französischen Zahlungsverpflichtung glaubten, die Konsequenzen aus der amerikanischen Unnachgiebigkeit und den Beratungsergebnissen der Young-Kommission gezogen. Anlaß dazu, sich im Rückblick als Verfechter einer moralisch höherstehenden, da am gegebenen Wort gegenüber den USA orientierten Position zu präsentieren, hatte er allerdings kaum, berücksichtigt man seine vorhergegangenen Gespräche in Deutschland.⁹⁰

Was andererseits die angeblich durch ihn gemachten militärpolitischen Vorschläge anging – Anregungen, die im übrigen nur indirekt und nicht durch diplomatische Gesprächspartner dokumentiert sind –, so fällt auf, daß diese bis in Details den einschlägigen Ideen Rechbergs entsprechen, ohne dagegen in den Äußerungen Reynauds vorher oder nachher greifbar zu sein.

Arnold Rechberg hatte seine publizistische Kampagne für eine deutsch-französische Annäherung mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit seit 1923 unvermindert fortgesetzt. Neben den bekannten Ideen einer wirtschaftlich-industriellen Verflechtung war er ab Mai 1925 in der französischen Presse mit einem modifizierten Konzept an die Öffentlichkeit getreten. Es gab vor, über die Ablösung des Versailler Vertrags durch eine deutsch-französische Militärrallianz, die Rückgabe des polnischen Korridors und das französische Einverständnis mit der Angliederung Österreichs die wichtigsten Belastungsfaktoren des Verhältnisses beider Länder mit einem Schlag aus dem Wege zu räumen. Daß er dabei das französische Sicherheitsbedürfnis eklatant unterschätzte, das durch die vorgesehene deutsche Aufrüstung selbst bei einer Kräfteverteilung von „drei zu fünf“ kaum befriedigt worden wäre, gelangte ihm selbst nie wirklich zu Bewußtsein. Unbekümmert auch vom Verlauf und den Ergebnissen der deutschen Locarno-Politik hatte er zur Verbreitung seiner Konzeption in unerschütterlicher, doch letztlich gleichbleibend erfolgloser Aktivität seine Publikationstätigkeit intensiviert und Beziehungen zur Entourage von Reichswehrminister Geßler geknüpft, hatte Kontakte mit dem Auswärtigen Amt gepflegt und im April 1926 und Februar 1929 sogar erreicht, in Paris durch Briand bzw. Poincaré und den damaligen Kriegsminister Painlevé empfangen zu werden.⁹¹ Erhebliche Verstimmung bei Poincaré hatte er dann jedoch dadurch provoziert, daß er dem an sich recht belanglosen Gespräch im folgenden eine übermäßig weitgehende Ausdeutung unterlegte; die Zustimmung zu einem Militärpakt gegeben zu haben, dementierte der Ministerpräsident in mehreren persönlichen Schreiben vehement.⁹²

⁹⁰ Dies hingegen der Grundtenor seiner Erinnerungen an die Schuldendebatte: Reynaud, *Mémoires* I, S. 259–273, hier: S. 259f.

⁹¹ Vgl. zu den frankreichpolitischen Aktivitäten Rechbergs zwischen 1927 und September 1929 die ungezeichnete Aufstellung des Auswärtigen Amts: „Übersicht nach dem Stand vom 26. 9. 29“, 26. 9. 1929 (PA-AA, R 29079 k) sowie Vietsch, Arnold Rechberg, S. 85ff.

⁹² Vgl. unter anderem die Briefe Rechbergs an Poincaré vom 12. 10. und 16. 10. sowie die Antworten Poincarés vom 14. 10., 18. 10., 30. 10. und 5. 11. 1929 (Bibliothèque Nationale, N.a.f. 16014, Band XXIII). Dazu auch Vietsch, Arnold Rechberg, S. 113–116.

Rechbergs notorische Neigung, politische und persönliche Konstellationen über Gebühr zugunsten seines Verständigungsprojekts auszulegen und die eigene Rolle dabei stark zu übertreiben, ließ auch das Verhältnis zu Paul Reynaud nicht unberührt. Dieser stellte für Rechberg zweifellos den wichtigsten politischen Ansprechpartner in Paris dar, mit dem er über Jahrzehnte hinweg – nachweisbar von 1922 bis 1937 – in brieflichem und persönlichem Kontakt blieb. Reynaud war stets auch gemeint, wenn Rechberg von „einflußreichen Kreisen“ in Frankreich sprach, die zur Unterstützung und Verbreitung seiner Ideen bereit seien. Von Beginn seiner Bekanntschaft mit dem französischen Politiker an konnte er jedoch nicht der Versuchung widerstehen, gegenüber deutschen Ansprechpartnern geschönte Angaben zu dessen Stellung im Nachbarland zu machen, ihn als „Privat-Sekretär des Präsidenten Millerand“ oder als Verwandten des Industriellen Schneider-Creusot zu charakterisieren. Bereits 1923 schrieb er Reynaud in der französischen Abgeordnetenversammlung den Einfluß zu, „den Erzberger während der ersten Kriegsjahre im deutschen Reichstage hatte“.⁹³

Berücksichtigt man diese „autosuggestive Methodik“⁹⁴ des Deutschen und seine Neigung, Unterredungen im nachhinein einen Sinn zu geben, den sie nicht hatten, so scheint unabweisbar, daß Angaben aus dem Umkreis Rechbergs und der ihm nahestehenden Persönlichkeiten über erzielte „Verhandlungsergebnisse“ mit französischen Gesprächspartnern nur mit höchster Vorsicht zu betrachten sind. Reynaud jedenfalls dementierte verärgert in einem an Rechberg gerichteten privaten Schreiben vom 23. November 1929, bei seinem vergangenen Berlinbesuch von einer Militärallianz im Rechbergschen Sinne gesprochen zu haben.⁹⁵

Ganz abgesehen von der genauen Tragweite der gemachten Äußerungen hielten sich die Erfolgsaussichten der Kontaktversuche von vorneherein in sehr engen Grenzen. Zwar hatte Rechberg seinen französischen Gast durchaus mit einem interessanten, überparteilichen Querschnitt von Persönlichkeiten in Verbindung gebracht, denen eine frankreichfreundliche Haltung unterstellt werden konnte. Daß Gespräche mit Vertretern der Linken wie dem bekanntermaßen frankophilen Rudolf Breitscheid oder selbst einem führenden Mann im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wie dem ehemaligen bayerischen Generalstabsoffizier Mayr von vorneherein auf der Ebene des unverbindlichen Gedankenaustausches bleiben würden, lag auf der Hand.⁹⁶ Wenn jedoch, wie Reynaud und Rechberg im nachhinein

⁹³ Vgl. Rechberg an Stinnes, 29. 1. 1923; Ausarbeitung Rechbergs zum Frankreichproblem, 12. 1. 1923 (PA-AA, R 28189 k). Der Karton enthält eine umfangreiche Dokumentation der publizistisch-politischen Aktivitäten Rechbergs.

Die Ansicht, daß Reynaud Schwiegersohn Schneider-Creusots sei, nahm von hier ihren Ausgang und setzte sich sowohl in der zeitgenössischen deutschen Diplomatie als auch in der neueren historischen Forschung fest: Vgl. die Aufzeichnung von Bülow vom 14. 2. 1931 und die Richtigstellung von Hoeschs, 10. 3. 1931 (PA-AA, R 70563); Wulf, Stinnes, S. 361 f.; Piotr S. Wandycz, *The Twilight of French Eastern Alliances, 1926–1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland*, Princeton 1988, S. 139.

⁹⁴ Vietsch, Arnold Rechberg, S. 115.

⁹⁵ Ebenda, S. 116.

⁹⁶ Zu Breitscheid und Frankreich: Marie-Dominique Cavaillé, *Rudolf Breitscheid et la France, 1919–1933*, Frankfurt a.M. u. a. 1995; zu den Konzeptionen Mayrs einer internationalen, antibolschewistischen „Frontkämpferpolitik“ auf der Grundlage der deutsch-französischen Aussöhnung vgl. Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der*

ausführten, das Ziel der Kontakte vor allem in der Annäherung verständnisbereiter Kreise des „nationalen Milieus“ beider Länder bestand, dann lagen dafür im April 1929 nurmehr sehr ungünstige Voraussetzungen vor.

Zweifellos hatte es im „Jungdeutschen Orden“, der neben dem „Stahlhelm“ gewichtigsten antirepublikanischen rechten Frontkämpfervereinigung, auf Betreiben ihres Gründers und „spiritus rector“ Artur Mahraun seit 1925 Bestrebungen gegeben, die bis dahin frankophobe Grundhaltung des Verbandes durch eine flexiblere Position zu ersetzen. Der Inspirator hierfür war in hohem Maße Arnold Rechberg gewesen, dessen Einfluß auf den „Ordensgründer“ zu einer zeitweisen Zusammenarbeit geführt hatte. Auf Rechbergs Vermittlung hin hatte Mahraun im Herbst 1925 seine Ideen für eine deutsch-französische wirtschaftliche Verflechtung als Voraussetzung zur Aufhebung des Versailler Vertrags und die Revision der deutschen Ostgrenze gegenüber dem Direktor des konservativen *Le Matin*, Jules Sauerwein, ausbreiten können. Vorwiegend motiviert durch eine interne ideologische Neuorientierungskrise des Verbands, war die neue „Westpolitik“ zu Jahresbeginn 1929 offiziell jedoch bereits wieder zugunsten einer dogmatischen Haltung aufgegeben worden.⁹⁷

Im nationalen Milieu hatte der „Jungdo“ zudem mit diesem wenig fundierten Vorstoß von Anbeginn eine weitgehende Ausnahmestellung innegehabt. Wenn Arnold Rechberg geglaubt hatte, in den Reihen des „Stahlhelm“ die Bereitschaft zu ähnlichem Engagement entdeckt zu haben, und sich während seines Parisaufenthalts vom Frühjahr 1929 als autorisierter Sprecher darstellte, so verriet die Episode wiederum mehr über das Wunschenken des Amateurpolitikers als über tatsächlich vorhandene Ausgleichswilligkeit in den Reihen der Frontkämpfervereinigung.⁹⁸ Auch in den Führungsgremien der DNVP war man nicht gewillt, die Partei in Verbindung mit den Frankreichkontakten einzelner ihrer Mitglieder bringen zu lassen.⁹⁹ Im Jahre 1929 reichten weder der Einfluß Rechbergs noch die grundsätzlichen Dispositionen in den wichtigsten rechten Gruppierungen hin, um als Basis für eine realistische Verständigung zu dienen.

Diese gravierende Fehleinschätzung des Möglichen disqualifizierte Rechberg als Vermittler von Gewicht, zumal seine wiederholten Vorstöße – von denen sich ja die kolportierten „Vorschläge“ Reynauds nicht wesentlich unterschieden hätten – in den maßgeblichen politischen und diplomatischen Kreisen beider Länder zu

politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 34), Düsseldorf 1966, S. 149–152, Zitat: S. 149.

⁹⁷ Grundlegend zur „Frankreichpolitik“ des Jungdeutschen Ordens: Dieter Tiemann, Der Jungdeutsche Orden und Frankreich, in: *Francia* 12 (1984), S. 425–456; allgemein zum Jungdo: Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 14), Düsseldorf 1958, hier: S. 42–50. Über das Verhältnis Rechbergs zum Jungdeutschen Orden auch: Vietsch, Arnold Rechberg, S. 96–99.

⁹⁸ Der „Stahlhelm“ wehrte sich sogar erfolgreich vor Gericht gegen Behauptungen des konkurrierenden „Jungdeutschen Ordens“, mit den Verständigungsbemühungen Rechbergs in Verbindung zu stehen; vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33), Düsseldorf 1966, hier: S. 156–158.

⁹⁹ Vgl. hierzu den Tagebucheintrag des führenden DNVP-Abgeordneten Reinhold Quaatz vom 23. 9. 1929, in: Hermann Weiß/Paul Hoser (Hg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59), München 1989, S. 81 f.

diesem Zeitpunkt nicht mehr ernst genommen wurden.¹⁰⁰ Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, hatte Rechberg nach eigenem Bekunden „als Erkundungsreiter manchmal ganz praktisch gefunden“, überdies aber genügend Anlaß gehabt, sich über dessen „unglückselige Schriftstellerei in der Pariser Presse“ zu beklagen.¹⁰¹ Sein französischer Kollege in Berlin, de Margerie, schrieb Rechberg „mehr Einbildungskraft als Realitätssinn“¹⁰² zu. Poincaré selbst hatte nach einschlägigen Auskünften Hoeschs¹⁰³ und besonders nach den erwähnten Interpretationsstreitigkeiten keinen Grund mehr, den Deutschen als Gesprächspartner von Belang einzuschätzen. Außenminister Stresemann schließlich distanzierte sich im Frühsommer 1929 wie die übrige deutsche Diplomatie zum wiederholten Male von den Vorstößen Rechbergs und ließ Hoesch mitteilen, daß die Vorschläge des Industriellen als „für absehbare Zeit undiskutierbar“ einzustufen seien.¹⁰⁴ Die Bedenken der deutschen Diplomatie galten besonders den unabsehbaren Auswirkungen eines Militärbündnisses auf die Beziehungen Deutschlands zu Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, außerdem erachtete man den Verzicht Frankreichs auf seine militärische Überlegenheit als äußerst unwahrscheinlich, ganz zu schweigen von französischer Hilfe zur Revision der deutschen Ostgrenze.¹⁰⁵

Der Gegensatz zwischen dem fehlenden wirklichen Einfluß Rechbergs und seinem vollmundigen Auftreten blieb Reynaud nicht verborgen und führte zu einer entscheidenden Abkühlung des beiderseitigen Verhältnisses. Den konkreten Anlaß hierzu bildete eine Presseverlautbarung des „Stahlhelm“, aus der das Beharren der Organisation auf dogmatischen antifranzösischen Positionen und insbesondere auf der Leugnung jeder deutschen Reparationsverpflichtung gegenüber

¹⁰⁰ Den kaum vorhandenen Einfluß Rechbergs auf die deutsche Politik überschätzt: Maarten L. Pereboom, *Democracies at the Turning Point. Britain, France and the End of the Postwar Order, 1928–1933* (Studies in Modern European History 13), New York u. a. 1995, S. 149f. (Zitat: S. 149). Pereboom versteht Rechberg als „one of the driving forces“ hinter der deutschen Bereitschaft zur internationalen wirtschaftlichen Kooperation, wie sie sich etwa im deutsch-französischen Kalibündnis vom Dezember 1926 oder dem Handelsvertrag vom August 1927 niederschlug. Zweifellos war Rechberg ein öffentlich wirksamer Befürworter solcher Verflechtungsansätze, doch läßt sich irgendwelcher Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht nachweisen. Entsprechende Vermutungen in der zeitgenössischen Öffentlichkeit beruhten zum Teil auf einer Verwechslung seiner Person mit seinem Bruder, dem Kali-Industriellen Fritz Rechberg (Vietsch, Arnold Rechberg, S. 92–95).

¹⁰¹ Hoesch an AA, 27. 1. 1927; Hoesch an Stresemann, 28. 2. 1929 (PA-AA, R 70562).

¹⁰² Vgl. die Telegramme von Botschafter de Margerie an Briand vom 27. 7. 1925 (MAE, Europe 1918–1940, Allemagne, Band 343), 24. 4. 1926 (Ebenda, Band 389), 19. 6. 1928 (Ebenda, Band 391) (Zitat) und 9. 2. 1929 (Ebenda, Band 392).

Zur Einschätzung im Quai d'Orsay auch: Bericht des Militärattachés der französischen Botschaft Berlin, Colonel Tournès, über ein Gespräch mit Rechberg, 9. 12. 1927 (Ebenda, Band 390); Note der „Direction politique et commerciale“, „A.s. prétendues négociations entre „nationalistes“ français et allemands“, 28. 9. 1929 (Ebenda, Band 393); den Einfluß Rechbergs in Deutschland überschätzt: Bericht der Sureté über Arnold Rechberg, 22. 5. 1929 (Ebenda, Band 392).

¹⁰³ Bericht Hoesch über eine Aussprache mit Poincaré und Kriegsminister Painlevé zu deren Unterhaltungen mit Rechberg, 28. 2. 1929 (PA-AA, R 70562).

¹⁰⁴ Von Bülow an Botschaft Paris, 27. 5. 1929 (PA-AA, R 70562) (Zitat); Stresemann an Botschaft Moskau, 1. 6. 1929 (Ebenda); vgl. auch das auf Betreiben Staatssekretär von Schuberts entstandene offizielle Dementi des Auswärtigen Amts, über die Gespräche Klönne-Rechberg-Reynaud unterrichtet gewesen zu sein: Kaufmann (Genf) an AA, 23. 9. 1929 (PA-AA, R 29079 k).

¹⁰⁵ Vgl. die Stellungnahme des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, von Schubert, zu den Plänen Rechberg/Reynauds (ADAP B XI, Nr. 198, S. 449–451).

Frankreich hervorging. Die Tatsache, daß die Erklärung nur wenige Tage nach der Unterredung Reynauds mit einem seiner führenden Mitglieder erfolgt war, befremdete den Politiker, zumal Rechberg auf Nachfrage hin ausweichend reagierte und als schwachen Erklärungsversuch unter anderem „bolschewistische Agenten“ ins Feld führte, die nach dem Berlinbesuch Reynauds eine Allianz deutscher und französischer Konservativer verhindern wollten.¹⁰⁶ So fiel die Warnung, die Pierre Viénot seinem Landsmann Reynaud hinsichtlich allzugroßen Vertrauens in die Vermittlung Rechbergs und die Verständigungsbereitschaft seiner rechtsstehenden Freunde auf den Weg gab, auf bereits vorbereiteten Grund: „Vous savez [...] que j’ai très grande confiance, et les relations personnelles les plus sûres, dans des Allemands appartenant nettement à la droite. Mais il faut distinguer, et je ne puis que vous redire ici, après une longue expérience et des tentatives répétées de collaboration avec les milieux mêmes au sein desquels Reichberg[!] vous a fait pénétrer, mon peu de confiance dans la possibilité d’un accord avec ces extrémistes.“¹⁰⁷

Das Wort Viénots, der zu diesem Zeitpunkt bereits von der „Lernfähigkeit“ der sein Komitee tragenden gemäßigten Rechten in beiden Ländern tief enttäuscht war¹⁰⁸, zeigte Wirkung. Zwar bedeutete die Ernüchterung Reynauds noch nicht den Abbruch aller „persönlichen Beziehungen“ zwischen den beiden Männern.¹⁰⁹ Doch verlief der Meinungsaustausch, der ab dann vorwiegend auf Anschreiben Rechbergs hin aufrechterhalten wurde, nach einer kurzen Wiederaufnahme des Kontakts im Herbst 1929 allmählich im Sande.¹¹⁰

Zunächst noch unberührt von dieser auf lange Sicht wirksamen Entfremdung Reynauds von seinem bevorzugten Ansprechpartner in Deutschland blieb sein deutschlandpolitisches Konzept, das er in Reaktion auf die zumeist innenpolitisch motivierte Kritik in einer Kammerdebatte im Dezember 1929 offensiv vertrat. So überraschend Reynauds Deutschlandreise für die nicht informierte Öffentlichkeit gewesen und so erfolglos sie letztlich geblieben war, so sehr entsprang sie doch einem deutschlandpolitischen Interesse, das sich auf weniger spektakuläre Weise seit 1923 kontinuierlich manifestiert hatte.

b) Zur Fortentwicklung der deutschlandpolitischen Ideen Reynauds seit 1923

Bis Anfang 1924 hatte das deutschlandpolitische Engagement Paul Reynauds keine greifbaren Erfolge gezeitigt. Es hatte ihn im Gegenteil weiten Teilen der eigenen parlamentarischen Mehrheit suspekt gemacht als etwas eigensinnigen, unberechenbaren Außenseiter, der mit seiner Kritik am Mehrheitsführer und Ministerpräsidenten zwar ein latent vorhandenes Gefühl des Ungenügens an dessen Politik aufgegriffen, sich in seinen Alternativvorschlägen aber gefährlich nahe an Ideen der linken Opposition angenähert hatte. Die anstehenden Neuwahlen leg-

¹⁰⁶ Rechberg an Reynaud, 11. 5. 1929; Reynaud an Rechberg, 7. 5. 1929 (AN, 74 AP 11).

¹⁰⁷ Viénot an Reynaud, 29. 4. 1929 (AN, 74 AP 11).

¹⁰⁸ Bock, *Connaître l’Allemagne*, S. 42 f. (Zitat S. 42).

¹⁰⁹ Dies behauptet Vietsch, Arnold Rechberg, S. 117.

¹¹⁰ Siehe hierzu den Briefwechsel im Dossier „Arnold Rechberg. Correspondance 1929–31“ des Nachlasses Reynauds (AN, 74 AP 11) sowie: Reynaud an Rechberg, 23. 11. 1929 (BAK, NL 49, Dossier 57).

ten Reynaud eine gewisse Mäßigung nahe, und in der Tat bemühte er sich, in der Folge an seiner Loyalität gegenüber Poincaré und dem „Bloc National“ keinen Zweifel zu lassen. So spielte die Deutschlandfrage in seinem Wahlkampf vom Mai 1924 kaum eine Rolle gegenüber dem allesbeherrschenden, innenpolitisch ausgerichteten Schlagabtausch mit dem sich abzeichnenden Linkskartell. Nach seiner Niederlage um die Erneuerung des Parlamentsmandats waren es dann der resultierende Verlust an Einfluß und Artikulationsmöglichkeit, die Rückkehr in den Anwaltsberuf und natürlich die Sorge um die Wiederwahl, die die Beschäftigung mit anderen Themen nahelegten. Für persönliche Vermittlungsaktionen jedenfalls standen die Zeichen zunehmend ungünstiger, als nach dem Antritt des Linkskartells unter Herriot die Idee des Ausgleichs mit Deutschland zur offiziellen *Maxime* französischer Außenpolitik avancierte.

Nicht allein die Vorbehalte gegen den nun deutschlandpolitisch agierenden innenpolitischen Gegner waren indes ausschlaggebend, wenn sich Reynauds Einschätzung der Beziehungen mit dem östlichen Nachbarn und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten in der Folgezeit allmählich verdüsterte. Zunehmende Sorge bereitete ihm insbesondere das militärische Kräfteverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland: Angesichts drohender Pläne des Linkskartells zur Wehrzeitverkürzung und Mißständen in der Armee sah er es als extrem gefährdet an, falls es nicht gelänge, eine mobile und rasch einsetzbare Offensivtruppe zur Ahndung deutscher Vertragsverletzungen zu schaffen.¹¹¹ Die langsam außer Kontrolle geratende französische Finanzkrise in Verbindung mit der demographischen und industriellen Überlegenheit Deutschlands, das allmähliche Entgleiten materieller Sicherheitsgarantien nach dem im August 1924 durch Herriot zugesagten Ruhrabzug, schließlich die seiner Meinung nach absehbar vorgezogene Evakuierung der ersten Rheinlandzone ließen Reynaud im Mai 1925 eine bestürzte und für seine Verhältnisse ungewohnt pessimistische Bilanz ziehen. Weder der Institution des Völkerbundes noch dem Genfer Protokoll vom Oktober 1924 oder den seit Frühjahr 1925 laufenden Verhandlungen um eine englische Sicherheitsgarantie für die Rheingrenze traute er angesichts des angloamerikanischen Unverständnisses für französische Bedrohungslagen die Kapazität zur Lösung der Sicherheitsprobleme zu. „Occupation provisoire de la Rhénanie, désarmement de l'Allemagne, alliance avec les petites nations de l'Europe centrale, protocole, pacte, influence morale de la Société des Nations, tel est le clavier sur lequel jouent nos hommes d'Etat. Nous avons vu qu'à l'analyse, aucune de ces garanties ne nous apporte une certitude de sécurité. Nous n'avons su faire à fond, depuis l'armistice, ni une politique réaliste, ni une politique pacifiste.“¹¹²

Merkwürdig ratlos und augenscheinlich ohne wirkliche Alternativvorstellungen zu den beiseite gelegten Optionen zog sich Reynaud auf eine fatalistisch getönte Zukunftsprognose zurück: „Le destin de la France rive au flanc de la prolifique Allemagne est, pour longtemps peut-être, de „vivre dangereusement“.“ Ein-

¹¹¹ Paul Reynaud, „Avons-nous l'armée de nos besoins ou l'armée de nos habitudes?“, in: *Revue Hebdomadaire*, 5. 7. 1924, S. 5–11.

¹¹² Paul Reynaud, „Le rêve de la sécurité“, in: Ebenda, 20. 6. 1925, S. 304–315 (Zitat: S. 315). Der Artikel entstand aus einem Vortrag, den Reynaud am 24. Mai 1925 vor der „Assemblée générale de la Société des Officiers de complément“ gehalten hatte.

ziger Hoffnungspol: Die moralische Festigung der Nation nach dem Vorbild des antiken Griechenland oder Preußens im 18. Jahrhundert, Staatengemeinschaften also, denen es letztlich gelang, gerade wegen ihrer gefährdeten Lage die Oberhand über den übermächtigen Gegner zu behalten: „Peut-être notre peuple, épuisé par la plus sanglante des guerres, se laisserait-il glisser à la décadence s’il vivait dans la sécurité totale d’une péninsule lointaine. L’alerte dans laquelle nous fait vivre notre position géographique, le stoïcisme qu’elle nous impose, les apports qu’elle nous oblige à accepter de peuples divers, n’est-ce pas l’un des facteurs décisifs d’une histoire si riche de passé et plus riche encore de promesses! Refaisons la cohésion morale de ce peuple magnifique. Rendons-lui la fierté évanouie de la victoire [...]. Durcissons son âme, exaltons-la.“¹¹³

Geistreiche Koketterie oder realistische Einschätzung von Machtverschiebungen, die in der historischen Wissenschaft Jahrzehnte später als das „Ende der französischen Vorherrschaft in Europa“¹¹⁴ bezeichnet werden würden? Mit dem seismographischen Gespür des informierten Beobachters hat Reynaud in der Tat entscheidende Veränderungen in den internationalen Staatenbeziehungen seit der Verabschiedung des Dawes-Plans erkannt, die den Handlungsspielraum der französischen Führung gegenüber Deutschland zunehmend verringerten. Das französische Eingehen auf die deutsche Sicherheitsinitiative vom Februar 1925, die in der Folge zu den Vereinbarungen von Locarno führte, entsprang ja letztlich eben der Einsicht, daß es Frankreich nicht mehr möglich war, eine „autonome Sicherheitslösung“ aus eigener Kraft durchzusetzen.¹¹⁵ Mit Aufatmen und Resignation ob der zu leistenden politischen Opfer reagierte Reynaud auf die Locarno-Verträge: beklagte er doch das definitive Ende der Rheinlandbesetzung und die Lockerung der französisch-polnischen Allianz gegen militärische Beistandsversprechen Großbritanniens und Italiens von zweifelhaftem Wert: „Faut-il regretter l’accord de Locarno? Non, il faut féliciter M. Aristide Briand de l’avoir conclu. Il faut seulement le supplier d’en montrer à l’opinion française les possibilités, les limites et les dangers. Cette politique était devenue la seule possible depuis qu’en septembre 1923, au lendemain de la fin de la résistance passive, le gouvernement français d’alors avait laissé passer l’occasion de gagner la paix, depuis qu’à Londres, en juillet 1924, M. Herriot avait abandonné les gages de la France sans aucune contrepartie, ni pour l’exécution du plan Dawes, ni pour la sécurité, ni pour le traité de commerce avec l’Allemagne“.¹¹⁶

Reynauds nüchterne und klarsichtige Interpretation basierte auf der Berücksichtigung zweier struktureller Momente, die in Zukunft Konstanten seines deutschlandpolitischen Denkens bilden sollten. Illusionslos leitete er die Notwen-

¹¹³ Beide Zitate: Ebenda, S. 315.

¹¹⁴ Vgl. Stephen A. Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976.

¹¹⁵ Knipping, *Ende der Locarno-Ära*, S. 17f. Stellvertretend für die umfangreiche Literatur zur Vorgeschichte der Locarno-Verträge sei hier genannt: Jon Jacobson, *Locarno Diplomacy. Germany and the West, 1925–1929*, Princeton 1972; neuerdings auch im Überblick: Klaus Hildebrand, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 452–460.

¹¹⁶ Paul Reynaud, „Locarno et Amiens“, in: *Revue Hebdomadaire*, 31. 10. 1925, S. 608–611 (Zitat: S. 610).

digkeit zur Fortsetzung der deutsch-französischen Annäherungspolitik aus der machtpolitischen Unfähigkeit Frankreichs her, eine Störung der europäischen Ordnung durch den deutschen Nachbarn aus eigener Kraft und ohne Beistand aus der angloamerikanischen Welt zu parieren. Die Schwächen der Locarno-Vereinbarungen, insbesondere das Fehlen einer französisch-britischen Militärkonvention, bildeten künftig einen konstitutiven Teil seiner diesbezüglichen Argumentation.¹¹⁷ Daß die atmosphärische Veränderung im deutsch-französischen Umgang seit Locarno ein Beharren Frankreichs auf restriktiven Positionen in der Räumungs- oder auch der Entwaffnungsfrage unter verstärkten „Begründungszwang“ stellte, war ihm ebenfalls klar; daß damit der revisionspolitische Handlungsspielraum Deutschlands entscheidend erweitert worden war, floß als weitere Konstante in seine Lagebeurteilung ein.¹¹⁸

c) Französische Deutschlanddebatten im Zeichen deutschen Revisionsstrebens: die konzeptionelle Annäherung Reynauds an die Vorstellungen André Tardieus

Ausgelöst durch die Konstituierung der Regierung Tardieu, entbrannte Anfang November 1929 in der französischen Kammer eine außenpolitische Grundsatzdebatte, die in der Weihnachtswoche erneut aufflammte. Reynaud nutzte sie, um dem Regierungschef als einer der Meinungsführer des rechtsliberalen Spektrums im Namen der Kammergruppe „Action démocratique et sociale“ beizuspringen. Dies fiel ihm um so leichter, als daraus die Gelegenheit erwuchs, sein deutschlandpolitisches Konzept mit neuem Gewicht zu Gehör zu bringen, die umstrittenen Gesprächskontakte vom April einzubetten und sich nicht zuletzt für höhere Aufgaben zu empfehlen.

Den Kern der Diskussionen machten die Bestimmungen des Young-Plans, die Rheinlandräumung und die Verhandlungen zur Regelung der Saarfrage aus; den Hintergrund dazu gab das verstärkte deutsche Revisionsstreben ab, das die Kammer mit Bestürzung zur Kenntnis nahm.¹¹⁹ So stand insgesamt nichts weniger als die Fortsetzung der Außenpolitik Briands zur Debatte. Die Ergebnisse der Haager Konferenzen hatten Kritik vor allem seitens der Rechten hervorgerufen, während man in den Reihen der sozialistischen wie der radikalsozialistischen Linken den gefundenen Kompromissen ganz überwiegend zustimmte. Man begrüßte darin die Chance auf weitere Verständigung mit dem deutschen Nachbarn oder beugte sich schlicht der Logik der einmal eingeleiteten Entwicklung. Die Rechte hingegen verurteilte Briands Politik als Beleg fehlender Klarsichtigkeit. In sich widersprüchlich, schwanke sie zwischen der Erhaltung des Versailler Systems und Ansätzen zur Verständigung, wodurch immer neue deutsche Forderungen eher ermuntert als eingedämmt würden.¹²⁰ Die Rolle eines Wortführers dieser Tendenz

¹¹⁷ So etwa in seiner großen deutschlandpolitischen Kammerrede vom 24. Dezember 1929 (JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2^e séance du 24 décembre 1929, S. 4641 f.).

¹¹⁸ Als grundlegende Analyse der deutschlandpolitischen Problemlagen Frankreichs gegen Ende der zwanziger Jahre vgl. Knipping, Ende der Locarno-Ära, S. 9–31, hier bes.: S. 17–21 (Zitat: S. 19).

¹¹⁹ Zur Verhärtung im deutsch-französischen Verhältnis seit Herbst 1929: Knipping, Ende der Locarno-Ära, S. 94–96.

¹²⁰ Bonnefous, Histoire IV, S. 378 f. Als bezeichnende Stimme aus dem rechten Lager vgl. die Haltung

spielte ein Mann der Mitte, der radikalsozialistische Dissident Franklin-Bouillon. Gegner der Ratifizierung des Young-Plans und des Abzugs aus dem Rheinland, nahm er in durchaus eindrucksvoller Weise die Steigerung des deutschen Wehretats als Ausgangspunkt für grundsätzliche Kritik an einer Politik der fortwährenden Kapitulationen vor Deutschland: Sie beruhe letztlich auf einem seit Locarno zu Unrecht genährten, „tragischen Mißverständnis“ über den deutschen Willen zum Ausgleich.¹²¹

Reynaud griff am 24. Dezember in die Debatte ein. Der Aspekt der Sicherheit Frankreichs nach der Aufgabe des letzten physischen Faustpfands gegenüber Deutschland stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen. Sie waren als Verteidigung der erst wenige Wochen vorher eingeleiteten Regierungspolitik konzipiert. In Antwort vorwiegend auf Franklin-Bouillon stellten sie gleichzeitig ein realpolitisch akzentuiertes Bekenntnis zu knapp fünf Jahren „Locarno-Politik“ dar.¹²² Es ging Reynaud darum, den eingeschränkten Wert der drei traditionellen Säulen französischen Sicherheitsdenkens seit Versailles – Rheinlandbesetzung, Entwaffnung, Allianzen – zu demonstrieren, um die Fortsetzung des durch Briand eingeschlagenen Wegs der deutsch-französischen Annäherung einsichtig zu machen. Reynaud gehörte zu den Anhängern des vorzeitigen Abzugs französischer Truppen aus den letzten Besatzungszonen: aus sachlichen Gründen einerseits, da er unter Berufung auf Äußerungen Fochs den tatsächlichen militärischen Nutzen bezweifelte; aus ostentativer Loyalität gegenüber Poincaré andererseits, unter dessen Ministerpräsidentschaft Frankreich das Genfer Protokoll vom September 1928 unterzeichnet hatte, das den Abzug vorsah, sobald eine einvernehmliche Regelung der Reparationsfrage gefunden wäre.¹²³ Die kausale Verknüpfung zwischen Young-Plan und Rheinlandabzug legte er anders als die Gegner Briands als bindend zugrunde. Würde Frankreich seine Zusage zurückziehen, brüskiere es sämtliche Mitunterzeichner und begeben sich freiwillig in die diplomatische Isolation: „Si la France agissait ainsi, elle dresserait en face d'elle non seulement l'Allemagne, l'Amérique, l'Angleterre et la Belgique, mais tous les signataires, tous les bénéficiaires du plan Young détruit par ce geste.“¹²⁴

Überzeugt vom Willen zur Wiederaufrüstung selbst in den Reihen der deutschen Linken, stellte er dem nicht ausschließbaren militärischen Erstarken des östlichen Nachbarn die geringe Verlässlichkeit des eigenen Bündnissystems gegenüber: Angesichts des Wegfalls des russischen Verbündeten, des Rückzugs der USA auf den amerikanischen Kontinent, der englischen Vorbehalte, sich auf dem europäischen Kontinent zu binden und des begrenzten Potentials der östlichen Verbündeten, so Reynaud, hätten die Kategorien traditionellen Gleichgewichts-

de Wendels gegenüber der Politik Briands: Jeanneney, de Wendel, S. 425f.; Hagspiel, Verständigung, S. 436–456; Siebert, Aristide Briand, S. 530–534.

¹²¹ Vgl. seine Debattenstellungen in: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 21 novembre 1929, S. 3401ff.; Ebenda, Séance du 23 décembre 1929, S. 4615ff. (Zitat). Dazu auch Hagspiel, Verständigung, S. 453–456; Siebert, Aristide Briand, S. 566.

¹²² JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2^e séance du 24 décembre 1929, S. 4640–4645. Irreführend Hagspiel, Verständigung, S. 455, Anm. 113, der als Bekräftigung der Kritik Franklin-Bouillons eine Redepassage Reynauds zitiert, die sich gerade gegen jenen richtete.

¹²³ Ebenda, S. 4640.

¹²⁴ Ebenda.

denkens in Europa nurmehr begrenzte Gültigkeit.¹²⁵ Die im April persönlich praktizierte Kontaktaufnahme auf breiter Basis erhob er deshalb zum Programm, mit charakteristischer Absetzung allerdings von entsprechenden Konzepten der Linken. Statt des realitätsfernen Topos von den „deux Allemagnes“ - unbrauchbar seiner Meinung nach zur Erfassung der komplexen Realität des Nachbarlands – plädierte er für eine pragmatische Politik. Pazifistische Zirkel alleine böten in Deutschland eine viel zu schmale Basis für die tragfähige Annäherung: „Il n’y a pas une bonne et une mauvaise Allemagne. Il n’y a pas une éternelle Allemagne. Il y a une Allemagne moderne infiniment complexe et qui évolue tous les jours. Le premier de nos devoirs est de prendre contact avec cette Allemagne, de l’étudier, de la comprendre, d’essayer de dissocier les éléments hostiles à la politique de paix. [...] ’On ne fait d’incursions qu’en pays ennemi’, disait M. Thiers.“¹²⁶

Daß dem vorgetragenen Programm auch eine deutliche Spur geschickter Apologie in eigener Sache innewohnte, ist evident. Abgesehen davon aber legte Reynaud im Dezember 1929 ein durchaus selbständiges Konzept vor. Es transponierte – weit entfernt von den eher grobschlächtigen Analysen Arnold Rechbergs – eigene Ansätze aus den frühen zwanziger Jahren mutatis mutandis in die veränderte Gegenwart der Nach-Locarno-Ära und der deutschlandpolitischen Neuorientierung unter André Tardieu. Bezeichnend ist, daß ihm die Idee der wirtschaftlichen Verflechtung beider Länder, die er sechs Jahre zuvor propagiert hatte und die seither in bilateralen Industrievereinbarungen wesentlich vorangetrieben worden war, nicht mehr ausreichend erschien, um eine stabile Friedensordnung in Europa zu begründen. Das Politische hatte dem Wirtschaftlichen den Weg zu bereiten, und nicht mehr umgekehrt, denn: „Vous ne pouvez pas songer à rationaliser l’Europe, à faire une répartition de la production entre les pays d’Europe si vous ne donnez pas d’abord à chacun de ces pays l’impression de la sécurité.“¹²⁷ Diese Neubewertung der Sicherheitsfrage und der damit verbundene, seit 1924 bereits sich abzeichnende deutschlandpolitische Paradigmenwechsel im Denken Reynauds spiegelt nicht nur den Bedeutungszuwachs wider, den die Sicherheitsproblematik insgesamt in den Überlegungen weiterer Kreise von Parlamentariern, verantwortlichen Politikern und in der politischen Öffentlichkeit Frankreichs gewonnen hatte. Der Wandel der Prioritäten auch und gerade in den Konzeptionen des Wirtschaftsfachmanns Reynaud zeigt darüber hinaus eine in der moderneren Forschung thematisierte Einsicht als bereits zeitgenössische: die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Annäherungsbemühungen der Jahre nach Locarno von der Gunst der politischen Rahmenbedingungen.¹²⁸ Reynaud formulierte sie als Schlußfolgerung aus dem Stocken der wirtschaftlichen Verständigungsansätze seit 1925. Er markierte damit zugleich die Tendenz in den politisch-parlamentarischen Führungszirkeln Frankreichs, die Politik des internationalen Ausgleichs wieder stärker dem nationalen Interesse unterzuordnen. Zunächst eher in Absichtserklä-

¹²⁵ Ebenda, S. 4641.

¹²⁶ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2^e séance du 24 décembre 1929, S. 4643.

¹²⁷ Ebenda.

¹²⁸ Diesen Gedanken entfaltet als ein Resümee der Phase der „Locarno-Politik“: Wurm, Sicherheitspolitik, S. 555.

rungen und im Atmosphärischen zu greifen, lag hier auch der Prioritätenwechsel, den die Regierung Tardieu im Verhältnis zu Deutschland einleitete.¹²⁹

Die Rede Paul Reynauds vom 24. Dezember 1929 bildet die erste greifbare Schnittstelle zwischen der Entwicklung seiner persönlichen deutschlandpolitischen Vorstellungen und den Präferenzen des neuen Ministerpräsidenten, wie dieser sie in seiner Regierungserklärung vom 7. November öffentlich formuliert hatte. Dessen Absicht, bei aller Fortsetzung der laufenden Verhandlungen den deutschen Revisionsbemühungen eine Position der „fermeté“ entgegenzusetzen, fand in den Äußerungen Reynauds gewissermaßen ihre auf mittlerer Abstraktionsebene gehaltene Ausformulierung.¹³⁰

Tardieus Neuorientierung der französischen Politik gegenüber Deutschland beabsichtigte keineswegs, im Sinne einer programmatischen Kehrtwende an den Grundlagen des beiderseitigen Verhältnisses zu rühren, wie sie sich seit Locarno und den damit verbundenen Folgeverhandlungen eingestellt hatten. Realistisch genug hatte er mit der Person Briands nicht nur den wichtigsten französischen Exponenten dieser Politik in sein Kabinett übernommen, sondern bekannte sich in überzeugender Weise als „Parteigänger der Briandschen Außenpolitik“¹³¹. Die wichtigsten Fixpunkte der französischen Haltung – so die Durchführung des Young-Plans, die Räumung des Rheinlands, die Fortsetzung der wirtschaftlichen Ausgleichsbemühungen, die Unnachgiebigkeit in Entwaffnungsfragen und das prinzipielle Festhalten am Versailler Vertrag – blieben unangetastet.¹³² Die atmosphärische Veränderung, die Tardieu verantwortete, rührte vielmehr von der bereits auf der zweiten Haager Konferenz im Januar 1930 ins Werk gesetzten Absicht zur „Nachbesserung“¹³³ schwebender Verhandlungsgegenstände im Interesse Frankreichs. Der neue, energische Führungsstil Tardieus ließ auch die Prärogativen seines Außenministers nicht ungeschmälert: „Im Verhältnis zu Poincaré konnte Briand mit Recht im vertraulichen Gespräch sagen, daß er diesen nach und nach zu seiner politischen Auffassung bekehrt habe und daß der Schüler gute

¹²⁹ Die konzeptionellen Grundlagen und die Ziele der Deutschlandpolitik André Tardieus wurden bisher noch nicht grundlegend untersucht. Die neueste umfassende Darstellung der politischen Laufbahn des Politikers – François Monnet, *Refaire la République. André Tardieu, une dérive réactionnaire (1876–1945)*, Paris 1993 – konzentriert sich auf den Staatsreformer und politischen Denker und geht etwa auf seine Deutschlandpolitik nicht ein. Auch in älteren Arbeiten spielt dieser wichtige Aspekt keine Rolle: Rudolph Binion, *Defeated Leaders. The political fate of Caillaux, Jouvenel and Tardieu*, New York 1960; L. Aubert/I. Martin/M. Missoffe/F. Piétri/A. Pose, *André Tardieu*, Paris 1957.

Wichtige Hinweise im Rahmen eines umfassenderen Ansatzes bietet Knipping, Ende der Locarno-Ära, S. 95 ff.; zu nennen auch Hagspiel, *Verständigung*, S. 467 f. Aufschlußreich ist auch die Charakteristik der Neuausrichtung in der französischen Deutschlandpolitik durch den deutschen Botschafter in Paris: „Die Idee der Versöhnung als leitender idealer Zweck ist mehr in den Hintergrund getreten gegenüber Gedanken der Verfolgung egoistischer nationaler Ziele, zu deren Erreichung u. a. auch die Wiederversöhnung dienen soll.“ (Hoesch an Auswärtiges Amt, 29. 12. 1929; ADAP B XIII, Nr. 228, S. 477–480, hier: S. 479).

¹³⁰ Vgl. hierzu die Regierungserklärung Tardieus und seine Debattenstellungnahme vom 9. November in: *Le Temps*, 8. 11. 1929 (Zitat) und 10. 11. 1929. Zum Regierungsprogramm Tardieus vgl. ausführlich das folgende Kapitel dieser Arbeit.

¹³¹ So in seinem ersten Gespräch mit dem deutschen Botschafter: Hoesch an AA, 14. 11. 1929 (ADAP B XIII, Nr. 124, S. 265–268, hier: S. 266).

¹³² Dazu auch der Überblicksbericht Hoeschs: Hoesch an AA, 29. 12. 1929 (ADAP B XIII, Nr. 228, S. 477–480, bes. S. 479).

¹³³ Knipping, Ende der Locarno-Ära, S. 95.

Fortschritte mache und manchmal seinen Lehrer selbst erstaune. Im Falle Tardieu, der sich wohl auch an Briand herangebildet hat, ist der Schüler der Schule längst entwachsen und formt und knetet eigenmächtig das Gebilde des Lehrers, der seinerseits der neuen Formgebung etwas mißmutig sich anbequemt.“¹³⁴

Auch Reynaud war nun gewillt, den für Deutschland aus den internationalen Implikationen der deutsch-französischen Annäherungspolitik erwachsenen Spielraum zur Umgestaltung des Versailler Systems zu begrenzen. Das zumindest geht aus der Nachdrücklichkeit hervor, mit der er die Einbettung des reinen Verständigungsansatzes in ein mehrschichtiges sicherheitspolitisches Konzept propagierte. Ziel der französischen Politik müsse es sein, die andere Seite an der gewaltsamen Wiederherstellung der Vorkriegssituation zu hindern. Insgesamt entwarf Reynaud in der Kammerdebatte von Ende Dezember 1929 und in einer Folge von Artikeln in der politischen Presse¹³⁵ eine außenpolitische „Doppelstrategie“ von Gesprächsbereitschaft und Widerstandsbeharren. Sie sollte auf der Basis der strukturellen Erneuerung und Stärkung des französischen Potentials unter antikomunistischem und „kapitalistischem“ Vorzeichen die Rückkehr Frankreichs in eine zumindest moralische Führungsrolle in der Welt ermöglichen. Nicht ohne durch die nationalistische, systemkritische Rechte einer allzu eifertigen Verzichtspolitik gegenüber Deutschland beschuldigt zu werden, faßte er diese Ideen unter dem Leitbegriff des „Néo-nationalisme“ zusammen.¹³⁶

„Seuls, les peuples forts et calmes peuvent utilement travailler pour la paix.“¹³⁷ – Diese Devise Tardieus bestimmte bereits die politische Zusammenarbeit mit Paul Reynaud, schon bevor dessen Berufung ins Finanzministerium Anfang März 1930 die Kooperation institutionalisierte. Sie strukturierte später die gemeinsamen argumentativen Anstrengungen im Umfeld der Ratifizierung der Haager Beschlüsse in Frankreich; sie prägte auch die politische Instrumentalisierung der finanzpolitischen Präponderanz Frankreichs als Mittel zur Eindämmung deutscher Revisi-

¹³⁴ In üblicher Prägnanz und Gedankenschärfe: Hoesch an AA, 29. 12. 1929 (ADAP B XIII, Nr. 228, S. 478). Zum Verhältnis Tardieu-Briand in bezug auf die Fortsetzung der Politik gegenüber Deutschland: Knipping, Ende der Locarno-Ära, S. 94–96; Hagspiel, Verständigung, S. 467 f.; allgemein auch Bonnefous, Histoire IV, S. 375–379. Zu stark harmonisiert das Einverständnis der beiden Politiker: Siebert, Aristide Briand, S. 523–526.

¹³⁵ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2^e séance du 24 décembre 1929, S. 4642 f. Vgl. dazu die mehrwöchige publizistische Auseinandersetzung Reynauds mit dem rechtsstehenden Herausgeber der *Revue Hebdomadaire*, François Le Grix, in deren Rahmen er seine bereits im Dezember vorgetragenen Gedanken wiederholte und systematisierte. Zur Kontroverse im einzelnen: François Le Grix, „Le blanc-seing pour La Haye“, in: *Revue Hebdomadaire*, 4. 1. 1930, S. 102–120; Paul Reynaud, „Un néo-nationalisme“, Ebenda, 25. 1. 1930, S. 487–492; François Le Grix, „Le patriotisme de la continuité“, Ebenda, 1. 2. 1930, S. 82–96; Paul Reynaud, „Le néo-nationalisme et la continuité“, Ebenda, 15. 2. 1930, S. 363–369; François Le Grix, „La continuité... des chutes ministérielles“, Ebenda, 22. 2. 1930, S. 495–498.

¹³⁶ Siehe dazu insbesondere Reynauds Ausführungen in der *Revue Hebdomadaire* vom 25. 1. und 15. 2. 1930. Zu den innenpolitischen Implikationen des außenpolitischen Programms speziell: „Puisque le destin de la France demeure, malgré tout, de vivre dangereusement, il faut soumettre la nation à un entêtement moral et, par exemple, écarter des enfants les maîtres communistes qui se refusent même à leur apprendre l'histoire de leur patrie. [...] Nous n'assurons la sécurité de la France qu'en travaillant à sa grandeur. Elle perdra sa situation privilégiée si son potentiel baisse, ou simplement n'augmente pas aussi rapidement que celui des nations concurrentes. Comment développer ce potentiel? Ferons-nous appel au capitalisme ou au marxisme? Nous avons choisi.“ (Reynaud, Un néo-nationalisme, S. 490 f.).

¹³⁷ So geäußert in Tardieus Regierungserklärung vom 7. November 1929 (*Le Temps*, 8. 11. 1929).

onsbestrebungen ab Sommer 1930.¹³⁸ Sie motivierte schließlich die geplante Einführung eines umfassenden nationalen Modernisierungsprogramms zur Erneuerung der französischen Binnenstrukturen.¹³⁹

Zur Jahreswende 1929/30 stand Paul Reynaud nurmehr eine Handbreit von der politischen Macht entfernt. Seit seinem gelungenen parlamentarischen Coup vom Sommer 1929 und dem Aufstieg in den Kreis der tonangebenden Führungsriege in der „Chambre des Députés“ gehörte er zu jenen für ein Regierungsamt in Frage kommenden „ministrables“, die bei Regierungsneubildungen nicht mehr ohne weiteres übergangen werden konnten. Bereits anlässlich der Konstituierung der elften und letzten Regierung Briand im Juli 1929 war er für den zu schaffenden Posten des „Sous-secrétaire d'Etat“ im Außenministerium ins Auge gefaßt worden¹⁴⁰; dann aber war er aufgrund der unveränderten Überführung der Regierung Poincaré in ein „Kabinett Briand ohne Poincaré“¹⁴¹ nicht zum Zuge gekommen. Als dann im November 1929 André Tardieu seine erste Mitte-Rechts-Regierung bildete, in der unter anderem Reynauds Parteikollegen Flandin und François-Poncet Minister- und Staatssekretärsposten erhielten, wäre seine Berufung nicht opportun gewesen. Angesichts der kaum verebbten landesweiten Pressekampagne gegen ihn hätte er zweifellos eine schwere Belastung für das neue Kabinett dargestellt, das ohnehin durch die fehlende Partizipation der Radikalsocialisten gefährdet war. Mehr und mehr entwickelte sich Reynaud dann in der Folge aber auch außerhalb der Regierungsverantwortung zu einer tragfähigen Stütze Tardiens in der Kammer der Abgeordneten. Und wenn die geleistete Hilfestellung wie im Falle der deutschlandpolitischen Debatte vom Jahresende 1929 sicherlich weitestgehend in sachlicher Übereinstimmung begründet war, so umfaßte sie daneben eine parlamentstaktische Komponente. Hinter ihr stand nicht zuletzt die Absicht Reynauds, sich durch erfolgreiche Zusammenarbeit für ein Ministeramt zu empfehlen.

In der Tat hatten ja seine Ausführungen vom Dezember 1929 aufgrund der innerparlamentarischen Konnotationen, die die Debatte befrachteten, zusätzliches Gewicht gewonnen. Im Oktober 1929 war Briand bekanntlich weniger aufgrund der Inhalte seiner Den Haager Verhandlungsführung als der praktizierten restriktiven Informationspolitik gegenüber der Kammer vorwiegend mit den Stimmen der sozialistischen und radikalsozialistischen Linken gestürzt worden.¹⁴² André Tardieu hatte auf außenpolitischem Gebiet nicht nur die Fortsetzung der laufen-

¹³⁸ Vgl. die Stellungnahmen Reynauds während der Ratifikationsdebatte: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2^e séance du 28 mars 1930, S. 1375–1382 sowie die Debatten des Folgetags: ebenda, 2^e séance du 29 mars 1930, S. 1408 ff.; siehe dazu auch den gemeinsamen Auftritt vor der Finanzkommission der Kammer: Archives de l'Assemblée Nationale, Commission des Finances. Procès-verbal de la 3^e séance du 21 mars 1930; ebenda, Procès-verbal de la 2^e et 3^e séance du 22 mars 1930.

Zu den komplexen politischen, finanz- und reparationstechnischen Zusammenhängen umfassend und auf breiter empirischer Basis: Philipp Heyde, *Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932*, Paderborn u. a. 1998, S. 35 ff.; Knipping, *Ende der Lorcarno-Ära*, S. 168–175; 199–202.

¹³⁹ Vgl. Kapitel VIII.2 dieser Arbeit.

¹⁴⁰ Seine Beinahe-Berufung kursierte als „On-dit“ im politisch-publizistischen Milieu: vgl. etwa *L'Humanité*, 23. 9. 1929.

¹⁴¹ Siebert, *Aristide Briand*, S. 483.

¹⁴² Ebenda, S. 521 f.; Bonnefous, *Histoire IV*, S. 367–369.

den Verhandlungen angekündigt, sondern sich demonstrativ hinter seinen Außenminister Briand gestellt, als dieser vom rechten Kammerflügel zur Revision seiner Politik des Entgegenkommens gegenüber Deutschland aufgefordert worden war. Eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse war nun angesichts der wochenlang äußerst unklaren Situation dringend nötig. Die Mitte-Rechts-Mehrheit der Kammer, auf die sich Tardieu in erster Linie stützte, trug die Fortführung der Locarno-Politik eher aus Loyalität zum Regierungschef denn aus Überzeugung mit: Bereits Anfang November hatte es einer „oratorischen Meisterleistung“ Briands bedurft, damit das Kabinett nicht über die Deutschlandfrage zu Fall kam. Dagegen ging die sozialistische und die bürgerliche Linke aus Mißtrauen gegenüber dem neuen Regierungschef auf Distanz zu einer Politik, die im Prinzip die eigene war.¹⁴³ Vor dieser Konstellation zielten Reynauds Intervention und ein von ihm eingebrachter, sachlich kaum motivierter Antrag zur Reduzierung des Budgets des Außenministeriums auf eine letzte Klärung der Geister und der parlamentarischen Fronten am Vorabend der zweiten Konferenz von Den Haag.¹⁴⁴ Das Manöver gelang: Gestützt auf ein „überraschend großes Vertrauensvotum“¹⁴⁵ beider Kammern, die sich am 20. bzw. 27. Dezember 1929 klar für das Programm Tardieus aussprachen, konnte der Ministerpräsident Anfang Januar 1930 in die niederländische Hauptstadt aufbrechen.¹⁴⁶ Zu seiner Delegation gehörte auch der Abgeordnete Paul Reynaud.¹⁴⁷

Der „Lohn“ für Reynauds Loyalität kam, nachdem Tardieus erste Regierung über der Unnachgiebigkeit ihres Finanzministers Chéron in Budgetfragen Mitte Februar 1930 zu Fall gekommen war.

¹⁴³ Zu den Schwierigkeiten Tardieus und Briands, dem Kabinett die Unterstützung der eigenen Mitte-Rechts-Mehrheit für die anvisierte Deutschlandpolitik zu verschaffen, nachdem die Radikalsozialisten und selbst die Gruppierung Briands, die „*Républicains socialistes*“, sich von der als zu weit rechtsstehend eingestuften Regierungsformation distanziert hatten vgl. die Berichte des deutschen Botschafters vom 7. und 9. November sowie vom 29. Dezember 1929 (Hoesch an AA, 7. 11. 1929, ADAP B XIII, Nr. 107, S. 232 f.; Hoesch an AA, 9. 11. 1929, Ebenda, Nr. 113, S. 245–249 (Zitat S. 245); Hoesch an AA, 29. 12. 1929, Ebenda, Nr. 228, S. 477–480, hier: S. 477).

¹⁴⁴ Vgl. dazu die aufschlußreiche Analyse von François Le Grix, „*Le blanc-seing pour La Haye*“, in: *Revue Hebdomadaire*, 4. 1. 1930. Ein Hinweis auf Reynauds Absichten auch in: Reynaud, *Mémoires* I, S. 286. Zu seinem Antrag: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e séance du 27 décembre 1929.

¹⁴⁵ So Botschafter von Hoesch an das Auswärtige Amt, 29. 12. 1929 (ADAP B XIII, Nr. 228, S. 477).

¹⁴⁶ Zum Ausgang der entscheidenden Abstimmungen in *Chambre des Députés* und *Senat*: Bonnefous, *Histoire* IV, S. 380 f.

¹⁴⁷ Dies nach eigener Aussage Tardieus anlässlich seiner Anhörung zum Youngplan vor den gemeinsam tagenden Ausschüssen für Finanzen und Auswärtiges der Kammer der Abgeordneten am 21. März 1930 (Archives de l'Assemblée Nationale, Commission des Finances, Procès-verbal de la 3^e séance du 21 mars 1930).



Ein Familienbild. Stehend vor der Fassade: Vater Alexandre und Bruder Albert, sitzend rechts die Mutter Amélie, neben ihr Paul Reynaud. Um 1890.

Privatbesitz Madame Evelyne Demey



Als Soldat im Ersten Weltkrieg.
Service Historique de l'Armée de Terre, Vincennes

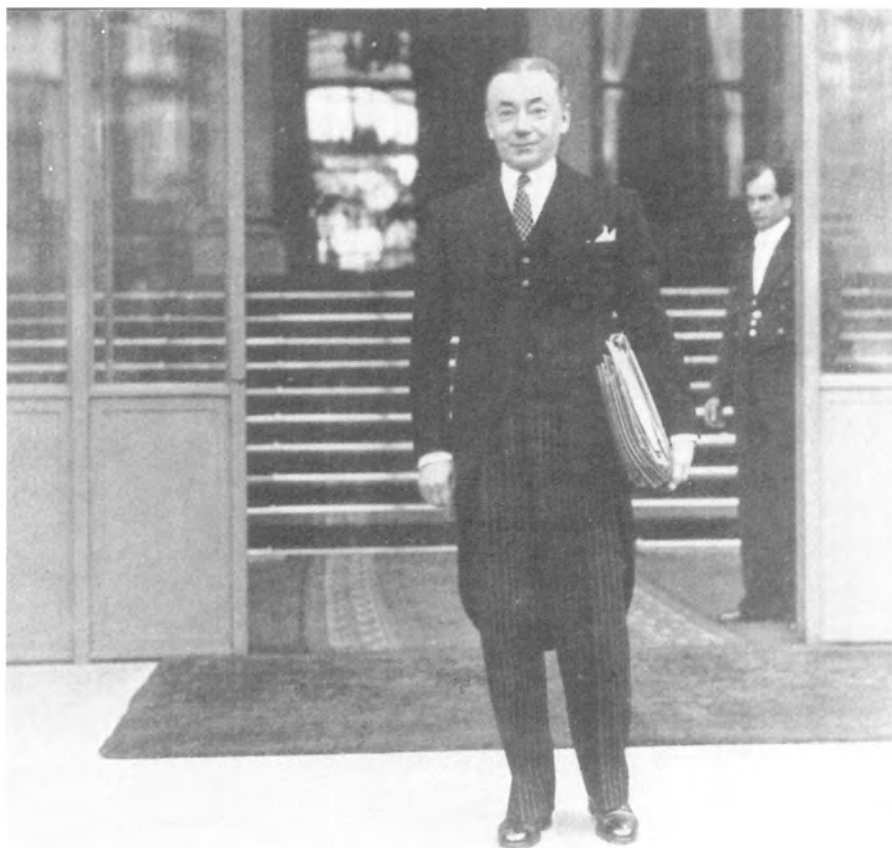


Beim Festzug aus Anlaß des 700. Jahrestags der Gründung von Barcelonnette. Reynaud wird flankiert von Senator André Honnorat (links), Bürgermeister Rémy Reynaud und Conseiller Général Paul Gassier (rechts), August 1931.
Musée de la Vallée, Barcelonnette



Kolonialminister Reynaud während seiner Indochinareise im Oktober/November 1931. Besuch der Ruinen des Tempels von Angkor (Kambodscha).

Agence Keystone, Paris



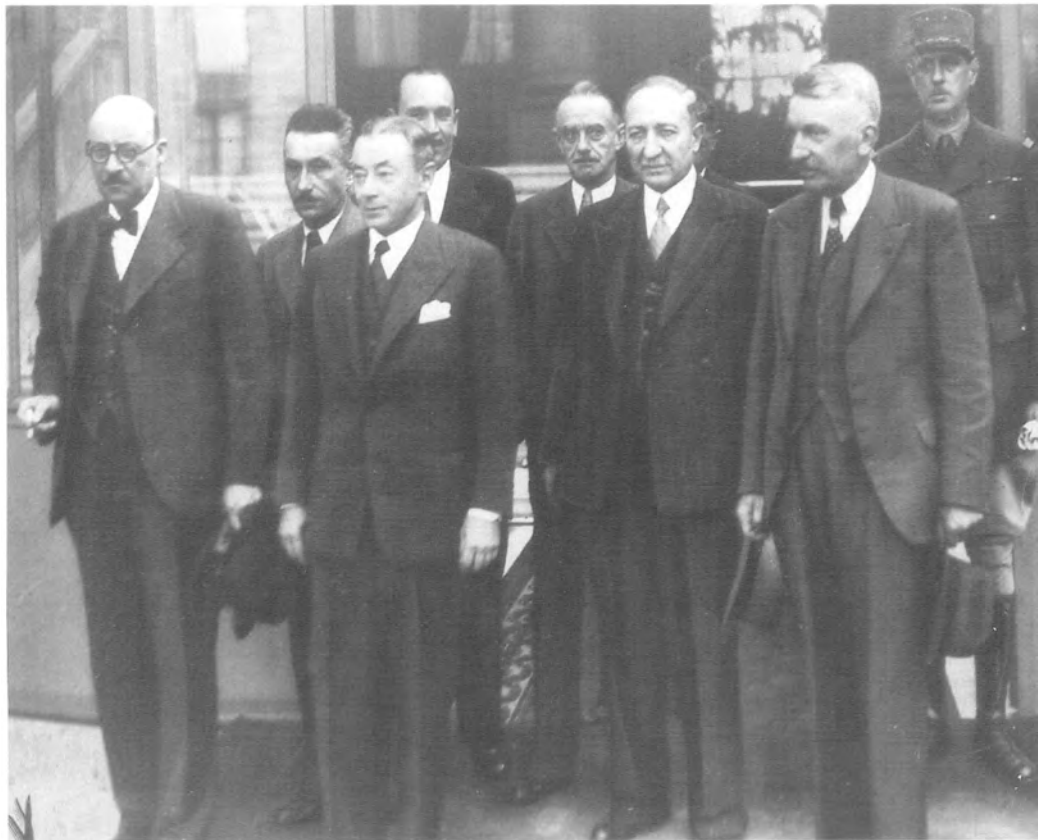
Reynaud verläßt den Élysée-Palast, nachdem Staatspräsident Lebrun seine „Décrets-lois“ zur Neuorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik unterzeichnet hat, 12. November 1938.

Flammarion, Paris



Nach Ende einer Besprechung am 21. Mai 1940. Von links nach rechts: General Weygand, Paul Baudouin, Paul Reynaud, Marschall Pétain.

Agence Keystone, Paris



Mitglieder des Kabinetts Paul Reynaud, 6. Juni 1940. Von links nach rechts:
Ludovic Oskar Frossard, Albert Chichery, Paul Reynaud, Jean Prouvost, André
Février, Yvon Delbos, Georges Pernot, Charles de Gaulle.

Agence Keystone, Paris



Paul Reynaud in seinen letzten Lebensjahren.
Privatbesitz Madame Evelyn Demey

VIII. Die Bewährung in der Regierungsverantwortung: Finanzminister im zweiten Kabinett Tardieu 1930 – Kolonialminister unter Laval 1931/32

1. Personelle Konstellation und politische Ausgangslage

André Tardieu gehörte zu den herausragendsten politischen Figuren der Dritten Republik, vor dessen Begabung und Format selbst der nicht durch mangelndes Selbstbewußtsein gehemmte Reynaud sich eingestandenermaßen mit der Rolle des „treuen Zweiten“ zufriedengab.¹ Dem Milieu der Pariser Großbourgeoisie entstammend, hatte der um zwei Jahre Ältere dank seiner vielseitigen Fähigkeiten und der weitreichenden Beziehungen seiner Familie den Weg in die Politik auf vergleichsweise unkonventionelle Art gefunden. Jeweils Jahrgangsbester in den Concours für die Aufnahme in die „Ecole Normale Supérieure“ bzw. den diplomatischen Dienst, hatte er als 22-jähriger 1899 beide Optionen zugunsten einer Tätigkeit im Umfeld Waldeck-Rousseaus aufgegeben. Nach 1901 erwarb er sich als politischer Journalist und Verfasser außenpolitischer Leitartikel zunächst für *Le Figaro*, schließlich für *Le Temps* den Ruf eines versierten und gewichtigen Kommentators internationaler Politik. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterbrach die politische Karriere Tardieus, der im April 1914 unter liberaler Etikettierung zum Abgeordneten des Départements Seine-et-Oise gewählt worden war, nur kurz. Nach nur knapp einjährigem Dienst in der Entourage Fochs und als Kompaniechef an der Front kehrte er 1915 ins Parlament zurück. Im Juni 1917 verließ er Frankreich als neuer Hochkommissar in den USA mit der Aufgabe der Koordination der Kriegsanstrengungen beider Staaten. Das Vertrauen Clemenceaus, das er sich im Rahmen dieser Tätigkeit erwarb, führte Tardieu ab Ende 1918 an die Spitze des Expertenkomitees zur Vorbereitung der französischen Vorschläge für die Friedenskonferenz; an deren Beratungen nahm er als einer der Vertreter Frankreichs teil.

Seinen Ruf als Gefolgsmann des „Tigers“, in dessen Regierung er ab November 1919 für kurze Zeit das Amt des Ministers für die befreiten Regionen innehatte, befestigte er in den Folgejahren durch eine publizistisch-parlamentarische Kampagne zugunsten der rigiden Durchsetzung der Versailler Vertragsbestimmungen. Sie brachte ihn während der Legislaturperiode 1919–24 in Gegensatz zu Briand, Millerand und Poincaré. Die polemische Schärfe seiner Sprache und die Härte der ausgesprochenen Verdikte gegen Politiker der Mitte und der parlamentarischen

¹ Reynaud an Tardieu, 13. 7. 1932 (AN, 324 AP 133).

Linken machten ihn wie Georges Mandel – dieser ebenfalls ein ehemaliger Mitarbeiter Clemenceaus – zum Außenseiter im politischen Leben Frankreichs der frühen zwanziger Jahre. In der Folge verlor Tardieu 1924 sein Parlamentsmandat, gewann es allerdings bereits 1926 bei Nachwahlen in Belfort nach fulminantem Wahlkampf zurück. Im gleichen Jahr trat er als Minister für öffentliche Arbeiten, schließlich ab 1928 als Innenminister im Kabinett Poincaré in eine neue, gemäßigtere Zwischenphase seines politischen Lebens. Bis Juni 1932 blieb er nun fast ununterbrochen als Minister verschiedener Ressorts oder als Regierungschef an den Schalthebeln der Macht. Mit Beginn seiner Kabinetttätigkeit bereits und nicht erst ab 1934, als er mit seinen Ideen zur Staatsreform verstärkt an die Öffentlichkeit trat, leitete er Maßnahmen zur strukturellen Modernisierung Frankreichs in die Wege, zunächst insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrswesens. Konsequenterweise stellte Tardieu seine drei Ministerpräsidentenschaften – von November 1929 bis Februar 1930, von März bis Dezember 1930 und von Februar bis Mai 1932 – unter das leitende Motiv einer umfassenden Erneuerung Frankreichs.²

Durch Poincaré als Nachfolger „designiert“ und unterstützt von der Mehrheit der gemäßigten Rechten bis hinein in den rechten Flügel der Radikalsozialisten, gelangte Tardieu erst nach einer der längsten Regierungskrisen der Dritten Republik in sein neues Amt.³ Zum bevorzugten, als Prototyp des „Reaktionärs“ gebrandmarkten Gegner der Linken war er spätestens seit seiner Innenministerzeit geworden. Seither war in deren Reihen zum ohnehin genährten latenten Mißtrauen gegen den privilegierten, provozierenden Repräsentanten der „dynasties bourgeoises“ die offene Feindschaft gegen den erklärten Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung getreten, der im Vorfeld der Maikundgebungen des Jahres 1929 vor autoritärer Repressionspolitik nicht zurückgeschreckt hatte.⁴ Die Daueropposition der Radikalsozialisten, die sich als stärkste Kammerfraktion zunächst seiner Berufung, schließlich seinen Reformplänen widersetzen, führte zum raschen Sturz seines ersten Kabinetts nach nur drei Monaten. Sie stellte darüber hinaus alle drei Amtszeiten unter einen ungünstigen Stern.⁵

Als Paul Reynaud am 2. März 1930 zum Finanzminister im zweiten Kabinett Tardieu berufen wurde, fand er eine komplexe innen- und finanzpolitische Situation vor, geprägt von den Vorgaben und den Umständen des Sturzes der ersten Regierung Tardieu sowie durch deren finanzpolitisches Erbe. Hierzu zählten in erster Linie die anstehende parlamentarische Durchsetzung eines ehrgeizigen Er-

² Zum äußeren Werdegang Tardieus vgl. Monnet, *Refaire la République*, bes. S. 49–72; als neuere Handbuchdarstellungen: Nicolas Roussellier, Tardieu André, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 1001–1003; Adrian Rossiter, Tardieu, André, in: David S. Bell/Douglas Johnson/Peter Morris (Hg.), *Biographical Dictionary of French Political Leaders since 1870*, New York u. a. 1990, S. 408–410.

³ Die Krise dauerte ganze siebzehn Tage, während derer sowohl das Projekt einer Linkskoalition mit sozialistischer Beteiligung unter Daladier als auch dasjenige einer radikalsozialistisch dominierten Regierung Clémentel schließlich der Mitte-Rechtskoalition Tardieus weichen mußten. Zur „Designation“ durch Poincaré und zu Tardieus Klientel im Parlament vgl. Louis Latzarus, „La situation de M. Tardieu“, in: *Revue Hebdomadaire*, 9. 4. 1927, S. 246–248; Monnet, *Refaire la République*, S. 100f.

⁴ Zu Tardieus Innenministerzeit: Monnet, *Refaire la République*, S. 58.

⁵ Zur Haltung des Parti Radical gegenüber den ersten beiden Kabinetten Tardieus vgl. Berstein, *Parti Radical II*, S. 154–157 und 160–167.

neuerungsprogramms in Verbindung mit einer großangelegten Steuerreform.⁶ Es wird sich im folgenden zeigen, daß diese erste Ministerzeit Reynauds aufgrund mannigfacher sachgebotener und durch Kabinettsdisziplin auferlegter Zwänge wohl jene Periode seines bisherigen politischen Lebens darstellte, die ihm am wenigsten Freiräume zur Entwicklung eigenständiger Ansätze ließ.

Das fünftägige Intermezzo der Regierung des radikalsozialistischen Parteichefs Camille Chautemps – Tardieu stürzte am 17. Februar, Chautemps amtierte vom 21. bis 25. des Monats – hatte die programmatischen Dispositionen Tardieus nicht grundlegend verändert, dessen Aussichten auf eine Fortsetzung seiner Arbeit nicht vermindert. Ohnehin hätte der Ministerpräsident bereits im November 1929 eine spätere Berufung vorgezogen, da er hoffte, nach der raschen „Abnutzung“ einer Linksregierung um so dauerhafter an der Macht zu bleiben.⁷ Ein „Zwischenakt Chautemps“ galt deshalb nach dem Sturz Tardieus in dessen Umgebung als geradezu wünschenswert, um für die Zukunft die Option eines radikalsozialistisch dominierten Kabinetts weitestgehend auszuschließen. Auch Reynaud, einmal mehr nützlicher Helfer im Hintergrund, machte in diesem Sinne Stimmung und intervenierte erfolgreich bei Staatspräsident Doumergue, um eine entsprechende Lösung anzuregen.⁸

Die indirekte Stärkung Tardieus nach dem Scheitern seines Nachfolgers, die erreichte klare Scheidung von Anhängern und Gegnern des neuen Kabinetts und die auf seiten der Linken gewonnene Überzeugung, daß die Rückkehr zu einer am Vorbild des „Cartel des Gauches“ orientierten Koalition für die Dauer der Legislaturperiode endgültig unmöglich geworden sei⁹, legten den Grund für die erbiteterten und nicht immer aus Sachfragen hinreichend gerechtfertigten innenpolitischen Auseinandersetzungen, in die Tardieu und sein Finanzminister in der Folge einzutreten hatten. Die besorgte Kampfansage Léon Blums vom März 1930 war symptomatisch für die Wahrnehmung des politischen Profils des neuen Kabinetts im Lager der Linken: „Avec ou sans Briand, [...] le second ministère [Tardieu, A.d.V.] est un gouvernement de réaction pure et simple. Il nous reporte à plus de cinquante ans en arrière. Ni Rouvier, ni Méline, ni M. Millerand au lendemain des élections du 16 novembre, ni M. Poincaré au lendemain du Congrès d'Angers, ni Tardieu lui-même il y a trois mois, n'avaient osé gouverner avec l'unanimité des

⁶ Diese erste Finanzministerzeit Reynauds fand bisher in der vorliegenden wirtschafts- und finanzgeschichtlichen Literatur zur französischen Zwischenkriegszeit noch keine eingehendere Berücksichtigung. Hinweise finden sich bei Sauvy, Asselain, Caron.

⁷ Entsprechende Andeutungen hatte Tardieu gegenüber Hoesch und Curtius gemacht (Hoesch an AA, 23. 2. 1930; PA-AA, R 70721).

⁸ „M. Paul Reynaud, qui passe, au centre, pour un manoeuvrier très malin, expliquait hier à ses amis pourquoi il était à souhaiter: 1. que M. Tardieu ne fut pas rappelé tout de suite à l'Elysée ou, s'il était rappelé, qu'il n'acceptât pas tout de suite de constituer le nouveau Ministère; 2. que le Président de la République commençât par charger le président des radicaux socialistes, M. Chautemps de former le Cabinet. „Il est absolument nécessaire, déclarait M. Paul Reynaud, de „vider“ les radicaux socialistes pour commencer; ensuite le terrain sera déblayé. Tel a été le sens de ma conversation avec le Président de la République et tel est aussi, je crois pouvoir le dire, le sentiment intime de M. Tardieu. [...] Quand il sera ainsi bien évident qu'un gouvernement dirigé par les radicaux socialistes est impossible à constituer ou incapable de vivre, les radicaux socialistes nous ficheront un peu la paix.“ (Bericht der Sureté vom 20. 2. 1930; AN, F⁷12957).

⁹ Über diese Stimmungslage berichtete Botschafter von Hoesch nach entsprechenden Sondierungen und Gesprächen unter anderem mit Chautemps (Hoesch an AA, 27. 2. 1930; PA-AA, R 70721).

droites, contre l'unanimité des gauches républicaines. [...] Entendu. Va pour la lutte. Nous y sommes prêts.“¹⁰ Die Auffassung einer scharfen Polarisierung der politischen Landschaft auch im tieferen Sinne einer sich anbahnenden sozialkonservativen Wende dominierte die Einschätzung Blums: „Les chefs véritables du gouvernement, c'est-à-dire Tardieu, Maginot, Paul Reynaud, François-Poncet, ont pour objectif certain de préparer dans le Parlement et dans le pays une coupure politique nouvelle. Non plus le cartel et l'anticartel, non plus la majorité et l'opposition actuelles de la Chambre, mais une masse de conservation sociale d'un côté et la masse de transformation révolutionnaire de l'autre.“¹¹ Paul Reynaud als an zentraler Stelle agierender Verteidiger eines „régime de la propriété capitaliste“¹² – diese Kategorisierung sollte ihm von nun an auf Dauer anhaften.

A priori unter dem Verdacht der reaktionären Rückwendung stehend und deshalb weitgehend auf eine „unvermischte Rechtsmajorität“¹³ in der Kammer angewiesen, verwandte Tardieu während der Dauer seiner Amtszeit ein hohes Maß an Energie darauf, den ihm gegenüberstehenden „Linksblock“ personell zu schwächen und durch programmatisches Entgegenkommen zu spalten.¹⁴ Aus dieser Taktik erwuchs eine wesentliche finanzpolitische Vorgabe für die Arbeit Reynauds. Direkter Anlaß für die Ablösung Tardieus im Februar 1930 war die budgetpolitische Unnachgiebigkeit seines Finanzministers Henry Chéron gewesen, der sich geweigert hatte, einer durch die radikalsozialistisch dominierte Finanzkommission geforderten, großzügigeren Gestaltung des geplanten Gesetzes zur Schaffung einer Altersrente für ehemalige Kriegsteilnehmer zuzustimmen. Am Ursprung der aufbrechenden Dissonanzen hatte freilich ein tiefergreifender Konflikt finanztheoretischer Art gestanden: Gestützt auf einen laut eigenem Bekunden auf stattliche 18 Milliarden Francs angewachsenen Überschuß an staatlichen Mitteln, hatte Chéron eine Politik des Budgetgleichgewichts und der Staatsentschuldung gegenüber der bewußten Inkaufnahme eines Defizits favorisiert. Nach den Vorstellungen der Finanzkommission hätte es durch die Auflage einer neuen Staatsanleihe im Wert von 1,15 Milliarden finanziert werden sollen. Unnachgiebig betrachtete es Chéron hingegen als seine Pflicht, „d'épargner pour éviter l'emprunt. Peu m'importe qu'on m'ait critiqué si j'ai rempli ce devoir! [...] Oui, je monte la garde autour de ce trésor et je n'y laisserai pas porter atteinte.“¹⁵ Als er in

¹⁰ Léon Blum, „De cinquante ans en arrière“, in: *Le Populaire*, 3. 3. 1930. Wiedergedruckt in: *L'Oeuvre de Léon Blum*. Band III, 2 (1928–1934), Paris 1972, S. 240f. (Zitat S. 241).

¹¹ Léon Blum, „L'intérêt présent du socialisme“, in: *Le Populaire*, 10. 5. 1930. Wiedergedruckt in: Ebenda, S. 247–249 (Zitat: S. 247).

¹² Ebenda, S. 248.

¹³ Hoesch an AA, 29. 12. 1929 (ADAP B XIII, Nr. 228, hier: S. 479).

¹⁴ Zum Werben Tardieus um „Abtrünnige“ aus der bürgerlichen Linken vgl. Hoesch an AA, 3. 3. 1930 (PA-AA, R 70721; dort auch das Zitat).

¹⁵ So der Finanzminister in der entscheidenden Finanzdebatte vom 14. Februar 1930; zitiert nach Bonnefous, *Histoire politique* V, S. 12. Allgemein zur Haltung Chérons und zu den daran sich anschließenden Debatten in Finanzkommission und Plenum: Ebenda, S. 10–14. Die Vorbehalte gegen die Finanzpolitik Chérons blieben nicht auf die Opposition beschränkt, sondern reichten nach Informationen der „Sûreté“ bis in das Umfeld Tardieus und die Beamtenschaft des Finanzministeriums; vgl. die Berichte „A. 1441. Politique financière“ vom 8. 2. 1930 und „A. 1578. Sur la politique financière de M. Chéron et à propos de 'La Retraite des Combattants'“, 12. 2. 1930 (AN, F⁷12957).

Zum Verlauf der Regierungskrise und zu den Gründen für den Sturz der ersten Regierung Tardieu auch: Hoesch an AA, 23. 2. 1930 (PA-AA, R 70721).

Fortsetzung dieser Haltung und in Abwesenheit des Ministerpräsidenten am 17. Februar das Vertrauen der Kammer einforderte, stürzte das Kabinett über eine letztlich zweitrangige Budgetfrage.

Der Nachfolger Reynaud trat mit der Vorgabe einer flexibleren Handhabung des Prinzips des Budgetgleichgewichts an. Als das Finanzgesetz für das Haushaltsjahr 1930/31 schließlich am 14. April 1930 verabschiedet wurde, wies es tatsächlich kaum mehr Ähnlichkeit mit dem Gesetzesprojekt auf, das Henry Chéron bereits im März 1929 vorgelegt hatte. Nicht nur war auf Wunsch Tardieus und mit Einverständnis Reynauds der relativ unbedeutende Ausgabentitel aufgenommen worden, der im Februar so unverhältnismäßige Wirkung gezeitigt hatte. Nach über einjähriger Beratungszeit, unterbrochen durch vier Regierungskrisen, umfaßte der unter Chéron auf 48 Milliarden Francs veranschlagte Ausgabenbereich zudem eine um vier Milliarden höhere Summe.¹⁶ Erstmals seit 1926, als mit den Poincaréschen Stabilisierungsmaßnahmen ein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt hatte, der bis einschließlich des Budgetjahrs 1929/30 regelmäßig Haushaltsüberschüsse bewirkte, kehrte im Amtsjahr Reynauds das Defizit in die französischen Staatsfinanzen zurück.¹⁷ Ein Bündel von miteinander verflochtenen Faktoren war verantwortlich dafür: die von Modernisierungsoptimismus getragene Erhöhung der Staatsausgaben nicht nur auf Initiative der Regierung hin, zum einen; sie verband sich zum anderen mit erheblichen Einnahmeverlusten und den ersten Vorboten der großen Wirtschaftskrise. Jene spiegelten sich bereits im Verlauf des Jahres 1930 in deutlich nach unten verlaufenden Wirtschaftsindices.¹⁸ Unabweisbar aber ist auch, daß mit dem Abgang Chérons die Ära der Finanzpolitiker „alter Schule“ ihr Ende gefunden hatte.¹⁹

Ziel der folgenden Darlegungen kann es nicht sein, ein umfassendes wirtschafts- und finanzhistorisches Resümee der knapp zehnmonatigen Amtszeit Reynauds zu bieten. Entsprechend der Erkenntnisabsicht dieser Arbeit sollen hingegen die politischen Voraussetzungen und Implikationen seines finanzpolitischen Handelns beleuchtet werden. Eine allmählich sich schließende „Schere“, die dem politischen Erneuerungswillen wachsende finanzpolitische Zwänge entgegenstellte, verminderte ehemals vorhandene, doch insbesondere im öffentlichen Bewußtsein noch fortwirkende Handlungsspielräume. Die verantwortliche politische Leitung des Finanzressorts gewann somit vermehrtes Gewicht gerade zu einem Zeitpunkt, da die seit 1929 eingeleitete Lockerung der Austeritätspolitik Poincarés aufgrund des bis dahin erzielten Aufschwungs endlich in größerem Umfange möglich schien.

¹⁶ Bonnefous, *Histoire politique* V, S. 24–27.

¹⁷ Eine Übersicht über die Entwicklung des französischen Staatshaushalts seit Ende des Ersten Weltkriegs mit genauen Zahlenangaben findet sich bei Sauvy, *Histoire économique* I, S. 363–376, Band III, S. 380f. Hiervon abweichende Angaben über die Höhe der erwarteten Staatseinnahmen für das Haushaltsjahr 1930/31 bietet Bonnefous, *Histoire* V, S. 26. Vgl. auch Kenneth Mouré, *Managing the franc Poincaré. Economic understanding and political constraint in French monetary policy, 1928–1936*, Cambridge 1991, S. 156–159; Michel Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952*. 2 Bände, Paris 1991, hier: Band I, S. 37–39.

¹⁸ Sauvy, *Histoire économique* I, S. 369; Mouré, *Managing*, S. 159f.

¹⁹ Sauvy, *Histoire économique* I, S. 116f.

2. Finanzpolitik in Zeiten beginnender wirtschaftlicher Depression

a) „Politique de prospérité“ und „Plan d'outillage national“: Modernisierung im Zeichen der sich anbahnenden Krise

Im Mittelpunkt der Regierungserklärung Tardieus vom 7. November 1929 hatte ein innerhalb von fünf Jahren umzusetzender „Plan d'outillage national“ gestanden. Er sah den genau spezifizierten Einsatz von fünf Milliarden Francs auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Gesundheits- und Erziehungswesens sowie der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen vor. Das solcherart angeschnittene Thema bildete keineswegs ein willkürlich gewähltes Element publikumswirksamer Selbstdarstellung eines ehrgeizigen Regierungschefs: Seit geraumer Zeit bereits hatte die Erneuerungsbedürftigkeit der wirtschaftlichen Strukturen Frankreichs Eingang in den politischen Diskurs gefunden, insbesondere nachdem klar geworden war, daß der seit Vorkriegszeiten spürbare und durch Kriegseinwirkung eklatant verschärfte Nachholbedarf auch über regional begrenzte Wiederaufbauprogramme nicht hatte abgedeckt werden können. Kaum umsetzbar während der Perioden wirtschaftlicher Depression, geriet das Thema zur Chefsache, als mit Tardieu ein auf Modernisierungsfragen bereits „spezialisierte“ Politiker antrat. Der Zustand der Staatsfinanzen schien das großangelegte Unterfangen zu rechtfertigen: Finanziert werden sollte das Vorhaben nicht durch die Ausgabe von Anleihen oder über Steuererhöhungen, sondern durch die Inanspruchnahme der seit 1928 angesammelten Überschüsse im Staatshaushalt. Unter der optimistischen Parole einer „politique de la prospérité“ kündigte Tardieu darüber hinaus wesentliche Steuererleichterungen in Höhe von 3,4 Milliarden Francs an und versprach unter anderem den Ausbau des Sozialversicherungswesens und allgemeine Maßnahmen zur Staatsreform.²⁰

Nur zwei Wochen nach dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse vom 25. Oktober 1929 der Öffentlichkeit vorgestellt, trug Tardieus Vorhaben den Stempel jener vordem „prosperierenden Welt“²¹, für die es erdacht worden war. Tatsächlich hatten sich ja die Krisenanzeichen, die sich in Deutschland, den Vereinigten Staaten und in Belgien bereits im Jahresverlauf 1929 in Form des Verfalls von Aktienwerten und des Rückgangs der Industrieproduktion verdichtet hatten, zu diesem Zeitpunkt in Frankreich noch kaum bemerkbar gemacht. Im Gegenteil, alle Indikatoren schienen zunächst noch darauf hinzudeuten, daß Frankreich weitgehend verschont bleiben würde. Der Industrieproduktionsindex erreichte

²⁰ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 7 novembre 1929, S. 2999–3001 (Zitat: S. 3001). Zu den Reformplänen Tardieus allgemein: Sauvy, Histoire Economique I, S. 107–118 und 448f.; Monnet, Refaire la République, S. 103–105 und 137–174; Julian Jackson, The politics of depression in France 1932–1936, Cambridge 1985, S. 23 und 32–34; Monique Clague, Vision and Myopia in the New Politics of André Tardieu, in: French Historical Studies 8 (1973/74), S. 105–129. Zum „Plan d'outillage national“ bietet nach wie vor den detailliertesten Aufschluß: Pierre Saly, La politique des Grands travaux en France, 1929–1939, New York 1977 sowie Ders., La politique française des grands travaux 1929–1939 fut-elle keynésienne?, in: Revue économique 31 (1980), S. 706–742.

²¹ Jackson, Politics of depression, S. 23.

im Juni 1930 einen neuen Höchststand seit Ende des Großen Krieges und sank erst ab Herbst des Jahres deutlich ab; besonderes Wachstum hatten insbesondere neue Industriezweige wie die Automobil-, die Elektro- und die Erdölbranche verbuchen können. Während in Deutschland und in den USA die Industrieproduktionsraten gegen Ende 1930 um 30% gegenüber den Werten von 1929 zurückgegangen waren, betrug der Rückgang in Frankreich im gleichen Zeitraum nur 7%. Die Preise im Einzelhandel stiegen dort nicht vor Dezember 1930 signifikant an, und selbst der Prozentsatz an Arbeitslosen, der in den USA bis Ende 1930 im Verlauf eines Jahres von 8,2 auf 14,5% angewachsen war, nahm in Frankreich erst ab Oktober 1930 deutlich zu.²²

Tardieus „Plan d'outillage national“ war der Kammer der Abgeordneten am 25. November 1929 in Form eines Gesetzesvorschlags vorgelegt worden und bei der Opposition auf äußerst kritische Resonanz gestoßen. In der Folge wurden in der Kammer allein 124 Abänderungsvorschläge und drei Gegenprojekte aus den Reihen der Sozialisten, der Radikalsozialisten und der „Socialistes français“ diskutiert, bevor ein modifiziertes Regierungsprojekt am 8. Juli 1930 erneut ins Parlament gelangte.²³ Zuvor hatten Tardieu und Reynaud in mehreren Anhörungen vor der den Plänen ablehnend gegenüberstehenden Finanzkommission das Projekt verteidigt – allerdings ohne dauerhaften Erfolg. Aufgrund der dilatorischen Taktik der Kommission und vorgezogenen, schier endlosen Plenumsdebatten über die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel verzögerte sich die Beratung des Gesetzes bis in den November 1930 und konnte vor dem Sturz der Regierung Tardieu im Dezember nicht mehr abgeschlossen werden. Unter den folgenden Kabinetten Steeg und Laval zerfaserte das Projekt in eine Fülle von Einzelkrediten, die mit dem ursprünglichen Ensemble nurmehr entfernte Ähnlichkeit hatten. Bis Ende 1931 veränderte es schließlich seinen Charakter mehr und mehr in Richtung eines Investitionsprogramms zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.²⁴

Reynauds Rolle während der Diskussionen in Finanzkommission und Plenum bestand aufgrund der Tatsache, daß das Projekt zur großen Verärgerung Tardieus niemals in seiner Gesamtheit und im einzelnen diskutiert wurde, nur zum Teil in der Offenlegung der geplanten Verwendung der vorgesehenen Mittel.²⁵ Auch in den Reihen der Opposition nämlich gestand man durchaus die Notwendigkeit

²² Charles P. Kindleberger, *The World in Depression, 1929–1939*, Berkeley 1973, S. 116; Sauvy, *Histoire économique I*, S. 114–116, III, S. 305 und 315; Jackson, *Politics of depression*, S. 23 f.; Mouré, *Managing*, S. 13; Braudel/Labrousse, *Histoire économique et sociale IV/2*, S. 646 ff. Ausgehend von frühen Krisenanzeichen in bestimmten, exportorientierten Industriezweigen zweifelt im Gegensatz zur übrigen Forschung an einem späteren Krisenbeginn in Frankreich: Jacques Marseille, *Les origines 'inopportunes' de la crise de 1929 en France*, in: *Revue économique* 31 (1980), S. 648–684; Ders., *Crise de 1929*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 238–241.

²³ Vgl. JO, *Chambre des Députés, Documents parlementaires, Annexe 2479: Projet de loi relatif au perfectionnement de l'outillage national*; das revidierte Gesetzesprojekt findet sich in: JO, *Chambre des Députés, Documents parlementaires, Annexe 3388*, S. 844–846.

²⁴ Monnet, *Refaire la République*, S. 140–143; Bonnefous, *Histoire politique V*, S. 39–42; Jackson, *Politics of depression*, S. 31 f.

²⁵ Zur Haltung Reynauds vgl. insbesondere seine Stellungnahmen in den Kammerdebatten vom 26., 27., 28. November sowie vom 4. Dezember 1930 (JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 novembre 1930*, S. 3585–3589; Ebenda, *Séance du 27 novembre 1930*, S. 3594–3606; Ebenda, *1^{re} séance du 28 novembre 1930*, S. 3642 f. und Ebenda, *1^{re} séance du 4 décembre 1930*, S. 3727–3731).

wirtschaftlicher Strukturreformen zu und richtete Kritik in erster Linie gegen den vorgeschlagenen Finanzierungsmodus. Während man seit Ende 1929 deshalb die Aufnahme neuer Staatsanleihen als effektivere und einträglichere Lösung verteidigt hatte, ging man im Juni 1930 in die Offensive, stellte das Vorhandensein der nötigen staatlichen Mittel grundsätzlich in Frage und forderte eine anleihengetstützte Ausweitung des Programms.²⁶ So hatte sich der Finanzminister in allererster Linie mit der Klarstellung der finanzpolitischen Grundlagen der Regierungspolitik zu beschäftigen. Das Prinzip des Budgetgleichgewichts und die Möglichkeit seiner Aufrechterhaltung ohne neue Staatsverschuldung nahmen in Reynauds Argumentation den zentralen Platz ein.

Die finanzpolitische Orthodoxie Reynauds in diesem Punkt entsprach der Haltung Tardieus und dominierte in allen seinen Äußerungen des Jahres 1930: Wie sein Ministerpräsident lehnte Reynaud den Rückgriff auf neue Anleihen oder die bewußte Inkaufnahme eines Budgetdefizits strikt ab und favorisierte statt dessen die kontinuierliche Amortisierung der aufgelaufenen Staatsschuld.²⁷ Damit vertrat er ein Prinzip der traditionellen Finanzlehre, das mit der Großen Krise und der daraus erwachsenen Neuorientierung der Finanzwissenschaft um Keynes im angloamerikanischen Raum bald in Frage gestellt, in Frankreich jedoch auf Kabinetts-ebene, unter der traditionalistisch orientierten Beamtenschaft des Finanzministeriums, in der Leitung der „Banque de France“ und in der einflußreichen Wirtschaftspresse noch lange darüber hinaus als Kristallisationspunkt „vernünftiger“ Finanzpolitik und favorisiertes Präventivmittel zur Krisenabwehr fortbestand.²⁸ De facto bereits ab dem Haushaltsjahr 1930/31 zunehmend ausgehöhlt und nurmehr auf dem Papier parlamentarisch verabschiedeter Haushaltspläne existierend²⁹, erlitten dieses Prinzip und die damit verbundene Deflationspolitik diverser rechter Regierungen im Mai 1935 ihren entscheidenden Rückschlag: Erstmals seit 1926 war der regelmäßige Rückgriff auf Vorschüsse seitens der Bank von Frankreich zum Zwecke des Budgetausgleichs nicht mehr zu umgehen.³⁰ Das Beharrungsvermögen der Doktrin des ausgeglichenen Staatshaushalts lag wesentlich in Faktoren begründet, die über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus in den Bereich des Psychologischen und der politischen Traditionsbildung reichten. Im Verständnis jener bürgerlichen politischen Führungsschicht, die seit 1928 die parlamentarische Mehrheit stellte, konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß Inflation und Währungsverluste der frühen zwanziger Jahre ihren Ausgang in Budgetdefiziten und wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen genommen hatten. Wenig strittig war auch, daß es schließlich die straffe Stabilisierungspolitik Poincarés

²⁶ Vgl. dazu die im Umfeld Tardieus entstandene Analyse des Verhaltens der Opposition „Le financement de l'outillage national. Projet de note de la Présidence du Conseil“, 30. 6. 1930 (Archives économiques et financières (künftig: AEF), B 33180).

²⁷ Zur Haltung Tardieus: Monnet, *Refaire la République*, S. 144.

²⁸ Vgl. hierzu stellvertretend für eine unübersehbare Zahl gleichgestimmter Äußerungen eine Note aus dem Finanzministerium vom Mai 1932: „If a strong effort is made to balance the budget, from the start of the new legislature, the Treasury will be preserved from the grave difficulties that are being experienced by almost all the nations abroad as a result of the crisis.“ (Note vom 12. 5. 1932; AEF, B 33190, zitiert nach der englischen Übersetzung in Mouré, *Managing*, S. 161).

²⁹ Zum Verhältnis von parlamentarisch verabschiedeten und tatsächlichen Budgets seit 1919 vgl. die Tabellen bei Sauvy, *Histoire économique* I, S. 367–369.

³⁰ Im Überblick: Mouré, *Managing*, S. 156–190 und 274–280.

gewesen war, die mit dem Budgetgleichgewicht den Wohlstand zurückgebracht hatte.³¹ Ungeachtet der persönlichen wirtschafts- und finanztheoretischen Überzeugungen der maßgeblichen Politiker stellte deshalb die Aufrechterhaltung zumindest des äußeren Anscheins einer soliden Gleichgewichtspolitik einen finanzpolitischen Imperativ für jeden bürgerlichen Minister dar, der gewillt war, das Erbe Poincarés für das eigene Handeln nutzbar zu machen.

Nicht zufällig bestimmten darum oberhalb aller technischen Details zwei argumentative Fixpunkte Reynauds öffentliche Rechtfertigung seiner Finanzpolitik. Gegen alle Einwendungen der Opposition machte er zum einen regelmäßig den Anspruch auf legitime Nachfolge und kompetente Fortführung der „expérience Poincaré“ geltend, instrumentalisierte deren Erfolgsgeschichte: „Tout permet d'espérer que nous entrons dans une grande période de notre histoire. Comment ne pas rendre justice, en tout cas, au redressement merveilleux que la France vient d'accomplir!“ Der verzögerte Einbruch der Weltwirtschaftskrise in Frankreich gab ihm zum anderen genug Anlaß, an der Effektivität der einmal eingeschlagenen Strategie des Budgetausgleichs auch im Hinblick auf die nun zu leistende Abschirmung der französischen Wirtschaft gegen die im Umkreis grassierende Weltwirtschaftskrise nicht zu zweifeln.³²

Im Endergebnis konnte die Regierung Tardieu keine der beiden Vorgaben einlösen: Weder gelang es, den Staatshaushalt in der Nachfolge des großen Leitbilds erneut zu stabilisieren, noch konnte die Krise dauerhaft ferngehalten werden. Daß ersteres nicht erreicht wurde, ging nicht zuletzt zurück auf eine auch allgemein politisch motivierte Steuer- und Ausgabenpolitik, die angesichts der herausziehenden Depression ihr konjunktursteigerndes Ziel verfehlte und in der Endabrechnung entscheidend dazu beitrug, das angestrebte Budgetgleichgewicht zu kompromittieren. Wenn letzteres mißlang, dann sicherlich stärker noch aufgrund exogener Faktoren, deren langdauernde Unterschätzung jedoch unter Tardieu ihren Anfang nahm.

*b) Interferenzen von politischer Doktrin und finanzpolitischem Handeln:
die Politik der „dégrevements“*

Als Erbe aus der Zeit wirtschaftlicher Prosperität zwischen 1926 und 1929 hatte die erste Regierung Tardieu nicht nur bedeutende Budgetreserven übernommen, sondern daneben auch die unabweisbare Verpflichtung, einer Steuerdiskussion Rechnung zu tragen, die noch unter Poincaré im Verlauf des Jahres 1929 zu ersten Ansätzen einer Fiskalreform zugunsten von Familien oder Geringerverdienenden sowie zur Entlastung von Grundnahrungsmitteln und Wertpapiervermögen geführt hatte.³³ Die unvorsichtige „Enthüllung“ Chérons vom November 1929, über einen Bestand von 17,5 Milliarden Francs Budgetüberschuß zu verfügen – ein Betrag, der der Hälfte des Staatshaushalts entsprach –, tat das ihre, um in Presse und parlamentarischer Opposition eine heftige Kampagne gegen „Überbe-

³¹ Zur prägenden Kraft des Poincaréschen Vorbilds: Ebenda, S. 156.

³² So etwa in seiner großen finanzpolitischen Rede im ostfranzösischen Epinal am 3. August 1930 (AN, 74 AP 13; abgedruckt in *Le Temps*, 4. 8. 1930, hier auch die Zitate).

³³ Sauvy, *Histoire économique I*, S. 386.

steuerung“ und gegen das „Horten“ von Einnahmeüberschüssen zu entfachen, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Blieben die Steuererleichterungen unter dem vorsichtigen Chéron noch begrenzt, so leitete sein Nachfolger Reynaud eine Phase „massiver“ Steuersenkungen ein. Gemessen an den Plänen seines Vorgängers akzeptierte Reynaud 2,9 Milliarden Francs an zusätzlichen Entlastungen, damit an Einnahmeverlusten und setzte so den von Tardieu gewünschten klaren Kontrapunkt zur Politik Chérons.³⁴ Insgesamt waren somit zwischen Juli 1929 und April 1930 5,6 Milliarden Francs an Steuernachlässen gewährt worden, was einer Verminderung der Steuerlast um über 10% entsprach.³⁵ Ein Schwerpunkt zeichnete sich freilich klar ab: Die Maßnahmen Reynauds berücksichtigten in erster Linie den Produktionsbereich, den Handel sowie die Finanzmärkte, deren Aktivität gefördert werden sollte. Von den am 26. April 1930 in der Kammer verabschiedeten 1,9 Milliarden Francs kam der Hauptanteil von 1,1 Milliarden der Senkung der Abgaben auf in- und ausländische Wertpapiere sowie auf Börsengeschäfte zugute; daneben wurde insbesondere die Grundsteuer von 18 auf 16% gesenkt, die Luxussteuer vermindert und die Umsatzsteuer auf den Verkauf von Grundnahrungsmitteln reduziert.³⁶

Widerspruch seitens der Linken konnte angesichts dieser unternehmer- und kapitalfreundlichen Politik nicht ausbleiben. Léon Blum formulierte ihn unter Verweis auf das sozialistische Gegenmodell, das die Favorisierung direkter Steuern, die Belastung hoher Einkommen und des Kapitalbesitzes, die Entlastung der Arbeitenden und der Konsumenten vorsah.³⁷ Wenn auch seine apodiktische Einschätzung als „dégrèvements 'de classe' de M. Paul Reynaud“³⁸ überspitzt und allzu populistisch eingefärbt anmutet, so ist doch zweierlei nicht von der Hand zu weisen: In Abstimmung mit seinem Ministerpräsidenten inaugurierte Reynaud eine Finanzpolitik, die der Stärkung der Produktivkräfte im Interesse einer indirekt wirksamen Hebung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands den Vorrang einräumte vor direkt ansetzenden, sozial motivierten Lastenerleichterungen. Zwangsläufig ging damit eine Bevorzugung der Besitzenden einher³⁹, die sich trefflich auch den allgemein politischen Zielen Tardieus dienstbar machen ließ. So war es wohl kein Zufall, daß die Hauptnutznieser der Steuerreform – Wertpapierinhaber, grundbesitzendes Bürgertum und Bauern – gerade jener mittelständischen und agrarischen Klientel entstammten, die die wichtigste Wählerschicht der Radikalsozialisten darstellten. Tardieus zentrales parteipolitisches Anliegen, mindestens den rechten Flügel der Radicaux zur Zusammenarbeit mit den modérés und zur endgültigen Abkehr von der langen linksliberalen Tradition einer „Union des Gauches“ zu bewegen, war hier bestimmend. Die anvisierten Strukturrefor-

³⁴ Monnet, *Refaire la République*, S. 145–147 (Zitat: S. 147); Sauvy, *Histoire économique I*, S. 386 f. spricht für die beiden verabschiedeten Finanzgesetze vom 16. und vom 26. April 1930 von 2,65 Milliarden Francs an vorgesehenen Erleichterungen, Jackson erwähnt für das Jahr 1930 pauschal 6 Mrd. Francs an Steuernachlässen (Jackson, *Politics of Depression*, S. 26).

³⁵ Monnet, *Refaire la République*, S. 146.

³⁶ Vgl. zu den Zahlenangaben Sauvy, *Histoire économique I*, S. 386 f.; Bonnefous, *Histoire politique V*, S. 27.

³⁷ Léon Blum, „Budget de classe. Dégrevement de classe“, in: *Le Populaire*, 20. 4. 1930.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Sauvy, *Histoire économique I*, S. 387.

men selbst hatten bereits wesentliche Punkte des radikalsozialistischen Wirtschaftsprogramms aufgenommen, wie es der letzte Parteikongreß von Reims im Oktober 1929 vorgelegt hatte. Die Frage der Steuerreform bot wie erstere die Chance, erneut Anreize zur Annäherung zu setzen und im Falle des Mißlingens zumindest Einbrüche in die radikalsozialistische Wählerschaft zu erlauben.⁴⁰

Die Kosten und die resultierenden finanzpolitischen Folgen der so eingegangenen Verpflichtungen erwiesen sich freilich als dauerhafter als die Regierung Tardieu und wirkmächtiger auch als die vergeblich ins Auge gefaßten koalitionspolitischen Kombinationen. Wohlgemerkt, der Charakter der bislang analysierten wirtschaftlichen Maßnahmen als Elemente eines umfassend angelegten und nach bestem Gewissen initiierten Stabilisierungs- und Erneuerungsprojekts steht ganz außer Zweifel – und selbst ein scharfer Kritiker der Regierungspolitik wie Léon Blum war bereit, dies anzuerkennen.⁴¹ Ebenso unbestreitbar allerdings ist auch, daß gerade der Anspruch Tardieus, aus letztlich politischen Gründen Strukturernennung, Amortisierung der Staatsschuld und Steuererleichterung *gleichzeitig* ins Werk zu setzen, die Rückkehr zum Budgetdefizit entscheidend beförderte. Die während des Haushaltsjahres 1929/30 zusätzlich verabschiedeten Ausgaben etwa zur Finanzierung des neuen Sozialversicherungsgesetzes⁴², von Soldatenpensionen und von interventionistischen Maßnahmen zum Schutz des Agrarsektors ließen die Ausgabenseite auf 55,7 Milliarden Francs anwachsen, während sie noch 1926 knapp 42 Milliarden umfaßt hatte. Trotz der noch 1930 über den Erwartungen liegenden Steuereinnahmen resultierte daraus für das Haushaltsjahr 1930/31 ein Defizit von über 4,9 Milliarden Francs. Bereits für den Folgehaushalt 1931/32 konnte der Verzicht auf neue Steuern und auf staatliche Anleihen bei gleichzeitiger rein theoretischer Minderung der Ausgaben nur über einen noch unter der Ägide Reynauds in die Budgetdiskussion eingebrachten finanztechnischen Trick erreicht werden. Das schließlich gewählte Verfahren zur Schönung der Staatsbilanz bestand darin, der „Caisse autonome d'amortissement“, die 1926 unter Poincaré zur Rückzahlung der als Folgelast der Kosten des Ersten Weltkriegs auf-

⁴⁰ Entsprechend schätzt Monnet, *Refaire la République*, S. 149–151 Tardieus Verhältnis zu den Radikalen und zur agrarischen Welt ein. Obwohl die Radikalsozialisten auch den Eintritt in die zweite Regierung Tardieu verweigert hatten, reichten Kontaktversuche zwischen dem Ministerpräsidenten und einer bedeutenden Strömung in der Partei, die einer „coalition de concentration“ aufgeschlossen gegenüberstand, bis in die Jahresmitte 1930; vgl. dazu Berstein, *Parti radical II*, S. 154–157 und 160–164.

⁴¹ So geschehen in seiner Kammerrede zu den Steuererleichterungen für Börsentransaktionen und Aktienbesitz am 25. April 1930 unter Bezugnahme auf seine enttäuschten Vorstellungen über die Verwendung von Mitteln aus dem Youngplan: „Vous avez procédé autrement. Si vous l'avez fait, c'est que vous étiez convaincus que vous agissiez pour le bien général.“ (JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e Séance du 25 avril 1930, S. 2235–2238, hier: S. 2237).

⁴² Das Gesetz vom 30. April 1930 beendete eine jahrzehntelange parlamentarische Diskussion über den Ausbau des französischen Sozialversicherungswesens und legte unter anderem den obligatorischen Eintritt all jener in Industrie, Handel und Landwirtschaft Tätigen in eine Krankenversicherung fest, die eine bestimmte Einkommensgrenze unterschritten; vgl. dazu: Henri Hatzfeld, *Du paupérisme à la sécurité sociale 1850–1940. Essai sur les origines de la Sécurité sociale en France*, Nancy 1989, S. 142–154; im Überblick auch: Heinz-Gerhard Haupt, *Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789*, Frankfurt am Main 1989, S. 271–282; Walter Korpi, *Un État-Providence contesté et fragmenté. Le développement de la citoyenneté sociale en France. Comparaisons avec la Belgique, l'Allemagne, l'Italie et la Suède*, in: *Revue française de science politique* 45 (1995), S. 632–667, bes. S. 642.

gelaufenen „schwebenden Staatsschuld“ („dette flottante“) gegründet worden war, die Sorge für die Regelung von 1,9 Milliarden Francs staatlicher Verbindlichkeiten zu übertragen. Dadurch verschwand dieser Betrag aus der offiziellen Haushaltsbilanz, und zusätzliche Ausgabensteigerungen konnten formal folgenlos eingearbeitet werden. Tatsächlich belief sich das Defizit dieses Budgetjahrs dann aufgrund der übernommenen Folgekosten unter anderem aus dem „Plan Tardieu“, aus gesteigerten Militärausgaben sowie aufgrund neuer, krisenbedingter Ausgabenzuwächse auf über 5,4 Milliarden Francs.⁴³

Dieses zweifelhafte Ergebnis einer unter vielversprechenden Vorzeichen begonnenen Finanzpolitik steht natürlich in eklatantem Gegensatz zu der ostentativen Hartnäckigkeit, mit der Tardieu wie Reynaud die Prinzipien orthodoxer Haushaltsführung und insbesondere den Erhalt des Budgetgleichgewichts für ihre Arbeit in Anspruch nahmen und regelmäßig als politische Waffe gegen die sozialistische Opposition einsetzten. Zwar wäre es zweifellos verfehlt, die entstandene Haushaltslage ausschließlich auf das Konto verfehlter Regierungspolitik zu schreiben. Das verbietet sich schon angesichts der Begehrlichkeiten, die eine Folge von positiv abgeschlossenen Finanzjahren zwangsläufig in den Reihen von Parlamentariern und Interessengruppen erweckt hatte. Auch die verzögerte Rezeption der heraufziehenden Krise beim politischen Personal Frankreichs insgesamt kann als entlastendes Argument angeführt werden. An sachverständigen Warnungen jedoch aus der Ministerialbürokratie hatte es nicht gefehlt, und Unkenntnis der drohenden Gefahr war es nicht, die für die Intransigenz Tardieus und Reynauds verantwortlich war.

Die erste einführende Übersicht bereits, die Reynauds Kabinettsdirektor im März 1930 seinem neuen Minister zur Lage der Staatsfinanzen unterbreitete, faßte unter Berücksichtigung der für die Durchführung des „Programme d'outillage“ nötigen Mittel ein Defizit von 2½ bis 3 Milliarden Francs ins Auge.⁴⁴ Mitte April, kurz vor der Verabschiedung der Gesetze zur Sozialversicherungs- und Steuerreform, erachtete man in der „Direction du Mouvement des Fonds“ des Finanzministeriums die Gesamtheit des verfügbaren Staatsguthabens als verplant und sagte bei einem gegenwärtigen Defizit von 50 Millionen Francs den baldigen Rückgriff auf Anleihen zur Finanzierung der Staatsausgaben voraus.⁴⁵ Wenige Monate später sah man sich genötigt, zur Deckung der laufenden und der bis 30. Juni 1931 anstehenden Ausgaben die Konvertierung eines Teils des französischen Devisenbestands anzuregen und unter anderem die Einstellung der weiteren staatlichen Finanzierung eines Programms zum sozialen Wohnungsbau vorzuschlagen – und

⁴³ Vgl. Jackson, *Politics of Depression*, S. 231, Anm. 28; Bonnefous, *Histoire politique* V, S. 45. Zu den angegebenen Budgetdaten und deren Interpretation: Mouré, *Managing*, S. 158; Jackson, *Politics of Depression*, S. 26 f.; Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie* I, S. 37–39; zur Deutung der Politik Tardieus: Monnet, *Refaire la République*, S. 148.

⁴⁴ „Ministère des Finances. Direction du Mouvement général des Fonds. No. 519/50. Note pour le ministre. Situation de la trésorerie“, 3. 3. 1930 (AEF, B 33180). Dagegen Mouré, *Managing*, S. 160, der ohne Benutzung archivalischer Quellen davon ausgeht, im Frühjahr 1930 habe im Finanzministerium keine Sorge angesichts steigender Ausgaben bestanden.

⁴⁵ „Note sur la situation de la Trésorerie“, 17. 4. 1930 (AEF, B 33180).

dies noch unter der Annahme, daß für Tardieus Strukturprogramm bis Mitte 1931 nur geringfügige Leistungen aufzubringen sein würden.⁴⁶

Reynaud hatte die Warnzeichen durchaus nicht ignoriert. In der erweiterten und inhaltlich verschärften Fassung der ersten an ihn gerichteten Note, die er kurz nach Erhalt an seinen Ministerpräsidenten weitergegeben hatte, hatte sich der Finanzminister nicht nur die Warnungen der Administration zu eigen gemacht, sondern darüber hinaus eine eindringliche Mahnung zur soliden Finanzierung des „Outillage“-Projekts formuliert. Etwaigen Illusionen über vorhandene Haushaltsüberschüsse entzog er in ernüchternder Deutlichkeit und auf lange Frist die Grundlage: „En définitive, il apparaît que les disponibilités de la Trésorerie qui ont pu parfois sembler excessives, se trouvent, en réalité, inférieures aux charges qui pèseront durant les prochaines années sur la Trésorerie de l'Etat.“⁴⁷ Die baldige Wiederaufnahme der Praxis mittelfristiger Anleihen zur Finanzierung des Budgetdefizits schien Reynaud zu Beginn seiner Amtszeit praktisch unvermeidbar: „Il convient donc de prévoir, dans un avenir peu éloigné, le recours à l'émission de Bons du Trésor, qui était d'ailleurs d'usage constant avant la guerre.“⁴⁸

Beide intern gewonnenen Erkenntnisse über den Zustand der Staatsfinanzen allerdings änderten in der Folge nichts an Reynauds loyaler Verteidigung der Regierungsprojekte. Als sich der Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, de Chappedelaine, Mitte Juni Auskunft über die verfügbaren Gelder für das Tardieu-sche Strukturprogramm erbat, wurde ihm seitens des Finanzministers die Auskunft zuteil, daß dafür unter der Voraussetzung eines ausgeglichenen Budgets etwa 5,465 bzw. 5,098 Milliarden Francs zur Verfügung ständen.⁴⁹ Die hier aufgemachte Rechnung berücksichtigte jedoch ausdrücklich nicht den Bedarf des Fiskus in seiner Rolle als „Banquier du Budget“, wofür gewöhnlich eine Summe in Höhe von mehreren Milliarden zugrundegelegt wurde.⁵⁰ Zur Deckung dieses Bedarfs baute Reynaud im Eventualfall auf die Ausgabe von Schatzanleihen.⁵¹

Nurmehr durch geschickte Verlagerungen innerhalb des Haushalts und durch die bewußte Inkaufnahme mittelfristig wirksamer Neuverschuldung also bereits im Mai 1930 konnte der Anspruch aufrechterhalten werden, das ehrgeizige Programm alleine aus Haushaltsmitteln zu finanzieren. Allzu verführerisch war es offenbar, Fortschritte zu bieten, ohne neue Belastungen auferlegen zu müssen. Ob-

⁴⁶ „Note pour le ministre“, 11. 9. 1930; vgl. auch „Note sur l'évolution probable de la situation de la Trésorerie au cours de l'année à venir“, 25. 8. 1930 (AEF, B 33180).

⁴⁷ „Note sur la situation de la Trésorerie, Remise à M. Tardieu“, 16. 3. 1930. (Ebenda).

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Reynaud an de Chappedelaine, Président de la Commission des Finances, 13. 6. 1930; „Note sur les disponibilités de la Trésorerie, leur utilisation probable et la somme qui pourrait être affectée au financement du plan d'outillage national“, 27. 5. 1930 (AEF, B 33180). Das Schreiben bestätigte die Angaben, die der Finanzminister in einer Anhörung vor der Finanzkommission bereits am 2. Juni gemacht hatte; vgl. Commission des Finances, Procès-verbal de la séance du 2 juin 1930 (Archives de l'Assemblée Nationale).

⁵⁰ Als „Banquier du Budget“ bezeichnete man die zentrale Aufgabe des Fiskus, für das Gleichgewicht zwischen laufenden Einnahmen und den anstehenden Ausgaben zu sorgen, die naturgemäß nicht exakt korrespondierten, insbesondere nicht in den ersten Monaten des Finanzjahres, wenn der Ausgabenbereich durch die Steuereinnahmen noch nicht gedeckt war; vgl. hierzu die Erläuterungen in „Note pour le ministre. Situation de la trésorerie“, 3. 3. 1930 (AEF, B 33180).

⁵¹ „Note sur les disponibilités de la Trésorerie, leur utilisation probable et la somme qui pourrait être affectée au financement du plan d'outillage national“, 27. 5. 1930 (AEF, B 33180).

wohl die beginnenden Krisensymptome im Staatshaushalt bereits ihre Spuren hinterlassen hatten, behielt der politische Wille gegenüber den finanzpolitischen Erfordernissen die Oberhand. Am Ursprung des Auseinanderklaffens von finanzpolitischer Prosperitätsdoktrin und faktisch längst eingeleiteter Wende zu den chronischen Budgetproblemen der dreißiger Jahre stand die billigende Inkaufnahme einer Ausgabenpolitik, die das Leistungsvermögen des Staatshaushalts überforderte. Die finanztechnischen Verfahrensweisen, mit denen es der Regierung Tardieu gelang, die Stunde der Wahrheit hinauszuzögern – wie gesehen, griff man zur Beibehaltung des Gleichgewichts unter anderem auf die Ausgliederung von Lasten aus dem ordentlichen Haushalt für 1931/32 zurück –, stellten darum weniger eine „ingeniöse Lösung“⁵² denn das Eingeständnis einer Niederlage dar, die langfristige Folgen zeitigen sollte.

Man mag einwenden, daß Tardieus prosperitätsorientierte Finanzpolitik unfreiwillig und gewissermaßen durch eine „List der Geschichte“ jenes „deficit spending“ einleitete, das letztlich ein adäquates Mittel zur Eindämmung der Großen Krise hätte darstellen können.⁵³ Aber abgesehen davon, daß der offensichtliche Ursprung des neuen Defizits in der unvorsichtigen Ausgabenpolitik Tardieus gerade die Fixierung nachfolgender Regierungen auf deflatorischem Vorgehen anstatt auf einer antizyklischen Investitionspolitik begünstigte⁵⁴, blieb auch darüber hinaus die Krisenlösungskapazität liberaler Finanzpolitik Tardieuscher und Reynaudscher Prägung eher beschränkt.

c) Liberale Finanzpolitik und heraufziehende Weltwirtschaftskrise

In der politischen Führung Frankreichs reagierte man aufgrund des im internationalen Vergleich eher schleichenden Auftretens der Weltwirtschaftskrise im eigenen Land nur mit Verzögerung, und Paul Reynaud nahm hier keine Ausnahmestellung ein.⁵⁵ Ebensovienig wie bei Tardieu läßt sich in seinem finanzpolitischen Handeln der Wille zur Modifizierung einmal vertretener Konzepte unter dem Aspekt der konsequenten Kriseneindämmung feststellen.

Früher freilich als die große Mehrzahl seiner Landsleute zeigte sich Reynaud, der noch im September 1929 die USA bereist hatte, vom ungewöhnlichen Ausmaß der Depression überzeugt. Bezeichnend genug für die in Frankreich zu Anfang des Jahres 1930 vorherrschende Beurteilung, provozierte der neue Finanzminister heftige Proteste in Finanzkreisen und Presse, als er die fallenden Preise auf dem Pariser Aktienmarkt im März als Auswirkungen einer „enormen Wirtschaftskrise“ charakterisierte, der gegenüber „nichts unvorsichtiger“ sei, als die Hoffnung auf „rasche Erholung“.⁵⁶ Der Vorwurf des geschäftsschädigenden Pessimis-

⁵² So Bonnefous, *Histoire politique* V, S. 45.

⁵³ J.-J. Carré/P. Dubois/E. Malinvaud, *French Economic Growth*, Stanford 1975, S. 381; Mouré, *Managing*, S. 19.

⁵⁴ Mouré, *Managing*, S. 189.

⁵⁵ Vgl. seine diesbezüglichen Ausführungen in: Reynaud, *Mémoires* I, S. 292–298.

⁵⁶ Die gegenüber dem Chefredakteur von *L'Echo de Paris*, Marcel Hutin, gemachten Äußerungen gelangten aufgrund einer Indiskretion in Form eines Artikels an die Öffentlichkeit; vgl. *L'Echo de Paris*, 8. 3. 1930. Dazu auch: Reynaud, *Mémoires* I, S. 292–294. Zur Resonanz der Äußerungen

mus, der gegen Reynaud laut wurde⁵⁷, war typisch für die weithin etablierte Denkart und Sprachregelung, wonach eine außerhalb Frankreichs entstandene und in der verfehlten Kreditpolitik der USA und Großbritanniens wurzelnde Überproduktionskrise mit den klassischen Mitteln der Rezessionsabwehr effektiv zu bekämpfen sei: falls sie Frankreich je erreiche, was unter anderem dadurch vermieden werden könne, daß man sie nicht durch allzugroße Aufmerksamkeit und öffentliche Diskussion „herbeiredete“.⁵⁸

Ungerechtfertigt war der Vorwurf des ökonomischen Defätismus gegen Reynaud indes allemal, denn aus seiner Bereitschaft zur frühzeitigen Wahrnehmung der Krise resultierte keineswegs eine Lösungsstrategie, die sich von der allgemein akzeptierten Anschauung wesentlich unterschied. Auch zur Krisenabwehr setzte er in Übereinstimmung mit Tardieu in erster Linie auf eine orthodoxe Politik des Budgetgleichgewichts und damit auf eine Doktrin, die bis 1935/36 in der Öffentlichkeit und auf Regierungsebene den dominierenden Platz einnahm: „Une crise, immense par son étendue, sévit sur le monde. L'économie française est de beaucoup celle qui a le mieux résisté à ses effets“⁵⁹; „il est vrai [...] que la crise économique atteint de jour en jour des zones jusque-là épargnées. Forte raison pour être prudents, pour ne pas mettre en péril l'équilibre budgétaire en nous lançant dans une politique d'emprunt.“⁶⁰

Optimistisch ging auch er davon aus, daß die finanzielle und monetäre Basis der französischen Wirtschaft genügend stark entwickelt sei, um deren dauerhafte Resistenz zu begründen. Unter Verweis auf die seit 1926 auf das Doppelte angewachsenen Goldreserven der Bank von Frankreich, die Verminderung der Staatsschuld im gleichen Zeitraum und die Stärke des französischen Kredits im europäischen Vergleich gab er sich paradoxerweise überzeugt, daß die einzige Gefahr am Horizont gerade aus der weitgehenden Verschonung durch die Krise resultieren könnte: „Le danger pour nous n'est donc pas pour l'avenir d'ordre monétaire, ni d'ordre financier, si les finances publiques sont sagement gérées et si les budgets restent en strict équilibre. Le danger serait plutôt [...] un danger d'ordre économique, en ce sens que les pays qui ont le plus souffert de la crise sont ceux qui se sont le plus profondément réformés et qui, ainsi, seront les mieux placés au jour de la reprise des affaires pour la lutte sur les marchés mondiaux.“⁶¹

Maßnahmen der Regierung Tardieu zur Immunisierung der heimischen Wirtschaft blieben im wesentlichen auf das traditionelle finanzpolitische Feld be-

Reynauds in Politik und Finanzwelt siehe auch eine Note der „Sûreté“: „A.2414. A.S. des déclarations de M. Paul Reynaud“, 10. 3. 1930 (AN, F⁷12957).

⁵⁷ Vgl. etwa *Le Figaro*, 9. 3. 1930; *L'Action Française*, 10. 3. 1930.

⁵⁸ Zur frühen Rezeption der Weltwirtschaftskrise in Frankreich: Mouré, *Managing*, S. 27–45, hier bes.: S. 27–29; Jackson, *Politics of Depression*, S. 27–34; Ralph Schor, *Une étude d'opinion: la droite française face à la crise mondiale de 1929*, in: *L'Information historique* 1 (1974), S. 23–28 und 2 (1974), S. 64–70.

⁵⁹ Rede Paul Reynauds in Epinal, 3. 8. 1930 (AN, 74 AP 13; *Le Temps*, 4. 8. 1930).

⁶⁰ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 27 novembre 1930, S. 3598.

⁶¹ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 1^{re} séance du 4 décembre 1930, S. 3727.

Clague, *Vision and Myopia*, S. 111 überschätzt den „erzieherischen“ Einfluß Reynauds in bezug auf die Krisenbewertung durch Tardieu: Beider Optimismus, Frankreich die Depression durch entsprechende Schutzmaßnahmen weitgehend unbeschadet überstehen zu lassen, unterschied sich nach ihren öffentlichen Äußerungen nicht.

grenzt, und auch der „Plan d’outillage national“ bildete entgegen anderslautenden rückblickenden Behauptungen Tardieus keineswegs ein bewußt eingesetztes Palliativ zur Krisenabwehr.⁶² Deklariert als Element einer wohlstandsorientierten Politik, war der beschäftigungsfördernde Beieffekt des Programms zwar erwünscht, doch gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß Tardieu oder sein Finanzminister willentlich eine Politik des „deficit spending“ etwa nach dem Vorbild Roosevelts einleiteten.⁶³ Für beide Politiker endete die Bereitschaft zur forcierten Ausgabenpolitik da, wo die Grenze eines zumindest dem Anspruch nach beibehaltenen Budgetgleichgewichts öffentlich sichtbar überschritten worden wäre.⁶⁴ So distanzierte sich Tardieu unmißverständlich von der „neuen Doktrin der Prosperität durch Budgetungleichgewicht“⁶⁵, und Reynaud verteidigte den bescheidenen Umfang des „Outillage“-Projekts der Regierung gegen ein weitaus ambitionierteres, anleihefinanziertes Vorhaben der Opposition hartnäckig gerade unter Verweis auf die so noch mögliche Deckung durch Haushaltsmittel.⁶⁶ Ebenso wie das bewußte „deficit financing“ rangierte aber auch die theoretische Option einer Abwertung des Franc für Tardieu wie für Reynaud im Jahr 1930 außerhalb des Vorstellbaren.⁶⁷

Uneinheitlich in sich, entzieht sich die Finanzpolitik Tardieus einer pauschalen Einordnung. Dabei gibt es keinen Grund zur Annahme, Reynaud hätte sich in irgendeinem Punkt im grundsätzlichen Gegensatz zu seinem Ministerpräsidenten befunden. Wo ein solcher etwa in bezug auf Prinzipien solider Haushaltsführung bestanden hatte, hatte sich der Politiker schließlich gebeugt und dazu beigetragen, den schönen Schein zu erhalten.

Elemente orthodoxer liberaler Finanzpolitik, die primär auf die Gesundung der Wirtschaft über die Steuerung von Preisen und Einkommen zielten, standen neben ersten Ansätzen gemäßigt staatsinterventionistischen Vorgehens etwa zum Schutz von Agrarinteressen.⁶⁸ Die zukunftsweisende Ergänzung des finanzpolitischen Instrumentariums durch die Einführung eines „sous-secrétariat d’Etat de la présidence du Conseil, chargé de l’Economie nationale“, besetzt durch Reynauds Parteifreund André François-Poncet und unter anderem mit Koordinierungsaufgaben sowie der Betreuung des Strukturprogramms befaßt, kontrastierte mit der schlechten personellen Ausstattung und den kaum vorhandenen Kompetenzen des Organs; die Ausarbeitung der Grundlinien einer zusammenhängenden staatli-

⁶² So vertreten in: André Tardieu, *Devant le pays*, Paris 1932, S. 104–107.

⁶³ Diese Darstellung eines vorausschauenden Tardieu bietet: Binion, *Defeated Leaders*, S. 308. Kritisch dagegen Clague, *Vision and Myopia*, S. 108–119; Saly, *Grands travaux*, S. 303–308; Jackson, *Politics of depression*, S. 23; offenbar ohne Kenntnis der Ausführungen Jacksons: Monnet, *Réfaire la République*, S. 143 f.

⁶⁴ Für Tardieu: Clague, *Vision and Myopia*, S. 112.

⁶⁵ André Tardieu, *La Note de la Semaine*, 1937, Paris 1938, S. 121; zitiert nach Clague, *Vision and Myopia*, S. 112; dort auch weitere Belege.

⁶⁶ Vgl. etwa seine Parlamentsrede vom 27. 11. 1930 (JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, Séance du 27 novembre 1930, S. 3596 und passim).

⁶⁷ Dies räumte Reynaud im Rückblick ein: Paul Reynaud, *Au coeur de la mêlée 1930–1945*, Paris 1951, S. 52 f.

⁶⁸ Margairaz, *L’Etat, les finances et l’économie*, S. 30–35; Belege für den interventionistischen Impetus der Regierung Tardieu auch bei Richard F. Kuisel, *Capitalism and the state in modern France. Renovation and economic management in the twentieth century*, Cambridge 1983, S. 90–92.

chen Wirtschaftspolitik überstieg seine Leistungsfähigkeit bei weitem.⁶⁹ Die Forcierung einer nicht zuletzt am amerikanischen Vorbild orientierten, auf Effektivität und rationale Nutzung der menschlichen und materiellen Ressourcen des Landes setzenden Reformpolitik stand neben einem umfangreichen sozialpolitischen Werk, zu dem Tardieu freilich nach jahrelangen Beratungen nur den Schlußstein setzte und zu dem er auch ein eher gespaltenes Verhältnis unterhielt.⁷⁰

Als Adlatus Tardieus sammelte Reynaud in seinem ersten Ministeramt wichtige Erfahrungen auf finanztechnischem Gebiet, die er bei Antritt seiner Funktion noch nicht besessen hatte.⁷¹ Diese zunächst eingeschränkte fachliche Kompetenz und der Führungsstil seines Ministerpräsidenten, der auf außen- wie auf finanzpolitischem Gebiet die Zügel nicht aus der Hand gab, verwehrten Reynaud, entscheidende eigene Akzente zu setzen – ganz im Gegensatz zu seiner zweiten Amtszeit im gleichen Ressort ab 1938.

3. Kolonialpolitik in Zeiten des Umbruchs 1931/32

Nur ein Jahr – vom 27. Januar 1931 bis zum 16. Februar 1932 – amtierte Paul Reynaud in der Rue Oudinot. Zu kurz, um wirklich prägend zu wirken in einem Sachgebiet, in dem allein schon aufgrund der Komplexität der Materie und der räumlichen Ausdehnung des beteiligten Apparats von vorneherein nicht mit raschen Resultaten gerechnet werden konnte. Sein Spielraum im Kabinett war freilich ungleich größer als noch unter Tardieu: Der neue Regierungschef Pierre Laval interessierte sich kaum für die kolonialpolitische Materie und mischte sich in die Amtsführung seines Ministers nicht ein.⁷²

Gleichwohl war Reynaud kein Kolonialminister vom Range eines Albert Sarraut oder Marius Moutet, beides Politiker, die entweder nach passioniertem Engagement in kolonialpolitischen Gremien oder aber versehen mit überseeischer Verwaltungserfahrung an ihr Amt herangingen.⁷³ In Gegenwart erfahrener Praktiker erweckte Reynaud stets eher den Eindruck eines aufmerksam Lernenden, der die

⁶⁹ Bis 1936 existierte in Frankreich kein Wirtschaftsministerium (Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 35f.); vgl. zur Bestellung François-Poncets auch die optimistischere Einschätzung des deutschen Botschafters: Hoesch an AA, 21. 3. 1930 (PA-AA, R 70721). Zur Person François-Poncets in deutscher Wahrnehmung auch die ausführliche „Aufzeichnung“ des Auswärtigen Amts vom 10. 7. 1931 (PA-AA, R 30207).

⁷⁰ Rückblickend erklärte er, das Sozialversicherungsgesetz und den beschlossenen freien Unterricht in den Eingangsklassen des Gymnasiums in ihrer verabschiedeten Form nicht gutgeheißen zu haben (André Tardieu, *La Révolution à refaire*. Band 1: *Le Souverain captif*, Paris 1937, S. 15; dazu Jackson, *Politics of Depression*, S. 33).

⁷¹ Reynaud, *Mémoires I*, S. 290.

⁷² Ebenda, S. 299.

⁷³ Albert Sarraut (1872–1962), eine der führenden Figuren der radikalsozialistischen Partei im französischen Südwesten, wo sein Bruder Maurice die einflußreiche „*Dépêche du Midi*“ leitete, bekleidete unter anderem zwischen 1920 und 1924 das Amt des Kolonialministers in mehreren Regierungen des „*Bloc national*“. Zwischen 1911 und 1914 bzw. 1916 und 1919 war er Generalgouverneur in Indochina gewesen und hatte sich seither den Ruf eines ausgewiesenen Experten in Kolonialangelegenheiten erworben.

Der Sozialist Marius Moutet (1876–1968), seit Ende des Ersten Weltkriegs engagierter Befürworter kolonialer Autonomietendenzen, amtierte zwischen Juni 1936 und April 1938 bzw. erneut zwischen Januar 1946 und Oktober 1947 mehrfach in der Rue Oudinot.

fehlende Sachkenntnis durch ein um so intensiveres Informationsbedürfnis auszugleichen suchte. Im Haut Conseil Colonial, inmitten der *Crème* französischer Kolonialpolitiker und -beamter⁷⁴, blieb er zurückhaltend, wurde oft erst dann aktiv, wenn Finanzprobleme oder Fragen von allgemeinerer politischer Bedeutung zur Sprache kamen.

Dennoch ist seine Amtsperiode aus mehreren Gründen von Interesse. Sie fiel in eine Epoche des Übergangs, in der das „Empire colonial“ Frankreichs in der „France métropolitaine“ selbst wie auch an der Peripherie zunehmend unter ideologischen, politischen und militärischen Druck geriet. Kolonialer Mythos und problemschwangere Realität drohten zum erstenmal in systemgefährdender Weise auseinanderzufallen, eine Entwicklung, die die politische Klasse vor wachsende Integrationsprobleme stellte. Zwei extreme Manifestationen von Idealbild und Wirklichkeit – die große Pariser Kolonialausstellung von 1931 und die daneben anwachsenden gewaltsamen Unruhen in Indochina – bestimmten die kurze Amtszeit Reynauds. Deren Betrachtung wird deshalb nicht nur ein beliebiges Mosaikstück in ein Politikerprofil einfügen. Mit der Kolonialfrage gerät vielmehr ein Problemkreis in den Blick, der, anders als zur gleichen Zeit in Deutschland, eine die Nation bewegende Aktualität und Geschichte besaß. Liberales politisches Denken und Handeln hatte zu brisanten Fragen Stellung zu beziehen, die von grundlegenderer als außenpolitischer Relevanz waren. Jedem verantwortlichen Kolonialpolitiker war abverlangt, zumindest implizit Position zu nehmen zur zivilisatorischen „Mission“ Frankreichs in der Welt, zur Rechtfertigung einer erweiterten, „plus grande France“ und zur damit verbundenen Problematik von Fortschritt und Modernisierung schlechthin.

Dem Neuling im Amt wurde diese Aufgabe freilich „erleichtert“ durch einen festen ideologischen Traditionsbestand, einen weitreichenden prinzipiellen, wenn auch nicht unangefochtenen nationalen Konsens in der Kolonialfrage, der nurmehr im PCF auf programmatisch-grundlegenden Widerspruch stieß. Die Innovationsfreiheit eines jeden bürgerlichen Kolonialministers hatte dort ihre soliden Grenzen, wo sie diesen Konsens in Frage gestellt hätte.⁷⁵ Anhand der

⁷⁴ Der „Haut Conseil Colonial“ bildete seit der Reorganisation des „Conseil Supérieur des Colonies“ im September 1920 das neue Herzstück dieses Expertengremiums, dem seit 1883 die Beratung von Parlament und Regierung in allen Kolonialfragen oblag. Im Gegensatz zu zwei weiteren Untersektionen, die sich mit ökonomischen und juristischen Angelegenheiten befaßten, behandelte der „Haut Conseil Colonial“ sämtliche allgemeinen Fragen bezüglich der Entwicklung und Verwaltung der Kolonien. Neben dem amtierenden Minister, der den Vorsitz führte, gehörten ihm die ehemaligen Kolonialminister und Generalgouverneure sowie Vertreter des Außen-, Kriegs- und Marineressorts an (Stephen H. Roberts, *The History of French Colonial Policy 1870–1925*, London 1963, S. 137–144).

⁷⁵ Zu Wurzeln, Form und Grenzen dieses Konsensus: Raoul Girardet, *L'apothéose de la „plus grande France“*. L'idée coloniale devant l'opinion française (1930–1935), in: *Revue française de science politique* 18 (1968), S. 1085–1114; eine ausführliche Version der hier entwickelten Thesen in: ders., *L'idée coloniale en France de 1871–1962*, Paris 1972; Henri Brunschwig, *Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français, 1871–1914*, Paris 1960; Charles-Robert Ageron, *France coloniale ou parti colonial?*, Paris 1978. Daneben auch für die III. Republik von Interesse: D. Bruce Marshall, *The French Colonial Myth and Constitution-Making in the Fourth Republic*, New Haven/London 1973. Zum PCF: Jakob Moneta, *Die Kolonialpolitik der französischen KP*, Hannover 1968, bes. S. 11 ff.

Moderne Überblicksdarstellungen zur französischen Kolonialgeschichte der Zwischenkriegszeit existieren bislang erst in begrenzter Zahl: Jacques Thobie/Gilbert Meynier/Catherine Coquery-

Selbstpositionierung Reynauds im Rahmen der „kolonialen Idee“ erschließen sich somit überpersönliche Prägungen und Elemente einer politischen Doktrin, die von der unlöslichen Verbindung Frankreichs mit seinen Kolonien ausging. Diese Vorstellung von einer übergreifenden Völkergemeinschaft, realisiert im Rahmen der französischen Nation und geeint durch gemeinsame politische, wirtschaftliche und kulturelle Interessen, gehörte bis in die zweite Nachkriegszeit zum intellektuellen Rüstzeug vieler französischer Politiker.⁷⁶ Mehr noch bleibt deshalb zu fragen, wie denn konkret das Verhältnis zwischen Kolonialdiskurs und gouvernementaler Praxis beschaffen war, einer Praxis zumal, die früher als in anderen Ressorts mit gravierenden Krisensymptomen konfrontiert war. In drei Schritten sollen ideologische, ökonomische und politische Aspekte französischer Kolonialpolitik der frühen dreißiger Jahre am biographischen Beispiel in den Blick genommen werden.

Noch als Finanzminister war Reynaud an der Vorbereitung der internationalen Pariser Kolonialausstellung beteiligt gewesen, deren konzeptionelle Ursprünge bis in die Vorkriegszeit zurückreichen. Unter enormem organisatorischen und materiellen Aufwand schließlich zwischen Mai und November 1931 in Szene gesetzt, bot sie über sechs Monate hinweg eine umfassende Selbstdarstellung der Kolonialmacht Frankreich. Auf über 100 Hektar Fläche war im Bois de Vincennes östlich von Paris eine exotische Märchenlandschaft eigenen Charakters entstanden. Sie sollte mit Informationen aller Art aufwarten, in erster Linie aber Neugier und Einbildungskraft ihrer Besucher zugunsten der kolonialen Sache mobilisieren. Neben dem angebotenen Studienmaterial, den Statistiken und Fachkongressen dominierte der Wille der Gestalter zur sinnlichen Präsentation. Die Pavillons der beteiligten Staaten waren in Form laotischer Pagoden, javanesischer Tempel oder afrikanischer Hüttenbauten gehalten, der Gastgeber bot als Hauptattraktion die Nachbildung des monumentalen Tempels von Angkor. Ein Programm szenischer Darstellungen, folkloristischer Tanzveranstaltungen, kunsthandwerklicher Ausstellungen und weiterer breitenwirksamer Vergnügungen rahmte das Ereignis ein. Das Konzept kam an: Bis Ende November 1931 hatten über 8 Millionen in- und ausländische Besucher Eintrittskarten gelöst, angezogen nicht zuletzt durch den dauerhaft errichteten Zoo und ein Kolonialmuseum, befördert u.a. durch die rechtzeitig fertiggestellte Linie 8 der Pariser Métro. Jenseits aller Belustigungen verband sich freilich eine politisch-didaktische, bewußt mythenstiftende Funktion von Anfang an mit der Veranstaltung.⁷⁷ Der verantwortliche Fachminister

Vidrovitch/Charles-Robert Ageron, *Histoire de la France coloniale*. Band II: 1914–1990, Paris 1990; Henri Blet, *France d'outre-mer: l'oeuvre coloniale de la IIIe République*, Grenoble 1950; Roberts, *History of French colonial policy*; Pierre Montagnon, *La France coloniale. La gloire de l'Empire*, Paris 1988. Vgl. deshalb daneben auch: Borne/Dubief, *Crise des années 30*, S. 60–72.

⁷⁶ Zu dieser Definition vgl. Marshall, *French Colonial Myth*, S. 11 f.

⁷⁷ Umfangreiches dokumentarisches Material zur Kolonialausstellung von 1931 findet sich gesammelt in der seit 1986 archivisch geordneten Serie „Exposition coloniale internationale (1931)“ im Centre des Archives d'Outre-mer, Aix-en-Provence (künftig: CAOM). Als gedruckte Materialsammlung dazu liegt der Rechenschaftsbericht des verantwortlichen Leiters vor: *Exposition Coloniale Internationale 1931*, Paris. *Rapport général présenté par le gouverneur général Olivier, Rapporteur général, délégué général à l'Exposition*. 7 Bände, Paris 1932–34. Dazu auch: Reynaud, *Mémoires I*, S. 299–335.

Reynaud fügte sich bruchlos in den Traditionsrahmen ein, mehr noch, er aktivierte und instrumentalisierte ihn gegen die inneren und äußeren Gefährdungen des kolonialen Frankreich.

Die Eröffnungsrede, die Paul Reynaud am 6. Mai 1931 im Anschluß an die einführnden Worte von Staatspräsident Doumergue hielt, bot nichts weniger als eine Sammlung der wichtigsten Topoi des republikanischen Kolonialdiskurses. Die Berufung Frankreichs zur Erschließung außereuropäischer Gebiete im Namen einer „menschlichen, sanften und universellen Zivilisation“ lag für den Minister auf der Hand. Sie bedurfte keiner weiteren Begründung, reflektierte vielmehr einen Prozeß der natürlichen Angleichung unterschiedlicher Zivilisationsstufen aneinander: „Non, le fait colonial n'est pas mort. Il n'est pas arbitraire, il est aussi fatal qu'une loi physique car il tend à combler une différence de niveau entre deux civilisations contemporaines. Il y a une loi des vases communicants. On peut ennoblir ou avilir le fait de la colonisation, mais il est inutile de le justifier.“⁷⁸ Die segensreichen Taten der französischen Ärzte, Lehrer, Soldaten und Siedler seien unübersehbar: Hygiene, Wissen, Sicherheit, Friede und Ordnung erwuchsen da, wo vorher Krankheit, Unwissenheit, Unterdrückung und Chaos herrschten, kurz: „Nous avons apporté la lumière dans les ténèbres“. Aus zwei Grundannahmen ergab sich also der moralische Wert des kolonialen Engagements: aus der Hierarchisierung der Zivilisationsformen und der Verknüpfung dieses Postulats mit teleologisch gerichtetem Fortschrittsdenken. Die eine und unteilbare französische Republik als Trägerin eines humanen, freiheitspendenden, überlegenen Ideals, das weitestmögliche Verbreitung zu finden hatte – eine solche Bezugnahme auf das Denken der Revolution gab in der Tat den Kern der „kolonialen Idee“ wieder, wie sie sich während des 19. Jahrhunderts nicht ohne Widerstände allmählich in den republikanischen Traditionsbestand eingefügt hatte.⁷⁹

Mit dem Appell auf „mise en valeur de la France extérieure“, ebenfalls ein Schlüsselterminus, griff Reynaud dagegen auf eine jüngere „Sedimentschicht“ zurück. Gemeint war die Herstellung und Bewahrung einer engen, vor allem ökonomisch orientierten Interessengemeinschaft mit der „France d'outre-mer“ zur Garantie der ökonomischen Unabhängigkeit Frankreichs. Jenseits des engeren Wortsinns erwies Reynaud damit zugleich indirekt dem Schöpfer dieses kolonialpolitischen Konzepts, Albert Sarraut, seine Referenz. Schon in den frühen zwanziger

Die obigen Ausführungen zur Kolonialausstellung beruhen daneben im wesentlichen auf den pertinenten Analysen bei: Catherine Coquery-Vidrovitch, *La colonisation française 1931 – 1939*, in: Thobie/Meynier/Coquery-Vidrovitch/Ageron, *Histoire de la France coloniale* II, S. 211–308, hier: S. 213–225; Charles-Robert Ageron, *L'exposition coloniale de 1931. Mythe républicain ou mythe impérial?*, in: Pierre Nora (Hg.), *Les Lieux de mémoire*. Band I: *La République*, Paris 1984, S. 561–591. Anders als Coquery-Vidrovitch bestreitet Ageron eine mentalitätsprägende Wirkung der Kolonialausstellung von 1931 zugunsten der Akzeptanz des französischen Kolonialengagements in der „France métropolitaine“. Auch er kann jedoch die breite Zustimmung in den Parteien und den Willen der politisch Verantwortlichen zur Ausgestaltung und Nutzbarmachung des Mythos nicht widerlegen.

⁷⁸ Dieses wie die folgenden Zitate stammen aus der Eröffnungsrede Reynauds, abgedruckt in: *Le Temps*, 7. 5. 1931.

⁷⁹ Zur Entstehungsgeschichte des „kolonialen Mythos“, zu seiner engen Verklammerung mit der republikanischen Tradition und zu den Vorstellungen von „Liberalen“ und „Radikalrepublikanern“ bis zum I. Weltkrieg: Marshall, *French Colonial Myth*, S. 11–41; Girardet, *L'idée coloniale*, S. 3–114.

Jahren hatte der langjährige Minister und Generalgouverneur Indochinas sein Programm entwickelt, das seither zur oft zitierten, wohl einflußreichsten Doktrin französischer Kolonialpolitik zwischen den Kriegen geworden war. Es umfaßte im wesentlichen ein Modell der vertragsmäßigen Beziehung zwischen Kolonisator und Kolonialvolk, basierend auf dem Zusammenspiel europäischen Kapitals und westlicher Intelligenz mit den Rohstoffreserven der Kolonialgebiete – zum Nutzen beider Seiten und der Weltgemeinschaft überhaupt. Als neue, „liberale“ kolonialpolitische Synthese gedacht, propagierte das Konzept die „association“ von Kolonisierten und Kolonisatoren, und zwar in Alternative zu einer Politik der „assimilation“, die Geschichte und Eigencharakter der Eingeborenenvölker vernachlässigte. Anvisiert war jedoch im Grunde eine Kompromißlösung, die gleichermaßen die Nachteile konsequenter Assimilierung wie echter Gewährung von Autonomie vermeiden wollte. Auch wenn dabei Reformbedarf insbesondere im Bereich einer allzustark zentralisierten Verwaltung anerkannt wurde, auch wenn die betroffenen Völkerschaften verstärkt zu administrativen Aufgaben herangezogen werden sollten – die politische Emanzipation der kolonisierten Bevölkerung war ebensowenig vorgesehen wie der Ausbau der Repräsentativgremien vor Ort über den Status von Beratungsorganen hinaus, die Zuerkennung von Souveränitätsrechten oder gar der Weg in die Unabhängigkeit. Bezugspunkt für Reformen war und blieb der erweiterte nationale Rahmen des „größeren Frankreich“. ⁸⁰ Diese Einbindung machte ein Spezifikum der französischen Kolonialdoktrin aus. In Großbritannien fand die Idee vom partnerschaftlichen Anschluß der Dominions an das Mutterland ihre weitgehende Entsprechung in der fortschreitenden Umsetzung von „self-government“ und Gleichberechtigung; im französischen Verständnis dagegen herrschte trotz aller Relativierungen nach wie vor eine stärker auf Homogenisierung und Zentralisierung gerichtete Auffassung vor. ⁸¹

Die Ideen Sarrauts und der damit aktualisierte Traditionsbestand lassen sich durchgehend als Leitlinien auch der Reynaudschen Amtsführung von 1931/32 feststellen. ⁸² Paul Reynaud ging aus von der unilinearen Entwicklung menschlicher Zivilisationen, dachte also in dieser Hinsicht universalistisch und egalitär. Bezeichnend genug, bemühte er in offiziellen Äußerungen, die allgemeinen kolonialpolitischen Zielvorgaben galten, zwar fast durchweg die üblich gewordene Auffassung vom anzustrebenden Assoziationsstatus des „Empire“; daneben vertrat er, zumeist intern, weiterhin die Idee einer zivilisatorischen „assimilation“ der Kolonialvölker durch Frankreich, verstanden als „fusion entre deux civilisati-

⁸⁰ Sarraut entwickelte sein Konzept in zwei Hauptschriften: Albert Sarraut, *La mise en valeur des colonies françaises*, Paris 1923; ders., *Grandeur et servitude coloniales*, Paris 1931. Vgl. zu seinen Thesen: Girardet, *L'apothéose*, S. 1097–1099; ders., *L'idée coloniale*, S. 181 f.; Marshall, *French Colonial Myth*, S. 44–49. Die beste Darstellung zum Verhältnis der Begriffe „Assimilation“ und „Association“ in der französischen Kolonialtheorie und zur Position Sarrauts bietet: Rudolf von Albertini, *Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960*, Köln/Opladen 1966, S. 323–357; zum gleichen Thema auch: Raymond F. Betts, *Assimilation and Association in French Colonial Theory 1890–1914*, New York/London 1961.

⁸¹ Vgl. dazu Albertini, *Dekolonisation*, S. 308.

⁸² Spuren der Sarraut-Rezeption Reynauds lassen sich direkt nachweisen aufgrund der Notizen, die er aus „*Grandeur et servitude coloniales*“ anfertigte (vgl. CAOM, Indochine, Nouveau Fonds (N.F.), Carton 267, Dossier 2327(2)).

ons“.⁸³ Diese begriffliche Ambivalenz verwies wie bei Sarraut auf eine konzeptionelle: Aus guten Gründen war es nach 1919 kaum mehr opportun, offen eine „assimilatorische“ Mission Frankreichs zu befürworten. Zu sehr hatten die kolonialen „herrschaftstechnischen“ Erfahrungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts und neuere wissenschaftliche Erkenntnisse vor allem der Ethnologie eine stärker individualisierende Sehweise „unterlegener“ Zivilisationen gefördert und mit ihr neuen Synthesversuchen rund um den „associations“-Begriff den Weg gebahnt.⁸⁴ Zur konsequenten Abwendung von der alten Doktrin jedoch konnten sich die wenigsten kolonialtheoretischen Reformer durchringen, und weder Albert Sarraut noch Paul Reynaud gehörten zu ihnen. Beider Konzepte behielten assimilatorische Grundzüge, in beiden Fällen bildete die Assoziierung lediglich einen Übergangszustand bis zur endlichen Verwirklichung der erstrebten zivilisatorischen „Fusion“.⁸⁵ Dementsprechend hatte es seine systemimmanente Logik, wenn der zivilisationstheoretische Egalitarismus der Politiker vorerst keine Fortsetzung auf praktisch-politischem Feld fand: Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die indogene Kolonialbevölkerung etwa lehnte Reynaud noch in den späten dreißiger Jahren strikt ab.⁸⁶

Es liegt auf der Hand – das wird im folgenden am Beispiel des Krisenschwerpunkts Indochina deutlich werden –, daß ein solches paternalistisch-harmonisierendes Gedankengebäude bereits zu Beginn der dreißiger Jahre nicht mehr in der Lage war, die Realität der konkreten Interessen Frankreichs und der entstehenden Emanzipationsbewegungen im Kolonialreich adäquat zu erfassen. Auch war der Mythos natürlich keineswegs, wie suggeriert, von politischer „Unschuld“, noch nicht einmal in den *Absichten* jener, die ihn fortschrieben. Im Falle Reynauds waren die vorgetragenen prokolonialen Argumente unterfüttert mit Motiven der allgemeinen Systemstabilisierung und der Neutralisierung zivilisationskritischer Tendenzen im Mutterland.

Nicht in den öffentlichen Stellungnahmen, wohl aber beim vertraulichen „déjeuner intime“ mit ausgewählten Pressevertretern kam Reynaud in diesem Sinne deutlich zur Sache. Die Kolonialausstellung sollte mit ihrer Mischung aus Information und Imagination identitätsstiftende Wirkung haben, sollte die in der Öffentlichkeit nicht unangefochtene These vom ökonomischen Nutzen der Kolo-

⁸³ Vor einem Kreis ausgewählter Pressevertreter umschrieb er am Rande der Kolonialausstellung seine Vorstellungen folgendermaßen: „Vous avez à leur [aux Français; S.G.] montrer la difficulté et la complexité de ces problèmes, vous avez à leur dire que l’assimilation, la fusion entre deux civilisations qui, jusqu’ici, ont été surtout juxtaposées, est un problème qui n’est pas un problème de mois ni même un problème d’années.“ (Rede Paul Reynauds anlässlich des Banketts zur Einweihung der „Section de la Presse“ in der „Cité des Informations de l’Exposition Coloniale“, o.D. (AN; 74 AP 9)).

⁸⁴ Zur Abwendung der zeitgenössischen Ethnologie von den Grundannahmen des 19. Jahrhunderts: Girardet, *L’idée coloniale*, S. 154–174; zu neuen Synthesversuchen in der französischen Kolonialtheorie bis 1914: Betts, *Assimilation and Association*, S. 106ff.; Albertini, *Dekolonisation*, S. 331ff.

⁸⁵ Zu Sarraut in diesem Sinne: Albertini, *Dekolonisation*, S. 342 und 345.

⁸⁶ So Reynaud in einem Interview mit der Zeitung *L’Algérie* vom 28. 1. 1937 (AN, 74 AP 10). Im Februar 1938 sprach er sich als kolonialpolitischer Berichterstatter in der Finanzkommission der Assemblée gegen ein Gesetzesprojekt des Abgeordneten Galandon Diouf aus, das zentralafrikanischen Weltkriegsteilnehmern die französischen Bürgerrechte zugestehen sollte (AN, 74 AP 10, Dossier „Projet G. Diouf“).

nien unterstützen und, in erster Linie, die Bevölkerung auf neue Ziele jenseits des krisengeschüttelten Europa lenken: „Quand on voit toutes les difficultés dans lesquelles nous sommes plongés, vers lesquelles nous allons, s’il n’y avait pas pour le peuple français quelque chose d’en dehors et de très loin, quelque chose qui soit le domaine du rêve, quelque chose qui soit d’un avenir sans limites, eh bien, je crois que le peuple dont vous êtes à la fois les interprètes et les guides, Messieurs de la presse, le peuple subirait dans la cruelle et injuste déception qui l’atteint, une sorte d’affaissement aujourd’hui.“ Und: „c’est l’intérêt général, si vous ne dérivez pas l’opinion publique de la douloureuse Europe, ce pays va finir par sombrer dans la neurasthénie!“⁸⁷

Wo den französischen Republikanern des ausgehenden 19. Jahrhunderts die kolonialen Erfolge unter anderem als Beleg für die Überlegenheit der republikanischen Staatsform gegenüber Ancien régime und Kaiserreich gedient hatten, bemühte der liberale Minister im Jahr 1931 einen gleichgerichteten, doch weiterzielenden Gedankensprung. Nicht allein die Legitimität der Republik konnte durch das effektive weltpolitische Ausgreifen erhärtet werden, sondern mehr noch die ungebrochene Innovationskraft des Westens schlechthin: verstärkte sich doch dessen Zugriff auf die außereuropäische Welt von Tag zu Tag, sichtbar an den Fortschritten von Flugzeug- und Rundfunktechnik ...⁸⁸

Der zugrundeliegende Gedankengang verrät wiederum klar den aktualisierenden Rückgriff Reynauds auf eingespielte republikanische Argumentationsschemata. Das Kolonialreich zugleich als Garant und als sichtbarer Beleg für die Erneuerungsfähigkeit des republikanisch-demokratischen Frankreich aus sich selbst: Solche Überlegungen finden sich neben zivilisationstheoretischen und machtpolitisch-ökonomischen Erörterungen bereits im Kolonialdiskurs der frühen Dritten Republik. Ihre Reaktivierung in der „crise des années trente“ zeigt wie das Fortleben des „kolonialen Mythos“ insgesamt einmal mehr das Gewicht mentalitätsprägender politischer Traditionen im politischen Leben Frankreichs zwischen den Kriegen.⁸⁹ Es liegt nahe, mit Blick auf die praktische Politik Paul Reynauds nach den Konsequenzen für konkrete Krisenlösungsstrategien zu fragen. Anhand zweier begrenzter Themenfelder, die zugleich Krisenherde erster Ordnung umfaßten – der Wirtschaftskrise und der kommunistischen Befreiungsbewegungen in Indochina – soll dies im folgenden geschehen.

Die Wirtschaftsstruktur des französischen Kolonialreichs blieb nach dem Ersten Weltkrieg geprägt von den Prinzipien der Assimilation nach innen und der zollpolitischen Abschottung nach außen. Bis zur zweiten Nachkriegszeit trat hier nur ein gradueller Wandel ein, während die prinzipielle Ausrichtung erhalten blieb: Über ein regional variierendes System von Zolltarifen, Begünstigungsregelungen und anderen vertraglichen Bindungen konnten die Kolonialgebiete ihre

⁸⁷ Manuskript der Rede Paul Reynauds anlässlich des Banketts zur Einweihung der „Section de la Presse“ der Kolonialausstellung 1931, o.D. (AN, 74 AP 9) (Unterstreichung durch Reynaud selbst).

⁸⁸ So Reynaud in seiner Eröffnungsrede der Kolonialausstellung 1931, abgedruckt in: *Le Temps*, 7. 5. 1931.

⁸⁹ Vgl. etwa die gleichgerichteten Ausführungen bei André Tardieu, *L’épreuve du pouvoir*, Paris 1931, S. XVIII; Albertini, *Dekolonisation*, S. 321.

Produkte zwar frei im Mutterland absetzen, hatten jedoch bei der Einfuhr ausländischer Güter hohe Abgaben zu leisten. Besonders eng war die Anbindung der „alten“ Kolonien Guadeloupe, Martinique, Guyane, Réunion, aber auch von Madagaskar, Indochina und Algerien. Aufgrund dieser protektionistischen Maßnahmen entwickelten sich die Kolonialgebiete insgesamt bis 1929 zum wichtigsten Handelspartner der Metropole. In der Weltwirtschaftskrise profitierte das Mutterland von den getroffenen Regelungen, da trotz kontrahierender Weltmärkte weiterhin besonders für kaum mehr konkurrenzfähige Produkte etwa der Textilbranche Absatzmöglichkeiten bestanden. Zwar trug eben diese Konstellation in Frankreich zur Konservierung eines gesamtökonomisch überholten Zustands bei, da zukunftsweisende metropolitane Industriesektoren der Metall- und Chemiebranche bis in die Zeit nach 1945 in ihrer Ausweitung gehemmt wurden. Mittelfristig jedoch förderte das niedrige koloniale Preisniveau bei Agrarprodukten und Rohstoffen die wirtschaftliche Erholung des Mutterlands; ein Mechanismus, der sich im übrigen in den meisten Industrieländern einstellte. Weniger günstig präsentierten sich die Folgen der Großen Krise in Frankreichs stark exportorientierten Kolonien selbst, wo der Verfall der Rohstoffpreise und damit der Regionalbudgets gravierende Folgen zeitigte. Allgemein wuchs das ökonomische Gefälle zwischen den industriellen Weltzentren und den Gebieten der „Peripherie“ auf lange Sicht stark an, eine Entwicklung, die den französischen Herrschaftsbereich nicht aussparte.⁹⁰

Es war eine nuancierte und keineswegs einheitliche, doch insgesamt ernüchternde Bilanz, die dem neuen Minister bei Amtsantritt im Februar 1931 vorgelegt wurde. Eine ökonomische Tour d'horizon unter anderem durch Indochina, Madagaskar, Französisch-Äquatorialafrika und Französisch-Westafrika zeigte eine weitverbreitete Produktions- und Bankenkrise im Kolonialreich: „La situation générale des colonies, au point de vue économique, est assez grave pour retenir l'attention des Conseils du Gouvernement. La crise générale, qui sévit dans l'ancien comme sur le nouveau continent, ne les a pas épargnées et toutes, sans exception, ont été touchées [...]. En ce qui concerne nos possessions, les conséquences ont été d'autant plus redoutables que la politique coloniale suivie jusqu'à ce jour les avait plus mal préparées à une sérieuse résistance en cas de difficultés [...]. Il y a là, certes, un aveu difficile à faire ouvertement, après surtout qu'une propagande, mieux intentionnée que bien inspirée, a représenté pendant longtemps nos colonies comme des eldorados pourvus de toutes les richesses.“⁹¹

⁹⁰ Allgemein zu den Folgen der Großen Krise an der „Peripherie“: Dietmar Rothermund (Hg.), *Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika 1929–1939*, Paderborn 1983, darin besonders der einleitende Überblicksaufsatz: Dietmar Rothermund, *Einleitung: Weltgefälle und Wirtschaftskrise*, in: ebenda, S. 13–35.

Vgl. speziell zur wirtschaftlichen Bedeutung des Kolonialreichs für Frankreich im Spannungsfeld politischer Steuerung und privater Interessen die Arbeiten von Jacques Marseille, besonders: ders., *Empire colonial et capitalisme français. Histoire d'un divorce*, Paris 1984; einen knappen Extrakt der hier vorgetragenen Ergebnisse bietet der Autor in: ders., *Colonisation, décolonisation et capitalisme (1880–1960). Un divorce à la française*, in: *Vingtième Siècle* 4 (1984), S. 39–48. Hinweise auch bei: Albertini, *Dekolonisation*, S. 314–317; Coquery-Vidrovitch, *Colonisation française*, S. 227–257.

⁹¹ Note für den Minister: „Situation économique des colonies, 1er février 1931“, 31. 1. 1931, S. 1 und 4. (CAOM, *Affaires politiques*, 2622). Gleicher Tenor auch in bezug auf das wirtschaftlich

In der Tat trafen die Folgen der Krise das französische Kolonialreich in durchaus unterschiedlichem, wenngleich bislang noch nicht ganz eindeutig differenzierbarem Ausmaß, das nicht zuletzt vom Grad der Verflechtung der jeweiligen Territorien mit dem internationalen Bankensystem und dem Welthandel abhing. Besonders betroffen waren wohl neben Marokko und Französisch-Äquatorialafrika auch das bis dahin prosperierende Indochina.⁹² Aufgrund seiner Handelsüberschüsse mit dem Fernen Osten lange Zeit in der Lage, das gesamtfranzösische Handelsbilanzdefizit entscheidend zu verringern, fungierte das Land als ertragreicher Investitionsmarkt für Kapital aus dem Mutterland. Um 1930 traten deutliche Krisenphänomene auf, so der Verfall der wichtigen Reis- und Kautschukurse und der Rückgang des Werts der Gesamtexporte um 30% im Jahr 1930, um 39% im Folgejahr. Als nach fünf Krisenjahren die Exportraten wieder stiegen, war die ökonomische Kraft des Landes nichtsdestoweniger dauerhaft geschädigt, und gravierende soziale Umschichtungen waren erfolgt. Der Niedergang der Reiswirtschaft hatte zum Ruin großer, mittelständischer und kleiner Plantagenbesitzer geführt, hatte die bürgerliche Rentierschicht in ihrem Lebensnerv getroffen und in der Frage der Hypotheken- und Kreditregelung ein nicht unerhebliches soziales Protestpotential gegen Staat und europäisches Kapital entstehen lassen. Die Pauperisierung der Landbevölkerung erreichte in weiten Teilen des Landes katastrophale Ausmaße.⁹³

Der Krisenstrategie des Ministers, die sich an der Gesamtheit der Kolonialgebiete zu orientieren hatte, lagen einige einfache Prinzipien zugrunde; zusammengekommen gaben sie ein weitgehend anti-interventionistisches, wirtschaftsliberales Glaubensbekenntnis ab. Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes galt Reynaud als oberstes Gebot, die schließliche Autoregulation des Systems als dessen unweigerliche positive Folge: „La crise est une maladie. Contre la maladie, l'organisme, livré à lui-même, secrète des anti-toxines, l'abaissement des prix qui entraîne la restriction de la production, dont l'excès est la cause du mal. Et surtout, bénéfice durable – il élimine les producteurs les moins adaptés à la lutte pour la vie. Enfin, la baisse des cours facilite les achats aux consommateurs atteints par la crise. [...] Tel est le processus naturel. Mais l'Etat intervient-il? Prend-il des mesures pour maintenir les cours? Alors les anti-toxines ne sont pas secrétées.“⁹⁴ Staatliche Eingriffe waren dennoch schon um des Erhalts des sozialen Friedens willen unerlässlich, hatten aber „im Sinne der ökonomischen Gesetze“ zu erfolgen. Ange-

schwächste Kolonialgebiet Frankreichs: „Gouvernement général de l'Afrique occidentale française. Rapport politique et administratif. Année 1931“, 27. 9. 1932 (CAOM, Affaires politiques, 538).

⁹² Vgl. die Einschätzungen bei Coquery-Vidrovitch, *Colonisation française*, S. 227–232; dies., *L'Afrique coloniale française et la crise de 1930: crise structurelle et genèse du sous-développement*, in: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 63 (1976), S. 386–424; Pierre Brocheux/Daniel Hémery, *Indochine. La colonisation ambiguë (1858–1954)*, Paris 1995, hier: S. 245 ff.

⁹³ Ebenda, S. 166–173 und 260–274.

⁹⁴ Redetext Paul Reynauds unter dem Titel „La tâche de notre colonisation devant la crise mondiale“, vermutlich 14. 6. 1931 (AN, 74 AP 9). Reynaud zur Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen im Kolonialreich: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2e séance du 23 février 1931, S. 1075–1080; zum Thema auch seine Stellungnahme vor der zuständigen Parlamentskommission (Archives de l'Assemblée Nationale, Commission de l'Algérie, des colonies et des protectorats, Procès-verbal du 13 février 1931).

wandt auf die Wirtschaftskrise in den Kolonien bedeutete dies, nicht etwa nach US-amerikanischem Vorbild das verfallende Preisniveau künstlich zu stützen. Vielmehr mußte es darum gehen, den anpassungsfähigsten Produzenten in den Kolonialländern das Überleben am Markt zu ermöglichen und mit ihnen die Modernisierung der Produktionsstrukturen zu fördern: „En agissant ainsi, nous remplissons notre devoir d’orienteurs. Nous rappelons aux producteurs coloniaux que, sur le marché mondial, la bataille du prix de revient sera sévère et que, seuls, ceux qui se seront imposé les dures disciplines de la rationalisation auront des chances de la gagner.“⁹⁵

In der politischen Praxis mündeten diese Prinzipien in ein Spektrum traditioneller Mittel, das Reynaud einsetzte und unterstützte. Es umfaßte insbesondere die Kreditvergabe an die private Wirtschaft vor Ort und den Einsatz protektionistischer Maßnahmen: Ziel war die Regelung und Begünstigung der kolonialen Produktion über die Anwendung von Kontingentierungen, Vorzugsregelungen und Subventionen. Ein Bündel gesetzgeberischer Maßnahmen führte u. a. zur Bereitstellung mittelfristiger Kredite an Pflanze und zur prononcierten Förderung jener Betriebe, die neue „wissenschaftliche Anbaumethoden“ einsetzten. Gefördert wurden Infrastrukturverbesserungen mit dem Ziel, die exportwirtschaftliche Erschließung voranzutreiben und Kapitalinvestitionen wieder attraktiv zu machen. Eingeleitet wurde auch ein ambitioniertes Programm zur Erschließung neuer Reisanbauflächen in Indochina. Dazu gewährte der französische Gesetzgeber den Kolonialgebieten während der kurzen Amtsperiode Reynauds die Genehmigung zur Aufnahme von Investitionsanleihen in Höhe von insgesamt über 5 Milliarden Francs.⁹⁶ Flankierend sollte eine rigide Austeritätspolitik mittels Einsparungen und Steuererhöhungen das Budgetgleichgewicht in den oft gravierend geschädigten Kolonialhaushalten wiederherstellen.⁹⁷

Budgetdeflation, Protektionismus, Maßnahmen zur Marktkonzentration und zur Rationalisierung der verbliebenen Kolonialproduktion, schließlich Einsatz von rückzahlbaren Finanzhilfen, die den Neuaufbau langfristig den Kolonialgebieten selbst überließen – das waren die wesentlichen krisensteuernden Instrumente der Amtszeit Paul Reynauds. Sie zeigten den Minister auf halbem Wege zwischen dem verstärkten Rückgriff auf liberale Wirtschaftstheorien, wie er in

⁹⁵ Redetext Paul Reynauds „La tâche ...“ (AN, 74 AP 9).

⁹⁶ Entsprechend den Gesetzen vom 22.2. und 10. 7. 1931 entfielen davon auf Französisch-Westafrika, Indochina, Madagaskar, Togo und Kamerun 3,9 Mrd., auf Neu-Kaledonien 95 Mio., auf Französisch-Äquatorialafrika 822 Mio., schließlich auf La Réunion, Martinique, Guadeloupe und Guyana 359 Mio. Die als Teil des Gesamtprojekts vorgesehenen 197 Mio. Francs für Somalia, Ozeanien und Kamerun wurden während der Amtszeit Reynauds nicht mehr verabschiedet („Note pour le ministre“, 26. 2. 1932; CAOM, Affaires politiques, 2622, Dossier VI/4). Reynaud rechtfertigte seine Anleihepolitik vor der Kammer: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 2e Séance du 23 février 1931, S. 1075 f.; zum Ziel der Wahrung kolonialer Absatzmärkte: ebenda, 2e Séance du 27 mars 1931, S. 2298.

Dazu auch Coquery-Vidrovitch, *Colonisation française*, S. 230–234; Brocheux/Hémery, *Indochine*, S. 270–274.

⁹⁷ Vgl. hierzu insbesondere seine telegraphischen Ermahnungen wegen unsolider Finanzführung: Reynaud an Cayenne, No. 29 v. 15. 2. 1932; Reynaud an Hanoi, No. 175 v. 16. 2. 1932: „[...] Votre premier souci en dehors maintien sécurité doit être avoir finances saines.“ (CAOM, Télégrammes, Cabinet du ministre des colonies, 598) sowie sein Zirkular an alle Kolonien und Mandatsgebiete vom 20. 7. 1931 (ebenda, 599).

Ökonomenkreisen im Umfeld der Krise aufkam, und der forcierten Hinwendung zum Interventionsstaat, den ein André Tardieu proklamiert hatte⁹⁸: Anders als einflußreiche neo-liberale Reformer vom Format des Unternehmers Edmond Giscard d'Estaing verschloß sich der interventionsbereite Reynaud nicht dem Gedankengang, notleidenden Wirtschaftszweigen des Mutterlands ein subventionierendes „débouché colonial“ zu verschaffen, statt sie durch den Markt eliminieren zu lassen.⁹⁹ Sie zeigen ihn auf halbem Wege aber auch zwischen einer „politique de pillage“ alten Stils einerseits und einer Politik wirklichen Strukturwandels in den Kolonien andererseits. Propagiert durch eine kleine Gruppe von Kolonialunternehmern um Paul Bernard, konnte letztere Option vor dem Zweiten Weltkrieg keinen Eingang mehr ins Regierungshandeln finden, und auch Paul Reynaud förderte sie keineswegs. Nicht die Industrialisierung der Kolonien oder die forcierte Entwicklung ihrer inneren Märkte setzte sich durch, sondern Kolonialprotektionismus und nutzenorientierte „Aufgabenteilung“ zwischen Industrieländern und kolonialen Rohstoffproduzenten: „le repli sur l'Empire“.¹⁰⁰ Manche Wurzeln einer „Spirale der Unterentwicklung“ sind hier zu suchen. So stand die intensive Anleihepolitik Frankreichs wohl mehr noch als die internationale Rezession am Beginn eines jahrzehntelangen Abhängigkeits- und Verschuldungsprozesses, der vor dem Zweiten Weltkrieg keine befriedigende Lösung mehr erfuhr. Zudem war die praktizierte Politik, das zeigt das Beispiel Indochina, noch nicht einmal frei von kontraproduktiven Effekten: Die staatlicherseits favorisierte Anleihepolitik zwang die Kolonialverwaltung vor Ort, gleichzeitig einen Großteil ihres Budgets zur Unterstützung von Handel und Großbesitz wie auch zur Erfüllung des Schuldendienstes aufzuwenden. Dieses Unterfangen war nicht ohne Erhöhung der Steuerlasten möglich, trug damit wiederum zur fortschreitenden Pauperisierung der Landbevölkerung bei und förderte so die Ausweitung jener politischen Instabilität, die unter anderem gerade bekämpft werden sollte.¹⁰¹

Noch erschien die sich anbahnende Überlastung des kolonialen Systems Frankreichs beherrschbar, und zwar nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Verantwortlichen in Politik und Kolonialadministration: Paul Reynaud machte hier keine Ausnahme. Im Sommer 1931 hatte die Wirtschaft des Mutterlands die nahende Depression kaum zu spüren bekommen. Eine ökonomisch-politische Restaurationspolitik mittels begrenzten staatlichen Kapitaleinsatzes in den Kolonien schien zugleich wirtschaftlich machbar und erfolgversprechend im Sinne der

⁹⁸ Jackson, *Politics of depression*, S. 14 f., 27–34.

⁹⁹ „[...] le débouché colonial est pour la France chaque jour plus important, parce que 25 p. 100 du textile français s'écoule dans les colonies“; JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e Séance du 27 mars 1931, S. 2298. Zur „stratégie libérale“ um Giscard d'Estaing: Marseille, *Empire colonial*, S. 218–239.

¹⁰⁰ Zur Eingrenzung der Positionen in der Diskussion um die angemessene „mise en valeur“ der Kolonien seit Anfang der dreißiger Jahre: Marseille, *Empire colonial*, S. 240–258; ders., *Colonisation, décolonisation*, S. 45 f.

¹⁰¹ Daniel Hémerly, *Aux origines des guerres d'indépendance vietnamiennes: pouvoir colonial et phénomène communiste en Indochine avant la Seconde Guerre mondiale*, in: *Le Mouvement social* 101 (1977), S. 3–35, hier: S. 17; bis Ende 1936 stieg der Anteil, den die Zinszahlungen aus den erhaltenen Anleihen am Gesamthaushalt der Kolonie ausmachten, auf mehr als ein Fünftel an. Im höchstverschuldeten Gebiet, in Französisch-Westafrika, machte die Zinslast bereits ein Viertel des Budgets aus; vgl. Hémerly, *Aux origines*, S. 17–19; Zitat: Brocheux/Hémerly, *Indochine*, S. 267.

Wahrung bzw. Wiederherstellung des erhofften ökonomischen Nutzens. Noch auch gingen die maßgeblichen Politiker und Beamten davon aus, daß die politische Unruhe im Kolonialreich, die durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise gesteigert worden war, zu meistern sei. Mit ausschlaggebend für diesen Eindruck war die Tatsache, daß der offene politische Protest in den betroffenen Gebieten noch nicht – wie dann nach 1945 – geschlossene und kontinuierliche Form angenommen hatte.

Als Paul Reynaud Anfang Mai 1931 die Pariser Kolonialausstellung eröffnete, ging er kaum auf den neuen Krisenherd Indochina ein. Die Misere der dortigen Landbevölkerung verschwieg er wohlweislich ebenso wie die Tatsache, daß das Land zum gleichen Zeitpunkt Schauplatz gewaltsamer Repressionsmaßnahmen der Kolonialmacht war, wie es sie seit den Anfängen der Erschließung noch nicht gekannt hatte. Verbrannte Dörfer, Gefangenenerschießungen und Verhaftungen durch die Sûreté waren seit Herbst 1930 an der Tagesordnung. Nichts wäre wohl mehr geeignet gewesen, den harmonisierenden Duktus der Festreden als Fassade bloßzustellen, die Ausstellung selbst als „Schattentheater“¹⁰² zu decouvrieren. Daß das offiziell verbreitete Bild kaum mehr zur Erfassung der komplexeren Realität in der Lage war, wurde indes nur seitens der politischen Linken thematisiert. Auf das schreiende Mißverhältnis von Mythos und Wirklichkeit machte wiederum in der Deutlichkeit nur der PCF über eine wenig beachtete Gegenausstellung, über Demonstrationen und Flugblattaktionen in Vincennes aufmerksam.¹⁰³

Es war nicht auf einen direkten kausalen Zusammenhang zurückzuführen, daß die expositorische Apotheose des kolonialen Gedankens von 1931 zeitlich zusammenfiel mit einem ersten Höhepunkt der Aktivitäten nationalistisch und kommunistisch inspirierter Unabhängigkeitsbewegungen. Insbesondere von Indochina, neben Algerien der bedeutendste Teil des Empire, nahmen die Befreiungsbestrebungen ihren Ausgang, und dies in einem Ausmaß, welches die Region von da an zum „neuralgischen Punkt“ im Kolonialreich machte. Seit Mitte der zwanziger Jahre hatte sich die Lage kontinuierlich zu Ungunsten Frankreichs zugespitzt. Die Forderung nach sofortiger Unabhängigkeit des Landes war um 1927 bereits Allgemeingut jener nationalistischen Geheimorganisationen geworden, die seither vermehrt durch gewaltsame Aktionen auf sich aufmerksam machten. Vorläufiger Höhepunkt der Terroraktionen rechter Provenienz war die Ermordung der Offiziere des Truppenstützpunkts Yen-Bay am 10. Februar 1930 gewesen, die die nationalistische Partei „Viet Nam Quoc Dan Dang“ zu verantworten gehabt hatte. Die Gründung der kommunistischen Partei Vietnams wenige Tage zuvor hatte unterdessen bereits eine neue Phase der antikolonialen Bewegung eingeleitet, die bis 1936 in die völlige politische Entmachtung bzw. Umorientierung der vietnamesischen Nationalbewegung mündete. Symbolhaft dafür traten ab Frühjahr 1930 kommunistisch inspirierte und organisierte Streik- und Demonstrationswellen neben die nationalistischen Gewaltaktionen und lösten sie allmählich ab. In mehreren Regionen Nord-Annams verloren dabei die Kolonialbehörden die poli-

¹⁰² Ageron, *L'exposition coloniale*, S. 576.

¹⁰³ Coquery-Vidrovitch, *Colonisation française*, S. 223–225.

tische Kontrolle zugunsten von „Sowjets“ und erlangten sie nicht vor Mitte 1931 nach dem Einsatz von Truppen der Fremdenlegion wieder. Verurteilungen wie Gefängnisstrafen gingen in die Tausende, und erst 1932 konnte diese schwerste Krise seit der kolonialen Inbesitznahme Indochinas äußerlich beigelegt werden. An die Wurzeln der politisch-ökonomischen Malaise gelangte man damit und auch in der Folge nicht: politischen Niederschlag fand dies bis 1936 im Aufstieg der kommunistischen Partei zum dominierenden innenpolitischen Gegner Frankreichs in Indochina.¹⁰⁴

Das Interesse der Pariser Parlamentarier an den Vorgängen in Südostasien hielt sich in Grenzen und erwachte zumeist erst dann, wenn gewaltsame Unruhen Handlungsbedarf signalisierten. So hatte die letzte große Kammerdebatte zum Indochina-Problem im Gefolge des Massakers von Yen-Bay zwischen dem 6. und 27. Juni 1930 stattgefunden, und sie blieb bis 1946 die letzte, die sich mit dem politischen Status des Landes in grundlegender Form beschäftigte.¹⁰⁵ Auch Reynaud kam in der Abgeordnetenkammer während seiner Amtszeit nahezu ausschließlich im Rahmen von Budgetdebatten zu Wort: ein sprechendes Indiz für die eher untergeordnete Bedeutung, die die Materie insgesamt im Beratungskalender einnahm, zumal in Zeiten, in denen mit der drohenden deutsch-österreichischen Zollunion, der Reparationsproblematik und der Mandschurei-Krise andere internationale Fragen das Interesse dauerhaft banden.

Am 23. Februar 1931, bereits knapp einen Monat nach der Amtseinführung, hatte Reynaud vor der Kammer zum Thema Stellung zu nehmen. Anlaß war die gewaltsame Auflösung dreier Protestzüge in der Provinz Annam im September 1930 durch die Kolonialmacht, bei der nach Einsatz eines Bombenflugzeugs über hundert Tote auf seiten der Demonstranten zu beklagen gewesen waren. Wie schon im Juni 1930 kam Kritik an der Regierungspolitik in grundsätzlicher und aggressiv vorgetragener Form aus den Reihen der neun kommunistischen Abgeordneten, in differenzierter Weise aber auch von sozialistischer und radikalsozialistischer Seite. Reynaud verteidigte die gouvernementale Position in einer für seine Verhältnisse ungewöhnlich martialischen, ja rüden Sprache. Gleichzeitig stellte er sich damit ostentativ in die Tradition französischer Indochinapolitik, wie sie seit 1930 von den Regierungen der „Union nationale“ unter Tardieu und Steeg verfolgt worden war.

Nach Auffassung einer Mehrheit in der SFIO und bei den Radikalsozialisten stand die zivilisatorische Mission Frankreichs außer Frage. Stein des Anstoßes war hier indes regelmäßig die politisch-praktische Umsetzung des hohen Anspruchs. Anders als die Antikolonialisten im PCF wandte man sich klar gegen die sofortige Unabhängigkeit von Gebieten, die man wie im Falle Indochinas noch

¹⁰⁴ Coquery-Vidrovitch, *Colonisation française*, S. 214, 267–271, Zitat: S. 268; Daniel Hémary, *Aux origines; ausführlich zu den Anfängen des Kommunismus in Indochina: ders., Révolutionnaires vietnamiens et pouvoir colonial en Indochine. Communistes, trotskystes, nationalistes à Saigon de 1932 à 1937*, Paris 1975. Zur Entstehung der vietnamesischen Nationalbewegung: Jean Chesneaux, *Entwicklungsstufen der nationalen Bewegung Vietnams 1862–1940*, in: Rudolf von Albertini (Hg.), *Moderne Kolonialgeschichte*, Köln/Berlin 1970, S. 389–399. Die neueste Gesamtdarstellung der französischen Kolonisation in Südostasien bieten: Brocheux/Hémary, *Indochine*, hier: S. 275–324.

¹⁰⁵ Hémary, *Aux origines*, S. 6; Albertini, *Dekolonisation*, S. 320.

nicht für reif dafür hielt. Statt dessen strebte man langfristig eine echte Assoziationslösung nach dem Vorbild der englischen Dominions an.¹⁰⁶ Léon Blum formulierte die durchaus ambivalente Parteilinie knapp so: „Le jour où j’aurai l’impression que dans un pays comme l’Indochine, nous ne nous maintenons plus que par la force et peut-être par la terreur, je deviendrai, moi, partisan de l’évacuation totale.“¹⁰⁷

Kein Zweifel bestand dagegen für Paul Reynaud daran, daß Frankreich in Indochina zu bleiben hatte, kein Zweifel auch, daß die dort entstehende kommunistische Bewegung mit aller Kraft zu bekämpfen war: „Je ne suis pas partisan, en ce qui me concerne, des manifestations d’énergie verbale, mais je dis: entre les communistes et nous, c’est une question de force, et nous sommes décidés à rester les plus forts. [...] Le communisme, c’est parfaitement clair, veut chasser la France de l’Indochine. Voilà la bataille entre lui et nous. Cette bataille nous la mènerons jusqu’au bout contre lui.“ Eine dosierte Mischung aus Repression und begrenzten Reformen hatte seiner Meinung nach handlungsleitendes Prinzip zu sein, immer unter der Vorgabe möglichst starker Präsenz vor Ort, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und nicht den Eindruck zu erwecken, Reformen aus bloßer Furcht einzuleiten.¹⁰⁸ Alle Zeichen von Schwäche waren zu vermeiden, die Deportation von Aufständischen, die sich des Mordes schuldig gemacht hatten, war beizubehalten; Gnadenersuchen hatten nur in Einzelfällen berücksichtigt zu werden: „[...] une clémence globale, collective, aveugle, qui serait considérée par les populations comme un signe de faiblesse, ce serait, messieurs, un aliment de plus dans la lutte contre nous.“¹⁰⁹ Ein Bestand an rasch einzuleitenden Reformmaßnahmen sollte die Bevölkerung daneben für die Anziehungskraft der kommunistischen Propaganda unempfindlich machen: die Schaffung lokaler Budgets in der Kolonie, alimentiert aus dem direkten Steueraufkommen der eingeborenen Bevölkerung und kontrolliert durch lokal gewählte Gremien; die Reform der unpopulären Salzsteuer; schließlich die Einführung einer Erbschaftssteuer auf hohe Nachlasssummen. Langfristig sollten überdies die Karriereaussichten eingeborener Beamter in der Kolonialverwaltung verbessert und die innere Struktur des Ministerialapparats trotz aller Finanznöte effektiver gestaltet werden.¹¹⁰

Obgleich nur als erste Maßnahmen gedacht und bald unter anderem durch den auf Indochina entfallenden Teil der geschilderten finanztechnischen Maßnahmen ergänzt, lassen schon die improvisierten Ansätze den Geist auch der folgenden Reformen erkennen. Es ging Reynaud und den Verantwortlichen in seinem Umkreis darum, das koloniale System so zu modifizieren, daß es imstande war, die ökonomisch-politische Krise zu überdauern. Eine grundlegende Revision der bestehenden Machtverhältnisse etwa im Sinne der Annäherung an ein Regime des „self-government“ nach englischem Vorbild war dagegen nicht beabsichtigt. Bezeichnend dafür war das Vorgehen von Minister und Bürokratie im Zuge der administrativen Vorbereitung der „großen“ Anleihen von 1931: Achtete man doch

¹⁰⁶ Hémary, *Aux origines*, S. 7–9; Albertini, *Décolonisation*, S. 357–368.

¹⁰⁷ JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e Séance du 23 février 1931, S. 1090.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 1075–1080, Zitat: S. 1076.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 1077 (Zitat), 1078, 1089.

¹¹⁰ Ebenda, S. 1079f.

sorgsam darauf, im Gesetzestext keine Befugnisserweiterung der kolonialen Conseils Généraux vorzunehmen, welche auf dem Feld der Budgetgewährung eine unkontrollierbare Machtverschiebung zu Ungunsten der Generalgouverneure vor Ort bewirkt hätte.¹¹¹ Überhaupt, so der Minister, sei es gefährlich, zu schnell zu weitgehende Freiheiten zu gewähren, „car il est impossible ensuite de revenir en arrière.“¹¹² Die strenge Begrenzung in der Fortentwicklung des wirtschaftlichen Status quo fand somit ihr Gegenstück im politischen Bereich: „Pour ce qui est de l'Indochine, il faut simplement rechercher si par un ensemble de mesures d'ordre administratif, fiscal, économique on peut ramener un certain calme dans les esprits.“¹¹³

Im Verlauf des Jahres 1931 und insbesondere nach einer vierwöchigen Indochinareise im Herbst des gleichen Jahres entfaltete Reynaud entlang dreier Hauptachsen die Reformanstrengungen. Eine umfangreiche Verwaltungsreform hatte zum Ziel, die schlimmsten Mißstände im Bereich der einheimischen Verwaltungsspitzen, des Mandarinate, auf dem Gebiet der Justiz und in der französischen Administration selbst zu beheben. In den Folgejahren wurden daraufhin über tausend Notabeln abgesetzt, deren willkürliche Amtsführung und Steuereintreibung regelmäßiger Anlaß zu Unmut in der Bevölkerung gegeben hatten; noch während seiner Ostasienreise ordnete Reynaud eine praxisnähere Ausbildung französischer Beamter und die Erhöhung der Zahl der Aufnahmen in die „Ecole coloniale“ an.¹¹⁴

In einem zweiten Zugriff versuchte man dem Pauperisierungsproblem im wesentlichen über die Neuordnung des landwirtschaftlichen Kreditwesens, den rechtlichen Schutz des Kleinbesitzes und ein ehrgeiziges Programm von Wasserbauten Herr zu werden. Aufs engste verbanden sich hier volkswirtschaftliche und politische Motive: Über Investitionen in Bewässerungs- und Dammsysteme in Millionenhöhe wurden bis 1940 Hunderttausende von Hektar neuer Reisanbaufläche erschlossen – ein Vorgehen, das nach dem treffenden Wort von Daniel Hémery auch den Zweck hatte, „politische Dämme“ gegen die Ausbreitung der kommunistischen Ideologie zu errichten. Ambivalent blieben die aus der Anleihe vom 22. Februar 1931 anschlussfinanzierten Maßnahmen dennoch: Da echte Strukturreformen bis zum Zweiten Weltkrieg unterblieben, konnte bei stetig wachsender Bevölkerung das ohnehin defizitäre Versorgungsniveau lediglich ge-

¹¹¹ „Note confidentielle pour le Ministre“, 13. 2. 1931; Brief Reynauds an den Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, 14. 2. 1931 (CAOM, Affaires politiques, 2622, Dossier „Emprunts. Projets de loi et lois autorisant des emprunts pour Colonies, 1930–32“).

¹¹² Reynaud in Anspielung auf das Verhältnis zwischen Eingeborenen und Europäern in den holländischen Kolonien (Haut Conseil Colonial, Procès-verbal de la séance du 18 mai 1931; CAOM, Indochine N.F., 631).

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ Vgl. hierzu den Abschlußbericht des Directeur des Affaires Politiques im Kolonialministerium, Gaston Joseph, „Conclusions d'ensemble sur le voyage du Ministre des Colonies en Indochine, Décembre 1931. Établies par le Directeur“, 28. 12. 1931, S. 24–26, 31–55 (CAOM, Indochine N.F., 54, Dossier 635). Leider gewährten mir die Nachkommen Josephs keinen Einblick in den Nachlaß des langjährigen hochrangigen Kolonialbeamten, der in Aix-en-Provence verwahrt liegt.

Vgl. auch die detaillierte Auflistung der durchgeführten und noch geplanten Reformmaßnahmen durch Generalgouverneur Pasquier: „Annexe au rapport sur le programme des réformes en Indochine. Textes nécessaires aux réalisations prévues“ (CAOM, Indochine N.F., 2682). Zum Hintergrund: Hémery, *Aux origines*, S. 15; ders., *Révolutionnaires vietnamiens*, S. 31–33.

halten werden. Der Wettlauf gegen die voranschreitenden Unterentwicklungssymptome in der ländlichen Bevölkerung war dagegen bis 1940 nicht mehr zu gewinnen.¹¹⁵

Drittens schließlich wurden unter Reynaud politische Maßnahmen in die Wege geleitet, die darauf abgestellt waren, die Zusammenarbeit zwischen Kolonialmacht und intellektuellen, administrativen wie ökonomischen Eliten des Landes zu festigen. Teils unter Aufnahme radikalsozialistischer Forderungen gestand Reynaud die Ausweitung des bestehenden Wahlzensus zum höchsten beratenden Kolonialgremium vor Ort, dem „Conseil Colonial“, zu und gewährte die zahlenmäßige Gleichstellung von Franzosen und Asiaten. Eine Befugnisserweiterung des Gremiums war damit nicht verbunden.¹¹⁶ Außerdem erhielt Indochina einen Sitz im „Conseil Supérieur des Colonies“.¹¹⁷ Diese Ausweitung kam dem einheimischen Großgrundbesitz zugute, der seinen Vertretungsanspruch befriedigt sah.¹¹⁸ Die Heimsendung des in Frankreich unterrichteten annamitischen Kaisersohns Bao-Dai wurde durch Reynaud bereits vorbereitet und kam schließlich im September 1932 zustande. Die dahinterstehenden Motive sind kennzeichnend für das gesamte verfassungspolitische Reformwerk: „[...] il semblerait naturel que le retour du prince coïncidât avec l'avènement d'un régime de gouvernement qui offrirait plus d'apparence d'autonomie, tout en laissant à la puissance protectrice la faculté de contrôler et même d'inspirer les actes de gouvernement.“¹¹⁹ So trug dieser Teil der Reformpläne eher den Charakter klientelpolitischer Zugeständnisse an die bürgerliche Verfassungsbewegung und eine schmale Oberschicht als den Stempel effektiver politischer Innovation.

Wiederum bezog Reynaud eine Position des abwartenden, defensiven Reformismus, nunmehr stark beeinflusst durch die rigiden Positionen des konservativen Generalgouverneurs Pasquier.¹²⁰ Reynauds individualisierend-demokratisches politisches Denken hatte klare, aus zivilisationstheoretischen Überzeugungen erwachsene Grenzen. Eine Feststellung, die um so schwerer wiegt, als der kolonialtheoretische, volkswirtschaftliche und politische Diskurs der Zeit jeweils theore-

¹¹⁵ Joseph, „Conclusions d'ensemble...“, S. 58–86 (CAOM, Indochine N.F., 54, Dossier 635). Zum allgemeinen Rahmen: Brocheux/Hémery, Indochine, S. 270–274; Hémery, Aux origines, S. 14–17.

¹¹⁶ Vgl. dazu neben dem Bericht Josephs: Reynaud an Hanoi, No. 774 v. 29. 7. 1931 und Reynaud an Hanoi, No. 1324 v. 25. 12. 1931 (CAOM, Télégrammes. Cabinet du ministre des colonies, 598).

Zu den Kompetenzen des „Conseil Colonial de Cochinchine“ zählten im wesentlichen die Beschlussfassung im Bereich der Verwaltung kolonialer Besitztitel und der öffentlichen Arbeiten. Die Verabschiedung des Budgets der Kolonie war jedoch an die Zustimmung des Generalgouverneurs gebunden. Die Wahl der asiatischen Mitglieder vollzog sich seit 1922 nach Zensuswahlrecht, das die einheimische Besitz- und Verwaltungselite begünstigte (Brocheux/Hémery, Indochine, S. 400).

¹¹⁷ Joseph, „Conclusions d'ensemble...“, S. 10f. (CAOM, Indochine N.F., 54, Dossier 635); vgl. dazu etwa die Forderung Daladiers in der Parlamentsdebatte vom Juni 1930: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 27 juin 1930, S. 2749ff.

¹¹⁸ Hémery, Révolutionnaires vietnamiens, S. 32f.

¹¹⁹ Vgl. Reynauds und Piétris Stellungnahmen in: Haut Conseil Colonial. Procès-verbal de la séance du 18 mai 1931 (CAOM, Indochine N.F., 631).

¹²⁰ Der Reformplan Pasquiers liegt vor in Form eines umfangreichen Schreibens an den Minister: Pasquier an Reynaud, 23. 3. 1931 (CAOM, Indochine N.F., 2682).

Über die Bedenken des Generalgouverneurs, die Überzahl französischer Vertreter im Conseil Colonial abzubauen – „parce que cet élément [français], en dehors même de raisons politiques évidentes, est le plus apte à user des pouvoirs qui lui sont attribués“ (ebenda, S. 15) – setzte sich Reynaud allerdings hinweg.

tische Alternativen, Minderheitsoptionen freilich, bereitgehalten hätte. Was es ihm leicht machte, das vorgegebene Traditions- und Machtgefüge des „Empire“ zu akzeptieren und weiterzudenken, war mehr als bloßer Opportunismus. Zweifellos war zum einen die Beharrungskraft eines komplexen Systems ausschlaggebend, die immerhin so groß war, daß selbst die aufbruchsgestimmte Kolonialpolitik der Volksfront bis Mitte 1937 nicht mehr sehr weit von jener ihrer bürgerlichen Vorgängerregierungen seit 1930 entfernt war. Die Imperative ökonomischer Krisenbewältigung und die machtpolitische Bedeutung des Kolonialreichs in der Konkurrenz Frankreichs mit den faschistischen und totalitären Mächten Europas bedingten die relative Kontinuität der französischen Kolonialpolitik zwischen 1930 und 1940, ja darüber hinaus.¹²¹ Daneben bot die um 1930 dominierende Version des „kolonialen Mythos“ den gesellschaftspolitischen Prärogativen eines Rechtsliberalen genügend naheliegende Anknüpfungspunkte: Reynaud brauchte seine paternalistisch-harmonisierende, von Elitenbewußtsein und Fortschrittsdenken bestimmte Sicht im Grunde nur über die „France métropolitaine“ hinaus anzuwenden und entsprechend dem Modell von der Hierarchie der Zivilisationsstufen zu akzentuieren.

Die Attitüde medienwirksamer Modernität, die er pflegte, und die ihn als ersten Kolonialminister Frankreichs per Schiff und Flugzeug nach Indochina führte¹²², kontrastierte mit den Maßnahmen harter Repression, die in seiner Amtszeit und mit seiner Billigung erfolgten. An diesem Gesamtbefund ändert auch sein Einschreiten gegen besonders eklatante Menschenrechtsverletzungen der Kolonialarmee nichts.¹²³ Mit dem Kolonialressort hatte die Dritte Französische Republik ein Ministeramt zu bieten, in dem ein Politiker mehr als in anderen Gefahr lief, mit den kompromittierenden Seiten der Macht in Berührung zu geraten. Auch Paul Reynaud entging dieser Gefahr nicht.

¹²¹ Hémery, *Aux origines*, S. 32–34.

¹²² Umfangreiches Material zur Indochinareise des Ministers vom 16. 10.–24. 11. 1931 findet sich in: CAOM, Indochine N.F., 634–636.

¹²³ Vgl. Reynaud an Hanoi, No. 486 v. 9. 5. 1931 (CAOM, *Télégrammes. Cabinet du ministre des colonies*, 598).

IX. Der liberal-konservative Reformier

Bestrebungen zur Reform des parlamentarischen Systems begleiteten die Dritte Republik von Beginn ihrer Existenz an.¹ Zur Verdichtung der Erneuerungsbewegungen kam es dabei immer dann, wenn Struktur- oder Anpassungskrisen besonderen Handlungsbedarf signalisierten: nach 1919, als die autoritär überformten, exekutiven und legislativen Interimslösungen der Kriegszeit wieder an die Friedensbedingungen anzupassen waren, nach 1924, am Höhepunkt der öffentlichen Diskussionen um die Amtsauslegung des Staatspräsidenten Millerand, und schließlich erneut nach dem Aufleben der Regierungsinstabilität im Gefolge des linken Wahlsieges vom Mai 1932.

Nach einer Periode der „relative[n] Stabilität“² während der zwanziger Jahre geriet mit Beginn des Folgejahrzehnts auch in Frankreich die demokratische Republik von den extremen Polen des politischen Spektrums her zunehmend unter Druck. Das Wiederaufleben der antiparlamentarischen Ligen auf der extremen Rechten, die gewaltsamen Unruhen vom 6. Februar 1934 rund um die Pariser „Chambre des Députés“ als Reaktion auf die Entlassung des ligenfreundlichen Polizeipräfekten Chiappe im speziellen, als Manifestation der Unzufriedenheit mit der „République des scandales“ im allgemeinen, machten den dringenden Erneuerungsbedarf evident.³ In bürgerlichen Intellektuellen- und Politikerkreisen provozierte das Ungenügen an der Leistungskraft des parlamentarischen Systems und die Sorge vor der Eskalation der Gewalt eine ganze Reihe von reformerischen

¹ Zum Problem der Staatsreform im Frankreich der Dritten Republik liegt bislang keine grundlegende Darstellung vor. Zu Teilbereichen vgl. Jean Gicquel/Lucien Sfez, *Problèmes de la réforme de l'état en France depuis 1934*, Paris 1965; Jochen Hooek, *Le problème de la réforme de l'Etat en France, 1880–1935*, Thèse FNSP Paris 1970; Clemens Wurm, Westminster als Modell. Parlament, Parteien und „Staatsreform“ im Frankreich der Dritten und Vierten Republik, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. FS für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. Hg. von Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle und Klaus Tenfelde, München u. a. 1994, S. 409–428; François Goguel, *L'incapacité de la IIIe République à réformer ses institutions*, in: Paul Isoart/Christian Bidégay (Hg.), *Des Républiques françaises*, Paris 1988, S. 664–673; Nicolas Roussellier, André Tardieu et la crise du constitutionnalisme libéral (1933–1934), in: *Vingtième Siècle* 21 (1989), S. 57–70; ders., *La contestation du modèle républicain dans les années 30: la réforme de l'Etat*, in: Serge Berstein/Odile Rudelle (Hg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992, S. 319–335; Marc Simard, *Doümergue et la réforme de l'Etat en 1934: La dernière chance de la IIIe République?*, in: *French Historical Studies* 16/3 (1990), S. 576–596.

Als resümierende zeitgenössische Darstellung: Paul de La Pradelle, *La réforme de l'Etat français. Essai de bibliographie synthétique*, in: *Annales du droit et des sciences sociales* 2 (1934), S. 393–448.

² Karl Dietrich Bracher, *Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917*, Frankfurt a. M. 1979, S. 146. Zu Politik, Wirtschaft und geistigen Strömungen im Frankreich der dreißiger Jahre neuerdings auch: Eugen Weber, *La France des années 30. Tourments et perplexités*, Paris 1995. Ein Standardwerk: Dominique Borne/Henri Dubief, *La crise des années 30 (1929–1938)*, (*Nouvelle histoire de la France contemporaine* 13), Paris 21989.

³ Mayeur, *Troisième République*, S. 325–334 (Zitat: S. 338); zum 6. Februar 1934 liegt bislang die rein ereignisgeschichtlich orientierte Darstellung von Serge Berstein, *Le 6 février 1934*, Paris 1975 vor; vgl. auch: Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, bes. S. 467–476.

Initiativen. Abgesehen von verfassungstheoretischen Neuerungsplänen im engeren Sinne⁴ tauchten mit Beginn der dreißiger Jahre umfassendere Konzepte auf, die unter Rückgriff auf korporatistische Gesellschaftsmodelle einen „dritten Weg“ zwischen liberaler Demokratie und kollektivistischer Utopie suchten.⁵

Zusätzlichen Schub hatte das Reformbestreben nach der Etablierung diktatorialer Regime in Italien und insbesondere in Deutschland erhalten. Auch und gerade in Kreisen, die keinerlei ideologische Affinitäten verspürten, wurden die Effektivität und Leistungskraft dieser Staaten als doppelte Herausforderung empfunden: Man empfand zugleich Sorge vor der außenpolitischen Bedrohung und Respekt vor der organisatorischen, massenmobilisatorischen Leistung, die bestimmte Defizite des parlamentarischen Systems noch deutlicher zutage treten ließ. Paul Reynaud gehörte zu jenen, die sich mit dem Phänomen auseinandersetzten, ohne je ihr Engagement für die Demokratie aufzugeben.

Als der Wiener Privatdozent Karl Braunias im Sommer 1936 für das international orientierte „Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart“ eine Bestandsaufnahme der Bestrebungen zur Staatsreform in Frankreich versuchte, stand auf seiner Liste der wichtigsten politischen Exponenten der Erneuerungsbewegung neben Raymond Poincaré, Henri de Jouvenel und André Tardieu auch Paul Reynaud. SUFFISANT ließ Braunias keinen Zweifel daran, daß er Reynauds Kritik an der „karikaturhaften Anwendung des parlamentarischen Systems“ ebenso wie die Reformvorstellungen der übrigen gemäßigten Politiker als ein „Herumdoktern an Symptomen“, als Anwendung bloßer „Tränklein und Bandagen“ auf ein viel tiefer liegendes Problem erachtete.⁶

Daß Paul Reynaud sich Illusionen über die Tragweite der wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Krise machte, die Frankreich mit Beginn der dreißiger Jahre heimsuchte, ist dagegen an keiner Stelle seines Werks erkennbar. Seine Krisenanalysen und Lösungsvorschläge verraten vielmehr dem Betrachter, der das Privileg weiter fortgeschrittener, da jüngerer Erkenntnis besitzt, ein ungewöhnlich ausgeprägtes Maß an Vorausschau. Bemerkenswert ist dabei weniger seine Einsicht in vorhandenen Reformbedarf, auch nicht sein Bemühen um adäquate Remedien. Beides entsprach dem „Geist“ einer Periode, die sich selbst – wie gesehen, nicht ohne tiefere Ursache – als in einem Umbruch begriffen verstand, von dem man eher eine Verschlechterung der nationalen und internationalen Lage denn ihre dauerhafte Stabilisierung erwartete. Die Eigenart seines Engagements bestand vielmehr darin, daß er im Gegensatz zu vielen zeitgenössischen Reformern einen zeitlich wie thematisch außerordentlich breiten Ansatz vertrat. Auf praktisch-politischem, konstitutionell-institutionellem oder nationalökonomischem, schließlich auf wehr- und außenpolitischem Gebiet ging er unter Fortentwicklung älterer persönlicher Konzepte in die öffentliche Diskussion und rief stets kontroverse Reaktionen hervor. Wie André Tardieu verfocht er den Erneuerungsgedanken im Grunde spätestens seit 1919 in variierender, praktisch-politi-

⁴ Vgl. dazu im einzelnen unten Kapitel IX.1.b).

⁵ Dazu im Überblick: Jean-Louis Loubet del Bayle, *Les non-conformistes des années trente*, Paris 1969.

⁶ Karl Braunias, *Staatskrise und Staatsreform in Frankreich*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart* 23 (1936), S. 72–135, hier: S. 87 f.

scher Form; wie Tardieu schaltete er sich 1934 in die aufflammende staatstheoretische Debatte ein. Anders als jener aber wies er auch dem wirtschaftspolitischen Element mitentscheidende Stabilisierungsfunktion zu, erachtete es jedoch wiederum im Unterschied zu einem regen finanzpolitischen Neuerer wie Raymond Patenôtre⁷ stets als der Ergänzung durch verfassungspolitische Maßnahmen bedürftig. Seine bemerkenswerte Stellung erhält das reformerische Engagement Reynauds auch dadurch, daß er im Gegensatz zu prominenten Vertretern des bürgerlich-liberalen Lagers selbst stets der Versuchung widerstand, Zuflucht zu autoritär eingefärbten Krisenlösungsmodellen jenseits des „republikanischen Konsensus“ zu nehmen. Auch und gerade nach dem Scheitern der zunächst vielversprechenden Reformansätze des Jahres 1934 strebte Reynaud anders als Tardieu, Alfred Fabre-Luce oder Bertrand de Jouvenel eine Erneuerung weiterhin stets *innerhalb* des parlamentarisch-demokratischen Systems an.⁸ Sein Ansatz war ein bewahrender, konservierender, der das Bestehende an die Forderungen der Gegenwart anzupassen versuchte, ohne es wesensmäßig zu verändern.

1. Die Erneuerung des parlamentarischen Systems

a) Faschismus, liberaler Staat und Wirtschaftskrise: Reynauds Auseinandersetzung mit dem „Néo-socialisme“ Marcel Déats

Es erstaunt und ist doch gleichzeitig bezeichnend für das politische Denken und Handeln Reynauds, daß er sich argumentativ nicht etwa mit jenen Gruppierungen auseinandersetzte, die in der Einschätzung der unterrichteten Nachwelt am ehesten als französische Spielarten des epochenprägenden faschistischen Phänomens gedeutet werden.⁹ Weder die „Jeunesses Patriotes“ Taittingers noch die „Croix de Feu“ de la Rocques, ganz zu schweigen von „Le Faisceau“ unter Bucard, regten ihn zum eingehenderen intellektuellen Disput an. Eine gewisse pragmatisch abgestützte politische Sympathie für de la Rocque ließ den Demokraten Reynaud 1936 im Gegenteil sogar dankbar die Wahlhilfe jener Bewegung annehmen, die er als „courant généreux et désintéressé qui élève au-dessus d’eux-mêmes les membres de ce parti“ qualifizierte, als Gruppierung von Patrioten, die den nationalen Gedanken in ihren Reihen entgegen allen äußeren Widrigkeiten zu bewahren verstanden.¹⁰ In einer Artikelreihe, in der er sich im Sommer 1933 grundlegend mit der Bedrohung der Republik von rechts auseinandersetzte, befaßte er sich dagegen unter dem Titel „Nos fascistes“ ausführlich mit den Grundlinien des „Néo-socialisme“ von Marcel Déat. Bezeichnend für seine Einschätzung der Gefahren

⁷ Vgl. zu dessen Ideen unter Kapitel IX.2.

⁸ Zur politischen Entwicklung der Genannten vgl. Monnet, *Refaire la République*, S. 540; Klaus-Peter Sick, *Vom Neoliberalismus zum Faschismus? Die Entwicklung der politischen Ideen von Alfred Fabre-Luce und Bertrand de Jouvenel 1918–1945*, in: *Lendemains* 66 (1992), S. 59–75.

⁹ Zum Faschismus in Frankreich in breitem Ansatz und vergleichendem Zugriff: Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Als Überblicksdarstellungen auch: Soucy, French Fascism. The First Wave; Ders, French Fascism. The Second Wave*, sowie die unter Kapitel I genannte Literatur.

¹⁰ So in einem Brief an Henri de Kerillis als Antwort auf dessen Bitte, die Verteidigung de la Rocques vor Gericht zu übernehmen (Reynaud an de Kerillis, 11. 1. 1937; AN, 74 AP 20).

von rechts war diese Wahl durchaus, da sie die Potenz zur Bedrohung des Systems nicht außerhalb des politischen Systems bei jenen Gruppierungen situierte, die sich von ihrem Anspruch und ihrem intellektuellen Fundament her ohnehin nicht oder nicht primär am „normalen“ politischen Diskurs zu beteiligen gewillt waren. Gefährlicher werden konnten jene „nonkonformistischen“ Denker¹¹, deren aus der begründeten Kritik geschöpftes, antiparlamentarisches Potential sich vereinte mit der intellektuellen Kraft zur Theoriebildung, und die andererseits funktional und ideologisch noch hinreichend im System verankert waren, um es von *innen* heraus entscheidend in Frage stellen zu können. Die Anziehungs- und Sprengkraft, die Reynaud den Thesen Déats ganz offensichtlich in Kreisen über den rechten Flügel der SFIO hinaus zuschrieb, erklärt die Breite seiner Einlassungen und die Heftigkeit seiner Attacken.

Marcel Déat hatte seine Ideen bis Sommer 1933 vor allem in der Programmschrift „*Perspectives socialistes*“¹² öffentlich entwickelt. Im Juli 1933 kam es darüber im Verlauf des Parteitags der SFIO zum Schlagabtausch, der im Herbst des Jahres zum Parteiausschluß Déats, seiner engsten Gesinnungsgenossen Barthélémy Montagnon und Adrien Marquet sowie 33 weiterer sozialistischer Abgeordneter und Senatoren führte. Allzu weit hatten sich die Häretiker nach Einschätzung Léon Blums und der Parteiführung von der Doktrin des traditionellen, dem Marxismus immer noch nahestehenden Sozialismus abgesondert. Die propagierte Abkehr vom Klassenkampfgedanken, die Forderung nach Einbeziehung des Mittelstands in das antikapitalistische Engagement, schließlich die Privilegierung der „Revolution von oben“ unter Heranziehung staatlicher Machtmittel stellten ihrem Anspruch nach einen Versuch der ideologischen Anpassung des Sozialismus an die veränderte Gestalt des modernen Kapitalismus und der Realisierung des Konzepts einer „linken Volkspartei“ dar, dem man nicht folgen wollte.¹³ Blum kritisierte die methodische Orientierung am Faschismus, die Abwendung vom Klassenkonzept und die Ablehnung des Internationalismus¹⁴; Reynaud ging in seiner Analyse weiter. In seiner Sicht reichte die „neo-sozialistische“ Betonung von „Ordnung“, „Autorität“ und „Nation“, der Wille zur Macht, die Förderung eines berufsständischen Staatsaufbaus, der antikapitalistische Impetus und der forcierte Appell an die Jugend hin, um das Ideengebäude als „Faschismus“ zu qualifizieren. Die Orientierung der Revisionisten am deutschen und italienischen Vorbild – von Reynaud begrifflich ohne Unterschied als „faschistisch“ umschrieben – war für ihn offensichtlich, ebenso das zwangsläufige Einmünden ihres Konzepts in eine diktatorische Staatsauffassung. Insbesondere die geplanten wirtschaftspolitischen Eingriffe in Produktion und private Interessen unter anderem zur zwangsweisen Einführung „sozialer“ Preise und zur Sicherung der ökonomischen Autarkie nach außen waren seiner Meinung nach nicht ohne zwangsstaat-

¹¹ Paul Reynaud, „Nos fascistes“, in: *La Liberté*, 25. 7. 1933.

¹² Marcel Déat, *Perspectives socialistes*, Paris 1930.

¹³ Hierzu grundlegend: Reinhold Brender, Kollaboration in Frankreich im Zweiten Weltkrieg. Marcel Déat und das Rassemblement national populaire (Studien zur Zeitgeschichte 38), München 1992, S. 28–55; das Wort von der „linken Volkspartei“ wendet Brender in Anlehnung an den von H.A. Winkler in bezug auf die Weimarer SPD geprägten Begriff an (Ebenda, S. 31).

¹⁴ Ebenda, S. 38 f.

liche Regelungen zu erreichen: „Qui veut une étroite direction de l'économie par l'Etat doit vouloir la dictature“.¹⁵

Im Licht der neueren Forschung erscheint Reynauds Urteil zu harsch, fehlte doch zumindest in der Anfangsphase des „Neo-sozialismus“ 1933/34 ein großer Teil jener Elemente, die im Rückblick als konstitutiv für faschistische Bewegungen erachtet werden: die Führerideologie, die Ansätze zur Ausbildung eines terroristischen Überwachungsstaats, auch der Wille zur territorialen Expansion.¹⁶ Insofern relativierte Reynaud seine apodiktische Feststellung ungewollt in zunächst widersprüchlicher, bei Nähe besehen aber durchaus sachadäquater Weise, wenn er besonders auf das letztgenannte „Defizit“ des Déatschen Gedankengebäudes ausdrücklich aufmerksam machte. Im Rahmen seiner Aussageabsicht nahm von hier seine zentrale argumentative Leitlinie ihren Ausgang, die er in einer Reihe von Artikeln verfolgte: sein Versuch, die Unangemessenheit „faschistischer“ Krisenlösungsstrategien für den französischen Fall nachzuweisen und Alternativen zu präsentieren. Die massenmobilisatorische Wirkung des „Faschismus“ in Deutschland rühre ja gerade von den überdimensionalen politischen Zielen her, die als Allheilmittel gegen die Misere fungierten: die Bildung eines Einheitsstaates nach innen, die brutale, rassenideologisch abgestützte Expansionsvorbereitung nach außen. Angewandt auf Frankreich, bleibe vom nationalsozialistischen Konzept nurmehr ein strukturloser Kampf gegen den Kapitalismus und das Streben nach nationaler Autarkie mit den Folgen allgemeinen Ruins und wirtschaftlicher Nivellierung. Kurz: „Il manque à nos fascistes une doctrine originale adaptée à nos besoins nationaux.“¹⁷

In der eigenartig funktionalen Argumentation Reynauds deutet sich nicht nur das Gewicht an, das er dem neuerwachsenen innenpolitischen Gegner zuwies, demgegenüber der Rekurs auf Traditionelles, auf republikanische Werte, als wenig überzeugungskräftig in den Hintergrund zu treten hatte. In seinem Bemühen, den liberalen Verfassungsstaat funktional und nicht inhaltlich zu rechtfertigen, spiegelte sich in eindrücklicher Weise die Krise dieser Werte selbst, die Krise jenes „modèle républicain“, das als Bezugssystem an Bindekraft verloren hatte. Form und Inhalt eines Staatswesens gestalteten sich nach den Bedürfnissen, die das Volk befriedigt wissen wolle – eine historische Einsicht, so Reynaud, die sich im Verschwinden der parlamentarischen Demokratie in der Mitte und im Osten des europäischen Kontinents manifestiere, aber auch in ihrem vorläufigen Fortbestand im Westen. Ohne es auszusprechen, machten seine Ausführungen klar: Die Fragilität dieser Resistenz, sichtbar in der Anfälligkeit der französischen Politik für faschistoide Krisenlösungsmodelle, war es, die den Politiker zutiefst beunruhigte. Die Suche nach Alternativen war das Gebot der Stunde, wenn die Republik überdauern sollte, und darin lag auch die eigentliche Lehre, die aus der Konversion der Gruppe um Déat zu ziehen war: „De ce qu'ils ont dit, retenons pourtant une

¹⁵ Paul Reynaud, „Pour instaurer „l'ordre et l'autorité“. La question préalable: qu'attendons-nous de l'Etat?“, in: *La Liberté*, 5. 8. 1933 (Zitat); im gleichen Sinne: Ders., „Chez nos fascistes transis. Pour ou contre la dictature?“, in: *La Liberté*, 29. 7. 1933.

¹⁶ Diese Einschätzung folgt der Interpretation Benders gegen die These Sternhells vom faschistischen Charakter der Bewegung Déats bereits vor 1940 (Brender, Kollaboration, S. 39f.).

¹⁷ Paul Reynaud, „Nos fascistes“, in: *La Liberté*, 25. 7. 1933.

chose qui répond à notre sentiment profond: l'Etat est trop faible, notre parlementarisme a besoin d'être régénéré. Le problème existe. Il y faut une solution française.“¹⁸

Das Konkurrenzmodell, das Reynaud seinen Lesern entwickelte, bot dann allerdings vergleichsweise wenig unverwechselbare Kontur. Ein mit neuer Autorität versehener Staat, der im wesentlichen die äußere und innere Sicherheit zu garantieren imstande sei, auf wirtschaftlichem Terrain jedoch strenge Zurückhaltung übe – dieses Ideal klassisch liberalen Staatsdenkens beschwor Reynaud in sympathisierender Anlehnung an das englische Vorbild, dessen konstituierendes Prinzip er als Leitsatz zusammenfaßte: „Le capitalisme peut s'épanouir sous un régime de liberté politique“.¹⁹

Nur die eine, die anti-etatistische Seite dieses Programms führte er in der Folge jedoch vorerst genauer aus, und zwar anhand der beispielhaft herausgegriffenen Frage der Steuerungerechtigkeit. In einem wenig strukturierten Rundumschlag richtete sich Reynauds Unmut zunächst auf die Suche nach Verantwortlichen für die Misere, und er isolierte dabei drei Hauptgruppen: die beiden Kammern, die angesichts vorhandener Überschüsse als Erbe Poincarés eine überzogene Ausgabenpolitik einleiteten, mit den Folgen einer stark angewachsenen, systemdestabilisierenden Steuerlast, wachsender Gesteungskosten, abnehmender Investitionen und fallender Exportzahlen; die seit 1932 amtierenden radikalsozialistischen Regierungen, die zu spät zum Mittel von Steuererleichterungen griffen, um so die Versuchung zur Ausgabensteigerung abzubauen, der die Kammern schließlich erlagen; endlich Interessengruppen aller Art, an erster Stelle die sozialistisch inspirierten Gewerkschaften, deren Forderungen nicht nur zur Erhöhung der Ausgabenlast beitrugen, sondern darüber hinaus eine ungerechte Steuerverteilung favorisierten, mit dem Endziel der finanztechnisch eingeleiteten Umstrukturierung der Gesellschaft.²⁰

Die Wirtschaftskrise dürfe nicht dazu führen, so der Kern seines Anliegen, interventionistische Eingriffe dieser Art in das Wirtschaftsleben noch weiter als bisher schon geschehen auszubauen. Je mehr man den staatlichen Aufgabenbereich erweitere, je stärker man den Verwaltungsapparat aufblähe, desto deutlicher entwickle sich der bereits geschwächte liberale Grundzug des französischen Staatswesens weiter in Richtung eines „libéralisme abâtardi“, um in letzter Konsequenz in ein Zwangsregime einzumünden.²¹

Dieses Argumentationsmuster – die Erneuerung des traditionellen, liberalen Nichtinterventionistaates als Mittel zur Bewahrung des politischen Systems und zu dessen Immunisierung gegen autoritäre Degenerierung – prägte Reynauds Äußerungen zum Thema der Staatsreform bis ins Frühjahr 1934. In ihrem Wesen rückwärtsgewandt, zeigte die langfristig angelegte Konzeption ihre Schwächen definitiv nach den bürgerkriegsartigen Ereignissen vom 6. Februar: War sie doch

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Paul Reynaud, „La question préalable“, in: *La Liberté*, 5. 8. 1933.

²⁰ Paul Reynaud, „Le problème de „l'ordre“ et de „l'autorité“. La dangereuse injustice fiscale“, in: *La Liberté*, 21. 9., 22. 9. und 23. 9. 1933.

²¹ Paul Reynaud, „Le problème de „l'ordre“ et de „l'autorité“. Ce que nous avons demandé à l'Etat“, in: *La Liberté*, 20. 8. 1933.

allzustark selbst auf jene mittlerweile diskreditierten parlamentarischen Mechanismen angewiesen, zu deren Reform sie den Boden bereiten sollte. Erst nach dem Schock der blutigen, antiparlamentarischen Unruhen konnte sich Reynaud zu einer Schweife durchringen, die sich einer auch theoretischen Neufundierung des politischen Systems zuwandte.

b) Die Vorstellungen Paul Reynauds zur Reform der Verfassung von 1875

Die Formel, die Reynaud am Höhepunkt der krisenhaften Ereignisse des Jahres 1934 vertrat, umfaßte neben der Durchführung sofortiger Neuwahlen und der Einführung des reinen Verhältniswahlrechts besonders die automatische Kammerrückbildung im Falle des Regierungssturzes.²² Um seine Vorschläge – und auch die Optionen, die er *nicht* wählte – innerhalb des Gesamtkomplexes der vorgetragenen verfassungsreformerischen Ideen greifbar zu machen, sind sie im folgenden vor dem Hintergrund des parlamentarischen Systems Frankreichs darzustellen, wie es sich 1934 als Resultante normativer Vorgaben und insbesondere einer prägenden verfassungspraktischen Entwicklung seit 1875 darbot.

Die parlamentarische Demokratie der Dritten Republik bildete ein komplexes System eigener Tradition, das sich durch gewohnheitsrechtliche Überformung dem Prinzip der absoluten Souveränität der Volksvertretung der Revolutionszeit wieder angenähert hatte. In den drei Verfassungsgesetzen von 1875 als dualistisches Konstrukt, basierend auf dem Gegenüber von Staatspräsident und Parlament angelegt, hatte sie sich innerhalb weniger Jahre bereits dauerhaft in Richtung eines monokephalen, um die Präponderanz des Parlaments gruppierten Systems entwickelt. Drei Hauptelemente bestimmten das Zusammenspiel der Gewalten: die relativ schwache Stellung des Staatspräsidenten, die weitgehende Unabhängigkeit der Kammern vom Wählerwillen während der Legislaturperioden und die starke Abhängigkeit der Regierungen vom Parlament.²³ Auf alle drei Aspekte richteten sich die Überlegungen der zur Änderung der Verfassungsstruktur entschlossenen Reformer, im Hinblick auf sie lassen sich folglich die Revisionsvorschläge gruppieren.

Nach dem Vorbild der Julimonarchie hatte die als Kompromiß zwischen Republikanern und einer orleanistischen Mehrheit erarbeitete „Verfassung“ von 1875 die Einführung eines Präsidentenamts vorgesehen, das mit genügend Prärogativen

²² Paul Reynaud, „Le triptyque de M. Paul Reynaud. Réforme électorale. Dissolution. Révision de la Constitution“, in: *La Liberté*, 3. 3. 1934.

²³ Diese dreiteilige Charakterisierung der Verfassungsstruktur folgt dem überzeugenden analytischen Zugriff des Straßburger Staatsrechtsgelehrten René Capitant: Ders., *La crise et la réforme du Parlementarisme en France. Chronique constitutionnelle française (1931–1936)*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart* 23 (1936), S. 1–71, hier: S. 3f. Den Rückgriff auf zeitgenössische Studien gebietet der ausgesprochene Mangel an neueren französischen verfassungsgeschichtlichen Studien zur Dritten Republik. Die als Standardwerk oft zitierte Arbeit von Jean-Jacques Chevallier, *Histoire des institutions et des régimes politiques de la France de 1789 à nos jours*, Paris 1985 bietet eher einen erweiterten politikgeschichtlichen Überblick denn eine auf Theorie und Praxis der Staatsorgane zugeschnittene Verfassungsgeschichte in deutschem Sinne. Vgl. darum nach wie vor: Rudolf von Albertini, *Regierung und Parlament in der Dritten Republik*, in: *HZ* 188 (1959), S. 17–48; Klaus von Beyme, *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München 1973, S. 207–232.

ausgestattet war, um als tatsächliche politische Kraft wirksam zu werden. Für die Akzeptanz des Kompromisses durch die monarchistische Mehrheit war dabei deren Hoffnung ausschlaggebend gewesen, den institutionellen Rahmen für eine eventuelle Rückkehr zur parlamentarischen Monarchie weitestmöglich vorzubereiten. Mit der innenpolitischen Krise des Jahres 1877 gerieten die wichtigsten Befugnisse des Präsidenten dann jedoch in politischen Verruf. Der Gebrauch, den der konservative Staatspräsident Mac-Mahon am 16. Mai von seinem in den Verfassungsgesetzen von 1875 garantierten Recht zur Absetzung der gemäßigten Regierung Simon und zur nachfolgenden Kammerrückbildung mit Neuwahlen machte, diskreditierte diese Prärogativen in den Augen der neuen republikanischen Kammermehrheit so sehr, daß ihnen von nun an das Odium des Staatsstreichsversuchs anhaftete. Tatsächlich sollte es nach 1877 kein Staatspräsident mehr wagen, auf seine formal durchaus fortbestehenden Rechte zur Regierungsabberufung und Auflösung der Kammer zurückzugreifen. Die praktische Einflußnahme des Präsidenten beschränkte sich von da an im wesentlichen auf die Bestellung der neuen Regierungschefs und auf die Teilnahme an den Kabinettsitzungen. Das Scheitern einzelner Bemühungen von Amtsinhabern zur Umkehr dieser Entwicklung wie die Versuche Alexandre Millerands 1923/24, das Amt wieder mit neuer Autorität und Einflußmöglichkeit zu versehen²⁴, bestätigten im Grunde lediglich die seit 1877 zur Regel gewordene Verfassungspraxis.²⁵

Vor 1914 bereits spielte die Stärkung der Präsidialgewalt bei republikanischen Parlamentarismusgegnern wie Boulanger und Déroutelle in eher unpräziser, schließlich bei den Neo-Monarchisten um die „Action Française“ in dogmatisch ausgearbeiteter Form eine wichtige Rolle. Die so hergestellte Verknüpfung von Antiparlamentarismus und Präsidialregime trug allerdings weiter dazu bei, diese Option als Krisenlösungsstrategie bei der breiten Masse der Parlamentarier zu desavouieren. So scheiterten mit dem durch die Kammer erzwungenen Rücktritt Millerands als Staatspräsident im Juni 1924 letztlich all jene Projekte zur Restauration des dualistischen Parlamentsregimes, die nach 1919 in verschiedensten, oft von technokratischem Politikverständnis geleiteten Reformerkreisen und teils am amerikanischen Präsidialsystem orientiert entwickelt worden waren.²⁶ Nach 1925/26 nahm mit dem Interesse an der Reorganisation der Staatsform auch die Bedeutung diesbezüglicher Alternativpläne ab. Bis zum Beginn der dreißiger Jahre entwickelte sich die Idee des Ausbaus der präsidialen Verfassungskomponente zur Außenseiteroption und wandelte dabei ihren Charakter grundlegend. Den älteren Projekten der Zeit zwischen 1917 und 1919 war bei allen Unterschieden

²⁴ Zu revisionistischem Anspruch und Scheitern Millerands vgl. Stefan Martens, Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 5 (1992), S. 96–113.

²⁵ Capitant, *Crise*, S. 4–8; zur Entwicklung der Attribute des Präsidentenamts vgl. auch Michel Dendias, *Le renforcement des pouvoirs du chef de l'état dans la démocratie parlementaire*, Paris 1932, S. 53–69. Die Rezeption vor allem des amerikanischen Systems der Präsidialdemokratie in der französischen Staatsrechtslehre und Publizistik der Dritten Republik stellt dar: Hugues Taÿ, *Le régime présidentiel et la France. Etude d'histoire des idées juridiques et politiques*, Paris 1967.

²⁶ Eine ausführliche Würdigung der Pläne von Reformerkreisen etwa um Eugène Letailleur, Henry Leyret oder Paul Gruet findet sich bei Taÿ, *Régime présidentiel*, S. 43–106; die Diskussion um die Stärkung der präsidialen Befugnisse aus zeitgenössischer Sicht auch bei Dendias, *Renforcement*, S. 73–95.

den im einzelnen das Bestreben gemeinsam gewesen, durch die Erweiterung des Wahlkollegiums und durch die Einführung von Regelungen zur Konfliktlösung zwischen den Gewalten, etwa die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Präsidenten, die Autorität des Amtes zugunsten der Stabilisierung des parlamentarischen Systems zu befestigen.²⁷ Für eine neue, dem extrem rechten Lager entstammende Generation von Verfechtern einer stärker plebiszitären Ausstattung des Präsidentenamts, etwa die „Jeunesses Patriotes“ oder Gustave Hervé, bildeten derartige Vorstellungen dann nurmehr den Teil einer umfassender gedachten, autoritären Umgestaltung des gesamten politischen Systems.²⁸

Paul Reynaud hatte bereits während der großen verfassungsreformerischen Welle des Jahres 1924 keinen Zweifel an seiner skeptischen Haltung gegenüber Verfassungsmodifikationen in diesem Sinne gelassen. Orientiert am Vorbild der englischen Kammer, schwebte ihm im Gegenteil der Ausbau der Stellung des Ministerpräsidenten vor, der von der Bürde eines zusätzlichen Ministeramts befreit und mit Amtssitz und Verwaltungsapparat ausgestattet die Rolle des Mehrheitsführers voll wahrzunehmen imstande wäre.²⁹ Implizit hatte sich Reynaud mit seiner nach Mai 1924 entstandenen Stellungnahme damit in die Reihen der Gegner der Reformpläne von Staatspräsident Millerand eingereiht, und diese Mitte der zwanziger Jahre einmal gewählte Option markierte seine Position auch in den Diskussionen der dreißiger Jahre. So spielte die Möglichkeit der Entwicklung plebiszitär-präsidentialer Verfassungselemente auch in seinen Reformvorstellungen des Jahres 1934 keine Rolle. Vielmehr setzte er in erstaunlich optimistischem Ansatz auf den Umbau des französischen Systems unter Aufnahme von Elementen der englischen Parteiendemokratie. Dies hätte die grundlegende Modifikation zweier weiterer, die Präponderanz der Volksvertretung bedingender Merkmale des französischen Parlamentarismus mit sich gebracht.

Als „Prototyp der absolut parlamentarischen Demokratie“³⁰ sah das französische System der Dritten Republik keine Attribute *direkter Demokratie* vor, auch *parteienstaatliche Elemente* waren schwach ausgeprägt. Die Souveränität der Kammer manifestierte sich nicht nur aufgrund gewohnheitsrechtlich verfestigter Verfassungspraxis gegenüber dem Staatspräsidenten; bedingt durch ein historisch gewachsenes Parlamentarismusverständnis, normative Vorgaben und dadurch geförderte strukturelle Gegebenheiten, bestätigte sie sich ebenso gegenüber der eigentlichen Basis des Systems, dem Wahlvolk. Das Repräsentationsmodell der Verfassung von 1791, das von der Inkarnation der souveränen Nation in der Volksvertretung, von der Unzulässigkeit jeder Einflußnahme der Öffentlichkeit über den Wahlakt hinaus, von der Verwerflichkeit des imperativen Mandats und von

²⁷ Taÿ, Régime présidentiel, S. 75 ff.

²⁸ Ebenda, S. 95–106.

²⁹ Im Rahmen einer durch die „Ecole des Hautes Etudes sociales“ organisierten Vortragsreihe hatte Reynaud erklärt: „[...] le chef que le pays réclame [...], à mon sens, doit être un chef parlementaire, un chef qui, ayant la responsabilité vis-à-vis du Parlement, doit avoir le pouvoir. Car je suis pour ma part tout à fait opposé, je vous le dis tout net, à un développement des pouvoirs du président de la République. Un pays doit être gouverné par un homme et point par deux.“ (Paul Reynaud, La réforme parlementaire, in: Les réformes politiques de la France. Conférences faites à l'Ecole des Hautes Etudes sociales, Paris 1924, S. 89–112, hier: S. 110f.).

³⁰ Karl Dietrich Bracher, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt a.M. u.a. 1979, S. 144.

der Unverantwortlichkeit des Abgeordneten gegenüber dem Wahlvolk ausging, war in der Verfassungswirklichkeit der Dritten Republik in einem Maße präsent, daß von einer „strikt elektiven Demokratie“ gesprochen werden konnte.³¹ Zu den normativ-strukturellen Folgen, die durch dieses Verständnis gefördert wurden, gehörte neben der Absenz aller plebiszitären Elemente wie Volksabstimmungen und dergleichen in den Verfassungstexten von 1875 auch das Fehlen wirklicher organisierter Parteien außer am linken Rand des politischen Spektrums.³²

Wenn Paul Reynaud mit Beginn der dreißiger Jahre für die Einführung einer Art „two-party-system“ nach englischem Muster eintrat, dann entsprang diese Haltung durchaus einer über mehrere Jahre hinweg gereiften politischen Überzeugung. Seit seinen überaus ernüchternden Erfahrungen mit der wahlorganisatorischen Durchschlagskraft der „Alliance Républicaine Démocratique“ vom März 1926 hatte er sich zusammen mit Henri de Kerillis mehrfach in Großbritannien aufgehalten, um die Struktur und die Wahlkampfmethoden der englischen Konservativen zu studieren.³³ Seine Sympathien für die disziplinierte Art der Bewältigung von Regierungskrisen im Nachbarland – „le spectacle impeccable de la crise politique anglaise“ – ließen ihn bereits Mitte 1929 die dort übliche, eindeutige Trennung von Opposition und Mehrheit als Remedium auch für die unbefriedigenden französischen Verhältnisse propagieren. Die Schaffung einer großen Sammlungsbewegung aller nicht-sozialistischen Strömungen unter Einschluß des rechten Flügels der Radikalsozialisten schwebte ihm dabei vor.³⁴ Freilich fungierten in diesem Verständnis politische Gruppen weniger als Artikulationsgremien zur möglichst getreuen Widerspiegelung des Wählerwillens, sondern in erster Linie als parlamentarisch wirkende Sammlungs- und Stabilisierungsinstrumente mit der besonderen Aufgabe, eventuelle Machtwechsel möglichst reibungslos zu gestalten. Auch dies entsprach dem Parteienverständnis nach britischem Vorbild.³⁵

³¹ Capitant, *Crise*, S. 8 (Zitat); zum beschriebenen Aspekt des französischen Parlamentarismus: Ebenda, S. 4 und 8–10. Zur theoretischen Unterscheidung und praktischen Ausprägung von repräsentativem und plebiszitärem Prinzip u.a. in Frankreich vgl. Ernst Fraenkel, *Die repräsentative und plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, in: Ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Erweiterte Ausgabe, Frankfurt a.M. 1991, S. 153–203, zu Frankreich bes. S. 177–185.

Zur Entstehung des französischen Repräsentationsmodells und zum Anteil von Abbé Sieyès an seiner theoretischen Grundlegung: Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932*, Düsseldorf 1985, S. 181–184.

³² Eine profunde Untersuchung der Auseinandersetzungen um die Reform des Wahlrechts und ihrer Hintergründe im Frankreich der Zwischenkriegszeit ist nach wie vor ein Desiderat. Zu den technischen Veränderungen von der Französischen Revolution bis zur V. Republik vgl. Alistair Cole/Peter Campbell, *French Electoral Systems and Elections since 1789*, Aldershot u.a. 1989; zum Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Parteienlandschaft: Ebenda, S. 15–31; Huard, *Suffrage universel*, S. 221 ff.

³³ Vgl. die Hinweise darauf in dem Brief de Kerillis' an Reynaud vom 4. August 1930 (AN, 74 AP 20).

³⁴ Paul Reynaud, „Pas de ministère de concentration en Angleterre“, in: *Revue Hebdomadaire*, 15. 6. 1929.

³⁵ Zur Entwicklung des englischen Parteiensystems im Überblick: Hans Setzer, *Wahlsystem und Parteienentwicklung in England. Wege zur Demokratisierung der Institutionen 1832 bis 1948*, Frankfurt a.M. 1973; Karl Rohe, *Parteien und Parteiensystem*, in: Hans Kastendiek/Karl Rohe/Angelika Volle (Hg.), *Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Frankfurt/New York 1995, S. 213–229. Zur Rezeption in Frankreich: Wurm, *Westminster als Modell*; André Mathiot/Vincent Wright, *British and French Parliamentarianism*, in: Douglas Johnson/François Crouzet/François Bédarida (Hg.), *Britain and France. Ten centuries*, Folkestone 1980, S. 283–309.

Hinter den Kulissen betrieb Reynaud gegen Jahresende 1930 Sondierungen zum Aufbau einer neuen Gruppierung, von der ihn offenbar erst die begründeten Bedenken seines politischen Freundes de Kerillis abbrachten.³⁶

Das offensichtliche Stocken seiner Sammlungsbemühungen ließ ihn im Frühjahr 1934 auf einen alternativen Reformgedanken zurückgreifen, den er im Wahlkampf von 1928 erstmals propagiert hatte: die Reaktivierung des Prinzips der Kammerauflösung in der Verfassungspraxis der Dritten Republik. Im britischen Kabinettsystem als Mittel zur Disziplinierung der Regierungsmehrheit wirksam, sollte es in seiner entsprechenden Anwendung diesseits des Kanals eine charakteristische Eigenheit des französischen Systems zugunsten einer „britischen“ Lösung mildern: die starke Abhängigkeit der Kabinette auch von kleineren Mehrheitsverschiebungen im Parlament. Nach den Verfassungsgesetzen von 1875 war die Regierung gleichermaßen vor beiden Kammern verantwortlich und hatte bei fehlenden Mehrheiten zurückzutreten. Diese an sich bereits konstitutionell schwache Stellung wurde durch das Fehlen moderner Parteien rechts der Sozialisten weiter beeinträchtigt. Anders als in Großbritannien oder in Deutschland nämlich kamen die Kabinette für gewöhnlich weder als in sich geschlossene Ministerien unter der Ägide einer Partei noch infolge einer echten Parteienkoalition zustande. Vielmehr entstanden sie aus der Berufung von politischen Persönlichkeiten, die zwar in der Regel in einem bestimmten Verhältnis den Kammergruppen entnommen, ihrerseits jedoch kaum als offizielle Vertreter dieser Fraktionen anzusprechen waren. Unter dieser Konstellation hatten die Kabinette für gewöhnlich keine andere Handhabe über ihre eigene Parlamentsmehrheit als das persönliche Gewicht und die politischen Verbindungen ihrer Mitglieder.³⁷ Bei Regierungskrisen, provoziert durch Dissidenzen einzelner Minister oder die Abwanderung bestimmter Teile der Mehrheitsgruppierungen, blieben dem Regierungschef oft kaum mehr als die Mittel parlamentarischer Eloquenz oder politischer Kärnerarbeit hinter den Kulissen, um seine Mehrheit zu erhalten.

Die Wiederherstellung der Möglichkeit, die Kammer im Krisenfall aufzulösen und anschließend Neuwahlen durchzuführen, vertrat Reynaud wie die übergroße Mehrzahl jener, die eine Verfassungsreform anstrebten. Wiederum aber stand für ihn nicht das durchaus verbreitete Argument eines mittels dieser okkasionellen Form plebiszitärer Mitwirkung zu schaffenden „authentischeren“ Parlamentarismus oder einer direkteren Form der Demokratie im Vordergrund. Maßgeblich blieb für ihn auch hier der „technische“ und aus der Beobachtung des britischen Parlamentarismus bezogene Aspekt: die Verminderung jener ständigen „Versuchung der Abgeordneten, eine bestehende Regierung zu stürzen, in der Hoffnung,

Auch in Deutschland spielte die verfassungstheoretische Orientierung am englischen System nach dem Ersten Weltkrieg eine gewichtige Rolle. Zum Einfluß des britischen Vorbilds auf die Verfassungsberatungen von Weimar 1918/19 und die dabei eingeflossenen Mißverständnisse: Horst Möller, *Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik. Die Frage des ‚besonderen‘ Weges zum parlamentarischen Regierungssystem*, in: Manfred Funke u. a. (Hg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher*, Düsseldorf 1987, S. 140–157.

³⁶ De Kerillis an Reynaud, 1. 1. 1931 (AN, 74 AP 20); de Kerillis stellte ihm die unvermeidliche Konkurrenz der „Alliance“ gegen eine solche neue Gruppierung vor Augen und empfahl ihm, eher jene zusammen mit Tardieu unter Beibehalt der bisherigen Führung von innen her „aufzurollen“.

³⁷ Capitant, *Crise*, S. 10–13.

Mitglied der nächsten zu werden“.³⁸ Denn in der Tat mußte ja die Aussicht, sich bei jedem Regierungssturz dem Wählervotum stellen zu müssen, die Risikobereitschaft eventueller Dissidenten und die Neigung zu nicht sachbezogenen, egoistischen Machinationen erheblich eindämmen.³⁹

Von Bedeutung ist nun, daß sich Reynaud in diesem Stadium seiner Konzeption eindeutig sensibler noch als die Hauptströmung der Verfassungsreformer gegen jedwede Stärkung des präsidentiellen Amtes wandte. Wo die Mehrheit auf die einfache Abschaffung der nach dem Verfassungsgesetz vom 28. Februar 1875 notwendigen Zustimmung des Senats setzte, um die Kammerrückbildung durch den Präsidenten zu erleichtern, sah Reynaud eine „*automatische*“ *Auflösung* vor, die jeden Regierungssturz in obligatorischer Weise und unabhängig von der Entscheidung des Staatsoberhauptes zu begleiten habe.⁴⁰

Diese Vorschläge Reynauds zeigten in ihrer Gesamttendenz wie in ihrer bewußten Beschränkung auf den normativ-konstitutionellen Bereich eine klar erkennbare Ausrichtung. Sie liefen darauf hinaus, durch Rückgriff auf Elemente des Westminster-Systems die Präponderanz der Volksvertretung einzuschränken, und den repräsentativen Grundzug des französischen Parlamentarismus in ein neues Gleichgewicht einzubinden. Wie alle Reformer trat Reynaud für eine Stärkung der Exekutive ein, wählte aber seine Dispositionen so, daß ihren Exponenten zwar neue Beharrungskraft im politischen Kräftespiel verliehen, nicht aber die Instrumente für eine autoritäre Ausgestaltung ihres Machtbereichs in die Hand gegeben worden wären. Das Einpassen der Auflösungsbefugnis erfolgte deshalb in seinem System auf „mechanischem“ Wege: In der Art einer Garantiedisposition zur Ermöglichung des „runden Laufs“ des parlamentarischen Räderwerks sollte die außer Gebrauch gekommene Verfassungsbestimmung wieder eingefügt werden. Dies bedeutete keineswegs eine Rückkehr zum bikephalen System der Verfassungsgesetze von 1875, weder zugunsten des Staatspräsidenten noch etwa – unter Anverwandlung des englischen Vorbildes – zugunsten des Regierungschefs: Der Automatismus der Auflösung entzog der Exekutive einen möglichen Handlungsspielraum, der theoretisch ja wiederum hätte mißbraucht werden können. Gleichzeitig wurde damit das Instrument der Kammerrückbildung nicht so unberechenbar, wie es bei Reformplänen der Fall gewesen wäre, die die Parlamentsauflösung einfach durch Streichen der bislang obligatorischen Zustimmung des Senats erleichtern wollten. Die automatische Auflösung stellte ein drohendes, doch durch rationales Verhalten der Parlamentarier *beherrschbares* Risiko dar. Wäre sie in die Befugnis des Ministerpräsidenten gegeben worden, hätte sie dem Regierungschef die

³⁸ Paul Reynaud, „Le triptyque de M. Paul Reynaud. Réforme électorale, Dissolution, Révision de la Constitution“, in: *La Liberté*, 3. 3. 1934.

³⁹ Die Positionen der Befürworter einer Wiederherstellung des Auflösungsmechanismus referiert: Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 9–11; grundlegender zur Geschichte dieser Verfassungsdisposition und zu den Argumenten auch der Gegner: Fraenkel, *Repräsentative und plebiszitäre Komponente*, S. 181–185. Die neueste rechtsvergleichende Überblicksdarstellung zur Theorie und Praxis der Parlamentsauflösung im modernen Europa bietet: Philippe Lauvau, *La dissolution des Assemblées parlementaires*, Paris 1983. Im Überblick und zur Diskussion nach 1945: Pierre Avril, *Droit de dissolution*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XX^e siècle*, Paris 1995, S. 308–311. Vgl. als Analyse der einschlägigen Verfassungsbestimmung auch: Olivier Duhamel, *Histoire constitutionnelle de la France*, Paris 1995, S. 73–81.

⁴⁰ Reynaud, *Le triptyque*.

Möglichkeit eröffnet, Tendenzen in der öffentlichen Meinung gegen seine parlamentarischen Opponenten zu instrumentalisieren und so die Arbeit der Kammer nicht unwesentlich zu belasten. Der Automatismus der Auflösung konnte so die Nachteile zweier Extremfälle gleichermaßen neutralisieren: seinen Mißbrauch gegen die Prärogativen des Parlaments bei dessen willkürlicher Anwendung einerseits und die fortdauernde Inkongruenz zwischen exekutivem und legislativem Willen, zwischen Wählervotum und Parlamentsprofil bei seiner Nichtanwendung nach gravierenden Mehrheitsverschiebungen andererseits.

Im Unterschied zu André Tardieu, Alexandre Millerand oder Léon Blum, die die „dissolution gouvernementale“, also die Zuweisung der Auflösungskompetenz an den Ministerpräsidenten anstrebten⁴¹, blieb Reynaud also trotz seiner Orientierung am englischen System ein verfassungspolitischer Traditionalist. Sein Traditionalismus umschloß republikanische Vorbehalte gegenüber allen Tendenzen zur Stärkung der präsidentiellen Stellung wie auch gegenüber entsprechenden Ersatzkonstruktionen, die deutlich auf die Einrichtung eines Übergewichts der Position des Ministerpräsidenten gegenüber den Kammern abzielten. Die Balance, die er anstrebte, sollte durch verfahrenstechnische Dispositionen, nicht durch die Ausweitung von Befugnissen hergestellt werden. Zweifellos hätte ein Ministerpräsident nach den Vorstellungen Reynauds aufgrund der disziplinierenden Wirkung einer revidierten Auflösungsregelung mehr Chancen auf längere Verweildauer im Amt besessen. Seine politischen Durchsetzungsmöglichkeiten wären aber weiterhin im wesentlichen auf die Mittel des parlamentarischen Diskurses beschränkt geblieben; die Befugnis zur Aufhebung dieses Diskurses wäre auch fortan nicht in Reichweite der Exekutive gelangt.

Fraglich bleibt allerdings, ob der angestrebte „Automatismus“ tatsächlich ohne Nebenwirkungen geblieben wäre, die den erhofften positiven Effekt rasch beschränkt hätten. Mußte denn nicht die Folge der Disposition sein, daß fortan vor allem Ministerpräsidenten minderen Ranges berufen würden: Politiker also, die wenig Anlaß zu Grundsatzkontroversen und somit zur gefürchteten Parlamentsauflösung geboten hätten? Auch bleibt zweifelhaft, ob den Vorstellungen Reynauds tatsächlich ein ausgewogenes Bild des oft bemühten englischen Parlamentarismus zugrundelag. Bei näherer Betrachtung nämlich ist der Beitrag zumindest zu relativieren, den das Mittel der Parlamentsauflösung zur Stabilisierung der britischen Zwischenkriegskabinette leistete – sei es nun als tatsächlich vollzogener Akt oder als Damoklesschwert über den Köpfen der Abgeordneten. Ausschlaggebend war dort vielmehr das Vorhandensein disziplinierter Parteien, die der Regierungsmehrheit in der Regel zu Kohärenz und Dauer verhalfen.⁴² Ungeachtet dessen setzte das Reformmodell Reynauds die Schwerpunkte gerade umgekehrt: Im Vordergrund stand hier seit 1934 die Auflösungsoption; Reynauds Äußerungen zur Gestalt der angestrebten „Partei“ blieben dagegen uneindeutig und widersprüchlich. Daß er noch nach seinen Informationsbesuchen in Großbritannien einen Zusammenschluß in Form einer Sammlungsbewegung von absehbar geringer Bindekraft favorisierte, legt den Schluß nahe, daß er in diesem Punkt in eher tra-

⁴¹ Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 10 f.

⁴² Lauvau, *Dissolution des Assemblées parlementaires*, S. 383–386.

ditionellen Kategorien dachte. Wider allem Anschein nahmen straff organisierte politische Gruppierungen in seinem Parlamentarismusverständnis keinen dauerhaften, theoretisch begründeten Platz ein. Noch bis in die zweite Nachkriegszeit blieb seine Haltung hier von eigentümlicher Ambivalenz. Grundelemente des deliberativen Parlamentarismus mit seiner zentralen Forderung des frei beratenden, unabhängigen Abgeordneten behaupteten sich in seinem Denken weiterhin klar gegen eine modernere Parteienauffassung, die den politischen Gruppen freilich immer noch eher „technische“ Funktionen zuschrieb. Eindeutig auch mit Blick auf das eigene politische Profil verortete Reynaud die Verkörperung des Willens der Nation nach wie vor in der Gemeinschaft der gewählten Volksvertreter: „Loin de nous l'idée que les partis politiques ne répondent pas à un besoin. Ils encadrent les élus, réfrèment les ambitions personnelles et assurent par la discipline de vote la stabilité ministérielle. Cependant, il est conforme à l'intérêt du pays, qu'à côté des partis politiques liés à des programmes, il existe dans les Assemblées des esprits qui jugent les problèmes nationaux sans être assujettis à aucune contrainte.“⁴³

Daneben zog Reynaud weitergehende plebiszitäre Elemente wie die Einführung von Referenden, die vor allem in konservativen Reformerkreisen, unter anderem bei Tardieu und Millerand, große Beliebtheit genossen, nicht in Betracht.⁴⁴ Auch spielten in seinen Plänen Vorstellungen zur organisatorischen Einbindung wirtschaftlicher Kräfte in den parlamentarischen Prozeß eine eher untergeordnete Rolle. Zwar unterzeichnete er zusammen u. a. mit Pierre-Etienne Flandin im Mai 1934 ein „Manifeste de l'Alliance démocratique“, in dem unter anderem die Reorganisation des seit 1925 bestehenden „Conseil National Economique“ zu einem Koordinations- und Mittlerorgan für wirtschaftliche Belange ins Auge gefaßt wurde.⁴⁵ Aktiv verteidigte er aber diese und ähnlich virulente Ideen zur Einrichtung einer berufsständischen Vertretung nicht. Ansätze zur Übernahme „technokratischer“ Lenkungsverfahren in den staatlichen Bereich erweckten sein höchstes Mißtrauen: „Nous n'avons nul besoin d'une dictature de techniciens, mais au contraire, vu la complexité grandissante du monde, d'esprits pleins de culture générale pour le diriger.“⁴⁶

Er, der wie wenige Politiker seiner Generation volkswirtschaftlich vorgebildet war⁴⁷, der die Bedeutung internationaler wirtschaftlicher Beziehungen kannte und die ökonomische Seite der inneren Krise Frankreichs nicht unterschätzte, vertrat verfassungspolitisch eine Position, die trotz leichter Neubalancierung des Verhältnisses von Kammer und Regierung die klassische Sonderstellung der politischen Vertretung gegenüber gesellschaftlichen Kräften ebenso wie gegenüber der Exekutive in ihrem Kern unangetastet ließ. In der politischen Praxis der reformbereiten Monate im Frühjahr/Sommer 1934 paßte er dann seine Konzeption in charakteristischer Weise an die Hauptströmung an.

⁴³ *Le Monde*, 27. 2. 1948.

⁴⁴ Zu plebiszitären Vorstellungen in Reformerkreisen: Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 12–14.

⁴⁵ Vgl. Roussellier, André Tardieu, S. 61.

⁴⁶ Den Gedanken entwickelte Reynaud in einem Vortrag vor der „Conférence des Ambassadeurs“ am 8. 2. 1933 unter dem Titel: „La France dans la crise“ (vgl. dazu „M. Paul Reynaud aux Ambassadeurs“, in: *La Liberté*, 9. 2. 1933).

⁴⁷ Vgl. dazu das folgende Kapitel IX.2.

*c) Die Institutionalisierung der Verfassungsreform:
Reynaud in der „Commission de la Réforme de l'Etat“*

Unter dem Eindruck der antiparlamentarischen Unruhen vom 6. Februar 1934 hatte die Abgeordnetenversammlung in seltener Einmütigkeit und auf Antrag der Deputierten René Coty und Henri Chatenet am 15. März die Einrichtung einer 44köpfigen Kommission beschlossen, deren Aufgabe darin bestehen sollte, Vorschläge zur Staatsreform und zur Revision der Verfassung einem eingehenden Studium zu unterziehen.⁴⁸ Nachdem am 17. März die Besetzungsvorschläge aus den parlamentarischen Gruppen eingegangen waren, begann man unverzüglich mit den Arbeiten. Bereits am 21. März fand die konstituierende erste Sitzung der Kommission statt, in deren Verlauf der radikalsozialistische Abgeordnete Marchandeau zum Vorsitzenden gewählt wurde. Die Beratungen standen unter Zeitdruck: Am 16. März hatte sich die Abgeordnetenversammlung für zwei Monate bis zum 15. Mai vertagt, und man hoffte in der Kommission, bis dahin erste greifbare Ergebnisse vorlegen zu können. Rasch einigte man sich deshalb schon am nächsten Tag auf die Bildung von vier Unterkommissionen, die sich mit den Belangen der Legislative, der Exekutive, der Judikative sowie mit den Beziehungen des Staates zu den „wirtschaftlichen, sozialen, intellektuellen und moralischen Kräften der Nation“ zu beschäftigen hatten.⁴⁹

Paul Reynaud, zusammen mit den Abgeordneten Evain und Rollin von seiner Kammergruppe „Républicains de gauche“ in das Reformgremium entsandt, war am 22. März in die Unterkommission „Pouvoir exécutif“ eingetreten. Nachdem man sich von Anbeginn darüber verständigt hatte, Maßnahmen zur Konsolidierung der Regierungsautorität und -stabilität zu erarbeiten, kam man bis Anfang Mai unter maßgeblicher Beteiligung Reynauds auf drei Feldern zu vorlagefähigen Entschlüssen. Am 24. April bereits verabschiedete das Kommissionsplenum einen in Form eines Gesetzesvorschlags gehaltenen Text des Vorsitzenden der Unterkommission, Emile Borel, über die Einrichtung einer autonomen „Présidence du Conseil“, versehen mit einem festen Amtssitz und unterstützt durch ein ständiges Generalsekretariat, dem unter anderem die Verbindung zu den Fachministerien obliegen sollte.⁵⁰ Seit Ende März hatte man in der gleichen „Sous-commission“ über eine Revision des Kammerauflösungsrechts beraten, am 27. April schließlich trug Paul Reynaud in ihrem Namen im Kommissionsplenum den Abschlußbericht „[...] sur la modification au droit de dissolution de la Chambre“ vor. Vorgesehen war darin eine einschneidende Verfassungsrevision: In Abänderung des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 wurde vorgeschlagen, das obligatorische Konsensvotum des Senats abzuschaffen und damit die Entscheidung über eine Kammerauflösung allein in die Hände des Staatspräsidenten zu legen. In formaler Einschränkung band man die Auflösung lediglich an eine vorangegan-

⁴⁸ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 15 mars 1934, S. 967.

⁴⁹ Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 21 mars 1934; Ebenda, Séance du 22 mars 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale). Ohne Benutzung der Kommissionsprotokolle: Gicquel/Sfez, Réforme de l'état, S. 39–44.

⁵⁰ Vgl. für den Text der „proposition de loi“: JO, Chambre des Députés, Documents parlementaires, Séance du 16 mars 1934, Annexe No. 3301, S. 420. Gicquel/Sfez, Réforme de l'état, S. 48. In den Kommissionsprotokollen fand sich allerdings keine Mitschrift einer Sitzung vom 24. 4. 1934.

gene, mindestens dreimonatige Tagungsdauer der Kammer.⁵¹ Im Plenum fand das Konzept kaum Widerspruch: Nur die Abgeordneten Henri Chatenet (Gauche indépendante) und der junge Pierre Mendès-France (Groupe radical) suchten den absehbaren Machtzuwachs des Präsidenten durch die Einführung eines Gegenzeichnungsrechts des Regierungschefs abzuschwächen; Louis Sellier (Groupe de l'Unité ouvrière) präsentierte die Alternative einer Volksbefragung vor einer jeden Parlamentsauflösung. Ungeachtet dieser Einwände entschieden sich von 24 an der Abstimmung beteiligten Kommissionsmitgliedern allein 21 für den Antrag, der so mit der überwältigenden Mehrzahl der Voten der anwesenden radikalsozialistischen und sozialistischen Linken, der Gemäßigten und der Gruppe der Fédération Républicaine angenommen wurde. Lediglich zwei Mitglieder der radikalen Kammergruppe, Courson und Margaine, sowie ein Vertreter der „Gauche radicale“, Gourdeau, stimmten dagegen.⁵²

Das überraschende Ergebnis hätte zweifellos völlig anders ausfallen können, wenn nicht nur knapp die Hälfte aller Kommissionsmitglieder am Votum teilgenommen hätte. In seiner Gesamttendenz war es wohl vor allem symptomatisch für den alles überschattenden Wunsch der Abgeordneten, in einer Krise, die als Bedrohung der Existenz des parlamentarischen Systems überhaupt wahrgenommen wurde, einen Schritt hin zu mehr Handlungsfähigkeit zu tun. Sich dem Erwartungsdruck der Öffentlichkeit zu entziehen, war unter solchen Umständen kaum möglich, und die Grenze zwischen besonnener staatsrechtlicher Überlegung der Kommissionsmitglieder und nach außen gerichteter Absichtserklärung konnte so leicht ins Fließen geraten. Die Änderung der Auflösungsbestimmungen war im Vorfeld die wichtigste Forderung der Verfassungsrevisionisten gewesen – und wodurch hätte man die Erneuerungsfähigkeit des Systems noch überzeugend demonstrieren können, wenn man sich nicht zumindest auf diesen Reformpassus geeinigt hätte? Andererseits mochte es gerade deshalb für diejenigen, die sich den Kompromiß nicht zu eigen machen wollten, naheliegen, ihre Bedenken nicht durch ein offenes Gegenvotum zum Ausdruck zu bringen, sondern der Abstimmung schlicht fernzubleiben. In den begleitenden Erläuterungen seines Ausschußberichts sprach Reynaud das Dilemma auch der Befürworter klar aus: „L'opinion publique attend des réformes. Il n'est point besoin pour cela d'aller jusqu'au changement de régime comme certains le pensent. La modification à la Constitution proposée montrera l'effort voulu pour réformer et, tout en consolidant l'autorité gouvernementale, elle assurera la soupape des élections qui permet au peuple de se manifester.“⁵³

Paul Reynaud hatte sich im Rahmen der Kommissionsarbeit ebenfalls zum Kompromiß bereit gefunden und war in bezug auf die Neuregelung der Kammerauflösungsfrage auf die Mehrheitsoption eingeschwenkt. Die Gründe hierfür lassen sich anhand der erhaltenen Ausschußprotokolle nicht mehr feststellen. Vermutlich hatte seine Idee, das äußerst starke, etwas starre Zwangsmittel der auto-

⁵¹ Der Bericht Reynauds findet sich in vollem Wortlaut im Protokoll der Kommissionssitzung: Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 27 avril 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale).

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda.

matischen Parlamentsauflösung, keine Chance auf Durchsetzung bei den Abgeordneten, die sich nur unter öffentlichem Druck zu der ohnehin bereits deutlichen Beschneidung ihrer parlamentarischen Position bereitgefunden hatten.

Selbstverständlich war ein Abstimmungserfolg der Verfassungsrevisionisten trotz solcher bestimmender Zwänge keineswegs gewesen; das zeigte eine weitere Initiative Reynauds auf Beschränkung des Initiativrechts der Abgeordnetenkammer zur Einbringung von Gesetzesanträgen, die eine Steigerung der Staatsausgaben nach sich gezogen hätten. Solche Initiativen wären nach dem Willen der Unterkommission, die sich den Vorschlag Reynauds zu eigen machte, nurmehr dem Staatspräsidenten möglich gewesen. Diese wiederum am englischen Vorbild erwachsene und von Tardieu bereits im Vorfeld propagierte Einschränkung parlamentarischer Rechte konnte die Plenumshürde nicht nehmen. Am 8. Mai scheiterte der Vorschlag dort mit 9 gegen 11 Stimmen und wurde einen Tag später nur in Form einer abgeschwächten Kompromißlösung einstimmig verabschiedet. Sie sah lediglich vor, daß künftig jedes den Staatshaushalt belastende Gesetz gleichzeitig Möglichkeiten zur Beschaffung der nötigen Mittel angeben müsse. Der Widerstand gegen die ursprüngliche Fassung war vor allem aus den Reihen der sozialistischen und radikalsozialistischen Mitglieder gekommen.⁵⁴ Eine weitere Initiative des Tardieu nahestehenden Kommissionsmitglieds Louis Rollin konnte sich allerdings in den Plenumsberatungen durchsetzen: Sein Vorschlag, die Regierung über „Décrets-lois“ zum Schiedsrichter bei in Senat und Abgeordnetenkammer strittigen Gesetzesprojekten zu erheben, fand am 1. Juni eine knappe Mehrheit in der Kommission. Maßgeblich für das positive Abstimmungsergebnis dürfte allerdings gewesen sein, daß keineswegs eine wirkliche neue Prärogative der Regierung zum Schaden parlamentarischer Rechte aus der verabschiedeten Regelung hervorgegangen wäre. Die eingesetzten „Décrets-lois“ nämlich hätten nach Ablauf von drei Monaten wiederum durch die Volksvertretung ratifiziert werden müssen.⁵⁵

Insgesamt stellten diese das Verhältnis der wichtigsten Staatsorgane regelnden Dispositionen zwar die spektakulärsten, doch bei weitem noch nicht alle erwähnenswerten Ergebnisse der Kommissionsarbeit dar. Bis Anfang Juli 1934 konnte man sich auf eine Reihe weiterer Reformvorschläge einigen, die vor allem auf die verbesserte Organisation der Parlamentsarbeit, die Reform des Wahlrechts und die effektivere Integration wirtschaftlicher Interessen in den gesetzgeberischen Prozeß abzielten. Auf Vorschlag der „Sous-commission du pouvoir législatif“ erarbeitete man verschiedene Änderungen der Kammergeschäftsordnung, die insbesondere eine straffere Ausschußarbeit ermöglichen sollten.⁵⁶ Mit Beschluß vom 6. Juli einigte man sich darauf, die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen zu empfehlen, die zu diesem Zeitpunkt in Europa lediglich noch in der Schweiz vom allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen waren. Die bis dahin nicht existente Möglich-

⁵⁴ Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 8 mai 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale); Ebenda, Séance du 9 mai 1934.

⁵⁵ Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 8 mai 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale); Ebenda, Séance du 1er juin 1934. Zu den Vorschlägen der ersten Unterkommission im Überblick: Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 47–51.

⁵⁶ Dazu im einzelnen: ebenda, S. 52 f.

keit der Briefwahl und die Wahlpflicht gingen ebenfalls in die Empfehlungen der Kommission ein.⁵⁷ Keine wegweisende Lösung konnte man bieten in einer Frage, die seit 1919 ein zwar unterschiedlich aktuelles, doch stets präsent reformpolitisches Dauerthema gebildet hatte: die Frage eventueller Modifikationen des Wahlmodus zur Abgeordnetenversammlung. Das 1927 wiedereingeführte Mehrheitswahlrecht auf Arrondissementsebene war im Rahmen der Reformdiskussionen des Jahres 1934 als privilegierter Punkt auf die Tagesordnung zurückgekehrt und von der großen Mehrheit der Reformer auf der Rechten und der Linken unter heftigen Beschluß genommen worden. Auch Reynaud gehörte zu seinen Kritikern, da er es für die vorwiegend auf regionale Interessenpolitik ausgerichtete Mentalität vieler Abgeordneter verantwortlich machte.⁵⁸ Seine Verteidiger fanden sich ganz überwiegend in der radikalsozialistischen Partei und in deren ideologischem Umfeld.⁵⁹ In den Beratungen der Reformkommission zeichnete sich keine eindeutige Mehrheit für das eine oder das andere Prinzip ab. Zwar favorisierte das Plenum entsprechend dem Vorschlag der ersten Unterkommission am 20. April mit 17 gegen 14 Stimmen die Beibehaltung des Mehrheitswahlrechts in zwei Durchgängen; ein Gegenvorschlag zur Einführung des Verhältniswahlrechts auf der Basis von Kandidatenlisten erhielt dann aber ebenfalls die Hälfte der abgegebenen 32 Stimmen. Unfähig auch, sich über das genaue Ausmaß der in Aussicht genommenen Reduzierung der Abgeordnetenzahl zu einigen, beließ es die Kommission bei einer entsprechenden Empfehlung.⁶⁰

Die vierte Unterkommission stellte auf Vorschlag des Sozialisten Paul Ramadier hin einen Plan zur Reorganisation des „Conseil National Economique“ als Mischkonstruktion aus berufsständischer Vertretung und Repräsentation der Interessen von Wirtschaftsverbänden, Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern vor. Weiterhin als rein beratendes Organ konzipiert, sollte der Rat durch eine breiter angelegte Mitgliederbasis und die engere Verklammerung mit dem Gesetzgebungsprozeß an Gewicht gewinnen.⁶¹ Am 26. Mai nahm die Kommission den Bericht Ramadiers an. Die organisatorische Erneuerung dieses Gremiums bildete darüber hinaus bis ins Jahr 1936 ein immer wieder aufgegriffenes Beratungsthema.⁶²

⁵⁷ JO, Chambre des Députés, Documents parlementaires, Séance du 23 juin 1934, Annexe No. 3660, S. 1081. Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 58 f.

⁵⁸ Paul Reynaud, „Dissolution et 400 députés élus à la R.P. régionale“, in: *Le Capital*, 15. 3. 1934.

⁵⁹ Auf das Fehlen einer grundlegenden wahlhistorischen Untersuchung für die französische Zwischenkriegszeit wurde bereits hingewiesen. Im Überblick dazu: Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 60–65; einseitig hier die Darstellung der Motive der „Proportionalisten“, da sich in allen politischen Gruppen, auch in der sozialistischen Partei, konkrete wahltaktische Interessen mit ideellen Überlegungen untrennbar verbanden.

⁶⁰ Paul Reynaud, dessen Name auf der Anwesenheitsliste der Sitzung vom 20.4. aufgeführt ist, taucht in der Aufschlüsselung der Abstimmungsergebnisse nicht auf (Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 19 avril 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale); Ebenda, Séance du 20 avril 1934); Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 66.

⁶¹ Zur organisatorischen Entwicklung des „Conseil économique National“: Georges Millin de Grandmaison, *Les conseils économiques français. Leur genèse et leur évolution*, Thèse Paris 1962; Jean Frayssinet, *Le Conseil économique et social*, Paris 1986, S. 14–16; als zeitgenössische Studie ist von Bedeutung: Friedrich Glum, *Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrat*. Ein Beitrag zu dem Problem der Repräsentation der Wirtschaft im Staat, Berlin 1929.

⁶² Der Bericht Ramadiers findet sich abgedruckt in: JO, Chambre des Députés, Documents parlementaires, Séance du 7 juin 1934, Annexe No. 3537, S. 908; dazu Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*,

Ein Maßnahmenkatalog schließlich aus den Reihen der dritten Unterkommission zur Garantie der Unabhängigkeit der Richterschaft sowie zur klareren Trennung von Justiz und Politik trug dem spezifischen Charakter der Skandale Rechnung, die Frankreich zu Beginn der dreißiger Jahre erschüttert und die stets ein hohes Maß an Verquickung beider Bereiche offenbart hatten.⁶³

Insgesamt legte die Kommission mit diesem Maßnahmenkatalog ein Werk vor, das als Summe der vereinten Bemühungen aller vertretenen Kammergruppen durchaus beeindruckend sein kann. Unter dem Druck der Ereignisse und der Reformexpectationen in der Bevölkerung hatte man sich zu Konzepten durchgerungen, die bei konsequenter Anwendung den Charakter des französischen Parlamentarismus nicht unwesentlich verändert hätten. Vielschichtig in sich selbst, reichten die Vorschläge von detailorientierten Neuregelungen etwa der Richterlaufbahn bis zu grundlegenden Verfassungsänderungen, die teils nach englischem Vorbild vor allem das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative auf eine neue Basis gestellt hätten. Freilich hatte man gerade bei den einschneidenden konstitutionellen Neudispositionen überwiegend auf halbem Wege zu Kompromißlösungen gefunden. Diese machten den eigentlichen Gesamtcharakter des Reformensembles aus, und nicht die spektakuläre, doch in erster Linie öffentlichkeitswirksame Einführung der Auflösungsoption. Die Crux der Reformarbeit der Kommission lag in eben dieser Orientierung am Erwartungshorizont der Öffentlichkeit. So war es bezeichnend, daß weniger im Blickpunkt stehende Reformforderungen, die ebenso entscheidende parlamentarische Rechte angetastet hätten, wie die Abschaffung des Initiativrechts der Abgeordneten in Budgetfragen, sich nicht durchsetzen konnten. Wo wie in der Frage des Wahlrechts konkrete Parteiinteressen auf dem Spiel standen, blieb der Dissens unüberbrückbar. Und auch da, wo man tatsächlich zur Einigung auf traditionsstürzende Maßnahmen fand, verhielt sich die schmale Basis des erreichten Konsensus wenig Gutes für dessen weiteren Bestand: Der Beschluß hinsichtlich des Auflösungsrechts war letztlich aufgrund der handstreichartigen Initiative Reynauds in Abwesenheit von knapp der Hälfte der Kommissionsmitglieder zustande gekommen, und solche Abstimmungen mit reduzierter Teilnehmerzahl bildeten, wie gesehen, keine Ausnahme.

Das schon bis dahin wenig konstante Interesse vieler Abgeordneter an ihrer Kommissionstätigkeit erlitt einen herben Rückschlag, als sich ab Mitte Mai abzeichnete, daß die eigentlichen Adressaten der erarbeiteten Vorschläge wenig Neigung zu entgegenkommender Berücksichtigung zeigten. In Absprache mit dem liberal-konservativen Ministerpräsidenten Doumergue und mit dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer hatte man sich zwar rasch über den Präsentationsmodus der Reformvorschläge geeinigt. Demnach sollten all jene Teile, die in die Zuständigkeit ordentlicher Ausschüsse fielen, jenen vorgelegt, alle anderen, insbesondere die verfassungsändernden Dispositionen jedoch in Form von Gesetzesprojekten direkt der Kammer präsentiert werden.⁶⁴ Die Kommission reichte dar-

S. 54 f.; vgl. etwa die Sitzungen vom 1., 5., und 7. Juni, 6. Juli 1934, 27. Februar, 6. und 20. März, 25. September 1935 und 10. März 1936 (Archives de l'Assemblée Nationale).

⁶³ Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 55–57.

⁶⁴ Vgl. dazu den Bericht des Kommissionsvorsitzenden Marchandeau zum Thema „Examen des conditions de présentation à la Chambre des conclusions de la Commission“: Procès-verbal de la

aufhin unter erheblichem Zeitdruck noch vor Beginn der Parlamentsferien am 6. Juli eine Reihe schriftlicher Stellungnahmen im Parlamentssekretariat ein. Ratlosigkeit und Verärgerung machten sich dann aber in dem Gremium breit, als Doumergue auf Nachfragen des Kommissionsvorsitzenden Ende September unmißverständlich klarmachte, daß eine Beratung im Kammerplenum bis auf weiteres an seinem Veto scheitern würde. Der Grund dafür liege in eventuellen Überschneidungen mit dem Reformprojekt der Regierung, dessen Vorlagetermin freilich noch nicht bestimmt sei.⁶⁵ Besondere Entrüstung erregte in den Reihen der Kommissäre die Tatsache, daß Doumergue in einer kurz zuvor gehaltenen programmatischen Rede, in der er nach monatelangem Zögern endlich Einblick in seine Reformpläne gewährte, keinerlei Bezug auf die Arbeit der Kommission genommen hatte.⁶⁶ Paul Reynaud hatte zu diesem Zeitpunkt bereits das Interesse an der Mitarbeit weitgehend verloren. In der Periode zwischen Mai 1934 und März 1936, in der die Kommission 25mal tagte, nahm er lediglich an fünf Sitzungen teil.⁶⁷ Offenbar war er bereits jetzt entschlossen, angesichts der zunehmenden Marginalisierung des Gremiums ganz auf die wirtschaftsreformerische Karte zu setzen, die er ab Frühjahr 1934 ausspielte.⁶⁸

Regierungschef Doumergue, auf den sich die weitreichendsten Hoffnungen gerichtet hatten, war allem Anschein nach nicht gewillt, sich die Bestimmung des Zeitplans und der Mittel einer Staatsreform durch ein parlamentarisches Gremium vorgeben zu lassen. Von Beginn seiner Amtszeit an hatte zunächst die ganz konkrete Schadensbewältigung im Vordergrund gestanden. Zum einen war dies die juristisch-politische Aufarbeitung des Skandals um den Finanzbetrüger Stavisky. Die zutage getretene Verwicklung von Politikern vorwiegend des radikalsozialistischen Lagers hatte den unmittelbaren Anlaß für die gewaltsamen Protestkundgebungen vom 6. Februar und den folgenden Sturz der Regierung Daladier gebildet, hatte antiparlamentarische Ressentiments neubelebt und der äußersten Rechten reichen Zündstoff für heftige Kampagnen gegen die „Republik der Skandale“ geliefert, letztlich eine tiefe Legitimitätskrise des politischen Systems offengelegt. Die Bestrafung der Schuldigen war unabweisbar, die Aufklärung des Falles indes von begrenztem Erfolg gekrönt.⁶⁹ Die Eindämmung der Wirtschaftskrise bildete den zweiten Ansatzpunkt Doumergues, zu ihrer Bekämpfung initiierte er ein umfassendes Deflationsprogramm. Erst gegen Ende der parlamentarischen Sommerferien trat er mit einem umfassenderen Plan zur Staatsreform an die Öffentlichkeit, der sich in zwei Reden vom 24. September und 4. Oktober andeutete,

Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 16 mai 1934; Ebenda, Séance du 18 mai 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale).

⁶⁵ Nach dem Bericht Marchandeaus äußerte sich Doumergue folgendermaßen: „Le Président du Conseil a fait connaître qu'il s'opposerait, si elle était demandée, à la mise à l'ordre du jour des rapports de la Commission sur les questions qui feront l'objet du projet que le Gouvernement doit déposer, sans d'ailleurs qu'une date ait encore été fixée pour ce dépôt.“ (Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 26 septembre 1934; Archives de l'Assemblée Nationale).

⁶⁶ Ebenda und Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 97, Anm. 1.

⁶⁷ Vgl. die Sitzungen vom 16. 5. 1934, 23. 5. 1934, 5. 12. 1934, 25. 6. 1934 und 25. 9. 1935 (Procès-verbaux de la Commission de la Réforme de l'Etat; Archives de l'Assemblée Nationale).

⁶⁸ Vgl. Paul Reynaud, „Le problème fondamental“, in: *Le Capital*, 1. 2. 1934; Ders., *Dissolution et 400 députés*. Zu Reynauds Wirtschaftsplan vgl. unten Kapitel IX.2.

⁶⁹ Bloch, *Dritte Französische Republik*, S. 413–415; Berstein, *Parti Radical II*, S. 274 ff.

bevor er am 4. November, zwei Tage vor Wiederaufnahme der Kammerberatungen, in einem Pressecommuniqué feste Form annahm. Zweifelsohne an den Vorgaben der Reformkommission orientiert, präsentierte Doumergue einen Katalog von vier Eingriffen in die Verfassungsgesetze von 1875, die im wesentlichen die Begrenzung der Zahl der Regierungsmitglieder auf 20 Minister, die Einfügung eines besonderen Beamtenstatuts, die Begrenzung des Initiativrechts der Abgeordneten in Finanzfragen und die Möglichkeit zur Verabschiedung des Staatshaushalts per Dekret umfaßten. Die Befugnis zur Auflösung der Kammer wurde dem Staatspräsidenten zugestanden, der nurmehr während des ersten Jahrs jeder Legislaturperiode an die Zustimmung des Senats gebunden sein sollte.⁷⁰

In der „Commission de la Réforme de l'Etat“ hatte man sich zwischenzeitlich ohne wesentliche Gegenwehr den unzweideutigen Direktiven Doumergues gebeugt. Spielte man zunächst noch mit dem Gedanken, zunächst auf die Forderung nach Beratung der verfassungsändernden Vorschläge im Kammerplenium zu verzichten, dafür jedoch weiterhin auf der öffentlichen Diskussion der reinen Geschäftsordnungsreformen zu bestehen, so stellte man schließlich die eigenen Arbeiten in Erwartung des „Projekts Doumergue“ bis in die letzte Novemberwoche völlig ein.⁷¹ Bei Wiederaufnahme der Sitzungen am 21. November hatten sich jedoch die Ausgangsbedingungen wie die Erfolgchancen für eine Staatsreform grundlegend gewandelt. Der inzwischen erfolgte Sturz Doumergues am 8. November bildete lediglich den sichtbarsten Ausdruck eines allgemeinen Gesinnungswandels vor allem in den Reihen der Linksliberalen, welcher letztendlich den Ausschlag für das Scheitern aller Reformbemühungen gab.

Es war insbesondere klar geworden, daß die relativ weitreichende Kompromißbereitschaft, die die Arbeitsatmosphäre in der Reformkommission geprägt hatte, in den Diskussionen auf nationaler Ebene keine Fortsetzung fand. Daß neben der gemäßigten Rechten auch nationalistische Gruppierungen wie die „Croix de Feu“ des Obersten de la Rocque oder die „Solidarité Française“ um Jean Renaud ihre Sympathien für Doumergue bekundeten, trug entscheidend dazu bei, dessen Pläne in den Augen der Linken und der linken Mitte zu diskreditieren. Wenig überraschend war dabei die harsche Kritik der Sozialisten und Kommunisten, die sich seit Juli 1934 zu einer „antifaschistischen“ Aktionsgemeinschaft zusammenschließen begonnen und seit Jahresanfang bereits die Deflationspolitik Doumergues heftig bekämpft hatten.⁷² In einer Artikelserie in *Le Populaire* übernahm

⁷⁰ Vgl. *Le Temps*, 4. 11. 1934; wiederabgedruckt in: Gaston Doumergue, *Mes causeries avec le peuple français*, Paris 1934, S. 60–80. Insgesamt zu den Reformvorstellungen Doumergues nach wie vor die beste Darstellung bei Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 85–97.

Die Interpretation Jacksons, wonach Doumergues Ansätze zur Verfassungsreform im wesentlichen als unterstützende Maßnahmen zur Erleichterung seiner deflationistischen Wirtschaftspolitik einzustufen seien, unterschätzt das Eigengewicht der Staatsreformbestrebungen des Jahres 1934 (Jackson, *Politics of depression*, S. 88–92). Selbstverständlich sah man in dem Reformerkreis um Doumergue das wechselseitig sich bedingende Abhängigkeitsverhältnis von wirtschaftlicher Stabilisierung und politischer Reform; Erfolge auf dem einen Gebiet mußten das Agieren auf dem anderen wesentlich erleichtern. Daß Doumergue die wirtschaftliche Gesundung jedoch umgekehrt als Voraussetzung für eine erfolgreiche Verfassungsrevision ansah, geht bereits aus der Reihenfolge der von ihm in Angriff genommenen Maßnahmen hervor.

⁷¹ Procès-verbal de la Commission de la Réforme de l'Etat, Séance du 26 septembre 1934 (Archives de l'Assemblée Nationale); Ebenda, Séance du 21 novembre 1934.

⁷² Jackson, *Politics of depression*, S. 84 f.

Léon Blum die Meinungsführerschaft einer unter dem Vorzeichen der Verteidigung republikanischer Errungenschaften geführten Gegenoffensive. Er kritisierte die vorgesehene Handhabung des Auflösungsrechts als Bedrohung des repräsentativen Systems, als Inkarnation bonapartistischer, autokratischer und reaktionärer Tendenzen.⁷³ Die radikalsozialistische Partei und ihre Minister in der Regierung Doumergue zeigten sich gespalten. In sich uneins in der Frage der weiteren Beteiligung an der Rechtskoalition der „Union nationale“, wenig entschieden auch in ihren Äußerungen zum Ausmaß einer Staatsreform, hatte sich die Partei seit Sommer bereits allmählich vom Gedanken einer weiteren Regierungsbeteiligung entfernt. Das zunehmend autoritäre, unnachgiebige kabinettsinterne Auftreten Doumergues in der Frage seines Reformprogramms, seine wiederholten Appelle an die öffentliche Meinung, schließlich sein ostentativer Versuch, sich durch das Mittel der „douzièmes provisoires“, der vorläufigen Teilhaushalte, über die laufenden Budgetberatungen der Kammer hinwegzusetzen, rührten wie die Inhalte seines Projekts an tragenden Grundfesten des republikanischen Selbstverständnisses. Nachdem der erste Schock verflogen war, den die antiparlamentarischen Unruhen in die Reihen der politischen Klasse getragen hatten, reichte der Wille zur Erneuerung nicht mehr hin, um die Furcht vor dem Wiedererstehen einer institutionell abgestützten „pouvoir personnel“ und vor der Infragestellung des klassischen Repräsentativmodells französischer Prägung aufzuwiegen. Persönliche Animositäten zwischen Tardieu und den radikalsozialistischen Ministern, Verärgerung im Senat über die drohende Beschneidung des eigenen Einflusses und nicht zuletzt die kabinettsinterne Uneinigkeit über das weitere wirtschaftspolitische Vorgehen traten hinzu.⁷⁴ Am 8. November 1934 stürzte die Regierung Doumergue, nachdem die radikalsozialistischen Minister ihren Austritt erklärt hatten.⁷⁵

Paul Reynauds Haltung in den publizistischen, schließlich parlamentarischen Debatten zur Verfassungsrevision des Jahres 1934, die zunächst von Enthusiasmus und Neuerungsseifer geprägt war, mündete angesichts der beschriebenen Entwicklung gegen Jahresmitte zunehmend in Resignation bezüglich der institutionellen Erneuerungsfähigkeit der Republik ein. Seine tragende Rolle in der Reformkommission hatte mit dazu beigetragen, einen in sich bemerkenswerten überparteilichen Kompromißvorschlag zu erstellen, dessen Umsetzung vermutlich von großer Tragweite für Inhalt und Gestalt der parlamentarischen Arbeit geworden wäre. Dabei waren die Vorstellungen des verfassungspolitischen Traditionalisten nur in modifizierter Form eingegangen. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob seine Variante des revidierten Auflösungsrechts auf weniger Vorbehalte in den Reihen der parlamentarischen Linken und der Mitte gestoßen wäre. Das

⁷³ Vgl. die Artikel Blums in *Le Populaire* vom 25.9. und 1.10. sowie seine Leitartikel vom 19. bis 26. 10. 1934.

⁷⁴ Auf die wachsende Unzufriedenheit der Radikalsozialisten mit der Wirtschaftspolitik Doumergues bei gleichzeitigem Fehlen einer Alternativkonzeption weist Julian Jackson hin. Übertrieben ist es jedoch, demgegenüber den Dissens in der Verfassungsfrage lediglich als „Vorwand“ zu qualifizieren (Jackson, *Politics of depression*, S. 91 f.).

⁷⁵ Zu den Details des Austritts der radikalsozialistischen Minister aus der Regierung Doumergue und zu deren Sturz: Gicquel/Sfez, *Réforme de l'état*, S. 106–117; Bernstein, *Parti radical II*, S. 289–343.

Scheitern der Reformen von 1934 beendete für die Dauer der Dritten Republik alle Versuche, das parlamentarische System durch eine grundlegende Revision effektiver zu machen, und auch Paul Reynaud nahm das Thema nicht wieder auf.

Wenn er sich in der unmittelbaren Folgezeit dem wirtschaftlichen Feld zuwandte, dann entsprang diese Wendung seiner Überzeugung, daß die ökonomische Stabilisierung einen entscheidenden Hebel zur Bekämpfung auch der politischen Krise darstellte. Nahezu über den gesamten Verlauf der dreißiger Jahre hinweg begleiteten und verschärften die Auswirkungen der wirtschaftlichen Depression die politisch-konstitutionellen Krisenerscheinungen. Sie blieben umgekehrt nicht unberührt von politischen Vorgaben, die nur zum Teil auf rationaler Analyse der handelnden Politiker gründeten, vielmehr beeinflusst waren durch Faktoren kollektiver Erinnerung, durch wahl- und klientelpolitische Erwägungen sowie Fehlinterpretationen der finanz- und wirtschaftspolitischen Rolle, die Frankreich in der Welt noch wahrzunehmen in der Lage war. Ein Beispiel für solche Interferenzen und ihre langdauernden Auswirkungen auf historische Verläufe auf oberster staatlicher Ebene ebenso wie auf das politische Schicksal einzelner stellt die Debatte um die Abwertung des französischen Franc in den Jahren 1934 bis 1936 dar.

2. Paul Reynaud und die Debatte um die Abwertung des französischen Franc 1934–1936

Später zwar und weniger abrupt als etwa die USA und Deutschland von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erfaßt, litt Frankreich noch unter deren Folgen, als in der übrigen Welt der wirtschaftliche Aufschwung bereits wieder dauerhaft Fuß gefaßt hatte. Die Konjunkturbelebung seit Sommer 1932, die sich in der übrigen Welt bis 1937 fortsetzte und sie allmählich aus der Krise herausführte, machte in Frankreich rasch einem erneuten Rückfall Platz. Im Jahr 1935 stieg dort nicht nur die Arbeitslosenzahl auf über eine halbe Million an, sondern es erreichten daneben das Nationaleinkommen und die Investitionstätigkeit ihren Tiefstand in bezug auf die gesamte Dekade. Die Industrieproduktionsrate als zentraler Wirtschaftsindex gegenüber dem Referenzjahr 1929 drei Jahre später auf einen Wert von 70, kletterte kurzzeitig auf 83 im Juni 1933, um dann im April 1935 erneut auf 70 zu fallen. Bei Kriegsausbruch 1939 hatte die Industrieproduktion Frankreichs erst wieder 88% ihres Standes von 1929 erreicht.⁷⁶

⁷⁶ Vgl. zu den Zahlenangaben bezüglich der Industrieproduktion und der Arbeitslosenrate die Tabellen bei: Sauvy, *Histoire économique* III, S. 305 und 315. Bekanntlich sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen der dreißiger Jahre für Frankreich nur mit Vorsicht zu betrachten, da sie lediglich die amtlich erfaßten „chômeurs secourus“, also die registrierten Bezieher von Unterstützungsleistungen umfaßten.

Zum verspäteten Eintauchen Frankreichs in die Weltwirtschaftskrise, zu ihren ökonomischen Auswirkungen und politischen Folgen: Mouré, *Managing*, S. 13–15; Jackson, *Politics of depression*, S. 23 ff.; Braudel/Labrousse, *Histoire économique et sociale* IV/2, S. 655 ff.; Sauvy, *Histoire économique* I, S. 87 f.; Charles P. Kindleberger, *The World in Depression, 1929–1939*, Berkeley 1973, S. 95 ff.

Als Ursache für den verzögerten Einbruch und die überproportional lange Verweildauer der Wirtschaftskrise identifizierte die wirtschaftshistorische Forschung bislang nahezu einhellig monetäre Faktoren. Trotz relativierender Einwände besteht über den entscheidenden, wenngleich nicht alleine wirkenden Einfluß des Wechselkursverhältnisses des Franc auf den Beginn und den Verlauf der Krise in Frankreich zwischen 1933 und 1935 kein Zweifel mehr. Entsprechend der vorherrschenden Deutung schirmte der seit 1928 auf vier Fünftel seines Vorkriegswertes stabilisierte und damit vergleichsweise unterbewertete Franc die französische Wirtschaft von den ersten internationalen Krisenerscheinungen, insbesondere den fallenden Weltmarktpreisen, ab. Nicht zuletzt der resultierende starke Kapital- und Goldzufluß, der 1931 seinen Gipfelpunkt erreichte, verbesserte wiederum die Voraussetzungen für eine Ausweitung der Geldmenge und die Stimulierung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit. Erst seit Jahresmitte 1931 reichten jene stützenden Faktoren nicht mehr hin, um vor allem nach der Abwertung des englischen Pfunds im September 1931 und des amerikanischen Dollars eineinhalb Jahre später die negativen Auswirkungen der im internationalen Vergleich zu hohen französischen Exportpreise ausgleichen zu können. Die daraufhin eingeschlagene Deflationspolitik zur Senkung der Inlandspreise und zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erwies sich hingegen als kontraproduktiv: Durch eine allzu starke Währung weiterhin auf den Weltmärkten benachteiligt, erlebte das Land eine fortschreitende interne Stagnation, bedingt durch die rapide Abnahme von Kaufkraft und Investitionsbereitschaft.⁷⁷ Im Rückblick kann heute kaum mehr bestritten werden, daß die Verzögerung der Franc-Abwertung bis in den Herbst 1936 die französische Wirtschaft über Jahre hinweg jener Stimulanten beraubte, die der Weltwirtschaft ab Mitte der dreißiger Jahre die endgültige Überwindung der Großen Krise ermöglichten, insbesondere der Steigerung der Industrieproduktion sowie der Investitions- und damit der Beschäftigungsrate.⁷⁸

a) Etappen einer Konversion:

Reynauds Weg vom „déflationiste“ zum „dévaluationiste“

Ab Juni 1934 geriet die Währungsfrage und speziell das Mißverhältnis zwischen französischen Preisen und jenen auf den Weltmärkten zu einem öffentlich kontrovers diskutierten Thema in Frankreich.⁷⁹ Schuld hieran trug wesentlich die als sen-

⁷⁷ Diese These vertreten unter anderem Mouré, *Managing*, S. 16 f. und 26 f. (dort auch ein instruktiver Forschungsüberblick: S. 16–26); Sauvy, *Histoire économique I*, S. 92–138; Kindleberger, *Depression*, S. 247 f.; Kemp, *French Economy*, S. 100–102; Caron, *Histoire économique*, S. 199 f.

⁷⁸ Vgl. etwa die Forschungen von Barry Eichengreen/Jeffrey Sachs, *Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s*, in: *Journal of Economic History* 45 (1985), S. 925–946; Mouré, *Managing*, S. 26 schließt sich deren Schlußfolgerungen an; die These vertritt auch Kindleberger, *Depression*, S. 248; als ältere, prägende Interpretation in diesem Sinne: Sauvy, *Histoire économique I*, S. 134–138.

⁷⁹ Mouré, *Managing*, S. 191. Die bislang beste und ausführlichste Darstellung der Debatte um den französischen Franc bis zu seiner tatsächlichen Abwertung im September 1936 findet sich bei Mouré, *Managing*, S. 191–273; dazu auch Jackson, *Politics of depression*, S. 167–199; Jean-Pierre Patat/Michel Lutfalla, *Histoire monétaire de la France au XX^e siècle*, Paris 1986; als aufschlußrei-

sationell empfundene Konversion Paul Reynauds von einem Anhänger orthodoxer Deflationsmaßnahmen zu einem in der Folge äußerst zähen Verteidiger der Abwertung des französischen Franc. Anders als er im nachhinein selbst suggerierte, war er keineswegs völlig isoliert in seinem Engagement für diese mit dem Geruch des Sakrilegs behaftete finanzpolitische Option von größter Tragweite⁸⁰; auch orientierte er sich später und zunächst weniger eindeutig um, als seiner eigenen rückblickenden Darstellung zu entnehmen ist. Unbenommen aber bleibt, daß der ehemalige Finanzminister die unpopuläre Konzeption als ihr prominentester und profiliertester Verteidiger aus den Randbereichen der Wirtschaftspublizistik ins Zentrum des allgemeinen Interesses rückte.⁸¹

Dabei waren die radikalsozialistisch dominierten Regierungen, die die Wirtschafts- und Finanzpolitik Frankreichs seit dem Wahlsieg des „second Cartel“ im Mai 1932 prägten, ebenso wie die weiter rechts stehenden Folgekabinette keineswegs blind gewesen für die entscheidende Diskrepanz bei In- und Auslandspreisen, die zwischen September 1931 und Herbst 1936 französische Waren um etwa 20% teurer hielt als die entsprechenden englischen Güter.⁸² Man hatte sich vielmehr unterstützt von Unternehmerverbänden und den führenden Wirtschaftssachverständigen in voller Kenntnis der Problemlage für die Deflationslösung und dann ab 1934 gegen eine Abwertung der Landeswährung entschieden.⁸³ Parallel dazu versuchte man auf internationaler Ebene nach dem Scheitern aller Bemühungen zur koordinierten internationalen Währungsstabilisierung während der Konferenz von London (12. 6.–27. 7. 1933) bis ins Jahr 1935 eine Interessengemeinschaft aller weiterhin am Goldstandard und an den aktuellen Paritäten festhaltenen Länder zu schaffen.⁸⁴

Die Haltung und Argumentation Paul Reynauds unterschieden sich bis Anfang 1934 nicht grundsätzlich von den Positionen der meisten Deflationsbefürworter in Politik und Wirtschaft. Zweifellos kann mit Recht angeführt werden, daß er schon vor seiner öffentlichen Kehrtwendung in bestimmten Bereichen andere Sehweisen vertrat als die übrige französische Rechte, etwa in seiner ungewöhnlich verständnisvollen Beurteilung der Haltung Roosevelts in der Frage der Dollarstabilisierung.⁸⁵ Ungeachtet dessen präsentierte er sich zumindest in seinen öffentlichen Auftritten noch während des gesamten Jahrs 1933 als überzeugter Vertreter

che zeitgenössische Studie: Gaetan Pirou, *La monnaie française depuis la guerre, 1914–1936. Inflation, stabilisation, dévaluation*, Paris 1936.

⁸⁰ Siehe dazu unten Kapitel IX.2.b) dieser Arbeit.

⁸¹ Zu entsprechender Einschätzung gelangen Mouré, *Managing*, S. 197; Jackson, *Politics of depression*, S. 185.

⁸² Siehe die Vergleichszahlen bei Sauvy, *Histoire économique* III, S. 366; Mouré, *Managing*, S. 191.

⁸³ Dies zeigt Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 50–53 überzeugend gegen die Darstellung Alfred Sauvys, wonach die französische Führung unter Mißachtung dieses zentralen Problems den Weg der Deflation eingeschlagen habe (Sauvy, *Histoire économique*, S. 77–110).

⁸⁴ Zu den vergeblichen französischen Bemühungen, die „Goldblock“-Länder Schweiz, Belgien, Holland, Italien, Tschechoslowakei und Polen über die gemeinsame Währungspolitik hinaus zu enger handelspolitischer Kooperation zu bewegen, vgl. Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 41–43 und 56f.

⁸⁵ Vgl. dazu seine Artikel in *La Liberté* vom 20.6. und 8. 7. 1933; dazu die Hinweise bei Jackson, *Politics of depression*, S. 180f.

einer entschlossenen Budgetdeflation.⁸⁶ Wie die sozialistische Linke sah er die Wurzeln der großen Wirtschaftskrise weniger in eklatanter Überproduktion, sondern in einem drastischen Rückgang des Konsums, bedingt durch die Stagnation des Welthandels, den Fall der Großhandelspreise und den damit verbundenen Kaufkraftrückgang in den Produzentenländern.⁸⁷ Anders als die Linke um Léon Blum aber weigerte er sich strikt, vom Prinzip des wiederzugewinnenden Budgetgleichgewichts abzugehen, dem er vertrauensbildende und damit stabilisierende Kraft zuschrieb.⁸⁸ Die diesbezügliche Kritik an der antideflatorischen Position der Sozialisten verband er regelmäßig mit dringenden Aufforderungen an die Adresse diverser radikalsozialistischer Regierungen, endlich die Hypothek des sozialistischen Koalitionspartners abzustreifen und eine durch wahltaktische Rücksichten ungetrübte, entschiedene Politik der Ausgabenbegrenzung einzuleiten: „Il faut faire une déflation des dépenses publiques parce que l'Etat ne peut pas mener le même train de vie dans un pays ruiné que dans un pays prospère. Il faut la faire, en outre, parce que cette déflation peut seule entraîner la déflation des prix de revient sans laquelle l'économie française continuera à s'asphyxier.“⁸⁹

Ohne vorerst also noch zwischen Budget- und allgemeiner Preisdeflation zu unterscheiden, entwickelte Reynaud bis Jahresanfang 1934 ein Argumentationsmuster, in dem sich die allmähliche, schlüssige Fortentwicklung seiner Haltung widerspiegelte. Wiederholt tauchte nun ab Februar in seinen kritischen Analysen der inkohärenten, da gleichzeitig auf Preisdeflation und Preisstabilisierung etwa in der Landwirtschaft ausgerichteten Regierungspolitik der Gedanke der Abwertung des Franc auf; zunächst allerdings noch in der unverbindlichen Form einer drohenden Alternative, falls Budgetstabilisierung und Preissenkung mißlängen.⁹⁰ Insofern vollführte Reynaud keine radikale Kehrtwendung, als er im Verlauf einer großen Parlamentsdebatte zur Reform des Steuersystems am 28. Juni 1934 die Regierung Doumergue erneut mit den genannten Wahlmöglichkeiten konfrontierte und eine klare Entscheidung forderte. Ohne sich selbst offen für eine der Optionen zu entscheiden, signalisierte er implizit doch bereits Präferenzen, als er sich bemühte, gängige Vorurteile gegenüber der Abwertungslösung zu entkräften und ihre Vorzüge anhand des Aufschwungs zu demonstrieren, der überall dort einge-

⁸⁶ Vgl. etwa seine Stellungnahmen in der Kammer: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 janvier 1933, S. 311–320; Ebenda, Séance du 12 février 1933, S. 702–704; Ebenda, Séance du 22 octobre 1933, S. 3886–3890; Ebenda, Séance du 7 décembre 1933, S. 4425–4431.

In seinen Memoiren beharrt Reynaud darauf, bereits zu Beginn des Jahrs 1933 zum Anhänger einer „dévaluation“ des Franc geworden zu sein (Reynaud, Mémoires I, S. 351–419, hier: S. 363).

⁸⁷ „Le gouvernement et le marché en Bourse. Déclaration de M. Paul Reynaud“, in: *L'Echo de Paris*, 8. 3. 1930.

⁸⁸ Etwa in seiner Kammerrede vom 20. Februar 1934 (JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 20 février 1934, S. 544). Dazu auch Mouré, Managing, S. 197.

⁸⁹ Paul Reynaud, „Le problème fondamental“, in: *Le Capital*, 1. 2. 1934.

„Or, en fait, seule une majorité d'union nationale, dans laquelle refuserait sans doute d'entrer une partie des quatre-vingts radicaux-socialistes élus au deuxième tour grâce à l'appoint des voix socialistes, est susceptible de soutenir et de faire triompher cette politique [de déflation, A.d.V.]. La vérité crue est que, pour sauver le franc, il faut briser l'union électorale de laquelle est issue la majorité de Mai 1932“ (Ebenda). Unter Verweis auf eine Rede Reynauds in Lyon am 21. 1. 1934 dazu auch Mouré, Managing, S. 198.

⁹⁰ So ausgeführt in seiner Stellungnahme zum Budget für das Jahr 1934 am 20. Februar 1934 (JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 20 février 1934, S. 541–545).

setzt habe, wo sie angewandt worden sei.⁹¹ Die Botschaft war durchaus verstanden worden – auch wenn Reynaud sich im nachhinein auf eine Position formaler Neutralität zurückzog.⁹² Seine allgemein als aufsehenerregend eingestufte Rede wurde in der Links- wie der Rechtspresse als lange fällige Bestandsaufnahme der wirtschaftspolitischen Schieflage Frankreichs aufgenommen⁹³; weithin begriff man sie darüber hinaus als Bekenntnis zur Devaluationsthese.⁹⁴ Daß er ein „plaidoyer pour une politique d’artifices monétaires“ gehalten habe, folgte verstimmt selbst der grundsätzlich wohlwollend gesonnene *Le Temps*, wo man sich nach anders gewichteten Äußerungen Reynauds in der amerikanischen Presse damit tröstete, der ehemalige Minister habe sich lediglich in rhetorischem Überschwang hinreißen lassen.⁹⁵ Die Hoffnung trog. Konfrontiert mit einem anschwellenden Chor von Gegenstimmen und mit zunehmendem Druck, seinen Standpunkt zu präzisieren, entwickelte Reynaud nun erst jene klar unorthodoxe Position, die ihn in eine Außenseiternische in der politischen Landschaft Frankreichs führen sollte. Sein eher tastendes Vorgehen in der Neuorientierung⁹⁶ resultierte aus dem allmählichen Voranschreiten des persönlichen Reflexionsprozesses, spiegelte daneben aber auch allgemeinpolitische Rücksichten wider und nicht zuletzt einen gewissen Tribut an die massive Meinungsübermacht der Deflationsanhänger in Regierung, Wirtschaft und Publizistik. Umgekehrt sahen sich jene in der Folge des Reynaudschen Vorstoßes verstärkt gezwungen, ihre eigenen Argumente zu sichten und zu schärfen.

b) Die Franc-Abwertung im Widerstreit der Argumente

Ausgangspunkt und bleibender Kern der öffentlichen Beweisführung Reynauds war die Beobachtung, daß Zeichen wirtschaftlichen Wiederaufschwungs, insbesondere der Anstieg der Industrieproduktion, in erster Linie in jenen Ländern zu beobachten waren, die ihre Währung abgewertet hatten: in Großbritannien, in

⁹¹ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 1^{re} Séance du 28 juin 1934, S. 1841–1846. Vgl. zur Interpretation der Ausführungen Reynauds auch Mouré, Managing, S. 199–202; Jean-Baptiste Duroselle, La décadence 1932–1939, Paris 1979, S. 214–220, hier: S. 214.

⁹² In einem Interview, das der Journalist Gerville Réache nur einen Tag nach Reynauds Kammerrede mit diesem führte, bestritt er, sich für eine der beiden Möglichkeiten ausgesprochen zu haben; vgl. „M. Paul Reynaud nous précise ses idées“, in: *L'Information*, 29. 6. 1934.

⁹³ „M. Paul Reynaud a raison“, in: *L'Agence Economique et Financière*, 29. 6. 1934; „Le vrai problème“, in: *L'Oeuvre*, 29. 6. 1934; „Le problème économique est posé à la Tribune de la Chambre“, in: *L'Ami du Peuple*, 29. 6. 1934; „Le dilemme de M. Paul Reynaud“, in: *La Journée Industrielle*, 29. 6. 1934.

⁹⁴ „Contre M. Germain-Martin M. Paul Reynaud préconise la dévaluation du franc“ und „Sur un discours de M. Paul Reynaud“, in: *La République*, 29. 6. 1934; „Un débat sur le franc à la Chambre“, in: *Paris-Midi*, 29. 6. 1934; „Une anticipation regrettable“, in: *Paris-Soir*, 30. 6. 1934; „La discussion de la réforme fiscale“, in: *Le Journal de la Bourse*, 30. 6. 1934.

⁹⁵ „Economie et monnaie“, in: *Le Temps*, 30. 6. 1934. Anlaß zur Verwirrung über Reynauds Standpunkt bot die Tatsache, daß er sich noch in einem wenige Tage vor seiner Parlamentsrede in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ erschienenen Artikel beredt für die Beibehaltung einer stabilen Währung ausgesprochen hatte (vgl. *L'Information*, 29. 6. 1934).

⁹⁶ Bezeichnend hierfür ist, daß er weiterhin betonte, lediglich Handlungsbedarf angemahnt, nicht jedoch eine der Optionen favorisiert zu haben und daß er seine Argumente Dritten in den Mund legte: „Les partisans de la dévaluation affirment donc [...]“ (Paul Reynaud, „Nous ne sortirons pas de la crise par l'inaction“, in: *Paris-Soir*, 5. 7. 1934).

den USA, Kanada, Schweden und in 45 weiteren Staaten.⁹⁷ In den „Goldblockländern“ dagegen waren Mitte 1934 nicht nur eine weiter angewachsene Diskrepanz zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen zu konstatieren, sondern darüber hinaus fallende Exporte, wachsende Arbeitslosigkeit und eine steigende Zahl von Firmenzusammenbrüchen. Hinzu trat eine entscheidende Beobachtung: In keinem der Länder, die sich zur Abwertung entschlossen hatten, war der gefürchtete inflationäre Anstieg der Lebenshaltungskosten eingetreten! Vielmehr war das nationale Preisniveau dort deutlich weniger stark angestiegen, als sich das Verhältnis der Landeswährung zum Gold verschlechtert hatte. Ausgehend von einer zunehmend vertieften Analyse der Ursachen für die positiven Folgen der Währungsanpassungen rückte Reynaud ab Sommer 1934 deren binnenwirtschaftlichen Effekte stärker in den Vordergrund seiner Argumentation. Stärker noch als zur Belebung der stagnierenden Exporte, so seine Erkenntnis, konnte die Franc-Abwertung zur Schließung der desaströsen Lücke beitragen, die zwischen den seit Beginn der Krise kontinuierlich gefallenem Großhandelspreisen und den nahezu konstant gebliebenen Lebenshaltungskosten in Frankreich klaffte. Denn die Erfahrung hatte ja gezeigt, daß eine Währungsumstellung erstere in viel deutlicherem Maße steigen ließ als letztere. Danach schien die Rekonstitution eines für die allgemeine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität so unverzichtbaren, günstigeren Kosten-/Preisverhältnisses, die Wiederherstellung der Gewinne in Industrie und Handel, letztlich die Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung nurmehr eine Frage der Zeit zu sein. Die Aussicht auf ein mäßiges Ansteigen der Inlandspreise aber bewirke – entgegen der klassischen Sicht – eine Steigerung der Nachfrage und kurble so in einem sich selbst perpetuierenden Prozeß ihrerseits die Produktion an.

Daß die klassische Deflationspolitik unter den gegebenen politischen Bedingungen ebensolches leisten könne, bestritt Reynaud im Sommer 1934 in zunehmend klarer Form. Zwei Hauptgründe dafür flossen in seine Darstellung der Lage ein. Zum einen hielt er es sachlich nicht mehr für möglich, ja für gefährlich, Maßnahmen der Preisdeflation über eine bestimmte Grenze hinaus zu forcieren, ohne nachfolgend Verluste bei Produzenten und beim Handel zu erzeugen, die dann wirtschaftliche Stagnation und letztlich staatliche Einnahmeausfälle nach sich ziehen würden. Das Problem der politischen Instabilität stelle sich bei solcherart fortdauernder Krise ganz akut: „Hitler, par exemple, en Allemagne, est un fils des souffrances de la déflation.“⁹⁸ Ganz im Gegensatz zur allgemeinen Annahme liege

⁹⁷ Die im folgenden isolierten Argumente finden sich hauptsächlich in mehreren Kammerreden und -interventionen Reynauds ab Sommer 1934 sowie in Presseartikeln, Vorträgen und rückblickend auch in seinem 1936 erschienenen Buch „Jeunesse, quelle France veux-tu?“, S. 50ff. Vgl. JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, 1^{re} Séance du 28 juin 1934, S. 1841–1861; Ebenda, 2^e Séance du 3 décembre 1934, S. 2938–2946; Ebenda, Séance du 25 janvier 1935, S. 206–212; Ebenda, Séance du 30 mai 1935, S. 1719–1724; Ebenda, Séance du 29 novembre 1935, S. 2242–2248. In einem Vortrag erläuterte er am 23. November 1934 vor der Studiengruppe für Wirtschaftsfragen des „Centre polytechnicien d'études économiques“ seine Thesen: Paul Reynaud, La crise mondiale et le problème des monnaies, in: De la recurrence des crises économiques. X-Crise. Centre Polytechnicien d'Etudes Economiques. Son Cinquantenaire 1931–1981, Paris 1982, S. 99–108. Eine Analyse der Argumentation Reynauds bietet Jackson, Politics of depression, S. 185f.; allgemein zu den Argumenten der Abwertungsbeefürworter: Pirou, Monnaie française, S. 86–95.

⁹⁸ Vgl. dazu das Interview, das Reynaud der rechtsstehenden Tageszeitung *Gringoire* gab: „Déflation de nos prix ou dévaluation de notre monnaie?“, in: *Gringoire*, 3. 8. 1934; in gleichem Sinne Reynauds Brief an den Herausgeber von *Le Temps*: „[...] la déflation des prix, poussée au delà de cer-

das soziale Konfliktpotential einer Währungsabwertung deutlich niedriger: „La dévaluation [...] c'est l'heure d'été. Pour forcer les Français à se lever une heure plus tôt, il faudrait les mettre en prison. On avance l'aiguille et ils se lèvent tous ensemble une heure plus tôt.“⁹⁹ Zum anderen war Reynaud enttäuscht zu der Überzeugung gelangt, daß auch die konservativ dominierte Regierung Doumergue zu keiner energischeren, nicht wiederum durch protektionistische Maßnahmen konterkarierten Deflation in der Lage sein würde.¹⁰⁰

Klar war sich Reynaud daneben auch darüber, daß eine binnenwirtschaftliche Gesundung Frankreichs von Zugeständnissen auf dem Gebiet der internationalen Währungspolitik begleitet zu sein hatte, d.h. in erster Linie von der Aufgabe einer aggressiven Goldblockpolitik. Statt in einem „Krieg der Währungen“ kurzfristige Handelsvorteile zum Nachteil Großbritanniens und der USA zu suchen, habe man ein neues Gleichgewicht auch mit abgewerteten Währungen anzustreben, nötigenfalls unter Aufgabe der Goldbindung des Franc.¹⁰¹ Ein internationales Stabilisierungsabkommen in diesem Sinne erachtete er jedenfalls als unverzichtbar.¹⁰²

Die Grundzüge dieser Argumentationsstrategie teilte Reynaud mit jenen wenigen Verfechtern der gleichen Sache, die sich teils bereits vor ihm von der herrschenden Lehre abgewandt hatten. Persönlichkeiten sehr unterschiedlicher politischer Herkunft zählten dazu: Die Frage der „dévaluation“ spaltete Anhänger und Gegner quer durch die traditionellen Lager hindurch. Im März 1933 bereits hatte der Journalist Georges Boris, Herausgeber der Tageszeitung *La Lumière*, die Abwertung des Franc vorgeschlagen, über ein Jahr vor Reynaud und etwa zeitgleich mit einem anderen Vertreter des linken Flügels der radikalsozialistischen Partei, Bertrand de Jouvenel. Sympathisanten der Abwertungslösung fanden sich mit Marcel Déat auch bei den (Neo-)Sozialisten, während die SFIO selbst in ihren offiziellen Verlautbarungen die Enthaltung nach dem Motto „ni déflation ni dévaluation“ pflegte. Einen einzelkämpferischen Feldzug, vergleichbar jenem Reynauds, führte der Herausgeber der Zeitung *Le Petit Journal*, Raymond Patenôtre. Der finanziell unabhängige Besitzer mehrerer Presseorgane, Abgeordneter der Fraktion „Indépendants de Gauche“ und „Sous-secrétaire d'Etat à l'Economie nationale“ in den Regierungen Herriot, Paul-Boncour, Daladier und Chautemps zwischen Juni 1932 und Februar 1934, warb für die Sache der Franc-Abwertung nach Ende seiner Kabinetttätigkeit in täglichen Leitartikeln. Zur Zusammenarbeit mit Reynaud kam es anlässlich einer Sondernummer von *Le Petit Journal*, die ausschließlich dem Abwertungsproblem gewidmet war und unter der Überschrift „Pour sauver l'économie française. La dévaluation est en marche“ zustimmende

taines limites, produit chez le patient des accidents graves“ („La question de la monnaie. Une lettre de M. Paul Reynaud au directeur du „Temps“, in: *Le Temps*, 29. 8. 1934). Vorsichtig noch in seiner Charakterisierung der Deflationspolitik als „Sackgasse“: „Le choix“, in: *L'Agence économique et financière*, 7. 8. 1934.

⁹⁹ *Gringoire*, 3. 8. 1934.

¹⁰⁰ Vgl. Mouré, Managing, S. 199–202.

¹⁰¹ Paul Reynaud, „C'est avec le président Roosevelt qu'il faut causer“, in: *L'Agence économique et financière*, 22. 8. 1934.

¹⁰² JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 3 décembre 1934, S. 2943; Ebenda, Séance du 25 janvier 1935, S. 210f.; Brief Reynauds an Bertrand Nogaro, 15. 7. 1936 (AN, 74 AP 14); Brief Reynauds an Henri de Kerillis, 21. 2. 1935 (AN, 74 AP 20). Dazu auch Jackson, Politics of depression, S. 186.

und sympathisierende Beiträge unter anderem von Reynaud, Patenôtre, Marcel Déat, Henri de Jouvenel, Scapini, César Campinchi, Laniel, Pierre Mendès-France und Jean-Michel Renaitour vereinte.¹⁰³

Über die organisatorische, zahlen- und einflußmäßige Unterlegenheit der Devaluations-Befürworter darf freilich diese Aufzählung nicht hinwegtäuschen. Einzelne Anzeichen für Erfolge blieben zwar nicht aus: Im Mai 1935 gelang es Reynaud, eine achthundertköpfige Versammlung von Geschäftsleuten zur Verabschiedung einer Entschließung über die sofortige Franc-Abwertung zu bewegen¹⁰⁴; im gleichen Monat glaubten Wirtschaftsbeobachter in Börsenkreisen und auf dem Devisenmarkt zunehmende Unruhe wahrzunehmen, bedingt durch die unablässigen Prophezeiungen Reynauds bezüglich unvermeidlicher Währungseingriffe.¹⁰⁵ Letztlich aber blieb die veritable, doch entsprechend seiner Wirkmöglichkeiten begrenzte Meinungskampagne, die Reynaud ab Sommer 1934 mittels fortgesetzter Kammerinterventionen, Vorträgen und Debatten mit prominenten Gegnern in Szene setzte, von geringer Wirkung auf die Überzeugungen der maßgeblichen Entscheidungs- und Meinungsträger in Politik und Wirtschaft. Presseorgane wie *La Liberté*, *L'Echo de Paris* und *Le Capital*, die Reynaud bis dahin ihre Spalten bereitwillig geöffnet hatten, verweigerten die weitere Zusammenarbeit, nachdem er seine Sehweise endgültig offengelegt hatte.¹⁰⁶ Jene Blätter, die ihm weiterhin offenstanden, vornehmlich *L'Agence économique et financière* und *Le Temps*¹⁰⁷, ließen keine Zweifel an ihrer ablehnenden Position.

Mit Ausnahme weniger Einzelstimmen in Agrarierkreisen, bei den „modérés“, in der SFIO, bei den Neo-Sozialisten und auf dem für finanzpolitische Innovationen besonders offenen linken Flügel der radikalsozialistischen Partei, darunter in erster Linie die bereits genannten Publizisten und Politiker, dominierte die Gegnerschaft gegen die Franc-Abwertung vor 1936 in sämtlichen Regierungen und in allen großen Parteien von der royalistischen Rechten bis zum PCF. Auch in Reynauds Partei, der „Alliance“, stand man der Maßnahme strikt ablehnend gegenüber.¹⁰⁸ Damit nicht genug, stieß sie auf erbitterten Widerstand bei Wirtschafts-

¹⁰³ *Le Petit Journal*, 28. 5. 1935. Vorher bereits hatte die Tageszeitung wohlwollend über die Initiativen Reynauds berichtet, vgl. etwa die Ausgabe vom 5. 3. 1935.

Patenôtre besaß gegen Ende des Jahrs 1934 neben *Le Petit Journal* den *Lyon Républicain*, *La Sarthe*, *Le Petit Var*, *Le Petit Niçois* sowie zahlreiche weitere Lokalblätter. Über die politische Rolle des *Petit Journal* in den dreißiger Jahren unterrichtet ausführlich: Fred Kupferman/Philippe Machefer, *Presse et politique dans les années trente: le cas du 'Petit Journal'*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 22 (1975), S. 7–51, hier: S. 14.

Zur Person Patenôtres, allerdings nicht ohne apologetische Färbung: Jean-Claude Broustra, *Le combat de Raymond Patenôtre*, Paris 1969; zu dessen wirtschaftspolitischen Vorstellungen: Ebenda, S. 65–92 und passim. Zu der obigen Aufzählung finanzpolitischer Nonkonformisten siehe Jackson, *Politics of depression*, S. 183–185.

¹⁰⁴ *La Journée Industrielle*, 7. 5. 1935; zitiert nach Mouré, *Managing*, S. 218; 206.

¹⁰⁵ „Pour le salut de la France“, in: *La situation économique et financière*, 24. 5. 1935; „Propagande inadmissible“, in: Ebenda, 8. 3. 1935.

¹⁰⁶ Hadelin de la Tour-du-Pin, *La presse de droite contre la dévaluation: Sa campagne contre Paul Reynaud*, *Mémoire de Maîtrise*, Paris 1972, S. 79; Mouré, *Managing*, S. 205.

¹⁰⁷ Vgl. seine Artikel „En écoutant Paul Reynaud lui-même“, in: *L'Agence économique et financière*, 2. 7. 1934; „Qui thésaurise l'or en Angleterre?“, Ebenda, 2. 7. 1934; „Le choix“, Ebenda, 7. 8. 1934; „Avantages et inconvénients d'une monnaie lourde“, Ebenda, 16. 8. 1934; „La lutte contre l'erreur“, Ebenda, 4. 9. 1934 sowie seine Leserbriefe an *Le Temps* vom 12. 7. und 29. 8. 1934.

¹⁰⁸ Vgl. dazu die von der „Alliance“ herausgegebene Broschüre „Pour vaincre la crise, changeons de politique. Ce qu'il faut savoir de la dévaluation, Paris 1935“ (AN, 74 AP 14).

theoretikern, Handelskammern und den wichtigsten Wirtschaftsverbänden wie der „Confédération générale de la production française“, der „Union des intérêts économiques“, des „Comité des Forges“, der „Union syndicale des banquiers“ oder der „Union des compagnies d'assurances“ ebenso wie der wichtigsten Unternehmervertreter, darunter François de Wendel, Edmond Mercier und André Citroën.¹⁰⁹

Die vorgetragenen Argumente und die dominierende „apokalyptische Wortwahl“ verrieten jenseits aller begründeten technischen Einlassungen ein gerüttelt Maß an irrationalen Bedenken, deren Präsenz die Schärfe der Auseinandersetzungen entscheidend prägte und die extreme Politisierung der finanzpolitischen Debatte erklären kann.¹¹⁰ Drei große Komplexe von Einwendungen zunächst in bezug auf die internationalen Komponenten der Reynaudschen Argumentation, dann solche binnenwirtschaftlicher und schließlich psychologisch-sozialpolitischer Art bestimmten die Diskussion.

Allgemein stellte man in Frage, daß anhand anglo-amerikanischer Erfahrungen ein schlüssiger Beweis für die tatsächlichen Wirkungen einer Währungsabwertung geführt werden könne. Betrachtete man insbesondere in den Reihen der französischen Rechten das Experiment des amerikanischen „New Deal“ insgesamt mit Skepsis, so wurde der unbestreitbare wirtschaftliche Wiederaufschwung in Großbritannien zumeist auf andere Einflüsse, etwa das dortige niedrige Zinsniveau, den ausgeglichenen Staatshaushalt, den Einfluß des britischen Imperiums oder den praktizierten Protektionismus, zurückgeführt.¹¹¹ Die in den USA und in Großbritannien angewandten Abwertungsoperationen interpretierte man somit nicht als nachahmenswerte Schritte voraus, sondern als fällige Nachholmaßnahmen zweier Länder, die in den zwanziger Jahren Währungsanpassungen umgangen hatten. Angesichts der ungewissen weiteren Entwicklung von Pfund und Dollar, so insbesondere auch der Standpunkt der französischen Regierung, hielt man eine Abwertung für im eigenen Land nicht vermittelbar, da der Öffentlichkeit nach der gescheiterten Londoner Währungskonferenz keine Sicherheiten für stabile Paritäten des Franc mit den wichtigsten Währungen geboten werden konnten.¹¹² Gerade das Festhalten an der Goldbindung und an einem starken Franc sollte zudem den Weg für eine künftige wirtschaftliche Führungsrolle Frankreichs in der Welt bereiten.¹¹³

Daneben richteten sich prinzipielle Bedenken gegen die binnenwirtschaftlichen Folgen einer Veränderung des Goldwerts der französischen Währung, den man

¹⁰⁹ Zur personellen Zusammensetzung der Devaluationsgegner im einzelnen: Jackson, *Politics of depression*, S. 187; Mouré, *Managing*, S. 213–217 und passim; Jeanneney, de Wendel, S. 525–531.

¹¹⁰ Zu den irrationalen Elementen der Debatte eingehend: Jackson, *Politics of depression*, S. 189–191 (Zitat: S. 187).

¹¹¹ So unter anderem Finanzminister Germain-Martin in seiner Antwort auf die Rede Reynauds vom 28. Juni 1934: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e Séance du 28 juin 1934, S. 1850–1854. Mouré, *Managing*, S. 207; Jackson, *Politics of depression*, S. 188 f.

¹¹² Diese Meinung vertrat u. a. der Finanzexperte Charles Rist, „Pour ne pas aggraver le désordre monétaire“, in: *L'Information*, 19. 9. 1934. Allgemein dazu: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 55 f.

¹¹³ So wiederum Minister Germain-Martin in Antwort auf Reynaud: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e Séance du 28 juin 1934, S. 1851. Das Argument findet sich auch in der rechten Presse, vgl. *La Nation*, 25. 5. 1935; *Le Journal des Débats*, 29. 7. 1934.

weithin als nur in allerletzter Konsequenz antastbare Konstante, nicht als verfügbare Variable des wirtschaftlichen Lebens betrachtete. Ohne Reynauds berechnete Unterscheidung zwischen „dévaluations d'après-guerre“ und „dévaluations d'après crise“ ernstzunehmen, erachtete man die unausweichlichen, da kriegsbedingten Gründe für die Währungsanpassung des Jahres 1928 sechs Jahre später nicht für gegeben. Das publikumswirksame Argument von der vertraglichen Bindung, die jedes Staatswesen moralisch und rechtlich gegenüber der Bevölkerung auf die Aufrechterhaltung einer stabilen Währung verpflichtete, tat ein weiteres, um derartige Eingriffe als Attentat gegen Kapitalbesitz, „Rentiers“ und Gläubiger zum Nutzen des Spekulantentums und Vorgriff auf den allgemeinen Niedergang der sozialen Ordnung erscheinen zu lassen.¹¹⁴ Gerade jene breiten und die französische Gesellschaft tragenden Mittelschichten, die in ihrer Eigenschaft als kleine Sparer bereits einmal unter der Abwertung zu leiden gehabt hatten, sollten nun erneut zu den Opfern „willkürlicher“ Finanzpolitik gehören.¹¹⁵

Daraus entwickelte man einen weiteren Argumentationsstrang, wonach selbst eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Abwertung alleine durch die provozierte Erinnerung an die Zeit von Inflation und Instabilität der zwanziger Jahre all jene Effekte im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung hervorrufen müsse, die man gerade durch den technischen Eingriff zu vermeiden trachte. Verschärft worden wäre dieser vermutete massenpsychologische Aspekt insbesondere durch etwa 20 bis 30 Millionen Franc gehorteten Kapitals, die bei Bekanntgabe von Währungseingriffen möglicherweise auf den Geldmarkt geströmt wären.¹¹⁶

Bemüht um die Entkräftung sachlicher Bedenken, war Reynaud machtlos bei Fragen, die wie letztgenannte Spekulation nur durch die Praxis beantwortet werden konnten oder eher durch tiefsitzende irrationale Ängste erzeugt wurden denn durch nachweisbare volkswirtschaftliche Mechanismen. Wie dauerhaft die Verknüpfung von Devaluation und Inflation, genährt durch den in der Presse regelmäßig wiederkehrenden Verweis auf die Krisenjahre von 1924 bis 1926, im öffentlichen Bewußtsein verankert war, dokumentieren die persönlichen Beschimpfungen bis hin zu Todesdrohungen, denen Reynaud nach Bekanntwerden seines Engagements ausgesetzt war.¹¹⁷ Unfaire Attacken lancierten in erster Linie Blätter der extremen Rechten, zu allererst *L'Action Française*¹¹⁸; Beschimpfungen wie

¹¹⁴ Mouré, Managing, S. 208 f.

¹¹⁵ Stellvertretend für viele Beispiele: „Une mystique qui n'est pas une mystification: La dévaluation monétaire“, in: *Les Nouvelles économiques et financières*, 20. 12. 1935.

¹¹⁶ Vgl. etwa „Propagande inadmissible“, in: *La Situation économique et financière*, 8. 3. 1935.

¹¹⁷ Vgl. dazu die Sammlung von Drohbriefen, die Reynaud seinem Nachlaß anvertraute, u.a. ein anonymes Schreiben vom 1. 12. 1935: „Et l'on se demande, Monsieur, par quelle aberration morale vous pouvez vous faire en défenseur de la dévaluation! J'ai acquis, Monsieur, péniblement, un petit avoir; j'ai perdu dans la dévaluation du franc, les 2/5 de ma fortune modeste, et vous voudriez encore me faire voler par l'Etat ce qu'il en reste! Vous vous faites le propagateur d'un conseil de vol, avez-vous une conscience, Monsieur? Elle ne doit pas être bien délicate! [...] J'ai bien l'honneur, Monsieur, de ne pas vous saluer; vous ne méritez aucune estime. Un français moyen.“ (AN, 74 AP 14). Weitere Schreiben finden sich in Karton 74 AP 20, Dossier „Correspondance 1930–1939 à identifier“. Daraus zitiert Reynaud ausführlich in seinen Memoiren: Reynaud, *Mémoires* I, S. 404–410.

¹¹⁸ In der gewohnt grobschlächtigen Art plädierte das Blatt dafür, Reynaud und Patenôtre ins Gefängnis zu werfen; vgl. die Anwürfe durch Léon Daudet und Charles Maurras in den Nummern vom 1. 1., 13. 6. und 17. 6. 1935.

„Falschmünzer“, „Gangster“, „Dieb“, „Defätist“ oder „Zersetzer des Franc“ kurtierten aber auch in der üblicherweise eher gemäßigten Presse.¹¹⁹ Selbst bei langjährigen persönlichen oder politischen Freunden wie Henri de Kerillis und André Tardieu stieß Reynaud mit seinen Vorschlägen auf Unverständnis.¹²⁰ Die Gründe dafür lagen freilich nicht nur auf seiten seiner volkswirtschaftlich weniger vorausschauenden Opponenten. Sensibilisiert durch die beginnende gesellschaftliche Ächtung und Anzeichen einer koordinierten Pressekampagne gegen seine Ideen¹²¹, hatte sich Reynaud in der Form seines Engagements mit voranschreitender öffentlicher Diskussion mehr und mehr auf eine Position der selbstgenügsamen Isolation zurückgezogen: „Pour moi, j'aime mieux courir des risques que de m'incliner devant toutes les puissances qui travaillent contre la vérité et contre l'intérêt de ce malheureux pays qui subit la dictature de la sottise.“¹²² Ungerecht ob seiner persönlichen Marginalisierung, verband er die Unduldsamkeit gegenüber intellektuell Unterlegenen, die ihm bereits vorher zu eigen war, bei der Erörterung der Währungsfrage mit einem Zug verbitterter Überheblichkeit. In wohlwollender, doch nicht minder kritischer Form machte der Abwertungsgegner Henri de Kerillis ihn darauf aufmerksam: „Vous vous êtes laissé fixer, hypnotiser, dominer par un problème. Vous avez négligé tous les autres. C'est peut-être d'un grand technicien mais pas d'un homme d'Etat. Vous n'avez pas été souple, nuancé, mais vous avez donné l'impression d'être entêté et, ce qui est plus grave, un peu orgueilleux.“¹²³

Mit dem Blick des Freundes, der trotz aller sachlichen Skepsis genügend Distanz zur umstrittenen Materie bewahrt hatte, hielt de Kerillis seinem Briefpartner die Folgen seines Engagements vor Augen, warnte ihn vor dem Verlust des erworbenen politischen Kapitals: „Vous avez perdu votre liberté de manoeuvre, perdu votre place de chef, perdu le contact et la direction de l'opinion. „J'ai raison!... Cinquante nations le disent!... J'ai raison!... Mes compatriotes sont des brutes qui n'y voient que du feu!“ Mauvaise position, je vous l'assure!“¹²⁴

Der Appell kam zu spät und blieb vergeblich: Kritiker zunächst der inkohären-

¹¹⁹ Vgl. „Pour l'inexorable bon sens contre le défaitisme financier et les autres“, in: *Le Matin*, 19. 7. 1935; „La bande des dévaluateurs rentre en scène“, Ebenda, 6. 11. 1935; „Aux faux monnayeurs“, in: *La Nation*, 22. 6. 1935; „Les gangsters de la dévaluation“, in: *L'Ere Nouvelle*, 10. 4. 1935; „Paul Reynaud... le Rongeur du Franc“, in: *Le Charivari*, 8. 9. 1934.

¹²⁰ Tardieu war überzeugt davon, daß Reynaud sich „grundlegend irre“. Selbst verdächtigt, hinter der Kampagne seines ehemaligen Finanzministers zu stehen, riet er ihm unter Verweis auf die Zukunftsaussichten der gemeinsamen Politik zur Mäßigung (Tardieu an Reynaud, 4. 9. 1934; auch 4. 1. 1935; abgedruckt bei Reynaud, *Mémoires I*, S. 378 f. und 383).

¹²¹ Reynaud, *Mémoires I*, S. 403 f. In einer Sitzung der Finanzkommission äußerte Reynaud seine Verwunderung über teils bis in die Wortwahl hinein ähnliche Presseangriffe gegen ihn und vermutete eine konzertierte Aktion (Commission des Finances de la Chambre des Députés, Procès-verbal du 12 novembre 1935; Archives de l'Assemblée Nationale); dazu auch Mouré, *Managing*, S. 205 f.

¹²² Reynaud an de Kerillis, 3. 7. 1935 (AN, 74 AP 20). Noch in der umfangreichen rückblickenden Darstellung Reynauds ist sowohl die Stilisierung zum unverständenen Außenseiter als auch die beißende Kritik am Unverstand der Zeitgenossen fast ungebrochen erhalten: „La bataille durera cinq ans et sera rude car un extraordinaire désordre règne dans l'esprit des Français que leurs dirigeants bourrent d'idées fausses.“ (Reynaud, *Mémoires I*, S. 351–419, hier: S. 362); „Je jugeai le cas du gouvernement sans espoir et décidai de passer aux actes.“ (Ebenda, S. 370).

¹²³ De Kerillis an Reynaud, 12. 7. 1935 (AN, 74 AP 20).

¹²⁴ Ebenda.

ten Deflationspolitik Doumergues, war Reynaud ein scharfzüngiger Gegner auch der Versuche des Nachfolgers Flandin gewesen, ab November 1934 über eine Politik „billigen Geldes“ nach dem Vorbild Hoovers einen Mittelweg zwischen Deflation und Franc-Abwertung zu gehen.¹²⁵ Die Spekulationskrise gegen den Franc vom Mai 1935, die das Kabinett seines innerparteilichen Konkurrenten unter maßgeblicher Beteiligung Reynauds zu Fall brachte, ohne deshalb eine Bekehrung der Kammer zur Abwertungslösung zu signalisieren¹²⁶, hatte ihn zwar durchaus zur vorübergehenden Mäßigung seiner Kampagne bewogen. Er war nun bereit, dem neuen Regierungschef Laval, der nach kurzem „Intermezzo Bouisson“ Anfang Juni 1935 an die Macht gelangt war, jene Dekretsgewalt zur Stützung des Franc zuzugestehen, die er noch Flandin und seiner Finanzpolitik verweigert hatte. Ein Stillhalteabkommen mit dem Ministerpräsidenten, dem Reynaud aus „persönlicher und politischer Freundschaft“ im Juni völlige propagandistische Zurückhaltung zugesagt hatte, falls dieser seinen Einfluß auf Eindämmung auch der Gegenkampagne geltend mache, scheiterte jedoch knapp fünf Monate später.¹²⁷ Ganz offensichtlich war Reynauds Einlenken auf die Überlegung zurückzuführen, daß die nach über einem Jahr zäher Diskussion mobilisierte öffentliche Meinung eine Regierungsentscheidung in seinem Sinne hemmen könnte, falls eine solche doch noch zustande käme.¹²⁸ Bei propagandistischer Enthaltung beider Seiten hätte dann eine durch das Gewicht der Umstände erzwungene Franc-Abwertung weitaus größere Aussicht auf Akzeptanz gehabt. Vergeblich blieb diese Hoffnung allerdings auch unter Laval, der im Gegenteil die entschiedensten deflationistischen Anstrengungen der frühen dreißiger Jahre unternahm. Nach dem Eindruck englischer Beobachter wurde die Diskussion über eine mögliche Franc-Abwertung zwar bis Ende 1935 unter französischen Politikern weitaus „ernsthafter“ geführt als vorher, doch beließ man es angesichts der Widerstände weiterhin bei öffentlichkeitswirksamen Bekenntnissen zur Sicherung der Währung.¹²⁹

Woher nahm nun Reynaud die Ausdauer, trotz heftigsten Gegenwinds und immer geringerer Aussicht auf Gehör an seiner Option festzuhalten? Verschiedene Gründe scheinen maßgeblich dafür gewesen zu sein. Zum einen verfügte er wie wenige andere Politiker seiner Generation über eine solide ökonomische Ausbildung, die ihm vertiefte Einblicke in grundlegende volkswirtschaftliche Zusammenhänge vermittelt hatte. Gleichwohl hatte auch er aus seiner akademischen Ausbildung keine anderen als die dominierenden orthodoxen Auffassungen be-

¹²⁵ Mouré, *Managing*, S. 219–221.

¹²⁶ Die entscheidende Kammersitzung fand am 30. Mai 1935 statt; in ihrem Verlauf trat Finanzminister Germain-Martin nach heftigen Angriffen Reynauds zurück. Am Tag darauf mußte Flandin seinen Rücktritt bekanntgeben, nachdem ihm die Abgeordneten das Vertrauen verweigert hatten (Bonnefous, *Histoire politique* V, S. 336f.).

¹²⁷ In einem Brief an Laval vom 29. Oktober 1935 beschwerte sich Reynaud über die fast unvermindert fortgesetzte Antiabwertungskampagne, nachdem der Ministerpräsident seiner Meinung nach zu wenig Engagement bei der Eindämmung der wenig wohlwollenden Berichterstattung über die belgische Franc-Abwertung in der französischen Presse gezeigt hatte (vgl. Reynaud an Laval, 29. 10. 1935; AN, 74 AP 14). Dazu auch Mouré, *Managing*, S. 222.

¹²⁸ In diesem Sinne hatte er sich beispielsweise in seinen Kammerreden vom Dezember 1934 und Mai 1935 geäußert: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, Séance du 3 décembre 1934, S. 2945; Ebenda, *Séance du 30 mai 1935*, S. 1720.

¹²⁹ Mouré, *Managing*, S. 17, 213.

ziehen können.¹³⁰ Den Anschluß an modernere theoretische Entwicklungen wahrte der Talent- und Ideensucher Reynaud dagegen über die Zusammenarbeit mit einer Equipe junger und nonkonformistischer Geister, die er zu Beginn der dreißiger Jahre um sich versammelt hatte: der Statistiker und Ökonom Alfred Sauvy gehörte ab Mai 1934 dazu, daneben die „Inspecteurs des Finances“ Yves Bouthillier und Dominique Leca, der Bankier André Istel, seit 1928 bereits der junge Absolvent der „Ecole des sciences politiques“, Gaston Palewski.¹³¹ Alle waren wieder oder noch seine Mitarbeiter und Berater, als er 1938 erneut als Finanzminister antrat, dann 1940 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Und auch wenn wohl nicht mehr zu klären sein wird, ob es wirklich André Istel war, der Reynaud zur Franc-Abwertung bekehrte¹³², so bleibt doch festzuhalten, daß diese auf ihren jeweiligen Gebieten brillierenden Experten als Redenschreiber oder Fachberater wie Sauvy das Rohmaterial und das neueste wirtschaftswissenschaftliche Instrumentarium lieferten, das Reynaud ein weitaus abgewogeneres Urteil ermöglichte als der Mehrzahl seiner parlamentarischen Kollegen. Ohne bestimmte charakterliche Prädispositionen schließlich, vor allem einen gewissen Hang zum Widerspruch und zur Herausforderung des Etablierten, ohne auch die Bereitschaft, sich im Extremfall im Dienste der Sache bewußt politisch ins Abseits zu begeben, wäre die Hartnäckigkeit seines Einsatzes nicht denkbar gewesen.

Denn in der Tat gehörte Paul Reynaud vor der Machtübernahme der Volksfront 1936 keiner der Mitte-Rechts-Regierungen mehr an, die zum Teil, wie das Kabinett Doumergue ab Februar 1934, von ihrer Zusammensetzung her genau dem politischen Profil des Politikers entsprachen und politisch Gleichgesinnten die Gelegenheit zur Mitarbeit geboten hatten. Nach wie vor ist seine Nichtberufung durch Doumergue nicht einleuchtend geklärt¹³³; in den folgenden Regierungen bis Mai 1936 dagegen kam der bekennende „dévaluationniste“ als politische „bête noire“ für einen der wichtigeren Ministerposten nicht mehr in Frage. Unwahrscheinlich ist auch, daß Reynaud darauf baute, im Rahmen einer zur Abwertung entschlossenen Regierung an die Macht zurückzukehren. Die Bekanntgabe seiner Berufung bereits hätte aufgrund der zu erwartenden Währungsingriffe eine Spekulationswelle gegen den Franc ausgelöst, die die Durchführung der Aktion

¹³⁰ Reynaud gehörte zu einer Gruppe von nur 13[!] Parlamentariern der Abgeordnetenکammern zwischen 1919 und 1939, die die wichtigste Wirtschaftshochschule, die „Ecole des Hautes Etudes Commerciales“, besucht hatten (vgl. Le Béguec, *L'Entrée au Palais Bourbon*, S. 633 f.). Zum geringen Stand wirtschaftlicher Sachkenntnis beim politischen Personal der Dritten Republik vgl. auch Jackson, *Politics of depression*, S. 12 f.; zum Problem der Innovation unter den französischen Nationalökonomien: Lucette Le Van-Lemesle, *La perception de l'innovation chez les économistes français (1896–1939)*, in: *Revue Historique* 271 (1984), S. 369–376.

¹³¹ Jackson, *Politics of Depression*, S. 182; Alfred Sauvy, *De Paul Reynaud à Charles de Gaulle. Un économiste face aux hommes politiques 1934–1967. Scènes, tableaux et souvenirs*, Paris 1972, S. 9–15; Dominique Leca, *La rupture de 1940*, Paris 1978, S. 28; Gaston Palewski, *Mémoires d'action, 1924–1974*, Paris 1988, S. 69–72. Anders als Jackson vermutet, machte Michel Debré erst 1937 die Bekanntschaft Reynauds (Michel Debré, *Trois Républiques pour une France. Mémoires*. Band I: *Combattre*, Paris 1984, S. 97).

¹³² So überliefert bei Debré, *Trois Républiques* I, S. 97.

¹³³ Wenig wahrscheinlich ist, daß seine währungspolitischen Ansichten dafür ausschlaggebend waren, da er ja wie gesehen erst ab Ende Februar 1934 entsprechende öffentliche Andeutungen machte. In der Presse, die Reynaud ebenfalls als Anwärter auf ein Regierungamt unter Doumergue gesehen hatte, vermutete Émile Buré „nécessités parlementaires“, die die Entscheidung des Ministerpräsidenten bestimmt hätten: „Discours intempestif“, in: *L'Ordre*, 30. 6. 1934.

ernstlich gefährdet hätte.¹³⁴ In jedem Falle also hatte sich Reynaud in eine für seine Karriere wenig förderliche Situation manövriert. Daß er es bewußt getan hatte, geht aus einem unpräzisen Schreiben an de Kerillis hervor, in dem er den Freund zum wiederholten Male von den Vorteilen der Abwertungslösung zu überzeugen suchte: „Vous allez me reprocher de retourner à mon idée fixe et me répéter que je suis un mauvais *manager* de ma carrière politique? C'est vrai. Mais que voulez-vous, je ne puis voir une femme que j'aime se pencher au balcon sans lui crier qu'elle va tomber. Et il s'agit de la France.“¹³⁵

Die Wiederwahl als Abgeordneter des 2. Pariser Arrondissements erreichte Reynaud 1936 nicht *wegen*, sondern *trotz* seiner währungspolitischen Ansichten. Im Vorfeld der Wahlen hatte sich allgemein trotz voranschreitender Einsicht in die Notwendigkeit des Währungsingriffs inner- wie außerparlamentarisch wenig Entschlossenheit manifestiert, gegen den in der Öffentlichkeit nach wie vor herrschenden Trend anzugehen.¹³⁶ Reynaud spielte, so das noch nötig war, mit offenen Karten. Er übersandte seine Programmschrift „Jeunesse, quelle France veux-tu?“ an die Bürger des Wahlkreises¹³⁷, ließ in seinem Wahlkampfprogramm keinen Zweifel an seiner währungspolitischen Überzeugung.¹³⁸ Mit nur 27 Stimmen Vorsprung gegenüber dem kommunistischen Hauptkonkurrenten wurde er am 3. Mai 1936 wiedergewählt, nachdem im ersten Wahlgang bereits das in sich gesplattene nationale Lager nur knapp reüssierte.¹³⁹

Die Bedeutung, die er der Reform zuwies, hatte ihn das absehbar hohe Risiko eingehen lassen. Die währungspolitische Erholung war in seinem Verständnis Teil und Voraussetzung einer umfassenderen politischen und institutionellen Erneuerung Frankreichs. Anders als gelegentlich dargestellt, erschöpfte sich für ihn die Funktion der Franc-Abwertung also nicht in ihrem essentiellen Beitrag zur Wiedergesundung des Wirtschaftslebens.¹⁴⁰ Im Gegensatz zu ihren übrigen, weiter links stehenden Verfechtern zielten seine Vorstellungen allerdings auch nicht auf eine mehr oder weniger grundsätzliche Reform der Wirtschaftsverfassung des Landes. Deutlicher noch als in der Frage der Goldbindung der französischen

¹³⁴ Eine mögliche derartige Überlegung Reynauds diskutiert auch Jackson, *Politics of depression*, S. 181. Reynaud selbst spricht das genannte Hemmnis in seinen Erinnerungen an: Reynaud, *Mémoires* I, S. 391, auch 370.

¹³⁵ Reynaud an de Kerillis, 25. 8. 1935 [Hervorhebung durch Reynaud] (AN, 74 AP 20).

¹³⁶ Jackson, *Politics of depression*, S. 181 f., 198; Mouré, *Managing*, S. 227.

¹³⁷ Das geht aus den in seinem Nachlaß erhaltenen Dankschreiben hervor (AN, 74 AP 8).

¹³⁸ Allerdings vermied auch er den Begriff der „dévaluation“. Vgl. die Wahlkampfbroschüre Reynauds, herausgegeben von der „Fédération des Comités d'Union Républicaine Sociale et Nationale du 2^e Arrond^t de Paris“, „Mon programme“, o.D. (AN, 74 AP 8).

¹³⁹ Im zweiten Wahlgang vom 3. Mai 1936 hatte Reynaud 4084 Stimmen gegenüber 4057 für den Kommunisten Delon erhalten. Vgl. Département de la Seine. Elections à la Chambre des Députés. Avril 1936 à Décembre 1939. Résultats Paris et banlieue, Paris 1939, S. 2.

¹⁴⁰ Julian Jackson konzentriert sich in seiner Darstellung auf die wirtschaftspolitische Komponente der Reformvorstellungen des Politikers und stellt dessen Idee der Franc-Abwertung als isoliertes Element dar: „[...] Reynaud did not intend it to form part of any general plan of reform.“ (Jackson, *Politics of depression*, S. 186); Kenneth Mouré erwähnt das umfassendere Engagement Reynauds zwar, geht aber im Rahmen seines wirtschaftshistorischen Ansatzes nicht näher darauf ein (Mouré, *Managing*, S. 200); Michel Margairaz schließlich thematisiert zu Recht wie Jackson allgemein die enge Verknüpfung zwischen wirtschaftlicher und politischer Reform, erläutert sie aber in erster Linie anhand der Deflationsbemühungen Doumergues (Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 58–61; Jackson, *Politics of depression*, S. 88–92).

Währung zeigten sich die Unterschiede in den Ansichten zwischen Reynaud und Boris oder Patenôtre in der Definition des wirtschaftspolitischen Endzieles einer „dévaluation“. Für die beiden Publizisten bildete die Währungsoperation die Basis für die Vorbereitung eines „rationaler organisierten Kapitalismus“, für Eingriffe in die Kompetenzen der Bank von Frankreich oder öffentliche Investitionsprogramme; Reynaud strebte dagegen auf ökonomischem Feld gerade die Begrenzung des voranschreitenden Etatismus an, der im Zuge der Deflationspolitik Laval ein bislang nicht gekanntes Maß erreicht hatte.¹⁴¹ Freilich war auch ihm klar, daß Zugeständnisse an den modernen Interventionsstaat auf Dauer nicht zu vermeiden waren.¹⁴² Anders als etwa ein Marcel Déat ihm zu unterstellen versuchte, standen für Reynaud jedoch grundlegende obrigkeitliche Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur des Landes zur „Neuorganisation der Produktion“ nicht zur Debatte.¹⁴³

Die Konsolidierung der französischen Wirtschaft im Gefolge einer Franc-Abwertung fand für Paul Reynaud vielmehr ihren Platz als Mittel der Gesundung in einer Krise, die er zunächst als Gefährdung nur des eigenen politischen Lagers, schließlich als existentielle Bedrohung der Grundlagen jener Staats- und Gesellschaftsordnung verstand, deren Stabilisierung und Verteidigung ihm am Herzen lag: einer demokratisch organisierten, bürgerlich getragenen, von liberalen, marktwirtschaftlichen Prinzipien geprägten Gemeinschaft: „J'écrivais, il y a un an: Cette politique [de déflation, A.d.V.] nous mène au triomphe du front commun. C'est fait. Maintenant je dis: Elle nous mène, par surcroît à la destruction du régime politique – avec l'Allemagne à côté, prête à profiter d'une révolution chez nous – et à la destruction du régime capitaliste.“¹⁴⁴ Eine außenpolitische Komponente haftete seiner Währungspolitik also nicht nur in jenem allgemeinen Sinne an, als effektive Außenbeziehungen stets auf stabile innere Verhältnisse angewiesen sind¹⁴⁵; mehr noch richteten sich seine ökonomischen Ideen indirekt auch gegen jene Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland, die ihn seit 1933 zunehmend beschäftigte.¹⁴⁶

Der Konsolidierung der Position Frankreichs, nunmehr allerdings noch eindeutiger auf außen- und wehrpolitischem Gebiet angesiedelt, galt eine neuerliche Kampagne des Politikers, in die er sich parallel zu seinen währungspolitischen Vorstößen und über sie hinaus ab Frühjahr 1935 begab.

¹⁴¹ Reynaud, *Jeunesse, quelle France veux-tu?*, S. 17 f. Die unterschiedlichen Sehweisen in den Reihen der Abwertungsbefürworter analysiert bei Jackson, *Politics of depression*, S. 186 (hier auch das Zitat), S. 198.

¹⁴² Dies hatte er am 23. März 1934 in einem Vortrag vor der Absolventenvereinigung der „Ecole libre des Sciences Politiques“ betont. Als Voraussetzung für die Resistenz des Staates gegenüber den Interventionsforderungen von Interessengruppen hatte er die politische Stabilität des Staatswesens benannt (André Siegfried u. a., *L'économie dirigée. Conférences organisées par la Société des Anciens Elèves de l'Ecole libre des Sciences Politiques*, Paris 1934, S. 295–302).

¹⁴³ Marcel Déat, „Les deux dévaluations“, in: *La République*, 7. 12. 1935 (Zitat).

¹⁴⁴ Reynaud an de Kerillis, 25. 8. 1935 (AN, 74 AP 20).

¹⁴⁵ Duroselle, *La décadence*, S. 220.

¹⁴⁶ Vgl. Kapitel IX.3.a) dieser Arbeit.

3. De Gaulle und Reynaud: Die Idee der Schaffung autonomer Panzerkorps 1934–1936

Am 15. März 1935 legte Paul Reynaud in der Kammer der Abgeordneten einen Plan zur Reform der französischen Heeresorganisation vor. Seine Umsetzung hätte nichts weniger als die völlige Revision der bis dahin in der militärischen und politischen Führung vorherrschenden Sicherheitsdoktrin bedeutet. Im Rahmen eines detaillierten „amendements“ zur Novellierung des Militärdienstgesetzes, das er in der Armeekommission am 5. Juni zur Diskussion stellte, regte er die Aufstellung eines autonomen Panzerkorps an, bestehend im wesentlichen aus sechs Panzerdivisionen, einer mechanisierten Division und weiteren Unterstützungseinheiten. Die strategische Funktion dieser bis dahin in der französischen Armee so nicht existenten Truppenformation sollte in der Erweiterung des traditionellen Defensivkonzepts liegen, insbesondere durch die Möglichkeit, im Falle eines Konflikts offensive Operationen vor den eigenen Verteidigungslinien durchzuführen.¹⁴⁷ Die Konzeption entsprang in ihren militärtechnischen Details nicht den Überlegungen Reynauds. Wieder einmal hatte der Ideen- und Talentsucher Anregungen von außen aufgegriffen, die als Unterstützung und Bereicherung seiner Politik fungieren konnten. Sein Ratgeber in militärischen Fachfragen war seit einigen Monaten ein noch junger Oberstleutnant gewesen: Charles de Gaulle.

Am 5. Dezember 1934 waren sich Paul Reynaud und der 44jährige Offizier auf Vermittlung eines befreundeten Anwalts, Jean Auburtin, zum ersten Mal begegnet, und aus dem mehrstündigen Gespräch hatte sich rasch eine enge Zusammenarbeit entwickelt. Die Initiative zu dem Treffen war von de Gaulle ausgegangen, der für seine unkonventionelle Idee einer durch Berufssoldaten getragenen Panzertruppe den Rückhalt im politischen Milieu suchte. Militärfragen hatten bis dahin in den Überlegungen Reynauds eine zwar feststellbare, doch keine dominante Rolle gespielt, und die Vorstellungen de Gaulles, die dieser in seiner im Mai 1934 erschienenen Schrift „Vers l'armée de métier“ bereits publik gemacht hatte, waren ihm vor der Kontaktaufnahme unbekannt gewesen.¹⁴⁸ In der Art einer Symbiose ging man nun ein beiderseitiges Nutzverhältnis ein: De Gaulle, ein „Besessener“¹⁴⁹ seiner Idee, seit er um 1932 die Panzerwaffe als mögliches Herzstück einer neuen Strategie erkannt hatte, war sich nach verschiedenen Erfahrungen innerhalb

¹⁴⁷ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 15 mars 1935, S. 1041 ff.; JO, Chambre des Députés, Documents parlementaires, Séance du 28 mars 1935, No. 9: Amendement au projet de loi portant modification à la loi du 31 mars 1928 sur le recrutement de l'armée, contre-projet de Paul Reynaud; Procès-verbal de la Commission de l'Armée, Séance du 5 juin 1935 (Archives de l'Assemblée Nationale).

¹⁴⁸ Vgl. Charles de Gaulle, *Vers l'armée de métier*, Paris 1934. Der Beginn der Zusammenarbeit beider Männer findet sich mit wenig ausschlaggebenden Varianten geschildert bei: Reynaud, *Mémoires I*, S. 420–423; äußerst knapp: Charles de Gaulle, *Mémoires de Guerre. L'Appel 1940–42*, Paris 1954, S. 13; Jean Auburtin, *Le Colonel de Gaulle*, Paris 1965, S. 26. Vgl. auch die mündliche Darstellung des damaligen Privatsekretärs Reynauds, Gaston Palewski, gegenüber Jean Lacouture in: Ders., *Charles de Gaulle. Band I: Le rebelle. 1890–1944*, Paris 1984, S. 243–245. Die Darstellungen Auburtins und Reynauds differieren im Hinblick auf die genaue Art der Kontaktsuche, die Auburtin zufolge durch die Übersendung der Publikation de Gaulles an den Politiker erfolgt sei. Reynaud erwähnt diesen Umstand nicht.

¹⁴⁹ Lacouture, *Charles de Gaulle I*, S. 247.

der militärischen Hierarchie vollkommen im klaren darüber, daß eine solch grundlegende Reform nicht ohne Unterstützung aus der politischen Führungsebene zu bewerkstelligen war.¹⁵⁰ Das Desinteresse des zunächst widerstrebenden Reynaud hatte sich nach dem ersten Gespräch in Enthusiasmus verwandelt¹⁵¹, denn er hatte den Wert der vorgetragenen Militärdoktrin als sinnvolles Komplement einer außenpolitischen Konzeption erkannt, die er seit Beginn der dreißiger Jahre schrittweise entwickelt hatte. Diejenigen Teile des de Gaulleschen Gedankengebäudes, in denen dieser das Auftreten einer kommenden, starken Führerpersönlichkeit und die „nationale Erneuerung“ Frankreichs beschworen hatte, mochten Reynaud beeindruckt haben; in seiner öffentlichen Adaption der Vorschläge spielten diese irrational eingefärbten Elemente einer politischen Erlöserideologie keine Rolle.¹⁵²

a) Zu den deutschland- und sicherheitspolitischen Vorstellungen Reynauds seit Hitlers Machtantritt

Militärstrategische Fragen hatten bereits in den zwanziger Jahren nicht völlig außerhalb der politikgebundenen Interessen Reynauds gelegen. So hatte er angesichts deutscher Bestrebungen zur Wiederbewaffnung bereits im Jahre 1924 Pläne des Cartel des Gauches zur Wehrdienstverkürzung zum Anlaß genommen, eine mobile, stoßkräftige Offensivarmee zu fordern. Nach dem Motto „Vite et loin“ sollte sie deutsche Verletzungen des Versailler Vertrags noch auf gegnerischem Territorium ahnden können.¹⁵³ Probleme der Landesverteidigung diskutierte er dann vereinzelt und in mehr als allgemeiner Form aber erst, als mit der Veränderung der außenpolitischen Lage Frankreichs zu Beginn der dreißiger Jahre eine objektiv gravierende Verschlechterung der Sicherheitslage eintrat. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stand die Bedrohung durch den deutschen Nachbarn nach dem Machtantritt Hitlers.

Wie viele Beobachter war Reynaud skeptisch geworden gegenüber der friedenssichernden Kraft des Prinzips kollektiver Sicherheit, nachdem der Völkerbund die völkerrechtswidrige japanische Invasion in der Mandschurei nicht hatte verhindern können. Für die Situation in Europa schloß er daraus und aus den in-

¹⁵⁰ So der Tenor eines Briefes an seinen neuen Verbündeten: De Gaulle an Reynaud, 29. 3. 1935, in: Charles de Gaulle, *Lettres, notes et carnets. 1919-juin 1940*, Paris 1980, S. 384 f.

¹⁵¹ Reynaud, *Mémoires I*, S. 421–423; in der Schilderung seines vermittelnden Anwaltskollegen ging der Gesinnungswandel auf die Lektüre des de Gaulle'schen Buches zurück: Auburtin, *Colonel de Gaulle*, S. 26.

¹⁵² In der Programmschrift de Gaulles hieß es unter anderem: „[...] il faut qu'un maître apparaisse, indépendant en ses jugements, irrécusable dans ses ordres, crédité par l'opinion. Serviteur du seul Etat, dépouillé de préjugés, dédaigneux de clientèles; [...] homme assez fort pour s'imposer, assez habile pour séduire, assez grand pour une grande oeuvre, tel sera le ministre, soldat ou politique, à qui la patrie devra l'économie prochaine de sa force. [...] Il n'est point de groupement, de parti, de consul, qui n'invoquent le redressement, l'ordre nouveau, l'autorité. Nul doute qu'à bref délai le jeu des institutions, suivant le mouvement des besoins, n'ouvre le champ aux résolus.“ (De Gaulle, *Vers l'armée de métier*, S. 208 f. und 210; zur Einschätzung dieser Abschnitte vgl. Lacouture, *Charles de Gaulle I*, S. 234–236).

¹⁵³ Paul Reynaud, „Avons-nous l'armée de nos besoins ou l'armée de nos habitudes?“, in: *Revue Hebdomadaire*, 5. 7. 1924. Reynaud selbst verstand die Initiative de Gaulles als adäquate Antwort auf die Problemlage, die er in seinem Artikel Jahre zuvor skizziert hatte (Reynaud, *Mémoires I*, S. 422).

nenpolitischen Ereignissen in Deutschland auf das unausweichliche und absehbare Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen – und dies bereits geraume Zeit vor dem offiziellen deutschen Austritt aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund im Oktober 1933. Ende Mai 1933 war seine Position klar: „Il est maintenant manifeste que le gouvernement hitlérien est décidé à réarmer et qu'il cherche seulement à Genève une couverture juridique. [...] C'est ainsi que les excès de l'Allemagne en pleine révolution politique et sociale nous rejettent vers la dure conception de l'équilibre des forces.“¹⁵⁴

Diese Einsicht in ein Grundelement Hitlerscher Außenpolitik hatte jedoch keineswegs zur Folge, daß sich Reynaud einseitig auf ein Konzept nationaler Interessenwahrung unter Ausschluß kollektiver oder bilateraler Lösungsmöglichkeiten zurückgezogen hätte. Ein friedlicher Interessenausgleich mit Deutschland blieb ihm weiterhin ein anzustrebendes, vorrangiges Ziel. Bis Ende 1937 baute er dabei alternativ auf die Wiederbelebung der internationalen Handelsbeziehungen und die Öffnung von Absatzmärkten in Übersee oder in China für deutsche Interessen¹⁵⁵ bzw. auf weitere Verhandlungen in Rüstungsfragen.¹⁵⁶ Einmal mehr manifestierte sich jedoch seine seit Beginn der dreißiger Jahre zu beobachtende deutschlandpolitische Grundhaltung der „fermeté“ in der Erweiterung dieses Verständigungskonzepts durch Elemente traditioneller Machtpolitik. Waren es unter Tardieu noch Mittel wirtschaftlichen Drucks gegenüber der ins Autoritäre abgleitenden deutschen Demokratie gewesen, so gewann nach Januar 1933 die Rüstungsproblematik in seinen Überlegungen als Teil einer Doppelstrategie zunehmend an Gewicht. Die Wahrung der noch bestehenden militärischen Überlegenheit Frankreichs, die Konsolidierung seiner innenpolitischen Situation und die Stärkung des Alliansensystems erachtete er bis 1938 als angemessene Antwort auf die demographische und industrielle Unterlegenheit gegenüber dem östlichen Nachbarn und als Voraussetzung für jeglichen Ausgleich.¹⁵⁷ Diese Überzeugung machte ihn zum skeptischen Beobachter der im Herbst 1933 nach mehrmonatiger Pause wiederaufgenommenen Genfer Abrüstungsverhandlungen und zum Kritiker der dort betriebenen offiziellen französischen Politik. Letzteres allerdings nicht ganz zu Recht: Immerhin betrieb Ministerpräsident Daladier, seit dem 31. Januar 1933 an der Spitze einer radikalsozialistischen Minderheitsregierung stehend, eine Deutschlandpolitik, die sowohl Ansätze einer teils auf inoffiziellem Wege betriebenen Annäherungspolitik als auch einer neuen europäischen Gleichgewichtsstrategie enthielt. Signale der Verständigungsbereitschaft, wie sie die Rede des Regierungschefs vom 8. Oktober aussandte, standen im Sommer/Herbst 1933 in „ambivalenter“ Weise neben dem Bestreben, mittels der Genfer Abrüstungsverhandlungen die militärische Vormachtstellung Frankreichs dauerhaft zu konservieren.¹⁵⁸ Gleichsam als Eingeständnis dieser strukturellen Ähnlichkeit fiel

¹⁵⁴ „M. Paul Reynaud parle de l'insécurité de l'Europe“, in: *La Liberté*, 8. 5. 1933.

¹⁵⁵ „Une entente économique de la France et du Reich est la condition de la paix“, affirme M. Paul Reynaud“, in: *Le Petit Journal*, 8. 7. 1935.

¹⁵⁶ *L'Écho de Paris*, 8. 1. 1937.

¹⁵⁷ Paul Reynaud, „Le Coup de Théâtre de M. Hitler et l'Education des Démocraties“, in: *Excelsior*, 22. 10. 1933.

¹⁵⁸ Zum diplomatischen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nach der Machtübernahme Hitlers grundlegend: Robert W. Mühle, *Frankreich und Hitler. Die französische Deutschland- und*

Reynauds Kritik an Daladier verhältnismäßig gering aus. Hauptzielscheibe seiner außenpolitisch motivierten Regierungskritik des Jahres 1933 waren die Sozialisten, deren Einflußnahme auf die Kabinettspolitik im Sinne eines strikten Festhaltens am Abrüstungsgedanken unter Einfluß der französischen Militärmacht er als Gefahrenpotential erster Ordnung erachtete.¹⁵⁹ Wenn er zur Untermauerung seiner Deutschlandanalysen die Vorgeschichte der beiden letzten deutsch-französischen Konfrontationen von 1870/71 und 1914–18 als Geschichte der Unterschätzung der deutschen Gefahr durch den französischen Sozialismus interpretierte, dann verfolgte er damit neben der außenpolitischen Warnung auch ein innenpolitisches Ziel: die Radikalen aus der Zusammenarbeit mit den Sozialisten zu lösen und in eine Koalition mit den „républicains-nationaux“ zu lotsen.¹⁶⁰

In das Spektrum der sicherheitspolitischen Vorstellungen in den Gruppierungen der politischen Mitte Frankreichs fügte sich Reynauds Konzeption als eine von vielen Facetten ein. Von dem bei aller herrschenden Konzeptionsvielfalt in der radikalsozialistischen Partei festzustellenden Minimalkonsens trennte ihn dabei vor allem seine Weigerung, das in deren Reihen – wie in jenen der Sozialisten – favorisierte Instrument des Völkerbundes als ausschlaggebendes Krisenlösungsorgan zu akzeptieren.¹⁶¹ Ohne die Beteiligung der USA als derjeniger Macht, die zusammen mit Großbritannien die entscheidende Wende des Weltkrieges bewirkt habe, bleibe die Organisation angesichts des deutschen Expansionsstrebens zur Machtlosigkeit verdammt: „Certes, nous restons fidèles à l'idéal européen d'organisation de la paix. Mais nous pensons qu'en politique il faut d'abord admettre les faits. Amener la guerre, un jour prochain peut-être, par notre désarmement, sous le prétexte qu'il faut éviter de la faire naître plus tard par la course aux armements: profonde politique, en vérité!“¹⁶²

Wie die außenpolitisch profiliertesten Sprecher der gemäßigten Rechten instrumentalisierte Reynaud die Kritik an der Außenpolitik der radikalsozialistischen Regierung Daladier für die innenpolitische Auseinandersetzung; die verbreitete aggressive Deutschlandfeindlichkeit seines Milieus teilte er jedoch nicht.¹⁶³ Seine Besorgnis, seine Warnungen vor der wachsenden Kriegsgefahr rührten von der Einsicht in die neue Qualität der deutschen Politik her, die sich willentlich kollektiven Lösungen entzog und über die Ideologisierung der Außenbeziehungen das

Außenpolitik 1933–1935, Paderborn u. a. 1995. Zu den mit Duldung Daladiers erfolgten Vorstößen des Journalisten Fernand de Brinon bei Hitler: S. 110–123; zum Konzept eines neuen „Equilibre Européen“ und zur Doppelgesichtigkeit der Daladierschen Politik: S. 128–133.

¹⁵⁹ Vgl. etwa Paul Reynaud, „Deux problèmes en quête d'une majorité“, in: *La Liberté*, 18. 10. 1933; Ders., „Le Coup de Théâtre de M. Hitler et l'Éducation des Démocraties“, in: *Excelsior*, 22. 10. 1933.

¹⁶⁰ Diese innenpolitische Komponente seiner außenpolitischen Konzeption wird deutlich in: Paul Reynaud, „Le problème de „l'ordre“ et de „l'autorité“. L'Etat et la frontière“, in: *La Liberté*, 5. 9. 1933 [Fortsetzung des Artikels vom 24. 8. 1933].

¹⁶¹ Vgl. Robert Michael, *The Radicals and Nazi Germany. The Revolution in French Attitudes toward Foreign Policy, 1933–1939*, Washington 1982; Mühle, *Frankreich und Hitler*, S. 149–152.

¹⁶² „M. Paul Reynaud parle de l'insécurité de l'Europe“, in: *La Liberté*, 8. 5. 1933 (Zitat); Paul Reynaud, „Guerre et démocraties“, in: *La Liberté*, 5. 1. 1934.

¹⁶³ Charles Micaud, *The French Right and Nazi Germany 1933–1939. A Study of Public Opinion*, New York 1964; Hermann Weinreis, *Liberale oder autoritäre Republik. Regimekritik und Regimekonsens der französischen Rechten zur Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs in Deutschland (1928–1934)* (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 54), Göttingen/Zürich 1986, S. 161–185; Mühle, *Frankreich und Hitler*, S. 152–154.

Recht des Stärkeren in die internationale Staatenwelt wieder einzuführen bestrebt war: „Le peuple allemand, fanatisé, essaie de trouver un dérivatif à ses souffrances dans l'exaltation de l'isolement, dans une sorte d'autarchie morale et politique. L'Allemagne s'enferme dans un vaste camp retranché où l'on s'arme et où les âmes de la jeunesse sont chauffées à blanc et préparées à la guerre.“¹⁶⁴

Zwar mangelte es ihm keineswegs an einer vergleichsweise realistischen Einschätzung des Hitlerregimes, die sich unter anderem auf die Ergebnisse einer erneuten Informationsreise nach Deutschland im Frühjahr 1933 stützen konnte.¹⁶⁵ Konkrete Folgen für Reynauds deutschlandpolitische Vorstellungen über den oben bereits aufgezeigten Aktionsvorschlag von Bündnispolitik, Wahrung militärischer Stärke und innerer Konsolidierung hinaus hatten diese Erkenntnisse indes zunächst kaum. Ganz im Gegenteil legte der Abgeordnete während des gesamten Jahres 1934 eine auffällige Zurückhaltung an präziseren außenpolitischen Äußerungen an den Tag. Dabei erneuerte und intensivierte er durchaus seine Appelle zur Sicherung von Bundesgenossen, insbesondere in bezug auf Großbritannien und die USA. Wieder und wieder suchte er im internationalen politischen Tagesgeschehen nach Anzeichen für ein Engagement beider Staaten am europäischen Kontinent, das nach seiner Ansicht aus mehr als der Bereitschaft zur Defensivallianz im englischen Falle, aus der Aufgabe der strikten Isolationspolitik im Fall der USA zu bestehen hatte. In harten Worten, in denen sich Betroffenheit und Unmut spiegelten, ging er so weit, die Mitverantwortung für die krisenhafte außenpolitische Entwicklung im Lager der Demokratien zu suchen: Falls dort keine Umorientierung erfolge, dann würde die angelsächsische Welt zum „Paten“ – und zum Opfer – des nächsten Krieges werden.¹⁶⁶ Wie Kinder müßten demokratisch organisierte Staatswesen offenbar erst aus ihren Fehlern lernen, bevor sie dereinst sagen könnten: „Quelles bêtises nous avons pu faire dans notre enfance, au vingtième siècle!“ – falls sie unter solchen Umständen je bis ins Erwachsenenalter gelangten...¹⁶⁷ Insgesamt jedoch überwog der Polemiker und Warner Reynaud bis Anfang 1935 in der Frage der angemessenen Reaktion Frankreichs auf die nationalsozialistische Bedrohung des europäischen Friedens bei weitem den Planer und Strategen.

Zwei Gründe wurden wohl dafür ausschlaggebend, daß Reynaud vorerst kein konturierteres Programm vorlegte: Zum einen hatte mit Louis Barthou ab Februar 1934 ein erfahrener Außenpolitiker die Leitung der französischen Diplomatie übernommen, dessen Kompetenz nicht nur im Lager der „modérés“ unbestritten war und dessen Politik einzig seitens der kommunistischen und sozialistischen Linken grundsätzlich in Frage gestellt wurde.¹⁶⁸ Für kritische Einlassungen bot

¹⁶⁴ Paul Reynaud, „Le Coup de Théâtre de M. Hitler et l'Education des Démocraties“, in: *Excelsior*, 22. 10. 1933.

¹⁶⁵ Vgl. zu Reynauds Eindrücken den Bericht, den Botschafter François-Poncet darüber am 5. 1. 1933 an die Pariser Zentrale übermittelte (Documents Diplomatiques Français 1932–1939 [DDF]. 1^{re} série (1932–1935), Band II (novembre 1932 – mars 1933), Paris 1964, Doc. 194, S. 361 f.).

¹⁶⁶ Vgl. etwa: Ders., „La cause profonde de la guerre qui menace“, *La Liberté*, 29. 3. 1934.

¹⁶⁷ Ders., „Guerre et démocraties“, in: *La Liberté*, 5. 1. 1934.

¹⁶⁸ Zu den innerfranzösischen Reaktionen auf die Außenpolitik Barthous: Mühle, Hitler und Frankreich, S. 298–303; zu Barthous Deutschlandpolitik: Ders., Louis Barthou und Deutschland (1862–1934), in: *Francia* 21/3 (1994), S. 71–98.

sein Vorgehen gerade Reynaud um so weniger Anlaß, als die bis zur Ermordung des Außenministers im Oktober 1934 in ersten Ansätzen realisierte Bündnispolitik in ihren Grundzügen seinen Ideen entsprach. Privilegiert auch durch die Position des Beobachters, der nicht am außenpolitischen Prozeß beteiligt war und dessen Sichtweise nicht dem Zwang zur praktischen Bewährung unterlag, hatte er somit keinen sachlichen Anlaß, ein Konkurrenzmodell zu entwickeln.¹⁶⁹ Hinzu kam weiterhin, daß die Kapazitäten des Politikers seit Ende 1933 bzw. Frühjahr 1934 durch sein intensives Engagement auf finanzpolitischem und schließlich verfassungsreformerischem Gebiet bereits stark in Anspruch genommen waren. Ein Grund mehr, das außenpolitische Feld dem zweifellos Kompetenteren zu überlassen, zumal ja auch die innere Stabilisierung des Landes als Beitrag zur Festigung seiner internationalen Position verstanden werden konnte und von Reynaud durchaus so verstanden wurde.

Die Voraussetzungen für diese Zurückhaltung änderten sich ab November 1934 grundlegend. Nach dem Sturz der Regierung Doumergue leitete Pierre Laval als neuer Mann im Außenressort eine Wende in der französischen Diplomatie gegenüber Deutschland ein. In deren Rahmen standen trotz ostentativer Kontinuitätsbekundungen nicht mehr „fermeté“ und machtpolitische Absicherung, sondern Konzessionsbereitschaft und implizit die Aufgabe von unter Barthou erworbenen Positionen im Vordergrund. Die Politik des „vorausseilenden Verzichts“ in der Saarfrage, getragen von der Hoffnung auf die Einbindung Deutschlands in ein neuzuschaffendes, multilaterales Alliansensystem und im Vertrauen auf Entgegenkommen erwies sich indes als verfehlt. Am 16. März 1935 beendete Hitler mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland nicht nur einseitig die seit 1932 laufenden Abrüstungsverhandlungen, sondern verletzte das Versailler Vertragssystem durch diesen Schritt in der bis dahin eklatantesten Weise.¹⁷⁰

Paul Reynaud war zwei Monate vorher, am 14. Januar 1935, durch de Gaulle vertraulich über beunruhigende Erkenntnisse des französischen Oberkommandos informiert worden. Demnach hatte das Deutsche Reich im Rahmen seiner offiziell noch geheimgehaltenen Aufrüstungsbemühungen bereits jene Einheiten aufgestellt, deren französischen Gegenpart er seit einiger Zeit dringend gefordert hatte: Drei Panzerdivisionen, strukturiert nach de Gaulleschen Vorstellungen, seien nun durch den möglichen Feind realisiert, während in Frankreich noch nicht einmal Ansätze entsprechender Reformen zu erkennen seien.¹⁷¹ Es hätte der zusätzlichen Warnungen, die überdies nicht ganz den Tatsachen entsprachen¹⁷²,

¹⁶⁹ Zur Übereinstimmung Reynauds mit den außenpolitischen Ideen Barthous vgl. das Manuskript einer Rundfunkrede, die er am 9. 10. 1935 zum Gedenken an den ein Jahr zuvor ermordeten Außenminister hielt (AN, 74 AP 19).

¹⁷⁰ Zur deutschlandpolitischen Neuorientierung unter Laval bis Frühjahr 1935: Mühle, Frankreich und Hitler, S. 310–357 (Zitat: S. 340).

¹⁷¹ De Gaulle an Reynaud, 14. 1. 1935, in: De Gaulle, Lettres, notes et carnets. 1919–juin 1940, S. 379 f.; zur deutschen Wiederaufrüstung: Georges Castellan, Le réarmement clandestin de l'Allemagne dans l'entre-deux-guerres, in: Revue d'Allemagne 8 (1976), S. 61–82; Ders., Le réarmement clandestin du Reich, 1930–1935. Vu par le 2^e Bureau de l'Etat-Major français, Paris 1954. Zum Verhältnis Reynaud–de Gaulle: Peter Schunck, Charles de Gaulle. Ein Leben für Frankreichs Größe, Berlin 1998, S. 113–130.

¹⁷² Die ersten drei deutschen Panzerdivisionen wurden im Oktober 1935 aufgestellt. Im Frühjahr des gleichen Jahres befand man sich in der Organisations- und Aufbauphase, während derer noch bei

nicht mehr bedurft, um Reynaud zur Aktion zu bewegen. Dieser war zu dem Zeitpunkt bereits entschlossen, bei nächster Gelegenheit parlamentarisch zu intervenieren.¹⁷³ Die Möglichkeit zur öffentlichen Stellungnahme bot sich, als im März 1935 verteidigungspolitische Probleme auf die Tagesordnung der Abgeordnetenkammer zurückkehrten. Ein zunächst rein technisches und eher wahlpolitisch brisantes Thema, die Frage der Verlängerung des Wehrdienstes von einem auf zwei Jahre, mündete aufgrund der Intervention Reynauds in eine ideologisch aufgeladene Grundsatzdiskussion um die künftige Militärpolitik Frankreichs. Wieder einmal hatte der Politiker mit treffsicherer Hand an einem politischen Sakrosanktum der Dritten Republik gerührt.

b) Das Konzept des „corps spécialisé“ und seine Gegner

Eine parlamentarische Entscheidung über die Wehrdienstdauer war nötig geworden, da Frankreich ab Mitte der dreißiger Jahre in eine durch den Geburtenausfall der Weltkriegsjahre bedingte Phase ungenügend großer Wehrpflichtigenkontingente getreten war. Ohne energische Gegenmaßnahmen wäre für die Zeitspanne bis 1939 ein Rückgang der jährlichen Rekrutenzahlen von etwa 240 000 auf 120 000 unvermeidlich gewesen.¹⁷⁴ Verschärft wurde diese Situation dadurch, so Regierungschef Flandin in seiner einleitenden Debattenrede, daß der deutsche Nachbar seine stehende Armee aufgrund günstigerer demographischer Bedingungen und erkennbarer Aufrüstungsanstrengungen im gleichen Zeitraum absehbar auf mindestens 600 000 Mann würde ausbauen können.¹⁷⁵ Um bei aller Vorsorge eine unpopuläre Gesetzesänderung zu vermeiden, setzte man deshalb seitens der Regierung auf eine quantitative Aufstockung: Entsprechend einer Klausel des Militärgesetzes vom März 1928 war es zulässig, die einberufenen Kontingente bei Bedarf länger zum Dienst heranzuziehen. In aufgeheizter Atmosphäre, bestimmt durch die entschiedene Ablehnung des Regierungskonzepts durch die kommunistische und die sozialistische Linke, präsentierte Reynaud seinen Alternativvorschlag. Auf den Zuschauerrängen verfolgte de Gaulle gespannt das Schicksal seiner Anregungen.¹⁷⁶

Überaus bezeichnend für den Verlauf der Debatte und die nachfolgende außerparlamentarische Kritik wurde es nun, daß das *politische* Gewebe, mit dem Reynaud das de Gaullesche Konzept ummantelt hatte, kaum je ernsthaft in Augenschein genommen oder diskutiert wurde. Dies ist umso bemerkenswerter, als der militärtechnisch innovative Gehalt der Pläne für den Politiker nur die Ausgangsbasis bildete, um das neue Instrument jenseits einer bloßen Effektivitätssteigerung

weitem nicht alle Einheiten mit den vorgesehenen Fahrzeugen ausgestattet waren. Vgl. Walther K. Nehring, *Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945*, Berlin 1969, S. 78–91.

¹⁷³ Reynaud, *Mémoires* I, S. 425.

¹⁷⁴ Robert Allan Doughty, *The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919–1939*, Hamden/Conn. 1985, S. 22; Philip C.F. Bankwitz, *Maxime Weygand and civil-military relations in modern France*, Cambridge/Mass. 1967, S. 83–115. Als neueste problemorientierte Darstellung zur französischen Heeresgeschichte: Henry Dutailly, *Les problèmes de l'armée de terre française (1935–1939)*, Paris 1980, S. 207–217.

¹⁷⁵ Vgl. die Debatte insgesamt: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 15 mars 1935*, S. 1021–1053, hier: S. 1021 f. Dazu auch Bonnefous, *Histoire politique* V, S. 321–323.

¹⁷⁶ De Gaulle an Reynaud, 16. 3. 1935, in: De Gaulle, *Lettres, notes et carnets. 1919–juin 1940*, S. 381.

des militärischen Apparats mit essentiell politischer Funktion auszustatten. Mit Ablauf des vorgesehenen Realisierungszeitraums zwischen 1935 und 1940 sollte das Korps ja nicht nur Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung übernehmen können, sondern darüber hinaus die Einhaltung der diplomatischen Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegenüber seinen östlichen Verbündeten garantieren und so gegebenenfalls als schlagkräftiges Instrument zur Eindämmung der Hitler-schen Expansionsgelüste in Europa fungieren: „Le problème français, du point de vue militaire, est de créer un corps spécialisé propre à des répliques aussi foudroyantes que l'attaque, car si l'assailli n'a pas des ripostes aussi rapides que l'assaillant, tout est perdu. Ce corps de manoeuvre nous est, au surplus, imposé par notre politique étrangère. [...] Il faut avoir l'armée de sa politique. Est-ce que, par hasard, nous aurions abandonné la politique d'assistance et de pactes? Est-ce que nous concevons l'assistance comme un courant à sens unique, qu'on peut aller réclamer à Londres mais qu'on ne devrait apporter ni à Vienne, ni à Prague, ni à Bruxelles? [...] Voulons-nous changer de politique – ce qui est notre droit – et laisser M. Hitler se promener de long en large en Europe?“¹⁷⁷

Diese allianzpolitische Argumentation konnte in der Kammer ihre Wirkung nicht entfalten, da dort neben der vorgetragenen Offensivkonzeption eine eher nachrangige Komponente der Vorschläge – die Ausstattung des Korps mit einem hohen Anteil an Berufs- und Zeitsoldaten – so dauerhaft großen Anstoß erregte, daß darüber alle anderen Aspekte weitgehend in den Hintergrund gedrängt wurden. Keine in der Kammer vertretene politische Richtung zeigte sich davon unberührt, und der Widerspruch reichte von Maurice Thorez über Léon Blum bis zu Edouard Daladier und die Parlamentarier der gemäßigten Rechten. Das Spektrum an Vorbehalten, das in der Debatte zum Ausdruck kam, hatte zwei Schwerpunkte: das Schreckbild einer von militärischen Spezialisten getragenen Berufsarmee, einer „Prätorianerelite“, zum einen. Man sah dahinter das Drohgespenst eines willigen Instruments antirepublikanischer Bestrebungen heraufziehen und erachtete überdies den Gleichheitsgrundsatz in Fragen der Landesverteidigung als eklatant verletzt. Für die internationale Ebene fürchtete man, daß die materialisierte Wende zur Offensivstrategie notwendig eher provokativ denn friedenschaflend wirken würde.¹⁷⁸

Auch die Reaktionen in Militärkreisen konzentrierten sich stark auf den Professionalisierungsaspekt der de Gaulle/Reynaudschen Vorschläge. Neben den Kosten des Projekts und Rekrutierungsproblemen war es vor allem die drohende Zerteilung der Armee, die sich zu einem Topos der Reynaud-kritischen Stellungnahmen des Generalstabs, führender Generäle und Fachautoren entwickelte. Immer wieder wies man hier auf den abträglichen Effekt hin, den eine im Rahmen der nationalen Streitkräfte konkurrierende Berufsgruppe auf die Moral der übrigen, ins zweite Glied gedrängten Armee ausüben würde. Wenn gelegentlich Stim-

¹⁷⁷ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 15 mars 1935, S. 1040–1042, hier: S. 1042.

¹⁷⁸ Auf diesen Tenor lassen sich die im einzelnen verschieden gewichtenden Debattenäußerungen bringen; vgl. ebenda, S. 1021–1053. Eine lebhaft Schilderung des Eindrucks, den die Initiative Reynauds in der Kammer hinterließ, gibt Léon Blum in seinen Memoiren: *L'Oeuvre de Léon Blum*, Band 5: *Mémoires. Le prison et le procès. A l'échelle humaine (1940–1945)*, Paris 1955, S. 111–113.

men für eine Reform des bestehenden Verteidigungssystems eintraten, so favorisierten sie meist eine Fortentwicklung bestehender Strukturen. Befürworter der de Gaulleschen Vorschläge blieben in der Armee die seltene Ausnahme.¹⁷⁹

Diese nahezu einmütige Ablehnung durch die politische Klasse Frankreichs, die ihre Entsprechung im Widerstand der militärischen Führung und schließlich auch der Öffentlichkeit fand, reflektierte die breite Akzeptanz einer Sicherheitsdoktrin, innerhalb derer die militärpolitische Idee der „nation armée“ und die militärtheoretische Option der Defensivstrategie eine enge Verbindung eingegangen waren.¹⁸⁰

Die Vorstellung einer im Kriegsfall zu mobilisierenden „Nation in Waffen“ reichte zurück bis zum Nationsbegriff der Großen Revolution und seiner militärisch-praktischen Umsetzung, der „levée en masse“ von 1793.¹⁸¹ Zu einem wesentlichen Teil der republikanischen Tradition konnte sich das Konzept entwickeln, weil das nach-napoleonische Frankreich zeitweise zum System der Berufarmee zurückgekehrt war. Kompromittiert durch die Verknüpfung mit politischer Restauration, mit dem autoritären Regime Napoleons III. und mit der Niederlage von 1870/71, schied der Gedanke der Berufstruppe in der republikanischen Konstitutionsphase nach 1871 von vorneherein aus. Die Identifikation von Nation und Armee wurde so unangefochtener Teil des Gründungsmythos auch der Dritten Republik. Das traumatische Erlebnis des Weltkrieges dementierte das entstandene Bild nicht, hatte doch die im Unterschied zu ihrer Vorgängerin siegreiche Wehrpflichtigenarmee ein Maß an Leidens- und Durchsetzungsfähigkeit bewiesen, das ihren Beibehalt vollkommen zu rechtfertigen schien. Nicht das Prinzip an sich, wohl aber seine organisatorische Umsetzung bildete in den zwanziger Jahren ein kontrovers diskutiertes Thema, wobei insbesondere die Dauer des Wehrdienstes im Mittelpunkt stand. Gründe volkswirtschaftlicher und allgemeinpolitischer Opportunität führten 1921, 1923 und 1928 zu seiner allmählichen Reduzierung auf zwei Jahre, achtzehn Monate und schließlich ein Jahr. Die Wehrgesetze von

¹⁷⁹ Als zusammenfassende Einschätzung der Vorschläge Reynauds durch den Generalstab der Armee, die durch Gamelin geteilt wurde, vgl. „Etat-major de l'armée. Note pour le Cabinet militaire du ministre“, 11. 7. 1936 (abgedruckt in: Maurice Gamelin, *Servir*. Band 3, Paris 1947, S. 516–527; ein Exemplar der Note findet sich auch im Nachlaß Reynauds: AN, 74 AP 12); „General Maurice Gamelin, Etude relative à l'amendement de Paul Reynaud“, undatiert (AN, 74 AP 12). Belege unter anderem für ablehnende Stellungnahmen der Generäle Weygand, Debeney, Georges, Chauvineau und von Kriegsminister Maurin finden sich bei Bankwitz, Maxime Weygand, S. 126–167 sowie bei Connors, *French National Defense*, S. 165–194. Aufgeschlossen gegenüber den Ideen de Gaulles zeigte sich unter anderem der Panzerexperte General Velpri (Ebenda, S. 194–200).

¹⁸⁰ Zur Entwicklung der französischen Verteidigungsdoktrin zwischen den Kriegen existiert eine reiche Literatur, woraus stellvertretend genannt seien: Volker Wieland, *Zur Problematik der französischen Militärpolitik und Militärdoktrin in der Zeit zwischen den Weltkriegen* (Militärgeschichtliche Studien 15), Boppard 1973; Robert J. Young, *In Command of France. French Foreign Policy and Military Planning, 1933–1940*, Cambridge/Mass. 1978; Doughty, *Seeds of Disaster*; Barry R. Posen, *The Sources of Military Doctrine. France, Britain, and Germany between the World Wars*, Ithaca/London 1984; aus der umfangreichen Literatur zur Vorgeschichte der französischen Niederlage: Ladislav Mysyrowicz, *Autopsie d'une défaite. Origines de l'effondrement militaire français de 1940*, Paris 1973. Aufschlußreich zum Verhältnis von Politik und Militär: Bankwitz, Maxime Weygand. Bedeutend mehr als eine personenzentrierte Bestandsaufnahme bietet: Martin S. Alexander, *The Republic in danger. General Maurice Gamelin and the politics of French defence, 1933–1940*, Cambridge 1992.

¹⁸¹ Vgl. zum folgenden: Doughty, *Seeds of Disaster*, S. 14–40; Wieland, *Militärpolitik und Militärdoktrin*, S. 69ff.

1927/28 schrieben dann die reduzierte, gekaderte Wehrpflichtigen- und Reservistenarmee fest, in deren Rahmen das berufssoldatische Element im wesentlichen nur in Ausbildungs- und wenigen Sonderfunktionen integriert war. Als logisches Komplement zu einer Armeestruktur, die ohne Mobilmachung keine größeren Aktionen erlaubte, nahm man ab 1929 den Bau des Grenzverteidigungssystems der „Maginot-Linie“ in Angriff, an deren Befestigungen sich eine erste gegnerische Angriffswelle brechen sollte, bevor das französische Heer seine Sollstärke erreicht hatte.¹⁸² Die militärpolitische Debatte hatte damit bis gegen Ende der zwanziger Jahre zu einem Resultat geführt, in dem innenpolitische Erwägungen gegenüber einer möglichen außen- oder allianzpolitischen Funktion der Armee die Oberhand behalten hatten.

In der Armeeführung war die organisatorisch nicht unproblematische Wehrzeitverkürzung akzeptiert worden, da man aus genuin wehrtechnischen Erwägungen einer in Kriegszeiten zu mobilisierenden, defensiv ausgerichteten Massen- und „Volksarmee“ den Vorzug gegenüber einer bereits im Frieden zu raschen Offensivaktionen fähigen Spezialistentruppe gab.¹⁸³ Die Schlußfolgerungen der leitenden Militärs aus den gescheiterten französischen Eingangsoffensiven und den Materialschlachten des Ersten Weltkriegs hatten nach 1918 zu einer grundlegenden Neuorientierung der Armeedoktrin geführt. Im Gegensatz zu den Verfassern der Heeresinstruktionen von 1913 war man zu der Überzeugung gelangt, daß angesichts der modernen Waffenentwicklung nicht mehr „l'offensive à outrance“ die erfolgversprechendste Kampffeldtaktik darstellte, sondern daß der gewonnene Zuwachs an Feuerkraft fortan den Verteidiger in überragendem Maße bevorzugen würde. Im Ergebnis erwuchs aus dieser Einsicht eine auf die Betonung der Defensiv ausgerichtete Strategie, die dem Ausbau der Feuerstärke, der zentralisiert gelenkten „bataille conduite“ und dem minutiösen Studium vorbereiteter Schlachtfelder den Vorrang einräumte gegenüber „mobiler“ Kriegführung und dezentraler Initiative.¹⁸⁴ In den Aufmarschplänen der französischen Armee hatte sich diese Doktrin ab 1929 durchgesetzt, als zum erstenmal seit Ende des Weltkriegs nicht mehr der Vorstoß auf deutsches Territorium für den Verteidigungsfall vorgesehen war.¹⁸⁵ Freilich bedeutete die geschilderte theoretische Festlegung nicht, daß damit die Militärdoktrin der Zwischenkriegszeit keinen Veränderungen mehr unterworfen worden wäre. In den Armeeinstruktionen von 1936, die jene von 1921 ablösten, trug man neueren Entwicklungen in Richtung zunehmender Mechanisierung oder verstärkter Berücksichtigung von Panzerabwehrwaffen durchaus in gewissem Maße Rechnung; zu einer grundsätzlichen Revision der einmal gefaßten Strategie kam es jedoch vor 1940 nicht mehr.¹⁸⁶

Die Ideen de Gaulles hatten vor diesem Hintergrund innerhalb der militärischen Hierarchie kaum Beachtung und noch weniger Zustimmung gefunden. Zwar verschloß man keineswegs die Augen vor den neuen taktischen Möglichkei-

¹⁸² Judith M. Hughes, *To the Maginot Line. The Politics of French Military Preparation in the 1920's*, Cambridge/Mass. 1971; Doughty, *Seeds of Disaster*, S. 41–71, hier: S. 52.

¹⁸³ Wieland, *Militärpolitik und Militärdoktrin*, S. 163 f.; Doughty, *Seeds of Disaster*, S. 21.

¹⁸⁴ Ebenda, S. 3f.

¹⁸⁵ Vgl. Paul-Emile Tournoux, *Défense des frontières. Haut commandement-gouvernement, 1919–1939*, Paris 1960, S. 332–361.

¹⁸⁶ Doughty, *Seeds of Disaster*, S. 10f.

ten, die der Einsatz gepanzerter Tanks bot. Bis zur Konzipierung der ersten französischen Panzerdivisionen gegen Ende der dreißiger Jahre blieben die vorhandenen Kräfte jedoch vollkommen der herrschenden Defensivdoktrin eingeordnet und traten in Planung und Manöver ausschließlich als Begleitung infanteristischer Einheiten auf. Erst im Zusammenhang der allgemeinen drastischen Steigerung der Verteidigungsausgaben nach der deutschen Wiederbesetzung des Rheinlands und der Verlängerung des Wehrdienstes in Deutschland kam es nicht zuletzt auf Druck des designierten Oberkommandierenden Gamelin ab 1936 zu intensiveren Studien über die Einsatzmöglichkeiten von unabhängigen Panzerereinheiten in Divisionsstärke. Die ersten beiden Panzerdivisionen wurden dann jedoch nicht vor Januar 1940 aufgestellt, nachdem das deutsche Vorgehen im Polenfeldzug die letzten Vorbehalte des französischen Oberkommandos ausgeräumt hatte. Zusammen mit einer dritten im April hastig gebildeten Division umfaßten sie noch nicht einmal ein Viertel aller französischen Kampfpanzer, die weiterhin in ihrer Masse als Unterstützungstruppe der Infanterie oder im Rahmen leichter mechanisierter Divisionen für Aufklärungs- oder Sicherungsaufgaben vorgesehen waren. Im Mai 1940 waren die zu spät gebildeten, unerfahrenen und unvollständig ausgestatteten Panzerdivisionen dann kaum in der Lage, effektiv in die Kämpfe einzugreifen: die im Generalstab in Ansätzen durchaus erfolgte strategische Neuorientierung war auf der Ebene der Ausführenden noch kaum verankert.¹⁸⁷

Im März 1935 trafen die Pläne de Gaulles und Reynauds auf ein Konglomerat aus militärpolitischen und verteidigungsdoktrinären Grundannahmen, die seit ihrer armeorganisatorischen Verankerung gegen Ende der zwanziger Jahre zusätzliche Beharrungskraft entwickelt hatten. Die Gründe für ihre Resistenz gegen Veränderung waren vielfältig. Die geringe Innovationsfreudigkeit hierarchisch gegliederter, im wesentlichen auf kooptativer Nachwuchsauslese beruhender, zentralistisch geführter Armeestrukturen spielte eine wichtige Rolle.¹⁸⁸ Auch erschwerten, als 1936 endlich ein großes Rüstungsprogramm in Angriff genommen wurde, Koordinationsprobleme zwischen Parlament und Militärführung sowie zwischen den einzelnen damit befaßten Ministerien dessen Umsetzung, was wiederum dem zögernden Reorientierungsprozeß nicht förderlich war.¹⁸⁹

Daneben aber ist die Akzeptanz der Defensivdoktrin auch im zivilen Bereich und die daraus resultierende Intransigenz gegenüber Alternativen in tieferliegenden politischen und mentalen Dispositionen zu suchen. So verstand man in den Reihen der sozialistischen Linken bis hin zum linken Flügel der Radikalsozialisten das defensive Sicherheitskonzept und die demokratische Massenarmee als

¹⁸⁷ Bankwitz, Maxime Weygand, S. 132f. Zur beschriebenen Stellung der Panzerwaffe in den Konzeptionen des französischen Generalstabs: Doughty, *Seeds of Disaster*, S. 136–177; Henry Dutilly, *Programmes d'armement et structures modernes dans l'armée de terre (1935–1939)*, in: Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner (Hg.), *Deutschland und Frankreich 1936–1939*. 15. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bonn, 26.–29. September 1979), München 1981, S. 105–128, bes. S. 118–127; ders., *Armée de Terre*, S. 147–159, 191–196; Bankwitz, Maxime Weygand, S. 141–144.

¹⁸⁸ Eine eingehende, auf persönlicher Beobachtung beruhende und mit analytisch geschärftem Blick vorgenommene Untersuchung der Innovationskraft in den Führungskadern der französischen Armee vor 1940 bietet der Historiker und Reserveoffizier Marc Bloch, *L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940*, Paris 1990.

¹⁸⁹ Bankwitz, Maxime Weygand, S. 135–143.

direkte Entsprechung der eigenen pazifistischen Grundhaltung¹⁹⁰; bei den parlamentarischen Gruppierungen rechts davon genoß das Wort der militärischen Autoritäten hinreichend Gewicht, um deren strategische Schlußfolgerungen aus dem Ersten Weltkrieg mitzutragen. Die Unterstützung, die daneben auch das Konzept der „nation armée“ bei führenden Militärs genoß, hatte dazu geführt, daß bereits in den zwanziger Jahren virulente Forderungen nach ergänzender Einführung größerer professioneller Einheiten sich auch im rechten politischen Milieu nicht hatten durchsetzen können.¹⁹¹ Als im Frühjahr 1935 eine neue Antwort auf die drängenden Verteidigungsprobleme gesucht werden mußte, nahm man auch hier eher die unpopuläre Wiedereinführung des zweijährigen Wehrdienstes in Kauf, als daß man eine Beeinträchtigung der überkommenen Doktrin akzeptiert hätte.

Noch zu Jahresbeginn 1937, als Reynaud ein zweites Mal im Plenum zu seinem Projekt Stellung nahm¹⁹², ließ diese Disposition in Kammer und Regierung weder die Diskussion des bündnispolitischen noch jene des verteidigungspolitisch innovativen Gehalts seiner Pläne zu. Der Hinweis des Politikers, daß eine französische Militäraktion nach dem deutschen Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland im März 1936 durch die erforderliche Mobilmachung verhindert worden sei, blieb ohne Wirkung. Am 2. Februar entschied sich die Kammer der Abgeordneten nach einer Rede Daladiers, die wiederum eine „klassische Ausformulierung der orthodoxen Doktrin“¹⁹³ darstellte, durch ihr Votum für die darin enthaltenen Grundsätze: Vertrauen auf die geschaffenen Grenzbefestigungen, Doktrin der Feuerkraft und Priorität der Defensive.¹⁹⁴

Für das Gespann de Gaulle-Reynaud brachte diese erneute Niederlage das allmähliche Abebben einer über zwei Jahre währenden Zusammenarbeit, deren Motor unzweifelhaft de Gaulle gewesen war. Wieder und wieder hatte er den Abgeordneten mit statistischem Material und einschlägigen Artikeln versorgt, hatte Vorschläge für dessen Stellungnahmen gemacht und ihn nicht zuletzt von allzu ausschließlicher Beschäftigung mit finanzreformerischen Fragen abzubringen versucht.¹⁹⁵ In gelegentlich peinlich anmutender Manier hatte er dabei Reynauds Karriereaussichten in hellen Farben gezeichnet, ihn als Staatsmann, als einzigen Politiker, der die Militärfrage wirklich angehe, gerühmt, ihn gar mit Jaurès vergli-

¹⁹⁰ Im Namen die Radikalsozialisten etwa hatte Edouard Daladier am 15. Juni 1934 in der Kammer das Defensivkonzept offiziell und in klaren Worten befürwortet (Reynaud, France I, S. 402).

¹⁹¹ Vgl. dazu Wieland, Militärpolitik und Militärdoktrin, S. 260. Wieland hebt zu Unrecht die vorrangige Rolle der Linken beim parlamentarischen Scheitern der Thesen de Gaulles hervor (Ebenda, S. 260f.).

¹⁹² Vgl. JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 janvier 1937, S. 168–173; Ebenda, 2^e Séance du 2 février 1937, S. 297f.

¹⁹³ Bankwitz, Maxime Weygand, S. 129, Anm. 39.

¹⁹⁴ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 2 février 1937, S. 290–292. Eine ausführliche Schilderung der Sitzung vom 2. Februar 1937 auch bei Reynaud, France I, S. 401–419. Vgl. auch die bezeichnende Stellungnahme des Vorsitzenden der Armeekommission der Kammer der Abgeordneten, Guy La Chambre, der Reynaud immer noch unterstellte, die traditionelle Armee durch ein „corps de choc“ ersetzen zu wollen. Bereits in der oben genannten Sitzung vom 26. Januar 1937 hatte Reynaud aber seine Konzeption erneut klargestellt (JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 2 février 1937, S. 297f.).

¹⁹⁵ Vgl. unter anderem de Gaulles Briefe vom 8. 5. 1935, 24. 5. 1935, 27. 12. 1935, 2. 4. 1936, 22. 7. 1936, in: de Gaulle, Lettres, notes et carnets. 1919–juin 1940, S. 387–389, 390f., 399, 402 und 407f.

chen.¹⁹⁶ Reynaud hatte im Gegenzug nicht nur de Gaulles Sache zur seinen gemacht, sondern hatte persönlich erfolgreich eingegriffen, als die Karriere seines Beraters ernsthaft in Gefahr geraten war. Vermutlich auf Betreiben von Kriegsminister Maurin war der unbequeme Offizier zu Unrecht von den Beförderungslisten gestrichen worden, was das definitive Ende seiner weiteren Karriere zur Folge gehabt hätte. Auf Intervention Reynauds bei Daladier hin konnte die Maßnahme rückgängig gemacht werden.¹⁹⁷

Nach dem Rückschlag für das beiderseitige Anliegen vom Februar 1937 verlagerte Reynaud seine meinungspolitischen Aktivitäten in Sachen Verteidigungspolitik zunehmend auf das Feld der außerparlamentarischen Öffentlichkeit. In mehreren Presseartikeln und insbesondere in seinem im Mai 1937 erschienenen Buch „Le problème militaire français“ resümierte und vulgarisierte er die bekannten Thesen in der erklärten Absicht, über den Gewinn der öffentlichen Meinung doch noch ein Umdenken in der politischen Führung zu erreichen.¹⁹⁸ Gleichzeitig kehrte er im Verlauf des Jahres 1937 in seinem politischen Engagement wieder verstärkt auf das angestammte Terrain der Finanz- und Wirtschaftspolitik zurück. Diese Wendung widersprach nur scheinbar der allgemeinen Entwicklung in Frankreich: Hier mußten unter dem Druck der außenpolitischen Ereignisse ab 1936 ökonomische Entscheidungen zunehmend in Abhängigkeit von einer forcierten Rüstungspolitik gefällt werden, während bis dahin der Bereich der Verteidigungsausgaben umgekehrt deutlich den finanzpolitischen Vorgaben untergeordnet gewesen war. Die Schwerpunktsetzung Reynauds entsprach seiner Überzeugung, daß die ökonomische Konsolidierung der Nation letztlich die Voraussetzung für ihre effektive Aufrüstung bilde und daß volkswirtschaftlich mangelhaft abgesicherte Rüstungsausgaben – wie das Beispiel der Volksfront gezeigt hatte – einen entscheidenden Faktor innerer Destabilisierung darstellen konnten.¹⁹⁹ Wenn er sich in der Folge bewußt dagegen entschied, das Militärproblem weiterhin in den Mittelpunkt seiner politischen Aktion zu stellen²⁰⁰, so bedeutete dies eben nicht, daß die Frage damit aus seinem Gesichtskreis verschwunden wäre. Auch daß er nach Erscheinen seiner verteidigungspolitischen Publikation kaum mehr auf die Idee des Panzerkorps zurückkam, ja im Gegenteil insbesondere nach seinem Eintritt in die Regierung Daladier als Justizminister im April 1938 wiederholt seinem Optimismus Ausdruck gab im Hinblick auf den französischen Rüstungsstand und die allgemeine Verteidigungsbereitschaft des Landes, entsprang keineswegs einem plötzlichen, opportunistisch eingefärbten Stim-

¹⁹⁶ Vgl. dazu etwa die Briefe an Reynaud vom 31. 12. 1935, 3. 8. 1936, 28. 1. 1937 und 14. 5. 1937, in: Ebenda, S. 400, 408 f., 445 und 448.

¹⁹⁷ Vgl. de Gaulle an Reynaud, 16. 12. 1935, 14. 12. 1936 und 18. 12. 1936, in: Ebenda, S. 397 f., 440 f. und 441.

¹⁹⁸ Paul Reynaud, *Le problème militaire français*, Paris 1937, S. IX. Ders., „Nous sommes entrés dans la zone non-sanglante de la guerre“, in: *Paris-Soir*, 3. 11. 1937; Ders., „Pour barrer la route à la guerre, faudra-t-il mobiliser toutes les forces de la nation?“, in: *Le Figaro*, 23. 12. 1937.

¹⁹⁹ Im Jahre 1935 entschied sich Reynaud nach eigenem Bekunden aufgrund der erstgenannten Überlegung gegen einen Sitz in der Armeekommission und die damit verbundene realistische Chance, mit Unterstützung der Sozialisten zu ihrem Vorsitzenden gewählt zu werden; vgl. Reynaud, *France I*, S. 331 f. Zur Wandlung im Verhältnis von Rüstungspolitik und Ökonomie nach 1936: Jackson, *Politics of depression*, S. 207.

²⁰⁰ Reynaud, *France I*, S. 332.

mungsumschwung.²⁰¹ Abgesehen davon, daß ein öffentliches Infragestellen der Rüstungsanstrengungen Frankreichs nach der Verschärfung der internationalen Lage kaum mehr opportun war, entsprach es nach April 1938 auch Reynauds Auffassung von Kabinettsdisziplin, in solch sensiblen Punkten Zurückhaltung zu zeigen. Schließlich aber, und dies scheint nach seinem eigenen Bekunden ausschlaggebend gewesen zu sein, blieb seit der wiederholten, nahezu allgemeinen und kategorischen Ablehnung seiner Militärreformpläne, der sich zuletzt auch Daladier in seiner Funktion als Kriegsminister angeschlossen hatte, kaum eine andere Wahl, als neue, bevorzugt wirtschaftspolitische Wege zu gehen.²⁰² Nach den Erfahrungen von zwei Jahren Volksfrontpolitik hatte das zentrale Anliegen einer ökonomischen Neuorientierung in den Augen ihrer Gegner – und dazu zählte Reynaud – darin zu bestehen, eine Atmosphäre des Vertrauens in die politische Stabilität und in die Überlebensfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Und dazu zählte eben auch, eine Atmosphäre des Optimismus nicht zuletzt hinsichtlich der Wehrhaftigkeit dieses Staatswesens zu fördern.

Die Berufung Reynauds in das Amt des Finanzministers setzte im November 1938 der Wirtschaftspolitik der Volksfront ein endgültiges Ende. Zuvor hatte Daladier noch über mehr als ein halbes Jahr hinweg versucht, einen Mittelweg zwischen den Ansätzen Blums und den Forderungen der rechten Oppositionsgruppen zu gehen. Wiederum stand damit der Eintritt Reynauds ins Finanzressort unter dem Vorzeichen einer bevorstehenden Wende. War es im Jahr 1930 vor allem die Bereitschaft des auf Regierungsparkett noch Unerfahrenen zu einer flexiblen Ausgabenpolitik gewesen, die ihn zusammen mit einer bekannt wirtschaftsliberalen Haltung und grundsätzlichen politischen Affinitäten zum willigen Mitarbeiter eines führungsstarken Ministerpräsidenten prädestiniert hatte, so stellte sich die Konstellation von 1938 unter anderen Vorzeichen dar. Nun wurde in ihm ein Politiker berufen, der sich als einer der führenden Köpfe der rechten Mitte über die Parteigrenzen hinweg den Ruf eines unabhängig urteilenden Finanzexperten erworben und dem die im September 1936 unumgänglich gewordene Abwertung des Franc überdies in seinen unkonventionellen Anschauungen Recht gegeben hatte. Obwohl er, wie die zurückliegenden Wehrdebatten gezeigt hatten, in der Kammer außerhalb seiner parlamentarischen Gruppe nur über wenig Rückhalt verfügte, war er dank des erworbenen Ansehens dennoch durchaus in der Lage, prägenden Einfluß auf ein Kabinett auszuüben, dem er angehörte.²⁰³ Seine wirtschaftspolitisch fundierte Ablehnung der Volksfrontpolitik und seine Angriffe insbesondere gegen die 40-Stunden-Woche machten ihn zum geeigneten

²⁰¹ Am 11. April 1937 etwa sprach Reynaud in einer Rede vor dem Wiener „Kulturbund“ davon, daß Frankreich über die „beste Armee der Welt“ und damit über ein festes Faustpfand zur Friedenssicherung verfüge (vgl. *Le Journal*, 16. 10. 1937). Diese Einschätzung vertrat er auch keineswegs nur im Ausland: In einer Pressestellungnahme vom März 1938 rühmte er die Moral des französischen Offizierskorps und wiederholte sein Lob der Armee, deren Einsatzbereitschaft lediglich durch bestimmte Materialengpässe noch beeinträchtigt würde (*Ce Soir*, 21. 3. 1938).

Den Vorwurf der opportunistischen Aufgabe von militärpolitischen Positionen erhebt: Alfred Conquet, *Auprès du Maréchal Pétain*, Paris 1970, S. 432 ff.

²⁰² Reynaud, *Mémoires* II, S. 200; Connors, *French National Defense*, S. 80–84.

²⁰³ So auch die Einschätzung Reynauds in einem auf Verlangen von Reichsaußenminister Ribbentrop im November 1938 erstellten Bericht Reinhard Heydrichs (Heydrich an von Ribbentrop, 28. 11. 1938; PA-AA, R 102866).

Mann, eine alternative Politik umzusetzen, als Daladier im Frühherbst 1938 endgültig eine konservative Wende unter dem Vorzeichen der moralischen und wirtschaftlichen Aufrüstung Frankreichs einleitete.

X. Der Akteur im Überlebenskampf der Dritten Republik

1. Das Vorspiel: Paul Reynaud und die Wirtschaftspolitik der Volksfront 1936/37

Reynauds Verhältnis zu jener Koalition aus Sozialisten, Kommunisten und Radikalsozialisten, die unter dem Namen der „Volksfront“ ab Juni 1936 den ersten sozialistischen Ministerpräsidenten in der Geschichte Frankreichs stellte¹, war komplex. Weit davon entfernt, in seinen Äußerungen so „volksfrontfreundlich“ zu sein, wie man es seitens der deutschen Botschaft recht undifferenziert an das Auswärtige Amt gemeldet hatte², nahm er gegenüber dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Werk, das Léon Blum unter großen Erwartungen ab Sommer 1936 zu realisieren begann, eine durchaus kritische Stellung ein. Was ihn indes von den meisten oppositionellen Kritikern unterschied, war das Verhältnis gegenseitiger freundschaftlicher Achtung, das er zu dem neuen Regierungschef unterhielt. Noch im Rückblick Jahrzehnte später formulierte Reynaud seine Hochachtung vor der intellektuellen Kapazität und der moralischen Integrität Blums: „[...] je n’ai jamais fait mystère de mon admiration pour son talent et de l’attrait que j’éprouve pour son caractère, incapable d’une petitesse et totalement exempt de la méfiance qui empoisonne la vie publique et qui émane le plus souvent d’un complexe d’infériorité.“³ Den kontinuierlichen sachlichen Schlagabtausch in der Kammer und in der Presse verhinderte diese Disposition nicht, wohl aber begründete sie eine für Reynauds Verhältnisse ungewöhnlich milde Form des Diskurses. Spürbar bemüht, das Gedankensystem seines Gegenübers zunächst einmal mit Sympathie zu betrachten, gewährte er Blum ein Maß an Vertrauensvorschuß, das er für gewöhnlich ebensowenig pflegte wie die Bereitschaft, eine Schwäche des Gegners nicht rhetorisch zum eigenen Vorteil umzumünzen. So verzichtete er in der parlamentarischen Diskussion um die Franc-Abwertung von 1936 bewußt darauf, den offensichtlichen Wortbruch der Regierung Blum anzuprangern, die bei ihrem Antritt den Verzicht auf den Währungsingriff zum publikumswirksamen Programm erhoben hatte.⁴

¹ Aus der Überfülle der Literatur zur Volksfront in Frankreich seien stellvertretend hervorgehoben: Julian Jackson, *The Popular Front in France defending democracy, 1934–38*, Cambridge 1988; Serge Wolikow, *Le Front populaire en France*, Paris 1996; Jacques Delperrié de Bayac, *Histoire du Front populaire*, Paris 1972.

² Botschaftsrat Bräuer an AA, 11. 4. 1938 (PA-AA, R 102862).

³ Reynaud, *France I*, S. 366.

⁴ Die Kritik Reynauds blieb in der fraglichen Debatte ohne ironische Schärfe: „Le conflit n’est pas entre vous et moi. Il n’y a pas une dévaluation de gauche et une dévaluation de droite, il y a la dévaluation qui réussit et il y a celle que l’on recommence. [...] Le reproche que je pourrais vous faire, ce

Auch konnte er sich nicht ganz dem reformerischen Schwung, der Atmosphäre des Aufbruchs und der verbreiteten Hoffnung auf gerechtere Gestaltung der Lebensbedingungen entziehen, die den Regierungsantritt Blums begleiteten. Damit stand er in der politischen Landschaft keineswegs isoliert, zeigte sich doch die neue Minderheit im Parlament bis mindestens Ende 1937 wenig geschlossen. Durchschnittlich in einem von zwei Fällen stimmten Abgeordnete aus Gruppierungen rechts der Radikalsozialisten für Regierungsprojekte, und die inaugurierten Sozialreformen – insbesondere die Einführung des zweiwöchigen bezahlten Urlaubs – fanden sogar nahezu durchgehend die Unterstützung auch der Opposition.⁵ Paul Reynaud gab sich in seinen ersten öffentlichen Äußerungen wie eine Reihe von führenden Abgeordneten aus dem liberalen Milieu der rechten Mitte bereit zu fairer Oppositionsarbeit, nicht ohne allerdings energisch auf Inkohärenzen in den geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinzuweisen.⁶

In der Sache war der Dissens nahezu vollständig, insbesondere was das zentrale Problem der Sanierung der Staatsfinanzen und die Strategien zur Überwindung der immer noch nicht behobenen Folgen der Weltwirtschaftskrise anging. Zwar stimmte Reynaud im Gegensatz zur Mehrheit der konservativen Ökonomen mit den Sozialisten überein, die Ursache der Krise in einer weltweiten Phase des Unterkonsums zu lokalisieren. Wo er allerdings eine Fehlregulation der Weltmarktpreise zugrundelegte, die durch technische Mittel wie die Währungsabwertung zu beheben war, hob man in der SFIO entsprechend der dominierenden orthodox marxistischen Deutung auf die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems schlechthin ab. Durch „technische“ Palliative waren solche Grundgegebenheiten demgemäß lediglich zu mildern, auf Dauer jedoch nur durch den Übergang zum Sozialismus zu beheben. Als Interimslösung, die die ideologische Prinzipientreue mit den Erfordernissen des koalitionspolitischen Kompromisses zu vereinen hatte, setzte die Regierung Blum auf eine „politique du pouvoir d'achat“, die von Maßnahmen zur Kaufkraftsteigerung der Massen neben sozialpolitischen Effekten vor allem stimulierende Wirkung auf Konsum und Gesamtwirtschaft erhoffte. Davon sollte dann auch heilsame Wirkung auf das anhaltend überaus prekäre Problem der Budgetdefizite ausgehen, dem man im Grunde aber ohne ausgearbeitete finanzpolitische Konzepte entgegentrat.⁷ Die Maßnahmen, die Blum ab Juni 1936

ne serait pas d'avoir échoué hier. Vous avez fait une tentative de bonne foi. Oh! mon Dieu! c'est déjà arrivé à des hommes et à des partis politiques de faire loyalement une politique et d'échouer. Mais ce que je vous reprocherais, ce serait de ne pas avoir compris qu'il faut changer de politique. [...] J'ai apporté à cette tribune, avec modération je crois, un avertissement qui est une collaboration.“ (JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Session extraordinaire du 28 septembre 1936, S. 2773–2777, hier: S. 2776 f.); Reynaud, France I, S. 371–375.

⁵ Lediglich ein Votum wurde in der entscheidenden Abstimmung gegen die Einführung der „congés payés“ abgegeben. Zu Zusammensetzung und Verhalten der Opposition gegen die Volksfront immer noch grundlegend: René Rémond/Janine Bourdin, *Les forces adverses*, in: Léon Blum, *Chef de gouvernement 1936–1937* (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 155), Paris 1967, S. 137–159, hier: S. 140 f.; Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 232 f.; Irvine, *French Conservatism*, S. 89; Jackson, *Popular Front*, S. 249–268.

⁶ Rémond/Bourdin, *Forces adverses*, S. 141.

⁷ Zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Plänen der Sozialisten, die als größte Fraktion der Kammer und der Volksfrontmehrheit in dieser Hinsicht tonangebend waren: Jackson, *Popular Front*, S. 159–167; Ders., *Politics of depression*, S. 202–208; Jean-Marcel Jeanneney, *La politique économi-*

mit Unterstützung seiner Parlamentsmehrheit einleitete, umfaßten im wesentlichen ein Programm von Lohnerhöhungen, forcierten öffentlichen Arbeiten und verschiedenen arbeitsrechtlichen Neuerungen. Als Kern fungierte die Einführung der 40-Stunden-Woche, die, obwohl nur eine Disposition innerhalb eines ganzen Bündels von Maßnahmen, für Gegner und Anhänger der Volksfront bald zum Symbol der neuen Politik avancierte. Mehr noch als in der erreichten Urlaubsregelung traf sich hier am augenfälligsten der sozialpolitische Impetus der außerparlamentarischen Volksfrontbewegung mit der eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Neuorientierung der Regierung: Stand doch die Hoffnung auf Zugewinn an allgemeiner Lebensqualität für die Arbeiterschaft neben dem Kalkül, daß die reduzierte Beschäftigungszeit zur forcierten Neueinstellung von Arbeitslosen führen würde, die, in Arbeit und Brot gesetzt, ihrerseits in den Konsumkreislauf eintreten könnten. Die Nationalisierung von Rüstungsbetrieben, die Neuorganisation der Bank von Frankreich und die staatliche Regelung des Getreidehandels ergänzten die Umstrukturierung der Wirtschaftsverfassung des Landes unter der Zielsetzung, Schlüsselbereiche der Wirtschaft dem Zugriff des Kapitals und dem freien Spiel der Marktkräfte zu entziehen.⁸

Bekanntlich scheiterte der Versuch zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Die im September 1936 endlich vorgenommene Abwertung des Franc brachte zwar eine kurzzeitige Erleichterung und regte insbesondere die Produktion an. Sie war während der ersten Monate der Amtszeit Blums rapide zurückgegangen und erreichte bis März 1937 einen seit Juni 1931 nicht mehr eingenommenen Höchststand. Die Arbeitslosenzahl fiel auf den tiefsten Stand seit 1933, und im Gefolge des Währungseingriffs gelang es zudem, die seit Einbruch der Krise vorherrschende Tendenz zur Abwanderung französischen Kapitals ins Ausland kurzzeitig umzukehren. Der wirtschaftliche Aufschwung des Herbstes 1936 kam jedoch schon im darauffolgenden Frühjahr ins Stocken. Bereits im Juli 1937 fiel die Industrieproduktion wieder auf den niedrigsten Stand seit Ende 1935. Obwohl Blum im Februar 1937 eine „Pause“ in der Verwirklichung des Volksfrontprogramms angekündigt hatte, bestimmt zur Ermunterung konservativer Investoren und begleitet von deflationistischen Maßnahmen, bekam man die voranschreitende Inflation nicht in den Griff. Der positive Effekt des kurzzeitigen Kapitalrückflusses vom Oktober 1936 war bald erschöpft, und schon gegen Jahresende konnte das Funktionieren des Staatshaushalts – und das Überleben der Regierung – nurmehr durch den Rückgriff auf die überkommene Praxis von Anleihen bei der Bank von Frankreich garantiert werden. Diese Fehlentwicklung verhinderte nicht nur die angestrebte Beruhigung in Anlegerkreisen, sondern machte überdies die seit Sommer 1936 erreichten Einkommenssteigerungen zunichte: Im Mai 1938 waren die Löhne inflationär bedingt in etwa wieder auf ihr Niveau vom Mai 1936 gefallen.⁹

que de Léon Blum, in: Léon Blum, *Chef de gouvernement 1936–1937*, S. 207–232. Zur Erarbeitung des Volksfrontprogramms nun am ausführlichsten: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 163–228.

⁸ Zu den Programmpunkten im einzelnen: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 212 f. und 229–240.

⁹ Zu diesen Ergebnissen der Wirtschaftspolitik Blums: Jackson, *Popular Front*, S. 168–170; Ders., *Politics of depression*, S. 203 f.

In der neueren wirtschaftshistorischen Forschung wurden für das wirtschafts- und finanzpolitische Scheitern des Volksfrontexperiments eine Vielzahl von Ursachen herausgearbeitet, wobei das zeitgenössische Argument vom unüberwindlichen „mur d'argent“ und vom volksfrontfeindlichen Verhalten der Kapitaleigner und Großbanken eine gewisse Untermauerung erfuhr.¹⁰ Zwei Schwachpunkte im Vorgehen Blums rückten daneben aber besonders in den Mittelpunkt: die verzögerte Inangriffnahme der unausweichlichen – und intern auch als unvermeidbar betrachteten – Franc-Abwertung einerseits¹¹; die begrenzende Wirkung, die die Einführung der 40-Stunden-Woche auf den durch die Abwertung in Gang gesetzten Wirtschaftsaufschwung ausübte, andererseits. Als weitgehend gesichert kann dabei bezüglich des letztgenannten Aspekts gelten, daß man in der Volksfrontführung die Auswirkungen der gestiegenen Produktionskosten unterschätzte, die aufgrund der Einführung des bezahlten Urlaubs und der effektiven Arbeitszeitverkürzung zu erwarten waren. Die Hoffnung darauf, daß der wirtschaftliche Wiederaufschwung in Form eines Produktionsanstiegs greifen würde, bevor die erhöhten Kosten sich in Preissteigerungen und vermehrter Inflation niederschlagen würden, erfüllte sich nicht. Statt dessen stagnierte die Industrieproduktion nach anfänglich hoffnungsvoller Entwicklung bald aufgrund der zu geringen Zahl qualifizierter Kräfte, aufgrund veralteter Produktionsmittel sowie der Neigung vieler Industrieller zur Kostenminimierung anstelle von Produktionssteigerungen. Die dogmatische Anwendung der 40-Stunden-Woche trug daneben aber ganz wesentlich dazu bei, die Produktionskapazität und damit auch den Aufschwung zu begrenzen.¹²

In der Debatte um die Regierungserklärung des Kabinetts Blum am 6. Juni 1936 skizzierte Reynaud bereits ein wirtschaftspolitisches Alternativprogramm. Abgesehen von einigen verbindlichen Gemeinplätzen stand es den tatsächlichen und vermeintlichen Plänen der neuen Regierungskoalition diametral entgegen. Die

¹⁰ Die nach wie vor ausführlichste Studie zur Finanzpolitik der Regierung Blum bietet Belege dafür, daß es wohl auch zu politisch motivierter Spekulation und Kooperationsunwilligkeit von Banken kam (Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 100, 142 f. und 155 f.). Zur Bewertung auch Jackson, *Popular Front*, S. 180 f.

¹¹ Aus Rücksicht auf die Reaktionen in der französischen Öffentlichkeit zögerte die Regierung Blum die Maßnahme so lange hinaus, bis sie auf der Basis eines internationalen Abkommens mit den USA und Großbritannien innenpolitisch leichter präsentierbar erschien (Jackson, *Popular Front*, S. 170–174). Zu den finanztechnischen Implikationen der „dévaluation“, den Gegnern und ihren Motiven vgl. oben Kapitel IX.2 dieser Arbeit.

¹² Die bereits unter Zeitgenossen geführte Debatte um die Auswirkungen der 40-Stunden-Woche im Gesamtzusammenhang der französischen Wirtschaftskrise kann nach wie vor nicht als eindeutig entschieden betrachtet werden. Entgegen älteren Interpretationen, wonach ihre Einführung kaum negative Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zeitigte (vgl. etwa Henry Ehrmann, *The Blum Experiment and the Fall of France*, in: *Foreign Affairs* 10 (1941), S. 152–164) neigt die neuere Forschung unter Differenzierung des Verdikts von Alfred Sauvy (Sauvy, *Histoire Economique II*, S. 191–201 und 297–305) mehr und mehr dazu, den genannten Widerspruch hervorzuheben: Vgl. insbesondere Jean-Claude Asselain, *Une erreur de politique économique: la loi des quarante heures de 1936*, in: *Revue économique* 25/4 (1974), S. 672–705; Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 398 ff.

Eine zusammenfassende Darstellung des Problems bietet unter ähnlichem Vorzeichen: Jackson, *Popular Front*, S. 173–177. Zum Aspekt der praktischen Anwendung des Gesetzes: Elisabeth du Réau, *L'aménagement de la loi instituant la semaine de quarante heures*, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier, Chef de Gouvernement. Avril 1938-septembre 1939*, Paris 1977, S. 129–149.

Abwertung des Franc statt der fortgesetzten Belastung der Wirtschaft durch eine überbewertete Währung, die Aufrechterhaltung des Budgetgleichgewichts anstelle der billigenden Inkaufnahme des Defizits waren zentrale Elemente, ebenso wie eine investorenfreundliche Niedrigzinspolitik, die Steigerung der Produktion und die Absage an jede Kontrolle des Außenhandels und des freien Devisenverkehrs.¹³ Diese Aspekte machten auch in der Folge die Hauptachse der volksfrontkritischen Stellungnahmen Reynauds aus, der sich bewußt weitgehend auf die wirtschaftstechnischen, also auf die vermeintlich weniger ideologiefälligen Teile des Programms konzentrierte.¹⁴ Anders als er selbst im Rückblick suggerierte, war der „technische“ Diskurs, in den er mit mehreren Volksfrontregierungen eintrat, jedoch auch auf seiner Seite mitnichten frei von gesellschafts- und allgemeinpolitischen Grundannahmen, die im Hintergrund standen. Diese wurden im Gegenteil gerade durch die gouvernementale Umsetzung eines konkurrierenden, linken Politikmodells verstärkt aktiviert.¹⁵

In erster Linie richtete Reynaud zweifellos sein Augenmerk auf Theorie und voraussichtliche Praxis der „Loi de 40 heures“. Anders als die überwiegende Mehrheit der durchaus zahlreichen zeitgenössischen Kritiker des Gesetzes beschränkte er seine fachlichen Einwendungen nicht auf den zu erwartenden Kostensteigerungseffekt, sondern gab sich von Juli 1936 an bereits skeptisch hinsichtlich der resultierenden Produktionsrate.¹⁶ Und als im Frühjahr 1937 nach der mittlerweile erfolgten allgemeinen Umsetzung der 40-Stunden-Woche die Industrieproduktion tatsächlich jene Obergrenzen erreicht hatte, die ihr durch die Arbeitszeitverkürzung gesetzt waren, konnte er nüchtern die Bestätigung seiner frühen Warnungen konstatieren: „L'échec de l'expérience Léon Blum provient de la diminution du rendement des machines.“¹⁷

Daß dieser zugespitzt formulierten Einsicht ein Anteil an der komplexeren Wahrheit nicht abzuspochen war, geht aus dem bisher Gesagten hervor. Klarer noch tritt Reynauds Einschätzung in einer Notiz hervor, die er wenige Tage nach der Abwertung des Franc im September 1936 in bezug auf Blums Reformwerk anlegte: „Socialiste et frileusement prisonnier de son schéma doctrinal, il avait préféré se livrer à des spéculations désintéressées sur les contradictions du capitalisme jusqu'à ce que, parvenu au pouvoir, il ait appliqué les yeux bandés l'hygiène socialiste à l'économie libérale bien malade dont il avait cependant analysé correctement la crise... Sa doctrine s'écrase contre les faits et son seul résultat fut de faire fonctionner le capitalisme à perte...“¹⁸

Reynaud wandte sich nicht allein gegen den Wirtschaftspolitiker Blum, sondern auch und vor allem gegen den sozialistischen Programmatiker, dessen Neuord-

¹³ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 6 juin 1936, S. 1320f.; *Le Temps*, 8. 6. 1936.

¹⁴ So im Rückblick anhand der „Loi de 40 heures“: Reynaud, France I, S. 368.

¹⁵ Vgl. dazu die Darstellung der Volksfrontzeit in seinen Memoiren: Reynaud, France I, S. 360–436; speziell zur Wirtschaftspolitik: S. 360–380. Reynaud, Mémoires II, S. 65–111 und 168–179.

¹⁶ Zum Tenor der zeitgenössischen Kritik: Asselain, *Erreur de politique économique*, S. 678; Jackson, *Popular Front*, S. 174. Paul Reynaud, „Ouvrier français, veux-tu partager l'abondance ou la misère?“, in: *Paris-Soir*, 17. 7. 1936.

¹⁷ Paul Reynaud, „Comprenons que nous nous sommes trompés“, in: *Paris-Soir*, 6. 7. 1937.

¹⁸ Handschriftliche Aufzeichnung Reynauds, 30. 9. 1936 (AN, 74 AP 17); abgedruckt auch bei Du Réau, *L'aménagement*, S. 131.

nungspläne langfristig eine grundlegende Umstrukturierung der Sozial- und Wirtschaftsverfassung des Landes nach sich gezogen hätten. Die *Inhalte* der neuen Politik erregten den Widerspruch des Wirtschaftsexperten Reynaud; der neue politische *Stil*, die Erweiterung der Trägerschaft politischen Handelns über die traditionellen Kreise parlamentarischer und publizistischer Öffentlichkeit hinaus stießen dagegen auf den Widerstand des bürgerlichen Liberalen. Anders als manche Sprecher des bürgerlichen Lagers, anders als die Presse der Rechten und der extremen Rechten vermied es Reynaud in seinen öffentlichen Äußerungen, der Atmosphäre „kollektiver Furcht“¹⁹ nachzugeben, die die Mobilisierung der Bevölkerung durch die Volksfrontparteien, die Präsenz von Großveranstaltungen und Umzügen im Pariser Stadtbild sowie eine bisher nicht dagewesene Welle von Streiks hervorgerufen hatte. Keineswegs beschwor er ein simples Schreckensszenario von Chaos, Bürgerkrieg und Revolution. Wenn er dennoch den zunehmenden Einfluß der „Massen“ auf die politische Willensbildung zu erkennen glaubte und darauf mit Bestürzung reagierte, dann stand dahinter nicht vorrangig die Furcht vor einem gewaltsamen Umsturz von links; mehr noch sah Reynaud sein traditionalistisches Verständnis des französischen Repräsentativsystems und der daraus hervorgegangenen Staatsorgane in Frage gestellt. Der Souverän, also die Volksvertretung und die durch sie bestellte Regierung, hatte demnach in jedem Falle seine Unabhängigkeit und seine Prärogativen gegenüber dem Druck der Straße zu wahren. Maßnahmen wie politisch motivierte Generalstreiks aber stellten ebenso verwerfliche und für das Gemeinwohl schädliche Aktionen dar, wie etwa Akte der Selbstjustiz verfeindeter politischer Gruppen. Im Rahmen eines erweiterten Gewaltbegriffs waren beide Vorgehensweisen gleichermaßen als nicht hinnehmbare, gewalttätige Attacken auf das Prinzip staatlicher Souveränität zu werten.²⁰ Interessenvertretungen der Arbeiter, die die ihnen billigerweise zukommende „normale Rolle“ der Artikulation berufsgebundener Anliegen ihrer Mitglieder verließen und sich dauerhaft auf politisches Terrain begaben, um Einfluß auf die staatliche Willensbildung zu nehmen, stellten als potentieller „Staat im Staate“ das Gemeinwesen insgesamt in Frage. Im Ergebnis könne aus solcher Machtprobe nur nach britischem Vorbild die völlige Entmachtung der syndikalistischen Bewegung einerseits oder, wie in Italien, die autoritäre Degenerierung des herausgeforderten Staatswesens andererseits resultieren: „[...] une démocratie forte dompte le syndicalisme qui veut la conquérir. Une démocratie faible en proie aux envahissements du syndicalisme fait place à un Etat dictatorial où le pouvoir s'hypertrophie pour „digérer“ les forces syndicales.“²¹

Daß er die letztere Alternative im Falle Frankreichs für die wahrscheinlichere hielt, hatte er bereits im Jahr zuvor deutlich gemacht, als er auf strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den Regierungsstilen in Italien und in Frankreich hingewiesen hatte. Hier wie dort erwachsen seiner Meinung nach aus dem gleichen Grund-

¹⁹ Mayeur, *Troisième République*, S. 352.

²⁰ „[...] une grève générale, déclenchée pour une raison d'ordre politique, est, elle aussi, un acte de violence politique de particuliers réunis, utilisant leur masse pour peser sur les pouvoirs publics. C'est un acte de violence insidieuse, comme l'inondation, mais qui peut être souveraine.“ (Paul Reynaud, „La leçon de la nuit tragique de Clichy“, in: *Paris-Soir*, 27. 3. 1937).

²¹ Ebenda.

übel – dem überstarken Einfluß der „Massen“ auf die Willensbildung der Staatsführung – die gleichen negativen Folgeerscheinungen:

„[...] le gouvernement français d'aujourd'hui et le gouvernement italien sont plus proches qu'ils ne le pensent l'un et l'autre. Même appel aux „masses“ qui est la négation même de la légalité républicaine, mêmes mesures socialisantes, mêmes erreurs économiques et monétaires conduisant à l'anémie et à l'isolement dans un monde où les démocraties renaissent à la prospérité.“²²

Die Parallelsetzung des faschistischen Italien mit dem Frankreich der Volksfront war zweifellos polemisch überspitzt und unterschätzte den Legalismus und das Demokratieverständnis Blums und der radikalsozialistischen Volksfrontführer. Unbestreitbar aber war tatsächlich, daß Blums Wirtschaftsexperiment in wesentlichen Punkten erst auf breiten *außerparlamentarischen* Druck hin jene Schärfe und Unflexibilität angenommen hatte, die sein Scheitern vorbereitet und das Verhandlungsklima zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften entscheidend belastet hatten. So war insbesondere die 40-Stunden-Woche ab Sommer 1936 erst auf Verlangen der Streikenden und ihrer gewerkschaftlichen Vertretung hin in die Regierungspläne aufgenommen worden. Sie wurde explizit weder in den Plänen der SFIO gefordert, wo man kurz vorher davon abgerückt war, noch im eigentlichen Volksfrontprogramm, das lediglich allgemein von Arbeitszeitverkürzung sprach.²³

Insofern entsprach es durchaus einer tieferen Logik, wenn ein bürgerlicher Kritiker der Blumschen Wirtschaftspolitik in seiner Ursachenforschung die konstatierten ökonomischen Fehlentwicklungen mit der „schleichenden“²⁴ Veränderung des politischen Systems in Zusammenhang brachte. Reynauds Gegenposition war eine grundsätzliche: Wo Blum versuchte, die Konsolidierung der Wirtschaft mit der stärkeren Integration der Arbeiterschaft in den ökonomischen Kreislauf und in die soziale Ordnung in Einklang zu bringen, favorisierte Reynaud ein getrenntes, zweistufiges Vorgehen unter Zurückstellung sozialreformerischer Belange: „il fallait, d'abord, sauver l'économie française pour pouvoir, ensuite, accorder aux masses des avantages durables [...]“²⁵.

In Reynauds Verständnis bildete die Wirtschafts- und Sozialverfassung des Landes keine Variable, sondern eine Konstante, auf die sich sein Reformwille nicht erstreckte. Selbst rigoroseste Maßnahmen wie die Abwertung der Währung dienten in diesem Zusammenhang der Systemstabilisierung, nicht seiner Überwindung. Die feste Überzeugung von der Perfektibilität des „kapitalistischen“ Systems, von der Steuerbarkeit volkswirtschaftlicher Mechanismen und von nur begrenztem staatlichem Regelungsbedarf auch auf wirtschaftlichem Gebiet lag diesem Reformansatz zugrunde. So eingeschränkt diese leitenden Interventionen im Interesse des „natürlichen“ Spiels der Marktmechanismen auch zu bleiben hatten – prinzipiell waren die Eingriffsrechte des Staates Ausfluß seiner Souveränität

²² Paul Reynaud, „Le régime des „masses“ en France et en Italie. Ce qu'il a déjà coûté. Ce qu'il menace de coûter encore“, in: *Paris-Soir*, 22. 8. 1936.

²³ Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 218–221; Jackson, *Popular Front*, S. 279 f.

²⁴ Paul Reynaud, „La leçon de la nuit tragique de Clichy“, in: *Paris-Soir*, 27. 3. 1937

²⁵ Paul Reynaud, „Ouvrier français, veux-tu partager l'abondance ou la misère?“, in: *Paris-Soir*, 17. 7. 1936.

und entsprechend nur durch die bestehende Gesetzgebung gebunden. Wie Reynaud auf allgemeinpolitischem Gebiet die Implantation plebiszitärer Elemente als Deformation des Repräsentativsystems französischer Tradition ablehnte, so begegnete er auch auf sozial- und wirtschaftspolitischem Terrain all jenen Revisionsansätzen mit grundsätzlichem Vorbehalt, die die theoretischen staatlichen Prärogativen einschränken konnten. Dazu gehörte in erster Linie das quasi-plebiszitäre Element des Generalstreiks, das er anders als Blum nicht als „Sicherheitsventil“ und damit als legitimes politisches Mittel zu rechtfertigen bereit war. Dazu gehörte ebenso die politische Rolle von Wirtschaftsvertretungen, die sich in Form intermediärer Gruppierungen zwischen die staatliche Leitungsebene und die Gemeinschaft der Arbeitenden zu schieben drohten. Den Gewerkschaften wies er nicht wie Blum eine Emanzipations-, sondern eine Integrations- und Kanalisierungsfunktion zu und zeigte sich damit einem traditionalistischen Verständnis verhaftet, das sich letztlich kaum von jenem unterschied, das er bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Anlehnung an die politische Praxis Waldeck-Rousseaus entwickelt hatte.²⁶

Eine Regierung, die sich allzusehr auf Forderungen solcher nichtlegitimierter Vertretungen einließ, lief deshalb Gefahr, den „Instinkten leidenschaftlich erregter“, rationaler Argumentation unzugänglicher Massen nachzugeben und damit jenes Verfahren zu negieren, das alleine „republikanischer Legalität“ entspreche: das Handeln von Staatsmännern, die aus der frei gewählten Volksvertretung hervorgegangen waren und im rationalen Diskurs ihre Politik zu verteidigen und durchzusetzen wußten: „Régime des masses ou régime parlementaire? Voilà le péril qu'il y a à substituer à l'action d'hommes d'Etat relevant d'assemblées librement élues et susceptibles de s'imposer à elles par le raisonnement, qui est sans prise sur les foules, les instincts de ces minorités passionnées s'imposant même à des chefs qui ont le prestige, l'autorité et les dons magnifiques de M. Mussolini.“²⁷

Das beschriebene, elitäre Politikmodell hinderte Reynaud nun keineswegs daran, seinerseits die Zusammenarbeit mit den tragenden Schichten der Volksfront anzustreben. In einer Art Doppelstrategie lehnte er zwar den Kontakt mit den Gewerkschaften ab, suchte aber auf der anderen Seite durchaus das direkte öffentliche Gespräch mit der Arbeiterschaft. Sein Argumentationsschema war einfach: Zwar trage die „classe ouvrière“ keineswegs Schuld an der vergangenen „unvernünftigen“ Wirtschaftspolitik; auch habe sie in ihrer Präferenz für die 40-Stunden-Woche aus „Altruismus“ und Solidarität mit arbeitslosen Kollegen gehandelt. Die neuerlangte Verantwortung für die Gesamtnation erlege ihr aber die Pflicht auf, sich endlich der volkswirtschaftlichen Einsicht zu öffnen, daß aus einer produktionsfeindlichen Haltung nicht die erhoffte Steigerung des Wohlstands resultieren könne. Ihre noble solidarische Haltung habe die Arbeiterschaft des-

²⁶ Vgl. hierzu Kapitel III.3.a) dieser Arbeit.

²⁷ Paul Reynaud, „Le régime des „masses“ en France et en Italie. Ce qu'il a déjà coûté. Ce qu'il menace de coûter encore“, in: *Paris-Soir*, 22. 8. 1936.

halb auf die Gesamtnation auszudehnen: „Je suis sûr qu'en tenant franchement ce langage à la classe ouvrière, on doit être compris.“²⁸

Diese zweigleisige und in sich nicht widerspruchsfreie Argumentationsstrategie verfolgte Reynaud bis Frühjahr 1938 in ihrem Kern kaum verändert weiter. Je mehr allerdings der schon unter Blum einsetzende Reorientierungsprozeß voranschritt, in dessen Verlauf sich die Volksfrontregierungen stufenweise von ihrer Wirtschaftsdoktrin abwandten, desto deutlicher trat neben seine wirtschaftstheoretische Kritik der Appell zur „Union aller Kräfte der Nation“. So wie noch niemals in seiner politischen Laufbahn bemühte er sich nun um intellektuellen Einfluß auf die Arbeiterschaft, einen der Schlüsselfaktoren in seiner Doktrin des „redressement“.²⁹ In dem Maße, in dem sich letztere als Funktion seiner außenpolitischen Lageeinschätzung verfestigte, verdichtete sich in seinen Äußerungen die Einheitsrhetorik in der Art eines „basso continuo“, der fortan seine wirtschaftstheoretische Überzeugungsarbeit begleitete. Es ist geradezu frappierend, wie sehr Reynauds Konzeption der innergesellschaftlichen Sozialbeziehungen, seine Sicht des Verhältnisses von Kapital und Arbeit über die Jahrzehnte hinweg gleichgeblieben war: In einer Krisensituation der Republik, geprägt von äußerer Bedrohung sowie von der Uneinsichtigkeit der Regierenden und der drohenden Entfesselung irrationaler Massen im Inneren, hatte der Rückgriff auf die republikanische Solidarität an der Basis des Wiederaufschwungs zu stehen. Die Restauration der Einheit der Nation unter dem Vorzeichen eines überparteilichen Konsensus blieb ihm unter den veränderten Voraussetzungen der späten dreißiger Jahre noch ebenso ein anzustrebendes Ideal und ein erfolgversprechendes Palliativ wie vor dem Ersten Weltkrieg, als er seine politischen Maximen zum erstenmal in ausführlicherer Form niedergelegt hatte.

Dabei stand er mit solcher Instrumentalisierung des Republikbegriffs keineswegs alleine. Von der sozialistischen Linken bis zur außerparlamentarischen Rechten pflegte man zwischen den Weltkriegen den Mythos von der „Republik“ als umfassender identitätsstiftender Kraft, wobei die konnotierten Inhalte je nach Selbstdefinition und politischer Wirkabsicht der Gruppen stark variierten. Reynauds Interpretation war 1913 wie 1936/38 von der liberalen Grundüberzeugung dominiert, wonach nicht der Klassenkampf, sondern der pluralistische Ausgleich im natürlichen Spiel der Kräfte den Anfang gesellschaftlicher Erneuerung zu bilden hatte. Der Appell an den staatsbürgerlichen Geist der Arbeiterschaft stand im Einklang mit diesem liberalen Credo, da deren wirtschaftliche Interessen nach seinem Dafürhalten eng mit jenen der Arbeitgeber, ihr Wohlstand eng mit einer prosperierenden Gesamtwirtschaft verknüpft waren: „Il n'y a pas de conflit entre les intérêts profonds des diverses classes. [...] Lorsqu'il y a un an, en pleine crise, on a accru les charges des producteurs et des commerçants français, on a décrété, sans le savoir, le chômage partiel qui recommence à sévir. Par là, on a atteint la

²⁸ Paul Reynaud, „Ouvrier français, veux-tu partager l'abondance ou la misère?“, in: *Paris-Soir*, 17. 7. 1936; Ders., „Comprenons que nous nous sommes trompés“, in: *Paris-Soir*, 6. 7. 1937.

²⁹ Vgl. beispielsweise Paul Reynaud, „Le coup de théâtre de Rambouillet permet d'espérer l'union de toutes les forces de la nation“, in: *Paris-Soir*, 6. 10. 1937.

classe ouvrière. [...] Il est vain de prétendre servir un secteur de la nation au détriment des autres.“³⁰

Die Kontinuität dieses harmonisierenden Gesellschaftsmodells im Denken Reynauds verbietet es, seine forcierte Hinwendung zur Arbeiterklasse als bloß taktisches, angesichts äußerer Bedrohungslagen kurzfristig eingeleitetes Manöver abzutun. Der direkte Appell war vielmehr in Inhalt und Form genuiner Ausdruck seines an Waldeck-Rousseau geschulten, reformerischen Republikverständnisses. Aufgabe der bürgerlichen Schichten war es demnach, die Arbeiterschaft über tiefere sozio-ökonomische Zusammenhänge aufzuklären und so in den Schoß der republikanischen Einheit zurückzuführen. Wenn nötig hatte das auch unter Umgehung jener intermediären Instanzen zu geschehen, die durch haltlose Komplotttheorien von der Obstruktion der Besitzenden einen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu konstruieren versuchten. Bis dato war es allerdings die politische Öffentlichkeit im allgemeinen, die bürgerliche Führungselite im speziellen gewesen, die als privilegierter Adressat der Reynaudschen Appelle fungiert hatte. Erst das Zusammentreffen der außenpolitisch verschärften Sicherheitslage Frankreichs mit den produktionshemmenden sozialpolitischen Maßnahmen der Volksfront hatte sein Interesse neu aktiviert – ein Interesse, das in erster Linie ein funktionales, kein emanzipatorisches war. So war seine von einem wirtschaftsliberalen Verständnis geprägte Rollenzuweisung an die Arbeiterschaft durch strikt sozialkonservative Wertvorstellungen bestimmt. Angesprochen war in erster Linie der Arbeiter in seiner Eigenschaft als „citoyen“, d. h. als mit bestimmten staatsbürgerlichen Rechten wie Pflichten begabtes Mitglied der republikanischen Gemeinschaft, der seiner aus dieser Eigenschaft sich ergebenden Verantwortung für das Gemeinwohl nachzukommen hatte. Die Zuweisung eines neuen Maßes an sozialer Teilhabe in Verbindung mit der geforderten wirtschaftlichen Leistung war im Konzept Reynauds nicht vorgesehen. Auch wenn Reynauds Rhetorik dem oberflächlichen Beobachter „volksfrontfreundlich“ erscheinen mochte – im Kern war sie gegen deren Grundlagen gerichtet.

2. Liberale Wirtschaftspolitik und Staatskrise: Reynaud als Minister im Kabinett Daladier 1938–1940

Die dritte Regierung Edouard Daladiers besaß in mehrfacher Hinsicht prägenden Eigencharakter in der Entwicklung der späten Dritten Republik. Bereits in ihrer ungewöhnlichen Dauerhaftigkeit setzte sie einen Kontrapunkt gegenüber fast zehn Jahren politischen Lebens in Frankreich, in deren Verlauf kein Kabinett deutlich länger als ein Jahr im Amt geblieben war.³¹ In den knapp zwei Jahren zwischen dem Sturz des zweiten Kabinetts Blum im April 1938 und dem Regierungsantritt Paul Reynauds im März 1940 leitete sie die zunächst noch vorsichtige, ab Herbst 1938 endgültige Beendigung des Volksfrontexperiments ein, nicht ohne

³⁰ Paul Reynaud, „Comprenons que nous nous sommes trompés“, in: *Paris-Soir*, 6. 7. 1937.

³¹ Zuletzt hatte das zweite Kabinett Poincaré zwischen Juli 1926 und November 1928 länger als ein Jahr amtiert.

die noch unter Blum begonnenen energischen Rüstungsanstrengungen fortzuführen. Unter dem Eindruck des hegemonialen Ausgreifens Hitlers auf nicht-deutsche Gebiete setzte sie um den Preis der politischen Ausschaltung der Arbeiterbewegung erfolgreich ein ökonomisches Konsolidierungsprogramm in Gang, das die französische Wirtschaft bis Sommer 1939 aus der Krise führte. Unter ihrer Ägide vollzogen sich Ausarbeitung, Höhepunkt und Ende einer eigenständigen französischen Politik des „apaisement“ gegenüber Hitler. Sie führte Frankreich aber auch in die halluzinierende Atmosphäre der „Drôle de guerre“, deren demoralisierende und den gesellschaftlichen Zerfall beschleunigende Wirkung kaum zu überschätzen ist. Insgesamt bietet das komplexe Erscheinungsbild wenig Anlaß, das politische Regime der letzten Friedensmonate in Frankreich als bloßen Zwischenakt oder als Vorstufe für die katastrophale Niederlage und die darauffolgende Auflösung des parlamentarischen Systems anzusehen.³²

Auf den Grundlagen des politischen, wirtschaftlichen wie mentalen Erbes der Volksfront und gleichzeitig gegen sie agierte das neue Kabinett, was ihm nach außen hin zunächst ein wenig eindeutiges Aussehen gab. Wie 1926 und 1934 hatte eine parlamentarische Mehrheitsverschiebung während der Legislaturperiode den Regierungswechsel bewirkt, und zum dritten Mal hatten die Radikalsozialisten ein Linksbündnis verlassen, um in eine zur Mitte hin gerückte Koalition einzutreten. Anders als bei den vorausgegangenen Verschiebungen dieses Musters mündete der Machtwechsel diesmal nicht in ein durch die rechte Mitte geführtes Kabinett.³³ Die Gründe dafür lagen nicht nur in der Bedeutung der radikalsozialistischen Kammergruppe, die nach den Sozialisten die zweitstärkste Gruppierung stellte³⁴, oder im Beharrungsvermögen der Volksfrontidee, deren Anhängerschaft sich in der Bevölkerung trotz der Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament kaum vermindert hatte.³⁵ Selbst wenn die Mitte-Rechts-Formationen dies beabsichtigt hätten, wären sie nach dem Rückzug Tardieus aus der aktiven Politik kaum in der Lage gewesen, einen Alternativkandidaten aufzubieten, der auch nur

³² Historiographisch lag die Periode lange Zeit im Windschatten von Volksfront und militärischer Niederlage Frankreichs, die sie an polarisierender Symbolkraft einerseits, an erkenntnisfordernder Rätselhaftigkeit andererseits zu übertreffen schienen. Ein Kolloquium an der Pariser „Fondation nationale des sciences politiques“ leitete im Dezember 1975 eine Wende ein, deren Folgen bis heute spürbar sind. Vgl. deshalb zur Regierung Daladier von April 1938 bis Kriegsausbruch die Beiträge in dem bereits genannten Sammelband: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, Chef de gouvernement, avril 1938 – septembre 1939, Paris 1977; daneben: Serge Berstein, Le parti radical-socialiste arbitre du jeu politique français, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), La France et les Français en 1938/1939, Paris 1978, S. 275–306. Zur Phase der „Drôle de guerre“ in breitem Ansatz: Hans-Jürgen Heimsoeth, Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der „Drôle de Guerre“ 1939/1940 (Pariser Historische Studien 30), Bonn 1990; unter dem Blickwinkel der deutsch-französischen diplomatischen Beziehungen: Hans F. Bellstedt, „Apaisement“ oder Krieg. Frankreichs Außenminister Georges Bonnet und die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938 (Pariser Historische Studien 37), Bonn 1993.

³³ René Rémond, Introduction, in: Ders./Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 9–21; Mayeur, Troisième République, S. 360f.

³⁴ Rémond, Introduction, S. 18.

³⁵ Zu diesem Ergebnis kommt François Goguel anhand der akribischen Auswertung von 18 parlamentarischen Nachwahlen zwischen April 1938 und September 1939: Neuwahlen hätten während dieser Periode höchstens eine Rechtsverschiebung von etwa 4% der Wählerstimmen ergeben (François Goguel, Les élections législatives et sénatoriales partielles, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 45–54).

annähernd über das nationale Prestige eines Edouard Daladier verfügte. Selbst Paul Reynaud konnte hier nicht konkurrieren.

Der neue Ministerpräsident, seit Januar 1936 wieder Parteichef der Radikalsozialisten, hatte als Wehrexperte seiner Partei ab 1933 in verschiedenen Kabinetten das Amt des Kriegsministers innegehabt. Unter Léon Blum mit der Koordination der drei Teilministerien beauftragt, denen die Organisation der Landesverteidigung unterstand, war er die treibende Kraft hinter dem Rüstungsprogramm der Volksfront vom September 1936 gewesen, das in Umfang und Schnelligkeit seiner Durchsetzung mit der bis dahin üblichen Praxis brach.³⁶ Daß dabei der Schwerpunkt zwar auf Modernisierung und Motorisierung lag, daß sich diese jedoch an den Vorstellungen des Generalstabs über die Verwendung der Panzerwaffe orientierten, ohne Rücksicht auf die Alternativideen Reynauds und de Gaulles zu nehmen, hatte der Popularität Daladiers keinen Abbruch getan – im Gegenteil. Durch fachliche Kompetenz und bewußte Beschränkung auf den Aufgabenbereich seines Ministeriums hatte er sich in Partei und Öffentlichkeit vielmehr den Ruf eines vertrauenswürdigen, seriösen Politikers erworben, der sich abseits allen politischen Tagesgeschäfts und im Einklang mit der Armeeführung dem Aufbau der Landesverteidigung widmete.³⁷ In Verbindung mit der Machtbasis, die ihm die Schlüsselposition der radikalen Partei im politischen Kräftespiel verschaffte, lag hierin die Wurzel des nahezu einmütigen Votums von 587 der abgegebenen 593 Stimmen, mit dem die Kammer der neuen Regierung ihr Vertrauen aussprach.³⁸

Das neue Kabinett stellte eine radikalsozialistisch dominierte, zentristische Regierung der „concentration“ unter Ausschluß der Sozialisten dar, die die Zusammenarbeit verweigert hatten. Anzeichen für eine Abwendung vom Volksfrontexperiment waren also durchaus erkennbar, doch eindeutig stellte sich die Orientierung der neuen Formation zunächst noch keineswegs dar. Immerhin konnte sie sich vorerst auf die Tolerierung durch die Sozialisten sowie die Mitarbeit ehemaliger Volksfrontminister stützen und wurde geführt von einem Politiker, der der Volksfront seit Juni 1936 an maßgeblicher Stelle gedient hatte.³⁹ Der Wille zur Umorientierung manifestierte sich zunächst nur personell. Drei Abgeordnete aus den Reihen der „modérés“ gehörten ihr an, denen allesamt eine bekanntermaßen kritische Haltung gegenüber den diktatorischen Regimen in der Nachbarschaft Frankreichs zu eigen war: Georges Mandel im Kolonialministerium, der Vorsitzende des christdemokratischen „Parti Démocrate Populaire“, Champetier de Ribes, als Minister für die „Anciens Combattants“ und Paul Reynaud als Justizminister.

Der neue „Garde des Sceaux“ war zunächst als Finanzminister vorgesehen gewesen, hatte es dann aber nach Rücksprache mit Léon Blum vorgezogen, das Alternativangebot Daladiers zu akzeptieren, um den Bestand des neuen Kabinetts nicht zu gefährden. Denn der Sozialistenführer hatte klargemacht, daß seine Partei den Eintritt des bekannten Gegners der 40-Stunden-Woche in eine Schlüsselposition nicht akzeptieren würde; zur Übernahme eines Regierungsamtes riet Blum

³⁶ Ausführlich zum „programme Daladier“: Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 71–77.

³⁷ Berstein, *Parti Radical II*, S. 535 f.

³⁸ Ebenda, S. 536.

³⁹ Zum Charakter der neuen Kabinettsformation auch: Berstein, *Parti Radical II*, S. 536–538.

dennoch dringend. Das Amt des Kriegsministers, das Reynaud daraufhin von Daladier gefordert hatte, war dem militärtheoretischen Häretiker dagegen erwartungsgemäß verweigert worden.⁴⁰

Auf den ersten Blick erstaunt die Berufung des Volksfrontkritikers Reynaud in eine Regierung, die zunächst keineswegs eine klare Neuorientierung erkennen ließ und überdies von einem Mann geführt wurde, mit dem Reynaud in einer „Überlebensfrage“ seit Jahren im Dissens stand. Bei Daladier spielte dabei die Sorge um die parlamentarische Absicherung seines Kabinetts nach Verlust der sozialistischen Unterstützung sicherlich eine große Rolle; darüber hinaus manifestierten sich in der hier eingeleiteten Interessenkoalition der beiden Politiker Ansätze für eine „konservative Wende“ im politischen Denken des Radikalsozialisten, die für seine weitere Politik und die Zusammenarbeit mit Reynaud von großer Bedeutung werden sollten.

Ohne sich während seiner knapp zweijährigen Ministerzeit zu sehr durch allgemeinpolitische Stellungnahmen zu exponieren, hatte Daladier doch bis Frühjahr 1938 in zunehmendem Maße Themen aufgegriffen, die ihn dem rechten, volksfrontfeindlichen Flügel seiner Partei annäherten: Der Schutz mittelständischer Belange zählte ebenso dazu wie Aufrufe zur Steigerung der Industrieproduktion, zur Wiederherstellung des sozialen Friedens und von Recht und Ordnung.⁴¹ Vor dem Hintergrund einer erneuten, vorwiegend kommunistisch inspirierten Streikwelle, die im April 1938 über 130 000 Arbeiter zu Arbeitsniederlegungen und Fabriksbesetzungen getrieben hatte, konnten diese Äußerungen als programmatisch verstanden werden.⁴² Eine gewisse Interessenidentität zeichnete sich also schon im Frühjahr 1938 zwischen Daladier und dem wortgewaltigsten parlamentarischen Vertreter einer Politik des „redressement“ ab. Die daraus resultierende politische Annäherung der folgenden Monate blieb jedoch stets vielschichtig und erreichte als Zweckbündnis niemals jenen Grad an politischer Affinität, der etwa Reynauds Verhältnis zu André Tardieu in seiner konfliktfreien Phase bestimmt hatte. Sie blieb sektoral beschränkt, war aber innerhalb bestimmter Grenzen durchaus entwicklungsfähig. So kam es in Fragen der Militärdoktrin während der gesamten gemeinsamen Regierungstätigkeit zu keinerlei Annäherung der Positionen, was sich in der bereits beschriebenen Aussparung des Themas durch Reynaud niederschlug.⁴³ In außenpolitischer Hinsicht zeichnete sich eine nach außen sichtbare Angleichung der Sehweisen erst ab Frühjahr 1939 ab, nachdem Daladier von seiner diesbezüglichen konzeptionellen Zurückhaltung nicht zuletzt unter dem Druck der Sudetenkrise abgegangen war.⁴⁴ Allerdings drückte die Berufung Reynauds, der sich den Ruf erworben hatte, eine harte Linie gegenüber dem Expansionsstreben der Diktatoren zu vertreten, das Bestreben Daladiers aus, ein

⁴⁰ Vgl. hierzu die Darstellung Reynauds: Reynaud, *Mémoires* I, S. 200 f.; Ders., *Au cœur de la mêlée*, S. 201. Zur Berufung Reynauds auch: Susan B. Butterworth, *Daladier and the Munich Crisis. A Reappraisal*, in: *Journal of Contemporary History* 9/3 (1974), S. 191–216, hier: S. 200 f.

⁴¹ Berstein, *Parti Radical* II, S. 535 f.

⁴² Zum prekären sozialen Klima des Frühjahrs 1938: Jean-Pierre Azéma, *De Munich à la Libération, 1938–1944* (*Nouvelle Histoire de la France Contemporaine* 14), Paris 1979, S. 23.

⁴³ Siehe dazu oben Kapitel IX.3 dieser Arbeit.

⁴⁴ Zu frühen außenpolitischen Stellungnahmen Daladiers vor dem Münchener Abkommen und zum Verhältnis Reynaud-Daladier in treffendem Überblick: Bellstedt, „*Apaisement*“, S. 133–144.

Gegengewicht zu dem bekannt deutschfreundlichen Außenminister Bonnet zu setzen.⁴⁵ Im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Reorientierung und die damit verbundenen sozialpolitischen Grundsatzentscheidungen herrschte dagegen weitestgehende Übereinstimmung, die im Sommer 1938 manifest wurde.

So unbestimmt sich das Kabinett in allgemeinpolitischer Hinsicht zunächst präsentierte, so wenig eindeutig fiel vorerst die Finanz- und Wirtschaftspolitik aus, die auf halbem Wege zwischen den Vorgaben der Volksfrontzeit und den Forderungen von Arbeitgebern und Kapitalinteressen innehielt. In Abstimmung mit Daladier nahm der radikalsozialistische Finanzminister Marchandeaude als einschneidendste Maßnahme Anfang Mai die erneute Abwertung des Franc in Angriff. So sollte über die Wiederherstellung von Gewinnmöglichkeiten bei Transfergeschäften die seit Beginn der Volksfront grassierende Kapitalflucht eingedämmt werden. Im Zuge einer Vereinbarung mit Großbritannien wurde der Franc zudem vom Goldstandard gelöst und an den Kurs des britischen Pfunds gebunden. Der Erfolg blieb zunächst nicht aus: Bis Sommer 1938 kehrten knapp 18 Milliarden Francs expatriierten Kapitals auch als Folge der beruhigten innenpolitischen Lage nach Frankreich zurück. Sie konnten bis zu einer Höhe von 16 Milliarden als Staatsanleihen nutzbar gemacht werden – ein Resultat, das die Rückkehrbewegungen der Jahre 1936 und 1937 klar übertraf. Die Entwicklung der internationalen Situation und das Wiederaufleben interner sozialer Spannungen ab Frühjahr 1938 bewirkten dann eine erneute Umkehrung der Tendenz, die den erzielten Effekt bis September praktisch wieder zunichte machte. Bezeichnenderweise erreichte der Kapitalabzug aus Banken und „Caisses d'Épargne“ ein massives und überstürztes Maß ab dem 24. September, dem Tag der teilweisen Mobilisierung der französischen Streitkräfte. Erst im Oktober, nach Abschluß des Münchener Abkommens, wandte sich die Situation wieder in ihr Gegenteil, und nahezu die Gesamtheit des Kapitals kehrte zurück.⁴⁶

Der Wiederbewaffnung räumte Daladier die von Blum bereits vorgegebene hohe Priorität ein, blieb gegenüber den Gewerkschaften jedoch bemüht, eine flexible Lösung zur Ausweitung der Produktion zu finden. Das Scheitern der Verhandlungen im Sommer 1938 war bestimmend für die Einleitung eines Kurswechsels, den er in einer Rede am 21. August publik machte: Frankreich habe sich an-

⁴⁵ Vgl. dazu unten Kapitel X.2.b).

⁴⁶ „Note de la Trésorerie“, 21 Novembre 1938 (AEF, B 33196). Bislang hat die wirtschaftshistorische Forschung noch keine einheitliche Interpretation der Kapitalbewegungen des Jahres 1938 vorgelegt. Da die Frage für die Bewertung der Finanzpolitik Reynauds ab November 1938 von Bedeutung ist, muß sie hier kurz erörtert werden.

Laut Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 193f. verließen in der Hochphase der Sudetenkrise, zwischen Juni und Oktober 1938, circa 15 bis 16 Milliarden Francs den französischen Markt, so daß von den zurückgekehrten 18 Milliarden im Oktober nurmehr 2 Milliarden zur Verfügung standen. Ohne sich überhaupt auf Frankenstein zu beziehen, sieht Margairaz diese erneute Abwanderungsbewegung zwar, hält aber im Widerspruch dazu die psychologische Konsolidierung des Kapitalmarkts bereits im Frühjahr 1938 für gegeben. Das bei ihm zitierte Quellenmaterial reicht jedoch nicht hin, um diese Behauptung zu belegen. (Vgl. Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 444f. und 462f.).

Beide Autoren übergehen somit einen Teil der Gesamtbewegung und gelangen zu einem unvollständigen Bild: zu einem übermäßig optimistischen bereits für das zweite Quartal 1938 im Falle Margairaz; zu einem übermäßig pessimistischen im Falle Frankenstein, der die Rückkehrbewegung von Oktober 1938 unterschätzt.

gesichts der drohenden äußeren Gefahren wieder „an die Arbeit zu machen“, und dies insbesondere durch die flexiblere Handhabung der 40-Stunden-Woche. Die solchermaßen klar formulierte Attacke auf eine zum Symbol gewordene Errungenschaft der Volksfront wurde von Gewerkschaften und Linksparteien als „Kriegserklärung“ aufgefaßt, zumal sie einherging mit weitreichenden Versprechen auf Lastenerleichterungen an die Arbeitgeberseite.⁴⁷ Trotz der unwiderruflich aufgebrochenen Fronten bedurfte es eines außenpolitischen Schlüsselereignisses, des Abschlusses des Münchener Abkommens im September, um Daladier definitiv auf einen Konfrontationskurs zur Durchsetzung seiner Wirtschaftspolitik festzulegen. Der eingegangene „Waffenstillstand mit der Gewalt“⁴⁸ erst beseitigte seine letzten Zweifel, daß der Bruch mit den Verbündeten der Volksfrontzeit gleichermaßen „nötig und möglich“⁴⁹ geworden war. Die dringlichen Rüstungsanstrengungen für die zu erwartende militärische Konfrontation mit Hitler⁵⁰ konnten nach München, gestützt auf den immensen Popularitätsgewinn des Ministerpräsidenten und deshalb mit Aussicht auf positive Resonanz in der Bevölkerung, in die Wege geleitet werden.⁵¹ Der geeignete Fachmann zur Durchsetzung der Wende aber war Paul Reynaud.

Reynaud hatte im April ohne Illusionen über seine begrenzten Wirkungsmöglichkeiten das Amt des Justizministers angenommen. Er schrieb der Position mehr „dekorative“ Funktion als tatsächliche Macht zu und richtete seine Hoffnungen offenbar von Anbeginn auf einen Wechsel ins Finanzressort.⁵² Die Spur, die er in seiner neuen Funktion hinterließ, blieb denn auch an Nachdrücklichkeit hinter dem von ihm Gewohnten zurück, und er selbst maß dem Bewirkten im Rückblick kaum Bedeutung zu: die Fortführung laufender Untersuchungen gegen die terroristische Geheimorganisation „Cagoule“, einzelne Änderungen im Zivilrecht, unter anderem zum Erbrecht bei landwirtschaftlichen Betrieben – das war im wesentlichen die Bilanz seiner Tätigkeit.⁵³

Dagegen hatte er unverzüglich begonnen, Daladier seine Vorstellungen zur ökonomischen Krisenbehebung zu unterbreiten. Am 26. April und 3. Mai trug er im Anschluß an Kabinettsitzungen brieflich in wenig geschönter Form seine Kritik an den beschlossenen Maßnahmen vor, ohne indes Gehör zu finden. Gegen-

⁴⁷ Zu Daladiers Rede vom 21. 8. 1938 und zu den Reaktionen darauf: Berstein, *Parti Radical* II, S. 542–544 (Zitat: S. 542).

⁴⁸ Klaus Hildebrand, *Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931–1941*, in: *Historische Zeitschrift* 244 (1987), S. 1–28, hier: S. 28; Bellstedt, „Apaisement“, S. 135 f.

⁴⁹ So die treffende Formulierung bei Jackson, *Popular Front*, S. 187.

⁵⁰ Daladier war zu diesem Zeitpunkt bereits von der Unausweichlichkeit eines Krieges überzeugt; vgl. Du Réau, *Edouard Daladier*, S. 187.

⁵¹ Eine knappe Darstellung dieser Zusammenhänge bei: Ebenda, S. 187 f.; ausführlicher dazu: Berstein, *Parti Radical* II, S. 545–560; Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 187–199; Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 467 ff.

⁵² Vgl. dazu die Schilderung seiner Justizministerzeit in: Reynaud, *Mémoires* II, S. 200–223, hier: S. 201.

⁵³ Vgl. zur „Cagoule“, einem vermutlich im Mai 1936 gegründeten, militärisch organisierten rechts-extremen Geheimbund, der bis Frühjahr 1938 Staatsstreichvorbereitungen traf und bis zu seiner Entdeckung bereits mehrere Bombenanschläge verübt hatte: „Résumé de trois rapports de Monsieur le Procureur Général à Paris des 31 Janvier, 30 Mai et 23 Juin 1938“, o.D. (AN, 74 AP 16). Im Überblick auch: Philippe Bourdrel, *La Cagoule. Histoire d'une société secrète du Front populaire à la Ve République*, Paris 1992. Zur Zivilrechtsfrage: Reynaud, *Mémoires* II, S. 202.

stand seiner Warnungen war die vorgesehene Abwertung des Franc, der er prinzipiell zustimmte, nicht ohne sie jedoch – mit Konsequenzen für ihre Ausführung – konzeptionell aus dem anvisierten, vorwiegend finanztechnischen Zusammenhang zu lösen und in ein erweitertes, wirtschaftspolitisches Programm einzubetten. Anstelle der mit Blick auf Spekulantenkreise geplanten, etwa 10prozentigen „dévaluation“ des Franc⁵⁴ regte er eine höhere Abwertung an, die im Zusammenspiel mit der Aufhebung der 40-Stunden-Woche von dauerhafterer Wirkung über die bloße Sanierung des Staatshaushalts hinaus sein sollte. Seine Voraussage war präzise: Die beschlossene Variante würde gerade hinreichend sein, um den kurzfristigen Bedarf des Staates zu decken; Impulse auf die Wirtschaft blieben so aus, die sich einstellen könnten, wenn ein längerfristiger Rückzug des Staates vom Kapitalmarkt das Vertrauen in die Währung vorantreiben und ein der Industrie zugute kommendes Sinken des Zinsniveaus fördern würde. Eine „halbherzige“ Abwertung in Kombination mit neuen Staatsanleihen werde letztlich noch vor Ende des laufenden Jahres entweder einen erneuten Währungseingriff oder die Zwangsmaßnahme der Devisenkontrolle zur Folge haben.⁵⁵

Eben vor diese letzte Alternative sah sich Daladier in der Tat bereits im Herbst 1938 gestellt. Bis Oktober hatte die gegen den Rat Reynauds umgesetzte Politik weder auf finanz- noch auf wirtschaftspolitischem Gebiet die gewünschten Erfolge gebracht. Das Bemühen, das für die Wiederbewaffnung so nötige Kapital über eine Politik des „Vertrauensgewinns“ zurückzuholen, war gescheitert – vorwiegend allerdings an politischen Gegebenheiten, die auch Reynaud in seinen rein technisch gehaltenen Ausführungen nicht in Rechnung gestellt hatte. So waren stimulierende Effekte auf die Industrieproduktion insbesondere im Rüstungsbereich tatsächlich ausgeblieben, wo fehlende Mittel sogar die Zurückstellung bereits vorgesehener Ausgaben erforderlich gemacht hatten.⁵⁶ Zumindest im ministeriellen Umkreis Marchandaus, möglicherweise auch im Denken des Ministers selbst, trat infolge einer neuerlichen Spekulationskrise gegen den Franc der Gedanke des Rückgriffs auf Devisenkontrollmaßnahmen zunehmend in den Vordergrund. Als Marchandau in einer Kabinettsitzung am 30. Oktober diesbezügliche Absichten kundtat, kam es zum Eklat. Nach der Rücktrittsdrohung Reynauds, der erklärte, bei Fortführung dieser Politik seine Mitarbeit aufzukündigen, nahm Daladier eine personelle Umgruppierung vor: Während Marchandau ins Justizministerium wechselte, übernahm Reynaud nun selbst das Finanzressort.⁵⁷

Der Tausch hatte tiefere Ursachen als die bloße Ablehnung einer dirigistischen Maßnahme durch den Ministerpräsidenten: Er hatte nichts weniger als programmatischen Charakter. Die Ablösung eines Ministers, dessen Politik versagt hatte, gehörte keineswegs zu den unter der Dritten Republik unüblichen Verfahren. Hier aber stand die Person des Amtsnachfolgers für eine nötigenfalls unortho-

⁵⁴ Tatsächlich belief sich die am 4. Mai 1938 durchgeführte Abwertung auf 12% und fixierte den Franc auf einem Stand von 179:1 gegenüber dem englischen Pfund. Im Verhältnis zum „Franc Poincaré“ machte die Abwertung 58% aus (Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 189).

⁵⁵ Reynaud an Daladier, 26. 4. 1938, bzw. 3. 5. 1938 (Zitat) (AN, 74 AP 16).

⁵⁶ Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 193–197.

⁵⁷ Zum Verlauf der entscheidenden Kabinettsitzung vgl. Reynaud, *Mémoires* II, S. 225–227; Jean Zay, *Carnets secrets (De Munich à la guerre)*, Paris 1942, S. 29; Bonnefous, *Histoire politique* VI, S. 357.

doxe, in ihren Grundzügen wirtschaftsliberale Politik, die bekanntermaßen das „redressement“ von Ökonomie und Produktion dem Erhalt sozialpolitischer Errungenschaften überordnete. Auch Marchandau hatte sich bereits im Sinne einer Liberalisierung des Kapitalmarkts orientiert.⁵⁸ Als jedoch nach dem Scheitern seiner kapitalfreundlichen Abwertungspolitik die Entscheidung anstand, entweder in den Zugeständnissen noch weiter zu gehen und damit den Bruch mit Gewerkschaften und Linksparteien zu riskieren oder aber Kapitalabfluß, nachfolgende Währungsinstabilität und wirtschaftliche Stagnation durch dirigistische Eingriffe zu Lasten der Besitzenden aufzuhalten, da hatte er sich zugunsten der zweiten Option entschieden. Daß die Forderung nach Devisenkontrolle ins Standardrepertoire des PCF gehörte und zudem noch im April zum Sturz des letzten reinen Volksfrontkabinetts unter Léon Blum geführt hatte, hemmte seine Entscheidung nicht; ausschlaggebend war sein erschüttertes Vertrauen ins freie Spiel der Marktmechanismen.⁵⁹ Daladier schien zunächst ebenfalls dieser Lösung zuzuneigen, war aber schließlich durch allgemeinpolitische Überlegungen davon abgebracht worden. Auf dem Parteikongreß von Marseille hatten sich die Radikalsozialisten im Oktober 1938 mit großer Mehrheit gegen eine Fortführung der Volksfrontkoalition entschieden. Diese von Daladier mitgetragene und für die Dauer der ausgehenden Dritten Republik definitive Rechtswendung der Partei blieb nicht ohne Auswirkung auf die Orientierung des Kabinetts: Dirigistische Eingriffe, die im Geruch „linker“ Zwangsmaßnahmen standen, paßten nun nicht mehr ins Profil der neuen Politik.⁶⁰ Dem Zeugnis eines Kabinettskollegen zufolge hatte Reynaud seinem Ministerpräsidenten am 30. Oktober eben dies vor Augen zu führen versucht: „Il y a une impossibilité politique à appliquer le remède communiste contre les droites qui nous ont soutenus. Ce serait un suicide. A droite, on nous dirait: ‚Vous, mais pas cela‘. A gauche: ‚Cela, mais pas vous‘. Il n’y a qu’un remède pour sauver la monnaie, c’est d’agir sur la production.“⁶¹

a) *„Le miracle français“⁶² – Möglichkeiten und Grenzen einer liberalen Wirtschaftspolitik*

Am 1. November 1938 begann Paul Reynaud seine Tätigkeit in der Rue de Rivoli, am 12. November bereits wurde jene Serie von Dekreten veröffentlicht, die eine liberale Wende auf den Gebieten der Kreditpolitik, der staatlichen Preiskontrolle und der Arbeitszeitregelung einleitete.⁶³ Oberster Grundsatz der in Angriff genommenen Maßnahmen war es, die ökonomische Wirksamkeit zentraler marktwirtschaftlicher Kategorien wiederherzustellen: „esprit d’entreprise“, „risque“ und „profit“.⁶⁴ Zur unverzichtbaren finanzpolitischen Abstützung dieser wirt-

⁵⁸ Margairaz, *L’Etat, les finances et l’économie*, S. 445.

⁵⁹ Zum Argument der „désagrégation nationale“: Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 197.

⁶⁰ Zur Haltung Daladiers: Berstein, *Parti Radical II*, S. 561; Jackson, *Popular Front*, S. 187. Zur Rechtswendung der radikalsozialistischen Partei: Berstein, *Parti Radical II*, S. 535–557.

⁶¹ Zay, *Carnets secrets*, S. 29 (Tagebucheintrag vom 30. 10. 1938).

⁶² *Le Monde*, 3. 12. 1978.

⁶³ Eine Sammlung der Dekrete Reynauds findet sich in: AN, F⁶⁰, Karton 474.

⁶⁴ Zitiert aus dem wirtschafts- und finanzpolitischen Rechenschaftsbericht, den die Regierung nach fünf Monaten vorlegte: „Le Bilan économique et financier des cinq premiers mois du plan de trois

schaftspolitischen Neuorientierung zielten die Erlasse deshalb zunächst auf die dauerhafte Erholung des Kapitalmarkts. Um das Abwandern und das Horten von Kapital zu unterbinden, mußte, so die Überlegung Reynauds, die Währung stabilisiert und die Konkurrenz eines „hypertrophen Staates“ am Kapitalmarkt zurückgenommen werden: Die nachfolgende Entspannung des Marktes würde dann der privaten Kreditaufnahme und der Investitionstätigkeit zugute kommen.⁶⁵ Noch am Tage der Verkündung der ersten Dekrete erklärte Reynaud deshalb den Verzicht auf jegliche Devisenkontrollmaßnahmen.⁶⁶ Es lag überdies in der Logik dieser Politik, den staatlichen Rückgriff auf längerfristige Anleihen über einen größeren Zeitraum hinweg zu unterbinden. Wenn Reynaud also gleichzeitig anknüpfte an die deflationistische Grundhaltung der Regierungen Doumergue, Laval und Flandin der Jahre 1934/35, so lag seine Absicht zwar durchaus in der Bekämpfung von Staatsdefizit, Inflation und Währungsabwertung. Die dekretierte Minderung der Staatsausgaben – insbesondere bei zivilen Großvorhaben und im öffentlichen Dienst – stand jedoch zusammen mit der Erhöhung direkter und verbrauchsabhängiger Steuern darüber hinaus in engstem Konnex mit dem kapital- und produzentenfreundlichen Grundcharakter seiner Politik. In dieser Linie lag es auch, daß als Gegengewicht zu den Lastenerhöhungen die Wiederherstellung größerer Gewinnspannen bei Produzenten und im Handel gefördert wurde: Ihnen vor allem diente die Milderung der staatlichen Preiskontrolle, die für den Bereich der Großhandelspreise per Dekret umgesetzt wurde.

Die sukzessive Aufweichung der 40-Stunden-Woche bildete, wie zu erwarten, das schwerste Geschütz im Arsenal Reynauds. Mittels dreier Dekrete, die sich mit dem Themenkomplex befaßten, wurde das Mitspracherecht der Arbeiterorganisationen bei der Festlegung zusätzlicher Arbeitsstunden weitestgehend beschnitten. Auch die staatlichen Vorgaben über die Bezahlung der geleisteten Überstunden wurden gelockert, so daß beispielsweise bis zur achtundvierzigsten wöchentlichen Arbeitsstunde nurmehr ein Zuschlag von 15 Prozent verpflichtend war; bis zur fünfundvierzigsten Arbeitsstunde lag der Satz in Betrieben mit über 50 Mitarbeitern bei nurmehr 10 Prozent. Damit war eine der dringendsten Forderungen der Unternehmer erfüllt worden, die eine völlige Aufhebung der Arbeitszeitverkürzung wegen der zu leistenden Überstundentarife nicht immer befürwortet hatten. Schmerzhafte Sanktionen erwarteten zudem diejenigen Arbeiter, die geforderte Überstunden in der Rüstungsproduktion verweigerten; Aufrufe dazu wurden mit Gefängnisstrafe bedroht.⁶⁷

Mit dem Maßnahmenbündel war ein entscheidender Schritt vollzogen. Zwar war es bereits im Dezember 1937 im Anschluß an die Untersuchungen des „Co-

ans. 12 novembre 1938 – 31 mars 1939, Paris 1939“, S. 1 (AEF, B 21848). Zu den im folgenden analysierten Maßnahmen auch: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 467–492; Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 201–217; Sauvy, *Histoire économique II*, S. 325–346.

⁶⁵ *Senatsrede Reynauds* am 28. 12. 1938, abgedruckt in: Paul Reynaud, *Courage de la France*, Paris 1939, S. 113–137.

⁶⁶ *Rundfunkrede Paul Reynauds*, 12. 11. 1938, abgedruckt in: Reynaud, *Mémoires II*, S. 492–495, hier: S. 493; ebenso in: Ders., *Courage de la France*, S. 23–39. Vgl. auch: „*Le plan de redressement*“, in: *Le Temps*, 14. 11. 1938.

⁶⁷ JO, *Chambre des Députés, Lois et décrets*, 13 novembre 1938, S. 12862–12866; Ministère des Finances, *Bulletin de statistique et de législation comparée*, Novembre 1938, S. 1134–1139.

mité d'Enquête sur la Production“ zu einer Neuregelung in der Anwendung der „Loi de 40 heures“ vom Juni 1936 gekommen. Doch umfaßte der bis November 1938 im wesentlichen gültige Kompromiß, auf den sich die Vertreter von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften geeinigt hatten, lediglich Modifikationen, die den Gehalt des Gesetzes unangetastet ließen: Ausnahmebestimmungen erlaubten Mehrarbeit zeitweise und in begrenztem Umfang, allerdings nur, wenn Aufsichtsbehörden und Arbeitnehmervertreter ihre Zustimmung erteilten. Insbesondere war an der Regel des 25prozentigen Zuschlags für Mehrarbeit festgehalten worden.⁶⁸

Der Wegfall dieser Beschränkungen wurde in den Linksparteien und Gewerkschaften zu Recht als vollkommener Bruch mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgaben der Volksfront verstanden. Es hätte unter solchen Umständen der herausfordernden Rhetorik Reynauds nicht bedurft, um Widerstand zu provozieren. Knapp eine Woche nachdem der Finanzminister am Abend des 12. November in einer Rundfunkrede verkündet hatte, daß in Frankreich „die Woche der zwei Sonntage“ abgeschafft sei⁶⁹, kam es in mehreren Unternehmen, die die neuen Bestimmungen bereits umgesetzt hatten, zu Streiks, Fabrikbesetzungen, Aussperungen, Polizeiaktionen und Massenverhaftungen.⁷⁰ Der Aufruf der CGT zum Generalstreik für den 30. November endete in einem Debakel für die Gewerkschaftsbewegung. Nicht daß die Appelle zum Ausstand nicht befolgt worden wären – vor allem in der Privatindustrie fanden sie ein breites Echo. Doch im entscheidenden öffentlichen Sektor kam das erzielte Ergebnis einer völligen Niederlage gleich. Aufgrund einer massiven Einschüchterungskampagne der Regierung, die fünf Tage Zeit für die minutiöse Vorbereitung von Gegenmaßnahmen gehabt hatte, erreichten die Arbeiterorganisationen noch nicht einmal annähernd jenen nachhaltigen politischen und psychologischen Effekt, den der letzte Generalstreik vom 12. Februar 1934 seinerzeit hinterlassen hatte. Bei öffentlichen Diensten, Post, Eisenbahn und Métro hielten sich die Beeinträchtigungen wegen der vorausgegangenen Zwangsverpflichtungen von Bediensteten und der über Rundfunk verbreiteten amtlichen Sanktionsdrohungen in engen Grenzen; wo dennoch Beschäftigte zuhause geblieben waren, wurden sie durch Soldaten ersetzt.⁷¹ Anders als noch vier Jahre zuvor reagierten Unternehmer und Staatsgewalt im Herbst 1938 mit massiven Repressionsmaßnahmen, die in mehr als 1731 Gerichtsverfahren und 806 ausgesprochene Gefängnisstrafen mündeten. Über 10000 Arbeiter wurden in den betroffenen Unternehmen bis Anfang Januar 1939 definitiv entlassen.⁷²

⁶⁸ Elisabeth Du Réau, *L'aménagement de la loi instituant la semaine de quarante heures*, in: Rémond/Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 129–149; zur Arbeit und zu den Ergebnissen des „Comité d'enquête sur la production“: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 389–428, bes. 418–421, 474.

⁶⁹ Rundfunkrede Reynauds, 12. 11. 1938, abgedruckt in: Reynaud, *Mémoires II*, S. 492–495, hier: S. 495.

⁷⁰ Zum Ausmaß der Streiks und zu den Reaktionen von Unternehmern und Regierung: Antoine Prost, *Le climat social*, in: Rémond/Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 99–111, hier: 105–110; Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 46.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Prost, *Le climat social*, S. 107–110.

Erst nach der Niederlage der Streikenden zeigte Daladier wieder Kompromißbereitschaft. Im Interesse der Entspannung des sozialen Klimas bemühte sich die Regierung in den Folgemonaten, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu erreichen. So fand bis Sommer 1939 vermutlich die Mehrzahl in anderen als ihren ursprünglichen Betrieben wieder Arbeit.⁷³ Eine dauerhafte Folge der Kraftprobe blieb jedoch bis auf weiteres die Ausschaltung der Arbeiterbewegung als politischer Kraft. Während des gesamten Jahrs 1939 kam es zu keinen neuerlichen Streiks mehr: Die Verankerung der Gewerkschaften in den Unternehmen war dafür seit der Neutralisierung der Streikführer zu nachhaltig gestört worden, die Zahl der Mitglieder in der größten Einzelgewerkschaft CGT im Gefolge der Repressalien zu rapide zurückgegangen.⁷⁴ Nach der parlamentarischen Niederlage vom April 1938 hatten die Anhänger der Volksfront im Verlauf der Arbeitskämpfe vom November ihre zweite, entscheidende Niederlage hinnehmen müssen.⁷⁵

Die tiefere Bedeutung der personellen Rochade vom November 1938 lag in der Vorbereitung und Durchführung dieses Prioritätenwechsels auf allgemein-, wirtschafts- und sozialpolitischem Feld. Es wäre deshalb auch verfehlt, Reynaud als Alleinverantwortlichen für die Entscheidung zugunsten wirtschaftlicher Mobilisierung und gegen den Erhalt sozialer Errungenschaften anzusprechen.⁷⁶ Zweifellos war er der Motor der neuen Wirtschaftspolitik, und der eher kollegiale als autoritäre Führungsstil Daladiers kam ihm dabei zugute. Ohne dessen loyale Rückendeckung aber wäre der Konfrontationskurs bereits an den Widerständen im Umfeld des Ministerpräsidenten gescheitert, ganz zu schweigen von den Schwierigkeiten seiner parlamentarischen Durchsetzung.⁷⁷ Am 9. Dezember verteidigten beide gemeinsam ihr Vorhaben in der Kammer; am gleichen Tag mißlang der Versuch der sozialistischen Kammerfraktion, die Regierung Daladier über einen Artikel des neuen Finanzgesetzes stürzen zu lassen, nur knapp.⁷⁸ Neben der persönlichen Autorität Daladiers und der technischen Kompetenz Reynauds waren es die im Frühjahr 1939 bereits klar erkennbaren, positiven volkswirtschaftlichen Effekte der Maßnahmen, die das ihre dazu beigetragen hatten, die Akzeptanz der sozialpolitischen Begleiterscheinungen zu erhöhen.

Die Dekrete vom 12. November 1938 waren in der gemäßigten und der rechten Presse zunächst mit Vorbehalten aufgenommen worden, da man eine unnötige Kraftprobe mit den Gewerkschaften fürchtete, doch hatten sich diese Bedenken nach dem Ausgang der Streikbewegung verflüchtigt. Anders als Reynaud selbst behauptet, der von „allgemeiner Feindseligkeit der Presse“ spricht, waren die Reaktionen zumindest geteilt.⁷⁹ Eindeutig positiv reagierten dagegen die Kapital-

⁷³ Hierzu aufgrund von Quellenrecherchen in Prozeßakten: Heimsoeth, Zusammenbruch, S. 48.

⁷⁴ Jean Bruhat, *La CGT*, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), *La France et les Français en 1938/1939*, Paris 1978, S. 175 ff.

⁷⁵ Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 203.

⁷⁶ So geschehen bei Prost, *Le climat social*, S. 110 f.

⁷⁷ Zur Zusammenarbeit Reynaud/Daladier im Herbst 1938: René Rémond, Introduction, in: Ders./Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 14 f.; Berstein, *Parti Radical II*, S. 563.

⁷⁸ Reynaud, *Mémoires II*, S. 249; JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 1^{re} Séance du 9 décembre 1938, S. 1691–1699 (Reynaud); Ebenda, 2^e Séance du 9 décembre 1938, S. 1708–1714 (Daladier).

⁷⁹ Reynaud, *Mémoires II*, S. 227 f.; dagegen: Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 204; Margairaz, *L'État, les finances et l'économie*, S. 474 f.

eigner. Zwischen November 1938 und August 1939 kehrte Gold im Wert von über 26 Milliarden Francs zurück, was Frankreich schon ab Frühjahr 1939 den Status des Landes mit den weltweit zweitgrößten Goldreserven hinter den USA gab. Allein in den Tagen nach dem 12. November 1938 war über eine Milliarde repatriiert worden; nach einem leichten Rückgang während der Streikwelle waren es im Monat Dezember über 7,5 Milliarden.⁸⁰ Das Neue an der Rückkehrbewegung war neben ihrem Umfang und ihrer Konstanz die dahinterstehende neue Haltung der Investoren, die nach Einschätzung des Gouverneurs der „Banque de France“ im Gegensatz zur Kapitalbewegung vom Mai erstmals Dauerhaftigkeit versprach: »[...] c'est la première fois depuis trois ans qu'un mouvement de rentrée se produit sans dévaluation préalable. Ce qui peut attirer les capitaux, ce n'est plus l'appât d'un bénéfice à réaliser sur les cours, mais l'espoir de la stabilité recouvrée.«⁸¹

Die Reaktion dieses sensiblen Indikators macht klar, wie sehr sich das wirtschaftspolitische Prestige Reynauds innerhalb von wenigen Jahren gewandelt hatte. Hätte noch 1934 der Amtsantritt des „dévaluateurs“ mit großer Wahrscheinlichkeit Panikreaktionen auf dem Kapitalmarkt und den nachfolgenden Kursverfall des Franc bewirkt, so stand seine Person vier Jahre später für die Rückkehr von Stabilität und Vertrauen in die weitere wirtschaftliche Entwicklung.⁸² Dies lag freilich weniger daran, daß sich seine Ansichten über die anzuwendenden Mittel zur ökonomischen Erholung grundlegend gewandelt hätten. Ein ganzes Bündel persönlicher und überpersönlicher Faktoren mußte zusammentreffen, um den Wiederaufschwung in die Wege zu leiten, der Frankreich bis Frühjahr 1939 endgültig aus der Weltwirtschaftskrise herausführte: die vorläufige Entspannung der internationalen Krisenlage nach Abschluß des Münchener Abkommens, die Anbindung des Franc an das britische Pfund, welche seine weitere Abwertung unwahrscheinlich machte, schließlich die innenpolitische Wende, die einer kapitalfreundlichen Politik den Weg bereitete.⁸³ Nur vor diesem Hintergrund konnten die Ideen Reynauds zur Entfaltung kommen und eine Kaskade von Folgewirkungen in Gang setzen, die ihrerseits dem Vertrauenszuwachs Stabilität verliehen.

⁸⁰ Dieser Angabe liegt die Berechnung von Frankenstein zugrunde: *Prix du réarmement*, S. 204f. Die Zahlen für November 1938 legte Reynaud gegenüber der Finanzkommission der Kammer der Abgeordneten vor: *Archives de la Chambre des Députés, Procès-verbaux de la Commission des Finances, Séance du 22 novembre 1938*.

⁸¹ Die Protokolle des engeren Leitungsgremiums der Bank von Frankreich, des „Comité Permanent“, zeigen klar, daß man auch dort die profitorientierte Kapitaloperation der Regierung vom Mai 1938 sehr skeptisch beurteilte: Sobald der realisierte Gewinn als ausreichend erachtet werde, würden die Gelder wieder ins Ausland abwandern (*Comité Permanent, Séance du 12 Mai 1938; Archives de la Banque de France, Série Politique monétaire, Carton 25: Procès-verbaux du Conseil Général et du Comité Permanent, 1934–1945*). Zitat: *Comité Permanent, Séance du Jeudi 17 Novembre 1938, Ebenda*. (Zum Zeitpunkt der Einsichtnahme in den Quellenbestand war dieser weder durch ein Findbuch noch durch eine einheitliche Signatur erschlossen).

⁸² Vgl. dazu etwa den Bericht des Finanzattachés an der französischen Vertretung in New York, wonach man in amerikanischen Finanzkreisen den Amtsantritt Reynauds als Vorzeichen für eine Hausse des Franc betrachtete (Leroy-Beaulieu an Finanzministerium, 3. 11. 1938; AEF, B 21848). Auch in englischen Wirtschaftskreisen wurden die Ernennung und die ersten Ergebnisse der Arbeit Reynauds mit Wohlwollen aufgenommen; siehe hierzu die Analysen des Botschafters in London, Corbin, vom 3. 11. – 5. 12. 1938 und 22. 5. 1939 (AEF, B 31732).

⁸³ Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 203.

Wegen des zurückgekehrten und des im Inland mobilisierten Kapitals war man tatsächlich während eines halben Jahres imstande, zur Deckung der Staatsausgaben auf die Auflage neuer, längerfristiger Staatsanleihen zu verzichten. Die Folge war eine Senkung des Zinsniveaus für längerfristige Kredite, die im Zusammenspiel mit den Impulsen, die von der gesteigerten Rüstungsproduktion ausgingen, einen allgemeinen Wiederaufschwung bewirkte. Der Produktionsindex erreichte im Juni 1938 wieder den Stand von 1928. Während der Anstieg für den Zeitraum zwischen Oktober 1938 und Juni 1939 durchschnittlich bei 20% lag, wurde dieser Wert in einigen Schlüsselbereichen wie der rüstungsnahen Metallindustrie (26%), der Textil- (23%) und der Bauindustrie (36%) noch überschritten.⁸⁴ Die Arbeitslosenzahl ging ab Juni 1939 leicht zurück, fiel allerdings nicht unter das Niveau von 1937. In vielen Bereichen war verstärkte Aktivität zu beobachten, so nahm etwa der Schiffs- und Eisenbahnverkehr um 8% bzw. um 13% zu.⁸⁵

Der Einfluß der verlängerten Arbeitszeit auf diese positive Entwicklung hielt sich allerdings wohl in engeren Grenzen, als dies Reynauds ehemaliger Mitarbeiter Alfred Sauvy im nachhinein herauszustellen versuchte.⁸⁶ Zwar arbeitete man im Juni 1939 in wichtigen Bereichen wie der Metall-, Kunststoff- und Textilproduktion über 40 Stunden, doch betrug die durchschnittliche Arbeitszeit insgesamt lediglich 41,2 Wochenstunden. So wichtig die Flexibilisierung der Arbeitszeit insbesondere für die Rüstungsindustrie und das Saisongewerbe gewesen war – in der Praxis stieß die freigesetzte Arbeitskraft dann an andere, strukturell bedingte Grenzen wie z. B. den Mangel an modernen Maschinen. Zusätzlicher Einfluß auf die wirtschaftliche Erholung ging von den gesteigerten Rüstungsanstrengungen und von der Konsolidierung etwa der Automobilindustrie aus.⁸⁷

Auch hatte Reynaud im Hinblick auf die positive Gesamtbilanz seines Aufbauswerks, die er in regelmäßigen Stellungnahmen recht öffentlichkeitswirksam vertrat⁸⁸, durchaus von den Früchten der Arbeit seines Vorgängers profitiert. Was Marchandeaue nach der Franc-Abwertung vom Mai 1938 unterlassen hatte, holte Reynaud im November nach: In Angleichung an die neue Parität des Franc nahm er eine Neubewertung des Gold- und Devisenvorrats der Bank von Frankreich vor und gelangte damit zu einem rein buchhalterischen Zugewinn von 31,581 Milliarden Francs in den Staatskassen. Dieser wiederum erlaubte ihm die publikumswirksame Rückzahlung von gewährten Vorschüssen an das Emissionsinstitut in gleicher Höhe. Die gleichzeitige Neubewertung des „ständigen Vorschusses“ der Zentralbank erhöhte die Disponibilitäten des Finanzministers auf über 10 Milliarden Francs, ohne daß zu einer andernfalls unvermeidlichen, beträchtlichen Erhöhung der vorgestreckten Beträge Zuflucht genommen werden mußte. Das Verfahren trug entscheidend dazu bei, den Rückzug des Staates vom Kapitalmarkt über

⁸⁴ Die Zahlen nach: Alfred Sauvy, *L'évolution économique*, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 87–98; etwas abweichende Zahlen in: Sauvy, *Histoire économique II*, S. 338 f.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Erwa in: Sauvy, *De Paul Reynaud à Charles de Gaulle*, S. 80.

⁸⁷ Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 480–482.

⁸⁸ Reynaud nutzte dazu systematisch die Möglichkeiten, die ihm die Rundfunktechnik bot: Vgl. etwa seine Rundfunkreden vom 26. November, vom 1. und 27. Dezember 1938, vom 28. Januar, 6. März, 21. April, 12. Mai und 25. Mai 1939 (abgedruckt in: Ders, *Courage de la France*, S. 49–59, 61–66, 107–111, 143–152, 157–173, 189–210).

sechs Monate hinweg zu finanzieren und so den Grundstein für den Vertrauenszuwachs in die staatliche Finanzpolitik zu legen.⁸⁹

Welche Umstände aber auch immer der Arbeit Reynauds zugute gekommen waren – das ökonomische Resultat war ohne Zweifel ein positives. Dies war keineswegs selbstverständlich gewesen, und viele seiner Vorgänger waren an der gleichen Aufgabe gescheitert. Es hatte einer gewissen Kühnheit bedurft, um gegen die vorhersehbaren Widerstände in ein „liberales Experiment“ einzutreten, das angesichts der krisenhaften Entwicklung in Europa und der bekannt seismographischen Reaktionen des französischen Kapitalmarktes darauf ein zumindest riskantes Manöver darstellte. Das Kalkül Reynauds hatte sich als richtig erwiesen: Es gelang tatsächlich, die fatale Verknüpfung von innenpolitisch motivierten Umsturzängsten und außenpolitisch begründeter Kriegsfurcht in Anlegerkreisen zu lösen. Sobald die innenpolitische „Hypothek“⁹⁰ eines denkbaren Wiedererstehens von Inhalten der Volksfrontpolitik aufgehoben war, verlor das außenpolitische Moment weitgehend seine Wirkkraft als dynamisierender Faktor auf dem Kapitalmarkt.⁹¹

Daß die Finanzprobleme im Rahmen des demokratischen Systems gelöst worden waren, konnte zu Recht als Prestigegewinn für das Prinzip des wirtschaftlichen Liberalismus verstanden werden.⁹² Wiederholt hatte Reynaud in eigennütziger Absicht dirigistische Maßnahmen wie die Devisenkontrolle mit totalitärer Zwangsstaatlichkeit in Verbindung gesetzt, als es darum gegangen war, Vertrauen in seine wirtschaftsliberale Haltung zu erzeugen. Zweifellos aber stand hinter dem deutlichen Verweis auf die deutschen Verhältnisse auch die aufrichtige Überzeugung vom engen Konnex zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit: „Pour que le contrôle [des changes, A.d.V.] fonctionne, il faut qu'il y ait la chemise brune au village, la peine de mort en haut de l'édifice et la délation partout.“⁹³ Im Verständnis Reynauds bildete die Konkurrenz der Wirtschaftssysteme das Pendant zur politischen Auseinandersetzung zwischen den „fordernden“ Diktaturen und den „bewahrenden“ Demokratien Europas.⁹⁴ Der Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet stellte die Probe aufs Exempel für die Leistungsfähigkeit der französischen Demokratie dar und rechtfertigte die weitgehenden Opfer, die der Bevölkerung abzuverlangen waren. Ob Reynaud selbst diese Bewährungsprobe in den Jahren 1938/1939 als bestanden beurteilte, ist angesichts des allgegenwärtigen und für seine wirtschaftspolitischen Ziele konstitutiven Optimismus, den er öffentlich zur Schau trug, schwer zu beurteilen. Produktionssteigerung, Währungsstabilisierung und Konsolidierung der Staatsfinanzen – diese Bilanz schrieb er im Frühjahr 1939 gleichermaßen den mobilisierten Widerstandskräften wie der eigenen Innovationsfähigkeit zu: „Que dans le désarroi général des esprits et des choses, la

⁸⁹ Vgl. hierzu: „Note sur la réévaluation de l'encaisse de la Banque de France“, 22. 11. 1928 (AEF, B 33196); erläutern hierzu auch: Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 202; Reynaud, *Mémoires* II, S. 231 f.

⁹⁰ Margairaz, *L'État, les finances et l'économie*, S. 475.

⁹¹ Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 205.

⁹² So nach der Ansicht „gutinformierter Beobachter“ aus amerikanischen Bankiers- und Geschäftskreisen: Leroy-Beaulieu an Finanzministerium, 17. 1. 1939 (AEF, B 21848).

⁹³ JO, Sénat, *Débats parlementaires*, Séance du 28 décembre 1938.

⁹⁴ Paul Reynaud, *Le problème militaire français*, Paris 1937, S. III.

France ait pu reconstituer et accroître ses forces, cela prouve sans doute la robustesse de son organisme économique, la solidité de sa structure sociale et la souplesse de ses institutions. Mais cela démontre en outre l'efficacité des méthodes que nous avons suivies et la justesse des principes qui ont guidé notre action.⁹⁵

In bezug auf das umfassendere Ziel, das er vor und nach Antritt seiner ministeriellen Funktion wiederholt öffentlich formuliert hatte – das „redressement“ Frankreichs, gestützt auf die Einheit der Nation und mit Blick auf die Stärkung ihrer Wehrhaftigkeit nach außen –, hinterläßt sein Werk allerdings einen eher zwiespältigen Eindruck.

Der ökonomische Aufschwung und die „Wohlhabenheit“⁹⁶ des Fiskus im Gefolge der Maßnahmen Reynauds verschafften Frankreich zweifellos erst die volkswirtschaftliche Basis, um die enorme Steigerung der Verteidigungsausgaben von 8,6% des Nationaleinkommens im Jahr 1938 auf 23% im Jahr 1939 in Angriff zu nehmen.⁹⁷ Der Goldvorrat der Bank von Frankreich hatte sich bis Sommer 1939 auf über 2800 Tonnen erhöht, was dem Doppelten der Reserven entsprach, über die Frankreich im August 1914 verfügte. Damit hatte der Finanzminister jenen „trésor de guerre“ wiederhergestellt, den der französische Generalstab im Sommer 1936 als Mindestmaß für das erfolgreiche Durchstehen einer kriegerischen Auseinandersetzung fixiert hatte.⁹⁸ Auch nach September 1939 trieb Reynaud die Vorbereitung der französischen Wirtschaft auf einen Kriegseintritt systematisch voran: Neue Steuererhöhungen und Kriegsanleihen dienten ab Herbst 1939 zur Deckung der massiv gewachsenen Belastungen des Budgets. Gegen den anfänglichen Widerstand Daladiers und eines Teils des Kabinetts konnte Reynaud im Frühjahr 1940 eine weitere Verschärfung seiner Austeritätspolitik durchsetzen. Die Prinzipien der Konsumbeschränkung und Produktionssteigerung, der Inflationsbekämpfung und der mentalen Vorbereitung der Bevölkerung auf mögliche Entbehrungen der Kriegszeit gingen in eine Serie neuer Décrets-lois ein, die unter anderem die Rationierung von Grundnahrungsmitteln und kriegswichtigen Verbrauchsgütern festschrieben.⁹⁹

⁹⁵ „Le bilan économique et financier des cinq premiers mois du plan de trois ans. 12 novembre – 31 mars 1939, Paris 1939“, S. 27 (AEF, B 21848).

⁹⁶ „Note de la Trésorerie“, 21. 11. 1938 (AEF, B 33196).

⁹⁷ Die Zahlenangaben bei Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 35. In einer Rede vor dem Senat erklärte Daladier am 17. 4. 1940 in bezug auf die Auswirkungen der Kapitalrückkehr: „A partir de cette date, j'ai pu prodiguer – je dis prodiguer – à l'aviation française non pas les 2 milliards primitifs, mais plus de 11 milliards pour une seule année“; zitiert nach: Ebenda, S. 207.

⁹⁸ Die Armeeführung hatte den erforderlichen Staatsschatz auf 50 Milliarden Franc geschätzt, eine Summe, die im Verlauf der Jahre 1937 und 1938 unterschritten und erst im Verlauf des Sommers 1939 wieder erreicht wurde; vgl. dazu: Robert Frankenstein, *Le financement français de la guerre et les accords avec les Britanniques (1939–1940)*, in: *Français et Britanniques dans la Drôle de guerre. Actes du Colloque franco-britannique tenu à Paris du 8 au 12 décembre 1975*, Paris 1979, S. 461–487, hier: S. 463 f.; Ders., *Prix du réarmement*, S. 205 f.

⁹⁹ Hierzu und zu den Bedenken im Kabinett angesichts möglicher psychologischer Folgen einer forcierten Politik der Konsumbeschränkung in der Bevölkerung: Jean-Louis Crémieux-Brilhac, *Les Français de l'an 40. Band I: La guerre oui ou non?*, Paris 1990, S. 442–455. Reynaud formulierte seine Überlegungen zur Stärkung des „Opfergeists“ der Franzosen gegenüber Oberst de Villeneuve, seit Oktober 1935 Verbindungsoffizier zwischen dem Quai d'Orsay und dem Generalstab Gamelins: Paul de Villeneuve, *Journal d'une défaite* (23 août 1939 – 16 juin 1940), Paris 1976, S. 116 f. (1. 12. 1939).

Obwohl am 10. September 1939 die so lange offiziell abgelehnte Devisenkontrolle auf der Basis monatelanger, geheimer Vorarbeiten eingeführt worden war, brachte dies keinen wirklichen Bruch mit der liberalen Ausrichtung seiner Politik mit sich. Die Kontrollmechanismen waren bewußt vergleichsweise schwach gehalten und hinderten deshalb keineswegs den weiteren Kapitalrückfluß. Von einem Überhandnehmen dirigistischer Wirtschaftsführung seitens des Staates konnte keine Rede sein, vielmehr blieben wesentliche Elemente des liberalen finanzpolitischen Credo Reynauds weiterhin wirksam: das Vertrauen auf die unternehmerische Privatinitiative als Basis für die Steigerung der Rüstungsproduktion; die anleger- und produzentenfreundliche Grundhaltung; die Zusammenarbeit mit den beiden Kammern, die seine Finanzpolitik im wesentlichen unterstützten; schließlich nicht zuletzt das Beharren auf einer gemäßigten Ausgabenpolitik, als er die Kapazität des Landes, einen längeren Krieg zu führen, gefährdet sah. Überraschend hatte er zwar noch im November 1938 der Gewährung von 25 Milliarden Francs neuer Militärkredite zugestimmt; im Dezember verweigerte er sich jedoch hartnäckig der durch Daladier gewünschten Aufstockung dieser Summe zum Kauf amerikanischen Kriegsmaterials. Gegen Jahresende erst war er zu Zugeständnissen bereit, die deutlich geringer ausfielen, als von Daladier und den Militärs gewünscht.¹⁰⁰ Diese Haltung verrät sehr viel weniger „innere Widersprüche“ oder „Unentschlossenheit“¹⁰¹ bei Reynaud denn ein durchaus wahrnehmbares Konzept für die Organisation der Staatsfinanzen in Kriegszeiten. Reynaud verlor – wie auch leitende Beamte seines Ministeriums – über allen prinzipiell mitgetragenen Verteidigungsvorbereitungen nicht die Nachkriegssituation in Frankreich und Europa aus den Augen. Die neue Ordnung sollte Frankreich nicht wieder in die finanziellen wie diplomatischen Engpässe der Zeit nach 1918 führen, und die Grundlagen dafür mußten schon während des Krieges gelegt werden: über eine solide Haushaltsführung entgegen der Versuchung zum massiven Einsatz der staatlichen Goldreserven; durch die baldmöglichste Rücknahme dirigistischer oder restriktiver Maßnahmen; schließlich über die wirtschaftlich gestützte Zusammenarbeit mit Großbritannien, vorweggenommen in der französisch-britischen Wirtschaftsvereinbarung vom 4. Dezember 1939.¹⁰²

¹⁰⁰ Vgl. zu den Umständen dieser Verhandlungen die Erinnerungen Jean Monnets, der von Daladier als Unterhändler in den USA vorgesehen war: Jean Monnet, *Mémoires*, Paris 1976, S. 143; Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 208. Siehe auch Reynauds Stellungnahme in diesem Sinne während der Sitzung des obersten Verteidigungsrates „Comité Permanent de la Défense Nationale“ vom 5. 12. 1938 (DDF, 2^e série, Band XIII, Doc. 37, S. 69–76).

¹⁰¹ So die allzu negativen Urteile Frankensteins (Ders., *Prix du réarmement*, S. 208) und Monnets (Ders., *Mémoires*, S. 143).

¹⁰² Vgl. zu diesen Grundsätzen die Senatsrede Reynauds vom 28. 12. 1939, seine Rundfunkrede vom 29. Februar 1940 (abgedruckt in: Ders., *Courage de la France*, S. 113–137 und Ders., *Finances de guerre* (29 juillet 1939 – 29 février 1940), Paris 1940, S. 205–225). Dazu auch eine Note des Generalsekretärs im Finanzministerium, Yves Bouthillier, der sich gegen den Gedanken des massiven Einsatzes der staatlichen Gold- und Devisenvorräte für die Rüstungsanstrengungen aussprach: „La guerre va profondément appauvrir le pays. L'assurance du pays contre cet appauvrissement, quelle est-elle? En dehors de la production générale qu'il faudra intense dès la fin des hostilités, le gage sur lequel pourra être édifié la monnaie française après la victoire consistera dans les réserves d'or, d'une part, de devises et de valeurs étrangères d'autre part“ („Mesures à prendre pour assurer le financement des dépenses publiques en 1940. Note pour le ministre“, 4. 1. 1940; AEF, B 33196). Zur französisch-englischen Finanzvereinbarung vom 4. 12. 1939 (unterzeichnet am 13. 12. 1939): Frankenstein, *Le financement français*, S. 472 f. und 482–487.

Eine solcherart verantwortlich geführte Wirtschafts- und Finanzpolitik stand natürlich in eklatantem Gegensatz zu einer totalitären Kriegswirtschaft, die in ihrer Ausrichtung auf das militärische Ziel hin die Bereinigung der anfallenden Lasten den Nachkommen überließ. Die Beibehaltung des liberalen Rahmens machte demgegenüber die moralische und auf längere Sicht auch ökonomische Überlegenheit der Reynaudschen Politik aus, begründete mittelfristig aber ihre wirtschaftsmobilisatorische Unterlegenheit: Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte die rigorosere Umwandlung der ökonomischen Struktur des Landes in Richtung einer „économie de guerre“ noch umfangreichere Rüstungsanstrengungen erlaubt. Der Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen in Frankreich erreichte nach 1935 bis zum Kriegsbeginn nie jenen Prozentsatz, der im nationalsozialistischen Deutschland für die Rüstung aufgewendet wurde.¹⁰³ Zweierlei darf bei der Bewertung dieser Tatsache allerdings nicht übersehen werden. Zum einen gelang es nach Jahren erst wieder unter der Ägide Daladier/Reynaud, den seit Mitte der dreißiger Jahre ständig gewachsenen Abstand bei den relativen Aufwendungen zu vermindern: Im Jahr 1939 hatte sich die Differenz mit einem Prozentanteil von 23% in Frankreich und 30% in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr verringert. Zum anderen schnitt Frankreich neben der zweiten bedeutenden europäischen Demokratie, Großbritannien, durchaus nicht schlechter ab, da dort die relativen Aufwendungen bis Kriegsausbruch stets leicht unter den französischen lagen. Insofern erscheint es unangemessen, die Reynaudsche Wirtschafts- und Finanzpolitik unter dem Aspekt ihres rüstungspolitischen Ertrags grundsätzlich zu kritisieren.¹⁰⁴

Bedenklicher war allerdings der sozialpolitische Preis, mit dem der unbezweifelbare Erfolg erkaufte wurde. Weniger von ihrer öffentlichen Präsentation denn von ihrer praktischen Umsetzung her kam die neue Wirtschaftspolitik einer „Ghettoisierung“¹⁰⁵ der Arbeiterbewegung gleich, die umso gravierender empfunden wurde, als sie den Ansätzen auf verstärkte politische Teilhabe der Arbeiterklasse unter der Volksfront ein abruptes Ende bereitete. Das Auseinanderklaffen von unitarischer Rhetorik und tatsächlicher Aktion hatte sich am 30. November 1938 augenfällig gezeigt und setzte sich bis in die Kriegsjahre fort. Von Anbeginn und wiederholt hatte Reynaud eine gleichmäßige Aufteilung der Lasten versprochen¹⁰⁶, die Evolution der Steuergesetzgebung wies bis 1940 dann allerdings in eine andere Richtung. Der Vergleich der Belastungen der Steuerjahre 1938/39 und 1939/40 macht deutlich, daß Reynauds Reformen zur Abschöpfung des Zu-

¹⁰³ Im Jahr 1935 übertraf der Anteil der deutschen Rüstungsaufwendungen am Nationaleinkommen mit 6% zum erstenmal seit Ende des Ersten Weltkriegs denjenigen der französischen Seite, der bei 5,8% lag. Der Abstand zwischen den prozentualen Aufwendungen wurde trotz Anwachsens auch der französischen Anstrengungen immer größer, bis im Jahr 1938 in Deutschland mit 17,2% des Bruttoeinkommens anteilmäßig mehr als das Doppelte in die Rüstung investiert wurde als in Frankreich (8,6%) (vgl. dazu die Zahlenangaben bei Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 35).

¹⁰⁴ Ebenda. Die diesbezügliche Kritik bei Frankenstein widerspricht dessen eigenen Einsichten zum wirtschaftlichen Mobilisationsvermögen der französischen Demokratie (Frankenstein, *Prix du réarmement*, S. 35f.; zur Kritik an Reynaud: S. 207–209 und *passim*).

¹⁰⁵ Jackson, *Popular Front*, S. 188.

¹⁰⁶ Vgl. etwa seine Runkfunkrede vom Abend des 12. November 1938 (Reynaud, *Mémoires II*, S. 492–495); Entsprechendes versicherte er in: „Le bilan économique et financier des cinq premiers mois du plan de trois ans“, S. 27 (AEF, B 21848).

gewinns aus kriegsbedingten Mehreinnahmen keineswegs unter dem Imperativ sozialer Gerechtigkeit konzipiert waren. Zur (Mit)finanzierung der Rüstungsausgaben wurden Einkommenssteigerungen aus geleisteter Mehrarbeit sowie der allgemeine Konsum der Bevölkerung in deutlich höherem Maße herangezogen als die zusätzlichen Gewinne der Unternehmer; die Besteuerung von Kapitalbesitz wurde im Verhältnis zur Periode 1938/39 sogar reduziert. Während die Erwerbstätigen also über direkte und indirekte Besteuerung erfaßt wurden, stand es dem Kapitalbesitz weiterhin frei, sich durch die Zeichnung von Anleihen am Aufbauwerk zu beteiligen.¹⁰⁷

Weit davon entfernt, willkürlich konzipiert zu sein, spiegeln die Maßnahmen eine wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung wider, die in einer Linie mit den Dekreten vom November 1938 stand und zur Konjunkturbelebung in erster Linie auf die Aktivierung der Investitionstätigkeit zielte. Das Vorgehen Reynauds als Finanzminister zwischen November 1938 und März 1940 zeigt die Möglichkeiten und Grenzen seines liberalen Politikverständnisses. In erster Linie auf das wirtschaftliche Feld gerichtet, konnte es sich dort in effektiver Weise entfalten, weil als Ergebnis einer zweifellos schwierigen Gratwanderung des Ministers soziale Ansprüche und Mitspracherechte hinter dem nationalen Ziel hatten zurückstehen müssen. Daß eine flexiblere Lösung möglich gewesen wäre, die etwa jenen Ergebnissen Rechnung getragen hätte, die die Beratungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften im „Comité d'Enquête sur la Production“ bis Ende 1937 zutage gefördert hatten, kann im nachhinein mit guten Gründen vermutet werden. In jedem Falle bot die französische Gesellschaft auch aufgrund der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Daladier im Frühjahr 1940 ein weniger geeintes Bild als noch im Jahr 1938.¹⁰⁸

Reynaud hatte durch seine wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in ein komplexes Beziehungsgeflecht eingegriffen und es charakteristisch verändert. Stabilisierende wie in gewissem Maße auch destabilisierende Effekte hatten sich daraus ergeben. In der Folge blieb es jedoch weder bei den rein ökonomischen Wirkungen der Neuorientierung noch bei den beschriebenen sozial- und rüstungspolitischen Implikationen. Bis auf das außenpolitische Feld strahlte der „technische“ Erfolg seiner Wirtschaftspolitik aus, entzog er doch auf indirektem Wege einer genuin französischen Politik des „apaisement“ gegenüber Hitlerdeutschland noch im Frühjahr 1939 die Basis.

*b) „Réarmement et conciliation“ – Paul Reynaud und die Deutschlandpolitik
Edouard Daladiers*

Naturgemäß war der außen- und deutschlandpolitische Handlungsspielraum Reynauds als Minister im Kabinett Daladier zunächst begrenzt. Allein schon aufgrund der Ressortverteilung war ihm weitgehende Abstinenz auferlegt, so daß sich sein Einfluß bis November 1938 praktisch nur mittelbar manifestieren

¹⁰⁷ Frankenstein, *Le financement français*, S. 467f. und 476f.

¹⁰⁸ Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 483 und 389–428. Zur Auseinanderentwicklung der französischen Gesellschaft während der „Drôle de guerre“ allgemein: Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 102–137.

konnte. Auch wenn ihm seine vorerst zweitrangige Funktion mehr Einfluß verliehen hätte, wäre er aber wohl kaum mit energischer Kritik an der Politik seines Ministerpräsidenten an das breite Publikum getreten. Während der Sudetenkrise und nach seinem Wechsel ins Finanzministerium vermied er es, sich in öffentlichen Gegensatz zu Daladier zu stellen.¹⁰⁹ Nichtsdestoweniger war sein außenpolitisches Koordinatensystem klar abgesteckt, als er im April 1938 in die Ministerverantwortung berufen wurde. Er hatte sich den Ruf des unkonventionellen ‚Hardliners‘ gegenüber den europäischen Diktaturen erworben, seit er sich im Dezember 1935 öffentlich für Sanktionen gegen Italien ausgesprochen hatte, das im Oktober des gleichen Jahres in Äthiopien eingefallen war.¹¹⁰ Ebenso wie mit seinem energischen Eintreten für eine weitere französisch-russische Annäherung auf der Basis der Zusammenarbeit der jeweiligen Generalstäbe hatte er sich damit weite Teile des rechten Lagers entfremdet, wo man Lavals Lavieren in der Sanktionsfrage unterstützte und aufgrund antikommunistischer Ressentiments ein Bündnis mit der Sowjetunion ablehnte.¹¹¹ Mit André Tardieu war es über diesen Fragen im Jahr 1935 zum Zerwürfnis gekommen.¹¹²

In der rhetorischen Konsequenz, mit der er insbesondere seine Position deutschlandpolitischer „fermeté“ im Kabinett und außerhalb vertrat, hob er sich deutlich von seinem Regierungschef ab. Er hatte dabei allerdings die günstigere Ausgangsposition: Wenn es ihm im Gegensatz zu Daladier gelang, sich auch nach September 1938 in der Öffentlichkeit als Mann der Entschlossenheit und der Härte gegenüber den europäischen Zwangsregimen zu profilieren, dann kam ihm ganz wesentlich gerade die faktische Beschränkung seiner außenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten zugute. Anders als der Ministerpräsident, dessen außenpolitisches Agieren sich zumindest bis zur Jahreswende 1938/39 oft unvorteilhaft von seinen wiederholten Entschlossenheitsbekundungen abhob, konnte Reynaud seinen ostentativ zur Schau getragenen Willen zur Tat weitgehend unbeirrt von den Zwängen beispielsweise der interalliierten Beziehungen präsentieren. Es hieße den politischen Ehrgeiz Reynauds zu unterschätzen, wollte man dahinter nur den Ausdruck von konzeptioneller Geradlinigkeit und nicht auch ein gehöriges Maß an persönlicher Profilbildung und Karriereplanung vermuten.

Vor dem Hintergrund des Berchtesgadener Ultimatums Hitlers an Schuschnigg vom 12. Februar und der allmählich sich verdichtenden Gewißheit des „Anschlusses“ Österreichs hatte in der Pariser Kammer der Abgeordneten am 25. und 26. Februar eine wichtige außenpolitische Debatte stattgefunden. Die gemäßigte

¹⁰⁹ So hatte er Daladier keineswegs vor den übrigen Kabinettsmitgliedern wegen seiner Finanzpolitik attackiert und hierfür den Briefweg vorgezogen (vgl. Reynaud an Daladier, 26. 4. 1938; AN, 74 AP 16).

¹¹⁰ Vgl. JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 27 décembre 1935, S. 2815f.; wiederholt in: *Paris-Soir*, 22. 8. 1936. Zum diplomatischen Hintergrund der Äthiopienfrage in der „Ära Laval“: Duroselle, *La décadence*, S. 123–152; zur Haltung der Rechten gegenüber der Italienpolitik Lavals: Micaud, *French Right*, S. 52–66.

¹¹¹ Vgl. die Artikel Reynauds in: *L'Oeuvre*, 16. 4. 1936; *L'Echo de Paris*, 21. 11. 1936; *Ce Soir*, 21. 3. 1938; siehe auch: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 4 décembre 1936, S. 3325; ebenda, Séance du 26 février 1938, S. 647. Allgemein: Bartel, *Frankreich und die Sowjetunion*, S. 38; zur Haltung der Rechten: Micaud, *French Right*, S. 46–50 und 67–84.

¹¹² Monnet, *Refaire la République*, S. 372–375. Vgl. dazu auch den Briefwechsel zwischen Reynaud und Tardieu (AN, 324 AP 14).

und die äußerste parlamentarische Rechte war dabei im Hinblick auf die einzuschlagende Deutschland- und Ostpolitik in eben jenen drei Strömungen präsent gewesen, die sich in ihren Reihen seit 1936 herauskristallisiert hatten. Paul Reynaud exponierte sich in der Debatte als Vertreter „bedingungsloser Unnachgiebigkeit“.¹¹³ In einer programmatischen Kammerrede entfaltete er am 26. Februar seine im Kern unveränderten Vorstellungen anhand der beiden Alternativen, die er im Prinzip bereits im Dezember 1936 als einzig logische Fortentwicklungsmöglichkeiten der französischen Außenpolitik präsentiert hatte: die aktive Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts einerseits oder die „Abdankung“ als Großmacht und der Rückzug hinter die Maginot-Linie andererseits.¹¹⁴ Der Verteidigung der ersten Option als allein wirklich friedenssichernder Politik galten im Kern seine Ausführungen. Nur eine Position der Festigkeit gegenüber der deutschen Expansionslust in Zentral- und Osteuropa könne auf Dauer immer neuen Forderungen vorbeugen und eine kriegerische Auseinandersetzung abwenden: „Hitler [...] veut germaniser l'Europe centrale. Une fois ce formidable bloc germanique constitué, l'Allemagne nous réclamerait des colonies, l'Alsace et la Lorraine, l'accès à l'Atlantique. La ligne Maginot suffira-t-elle alors? Nous serions entraînés dans une guerre sans honneur – et sans l'appui d'un ami.“¹¹⁵

Reynauds Konzept des rückhaltlosen Widerstands gegen das deutsche Vordringen baute auf die Unterstützung durch die Sowjetunion, durch Großbritannien und die kleineren östlichen Verbündeten. Daß diesem Kalkül im Frühjahr 1938 bereits ein hohes Maß an Wunschdenken innewohnte, war ihm vermutlich klar: Nur sehr zurückhaltend verwies er noch auf eine mögliche militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Die im Rückblick entscheidende Wegmarke in der Einleitung der englischen Appeasement-Politik – die Entlassung Edens im Februar 1938 – interpretierte er zwar optimistisch als kaum ausschlaggebend für eine Veränderung in der englischen Haltung. Daß er dennoch ein englisches „désengagement“ in Zentraleuropa fürchtete, läßt sich indirekt ablesen. In einer Art „Vorwärtsstrategie“ sollte Frankreich in der Region die führende Schutzmachtrolle übernehmen und so Großbritannien, das den großen Festlandsverbündeten nicht im Stich lassen werde, mitziehen: „Certes, la Grande-Bretagne n'a jamais voulu prendre d'engagement ferme en Europe centrale, mais elle a toujours laissé planer une menace salutaire envers un agresseur éventuel. A cet égard, malgré le départ de M. Eden, la politique anglaise ne changera pas. Sa formule est: réarmement et conciliation. Elle ne peut laisser écraser la France, mais, en ce qui concerne l'Europe centrale, c'est à nous de prendre la tête.“¹¹⁶

Eine Minderheit nur der parlamentarischen Rechten und der Mitte trug diese Position bedingungsloser „fermeté“ mit.¹¹⁷ Reynauds Vorstoß richtete sich deshalb in erster Linie gegen die Träger der beiden alternativen Vorstellungen aus den eigenen politischen Reihen, gegen jene, die wie Louis Marin und Jean Ybarnéga-

¹¹³ Vgl. Micaud, French Right, S. 136–144 (Zitat: S. 137).

¹¹⁴ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 février 1938, S. 646–649; zum Verlauf der Debatte auch: Reynaud, Mémoires II, S. 186–191.

¹¹⁵ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 février 1938, S. 648.

¹¹⁶ Ebenda, S. 649.

¹¹⁷ Micaud, French Right, S. 143 f.

ray eine Erneuerung der Stresa-Politik unter Einschluß Italiens wünschten, und insbesondere gegen die Befürworter einer „Politik der freien Hand“ für Deutschland in Zentraleuropa. Sein eigener Parteichef, Pierre-Etienne Flandin, stand im Februar 1938 wie bereits in den Debatten von Dezember 1936 für diese Option.¹¹⁸ Außerhalb des Parlaments wurde die Konzessionspolitik seit 1937 unter anderem mitgetragen von Reynauds späterem außenpolitischen Antagonisten im Kabinett Daladier: Georges Bonnet.¹¹⁹ In allen wesentlichen Punkten herrschte Dissens zwischen den beiden Extrempositionen Reynauds und Flandins: Widerstand gegen deutsche Hegemoniebestrebungen, diplomatische Einflußnahme auf Großbritannien im Sinne offensiver Einhaltung der westlichen Beistandsverpflichtungen in Ost- und Südosteuropa sowie Förderung einer internationalen Gleichgewichtspolitik unter Einbezug der russischen Allianz standen auf der einen Seite; vorzugsweises „rapprochement“ an Deutschland und Italien, Annäherung an die interventionsfeindlichen Strömungen in der englischen Politik, Vertrauen in das sicherheitspolitische Faustpfand der Maginot-Linie auf der anderen.¹²⁰

Als Edouard Daladier sein Ministerpräsidentenamt im April 1938 antrat, ließ er zunächst wenig Entschiedenheit erkennen, intensiv auf außenpolitische Fragen Einfluß zu nehmen.¹²¹ Der Mann, der 1933 gegenüber Hitler auf einer Doppelstrategie von direkter Gesprächsdiplomatie und Gleichgewichtspolitik beharrt hatte, entwickelte unter den veränderten Umständen des Jahres 1938 zunächst kaum eindeutiger konturierte Vorstellungen. Zwar beharrte er in den ersten englisch-französischen Regierungsgesprächen vom April 1938 auf den französischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei; daneben aber erging er sich gegenüber Chamberlain und Halifax nur in recht unkonkreten Äußerungen über eine einzuschlagende Politik der „Weisheit“ und der „Vernunft“ gegenüber Hitler.¹²² Die nachfolgende Konzentration des Ministerpräsidenten auf die Problematik der wirtschaftlichen Konsolidierung Frankreichs als Voraussetzung seiner Aufrüstung ließ Außenminister Bonnet weiten Spielraum, den dieser bereits ab Sommer im Sinne seiner Konzessionspolitik nutzte.¹²³

In der Sudetenkrise des Jahres 1938 bot die französische Regierung wie der Ministerpräsident selbst ein ambivalentes Bild.¹²⁴ Im Handeln Daladiers verschränkten sich entschlossene Absichtserklärungen zur Bündnistreue, die er gegenüber seinen britischen Verhandlungspartnern, im französischen Ministerrat und vor der eigenen Öffentlichkeit vertrat, mit dem schrittweisen Zurückweichen vor den

¹¹⁸ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 février 1938, S. 639–646. Zwischenzeitlich hatte er in verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen seine Haltung dargelegt, so unter anderem am Parteikongreß der „Alliance“ vom November 1937 (Vgl. Pierre-Etienne Flandin, Paix et liberté. „L'Alliance Démocratique“ à l'action, Paris 1938, S. 173–175 und S. 190–192).

¹¹⁹ Bellstedt, „Apaisement“, S. 218–220.

¹²⁰ Vgl. die Rede Flandins: JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 26 février 1938, S. 639–646.

¹²¹ Vgl. René Girault, La décision gouvernementale en politique extérieure, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 209–227, hier: S. 222; übernommen bei Bellstedt, „Apaisement“, S. 134 f.

¹²² Vgl. Du Réau, Edouard Daladier, S. 234–239; Bellstedt, „Apaisement“, S. 135.

¹²³ Du Réau, Edouard Daladier, S. 239; Bellstedt, „Apaisement“, S. 173 f.

¹²⁴ Im Zusammenhang dieser Arbeit ist es nicht von Interesse, die komplexe Vorgeschichte des Münchener Abkommens in ihren Einzelheiten darzulegen, zumal Paul Reynaud nicht als verantwortlicher Entscheidungsträger involviert war.

englischen Wünschen. Nach außen hin stellte sich die Zusammenarbeit Daladiers mit seinem Außenminister wenig harmonisch dar. Bonnet versuchte bereits ab Juli 1938, die Ansätze des Regierungschefs zur „fermeté“ teils hinter dessen Rücken zu unterlaufen. Diese Uneinigkeit schwächte wiederum die Position der französischen Seite gegenüber dem Gespann Chamberlain/Halifax, das mehr und mehr die Führung im diplomatischen Abtausch mit Hitler übernahm. Spätestens in der eigenmächtigen Zusage Chamberlains auf eine Viererkonferenz in München – bereits die Berchtesgadener Aussprache mit Hitler war ohne Rücksprache mit Daladier erfolgt – zeigte sich das Auseinandertreten von französischem Großmachtsanspruch, von präntendierter internationaler Schlichterrolle und tatsächlich einsetzbarem Potential. Wenn sich Daladier im September 1938 zum schmerzlich empfundenen Arrangement mit dem Diktator bereitfand, dann stand dahinter nicht einfach mangelnde Kompetenz oder blinde Anpassung an die Führung durch die britische „Gouvernante“¹²⁵, sondern eben auch die Einsicht in strukturelle Schwächen Frankreichs auf rüstungstechnischem und wirtschaftlichem Gebiet, die eine Atempause zur Konsolidierung der Kräfte der Nation notwendig machten.¹²⁶ Vor der Kammer der Abgeordneten faßte Daladier am 4. Oktober 1938 seine pessimistische Lageeinschätzung und die daraus resultierende Aufgabe knapp zusammen: „Il n’y a pas une heure à perdre: il faut faire appel à ce sursaut des énergies françai-

¹²⁵ François Bédarida, La „gouvernante anglaise“, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 228–240.

¹²⁶ Auf solch multikausale Erklärungsmodelle einigte sich die seriöse neuere Forschung mittlerweile. Als neueste, breit angelegte Darstellung der französischen Haltung ist heranzuziehen: Yvon Lacaze, La France et Munich. Etude d’un processus décisionnel en matière de relations internationales (Collections contacts, Série II: Gallo-Germanica 8), Bern 1992. Die jüngste eingehendere Darstellung des diplomatischen Prozesses aus der Sicht Daladiers und unter Auswertung bislang unveröffentlichten Materials aus dem Nachlaß bietet: Du Réau, Edouard Daladier, S. 234–287. Zur Einordnung in die Außenpolitik Frankreichs im fraglichen Zeitraum: Jean Baptiste Duroselle, La décadence 1932–1939, Paris 1979, S. 325–366; aufschlußreich zur Reaktion der französischen Öffentlichkeit: Yvon Lacaze, L’opinion publique française et la crise de Munich, Frankfurt u. a. 1991; Ders., L’opinion publique française et la crise de Munich, in: Francia 18/3 (1991), S. 73–83.

Die Entstehung des Münchener Abkommens, die Motive der führenden französischen Staatsmänner, allen voran Daladiers, und die Aufteilung der Verantwortlichkeit für das Zustandekommen gehören bis in die Gegenwart zu den am heftigsten diskutierten Themen der französischen Zeitgeschichte. Erklärbar ist die emotional aufgeladene Vehemenz der schon unter Zeitgenossen einsetzenden Debatte aus der gedanklichen Verbindungslinie, die die Gegner des Abkommens zwischen einer im September 1938 angeblich eingeleiteten „politique de l’abandon“ und der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 knüpfen. Die objektive Widerlegung, die die Politik der „Munichois“ im März 1939 erfuhr, schließlich die traumatisierende Wirkung des Desasters von 1940 verstellten zunächst den Blick auf historische Zusammenhänge und Motivstrukturen der Handelnden, die geeignet sein konnten, die rasch erhobenen Vorwürfe von allgemeiner „Dekadenz“ oder fehlender Weitsichtigkeit des politischen Personals zu relativieren. Auch in dieser Hinsicht stellte das bereits erwähnte Kolloquium an der „Fondation nationale des sciences politiques“ von 1975 eine Wende dar, die sich in den obengenannten Arbeiten fortsetzte.

Daß die ideologisch geprägte Wahrnehmung des Abkommens zumindest in den Randbereichen von historischer Forschung und politischer Literatur weiterhin Konjunktur hat, zeigt sich an zwei Darstellungen, die aus Anlaß des 50. Jahrestages des Münchener Abkommens publiziert wurden. Die Arbeit von Colonel Pierre Le Goyet, Munich. Un traquenard?, Paris 1988, greift die alte These vom eigensüchtigen englischen „Verrat“ an französischen Interessen wieder auf; die Studie von François Paulhac, Les accords de Munich et les origines de la guerre de 1939, Paris 1988, versucht eine Exkulpierung Daladiers und Bonnets auf der Basis einer nur allzu unruhig bekannt, revisionistischen Interpretation des Kriegsausbruchs als Werk „unverantwortlicher“ westlicher Politiker.

ses sans lequel le pays ne pourra faire face aux événements redoutables que je sens venir dans un avenir beaucoup plus proche peut-être que nous ne le voyons.“¹²⁷

Im Ministerrat hatte sich schon Anfang September grundsätzlichere Uneinigkeit über das weitere Vorgehen manifestiert. Um zwei personelle Pole gruppierten sich jene Kabinettsmitglieder, die einen dezidierten Standpunkt einnahmen: um Außenminister Bonnet einerseits, um Justizminister Reynaud und den Minister für die Kolonien, Georges Mandel, andererseits.¹²⁸ Die Differenzen blieben auch Außenstehenden nicht verborgen. Am 10. September notierte der englische Botschafter Phipps: „Mon impression est que Bonnet, peut-être plus que Daladier et certainement plus que Mandel et Reynaud, est désespérément anxieux de trouver un moyen pour sortir de cette impasse sans être obligé de se battre.“¹²⁹ Offener Widerstand seitens der Fraktion der „durs“ stellte sich dann zum erstenmal ein, als Daladier nach den englisch-französischen Regierungsgesprächen vom 18. September gezwungen war, vor seinem Kabinett erste Konzessionen an das „Appeasement“-Konzept Chamberlains zuzugeben. Die Londoner Beschlüsse sahen definitiv die Übergabe der mehrheitlich deutsch besiedelten tschechischen Gebiete an das Deutsche Reich vor, und zwar unter Einschluß der Möglichkeit eines Plebiszits – eine Option, die Daladier bis dahin strikt abgelehnt hatte.¹³⁰ Die erläuternden Hinweise des Regierungschefs im Ministerrat vom 19. September auf den französischen Rüstungsrückstand, die unverzichtbare Rücksichtnahme auf den englischen Verbündeten und den unsicheren englischen Beistand im Falle eines französischen Vorgehens konnten die Fraktion der „durs“ nicht überzeugen.¹³¹ Reynaud, Mandel und der Minister für die „Anciens combattants“, Champetier de Ribes, gaben ihre Absicht zu erkennen, zurückzutreten. Erst die Argumente eines illustren Verbündeten, der aus London herbeigeeilt war, trugen dazu bei, sie von ihren Plänen abzubringen. Winston S. Churchill, zu diesem Zeitpunkt einer der profiliertesten britischen Kritiker der Europapolitik Chamberlains, war im März 1938 bereits mit bekanntermaßen anglophilen französischen Politikern zusammengetroffen: Paul Reynaud, Edouard Herriot, auch Léon Blum, Joseph Paul-Boncour und der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Alexis Léger, hatten damals zu seinen Gesprächspartnern gezählt.¹³² Sein erneuter Besuch, zu dem er am

¹²⁷ JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 4 octobre 1938, S. 1526–1529.

¹²⁸ Zu den erklärten „Hardlinern“ im Kabinett gehörten die drei Radikalsozialisten Jean Zay, César Campinchi und Albert Sarraut; aus den Reihen der „modérés“ zählte dazu neben den beiden Genannten insbesondere der Christdemokrat Auguste Champetier de Ribes.

Da wie bereits in der Einleitung zu dieser Arbeit bemerkt, keine offiziellen Kabinettsprotokolle für die Ministerratssitzungen der Dritten Republik existieren, ist die Forschung auch in diesem Fall stark auf die rückblickenden Darstellungen oder im nachhinein veröffentlichten Notizen von Beteiligten angewiesen. Am wertvollsten sind in dieser Hinsicht die Tagebücher des radikalsozialistischen Erziehungsministers und „Anti-munichois“ Jean Zay, *Carnets secrets*, Paris 1942.

¹²⁹ Phipps Papers, Churchill College, 1–120, 61, 72; zitiert nach Du Réau, Edouard Daladier, S. 254 (dort bereits in französischer Übersetzung).

¹³⁰ Du Réau, Edouard Daladier, S. 257–259.

¹³¹ Zur Kabinettsitzung vom 19. 9. 1938; Zay, *Carnets secrets*, S. 4–6.

¹³² Vgl. die Nachweise über die Gespräche vom 25. und 26. 3. 1938 bei Martin Gilbert, Winston S. Churchill. Band V (1922–1939), London 1976, S. 928; im September 1936 bereits hatte Churchill in Paris Reynaud, Herriot und Flandin getroffen, im Dezember des gleichen Jahres hatte Reynaud in Anwesenheit des englischen Politikers vor der „Anglo-French luncheon“ gesprochen (Ebenda, S. 787 und 821; Winston S. Churchill, *The Second World War*. Band I: *The Gathering Storm*, London 1948, S. 280; Reynaud, *Mémoires* II, S. 125–127).

20. September 1938 in Paris eintraf, hatte demonstrativen Charakter. Mit den Rücktrittsplänen seiner „Freunde“ Reynaud und Mandel konfrontiert, riet er zum Verbleib: „Both these Ministers were in lively distress and on the verge of resigning from the Daladier Cabinet. I was against this, as their sacrifice could not alter the course of events, and would only leave the French Government weakened by the loss of its two most capable and resolute men. I ventured even to speak to them in this sense.“¹³³

Daß Churchill Außenminister Bonnet bei seinem Besuch übergang, sollte ein Zeichen setzen, sollte die Möglichkeit einer alternativen, inoffiziellen englisch-französischen Interessengemeinschaft zugunsten einer Position der deutschlandpolitischen Härte aufzeigen. Am 22. September trafen sich Mandel, Champetier de Ribes und Reynaud mit Daladier, um ihren Unmut über den englisch-französischen Druck auf Prag zum Ausdruck zu bringen und gegen den diesbezüglichen Einfluß Bonnets zu protestieren. Nach dem Gespräch, das in unterschiedlichen Versionen überliefert ist, sahen die Minister von einer Demission ab; an die Presse erging ein Dementi der Rücktrittsgerüchte.¹³⁴

Da keine direkten Zeugnisse vorliegen, um den Entscheidungsprozeß Reynauds zu erhellen, können die Gründe für sein Vorgehen nur vermutet werden. Die Episode verdeutlicht in erster Linie die schwache Position jener Fraktion der „durs“ im Kabinett: Vor einem Ministerpräsidenten, der trotz aller Bekenntnisse zur Unnachgiebigkeit zunehmend dem englischen Standpunkt und der Politik Bonnets nachzugeben schien, blieb ganz offensichtlich den Opponenten wenig mehr effektive Einflußmöglichkeit, als sofort auf die schärfste Waffe zurückzugreifen, über die sie in ihrer Lage verfügten. Die Situation war jedoch noch zu offen, das wirkliche Ausmaß des schon eingeleiteten diplomatischen Rückzugs Frankreichs noch zu ungewiß, als daß Daladier genügend Angriffsfläche geboten hätte, um einen eventuellen Regierungssturz in der Öffentlichkeit plausibel zu begründen. Ein solcher Sturz aber gehörte ins Kalkül der dissidenten Minister, die ihre Hoffnungen vergeblich auf den bekanntermaßen einer Politik der „fermeté“ zuneigenden Senatspräsidenten Jules Jeanneney als Nachfolger Daladiers gerichtet hatten.¹³⁵

Reynauds „Rücktritt vom Rücktritt“ mag unter solcher Perspektive durchaus geleitet gewesen sein von persönlichem Ehrgeiz, verbunden mit der Hoffnung auf einflußreichere Ämter inner- oder außerhalb der Regierung Daladier. In der aktuellen außenpolitischen Krisensituation hätte ein bloßer Austritt aus der Regierungsmannschaft ohne Hoffnung auf die Bildung eines Alternativkabinetts wohl in der Tat allzu leicht als Zurückweichen vor der nationalen Aufgabe interpretiert werden können – mit fatalen und vermutlich endgültigen Folgen für die politische

¹³³ Churchill, *Gathering Storm*, S. 302 f.; zum Parisbesuch Churchills vom 20./21. 9. 1938: Gilbert, *Churchill*, S. 978. Vgl. auch die Darstellung Reynauds: Reynaud, *Mémoires II*, S. 209.

¹³⁴ Vgl. „La politique extérieure du gouvernement français. Les entretiens de M. Daladier“, in: *Le Temps*, 24. 9. 1938.

¹³⁵ Dies geht aus der Korrespondenz Jeanneneys mit seinem Privatsekretär Maurain hervor; zitiert bei Lacaze, *L'opinion publique*, S. 372. Der instinktsichere de Gaulle wandte sich am 24. September erneut an Reynaud, um ihm eine zukünftige „bedeutende Rolle“ vorherzusagen und die eigenen Dienste anzubieten (De Gaulle an Reynaud, 24. 9. 1938, in: Ders., *Lettres, notes et carnets. 1919–juin 1940*, S. 475 f.; abgedruckt auch bei Reynaud, *Mémoires II*, S. 213 f.).

Zukunft der so Handelnden.¹³⁶ Dem angestrebten Sprung Reynauds ins Finanzministerium jedenfalls wäre ein Rücktritt keinesfalls förderlich gewesen. Karriereüberlegungen alleine aber können das Verhalten eines Politikers nicht erklären, der in der Vergangenheit bewiesen hatte, daß er die innenpolitische Marginalisierung bei der Durchsetzung seiner Ziele nicht scheute. Vielmehr stand Reynaud zumindest prinzipiell einer Verständigung mit Deutschland unmittelbar *vor* wie auch noch *nach* Abschluß des Münchener Abkommens nicht ablehnend gegenüber. In einem Gespräch mit dem Leiter der „Dienststelle Ribbentrop“ in Paris, Otto Abetz, gab er sich im Oktober unter Verweis auf seine einschlägigen Vorstöße vor 1933 durchaus offen für eine Fortsetzung entsprechender Bemühungen.¹³⁷ Er beurteilte die territorialen Regelungen in den Friedensverträgen von Trianon und St.-Germain selbst skeptisch genug, um die Notwendigkeit einer Neuregelung zu sehen, ja er ging sogar so weit, zur Entschärfung der Sudetenfrage im Gespräch mit dem deutschen Botschafter „radikale“ Lösungen unter Einfluß eventueller Bevölkerungsumsiedlungen zu befürworten.¹³⁸ Die Förderung direkter Gespräche zwischen Beneš und Henlein erachtete er wie der neue englische Außenminister Halifax als vordringlich.¹³⁹

Ergänzt man das Bild, das seine parlamentarischen Äußerungen abgeben, durch diese Aussagen, die sämtlich gegenüber nicht-französischen Gesprächspartnern fielen, dann erscheint der Dissens, der ihn von Daladier trennte, keineswegs so grundsätzlich, als daß eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich gewesen wäre. Reynauds „Doppelstrategie“ gegenüber Hitlerdeutschland hatte sich seit 1933 zwar inhaltlich angereichert, doch in ihrem Prinzip nicht wesentlich verändert: Echte Verständigung war durchaus zu erreichen, aber nur zwischen annähernd gleich starken Partnern, und die innere Konsolidierung Frankreichs hatte deshalb wie die bündnispolitische Absicherung einer möglichen Annäherung an Deutschland voranzugehen.¹⁴⁰ Natürlich verurteilte Reynaud die Tatsache wie die Methoden der Hitlerschen Expansionspolitik, insbesondere das deutsche Vorgehen in Südosteuropa; das hatte er nicht zuletzt gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern deutlich gemacht.¹⁴¹ An den Defiziten Frankreichs auf ökonomischem

¹³⁶ Karriereüberlegungen rückt als „main reason“ für das Handeln Reynauds in den Vordergrund: Antony Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War 1936–1939*, London 1977, S. 122f.; übernommen bei Lacaze, *France et Munich*, S. 446.

¹³⁷ „[...] Paul Reynaud verteidigte sich gegen den Vorwurf, ein Feind der deutsch-französischen Verständigung zu sein und gab eine Schilderung seiner Fühlungnahme mit deutschen Kreisen in den Jahren vor der nationalsozialistischen Machtergreifung.“ (Abetz an Welczeck, 24. 10. 1938; ADAP D IV, No. 342, S. 384f.).

¹³⁸ „Unterredung mit Justizminister Paul Reynaud“, Welczeck an AA, 11. 5. 1938 (ADAP D II, No. 152, S. 210f.).

¹³⁹ So in einem Gespräch mit Halifax in London am 20. Mai 1938 (Halifax an Phipps, 20. 5. 1938; Documents on British Foreign Policy (künftig: DBFP), 1919–1939, Third Series, Band I, No. 243, S. 325f.).

¹⁴⁰ Vgl. dazu die einleitenden Abschnitte zu Kapitel IX.3.a) dieser Arbeit.

¹⁴¹ „Paul Reynaud warf hierbei ein, [...] wenn wir aber bei der Realisierung unserer völkischen Aspirationen dieselbe oder ähnliche Methoden wie bei der Annexion Österreichs anwenden und den nach einem Aufstande von der tschechischen Regierung bedrängten Sudetendeutschen *manu militari* oder mit Freiwilligen-Verbänden zu Hilfe eilen würden, so sei die Katastrophe da, von der Europa, vielleicht mit Ausnahme des abgelegenen und bereits im Kommunismus lebenden Rußlands, sich nie mehr erholen würde. Man müßte alles tun, um einer Vernichtung der zivilisierten alten Welt vorzubeugen.“ (Welczeck an AA, 11. 5. 1938; ADAP D II, No. 152, S. 210f.).

und rüstungstechnischem Gebiet aber konnte eine „feste Sprache in Berlin“¹⁴² allein nichts ändern, und der Wirtschaftsexperte Reynaud mußte sich darüber genauso im klaren sein wie der Militärreformer. „Réarmement et conciliation“: Diese Formel, die er im Februar 1938 zustimmend – und allzu optimistisch bezüglich ihrer weiteren Ausgestaltung – als das Kennzeichen der Politik Chamberlains aufgegriffen hatte¹⁴³, entsprach tatsächlich seiner eigenen Haltung auch noch unmittelbar nach Abschluß des Münchener Abkommens in höherem Maße, als er dies rückblickend zu suggerieren versuchte. In den einschlägigen Abschnitten seiner Memoiren geht Reynaud nicht auf den „Verständigungs“-Aspekt seiner deutschlandpolitischen Vorstellungen von 1938 ein, sondern bietet im wesentlichen eine aus der Rückschau gefertigte Analyse und Kritik der französischen Außenpolitik während der Sudetenkrise. In ihrer Tendenz zielen die Ausführungen darauf, ihren Verfasser zum hellsichtigen und hartnäckigen Verfechter einer unnachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland zu stilisieren – ein Befund, der, wie gesehen, stark zu differenzieren ist.¹⁴⁴

Reynauds warnende Interventionen im Ministerrat spiegelten im Verlauf der Sudetenkrise seine aufrichtige Sorge vor dem französischen Vertragsbruch, vor dem Verlust des tschechischen Bundesgenossen und einem Prestigegewinn Hitlers, der diesem weitere Vorstöße erleichtern mußte.¹⁴⁵ Seine Rücktrittsdrohung aber hatte stark taktischen Charakter: zum Zeitpunkt des englisch-französischen Ultimatums gegenüber Prag an einem ersten klar erkennbaren Kulminationspunkt des französischen Einlenkens formuliert, erstrebte sie eine Rejustierung der Haltung Daladiers im Sinne des anders gewichteten, aber keineswegs diametral entgegengesetzten deutschlandpolitischen Konzepts Reynauds. Sie stand damit in erster Linie in Konkurrenz zu den gegenteiligen Bemühungen der dezidierten Verständigungsanhänger um Bonnet und Flandin. Der Abbruch seines Vorstoßes zeigte dann vor allem, daß eine Position bedingungsloser deutschlandpolitischer Härte zu diesem Zeitpunkt weder als sachliche Alternative im Kabinett noch als Kristallisationspunkt für eine kabinettpolitische Neuformation mehrheitsfähig war. Sich in das implizierte Verdikt über die eigene Anschauung zu fügen, fiel Reynaud umso leichter, als sein Widerstand gegen eine Verzichtspolitik in der

¹⁴² So Reynaud gegenüber Halifax am 20. Mai 1938 (Halifax an Phipps, 20. 5. 1938; DBFP, Third Series, Band I, No. 243, S. 326).

¹⁴³ Reynaud hatte die Begriffskombination in der oben erwähnten Kammerrede vom 26. Februar geprägt und sie in einem Rundfunkvortrag wenige Tage später wiederholt: „Ceux qui avaient affirmé si imprudemment que M. Chamberlain s'était rallié à leur politique dont les deux bases sont „faiblesse et abdication“ ont pu constater qu'ils s'étaient trompés. Les deux bases de la politique de M. Chamberlain sont „Réarmement et conciliation.“ Formule excellente que, pour ma part, j'adopte pleinement et qui exprime aussi la politique du gouvernement français.“ (Paul Reynaud, Manuskript für: *Radio-Cité*, 29. 2. 1938; AN, 74 AP 16).

In inhaltlich entsprechendem Sinne hatte er sich bereits in einem Vortrag vor der „Société des Conférences“ geäußert: „M. Paul Reynaud parle de la situation internationale“, 4. 2. 1938 (Ebenda); vgl. auch das Interview der rumänischen Zeitung *Universul* mit Reynaud, 21. 3. 1938 (Ebenda).

¹⁴⁴ Vgl. Reynaud, *Mémoires* II, S. 200–223, bes. S. 219–223. Auf die Diskrepanz zwischen der Memoiren-Darstellung Reynauds und seinem tatsächlichen Verhalten weist auch Adamthwaite, *France and the Coming of the Second World War*, S. 122 hin.

¹⁴⁵ In einem Telephonat mit Botschafter Phipps nach der Berchtesgadener Unterredung zwischen Chamberlain und Hitler vom 15. September hatte er neben Glückwünschen für den englischen Premierminister eine entsprechende Befürchtung geäußert (vgl. Phipps an Halifax, 15. 9. 1938; DBFP, Third Series, Band 2, No. 894, S. 337).

Sudetenfrage nicht von grundsätzlichen Ressentiments gegenüber Deutschland im Stile eines Louis Marin und auch nicht in erster Linie von ideologischen Erwägungen getragen war, sondern vorwiegend auf einer staatsmännisch-machtpolitischen Sicht beruhte. Das Münchener Abkommen verstand er als Zwischenetappe auf dem Wege zu einer energischeren, doch prinzipiell immer noch ausgleichsbereiten Deutschlandpolitik Frankreichs, in deren Rahmen der eigenen Person größerer Einfluß zu wachsen mochte. Seine Entschlossenheitsbekundungen gegenüber der französischen Öffentlichkeit besaßen in diesem Zusammenhang auch instrumental Charakter, um die Grundlagen für eine Annäherung von gleich zu gleich zu legen. Verblüffend offen äußerte er sich dahingehend gegenüber Abetz: „Er [Paul Reynaud, A.d.V.] ließ durchblicken, daß Frankreich zu seiner inneren Stärkung des Gespenstes einer deutschen Gefahr bedürfe, weil sonst die Wehrwilligkeit und die Bereitschaft der Bevölkerung, dafür Opfer zu bringen, völlig abhanden käme. Er stehe auf dem Standpunkt, man könne eine Verständigung nicht mit „mous“ (womit er offenbar Flandin meinte), sondern mit „durs“ (mit einem deutlichen Seitenblick auf sich selbst) machen. Er gab vor, die öffentliche Meinung Frankreichs werde in Bälde Männer wie Bonnet desavouieren und den Gegnern der Münchner Vereinbarung zustimmen.“¹⁴⁶

Nachdem mit dem Abkommen vom 30. September die Entscheidung zumindest vorläufig zugunsten der Verständigungspartei gefallen war, leistete Reynaud keineswegs öffentlichen Widerstand, sondern war bereit, sich wiederum weitgehendes Stillschweigen aufzuerlegen. Daß er nicht zum Empfang Daladiers am Flughafen Le Bourget erschien, blieb zwar augenfälliges Zeichen für eine abweichende Haltung.¹⁴⁷ Auch trat er aus seiner Partei, der „Alliance“, aus, nachdem Parteichef Flandin ein Glückwunschtelegramm an die Unterzeichner des Münchener Abkommens, unter anderem also auch an Hitler, gesandt hatte.¹⁴⁸ In der außenpolitischen Debatte um die Ratifizierung des Münchener Abkommens dagegen stimmte Reynaud wie 534 andere Abgeordnete am 4. Oktober 1938 für die Annahme.¹⁴⁹ Henri de Kerillis war es, der sich in der Aussprache als einziger Vertreter des bürgerlichen Lagers neben dem Kommunisten Gabriel Péri eindeutig ablehnend äußerte; die 75 Gegenstimmen stammten denn auch von ihm und den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion.¹⁵⁰

Die persönliche Rechnung, in die Paul Reynaud seinem Gesprächspartner Otto Abetz Einblick gewährt hatte, ging in der Tat weitgehend auf. Alle Versuche seines deutschlandpolitischen Widersachers im Kabinet, Georges Bonnet, im Rahmen einer allgemeinen Reorientierung der französischen Außenbeziehungen nach „München“ eine eigenständige Politik des „Apaisement“ gegenüber Hitler in die Wege zu leiten, mißlangen. Als am 6. Dezember 1938 eine deutsch-französische Erklärung über „friedliche und gutnachbarliche Beziehungen“¹⁵¹ unterzeichnet

¹⁴⁶ Abetz an Welczeck, 24. 10. 1938; ADAP D IV, No. 342, S. 385.

¹⁴⁷ Reynaud, *Mémoires* II, S. 218 f.

¹⁴⁸ Wileman, *L'Alliance*, S. 306.

¹⁴⁹ Vgl. zur Debatte: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 4 octobre 1938*, S. 1525–1543; Micaud, *French Right*, S. 176 f.; Lacaze, *L'opinion publique française*, S. 520–526.

¹⁵⁰ Vgl. JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 4 octobre 1938*, S. 1531 f., 1536–1539 und 1596 f. (Abstimmungsanalyse).

¹⁵¹ Die Erklärung findet sich abgedruckt in: ADAP D IV, No. 369, S. 409 f., hier: S. 409.

wurde, war damit bereits der Höhepunkt der Ansätze Bonnets erreicht. Ihr Scheitern lag begründet im Abflauen jener allgemeinen Erleichterung und Friedens-euphorie, die unmittelbar nach der Rückkehr Daladiers aus München in der Öffentlichkeit und innerhalb der nichtkommunistischen politischen Klasse dominiert hatte. Die Pogrome vom November 1938 in Deutschland ebenso wie die aggressiven Territorialforderungen Italiens wurden ausschlaggebend für die allgemeine Ernüchterung. Innenpolitisch aber waren in hohem Maße die ersten positiven Auswirkungen der Wirtschaftspolitik Reynauds verantwortlich dafür, daß im Gefolge des wiederkehrenden Aufschwungs auch die Bereitschaft zum politischen Widerstand gegen die Ansprüche der Diktatoren auf zunehmenden Rückhalt in der öffentlichen Meinung rechnen konnte.¹⁵² Damit zeichnete sich eine eklatante Bestätigung der Strategie Reynauds ab.

Entsprechend scheint für Reynaud selbst, der sich im November 1938 wie alle seine Ministerkollegen außer Bonnet offen gegen den geplanten Ribbentrop-Besuch in Paris ausgesprochen hatte, der Erfolg seiner Bemühungen in Kombination mit den genannten Vorgängen und insbesondere dem öffentlichen Meinungswandel entscheidend dafür geworden zu sein, die Verständigungskomponente seines Deutschlandkonzepts vorläufig zurückzustellen.¹⁵³ Im Kabinett freilich neigte sich die Waage erst allmählich zugunsten der Vertreter einer härteren Gangart gegenüber Deutschland. Gewisse Anzeichen waren durchaus sichtbar: Daladier selbst, der noch in der Parlamentsdebatte vom 4. Oktober 1938 die politische Äquidistanz zu den beiden Hauptströmungen innerhalb der Regierung zur Maxime seines Handelns erklärt hatte¹⁵⁴, nahm ab Frühjahr 1939 die Leitung der Außenpolitik zunehmend in die eigenen Hände. Nach Abschluß des Münchener Abkommens bereits hatte der Ministerpräsident starkes Mißtrauen gegenüber der Möglichkeit neuer, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens stattfindender Verhandlungen mit Deutschland oder Italien an den Tag gelegt.¹⁵⁵ Die hartnäckig fortgeführten Verständigungsversuche Bonnets bereiteten dann der fortschreitenden politischen Entfremdung zwischen beiden Männern den Weg. Der formellen Ablösung des Außenministers im September 1939 ging so dessen allmählicher Einflußverlust¹⁵⁶ voraus, der ihn jedoch vorerst noch nicht völlig daran hinderte, weiterhin auf den deutsch-französischen Ausgleich um jeden Preis hinzuwirken.¹⁵⁷ Als sich Ende August 1939 im Kabinett jene Fronten neu bildeten, die sich während der Sudetenkrise gegenübergestanden waren, formierte sich die Gruppe der

¹⁵² Grundlegend zur Politik Bonnets und zur Erklärung vom 6. Dezember: Bellstedt, „Apaisement“; zu Bonnets Motiven und zu den Gründen für sein Scheitern zusammenfassend bes. S. 233–242.

¹⁵³ Zur Haltung des Kabinetts im Vorfeld des Ribbentrop-Besuchs vom Dezember 1938: Zay, *Carnets secrets*, S. 36–38 (Kabinettsrat vom 23. 11. 1938).

¹⁵⁴ JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, Séance du 4 octobre 1938, S. 1526–1529.

¹⁵⁵ Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 61; Bellstedt, „Apaisement“, S. 246.

¹⁵⁶ Vgl. zur Entmachtung Bonnets auch die Stellungnahme des Senatspräsidenten Jeanneney gegenüber Herriot vom 6. 9. 1939, kurz vor der Entlassung Bonnets als Außenminister: „Vous me dites Daladier résolu à se séparer de Georges Bonnet. Parfait cela! L'opération lui sera plus facile s'il prend pour lui-même les Affaires Etrangères dont il remplit, en fait, la fonction depuis quelques mois.“ (Jules Jeanneney, *Journal politique*, Septembre 1939 – Juillet 1942. Edition établie, présentée et annotée par Jean-Noël Jeanneney, Paris 1972, S. 9).

¹⁵⁷ Zur „verdeckte[n] Fortführung des Apaisement“ durch Bonnet zwischen Dezember 1938 und Kriegsausbruch vgl. Bellstedt, „Apaisement“, S. 242–254 (Zitat: S. 242).

verständigungswilligen „mous“ wiederum um den Außenminister, dessen Bereitschaft, „Danzig zu opfern“, geteilt wurde durch Marchandeu und Guy La Chambre. Die Fraktion der „durs“ versammelte sich ebenfalls um den bekannten harten Kern: Paul Reynaud und Georges Mandel. Wie Jean Zay, Albert Sarraut und César Campinchi zeigten sie sich bestürzt angesichts der weiterhin bestehenden Konzessionsbereitschaft der „Tauben“, traten darüber hinaus für den „unbedingten Beistand“ gegenüber Polen und bereits am 22. August für die Generalmobilmachung ein.¹⁵⁸ Während das gesamte Kabinett einschließlich des Ministerpräsidenten am 2. September bereit war, die Anregung des italienischen Außenministers Ciano aufzugreifen und das französische Ultimatum auszusetzen, bis die deutsche Antwort auf den italienischen Vorschlag einer internationalen Konferenz eintreffe, lehnten Reynaud und Mandel jedes neuerliche Zurückweichen ab.¹⁵⁹ Hatte Bonnet noch im September 1938 zwischen dem „kriegsentschlossenen“ Mandel und dem vorsichtigeren Reynaud differenzieren können, so war einer solchen Unterscheidung jetzt die Basis entzogen.¹⁶⁰ Reynaud erachtete den französischen Kriegseintritt nun als unvermeidlich. Die Manöver des Außenministers, um diesen in letzter Stunde noch abzuwenden, erschienen ihm „perfider denn je“.¹⁶¹ Im vertraulichen Gespräch mit dem Senatspräsidenten Jules Jeanneney, den er regelmäßig als gleichgestimmten Gesprächspartner und Ratgeber einbezog, hielt Reynaud daneben auch mit Kritik an Daladier nicht mehr zurück. Als „zögernd“, „unentschlossen“ und klaren Entscheidungen ausweichend schätzte er den Ministerpräsidenten ein und drängte Jeanneney wiederholt, seinen persönlichen Einfluß bei Daladier geltend zu machen, um ihn zu entschiedenerem Vorgehen zu bewegen.¹⁶²

Bis Sommer 1939 hatte sich Reynauds Position im Kabinett Daladier, in dem er zunächst nur eine zweitrangige Rolle spielte, in mehrfacher Weise gefestigt. Auf inhaltlicher Ebene hatten seine politischen Konzeptionen ihre Bestätigung erfahren: Nicht nur war seine Wirtschaftspolitik nach anfänglichem Zögern schließlich erfolgreich umgesetzt worden; auch bedeutete die Entlassung Bonnets aus dem Außenministeramt am 13. September 1939 die indirekte Bekräftigung einer härteren deutschlandpolitischen Linie, die ganz in seinem Sinne war. Entsprechendes galt in bezug auf Italien, demgegenüber sich Daladier im März/April 1939 nicht die von Bonnet gewünschte Verhandlungsbereitschaft zur Verbesserung des seit

¹⁵⁸ Tatsächlich wurde die französische Generalmobilmachung erst am 1. September eingeleitet. Vgl. zur Neubildung der Fronten im Kabinett und zu ihrem Verlauf: Zay, *Carnets secrets*, S. 60–64 und 66 f. (Kabinettsitzungen vom 22. und 24. 8. 1939). Dazu auch die regelmäßigen Klagen des Senatspräsidenten über die Uneinigkeit und den „Defätismus“ in den Reihen des Kabinetts: Jeanneney, *Journal politique*, S. 8, 20, 35.

¹⁵⁹ Zay, *Carnets secrets*, S. 84–86 (Kabinettsrat vom 2. 9. 1939).

¹⁶⁰ So der Bericht Phipps' an Halifax, 2. 9. 1938 (DBFP, Third Series, Band II, No. 751, S. 219 f., hier: S. 220).

¹⁶¹ So Reynaud 1. September gegenüber Jules Jeanneney: Jeanneney, *Journal Politique*, S. 5.

¹⁶² Siehe dazu Reynauds Unterredungen mit Jeanneney vom 1. 9. und 5. 9. 1939 (Ebenda, S. 5 und 7). Der Senatspräsident teilte nicht nur Reynauds „fermeté“, gegenüber Hitler wie Mussolini, sondern auch dessen Einschätzung Daladiers (siehe hierzu seine Charakteristik vom 21. 10. 1939: Ebenda, S. 19 f.). Er zögerte deshalb nicht, Reynaud politisch zu unterstützen und ihn wie andere „durs“ im Kabinett zur Beibehaltung ihres Engagements zu ermuntern (vgl. etwa die Gespräche Jeanneney mit Reynaud, mit dem neuen Marineminister Alphonse Rio und Kolonialminister Georges Mandel vom 12. 2., 4. 3. und 19. 3. 1940: Ebenda, S. 27 f., 29 f. und 35 f.).

November 1938 getrübtten Verhältnisses zu eigen gemacht hatte.¹⁶³ Die Einleitung diplomatischer Verhandlungen mit Sowjetrußland, die die Regierung Daladier im April 1939 unternahm, markierte in diesem Zusammenhang – ungeachtet des Scheiterns der Gespräche im August 1939 – nicht nur ein Anknüpfen der französischen Außenpolitik an die Bündnispolitik Louis Barthous¹⁶⁴, sondern letztlich auch an Ideen, die Paul Reynaud jahrelang vertreten hatte.¹⁶⁵

Die Konzeption, die Reynaud verkörperte – Aufrüstung, Bündnispolitik und Härte gegenüber den europäischen Diktaturen, auf der Basis der binnenwirtschaftlichen Konsolidierung Frankreichs über eine entschlossene Austeritäts- und Produktivitätspolitik –, besaß unverwechselbares politisches Profil. Sie hatte zweifellos das Wohl des Landes im Auge, das im Verständnis Reynauds gleichbedeutend war mit seiner innen- und außenpolitischen Wehrfähigkeit. Zugleich fungierte sie aber auch als Vehikel in der persönlichen Karriereplanung des Ministers. Daß Reynaud es geschafft hatte, sich als entschiedener „Anti-Munichois“ zu profilieren, war gewiß der Durchsetzung unpopulärer innenpolitischer Maßnahmen förderlich und kam ihm unter anderem während der Streikwelle vom 30. November 1938 zugute.¹⁶⁶ Sein tatsächlicher deutschlandpolitischer Dissens mit Daladier aber hielt sich, wie gesehen, sogar im zeitlichen Umkreis des Münchener Abkommens in engen Grenzen. Es kann sogar angenommen werden, daß sich die Wendung beider Politiker zur Intransigenz vor Kriegsausbruch annähernd parallel vollzog: zwischen Herbst 1938 und Frühjahr 1939, als im Gefolge des deutschen Einmarsches in Prag die Mehrheit selbst der rechten „Munichois“ alle Ausgleichshoffnung fahren ließ.¹⁶⁷ Dies hinderte Reynaud zudem keineswegs daran, nach Ende des deutschen Polenfeldzugs, in der Hochphase der „drôle de guerre“, wiederum eine Verhandlungslösung ins Auge zu fassen. Als der amerikanische Unterstaatssekretär und Präsidentenberater Sumner Welles auf seiner Europareise im März 1940 auch in Paris haltmachte und dabei zu Unterredungen mit führenden Politikern zusammentraf, gab sich Reynaud ausgleichsbereit. Unter explizitem Verweis auf seinen Ruf des „Anti-Munichois“ stellte er sich als besonders legitimiert dafür dar, nun eine „objektive Politik“ deutsch-alliierten Unterredungen zur Klärung strittiger territorialer und allgemeinpolitischer Fragen zu empfehlen.¹⁶⁸

¹⁶³ Bellstedt, „Apaisement“, S. 249f.

¹⁶⁴ Jean-Pierre Azéma, Die französische Politik am Vorabend des Krieges, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979, S. 280–313, hier: S. 288.

¹⁶⁵ Zu den Verhandlungen im einzelnen: Bartel, Frankreich und die Sowjetunion, S. 164ff.; Duroselle, La décadence, S. 416–435.

¹⁶⁶ Reynauds Kabinettskollege Anatole de Monzie spricht von einer gewissen „Immunität“ gegen Kritik aus der Bevölkerung, die sich der Finanzminister durch seine prononcierte Skepsis im Umfeld des Münchener Abkommens im Gegensatz zu Daladier erworben habe (Anatole de Monzie, Ci-devant, Paris 1941, S. 61; Eintrag vom 30. 11. 1938).

¹⁶⁷ Zur Gruppe der „Munichois“: Micaut, French Right, S. 206ff.

¹⁶⁸ In seiner Notiz für Roosevelt vom 9. 3. 1940 gab Welles die Ausführungen Reynauds so wieder: „He said that he was rightly regarded as the „hardest“ man in the French Government with regard to french relations with Germany. [...] His well known sentiments on this subject [zum Münchener Abkommen, A.d.V.], and on the general subject of Franco-German relations, made it easier for him to follow an objective policy now. He stated to me quite plainly that he believed the political and territorial issues now at stake could be solved without any considerable difficulty through negotiations between the Allies and Germany.“ (Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (FRUS) 1940, Band I, S. 70–72, hier: S. 71). Zu den Hintergründen des Europabesuchs

Das zeigt einmal mehr, daß die hartnäckige, öffentlichkeitswirksame Selbstpräsentation Reynauds als kompromißloser „Hardliner“ keineswegs von Anfang an berechtigt war. Sie diente vielmehr auch der geduldrigen Konstruktion eines auf längerfristige Wirkung angelegten Politikerprofils, das sich als bewußt gesetzte Alternative zur Person des Ministerpräsidenten darbot.

Bezeichnend für die Effektivität der Taktik und für das Verhältnis zwischen Daladier und Reynaud war es, daß ernste Unstimmigkeiten dann aufkamen, als Mythos und Realität der Reynaudschen Erfolgsgeschichte zu einer überzeugungsstarken Einheit verschmolzen waren. Nicht Daladier, sondern Reynaud hinterließ im Frühjahr 1940 bei Sumner Welles den nachhaltigsten Eindruck.¹⁶⁹ Zu diesem Zeitpunkt war der Politiker an einem Höhepunkt seines politischen Erfolgs als Finanzminister angelangt. Sein überzeugendes Auftreten während der großen Budgetdebatte vom Dezember, auch sein erfolgreiches Engagement zur Sicherung der englisch-französischen Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Währungsfragen hatte seine Reputation in Parlament und Öffentlichkeit in solchem Maße erhöht, daß er bei Beobachtern bereits als „Dauphin“ gehandelt wurde.¹⁷⁰ In der Tat war er zum aussichtsreichsten Konkurrenten Daladiers avanciert, seitdem mit Georges Bonnet nicht nur *der* Vertreter einer konkurrierenden Deutschlandpolitik, sondern auch ein gewichtiger Aspirant auf das Ministerpräsidentenamt in politische Ungnade gefallen war.¹⁷¹ Der Regierungschef, der sich spätestens seit den politischen Kabalen von September 1938 um die Lancierung Jeanneney's als Nachfolger darüber im klaren gewesen sein mußte, daß seiner Position seitens der Fraktion der „Falken“ Gefahr drohte, reagierte auf den Einflußgewinn Reynauds mit Mißtrauen. Als dieser im Parlament attackiert wurde, gab er Zeichen

Welles': Bernd Martin, *Friedensinitiativen und Machtpolitik während des Zweiten Weltkrieges 1939–1942*, Düsseldorf 1974, S. 207 ff.

¹⁶⁹ „In my judgment M. Paul Reynaud has a greater grasp of Foreign Relations, and has a keener mind, than any other member of the present French Government. [...] During our conversation in his office, and at lunch, the Minister discussed in an exceedingly temperate, moderate and constructive fashion the present situation, the problems created by the actions of Germany in the past three or four years, and the post-war settlements which would arise after the war.“ (FRUS 1940, I, S. 70f.). Vgl. Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 227.

¹⁷⁰ Vgl. zur Debatte: JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, 2^e Séance du 13 décembre 1939, S. 2257–2263. Reynaud und der britische Schatzkanzler Simon hatten sich am 13. Dezember 1939 in einem Abkommen unter anderem darauf geeinigt, anfallende gemeinsame Kriegskosten im Verhältnis von drei zu zwei zwischen Großbritannien und Frankreich aufzuteilen, Handelshemmnisse abzubauen und weitgehende Währungssolidarität zu praktizieren. Beide Länder konnten sich von da an mit kriegswichtigen Gütern aus dem jeweils anderen Kolonialreich versorgen, ohne dazu ihre Gold- oder Devisenvorräte antasten zu müssen. Zum Abkommen: Jean-Baptiste Duroselle, *L'abîme 1939–1945*, Paris 1982, S. 66f.; Robert Frankenstein, *Le financement français*, S. 461–487, hier: S. 483–487.

Zitat: Jeanneney, *Journal politique*, S. 27 (Eintrag vom 12. 2. 1940). In gleichem Sinne die Tagebucheinträge von Jacques Bardoux: Ders., *Journal d'un témoin de la Troisième*, 1^{er} septembre 1939 – 15 juillet 1940, Paris 1957, S. 165 und 169 (24.12. und 30. 12. 1939). De Gaulle bemerkte in seinem Glückwunschbrief unter anderem: „Je mesure et salue vos magnifiques succès. Sans doute valent-ils dans le domaine particulier où vous les avez remportés. Mais, en outre, ils ont pour effet de rapprocher du sommet du pouvoir un homme d'Etat par excellence digne et capable de conduire cette guerre, la plus grave de notre Histoire.“ (De Gaulle an Reynaud, 15. 12. 1939, in: Ders., *Lettres, notes et carnets*, 1919–juin 1940, S. 488).

¹⁷¹ Zu den Ambitionen Bonnets: Bellstedt, „*Apaisement*“, S. 179 f.

nachlassender Loyalität und plante offenbar bereits eine Umbildung der Regierung unter Ausschluss Reynauds.¹⁷²

Die außenpolitische Lage, insbesondere die Bemühungen Daladiers, über französisch-britische Verhandlungen der stagnierenden alliierten Kriegführung neue Impulse zu geben, banden seine Energien vorerst allerdings in anderen Bereichen. Die innenpolitischen Folgen des sowjetisch-finnischen Winterkriegs, der seit Anfang 1940 die Debatten in der Kammer der Abgeordneten prägte, setzten dann seiner knapp zwei Jahre währenden Amtszeit ein Ende.

3. Die Katastrophe: Ministerpräsidentenamt und Gefangenschaft

„21 mars 1940 – je prends le pouvoir“. – Die knappe Formel, auf die Reynaud seine Berufung zum Ministerpräsidenten Frankreichs in der Rückschau brachte, suggeriert einen kraftvollen Akt, getragen von unabweisbarer persönlicher Autorität oder zumindest weitreichendem Konsens in der politischen Klasse des Landes.¹⁷³ Nichts weniger als das lag indessen vor, als Staatspräsident Lebrun den mittlerweile 61jährigen Politiker zum Chef der 107. Regierung der Dritten Republik ernannte. Der Wechsel im Regierungsamt unterschied sich kaum von der unrühmlichen Art und Weise, in der Kabinettskrisen seit 1919 bereits unzählige Male vor sich gegangen waren. Ungewöhnlich allerdings war die Komplexität der innen- und außenpolitischen Situation, die Reynaud vorfand und in der sich schon traditionelle Probleme der parlamentarischen Demokratie Frankreichs mit neuen, kriegsbedingten Fragestellungen verbunden hatten. Strukturelle Gegebenheiten wie die primär defensiv orientierte Kriegsdoktrin, Schwierigkeiten in den interalliierten Verhandlungen mit Großbritannien, innenpolitische Vorgaben, die Reynaud zwangen, übermäßig auf die parlamentarischen Kräfteverhältnisse Rücksicht zu nehmen, schließlich das Gewicht der Erwartungen in der Öffentlichkeit auf energische Kriegsführung hatten sich zu einem Gespinnst verdichtet, das dem neuen Ministerpräsidenten nurmehr wenig wirkliche Bewegungsfreiheit ließ. Es ist nicht nötig, so wie dies vielfach schon in der zeitgenössischen Literatur geschehen ist, auf die ausschlaggebende Rolle charakterlicher Schwächen Reynauds zu

¹⁷² Die Reaktionen Daladiers waren Gegenstand eines Gesprächs zwischen Reynaud und Jeanneney am 12. 2. 1940: vgl. Jeanneney, *Journal politique*, S. 27f.

¹⁷³ Reynaud, *Mémoires II*, S. 298 (Zitat). Die schlagwortartige Umschreibung, die Reynaud seinem Amtsantritt von 1940 zukommen ließ, erfuhr in den verschiedenen Ausgaben seiner Erinnerungen eine bezeichnende Zuspitzung. Sprach er in der ersten Fassung von 1947 noch moderat von bloßer „Regierungsbildung“ – „21 mars 1940. Je forme le gouvernement“ (Ders., *La France II*, S. 13) –, so wurde daraus in der revidierten Version von 1951 bereits ein Akt aktiven Zugriffs – „21 mars 1940. Je prends le gouvernement“ (Ders., *Au coeur de la mêlée*, S. 375). Die in der zitierten letzten Fassung von 1963 in geradezu usurpatorischem Sinne verschärfte Formulierung gewann hier noch zusätzlich an Gewicht durch eine neu eingefügte Zustandsbeschreibung Frankreichs: „La France s'est étendue, passive, sur la table d'opération...“ (Ders., *Mémoires II*, S. 298 und 300). Die Aussageabsicht ist evident und findet sich im weiteren Fortgang seiner rückblickenden Darlegungen ausgeführt: Reynaud stilisiert sich zur Retterfigur, zum aktiven Heilsbringer, der angesichts der verfehlten Politik seiner Vorgänger der daniederliegenden Republik zu Hilfe eilt... (Ders., *Mémoires II*, S. 298–437). Der weitaus differenziertere historische Befund steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.

rekurrieren, um die insgesamt negative Bilanz seiner Ministerpräsidentenzeit einleuchtend aufzuschlüsseln. Daß sich in den knapp drei Monaten seiner Amtszeit, die sich bei genauem Besehen auf nicht mehr als sieben Wochen echter politischer Wirkungsmöglichkeit reduzierten¹⁷⁴, natürlich auch persönliche Dispositionen und professionelle Prägungen des Politikers manifestierten, bleibt daneben unbenommen.

Wenige Abschnitte der französischen Zeitgeschichte sind bislang einer so eingehenden Betrachtung in zeitgenössischen Publikationen und in der nacharbeitenden Forschung unterzogen worden wie die ereignisreichen Monate des Frühjahrs 1940; vor allem die letzten Wochen der Dritten Republik hat man buchstäblich Tag für Tag zu rekonstruieren versucht.¹⁷⁵ Ein dicht gewobenes Geflecht von Fakten und Zusammenhängen bietet sich mittlerweile dem Betrachter, dennoch bleiben insbesondere die Absichten und Motive der Beteiligten in der Regel nur schwer zu fassen. Kaum in den offiziellen Dokumenten zu finden, sind sie oft nur aus der Abfolge der Ereignisse, aus Memoirenbänden oder Tagebüchern zu erschließen, die in der Regel um so mehr mit Vorsicht zu betrachten sind, je näher die Verfasser den Entscheidungszentren standen. So erstaunt es kaum, daß publizistisch-historiographische Plädoyers in eigener Sache die Quellenlage auf diesem Feld ebenso prägen wie bereinigte oder verlorengegangene Nachlässe und die daraus resultierenden Widersprüche, Leerstellen und Ungereimtheiten. Unter politischen Rechtfertigungsdruck waren führende Akteure der späten Dritten Republik bereits unter Pétains „Etat Français“ geraten, stellvertretend für die parlamentarische Demokratie schlechthin. Der ideologisch geprägte Versuch einer politischen Generalabrechnung mit den „Verantwortlichen für die Niederlage“ im Prozeß von Riom mißlang zwar kläglich¹⁷⁶; ungeachtet dessen wurde die drängende Frage nach den Ursachen des raschen Zusammenbruchs von 1940 nach Kriegsende unter demokratischen Vorzeichen und in breiter angelegter Form neu aufgeworfen. Auch jene Beteiligten, die sich nicht durch die Zusammenarbeit mit Vichy kompromittiert hatten, mußten sich dem selten offen ausgesprochenen, doch latent stets vorhandenen Verdacht persönlicher Versäumnisse stellen: Hätte denn nicht die demütigende Niederlage oder sogar das folgende autoritäre und verbrecherische Regime bei entschlossenerem oder patriotischerem Handeln der demokratischen Staatsführung vermieden werden können?

Die folgenden Abschnitte werden die Ministerpräsidentenschaft Paul Reynauds zunächst im Zusammenhang der diplomatischen und innerfranzösischen Diskussions- und Entscheidungsabläufe darstellen; anschließend sollen einige umstrit-

¹⁷⁴ Mayeur, *Troisième République*, S. 389 geht davon aus, daß nach dem deutschen Angriff vom 10. Mai 1940 bis zur französischen Niederlage nicht mehr von wirklichem „politischem Leben“ in Frankreich gesprochen werden kann.

¹⁷⁵ Aus der Fülle der vorliegenden Untersuchungen seien als Überblicksdarstellungen herausgegriffen: Duroselle, *L'Abîme* (von allererster Bedeutung, da unter Benutzung der französischen diplomatischen Akten verfaßt); daneben: Jean-Pierre Azéma, *De Munich à la Libération. 1938–1944* (*Nouvelle Histoire de la France Contemporaine* 14), Paris 1982; ders., *1940. L'année terrible*, Paris 1990; ders./François Bédarida (Hg.), *La France des années noires*. 2 Bände, Paris 1993; Jean-Louis Crémieux-Brilhac, *Les Français de l'an 40*. 2 Bände, Paris 1990 sowie die im folgenden angegebene Spezialliteratur. Zu zeitgenössischen Äußerungen vgl. auch das folgende Kapitel XI.1.

¹⁷⁶ Die beste Überblicksdarstellung zum Prozeßverlauf und zu seinen Hintergründen bietet nach wie vor: Henri Michel, *Le procès de Riom*, Paris 1979.

tene Aspekte seiner Amtszeit in den Blick genommen werden. Es wird dabei nicht darum gehen, die bekannten Zusammenhänge noch einmal in aller Ausführlichkeit aufzurollen. Maß und Ziel der Betrachtungen wird weiterhin die Einschätzung seiner politischen Persönlichkeit sein und hier speziell der Versuch, sein politisches Verhalten im Frühsommer 1940 daraus zu verstehen.

a) *Die Ausgangslage*

Der Berufung Reynauds war keineswegs eine große, Stabilität verheißende Mehrheitsverschiebung im Parlament vorangegangen, und die Kritik der Abgeordneten an Daladiers Kriegführung, die den radikalsozialistischen Ministerpräsidenten zum Rücktritt bewogen hatte, hatte ihn formal noch nicht einmal eindeutig in die Minderheit gesetzt. Die Haltung der Regierung im finnisch-sowjetischen Winterkrieg war unmittelbarer Anlaß für die politische Vertrauenskrise gewesen, der Daladier Tribut zollen mußte. Letztlich aber war er Opfer der fatalen innen- und außenpolitischen Begleiterscheinungen der „*drôle de guerre*“ geworden, deren Wirkungen sich in der Folge auch sein Nachfolger nicht entziehen konnte.¹⁷⁷

Nach der französischen Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939 hatten sich Regierung und Generalstab auf eine vorwiegend defensive Strategie verständigt, die in ihren Grundzügen den Absprachen zwischen der britischen und französischen Militärführung seit März 1939 entsprach. Demnach richtete man sich seitens der Alliierten auf einen längerdauernden Krieg ein, in dessen Verlauf es gelingen werde, die noch bestehende Überlegenheit Deutschlands zu Lande und in der Luft aufgrund des letztlich größeren Umfangs der eigenen Ressourcen schließlich aufzuheben. Bis dahin aber hatten offensive Aktionen hinter verstärkten Rüstungsanstrengungen und der defensiven Sicherung der eigenen Position zurückzustehen. Die französische Hilfe für Polen beschränkte sich im Rahmen dieses Konzepts und unter Bruch der französisch-polnischen Militärvereinbarungen vom Mai 1939 auf zeitlich und räumlich begrenzte Aktionen an der deutschen Grenze.¹⁷⁸ Zu ersten Divergenzen zwischen Briten und Franzosen war es gekommen, als man nach Verlauf einiger Kriegsmonate vorwiegend auf französische Initiative hin Pläne aufgriff, die die Langzeitstrategie durch kleinere offensive Aktionen an der Peripherie des europäischen Kriegsschauplatzes anreichern sollten: Die Errichtung einer zweiten Front am Balkan, schließlich die Unterstützung des angegriffenen Finnland durch die Bombardierung kaukasischer Erdölfelder oder die Unterbrechung schwedischer Eisenerzlieferungen nach Deutsch-

¹⁷⁷ Wegweisend für die Interpretation der „*Drôle de guerre*“ und ihre Auswirkungen auf den Zustand der französischen Gesellschaft am Vorabend des deutschen Angriffs: Heimsoeth, Zusammenbruch. Eine Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse findet sich in: Ders., Frankreich im Krieg mit Deutschland: Der Zerfall der Dritten Französischen Republik während der „*Drôle de guerre*“, in: Claude Carlier/Stefan Martens (Hg.), *La France et l'Allemagne en guerre. Septembre 1939 – Novembre 1942*, Paris 1990, S. 49–67. Als ältere Darstellungen zum Thema noch nicht unverzichtbar: Guy Rossi-Landi, *La Drôle de guerre. La vie politique en France, 2 septembre 1939 – 10 mai 1940*, Paris 1971; Henri Michel, *La drôle de guerre*, Paris 1971.

¹⁷⁸ Zum Verhalten Gamelins in dieser Periode vgl. Alexander, *Republic in danger*, S. 349–377; zu den britisch-französischen Generalstabsbesprechungen vom 29. März, 4. April, 3. Mai sowie 28., 29., und 31. August 1939: Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 202–205.

land wurden ins Auge gefaßt.¹⁷⁹ Es zeigten sich nun die Schwächen der britisch-französischen Aktionsgemeinschaft, die weniger positiv-substantiell denn ihrem Wesen nach negativ-dilatorisch ausgerichtet war.¹⁸⁰ Bestand mit Rücksicht auf den jeweiligen Rüstungsstand Einigkeit in der Grundsatzentscheidung für die Defensive, so war Chamberlain kaum an einer zweiten kontinentalen Front interessiert und setzte in erster Linie auf wirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen in Südosteuropa sowie den Seekrieg gegen das Deutsche Reich. Für Daladier und seinen Generalstab rangierten dagegen periphere militärische Entlastungsaktionen an allererster Stelle ihrer Prioritätenliste, da man sich davon die Verlagerung der deutschen Bedrohung weg von der eigenen Nordostfront versprach.¹⁸¹ Überlagert wurde diese strategisch-außenpolitische Motivation der französischen Seite allerdings zunehmend von innenpolitischen Überlegungen, nachdem der sowjetische Überfall auf Finnland vom 30. November 1939 eine heftige Sympathiebewegung zugunsten der Angegriffenen in der Öffentlichkeit des Landes ausgelöst hatte. Der auch in politischen und militärischen Führungszirkeln ausgreifenden Forderung nach Sanktionsmaßnahmen gegen den Aggressor zollte Daladier schließlich Tribut: Konkrete Pläne für ein alliiertes Landunternehmen in Nordfinnland und die Zerstörung kaukasischer Erdölquellen wurden auf seine Initiative hin ausgearbeitet; im Parlament gab der Ministerpräsident am 9. Februar die indirekte Zusicherung, daß Frankreich militärisch eingreifen werde.¹⁸² Trotz wiederholten Drängens konnte sich Daladier jedoch mit seinen Vorstellungen gegenüber den Briten nicht durchsetzen, die den Konflikt mit der Sowjetunion scheuten und am militärischen Sinn der Unternehmung zweifelten.¹⁸³ Der finnisch-sowjetische

¹⁷⁹ Als grundlegende, mit ausführlicher Einleitung versehene Quellenedition zu den interalliierten Regierungsgesprächen zwischen dem 12. September 1939 und dem 27. April 1940 liegt vor: François Bédarida, *La stratégie secrète de la drôle de guerre. Le Conseil Suprême Interallié, septembre 1939 – avril 1940*, Paris 1979; in knappem inhaltlichem Überblick zu den Sitzungen des Rates im Mai/Juni 1940 unter dem Aspekt des englisch-französischen Bruchs: Ders., *La rupture franco-britannique de 1940. Le Conseil Suprême Interallié, de l'invasion à la défaite de la France*, in: *Vingt-tième Siècle* 25 (1990), S. 37–48.

Vgl. bes. die Sitzungen des „Conseil Suprême Interallié“ vom 12. 9. 1939 – 5. 2. 1940, in: Bédarida, *Stratégie secrète*, S. 90–276; Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 243–270; Ders., *Frankreich im Krieg*, S. 62f. Allgemein zu den verschlungenen Wegen des britisch-französischen Verhältnisses 1939/40: Eleanor M. Gates, *End of the Affair. The Collapse of the Anglo-French Alliance, 1939–40*, Berkeley/Los Angeles 1981; Brian Bond, *Britain, France and Belgium 1939–1940*, London u.a. 21990; Klaus-Jürgen Müller, *Das Ende der Entente Cordiale. Eine Studie zur Entwicklung der englisch-französischen Beziehungen während des Westfeldzuges 1940* (Beihefte der Wehrwissenschaftlichen Rundschau 3), Frankfurt a.M. 1956. Aufschlußreich sind auch die Beiträge des Sammelbandes: *Français et Britanniques dans la Drôle de guerre. Actes du colloque franco-britannique tenu à Paris du 8 au 12 décembre 1975*, Paris 1979; zu den strategischen Absprachen: W.B.R. Neave-Hill, *L'évolution de la stratégie franco-anglaise (1939–1940)*, in: Ebenda, S. 333–358; François Bédarida, *Convergences et divergences stratégiques franco-britanniques*, in: Ebenda, S. 359–378.

¹⁸⁰ Antony Adamthwaite, *Grandeur and misery. France's bid for power in Europe 1914–1940*, London u.a. 1995, S. 226.

¹⁸¹ Zur britischen Position: Elisabeth Barker, *British Policy in South-East Europe in the Second World War*, London 1976; für die französische Seite: Heimsoeth, *Frankreich im Krieg*, S. 63.

¹⁸² Vgl. zur Debatte JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Comité secret* du 9 février 1940, *Numéro spécial* du 7 avril 1948, S. 40–43; vgl. Rossi-Landi, *Drôle de guerre*, S. 42f.

¹⁸³ Vgl. zum Finnlandkrieg vor dem Hintergrund der französisch-sowjetischen Beziehungen nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes: Heinrich Bartel, *Frankreich und die Sowjetunion 1938–1940. Ein Beitrag zur französischen Ostpolitik zwischen dem Münchener Abkommen und dem Ende der Dritten Republik*, Stuttgart 1986, S. 265–314; René Girault, *Les relations franco-soviétiques après septembre 1939*, in: *Français et Britanniques*, S. 263–279; R.A.C.

Waffenstillstand vom 13. März 1940 beendete die Phase des alliierten Tauziehens abrupt. Daladier, der sich einer empörten Öffentlichkeit gegenüber sah¹⁸⁴, verlor zum erstenmal, seit Frankreich in den Krieg eingetreten war, seine parlamentarische Mehrheit: Nachdem bereits am 15. März im Senat die obligatorische Vertrauenserklärung an die Regierung nur 236 Befürworter neben 60 Enthaltungen gefunden hatte¹⁸⁵, überwogen in der Nacht vom 19. zum 20. März in der Kammer der Abgeordneten die Stimmenthaltungen bereits die zustimmenden Voten.¹⁸⁶ Der vom Verhalten der britischen Alliierten enttäuschte, in der Debatte wenig kämpferisch auftretende Daladier interpretierte das Ergebnis als Niederlage und trat noch am gleichen Tag zurück.¹⁸⁷

Vor dem Hintergrund des allgemeinen Wunsches in der Kammer nach energischerer Kriegsführung führte nun kein Weg mehr an der Person Reynauds vorbei. Zwar hätte der einflußreiche „Königsmacher“ im Hintergrund, Senatspräsident Jules Jeanneney, Georges Mandel als Exponenten der neuen Politik bevorzugt; der Kolonialminister aber hatte unter Verweis auf seine umstrittene Position abgelehnt.¹⁸⁸ Jeanneney empfahl Staatspräsident Lebrun daraufhin Paul Reynaud als Nachfolger.¹⁸⁹ Dieser erntete jetzt die Früchte seiner ausdauernden Profilierungsarbeit, mußte aber rasch die Fragilität seiner parlamentarischen Position erkennen. Eine allzu heterogene Koalition von Gegnern hatte den Sturz Daladiers bewirkt, und sie sollte sich in der Folge als brüchig erweisen. Zu jenen Abgeordneten vor allem auf der parlamentarischen Rechten, die enttäuscht waren über den außenpolitischen Mißerfolg Frankreichs im allgemeinen, über die verpaßte Gelegenheit einer Aktion gegen die Sowjetunion im speziellen, traten diejenigen, denen das Vorgehen Daladiers seit längerem entweder als zu zögerlich oder zu

Parker, Grande-Bretagne, France et Scandinavie en 1939–1940: la politique, les hommes et la stratégie, in: Ebenda, S. 561–582 und Ronald Wheatley, La guerre russo-finlandaise, les plans d'intervention alliés et les relations britanniques avec la Russie, in: Ebenda, S. 245–261.

¹⁸⁴ Ausführlich zu den Reaktionen der französischen Öffentlichkeit auf die finnische Niederlage: Heimsoeth, Zusammenbruch, S. 192 f. und 276–279.

¹⁸⁵ JO, Sénat, Débats parlementaires, Comité secret du 15 mars 1940, Numéro spécial du 2 août 1948, S. 45 ff.

¹⁸⁶ Der Ministerpräsident erhielt 239 Ja-Stimmen gegenüber 300 Enthaltungen; JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 19 mars 1940, S. 584 f. Vgl. auch Rossi-Landi, Drôle de guerre, S. 53; JO, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Comité secret du 19 mars 1940, Numéro spécial du 7 avril 1948, S. 52–54.

¹⁸⁷ Zu den Umständen des Regierungsturzes: Bonnefous, Histoire politique VII, S. 144–149; Mayeur, Troisième République, S. 383–387; Rossi-Landi, Drôle de guerre, S. 47–55; Heimsoeth, Zusammenbruch, S. 275–279.

¹⁸⁸ Auf die indirekte Anfrage Jeanneney's hin hatte Mandel am 19. März keine Bereitschaft zur Übernahme des Ministerpräsidentenamts gezeigt: „Mandel ayant dit que la semaine ne se passerait que difficilement à la Chambre, je lui ai demandé: «Que feriez-vous alors? Vous sentez-vous de force et en mesure?» Il m'a répondu: «Mon heure ne peut être que celle d'un péril plus grand. Ma personnalité serait trop discutée à présent» et il admet que ce serait l'heure de Paul Reynaud.“ (Jeanneney, Journal politique, S. 36). Die Ablehnung Mandels als Nachfolger Daladiers in der Kammer war nicht frei von antisemitischen Ressentiments. Dem Bericht eines Abgeordneten zufolge kursierte über ihn das Diktum „Mandel serait peut-être un bon chef, mais juif ... impossible“ (Ebenda, S. 22).

¹⁸⁹ Es entsprach in der Dritten Republik parlamentarischem Usus, daß der Staatspräsident vor der Berufung eines neuen Ministerpräsidenten die Präsidenten der beiden Kammern konsultierte. Die einflußreiche Stellung Jeanneney's resultierte aus dieser beratenden Funktion und aus den weitreichenden persönlichen Beziehungen, die er zu Politikern verschiedenster Couleur unterhielt; vgl. das Gespräch Jeanneney-Lebrun vom 20. 3. 1940: Jeanneney, Journal politique, S. 37 f.

hart erschienen war. Die Enthaltungen der oppositionellen Sozialisten und der noch verbliebenen äußersten Linken hatten zusammen mit jenen der gespalten agierenden Mitte-Rechts-Gruppierungen und den Gegenstimmen auf der extremen Rechten das desaströse Ergebnis vom 19./20. März bewirkt.¹⁹⁰

Weder die Konstituierung der Nachfolgeregierung Reynaud noch ihre Präsentation in der Kammer der Abgeordneten oder die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten am 22. März konnten diese Negativkoalition zu einer überzeugenden neuen Mehrheit umformen. In einer Mischung aus forschem Hinwegsetzen über die seit zwei Jahren etablierte Kräftebalance und der Anwendung alt-vertrauter Methoden parlamentarischer Kabinettsbildung hatte er eine gezielt „dosierte“ Regierungsmannschaft zusammengestellt. Sie umfaßte nicht weniger als 35 Minister und Staatssekretäre, ausgewählt nach fachlichen, aber auch innen- und außenpolitischen Motiven.¹⁹¹ Daladier blieb im Amt des Kriegsministers. Zu groß war sein Gewicht als Vorsitzender der zweitstärksten im Parlament vertretenen Partei, als daß Reynaud es sich hätte leisten können, ihn nicht aufzunehmen; zu bedeutend auch war der Machtfaktor, den die Radikalsozialisten darstellten, als daß sein Kabinett ohne ihre Unterstützung politisch überlebensfähig gewesen wäre. Erstmals seit Beendigung der Volksfront waren daneben sozialistische Minister wieder an einer Regierung beteiligt, ohne daß freilich Léon Blum, die treibende Kraft hinter der Zusage der SFIO, selbst eingetreten wäre.¹⁹² Reynaud konnte somit seine Basis gegenüber dem Vorgängerkabinett nach links verbreitern, und die Aufnahme zweier Mitglieder der „Alliance Démocratique“ verankerte das neue Kabinett auch innerhalb der rechten Mitte der Kammer. Die Errichtung einer wirklichen, überparteilichen Regierungsformation unter Einschluß der bedeutendsten Gruppen gelang jedoch nicht, da die rechte „Fédération Républicaine“ um Louis Marin die Zusammenarbeit mit den Sozialisten verweigerte.

In der ersten Kammerdebatte, die das neue Kabinett im mittlerweile siebten Kriegsmonat zu bestehen hatte, weitete sich dieses Bild überdauernder parteipolitischer Querelen zu einem Panorama jener parlamentarischen Mißstände, die in den zurückliegenden Jahren regelmäßig in die Kritik geraten waren.¹⁹³ Abgeord-

¹⁹⁰ Vgl. dazu die Analyse des Abgeordneten Wladimir d'Ormesson (zitiert nach Jean-Louis Crémieux-Brilhac, *Les Français de l'an 40*. Band I: *La guerre oui ou non?*, Paris 1990, S. 249). Zur Auswertung der Abstimmungen vom 19. und 22. März 1940: Rossi-Landi, *Drôle de guerre*, S. 226–228; Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 278.

¹⁹¹ Laut Pierre Lazareff soll Reynaud geäußert haben: „Je suis obligé de composer avec les forces parlementaires. Chaque nouveau ministre que je prends doit m'assurer un certain nombre de votes. Il me faut amadouer le Parti radical et gagner des voix sur le plus de bancs possibles. Si je veux agir, il faut d'abord que j'en aie les moyens, donc que je reste au pouvoir“ (Pierre Lazareff, *De Munich à Vichy*, New York 1944, S. 219). Die Berufung des als Anhänger einer italienischen Neutralität bekannten de Monzie sollte offenbar wider Erwarten „guten Willen“ gegenüber Italien signalisieren (De Monzie, *Ci-devant*, S. 203 f.; Einträge vom 20. und 22. 3. 1940).

¹⁹² Im einzelnen hatten sozialistische Minister, darunter der Blum nahestehende Georges Monnet, das Justiz- und das Blockadeministerium sowie das Ministerium für die „Anciens Combattants“ übernommen.

¹⁹³ Vgl. JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 22 mars 1940*, S. 595–607 (Aufschlüsselung der Abstimmung: S. 615). Noch fast ein Vierteljahrhundert später sprach Reynaud von einem „entwürdigenden Schauspiel“ (Reynaud, *Mémoires II*, S. 305). Léon Blum schrieb wenige Tage nach der Debatte: „Jetons un voile. Si l'on devait envisager en elle-même la séance de vendredi, elle laisserait une impression par trop humiliante et désolante. Le mieux qu'on puisse faire est d'en chasser le souvenir de son esprit comme celui d'un mauvais rêve.“ („Jetons un voile“,

nete der radikalsozialistischen Partei, die Reynaud die Ablösung Daladiers noch nicht verziehen hatten, und Vertreter der Rechten nahmen den Ministerpräsidenten unter Beschuß. Der Umfang der Regierung, der nicht den Erwartungen an ein konzentriertes, wendiges Kabinett entsprach, und die Einbindung der Sozialisten bildeten die zentralen Topoi der Kritik, die bald auch in der rechten Presse auftauchten.¹⁹⁴ Ursprünglich von lakonischer Kürze in seiner Regierungserklärung, hatte Reynaud in Reaktion auf die Anwürfe seiner Kritiker ein breiteres, doch wenig präzises Spektrum entworfen. Im Kern sah es die Kontinuität des Begonnenen unter Stärkung der ökonomischen Produktionsanstrengungen vor. Daladier blieb ausgespart von jeglicher Kritik, diente vielmehr als mehrfach zitierter Bezugspunkt für die Fortführung der militär- und außenpolitischen Vorgaben – Festigung der britisch-französischen Allianz unter Beachtung der „solidarité latine“ – ebenso wie für innenpolitische Sanktionsmaßnahmen gegen die Mitglieder der aufgelösten kommunistischen Partei.¹⁹⁵ Nichts verriet deutlicher die prekäre Stellung Reynauds, als diese Referenz vor dem ungeliebten Vorgänger.

Die Verabschiedung des „Ordre du Jour“ zugunsten der Regierung verlief denkbar knapp: Von den 424 abgegebenen gültigen Stimmen sprachen nur 268 Paul Reynaud und seinem Kabinett das Vertrauen aus, 156 Abgeordnete votierten dagegen. Da 111 Deputierte sich enthalten hatten, blieb rechnerisch nur eine einzige Stimme Mehrheit für den neuen Regierungschef.¹⁹⁶ Lediglich die 153 Sozialisten hatten einhellig für Reynaud gestimmt, so wie ihr Parteichef Léon Blum in der Debatte als einziger Redner für die Regierung eingetreten war. Von den 115 Radikalsozialisten dagegen hatten sich nur 33 zur Unterstützung Reynauds entschließen können. Die Mehrheit der Abgeordneten der „Alliance démocratique“ und der „Fédération Républicaine“ hatte gegen Paul Reynaud gestimmt.¹⁹⁷

Damit war die paradoxe Situation eingetreten, daß das Kriegskabinett Reynaud entschlossener Unterstützung seitens der parlamentarischen Linken denn von seiten der Rechten erhielt. Die freundschaftlichen Beziehungen Reynauds zu Blum, die gemeinsame Überzeugung vom notwendigen Widerstand gegen die Diktatoren, die Fähigkeit Blums, staatsmännisch über Parteigrenzen hinauszusehen, und nicht zuletzt der Wunsch der Sozialisten, an die Macht zurückzukehren, waren entscheidend für den Regierungseintritt gewesen.¹⁹⁸ Auf der anderen Seite

in: *Le Populaire*, 24. 3. 1940). Dazu Heimsoeth, Zusammenbruch, S. 279; Rossi-Landi, *Drôle de guerre*, S. 57–63.

¹⁹⁴ Vgl. die Stellungnahmen von Lucien Galimand, Vincent Badie, Louis Marin, Fernand Laurent und Léon Blum (JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 22 mars 1940*, S. 596–598, 598 f., 599 f., 600–602 und 604 f.).

¹⁹⁵ JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires, Séance du 22 mars 1940*, S. 596 und 602–604.

¹⁹⁶ Nahe Beobachter wie Parlamentspräsident Herriot äußerten im nachhinein ihre Zweifel, ob Reynaud nach den üblichen „Rektifikationen“ der Voten tatsächlich über die eine fragliche Stimme verfügte (vgl. Charles de Gaulle, *Mémoires de guerre*. Band I, Paris 1954, S. 25). Reynaud wehrte sich zeit seines Lebens gegen diesen Vorwurf und beharrte darauf, nach fünf Korrekturen des Auszählungsergebnisses noch mehr als eine Stimme Vorsprung besessen zu haben (Reynaud, *Mémoires II*, S. 309). Die Frage ist im Rückblick nicht mehr zu entscheiden.

¹⁹⁷ Zur Auswertung der Abstimmung: Rossi-Landi, *Drôle de guerre*, S. 62 f. Ausführlich dazu: „L'accueil du Parlement“, in: *Le Temps*, 23. 3. 1940; zur Haltung der Radikalsozialisten: „L'attitude du groupe radical socialiste“, Ebenda, 24. 3. 1940.

¹⁹⁸ Bruce D. Graham, *Choice and Democratic Order. The French Socialist Party, 1937–1950*, Cambridge 1994, S. 242; Grailsammer, Blum, S. 422 f. geht nicht auf das Verhältnis Blums zum Kabinett Reynaud ein.

des politischen Spektrums hatte Reynaud aufgrund seiner prononcierten öffentlichen Gegnerschaft gegen das Münchener Abkommen die Unterstützung extrem konservativer Kreise verloren. Die Einbindung der Sozialisten, die immer noch als Partei der Volksfront galten, tat ein übriges, um ihn zu diskreditieren. Die Irritation reichte bis in das Milieu der „modérés“, wo selbst ein Reynaud wohlwollend gesonnenes Blatt wie *Le Temps* Vorbehalte anmeldete.¹⁹⁹ Auch wirkten sich nun die Popularitätseinbußen aus, die Reynauds Austeritätspolitik, insbesondere seine Steuerreformen, mit fortschreitender Wirkungsdauer begleitet hatten.²⁰⁰ Abgeschirmt durch das Prestige eines bis zur Jahreswende 1939/40 parlamentarisch noch fest verankerten Ministerpräsidenten Daladier, hatten sich die Unmutswellen zunächst an den schützenden Regierungseichen gebrochen, wenngleich erste Warnzeichen bereits sichtbar geworden waren.²⁰¹ Jetzt, da es für Reynaud darauf ankam, ein unabhängiges Sympathiepotential zu mobilisieren, fehlte ihm dieser Rückhalt, um weiter den Protest der Abgeordneten unter anderem vom linken Flügel der radikalsozialistischen Partei abzuwehren.²⁰² Zusammen mit seinem insgesamt gesunkenen Ansehen in den Reihen der Partei Daladiers – es hielten sich hartnäckig Gerüchte, Reynaud habe gegen diesen intrigiert –, seiner schlechten Presse in den immens einflußreichen agrarischen Kreisen²⁰³ und seinem Image des wohlhabenden Pariser Bürgers, das sich von der „Erdennähe“ Daladiers wenig öffentlichkeitswirksam abhob, waren damit eine ganze Reihe von Faktoren vereint, die sein schlechtes Abschneiden erklären können.²⁰⁴

¹⁹⁹ „L'unité de conception et d'action pourrait se trouver compromise. La question se pose notamment au sujet de la large participation socialiste au nouveau cabinet. Les conditions dans lesquelles est intervenue cette participation ne risquent-elles pas d'enlever à la nouvelle formation ministérielle le caractère d'équipe cohérente armée pour l'action que tout le monde, y compris M. Paul Reynaud lui-même, souhaitait et voulait?“ („Le nouveau ministère“, in: *Le Temps*, 23. 3. 1940). Entsprechende Vorbehalte finden sich auch etwa in der *Revue politique et parlementaire* (10. 5. 1940) und in der *Revue des Deux Mondes* (15. 4. 1940). Entschiedene Ablehnung schlug Reynaud aus den Spalten der Rechtspresse, vor allem von *L'Action française*, *Le Figaro*, *Le Petit Journal* und *Gringoire* entgegen. Uneingeschränkt positive Stimmen beschränkten sich auf die sozialistische Presse, auf *Le Populaire* und *L'Oeuvre* (vgl. dazu Rossi-Landi, *Drôle de guerre*, S. 65–67).

²⁰⁰ Vgl. dazu die Analysen von Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 131 f.

²⁰¹ In den Kammersitzungen vom 13. Dezember 1939 bzw. 12. Februar 1940 hatten mehrere radikalsozialistische Redner und Marcel Déat die Finanz- und Steuerpolitik des Ministers zuletzt heftig unter Beschuß genommen (JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, Séance du 13 décembre 1939; Ebenda, *Comité secret* du 10 février 1940, *Numéro spécial* du 7 avril 1948).

²⁰² Der linke Flügel der Partei hatte bereits im November 1938 nur mit Bestürzung und unter Widerstand die neue Wirtschaftspolitik des Gespanns Daladier/Reynaud sanktioniert. Bezeichnenderweise gehörte einer der Kritiker Reynauds in der Regierungsdebatte vom 22. 3. 1940, Lucien Galimand, diesem Flügel an (Berstein, *Parti Radical II*, S. 311 und 561 f.).

²⁰³ Zu den Reaktionen der Landwirtschaftsverbände auf den Regierungsantritt Reynauds: Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 120 f.

²⁰⁴ Oliver Harvey, Privatsekretär Edens und Halifax' zwischen 1936 und Dezember 1939, dann ab Jahresbeginn 1940 als Botschaftsmitglied im Ministerrang in Paris, faßte seine Eindrücke so zusammen: „Paul Reynaud got a majority of one only what with abstentions in the Chamber on Friday [...]. He has annoyed the Radicals by his intrigues against Daladier, and the Right by his inclusion of three Socialists (a good move in itself). He is of course a Parisian, a bourgeois and well-to-do, and not the type of French politician who easily becomes a President of the Council.“ (John Harvey (Hg.), *The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940*, New York 1970, S. 341; Eintrag vom 25. 3. 1940).

Nach kurzer Beratung mit seinem Kabinett, in der sich Reynaud der Solidarität seiner zehn radikalsozialistischen Minister und Staatssekretäre versicherte²⁰⁵, entschloß er sich, sein Amt trotz der erheblichen Vorbelastungen, die darauf ruhten, beizubehalten. Die Ausgangslage war klar: Er hatte nur die Wahl, auf dem Feld, das seinem Vorgänger zum Verhängnis geworden war, einen schlagenden Erfolg zu erzielen oder aber seine denkbar knappe Mehrheit mit großer Wahrscheinlichkeit zu verlieren. Bestärkt durch den Rat von Senatspräsident Jeanneney, wandte er sich zwei Hauptgebieten zu: dem Ausbau der Zusammenarbeit mit Großbritannien und der Neubelebung peripherer Aktionen am europäischen Kriegsschauplatz.²⁰⁶

*b) „Malheureux essai de dynamisme“²⁰⁷:
Die Versuche aktiver Kriegführung*

Keines der konkreten Projekte, das Paul Reynaud nach dem 21. März 1940 in die Wege zu leiten versuchte, stellte einen vollkommenen Bruch mit den noch unter Daladier ausgearbeiteten Kriegsplänen und den seit 1939 eingeleiteten interalliierten Verhandlungen dar. Ebensowenig wie der Wechsel an der Regierungsspitze von seinen innenpolitischen Begleiterscheinungen her eine souveräne, gleichsam zwangsläufige Machtübernahme gewesen war, drängte sich das anschließende internationale Agieren Reynauds durch zwingende militärstrategische Originalität auf. Was er bis zum 10. Mai, dem Beginn des deutschen Frankreich-Feldzugs, erreichte, blieb zwiespältig. Nur sechs Tage nach seiner Berufung gelang es ihm, eine britisch-französische Erklärung und den Beschluß des gemeinsamen Vorgehens in den norwegischen Territorialgewässern anzuregen und damit das alliierte Kriegshandeln vordergründig neu zu beleben. Der Innovationscharakter beider Erfolge blieb aber insofern begrenzt, als sie nur allzubald durch den weiteren Verlauf der Ereignisse in ihrer potentiellen Tragweite beschnitten wurden.

In einer Ausarbeitung des Quai d'Orsay, die noch unter Daladier angeregt und von Reynaud übernommen worden war, legte der Ministerpräsident den britischen Alliierten am 25. März sein Konzept vor. Es bestand im wesentlichen in Vorschlägen zum energischeren Vorgehen als bisher in den Gewässern vor der norwegischen Küste, wo bislang ungehindert schwedisches Eisenerz nach Deutschland verschifft wurde. Im Schwarzen bzw. Kaspischen Meer sollte ein Schlag gegen die Gewinnungsstätten und Transportwege sowjetischen Erdöls geführt werden, um so die deutsche Kriegswirtschaft an einer zweiten lebenswichti-

²⁰⁵ Vgl. seinen Bericht über den Verlauf der Sitzung gegenüber Jeanneney: Ders., *Journal politique*, S. 38 f.

²⁰⁶ Jeanneney notierte bezüglich der Anregungen, die er dem Ministerpräsidenten gegeben hatte: „Dans l'ordre diplomatique, il faut une revanche de l'affaire de Finlande. De même, on ne peut tolérer que, par les eaux territoriales norvégiennes, les minerais suédois continuent à approvisionner l'Allemagne. Le cas des pétroles en mer Noire est semblable. On avait des projets concernant Bakou: ne fait-on rien? Les fabrications de guerre, très en retard, ne progressent pas assez. La collaboration anglaise est à resserrer encore, au besoin par un pacte interdisant la paix séparée. [...] Paul Reynaud est d'accord.“ (Jeanneney, *Journal politique*, S. 39; Eintrag vom 24. 3. 1940).

²⁰⁷ Pertinax, Fossoyeurs, Band I, S. 179.

gen Stelle zu treffen. Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion zeigte sich Reynaud bereit, auch den Kriegsfall nahm er in Kauf.²⁰⁸

Im Verlauf des britisch-französischen Obersten Rats vom 28. März, dem ersten unter Beteiligung Paul Reynauds, kam es zum Ausgleich der zunächst diametral entgegengesetzten Positionen. Die Briten traten für äußerste Zurückhaltung an der Peripherie, also in Norwegen und im Kaukasus ein, favorisierten dagegen einen Plan über die Aussetzung von Minen in deutschen Flüssen, der auf Betreiben des obersten Lords der Admiralität, Churchill, unter dem Codenamen „Royal Marine“ seit Anfang März diskutiert worden war. Auf französischer Seite, wo man unter Daladier bislang des Risikos deutscher Gegenschläge wegen direkte Aktionen im Nachbarland gescheut hatte, war man unter Reynauds Verhandlungsführung zum Einlenken bereit. Als Bedingung forderte der neue Ministerpräsident im Gegenzug die Verminung der norwegischen Häfen und die Bombardierung von Erdölquellen im Kaukasus. Nach dem Prinzip des „do ut des“ einigte man sich darauf, die Norwegenaktion in den ersten Apriltagen zu starten. Reynaud sagte als Gegenleistung zu, bestehende Widerstände gegen das Projekt „Royal Marine“ bei der eigenen politisch-militärischen Führung auszuräumen. Die Frage eines Vorgehens gegen die Sowjetunion behandelte man trotz des nachdrücklichen Drängens Reynauds dilatorisch.²⁰⁹

In der seit September 1939 offenstehenden Frage einer Vereinbarung mit Großbritannien nach dem Muster derjenigen mit Polen vom 4. September 1939 erzielte man ebenfalls einen Durchbruch. Reynaud machte sich das Projekt wieder zu eigen, das aufgrund des französischen Desinteresses liegengeblieben war²¹⁰, und erreichte die Unterzeichnung einer ergänzten Fassung. Darin sagte man sich gegenseitig den Verzicht auf separate Friedensverhandlungen zu; außerdem wurde die Fortführung der britisch-französischen Aktionseinheit über das Kriegsende hinaus und auf Reynauds Initiative die Abstimmung der beiderseitigen Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland vereinbart.²¹¹

Die Verhandlungsergebnisse, die nach der Rückkehr Reynauds nur zum Teil bekannt gemacht wurden, verfehlten die beabsichtigte Öffentlichkeitswirkung zunächst nicht. Abgesehen von der extremen Rechten begrüßte man in der Presse die gemeinsame Erklärung mit Wohlwollen, gelegentlich mit Enthusiasmus. *Le Temps* sprach von einem Akt „allergrößter Bedeutung“ und dem „Beginn einer neuen Phase des europäischen Kriegs“. Der psychologisch ungünstige Moment zwischen dem finnischen Debakel und baldigen neuen Rückschlägen stellte sie

²⁰⁸ Ein Exemplar der Note findet sich in: MAE, Papiers 1940, Fonds Reynaud, Dossier 2; abgedruckt in: *Les événements survenus en France de 1933 à 1945. Rapport de M. Charles Serre, député, au nom de la commission d'enquête parlementaire*. 2 Bände, Paris 1947, hier: Band II, S. 351–354.

²⁰⁹ Zum Sitzungsverlauf und den Ergebnissen der Beratungen: Bédarida, *Stratégie secrète*, S. 312–360; aus englischer Sicht: „War Cabinet: Confidential Annex“, 29. 3. 1940, in: Martin Gilbert (Hg.), *The Churchill War Papers*. Band I: *At the Admiralty (September 1939 – May 1940)*, London 1993, S. 929–931. Vgl. auch Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 280–285.

²¹⁰ Eine vom 25. 3. 1940 datierte Note des Außenministeriums über die Vorteile einer derartigen Erklärung findet sich in: MAE, Papiers 1940, Fonds Dejean, Dossier 1; dazu auch Duroselle, *L'Abîme*, S. 133 f.

²¹¹ Zur Vorgeschichte der Erklärung seit September 1939: Duroselle, *L'Abîme*, S. 131–134. Ein Exemplar befindet sich in: MAE, Papiers 1940, Fonds Reynaud, Dossier 4; zum Wortlaut auch: *Le Temps*, 30. 3. 1940.

allerdings unverbunden in den diplomatischen Raum und ließ ihre moralische Wirkung bald verpuffen.²¹²

Die diplomatischen Erfolge des neuen Ministerpräsidenten beruhten zudem in hohem Maße darauf, daß er zu Konzessionen bereit gewesen war, auf die sein Vorgänger nicht hatte eingehen wollen. So gab Reynaud sich mit vergleichsweise unpräzisen gemeinsamen Kriegszieldefinitionen zufrieden, die Daladier in Erinnerung an die alliierten Auseinandersetzungen nach dem Ersten Weltkrieg noch in der Sitzung des Obersten Rates vom 19. Dezember 1939 als ungenügend erachtet hatte.²¹³ Um des augenfälligen Ergebnisses willen versprach Reynaud dabei wie im Falle der Operation „Royal Marine“ auch mehr, als er halten konnte. Nachdem der nationale französische Verteidigungsrat auf Druck Daladiers sowie des Oberbefehlshabers Gamelin hin „Royal Marine“ abgelehnt und den Ministerpräsidenten desavouiert hatte, blieb Reynaud nurmehr ein peinlicher Rückzug gegenüber der britischen Regierung. Lediglich aufgrund der Unterstützung Churchills und der mittlerweile gereiften englischen Einsicht, daß man dem französischen Regierungschef zur Absicherung seiner innenpolitischen Position entgegenzukommen habe – ein weiterer Faktor, der Reynaud gegenüber seinem Vorgänger begünstigte –, kam die Aktion verzögert auch ohne die vereinbarte französische Gegenleistung zustande.²¹⁴

Zum politischen Mißgeschick Reynauds trat das Kriegspech: Als das britisch-französische Unternehmen in den Hoheitsgewässern Norwegens am 8. April 1940 endlich anließ, stand die Einnahme der anvisierten Häfen durch deutsche Truppen unmittelbar bevor und wurde am nächsten Tag eingeleitet.²¹⁵ Der weitere Verlauf der deutsch-alliierten Kämpfe in dem nordeuropäischen Land trug dann nicht nur entscheidend dazu bei, das ohnehin fragile Prestige Reynauds entscheidend zu schwächen. Er gab darüber hinaus Anlaß zu ernstesten Verstimmungen zwischen Briten und Franzosen und stand letztlich am Ursprung einer internen Krise im französischen Kabinett, die Reynaud bis zum 10. Mai zum Rücktritt führte.

²¹² Zitate: „La déclaration franco-britannique“, in: *Le Temps*, 30. 3. 1940. Zur Resonanz allgemein: Jean-Louis Crémieux-Brilhac, *L'opinion publique française, l'Angleterre et la guerre (septembre 1939 – juin 1940)*, in: *Français et Britanniques*, S. 1–50, hier: S. 25f.; skeptischer: Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 285 f.

²¹³ Zur Sitzung des „Conseil Suprême Interallié“ vom 19. 12. 1939 vgl. Bédarida, *Stratégie secrète*, S. 185–232. Selbst aus dem engsten Mitarbeiterkreis Reynauds war Kritik an der beabsichtigten Erklärung lautgeworden; siehe dazu die Aufzeichnungen seines Verbindungsoffiziers zwischen Außenministerium und militärischer Führung: Paul de Villelume, *Journal d'une défaite*. (23 Août 1939 – 16 Juin 1940), Paris 1976, S. 253 f.

²¹⁴ Den Verlauf der Beratungen des „Comité de guerre“ vom 30. März 1940 referiert Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 286 anhand eines im Nachlaß Daladiers erhaltenen Protokolls. Zu den Widerständen gegen „Royal Marine“ in Frankreich und zur Vermittlung Churchills auch: *Diaries of Oliver Harvey*, S. 346 f. (Einträge vom 4. und 7. April). Zu den englischen Motiven für das Nachgeben: „Sir Ronald Campbell to Lord Halifax: telephone message“, 4. 4. 1940, in: *Churchill War Papers I*, S. 962 f.; „War Cabinet: minutes“, 5. 4. 1940, ebenda, S. 964–966; Winston S. Churchill: *Memorandum*, ebenda, S. 972 f.

²¹⁵ Zum deutschen Norwegen-Feldzug als neueste Gesamtdarstellung: Hans-Martin Ottmer, „Weserübung“. Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940 (Operationen des Zweiten Weltkrieges 1), München 1994; zum diplomatischen Hintergrund der Kampfhandlungen in Norwegen: Thomas Munch-Petersen, *The Strategy of Phoney War. Britain, Sweden and the Iron Ore Question 1939–1940*, Stockholm 1981, bes. S. 211 ff.; François Kersaudy, 1940. *La guerre du fer*, Paris 1987.

Das deutsche Vorgehen hatte die Alliierten derart unvorbereitet getroffen, die militärische Lage sich so ungünstig entwickelt, daß die britische Führung bereits am 26. April den Abzug der eigenen Truppen aus Mittelnorwegen ins Auge fassen mußte.²¹⁶ In Paris war man schockiert. Trotz streckenweise geradezu beschwörender Einflußnahme der französischen Regierung, allen voran Reynaud, um den Verbleib der Briten zu bewirken, blieben alle Bemühungen vergeblich.²¹⁷ Noch vor der eilig anberaumten Sondersitzung des Obersten Interalliierten Kriegsrates am 27. April in London war die britische Rückzugsentscheidung intern bereits getroffen. Die hinhaltende Taktik, die Chamberlain und die englische Delegation während der Gespräche gegenüber ihren französischen Gesprächspartnern an den Tag legten, bewirkte dort tiefe Verbitterung und Enttäuschung, als sie im nachhinein offen zutage trat.²¹⁸ Es vertiefte sich der Eindruck, hintergangen worden zu sein, hatte man in Paris doch bereits kurz vorher zur Kenntnis nehmen müssen, daß die britische Regierung die Pläne zur Zerstörung kaukasischer Erdölfelder keineswegs energisch weiterverfolgt, sondern im Gegenteil den Abschluß eines britisch-sowjetischen Handelsabkommens forciert hatte. Besonders Reynaud hatte, anders als er in seinen rückblickenden Stellungnahmen vorgab, größten Wert auf die Bombardierung gelegt und dazu unter anderem am 3. April einen Kabinettsbeschuß herbeigeführt. Wiederum mußte er sich der englischen Zurückhaltung beugen, war aber wohl mit Beginn der Kämpfe in Norwegen bereits aus eigenem Antrieb zunehmend davon abgerückt, einen Krieg mit der Sowjetunion provozieren zu wollen.²¹⁹

²¹⁶ Zur Sitzung des englischen Kriegskabinetts vom 26. April und zu den französischen Reaktionen auf die Nachricht: Kersaudy, *Guerre du fer*, S. 243–246; eine präzise Aufschlüsselung der Ereignisse vom 26. und 27. April in London und Paris auch bei: Bédarida, *Stratégie secrète*, S. 483–488.

²¹⁷ So hatte Reynaud am 26. April einen persönlichen, scharf gehaltenen Brief an Chamberlain geschrieben, in dem er jede Evakuierung des französischen Kontingents ablehnte und die Bildung eines einheitlichen Oberkommandos anregte (abgedruckt in: *Die Geheimakten des französischen Generalstabes* (Weißbuch Nr. 6, hg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1941, Nr. 42, S. 96 f.; dazu: Bédarida, *Stratégie secrète*, S. 486). Noch bis Anfang Mai versuchte Reynaud, den vollständigen englischen Abzug aus Mittelnorwegen zu verhindern (vgl. sein Telegramm an Chamberlain vom 1. 5. 1940; MAE, *Papiers 1940*, Fonds Reynaud, Dossier 2. Abgedruckt in: *Geheimakten des französischen Generalstabes*, Nr. 49, S. 116 f., 334–336). Dazu auch: Duroselle, *L'Abîme*, S. 145.

²¹⁸ Das Gesprächsprotokoll des britisch-französischen Treffens vom 27. April bei: Ebenda, S. 495–516. Aufschluß über die Stimmung Reynauds nach der Rückkehr aus London geben die Memoiren seines Mitarbeiters Paul Baudouin. Demzufolge erschien der Ministerpräsident müde, niedergeschlagen und bitter in seinem Urteil über die englische Regierung, einer Gruppe „alter Männer, die nichts riskieren wollen“ (Paul Baudouin, *Neuf mois au gouvernement* (avril – décembre 1940), Paris 1948, S. 41).

²¹⁹ Darauf läßt seine Äußerung gegenüber dem englischen Botschafter vom 14. April schließen, wonach ein Vorgehen im Kaukasus nur in Antwort auf sowjetische Angriffshandlungen ins Auge gefaßt werden dürfe. Ansonsten habe man eine Ausweitung des Krieges auf die Sowjetunion möglichst zu vermeiden (Campbell an Halifax, 14. 4. 1940; zitiert bei Bartel, *Frankreich und die Sowjetunion*, S. 331).

In seinen Erinnerungen übergeht Reynaud sein energisches Eintreten für eine Kaukasus-Operation auch noch *nach* dem Interalliierten Rat vom 28. März 1940. (So hatte er etwa den französischen Botschafter in London, Corbin, noch am 4. April angewiesen, bei Chamberlain Druck auf die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsplans auszuüben; vgl. Ebenda, S. 330). Dagegen: Reynaud, *Mémoires* II, S. 314 f. Auch in der vorangegangenen Fassung hatte er sich zu Unrecht davon distanziert, die Bombardements-Pläne nach seinem Regierungsantritt aktiv gefördert zu haben: Ders., *Au coeur de la mêlée*, S. 370 f.

Zur Entwicklung der Kaukasus-Planungen in Frankreich vom Regierungsantritt Reynauds bis zur Aufgabe des Projekts: Bartel, *Frankreich und die Sowjetunion*, S. 328–332.; Duroselle, *L'Abîme*,

Die Abkühlung des britisch-französischen Verhältnisses über der Frage des alliierten Einsatzes in Norwegen fand ihre Entsprechung in wachsenden kabinetts-internen Spannungen auf französischer Seite. Das ohnehin seit dem Machtwechsel vom März bestehende latente Mißtrauen zwischen Reynaud und Daladier²²⁰ erhielt durch die bald absehbare negative Wendung der Entlastungsaktion in Nord-europa neue Nahrung. Richtete sich beider Kritik einmütig gegen die englische Vorbereitung und Durchführung der Aktion, kam es bald auch zu gegenseitigen Schuldzuweisungen. Der Kriegsminister, bei den alliierten Gesprächen vom 28. März nicht anwesend und durch die Reynaudsche Politik schneller Verhandlungserfolge sachlich ebenso wie in seiner persönlichen Eitelkeit unangenehm berührt, kritisierte die mangelnde Voraussicht des Gremiums, eine deutsche Aktion sinnvoll abzufangen.²²¹ Reynaud reagierte empfindlich: Ab Mitte April gab er seinem Kriegsminister die Anweisungen zum Vorgehen in Norwegen in erster Linie auf brieflichem Wege. Kühl und distanziert formulierte er seine Unzufriedenheit mit der geleisteten Arbeit; Daladier hingegen schrieb die kritisierten Pannen auf das Konto der Briten.²²² Ungeachtet dessen visierte Reynaud spätestens seit Ende April eine Kabinettsumbildung an, die Daladier mit Einverständnis von Senatspräsident Jeanneney seinen Posten entziehen sollte. Nur die Sorge vor der fehlenden Plausibilität des Schritts in den Augen von Parlament und Öffentlichkeit hielt ihn immer wieder davon ab.²²³ Daneben machte er es sich ab Mitte April mehr und mehr zur Regel, den Oberkommandierenden Gamelin als Verantwortlichen für Versäumnisse und Verzögerungen bei der Einschiffung des französischen Expeditionskorps in die Pflicht zu nehmen. Der Ministerpräsident ließ keinen Zweifel daran, daß er den General mit der militärischen Leitung der französischen Kriegsanstrengungen für überfordert hielt und sparte in Kabinettsitzungen nicht mit Vorwürfen.²²⁴ Daladier stellte sich ostentativ vor seinen Oberbefehlshaber, mit dem ihn eine langjährige Kooperation verband.²²⁵ Dreimal versuchte Reynaud, Gamelin mit Zustimmung des Kabinetts abzusetzen; erst am 9. Mai gelang es ihm, die Opposition Daladiers zu überwinden. Im Rahmen einer bewußt herbeigeführ-

S. 146–150. Präzise auch: Bédarida, *Stratégie secrète*, S. 405–407. Den Meinungswandel Reynauds übersieht: Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 284 f. und 291 f.

²²⁰ Oliver Harvey notierte zum Verhältnis Reynaud-Daladier und zur daraus sich ergebenden Problematik einer geradlinigen französischen Politik: „[...] Paul Reynaud has undoubtedly intrigued against Daladier – egged on by his entourage and by his own vanity – whilst Daladier undoubtedly mistrusts Paul Reynaud as a peasant distrusts a bourgeois.“ (Diaries of Oliver Harvey, S. 342).

²²¹ Bullitt an Roosevelt, 28. 4. 1940, in: *For the President. Personal and Secret Correspondance between F.D. Roosevelt and W.C. Bullitt*, Boston 1972, S. 411.

²²² Vgl. Reynaud an Daladier, 11. 4., 15. 4., 25. 4., 30. 4. 1940 und die Antworten Daladiers an Reynaud, 13. 4., 15. 4., 17. 4., 21. 4. 1940; MAE, *Papiers 1940*, Fonds Reynaud, Dossier 2. Eine Sammlung des Briefwechsels befindet sich auch in: SHAT, 5 N 580. Dazu auch das Rechtfertigungsschreiben des Oberbefehlshabers der Flotte: Darlan an Daladier, 12. 4. 1940, in: Hervé Coutau-Bégarie/Claude Huan (Hg.), *Lettres et notes de l'amiral Darlan*, Paris 1992, S. 171–173.

²²³ Vgl. dazu Jeanneney, *Journal politique*, S. 41–44.

²²⁴ Zu den Vorwürfen vgl. Jeanneney, *Journal politique*, S. 39–44. Reynaud bemängelte im einzelnen die fehlende Energie und Weitsicht des Generals, ebenso wie die „bürokratisch“ langsame Ausführung der einmal gefaßten Pläne. Vgl. „Procès-verbal de la séance du cabinet de guerre du 12 avril 1940“, in: Reynaud, *Mémoires II*, S. 504 f.

Alexander, *Republic in danger*, behandelt den Zeitabschnitt von April/Mai 1940 und die Norwegen-Aktion erstaunlicherweise nicht eingehender; das Verhältnis Gamelin-Reynaud für diese Periode wird nicht näher beleuchtet.

²²⁵ Zur Hochschätzung Gamelins durch Daladier: Alexander, *Republic in danger*, S. 89.

ten Regierungskrise konfrontierte er den Oberbefehlshaber mit einer weitgehenden, von langer Hand vorbereiteten Liste von Gravamina.²²⁶ Auf den Protest Daladriers hin erklärte Reynaud den Rücktritt des Kabinetts, offenbar in der Hoffnung, als sein eigener Nachfolger und unter Entmachtung der unliebsamen Gegner neu berufen zu werden. Dem oft zitierten Bericht seines Mitarbeiters Dominique Leca zufolge setzte er auf den Rücktritt als letztes und stärkstes Disziplinierungsmittel: „Ma démission, c'est le coup d'aiguillon nécessaire pour qu'ils comprennent qu'il n'y a pas d'autre solution que de me suivre. L'accepter, ils n'oseront pas.“²²⁷ Der deutsche Angriff auf Frankreich vom 10. Mai 1940 verhinderte den innenpolitischen Schachzug. Vor der existentiellen Bedrohung wurden nun die kabinett-internen Konflikte vorläufig ad acta gelegt. Die Zusammensetzung der Regierungsequipe blieb weitgehend erhalten, abgesehen davon, daß jetzt auch die Rechte bereit war, neben den Sozialisten im Kabinett mitzuarbeiten.²²⁸

Nach noch nicht einmal zweimonatiger Tätigkeit im Amt hatte Paul Reynaud auf eine Zwischenbilanz seiner Kriegführung gegen Deutschland zurückzublicken, die im wesentlichen negativ ausfallen mußte. Den zentralen Anspruch auf Erneuerung des französischen militärischen Vorgehens, unter dem er angetreten war, hatte er nicht einlösen können. Auf der Grundlage von Planungen, die eher von Kontinuität als von eindeutigen Bruch mit den Intentionen seines Vorgängers geprägt waren, hatte er bemerkenswerte, doch brüchige Etappenerfolge erzielt. Vorwiegend aufgrund unglücklicher äußerer Umstände in Verbindung mit interalliierten Divergenzen war ihm das Gewonnene weitgehend zwischen den Fingern zerronnen. Innenpolitisch wog überdies schwer, daß sich Reynauds Vertrauens- kredit aufgrund voreiliger Erfolgsmeldungen, die er während der Norwegenaktion vor der Abgeordnetenversammlung abgegeben hatte, noch einmal vermindert hatte.²²⁹

War Reynauds Handlungsspielraum bereits seit Antritt der Ministerpräsidentschaft begrenzt gewesen, so konnte nach Beginn des deutschen Frankreichfeldzuges von freier politischer Aktion keine Rede mehr sein. Die militärisch-politischen Ereignisse sind bekannt und sollen im folgenden nurmehr knapp dargestellt werden.²³⁰ Entgegen dem anfänglichen Optimismus in der politischen und militärischen Führung mußte man auf französischer Seite rasch die ersten Rückschläge

²²⁶ Duroselle, *L'Abîme*, S. 131. Vgl. auch die Schilderung bei Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 295 f. Zum Ablauf der Kabinettsitzung vom 9. 5. 1940 im wesentlichen übereinstimmend: Reynaud, *Mémoires II*, S. 337; Jeanneney, *Journal politique*, S. 45 f.; Baudouin, *Neuf mois*, S. 44–46.

²²⁷ Dominique Leca, *La rupture de 1940*, Paris 1978, S. 124 (Eintrag vom 4. 5. 1940).

²²⁸ Reynaud nahm Louis Marin von der „Fédération Républicaine“ sowie Jean Ybarnégary von „Parti Social Français“ als Staatsminister ohne Ressort auf und entließ dafür fünf Staatssekretäre (Bonnefous, *Histoire politique VII*, S. 321).

²²⁹ Vgl. JO, *Chambre des Députés, Débats parlementaires*, Séance du 12 avril 1940, S. 668; dazu auch Rossi-Landi, *Drôle de guerre*, S. 69.

²³⁰ Die neueste Gesamtdarstellung des deutschen Frankreichfeldzuges aus der Feder eines Militärhistorikers: Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940 (Operationen des Zweiten Weltkrieges 2)*, München 1995.

Zu den politischen Vorgängen ausführlich und anhand der verfügbaren Akten insbesondere des französischen Außenministeriums: Duroselle, *L'abîme*, S. 164–231; ohne Aktenbenutzung, doch unter Verwertung der vorliegenden Memoirenliteratur: William D. Shirer, *Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall der Dritten Republik*, München/Zürich 1969; zusammenfassend: Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 342–362.

hinnehmen. Nach nur vier Kampftagen durchstießen die deutschen Truppen die Ardennen und überquerten am 13. Mai die Maas. Am 7. Juni brach die französische Front an der Somme, nachdem die deutsche Führung zwei Tage zuvor den Angriff auf Kernfrankreich eingeleitet hatte. Am 11. Juni bereits hatten sich die deutschen Verbände Paris so weit angenähert, daß die Regierung die Hauptstadt verlassen mußte und sich zunächst in mehreren Schlössern entlang der Loire, dann in Bordeaux niederließ.

Paul Reynaud versuchte, durch zwei weitere Regierungsumbildungen die Effektivität der Kabinettsarbeit zu erhöhen. Letztlich aber waren es eben diese Modifikationen, welche die Zahl jener Kabinettsmitglieder erhöhten, die sich am 16. Juni für das Ausloten der deutschen Waffenstillstandsbedingungen aussprechen sollten. Am 18. Mai zunächst rief er Marschall Pétain, der seit einem Jahr als Botschafter in Madrid akkreditiert war, nach Paris zurück und betraute ihn mit dem Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Er selbst übernahm nun von Daladier das Verteidigungsministerium, der dafür ins Außenamt überwechselte. An der Spitze der Armee löste am Tag danach Weygand, bis dahin Oberkommandierender in Syrien, den entlassenen Gamelin ab. Die Folgen dieser personalpolitischen Fehlentscheidungen zeigten sich nur zu bald: Im Kriegsrat vom 25. Mai kam auf Initiative Weygands zum ersten Mal die Möglichkeit eines Waffenstillstands zur Sprache. Damit war ein bislang sorgsam gemiedenes Tabu gebrochen. Während Reynaud weiter zunächst in Großbritannien um Unterstützung ersuchte, formierte sich innerhalb des Kabinetts zunehmend die Gruppe jener, die die Fortführung der Kämpfe für sinnlos erachteten. Der neue Staatssekretär im Außenministerium, Paul Baudouin, gehörte neben Weygand und Pétain zu diesem Kreis, auch der radikalsozialistische Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Camille Chautemps, äußerte Bedenken.²³¹

Reynaud, der seit seinem dringenden Hilferuf um Luftunterstützung vom 14. Mai nahezu täglich in Kontakt mit dem neuen englischen Ministerpräsidenten Churchill stand²³², konnte aus der Zusammenarbeit mit den britischen Alliierten wenig Rückhalt für die Auseinandersetzung mit seinen innenpolitischen Opponenten gewinnen. Zwar hatte Churchill bis zum 16. Mai größere Luftwaffenverbände nach Frankreich verlegt und damit etwa ein Viertel der englischen Jagdverbände auf dem Festland stationiert. Insbesondere die Begleitumstände des Rückzugs und der Evakuierung der britischen Expeditionstruppen bei Dünkirchen bestätigten jedoch die Friedensfraktion innerhalb der französischen Regierung in ihrer Haltung und lösten in der Öffentlichkeit antienglische Ressentiments aus.²³³ Reynaud konnte nur resigniert die Grenzen der englischen Hilfsbereitschaft zur Kenntnis nehmen.²³⁴

²³¹ Baudouin, Neuf mois, S. 89–91; Villelume, Journal d'une défaite, S. 393; De Monzie, Ci-devant, S. 238. Dazu Heimsoeth, Zusammenbruch, S. 348f.

²³² Vgl. dazu die Sammlung von Telegrammen zwischen Churchill und Reynaud, die Reynauds Kabinettschef im Außenministerium, Dejean, anlegte (MAE, PA-AP 288, Dossier 6). Zur Entwicklung der britisch-französischen Beziehungen: Müller, Ende der Entente Cordiale; Gates, End of the affair, S. 74 ff.

²³³ Dazu Duroselle, L'abîme, S. 193–200.

²³⁴ In einem Telegramm an Churchill hatte er am 8. 6. die Überführung sämtlicher 39 englischen Jägerstaffeln nach Frankreich gefordert und auf die abschlägige Reaktion mit Indignation reagiert;

Die dringenden Bitten um materielle Unterstützung, die man daneben an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt gerichtet hatte, fanden erst am 3. Juni Gehör – zu spät, um noch wirksame Hilfe bewirken zu können. In mehreren persönlichen Adressen an den Präsidenten drängte Reynaud ab dem 6. Juni auf ein militärisches Eingreifen der USA. Doch auch das verzweifelte Pathos, mit dem der Ministerpräsident das Schicksal Frankreichs für den Fall einer amerikanischen Ablehnung umschrieb, blieb ohne Erfolg: „Vous verrez, alors, la France s'enfoncer comme un homme qui se noie et disparaître, après avoir jeté un dernier regard vers la terre de liberté d'où elle attendait le salut.“²³⁵ Der Optimismus Churchills konnte nichts daran ändern, daß ein Kriegseintritt der USA vorläufig an der anti-interventionistischen Stimmung in Kongreß und amerikanischer Öffentlichkeit scheiterte.²³⁶ Am 15. Juni, kurz vor der Niederlage Frankreichs, nahm Roosevelt dem französischen Ministerpräsidenten alle diesbezügliche Hoffnung: „Je sais que vous comprendrez que ces déclarations n'entraînent aucun engagement d'ordre militaire. Seul le Congrès peut prendre de tels engagements.“²³⁷

Anfang Juni bereits waren damit die diplomatischen Mittel zur außenpolitischen Abstützung der französischen Kriegführung weitgehend ausgereizt. Reynaud war entgegen dem Druck Daladiers und de Monzies nicht bereit, seine Friedensdemarche bei Mussolini zu erneuern, über die er noch im April versucht hatte, den Duce unter Verweis auf das Band der gemeinsamen „civilisation méditerranéenne“ vom Kriegseintritt abzuhalten.²³⁸ Ein inoffiziell eingeleiteter Versuch, die Beziehungen zur Sowjetunion wiederaufzunehmen, um dort Materialkäufe zu tätigen, war Ende Mai an Verfahrensfragen gescheitert.²³⁹ Auch auf militärischem Gebiet wurde die Lage immer hoffnungsloser, seit ein Ende Mai eingeleiteter letzter Versuch Weygands, die Verteidigungslinien zu stabilisieren, fehlgeschlagen war. Um den 7. Juni existierte keine kontinuierliche Frontlinie mehr.²⁴⁰

vgl. Reynaud an Churchill, 8.6. und 10. 6. 1940 (MAE, PA-AP 288, Dossier 6); Churchill an Reynaud, 8. 6. 1940 (ebenda). Zuvor schon hatte der englische Botschafter den Ministerpräsidenten dazu ermuntert, doch besser auf Großbritannien zu vertrauen, anstatt ständig neue Appelle zu formulieren, die sich als kontraproduktiv erweisen könnten (Notiz über ein Gespräch Campbell-Reynaud vom 3. 6. 1940; ebenda).

²³⁵ Reynaud an Roosevelt, 14. 6. 1940 (MAE, PA-AP 288, Dossier 7). In einem Telegramm vom 10. 6. hatte Reynaud den französischen Widerstandswillen beschworen: „Nous lutterons en avant de Paris, nous lutterons en arrière de Paris, nous nous enfermerons dans une de nos provinces, et, si nous en sommes chassés, nous irons en Afrique du Nord et, au besoin, dans nos possessions en Amérique.“ (Reynaud an Roosevelt, 10. 6. 1940; ebenda). Ein Abhörprotokoll des Telefongesprächs Reynaud-Roosevelt findet sich in den Beständen des französischen Kriegsarchivs (SHAT, 5 N 580).

²³⁶ So die Analyse des französischen Botschafters in Washington nach einem Gespräch mit Präsidentenberater Sumner Welles: St. Quentin an Reynaud, 14. 6. 1940 (Ebenda); Churchill hatte die Antwort Roosevelts vom 14. 6. als Anzeichen für den unweigerlichen amerikanischen Kriegseintritt interpretiert („Message de M. Churchill pour M. Paul Reynaud“, 14. 6. 1940; Ebenda).

²³⁷ Roosevelt an Reynaud, 15. 6. 1940, „reçu à Bordeaux à 19 heures“ (Ebenda).

²³⁸ Vgl. das Telegramm Reynauds an Mussolini vom 22. 4. 1940 und die abweisende Antwort des Duce vom folgenden Tag (MAE, Papiers 1940, Fonds Reynaud, Dossier 5; die Schreiben finden sich abgedruckt in: ADAP D IX, Nr. 172 und 173, S. 200f., Zitat: S. 200). Mussolini hatte Reynauds Telegramm an Hitler übermittelt, der sich über die „weinerliche Anklage“ des Ministerpräsidenten mokierte (Ebenda, Nr. 190 und 192, S. 220 und 223f., Zitat: S. 224).

Zu Daladiers Drängen auf einen neuerlichen Vorstoß beim Duce anhand von Dokumenten aus dem Nachlaß des Ministers: Heimsoeth, Zusammenbruch, S. 351 f.

²³⁹ Siehe hierzu die eingehende Darstellung bei Bartel, Frankreich und die Sowjetunion, S. 661 ff.

²⁴⁰ Eingehend dazu: Duroselle, L'abîme, S. 193–202.

Vor diesem beherrschenden Hintergrund konnte die letzte größere kabinettspolitische Maßnahme Reynauds, seine Regierungsumbildung vom 5. Juni, keine positive Wirkung mehr entfalten. Im Gegenteil: anstatt, wie beabsichtigt, die Gruppe der Reynaud-Anhänger zu stärken – Charles de Gaulle wurde als Staatssekretär ins Verteidigungsministerium berufen –, förderte Reynaud auch solche Persönlichkeiten, die sich wie der neue Finanzminister, Yves Bouthillier, Mitte Juni gegen ihren Ministerpräsidenten und für die Einstellung der Kämpfe aussprechen sollten.

In dem Maße, in dem sich die Wahrscheinlichkeit der Niederlage verdichtete, übten Befürworter wie Gegner der Kampfeinstellung zunehmenden Druck auf Reynaud aus: Charles de Gaulle, Innenminister Georges Mandel, Marineminister César Campinchi und Kabinettschef Maurice Dejean zählten eindeutig zu letzteren; Staatssekretär Paul Baudouin, der Verbindungsoffizier zum Generalstab Colonel de Villelume und die Lebensgefährtin Reynauds, Hélène de Portes, bildeten neben Weygand und Pétain den Kern der ersten Gruppe. Der Ministerpräsident, der in diesen Tagen seinen wiederholt bekundeten Durchhaltewillen²⁴¹ gegenüber der Friedenspartei immer weniger durch hoffnungstärkende Fakten untermauern konnte, gab am Abend des 15. Juni in entscheidender Situation dem Drängen seines Kabinetts nach. An diesem Tag akzeptierten seine Minister mehrheitlich den Kompromißvorschlag *Chautemps*, wonach bei der deutschen Führung die Bedingungen für einen Waffenstillstand erfragt werden sollten.²⁴² Reynaud versuchte, sein Gewicht durch einen letzten Schachzug zu stärken, der in seiner diplomatischen Subtilität das Ausmaß des bereits erreichten Dilemmas verdeutlicht: Er ließ an die englische Regierung die Anfrage richten, unter welchen Bedingungen sie Frankreich aus der Abmachung vom 28. März entlassen und einen Waffenstillstand akzeptieren würde. Im Falle der Ablehnung, so seine rückblickende Darstellung, hätte er gestärkt vor den Ministerrat treten können; wäre er dennoch gestürzt worden, hätte er sich zumindest darauf berufen können, das Äußerste zur Abwendung der Kampfeinstellung versucht zu haben.²⁴³ Die endgültige britische Antwort, der Vorschlag auf weitgehende Union der beiden Staaten, stieß im Ministerrat auf einhellige Ablehnung.²⁴⁴ Paul Reynaud trat am 16. Juni 1940 zurück, nachdem er laut eigener Aussage den Eindruck gewonnen hatte, daß die Mehrheit der Minister einem Waffenstillstand zuneigte.²⁴⁵

In einer Darstellung, die wie der obige Abschnitt das Augenmerk auf die größeren Entscheidungszusammenhänge richtet, drohen die politisch Handelnden an

²⁴¹ Vgl. etwa die Entschlossenheitsbekundungen Reynauds während der Sitzung des Kriegsrats vom 5. Juni (Baudouin, *Neuf mois*, S. 123).

²⁴² Heimsoeth, *Zusammenbruch*, S. 356.

²⁴³ Vgl. zu den Überlegungen Reynauds: Reynaud, *La France II*, S. 341.

²⁴⁴ Duroselle, *L'abime*, S. 227–231; zur Geschichte des Vereinigungsplans, der durch de Gaulle telefonisch aus London übermittelt wurde auch: Lacouture, *De Gaulle I*, S. 339–344. Eine Mitschrift des Gesprächs mit de Gaulle von der Hand Reynauds findet sich in seinem Nachlaß (AN, 74 AP 22).

²⁴⁵ Reynaud, *La France II*, S. 356 f. Aus einer handschriftlichen Notiz Reynauds, die unter seinen nachgelassenen Papieren zu finden ist, geht hervor, daß er das Kräfteverhältnis zwischen Befürwortern und Gegnern des „armistice“ mit 13 zu 11 zugunsten ersterer einschätzte (AN, 74 AP 22). Die Diskussion darüber, ob Reynaud damit die Meinungslage richtig interpretierte: Gates, *End of the Affair*, S. 428 f.

Kontur zu verlieren, selbst wenn sie in den historischen Abläufen eine so zentrale Stellung einnahmen wie Paul Reynaud. Im vorliegenden Fall ergibt sich dieser Befund allerdings in hohem Maße aus dem historischen Phänomen selbst. Eine ganze Reihe überpersönlicher Faktoren konnte im Sommer 1940 die Handlungsspielräume eines französischen Ministerpräsidenten beschränken, unabhängig vom Format und politischen Potential des Amtsinhabers. Die neuere Forschung hat in ihren Deutungen des militärisch-politischen Debakels von 1940 solche Einflußgrößen unterschiedlichen Abstraktionsgrades herausgearbeitet, ohne freilich in deren Gewichtung zu einem schlüssigen Konsens gelangt zu sein. Einig ist man sich immerhin über die schwerwiegende Rolle strategischer Fehleinschätzungen und konkreter Führungsschwächen in der militärischen Elite Frankreichs; die unter Vichy verbreitete Anschauung von der materiellen Unterlegenheit gegenüber dem deutschen Gegner wurde hingegen weitgehend als Mythos entlarvt. Daneben hat die seriöse Forschung längerfristig wirksame sozialpsychologische oder sozio-ökonomische Faktoren, die politische Spaltung des Landes seit der Volksfront, Schwächen des politischen Systems und den demographischen oder industriellen Rückstand Frankreichs gegenüber einem überlegenen „bloc germanique“ als Erklärungshilfen herangezogen. Dies geschah allerdings angesichts der Komplexität der Materie und der Vorbelastung der Diskussion durch die Dekadenzthesen Vichys eher in vorsichtig tastender Weise.²⁴⁶

Dennoch soll im folgenden nochmals auch die Rolle eines einzelnen, die Rolle Paul Reynauds in Augenschein genommen werden. Es wird dabei darum gehen, den Schritt von den großen Deutungsmustern zu den konkreten Möglichkeiten und Grenzen seines politischen Handelns zu tun. Stärker als bisher soll auch nach der Fortdauer persönlicher Prägungen, politischer Vorstellungen oder des daraus erwachsenen politischen Stils gefragt werden. Der Blick auf Kontinuitäten solcher Art wurde geraume Zeit durch jene Brüche abgelenkt, aufgrund derer seine erfolgreiche Karriere als „dur“ im Kabinett Daladier in so erklärungsbedürftiger Weise mit dem schwankenden Erscheinungsbild kontrastierte, das er als Ministerpräsident in mancher Hinsicht bot. Bis in neuere Darstellungen hinein lassen sich daher Deutungsansätze verfolgen, die starkes Gewicht auf den übermächtigen Einfluß seiner Umgebung oder auf die fehlende psychologische Eignung für das Ministerpräsidentenamt legen und ganz offensichtlich ergänzungsbedürftig sind.²⁴⁷

²⁴⁶ Vgl. dazu stellvertretend und als neueste Bestandsaufnahme von Forschungstendenzen die Beiträge in: Joel Blatt (Hg.), *The French Defeat of 1940. Reassessments*, Providence/Oxford 1998. Charakteristisch ist der vorsichtige Versuch eines Resümees unter dem Titel „A défaut de conclusion“ bei: Crémieux-Brilhac, *Les Français de l'an 40*, Band II, S. 709–715, Zitat: S. 710. Zum Anteil der Militärdoktrin an der Niederlage bislang wohl die beste Arbeit: Ladislav Myszyrowicz, *Autopsie d'une défaite. Origines de l'effondrement militaire français de 1940*, Paris 1973.

²⁴⁷ Vgl. etwa das entsprechende Erklärungsmuster u.a. bei Jean-Pierre Azéma, 1940. *L'année terrible*, Paris 1990, S. 144; Camille Chautemps, *Cahiers secrets de l'armistice (1939–1940)*, Paris 1963, S. 175 ff.; Alfred Fabre-Luce, *Journal de la France, mars 1939–juillet 1940*, Paris 1940, S. 362. Verpflichtet ist die in den folgenden Abschnitten vorgetragene Deutung dagegen insbesondere der minutiösen und scharfsinnigen Rekonstruktion der Ereignisse bei Duroselle, Labime, und Gates, *End of the affair. Differenziert in der Deutung der Person Reynauds auch: Emmanuel Berl, La fin de la III^e République. 10 juillet 1940*, Paris 1968, S. 67–69.

Vgl. zur frühen Auseinandersetzung um Reynauds Ministerpräsidentenzeit bereits unter dem Vichy-Regime und in den ersten Nachkriegsjahren Kapitel XI.1. dieser Arbeit.

Zu allem Überfluß trug seine eigene rückblickende Darstellung eher dazu bei, weitere Interpretationsprobleme zu erzeugen, als Klarheit zu schaffen. Seit seinen ersten Äußerungen im Prozeß gegen Philippe Pétain im Jahre 1945 nahm er über Jahrzehnte hinweg schier unermüdlich immer neue publizistische Anläufe, um buchstäblich noch den kleinsten Anschein eines etwaigen historischen Versagens in den Krisenmonaten Mai/Juni 1940 zu entkräften. Es bleibt zu bezweifeln, daß er mit dem komplexen Erklärungsgebäude, das daraus erwuchs, sein Ziel erreichte. Insbesondere zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß das entworfene Selbstporträt des „Jusqu’au-boutiste“, des entschlossenen Durchhaltestrategen, der erst durch das schwächliche Nachgeben seiner Minister zum Einlenken gezwungen worden sei, einer kritischen Konfrontation mit dem historischen Befund nicht standhalten kann.²⁴⁸ Ungeachtet dessen blieb Paul Reynaud in der retrospektiven Aufarbeitung seiner kurzen Ministerpräsidentenzeit bis zu seinem Tod geistiger Gefangener einer politischen Selbstinterpretation, deren Umsetzung ihm im Frühjahr 1940 nicht gelungen war. Dies festzustellen heißt keineswegs, ihn umgekehrt in die Nähe derer zu rücken, die von vorneherein den Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland ablehnten; es bedeutet gleichwohl, ein differenziertes und durchaus ambivalentes Bild seines Handelns zuzulassen.

Ein ausgewählter, zentraler Aspekt – Reynauds Haltung in der Frage des „armistice“, also des Abschlusses eines Waffenstillstands mit Deutschland – wird im folgenden Gelegenheit bieten, ein solches Bild zu entfalten. Am 25. Mai 1940 zum ersten Mal als Möglichkeit im Ministerrat angedeutet, am 12. Juni erstmals diskutiert, hat die Waffenstillstandsfrage seither die Gemüter von Zeitgenossen und Historikern wie wenige andere Ereignisse der neueren französischen Geschichte bewegt. Nötiger und sinnvoller Schritt, Wahl des kleineren Übels oder Akt des Verrats an der nationalen Sache – so lauteten die Deutungsalternativen, die in unterschiedlichem Mischungsverhältnis bis heute vorzufinden sind. Vor allem die Tatsache, daß sich ein vierjähriges autoritäres und verbrecherisches Zwangsregime und eine Phase beschämender Kollaboration mit dem Sieger anschlossen, machte den Vorgang seit 1944 zu einem „heißen Eisen“ der nationalen Erinnerungskultur und der Historiographie.²⁴⁹ Es kann in den folgenden Abschnitten nicht darum gehen, den bereits vorliegenden Tag-für-Tag-Analysen zur Vorgeschichte des

²⁴⁸ Gemeint ist der Tenor der Memoirenwerke, die Reynaud seit 1947 vorlegte: Reynaud, *La France; ders., Au coeur de la mêlée; ders., Mémoires*.

²⁴⁹ Azéma, *De Munich à la Libération*, S. 71. Vgl. zum Waffenstillstand von 1940 neben den bereits genannten Überblicksarbeiten von Duroselle, Gates und Azéma speziell: Albert Merglen, *Quelques réflexions historiques sur l’armistice franco-germano-italien de juin 1940*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 45 (1995), S. 79–93; Philippe Simonnot, *Le secret de l’armistice 1940*, Paris 1990; Michael Salewski, *Knotenpunkt der Weltgeschichte? Die Raison des deutsch-französischen Waffenstillstands vom 22. Juni 1940*, in: Claude Carlier u. a. (Hg.), *La France et l’Allemagne en guerre*, Paris 1990, S. 115–129; Hermann Böhme, *Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg, Band 1: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstands von 1940* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 12), Stuttgart 1966; André Beaufre, *Le drame de 1940*, Paris 1965; Klaus-Jürgen Müller, *Zum deutsch-französischen Waffenstillstand 1940*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 11 (1961), S. 356–359; André Truchet, *L’Armistice de 1940 et l’Afrique du Nord*, Paris 1955; Louis Marin, *Gouvernement et commandement. Conflits, différends, immixtions qui ont pesé sur l’armistice de juin 1940*, in: *Revue d’histoire de la deuxième guerre mondiale* 2/8 (1952), S. 1–28 sowie 3/9 (1953), S. 1–14; Albert Kammerer, *La vérité sur l’armistice. Ephéméride de ce qui s’est réellement passé au moment du désastre*, Paris 1944.

Waffenstillstands vom Juni 1940 eine weitere hinzuzufügen. Die historischen Abläufe werden allerdings in dem Maße herangezogen werden müssen, in dem aus der Konfrontation mit der Reynaudschen Selbstdarstellung weitere Elemente zur Einschätzung seiner politischen Person und – indirekt – zum Verständnis seiner persönlichen Situation in den ersten Nachkriegsjahren erwachsen.

Die Initiative des stellvertretenden Ministerpräsidenten Chautemps vom 15. Juni 1940, mit englischer Zustimmung „unverbindlich“ die deutschen Waffenstillstandsbedingungen zu erfragen, bildete einen Angelpunkt sowohl der historischen Abläufe wie auch der nachfolgenden Deutungsstrategie Paul Reynauds. Sie setzte als Katalysator jenen diplomatischen und kabinettspolitischen Prozeß in Gang, der schließlich zum Rücktritt des Regierungschefs und zum Waffenstillstandsersuchen Pétains am 17. Juni 1940 führte. Camille Chautemps präsentierte seinen Vorschlag in der entscheidenden Kabinettsitzung als Kompromißlösung, um die angesichts der verzweifelten Kriegslage gespaltene Regierungsmannschaft wieder auf entschlossener Fortführung des Kampfes zu einigen. Aufgrund der vermutlich unannehmbaren deutschen Friedensbedingungen, so seine Argumentation, werde es gelingen, über dieses *procedere* den Widerstandswillen der Nation zu stärken und die Verlagerung der Regierung nach Nordafrika plausibel zu machen, ohne Desertionsvorwürfe fürchten zu müssen.²⁵⁰ Die Verführungskraft, die der Vorschlag auf die Minister Reynauds ausübte, lag in seiner Ambivalenz: Er erlaubte es dem Gremium, die offene Konfrontation der mittlerweile entstandenen Lager von Befürwortern und Gegnern der Kampfeinstellung zu umgehen und einer klaren Entscheidung weiterhin auszuweichen. Im Ergebnis sank die bisher wirksame Hemmschwelle gegenüber einer Verhandlungslösung, die Meinungsfronten verwischten sich und die Fraktion der „Falken“ im Kabinett erlebte einen beschleunigten Erosionsprozeß. Auch jene Minister, so die rückblickende Deutung Léon Blums, die zuvor eher einer Position der Härte zugeneigt hatten, ließen sich von der Argumentation Chautemps' beeindrucken.²⁵¹ Die naheliegende Überlegung, daß das Bekanntwerden einer derartigen Anfrage fatale Wirkung auf die Kampfmoral in der Armee haben oder daß man sich auf deutscher Seite wohl kaum auf die anvisierte Umkehr der üblichen Reihenfolge von Waffenstillstandsvereinbarung und Bekanntgabe der Bedingungen einlassen würde, scheint, sofern sie angestellt wurde, im Kabinettsrat keine ausschlaggebende Rolle gespielt zu haben.²⁵²

Der Memoirenschreiber Reynaud verortete in der Initiative Chautemps' die Schlüsselstelle einer letztlich erfolgreichen „Intrige“ gegen seine Politik, den „Abfall“ eines Mitarbeiters, dem er Vertrauen geschenkt hatte und der im gezielten Zusammenspiel mit Pétain den Waffenstillstand herbeiführte, um die Republik zu stürzen.²⁵³ Sieht man einmal ab davon, daß die von Reynaud angeführten Äuße-

²⁵⁰ Vgl. die Darstellung bei Reynaud, *La France II*, S. 340f.; ders., *Au coeur de la mêlée*, S. 803f.; Chautemps, *Cahiers secrets*, S. 155.

²⁵¹ Ich schließe mich in den folgenden Abschnitten zur Einschätzung der „proposition Chautemps“ der Argumentation bei Gates, *End of the affair*, S. 214–218, bes. S. 215 an. Zur Ansicht Blums vgl. seine Aussage vor der parlamentarischen Untersuchungskommission nach Kriegsende: *Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Annexes (dépositions)*, Band I, S. 261 (30. 7. 1947).

²⁵² Gates, *End of the affair*, S. 215f.

²⁵³ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 809–813. Vgl. auch seine Stellungnahme vor der Kommission

rungen Chautemps' keineswegs eine Verschwörungstheorie untermauern können, drängen sich darüber hinaus Zweifel auf, ob der Regierungschef den Vermittlungsvorschlag seines Ministers wirklich bereits von Anfang an so grundsätzlich ablehnte, wie er es im nachhinein suggerierte. Vor allem die inhaltliche Ausgestaltung seiner Demarche bei den britischen Alliierten läßt aufhorchen. Hatte er zunächst noch mit dem Gedanken an Rücktritt gespielt, als sich im Kabinett ein Stimmungswandel zugunsten Chautemps' abgezeichnet hatte, entschloß er sich nach kurzer Überlegung dann doch zu der Mission, weil er nach eigenem Bekunden hoffte, im Anschluß an die erwartete britische Ablehnung gestärkt vor seinen Ministerrat zurückkehren zu können.²⁵⁴ Zu dieser nachträglich vorgelegten Selbstinterpretation stand dann aber der logische Gehalt seiner Äußerungen gegenüber dem britischen Botschafter Campbell und dem Verbindungsoffizier zu Churchill, General Spears, in eigenartigem Gegensatz. Ihnen erklärte der Ministerpräsident am Abend des 15. Juni, daß die britische Regierung im Falle ihrer Zustimmung zur vorgeschlagenen Erkundigungsaktion davon ausgehen könne, daß die Auslieferung der französischen Flotte an Deutschland nicht in Frage käme; bei Ablehnung des Vorschlags habe er hingegen keine andere Wahl, als zurückzutreten. Dann aber könne er nicht garantieren, daß ein eventueller Nachfolger nicht doch zur befürchteten Überstellung der Marineeinheiten bereit sei.²⁵⁵

Der englischen Seite ließ Reynaud damit keinerlei Ansatzpunkte, um das Ersuchen seines Kabinetts, zu dessen Fürsprecher er sich gemacht hatte, abzulehnen. Im Gegenteil: Mit dem Verweis auf das Schicksal der Flotte hatte er britische Lebens-, ja Überlebensinteressen ins Spiel gebracht und zu einem schlagenden Argument umgemünzt. Denn natürlich war ihm genau bekannt, daß man in Großbritannien kaum eine strategische Wendung der Kriegslage mehr fürchtete als die potentielle Vereinigung der deutschen, italienischen und französischen Marinestreitkräfte, wäre doch damit die englische Überlegenheit zur See definitiv beendet und das wertvollste Faustpfand für die Abwehr eines deutschen Invasionsversuchs dramatisch entwertet worden; nicht umsonst hatten die britischen Unterhändler die Flottenfrage seit dem Treffen von Briare am 11. Juni immer wieder angesprochen.²⁵⁶ Wie also hätte Reynaud mit nur einigermaßen vertretbarer Wahrscheinlichkeit von der englischen Zurückweisung seiner Anfrage ausgehen können, um darauf, wie er im Rückblick behauptete, eine letzte „Chance für Frankreich“ zur Abwehr der waffenstillstandsfreundlichen Tendenzen in seinem Kabinett zu gründen?²⁵⁷ Und wie kaum anders zu erwarten, reagierte die britische Führung mit der bedingten Annahme, falls die französische Flotte dem deutschen Zugriff entzogen bleibe, bevor sie ihre Zusage in einem überraschenden Coup noch am gleichen Tag durch das Angebot einer britisch-französischen Staatenunion ersetzte.

„Serre“: Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Annexes (dépositions), Band VIII, S. 2416f. (12. 12. 1950).

²⁵⁴ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 807; ders., *La France II*, S. 341.

²⁵⁵ Vgl. Edward Spears, *Assignment to Catastrophe*. Band II: *The Fall of France*, June 1940, Melbourne u. a. 1954, S. 265–270.

²⁵⁶ Gates, *End of the affair*, S. 217f., 259f.; Shirer, *Zusammenbruch Frankreichs*, S. 859–862.

²⁵⁷ Vgl. Reynaud, *La France II*, S. 341; ders., *Au coeur de la mêlée*, S. 807.

Tatsächlich spricht einiges dafür, daß Reynaud die Idee Chautemps' unterstützte und deshalb die englische Seite bereitwillig darauf vorbereitete, in „ehrenhafter Weise einen Separatfrieden abzuschließen, wenn man dazu gezwungen sei“. Analysiert man seine Erklärungen gegenüber Herriot und Jeanneney, dann hielt er die Anfrage beim deutschen Gegner aus eben jenen „taktischen“ Gründen für nötig, die auch Chautemps ins Feld geführt hatte; die Demarche selbst wollte er jedoch einem Nachfolger überlassen.²⁵⁸ Wohlgemerkt: Paul Reynaud machte sich damit *formal* lediglich zum Mittler dafür, die englische Haltung zu einem Erkundigungsvorstoß zu sondieren und positiv zu beeinflussen. Dem offiziellen Abschluß einer Waffenstillstandsvereinbarung durch die französische Regierung stimmte er weiter mit keinem Wort zu, und er tat dies auch bis zum Ende seiner Amtszeit nicht. Gleichwohl erweckt sein diplomatisches Vorgehen vor allem anderen den Eindruck der Ambivalenz. Es ist nach dem bisher Gezeigten kaum von der Hand zu weisen, daß er darauf setzte, die französische Politik aus ihrer am 28. März 1940 gegenüber Großbritannien eingegangenen Selbstverpflichtung gleitend und ohne Gesichtsverlust herauszulösen. Das anvisierte Verfahren hätte dabei den Weg bahnen können: Es machte die Entscheidung über den Fortbestand der französisch-englischen Vereinbarung akut und legte sie zugleich in die Hände der britischen Alliierten, ohne daß Reynaud explizit die verpönte Bitte um Suspendierung des Separatfriedensverbots formulieren mußte. Zugleich hätte er sich auch nach der erhofften englischen Zustimmung nicht durch das Gespräch mit dem Feind kompromittiert, was einer möglichen anschließenden Rückkehr ins Amt sicherlich förderlich gewesen wäre. Zu fragen bleibt, ob Reynaud die Katalysatorenwirkung der projektierten Kompromißlösung im Hinblick auf die Entscheidungsbildung im Ministerrat erkannte: Folgt man seiner eigenen Darstellung, war dies durchaus der Fall.²⁵⁹ Dann aber bleibt vor dem Hintergrund des bisher Gesagten nurmehr eine weitere Folgerung: Da er die Anfrageaktion beim deutschen Sieger als richtig befürwortete, war er spätestens Mitte Juni bereit, nicht nur die Lockerung der britisch-französischen Allianz, sondern darüber hinaus auch eine mögliche rasche Ablösung seiner Durchhaltepolitik zumindest für begrenzte Zeit billigend in Kauf zu nehmen.

Die Umsetzung der „proposition Chautemps“ bildet ein zwar schlagendes, doch keineswegs das einzige Beispiel für die ambivalente, oft improvisierte und nicht widerspruchsfreie Strategie, die der Ministerpräsident angesichts der sich abzeichnenden Niederlage Frankreichs einschlug und die zur glättenden Selbststilisierung, die er rückblickend vortrug, in deutlichem Gegensatz stand.

Zweifellos war Reynaud bei Beginn des deutschen Angriffs ein überzeugter Anhänger des Kampfes mit allen verfügbaren Mitteln und auf unbegrenzte Zeit. Es fällt auch nicht schwer, Beispiele für Äußerungen und Taten auszumachen, in denen er immer wieder und buchstäblich bis zum letzten Tag seiner Amtszeit Ent-

²⁵⁸ „Reynaud rappelle que, cédant au courant, il avait engagé conversation avec Churchill sur les moyens d'envisager honorablement une paix séparée, au cas où l'on y serait acculé. [...] Il ne met d'ailleurs pas en doute que, lorsque l'Allemagne aurait fait connaître ses conditions, il s'ensuivrait contre elle une telle réprobation dans le pays que la volonté de résistance s'en trouverait rétablie chez les hésitants. Il lui paraît „tactique“ de subir cette interrogation, si le Conseil en est d'avis. Mais il répète avec force qu'il s'interdit cela quant à lui.“ (Jeanneney, *Journal politique*, S. 74 (16. 6. 1940)).

²⁵⁹ Vgl. Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 804, 806.

schlossenheit und Durchhaltewillen signalisierte. Da er die demoralisierenden Wirkungen der „Drôle de guerre“ früh erkannt hatte, fuhr er mit Blick auf die französische Öffentlichkeit auch nach dem 10. Mai fort, per Rundfunk pathetisch gehaltene Appelle zu Einigkeit und Opferbereitschaft zu formulieren. Im Ministerrat und gegenüber der militärischen Führung hielt er am offiziellen Durchhaltetekurs fest, auch als Weygands Plan zur Rettung der durch den deutschen Vorstoß eingeschlossenen Nordarmeen um den 24./25. Mai mißlungen und der Oberbefehlshaber daraufhin zur Überzeugung von der unaufhaltsamen Niederlage gekommen war. Die Argumente, die Reynaud mehrfach gegen den immer offener für die Kampfeinstellung votierenden Weygand vortrug, waren in der Tat naheliegend, auch wenn sie ihre Wirkung auf diesen ebenso wie auf den sekundierenden Pétain verfehlten: daß die einzige Rettung auf lange Sicht in der Zusammenarbeit mit den angloamerikanischen Mächten liege; daß das französische Kolonialreich und seine Flotte nach wie vor intakt seien und als Basis für die Fortsetzung des Kampfes dienen könnten; daß ein Bruch der Vereinbarung mit Großbritannien gegen die nationale Ehre verstoße.²⁶⁰ Durchhalten als patriotische Pflicht war Reynaud ein selbstverständliches Anliegen, und auch was er nicht aussprach, blieb als Motiv für sein obstinates Festhalten an der offiziellen Position seiner Regierung von Gewicht: seine Angst vor einem Bürgerkrieg, sobald es zum Friedensschluß käme²⁶¹, und schließlich wohl die Sorge um die persönliche Reputation, hatte er sich doch seit Jahren bereits öffentlichkeitswirksam auf einen Kurs der Härte festgelegt, von dem abzuweichen in jedem Fall den Verlust an Prestige und Einfluß nach sich gezogen hätte.

Die Kapitulation des belgischen Königs in der Nacht vom 27. Mai veranlaßte Reynaud denn auch zu einer äußerst heftigen Stellungnahme gegen Leopold III., in der er wenig verhüllt den Verrat des Monarchen an der gemeinsamen Sache konstatierte und brandmarkte – wohl nicht zuletzt, um entsprechende Tendenzen in seiner Umgebung abzuschrecken.²⁶² Nach eigenem Bekunden war dieses Vorgehen Teil einer wohldurchdachten Taktik: Reynaud setzte demzufolge gezielt darauf, jede Diskussion über ein französisches Waffenstillstandsersuchen abzuwehren, gleichzeitig den künftigen Widerstand von Nordafrika aus vorzubereiten und parallel dazu das Kabinett bei Gelegenheit so umzugestalten, daß der Einfluß Weygands und Pétains eingedämmt werden könnte.²⁶³ So schlüssig das Konzept im nachhinein erscheint, so wenig hat doch Reynaud auch nur ein einziges der gesteckten Ziele erreicht. Mehr noch: Bereits zeitgenössische Beobachter taten sich wenige Wochen nach Beginn der Kampfhandlungen schwer damit, die reklamierte Zielstrebigkeit als durchgehende Haltung Reynauds zu identifizieren. In der Pariser Öffentlichkeit konnte das kämpferische Auftreten des Ministerpräsidenten bereits gegen Ende Mai nicht mehr überzeugen, und es ging die Rede von der eigentlichen „Fragilität“ des Regierungschefs hinter der vorgeblichen „fermeté“. Dem

²⁶⁰ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 567 f.

²⁶¹ Villelume, *Journal d'une défaite*, S. 425.

²⁶² Ausführlich dazu und zu den Nachkriegskontroversen um das Verhalten von Leopold III., in denen auch Reynaud aufgrund seiner heftigen Angriffe unter Beschuß geriet: Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 628–684; Gates, *End of the affair*, S. 134 f., 157.

²⁶³ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 570, 575; Gates, *End of the affair*, S. 135 ff., 157 ff.

britischen Botschafter Campbell schienen die Erklärungen Reynauds zum gleichen Zeitpunkt „eher vom Kopf als vom Herzen“ zu kommen, weswegen er unsicher blieb, ob dieser in seinen Entschlossenheitsbekundungen „völlig aufrichtig“ sei oder nicht doch irgendwann einem neuen, zum Separatfrieden drängenden Kabinett Platz machen würde.²⁶⁴

Wie läßt sich nun dieses widersprüchliche Erscheinungsbild plausibel auflösen und wo lagen seine Wurzeln? Der rasche Zusammenbruch der französischen Militärmacht hatte auch Reynaud völlig überraschend getroffen. Nicht daß er sich Illusionen gemacht hätte: Als Finanzplaner und Militärreformer wußte er mehr als viele andere Politikerkollegen um potentielle Schwachstellen in der Kriegsvorbereitung seines Landes, und aus den Tatsachen, die er kannte, leitete er die strukturelle Unterlegenheit Frankreichs ab. Sorge bereitete ihm vor allem die demographische Situation und die Rüstungsproduktion, von der er annehmen mußte, daß sie erst bis Herbst 1940 das notwendige Minimum an Waffen liefern würde.²⁶⁵ Daneben kann davon ausgegangen werden, daß sein Vertrauen in die Führungsstärke und die strategischen Konzepte der Militärs seit den Kontakten mit de Gaulle geschwunden war. Dem Zweckoptimismus Gamelins brachte er einiges Mißtrauen entgegen, seitdem er im Herbst 1939 die Erfahrung hatte machen müssen, daß dieser auf seine drängenden Erkundigungen nach dem Vorbereitungsstand der Armee, dem Schutz der französischen Produktionsstätten oder den Lehren, die man aus dem deutschen Vorgehen in Polen zog, nur zu unbefriedigenden Auskünften in der Lage war.²⁶⁶ Im Oktober 1939 ging Reynaud davon aus, daß die deutsche Seite die Situation nutzen und bald zur Offensive übergehen würde. Unabhängig davon bereitete er Frankreich als Finanzminister entschlossen auf den Krieg vor – auf einen längerdauernden Krieg freilich, der genügend Atem lassen würde, die bestehenden Defizite aufzuholen. Der schnelle Durchbruch der deutschen Panzerkolonnen, wie er sich im Mai 1940 einstellte, überstieg bis dahin schlichtweg auch sein Vorstellungsvermögen. Um so deutlicher scheint er relativ bald nach Beginn der Kampfhandlungen zur Einsicht in die Niederlage gekommen zu sein. Ein knappes Jahr vor seinem Tod und mittlerweile fern den Rechtfertigungskämpfen der ersten Nachkriegsjahre räumte Reynaud ein, daß er bereits um den 18. Mai 1940 in erster Linie nurmehr die „Ehre der Armee“ habe retten wollen. Seine einzige realistische Möglichkeit habe im Hinarbeiten auf eine „ehrenvolle Niederlage“ bestanden.²⁶⁷ Diese Aussage korrespondiert mit der Einschätzung des amerikanischen Botschafters Bullitt, der in seinen Aufzeichnungen berichtet, Reynaud habe um diese Zeit bereits mit der Möglichkeit einer „absoluten Niederlage Frankreichs und Englands“ gerechnet.²⁶⁸

Die Bewältigung des Dilemmas, das sich daraus ergab, stand als Leitmotiv über den folgenden politischen Bemühungen des französischen Ministerpräsidenten

²⁶⁴ Die Gerüchte finden sich bei: Jeanneney, *Journal politique*, S. 59 (30. 5. 1940); die Aussagen Campbells sind zitiert nach Gates, *End of the affair*, S. 156, der dabei unveröffentlichtes britisches Material wiedergibt.

²⁶⁵ Villedume, *Journal d'une défaite*, S. 62 (Eintrag v. 10. 10. 1939), 177 (31. 1. 1940).

²⁶⁶ Ebenda, S. 61.

²⁶⁷ Brief Reynauds an William L. Shirer, 29. 8. 1965; zitiert nach Shirer, *Zusammenbruch Frankreichs*, S. 734.

²⁶⁸ Telegramm Bullitt, 18. 5. 1940 (FRUS 1940/1, S. 229).

bis zu seinem Rücktritt am 16. Juni. Eine „ehrenhafte“ Lösung zu finden im politischen Dreieck zwischen Kabinett, militärischer Führung und britischem Allianzpartner, ohne von der englisch-französischen Separatfriedensvereinbarung offen abzugehen: Das hieß für Reynaud, einen gewagten Balanceakt zu vollführen zwischen betonter Härte intern und dem parallelen Bemühen, den englischen Premierminister in verklausulierter, doch zunehmend deutlicher Form auf den französischen Zusammenbruch vorzubereiten. Solange die englische Seite nicht einlenkte, blieb die Fortsetzung des Kampfes Reynauds erste Option – ob aus voller innerer Überzeugung, darf hingegen bezweifelt werden. Die Möglichkeiten für einen Rückzug der Regierung in die Bretagne oder nach Nordafrika ließ er erkunden, ohne daß diese Pläne bis zum Zusammenbruch wirklich realisierbare Formen angenommen hätten.

Der politisch-militärische Diskurs zwischen den beiden Staatsführungen hat Reynaud nicht die erhofften neuen Handlungsmöglichkeiten eröffnen können; eher trug er neben der sich ständig verschärfenden Kriegslage und den wachsenden Widerständen im eigenen Lager dazu bei, seine Spielräume weiter zu verengen. Churchill war seit etwa Mitte Mai für die Möglichkeit einer französischen Niederlage sensibilisiert und erkannte Reynauds Anliegen natürlich, spielte aber ebenfalls auf Zeit und reagierte elastisch: Aus der am 28. März eingegangenen Verpflichtung eindeutig entlassen hat er die französische Führung bis zuletzt nicht.²⁶⁹ Statt dessen setzte er auf ein kombiniertes Vorgehen, um den Verbündeten zur Fortsetzung des Kampfes zu bewegen. Das wichtigste Faustpfand war dabei zunächst die englische Militärhilfe insbesondere in Form von Luftunterstützung, die er auf nahezu tägliche Bitten Reynauds hin und gegen den Rat der eigenen Stabschefs zu forcieren suchte. Als am 8. Juni auch für ihn der Punkt erreicht war, an dem sich der Einsatz weiterer geforderter Staffeln um der Sicherheit Großbritanniens und der Fortsetzung des Krieges willen verbot, schwächte dies zwangsläufig die Position Reynauds gegenüber dessen nunmehr erklärten Widersachern Pétain und Weygand. Churchills psychologisch geschicktes Taktieren, seine fortwährenden Versicherungen, Großbritannien werde den Kampf in jedem Falle fortsetzen, haben Reynaud persönlich zweifellos auch danach immer wieder darin bestärkt, an seiner einmal eingeschlagenen Linie festzuhalten. Als aber der englische Premier in der zweiten Juniwoche dazu überging, seine Vorstellungen von Straßenkämpfen in Paris, vom Einsatz der Guerillataktik in der Provinz und von der Hoffnung auf künftig gesteigerte Waffenlieferungen zu entwickeln, stieß er damit auch bei Reynaud auf nurmehr wenig positive Resonanz, ganz zu schweigen von dessen Antagonisten im sich entfaltenden Schlußteil des Dramas.²⁷⁰

Der Ministerpräsident manövrierte sich mit seinem einsamen Agieren zwischen den Parteien in die Rolle eines diplomatischen Vermittlers, dessen Vertrauenskredit zunehmend schwand. Angesichts der auseinanderdriftenden Positionen von britischem Kabinett und Waffenstillstandsanhängern in der französischen Führung verlor seine Politik in der Wahrnehmung beider Seiten an Kontur und Über-

²⁶⁹ Duroselle, *L'abîme*, S. 217 f.; Gates, *End of the affair*, S. 124 ff.

²⁷⁰ Vgl. dazu den Verlauf des Treffens von Briare am 11. Juni 1940: Duroselle, *L'abîme*, S. 207–212; Gates, *End of the affair*, S. 172–175.

zeugungskraft. Als williger Übermittler von Vorstößen der Friedensfraktion und eigenen Kompromißideen erzeugte er in London Bedenken ob seiner Verlässlichkeit, auch wenn er formal unbeirrt zu bleiben schien; als Durchhaltestrategie, der sich nicht scheute, eigenmächtig Entschlossenheitserklärungen für sein Kabinett abzugeben oder den Gesprächszugang seiner Minister zu Churchill zu begrenzen, erregte er das Mißtrauen der Schwankenden im eigenen Kabinett und vermehrte das Lager seiner internen Opponenten.²⁷¹

Ein Beispiel für die verzweifelte Suche nach einem akzeptablen Ausweg aus der politisch-militärischen Zwangslage stellten bereits Reynauds Gespräche in London vom 26. Mai dar. Ohne offen die mögliche Einstellung der Kämpfe durch Frankreich anzusprechen, gab er hier eine dramatische Schilderung der militärischen Situation, überzeichnete die Einigkeit seines Kabinetts mit Weygand bezüglich eines baldigen Endes der französischen Widerstandskraft und gab sich wenig zuversichtlich im Hinblick auf amerikanische Hilfsleistungen. Darüber hinaus war er offensichtlich bestrebt, eine *gemeinsame* britisch-französische Intervention bei Mussolini anzuregen mit dem Ziel, diesen gegen territoriale Zugeständnisse als Mittler für eine Friedensregelung mit Deutschland zu aktivieren. Erst als das britische Kriegskabinett das Vorhaben nach einigem Zögern ablehnte, nahm auch Reynaud Abstand davon. Die Abfassung einer abgeschwächten Note, die dem italienischen Botschafter auf Initiative Daladiers, de Monzies und Baudouins dennoch übergeben wurde, konnte oder wollte Reynaud dagegen nicht verhindern. Spätestens nach dieser Aussprache vom 26. Mai war Churchill klar, daß nicht nur mit einer französischen Niederlage, sondern darüber hinaus auch mit dem Ausscheiden der Alliierten aus der gemeinsamen Front gerechnet werden mußte.²⁷² Am 13. Juni erneuerte Reynaud dann in der bis dahin wohl direktesten Weise seine Vorstöße: Während eines Treffens mit dem englischen Premierminister in der Präfektur von Tours sondierte er in hypothetisch gehaltenen, doch von Churchill durchaus eindeutig verstandenen Ausführungen die englische Haltung im Hinblick auf den Abschluß eines Separatfriedens durch Frankreich, ohne freilich eine andere als aufschiebende Antwort zu erhalten.²⁷³

Zu wirklich klaren, wenngleich schmerzhaften und risikobehafteten Entscheidungen konnte Reynaud sich weder in der einen noch der anderen Richtung durchringen. Vor der Entlassung des Wortführers der Waffenstillstandsbefürworter, Weygand, schreckte er zurück, da er den Bruch scheute, die Opposition der Widerspenstigen fürchtete und offenbar lange auf deren Einbindung hoffte. Ganz grundlos scheint allerdings seine Sorge vor möglichen bewaffneten Widersetzlichkeiten der Militärs im Anschluß an eine derartige Entscheidung nicht gewesen zu

²⁷¹ Zum Ablauf des französisch-britischen Treffen von Tours am 13. Juni und zum Lavieren Reynauds: Gates, *End of the affair*, S. 187–205.

²⁷² Insgesamt zu dieser Episode und ihrer Deutung: Duroselle, *L'abîme*, S. 188–193; pointierter und weitergehend im Hinblick auf Reynauds Vorschläge u. a. anhand unveröffentlichter englischer Aufzeichnungen: Gates, *End of the affair*, S. 143–154. Vgl. auch die Aussage von Reynauds Mitarbeiter de Villelume: *Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Annexes (dépositions)*, Band IX, S. 2785.

²⁷³ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 771; zu seiner Deutung des eigenen Verhaltens als bloße Darlegung der Ansichten seiner Widersacher: ebenda, S. 774–776; zum Verständnis der englischen Gesprächspartner: Spears, *Assignment to Catastrophe II*, S. 207–209; Winston S. Churchill, *The Second World War*. Band II: *Their Finest Hour*, Boston 1949, S. 178–182.

sein.²⁷⁴ Seine Umbildungen in Kabinett und Beraterkreis vom 18. Mai und 5. Juni blieben ambivalent und stellten keineswegs eine homogene Regierungsmannschaft von „durs“ her. Abgesehen etwa von den bereits erwähnten personellen Mißgriffen in bezug auf Bouthillier oder Baudouin erstaunt besonders die Entlassung des englandfreundlichen und italophoben Generalsekretärs des Quai d'Orsay, Alexis Léger, der offenbar der Anbahnung einer Italieninitiative weichen mußte. Mit Oberst Paul de Villelume berief Reynaud am 19. Mai einen Offizier zum Leiter seines „Cabinet de Défense nationale“, den er im Oktober 1939 als Anhänger eines Verständigungsfriedens mit Deutschland kennengelernt hatte und seither regelmäßig in militärisch-politischen Fachfragen zu Rate zog. Gegner des französischen Kriegseintritts wie des Kampfes um jeden Preis und bekanntermaßen der „Friedenspartei“ nahestehend, konkurrierte Villelume mit dem „Falken“ de Gaulle seit Kriegsbeginn um Einfluß auf den gemeinsamen Mentor. Dieser faßte Villelume im März 1940 als Kabinettschef für Auswärtige Angelegenheiten ins Auge und gewährte ihm schon vor der Berufung im Mai privilegierten Zugang zum innersten Kreis.²⁷⁵ Das konflikträchtige Nebeneinander der beiden militärischen Exponenten gegensätzlicher Strömungen und auch die Tatsache, daß es offensichtlich bewußt herbeigeführt wurde, wirft deshalb ein weiteres bezeichnendes Licht auf den politischen Krisenbewältigungsstil des Ministerpräsidenten.

Was ihm einerseits als persönliche Technik der Entscheidungsbildung diene, um in der Rolle des Schiedsrichters über den widerstreitenden Meinungen zum Urteil zu gelangen, konnte im weiteren politischen Sinne dazu verhelfen, die Anhänger beider Lager zufriedenzustellen und personelle Ressourcen für alle „Eventualitäten“ bei der Hand zu haben.²⁷⁶ Noch im Juni 1940 stellte Reynaud seine Regierungsmannschaft „dosiert“ zusammen und nahm dabei die Anwesenheit potentieller Widersacher in der Waffenstillstandsfrage billigend in Kauf. Auch nach der Entlassung der profiliertesten Verhandlungsbefürworter, Arbeitsminister Anatole de Monzie und Finanzminister Lucien Lamoureux, beließ er den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chautemps im Amt, obwohl dieser bekanntermaßen einer der wichtigsten Anhänger des Münchener Abkommens und der damit verbundenen Deutschlandpolitik gewesen war.²⁷⁷ Es mochte ein Akt politischer Klugheit gewesen sein, so zu handeln; in dem Moment, da der politische Pol, auf den das System zugeordnet war, an Bindekraft und Autorität verlor, konnten starke zentrifugale Tendenzen nicht ausbleiben.

Festzuhalten bleibt allerdings, daß dem ambivalenten Erscheinungsbild, das Reynaud in seiner Doppelrolle des Durchhaltestrategen und des Friedenserkun-

²⁷⁴ Die Absicht zur Absetzung Weygands erwähnt Reynaud nur knapp in seinen Memoiren, geht dann aber nicht mehr näher darauf ein: Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 802, 849; ders., *La France II*, S. 177f.; zu seiner Andeutung eines möglichen Komplotts Weygands: ebenda, S. 443–446. Zur Bewertung: Gates, *End of the affair*, S. 416–418. Die Furcht Reynauds, gegen Weygand und Pétain regieren zu müssen, findet sich thematisiert bei Spears, *Assignment to Catastrophe II*, S. 259.

²⁷⁵ Zur Person Légers: Duroselle, *L'abîme*, S. 69–73; zum Verhältnis Villelume-Reynaud: Villelume, *Journal d'une défaite*, S. 49–52 (2. 10. 1939), 176–178 (31. 1. 1940), 245–249 (23./24. 3. 1940), 340–342 (19. 5. 1940) und passim.

²⁷⁶ Die letztgenannte Interpretation deutet bereits ganz knapp an: René Rémond, *Préface*, in: Villelume, *Journal d'une défaite*, S. XI f. (Zitat: S. XII).

²⁷⁷ Zum Revirement vom 5. Juni 1940: Gates, *End of the affair*, S. 165 f.

ders bald in den Augen von Mitarbeitern, englischen Verhandlungspartnern und Öffentlichkeit bot, weniger ein Übermaß an politischer Beeinflußbarkeit oder psychischer Schwäche zugrundelag als seine letztlich realistische Einschätzung der militärischen Lage seit Mitte Mai bzw. seine pessimistische Deutung der Kräfteverhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland. In Form einer ähnlich gelagerten Doppelstrategie von Verhandlungsbereitschaft und Aufrüstungswillen hat Reynaud unter anderen Bedingungen schon vor Mai/Juni 1940 gangbare Alternativen zum Krieg gesucht; entsprechend orientierte Fachleute wie Villelume hat er nicht zufällig in seinen Beraterkreis integriert. Auch die persönliche Disposition dazu, die „wahrscheinlichen ökonomischen und sozialen Verheerungen“ wie auch die „Verluste an Leben und Besitz“ als Folgen des Kriegs „im Interesse des französischen Volkes“ zu begrenzen, brachte er bereits in sein Ministerpräsidentenamt mit.²⁷⁸ Es war somit eher die seit längerem angelegte, rational begründete Ambivalenz in seinem deutschlandpolitischen Denken und in seiner Kriegspolitik überhaupt, die ihn dazu bewog, widerstreitende Tendenzen in seiner nächsten Umgebung zu dulden und zu fördern – nicht umgekehrt.²⁷⁹

Einer Politik der „lutte à outrance“²⁸⁰, wie Reynaud sie im nachhinein für sich reklamierte, entsprach das gleichwohl nicht. Statt in der kraftvollen Leitung der Kriegführung suchte der Ministerpräsident die Wege aus dem Debakel immer wieder im politisch-diplomatischen Bereich – und dies so ausdauernd, daß Senatspräsident Jeanneney ihn schließlich ermahnen mußte, als Kriegsminister den militärischen Aspekt der Situation nicht aus den Augen zu verlieren.²⁸¹ Selbst den möglichen letzten und konsequentesten Akt nationalen Widerstands – den Transfer der Regierung nach Nordafrika – behandelte Reynaud bis zuletzt als eine in erster Linie allgemein politische Option. Er hat sie zweifellos seit dem deutschen Durchbruch bei Sedan am 16. Mai als Alternative ins Auge gefaßt und kontinuierlich bis zu seinem Rücktritt gegenüber allen Widersachern verteidigt. Sie blieb jedoch unter seiner Ägide vor allem Gegenstand theoretischer kabinettinterner Erörterungen und interalliiierter Verhandlungen: Erst am 5. Juni hat er seinen Unterstaatssekretär de Gaulle damit beauftragt, entsprechende Truppentransporte logistisch vorzubereiten. Zu keinem Zeitpunkt aber befaßte er sein Kabinett mit konkreten Planungen oder energischen Bestandsaufnahmen im Hinblick auf die Fortsetzung des Krieges von Frankreichs kolonialen Besitzungen aus.²⁸²

Reynaud handelte auch unter den Bedingungen des Krieges in mehrfacher Hinsicht als *Politiker* – und als *Zivilist*: Im Sinne einer professionellen Prägung zu-

²⁷⁸ Vgl. seine Äußerung gegenüber dem Abgesandten Roosevelts, Sumner Welles, im Frühjahr 1940: „[...] He [d.h. Reynaud, A.d.V.] said that if a practical scheme could be devised, upon the basis of an international air force as a police power, and the abolition of all categories of offensive armament, he would support such a negotiation, believing it to be infinitely more in the interests of the French people than the continuation of the present war, with the probable economic and social havoc and ruin which would result, quite apart from the inevitable losses in life and property. [...]“ (Sumner Welles an Roosevelt, 9. 3. 1940; FRUS 1940, Band I, S. 71). Siehe hierzu auch Kapitel X.2.b) dieser Arbeit.

²⁷⁹ Vgl. diesen letzten Gedanken auch bei Berl, *Fin de la III^e République*, S. 68.

²⁸⁰ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 818.

²⁸¹ Jeanneney, *Journal politique*, S. 59 (30. 5. 1940).

²⁸² Schunck, Charles de Gaulle, S. 142f., 150; Gates, *End of the affair*, S. 130, 165, 184, 212, 237, 303–306.

nächst, die ihm bei allem kämpferisch-entschlossenen Auftreten das Streben nach Kompromissen, das Austarieren politischer Gewichte und die Sorge um den schnellen, sichtbaren Erfolg zur zweiten Natur hatte werden lassen. Dem nüchternen Dialektiker, der er war, fehlte darüber hinaus in der entscheidenden Periode seines politischen Lebens nicht die Kraft zur Einsamkeit, wohl aber die Fähigkeit, sich über unmittelbare Widerstände mit Blick auf eine notwendigerweise einseitige „Rettervision“ hinwegzusetzen. Sein Mitarbeiter de Gaulle spürte das und reagierte auf die Haltung des Ministerpräsidenten am Abend des 13. Juni mit einem Rücktrittsgesuch, das er erst auf Intervention Mandels zurückzog.²⁸³ Zweifellos wäre Reynaud gerne eine politisch-militärische Führerfigur vom Range Clemenceaus geworden: Daß er Georges Mandel, ehemals Mitarbeiter des „Tigers“, zum Innenminister berief und Pétain am 18. Mai öffentlich als den „Sieger von Verdun“ an seine Seite holte, hatte symbolischen Wert.²⁸⁴ Anders aber als seinem Staatssekretär de Gaulle war Reynaud ein bis ins Mythische verklärter, außerhalb politischer Kategorien angesiedelter Nationsbegriff als tragende Grundlage seines Handelns fremd. Reynauds Patriotismus blieb rational eingehegt und definierte sich in hohem Maße aus der Rückbindung an die bestehende republikanische Ordnung. Wie de Gaulle schöpfte er seine zumindest anfängliche Handlungszuversicht aus dem Vertrauen in die so oft bestätigte eigene Analyse- und Durchsetzungsfähigkeit. Mehr als de Gaulle glaubte Reynaud hingegen an die Kraft des etablierten politischen Diskurses, widerstreitende Interessen zusammenzubinden, wenn die Verantwortlichen nur klug genug agierten. Bis in die letzten Stunden seiner Amtszeit bewegte sich Reynaud deshalb auf der Suche nach einem tragbaren Konsens in den Grenzen republikanischer Legitimität und kabinettspolitischer Usancen. Die Usurpation der Macht oder auch nur die Aufkündigung der Loyalitäten, über die er sich an die Exponenten des demokratisch legitimierte Staates gebunden glaubte, lag für ihn außerhalb des Denkbaren.

Ein im Desaster politisch Handelnder aus Prägung und aus republikanischer Überzeugung einerseits, war Reynaud doch drittens auch ein Getriebener, der sich im Verlauf des Debakels unfreiwillig in zunehmendem Maße aus der Gesamtleitung der Kriegführung in die Sphäre des Politischen abgedrängt sah. Spätestens seit der grundlegenden operativen Entscheidung Weygands vom 25. Mai, eine letzte Verteidigungsposition an der Linie Somme-Aisne-Montmédy zu errichten, ohne gleichzeitig eine Rückfallposition in Nordafrika vorzubereiten, waren entscheidende Weichen gestellt; danach verringerte sich der Spielraum des Ministerpräsidenten kontinuierlich. Die Obstruktions- und Insubordinationshaltung Weygands rückte eine eventuelle Evakuierung aus dem Bereich des Möglichen, und dies deutlich bevor sich der Oberbefehlshaber am 15. Juni weigerte, über eine

²⁸³ Lacouture, Charles de Gaulle I, S. 337f.; Schunck, Charles de Gaulle, S. 149f.; zum Text des Gesuchs: de Gaulle, Lettres, notes et carnets, juin 1940 – juillet 1941, S. 477 f.

²⁸⁴ Vgl. auch den Eindruck des Diplomaten Jean Chauvel: Ders., Commentaires. Band I: De Vienne à Alger (1938–1944), Paris 1971, S. 82. Allgemeiner zur Vorbildwirkung der politisch-militärischen Führung des Ersten Weltkriegs im Jahr 1940: Duroselle, L'abîme, S. 52f.; Pierre Servent, Le mythe Pétain. Verdun ou les tranchées de la mémoire, Paris 1992, S. 236 f.

militärische Kapitulation nach holländischem Vorbild den nötigen zeitlichen Aufschub für die Aktion zu beschaffen.²⁸⁵

Paul Reynaud trat am 16. Juni 1940 zurück, weil seine seelische Widerstandskraft erschöpft war und weil die allzu subtile Taktik, die er gewählt hatte, keinen politischen Ausweg aus der sich abzeichnenden militärischen Katastrophe und den aufbrechenden Spannungen im Ministerrat hatte eröffnen können. Es fällt schwer, sich dem Eindruck zu entziehen, daß Reynaud im Juni 1940 ein bestimmtes, „ideales“ Ablaufszenario des zu erwartenden Desasters vor Augen hatte: die Vision nämlich, ein in patriotischer Anstrengung geeintes Frankreich werde unter der Führung eines überparteilich entschlossenen Kabinetts so lange wie möglich an der Seite Großbritanniens kämpfen, um dann in aussichtsloser Lage und nach „erfüllter Pflicht“ in ehrenvoller Weise aus dem Kampf ausscheiden zu können. Mitte Juni stand Reynaud vor den Trümmern dieser Wunschvorstellung, weil er allzu lange versucht hatte, Unvereinbares zusammenzubinden. So hatte er es letztlich weder fertiggebracht, seine Minister und Militärs auf die Fortsetzung des Kampfes einzuschwören, noch war es ihm alternativ dazu gelungen, mit den Briten im Hinblick auf eine eventuelle Kampfeinstellung Frankreichs ins reine zu kommen. Über seine ambivalent gehaltene Intervention zugunsten der „proposition Chautemps“ hat er ein letztes Mal versucht, die Interessen seines Kabinetts und der britischen Allianzpartner anzugleichen, ohne selbst offen Stellung zu beziehen. Die endgültige englische Reaktion, der Vorschlag einer Staatenunion, verschaffte ihm noch einmal für einen Moment die Chance, das Dilemma, das ihn umtrieb, auf erlösende Art aufgehoben statt entschieden zu sehen. Nach der empörten Ablehnung durch die Mehrheit seiner Minister am Nachmittag des 16. Juni stellte sich die Frage einer Demarche beim deutschen Gegner jedoch erneut und brachte ihn in eine unhaltbare Situation.

Als Resultat seiner Strategie, die eine klare Entscheidung scheute, war zuletzt das Gewicht der Tatsachen ausschlaggebend geworden: In diesem umfassenden Scheitern lag die eigentliche Ursache seines Rücktritts. Es ist deshalb wenig hilfreich, einmal mehr nur der Frage nachzugehen, ob er die Mehrheitsverhältnisse unter seinen Ministern für und gegen die Einstellung der Kampfhandlungen richtig kalkuliert oder etwa einen voreiligen Entschluß gefaßt hat. Auch scheint es erst in zweiter Linie von Bedeutung, ob er in den Gesprächen, die er in verfassungskonformer Weise kurz vor seinem Rücktritt mit Lebrun, Jeanneney und Herriot führte, größeren oder kleineren Entscheidungsspielraum hatte, um eventuell als Chef eines Kabinetts von Waffenstillstandsgegnern weiterzuarbeiten.²⁸⁶ Paul Rey-

²⁸⁵ So die These bei: Philip C.F. Bankwitz, Maxime Weygand and the Fall of France: A Study in Civil-Military Relations, in: *The Journal of Modern History* 31 (1959), S. 225–242, hier: S. 230–232.

Die Frage, ob eine Fortsetzung der Kämpfe von Nordafrika aus möglich und wünschenswert gewesen wäre, hat bis heute äußerst kontroverse Einschätzungen hervorgerufen. Ihre Erörterung übersteigt indes den Rahmen dieser Arbeit bei weitem. Vgl. dazu die Literaturangaben bei Bankwitz, *Fall of France*, S. 230; als Beispiele für die Argumentation von Befürwortern und Gegnern seien genannt: Truchet, *L'armistice de 1940 et l'Afrique du Nord*; Hervé Coutau-Bégarie/Claude Huan, Darlan, Paris 1989, S. 250–263.

²⁸⁶ Diese Fragen haben in Frankreich bis in die sechziger Jahre hinein hitzige Debatten über die Verantwortung des Kabinetts Reynaud für die Machtübernahme Pétains ausgelöst, die vor allem in den Erinnerungsschriften von Beteiligten und im Verlauf der ersten Nachkriegsprozesse ausgetragen wurden. Vgl. vor allem: Louis Marin, *Contribution à l'étude des prodromes de l'armistice*, in:

naud *wollte* zurücktreten, weil er es als „taktisch“ klug erachtete, die deutschen Waffenstillstandsbedingungen zu erkunden, dadurch einen belastenden politischen „Abszeß“ unschädlich zu machen, den Widerstandswillen der Nation zu stärken und eventuell auf den Wogen der Empörung an die Macht zurückzukehren.²⁸⁷ Da er die Ausführung der Anfrageaktion ablehnte, Lebrun jedoch in seiner Interpretation der Mehrheitsmeinung im Kabinett auf ihr beharrte, konnte nach Lage der Dinge nur Pétain als neuer Ministerpräsident in Frage kommen.

Wichtig für die Beurteilung der Politik Reynauds erscheint die Überlegung, ob seine Krisenbewältigungstaktik als *Ganze* und schon im Ansatz als verfehlt anzusehen war. Der historische Befund gebietet es, hierbei zwischen dem politischen Umgang mit der drohenden Niederlage und der Tatsache des nachfolgenden Regimewechsels deutlich zu trennen. In beiderlei Hinsicht wird der Befund zwiespältig ausfallen müssen.

Reynauds Spiel mit mehreren politischen Bällen, das er nach einer Phase kurzlebiger Erfolge im Mai 1940 aufnahm, verfügte aus einer Reihe von äußeren Gründen über geringen Entfaltungsraum. Die wichtigsten sind im Verlauf dieser Darstellung bereits angeführt worden: die Tatsache, daß die Kriegslage schnell aussichtslos wurde, an erster Stelle; der Umstand, daß Reynaud nicht über genügend Rückhalt in der politischen Landschaft Frankreichs verfügte, um die Kräfte hinter sich zu einen; schließlich das Aufflackern eines veritablen innenpolitischen Machtkampfes mit Maxime Weygand, dessen Schärfe sich nicht aus militärstrategischen Dissonanzen allein, sondern nur unter Berücksichtigung der jahrzehntealten Vorbehalte des Generals gegenüber republikanischen Institutionen und Politikern erklären läßt. Daneben aber hatte Reynaud selbst großen Anteil daran, daß er sich Mitte Juni in jener Sackgasse wiederfand, deren Konsequenz sein Rücktritt war: weil er den entscheidenden, wenn auch riskanten Befreiungsschlag – die Entlassung Weygands – nicht gewagt, die wachsende Eigendynamik seiner doppelbödigen Strategie unterschätzt und so letztlich seine politische wie moralische Autoritätsposition zerstört hatte. Das politische Spiel im richtigen Moment zu beenden und ohne Vorbehalte eine einzige Option zu ergreifen hat Paul Reynaud bis zum Schluß versäumt: Noch im Rücktritt, der eigentlich keiner sein wollte, manifestierte sich die gefährliche Ambivalenz seiner Politik.

Das Ende der Republik in Frankreich ergab sich nicht notwendigerweise aus der Niederlage und dem umstrittenen Abschluß des „armistice“, für den Reynauds Rücktritt den Weg bereitet hat. Beides trug dazu bei, das lange aufgestaute, verbreitete Ungenügen an der Funktion der republikanischen Institutionen zu ak-

Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale 1 (1951), S. 1–26; eine dichte Zusammenstellung der Zahlenexempel, die vor allem die beteiligten Minister in der Rückschau vorlegten, bietet einmal mehr Gates, *End of the Affair*, S. 424–427.

Zu den Entscheidungsspielräumen des Ministerpräsidenten in kontroverser Einschätzung: Bankwitz, *Fall of France*; dagegen: Chautemps, *Cahiers secrets*, S. 175 f.; Georges Bonnet, *Quai d'Orsay, Isle of Man 1965*, S. 290. Vgl. auch die abwägende Wertung von Jean-Noël Jeanneney in: Jeanneney, *Journal politique*, S. 414–417, Anm. 130; Gates, *End of the Affair*, S. 241–243, 520 f.

²⁸⁷ Vgl. seine bereits erwähnte Äußerung gegenüber Jeanneney und Herriot am 16. Juni 1940, gegen 21 Uhr (Jeanneney, *Journal politique*, S. 74). Kritiker wie Anhänger Reynauds gehen davon aus, daß er zumindest eine Zeitlang mit der erneuten Berufung rechnete: vgl. Charles Pomaret, *Le dernier témoin. Fin d'une guerre, fin d'une république. Juin et juillet 1940*, Paris 1968, S. 95; Leca, *Rupture de 1940*, S. 233 f.

tualisieren, die politischen „Verantwortlichen“ für das Desaster zu diskreditieren und das Verlangen nach überparteilicher Führung durch den Weltkriegsmarschall beim politischen Personal der Republik überstark werden zu lassen. Ausschlaggebend für die autoritär geprägte Verfassungsreform vom 10. Juli wurde aber daneben das entschlossene und geschickte Manövrieren einer Gruppe von republikfeindlichen Politikern um Laval und Alibert.²⁸⁸ Dennoch kann es nicht anders als eine traurige Ironie der Geschichte bezeichnet werden, daß ausgerechnet einer der entschiedensten republikanischen Reformer der Dritten Republik jener personellen Konstellation den Weg an die Macht freigab, die das ganze Gebäude zum Einsturz brachte.

*c) Vom Subjekt zum Objekt der Politik: Abschied von der Macht,
Inhaftierung und Deportation*

Nach der Rücktrittsentscheidung, die Reynaud ohne Beratung mit seinem Kabinett am Abend des 16. Juni fällte, hat er offenkundig versucht, auf der politischen Bühne präsent zu bleiben. Er hielt sich zwar diskret den Abgeordnetenzirkeln um Herriot und Jeanneney fern, die er zuvor regelmäßig frequentiert hatte, verließ aber Bordeaux zunächst nicht. Jene, die ihn in diesen Tagen bis zu seiner Abreise am 26. Juni 1940 aus nächster Nähe erlebten, registrierten in seinem Verhalten Niedergeschlagenheit und Melancholie, gemischt mit einem Gefühl der Erleichterung über die abgeworfene Last. Selbst gegenüber engen Mitarbeitern schwieg er sich aber aus über seine nächsten Absichten, wartete ab, wie sein Nachfolger vorgehen würde. Spears und Botschafter Campbell, die ihn am Abend des 16. Juni zu einem Gespräch aufsuchten, gewannen den Eindruck eines Mannes, der bestrebt war, gegenüber den Alliierten weiter Haltung zu bewahren, und der davon ausging, schon bald ins Amt zurückzukehren. Reynaud schien davon so überzeugt, daß er Spears noch am 16. Juni um die Bestätigung eines Treffens mit Churchill am nächsten Tag in Concarneau bat. In der Wahrnehmung der Briten entsprangen die Einlassungen ihres Gesprächspartners allerdings eher einem Prozeß erfolgreicher Autosuggestion als realistischer Einschätzung der Gegebenheiten.²⁸⁹

Eine knappe Woche lang hat sich Paul Reynaud widerstreitenden Hoffnungen hingegeben, deren Gehalt allenfalls vermutet werden kann. Fest steht, daß er keineswegs den Bruch mit seinem Nachfolger suchte, dessen Haltung er in den letzten Wochen so vehement verurteilt hatte. Seit dem 18. Juni spielte er mit dem Gedanken, den Posten des Botschafters in den USA anzunehmen, da ihm Pétain ein entsprechendes Angebot gemacht hatte. Nach einigem Zögern sagte er am 21. Juni zu. Kurze Zeit später zerschlug sich das Projekt, ohne daß klar erkennbar wäre, von welcher Seite die Absage zuerst kam.²⁹⁰ Daneben hat Reynaud wohl ebenfalls

²⁸⁸ Mayeur, *Troisième République*, S. 393; Jean Sagnes, *Le refus républicain: Les quatre-vingts parlementaires qui dirent „non“ à Vichy le 10 juillet 1940*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 38 (1991), S. 555–589.

²⁸⁹ Jeanneney, *Journal politique*, S. 78 (19. 6. 1940); Spears, *Assignment to Catastrophe II*, S. 297f., 304–311; Reynaud, *La France II*, S. 366. Zu den Tagen nach Reynauds Rücktritt auch: Leca, *Rupture de 1940*, S. 234–260.

²⁹⁰ Unklar bleibt, ob Reynaud das Amt nach einiger Überlegung aus freien Stücken ablehnte, weil ihm, wie er behauptet, die Vertretung Pétains aus „moralischen Gründen“ nicht möglich war, oder

erst unmittelbar vor seiner Abreise aus Bordeaux den Gedanken aufgegeben, im Gefolge unannehmbarer deutscher Waffenstillstandsbedingungen wieder an die Macht zu kommen: zu einem Zeitpunkt also, da feststand, daß die deutsch-französischen Verhandlungen „erfolgreich“ verlaufen und die deutschen Konditionen „milde“ genug waren, um akzeptabel zu sein. Die Alternative eines Widerstandskabinetts zur Fortsetzung der Kämpfe war damit durch die Ereignisse überholt worden, der Wille zur Revision der nunmehr geschaffenen Tatsachen in der politischen Klasse angesichts der fast allgemeinen Erleichterung über das Ende der Kämpfe nicht mehr vorhanden. Bis dahin mochte es für ihn folglich Grund genug gegeben haben, Vorsicht walten zu lassen in der Bewertung des Nachfolgers: Sei es, daß er auf dessen Unterstützung rechnete für den Fall der Wiederberufung, die ihm Lebrun noch am 20. Juni in Aussicht stellte; sei es, daß er seine Chancen wahren wollte, in Washington auf den Kriegseintritt der USA hinzuwirken.²⁹¹ Auch im engsten Freundeskreis scheint er sich in den Tagen nach dem Rücktritt über Pétains Waffenstillstandspolitik nicht kritisch geäußert zu haben; den Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni hat er ebensowenig wie irgendein anderer französischer Politiker öffentlich verurteilt.

Die politische Offenheit jener wenigen Tage zwischen Krieg und Frieden ließ mancherlei Illusionen über Kontinuitäten in der französischen Innen- und Außenpolitik zu, die aus der Rückschau unverständlich oder naiv erscheinen mögen. Die Legitimität der neuen Regierung war jedoch unbezweifelbar, und gerade die Person des Marschalls an ihrer Spitze schien dafür zu bürgen, daß die Macht auch in Zukunft nach rechtsstaatlichen Kriterien ausgeübt werden würde. Paradoxerweise waren es gerade die Begleitumstände eines unheilschwangeren Vorgangs – der zeitweiligen Verhaftung Georges Mandels am 17. Juni –, die Reynaud beruhigten: Solange Pétain noch imstande war, Irrtümer einzusehen und in Form eines Entschuldigungsbriefes sein Bedauern auszusprechen, hielt sich offensichtlich der Einfluß radikaler Elemente in seinem Umkreis in Grenzen.²⁹²

Demonstratives und kaum mehr verständliches Vertrauen in die Kontinuität der Regierungspolitik bekundete Reynaud auch auf außenpolitischem Feld. Nachdem Churchill in einer Rundfunkansprache vom 22. Juni den Abschluß des Waffenstillstands harsch kritisiert hatte, übersandte ihm Reynaud zwei Tage später eine persönlich gehaltene Nachricht. Darin appellierte er an den Premierminister, sich auch vom geschlagenen Frankreich nicht abzuwenden, und versuchte, englische Befürchtungen in bezug auf die Auslieferung der französischen Flotte zu zerstreuen. Eine große Portion an politischem Wunschdenken scheint dabei mitgespielt zu haben, genährt auch durch das schlechte Gewissen des abgetrete-

ob Pétain von dem Angebot Abstand nahm, da er die deutsch-französischen Verhandlungen nicht belasten wollte. Vgl. die widersprüchliche Darstellung der Abläufe bei Reynaud, *La France II*, S. 390–396; ders., *Au coeur de la mêlée*, S. 883–885, 890 (Zitat); ders., *Mémoires II*, S. 450 bzw. Paul Baudouin, *Neuf mois*, S. 193–196.; Pomaret, *Dernier témoin*, S. 95 f. Die Aufzeichnungen Jeanneney widersprechen der Behauptung Reynauds, er hätte bis zum 23. Juni abgelehnt, Klarheit bringen aber auch sie nicht: Jeanneney, *Journal politique*, S. 84 (23. 6. 1940). Zur Bewertung im Überblick: Gates, *End of the Affair*, S. 430 f.

²⁹¹ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 884 f.; Leca, *Rupture de 1940*, S. 243 f.; 256 f.; Aussage Lebruns in: *Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Annexes (dépositions)*, Band IV, S. 1017 f.

²⁹² Vgl. Pomaret, *Dernier témoin*, S. 95; de Gaulle, *Mémoires de guerre I*, S. 73; Leca, *Rupture de 1940*, S. 244.

nen Regierungschefs gegenüber seinem Verhandlungspartner der vergangenen Wochen.²⁹³ Noch glaubte Reynaud offenbar an die Möglichkeit, Brücken zu schlagen über das Faktum des Waffenstillstands hinweg und auch über die Brüche, die sich ankündigten. De Gaulles Schritt in die Dissidenz hat er gefördert und mit einer Summe von 100 000 Francs aus einem Geheimfonds unterstützt; den Rundfunkappell des Generals vom 18. Juni, den er selbst nicht hörte, hielt er aber für verfrüht und ging dazu auf Distanz.²⁹⁴ Die Spaltung Frankreichs in zwei sich bekämpfende Bürgerkriegsparteien in seiner Person aufzuheben – das scheint für wenige Tage tatsächlich die Hoffnung Paul Reynauds gewesen zu sein.

Daß sie sich zerschlug, hat den abgetretenen Ministerpräsidenten gleichwohl nicht dazu bewegen können, wie de Gaulle den Weg ins Londoner Exil zu gehen. Nach der beschriebenen Phase des Abwartens war dafür zunächst der weitere, dramatische Verlauf der Ereignisse ausschlaggebend. Bei einem Autounfall, den Reynaud am Steuer seines Wagens nach der Abreise aus Bordeaux erlitt, kam am 28. Juni 1940 seine Begleiterin Hélène de Portes ums Leben. Paul Reynaud, der mit ihr zu Freunden nach Südfrankreich unterwegs gewesen war, wurde dabei selbst nur leicht verletzt, blieb aber einige Tage ans Bett gebunden.²⁹⁵ In dieser Zeit hatte er zur Kenntnis zu nehmen, daß zwei seiner Mitarbeiter, Dominique Leca und Gilbert Devaux, die in Vorwegnahme seiner Entscheidung für das Botschafteramt bereits abgereist waren, in Madrid verhaftet worden waren. In ihrem Gepäck hatte man Dokumente, Goldbarren, Schmuckstücke und Banknoten im Wert von mehreren Millionen Francs entdeckt. Gegen Reynaud und die beiden Verhafteten war daraufhin vor dem zuständigen Militärgericht von Clermont-Ferrand Anklage wegen „unerlaubten Kapitalexports“ erhoben worden; der Vorwurf der persönlichen Bereicherung stand im Raum. In einer Reihe von Briefen an Pétain setzte sich Reynaud daraufhin zur Wehr und kam gegen den Rat seiner Ärzte und gegen den Wunsch des Marschalls am 8. Juli nach Vichy, wohin die beiden Kammern des Parlaments mittlerweile umgezogen waren.²⁹⁶ Es scheint ihm in den wenigen Tagen, die er dort verbrachte, in erster Linie um die Verteidigung gegen die erhobenen Vorwürfe gegangen zu sein. An den Debatten um die Reform der Verfassungsgesetze von 1875 hat der erfahrene, in der Vergangenheit so kämpferische Parlamentsredner und engagierte Verteidiger der Republik sich nicht beteiligt. Zugestimmt hat er allerdings am 9. Juli der Einleitung des konstitutionell vorgeschriebenen Verfahrens zur Verfassungsrevision. Bei nur drei Gegenstim-

²⁹³ FRUS 1940/1, S. 266 f.; der französische Text findet sich abgedruckt in: Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 888; auf der Basis unveröffentlichter englischer Akten: Gates, *End of the Affair*, S. 298 f.

²⁹⁴ Zu den Umständen der Abreise: Lacouture, *Charles de Gaulle I*, S. 349–359. Zur Haltung Reynauds: Leca, *Rupture de 1940*, S. 242 f., 258; Baudouin, *Neuf mois*, S. 207; Pomaret, *Dernier témoin*, S. 97 f.; Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 888, Anm. 1.

²⁹⁵ Das Gendarmerieprotokoll über den Unfallhergang befindet sich im Nachlaß Reynauds (AN, 74 AP 24). Dazu auch: Joseph Laniel, *Jours de gloire et jours cruels 1908–1958*, Paris 1971, S. 117.

²⁹⁶ Briefe Reynauds an Pétain vom 11. 7., 9. 8. und 23. 8. 1940 (AN, 74 AP 24). Umfangreiches Material zur „Affaire Leca-Devaux“ findet sich daneben in den Prozeßakten von Riom: vgl. u. a. Reynaud an Baudouin, 26. 6. 1940; Eidesstattliche Aussage von Paul Baudouin, 12. 12. 1941, über die Vorgänge vom 17. 6. bis 3. 7. 1940; Aussagen Reynauds vor dem Militärtribunal am 19. und 20. 8. 1940 (AN, 2 W 72).

men aus Kammer und Senat wurde die Prozedur nahezu einhellig eröffnet.²⁹⁷ Am 10. Juli reiste Reynaud dann jedoch ab, ohne an den beiden Sitzungen der Nationalversammlung teilgenommen zu haben, in denen die Preisgabe der Dritten Republik durch ihre Volksvertreter fast widerstandslos besiegelt wurde. Im Vorfeld der entscheidenden Abstimmung, die die Aufhebung der parlamentarischen Republik mit großer Mehrheit sanktionierte, soll er seinen ehemaligen Ministern davon abgeraten haben, mit „Ja“ zu stimmen; zur Empfehlung, gegen eine Verfassungsreform zu votieren, konnte er sich aber offensichtlich nicht durchringen. Die eigenen Stimmzettel übergab er an seinen Abgeordnetenkollegen Joseph Laniel mit der Maßgabe, er sei „im Prinzip“ gegen die Verabschiedung des Regierungsantrags. In der offiziellen Auswertung des Abstimmungsergebnisses vom 10. Juli taucht Reynaud hingegen als „entschuldigt“ in der Rubrik jener Abgeordneter auf, die „nicht am Votum teilnahmen“.²⁹⁸

So vielschichtig Reynauds Amtsführung als Ministerpräsident angelegt gewesen war, so mehrdeutig er seinen Rücktritt konzipiert hatte, so ambivalent gestaltete sich noch sein letzter politischer Akt in der Dritten Republik. Verständlich wird seine Passivität sicherlich zunächst nur vor dem Hintergrund der aufgewühlten Atmosphäre in einer von den psychischen Folgen des Desasters gezeichneten parlamentarischen Versammlung, die er in Vichy vorfand. Eine ganze Reihe von Faktoren trug dazu bei, daß sich am 10. Juli 1940 nur 80 von 649 Parlamentariern dem Appell an die „überparteiliche“ Rettergestalt Pétains entziehen mochten: die grassierende Furcht vor einem Staatsstreich Weygands und vor den näherrückenden Deutschen; die vermeintliche Plausibilität parlamentarismus-, parteien- und republikkritischer Invektiven seitens rechter Abgeordneter, die ihre Wirkung auf die Masse der Deputierten nicht verfehlten; schließlich die perfide Taktik Lavals und seiner Anhänger, die darauf abzielte, die Übertragung umfassender Vollmachten an den Marschall als akzeptable Option zu präsentieren.²⁹⁹ Fassungslos, stumm und wie gelähmt in dem allgemeinen Klima der Auflösung zeigten sich auch andere Politiker von zweifelsfrei demokratischer Gesinnung, so etwa Léon Blum.³⁰⁰ Reynauds Schweigen kontrastiert aber in so frapierender Weise mit der angespannten Aktivität und der Widerstandskraft, die er noch wenige Wochen zuvor an den Tag gelegt hatte, daß es schwerfällt, sein Verhalten nicht vor allem aus den Ereignissen der Zwischenzeit zu erklären. Die Erfahrung der endgültigen Niederlage und seines persönlichen Anteils daran; das verfehlte Kalkül auf eine irgendwie geartete Chance zur „Wiedergutmachung“ in verantwortlicher Rolle; die offenkundige Desavouierung seiner Politik der britisch-französischen Zusam-

²⁹⁷ Zur Atmosphäre in Vichy: Shirer, Zusammenbruch Frankreichs, S. 985 ff. Zum Abstimmungsergebnis: JO, Chambre des Députés, Séance du 9 juillet 1940, S. 818 f.

²⁹⁸ JO, Assemblée Nationale, Séance du 10 juillet 1940, S. 8; zur Haltung Reynauds: Pierre Miquel, Les quatre-vingts. Ils ont dit NON à Pétain le 10 juillet 1940, Paris 1995, S. 193 f.; Laniel, Jours de gloire et jours cruels, S. 117.

²⁹⁹ Vgl. hierzu allgemein: Sagnes, Le refus républicain; Roman Schnur, Das Ende einer Republik. 10. Juli 1940 in Vichy, in: Friedrich J. Kroneck/Thomas Oppermann (Hg.), Im Dienste Deutschlands und des Rechtes. FS für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981, Baden-Baden 1981, S. 337–364; René Rémond, La fin de la III^e République, in: Paul Isoart/Christian Bidegaray (Hg.), Des Républiques françaises, Paris 1988, S. 602–609; Berl, La fin de la III^e République.

³⁰⁰ Vgl. dazu Blums eigenen Bericht in: Blum, Mémoires, S. 68 ff.

menarbeit nach der verlustreichen Versenkung französischer Flotteneinheiten durch die Briten in Mers-el-Kébir am 3. Juli – das hätte alleine wohl schon genügt, um auch eine weniger widerstandsfähige Natur in ihrem Selbstbewußtsein zu beeinträchtigen. Dazu kamen der herbe persönliche Verlust, den er erlitten hatte, die unbegründete Anklage³⁰¹, schließlich die Erfahrung erster aggressiver Unmutsbekundungen in der Abgeordnetenkommission gegen ihn als einen der „Verantwortlichen für das Desaster“³⁰²: Diese Schläge reichten offensichtlich hin, um ihn ohne wirklichen Widerstand aufgeben zu lassen.

Sie liefern auch weitere Anhaltspunkte dafür, weshalb er Frankreich nicht verlassen hat: Das schwebende Verfahren und die Anwürfe seiner Gegner hätten eine Abreise zwangsläufig als Akt der Flucht und als indirektes politisches oder juristisches Schuldeingeständnis erscheinen lassen. Sein Legitimitätsdenken hinderte ihn daran, die Bereinigung seiner Situation außerhalb des existierenden staatlichen Rahmens zu suchen. Nicht daß Reynaud sich ohne Mitverantwortung für das Desaster gefühlt hat. In den Wochen und Monaten nach seinem Rücktritt teilte er auf ganz persönliche Weise das Gefühl der Demütigung und der Schuld, das in der öffentlichen Meinung Frankreichs im Sommer 1940 stärker noch als nach der Niederlage von 1870 vorherrschte. Er, der sein Innerstes kaum je preisgab, hat im Moment äußerster Erschütterung, wenige Minuten nach seinem Autounfall vom 28. Juni, seinen Versagensgefühlen unter Tränen Luft gemacht: „Pauvre France, j'ai fait tout mon possible pour la sauver, mais je n'ai pas réussi“.³⁰³ Dieses Bewußtsein der Mitverantwortung hinderte ihn aber offensichtlich nicht, davon auszugehen, daß die neuen Machthaber weiterhin klar zwischen juristischer Schuld und politischem Fehlverhalten differenzieren würden. Eben dies erwies sich als eine gravierende Fehleinschätzung.

Der Schritt aus der fortexistierenden staatlichen Legitimität hinaus hätte für ihn überdies mit Sicherheit bedeutet, sich dem Vorwurf auszusetzen, ein „Deserteur“ zu sein, der das Land in größter Not im Stich lasse. Die innere Unabhängigkeit dazu hat Reynaud offensichtlich gefehlt. Das Verdikt der öffentlichen Meinung und den Bruch mit den durch sie akkreditierten Autoritäten Weygand und Pétain scheute er auch noch nach seinem Rücktritt. An eher versteckter Stelle seiner Memoiren hat Reynaud eine ungewöhnlich nachsichtige Verteidigung jener Politiker entwickelt, die Frankreich im Sommer 1940 nicht den Rücken kehren wollten; nicht zufällig liest sich die Passage wie ein Plädoyer in eigener Sache: „Prendre une décision aussi grave que celle de quitter la France pour poursuivre la guerre, non seulement sans la caution, aux yeux de l'opinion, de ces deux noms illustres: Pétain

³⁰¹ Der Vorwurf der persönlichen Bereicherung gegen Reynaud wurde zwei Jahre später durch das Gutachten eines Sachverständigen widerlegt. Demnach ergab eine Überprüfung seiner Vermögensverhältnisse zwischen dem 2. 11. 1938 und dem 16. 6. 1940 keine Hinweise auf irgendwelche Unregelmäßigkeiten (Carlos Mulquin, Expert près la Cour d'Appel de Paris. Rapport, 27. 3. 1942; AN, 2 W 72).

³⁰² Vgl. die Intervention des rechten Abgeordneten Tixier-Vignancour, der in Gegenwart Reynauds und unter Verweis auf ihn die „Bestrafung der Verantwortlichen“ forderte (JO, Chambre des Députés, Séance du 9 juillet 1940, S. 815).

³⁰³ Zitat: Gendarmerieprotokoll, 28. 6. 1940 (AN, 74 AP 24). Allgemein zu Schuldkomplex und „Selbstgeißelung“ im Gefolge der Niederlage: Berl, *La fin de la III^e République*, S. 128 ff.; Crémieux-Brilhac, *Les Français de l'an 40*, Band I, S. 602–605; Robert O. Paxton, *La France de Vichy 1940–1944*, Paris ²1997, S. 61 ff.

et Weygand, mais au contraire, avec leur désaveu, que, dès le lendemain, l'ennemi se serait empressé de clamer à tous les échos, ce n'était, certes, pas un facteur négligeable pour des hommes qui étaient, du fait de leur vie politique, très sensibles à l'opinion publique. D'autant plus que la situation morale de ces deux grands chefs n'était, alors, atteinte dans aucun secteur de l'opinion. Passer outre à leur opposition, briser avec eux, accepter le risque de se faire traiter par eux, avec qui se solidarisaient les chefs de l'armée, de déserteurs, ayant livré la France à l'ennemi au risque de tuer l'âme de la France, le tout, en vue de se dérober à la souffrance qui sera imposée à la patrie et à ses fils, pour parler le langage de Pétain, c'était le devoir du gouvernement, mais cela dépassa la fermeté d'âme de beaucoup.³⁰⁴

Zweifelloos wäre Reynaud in London mit offenen Armen aufgenommen worden, wenn er sich entschlossen hätte, dort die Führung einer Exilregierung zu übernehmen. Reynaud hat es aus einer Kombination von äußeren Zwängen, politischer Fehleinschätzung und mangelnder Entschlußkraft nicht versucht und damit wohl den gravierendsten Fehler seiner politischen Laufbahn begangen. Die Tatsache an sich und der Umstand, daß der weitere Verlauf der Geschichte de Gaulles Akt der Insubordination mit nachträglicher und umso nachhaltigerer Legitimität versehen hat, schadete Reynauds Bild in der kollektiven Wahrnehmung Frankreichs mindestens ebenso sehr wie sein unglückliches Agieren als Regierungschef im Mai/Juni 1940.

Am 6. September 1940 wurde Paul Reynaud in seinem Heimatort Barcelonnette verhaftet. Fast fünf Jahre verbrachte er danach in französischem und deutschem Gewahrsam, darunter ein Jahr im Pyrenäenfort Portalet, später in den Konzentrationslagern Oranienburg, Sachsenhausen und Buchenwald, schließlich auf Schloß Itter in Tirol. Nur Schritt für Schritt hat er sich während dieser Zeit aus der Loyalitätsbindung gelöst, die er anfangs gegenüber Pétain noch empfunden hat. Es entsprach nicht nur einer bloßen Höflichkeitsformel, wenn er dem Marschall am Tag seiner Verhaftung in einem Brief versicherte: „[...] je garde pour le vainqueur de Verdun les sentiments d'admiration et de reconnaissance que lui doivent tous les Français“. Erst die immer deutlichere außenpolitische Orientierung Vichys zugunsten der Kollaboration mit Deutschland, der Mord an dem sozialistischen Politiker Marx Dormoy am 26. 7. 1941 und die eigene Auslieferung an Deutschland am 20. November 1942 haben ihn endgültig umdenken lassen.³⁰⁵ Bis dahin hatte er sich auch eine unabhängige Bewertung des Desasters und der Situation Frankreichs zurechtgelegt: Nicht die demokratische Republik als solche trage die Schuld an der Niederlage, wie eine entfesselte Propaganda behauptete, sondern die bewiesene Unfähigkeit ihrer militärischen Führer. Der größte Fehler der gegenwärtigen Politik Pétains aber liege darin, die nötige Erneuerung Frankreichs in der Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu suchen. Statt im Lager der Westmächte zu bleiben, diene man sich in unehrenhafter Weise einem Besatzer an, dessen Forderungen prinzipiell unbegrenzt seien: „Quoi qu'il

³⁰⁴ Reynaud, *Au coeur de la mêlée*, S. 853.

³⁰⁵ „Département des Basses-Alpes. Extrait du Registre des Arrêtés de la Préfecture des Basses-Alpes“, 6. 9. 1940; zwei Briefe Reynauds an Pétain, 6. 9. 1940 (Zitat) (Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine (BDIC), Z 11a, „Dossier provisoire concernant P. Reynaud 1940–1941“). Reynaud an Pétain, 5. 4. 1941 und 18. 5. 1941 (Reynaud, *La France II*, S. 564–571).

en soit de cette politique équivoque, de ce manque de dignité dans le malheur, cette trahison larvé ne suffit pas aux allemands qui se fâchent“. In der Folge werde Frankreich unausweichlich auf den Status einer Provinz im nationalsozialistischen Europa herabsinken. Einziger Ausweg: die Rückkehr in den Kampf an der Seite der Alliierten und im Bund auch mit der Sowjetunion.³⁰⁶

Die Zeit der Gefangenschaft kam für Reynaud besonders nach der Auslieferung einer Ehrenhaft gleich, die ihm trotz aller materiellen Beschränkungen und den psychischen Belastungen einer ungewissen Zukunft hinreichend Gelegenheit zur Lektüre, zur Reflexion und zum Schreiben bot. Seine Aufzeichnungen bieten deshalb das Bild eines Mannes, der nicht aufhörte, geistig zu arbeiten und politisch zu denken, und der eben daraus auch in der drohenden Depression innere Stabilität zurückgewann. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und besonders mit den Ereignissen des Juni 1940 ließ ihn die Abfassung seiner Memoiren in Angriff nehmen. Aus der Beobachtung der Kriegseignisse über Presse und Radio, aus dem Eindruck der wachsenden materiellen Überlegenheit der Alliierten leitete er im Dezember 1942 ein Kriegsende in zwei bis drei Jahren ab – nicht ohne allerdings angesichts alliierter Rückschläge immer wieder auch in Zweifel über die Dauer seiner Haft zu verfallen. Zweifel an der Niederlage der Achsenmächte finden sich in seinen Aufzeichnungen jedoch nicht.³⁰⁷ Ein ganz unvermittelt im Tagebuch aufscheinender Satz läßt dagegen ahnen, daß er bereits weiterdachte: „Après la guerre, on pourra collaborer avec l'Allemagne, et ce sera dans l'honneur“.³⁰⁸

Vorerst allerdings war Paul Reynaud noch Opfer und Objekt einer deutsch-französischen Kollaborationspolitik unter ganz anderen Vorzeichen. Dabei war die Initiative zur Abrechnung mit dem politischen Führungspersonal der Dritten Republik, der er seine Inhaftierung zu verdanken hatte, keineswegs von der deutschen Führung ausgegangen. Am 30. Juli 1940 bereits hatte Pétain per „acte constitutionnel no. 5“ eine „Cour suprême de justice“ ins Leben gerufen, deren vage formulierte Aufgabe es sein sollte, „Verbrechen und Delikte“ von „ehemaligen Ministern und ihren unmittelbaren Untergebenen“ zu verfolgen. Das Ziel Pétains und seiner Umgebung, jene zur Rechenschaft zu ziehen, die man für die Niederlage verantwortlich machte, konnte auf breite Zustimmung in der Bevölkerung rechnen. Die vergangene Republik schien die Schuldige am Debakel zu sein, und man mußte keineswegs mit der extremen Rechten sympathisieren, um vermeintliche Indizien für diese Annahme zu finden: die Schwächen des parlamentarischen Systems, die zahlreichen Skandale, die Politik der Volksfront, die „Dekadenz“ der Sitten und des politischen Personals. So begann der Prozeß gegen die Dritte Republik am 8. August 1940 in Riom, ohne daß in der öffentlichen Meinung ernsthafter Widerspruch laut geworden wäre. Angeklagt wurden Léon Blum, Edouard Daladier, General Gamelin und der ehemalige Luftfahrtminister Pierre Cot wegen Versäumnissen in der Kriegsvorbereitung; gegen Paul Reynaud und Georges

³⁰⁶ „Je m'accuse. Mémoire pour le bâtonnier. Ecrit au Fort de Portalet“, 1. 10. 1942, S. 4–25, Zitat: S. 17 (BDIC, Q pièce 302 Res.).

³⁰⁷ Vgl. Reynaud, *Carnets de captivité*, S. 228–238 (14. 12. 1942); 216 (5. 12. 1942); 239 (18. 12. 1942); 261 (12. 3. 1943).

³⁰⁸ Ebenda, S. 238 (14. 12. 1942).

Mandel waren Ermittlungsverfahren wegen „Kriegshetzei“ bzw. „Beeinträchtigung der äußeren Sicherheit des Staates“ eröffnet worden, hatten aber nicht genügend Anhaltspunkte für eine Anklageerhebung erbracht.³⁰⁹

Stattdessen war es die deutsche Seite, die sich nun besonders für die beiden Politiker interessierte. Der deutsche Vertreter in Paris, Otto Abetz, sah im Frühjahr 1941 die Gelegenheit, über eine „vergangenheitspolitisch“ orientierte Kollaborationsoffensive die Zusammenarbeit mit Frankreich aus jener Krise zu bewegen, in die sie seit der Entlassung Laval's im Dezember 1940 versunken war: Schien sich doch die Chance zu bieten, in gemeinsamer Siegerjustiz die interne Abrechnung in Frankreich mit dem Nachweis der deutschen Propagandathese von der Schuld der französischen Politik am deutsch-französischen Waffengang zu verbinden. Ein zynischer Tauschhandel zum „Nutzen“ beider Seiten bildete den Auftakt. Nach Unterredungen Abetz' mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Darlan erklärte sich die französische Seite bereit, Reynaud und Mandel in die Reihe der Beschuldigten von Riom aufzunehmen und zu verurteilen. Als Gegenleistung sagte Außenminister Ribbentrop die Begnadigung französischer ziviler Hilfseinheiten, sogenannter „Gardes territoriaux“, zu, die sich im Mai/Juni 1940 einiger Übergriffe gegen deutsche Flieger schuldig gemacht hatten. Zuvor hatte Abetz seinem Minister vergeblich vorgeschlagen, Reynaud und Mandel nach Deutschland bringen zu lassen, um sie dort „statt der von ihnen Verführten zu erschießen“.³¹⁰ In einem Akt der Willkür und in Vorwegnahme eines Urteils in Riom verurteilte Pétain die Politiker schließlich ebenso wie Edouard Daladier, Léon Blum und Georges Gamelin am 16. Oktober 1941 zu zeitlich unbegrenzter Festungshaft. Die ergebnislose Suspendierung des Prozesses, in dessen Verlauf Reynaud und Mandel nie offiziell Gelegenheit zur Verteidigung hatten, änderte nichts an dem einmal dekretierten Beschluß. Bis zum 20. November 1941 blieben Mandel und Reynaud im Pyrenäenfort Portalet inhaftiert, von wo aus sie nach der Besetzung der ehemals freien Zone auf deutschen Druck hin ausgeliefert wurden. Für Reynaud schloß sich zunächst eine knapp fünfmonatige politische Haft im Konzentrationslager Oranienburg an, bevor er am 16. April 1943 über Zwischenstationen in Sachsenhausen und Buchenwald nach Tirol verlegt wurde. Georges Mandel wurde am 4. Juli 1944 nach Frankreich zurückgebracht und dort wenig später von der französischen Miliz ermordet; Paul Reynaud erlebte am 5. Mai 1945 zusammen unter anderem mit Edouard Daladier und Maurice Gamelin seine Befreiung durch amerikanische Truppen.³¹¹

³⁰⁹ Vgl. zum folgenden: Henri Michel, *Le procès de Riom*, Paris 1979, S. 20–63, 385–388. Zum Themenkomplex auch ausführlich: Stefan Grüner, *Vom Umgang mit der demokratischen Vergangenheit. Das Deutsche Reich, Vichy und das politische Führungspersonal der Dritten Französischen Republik 1940–1945*, in: Stefan Martens/Maurice Vaisse (Hg.), *Frankreich und Deutschland im Krieg* (November 1942–Herbst 1944). *Okkupation, Kollaboration, Résistance*, Bonn 2000, S. 73–98.

³¹⁰ ADAP, D, Band XII/1, Dok. 135, S. 201. Zur Wiederaufnahme des Vorschlags: Aufzeichnung des Botschaftsrats Hilger (z.Z. Fuschl), 15. 5. 1944 (ADAP, E, Band VIII, Dok. 28, S. 56–60. Allgemein zu den deutsch-französischen Beziehungen der Epoche: Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 14), Stuttgart 1966; Duroselle, *L'abîme*, S. 263 ff.

³¹¹ Reynaud, *La France II*, S. 547–590; Reynaud, *Carnets de captivité*; Sherwood, Mandel, S. 287–289.

XI. Epilog: Von einer Republik zur anderen. Paul Reynaud nach 1945

Am Abend des 8. Mai 1945 kehrte Paul Reynaud an Bord der Privatmaschine de Gaulles nach Frankreich zurück. Daß der seit September 1944 amtierende Chef der ersten provisorischen Nachkriegsregierung Frankreichs seine Heimholung selbst in die Hand genommen hatte, war eine persönliche Referenz gegenüber dem ehemaligen Förderer. Sie fand ihre Fortsetzung in einer Reihe weiterer Gesten. Zwar war de Gaulle nicht selbst am Flughafen Le Bourget erschienen; zwei Tage später jedoch lud er den in der Gefangenschaft sichtlich abgemagerten und ergrauten Politiker zum Empfang in seinen Amtssitz und demonstrierte damit Solidarität mit demjenigen, der ihm im Jahr 1940 „Vorgesetzter“ und „Freund“ gewesen war.¹ So war es auch kein Zufall, daß die neue dominierende, regierungsnahe Tageszeitung Frankreichs die Partei Reynauds ergriff, als dessen fünf Jahre zurückliegende Amtsführung in einer der ersten einschlägigen Nachkriegspublikationen harsch in Frage gestellt wurde: Noch im Juni 1945 veröffentlichte *Le Monde* Auszüge aus einem Brief des Generals, der die „respektvolle Hochachtung“ seines Verfassers vor dem Ministerpräsidenten des Jahres 1940 öffentlich bekräftigte.²

In den ersten Wochen nach der Rückkehr deutete sich somit bereits das Dilemma an, das Reynaud zu lösen hatte, wollte er tatsächlich wieder Fuß fassen im öffentlichen Leben seines Landes. Opfer willkürlicher Verfolgung und jahrelanger Haft auf der einen Seite, war er doch für viele Kritiker zugleich politisch verantwortlicher „Täter“ im Vorfeld der nationalen Katastrophe, in dessen Handeln entscheidende Strukturschwächen des parlamentarischen Systems der Dritten Republik sinnfälligen Ausdruck gefunden hatten. Reynaud gelang es dennoch, sich einen festen Platz in der Politik auch des neuen Staatswesens zu sichern, und es gelang ihm in überzeugenderer Manier als etwa Edouard Daladier.³ Die Gründe dafür lagen nicht nur in seiner ganz offensichtlich ungebrochenen Lust an der intellektuellen Offensive und der zähen Überzeugungsarbeit, die nun auch angewandt auf das eigene politische Überleben Wirkung zeigte. Sie lagen mehr noch in seiner Kraft zur politischen Innovation und in der Originalität seiner Entwürfe auf jenen

¹ L'Année politique 1944/45, Paris 1946, S. 210; „Avec Paul Reynaud enfin libre“, in: *Le Monde*, 10. 5. 1945. Die Charakterisierung Reynauds findet sich in einem Brief de Gaulles an André Labarthe, den Herausgeber der Zeitschrift *La France Libre*, vom 1. 2. 1941 (Charles de Gaulle, *Lettres, notes et carnets*. Juin 1940 – juillet 1941, Paris 1981, S. 243f., hier: S. 244).

² Es handelt sich um den obengenannten Brief de Gaulles an André Labarthe vom 1. 2. 1941; vgl. „Les derniers jours du cabinet Paul Reynaud en 1940“, in: *Le Monde*, 28. 6. 1945.

Die fragliche kritische Publikation: Jean Oberlé vous parle, Paris 1945; *France-Soir* hatte am 19. 6. 1945 Auszüge daraus veröffentlicht.

³ Zur Biographie Daladiers nach 1945: Du Réau, Daladier, S. 445–449.

Gebieten, auf denen sich die junge Vierte Republik schon bald vor drängende Probleme gestellt sah: etwa in der Frage des materiellen Wiederaufbaus und der sich damit verbindenden Orientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, des Deutschland- und Europaproblems oder auch der ungebrochen aktuellen Verfassungsproblematik. Nicht zufällig konkretisierten sich auf eben diesen Feldern wichtige Ansätze der politischen Klasse Frankreichs, Konsequenzen zu ziehen aus den Lehren der vorangegangenen Republik und ihres Scheiterns⁴ – Gelegenheit also, im folgenden dem Problemkreis von Kontinuität und Wandel im persönlichen politischen Profil Reynauds und der Behauptung seines Verständnisses von liberaler Politik im neuen Umfeld auf streng abgegrenztem Terrain noch einmal nachzugehen.

Die allgemeine Diskreditierung der französischen Rechten in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg traf Reynaud ebenso wie das Gros des rechtsliberalen Milieus der Dritten Republik. Anders als die Mehrzahl der nur in zweiter oder dritter Reihe Tätigen erhielt er jedoch sehr früh die Chance, seine Positionen des Jahres 1940 an herausgehobener Stelle vernehmbar zu verteidigen. Dieses Privileg erleichterte seinen politischen Neubeginn nicht unerheblich.

1. „Au lieu de rester dans l'ombre ...“ –

Die öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der politische Neuanfang

Der Meinungsstreit um die Vorgeschichte des Waffenstillstands von 1940 und damit auch um die Rolle des letzten demokratischen Ministerpräsidenten hatte schon im Herbst 1940 eingesetzt, freilich zunächst noch einseitig dominiert durch die Presse Vichys. Reynaud war neben Léon Blum, Edouard Daladier oder Georges Mandel eine der bevorzugten Zielscheiben im Rahmen der ideologisch geprägten Ursachensuche, die die neuen Machthaber in Sachen Kriegsniederlage in Gang setzten. Ohne eigentlich zwischen den Vorwürfen der mangelnden Kriegsvorbereitung und des Kriegseintritts zu differenzieren, nahm man bald nicht allein die Gegner der Volksfrontzeit, sondern mehr und mehr auch die Repräsentanten der demokratischen Republik schlechthin ins Visier.⁵

Der Schlüsselbegriff, mit dem Paul Reynaud durch das neue Regime belegt wurde, war der des „belliciste“, des „Kriegstreibers“. Bereits in den dreißiger Jahren habe der Politiker sich vorgenommen, die Welt in den Krieg zu stürzen, unterstützt von führenden englischen Politikern und finanziert durch eine Allianz aus sowjetischer Interessenpolitik und „Internationalem Judentum“. Im Verlauf der Krisen um Abessinien oder die Tschechoslowakei – so der diffamierende Grundton – sei dieses Bündnis manifest geworden und habe die Stimmen friedliebender Kräfte in den Hintergrund gedrängt. Belastet bereits durch die Verantwortung für das mißlungene Norwegenabenteuer vom März/April 1940, habe Regierungschef

⁴ Vgl. hierzu etwa die zusammenfassende Einschätzung bei: Stanley Hoffmann, *The Trauma of 1940. A Disaster and its Traces*, in: Blatt (Hg.), *French Defeat of 1940*, S. 354–370, hier: S. 365 ff.

⁵ Rémond, *Droites en France*, S. 234.

Reynaud im Mai trotz inständiger Bitten Weygands und Pétains den nötigen frühen Waffenstillstand mit Deutschland verweigert. Damit verlängerte er den Konflikt unnötigerweise und verwandelte die bloße „retraite“ in ein „débacle“, die „défaite“ in ein „désastre“. ⁶ Deutsche Publizisten sekundierten diesen Invektiven ⁷, während die früh erscheinenden Darstellungen beteiligter Politiker durchwegs der Selbstrechtfertigung dienten und mehr oder minder einseitigen Charakter trugen. ⁸

Daneben entstanden noch im Untergrund Gegendarstellungen, die sich um die unpolemische Rekonstruktion der Ereignisse bemühten. ⁹ Schon bald bildete sich aber auch im Kreis der republikanisch-demokratischen Opponenten des Vichy-regimes ein Kanon von Kritikpunkten heraus, der die öffentliche Perzeption des ehemaligen Ministerpräsidenten bis weit in die Nachkriegszeit hinein prägte. Die nachhaltigste Wirkung entfaltete dabei das Werk des konservativen Publizisten André Géraud, das der langjährige Chefredakteur des *Echo de Paris* zuerst im amerikanischen Exil unter seinem Pseudonym „Pertinax“ veröffentlichte. ¹⁰ Reynaud erscheint hier als brillanter Geist, der in der entscheidenden Phase seiner politischen Laufbahn ab April 1940 vom Weg des unabhängigen Neuerers abwich und unter Anpassung an das parlamentarische Intrigenspiel eine Reihe von politischen Fehlern beging. Die Kabinettsbildung vom März 1940 bereits – inhomogen und unter unzureichender Berücksichtigung der Rechten erfolgt – interpretiert der Journalist als Ausfluß mangelnder ruhiger Reflexion des Regierungschefs, der

⁶ So das Argumentationsmuster eines Artikels, der für zahllose diffamierende Publikationen der gleichen Machart stehen kann: „Pour qu'on ne les oublie pas. Un misérable: Paul Reynaud“, in: *Gringoire*, 9. 10. 1942. Daneben veröffentlichte das Blatt u. a. regelmäßig Karikaturen, die Reynaud in Gesellschaft von Daladier, Blum und Mandel hinter Gittern zeigten: vgl. *Gringoire* vom 3. 4. 1941, 12. 9. 1941, 7. 11. 1941 oder 15. 1. 1943.

⁷ Martin Ernst Pasemann, Männer des Monats. Paul Reynaud, in: Zeitschrift für Politik 4/5 (1940), S. 203–207. Pasemann gibt einen erstaunlich präzisen Überblick über Reynauds politische Laufbahn, spricht von einem „Mann rein kapitalistischer und chauvinistischer Herkunft“ mit einer „skrupellosen Persönlichkeit“ (S. 203 f.) und stellt die vermeintliche „Englandhörigkeit“ (S. 203) des Politikers heraus.

In der gleichen Zeitschrift kritisierte Heinz Ballensiefen Reynauds „jüdische Interessenpolitik im Namen der französischen Regierung“, die ihn als Vertreter jenes verderblichen, antideutschen Geists entlarvt habe, der Frankreich in einen sinnlosen Krieg trieb und dem Land eine schwere „historische Schuld“ auflud (Heinz Ballensiefen, Frankreichs Schuld. Die inneren Gründe für den Zusammenbruch des französischen Staates, in: Ebenda, 6/7 (1940), S. 261–282, Zitate: S. 281 f.).

⁸ Vgl. etwa die Artikel des Herausgebers von *Paris-Soir* und Informationsministers im Kabinett Reynaud, Jean Prouvost: „Comment fut décidé entre le 9 et le 24 juin l'Armistice“, in: *Sept-Jours*, 10. 11. und 17. 11. 1940; Anatole de Monzie, Ci-devant, Paris 1941.

⁹ Vermutlich aus dem Umkreis von ehemaligen Mitarbeitern Reynauds stammte die 48-seitige Broschüre „L'Armistice (12–16 juin 1940)“, die im März 1944 als Untergrundpublikation in den „Editions de Minuit“ erschien. Zugleich kursierte ab Juli 1944 eine Schrift, in der sich der Anwalt Reynauds, Jacques Charpentier, mit dem willkürlichen Vorgehen der Justiz gegen seinen Mandanten und mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen auseinandersetzte. Zusammen mit einigen Briefen, die der zu diesem Zeitpunkt noch in Portalet Inhaftierte an Pétain gesandt hatte, wurde der Text von Albert Kammerer ebenfalls im Untergrund publiziert: „Lettres de Paul Reynaud au Maréchal Pétain, Paris 1944“.

¹⁰ Pertinax [André Géraud], Les Fossoyeurs. La bataille de France, l'armistice, la contre-révolution. Band I: Les derniers chefs de la III^e République. Gamelin, Paul Reynaud, Daladier; Band II: Pétain, Paris 1946. Géraud veröffentlichte sein Werk erstmals im April 1943 in französischer Fassung im New Yorker Exil; im August 1944 erschien am gleichen Verlagsort die englische Übersetzung. Deren erweiterte zweite Auflage vom Juni 1945 wurde im April 1946 als französische Version zugänglich.

im Gegensatz zur Zeit seiner Meinungskampagnen der dreißiger Jahre allzu starke Abhängigkeit von fremdem Urteil zeigte. Mißgriffe bei der Wahl der Minister und Berater seien hinzugekommen und hätten dazu geführt, daß er nicht alle Chancen nutzte, um das Debakel – etwa durch die Fortsetzung des Kampfes von Nordafrika aus – zu vermeiden. So wandte sich Reynaud in der Deutung Gérauds nicht energisch genug gegen die früh erkennbaren defätistischen Ideen der beiden führenden Generäle, gab allzu schnell dem verhängnisvollen Kompromißvorschlag Chautemps' nach und wurde damit zum Verantwortlichen für die „capitulation“ Frankreichs in der letztlich festgeschriebenen Form.¹¹ Mitunter sehr stark akzentuiert, doch aufgrund der guten Beziehungen Gérauds zum Quai d'Orsay ungewein wohlinformiert, fand die Darstellung die grundsätzliche Zustimmung auch jenes Mannes, in dessen Hand die politische Zukunft Reynauds unmittelbar nach Kriegsende lag: Charles de Gaulle.

Die persönliche Loyalität des Generals gegenüber Reynaud, sein ostentativ bekundetes Verständnis für dessen Zwangslagen im Jahr 1940, auch sein noch zu Kriegszeiten gezeigtes diplomatisches Engagement zur Rettung des Politikers¹² dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier nur eine, die öffentliche Seite des komplexen Verhältnisses beider Männer zutage trat. In vertraulichen Äußerungen hatte de Gaulle just gegenüber André Géraud schon 1943 eine differenziertere Sicht formuliert. Im Vordergrund stand auch hier seine Überzeugung von der geistigen und charakterlichen Überlegenheit Reynauds über die „gesamte konkurrierende politische Schicht“, die Einschätzung als „homme de coeur et d'intelligence et un Français de grande classe“, der unter günstigeren Voraussetzungen Großes hätte bewirken können. Daneben allerdings mißbilligte de Gaulle unverhohlen die gravierenden politischen Fehler Reynauds und seine allzugroße Hörigkeit gegenüber den militärischen Autoritäten: „[...] étant bourgeois conformiste et traditionaliste (malgré certaines apparences), il se laissait impressionner par le commandement militaire. Quoi qu'il discernât le jeu de Pétain et de Weygand, il lui était presque physiquement impossible de brutaliser ces vieilles gloires, comme l'aurait fait tout de suite Clemenceau.“¹³

Also doch fehlende historische Größe und staatsmännische Unabhängigkeit, um an die kanonisierten Vorbilder der Vergangenheit heranzureichen? Alles in allem ließ de Gaulle wenig Zweifel daran, daß auch er auf politischem Terrain in Reynaud einen nicht nur an den *äußeren* Umständen tragisch Gescheiterten erblickte. Reynaud als persönlich geschätzter Repräsentant ungeliebter Traditionen bürgerlicher Politik – das ambivalente Verhältnis des Generals zur parlamentari-

¹¹ Pertinax, Fossoyeurs I, S. 179–325, bes. S. 182 f., 193, 240 f., 294 und 308 ff. Milder in der Gesamteinschätzung Reynauds, doch ebenso entschieden in der Kritik an der mangelnden Entschlossenheit gegenüber den Generalen, seiner Personalpolitik und dem vorschnellen Rücktritt: Albert Kammerer, *La vérité sur l'armistice. Ephéméride de ce qui s'est réellement passé au moment du désastre*, Paris 1944, hier: S. 145–160.

¹² De Gaulle hatte sich im März 1943 bei Eden für Maßnahmen zur Rettung Reynauds und Mandels eingesetzt (De Gaulle an Eden, 3. 3. 1943, in: Charles de Gaulle, *Lettres, notes et carnets*. Juillet 1941 – mai 1943, Paris 1982, S. 533).

¹³ De Gaulle an André Géraud, 17. 5. 1943, in: De Gaulle, *Lettres, notes et carnets*. Juillet 1941 – mai 1943, S. 594–596. Zur Kritik an der Entscheidung Reynauds vom 21. 5. 1940, den Generalsekretär des Quai d'Orsay, Alexis Léger, zu entlassen auch: De Gaulle an Adrien Tixier, 18. 5. 1942, in: ebenda, S. 273.

schen Republik und zu ihren Vertretern deutete sich in seinen Vorbehalten bereits in nuce an. Umgekehrt war aber auch die Mittlerstellung, die Reynaud nach 1945 zeitweise an der Schnittstelle zwischen „altem“ rechtsliberal-konservativem und „neuem“ gaullistischem Milieu einnahm, nie wirklich stabil. Es ist bezeichnend, daß er 1962 in dem historischen Moment mit de Gaulle brach, als dessen latente Parlamentarismusphobie feste politische Form annahm.¹⁴

Solch grundsätzliche Divergenzen spielten freilich im Frühsommer 1945 keine ausschlaggebende Rolle dafür, daß der Politiker in den Augen de Gaulles für ein neuerliches Ministeramt nicht in Frage kam. In der Tat richtete der General Angebote zum Kabinettsseintritt im Kreis der heimkehrenden politischen Veteranen zwar an Edouard Herriot und an Léon Blum, nicht jedoch an Paul Reynaud oder Edouard Daladier.¹⁵ Dahinter standen, wie die Wahl der Erstgenannten zeigt, nicht in erster Linie Antipathien gegen das politische Führungspersonal der Dritten Republik schlechthin. Viel mehr noch war es das Odium der Niederlage, das den Namen der beiden politisch Maßgeblichen in der letzten demokratischen Regierung Frankreichs vor 1944 anhing, welches sich schlecht vertrug mit den Ambitionen desjenigen, dem nun nach Kriegsende alles daran lag, Frankreich am „Tisch der Sieger“¹⁶ zu plazieren. Daß die Politiker der Dritten Republik im allgemeinen und die letztgenannten im besonderen kein sehr hohes politisches Ansehen mehr in der Bevölkerung genossen, mochte die Entscheidung de Gaulles erleichtert haben.¹⁷

Kränkend war dies für den verschmähten Kandidaten in jedem Fall, zumal er schon unmittelbar nach der Ankunft in Paris seine Absicht kundgetan hatte, nicht abseits zu stehen, wenn es um den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Frankreichs ging. Mit deutlichem Blick auf die eigene Person hatte er dem unbelasteten politischen Führungspersonal der Dritten Republik im neuen Staatswesen eine veränderte, doch auf andere Weise tragende Funktion zugewiesen: „Il me semble que ceux des anciens qui n'ont pas mérité doivent considérer comme un devoir et un honneur le rôle de *sages* dont l'expérience peut être consultée, dont les conseils peuvent aider, parfois, les *nouveaux*.“¹⁸ Diese erstrebte Rolle auszufüllen mußte ihm nach Lage der Dinge allerdings so lange verwehrt bleiben, als seine politische Reputation in der Öffentlichkeit ambivalent erschien. So entwickelte er rasch eine gewisse Routine darin, bei vielen sich bietenden Gelegenheiten den Verweis auf die eigene Leidenszeit geschickt mit der argumentativen Aufarbeitung

¹⁴ Zur Mittlerrolle Reynauds sehr knapp: Julian Jackson, Reynaud, Paul, in: David S. Bell/Douglas Johnson/Peter Morris (Hg.), *Biographical Dictionary of French Political Leaders since 1870*, New York u. a. 1990, S. 364–367, hier: S. 366.

¹⁵ Jean Lacouture, Charles de Gaulle. Band II: *Le politique, 1944–1959*, Paris 1985, S. 188; Greilsammer, Blum, S. 502. Eine Aufstellung der aus deutscher Deportation heimkehrenden Politiker, Generäle und hohen Staatsbeamten der Dritten Republik findet sich in: *L'Année Politique 1944/45*, S. 209f.

¹⁶ Zitat: Michel Debré im Gespräch mit Jean Lacouture, referiert bei Lacouture, *De Gaulle II*, S. 187.

¹⁷ Laut einer Umfrage des neugegründeten „Institut français d'opinion publique“ vom Juli 1945 waren nur 14% der Befragten für die Rückkehr Reynauds in politische Ämter, während sich 54% dagegen aussprachen; für Daladier stimmten sogar nur 10% der votierenden, 62% lehnten ihn als Politiker ab. Auf günstigere Werte kamen hingegen Léon Blum (32% vs. 44%) und Edouard Herriot (46% vs. 31%); vgl. Paul-Marie De la Gorce, *L'après-guerre 1944–1952. Naissance de la France moderne*, Paris 1978, S. 126f.

¹⁸ „Avec Paul Reynaud enfin libre“, in: *Le Monde*, 10. 5. 1945.

seiner jüngeren politischen Vergangenheit zu verknüpfen. Er tat dies mit ungebrochenem, gelegentlich überzogen anmutendem Selbstbewußtsein.¹⁹

Der Prozeß gegen Philippe Pétain vor der „Haute Cour de Justice“ bot ab Juli 1945 die erste öffentliche Gelegenheit zur Rechtfertigung und gleichzeitig zur Abrechnung mit dem Verantwortlichen für die über vierjährige Inhaftierung. Reynauds Aussage kam Gewicht zu in einem Prozeß, der unter irregulären Bedingungen und ohne wirkliche Aktenauswertung ablief.²⁰ Als erster und wichtigster Zeuge hatte er ausführliche Gelegenheit, Rechenschaft abzulegen über die Gründe für die Berufung Pétains in seine Regierung am 18. Mai 1940 und über die Vorgeschichte seines Rücktritts vom 16. Juni. Die Nuancierung der komplexen Entscheidungszusammenhänge, die Reynaud leistete, hätte allein schon genügt, um aus seiner Aussage ein effektives Plädoyer pro domo zu machen. Er ging jedoch weiter, schonte den Marschall nicht und reihte Belege über Belege für dessen militärisches Versagen. Ohne direkt Stellung zu beziehen, führte er eine Reihe von Indizien an, die als positive Antwort auf die Frage des Gerichtshofes nach einem landesverräterischen Komplott Pétains interpretiert werden konnten. Diese Prozeßstrategie und das Gewicht der Tatsachen führten zum Erfolg, gelang es doch den um Entlastung ihres Mandanten bemühten Anwälten Pétains im Gegenzug keineswegs, Reynaud gravierendes Fehlverhalten nachzuweisen. In der rückblickenden Betrachtung behalten seine Ausführungen allerdings dort einen schalen Beigeschmack, wo der Nachweis von vermeintlich lange erkennbaren charakterlichen Schwächen Pétains der eigenen Exkulpierung dienen sollte. Schlagend blieb zweifellos Reynauds Argument, wonach der unbeschädigte Ruf des Weltkriegsgenerals Pétain als Retter der Nation eine Zusammenarbeit mit ihm geradezu unausweichlich gemacht hatte; ob Reynaud indes je wirklich an die im Prozeß arg strapazierte These vom lange geplanten Komplott Pétains gegen die Republik geglaubt hat, muß offenbleiben.²¹

Eine wichtigere Etappe noch auf dem Weg zurück in die Politik markierte die Parlamentsdebatte vom 5. Juli 1946, in deren Verlauf sich Reynaud erfolgreich der Annullierung seines neuerworbenen Sitzes in der „Assemblée constituante“ widersetzte. Tatsächlich war es ihm gelungen, am 2. Juni 1946 in jene zweite Verfassungsgebende Versammlung gewählt zu werden, deren Entwurf am 13. Oktober 1946 per Referendum als neue Konstitution der Vierten Republik angenommen wurde. Dabei hatte der Wahlkampf in Reynauds neuem Wahlkreis „Nord“ bereits deutlich gemacht, daß die schärfste Opposition gegen seine Wiederwahl von sei-

¹⁹ So stilisierte er etwa das Produkt seiner persönlichen historiographischen Ursachenforschung in bezug auf die Niederlage von 1940 zu einer Bilanz der französischen Politik, wie sie selbst Ernest Renan nach 1871 nicht geleistet habe (vgl. Reynauds Interview mit *Le Monde*, 10. 5. 1945). Das Werk erschien 1947 in zwei Bänden unter dem Titel „La France a sauvé l'Europe“.

²⁰ Zur Entstehung der Haute Cour de Justice und zum Ablauf des Prozesses gegen Pétain: Robert Aron, *Histoire de l'Épuration*. Band II: Des prisons clandestines aux tribunaux d'exception, septembre 1944 – juin 1949, Paris 1969, S. 401–533. Eingehender zur ungenügenden Aktenbenutzung und zur Einstellung der Richter in der Schuldfrage: S. 416–428. Aron spricht für die Prozesse gegen Pétain und Laval von „circonstances anormales et scandaleuses“ (S. 415). Allgemeiner zu Etappen und politischen Hintergründen der Épuration: Henry Rousso, *L'épuration en France. Une histoire inachevée*, in: *Vingtième Siècle* 33 (1992), S. 78–105; Herbert R. Lottman, *L'Épuration 1943–1953*, Paris 1986.

²¹ Vgl. zur Aussage Reynauds sowie zur anschließenden Befragung am 23. und 24. Juli 1945: *Le procès du Maréchal Pétain. Compte rendu sténographique*, Paris 1945, S. 44–114; zu Pétain: S. 74–87.

ten der Kommunisten kommen würde.²² Und in der Tat gab man sich im PCF nicht zufrieden, als Reynaud mit deutlichem Vorsprung vor dem kommunistischen Mitbewerber in die parlamentarische Versammlung einzog. So widmete ihm das kommunistisch dominierte 6. Bureau der Assemblée, das mit der routinemäßigen Prüfung des Wahlvorgangs betraut war, ein Sondervotum, das die nun schon bekannten Vorwürfe wiederaufgriff und ergänzte: „Politisch und moralisch“ habe der Förderer Pétains und der Unterdrücker der „kommunistischen Patrioten“ von 1940 nicht mehr das Recht auf einen Parlamentssitz.²³ Politischer Druck kam auch von außen. In Briefen an den Präsidenten der Abgeordnetenkammer traten zwei Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener und Résistance-Kämpfer für den Ausschluß Reynauds und Daladiers ein: „Les Prisonniers de Guerre et les Anciens Combattants de la Guerre 1939–1940 ne peuvent oublier la grave atteinte portée à leur honneur par ces deux grands responsables de notre désastre qui, au lieu de rester dans l’ombre, ont cru devoir se présenter à nouveau au suffrage de la Nation. [...]“²⁴ Als am 5. Juli 1946 die Debatte über den Kommissionsbericht anstand, wurde der kommunistische Vorstoß nach einer fulminanten dreistündigen Rede Reynauds – der ersten seit 1940 – klar zurückgewiesen: mit 298 gegen 132 Stimmen bestätigte die „Assemblée Nationale Constituante“ den Wahlentscheid und nahm Paul Reynaud in ihre Reihen auf.²⁵

Die Bedeutung des Vorgangs lag in seiner Signalfunktion. Das Parlamentsvotum löste den „Fall Reynaud“ mehr als sechs Jahre nach den fraglichen Vorgängen aus einer Grauzone heraus, in der sich politische und „moralische“ Verantwortung mit möglicher juristischer Schuld zu einem wenig konturierten Zerrbild zu verbinden gedroht hatten. Da war es wenig ausschlaggebend, daß die Mehrheit der Parlamentarier ihre Entscheidung in erster Linie auf den Schutz des Wählerwillens gegründet hatte und daß natürlich auch nach dem 5. Juli 1946 kritische Äußerungen zu Reynauds Amtsführung nicht ausblieben. Seit jedoch alle bürgerlichen Gruppen mit sozialistischer Unterstützung ostentativ von Sanktionen Abstand genommen hatten, war die Verwendung des historischen Arguments als politische Waffe gegen den ehemaligen Regierungschef öffentlich diskreditiert.²⁶ Es

²² Zu Reynauds Wahlkampf im Département Nord knapp: Thibault Tellier, *La contribution politique de Paul Reynaud aux grands débats nationaux de 1945 à 1966*, in: *Francia* 23/3 (1996), S. 93–111, hier: S. 94–96.

²³ Der Bericht des kommunistischen Berichterstatters der Kommission ist abgedruckt in: „L’élection de M. Paul Reynaud sera-t-elle annulée par la Constituante?“, in: *Le Monde*, 29. 6. 1946.

²⁴ Brief der „Association des prisonniers de guerre du département de la Seine. Section de Suresnes“ an den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, 6. 6. 1946 (AN, 74 AP 30); im gleichen Sinne: Brief der „Association nationale des Anciens Francs-Tireurs et Partisans Français. Comité départemental de la Seine“, 10. 6. 1946 (Ebenda).

²⁵ JO, Assemblée Nationale Constituante, Débats parlementaires, Séance du 5 juillet 1946, S. 2610–2624. Vgl. den Debattenbericht in *Le Monde*, 7./8. 7. 1946. Der PCF verfügte nach den Wahlen vom Juni 1946 über 146 Sitze (*L’Année politique* 1946, S. 145).

²⁶ Die nichtkommunistische Presse, auch wenn sie Reynaud politisch eher fernstand, war sich einig, daß die kommunistischen Vorwürfe als klar widerlegt anzusehen seien: vgl. etwa *Libération-Soir*, 8. 7. 1946 sowie *Le Parisien Libéré*, *L’Ordre*, *L’Epoque*, *La France Libre*, *Le Figaro*, *L’Aurore*, jeweils vom 6. 7. 1946. Frostig: *L’Aube*, 6. 7. 1946; *Le Populaire*, 6. 7. 1946. Weiterhin unnachgiebig dagegen die Polemik in *L’Humanité*, 29. 6. 1946 und 6. 7. 1946.

Selbst die ausländische Presse nahm von dem Vorfall Kenntnis: Nach Ansicht etwa der Londoner *Daily Mail* hatte sich Reynaud im Verlauf der Debatte endlich von der „atmosphäre of prejudice“ gereinigt, die seinen Namen so lange umgab (16. 7. 1946).

hatte im übrigen geradezu Symbolwert, daß sich der PCF eben in dieser Frage völlig isoliert von allen anderen großen Parteien fand. Knapp ein Jahr nach Kriegsende ging die Präponderanz der kommunistischen Partei ihrem Ende entgegen, und die bürgerliche Rechte kehrte allmählich auf die politische Bühne zurück.

2. Ein neuer Poincaré? – Der Wiederaufstieg der Rechten und die Rückkehr Reynauds ins Finanz- und Wirtschaftsressort

Die Defensivposition, in die sich der Politiker beim Wiedereintritt in die nationale Politik gedrängt sah, stand paradigmatisch für die Situation der traditionellen französischen Rechten während der ersten Nachkriegsjahre. Gemessen an ihrer 130jährigen Geschichte sah sich diese politische Kraft insgesamt mit einem „nie dagewesenen Desaster“ konfrontiert. Eines Teils ihrer angestammten Führungspersönlichkeiten beraubt und organisatorisch so zersplittert wie je, hatte sie in der Nachkriegsöffentlichkeit insbesondere die Folgen der historisch unhaltbaren Identifikation mit dem politischen System von Vichy zu tragen. Nicht genug damit, trafen ihre politischen Vorstellungen auf verminderten Widerhall in einer Atmosphäre, in der das Bedürfnis nach Erneuerung, nach Fortführung der politischen Ziele der Résistance und nach radikalem Bruch mit der Tradition weithin dominierte.²⁷ Auch Paul Reynaud blieb der Vorwurf nicht erspart, Ideen neu aufzulegen, die besonders auf wirtschaftspolitischem Gebiet keinen Unterschied zu den vor zehn Jahren vertretenen Positionen erkennen ließen – so wie die Programme der wiederbelebten „Alliance Républicaine“ und des „Parti radical“ überhaupt...²⁸

Der Aufschwung der Linksparteien und des neugegründeten christdemokratischen MRP nach den Oktoberwahlen 1945 und dem Rücktritt de Gaulles manifestierte sich im System des „Tripartisme“.²⁹ Erst der allmähliche Zerfall dieser dominierenden Allianz von SFIO, MRP und PCF ab Sommer 1946 bereitete den rechten Gruppierungen den Weg aus der ohnmächtigen Opposition. Es dauerte indes noch knapp sechs Jahre, bis mit Antoine Pinay und Joseph Laniel im März 1952 bzw. Juni 1953 wieder Vertreter des liberalkonservativen Lagers ins Amt des Ministerpräsidenten gelangten.³⁰ Die dreimalige Rückkehr Paul Reynauds in ministerielle Ämter – die letzten seiner politischen Laufbahn – vollzog sich in enger Verbindung mit diesem Wiederaufstieg der Rechten zur dominierenden politischen Kraft bis 1954. Wie vor dem Zweiten Weltkrieg agierte er dabei nicht als

²⁷ Zur Geschichte der alten Rechten unter Vichy und in der Vierten Republik im Überblick: René Rémond, *Les Droites en France*, Paris 1982, S. 231–238 und 239–255; Zitat: S. 241.

Vgl. als literarische Umsetzung dieser politisch-gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung der ersten Jahre nach Kriegsende aus der Perspektive linker Intellektueller: Simone de Beauvoir, *Les mandarins*, Paris 1954.

²⁸ Rémy Roure, „Anciens partis“, in: *Le Monde*, 22. 9. 1945.

²⁹ Zum „Tripartisme“ eingehend: Philip Williams, *La vie politique sous la 4^e République*, Paris 1971, S. 667–683; Jean-Pierre Rioux, *La France de la Quatrième République*. Band I: *L'ardeur et la nécessité 1944–1952*, Paris 1980, S. 141–158.

³⁰ Rémond, *Droites*, S. 244–247.

Parteipolitiker. Zunächst Mitglied einer informellen, rechts stehenden Gruppierung von Abgeordneten namens „Républicains indépendants“, die bewußt auf ein gemeinsames Programm verzichtete und keinerlei Parteidisziplin kannte, wahrte er seine Unabhängigkeit auch dann noch, als die Gruppierung im Vorfeld der Wahlen von 1951 im konservativen „Centre national des indépendants et paysans“ aufging.³¹

Als Reynaud am 27. Juli 1948 der Nationalversammlung als neuer Wirtschafts- und Finanzminister im Kabinett André Marie vorgestellt wurde, signalisierte seine Berufung – ähnlich wie bereits zehn Jahre zuvor – eine Neuorientierung auf allgemein- wie wirtschaftspolitischem Gebiet. Die Vorkriegszeit kehrte personell, bündnispolitisch und verfassungspraktisch für gewisse Zeit aufs politische Tapet zurück. Faßbar war die Reorientierung zunächst im zumindest zeitweiligen Zurücktreten jener ‚homines novi‘, die unmittelbar nach der „Libération“ tonangebend geworden waren. Man griff wieder zurück auf Politiker, die bereits vor 1945 ministerielle Erfahrung gesammelt hatten. Mit André Marie kehrte zudem erstmals ein Radikaler an die Regierungsspitze zurück, mit Paul Reynaud leitete zum erstenmal wieder ein „modéré“ das Finanz- und Wirtschaftsressort.³²

Innerhalb der Struktur der politischen Landschaft deutete sich eine gewisse Anknüpfung an die Verhältnisse der Vorkriegszeit an, nachdem die kommunistische Partei in die Opposition zurückgekehrt war. Seit dem Zerschlagen der „tripartistischen“ Regierungskoalition im Frühjahr 1947 nämlich stand das aus den Zeiten der III. Republik unruhiglich bekannte Problem der Suche nach stabilen parlamentarischen Mehrheiten wieder konstant auf der politischen Tagesordnung. Verschärft wurde es nun freilich durch das Auftreten bzw. Erstarken zweier extremer Strömungen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums: Besaßen doch Kommunisten und Gaullisten in der 1946 gewählten Nationalversammlung mit etwa 260 Sitzen größeres Gewicht als Sozialisten und Christdemokraten zusammen. Diese Konstellation favorisierte die Rückbesinnung der beiden letzteren auf die Zusammenarbeit mit den bisher marginalisierten links- und rechtsliberalen Gruppen unter anderem um Paul Reynaud – nun unter dem neuen Etikett der „Troisième Force“.³³

Auf dem Gebiet der Verfassungspraxis nahm André Marie das Verfahren der exekutiven Sonderbevollmächtigungen – unter revidierter Benennung als „pouvoirs réglementaires“ – wieder auf, das in den letzten Jahren der Dritten Republik zum Standardrepertoire in politischen Krisensituationen gehört hatte. Reynaud stand als Ressortchef im Zentrum dieses Rückgriffs, von dem man sich die effektivere Lösung der gravierenden wirtschaftlichen Wiederaufbauprobleme erhoffte. Unter den neuen verfassungsrechtlichen Prämissen begab man sich damit jedoch eindeutig an den Rand der Legalität.³⁴

³¹ Gilles Martinez, Le „Centre national des indépendants et paysans“ de 1948 à 1962, Thèse Paris 1992, S. 53 ff., bes. 53–56, 73, 199.

³² Kein einziger der drei ersten Regierungschefs der IV. Republik (De Gaulle, Gouin, Bidault) hatte vor dem Krieg ein Ministeramt innegehabt, vier der fünf folgenden dagegen schon (Blum, Ramadier, Schuman, Marie, Queuille). Vgl. Williams, 4^e République, S. 52–59, hier: S. 57 f.; Rémond, Droites, S. 244 f.

³³ Grundsätzlich zu dieser Verschiebung der politischen Kräfte: Williams, 4^e République, S. 52 f.

³⁴ Die Verfassung der Vierten Republik vom 27. Oktober 1946 untersagte in ihrem Artikel 13 die

Die wirtschaftspolitische Anknüpfung an die Erfolgsrezepte von 1938 hingegen war aus sachlichen und politischen Gründen nur von begrenztem Erfolg. So stellte das Reformprojekt der Regierung, das Reynaud am 8. August 1948 in der Assemblée präsentierte, eine deutliche Abwendung von der sozialistisch dominierten Wirtschaftspolitik der ersten Nachkriegszeit dar. Den Imperativen der katastrophalen ökonomischen Lage und der finanzpolitischen Beziehungen mit den USA hatte es sich indes ebenso zu unterwerfen wie die gescheiterten Reformbemühungen der Vorgängerregierung Schuman/Mayer.

Drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Frankreich sein wirtschaftliches Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden. Inflation, Lebensmittelrationierung und soziale Unruhen, Kapitalflucht, Devisenmangel, geringe Investitionstätigkeit und damit stockende Modernisierung des Landes bestimmten die Negativbilanz, der auch Auslandskredite in Höhe von 3,6 Milliarden Dollar nicht hatten abhelfen können. Die Politik der Regierungen stand unter zusätzlichem Problemdruck, seit im Dezember 1947 die erste, nicht rückzahlbare Tranche aus den Mitteln des „European Recovery Program“ eingegangen war. In dem Maße, in dem die Finanzhilfen ab Jahresmitte 1948 regelmäßige Form annahmen, hatte man nicht ohne Zähneknirschen zunehmend amerikanische Vorgaben zu berücksichtigen – in binnenwirtschaftlicher Hinsicht ebenso wie etwa auf deutschlandpolitischem Terrain.³⁵ Den amerikanischen Wünschen nach Stabilisierung und privatwirtschaftlicher Reorientierung der französischen Wirtschaft entsprachen die Regierungen Schuman wie Marie unter Rückgriff auf die gleichen zentralen Prinzipien: der Orientierung am Ziel des Budgetgleichgewichts und der Inflationsbekämpfung, der Produktivitätsmaximierung in Industrie und Landwirtschaft, der Förderung von Privatinvestitionen.³⁶

Teils auf der Basis von Projekten seines Vorgängers René Mayer setzte Paul Reynaud auf Elemente einer „austero-liberalen“ Finanz- und Wirtschaftspolitik, die erklärtermaßen an Mittel und Erfolg des Jahrs 1938 anknüpfen sollte.³⁷

Delegierung der gesetzgebenden Gewalt durch die Assemblée. In der Praxis wurde dieses Verbot ab 1948 umgangen.

Die historische Entwicklung und politische Praxis der „décrets-lois“ während der Dritten Republik ist in der Forschung noch nicht aufgearbeitet. Einen knappen Abriss bieten: Jean Gicquel, *Droit constitutionnel et institutions politiques*, Paris 1989, S. 786–790; Georges Burdeau/Francis Hamon/Michel Troper, *Droit constitutionnel*, Paris 1993, S. 351 f. In kritischer Bewertung aus der Perspektive des Zeitgenossen: René Capitant, in: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 1^{re} séance du 9 août 1948, S. 5566 f. Vgl. auch Williams, 4^e République, S. 58.

³⁵ Zu den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, zum diplomatischen Prozeß und zu den Folgewirkungen im weiteren zeitlichen und sachlichen Umkreis der Marshallplanhilfe für Frankreich eingehend: Gérard Bossuat, *La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1954*. 2 Bände, Paris 1992, hier: S. 99 ff.; zugespitzt auf die Situation des Schlüsseljahres 1948: Ders., *Le poids de l'aide américaine sur la politique économique et financière de la France en 1948*, in: *Relations internationales* 37 (1984), S. 17–36.

Als Überblick zum Gesamtkomplex der Marshallplanhilfe für Europa mit weiteren Literaturangaben: Klaus Schwabe, *Der Marshall-Plan und Europa*, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen* (Historische Zeitschrift. Beihefte N.F. 21), München 1995, S. 167–189.

³⁶ Allgemein zur Regierung Robert Schuman: Raymond Poidevin, *Robert Schuman. Homme d'Etat, 1886–1963*, Paris 1986, S. 158–179.

³⁷ So Reynaud im Gespräch mit Staatspräsident Auriol bereits am 12. 11. 1947: Vincent Auriol, *Journal du Septennat 1947–1954*. Band I: 1947, Paris 1970, S. 535–538.

Hierzu zählten Einsparungen im Bereich der Sozialversicherung, der öffentlichen Verwaltung und bei den seit 1945 verstaatlichten Betrieben, Steuererhöhungen und die Reduzierung von Subventionen. Nicht zuletzt unter dem Druck der bilateralen Vereinbarungen mit den USA vom 28. Juni ging er allerdings weiter, was das Ausmaß und die Art der Eingriffe anbelangte. So sah er nicht nur sehr weitgehende Einschnitte bei den Militärausgaben in Höhe von 50 Milliarden Francs vor, sondern scheute darüber hinaus auch nicht vor ausgesprochen unpopulären Kürzungen bei sozialen Errungenschaften der Vergangenheit zurück. Er machte klar, daß in seiner Konzeption die Produktivitätsmaximierung vor jener aktiven Lohn-Preis-Politik zur Senkung der Lebenshaltungskosten rangierte, die die Sozialisten seit Januar 1947 favorisierten, und trat für die Freigabe der Lohnentwicklung ein.³⁸ Zumindest anfänglich dachte er auch an Maßnahmen zur Reduzierung der gesetzlich festgelegten Überstundentarife und damit an die indirekte Aufweichung der 40-Stunden-Woche.³⁹ In der Öffentlichkeit hielt sich der Wirtschafts- und Finanzminister bei aller rhetorischen Offenherzigkeit in der Präsentation der Regierungsziele lange weitgehend bedeckt. Auch seine Parlamentsrede vom 8. August 1948 sparte sensible Aspekte aus und gab sich versöhnlich. Die mittlerweile aufgegebene Frage der Arbeitszeitneuregelung wurde hier ebenso wenig erörtert wie die genaue Gestalt der Steuerreformen oder der angekündigten Erschließung neuer Ressourcen durch die Auflage von Staatsanleihen.⁴⁰ Ähnlich vage blieb die inzwischen von der Finanzkommission abgesegnete Regierungsvorlage. Die Durchsetzung der anvisierten Maßnahmen versprach man sich von einem verfahrenstechnischen Kniff: Das der Kammer präsentierte Gesetzesprojekt sollte lediglich einen allgemeingefassten Rahmen bilden, dessen spätere konkrete Ausfüllung über Dekrete in die Hand der Regierung gelegt war. Dispositionen dieser Art, so wenig sie im genannten Falle zum Zuge kamen, entwickelten sich zum Kern einer „stillen“ Verfassungsrevision, die normative Form allerdings erst in der Verfassung der V. Republik annahm.⁴¹

Vordergründig erreichte das gewählte, auch von Reynaud favorisierte Verfahren das gewünschte Ziel. Nach teils heftiger Debatte, in der auch verfassungsrechtliche Argumente eine Rolle spielten, sprach sich die Assemblée am 11. August 1948 gegen 5 Uhr früh mit klarer Regierungsmehrheit für das leicht modifizierte Gesetzesprojekt aus.⁴² Die endgültige Zustimmung zur Anwendung des

³⁸ Das Lohnniveau in der Wirtschaft unterlag bis Verabschiedung des Gesetzes vom 11. Februar 1950 staatlicher Festsetzung und wurde erst danach wieder tarifvertraglicher Regelung überlassen.

³⁹ Vgl. dazu die Diskussionen der entscheidenden Kabinettsitzungen vom 28. Juli, 5. und 27. August, in: Vincent Auriol, *Journal du Septennat 1947–1954*. Band II: 1948, Paris 1974, S. 338–342, 352–358, 371–388.

Knapp zu den Plänen Reynauds auch: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 1100–1104; Bossuat, *Le poids de l'aide américaine*, S. 26 f. Die Unschärfe der einschlägigen Abschnitte in der Forschungsliteratur liegt im historischen Phänomen selbst begründet.

⁴⁰ JO, *Assemblée Nationale, Débats parlementaires*, 1^{re} Séance du 8 août 1948, S. 5537–5543. Diese vorsichtige Präsentation war beabsichtigt: vgl. dazu die Aussagen eines hohen französischen Ministerialbeamten gegenüber dem amerikanischen Botschafter Caffery (Caffery an Secretary of State, 3. 8. 1948, in: FRUS 1948. Band III: Western Europe, S. 642).

⁴¹ Gicquel, *Droit constitutionnel*, S. 786 ff.

⁴² Die 325 positiven Stimmen, mit denen sich die Assemblée bei insgesamt 540 abgegebenen Voten für das Projekt aussprach, gingen in erster Linie auf das Konto der sozialistischen Fraktion, die sich in ihrer Gesamtheit dafür entschied. Daneben stimmten u.a. vier Fünftel der MRP-Fraktion

„Plan Reynaud“ gab man am 17. August.⁴³ Der parlamentarische Erfolg blieb jedoch ein Pyrrhussieg: Die Frage seiner praktischen Umsetzung unterminierte das wirtschaftspolitische Zweckbündnis, das Reynaud innerhalb der Regierung von Anbeginn an eher mit Léon Blum als mit der Mehrheit der sozialistischen Minister eingegangen war. Das Schicksal des Kabinetts André Marie entschied sich, nachdem der Wirtschafts- und Finanzminister nicht bereit war, von seiner Austeritätspolitik zugunsten der geforderten Kompensation der Preissteigerungsrate durch Lohnerhöhungen abzugehen.⁴⁴ Noch am 27. August reichte der Ministerpräsident seinen Rücktritt ein.

Die Bilanz des nur knapp vier Wochen amtierenden Kabinetts Marie wies auf wirtschaftspolitischem Gebiet kaum einen Aktivposten auf. Der Prozeß von Inflationsverschärfung und Preissteigerung insbesondere auch bei den Lebenshaltungskosten lief unvermindert fort, und die Indices erreichten im September einen neuen Höhepunkt.⁴⁵ Schon aufgrund der Kürze der verfügbaren Zeit hatte man es andererseits aber auch nicht geschafft, das eigentlich favorisierte Ziel zu erreichen und die amerikanischen Verantwortlichen für die Marshallplanhilfe von der Solidität der Regierungspolitik zu überzeugen. Anders als seinem Vorgänger René Mayer, anders auch als seinem Nachfolger Queuille, gelang es Reynaud nicht, die Freigabe einer neuen, für die (Teil-)Sanierung des Staatshaushalts unverzichtbaren Tranche aus den vorgesehenen Hilfsmitteln zu erwirken.⁴⁶ Die tiefere Ursache dafür lag nicht eigentlich im Charakter des Reynaudschen Maßnahmenkatalogs, dessen Rigidität den Beifall der amerikanischen Seite gefunden hatte.⁴⁷ Vielmehr waren es die fortdauernden Querelen innerhalb der Regierungsmannschaft, die polarisierende Persönlichkeit Reynauds und das außerordentlich zähe Anlaufen der Reformprojekte, die bei den amerikanischen Verantwortlichen jenes Vertrauen nicht entstehen ließen, das man Queuille unter dramatisch verschärften wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sofort zu gewähren bereit war.⁴⁸ Die amerikanische Entscheidung für Queuille beruhte in erster Linie auf bloßen Verpflichtungserklärungen der französischen Seite und trug somit eher allge-

und zwei Drittel der „groupe radical“ für den Regierungsvorschlag. Die Kommunisten votierten geschlossen dagegen (vgl. JO, Assemblée nationale, Débats parlementaires, 3^e Séance du 10 août 1948, S. 5682; zur Auswertung auch: *Le Monde*, 12. 8. 1948; *L'Année politique* 1948, S. 131 f.).

⁴³ Die Abstimmung fiel noch klarer mit 335 gegen 209 Stimmen aus: JO, Assemblée nationale, Débats parlementaires, 2^e séance du 17 août 1948, S. 5838 f.; vgl. auch *Le Monde*, 19. 8. 1948.

⁴⁴ Auriol, *Journal* 1948, S. 371–388.

⁴⁵ Zahlen in: *L'Année politique* 1948, S. 140 f.

⁴⁶ Zu diesem Ziel Reynauds vgl. seinen Brief an Auriol vom 31. 8. 1948 (AN, 74 AP 31). Eine letzte Freigabe von 25 Mrd. Francs hatte Mayer im April erreicht, Queuille mobilisierte im September eine Summe von 45 Mrd. Zu den finanztechnischen Begleitumständen und politischen Implikationen der Verhandlungen um den französischen „contre-valeur“ der amerikanischen Gelder im Sommer 1948: Bossuat, *La France, l'aide américaine et la construction européenne*, S. 447–457; ders., *Le poids de l'aide américaine*.

⁴⁷ Vgl. hierzu den Bericht des französischen Botschafters in den USA, Henri Bonnet: „A/s le plan Marshall et le programme économique et financier du gouvernement français“, 27. 8. 1948 (AEF, CE 49).

⁴⁸ Vgl. hierzu insbesondere die Empfehlung, die der Leiter der „Economic Cooperation Administration“ für Frankreich, David K. Bruce, dem neuernannten Ministerpräsidenten Queuille ausstellte (Bruce an Hoffmann, Administrator for Economic Cooperation, 14. 9. 1948; FRUS 1948. Band III: Western Europe, S. 649–651). Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 1102–1104; Bossuat, *Le poids de l'aide américaine*, S. 27.

meinpolitischen denn ökonomischen Charakter⁴⁹; früher und zugunsten Reynauds getroffen, hätte sie zweifellos zum Überleben des Kabinetts Marie beige-tragen.

Reynauds drastischer Produktivitäts- und Sparkurs scheiterte indes nicht in erster Linie an den Bedingungen der neuen transatlantischen Bindung französischer Wirtschaftspolitik. Wenn er tatsächlich daran geglaubt hatte, daß allein sein Erscheinen am politischen Schauplatz ähnlich wie zehn Jahre zuvor den Umschwung in Gang setzen würde, so hatte er erkennen müssen, daß sich die Zeiten geändert hatten. Zwar kam es auch 1948 allein schon aufgrund der Ankündigung seines Regierungseintritts zu positiven Reaktionen an der Börse und in Wirtschaftskreisen. Anders als 1938 besaß er jetzt aber weder hinreichend Rückhalt bei seinem Regierungschef noch genügend eigenes politisches Gewicht gegenüber einer erstarkten SFIO.⁵⁰

In weiterer Perspektive entsprach sein Scheitern darüber hinaus einem umfassenderen Paradigmenwechsel im tonangebenden finanz- und wirtschaftspolitischen „Establishment“ Frankreichs, der sich in Form eines Generationswechsels anbahnte. Nicht nur setzte sich der Planungsgedanke dauerhaft und in Form des „Commissariat général au Plan“ auch institutionell im Wirtschaftsleben des Landes fest; zu dessen Initiator Jean Monnet unterhielt Reynaud nicht von ungefähr ein gespanntes Verhältnis.⁵¹ Daneben rückten mit einer neuen Kaste von dreißig- bis vierzigjährigen Wirtschaftsexperten ab 1947/48 zunehmend Sachverständige in Schlüsselpositionen ein, die die klassischen „austero-liberalen“ Prinzipien von Budgetgleichgewicht und weitestmöglicher staatlicher Abstinenz im wirtschaftlichen Bereich mit Stagnation und vergebenen Expansionschancen gleichsetzten. Eine forcierte Ausgaben- und Interventionspolitik wurde nun auch in den innersten Zirkeln des Finanzministeriums nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt.⁵² Es entsprang also nicht allein den Wechselfällen politischer Konjunktur, wenn Reynaud nach 1948 nicht mehr in das dreimal besetzte Ressort zurückkehrte. Ein „neuer Poincaré“ zu werden blieb dem mittlerweile fast Siebzigjährigen auch deshalb verwehrt, weil er den Weg einer Reihe von rechts- und linksliberalen Politikern wie Maurice Petsche, Henri Queuille oder Edgar Faure hin zu einer expansiven Wirtschaftsphilosophie nicht mehr mitzugehen bereit war.⁵³

⁴⁹ So auch Bossuat, *La France, l'aide américaine et la construction européenne*, S. 454–457.

⁵⁰ Vgl. zu den Erwartungen und Reaktionen Reynauds die Analyse seines Mitarbeiters Maurice Petsche: Auriol, *Journal* 1948, S. 387 f. (27. 8. 1948). Zu den Reaktionen in der Wirtschaft: *L'Année politique* 1948, S. 118 und 123.

⁵¹ Vgl. dazu die Rücktrittsdrohungen Monnets im Vorfeld der Berufung Reynauds: Auriol, *Journal* 1947, S. 562 (19. 11. 1947).

⁵² Vgl. zu dieser „conversion des mentalités“: Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 1338–1340.

⁵³ Zur erwarteten Wiederaufnahme der Rolle Poincarés von 1926 durch Reynaud: *New York Times*, 28. 7. 1948; zitiert bei Margairaz, *L'Etat, les finances et l'économie*, S. 1100 f. Vgl. auch ebenda, S. 1345.

3. Frankreich – Deutschland – Europa

Am 17. Juni 1948, gegen 4 Uhr 30 morgens, stimmte die französische Nationalversammlung in einer historischen Entscheidung den „Londoner Empfehlungen“ zu. Sie sanktionierte damit nichts weniger als den intern bereits lange sich anbahnenden, doch nun erst öffentlich wirksamen Verzicht der französischen Außenpolitik auf die harten deutschlandpolitischen Positionen der ersten Nachkriegszeit. Die Versammlung war sich bewußt, daß man damit dem internationalen diplomatischen Prozeß beitrug, der zur staatlichen Neuorganisation in Westdeutschland führen sollte.⁵⁴

Vier Sitzungstage hatten die Diskussionen in Anspruch genommen, und schon im Vorfeld war klar gewesen, daß ihr Ausgang von der Haltung der kleineren parlamentarischen Gruppierungen der rechten und der linken Mitte abhängen würde. Nur die beiden Regierungsparteien MRP und SFIO hatten sich vor Beginn der Beratungen klar für die Annahme ausgesprochen, konnten aber gegen die ablehnende Haltung der stärksten Kammergruppierung, des PCF, alleine in keinem Fall die nötige relative Mehrheit erreichen.⁵⁵ So schien das Schicksal der befürwortenden Regierungsvorlage zunächst besiegelt, als sich in den Beratungen die weitaus überwiegende Mehrheit der 31 Redner gegen die Vereinbarungen wandte, wie sie überdies nur in Form eines weitgefaßten Kommuniqués vorlagen.⁵⁶ In ermüdender Folge rekurrten die Gegner immer wieder auf zwei Kernforderungen nach

⁵⁴ Zur Geschichte der französischen Neuorientierung nunmehr eingehend die auf intensiven Quellenstudien beruhende Arbeit von Dietmar Hüser, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996. Noch nicht unverzichtbar allerdings für diesen Abschnitt französischer Nachkriegsaußenpolitik: Adalbert Korff, *Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950*, Ambilly-Annemasse 1965. Zum Gesamtzusammenhang: Wilfried Loth, Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Ders., *Ost-West-Konflikt und deutsche Frage*, München 1989, S. 46–64; ders., Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983, S. 27–48; Raymond Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: ebenda, S. 15–25; ders., Frankreich und die deutsche Frage 1943–1949, in: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hg.), *Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 405–420; Hellmuth Auerbach, Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 30)*, München 1990, S. 577–591; Martina Kessel, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947, München 1989.

Vgl. auch Alfred Grosser, *La Quatrième République et sa politique extérieure*, Paris 1972; ders., *Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute*, München 1989, passim; Gilbert Ziebura, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe* Stuttgart 1997.

Speziell zum Verlauf und zu den Ergebnissen der Londoner Sechsmächtekonferenz, allerdings ohne Auswertung französischer Archivalien: Gerd Wehner, *Die Westalliierten und das Grundgesetz 1948–1949. Die Londoner Sechsmächtekonferenz*, Freiburg im Br. 1994.

⁵⁵ Zu den Kräfteverhältnissen in der aus den Wahlen vom 10. 11. 1946 hervorgegangenen Kammer vgl. Williams, *4^e République*, Paris 1971, S. 818. Der christdemokratische MRP und die sozialistische SFIO verfügten mit 167 bzw. 105 von insgesamt 618 Sitzen zusammen nur über etwa 44% der Stimmen, während der PCF auf 183 Sitze und damit ca. 29% der Stimmen bauen konnte.

⁵⁶ In deutscher Version abgedruckt als: Das Londoner Deutschland-Kommuniqué vom 7. Juni 1948, in: Europa-Archiv 3 (1948), S. 1437–1439.

effektiverer Kontrolle der Ruhrindustrie und zusätzlichen Sicherheitsgarantien für Frankreich.⁵⁷

Einige regierungsnahe Abgeordnete nur konnten sich entschließen, ihre Bedenken zurückzustellen und im Gefolge des knapp zweieinhalbstündigen Appells von Außenminister Bidault die Annahme zu empfehlen. Zwei Stellungnahmen ragten dabei heraus: das Plädoyer des Sozialisten André Philip und dasjenige Paul Reynauds. In einer bemerkenswert klarsichtigen Analyse forderte Philip am 12. Juni eine grundsätzliche Neuorientierung der französischen Außenpolitik. Das traditionelle, in seinen Wurzeln bis auf Richelieu zurückgehende französische Konzept der Aufspaltung, territorialen Verminderung und wirtschaftlichen Unterdrückung Deutschlands, so der Redner, sei als fortwährender Ansatzpunkt deutscher Revanchebestrebungen nicht nur politisch unklug, sondern aufgrund der gegenwärtigen völligen Abhängigkeit Deutschlands von fremder Wirtschaftshilfe auch vom ökonomischen Standpunkt her abzulehnen. Nicht zuletzt die politische Schwäche Frankreichs gebiete es überdies, sich der Politik des deutschen Wiederaufbaus anzuschließen und die Sicherheitsinteressen Frankreichs auf grundlegend neue Art zu gewährleisten: durch die Integration Deutschlands und seines Wirtschaftspotentials einschließlich des Ruhrgebiets in ein Europa ökonomisch eng verbundener Staaten.⁵⁸ Auch für Reynaud war Frankreich aus wirtschafts- und sicherheitspolitischen Gründen an einem Wendepunkt seiner Außenpolitik angelangt. Im Zeitalter der Atombombe und des sowjetisch-amerikanischen Gegensatzes sei die Fixierung auf den deutsch-französischen Antagonismus überholt. Um die Westzonen der Gefahr der Sowjetisierung zu entziehen, gelte es, traditionelle französische Ängste zu überwinden und dort den staatlichen Neuaufbau zuzulassen. Für sich alleine ökonomisch nicht lebensfähig, müsse Westdeutschland darüber hinaus in ein Europa der vereinigten Märkte eingegliedert werden – zum Nutzen des neuen Staatsgebildes, aber auch zugunsten Frankreichs und seiner agrarischen wie industriellen Absatzinteressen.⁵⁹ In der Einschätzung von Beobachtern der parlamentarischen Szene hatte Reynaud durch seine mit lebhaftem Beifall auf der Linken und in der Mitte des Hauses bedachte Rede die vermutlich entscheidenden Stimmen mobilisiert⁶⁰: In denkbar knapper Abstimmung sprach sich die Assemblée mit 300 gegen 286 Stimmen für den Entschließungsantrag aus, den der Politiker zusammen mit Marc Scherer, Pierre-Olivier Lapie und Gabriel Cudenet eingebracht hatte.⁶¹

⁵⁷ Vgl. die viertägige Parlamentsaussprache am 11., 12., 15. und 16. Juni 1948 in: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, S. 3454 ff.

⁵⁸ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 12 juin 1948, S. 3491–3497.

⁵⁹ Ebenda, Séance du 16 juin 1948, S. 3579–3581. Ausschnitte der Rede finden sich in englischer Übersetzung abgedruckt bei: Walter Lippens/Wilfried Loth (Hg.), Documents on the History of European Integration. Band III: The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries 1945–1950, Berlin/New York 1988, S. 74–76.

⁶⁰ So etwa die Ansicht des Leitartiklers von *Le Monde*: „C'est donc M. Paul Reynaud et ses amis qui par leur vote ou leur abstention ont permis à la „troisième force“ de l'emporter sur la double, ou mieux la triple opposition: modérée, gaulliste et communiste“ („La nouvelle bataille“, in: *Le Monde*, 18. 6. 1948). Korff übersieht in seiner Darstellung des Debattenverlaufs die Stellungnahme Reynauds (Korff, *Le revirement*, S. 253).

⁶¹ Vgl. den Abdruck des „Ordre du Jour“: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 16 juin 1948, S. 3578 f.; zum Ausgang der Abstimmung: Ebenda, S. 3612 f.

An einer Schlüsselstelle der frühen französischen Deutschlandpolitik gelegen, eignen sich die Debatte und ihr diskursives Umfeld ganz besonders, um die Position Reynauds und damit das wiedergewonnene Gewicht liberaler Ansätze im Meinungsspektrum der deutschlandpolitischen Diskussion zu verorten. Drei Bezugsgrößen bieten sich dazu an: die offizielle Haltung der Außenpolitik Frankreichs, der Deutschlanddiskurs in der veröffentlichten Meinung von Presse und Parteien, schließlich derjenige im Parlament.

Lebensgeschichtlich bedingt, hatte Reynaud keinen Anteil an den Deutschlandplanungen, wie sie im inneren und vor allem im äußeren Widerstand zunächst in London und später in Algier in Angriff genommen worden waren. Zwar existierte durchaus eine indirekte personelle Verbindung zu jenen Kreisen, entstammten doch mit Michel Debré, Maurice Couve de Murville und Gaston Palewski drei enge Mitarbeiter de Gaulles jenem „brain-trust“, den Reynaud ab 1938 in der Rue de Rivoli um sich gesammelt hatte. Der Politiker selbst nahm jedoch eine differenzierte Position gegenüber den Extrempositionen ein, die von de Gaulle formuliert wurden und unter seinen Nachfolgern als Teil einer ambivalenten und vielfach in sich widersprüchlichen Deutschlandpolitik bis gegen Ende der vierziger Jahre überdauerten: weitgehende Dezentralisierung Deutschlands, Abtrennung von Rheinland und Ruhr in einer näher zu bestimmenden Form, eventuell Angliederung des Saargebiets an Frankreich. Eine Vielzahl verflochtener Gründe war verantwortlich dafür, daß die französische Diplomatie unter Außenminister Georges Bidault nach innen wie auf internationalem Parkett bis Sommer 1948 an solchen Maximalforderungen festhielt, obwohl bereits etwa seit Jahreswechsel 1945/46 der Glaube an die Durchsetzbarkeit zunehmend schwand. Die Hoffnung auf Kompensation der machtpolitischen Schwäche Frankreichs gegenüber den „großen“ Alliierten etwa gehörte dazu: Im Verständnis Bidaults sollten besonders die Forderungen nach Korrektur der deutschen Westgrenze als „Konzessionsmaterial“ dienen, mit dem man sich das Entgegenkommen der Alliierten in wirtschaftlichen Fragen erkaufen wollte. Daneben war die Perzeption innenpolitischer Zwangslagen von großer Bedeutung, die es angeraten erscheinen ließ, die Dominanz des dezidiert antideutsch ausgerichteten PCF nicht durch Bekundungen deutschlandpolitischer „Schwäche“ weiter zu stärken. Erklärbar war diese Reaktion freilich nicht ohne den Hintergrund eines ausgeprägt germanophoben Klimas in der französischen Nachkriegsöffentlichkeit, welches die Entscheidungsträger unter Zugzwang setzte, von diesen aber gleichzeitig auf außenpolitischem Feld instrumentalisiert wurde.⁶²

⁶² Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, zusammenfassend S. 714–726. Dietmar Hüser betont entgegen der bisher dominierenden Literaturmeinung, wonach das französische Vorgehen in der Deutschlandfrage den Charakter eines „pausenlosen Rückzugsgefechts“ trug (z.B. Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik, S. 103), den Ertrag einer Verhandlungsstrategie, die zwischen 1944 und 1950 darauf gezielt habe, „Maximales zu fordern, um wenigstens Minimales durchzusetzen“ (Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 723). Anhand reichen Quellenmaterials weist bereits Martina Kessel auf die von Beginn an taktische Bedeutung der französischen Abtretungsforderungen hin, wie sie ab September 1945 offiziell unverändert bis in den Dezember 1946 auf den Außenministerkonferenzen gestellt wurden (Kessel, Westeuropa, S. 8, 34, 74, 126, 149f.; Zitat: S. 301). Hinweise zu diesem Vorgehen u. a. auch bei Reinhard Schreiner, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt a.M. 1985, S. 117 sowie Loth, Deutsche Frage in französischer Perspektive, S. 53f.

Die deutschlandpolitische Kontinuität der Regierung, sooft sie in der Folge von Bidault auch betont wurde, blieb indes nur ihrem Anspruch nach erhalten. Hinter der äußeren, demonstrativen Unnachgiebigkeit kam es unter dem Einfluß des zunächst noch zurückhaltend ausgeübten westalliierten Drucks zur Fortentwicklung der vorhandenen Planungsansätze. Im Gefolge der Bizonengründung setzte sich im Quai d'Orsay Ende 1946 das Konzept eines bundesstaatlich organisierten deutschen Staates als planerische Orientierungslinie durch. Westzonenfusion und vermehrte Übertragung von Verantwortung an deutsche Stellen waren damit zum festen Bestandteil auch der französischen Deutschlandplanung geworden.⁶³ Das mit der ergebnislos zu Ende gegangenen Moskauer Konferenz sich abzeichnende Ende des Viermächtesystems und damit der französischen Vermittlerrolle wie auch das Ausscheiden der Kommunisten aus der französischen Regierung ermöglichten schließlich unverhüllteren amerikanischen Druck auf Frankreich. Angesichts der verheerenden wirtschaftlichen Situation des Landes und seiner Besatzungszone in Deutschland war zudem im Krisenjahr 1947 die Abhängigkeit von den USA, dem einzig potenten Geldgeber, zu einer in französischen Expertenzirkeln unbestrittenen Tatsache geworden. Die Marshallplan-Hilfe, von der französischen Regierung dringend gewünscht und nicht zuletzt im Hinblick auf Frankreich von der amerikanischen Administration eingeleitet, konnte dort den Wiederaufbau Deutschlands zumindest unter finanziellem Aspekt akzeptabel machen, da sie den erforderlichen weitgehenden Verzicht auf deutsche Reparationsleistungen durch die Bereitstellung neuer amerikanischer Kredite erleichterte. In den westalliierten Gesprächen zwischen Sommer 1947 und Mitte 1948 stand daher trotz kontinuierlichen französischen Festhaltens an einem Kernbestand eigener Positionen nicht mehr die prinzipielle Notwendigkeit einer Konsolidierung Westeuropas unter Einfluß Deutschlands zur Debatte, sondern letztlich die praktische Ausgestaltung dieser Lösung.⁶⁴

Hüserns weitreichende Interpretation der oft verwirrend inkohärenten französischen Deutschlandpolitik hat mittlerweile heftige Kritik provoziert, die sich besonders gegen die Vorstellung einer „bewußt zweigleisigen Diplomatie“ richtet und die konzeptionell bestimmende Rolle von „Konfusion“ und Improvisation in den Vordergrund rückt (Ziebur, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 53 f., hier: S. 53).

⁶³ Vgl. Kessel, Westeuropa, S. 160–168. Zum sogenannten „Berthelot-Bericht“ vom 25. 10. 1946, dem vermutlich ersten umfassenden Plan für die Reorganisation der deutschen verfassungspolitischen Struktur, verfaßt vom Leiter des Deutschlandkommissariats am Quai d'Orsay: ebenda, S. 133–141; der Bericht rückte nicht nur von allen Zersplitterungsthesen, sondern auch von einer eventuellen Abtrennung des Ruhrgebiets ab.

⁶⁴ Kessel, Westeuropa, S. 211 ff.; zur Verschärfung der amerikanischen Verhandlungsführung ab Sommer 1947: ebenda, S. 279–281 und 283 f.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Frankreichs von den USA und die Bedeutung des Marshallplans für die Revision der französischen Deutschlandpolitik betonten besonders: Poidevin, Frankreich und die deutsche Frage, S. 415; ders., Französische Deutschlandpolitik, S. 22; Korff, Le revirement, S. 79; in der älteren Literatur: John Gimbel, The origins of the Marshall Plan, Stanford 1976; zuletzt folgt dieser These auch: Gérard Bossuat, La France, l'aide américaine et la construction européenne, bes. S. 282–294.

Dagegen relativiert die neuere Forschung zurecht die Bedeutung der ERP-Hilfe als „primäres Druckmittel“ und hebt die Eigenständigkeit französischer Planungen hervor (Kessel, Westeuropa, S. 257–267, bes. S. 267; Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 684 ff.). Zusammenfassend: Rainer Hudemann, Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 6/97 v. 31. 1. 1997, S. 31–40.

Ob Reynaud die gemäßigteren Konzepte kannte, die seit 1943/44 intern parallel zu den offiziellen Maximalforderungen erarbeitet wurden, läßt sich nicht belegen. Seine Äußerungen zur Deutschlandfrage in der ersten Nachkriegszeit zeigen eine sehr persönliche Mischung von Diskussionselementen, die je für sich genommen bereits in den frühen Deutschlandplanungen von „France libre“ eine Rolle gespielt hatten, doch nach der Befreiung sukzessive zugunsten härterer Alternativen zurückgedrängt wurden. Reynaud hatte Teil am Konsens über den gefährdeten Großmachtstatus Frankreichs und favorisierte wie die Allgemeinheit der Planer einen nationalen Wiederaufbau aus weitestgehend eigenen, französischen Kräften, allerdings unter Zuhilfenahme amerikanischer Kredite. Dies schloß eine dezidierte Haltung in der Reparationsfrage nicht aus, ließ ihn jedoch begrenzte Entnahmen lediglich aus der laufenden deutschen Produktion befürworten, freilich unter wirtschaftlicher Angliederung des Saargebiets an Frankreich. Extreme Zerstückelungs- oder Abtrennungspläne vertrat er indes nie.⁶⁵

Sein Fall zeigt, daß auch außerhalb der deutschlandpolitischen Planungsstäbe und des engeren Kreises der Entscheidungsträger nationalpolitisch orientierte „Dominanz-“ und europabezogene „Integrationskonzepte“ zumindest zeitweise eine enge, geradezu organische Verbindung eingehen konnten. Daß unter anderem nationale Interessen an der Basis der Überlegungen Reynauds standen, ist dabei weniger bemerkenswert als sein Konzept einer „arbeitsteiligen“ Reorganisation der Wirtschaftsbeziehungen in Europa. Demgemäß sollte durch den privilegierten Aufbau eines europäischen stahlproduzierenden Zentrums in Frankreich einerseits und die Ansiedlung vorwiegend weiterverarbeitender Industriezweige in Deutschland andererseits möglichst frühzeitig die Grundlage für ein strukturell begründetes Gleichgewicht innerhalb des allgemeinen Wiederaufbaus geschaffen werden. Nicht die dauerhafte Knebelung des deutschen Wirtschaftspotentials durch zu niedrig angesetzte Produktionsquoten, wohl aber die längerfristige internationale Aufsicht über die Ruhrindustrie verstand sich für Reynaud in diesem Zusammenhang von selbst.⁶⁶ Eine solchermaßen beschaffene „europäische Lösung“ der Deutschlandfrage, die er öffentlich seit Mitte 1947 vertrat, ergab sich somit aus einer nüchternen Kräfteanalyse. Darin bildeten die klare Einsicht in den neuen weltpolitischen Antagonismus der Großmächte USA und Sowjetunion, in den macht- und wirtschaftspolitischen Minderstatus Frankreichs sowie in den amerikanischen Aufbauwillen in Deutschland die entscheidenden Determinanten. Westeuropa mußte unter Einschluß Deutschlands aus einer ganzen Reihe von

⁶⁵ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 27 février 1947, S. 499; ebenda, 2^e Séance du 25 juillet 1947, S. 3554. Zu den Positionen u. a. im äußeren Widerstand, bei führenden Persönlichkeiten oder im Quai d'Orsay und unter starker Betonung positiver Neuansätze: Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 226–404. Hinweise auf nuanciertere Deutschlandpositionen u. a. im Außenministerium bereits bei Kessel, Westeuropa, S. 8 und 17–25; Ernst Weisenfeld, Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986, S. 30f. und 185f.; Loth, Die Franzosen und die deutsche Frage, S. 37f.

⁶⁶ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2^e Séance du 25 juillet 1947, S. 3553–3557. Zu diesem europäischen Strukturwandel äußerte sich Reynaud wiederholt: vgl. „Situation clarifiée mais tendue“, in: *La Revue de Paris* 8 (1947), S. 3–9, hier: S. 5; „Juillet 1948“, in: *La Revue de Paris* 8 (1948), S. 3–8, hier: S. 5; „Les deux Allemagne“, in: *La Revue de Paris* 7 (1950), S. 3–9, hier: S. 7. Zum engen Nebeneinander von Dominanz- und Integrationsvorstellungen bei Planern und Entscheidungsträgern vgl. Hüser, „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 299 und passim.

Gründen ökonomisch und politisch organisiert werden: um die Region dem kommunistischen Zugriff zu entziehen, um sie aufnahmebereit zu machen für die besonders auch in Frankreich lebensnotwendigen ERP-Mittel, schließlich um mittels europäischer Kontrollmechanismen den deutschen wirtschaftlich-industriellen Wiederaufstieg nicht in ein erneutes Übergewicht umschlagen zu lassen: „Si ce n'est pas la France qui prend la tête [der Europabewegung, A.d.V.], dans quelques années, ce sera l'Allemagne. [...] Et, ce jour-là, elle dominera l'Europe.“⁶⁷

Ein derart gedankenscharfes und an prominenter Stelle vorgetragenes Plädoyer für eine konstruktive Deutschlandpolitik blieb in der politischen Öffentlichkeit Frankreichs bis Sommer 1948 außerhalb sozialistischer Linkskreise die rare Ausnahme. Zwar manifestierte sich in allen Parteien außer dem homogen auftretenden PCF eine gewisse Bandbreite an Lösungsvorstellungen, doch dominierten in den öffentlichen Äußerungen aus bürgerlichen Gruppierungen durchweg jene Varianten, die eine wenig kompromißbereite Machtpolitik eher traditionellen Zugschnitts favorisierten. Im christsozialen MRP stand man bis Juni 1948 offiziell einmütig hinter der Politik Bidaults, der selbst erst mit Abschluß der Londoner Sechsmächtekonferenz öffentlich klar wahrnehmbar von seiner bisherigen Maximalstrategie abging und damit eine parteiinterne Diskussion in Gang setzte. Dem so vollzogenen offiziellen Wandel in der Regierungspolitik folgten die Radikalsozialisten nur widerwillig und in dem Maße, in dem das Gewicht einer Fraktion von Hardlinern um Edouard Herriot allmählich zurückging. Selbst in der SFIO gab es in Ansätzen Sympathien für gaullistische Positionen, wenngleich die Offenheit Léon Blums für internationale Deutschlandlösungen nach außen hin den offiziellen Mehrheitsstandpunkt der Partei markierte. Er und andere führende Sozialisten traten nachdrücklich für die gleichberechtigte Eingliederung Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft ein. Sie stimmten zwar für effektive Kontrolle vor allem auf wirtschaftlichem Feld, doch gegen die Zersplitterung und Reduzierung des deutschen Staatsgebiets. Kontinuierliche und scharfe Opposition gegen jede Nachgiebigkeit in der Deutschlandfrage kam dagegen in erster Linie aus den Reihen des PCF, des 1947 durch de Gaulle gegründeten „Rassemblement du Peuple Français“ und auch aus Teilen der nichtgaullistischen Rechten.⁶⁸

Die bürgerliche überparteiliche Presse unterstützte in ihrer großen Mehrheit den Kurs des Außenministers. Insbesondere die seit Dezember 1944 erscheinende *Le Monde* pflegte allen Dementis zum Trotz enge Verbindungen zum Quai d'Orsay. Diese konnten immer dann geradezu die Form einer „douce complicité“ annehmen, wenn die diplomatischen Entscheidungsträger den Politikern und der großen Öffentlichkeit des Landes eine bestimmte Einschätzung internationaler Problemlagen auf offiziösem Wege nahezubringen wünschten.⁶⁹ So war es kein

⁶⁷ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 16 juin 1948, S. 3581.

⁶⁸ Zur Haltung der Parteien eingehend: Grosser, IVe République, S. 103–141; Korff, Revirement, S. 179–229; bereits dort findet sich die innere Heterogenität der politischen Gruppen in Deutschlandfragen eingehend thematisiert, welche Hüser noch einmal besonders hervorhebt (Ders., „Doppelte Deutschlandpolitik“, S. 626–643, spez. zum MRP: S. 628f.). Ausführlich zur Position der SFIO: Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.

⁶⁹ Die Abstimmung der Positionen fand nicht nur über regelmäßige Treffen zwischen Beuve-Méry und dem Pressechef des Quai d'Orsay, Pierre Ordioni statt, sondern oblag insbesondere dem

Zufall, daß sich *Le Monde* im Vorfeld der anstehenden parlamentarischen Abstimmung über die „Londoner Empfehlungen“ bereitwillig der inoffiziellen, auf Zustimmung dringenden Einflußnahme „gutinformierter diplomatischer Kreise“ Washingtons und Londons öffnete: Entsprachen doch die vorgetragenen Argumente dem eigenen Anliegen, den innerhalb der französischen Diplomatie längst angebahnten Kurswechsel publizistisch zu stützen.⁷⁰ Bereits vor und kurz nach der Ankündigung von Deutschlandgesprächen unter Ausschluß der sowjetischen Alliierten war die Mitarbeit Frankreichs bei der Konsolidierung der drei Westzonen von *Le Monde* energisch gefordert worden, wie im übrigen auch von *Le Figaro* und von der sozialistischen Parteizeitung *Le Populaire*. Prominente Kommentatoren machten sich hier schließlich, unterstützt durch Bidaults Parteiblatt *L'Aube*, für die Annahme des Londoner Deutschlandkompromisses stark: der ehemalige Botschafter in Deutschland, André François-Poncet, der Politologe Maurice Duverger, der Schriftsteller François Mauriac oder auch Parteichef Léon Blum. Ungeachtet mancher Interpretationsunterschiede im einzelnen blieb ihnen allerdings ein fortdauerndes, teils starkes Unbehagen gemeinsam.⁷¹

Paul Reynauds befürwortende Intervention in der Parlamentsdebatte vom 16. Juni 1948 traf also durchaus auf ein bereits vorbereitetes Feld. Sie fand ihren Platz in einem politisch-publizistischen Prozeß, in dessen Verlauf ein bis dahin weitgehend interner Vorgang der diplomatischen Neuorientierung allmählich einer breiteren Öffentlichkeit bewußtgemacht wurde. Nach den Zirkeln der außenpolitischen Entscheidungsträger und ihrer Zuarbeiter war es zunächst die gemäßigte politische Presse, die nicht ohne Anstöße aus der Politik zum Forum der Diskussion und zum Fürsprecher wurde. Paul Reynaud übernahm dann in der überaus kritisch gestimmten Plenumsöffentlichkeit der Assemblée Nationale im Juni 1948 die Rolle des einzigen nicht-sozialistischen Propagators. Sein besonderes Gewicht gewann dieses Engagement vor dem Hintergrund einer parlamentarischen Stimmungslage, die den amerikanischen Botschafter noch wenige Tage vor Debattenbeginn zweifeln ließ, ob denn überhaupt irgend jemand außer dem verantwortlichen Verhandlungsführer Bidault die Empfehlungen „openly and publicly“ verteidigen würde.⁷²

Diplomaten Jacques Chazelle. Er gehörte gleichermaßen der Redaktion von *Le Monde* und der Abteilung „Administration centrale“ des Außenministeriums an (vgl. hierzu: Edouard Sablier, *La création du „Monde“*, Paris 1984, S. 35–38; Zitat: S. 37).

⁷⁰ Vgl. etwa „Comment on juge les recommandations des Six dans les milieux diplomatiques britanniques“, in: *Le Monde*, 8. 6. 1948; „On exclut à Londres la possibilité de nouvelles négociations“, ebenda, 16. 6. 1948; „Le général Clay va-t-il publier la ‚charte de Francfort?‘“, in: ebenda, 15. 6. 1948; „Le vote de l'Assemblée nationale paraît aux Anglais devoir être décisif pour l'avenir des relations entre les puissances occidentales“, in: ebenda, 13./14. 6. 1948.

⁷¹ Vgl. u. a. André François-Poncet, „Que vaut l'accord de Londres?“, in: *Le Figaro*, 6./7. 6. 1948; ders., „Choisir entre de grands inconvénients“, ebenda, 12. 6. 1948. Maurice Duverger, „Rhin ou Chaco?“, in: *Le Monde*, 16. 6. 1948. François Mauriac, „Le monolithe et le roseau“, in: *Le Figaro*, 13./14. 6. 1948. Léon Blum, „Après le vote“, in: *Le Populaire*, 18. 6. 1948; vorher bereits seine Artikelfolge: „La convention de Londres. La constitution allemande“, in: *Le Populaire*, 11. 6. 1948; „La convention de Londres. Le contrôle de la Ruhr“, ebenda, 9. 6. 1948 sowie „La convention de Londres. La sécurité“, ebenda, 10. 6. 1948. Zum Standpunkt des MRP: „La France contre la solitude“, in: *L'Aube*, 13./14. 6. 1948; „Idées simples sur un problème grave“, ebenda, 16. 6. 1948.

⁷² Caffery an Secretary of State, 7. 6. 1948, in: FRUS 1948. Band II: Germany and Austria, Washington 1973, S. 321. Um die Zustimmung der ausschlaggebenden gemäßigten Parlamentsgruppen vor-

Nicht zum erstenmal in seiner Laufbahn artikulierte Reynaud damit unpopuläre Neuorientierungsfragen von nationalem Interesse; nicht zum erstenmal auch begab er sich auf deutschlandpolitischem Gebiet in die Nähe sozialistischer Konzeptionen. Von André Philips Vorstellungen eines „europäischen Großraummarktes“ etwa unterschieden sich seine Ideen zwar entscheidend im Gesamtziel, das sicherlich nicht wie bei jenem die Umsetzung eines sozialistischen Gesellschaftsmodells umfaßte, kaum aber in der Methode, die zu allgemeiner Prosperität führen sollte: der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas unter Öffnung nationaler Märkte.⁷³ Gemeinsam war hier wie dort die Überzeugung, daß die wirklich zentralen deutschlandpolitischen Fragen – Sicherheit, Ruhrkohle und damit die wirtschaftlich-politische Machtverteilung im Nachkriegseuropa – schon im eigenen französischen Interesse auf neuen Wegen geregelt werden mußten. Auch war beiden klar, daß jede effektive Integrationslösung unweigerlich die Einschränkung nationaler französischer Souveränitätsrechte nach sich ziehen würde. Dies mußte all jene schockieren, die wie die übergroße Mehrheit der Debattenredner aus dem kommunistischen, gemäßigten, rechtskonservativen oder gaullistischen Lager im Juni 1948 nach wie vor auf die Mittel traditioneller nationaler Machtpolitik gegenüber Deutschland setzten. In dem Maße aber, in dem die SFIO vor dem Hintergrund des entstehenden Ost-West-Gegensatzes im Laufe des Jahres 1948 von ihren Plänen einer universalen Friedensordnung und eines Europa der „Dritten Kraft“ zwischen den Blöcken zugunsten einer Integrationslösung innerhalb des entstehenden westlichen Lagers abging, entstand in der Tat eine begrenzte außenpolitische Interessengemeinschaft mit pro-westlich und antikommunistisch gestimmten Liberalkonservativen wie Paul Reynaud. Jener hatte schon seit Sommer 1947, früher als die SFIO und früher auch als die offizielle Diplomatie Frankreichs, die Teilung der Blöcke als gegeben hingenommen und daraus ein Gutteil seiner deutschlandpolitischen Urteilssicherheit bezogen.⁷⁴ Als im Juli 1948 das Kabinett Schuman stürzte und die seit September 1944 mit dem Namen Georges Bidaults verbundene außenpolitische Ära definitiv zu Ende ging⁷⁵, fügte sich Reynauds politisches Profil deshalb auch in dieser Hinsicht paßgenau in die neue Regierungskonstellation ein. Als neuer Minister unter André Marie und Léon Blum war er Mitte Juni bereits im Gespräch gewesen.⁷⁶ Einmal mehr hatte es der bekennende Anhänger einer „Troisième Force“ zwischen Kommunisten und Gaullisten geschafft, das außenpolitisch Nützliche und innenpolitisch Naheliegende mit dem karrieretaktisch Opportunen zu verbinden.

Wie schon 1921/29 dokumentiert Reynauds Initiative von 1948 eindringlich den Bestand an innovativem deutschlandpolitischem Potential in der französi-

zubereiten, nahm Caffery wenig später mit Reynaud und Laniel Kontakt auf: Caffery an Secretary of State, 10. 6. 1948, ebenda, S. 327f.

⁷³ Zu Philips Konzept: Loth, Sozialismus und Internationalismus, S. 187f.

⁷⁴ Paul Reynaud, „Situation clarifiée mais tendue“, in: *La Revue de Paris* 8 (1947), S. 3–9; ders., „Incertitudes 1948“, ebenda 3 (1948), S. 3–8; vgl. auch bereits: ders., „Un tournant de la politique mondiale“, ebenda 4 (1947), S. 3–8. Zur Wandlung der welt- und deutschlandpolitischen Positionen in der SFIO seit 1944 vgl. Loth, Sozialismus und Internationalismus, S. 45ff.

⁷⁵ Lediglich vom 16. Dezember 1946 bis 16. Januar 1947 hatte Bidault seither die Leitung des Außenministeriums nicht innegehabt.

⁷⁶ Vgl. hierzu u.a.: The Ambassador in France (Caffery) to the Secretary of State, 18. 6. 1948, in: FRUS 1948. Band III: Western Europe, Washington 1974, S. 637–639.

schen Politik nach den beiden Weltkriegen. Zweimal innerhalb von fast 27 Jahren hatte er Ideen zur Herstellung eines strukturell begründeten zentraleuropäischen Gleichgewichts unter französischer Vorreiterschaft auf die Ebene der parlamentarischen Diskussion geführt, noch bevor dann in der offiziellen Außenpolitik ab 1925 und ab 1950 die Zeichen auf Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland standen. Weder in den zwanziger noch in den vierziger Jahren vertrat er derartige Ideen alleine. Ähnlich elaborierte und konstruktive Konzepte fanden sich jedoch zum jeweiligen frühen Zeitpunkt eher in Kreisen außenpolitischer Planer, politischer Publizisten und in der SFIO als in den Reihen der bürgerlichen parlamentarischen Eliten.

Sein Engagement ging bei allen innenpolitischen wie karrieretaktischen Konnotationen jeweils über bloße Profilierungsabsichten hinaus. Auf den motivierenden Kern reduziert, resultierte es im einen wie im anderen Fall aus der Einsicht in das vielfältig bedingte Unvermögen der französischen Politik, in den beiden unmittelbaren Nachkriegsperioden autonom eine stabile europäische Friedensordnung zu etablieren. Natürlich hatte dabei auch Paul Reynaud keine Patentrezepte anzubieten. Zu komplex war zweifellos die Problemlage, als daß etwa 1921/22 ein reparationstechnisches Verfahren alleine den Gang der Geschichte hätte wenden können. Der Grundgedanke seines deutschlandpolitischen Konzepts aber erwies sich, nachdem er sich schließlich in der „großen“ Politik durchgesetzt hatte, als den machtpolitischen Möglichkeiten Frankreichs angemessener und dem konkurrierenden Modell traditioneller Sicherheitspolitik an Dauerhaftigkeit überlegen: die Bereitschaft nämlich zum kühlen, wirtschaftlich abgestützten Interessenausgleich als Grundlage umfassenderer politischer Verständigung. Daß entsprechende Ansätze ab 1950 erfolgreich zur Anwendung kamen, ist sicherlich in erster Linie bezeichnend für den Wandel in den weltpolitischen Ausgangsbedingungen und die Lehren, die die französische Politik unter amerikanischem Druck aus der Geschichte zog. Durchaus mit Recht allerdings konnte Reynaud – zusammen mit anderen – eine Vordenkerschaft in bezug auf die Idee der deutsch-französischen Verflechtung im Montanbereich und damit zur Lösung eines Kernproblems der wechselseitigen Beziehungen in Anspruch nehmen.⁷⁷

Es erstaunt nicht, daß der Politiker zu den frühen Promotoren des Europa-Gedankens in Frankreich gehörte.⁷⁸ Sein Engagement entfaltete sich im Rahmen des

⁷⁷ Vgl. Reynauds dahingehende Äußerungen zum Schuman-Plan: Paul Reynaud, „Les deux Allemagnes“, in: *La Revue de Paris* 7 (1950), S. 3–9.

Allgemein dazu als vergleichende Analysen der Problemlagen französischer Außenpolitik nach beiden Weltkriegen: Andreas Wirsching, Großbritanniens Europapolitik und das deutsch-französische Problem nach den beiden Weltkriegen, in: *GWU* 4 (1996), S. 209–224; Jacques Bariéty, Frankreich und das deutsche Problem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Klaus Schwabe/Francesca Schinzinger (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert. Teil 2: Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1994, S. 121–136.

⁷⁸ Zur Geschichte der Europaidee in Frankreich und zur Entwicklung der europäischen Institutionen allgemein seien aus der umfangreichen Literatur die folgenden Sammelbände herausgegriffen: Raymond Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (Mars 1948–mai 1950). Origins of the European Integration (March 1948–may 1950). Actes du colloque de Strasbourg 28–30 novembre 1984, Bruxelles/Milano/Paris/Baden-Baden 1986*; Gilbert Trausch (Hg.), *Die europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. The European Integration from the Schuman-Plan to the Treaties of Rome. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen*

allgemeinen Paradigmenwechsels, der sich im Laufe des Jahres 1947 im französischen Regierungshandeln und in der politischen Öffentlichkeit des Landes zugunsten der Integrationsidee vollzog. Wie eine große Zahl von ambitionierten Föderalisten nahm er seinen Eintritt in die Europapolitik über private Initiativen und Organisationen, stand aber, obwohl mittlerweile als „elder statesman“ geschätzt, hinter den führenden Gestalten wie Churchill, Spaak oder Coudenhove-Kalergi stets eher in zweiter Reihe. Für einen kurzen Moment in der Geschichte der europäischen Integration gelang es ihm allerdings, in dem neu entstehenden europäischen Diskussions- und Entscheidungsraum zwischen Frühjahr 1948 und Anfang 1949 an Schlüsselstellen zu agieren. Sein direkter Einfluß nahm dann in der Folge in dem Maße wieder ab, in dem der europäische Organisationsprozeß aufgrund des englischen Widerstands in vorläufige Stagnation verfiel und sich damit auch der Gestaltungsraum für seine eigenen weitreichenden Vorstellungen enttäuschend verminderte.

Im Juni 1947 bereits hatte Reynaud auf die Frage, die der Initiator der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, an über 4000 Abgeordnete der westeuropäischen Parlamente gerichtet hatte – „Etes-vous en faveur de la Fédération Européenne dans le cadre de l'O.N.U.?“ – zusammen mit etwa 44% der französischen Kammerabgeordneten positiv geantwortet.⁷⁹ Neben 25 weiteren führenden Politikern, Journalisten, Kirchenvertretern und Intellektuellen wie Edouard Herriot, Pierre-Henri Teitgen, Raymond Aron oder Paul Claudel gehörte er im Juli des Jahres zu den Gründungsmitgliedern des „Conseil Français pour l'Europe unie“, einer Vereinigung, die auf Initiative des Juristen und Mitherausgebers von *Le Monde*, René Courtin, einflußreiche Multiplikatoren des Europagedankens zusammenführen sollte; dies freilich ohne offizielle Beteiligung der Sozialisten, die aus Solidarität mit der Labour-Party noch zurückhaltend blieben. Der im Dezember 1948 gegründeten Dachorganisation der französischen Europabewegung, dem „Conseil français du Mouvement Européen“, stand Reynaud neben Paul Bastid, Paul Ramadier, Pierre-Henri Teitgen und André Siegfried als Vizepräsident unter Raoul Dautry und Edouard Herriot vor.⁸⁰ Im Sommer 1947 bereits hatte er den

und Mißerfolge. Projects and Initiatives, Disappointments and Failures. Beiträge des Kolloquiums in Luxemburg 17.–19. Mai 1989. Contributions to the Symposium in Luxembourg May 17–19, 1989, Baden-Baden/Milano/Paris/Bruxelles 1993; nicht nur aus bundesdeutscher Perspektive von Interesse: Ludolf Herbst/Werner Bühner/Hanno Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 30), München 1990; Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hg.), Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen (Historische Zeitschrift Beihefte N.F. 21), München 1995.

Als größere, wenngleich unvollendete Darstellung noch unverzichtbar: Walter Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. I. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977. Eine knappe Zusammenfassung der Entwicklung bietet: Wilfried Loth, Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen 1990; John W. Young, Britain, France and the Unity of Europe 1945–1951, Leicester 1984.

⁷⁹ Bis September 1947 stieg der Prozentsatz der Zustimmung in der Assemblée Nationale auf 50% an (Lipgens, Anfänge, S. 438–444).

⁸⁰ Lipgens, Anfänge, S. 570–573; René Massigli, Une comédie des erreurs 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Paris 1978, S. 151 f. Wilfried Loth, French Political Parties and Pressure Groups in the Discussion on European Union, in: Walter Lipgens/Wilfried Loth (Hg.), Documents on the History of European Integration. Band III: The Struggle

Sprung über die nationalen Grenzen hinaus getan und als Mitglied einer französischen Delegation am ersten Kongreß der „Europäischen Parlamentarier Union“ teilgenommen, die auf Einladung Coudenhove-Kalergis im schweizerischen Gstaad zusammengetroffen war. Mit 114 Abgeordneten aus zehn Ländern hatte er sich dabei in der einmütig verabschiedeten Schlußerklärung u. a. für die Wahl einer europäischen verfassungsgebenden Versammlung ausgesprochen.⁸¹ Die Teilnahme am Haager Kongreß der europäischen Bewegung im Mai darauf lag in der Logik seines Engagements und des Rufes als überzeugter „Europäer“, der ihm mittlerweile anhaftete. In den oft diffus verlaufenden Debatten, in denen sich die Meinungsfronten hinsichtlich des anzustrebenden Tempos der Einigung und der konkreten Gestalt europäischer Institutionen kaum mehr entwirrbar überkreuzten, präsentierte sich Reynaud als „leidenschaftlicher“ und „unerschrockener“ Anhänger einer Maximallösung. So schlug er in den Beratungen über das nach seinem Geschmack allzu temperierte politische Schlußkommuniqué die Volkswahl eines europäischen Parlaments innerhalb von sechs Monaten vor: Nur gestützt auf den direkten Wählerwillen werde eine derartige Versammlung echten Einfluß erlangen und übergeordnete Ziele gegenüber den Teilinteressen der Mitgliedsländer durchsetzen können. Von der Mehrzahl der Abgeordneten als zu weitgehend und unrealistisch verworfen, war der Plan vor allem auf den geschlossenen Widerstand der britischen Delegierten gestoßen, die Rücksicht zu nehmen hatten auf das europaskeptische Meinungsklima in Öffentlichkeit und Politik ihres Landes.⁸² Reynaud selbst aber qualifizierte sich durch sein Vorpreschen gerade in dem historischen Moment für eine regierungsnahen Tätigkeit, als sich das französische Kabinett zum diplomatischen Vorangehen in der Europafrage entschloß.

Die Annahme der Londoner Empfehlungen und ihre Konsequenzen für eine westdeutsche Staatsgründung legten ja in der Tat die Forcierung supranationaler Lösungen nahe, wollte man nicht die Kontrolle über den deutschen Wiederaufstieg vollends aus der Hand geben. Entsprechend nahm Georges Bidault am 20. Juli 1948 vor den Vertretern der Brüsseler-Pakt-Staaten die Initiative des Haager Kongresses auf und plädierte für die Schaffung einer entscheidungsbefugten europäischen Versammlung als *Nucleus* für eine weitergehende Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Der Vorstoß führte zu einer Verdichtung europapoliti-

for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries 1945–1950, Berlin/New York 1988, S. 17–24, hier: S. 22.

⁸¹ Vgl. zu dem Kongreß, der vom 8.–11. 9. 1947 tagte: Edouard Bonnefous, „Après la conférence de Gstaad. Aurons-nous un Parlement Européen?“, in: *Le Monde*, 14./15. 9. 1947; Lipgens, Anfänge, S. 554–561.

⁸² Die Protokolle des Haager Kongresses finden sich abgedruckt in: European Movement (Hg.), Congress of Europe. 4 Bände, Den Haag 1949; Auszüge in: Lipgens/Loth (Hg.), Documents, Band IV: Transnational Organizations of Political Parties and Pressure Groups in the Struggle for European Union, 1945–1950, Berlin/New York 1991, S. 339–345; ein Entwurf der „contre-résolution“ Reynauds findet sich auch in seinem Nachlaß (AN, 74 AP 49).

Aus der Perspektive von Augenzeugen: Hendrik Brugmans, Der Haager Kongreß nach vierzig Jahren – Reflexionen eines Zeitzeugen, in: *Integration* 11 (1988), S. 47–55. Als junger Berichterstatter für *Le Figaro* erlebte Raymond Aron Reynauds Auftreten in Den Haag: Raymond Aron, *Mémoires. 50 ans de réflexion politique*, Paris 1983, S. 273 (Zitate); René Courtin, „Résultats et perspectives“, in: *Le Monde*, 14. 5. 1948; Paul Reynaud, *S'unir ou périr*, Paris 1951, S. 248–250. Zum Verlauf auch: Massigli, *Comédie des erreurs*, S. 154–156; Loth, *Weg nach Europa*, S. 58–60; ders., *Sozialismus und Internationalismus*, S. 209–211.

scher Bemühungen bis hin zur Gründung des Europarats im Mai 1949, in die Paul Reynaud zeitweise eng involviert war. Selbst Koautor eines Aufrufs des Internationalen Exekutivkomitees der Haager Bewegung an die europäischen Regierungen und mittlerweile Minister im Kabinett André Marie, trug er am 18. August die befürwortende französische Kabinettsentschließung mit. Sie verschaffte den Ideen der Europabewegung ihren bis dahin wichtigsten Durchbruch und verlagerte sie vom Terrain privater Initiativen auf die Ebene diplomatischer Beratungen im Kreis der „Fünf“. ⁸³ Den bald hervortretenden Antagonismus zwischen dem englischen und dem französischen Modell europäischer Institutionen, der als strukturierendes Prinzip die weiteren Beratungen bis in die Anfänge des Europarats hinein prägte, gestaltete Reynaud nun in offizieller Funktion mit. Zusammen mit Edouard Herriot, Guy Mollet, François de Menthon und Botschafter Charles Corbin vertrat er die französische Position in dem 18-köpfigen „Comité d'études pour l'union européenne“, das die Außenminister der fünf Brüsseler Mächte zur Koordinierung der Standpunkte eingesetzt hatten. Es gelang nicht, einen Kompromiß herbeizuführen: Zwar konnte man sich über das Zweikammerprinzip verständigen, doch divergierten die Vorstellungen vor allem hinsichtlich des Charakters der Ratsversammlung zu stark. Ob man es entsprechend den französischen Vorstellungen mit einem unabhängigen Gremium frei beratender und votierender Parlamentarier zu tun haben würde oder nach den englischen Plänen mit einem Rat weisungsgebundener und en bloc abstimmender Regierungsdelegationen, denen zudem die Beratung militärischer und ökonomischer Fragen untersagt war, mußte das Gewicht des Organs entscheidend beeinflussen. Zu Bevins Plänen eines britisch dominierten westeuropäischen Paktsystems jedenfalls standen einflußreiche supranationale Organisationsformen in diametralem Gegensatz. Paul Reynaud hatte innerhalb der nicht geschlossenen auftretenden französischen Delegation seine bekannte Maximalposition mit deutlichen Worten vertreten: Er hatte die britischerseits vorgeschlagene Unterordnung der Ratsversammlung unter ein Ministergremium als gleichermaßen „lächerlich“ wie „autoritär“ qualifiziert und einen „psychologischen Anstoß“ der Europabegeisterung beschworen, den in der Bevölkerung kein abgehobenes Organ aus Regierungsvertretern auslösen könne. ⁸⁴

Es lag in der Konsequenz dieser gedanklichen Linie, daß Reynaud dem schließlich bis 5. Mai 1949 auf Ministerebene erarbeiteten Kompromiß eines Statuts für den Europarat gespalten gegenüberstand; mehr noch zog er nach den Erfahrungen der ersten Sitzungsperioden als Europaabgeordneter ein enttäuschtes, bitteres Resümee. Bei allem erreichten Fortschritt der Europabewegung bleibe die geschaf-

⁸³ Loth, *Weg nach Europa*, S. 60–76; der Aufruf vom 18. 8. 1948 ist abgedruckt in: Lipgens/Loth (Hg.), *Documents*, Band IV, S. 360–362; zur Ministerratssitzung der Regierung Marie vom gleichen Tag: Auriol, *Journal* 1948, S. 368.

⁸⁴ Vgl. zu den Äußerungen Reynauds die Protokolle der Plenumsitzungen vom 27. 11. und 16. 12. 1948 sowie vom 19. 1. und 20. 1. 1949 (MAE, *Z-Europe* (1944–1949), *Généralités*, Band 11 (15. 10.–14. 12. 1948) und 12 (15. 12. 1948–9. 2. 1949). Dazu auch die Darstellung der Verhandlungen bei Marie-Thérèse Bitsch, *Le rôle de la France dans la naissance du Conseil de l'Europe*, in: Poidevin (Hg.), *Histoire des débuts*, S. 165–198.

Zum dominierenden Auftreten Reynauds in der französischen Delegation vgl. die Memoiren des englischen Verhandlungsleiters: Hugh Dalton, *High Tide and After. Memoirs 1945–1960*, London 1962, S. 313–318; aus der Feder Reynauds dazu knapp: Reynaud, *S'unir ou périr*, S. 253–256.

fene Beratende Versammlung doch allzusehr beschränkt in ihrer Befugnis, sei nicht genügend bevölkerungsnah konstituiert und gegenüber dem präponderanten, dabei fortschrittschennend und gelegentlich überheblich auftretenden Ministergremium von „angeborener Schwäche“ gezeichnet.⁸⁵ Der Parlamentarierversammlung, nicht den Ministern oder den „mysteriösen“, öffentlichkeitsfernen Regierungsvertretern der OEEC sollte die zentrale Aufgabe zufallen: den wirtschaftlichen Aufschwung Europas spätestens bis zum Ende der Marshallplanhilfe mit dem Etappenziel eines gemeinsamen Marktes in Gang zu setzen und damit indirekt dem Vordringen der kommunistischen Ideologie den Boden zu entziehen: „Il faut aller à l'Etat européen franchement, et c'est une institution d'esprit européen qui seule peut remplir ce rôle. [...] La route que nous avons suivie depuis la guerre aboutit à un cul-de-sac, la date limite 30 juin 1952, à moins que nous ne montrions ce dont nous sommes capables en ce qui concerne l'Europe. Nos peuples ont le choix entre la catastrophe que représenterait la cessation de l'aide américaine si nous ne faisons rien, et la rénovation de l'Europe dans laquelle il faut nous engager. [...] Aujourd'hui, il s'agit de conserver pour nous et pour nos enfants ce qui est notre raison permanente de vivre: la liberté d'aller, de venir, de parler, d'écrire, d'être un homme au fond.“⁸⁶

Diese bei Reynaud permanent anzutreffende, genuine Verklammerung der eher „technischen“ Europamotivation mit grundlegenden weltanschaulichen Prämissen erklärt sein zähes Festhalten an den früh formulierten Zielen auch unter gewandelten politischen Voraussetzungen. Denn daß die formulierten weitreichenden Hoffnungen in die politische Prägestkraft des Europarats vergeblich sein sollten, daß die erstrebte Wirtschaftseinheit Europas schließlich auf konkurrierenden organisatorischen Wegen vorangetrieben werden würde, zeichnete sich gerade in seinem europapolitischen Wirkungskreis ernüchternd früh ab. Als Vorsitzender der Wirtschaftskommission des Europarates seit 1949 erlebte Reynaud Kompetenzstreitigkeiten mit den Experten der OEEC von Anfang an hautnah mit. Sie waren wie die schier unüberwindlichen Widerstände im Ministerkomitee gegen die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge lediglich die Vorboten einer umfassenderen Schwerpunktverlagerung im europäischen Prozeß und schließlich mitentscheidend dafür, daß er sein Amt mit dem Ende der vierten Sitzungsperiode im September 1952 aufgab.⁸⁷ Vom geringen Ertrag der ersten Anläufe enttäuscht,

⁸⁵ Vgl. den kritischen Rückblick Reynauds auf die erste Sitzungsperiode des Europarats (10. August – 8. September 1949) vor der französischen Kammer: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2^e Séance du 24 novembre 1949, S. 6246–6250; Brief Reynaud an Spaak, 7. 3. 1951 (AN, 74 AP 49); zusammenfassend auch: Reynaud, S'unir ou périr, S. 249 (Zitat) und S. 255–265.

⁸⁶ Vgl. hierzu die Rede Reynauds im Europarat vom 23. 8. 1949: Conseil de l'Europe, Assemblée Consultative. Première Session (10 août – 8 septembre 1949). Compte rendus. Band II, Strasbourg 1949, S. 501–507, Zitat: S. 503/507. Allgemein zu den Beratungen des Europarates im Überblick: Charles Melchior de Molènes, L'Europe de Strasbourg. Une première expérience de parlementarisme européen, Paris 1971, S. 181 ff.

⁸⁷ Vgl. zur frühen Tätigkeit der Wirtschaftskommission und zu ihren Problemen: Council of Europe, Consultative Assembly. Second Session 1950. Report of the Committee on Economic Questions, Strasbourg 1950, hier: S. 3–10; zu persönlichen Divergenzen zwischen Reynaud und dem Generalsekretär der OEEC, Robert Marjolin: The Consul at Strasbourg (Andrews) to the Department of State, 31. 7. 1950, in: FRUS 1950. Band III: Western Europe, Washington 1977, S. 777–780. Still-schweigen über seine Nachkriegsbeziehungen zu Reynaud bewahrt allerdings: Robert Marjolin, Le travail d'une vie. Mémoires 1911–1986, Paris 1986.

wandelte er sich zu einem der wichtigsten parlamentarischen Protagonisten einer „funktionalistischen“, sektoriell vorgehenden Integrationspolitik. Er tat dies, noch bevor Frankreichs Außenpolitik offiziell auf diesen Kurs einschwenkte und ohne seine „radikal-föderalistische“ Grundorientierung aufzugeben.⁸⁸

Den Schuman-Plan verteidigte Reynaud nicht nur im Ratifizierungsstadium, sondern gehörte zwischen September 1952 und Juli 1955 der französischen Delegation beim Gemeinsamen Rat der EGKS an.⁸⁹ Daneben hatte er schon im November 1949, als in der französischen Kammer über das Petersberger Abkommen beraten wurde, den Gedanken der Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer europäischen Armee lanciert. Das geschah in vorsichtiger Form, doch immerhin zu einem Zeitpunkt, da eine wie auch immer geartete deutsche Wiederbewaffnung zwar in Kreisen führender amerikanischer, britischer und sogar französischer Militärs diskutiert, aber in offiziellen Pariser Regierungsaussagen und in der Assemblée Nationale noch mit einer eindeutigen Absage versehen wurde. Eine entsprechende amerikanische Forderung an die westeuropäischen Regierungen, wie sie tatsächlich im September 1950 erfolgte, schien Reynaud bereits damals unausweichlich.⁹⁰ Wieder übernahm er die Rolle eines europäorientierten Impulsgebers und Drängers, der jene mit eloquenter Kritik überzog, die er als Bremser auf dem für richtig gehaltenen Weg einschätzte. Nach der britischen Labour-Regierung, die er wegen ihrer Abwendung vom föderalen Gedanken angriff, nach der zögerlichen Gesamtheit des Ministergremiums des Europarats geriet ab Frühjahr 1950 wiederum besonders die französische Politik in seine Schußlinie. Deren dilatorisches Vorgehen in der Wiederbewaffnungsfrage verstand er als unnötigen und gefährlichen Zeitverlust, allzusehr orientiert an überholten, „gefühlsmäßigen“ Kategorien des deutsch-französischen Antagonismus: „Ne considérons donc pas que nous en sommes encore à la période du tête-à-

Zur Zusammensetzung des Ausschusses bei Beginn der Beratungen: Council of Europe, Consultative Assembly. First Session (10th August – 8th September 1949), Agendas. Minutes, Strasbourg 1949, S. 38. Zu seinem allgemeinen Funktionsverlust auch: Der Europarat 1949–1969. Struktur und Tätigkeit der Beratenden Versammlung, Bonn 1969, S. 38–40. Vgl. auch den Entwurf eines Rücktrittsbriefes Reynauds von Kommissionsvorsitz und Ratsmandat in seinem Nachlaß (AN, 74 AP 49). Vgl. auch seine skeptische Aussage zum Conseil de l'Europe als „académie d'éloquence“ (Massigli, *Comédie des erreurs*, S. 334).

Konträr hierzu in der Wertung der Einflußmöglichkeiten der Wirtschaftskommission: Tellier, *Contribution politique*, S. 98.

⁸⁸ Zu schematisch deshalb die Unterscheidung zwischen „integralen“ und „funktionalen“ Föderalisten bei: Wilhelm Cornides, *Der Europarat und die nationalen Probleme*, in: *Europa-Archiv* 6 (1951), S. 3655–3676; Zitate: S. 3655, 3658.

⁸⁹ Zu Reynauds Engagement für den Schuman-Plan vgl. seine Verteidigungsrede im Europarat vom 21. 11. 1950, die sich in erster Linie gegen britische Einwände richtete: Conseil de l'Europe. Assemblée consultative. Deuxième session (18–24 novembre 1950). *Comptes rendus*, Band V, Strasbourg 1950, S. 1347–1361. Daneben auch Reynauds Stellungnahme in der französischen Kammer: JO, Assemblée Nationale, *Débats parlementaires*, 2^e Séance du 11 décembre 1951, S. 9001 f. und 9143 f. Melchior de Molènes, *L'Europe de Strasbourg*, S. 669.

⁹⁰ Reynaud zur Möglichkeit eines deutschen Militärbeitrags: JO, Assemblée Nationale, *Débats parlementaires*, 2^e Séance du 24 novembre 1949, S. 6246–6250, hier: S. 6250.

Allgemein zum konzeptionellen Vorsprung der französischen Militärführung gegenüber der Politik in dieser Frage: Pierre Guillen, *Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950–1954)*, in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung (Militärsgeschichte seit 1945, Band 7)*, Boppard a. Rh. 1985, S. 125–157.

tête franco-allemand. Cette période est dépassée. Il ne faut pas que l'arbre allemand nous cache la forêt russe.“⁹¹ Radikal „europäisch“ war seine konzeptionelle Antwort auch hier, und sie war es in dem Maße, in dem sich seine öffentlich immer wieder formulierte Bedrohungsanalyse seit Ausbruch des Korea-Kriegs, seit der kommunistischen Machtübernahme in China und der zunehmend unhaltbaren Position des Westens im Fernen Osten zu einer dramatisch übersteigerten Vision verdichtete: „Tandis que les Occidentaux sont ainsi „accrochés“ à l'autre bout du monde, est-ce que le Russe n'en profitera pas pour poignarder la poitrine nue de l'Europe occidentale?“⁹²

So war er wiederum involviert, als im August 1950 zum erstenmal auf offizieller internationaler Ebene eine *supranationale europäische* Lösung der Wehrbeitragsfrage diskutiert wurde. In unmittelbarem sachlichen Zusammenhang mit den Europaratsinitiativen André Philips und Winston Churchills zur Schaffung einer europäischen Armee regte er am 9. August 1950 die Berufung eines europäischen Verteidigungsministers an; den ehemaligen englischen Premier brachte er wenig verblümt als seinen Wunschkandidaten ins Spiel. Die daraufhin am 11. August 1950 verabschiedete Resolution des Europarats nahm er wiederum zum Anlaß, in einem persönlichen Schreiben an seinen Ministerpräsidenten einen entsprechenden Europaarmee-Beschluß der französischen Kammer zu fordern.⁹³ Den ausgearbeiteten Plänen von Pleven und Spofford stand er dann allerdings skeptisch gegenüber, war er doch nicht nur aufrichtig an der Umsetzung der Idee interessiert, sondern darüber hinaus überzeugt, daß die diskriminierende Behandlung der deutschen Seite dem internationalen „standing“ Frankreichs schaden und das Projekt insgesamt zum Scheitern bringen würde.⁹⁴ Wenn er in der Folge dennoch u. a. mit Robert Schuman, René Mayer, Antoine Pinay, René Pleven und Pierre-Henri Teitgen die Meinungsführerschaft in der Assemblée Nationale zugunsten der EVG übernahm, dann geschah das nicht in erster Linie wegen, sondern trotz der dilatorischen französischen Verhandlungsposition. In einer Reihe von Streitfragen, die in der langen, oft diffusen EVG-Diskussion der französischen Öffentlichkeit die Fronten teilten, hatte er klare Vorstellungen, welche sich keineswegs immer mit jenen der französischen Diplomatie deckten. So sprach in seinen Augen nichts dagegen, Deutschland in EVG und NATO aufzunehmen; mitnichten auch sah er ein französisches Vorgehen in der Wiederbewaffnungsfrage an das freilich wünschenswerte englische Beitreten gebunden. Auch kam es ihm von Anfang

⁹¹ Vgl. sein ungeschütztes Plädoyer für einen deutschen Wehrbeitrag in: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2^e séance du 24 octobre 1950, S. 7123–7127; Zitate: S. 7124 f.

⁹² Paul Reynaud, „Le destin hésite“, in: *La Revue de Paris* 1 (1951), S. 5–9, hier: S. 7.

⁹³ Reynauds Rede im Europarat vom 9. 8. 1950: Conseil de l'Europe, Assemblée Consultative. Deuxième Session (7 août – 28 août 1950). Compte rendu, Strasbourg 1950, S. 112–123. Der Inhalt seines Briefes an René Pleven vom 16. 8. 1950 findet sich referiert in: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2^e séance du 24 octobre 1950, S. 7123.

Aus der Perspektive der SFIO dazu auch: Loth, Sozialismus und Internationalismus, S. 270–290.

⁹⁴ „Ce fut un abaissement de la situation de la France, après le succès que le plan Schuman avait obtenu auprès de l'opinion publique du monde libre. Après la main tendue à l'Allemagne, c'était le poing tendu. Il faut cependant choisir entre ces deux politiques. Certes, le risque est partout mais on ne peut demander à des gens de se faire tuer à nos côtés pour la cause commune, et les traiter en suspects.“ (Paul Reynaud, „Le destin hésite“, in: *La Revue de Paris* 1 (1951), S. 5–9, hier: S. 8). Vgl. auch Ders., *S'unir ou périr*, S. 187 f.

an nie darauf an, den Plan als Mittel zur Fortführung einer autonomen französischen Sicherheitspolitik zu instrumentalisieren, sondern im Gegenteil darauf, ihn zum ersten Schritt für eine weitgehende Annäherung an die USA in Verteidigungsfragen zu machen. Seine Argumente blieben die gleichen, als mit beginnender Konsolidierung des Verhältnisses zwischen den Großmächten die EVG-Verfechter zunehmend in Argumentationsnot gerieten und das Hauptinteresse der französischen Politik sich den drängend akuten Problemen der Dekolonialisierung zuwandte: Reynaud betonte die sowjetische Gefahr, die strukturelle Unfähigkeit Frankreichs, die geforderten 12 westdeutschen Divisionen selbst aufzubringen und die notwendige Verankerung Deutschlands wie seines westlichen Nachbarn in der westeuropäisch-atlantischen Gemeinschaft.⁹⁵ Wie er selbst erkannte, stand er damit den Positionen Konrad Adenauers zumindest seit Januar 1952 in mancher Hinsicht näher⁹⁶ als der Regierungsmehrheit in der Assemblée Nationale. Dort hatte der Rückzug der Sozialisten in die Opposition die Lage der EVG-Befürworter in den Reihen des MRP, der traditionellen Rechten, der Radikalsozialisten und der SFIO nicht unerheblich geschwächt. Die Notwendigkeit, zur Mehrheitsbildung nunmehr auf die EVG-feindlichen Gaullisten zurückgreifen zu müssen, verband jeden Versuch der parlamentarischen Abstützung des Vorhabens mit zunehmendem Risiko. Entsprechend reduziert war die Bereitschaft der Regierungen, den diplomatischen Prozeß energisch voranzutreiben.⁹⁷ Es verwundert deshalb nicht, daß die Hauptattacken Reynauds nach Scheitern des Ratifikationsprozesses weniger den EVG-Gegnern bei PCF, SFIO und Gaullisten galten als der passiven Haltung von Regierungschef Pierre Mendès-France, den er bitter für die versäumte Mobilisierung der politischen Mitte verantwortlich machte.⁹⁸

⁹⁵ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 16 février 1952, S. 734; ebenda, Séance du 24 octobre 1950, S. 7126. Ein Resümee der Argumentation Reynauds zur westlichen Verteidigung auch in: Reynaud, *S'unir ou périr*, S. 9–15 und 125 ff.; zu Europaarmee, Plevén-Plan und EVG: ebenda, S. 176–188. Zum zunehmenden Desinteresse führender französischer Politiker: Massigli, *Comédie des erreurs*, S. 371.

Zur Haltung der französischen Diplomatie und zum Meinungsstreit in der Öffentlichkeit sei aus der umfangreichen Literatur herausgegriffen: Raymond Poidevin, Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953), in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985, S. 101–124; Jean-Pierre Rioux, Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen?, ebenda, S. 159–176, sowie den bereits genannten Aufsatz von Pierre Guillen im gleichen Band. Zur Auseinandersetzung in Frankreich auch zusammenfassend: Willis, *France, Germany*, S. 138 ff., 168 ff., 178 ff.; immer noch lesenswert: Raymond Aron/Daniel Lerner (Hg.), *La querelle de la C.E.D. Essais d'analyse sociologique*, Paris 1956. Allgemein unterrichtet über die deutsch-französischen Beziehungen der Periode: Ziebur, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 97–118.

⁹⁶ Vgl. dazu Reynauds Brief an Emile Giraud, 21. 10. 1954 (AN, 74 AP 54). Umgekehrt war sich auch Adenauer der Übereinstimmung mit Reynaud in Europafragen durchaus bewußt und schätzte ihn als intelligenten, „abgeklärten“ und „sachlichen“ Politiker. Vgl. seine Bemerkungen vom 6. 11. 1953 und 24. 11. 1960: Adenauer. *Teegespräche 1950–1954* (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984, S. 501; Adenauer. *Teegespräche 1959–1961* (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1988, S. 390.

⁹⁷ Rioux, *Französische öffentliche Meinung*, S. 164 f.

⁹⁸ Bezeichnend ist die Ausdauer, mit der Reynaud auf die Vorzüge der EVG-Lösung zurückkam und die nach der Ablehnung drohenden Gefahren ausmalte: Er stehen einer neuen „Wehrmacht“ und Ostwendung der Bundesrepublik; vgl. JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2^e Séance du 29 août 1954, S. 4439 f.; ebenda, Séance du 30 août 1954, S. 4471; ebenda, 1^{re} Séance du 31 août

Darüber hinaus fand die auf eher übergeordnete strategische, wirtschaftliche oder ähnliche Überlegungen abgestimmte Argumentation Reynauds und anderer EVG-Anhänger ganz offenbar wenig Resonanz in der durch Umfragen erschließbaren öffentlichen Meinung. Bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu Europa und zur deutsch-französischen Aussöhnung in der Bevölkerung traf dort der Neuaufbau westdeutscher Truppenverbände auf größte Vorbehalte. Die Wurzeln hierfür lagen naturgemäß in den Traumata von Niederlage, Besatzungszeit und Kollaboration.⁹⁹ Erst wer sich die Virulenz solcher verständlicher Bedenken und ihre fortdauernde politische Wirksamkeit bis hinein in die Diskussionen der Nationalversammlung vor Augen hält, kann die Haltung jener, die gegen den Strom schwammen, gerecht würdigen. Wo noch 1954 weit über die Hälfte der Befragten in einer Umfrage „gute“ und „böse“ Deutsche in eins setzte und daneben keineswegs von einem Mentalitätswandel des Nachbarvolks seit der Nazizeit ausging¹⁰⁰, gehörten Mut und unabhängige Denkart dazu, um ein differenzierteres Deutschenbild in die eigene Argumentation einzupassen.

Reynaud bot nach 1945 eine durchwegs nüchterne Auffassung, die keineswegs frei war von negativen Stereotypen – wie sollte es auch anders sein angesichts seiner persönlichen und professionellen Leidensgeschichte. Wenn seine Aussagen deshalb bisweilen etwas Ratlosigkeit vor dem historischen Befund verrieten, so standen sie doch andererseits der Gegenwart bemerkenswert realistisch gegenüber. Ein „gelehrtes“ und „fleißiges“, wenngleich auch im letzten unverständliches Volk, das zweimal in seiner Geschichte der überkommenen Passion für das „frisch-fröhliche Kriegführen“ nachgegeben habe – so legte er sich wiederholt öffentlich die Grundzüge eines politischen „Charakterbilds“ der Deutschen zu recht. Sempel genug, um als breitenwirksame Anlehnung an die vorherrschende Meinung fungieren zu können, bildete es doch den Kern einer durchaus komplexeren, rational eingehetzten Auffassung, die in ihrer Ambivalenz typisch war für eine Reihe ähnlicher, allerdings erst gegen Ende der fünfziger Jahre mehrheitsfähiger Positionen unter den Intellektuellen der IV. Republik. Im Falle Reynauds verhinderte schon seine Kenntnis der nach 1945 in Deutschland anzutreffenden politischen Strömungen ein pauschales Urteil. Die Begegnung mit deutschen Parlamentariern im Europarat seit 1950, seine unveränderte Leidenschaft, Informationen aller Art über das Nachbarland „aufzusaugen“, wie auch die Wiederaufnahme seiner Praxis der Deutschlandreisen haben dazu wesentlich beigetragen.¹⁰¹ Natürlich, so der Politiker, ändere sich die Mentalität eines Volkes nicht über Nacht, doch die äußeren Umstände täten dies durchaus. Deshalb biete die demokratische Entwicklung in Westdeutschland – im Gegensatz zu jener im Osten – durchaus allen Anlaß zur Hoffnung auf ein erfolgreiches Ergebnis alliierter Erziehungsarbeit.¹⁰² Als einer der wenigen wichtigen Politiker der Zwischenkriegszeit, der weit

1954, S. 4477–4479; ebenda, Séance du 7 octobre 1954, S. 4574–4577; ebenda, Séance du 12 octobre 1954, S. 4669 f.

⁹⁹ Rioux, Französische öffentliche Meinung, S. 166–176.

¹⁰⁰ Sondages 1/2 (1958), S. 61; zitiert bei Rioux, Französische öffentliche Meinung, S. 172.

¹⁰¹ Ausführliches Material zu seinen Deutschlandreisen vom 15.–20. Mai 1950 und 9.–11. Dezember 1954 findet sich in: AN, 74 AP 65 und 68.

¹⁰² Vgl. etwa zum Deutschlandbild Reynauds: Ders., *S'unir ou périr*, S. 29 f.; 75–89; JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 2^e Séance du 24 octobre 1950, S. 7125.

nach 1945 noch prägend aktiv war, widerstand Reynaud der Versuchung, über die Wandlung zum deutschlandpolitischen „Falken“ für die Fehler der Vergangenheit Abbitte leisten zu wollen. Wie nahe eine solche Mutation gelegen hätte, führte Edouard Daladier vor Augen, dessen Plädoyers für eine unnachgiebige Haltung in Deutschlandfragen nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso notorisch wurden wie jene Edouard Herriots.¹⁰³ Weder vor noch nach 1945 fühlte sich Reynaud über eine ausgeprägte Vorliebe für deutsche Kultur oder Lebensart dem Nachbarland verbunden, dessen Sprache er nicht beherrschte. Dies unterschied ihn unter anderem von seinem langjährigen Parteifreund André François-Poncet.¹⁰⁴ „Vernunft-europäer“, der er war, strebte er den deutsch-französischen Ausgleich ebenfalls aus streng rationalen Gründen an. Residuen eines begreiflicherweise zunächst skeptischen Deutschlandbildes traten demgegenüber zurück hinter Überlegungen einer ins Europäische erweiterten Staatsräson. Wenn es Frankreich tatsächlich gelang, im Verlauf der Diskussionen um die EVG überkommene „Elemente von Germanophobie aus seinem nationalen Körper“ auszusondern¹⁰⁵, dann hatte daran die unspektakuläre, zähe Überzeugungsarbeit von Politikern wie Reynaud sicherlich einen nicht geringen Anteil.

Die Motive für sein in der Folge beharrliches Festhalten an der Idee der europäischen Einigung formulierte Reynaud stets klarer aus als das eigentlich angestrebte Ziel. Ein föderales Gebilde in der Art der schweizerischen Eidgenossenschaft oder der USA, mit direktgewähltem Parlament, gemeinsamen supranationalen Leitungsorganen und einem „Präsidenten der Vereinigten Staaten von Europa“, schwebte ihm als weitgefaßtes, doch nicht minder weitgehendes Ideal vor: „Cette Europe sera alors un continent ouvert aux aspirations des jeunes Européens qui peuvent y circuler sans passeport, sans visa, sans visite de douane, sans changement de monnaie. Chacun peut vendre et acheter ce qu’il veut. Chacun a le droit de tenter l’aventure hors de ses horizons familiers et de s’installer partout, dans des conditions d’égalité absolue.“¹⁰⁶

Buchstäblich bis in die letzten Jahre seines Lebens hielt Reynaud an dieser Vision fest, unternahm ungezählte politische wie publizistische Initiativen zu ihrer Realisierung und sparte auch nicht mit Kritik an jenen, die – nach seinem Geschmack – zu langsam voringen oder wie de Gaulle ein falsches Europaideal verfolgten. Dabei hatte sein europapolitischer Avantgardismus universellere Züge. So verlagerte er mit der Zeit das Gewicht seiner Argumentation von der Rekonstruktions- und Deutschlandproblematik immer mehr auf die weltpolitischen Implika-

¹⁰³ Allgemein zum Deutschland- und Europaskeptiker Daladier: Du Réau, Daladier, S. 448; vgl. auch seine Stellungnahme in: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 16 juin 1948, S. 3596–3598. Zu Herriot: Korff, Le Revirement, S. 203–207; Michel Soulié, La vie politique d’Edouard Herriot, Paris 1962, S. 527.

¹⁰⁴ Vgl. mangels einer wissenschaftlichen Biographie zu François-Poncet bis auf weiteres: Hans-Mannfred Bock, Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949–1955, in: Francia 15 (1987), S. 579–658, bes. S. 587–590.

¹⁰⁵ Ziebur, Deutsch-französische Beziehungen, S. 117.

¹⁰⁶ Eine Art europapolitisches „Vermächtnis“ hinterließ Reynaud in seinen beiden letzten Buchveröffentlichungen „S’unir ou périr“ (1951) und „La politique étrangère du Gaullisme“, (1964), Zitate: S. 35, 211; dt.: „Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles, München/Zürich 1964“, S. 26, 160.

tionen der Europafrage. Die Konsolidierung der europäischen Wirtschaftskraft unter kontrollierter Einbindung des deutschen Potentials war und blieb ein Fixpunkt seiner Konzeption, ebenso wie das Motiv der politischen Immunisierung Deutschlands gegenüber der kommunistischen Ideologie und etwaigen Neutralisierungsangeboten. Darüber hinaus aber gewann die europäische Einigung für ihn zunehmend Bedeutung als transatlantische Vorleistung, um die Präsenz der USA auf dem Kontinent über das Marshallplan-Engagement hinaus auch auf sicherheits- und militärpolitischem Terrain zu sichern. Bemerkenswert ist dabei nicht so sehr dieser Wandel an sich, sondern mehr noch die Schnelligkeit und die Analyse-schärfe, mit der er seine Konzepte an die weltpolitischen Realitäten anpaßte.

Persönlich erleichtert wurde ihm solche planerische Entschiedenheit sicherlich durch die fast durchgehende Ferne von Staatsämtern zwischen 1945 und 1953, welche ihn von der Umsetzung in konkrete politische Münze weitgehend dispensierte. Bestimmender noch war freilich sein dezidiert Antikommunismus, den er buchstäblich seit den Anfängen der bolschewistischen Bewegung pflegte. Dieser machte ihn nach 1945 völlig unempfänglich für Konzepte eines neutralen Europa der „Dritten Kraft“ zwischen den Blöcken. Die Westanbindung der nichtkommunistischen Teile Europas bildete in seinem politischen Weltbild eine spätestens seit Mitte 1947 klar artikulierte Konstante. „Atlantiker“ war er in mehrfachem Sinne: als liberaler Wirtschaftspolitiker, der die USA in ihren Freihandelsabsichten bestätigte; als Sicherheitspolitiker, der neo-isolationistische Tendenzen in den USA durch das Beschwören einer westlichen, christlich-humanistisch fundierten Schicksalsgemeinschaft abzuwenden versuchte und auf den atomaren Schutz der Vereinigten Staaten baute; schließlich auch als Europapolitiker, der den Integrationsanstoß durch den Marshallplan begrüßte und nicht nur in den frühen Krisenzeiten des europäischen Einigungsprozesses auf die „förderierende“ Kraft der USA hoffte.¹⁰⁷

Unklar allerdings blieb in seinen Konzeptionen eine Schlüsselfrage: das anvisierte Kräfteverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Die Frage stellte sich noch nicht in aller Dringlichkeit zu Zeiten der französischen Präponderanz in den ersten Nachkriegsjahren. Sie mußte auch noch nicht eindeutig beantwortet werden, als es der französischen Politik mit Beginn der fünfziger Jahre gelungen war, vor dem Hintergrund eines allgemeinen *Status minor* Deutschlands die europäische Teilintegration mit der Befriedigung eigener nationalstaatlicher Interessen zu kombinieren. Sie wurde jedoch unabweisbar, als die militärpolitische und in der Folge staatsrechtliche Gleichstellung der Bundesrepublik eine neue Situation schuf, gleichzeitig aber das europäische Instrument zeitweise an potentieller Integrations- und Kontrollfunktion zu verlieren schien. So war es kein Zufall, daß ausgerechnet nach dem Scheitern der EVG-Ratifizierung die Reynaudsche Argumentation an nationalstaatlich orientierter Schärfe gewann. In der aufgewühlten Übergangsphase zwischen August 1954 und der Ausarbeitung einer Ersatzlösung machte er in ungewöhnlicher Offenheit und eher nebenbei klar, welche Chance er vergeben sah: „Nous avons rêvé d'une Europe sous la direction de la France, avec

¹⁰⁷ In besonders konzentrierter Form finden sich solche Überlegungen in: Paul Reynaud, *S'unir ou périr*, Paris 1951, bes. S. 9–37.

l'Angleterre comme associée, et l'Angleterre avait accepté d'être notre associé. 'Tout cela est fini!'¹⁰⁸ Letztlich war Europa hier als Vehikel gedacht, dessen Rolle keineswegs auf die Herstellung eines traditionellen Gleichgewichtszustands beschränkt war. Vielmehr sollte, was den bilateralen deutsch-französischen Rahmen anging, gerade ein struktureller Vorsprung Frankreichs geschaffen und konserviert werden, der ein neues machtpolitisches Davonziehen Deutschlands zu bremsen hatte. Dieses unter bekennenden „Europäern“ selten öffentlich so klar formulierte Eingeständnis verweist auf die Herausbildung eines neuen, ins Europäische erweiterten, flexiblen und begrifflich schwer faßbaren Nationalismus in den Reihen bürgerlicher Politiker Frankreichs nach 1945. Selbst bei den engagiertesten Anhängern supranationaler Institutionen lag selten abstrakte Europabegeisterung als Movens zugrunde, sondern meist ein sehr individuelles Mischungsverhältnis von national und übernational orientierten Denkelementen.¹⁰⁹

Daß Paul Reynaud sich ab 1955 als Befürworter von EWG und Euratom anders als wenige Jahre zuvor inmitten eines Stroms breiter Europastimmung in Politik und Bevölkerung wiederfand, konnte er allemal als Bestätigung seines jahrelangen Engagements auffassen.¹¹⁰ Wenngleich er sich besonders anlässlich des diplomatischen Debakels der Suez-Krise durchaus anfällig zeigte für Überlegungen zur Bekräftigung einer Großmacht-Rolle Frankreichs, blieb seine argumentative Generallinie erhalten: Keine Loslösung Frankreichs aus der gewachsenen Solidarität mit den USA um den Preis riskanter Alleingänge – so hieß weiterhin seine Devise.¹¹¹

Es erstaunt deshalb nicht, daß de Gaulles eigenwillige Variante europäischer Politik seit 1958/59 nicht die Zustimmung Reynauds fand. Bemerkenswert aber ist doch die Vehemenz und die Energie, mit der der mittlerweile über achtzigjährige Abgeordnete die Außenpolitik des Staatspräsidenten einer vernichtenden Analyse unterzog. Es war nichts weniger als ein politischer Fehdehandschuh, den der Mentor seinem Zögling nach über 25jähriger, wechselvoller und zuletzt von distanzierter, doch wohlwollender Sympathie getragener Bekanntschaft hinwarf. De Gaulles Ziel, eine Sonderrolle Europas zwischen den Blöcken anzustreben, ohne doch den ernsthaften Einigungselan aufzubringen, der Reynaud nötig erschien, etikettierte er als „politische Schwärmerei“ in der Art eines „Don Qui-

¹⁰⁸ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 12 octobre 1954, S. 4670. Ähnlich zu der Gefahr eines deutschen Vorsprungs innerhalb der atlantischen Allianz: ebenda, Séance du 7 octobre 1954, S. 4576.

¹⁰⁹ Es sei in diesem Zusammenhang verwiesen auf die Problematik, klare Aussagen zu machen etwa über die Europapläne Bidaults oder de Gaulles; vgl. Georges-Henri Soutou, Georges Bidault et la construction européenne 1944–1954, in: *Revue d'histoire diplomatique* 105 (1991), S. 267–306; Andreas Wilkens, Das Jahrhundert des Generals. Die historische Forschung zu de Gaulle steht erst am Anfang, in: *Francia* 20/3 (1993), S. 181–191.

Zur schwierigen Faßbarkeit des Phänomens: Peter Alter, *Nationalismus*, Frankfurt a.M. 1985, S. 129f.; Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/New York 1991.

¹¹⁰ Zur Haltung der europäischen Parteien und Regierungen gegenüber der EWG: Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, bes. S. 415–483.

¹¹¹ Vgl. seine Analysen der Weltlage im Umfeld der Suez-Krise: JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, 1^{re} Séance du 16 octobre 1956, S. 4133–4135; ebenda, 1^{re} Séance du 19 décembre 1956, S. 6152–6154; „Suez – Washington – Moscou“, in: *La Revue de Paris* 12 (1956), S. 5–14.

jote“. Deutlicher noch: als Politik eines von Ressentiments gegen die USA und Großbritannien geleiteten „David, dessen Schleuder dem amerikanischen Goliath, von dem sein Leben abhängt, höchstens eine Schramme beibringen könnte“. ¹¹² Gegründet auf ein Trugbild französischen Großmachtpotentials und die Schimäre autonomer europäischer Sicherheitspolitik führe sie Frankreich in die Isolation, ja schlimmer: in die Situation eines untreuen Verbündeten, der zwar vom amerikanischen Atomschirm profitiere, die geforderte Gegenleistung aber mit Blick auf die Konstituierung einer „lächerlichen“ eigenen Atomwaffe zu minimieren trachte. Den europäischen Einigungsprozeß bringe ein solches Vorgehen ins Stocken; überdies verschaffe es Deutschland aufgrund seiner zunehmend privilegierten Beziehungen zu den USA jene europäische Führungsrolle, die Frankreich zunächst innegehabt habe. ¹¹³

Alles, wofür Reynaud im zurückliegenden Jahrzehnt europapolitisch eingetreten war, schien mit einem Mal in Frage gestellt: die Verankerung Frankreichs im westlichen Sicherheitssystem, die Möglichkeit zur integrativen Kontrolle des deutschen Nachbarn, auch die Festigung einer französischen Vorreiterschaft auf dem Kontinent, die ihre Legitimation aus der Umsetzung der Europaidee bezogen hatte. Anders als die meisten Kritiker des Generals aus dem bürgerlichen Lager vollzog Reynaud den klaren Bruch mit de Gaulle – ein Beleg für die Passion, mit der er sein Europa- und Deutschlandkonzept bis zuletzt betrieb. Beleg aber auch für die zeitweise Niederlage staatsmännischer Rationalität gegenüber der Politik eines „Mannes von gestern“ ¹¹⁴, deren innerster Antrieb, wie das Verhältnis der beiden Protagonisten, de Gaulle und Adenauer, sich „letztlich einer rationalen Analyse entzieht“. ¹¹⁵

¹¹² Reynaud, Ehrgeiz und Illusion, Zitate: S. 195, 199 f.; ders., *La politique étrangère du Gaullisme*, S. 260, 266; vgl. auch JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 18 octobre 1960, S. 2563 f.

¹¹³ Reynaud, Ehrgeiz und Illusion, bes. S. 163–202; ders., *La politique étrangère du Gaullisme*, S. 216–269. Vgl. auch Reynauds Unterredung mit Adenauer vom 9. Juni 1962, in der er mit Kritik an de Gaulle nicht zurückhielt: Hans-Peter Schwarz, *Adenauer*. Band II: *Der Staatsmann 1952–1967*, München 1994, S. 751–753.

¹¹⁴ Reynaud, Ehrgeiz und Illusion, S. 61; ders., *La politique étrangère du Gaullisme*, S. 78, in bezug auf de Gaulle.

¹¹⁵ Zieburg, *Die deutsch-französischen Beziehungen*, S. 157.

XII. Schlußbetrachtung: Paul Reynaud zwischen republikanisch-liberaler Tradition und „Rationalisierung der Politik“

Am 4. Oktober 1962 hielt der mittlerweile fast 84jährige Abgeordnete Paul Reynaud vor der Pariser Assemblée Nationale ein flammendes Plädoyer gegen jene Verfassungsrevision, über die das amtierende Staatsoberhaupt, Charles de Gaulle, die Volkswahl des Staatspräsidenten durchzusetzen beabsichtigte. Es war Reynauds letzte große parlamentarische Initiative. In seiner Haltung desavouiert durch den positiven Volksentscheid vom 28. Oktober, verlor er bei den anschließenden Neuwahlen seinen Parlamentssitz mit deutlichem Abstand gegen einen gaullistischen Konkurrenten.¹

Seit den Anfängen der V. Republik hatte er versucht, Einfluß auf deren verfassungspolitische Ausgestaltung zu nehmen. Als Alterspräsident des „Comité Consultatif Constitutionnel“ war er im Juli/August 1958 an den Beratungen über den Verfassungsentwurf der Regierung beteiligt gewesen und hatte sich trotz einiger Bedenken in bezug auf den Erhalt parlamentarischer Rechte davon überzeugt, daß keine präsidentiale Regierungsform beabsichtigt war. Erst die politische Praxis de Gaulles in den folgenden Jahren, die Konstitution von 1958 im Sinne einer Steigerung seiner präsidentialen Machtstellung auszulegen, ließ Reynaud bis 1962 zu einer kritischeren Haltung zurückkehren. Als Sprecher einer breiten, heterogenen Oppositionsbewegung, in der nicht die Gaullisten, wohl aber all jene traditionellen republikanischen Kräfte vertreten waren, die de Gaulle noch 1958 nahezu einhellig unterstützt hatten, führte er am 4. Oktober die Gegenattacke. Der Ausgang des Referendums vom 28. Oktober 1962 entschied nicht nur die Konfrontation zugunsten de Gaulles. Er leitete zugleich einen neuen Abschnitt in der Geschichte der V. Republik ein, in dem sich eine starke präsidentiale Exekutive endgültig als Gegenüber der Volksvertretung etablierte.²

Es entbehrt nicht einer tieferen Ironie, daß eine Verfassungsfrage am Ende der über vierzigjährigen politischen Laufbahn Paul Reynauds stand. Verkörperte er doch wie wenige noch lebende Politiker der III. Republik in Person und politischer Statur die Prinzipien des liberalen deliberativen Parlamentarismus. „Pour

¹ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 4 octobre 1962, S. 3208–3210. Dazu Tellier, Contribution politique, S. 104–106.

² Vgl. zu Reynauds Kritik an der Regierungspraxis de Gaulles: JO, Assemblée Nationale, Séance du 26 avril 1962, S. 768–770; Paul Reynaud, Et après, Paris 1964. Die historischen Zusammenhänge finden sich im Überblick dargestellt bei: Serge Berstein, La France de l'expansion. Band I: La République gaullienne 1958–1969, Paris 1989, S. 11 ff. Zu den Interventionen Reynauds im „Comité Consultatif Constitutionnel“: Documents pour servir à l'Histoire de l'élaboration de la constitution du 4 octobre 1958. 3 Bände, Paris 1987–1991, passim; Adolf Kimmel, Die Nationalversammlung in der V. französischen Republik, Köln u. a. 1983.

nous, républicains, la France est ici et non ailleurs“, hatte er mit Bezug auf die parlamentarische Versammlung betont, und der Vorwurf der Verfassungsverletzung, den er an die Adresse de Gaulles formulierte, wurzelte in eben jener festen Überzeugung von der Verkörperung der Nation in der Volksvertretung und von deren Vorrangstellung im Kräftespiel der Gewalten: „Les représentants du peuple [...] sont la nation et [...] il n'y a pas d'expression plus haute de la volonté du peuple que le vote qu'ils émettent après une délibération publique“.³ Diese klare Stellungnahme Reynauds mag erstaunen, kam sie doch von einem Mann, der im Zuge seines jahrzehntelangen Engagements für stabilere Mehrheits- und Regierungsverhältnisse immer auch auf eine konstitutionelle Stärkung der Exekutive gesetzt hatte. Eine unübersteigbare Grenze auf dem Weg dahin war für den Republikaner alter Schule indes dort erreicht, wo er die einseitige Verlagerung des demokratischen Systems zugunsten einer Hypertrophie des präsidentiellen Amtes zu konstatieren meinte. Sucht man nach Leitmotiven in seinem politischen Leben, so stößt man hier wie im Bemühen um konstruktive Fortentwicklung des französischen Parlamentarismus auf ein regelmäßiges wiederkehrendes Themenfeld.

Seit Reynauds erster politischer Buchveröffentlichung von 1913 lassen sich Überlegungen und Aktionen zur Stabilisierung der Exekutive und zur Anpassung des Systems an die Erfordernisse der entstehenden modernen Massendemokratie verfolgen. Der Pragmatiker setzte dabei zeitweise auf die organisatorische Straffung der rechten Mitte und – in eigenartiger Verkenntung des Machbaren – auf den Umbau der Parteienlandschaft nach dem Muster des englischen Zweiparteiensystems. Zu einer laborierten Parteientheorie gelangte er jedoch nie. Wie die große Mehrheit der Reformen vertraute er in der Krisensituation des Jahres 1934 auf das „technisch“ gehaltene Vorgehen im Rahmen einer Verfassungsrevision, um der permanenten Kabinettsinstabilität entgegenzusteuern. Dieser Linie blieb er bis in die Vierte Republik hinein treu, als er in Wiederaufnahme seiner Ideen der dreißiger Jahre wiederholt vergeblich für die Einführung der automatischen Parlamentsauflösung im Falle eines vorzeitigen Regierungssturzes eintrat.⁴ Seine Niederlage im Kräftemessen mit de Gaulle markierte über das persönliche Scheitern hinaus das – vorläufige? – Ende jener Versuche zur Staatsreform in Frankreich, die darauf abgezielt hatten, stabilere Mehrheits- und Regierungsverhältnisse ohne Stärkung des Staatspräsidenten zu erreichen.

Eine ganze Reihe von weiteren Elementen liberalen politischen Denkens lassen sich über die Jahrzehnte hinweg als fortbestehende theoretische und handlungsleitende Postulate bei Reynaud festhalten. Allgegenwärtig und bestimmend ist das Bekenntnis zur laizistischen, durch eine bürgerliche Elite dominierten, demokratischen Republik. Der klassisch liberale Fortschrittsgedanke von der Entwicklungsfähigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen und der Perfektibilität des „kapitalistischen“ Systems ergänzt diesen Grundbestand, ebenso wie die An-

³ JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 4 octobre 1962, S. 3209 f.

⁴ Vgl. seine Stellungnahmen in: Annales de l'Assemblée Nationale Constituante. Elue le 2 juin 1946, Séance du 11 septembre 1946, S. 3652–3655; ebenda, 2^e Séance du 28 septembre 1946, S. 4228–4230; JO, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Séance du 27 mai 1953, S. 2846–2850, 2868–2872; ebenda, Séance du 13 février 1958, S. 734–738; ebenda, 2^e Séance du 11 mars 1958, S. 1527–1531; ebenda, Séance du 21 mars 1958, S. 1855 f.

nahme, daß die allgemeine Höherentwicklung auf diesen Gebieten um so effektiver verlaufe, je „natürlicher“ und je weniger beeinträchtigt durch staatliches Handeln sie vor sich gehe. Seine anti-etatistische, individualistische Position machte ihn um die Jahreswende 1918/19 zum entschlossenen Gegner der bolschewistischen Gesellschaftstheorie und ab Mai 1936 zum Opponenten der Wirtschaftspolitik der französischen Volksfront. Zeit seines politischen Lebens blieb Reynaud Anhänger einer prononciert wirtschaftsliberalen Haltung. Zugeständnissen an den modernen Interventionsstaat konnte er sich freilich nicht verschließen, und seine drei Amtszeiten im Finanzministerium sind ein sprechender Beleg für seine Flexibilität in dieser Hinsicht. Auch während der Weltwirtschaftskrise, deren erste gravierende Folgen für Frankreich er im Kolonialministerium erlebte, wandelte er sich indes nicht zum wirklichen Interventionisten. Tendenzen zur technokratischen Wirtschaftssteuerung im Sinne einer „Economie dirigée“ stand er vor dem Zweiten Weltkrieg ebenso skeptisch gegenüber wie den Planungsanstrengungen der Regierungen des „Tripartisme“ nach 1945. Selbst unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft war es sein Bestreben gewesen, das Maß der reglementierenden Eingriffe, etwa auf dem Gebiet der Rationierungen, möglichst gering zu halten.

Diesem ausgeprägten Wirtschaftsliberalismus korrespondierte sein Postulat von der Notwendigkeit einer handlungsfähigen, starken Exekutive. Zu finden bereits in seiner frühen Würdigung Waldeck-Rousseaus, wurde es in den öffentlichen Äußerungen der dreißiger Jahre regelmäßig aus dem Zusammenhang der politisch-ökonomischen Krisenbewältigung heraus begründet. Nur ein hinsichtlich seiner Ordnungsfunktionen starker Staat könne sich dem an ihn herangetragenen Interventionsverlangen von Interessengruppen in angemessenem Maße widersetzen und als Schiedsrichter über den Positionen fungieren; nur ein genügend starker Staat auch sei in der Lage, sich sowohl gegen die Anfechtungen seitens kollektivistischer Utopien von links wie antirepublikanischer Strömungen von rechts zu behaupten. Das Bestreben, die normative Stärkung der Exekutive nicht selbst zum Vehikel autoritärer Tendenzen werden zu lassen, prägte die verfassungsreformerischen Lösungsversuche, die er vortrug.

Für das Verhältnis des Staates zu den seit Jahrhundertbeginn neu entstandenen intermediären Interessengruppen wie den Gewerkschaften legte Reynaud noch gegen Ende der dreißiger Jahre eine Sehweise zugrunde, die sich erstaunlicherweise nicht wesentlich von seiner ebenfalls an Waldeck-Rousseau geschulten Position der Vorkriegszeit unterschied. Im Grunde nach wie vor am „syndicalisme coopérateur“ des frühen 20. Jahrhunderts orientiert, war er nicht bereit, der Gewerkschaftsbewegung politische Vertretungskompetenz zuzugestehen. Sein reformistisch, nicht konfliktuell ausgerichtetes Denkmodell zur Integration der Arbeiterschaft setzte praktisch-politisch auf die Hebung des allgemeinen Wohls, ideologisch-theoretisch auf den Mythos des einheitsstiftenden „republikanischen Modells“. In dieser Sicht kam den Arbeitervertretungen in erster Linie kanalisierende, nicht emanzipatorische Funktion zu; staatliches Handeln gegenüber der Gewerkschaftsbewegung hatte primär darauf abzielen, sie zur Einsicht in übergeordnete Belange, vor allem der Produktionssteigerung, zu führen.

Daß in Reynauds politischem Koordinatensystem im Zweifelsfall das nationale Interesse über der Behandlung der „sozialen Frage“ rangierte, zeigte sich ab November 1938. Vor dem Hintergrund der französischen Wiederaufrüstungsanstrengungen setzten seine Maßnahmen ebenso wie die durch ihn mitgetragene gewaltsame Niederschlagung des Generalstreiks vom 30. November einem Dialog mit der Arbeiterschaft ein Ende, den er Mitte 1936 noch außerhalb des Ministeramts eingeleitet hatte. Daß es ihm und der Regierung Daladier zufiel, einen unrühmlichen Schlußpunkt unter die sozialpolitischen Errungenschaften der Volksfront zu setzen, enthielt durchaus einen tragischen Zug, war doch die autoritäre Variante in der Behandlung der Arbeiterfrage keineswegs in Reynauds Gedankensystem angelegt. Ungeachtet seiner sozialkonservativen Grundhaltung hatte er noch Ende 1937 glaubhaft deutlich gemacht, daß er die Lösung gesellschaftlicher Antagonismen dieser Art von wirtschaftstheoretischer Überzeugungsarbeit und vom freien Interessenausgleich unter dem Vorzeichen der nationalen Einheit erwartete. Diese Konstellation scheint bezeichnend: Auf konzeptionellem Feld zu grundsätzlicher Mäßigung gestimmt, war er zur Radikalisierung in der politischen Auseinandersetzung bereit, wenn ihm der Erhalt der bestehenden sozial-ökonomischen Ordnung gefährdet erschien. Das gebrochene Verhältnis der liberalen Mitte Frankreichs zur „sozialen Frage“ wird so am Beispiel Reynauds unmittelbar greifbar.

Eingebettet waren diese verfassungs-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundpositionen in einen allgemeineren Modernisierungsansatz, in dessen Dialektik sich die für Reynaud spezifische Verknüpfung von liberaler Tradition und gegenwartsbezogener Innovation spiegelte. Ohne daß er dabei eine konsequent durchdachte „Modernisierungstheorie“ entwickelt hätte, reichte sein Ansatz über die medienwirksam eingesetzte Attitüde des Nutzers moderner Verkehrs- und Massenkommunikationsmittel hinaus. Im Jahre 1928 hatte er sein Wahlprogramm, das ihn nach vierjähriger Abstinenz in die Kammer der Abgeordneten zurückführen sollte, in bezeichnender Weise unter das Motto „La rationalisation de la politique“ gestellt.⁵ Jenseits des konkreten Anlasses bildete der Rationalisierungsgedanke ein Leitmotiv seines politischen Handelns auf allen großen Betätigungsfeldern, die er im Laufe seines Lebens betrat. Von der verfassungstheoretischen Neujustierung der Republik als Ansatzpunkt zur rationalen Modernisierung und Stabilisierung des französischen Staatswesens war bereits die Rede. Hinzu kam die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland: Gestützt auf die eingehende Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Lage des Nachbarlandes, brachte er ab 1921 Reparationsmodelle in die parlamentarische Diskussion ein, die den berechtigten Anspruch erhoben, sowohl die Bedürfnisse Frankreichs als auch die begrenzte deutsche Zahlungsfähigkeit zu berücksichtigen. An der Basis dieser Vorschläge stand eine Konzeption der internationalen und speziell der deutsch-französischen Beziehungen, die zweifelsohne als modern bezeichnet werden kann: die kenntnisreiche Berücksichtigung der Bedürfnislage der Gegenseite, die Einbettung der deutsch-französischen Frage in den größeren Kontext des europäischen Nachkriegsaufschwungs und die Einsicht in die friedensstabilisierende

⁵ So in seinem Wahlkampfbblatt *Le Républicain National du 2^e Arrondissement*, 25. 3. und 4. 4. 1928.

Wirkung enger wirtschaftlicher Beziehungen. Nach 1945 dachte er diese Ansätze konsequent fort und wurde aus einer Reihe von national- und weltpolitischen Erwägungen zu einem Vordenker supranationaler europäischer Organisation.

In der finanzpolitischen Kampagne für die Abwertung des französischen Franc ab Frühjahr 1934 stand sein währungstechnischer Sachverstand mit gutem Grund gegen den nahezu einhelligen Widerstand, der ihm seitens aller politischen Richtungen entgegenschlug. Es kann heute im Rückblick kein Zweifel mehr bestehen, daß der Währungseingriff, wäre er bereits zu diesem Zeitpunkt und nicht erst zwei Jahre später vorgenommen worden, der französischen Wirtschaft jene entscheidenden Impulse versetzt hätte, von denen die Weltwirtschaft nach der Abwertung von Pfund und Dollar bereits geraume Zeit profitierte. Wiederum basierte die sachangemessenere Position Reynauds in erster Linie auf der erworbenen Fachkenntnis, und zwar als Ergebnis seines Bemühens, über die Zusammenarbeit mit jungen, innovationsfreudigen Experten am Puls der internationalen ökonomischen Entwicklung zu bleiben.

Die rationale Durchdringung einer komplexen Problematik auf der Grundlage kompetenten Rates dominierte auch, als Reynaud ab Frühjahr 1935 mit fachlicher Unterstützung des Oberstleutnants Charles de Gaulle die militärpolitische Ergänzung des französischen Ostpaktsystems durch die Schaffung einer bis dahin nicht bestehenden, gepanzerten mobilen Eingreiftruppe forderte. Die Schwächen der wiederum quer durch alle politischen Richtungen vertretenen defensiven Militärdoktrin auf der Basis der „nation armée“ zeigten sich erstmals im März 1936, als eine wirkungsvolle Riposte gegen den deutschen Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland die aufwendige Mobilisierung der gekaderten Armee erfordert hätte. Das weitgehende Fehlen rechtzeitig konstituierter und ausgebildeter, autonom agierender Panzerdivisionen machte sich dann im Mai/Juni 1940 als einer der materiellen Hauptfaktoren für die französische Niederlage schmerzlich bemerkbar.

So extrem Reynauds Modernisierungskonzepte einem meist größeren Teil seiner politischen Zeitgenossen erscheinen mochten, so sehr sie ihn bis 1940 in die relative politische Isolation führten, so wenig waren sie doch Ausdruck eines *systemtranszendierenden* Reformwillens. Auf zweifach charakteristische Weise enthielt sein Modernisierungsansatz Begrenzungen sowohl hinsichtlich seiner Intensität als auch hinsichtlich der politisch-gesellschaftlichen Sektoren, auf die er sich erstreckte. Wie gesehen, lag zum einen der Schwerpunkt von Reynauds Interessen auf den großen außen- wie innenpolitischen Sektoren staatlichen Handelns, nicht auf dem vergleichsweise neuen Feld der Sozialpolitik. Reformen auf diesem Gebiet hatten für ihn in erster Linie funktionalen Wert, indem sie den revolutionären Linksbewegungen das sie begünstigende Unmutspotential in der Bevölkerung entziehen und damit zur Stabilisierung der bestehenden Ordnung beitragen konnten. Auch zeigt die Analyse seiner kolonialpolitischen Konzepte und Aktionen in den Jahren 1931/32, daß Reynauds individualistisch-demokratisches Denken Grenzen kannte, wenn es darum ging, das wirtschaftliche und machtpolitische Potential des französischen Kolonialreichs dem Prozeß der innen- und außenpolitischen Krisenbewältigung in der „France métropolitaine“ nutzbar zu machen.

An der Sicherung und Neubalance des Bestehenden bemaß sich zum zweiten die Reichweite seiner Reformpläne überhaupt. Die währungspolitischen Eingriffe, die er propagierte, dienten nicht wie in den Konzeptionen einiger Mitbefürworter als Hebel für tiefere Einschnitte in die Wirtschaftsverfassung des Landes. Trotz ihres in der öffentlichen Perzeption „revolutionären“ Ansehens zielten sie auf Konsolidierung und Wiederherstellung, nicht auf Strukturveränderung. So wie das Konzept der „Nation in Waffen“ durch sein militärpolitisches Modernisierungsprojekt ergänzt, doch nicht im Kern berührt worden wäre, so erstreckte sich sein ökonomischer Reformwille zwar auf jene währungstechnische Fehldisposition, die er als Hemmnis für das reibungslose und effektive Funktionieren des volkswirtschaftlichen Gefüges erkannt hatte; die Sozial- und Wirtschaftsverfassung Frankreichs in ihrer Substanz visierte Reynauds Modernisierungsansatz jedoch nicht an. Entsprechendes traf für seinen reformerischen Impetus auf verfassungspolitischem Gebiet zu. Auch hier galt es aus seiner Sicht, zuallererst das hemmende Moment zu entfernen, welches das parlamentarische Räderwerk am gleichmäßigen Rundlauf hinderte; die Maschinerie selbst aber hatte nach wie vor ihre Existenzberechtigung nicht verloren. Anders als mancher ehemals dem liberal-konservativen Spektrum zuzuordnender Politiker, an prominentester Stelle André Tardieu, wandte sich Paul Reynaud nie von der parlamentarischen Republik ab, um etwa in autoritären gesellschafts- und staatspolitischen Modellen Zuflucht zu suchen. Gerade weil er hinreichenden Sachverstand etwa auf wirtschaftspolitischem Gebiet besaß oder sich zu verschaffen wußte, gerade weil er offen genug war für pragmatische Ideen, geriet er nicht in Versuchung, Lösungswege außerhalb des republikanisch-demokratischen Rahmens anzusteuern. Sein Legalitätsdenken hielt ihn im Mai/Juni 1940 von allen potentiell systemtranszendierenden Schritten ab.

Auch auf internationaler Ebene, speziell im Hinblick auf die von ihm als das drängendste langfristige Problem erachteten Beziehungen zu Deutschland, verortete Reynaud das entscheidende Krisenlösungspotential zunächst innerhalb des Rahmens traditioneller zwischenstaatlicher Beziehungen. Nicht von supranationalen Organisationen vom Zuschnitt des Völkerbundes erwartete er vor 1945 die erhoffte dauerhafte und kontrollierte Annäherung, sondern zunächst von bilateralen Regelungen, dann ab Ende der zwanziger Jahre von der Wiederaufnahme einer Politik des Mächtigegleichgewichts und der französischen Aufrüstung. Gemessen an diesen Ausgangsbedingungen tat Reynaud auf außenpolitischem Feld nach 1945 den größten konzeptionellen Neuerungsprung.

Im Rückblick betrachtet, hatte Paul Reynaud als Ergebnis seiner inner- und außerparlamentarisch geführten Initiativen sowie seines Agierens auf Regierungsebene wohl mehr Mißerfolge als politisch dauerhafte Resultate zu verbuchen. Die Frage nach den Ursachen dieses Scheiterns drängt sich auf und soll abschließend noch einmal knapp erörtert werden.

Das Ineinanderwirken einer Vielzahl spezifischer Faktoren, die in den Teilabschnitten dieser Untersuchung aufgezeigt werden konnten, war im einzelnen maßgeblich dafür gewesen, daß seine Ideen nicht zum Zuge kamen. Begibt man sich auf eine abstraktere Ebene der Betrachtung, dann lenken die Diskurse, in die er jeweils einzutreten hatte, den Blick auf Bedingungsfaktoren für die Resistenz

des politisch-ökonomischen Systems der Dritten Republik gegenüber unkonventionellen Ansätzen zu seiner Erneuerung. In der Deutschlandfrage gelang es in den frühen zwanziger Jahren nicht, Lösungsstrategien zu entwickeln, in denen sich reparationspolitische Sachkompetenz mit einem aus der eingehenden Kenntnis des Nachbarlandes gespeisten, illusionslosen Willen zu geregelten, auf ökonomischer Annäherung basierenden und politisch ausbaubaren Beziehungen im beiderseitigen Interesse verbunden hätte. Als gegen Mitte der zwanziger Jahre in der Phase der Locarno-Politik eben diese Variante erfolgreich in die Tat umgesetzt wurde, geschah es nicht zuletzt aus der Einsicht, daß angesichts der kriegsfolgenbedingten Schwächung der französischen Position in Europa zu diesem Zeitpunkt gar keine andere Wahl mehr blieb. Zuvor waren jedoch bereits wertvolle Jahre verloren worden, um die europäische Nachkriegsordnung im französischen Sinne zu stabilisieren. Der formulierte Anspruch an die politisch-diplomatische Innovationskraft der französischen Führung mag allzu hoch und von rückblickender Erkenntnis geprägt erscheinen; die Vorschläge Reynauds, die ihrerseits wiederum für ein breiteres Reformpotential im liberalen parlamentarischen Milieu Frankreichs und in Expertenkreisen beider Länder standen, zeigen, daß alternative Strategien durchaus bereitstanden. Es spricht für die Ideen Reynauds und die Innovationskraft der französischen Politik nach 1945, daß Ansätze ähnlich den seinen in der zweiten Nachkriegszeit zur Umsetzung kamen.

Nur zum Teil auf nationalökonomisch vertretbaren Bedenken, in hohem Maße aber auch auf irrationalen, volkswirtschaftlich nicht belegbaren Inflationsängsten in der Bevölkerung fußte der jahrelange, hartnäckige Widerstand der politischen Klasse Frankreichs gegen die Loslösung des Franc vom Goldstandard und seine Angleichung an die faktisch zunehmend maßgeblichen westlichen Leitwährungen. Die Geschichte der begleitenden innerfranzösischen Kontroverse bietet ein äußerst aufschlußreiches Beispiel dafür, wie sich die kollektive Erinnerung an die wirtschaftlichen Krisenjahre der Nachkriegszeit, an Währungsverfall und Preissteigerungen, zusammen mit dem nationalen Prestige Raymond Poincarés, der der Krise durch die Währungsstabilisierung des Jahres 1926 ein Ende bereitet hatte, zu einem fortschrittshehmenden Traditionsgeflecht verdichten hatte können.

Das Scheitern der Verfassungsreformbestrebungen des Jahres 1934 lag im wesentlichen darin begründet, daß die anvisierten Änderungen keine Chance auf Verwirklichung gegenüber dem breiten Konsensus in der Mitte und auf der Linken des parlamentarischen Spektrums hatten, wonach es relativierende Eingriffe jeder Art in die traditionelle Präponderanz der Volksvertretung abzuwenden galt. Ebenso wie in der Frage militärpolitischer Reformen standen der Veränderung theoretische Positionen entgegen, deren Wurzeln mindestens bis in die Gründungsphase der Dritten Republik bzw. in die unmittelbare Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, in letzter Konsequenz bis in die Konstitutionsphase republikanischen Staatsdenkens in Frankreich zurückreichten. Zu Konstanten republikanischer Doktrin verfestigt, bzw. in Form militärischer Aufmarschpläne und Grenzbefestigungen materialisiert, konnten sie retardierende Wirkung selbst auf Modernisierungsbestrebungen ausüben, die den Wesensgehalt des Bestehenden nicht angetastet hätten.

So sehr die genannten und anhand der politischen Biographie Paul Reynauds näher untersuchten Phänomene dazu beitrugen, einen statischen, veränderungsfeindlichen Zug in das französische Staatswesen einzufügen – zwangsläufig war dessen Niedergang und Auflösung im Anschluß an die militärische Niederlage jedoch nicht. Mit Recht rückt die neuere Forschung von der These allgemeiner personeller und institutioneller „*décadence*“ in der Schlußphase der Dritten Republik ab, und auch Paul Reynaud kann in dieser Neubewertung seinen angemessenen Platz finden. So wie der Begriff der Krisenabfolge in der Einschätzung des Gesamtphänomens „Dritte Französische Republik“ heute mit gutem Grund die linearen Niedergangsmodelle ablöst⁶, müssen selbstverständlich in der Würdigung des Beitrags einer einzelnen politischen Person zu Wohl und Wehe eines Staatswesens Ambivalenz und innere Widersprüchlichkeit zugrundegelegt werden.

Politische Schwächen wie Stärken der breiten, republiktragenden liberalen Mitte der Dritten Republik sind im Verlauf dieser Untersuchung am Beispiel deutlich geworden. Zweifellos gehörte Paul Reynaud einem politischen Milieu an, das es aufgrund der für gewöhnlich großbürgerlichen Herkunft seiner Vertreter niemals besonders leicht hatte, Anklang bei der breiten Masse der Bevölkerung zu finden. Abgesehen davon zeigte er Verhaltensweisen, die es Kritikern leicht machten, ihn mit verbreiteten parlamentarismuskritischen Topoi in Verbindung zu setzen. Politischer Ehrgeiz, eine gewisse Neigung zur Intrige und zu „doppelbödigem“ politischem Verhalten, schließlich die persönliche Tendenz, seine überlegene Intelligenz allzu ostentativ auszuspielen, waren dem rhetorisch brillierenden Anwalt und Parlamentsredner durchaus zu eigen. Wie gesehen, profitierte er von Beginn seiner Laufbahn an von politischen Klientelbeziehungen und war wie im Wahlkampf 1926 gelegentlich auch nicht wählerisch in seinem Koalitionsverhalten, wenn es dem eigenen Vorankommen zugute kam. In seiner Person manifestierte sich die geringe organisatorische und programmatische Bindekraft des Parteienwesens im Bereich der liberalen Mitte Frankreichs. Als Mitglied der „*Alliance Républicaine Démocratique*“ erstmals zu Beginn der zwanziger Jahre in Erscheinung getreten, führte er seine großen Meinungskampagnen im eigenen Namen und teils gegen die offizielle Haltung der Partei durch. Seit er gegen Ende der zwanziger Jahre als führender Parlamentarier anerkannt war, spielte das Parteiengagement eine periphere Rolle in seinem politischen Leben. Die diesbezügliche Unabhängigkeit war es gerade, die ihm den Freiraum für seine unkonventionellen Vorstöße ließ, die aber andererseits seine Wirkungsmöglichkeiten in dem Maße beschränkte, in dem ab den dreißiger Jahren etwa im „*Parti Radical*“ die Zahl und das Gewicht der auf nationaler Ebene tätigen, parteipolitisch enger gebundenen Politiker zunahm.

Einer eindeutig linken oder rechten Doktrin läßt sich Paul Reynaud nicht zuordnen. Stand er in gesellschaftspolitischer Hinsicht auf konservativer Seite, fand er insbesondere in außenpolitischen Fragen Bundesgenossen oft genug eher auf der Linken als im eigenen Lager. Seine ideologische Unabhängigkeit erlaubte es ihm, die aus dem Sibirienenerlebnis des Ersten Weltkriegs gewonnene, antikommunistische Grundorientierung seiner Politik zu revidieren, als ihm gegen Mitte der

⁶ Etwa in der Arbeit von Heimsoeth, Zusammenbruch oder bei Borne/Dubief, *Crise des années 30*.

dreißiger Jahre die Erneuerung der Bündnispolitik mit der Sowjetunion im Interesse der außenpolitischen Absicherung Frankreichs gegen die deutsche Diktatur vorrangig erschien. Auch am zunächst dominierenden Verständigungsansatz gegenüber dem östlichen Nachbarn hielt er nurmehr bedingt, schließlich nicht mehr fest, nachdem ihm die ideologische Komponente der deutschen Außenpolitik nach 1933 klar geworden war.

Die Kehrseite seines vieljährigen individualistischen Agierens zeigte sich im März 1940, als offenbar wurde, daß er als Ideenträger nicht genügend Anziehungskraft bot, um die Nation oder auch nur eine deutliche Mehrheit ihrer politischen Vertreter in der Kriegssituation hinter sich zu versammeln. So blieb ihm kaum eine andere Wahl, als zur Behauptung seiner Position auf die schlecht beleumundeten Verfahren parlamentarischer Regierung zurückzugreifen: auf die an den Machtverhältnissen orientierte, „dosierte“ Zusammenstellung des Kabinetts und auf den leichtfertigen Einsatz der Rücktrittswaffe, die sich schließlich wider Erwarten gegen ihn selbst und die parlamentarische Republik insgesamt wandte. Zeit seiner politischen Tätigkeit blieb Reynaud loyaler Kritiker wie Repräsentant der demokratischen Republik zugleich. Weit davon entfernt, am Überkommenen um seiner selbst festzuhalten, schöpfte er gerade aus seiner Verankerung in der demokratischen, republikanischen Tradition das Vermögen, Unzeitgemäßes in Frage zu stellen, wenn ihm dies angebracht erschien. Es kann nur als traurige Ironie der Geschichte bezeichnet werden, daß es ausgerechnet einem der herausragendsten Vertreter des politischen Liberalismus der Dritten Französischen Republik mit zufiel, diesen im politischen Leben des Landes für geraume Zeit in Mißkredit zu bringen.

Abkürzungsverzeichnis

AD Haute-Provence	Archives Départementales des Alpes-de-Haute-Provence, Digne
AD Hautes-Alpes	Archives Départementales des Hautes-Alpes, Gap
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AEF	Archives du ministère des Finances, Paris
AN	Archives Nationales, Paris
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BDIC	Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, Nanterre
BN	Bibliothèque Nationale, Paris
CAD/Nantes	Centre des Archives Diplomatiques de Nantes
CAOM	Centre des Archives d'Outre-Mer, Aix-en-Provence
CGT	Confédération Générale du Travail
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DDF	Documents Diplomatiques Français
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FRUS	Foreign Relations of the United States
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HEC	Ecole des Hautes Etudes Commerciales, Jouy-en-Josas
HZ	Historische Zeitschrift
JO	Journal Officiel de la République française
MAE	Ministère des Affaires Etrangères, Paris
MRP	Mouvement Républicain Populaire
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn
PCF	Parti Communiste Français
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
SHAT	Service Historique de l'Armée de Terre, Vincennes
URD	Union Républicaine Démocratique
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

Frankreich

Archives Nationales, Paris

Série AP (Archives Privées)

- Papiers Paul Reynaud (74 AP)
- Papiers André Tardieu (324 AP)
- Papiers Louis Marin (317 AP)
- Papiers Alexandre Millerand (470 AP)
- Papiers Edouard Daladier (476 AP)

Série F⁷ (Ministère de l'Intérieur)

- 12954
- 12955
- 12957
- 13030
- 13237
- 13254
- 13257
- 13258
- 13962

Série F⁶⁰ (Secrétariat général du gouvernement et services du premier ministre)

- 474 (Textes des décrets-lois du Gouvernement Paul Reynaud, 1er avril – 5 juin 1940)

Série 2 W (Procès de Riom)

- 72 Paul Reynaud

Archives du ministère des Finances, Paris

- B 21848
- B 31732
- B 33180
- B 33190
- B 33196

Archives de la Banque de France, Paris

Procès-verbaux du Conseil Général et du Comité Permanent, 1934–1945

Archives de l'Assemblée Nationale, Paris

Dossier: „Reynaud Paul“

Procès-verbaux des séances des Commissions et rapports annexes:

Commission des Affaires Etrangères, 1921–1924

Commission de la Réforme de l'Etat, 1934–1936

Commission de l'Armée, 1935–1936

Commission des Finances, 1930, 1934, 1938

Commission de l'Algérie, des colonies et des protectorats, 1931

Ministère des Affaires Etrangères, Paris

Série Z-Europe 1918–1940, Allemagne

Série Z-Europe 1944–1949, Généralités

Série B-Amérique, Mexique

Papiers 1940, Fonds Reynaud

Fonds Dejean

Papiers Maurice Dejean (PA-AP 288)

Centre des Archives Diplomatiques de Nantes

Botschaftsakten Berlin, Série B (1815–1939)

Botschaftsakten Mexiko, Série B (1822–1922)

Centre des Archives d'Outre-Mer, Aix-en-Provence

Série Affaires politiques

Série Indochine, Nouveau Fonds

Série Télégrammes. Cabinet du ministre des Colonies

Série Exposition coloniale internationale (1931)

Archives de Paris

Série D2M² (Elections de Paris et de l'ancien département de la Seine, 1806–1946)Série D3M² (Propagande électorale, 1871–1961)

Bibliothèque Nationale, Paris

Papiers Alliance Républicaine Démocratique (Don 37260)

Papiers Raymond Poincaré (Nouvelles acquisitions françaises 16014)

Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine, Nanterre

Dossier provisoire concernant P. Reynaud, 1940–1941

Paul Reynaud, „Je m'accuse. Mémoire pour le bâtonnier. Ecrit au Fort de Portalet“, 1. 10. 1942

Ordre des Avocats à la Cour de Paris

Dossier Paul Reynaud

Dossier „W.R.“

Discours de rentrée des conférences. Avocats stagiaires 1911–1920

Service Historique de l'Armée de Terre, Vincennes

Dossier militaire de Paul Reynaud (N° 42.325/26)

Papiers Paul Reynaud (1 K 187)

Série 5 N (Cabinet du Ministre, 1940)

Série 7 N (Etat-Major de l'armée)

Ecole des Hautes Etudes Commerciales, Jouy-en-Josas

Dossier Paul Reynaud

Archives Départementales des Hautes-Alpes, Gap

3 M 242–243 (Elections législatives de 1914)

Archives Départementales des Alpes-de-Haute-Provence, Digne

1 M 202 (Dossier Paul Reynaud)

1 N 42–52 (Rapports du Préfet et délibérations du Conseil Général, 1913–1940)

Deutschland

Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß Arnold Rechberg (NL 49)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn

Büro des Reichsministers

R 28189 k	5 secr	Reparationen (secret)	3.21–3.23
R 28190 k		dto.	3.23–2.24

Büro des Staatssekretärs

R 29079 k	Framil	Arnold Rechberg u. ähnl. illegale Aktionen zur Her- beiführung einer deutsch- französischen Militärallianz	6.27–3.30
R 28340 k	14–1 secr	Schritte zur Herbeiführung einer Verständigung bezügl. der Ruhraktion	1.23–4.23

Politische Abteilung II

R 70562		Bemühungen des Arnold Rechberg u. a. zur deutsch- französischen Verständigung	8.22–12.30
R 70563		dto.	1.31–8.34
R 70715		Frankreich. Ministerien	2.22–6.24
R 70721		dto.	2.30–11.30
R 70722		dto.	12.30–5.31
R 102842		Eintreten des Arnold Rech- berg für eine deutsch-fran- zösische Verständigung	6.36–10.39
R 102862		Pol. II 115. Ministerien	5.36–7.40

Geheimakten 1920–1936

R 30207		Frankreich. Frz. Staatsmänner	11.29–7.31
R 30184		„Rechberg“	2.23–9.32

Direktoren, Handakten (1920–36)

R 35992		Bestand Schubert	

II. Akteneditionen, Dokumentationen, Parlamentsschrifttum

- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A (1918–1925), Band VII, Göttingen 1989; Serie B (1925–1933), Band XI und XIII, Göttingen 1978/1979; Serie D (1937–1945), Band II, IV und IX, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1951–1962
- Annales de l'Assemblée Nationale Constituante. Elue le 2 juin 1946, Débats parlementaires, Paris 1946
- L'Année politique 1944/45 ff., Paris 1946 ff.
- Bédarida, François (Hg.), La stratégie secrète de la drôle de guerre. Le Conseil suprême interallié, septembre 1939 – avril 1940, Paris 1979
- Chambre des Députés. Douzième Législature. Impressions. Projets de lois, propositions, rapports, etc. Tome XIX, No. 1431 (Programmes électoraux), Paris 1924
- Chambre des Députés. Quatorzième Législature. Impressions. Projets de lois, propositions, rapports, etc. Tome XLIII, No. 3814 (Programmes électoraux), Paris 1932
- Conseil de l'Europe, Assemblée Consultative. Première Session (10 août – 8 septembre 1949). Compte rendus. Band II, Strasbourg 1949
- Conseil de l'Europe, Assemblée Consultative. Deuxième Session (7 – 28 août 1950). Compte rendus, Strasbourg 1950
- Conseil de l'Europe. Assemblée Consultative. Deuxième Session (18 – 24 novembre 1950). Comptes rendus, Band V, Strasbourg 1950
- Council of Europe, Consultative Assembly. First Session (10th August – 8th September 1949), Agendas. Minutes, Strasbourg 1949
- Council of Europe, Consultative Assembly. Second Session 1950. Report of the Committee on Economic Questions, Strasbourg 1950
- Département de la Seine. Elections à la Chambre des Députés. Mai 1924 – Mars 1928. Résultats par Arrondissements pour les circonscriptions de Paris et par communes pour la circonscription des arrondissements de Saint-Denis et de Sceaux, Paris 1928
- Documents Diplomatiques Français 1932–1939; 1re série (1932–1935), Band II, Paris 1964; 2e série (1936–1939), Band XIII, Paris 1973
- Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series, Band VIII, London 1958; Third Series, Band I und II, London 1949
- Exposition Coloniale Internationale 1931, Paris. Rapport général présenté par le gouverneur général Olivier, Rapporteur général, délégué général à l'Exposition. 7 Bände, Paris 1932–34
- Les événements survenus en France 1933–1945. Témoignages et documents recueillis par la commission d'enquête parlementaire, Band 1–9, Paris 1947–1951
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1940, Band I, Washington 1959
- Foreign Relations of the United States 1948. Band II: Germany and Austria, Washington 1973
- Foreign Relations of the United States 1948. Band III: Western Europe, Washington 1974
- Foreign Relations of the United States 1950. Band III: Western Europe, Washington 1977
- For the President. Personal and Secret Correspondance between F.D. Roosevelt and W.C. Bullitt, Boston 1972
- Die Geheimakten des französischen Generalstabes. Weißbuch des Auswärtigen Amtes, Band 6, Berlin 1941
- Gilbert, Martin (Hg.), The Churchill War Papers. Band I: At the Admiralty (September 1939 – May 1940), London 1993
- Journal Officiel, Assemblée Nationale, Débats parlementaires, Paris 1947 ff.
- Journal Officiel, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Paris 1919–1940
- Journal Officiel, Chambre des Députés, Débats parlementaires, Comités secrets, Paris 1948
- Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921. 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922. Band I, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard 1973
- Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (Hg.), Documents on the History of European Integration. Band III: The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western European Countries 1945–1950, Berlin/New York 1988

Das Londoner Deutschland-Kommuniqué vom 7. Juni 1948, in: Europa-Archiv 3 (1948), S. 1437–1439

Le procès du Maréchal Pétain. Compte rendu sténographique, Paris 1945

III. Memoiren, Tagebücher, Gesprächsaufzeichnungen, Schriften Reynauds

Adenauer, Konrad, Teegespräche 1950–1954 (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984

Ders., Teegespräche 1959–1961 (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1988

Aron, Raymond, Mémoires. 50 ans de réflexion politique, Paris 1983

Auriol, Vincent, Journal du Septennat 1947–1954. 7 Bände, Paris 1970–78

Bardoux, Jacques, Journal d'un témoin de la Troisième, 1er septembre 1939 – 15 juillet 1940, Paris 1957

Baudouin, Paul, Neuf mois au gouvernement (avril – décembre 1940), Paris 1948

The private diaries of Paul Baudouin (March 1940 to January 1941), London 1948

Beneš, Edvard, Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution, Prag 1928

Bloch, Marc, L'étrange défaite. Témoignage écrit en 1940, Paris 1990

L'Oeuvre de Léon Blum. Band III/1 (1914–1928), Paris 1972; Band III,2 (1928–1934), Paris 1972; Band V: Mémoires. Le prison et le procès. A l'échelle humaine (1940–1945), Paris 1955

Bonnet, Georges, Quai d'Orsay, Isle of Man 1965

Charles-Roux, François, Cinq mois tragiques aux affaires étrangères (21 mai – 1er novembre 1940), Paris 1949

Chautemps, Camille, Cahiers secrets de l'armistice (1939–1940), Paris 1963

Chauvel, Jean, Commentaires. Band I: De Vienne à Alger (1938–1944), Paris 1971

Churchill, Winston S., The Second World War. Band I: The Gathering Storm, London 1948; Band II: Their Finest Hour, Boston 1949

Dalton, Hugh, High Tide and After. Memoirs 1945–1960, London 1962

Debré, Michel, Trois Républiques pour une France. Mémoires. Band I: Combattre, Paris 1984

Duclos, Jacques, Mémoires. Band I: 1896–1934. Le chemin que j'ai choisi. De Verdun au Parti communiste, Paris 1968

Fabre-Luce, Alfred, Journal de la France, mars 1939–juillet 1940, Paris 1940

Fabry, Jean, J'ai connu. 2 Bände, Paris 1960

Flandin, Pierre-Etienne, Paix et Liberté. L'Alliance démocratique à l'action, Paris 1938

Gamelin, Maurice, Servir. Band III, Paris 1947

Gaulle, Charles de, Lettres, notes et carnets. 1919–juin 1940, Paris 1980

Ders., Lettres, notes et carnets. Juin 1940 – juillet 1941, Paris 1981

Ders., Lettres, notes et carnets. Juillet 1941 – mai 1943, Paris 1982

Ders., Mémoires de Guerre. Band I: L'Appel 1940–42, Paris 1954

Harvey, John (Hg.), The Diplomatic Diaries of Oliver Harvey 1937–1940, New York 1970

Jeanneney, Jules, Journal politique. Septembre 1939 – Juillet 1942. Edition établie, présentée et annotée par Jean-Noël Jeanneney, Paris 1972

Laniel, Joseph, Jours de gloire et jours cruels 1908–1958, Paris 1971

Lazareff, Pierre, De Munich à Vichy, New York 1944

Leca, Dominique, La rupture de 1940, Paris 1978

Marbo, Camille, A travers deux siècles. Souvenirs et rencontres (1883–1967), Paris 1968

Marjolin, Robert, Le travail d'une vie. Mémoires 1911–1986, Paris 1986

Massigli, René, Une comédie des erreurs 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Paris 1978

- Monnet, Jean, Mémoires, Paris 1976
 Monzie, Anatole de, Ci-devant, Paris 1941
 Palewski, Gaston, Mémoires d'action, 1924–1974, Paris 1988
 Poincaré, Raymond, Histoire politique. Chroniques de quinzaine, 4 Bände, Paris 1920–22
 Pomaret, Charles, Le dernier témoin. Fin d'une guerre, fin d'une république. Juin et juillet 1940, Paris 1968
 Popelin, Claude, Arènes politiques, Paris 1974
 Reynaud, Paul, Des Concordats de Sociétés anonymes après faillite ou liquidation judiciaire, Paris 1904
 Ders., Waldeck-Rousseau, Paris 1913
 Ders., Les Trois Glorieuses, Paris 1927
 Ders., Jeunesse, quelle France veux-tu?, Paris 1936
 Ders., Le problème militaire français, Paris 1937
 Ders., Courage de la France, Paris 1939
 Ders., Finances de guerre, Paris 1940
 Ders., Le destin hésite, Paris 1946
 Ders., La France a sauvé l'Europe. 2 Bände, Paris 1947
 Ders., Au coeur de la mêlée, Paris 1951
 Ders., S'unir ou périr, Paris 1951
 Ders., Mémoires. Band I: Venu de ma montagne, Paris 1960; Band II: Envers et contre tous, Paris 1963
 Ders., La politique étrangère du Gaullisme, Paris 1964 [dt.: Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles, München/Zürich 1964]
 Ders., Et après?, Paris 1964
 Ders., Carnets de captivité 1941–1945. Présentés par Evelyne Demey, Paris 1997
 Sartre, Jean-Paul, Les carnets de la drôle de guerre. Novembre 1939 – Mars 1940, Paris 1983
 Spears, Edward, Assignment to Catastrophe. Band II: The Fall of France, June 1940, Melbourne u. a. 1954
 Trefusis, Violet, Prélude au désastre, Paris 1990
 Villelume, Paul de, Journal d'une défaite. (23 Août 1939 – 16 Juin 1940), Paris 1976
 Zay, Jean, Carnets secrets (De Munich à la guerre), Paris 1942

IV. Presse

- L'Action Française
 L'Agence Economique et Financière
 L'Alliance Démocratique
 L'Alliance Républicaine Démocratique
 Les Alpes Républicaines
 L'Ami du Peuple
 L'Aube
 L'Avenir
 Le Capital
 Ce Soir
 Le Cri de Paris
 Le Charivari
 L'Echo de Paris
 L'Eclair
 L'Ere Nouvelle
 Esprit
 L'Excelsior
 Le Figaro

France-Soir
 Gringoire
 L'Humanité
 L'Information
 L'Intransigeant
 Le Journal
 Le Journal de Barcelonnette
 Le Journal de la Bourse
 Le Journal des Débats
 La Journée Industrielle
 La Liberté
 Le Matin
 Le Monde
 La Nation
 Les Nouvelles économiques et financières
 L'Oeuvre
 L'Ordre
 Paris-Midi
 Paris-Soir
 La Patrie
 Le Petit Journal
 Le Petit Parisien
 Le Populaire
 Le Radical
 La Renaissance
 Le Républicain National du 2e Arrondissement
 La République
 La République Démocratique
 Le Réveil du Deuxième
 La Revue Hebdomadaire
 Sept-Jours
 La Situation économique et financière
 Le Temps
 La Victoire
 La Volonté

V. Darstellungen

- Adamthwaite, Antony, *France and the Coming of the Second World War 1936–1939*, London 1977
 Ders., *Grandeur and misery. France's bid for power in Europe 1914–1940*, London u. a. 1995
 Ageron, Charles-Robert, *France coloniale ou parti colonial?*, Paris 1978
 Ders., *L'exposition coloniale de 1931. Mythe républicain ou mythe impérial?*, in: Pierre Nora (Hg.), *Les Lieux de mémoire. Band I: La République*, Paris 1984, S. 561–591
 Albertini, Rudolf von, *Die Diskussion um die französische Steuerreform, 1907–1909*, in: *Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte* 13 (1955), S. 183–201
 Ders., *Regierung und Parlament in der Dritten Republik*, in: *HZ* 188 (1959), S. 17–48
 Ders., *Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich*, in: *HZ* 193 (1961), S. 529–600
 Ders., *Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960*, Köln/Opladen 1966

- Alexander, Martin S., *The Republic in danger. General Maurice Gamelin and the politics of French defence, 1933–1940*, Cambridge 1992
- Alter, Peter, *Nationalismus*, Frankfurt a. M. 1985
- Anderson, Malcolm, *Conservative Politics in France*, London 1974
- Antiq-Auvaro, Raymonde, *L'émigration des Barcelonnettes au Mexique*, Nice 1992
- Arnaud, François u. a., *Les Barcelonnettes au Mexique. Récits et témoignages*, Barcelonnette 1994
- Aron, Raymond/Lerner, Daniel (Hg.), *La querelle de la C.E.D. Essais d'analyse sociologique*, Paris 1956
- Aron, Robert, *Histoire de l'Épuration. Band II: Des prisons clandestines aux tribunaux d'exception, septembre 1944 – juin 1949*, Paris 1969
- Artaud, Denise, *A propos de l'occupation de la Ruhr*, in: *Revue de l'Histoire Moderne et Contemporaine* 17 (1970), S. 1–21
- Dies., *La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe (1917–1929)*. 2 Bände, Paris 1978
- Dies., *Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923. Das Problem der interalliierten Schulden*, in: *VfZ* 27 (1979), S. 241–259
- Dies., *La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe*, in: *Revue Historique* 261 (1979), S. 363–382
- Asselain, Jean-Charles, *Une erreur de politique économique: la loi des quarante heures de 1936*, in: *Revue économique* 25/4 (1974), S. 672–705
- Ders., *Histoire économique de la France du XVIIIe siècle à nos jours. Band II: De 1919 à la fin des années 1970*, Paris 1984
- Aubert, Louis/Martin, Ivan/Missoffe, Michel/Piétri, François/Pose, Alfred, André Tardieu, Paris 1957
- Auburtin, Jean, *Le Colonel de Gaulle*, Paris 1965
- Audigier, François, *L'Alliance démocratique de 1933 à 1937 ou l'anachronisme en politique*, in: *Vingtième Siècle* 47 (1995), S. 147–157
- Auerbach, Hellmuth, *Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48*, in: *Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990, S. 577–591
- Avril, Pierre, *Droit de dissolution*, in: *Jean-François Sirinelli (Hg.), Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 308–311
- Azéma, Jean-Pierre, *De Munich à la Libération, 1938–1944* (*Nouvelle Histoire de la France Contemporaine* 14), Paris 1979
- Ders., *Die französische Politik am Vorabend des Krieges*, in: *Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg*, Stuttgart 1979, S. 280–313
- Ders., 1940. *L'année terrible*, Paris 1990
- Ders./Winock, Michel, *La troisième République (1870–1940)*, Paris 1976
- Baal, Gérard, *Le radicalisme*, Paris 1994
- Ballensiefen, Heinz, *Frankreichs Schuld. Die inneren Gründe für den Zusammenbruch des französischen Staates*, in: *Zeitschrift für Politik* 6/7 (1940), S. 261–282
- Bankwitz, Philip C.F., *Maxime Weygand and the Fall of France: A Study in Civil-Military Relations*, in: *The Journal of Modern History* 31 (1959), S. 225–242
- Ders., *Maxime Weygand and civil-military relations in modern France*, Cambridge/Mass. 1967
- Bariéty, Jacques, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 – 10 janvier 1925. De l'Exécution à la Négociation*, Paris 1977
- Ders., *Un artisan méconnu des relations franco-allemandes: le professeur Oswald Hesnard, 1877–1936*, in: *Media in Francia... Recueil de mélanges offert à Karl Ferdinand Werner à l'occasion de son 65^e anniversaire par ses amis et collègues français*, Paris 1989, S. 1–18
- Ders., *Frankreich und das deutsche Problem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Welt-*

- krieg, in: Klaus Schwabe/Francesca Schinzinger (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert. Teil 2: Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1994, S. 121–136
- Barker, Elisabeth, *British Policy in South-East Europe in the Second World War*, London 1976
- Bartel, Heinrich, *Frankreich und die Sowjetunion 1938–1940. Ein Beitrag zur französischen Ostpolitik zwischen dem Münchener Abkommen und dem Ende der Dritten Republik*, Stuttgart 1986
- Basso, Jacques, *Les élections législatives dans le département des Alpes-Maritimes 1860–1939*, Paris 1968
- Beau de Loménie, Emanuel, *La mort de la Troisième République*, Paris 1951
- Beaufre, André, *Le drame de 1940*, Paris 1965
- Becker, Jean-Jacques, 1914: *Comment les Français sont entrés dans la guerre. Contribution à l'étude de l'opinion publique, printemps-été 1914*, Paris 1977
- Ders./Berstein, Serge, *Victoire et frustrations 1914–1929 (Nouvelle histoire de la France contemporaine 12)*, Paris 1990
- Bédarida, François, La „gouvernante anglaise“, in: Rémond/Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 228–240
- Ders., *Convergences et divergences stratégiques franco-britanniques*, in: *Français et Britanniques dans la Drôle de guerre. Actes du colloque franco-britannique tenu à Paris du 8 au 12 décembre 1975*, Paris 1979, S. 359–378
- Ders., *La rupture franco-britannique de 1940. Le Conseil Suprême Interallié, de l'invasion à la défaite de la France*, in: *Vingtième Siècle* 25 (1990), S. 37–48
- Bell, David S./Johnson, Douglas/Morris, Peter (Hg.), *Biographical Dictionary of French Political Leaders since 1870*, New York u. a. 1990
- Bellstedt, Hans F., „Apaisement“ oder Krieg. Frankreichs Außenminister Georges Bonnet und die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938 (*Pariser Historische Studien* 37), Bonn 1993
- Bendikat, Elfi, *Wahlkämpfe in Europa 1884–1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Wiesbaden 1988
- Benoist, Charles, *Le suffrage universel et l'évolution des partis politiques*, in: *Revue des Deux Mondes* 2 (1904), S. 520 ff.
- Ders., *Comment on capte le suffrage et le pouvoir*, in: *Revue des Deux Mondes* 3 (1904), S. 885 ff.
- Benz, Wolfgang/Graml, Hermann (Hg.), *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, München 1988
- Berghahn, Volker R., *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33)*, Düsseldorf 1966
- Berl, Emmanuel, *La fin de la III^e République. 10 juillet 1940*, Paris 1968
- Berstein, Serge, *Le 6 février 1934*, Paris 1975
- Ders., *Les conceptions du Parti radical en matière de politique économique extérieure*, in: *Relations internationales* 13 (1978), S. 71–89
- Ders., *Le parti radical-socialiste arbitre du jeu politique français*, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), *La France et les Français en 1938/1939*, Paris 1978, S. 275–306
- Ders., *Histoire du Parti Radical. 2 Bände*, Paris 1980/1982
- Ders., *Les partis*, in: René Rémond (Hg.), *Pour une histoire politique*, Paris 1988, S. 49–85
- Ders., *La politique sociale des Républicains*, in: Ders./Odile Rudelle (Hg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992, S. 189–208
- Berstein, Gisèle et Serge, *La Troisième République. Les noms, les thèmes, les lieux*, Paris 1987
- Berstein, Serge/Becker, Jean-Jacques, *Histoire de l'anticommunisme en France. Band I: 1917–1940*, Paris 1987
- Berstein, Serge/Milza, Pierre, *Histoire de la France au XX^e siècle. Band I: 1900–1930*, Brüssel 1990; *Band II: 1930–1945*, Paris 1991
- Berstein, Serge/Rudelle, Odile (Hg.), *Le modèle républicain*, Paris 1992

- Betts, Raymond F., *Assimilation and Association in French Colonial Theory 1890–1914*, New York/London 1961
- Beyme, Klaus von, *Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa*, München ²1973
- Binion, Rudolph, *Defeated Leaders. The political fate of Caillaux, Jouvenel and Tardieu*, New York 1960
- Birke, Ernst, *Der Erste Weltkrieg und die Gründung der Tschechoslowakei 1914–1919*, in: Karl Bosl (Hg.), *Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Band III*, Stuttgart 1968, S. 239–446
- Birnbaum, Pierre, *Les sommets de l'Etat. Essai sur l'élite du pouvoir en France*, Paris 1977
- Blatt, Joel (Hg.), *The French Defeat of 1940. Reassessments*, Providence/Oxford 1998
- Blet, Henri, *France d'outre-mer: l'oeuvre coloniale de la IIIe République*, Grenoble 1950
- Bloch, Charles, *Die Dritte Französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870–1940)*, Stuttgart 1972
- Bock, Hans Manfred, „Connaître l'Allemagne et la reconnaître.“ Zu Entstehung und Zusammenhang der Deutschland-Analyse von Pierre Viénot 1922 bis 1932, in: *Lendemain* 66 (1992), S. 27–48
- Ders., Friedrich Sieburg et Pierre Viénot ou la fin du „Locarno intellectuel“, in: *Allemagne d'aujourd'hui* 105 (1988), S. 84–99
- Ders., Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949–1955, in: *Francia* 15 (1987), S. 579–658
- Böhme, Hermann, *Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg, Band I: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 12)*, Stuttgart 1966
- Boldt, Hans, *Deutsche Verfassungsgeschichte. Politische Strukturen und ihr Wandel. Band II: Von 1806 bis zur Gegenwart*, München ²1993
- Boll, Friedhelm, *Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert*, Bonn 1992
- Bond, Brian, *Britain, France and Belgium 1939–1940*, London u.a. ²1990
- Bonnard, Abel, *Les modérés. Le drame du présent*, Paris 1936
- Bonnefous, Georges, *Histoire politique de la Troisième République. 7 Bände*, Paris 1959–1984
- Borne, Dominique/Dubief, Henri, *La crise des années 30 (1929–1938)*, (*Nouvelle histoire de la France contemporaine* 13), Paris ²1989
- Bossuat, Gérard, *La France, l'aide américaine et la construction européenne 1944–1954. 2 Bände*, Paris 1992
- Ders., Le poids de l'aide américaine sur la politique économique et financière de la France en 1948, in: *Relations internationales* 37 (1984), S. 17–36
- Boulic, Jean-Yves/Lavaure, Anne, Henri de Kerillis 1889–1958. *L'absolu patriote*, Rennes 1997
- Bourdrel, Philippe, *La Cagoule. Histoire d'une société secrète du Front populaire à la Ve République*, Paris 1992
- Bourgin, Georges/Carrère, Jean/Guérin, André, *Manuel des partis politiques en France*, Paris 1924, ²1928
- Bracher, Karl Dietrich, *Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917*, Frankfurt a. M. u. a. 1979
- Braudel, Fernand/Labrousse, Ernest (Hg.), *Histoire économique et sociale de la France. Band IV: L'ère industrielle et la société d'aujourd'hui (siècle 1880–1980). 3 Teilbände*, Paris 1979–1982
- Braunias, Karl, *Staatskrise und Staatsreform in Frankreich*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart* 23 (1936), S. 72–135
- Brender, Reinhold, *Kollaboration in Frankreich im Zweiten Weltkrieg. Marcel Déat und das Rassemblement national populaire*, München 1992
- Brocheux, Pierre/Hémery, Daniel, *Indochine. La colonisation ambiguë (1858–1954)*, Paris 1995

- Broustra, Jean-Claude, *Le combat de Raymond Patenôtre*, Paris 1969
- Brugmans, Hendrik, *Der Haager Kongreß nach vierzig Jahren – Reflexionen eines Zeitzeugen*, in: *Integration* 11 (1988), S. 47–55
- Bruhat, Jean, *La CGT*, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), *La France et les Français en 1938/1939*, Paris 1978, S. 159–188
- Brun, Gérard, *Technocrates et technocratie en France, 1918–1945*, Paris 1985
- Brunet, Jean-Paul, *La police de l'ombre. Indicateurs et provocateurs dans la France contemporaine*, Paris 1990
- Brunschwig, Henri, *Mythes et réalités de l'impérialisme colonial français, 1871–1914*, Paris 1960
- Bührer, Werner, Rechberg, Arnold, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.), *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, München 1988, S. 265 f.
- Burdeau, Georges, *Le libéralisme*, Paris 1979
- Ders./Hamon, Francis/Troper, Michel, *Droit constitutionnel*, Paris 1993
- Butterworth, Suzan B., Daladier and the Munich Crisis. A Reappraisal, in: *Journal of Contemporary History* 9/3 (1974), S. 191–216
- Capitant, René, *La crise et la réforme du Parlementarisme en France. Chronique constitutionnelle française (1931–1936)*, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart* 23 (1936), S. 1–71
- Carley, Michael Jabor, *Revolution and intervention: the French Government and the Russian civil war, 1917–1919*, Kingston 1983
- Carlier, Claude/Martens, Stefan (Hg.), *La France et l'Allemagne en guerre. Septembre 1939 – Novembre 1942*, Paris 1990
- Carls, Stephen D., *Louis Loucheur and the Shaping of Modern France 1916–1931*, Baton Rouge/London 1993
- Caron, François, *Histoire économique de la France, XIXe–XXe siècles*, Paris 1981
- Carré, J.-J./Dubois, P./Malinvaud, E., *French Economic Growth*, Stanford 1975
- Castellan, Georges, *Le réarmement clandestin de l'Allemagne dans l'entre-deux-guerres*, in: *Revue d'Allemagne* 8 (1976), S. 61–82
- Ders., *Le réarmement clandestin du Reich, 1930–1935. Vu par le 2e Bureau de l'Etat-Major français*, Paris 1954
- Cavaillé, Marie-Dominique, Rudolf Breitscheid et la France, 1919–1933, Frankfurt a. M. u. a. 1995
- Chapsal, Jacques, *La vie politique en France de 1940 à 1958*, Paris 1984
- Chevallier, Jean-Jacques, *Histoire des institutions et des régimes politiques de la France de 1789 à nos jours*, Paris 1985
- Clague, Monique, *Vision and Myopia in the New Politics of André Tardieu*, in: *French Historical Studies* 8 (1973/74), S. 105–129
- Cole, Alistair/Campbell, Peter, *French Electoral Systems and Elections since 1789*, Aldershot u. a. 1989
- Connors, Joseph D., *Paul Reynaud and French National Defense, 1933–1939*, Diss. Chicago 1977
- Conquet, Alfred, *Auprès du Maréchal Pétain*, Paris 1970
- Coquery-Vidrovitch, Catherine, *La colonisation française 1931–1939*, in: Jacques Thobie/Gilbert Meynier/Catherine Coquery-Vidrovitch/Charles-Robert Ageron, *Histoire de la France coloniale. Band II: 1914–1990*, Paris 1990, S. 211–308
- Dies., *L'Afrique coloniale française et la crise de 1930: crise structurelle et genèse du sous-développement*, in: *Revue française d'histoire d'outre-mer* 63 (1976), S. 386–424
- Cornides, Wilhelm, *Der Europarat und die nationalen Probleme*, in: *Europa-Archiv* 6 (1951), S. 3655–3676
- Coutau-Bégarie, Hervé/Huan, Claude, *Darlan*, Paris 1989
- Crémieux-Brilhac, Jean-Louis, *Les Français de l'an 40. 2 Bände*, Paris 1990
- Ders., *L'opinion publique française, l'Angleterre et la guerre (septembre 1939 – juin 1940)*, in: *Français et Britanniques dans la Drôle de guerre*, S. 1–50

- De la Gorce, Paul-Marie, *L'après-guerre 1944–1952. Naissance de la France moderne*, Paris 1978
- Delperrié de Bayac, Jacques, *Histoire du Front populaire*, Paris 1972
- Demey, Evelyne, Paul Reynaud, mon père, Paris 1980
- Dendias, Michel, *Le renforcement des pouvoirs du chef de l'état dans la démocratie parlementaire*, Paris 1932
- Didier, Camille, *L'accord de Wiesbaden au point de vue de l'industrie et des sinistrés français*, Paris 1921
- Dogan, Mattei, *Les filières de la carrière politique en France*, in: *Revue française de Sociologie* 8 (1967), S. 468–492
- Dohrmann, Bernd, *Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921–1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik*, München u. a. 1980
- Doughty, Robert Allan, *The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919–1939*, Hamden/Conn. 1985
- Duguit, Léon, *Traité de droit constitutionnel. Band I*, Paris 1921
- Duhamel, Olivier, *Histoire constitutionnelle de la France*, Paris 1995
- Duroselle, Jean-Baptiste, *La décadence 1932–1939*, Paris 1979
- Ders., *L'abîme 1939–1944*, Paris 21986
- Dutaill, Henry, *Les problèmes de l'armée de terre française (1935–1939)*, Paris 1980
- Ders., *Programmes d'armement et structures modernes dans l'armée de terre (1935–1939)*, in: Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner (Hg.), *Deutschland und Frankreich 1936–1939. 15. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bonn, 26.–29. September 1979)*, München 1981, S. 105–128
- Duverger, Maurice, *Le système politique français. Droit constitutionnel et systèmes politiques*, Paris 181985
- Eck, Jean-François, Louis Marin, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 630f.
- Ehrmann, Henry, *The Blum Experiment and the Fall of France*, in: *Foreign Affairs* 10 (1941), S. 152–164
- Eichengreen, Barry/Sachs, Jeffrey, *Exchange Rates and Economic Recovery in the 1930s*, in: *Journal of Economic History* 45 (1985), S. 925–946
- Elwitt, Sanford, *The Third Republic Defended. Bourgeois Reform in France, 1880–1914*, Baton Rouge/London 1986
- Esmein, Adhémar, *Eléments du droit constitutionnel français et comparé. Band II: Le droit constitutionnel de la République française*, Paris 41906, 51909, 81928
- Ewald, François, *La politique sociale des opportunistes, 1879–1885*, in: Berstein/Rudelle (Hg.), *Modèle républicain*, S. 173–187
- Farrar, Majorie M., *Principled Pragmatist. The Political Career of Alexandre Millerand*, New York/Oxford 1991
- Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York u. a. 1993
- Feldman, Gerald D./Homburg, Heidrun, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923*, Hamburg 1977
- Feldman, Gerald D. (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933*, München 1985
- Ferro, Marc, *Der große Krieg. 1914–1918*, Frankfurt 1988
- Finer, Herman, *The Theory and Practice of modern Government. Band I*, New York 1946
- Français et Britanniques dans la Drôle de guerre. *Actes du colloque franco-britannique tenu à Paris du 8 au 12 décembre 1975*, Paris 1979
- Fraenkel, Ernst, *Die repräsentative und plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, in: Ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien. Erweiterte Ausgabe*, Frankfurt a. M. 1991, S. 153–203
- Frankenstein, Robert, *Le prix du réarmement français (1935–1939)*, Paris 1982

- Ders., Le financement français de la guerre et les accords avec les Britanniques (1939–1940), in: Français et Britanniques dans la Drôle de guerre, S. 461–487
- Frayssinet, Jean, Le Conseil économique et social, Paris 1986
- Frieser, Karl-Heinz, Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940 (Operationen des Zweiten Weltkrieges 2), München 1995
- Fritsch-Bournazel, Renata, Rapallo: naissance d'un mythe. La politique de la peur dans la France du Bloc national, Paris 1974
- Furet, François, Penser la Révolution française, Paris 1978
- Gall, Lothar (Hg.), Liberalismus, Königstein/Ts. ³1985
- Ders., Einleitung, in: Ders. (Hg.), Liberalismus, Königstein/Ts. ³1985, S. 9–19
- Gates, Eleanor M., End of the Affair. The Collapse of the Anglo-French Alliance, 1939–40, Berkeley/Los Angeles 1981
- Gaudry, Olivier, Henri de Kerillis, Mémoire IEP Paris 1966
- Gicquel, Jean, Droit constitutionnel et institutions politiques, Paris ¹⁰1989
- Gicquel, Jean/Sfez, Lucien, Problèmes de la réforme de l'état en France depuis 1934, Paris 1965
- Gilbert, Martin, Winston S. Churchill. Band V (1922–1939), London 1976
- Gimbel, John, The origins of the Marshall Plan, Stanford 1976
- Girard, Louis, Les libéraux français 1814–1875, Paris 1985
- Girardet, Raoul, L'apothéose de la „plus grande France“. L'idée coloniale devant l'opinion française (1930–1935), in: Revue française de science politique 18 (1968), S. 1085–1114
- Ders., L'idée coloniale en France de 1871–1962, Paris 1972
- Girault, René, Les relations franco-soviétiques après septembre 1939, in: Français et Britanniques dans la Drôle de guerre, S. 263–279
- Ders., La décision gouvernementale en politique extérieure, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 209–227
- Ders., La politique extérieure française de l'après-Munich, septembre 1938 – avril 1939, in: Hildebrand/Werner, Deutschland und Frankreich 1936–1939, S. 507–522
- Ders., Les décideurs français et la puissance française en 1938/1939, in: Ders./Robert Frank, Histoire des Relations Internationales, Band II: Turbulente Europe et nouveaux mondes (1914–1941), Paris 1988, S. 23–43
- Glum, Friedrich, Der deutsche und der französische Reichswirtschaftsrat. Ein Beitrag zu dem Problem der Repräsentation der Wirtschaft im Staat, Berlin 1929
- Goguel, François, La politique des partis sous la IIIe République, Paris ³1953
- Ders., Les élections législatives et sénatoriales partielles, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 45–54
- Ders., L'incapacité de la IIIe République à réformer ses institutions, in: Paul Isoart/Christian Bidegaray (Hg.), Des Républiques françaises, Paris 1988, S. 664–673
- Graham, Bruce D., Choice and Democratic Order. The French Socialist Party, 1937–1950, Cambridge 1994
- Greilsammer, Ilan, Blum, Paris 1996
- Grèzes-Rueff, François, La culture des députés français (1910–1958). Essai de typologie, Toulouse 1994
- Griffiths, Richard, Hervé, Gustave, in: Biographical Dictionary of French Political Leaders since 1870, New York u.a. 1990, S. 203 f.
- Grosser, Alfred, La Quatrième République et sa politique extérieure, Paris ³1972
- Ders., Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München/Wien 1986
- Grüner, Stefan, Vom Umgang mit der demokratischen Vergangenheit. Das Deutsche Reich, Vichy und das politische Führungspersonal der Dritten Französischen Republik 1940–1945, in: Stefan Martens/Maurice Vaisse (Hg.), Frankreich und Deutschland im Krieg (November 1942–Herbst 1944). Okkupation, Kollaboration, Résistance, Paris 2000, S. 73–98
- Guillen, Pierre, Die französische Generalität, die Aufrüstung der Bundesrepublik und die EVG (1950–1954), in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.), Die Europäische

- Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung (Militärsgeschichte seit 1945, Band 7), Boppard a. Rh. 1985
- Guiral, Pierre, Der Liberalismus in Frankreich (1815–1870), in: Lothar Gall (Hg.), Liberalismus, Königstein/Ts. 1985, S. 283–307
- Hagspiel, Hermann, Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder (Pariser Historische Studien 24), Bonn 1987
- Hatzfeld, Henri, Du paupérisme à la sécurité sociale 1850–1940. Essai sur les origines de la Sécurité sociale en France, Nancy 1989
- Haupt, Heinz-Gerhard, Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789, Frankfurt a. M. 1989
- Heimsoeth, Hans-Jürgen, Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der „Drôle de Guerre“ 1939/1940 (Pariser Historische Studien 30), Bonn 1990
- Ders., Frankreich im Krieg mit Deutschland: Der Zerfall der Dritten Französischen Republik während der „Drôle de guerre“, in: Claude Carlier/Stefan Martens (Hg.), La France et l'Allemagne en guerre. Septembre 1939 – Novembre 1942, Paris 1990, S. 49–67
- Hémery, Daniel, Révolutionnaires vietnamiens et pouvoir colonial en Indochine. Communistes, trotskystes, nationalistes à Saigon de 1932 à 1937, Paris 1975
- Ders., Aux origines des guerres d'indépendance vietnamiennes: pouvoir colonial et phénomène communiste en Indochine avant la Seconde Guerre mondiale, in: Le Mouvement social 101 (1977), S. 3–35
- Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 30), München 1990
- Heyde, Philipp, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn u. a. 1998
- Hilaire, Yves-Marie, 1900–1945. L'ancrage des idéologies, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), Histoire des droites en France. Band I, Paris 1992, S. 519–565
- Hildebrand, Klaus, Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931–1941, in: HZ 244 (1987), S. 1–28
- Ders., Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995
- Hildebrand, Klaus/Werner, Karl Ferdinand (Hg.), Deutschland und Frankreich 1936–1939. 15. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bonn, 26.–29. September 1979), München 1981
- Hirsch, Julius, Die deutsche Währungsfrage (Kieler Vorträge 9), Jena 1924
- Höhne, Roland/Kolboom, Ingo, Sozialliberalismus in Frankreich. Ambivalenzen und Grenzen des französischen Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, in: Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hg.), Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 149–170
- Hoensch, Jörg K., Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918–1978, Stuttgart u. a. 1978
- Holl, Karl/Trautmann, Günter/Vorländer, Hans (Hg.), Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986
- Hoock, Jochen, Le problème de la réforme de l'État en France, 1880–1935, Thèse FNSP Paris 1970
- Hornung, Klaus, Der Jungdeutsche Orden (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 14), Düsseldorf 1958
- Huard, Raymond, Le suffrage universel en France (1848–1946), Paris 1991
- Ders., La naissance du parti politique en France, Paris 1996
- Hudemann, Rainer, Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871–1875), München 1979
- Ders., Politische Reform und gesellschaftlicher status quo. Thesen zum französischen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Dieter Langewiesche (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 79), S. 332–352

- Ders., Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* B 6/97 v. 31. 1. 1997, S. 31–40
- Ders./Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen* (Historische Zeitschrift Beihefte N.F. 21), München 1995
- Hüser, Dietmar, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996
- Hughes, Judith M., *To the Maginot Line. The Politics of French Military Preparation in the 1920's*, Cambridge/Mass. 1971
- Irvine, William D., *French Conservatism in Crisis. The Republican Federation of France in the 1930s*, Baton Rouge/London 1979
- Isoart, Paul/Bidegaray Christian (Hg.), *Des Républiques françaises*, Paris 1988
- Jackson, Julian, *The politics of depression in France 1932–1936*, Cambridge 1985
- Ders., *The Popular Front in France defending democracy, 1934–38*, Cambridge 1988
- Jacobson, Jon, *Locarno Diplomacy. Germany and the West, 1925–1929*, Princeton 1972
- Jacques, Léon, *Les partis politiques sous la IIIe République*, Paris 1913
- Jäckel, Eberhard, *Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 14), Stuttgart 1966
- Jardin, André, *Histoire du libéralisme politique de la crise de l'absolutisme à la constitution de 1875*, Paris 1985
- Jeanneney, Jean-Noël, *François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir 1914–1940*, Paris 1976
- Ders., *Leçon d'histoire pour une gauche au pouvoir. La faillite du Cartel 1924–1926*, Paris 1977
- Ders., *La politique économique de Léon Blum*, in: Renouvin/Rémond (Hg.), *Léon Blum, Chef de gouvernement 1936–1937*, S. 207–232
- Jolly, Jean (Hg.), *Dictionnaire des parlementaires français. Notices biographiques sur les ministres, députés et sénateurs français de 1889 à 1940*, 8 Bände, Paris 1960–1977
- Judt, Tony, *La reconstruction du parti socialiste, 1921–1926*, Paris 1976
- Kaelble, Hartmut, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991
- Kammerer, Albert, *La vérité sur l'armistice. Ephéméride de ce qui s'est réellement passé au moment du désastre*, Paris 1944
- Kemp, Tom, *The French Economy, 1913–39. The History of a Decline*, London 1972
- Kent, Bruce, *The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations, 1918–1932*, Oxford 21991
- Kersaudy, François, 1940. *La guerre du fer*, Paris 1987
- Kessel, Martina, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München 1989
- Kettle, Michael, *Russia and the Allies 1917–1920. Band II: The Road to Intervention. March–November 1918*, London/New York 1988
- Kiersch, Gerhard, *Parlament und Parlamentarier in der Außenpolitik der IV. Republik*, Diss. Berlin 1971
- Kindleberger, Charles P., *The World in Depression, 1929–1939*, Berkeley 1973
- Knipping, Franz, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise*, München 1987
- Köhler, Henning, *Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1980
- Kolár, Frantisek, *Edouard Beneš et le Conseil national tchécoslovaque*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 169 (1993), S. 9–15
- Kooker, Judith L., *French Financial Diplomacy. The Interwar Years*, in: Benjamin M. Row-

- land (Hg.), *Balance of Power or Hegemony. The Interwar Monetary System*, New York 1976, S. 83–145
- Korff, Adalbert, *Le revirement de la politique française à l'égard de l'Allemagne entre 1945 et 1950*, Ambilly-Annemasse 1965
- Korpi, Walter, *Un Etat-Providence contesté et fragmenté. Le développement de la citoyenneté sociale en France. Comparaisons avec la Belgique, l'Allemagne, l'Italie et la Suède*, in: *Revue française de science politique* 45 (1995), S. 632–667
- Kováč, Dusan, *Deux hommes dans la Grande Guerre: Maurice Janin et Milan Rastislav Štefánik*, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 169 (1993), S. 51–58
- Krüger, Peter, *Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25), Stuttgart 1973
- Ders., *Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung*, in: *VfZ* 29 (1981), S. 21–47
- Ders., *Die Auswirkungen der Inflation auf die deutsche Außenpolitik*, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 6), München 1985, S. 297–314
- Ders., *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1993
- Krumeich, Gerd, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Band 96), Wiesbaden 1980
- Ders., *Der politische Liberalismus im parlamentarischen System Frankreichs vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Dieter Langewiesche (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 79), Göttingen 1988, S. 353–366
- Küsters, Hanns Jürgen, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982
- Kuisel, Richard F., *Capitalism and the state in modern France. Renovation and economic management in the twentieth century*, Cambridge 1983
- Kupferman, Fred/Machefer, Philippe, *Presse et politique dans les années trente: le cas du 'Petit Journal'*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 22 (1975), S. 7–51
- Lacaze, Yvon, *L'opinion publique française et la crise de Munich*, Frankfurt u. a. 1991
- Ders., *L'opinion publique française et la crise de Munich*, in: *Francia* 18/3 (1991), S. 73–83
- Ders., *La France et Munich. Etude d'un processus décisionnel en matière de relations internationales* (Collections contacts, Série II: Gallo-Germanica 8), Bern 1992
- Lachapelle, Georges, *Elections législatives des 26 avril et 10 mai 1914*, Paris 1914
- Ders., *Elections législatives du 16 novembre 1919. Résultats officiels*, Paris 1920
- Ders., *Elections Législatives. 22–29 avril 1928. Résultats Officiels*, Paris 1928
- Ders., *L'Alliance démocratique. Ses origines, ses hommes, son rôle*, Paris 1935
- Lacour-Gayet, Robert, *Le problème de la dette française envers les Etats-Unis après la Première Guerre mondiale (1917–1932)*, in: *Revue d'histoire diplomatique* 75 (1961), S. 10–24
- Lacouture, Jean, *Léon Blum*, Paris 1977
- Ders., *Charles de Gaulle. Band I: Le rebelle. 1890–1944*, Paris 1984; *Band II: Le politique. 1944–1959*, Paris 1985; *Band III: Le souverain. 1959–1970*, Paris 1986
- Langewiesche, Dieter, *Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324–361
- Ders. (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 79), Göttingen 1988
- Ders., *Deutscher Liberalismus im europäischen Vergleich: Konzeption und Ergebnisse*, in: Ders. (Hg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, S. 11–19
- Ders., *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988
- Ders., *Republik und Republikaner. Von der historischen Entwertung eines politischen Begriffs* (Stuttgarter Vorträge zur Zeitgeschichte 1), Essen 1993

- La Pradelle, Paul de, La réforme de l'Etat français. Essai de bibliographie synthétique, in: Annales du droit et des sciences sociales 2 (1934), S. 393–448
- Larkin, Maurice, Church and State after the Dreyfus Affair. The Separation Issue in France, London 1974
- Latour, Jean, Paul Reynaud, Paris 1946
- Le Béguec, Gilles, L'entrée au Palais-Bourbon: Les filières privilégiées d'accès à la fonction parlementaire (1919–1939). Unveröff. Thèse d'Etat, Paris X – Nanterre 1989
- Ders., L'aristocratie du barreau, vivier pour la République. Les secrétaires de la Conférence du stage, in: Vingtième Siècle 30 (1991), S. 22–31
- Ders., Le parti, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), Histoire des droites en France. Band II, Paris 1992, S. 13–59
- Ders., De la république des avocats à la république des énarques, in: Louis Dupeux/Rainer Hudemann/Franz Knipping (Hg.), Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen. Elites en France et en Allemagne aux XIXème et XXème siècles. Structures et relations, Band II, München 1996, S. 79–89
- Lefranc, Georges, Le syndicalisme en France, Paris 1975
- Le Van-Lemesle, Lucette, La perception de l'innovation chez les économistes français (1896–1939), in: Revue Historique 271 (1984), S. 369–376
- Lévêque, Pierre, Histoire des forces politiques en France. Band II: 1880–1940, Paris 1994
- Leyret, Henry, Waldeck-Rousseau et la Troisième République (1869–1889), Paris 1908
- Lichtenberger, Henri, L'Allemagne d'aujourd'hui dans ses relations avec la France, Paris 1922
- Lipgens, Walter, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. I. Teil: 1945–1947, Stuttgart 1977
- Logue, William, From Philosophy to Sociology. The Evolution of French Liberalism, 1870–1914, DeKalb/Illinois 1983
- Loth, Wilfried, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977
- Ders., Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983, S. 27–48
- Ders., Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a. 1987
- Ders., Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Ders., Ost-West-Konflikt und deutsche Frage, München 1989, S. 46–64
- Ders., Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen 1990
- Lottman, Herbert R., L'Épuration 1943–1953, Paris 1986
- Loubet del Bayle, Jean-Louis, Les non-conformistes des années trente, Paris 1969
- Lovighi, Christian, Henri de Kerillis (1889–1950), Thèse IEP Paris 1992
- Machefer, Philippe, Liges et fascismes en France (1919–1939), Paris 1974
- Magraw, Roger, Workers and the bourgeois republic (A history of the French working class 2), Oxford 1992
- Discours de Mlle. Valérie Maintrieu (Audience solennelle de rentrée de la Conférence du stage, 29 juin 1984), in: La Gazette du Palais, 4 au 6 novembre 1984, S. 6–12
- Margairaz, Michel, L'Etat, les finances et l'économie. Histoire d'une conversion 1932–1952. 2 Bände, Paris 1991
- Marin, Louis, Contribution à l'étude des prodromes de l'armistice, in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale 1 (1951), S. 1–26
- Ders., Gouvernement et commandement. Conflits, différends, immixtions qui ont pesé sur l'armistice de juin 1940, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 2/8 (1952), S. 1–28 sowie 3/9 (1953), S. 1–14
- Marseille, Jacques, Les origines 'inopportunes' de la crise de 1929 en France, in: Revue économique 31 (1980), S. 648–684
- Ders., Empire colonial et capitalisme français. Histoire d'un divorce, Paris 1984

- Ders., Colonisation, décolonisation et capitalisme (1880–1960). Un divorce à la française, in: *Vingtième Siècle* 4 (1984), S. 39–48
- Ders., Crise de 1929, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 238–241
- Marshall, D. Bruce, *The French Colonial Myth and Constitution-Making in the Fourth Republic*, New Haven/London 1973
- Martens, Stefan, Einleitung, in: Ders. (Hg.), *Documents Diplomatiques Français sur l'Allemagne 1920. Französische Diplomatenberichte aus Deutschland 1920*, Band I (*Pariser Historische Studien* 33/1), Bonn/Berlin 1992, S. 29–149
- Ders., Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré, in: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft* 5 (1992), S. 96–113
- Ders. (Hg.), Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993
- Martin, Bernd, Friedensinitiativen und Machtpolitik während des Zweiten Weltkrieges 1939–1942, Düsseldorf 1974
- Martin, Olivier, *Les institutions et les lois de la Troisième République*, Paris 1936
- Martinaud-Déplat, Léon, Un parlementaire, in: *La Revue des Deux Mondes* 21 (1966), S. 3–8
- Martinez, Gilles, Le „Centre national des indépendants“ de 1948 à 1962, Thèse Paris 1992
- Maurois, André, *The battle of France*, London 1941
- Mayer, Arno J., *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919*, London 1968
- Mayeur, Jean-Marie, *La vie politique sous la Troisième République*, Paris 1984
- Ders., Les débuts de la Troisième République, 1871–1898, Paris 1973
- McDougall, Walter A., *France's Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978
- McManners, John, *Church and State in France, 1870–1914*, London 1972
- Merglen, Albert, Quelques réflexions historiques sur l'armistice franco-germano-italien de juin 1940, in: *Guerres mondiales et conflits contemporains* 45 (1995), S. 79–93
- Micaud, Charles, *The French Right and Nazi Germany 1933–1939. A Study of Public Opinion*, New York 1964
- Michael, Robert, *The Radicals and Nazi Germany. The Revolution in French Attitudes toward Foreign Policy, 1933–1939*, Washington 1982
- Michel, Henri, *La drôle de guerre*, Paris 1971
- Ders., *Le procès de Riom*, Paris 1979
- Miller Unterberger, Betty, Woodrow Wilson and the Russian Revolution, in: Arthur B. Link (Hg.), *Woodrow Wilson and a Revolutionary World, 1913–1921*, Chapel Hill 1982, S. 49–104
- Dies., *The United States, Revolutionary Russia, and the Rise of Czechoslovakia*, Chapel Hill/London 1989
- Millin de Grandmaison, Georges, *Les conseils économiques français. Leur genèse et leur évolution*, Thèse Paris 1962
- Milza, Pierre, *Fascisme français. Passé et présent*, Paris 1987
- Miquel, Pierre, *Poincaré*, Paris 1961
- Ders., Les quatre vings. Ils ont dit NON à Pétain le 10 juillet 1940, Paris 1995
- Möller, Horst, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932*, Düsseldorf 1985
- Ders., Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik: Die Frage des ‚besonderen‘ Weges zum parlamentarischen Regierungssystem, in: Manfred Funke u. a. (Hg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher*, Düsseldorf 1987, S. 140–157
- Ders., Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hg.), *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert (HZ-Sonderheft 17)*, S. 293–342

- Ders., Europa zwischen den Kriegen (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 21), München 1998
- Molènes, Charles Melchior de, L'Europe de Strasbourg. Une première expérience de parlementarisme européen, Paris 1971
- Moneta, Jakob, Die Kolonialpolitik der französischen KP, Hannover 1968
- Monnet, François, Refaire la République. André Tardieu, une dérive réactionnaire (1876–1945), Paris 1993
- Montagnon, Pierre, La France coloniale. La gloire de l'Empire, Paris 1988
- Moreau, Félix, Régime parlementaire et principe représentatif, in: Revue politique et parlementaire 27 (1901), S. 331 ff. und 28 (1901), S. 61 ff.
- Ders., Précis élémentaire de droit constitutionnel, Paris 1911
- Mouraz, Bernard, L'Alliance Démocratique et la Guerre 1914–1919, Mémoire de Maîtrise, Université Paris I 1971
- Mouré, Kenneth, Managing the franc Poincaré. Economic understanding and political constraint in French monetary policy, 1928–1936, Cambridge 1991
- Mühle, Robert W., Frankreich und Hitler. Die französische Deutschland- und Außenpolitik 1933–1935, Paderborn u. a. 1995
- Ders., Louis Barthou und Deutschland (1862–1934), in: Francia 21/3 (1994), S. 71–98
- Müller, Klaus-Jürgen, Das Ende der Entente Cordiale. Eine Studie zur Entwicklung der englisch-französischen Beziehungen während des Westfeldzuges 1940 (Beihefte der Wehrwissenschaftlichen Rundschau 3), Frankfurt a. M. 1956
- Ders., Zum deutsch-französischen Waffenstillstand 1940, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 11 (1961), S. 356–359
- Ders., Protest – Modernisierung – Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934, in: Francia 8 (1980), S. 465–524
- Munch-Petersen, Thomas, The Strategy of Phoney War. Britain, Sweden and the Iron Ore Question 1939–1940, Stockholm 1981
- Mysyrowicz, Ladislas, Autopsie d'une défaite. Origines de l'effondrement militaire français de 1940, Paris 1973
- Neave-Hill, W.B.R., L'évolution de la stratégie franco-anglaise (1939–1940), in: Français et Britanniques dans la Drôle de guerre, S. 333–358
- Nechvatal, Martin, La naissance d'une armée tchécoslovaque en France, in: Guerres mondiales et conflits contemporains 169 (1993), S. 37–41
- Nehring, Walther K., Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945, Berlin 1969
- Nicolet, Claude, Le radicalisme, Paris 1967
- Ders., L'idée républicaine en France (1789–1924). Essai d'histoire critique, Paris 1982
- Ders., La République en France. Etat des lieux, Paris 1992
- Nipperdey, Thomas, Einführung, in: Langewiesche (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, S. 279–281
- Ders., Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918, in: HZ 185 (1958), S. 550–602
- Ders., Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961
- Nordmann, Jean-Thomas, Histoire des Radicaux, 1820–1973, Paris 1974
- Ders., La France radicale, Paris 1977
- Ohler, Norbert, Deutschland und die deutsche Frage in der „Revue des deux Mondes“ 1905–1940. Ein Beitrag zur Erhellung des französischen Deutschlandbildes, Frankfurt 1973
- Orde, Anne, British Policy and European Reconstruction after the First World War, Cambridge 1990
- Otmer, Hans-Martin, „Weserübung“. Der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen im April 1940 (Operationen des Zweiten Weltkrieges 1), München 1994
- Parker, R.A.C., Grande-Bretagne, France et Scandinavie en 1939–1940: la politique, les hommes et la stratégie, in: Français et Britanniques dans la Drôle de guerre, S. 561–582
- Pasemann, Martin Ernst, Paul Reynaud, in: Zeitschrift für Politik 4/5 (1940), S. 203–207
- Patat, Jean-Pierre/Lutfalla, Michel, Histoire monétaire de la France au XXe siècle, Paris 1986

- Paulhac, François, *Les accords de Munich et les origines de la guerre de 1939*, Paris 1988
- Paxton, Robert O., *La France de Vichy 1940–1944*, Paris 21997
- Payen, Fernand/Duveau, Gaston, *Les règles de la profession d'avocat et les usages du barreau de Paris*, Paris 21926
- Pereboom, Maarten L., *Democracies at the Turning Point. Britain, France and the End of the Postwar Order, 1928–1933 (Studies in Modern European History 13)*, New York u. a. 1995
- Pertinax [Géraud, André], *Les Fossoyeurs. La bataille de France, l'armistice, la contre-révolution. Band I: Les derniers chefs de la IIIe République. Gamelin, Paul Reynaud, Daladier*, Paris 1946; Band II: Pétain, Paris 1946
- Petit, Lucien, *Histoire des finances extérieures de la France. Le règlement des dettes interalliées, 1919–1929*, Paris 1932
- Pinol, Jean-Luc, 1919–1958. *Le temps des droites?*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Histoire des droites en France*, Paris 1992, S. 291–389
- Pirou, Gaetan, *La monnaie française depuis la guerre, 1914–1936. Inflation, stabilisation, dévaluation*, Paris 1936
- Plaisant, Marcel, *Un portrait inédit de Paul Reynaud*, in: *Revue politique et parlementaire* 68 (1966), S. 38–48
- Poidevin, Raymond, *Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949*, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983, S. 15–25
- Ders., *Frankreich und die deutsche Frage 1943–1949*, in: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hg.), *Die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1983, S. 405–420
- Ders., *Frankreich und das Problem der EVG: Nationale und internationale Einflüsse (Sommer 1951 bis Sommer 1953)*, in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985, S. 101–124
- Ders., *Robert Schuman. Homme d'Etat, 1886–1963*, Paris 1986
- Ders., *Vers une relance des relations économiques franco-allemandes en 1938–1939*, in: Hildebrand/Werner (Hg.), *Deutschland und Frankreich 1936–1939*, S. 351–363; wiederabgedruckt in: Poidevin, Raymond, *Péripéties franco-allemandes. Du milieu du XIXe siècle aux années 1950. Recueil d'articles*, Bern u. a. 1995, S. 259–273
- Ders. (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne (Mars 1948-mai 1950). Origins of the European Integration (March 1948-may 1950). Actes du colloque de Strasbourg 28–30 novembre 1984*, Bruxelles/Milano/Paris/Baden-Baden 1986
- Posen, Barry R., *The Sources of Military Doctrine. France, Britain, and Germany between the World Wars*, Ithaca/London 1984
- Prost, Antoine, *Les anciens combattants et la société française (1914–1939)*, 3 Bände, Paris 1977
- Ders., *Le climat social*, in: Rémond/Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 99–111
- Ders., *Die Demobilmachung, der Staat und die Kriegsteilnehmer in Frankreich*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 178–194
- Réau, Elisabeth du, *L'aménagement de la loi instituant la semaine de quarante heures*, in: Rémond/Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 129–149
- Dies., *Edouard Daladier. 1884–1970*, Paris 1993
- Rebérioux, Madeleine, *La République radicale? 1898–1914 (Nouvelle histoire de la France contemporaine 11)*, Paris 1975
- De la récurrence des crises économiques. X-Crise. Centre Polytechnicien d'Etudes Economiques. Son Cinquantenaire 1931–1981*, Paris 1982
- Les réformes politiques de la France. Conférences faites à l'Ecole des Hautes Etudes sociales*, Paris 1924
- Rémond, René, *Les Etats-Unis devant l'opinion française 1815–1852*, Paris 1962
- Ders., *Introduction*, in: Ders./Bourdin (Hg.), *Edouard Daladier*, S. 9–21
- Ders., *Les droites en France*, Paris 1982

- Ders., *La fin de la IIIe République*, in: Paul Isoart/Christian Bidegaray (Hg.), *Des Républiques françaises*, Paris 1988, S. 602–609
- Ders., *Frankreich im 20. Jahrhundert. Erster Teil 1918–1958*, Stuttgart 1994
- Ders./Bourdin, Janine (Hg.), *Edouard Daladier, Chef de gouvernement, avril 1938 – septembre 1939*, Paris 1977
- Diess. (Hg.), *La France et les Français en 1938/1939*, Paris 1978
- Diess., *Les forces adverses*, in: Pierre Renouvin/René Rémond (Hg.), *Léon Blum, Chef de gouvernement 1936–1937*, S. 137–159
- Renouvin, Pierre/Rémond, René (Hg.), *Léon Blum, Chef de gouvernement 1936–1937 (Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques 155)*, Paris 1967
- Rials, Stéphane, *Textes constitutionnels français*, Paris ¹⁰1994
- Rioux, Jean-Pierre, *La France de la Quatrième République. Band I: L'ardeur et la nécessité 1944–1952*, Paris 1980; *Band II: L'expansion et l'impuissance 1952–1958*, Paris 1983
- Ders., *Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen?*, in: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985, S. 159–176
- Ders., *L'association en politique*, in: René Rémond (Hg.), *Pour une histoire politique*, Paris 1988, S. 87–120
- Roberts, Stephen H., *The History of French Colonial Policy 1870–1925*, London 1963
- Rohe, Karl, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 34)*, Düsseldorf 1966
- Ders., *Parteien und Parteiensystem*, in: Hans Kastendiek/Karl Rohe/Angelika Volle (Hg.), *Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Frankfurt/New York 1995, S. 213–229
- Rossi-Landi, Guy, *La Drôle de guerre. La vie politique en France, 2 septembre 1939 – 10 mai 1940*, Paris 1971
- Rossiter, Adrian, Tardieu, André, in: David S. Bell/Douglas Johnson/Peter Morris (Hg.), *Biographical Dictionary of French Political Leaders since 1870*, New York u.a. 1990, S. 408–410
- Rothermund, Dietmar (Hg.), *Die Peripherie in der Weltwirtschaftskrise: Afrika, Asien und Lateinamerika 1929–1939*, Paderborn 1983
- Roussellier, Nicolas, André Tardieu et la crise du constitutionnalisme libéral (1933–1934), in: *Vingtième Siècle* 21 (1989), S. 57–70
- Ders., *L'Europe des libéraux*, Paris 1991
- Ders., Tardieu André, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 1001–1003
- Ders., *Libéralisme*, in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 585–589
- Ders., *Le parlement de l'éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre*, Paris 1997
- Rouso, Henry, *L'épuration en France. Une histoire inachevée*, in: *Vingtième Siècle* 33 (1992), S. 78–105
- Rupieper, Hermann, *The Cuno government and reparations 1922–1923. Politics and economics*, Den Haag u. a. 1979
- Sablier, Edouard, *La création du „Monde“*, Paris 1984
- Sagnes, Jean, *Le refus républicain: Les quatre-vingts parlementaires qui dirent „non“ à Vichy le 10 juillet 1940*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 38 (1991), S. 555–589
- Salewski, Michael, *Knotenpunkt der Weltgeschichte? Die Raison des deutsch-französischen Waffenstillstands vom 22. Juni 1940*, in: Claude Carlier u. a. (Hg.), *La France et l'Allemagne en guerre*, Paris 1990, S. 115–129
- Saly, Pierre, *La politique des Grands travaux en France, 1929–1939*, New York 1977

- Ders., La politique française des grands travaux 1929–1939 fut-elle keynésienne?, in: *Revue économique* 31 (1980), S. 706–742
- Sanson, Rosemonde, L'Alliance démocratique, in: René Rémond/Janine Bourdin (Hg.), *La France et les Français en 1938/1939*, Paris 1978, S. 327–339
- Dies., L'Alliance démocratique et la perception de la puissance en France en 1938–1939, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 31 (1984), S. 658–666
- Dies., Louis Barthou, leader de l'Alliance démocratique, in: Michel Papy (Hg.), *Barthou, un homme, une époque. Actes du Colloque de Pau*, 9 et 10 novembre 1984, Pau 1987, S. 303–315
- Dies., Adolphe Carnot et l'Alliance républicaine démocratique, in: Gilles Le Béguec u. a. (Hg.), *Une lignée républicaine. Les Carnot sous la Troisième République. Actes du Colloque de Limoges*, novembre 1987, Paris 1989, S. 85–103
- Dies., Centre et Gauche (1901–1914): L'Alliance Républicaine Démocratique et le Parti radical-socialiste, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 39 (1992), S. 493–512
- Dies., ARD ou AD (Alliance démocratique), in: Jean-François Sirinelli (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995, S. 48–53
- Sarraut, Albert, *La mise en valeur des colonies françaises*, Paris 1923
- Ders., *Grandeur et servitude coloniales*, Paris 1931
- Sauvy, Alfred, *Histoire économique de la France entre les deux guerres*. 4 Bände, Paris 1965–1975
- Ders., De Paul Reynaud à Charles de Gaulle. Un économiste face aux hommes politiques 1934–1967. Scènes, tableaux et souvenirs, Paris 1972
- Ders., L'évolution économique, in: Rémond/Bourdin (Hg.), Edouard Daladier, S. 87–98
- Scherer, Werner, Verhältniswahl und Reform der politischen Ordnung. Die Auseinandersetzung um den Proporz in Frankreich bis zur Wahlreform von 1919, Diss. Heidelberg 1982
- Schirmann, Sylvain, Les relations économiques et financières franco-allemandes, 24 décembre 1932 – 1er septembre 1939, Paris 1995
- Schmidt, Bernhard u. a. (Hg.), *Frankreich-Lexikon*. Band 2, Berlin 1983
- Schnur, Roman, Das Ende einer Republik. 10. Juli 1940 in Vichy, in: Friedrich J. Kroneck/Thomas Oppermann (Hg.), *Im Dienste Deutschlands und des Rechtes. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981*, Baden-Baden 1981, S. 337–364
- Schöttler, Peter, *Die Entstehung der „Bourses du Travail“. Sozialpolitik und französischer Syndikalismus am Ende des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/New York 1982
- Schor, Ralph, Une étude d'opinion: la droite française face à la crise mondiale de 1929, in: *L'Information historique* 1 (1974), S. 23–28 und 2 (1974), S. 64–70
- Ders., Les travailleurs allemands et la reconstruction de la France au lendemain de la Grande Guerre (1919–1923), in: *Revue Historique* 272 (1984), S. 113–130
- Schrecker, Ellen, *The Hired Money. The French Debt to the United States, 1917–1929*, New York 1978
- Schuker, Stephen A., *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976
- Schumacher, Alois, Annäherung durch Verstehen. Pierre Viénot und die deutsch-französischen Beziehungen in den zwanziger Jahren, in: *Médiations ou le métier de germaniste. Mélanges offerts à Pierre Bertaux*, Asnières 1977, S. 271–277
- Schunck, Peter, Charles de Gaulle. Ein Leben für Frankreichs Größe, Berlin 1998
- Schwabe, Klaus, Der Marshall-Plan und Europa, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen (Historische Zeitschrift. Beihefte N.F. 21)*, München 1995, S. 167–189
- Servent, Pierre, *Le mythe Pétain. Verdun ou les tranchées de la mémoire*, Paris 1992
- Setzer, Hans, *Wahlsystem und Parteienentwicklung in England. Wege zur Demokratisierung der Institutionen 1832 bis 1948*, Frankfurt a. M. 1973

- Shirer, William D., *Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall der Dritten Republik*, München/Zürich 1970
- Sick, Klaus-Peter, *Vom Neoliberalismus zum Faschismus? Die Entwicklung der politischen Ideen von Alfred Fabre-Luce und Bertrand de Jouvenel 1918–1945*, in: *Lendemains* 66 (1992), S. 59–75
- Siebert, Ferdinand, Aristide Briand, 1862–1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa, Erlenbach u. a. 1973
- Siegfried, André, *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la IIIe République*, Paris 1913
- Ders., *Tableau des partis en France*, Paris 1930
- Siegfried, André, u. a., *L'économie dirigée. Conférences organisées par la Société des Anciens Elèves de l'Ecole libre des Sciences Politiques*, Paris 1934
- Simard, Marc, Doumergue et la réforme de l'Etat en 1934: La dernière chance de la III^e République?, in: *French Historical Studies* 16/3 (1990), S. 576–596
- Simonnot, Philippe, *Le secret de l'armistice 1940*, Paris 1990
- Sirinelli, Jean-François (Hg.), *Histoire des droites en France*. 3 Bände, Paris 1992
- Ders. (Hg.), *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*, Paris 1995
- Sorlin, Pierre, *Waldeck-Rousseau*, Paris 1966
- Soucy, Robert, *French Fascism. The First Wave, 1924–1933*, New Haven/London 1986
- Ders., *French Fascism. The Second Wave, 1933–1939*, New Haven/London 1995
- Soulié, Michel, *La vie politique d'Edouard Herriot*, Paris 1962
- Soutou, Georges, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, in: *VfZ* 23 (1975), S. 237–270
- Stamm, Christoph, *Lloyd George zwischen Innen- und Außenpolitik. Die britische Deutschlandpolitik 1921/22*, Köln 1977
- Stone, Judith F., *The Search for Social Peace. Reform Legislation in France, 1890–1914*, Albany 1985
- Taÿ, Hugues, *Le régime présidentiel et la France. Etude d'histoire des idées juridiques et politiques*, Paris 1967
- Tellier, Thibault, *Paul Reynaud 1945–1966. Contribution à une histoire des droites après la Seconde guerre mondiale. Mémoire de DEA*, Université de Lille 1992
- Ders., *La contribution politique de Paul Reynaud aux grands débats nationaux de 1945 à 1966*, in: *Francia* 23/3 (1996), S. 93–111
- Thobie, Jacques/Meynier, Gilbert/Coquery-Vidrovitch, Catherine/Ageron, Charles-Robert, *Histoire de la France coloniale. Band II: 1914–1990*, Paris 1990
- Thunig-Nittner, Gerburg, *Die tschechoslowakische Legion in Rußland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der 1. Tschechoslowakischen Republik (Marburger Ostforschungen 30)*, Wiesbaden 1970
- Tiemann, Dieter, *Der Jungdeutsche Orden und Frankreich*, in: *Francia* 12 (1984), S. 425–456
- Touchard, Jean, *La gauche en France depuis 1900*, Paris 21981
- Ders., *Histoire des idées politiques. Band II: Du XVIIIe siècle à nos jours*, Paris 61973
- De la Tour-du-Pin, Hadelin, *La presse de droite contre la dévaluation: Sa campagne contre Paul Reynaud, Mémoire de Maîtrise*, Paris 1972
- Tournoux, Paul-Emile, *Défense des frontières. Haut commandement-gouvernement, 1919–1939*, Paris 1960
- Trachtenberg, Marc, *Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923*, New York 1980
- Trausch, Gilbert (Hg.), *Die europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. The European Integration from the Schuman-Plan to the Treaties of Rome. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen und Mißerfolge. Projects and Initiatives, Disappointments and Failures. Beiträge des Kolloquiums in Luxemburg 17.–19. Mai 1989. Contributions to the Symposium in Luxemburg May 17–19, 1989, Baden-Baden/Milano/Paris/Bruxelles 1993*

- Truchet, André, *L'Armistice de 1940 et l'Afrique du Nord*, Paris 1955
- Vavasseur-Desperriers, Jean, *République et liberté. Charles Jonnart, une conscience républicaine (1857–1927)*, Villeneuve-d'Ascq 1996
- Vidal, Christiane, *Chronologie et rythmes du dépeuplement dans le département des Alpes de Haute-Provence depuis le début du XIXe siècle*, in: *Provence Historique* 21 (1971), S. 281–291
- Viel, Jean, Paul Reynaud, Paris 1940
- Vietsch, Eberhard von, *Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg*, Koblenz 1958
- Wandycz, Piotr S., *France and Her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962
- Ders., *The Twilight of French Eastern Alliances, 1926–1936. French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland*, Princeton 1988
- Weber, Eugen, *L'Action française*, Stanford 1962
- Ders., *La France des années 30. Tourments et perplexités*, Paris 1995
- Wegner, Gerd, *Die Westalliierten und das Grundgesetz 1948–1949. Die Londoner Sechsmächtekonferenz*, Freiburg im Br. 1994
- Weill-Raynal, Etienne, *Les réparations allemandes et la France*, 3 Bände, Paris 1947
- Weinreis, Hermann, *Liberale oder autoritäre Republik. Regimekritik und Regimekonsens der französischen Rechten zur Zeit des nationalsozialistischen Aufstiegs in Deutschland (1928–1934)* (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 54), Göttingen/Zürich 1986
- Weisenfeld, Ernst, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986
- Weiß, Hermann/Hoser, Paul (Hg.), *Die Deutschenationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59), München 1989
- Wheatley, Ronald, *La guerre russo-finlandaise, les plans d'intervention alliés et les relations britanniques avec la Russie*, in: *Français et Britanniques dans la Drôle de guerre*, S. 245–261
- Wieland, Volker, *Zur Problematik der französischen Militärpolitik und Militärdoktrin in der Zeit zwischen den Weltkriegen* (Militärgeschichtliche Studien 15), Boppard am Rhein 1973
- Wileman, Donald G., *L'Alliance Républicaine Démocratique. The Dead Centre of French Politics, 1901–1947*, Downsview/Ontario 1988
- Ders., *Pierre-Etienne Flandin and the Alliance Démocratique, 1929–1939*, in: *French History* 4 (1990), S. 139–173
- Williams, Philip, *La vie politique sous la 4e République*, Paris 1971
- Willis, F. Roy, *France, Germany, and the New Europe 1945–1963*, Stanford/London 1965
- Winock, Michel, *Le mythe fondateur: l'affaire Dreyfus*, in: *Berstein/Rudelle (Hg.), Modèle républicain*, S. 131–145
- Ders., *Nationalisme, antisémitisme et fascisme en France*, Paris 1990
- Wirsching, Andreas, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*. Berlin und Paris im Vergleich (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 40), München 1999
- Ders., *Kleinbürger für den Klassenkampf? Theorie und Praxis kommunistischer Mittelstandspolitik in Frankreich 1924–1936*, in: *Horst Möller/Gérard Raulet/Andreas Wirsching (Hg.), Gefährdete Mitte? Mittelschichten und politische Kultur zwischen den Weltkriegen: Italien, Frankreich und Deutschland*, Sigmaringen 1993, S. 95–116
- Ders., *Großbritanniens Europapolitik und das deutsch-französische Problem nach den beiden Weltkriegen*, in: *GWU* 4 (1996), S. 209–224
- Wolgast, Eike, *Reform, Reformation*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Hg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, Stuttgart 1984
- Wolikow, Serge, *Le Front populaire en France*, Paris 1996

- Wormser, Georges, *Le septennat de Poincaré*, Paris 1977
- Wulf, Peter, Hugo Stinnes. *Wirtschaft und Politik 1918–1924*, Stuttgart 1979
- Wurm, Clemens A., *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*, Frankfurt a.M. u. a. 1979
- Ders., Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden in den 20er Jahren, in: Gerald D. Feldman (Hg.), *Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 6), München 1985, S. 315–334
- Ders., Westminster als Modell. Parlament, Parteien und „Staatsreform“ im Frankreich der Dritten und Vierten Republik, in: *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag*. Hg. von Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle und Klaus Tenfelde, München u. a. 1994, S. 409–428
- Young, John W., *Britain, France and the Unity of Europe 1945–1951*, Leicester 1984
- Young, Robert J., *In Command of France. French Foreign Policy and Military Planning, 1933–1940*, Cambridge/Mass. 1978
- Ders., *Power and Pleasure. Louis Barthou and the Third Republic*, Montreal 1991
- Ziebura, Gilbert, *Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik. Band I: 1872 bis 1934*, Berlin 1963
- Ders., *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Überarbeitete und aktualisierte Neuauflage* Stuttgart 1997
- Zimmermann, Ludwig, *Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan*, Göttingen 1971

Personenregister

Der Name Reynaud, Paul wurde nicht in das Register aufgenommen.
Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf die Fußnoten der genannten Seite.

- Abetz, Otto 302, 304, 347
Adenauer, Konrad 377, 382
Ageron, Charles-Robert 202
Alibert, Raphaël 340
Altorffer, Charles 90
Anglès, Raoul 76f.
Appell, Paul 15, 16
Arago, François 80
Aron, Alexandre 84
Aron, Raymond 371, 372
Artaud, Denise 101
Auburtin, Jean 254
Audiffret-Pasquier, Etienne d' 156
Auriol, Vincent 81f., 86, 151, 152, 358, 360
- Badie, Vincent 315
Ballensiefen, Heinz 351
Bao-Dai 214
Bardoux, Jacques 308
Bardoux, Jean 54
Baréty, Léon 3
Bariéty, Jacques 100
Barodet, Désiré 75
Barrès, Maurice 92
Barthélemy, Joseph 17, 146
Barthou, Louis 3, 13, 30, 33, 53f., 57f., 258f., 307
Bastid, Paul 371
Baudouin, Paul 320, 323, 325, 334f., 342
Becker, Jean-Jacques 59
Becker, Johann 105
Beneš, Edvard 62, 64, 302
Benoist, Charles 35, 46
Bérard, Léon 14
Bernard, Paul 209
Berstein, Serge 3
Beuve-Méry, Hubert 367
Bevin, Ernest 373
Bidault, Georges 357, 363–365, 367–369, 372, 381
- Billiet, Ernest 128
Binet-Valmer, Jean 113
Blanc, Balthazar 55
Blanc, Louis 26
Blum, Léon 10, 19, 21, 46f., 111, 129, 130, 152f., 163, 185f., 192f., 212, 220, 229, 238, 242, 261, 267, 269–273, 275–278, 280, 282, 285, 300, 314f., 328, 343, 346f., 350, 351, 353, 357, 360, 367–369
Bokanowski, Maurice 14, 17
Bon, Jean 112
Bonnefous, Georges 59, 75, 79, 107, 129
Bonnet, Georges 156, 282, 298–301, 303–306, 308
Bonnet, Henri 360
Bonnet, Joseph Louis 111
Borel, Berthe 16
Borel, Emile 16, 231
Boris, Georges 245, 253
Bouisson, Fernand 250
Boulanger, Georges 29, 41, 224
Bourdieu, Pierre 157
Bourgeois, Léon 38, 45, 142
Bourgeois, Louis 104
Bouthillier, Yves 251, 293, 325, 335
Bräuer, Curt 269
Braunias, Karl 218
Breitscheid, Rudolf 169
Brender, Reinhold 220f.
Briand, Aristide 17, 19, 39, 54, 56f., 80, 82, 86f., 89–93, 101, 107, 109, 145, 153, 155, 157, 160, 168, 171, 174–176, 178–181, 183, 185
Brinon, Fernand de 257
Brousse, Emmanuel 128
Bruce, David K. 360
Bülow, Bernhard Wilhelm von 169, 171
Bullitt, William C. 321, 332
Buré, Emile 251
Busson-Billault, Julien-Henri 15

- Cachin, Marcel 116, 121, 153
 Caffery, Jefferson 359, 368f.
 Caillaux, Joseph 19, 37, 57, 58
 Campbell, Sir Ronald 319f., 324, 329, 332, 340
 Campinchi, César 54, 119, 246, 300, 306, 325
 Capitant, René 223
 Chamberlain, Arthur Neville 298–300, 303, 312, 320
 Chambrun, Charles Pineton de 66
 Champetier de Ribes, Auguste 14, 153, 280, 300f.
 Chappedelaine, Louis de 195
 Charpentier, Jacques 351
 Chatenet, Henri 231f.
 Chaumet, Jean-Charles 130
 Chaumemps, Camille 185, 245, 323, 325, 328–330, 335, 338, 352
 Chauvel, Jean 337
 Chauvineau, Louis 262
 Chazelle, Jacques 368
 Chéradame, André 150
 Chéron, Henry 153, 181, 186f., 191f.
 Chiappe, Jean 217
 Churchill, Sir Winston Spencer 300f., 318f., 323f., 329, 330, 333f., 340f., 371, 376
 Ciano, Galeazzo, Conte di Cortellazzo 306
 Citroën, André 247
 Claudel, Paul 371
 Clemenceau, Georges 44, 64, 66–70, 72, 91, 183f., 337, 352
 Clémentel, Etienne 184
 Constant, Benjamin 34
 Coquery-Vidrovitch, Catherine 202
 Corbin, Charles 289, 320, 373
 Cot, Pierre 346
 Coty, François 118
 Coty, René 20, 231
 Coudenhove-Kalergi, Richard Nikolaus Graf von 371f.
 Courson, Léon 232
 Courtin, René 371
 Couve de Murville, Maurice 364
 Cresson, Paul 54
 Cromwell, Oliver 15
 Cudenet, Gabriel 363
 Curtius, Julius 185
 Daladier, Edouard 19, 21, 61, 132, 145–147, 153, 156, 161, 184, 214, 236, 245, 256f., 261, 265–268, 278, 279, 280–285, 288, 292–296, 298–309, 311–319, 321–324, 326, 334, 346f., 349f., 351, 353, 355, 379, 386
 Dariac, Adrien Louis 100
 Darlan, François 321, 347
 Daudet, Léon 92, 248
 Dausset, Louis 139f., 142, 143
 Dautry, Raoul 371
 Déat, Marcel 219–221, 245f., 253, 316
 Debeney, Marie-Eugène 262
 Debré, Michel 21, 41, 160, 251, 353, 364
 Degoutte, Joseph 100
 Dejean, Maurice 9, 323, 325
 Déroulède, Paul 46, 164, 224
 Devaux, Gilbert 342
 Diouf, Galandon 204
 Dogan, Mattei 158
 Doriot, Jacques 118
 Doumer, Paul 16, 33
 Doumergue, Gaston 20, 54, 57f., 185, 202, 235–238, 242, 245, 250f., 252, 259, 286
 Dreyfus, Alfred 14, 29, 30, 41, 43f., 51, 145
 Dubois, Louis 151, 154
 Duclos, Jacques 19, 110, 112, 113, 116, 121, 139
 Duguît, Léon 36
 Dupuy, Charles 30
 Durkheim, Emile 36
 Duval-Arnould, Louis 129
 Duverger, Maurice 368
 Duvergier de Hauranne, Prosper 34
 Eden, Robert Anthony 297, 316, 352
 Ehrhardt, Hermann 165
 Elwitt, Sanford 45
 Engerand, Fernand 153
 Erzberger, Matthias 98, 169
 Esmein, Adhémar 35
 Evain, Emmanuel 231
 Fabre-Luce, Alfred 219
 Fabry, Jean 3
 Faure, Edgar 361
 Faure, Paul 163
 Ferry, Désiré 90
 Ferry, Jules 26, 31, 41, 51, 131
 Flandin, Pierre-Etienne 3, 19f., 33, 119, 128, 130, 131, 133, 146, 153, 156, 180, 230, 250, 260, 286, 298, 300, 304
 Foch, Ferdinand 176, 183
 Forgeot, Pierre 81f., 86, 107,
 Fournier, Albert 112, 116, 121, 139
 François-Poncet, André 78, 118, 128, 130, 133, 135f., 142, 146, 180, 186, 198, 199, 258, 368, 379
 Frankenstein, Robert 282

Franklin-Bouillon, Henri 3, 117, 130–132,
150, 153, 176
Frey, Charles 90

Galimand, Lucien 315f.
Galliffet, Gaston de 30
Gambetta, Léon 13, 26–28, 35, 42f.
Gamelin, Maurice 20, 22, 262, 264, 292, 311,
319, 321, 323, 332, 346f.
Gassier, Adrien 11, 55, 59
Gassier, Aimé 11, 59
Gassier, Amélie 11
Gassier, Hippolyte 11
Gassier, Maurice 61
Gaulle, Charles de 20, 22f., 47, 254f., 259–
261, 262, 263–266, 280, 301, 308, 325, 332,
335–337, 342, 345, 349, 352f., 356, 357,
364, 367, 379, 381–384, 387
Georges, Alphonse 262
Géraud, André [Pertinax] 351f.
Germain-Martin (Martin, Germain) 247,
250
Geßler, Otto 168
Giraud, Emile 377
Giscard d'Estaing, Edmond 209
Giscard d'Estaing, Valéry 41
Goguel, François 59, 279
Gouin, Félix 357
Gourdeau, Gaston 232
Grévy, Jules 26
Grèzes-Rueff, François 157, 161
Gruet, Paul 224
Guernut, Henri 153
Guiter, Jean 129

Haguenin, Emile 78, 98
Halifax, Edward Frederick Lindley Wood,
3rd Viscount of 298f., 302f., 306, 316,
319f.
Harvey, Oliver 316, 321
Hauriou, Maurice 36
Hémery, Daniel 213
Henlein, Konrad 302
Henri-Robert (Robert, Henri) 15, 54
Henri-Robert, Jeanne (*Erste Ehefrau Rey-
nauds*) 15, 158
Henri-Robert, Jeanne (*Gattin Henri-Ro-
berts*) 15
Héraud, Marcel 13
Hermes, Andreas 102
Herriot, Edouard 19, 109, 145f., 151, 152,
153, 173f., 245, 300, 305, 315, 330, 338,
340, 353, 367, 371, 373, 379
Hervé, Gustave 164, 225

Hesnard, Oswald 165
Heydrich, Reinhard 267
Hilger, Gustav 347
Hirsch, Julius 94–97, 99
Hitler, Adolf 21, 255f., 257, 258f., 261, 279,
283, 295–299, 302–304, 306, 324
Hoesch, Leopold von 105, 169, 171, 178f.,
181, 185f., 199
Hoffman, Paul 360
Honnorat, André 59, 60, 73, 76
Hoover, Herbert Clark 250
Hudemann, Rainer 26
Hüser, Dietmar 364f.
Hugenberg, Alfred 163, 165
Hulin, Gaston 129
Hutin, Marcel 166, 196

Ignace, Edouard 111
Inghels, Albert 112
Irvine, William D. 4
Istel, André 251
Istel, Paul 14

Jackson, Julian 237f., 252
Janin, Maurice 63–69
Jardin, André 26
Jaurès, Jean 41, 265
Jeanneney, Jean-Noël 339
Jeanneney, Jules 301, 305, 306, 308, 309, 313,
317, 321, 330, 336, 338–341
Jonart, Charles 30
Joseph, Gaston 213f.
Jouvenel, Bertrand de 219, 245
Jouvenel, Henri de 218, 246

Kammerer, Albert 351
Kaufmann, Max R. 171
Kerillis, Henri de 18, 111–114, 116–123,
125–129, 133, 155f., 219, 226f., 245, 249,
252, 253, 304
Kessel, Martina 364
Keynes, John Maynard 190
Klönne, Moritz 165–167, 171
Köhler, Heinrich 165
Köpke, Gerhard 167
Koltchak, Aleksandr W. 69
Kriegk, Otto 165f.
Krumeich, Gerd 26, 59

Labarthe, André 349
Labori, Fernand 15
La Chambre, Guy 265, 306
Lachapelle, George 73, 137, 138
Lacouture, Jean 353

- Lamoureux, Lucien 335
 Laniel, Joseph 22, 246, 343, 356, 369
 Lapie, Pierre-Olivier 363
 La Rocque, François de 219, 237
 Lasteyrie du Saillant, Charles de 100, 156
 Laurent, Fernand 315
 Laval, Pierre 19–21, 189, 199, 250, 253, 259, 286, 296, 340, 343, 347, 354
 Lazareff, Pierre 314
 Lebrun, Albert 22, 309, 313, 338, 341
 Leca, Dominique 251, 322, 342
 Le Corbeiller, Maurice 129
 Ledru-Rollin, Alexandre 26
 Léger, Alexis 300, 335, 352
 Le Gléo, Charles 119
 Le Grix, François 19, 179
 Lenoir, Jean-Louis 112
 Leo XIII., Papst 49
 Leopold III., König von Belgien 331
 Leroy-Beaulieu, Paul 289, 291
 Letailleur, Eugène 224
 Le Trocquer, Yves 146
 Leygues, Georges 86
 Leyret, Henry 42, 43, 224
 Lichtenberger, Henri 104, 106
 Loucheur, Louis 78, 80, 86, 91
 Ludendorff, Erich 98 f.

 Mackensen, Hans Georg von 105
 Mac-Mahon, Edme Patrice de 224
 Maginot, André 128, 132, 186
 Mahraun, Artur 165, 170
 Maltzan, Adolf Georg Otto von, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin 102 f.
 Mamelet, Albert 130, 131, 156
 Mandel, Georges 153, 184, 280, 300 f., 306, 313, 325, 337, 341, 347, 350, 351 f.
 Marchandau, Paul 231, 235 f., 282, 284 f., 290, 306
 Margaine, Alfred 232
 Margairaz, Michel 252, 282
 Margerie, Pierre Jacquin de 165, 171
 Marie, André 22, 357 f., 360 f., 369, 373
 Marin, Louis 22, 75, 111, 127, 129, 131–133, 137, 151, 153–157, 297, 304, 314, 315, 322
 Marjolin, Robert 374
 Marquet, Adrien 220
 Marrane, George 116
 Martius, Georg 104
 Marx, Karl 115
 Marx-Dormoy (Dormoy, Marx) 345
 Masaryk, Thomas 62 f., 65
 Mascuraud, Alfred 37, 74, 113
 Mauriac, François 368
 Maurin, Louis 262, 266
 Maurras, Charles 44, 248
 Mayer, René 358, 360, 376
 Mayr, Karl 165, 169
 Mazerand, Georges 90
 Medem, Walter Eberhard von 165 f.
 Méline, Jules 185
 Mendès-France, Pierre 232, 246, 377
 Menthon, François de 373
 Mercier, Edmond 247
 Millerand, Alexandre 3, 13 f., 18, 29, 85 f., 103, 111, 113 f., 116, 121, 125–129, 132, 169, 183, 185, 217, 224 f., 229 f.
 Mollet, Guy 373
 Monicault, Pierre de 156
 Monnet, Georges 314
 Monnet, Jean 293, 361
 Montagnon, Barthélémy 220
 Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de la Brède 52
 Monzie, Anatole de 14, 307, 314, 324, 334 f.
 Moreau, Félix 36
 Mouré, Kenneth 252
 Moutet, Marius 199
 Müller, Klaus-Jürgen 113 f.
 Muller, Eugène 90
 Mussolini, Benito 21, 276, 306, 324, 334
 Mutius, Gerhard von 104 f.

 Napoléon Bonaparte 157
 Napoléon III. 262
 Noblemaire, Georges 81, 82
 Nogaro, Bertrand 245

 Obregon, Alvaro 17
 Ordioni, Pierre 367
 Ormesson, Wladimir d' 314
 Ozanam, Yves 12

 Painlevé, Paul 16, 118, 145, 168, 171
 Palewski, Gaston 251, 364
 Pasemann, Martin Ernst 351
 Pasquier, Pierre 213, 214
 Paté, Henri 112
 Patenôtre, Raymond 219, 245 f., 248, 253
 Paul-Boncour, Joseph 245, 300
 Payen, Henri 14
 Pereboom, Maarten L. 171
 Peretti de la Rocca, Emmanuel 106
 Péri, Gabriel 304
 Pertinax *siehe* Géraud, André
 Pétain, Philippe 20, 22, 310, 323, 325, 327 f., 331, 333, 335, 337, 338, 339–347, 351 f., 354 f.

- Petsche, Maurice 361
 Peyerimhoff, Henry de 97
 Peytral, Victor 56, 58
 Philip, André 363, 369, 376
 Philippoteaux, Henri 90
 Phipps, Sir Eric 300, 302f., 306
 Piétri, François 214
 Pinay, Antoine 356, 376
 Plaisant, Marcel 17, 79
 Pleven, René 376
 Poincaré, Raymond 13, 14, 18f., 30, 33,
 42, 47, 57, 91–94, 97, 99–107, 108, 129,
 136–138, 142, 146–151, 153–157, 160,
 167, 168, 171–173, 176, 178, 180, 183–185,
 187, 190f., 193, 218, 222, 278, 284, 356,
 361, 389
 Pompidou, Georges 41
 Portes, Hélène de 325, 342
 Prouvost, Jean 351
 Puech, Louis 112

 Quaatz, Reinhold 170
 Queuille, Henri 22, 357, 360f.

 Ramadier, Paul 234, 357, 371
 Rathenau, Walther 86, 96
 Ratier, Antony 130, 131, 156
 Réache, Gerville 243
 Rechberg, Arnold 19, 95, 98–106, 162,
 164–166, 168–172, 177
 Rechberg, Fritz 171
 Reibel, Charles 14, 79, 107, 130
 Reinach, Joseph 76
 Renaitour, Jean-Michel 246
 Renan, Ernest 354
 Renaud, Jean 237
 Reynaud, Albert 60
 Reynaud, Alexandre 11f., 60
 Rheinbaben, Werner von 165
 Ribbentrop, Joachim von 267, 302, 305,
 347
 Ribot, Alexandre 13
 Richelieu, Armand-Jean du Plessis, Herzog
 von 363
 Richthofen, Hartmann von 165
 Rieth, Kurt 163, 166f.
 Rio, Alphonse 306
 Rist, Charles 247
 Ritter, Karl 165, 167
 Rollin, Louis 231, 233
 Roosevelt, Franklin Delano 198, 241, 307,
 321, 324, 336
 Rosenberg, Frederic Hans von 103–105
 Rostand, Edmond 15

 Rothschild, Maurice de 81f.
 Rouvier, Maurice 185

 Saint-Quentin, René de 324
 Sanson, Rosemonde 4, 32
 Sarraut, Albert 137, 199, 202–204, 300,
 306
 Sarraut, Maurice 130, 199
 Sartre, Jean-Paul 61
 Sauerwein, Jules 170
 Sauvy, Alfred 21, 241, 251, 272, 290
 Scapini, Georges 246
 Scheer, Charles 90
 Scherer, Marc 363
 Schmidt, Albert 104
 Schneider-Creusot (Schneider, Eugène) 103,
 169
 Schubert, Carl von 165f., 167, 171
 Schuman, Robert 90, 357f., 369, 375f.
 Schuschnigg, Kurt 296
 Sellier, Louis 232
 Sérot, Robert 90
 Serre, Charles 329
 Seydoux, Jacques 78, 85, 86
 Shirer, William L. 332
 Siegfried, André 371
 Sieyès, Emmanuel Joseph 226
 Simon, John 308
 Simon, Jules 26
 Simonin, Camille 90
 Sorlin, Pierre 26, 45, 49
 Soulier, Edouard 79, 107, 129, 151
 Spaak, Paul-Henri 371, 374
 Spears, Edward L. 329, 340
 Spofford, Charles M. 376
 Stavisky, Alexandre 236
 Steeg, Théodore 189, 211
 Stefánik, Milan R. 62f., 65f.
 Sternhell, Zeev 221
 Stinnes, Hugo 84f., 101, 103–107, 169
 Stone, Judith F. 45
 Stresemann, Gustav 106, 162, 165f., 171

 Taittinger, Pierre 17, 79, 107, 111, 113, 116,
 139, 219
 Tardieu, André 3, 10, 19–21, 80, 130, 134,
 162, 175, 177–181, 183–199, 209, 211,
 218f., 227, 229f., 233, 238, 249, 256, 279,
 281, 296, 388
 Teitgen, Pierre-Henri 371, 376
 Thiers, Adolphe 27, 177
 Thorez, Maurice 261
 Tirard, Paul 100, 106
 Tixier, Adrien 352

- Tixier-Vignancourt, Jean-Louis 344
 Touchard, Jean 40
 Tournès, René 171
 Treviranus, Gottfried Reinhold 165

 Ullstein, Franz 165

 Velpy, Pol-Maurice 262
 Viénot, Pierre 164, 165, 172
 Villelume, Paul de 292, 325, 334, 335 f.
 Viviani, René 13 f.

 Waldeck-Rousseau, René 13–15, 29–32,
 38, 41–52, 54, 58, 142, 161, 183, 276, 278,
 385
 Warren, Edouard de 79, 90, 107
 Weismann, Robert 165

 Welczeck, Johannes Graf von 302, 304
 Welles, Sumner 307 f., 324, 336
 Wendel, François de 90, 97, 128, 151, 153 f.,
 156, 176, 247
 Wendel, Humbert de 90
 Weygand, Maxime 20, 22, 262, 323–325,
 331, 333 f., 335, 337, 339, 343–345, 351 f.
 Wilson, Thomas Woodrow 64, 68 f.
 Winkler, Heinrich August 220
 Wirth, Joseph 87, 95 f.
 Wulf, Peter 104 f.

 Ybarnégaray, Jean 297 f., 322

 Zapf, Heinrich 96, 97
 Zay, Jean 300, 306
 Zola, Emile 42

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 41

Thomas Schlemmer,

Aufbruch, Krise und Erneuerung

Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955

1998. VI, 554 Seiten, 20 Abbildungen

ISBN 3-486-56366-1

Band 42

Christoph Boyer

Nationale Kontrahenten oder Partner?

Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der CSR (1918-1938)

1999. XIII, 441 Seiten

ISBN 3-486-56237-1

Band 43

Jaroslav Kucera

Minderheit im Nationalstaat

Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938

1999. IX, 328 Seiten

ISBN 3-486-56381-5

Band 44

Jan Foitzik

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949

Struktur und Funktion

1999. 544 Seiten

ISBN 3-05-002680-4

(Akademie Verlag, Berlin)

Band 45

Werner Plumpe

Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik

Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie

1999. VIII, 470 Seiten

ISBN 3-05-56238-X

Band 46

Petra Weber

Justiz und Diktatur

Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945-1961

Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für
Zeitgeschichte

2000. XI, 574 Seiten

ISBN 3-486-56463-3

Band 47

Manfred Kittel

Provinz zwischen Reich und Republik

Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36

2000. XXII, 854 Seiten

ISBN 3-486-56501-X

Oldenbourg